

**Klaus Boers • Marcus Schaerff (Hrsg.)**

# **Kriminologische Welt in Bewegung**

**Neue Kriminologische Schriftenreihe**

**Forum Verlag Godesberg**



Klaus Boers und Marcus Schaerff (Hrsg.)

Kriminologische Welt in Bewegung

## **Neue Kriminologische Schriftenreihe**

der Kriminologischen Gesellschaft e.V. **Band 117**

*Herausgeber:*

Kriminologische Gesellschaft (KrimG, vormals NKG)

Wissenschaftliche Vereinigung deutscher, österreichischer und  
schweizerischer Kriminologen e.V.

# Kriminologische Welt in Bewegung

Herausgegeben von

Klaus Boers und Marcus Schaerff

mit Beiträgen von

Marcelo F. Aebi, Dirk Baier, Britta Bannenberg, Dorothee Behr, Doris Bender, Marie Christine Bergmann, Volker Bieschke, Alois Birklbauer, Lorenz Bode, Klaus Boers, Isabelle Brantl, Michael Braun, Katrin Brettfeld, Kai-D. Bussmann, Axel Dessecker, Claudia Diehl, Dieter Dölling, Harald Dreßing, Karoline Ellrich, Johann Endres, Anke Erdmann, Diego Farren, Patrick Fick, Thomas A. Fischer, Felix Gatzmaga, Thomas Görgen, Ramona Griegel, Sven Grüner, Monika Haug, Rita Haverkamp, Meike Hecker, Dieter Hermann, Nico Herold, Katrin Höffler, Ines Hohendorf, Sabine Hohmann-Fricke, Barbara Horten, Theresia Höynck, Edith Huber, Ulrike Hunger, Jörg-Martin Jehle, Andreas Jensen, Irina Jugl, Nadine Jukschat, Florian Kaiser, Susanne Karstedt, Johannes Kaspar, Sonja King, Ina Klopp, Matthias Koenig, Ralf Kölbel, Benjamin Kraus, Andreas Kruse, Beate Küpper, Barbara Leitner, Fredericke Leuschner, Friedrich Lösel, Katharina Meitinger, Christine Morgenstern, Philipp Müller, Karin Neßeler, Stephan Osnabrügge, Nina Palmowski, Bettina Pospisil, Matthias Rau, Martin Rettenberger, Michael Roth, Hans Joachim Salize, Marcus Schaerff, Julia Schmidt, Eric Schmitt, Annemarie Schmoll, Susanne Schröter, Sonja Schulz, Walter Seböck, Marc-Alexander Seel, Carina Seidl, Nicole Selzer, Margit Stein, Wolfgang Stelly, Jens Struck, Carina Tetel, Jürgen Thomas, Thaya Vester, Yvette Völschow, Charles A. von Denkowski, Melanie Wegel, Peter Wetzels, Martina Wiesenberger, Kevin Wölk, Gina Rosa Wollinger, Daniel Wolter, Ulrike Zähringer, Andreas Zick, Bettina Zietlow

Forum Verlag Godesberg GmbH  
Mönchengladbach 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über **<http://dnb.d-nb.de>** abrufbar.

© 2018 Forum Verlag Godesberg GmbH, Mönchengladbach  
Gesamtherstellung: Books on Demand GmbH, Norderstedt  
Printed in Germany

ISSN: 2509-5056

ISBN: 978-3-942865-93-7 (Printausgabe)

ISBN: 978-3-942865-94-4 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

## Vorwort

Vom 28. bis zum 30. September 2017 fand in Münster die 15. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft statt. Unter dem Leitmotiv „*kriminologische WELT in BEWEGUNG*“ befassten sich die über 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem In- und Ausland mit weltweit akuten gesellschaftlichen und kriminologisch bedeutsamen Problemen: Flüchtlingsströme, religiöse und politische Radikalisierung, transnationale Wirtschafts- und Umweltkriminalität sowie Menschenrechtsverletzungen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Einwanderungen resümierten *Peter Wetzel* (Hamburg) und *Claudia Diehl* (Konstanz) in den ersten beiden Plenarvorträgen die diesbezüglichen kriminologischen Erkenntnisse unter Einbezug der generellen Migrationsforschung und erörterten auf dieser Basis Perspektiven für die jetzigen Integrationsprozesse. Die weiteren Hauptvorträge, die den ersten Tagungstag abschlossen, beschäftigten sich mit den in diesem Kontext relevanten Fragen religiöser und politischer Radikalisierung. *Andreas Zick* (Bielefeld) legte dar, inwieweit der Rechtsextremismus ideologisch und politisch in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, *Susanne Schröter* (Frankfurt am Main) erkundete, wie demokratische Gesellschaften die sozio-kulturellen und politischen Herausforderungen des in den letzten Jahren weltweit erstarkten Islamismus bewältigen können.

Besonders erfreulich war die starke Beteiligung junger Kriminologinnen und Kriminologen und von Praktikerinnen und Praktikern aus den Bereichen Polizei, Justiz und Strafvollzug, forensische Psychiatrie und Jugendhilfe am zweiten Tagungstag, der vor allem den Vorträgen in den Arbeitskreisen gewidmet war. In 87 Vorträgen in 25 Arbeitskreisen berichteten sie unter anderem zu den Themenbereichen *Kriminologische Verlaufsforschung*, *Rational Choice*, *Radikalisierung im Digitalen Zeitalter*, *Extremismus und Radikalisierung*, *organisationale Devianz*, *Korruption und deren Prävention*, *Volkswagen Emissions Scandal*, *Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen* sowie *Jugendstrafrecht* aus ihrer Arbeit. Aus Platzgründen konnten diese Vorträge leider nicht alle im Tagungsband veröffentlicht werden. Die folgenden Beiträge dokumentieren jedoch in hervorragender Weise das große thematische Spektrum der Vorträge.

In Fortsetzung des im Jahr 2012 in Freiburg begonnenen Prozesses wurden in einer neuen „*Diskussionsrunde zur Lage der deutschsprachigen Kriminologie*“ von Vertreterinnen und Vertretern aller kriminologischen Forschungsrichtungen (Klaus Boers, Thomas Bliesener, Christian Grafl, Axel Groenemeyer, Katrin Höffler, Theresia Höynck, Dietrich Oberwittler, Ineke Pruin

und Stephan Quensel) die aktuellen Herausforderungen und Perspektiven für die Kriminologie sowie Ansätze zu deren Stärkung diskutiert.

Die Plenarvorträge am letzten Tagungstag befassten sich mit zwei gesamtgesellschaftlich relevanten Phänomenbereichen. *Maria Kotsovou* (Lyon) berichtete über die von den Vereinten Nationen gemeinsam mit Interpol zu den bislang – auch kriminologisch – nur wenig beachteten massiven global erfolgenden Schädigungen der Umwelt gesammelten Erkenntnisse sowie über die Wirksamkeit transnationaler Programme zur deren Bekämpfung.<sup>1</sup> Zum Abschluss resümierte *Ralf Kölbel* (München) inwieweit die Kontrolle der Unternehmenskriminalität in den vergangenen zwanzig Jahren, insbesondere durch selbstregulierte oder strafrechtlich orientierte Compliance, gelungen ist. Die Beccaria-Medaille der Kriminologischen Gesellschaft wurde an Prof. Dr. Karl F. Schumann (Universität Bremen) und an Prof. Dr. Martin Killias (Universität Zürich) verliehen, die Nachwuchspreise erhielten Dr. Matthias Rau und Dr. Lara Wolf.

Die Tagung war ein großer Erfolg, was ohne die Unterstützung von sehr vielen nicht möglich gewesen wäre. Unser herzlicher Dank gilt zunächst den Vortragenden, Moderatorinnen und Moderatoren, Laudatoren sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Arbeitskreisen, die kenntnisreich vorgetragen und engagiert diskutiert haben. Für finanzielle Zuwendungen danken wir dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den Fachverlagen Nomos, Springer, Waxmann, Duncker & Humblot, W. Kohlhammer, Julius Beltz und LIT.

Herzlich danken möchten wir auch Markus Reich (Sekretariat) sowie unseren Studierenden für die Unterstützung bei der organisatorischen Bewältigung der Tagung: Paolo Blonigen, Franziska Hasselbach, Jeanette Kersten, Theresa Kuban, Jule Schmid, Arne Storzer, Fabio Thielemann, Carina Vreden, Hannah Weishaupt, Hannah Wittbrodt und Kevin Wölk. Ferner danken wir Carl Werner Wendland vom Forum Verlag Godesberg für die umfassende und unkomplizierte Betreuung der Veröffentlichung dieses Tagungsbandes.

Münster, im Oktober 2018

*Klaus Boers und Marcus Schaerff*

---

<sup>1</sup> Der Beitrag konnte hier leider nicht abgedruckt werden.



# Inhalt

## I. Plenarreferate

Migration und Kriminalität: Evidenzen, offene Fragen sowie künftige Herausforderungen für die Kriminologie <i>Peter Wetzels, Katrin Brettfeld und Diego Farren</i> .....	1
Religion und ethnische Bildungsungleichheiten – Empirische Befunde zu einem strittigen Zusammenhang <i>Claudia Diehl, Patrick Fick und Matthias Koenig</i> .....	37
Menschenfeindliche Vorurteile im Kontext von Radikalisierungsdynamiken und rechtsextremer Handlungen <i>Andreas Zick und Beate Küpper</i> .....	67
Salafismus und Dschihadismus <i>Susanne Schröter und Andreas Jensen</i> .....	110
Unternehmenskriminalität und (Selbst-)Regulierung <i>Ralf Kölbel</i> .....	132

## II. Referate aus den Arbeitskreisen

### **Radikalisierung**

Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention <i>Nadine Jukschat</i> .....	165
Die Bedeutung des persönlichen Nahbereichs radikalisierter Personen für die Risikoprognose <i>Katrin Höffler und Felix Gatzmaga</i> .....	168
Ein Aufruf zu Gewalt – was kann das sein, was muss das sein? Objektiv-hermeneutische Perspektiven auf extremistische Aufrufe zu Straftaten im Internet <i>Jens Struck, Benjamin Kraus und Thomas Görgen</i> .....	179
Instrumente zur Risikobeurteilung extremistisch motivierter Straftäter: Eine Synopse <i>Sonja King, Doris Bender und Friedrich Lösel</i> .....	191
Protektive Faktoren gegen die Entwicklung von Extremismus und Radikalisierung – Eine systematische Auswertung internationaler Studien <i>Doris Bender, Sonja King, Friedrich Lösel und Irina Jugl</i> .....	204

## VIII

## Inhalt

Welche Rolle spielt religiöses Wissen für islamistische Radikalisierung? <i>Johann Endres und Sonja King</i> .....	218
---	-----

### **Wirtschaftskriminalität**

Zur Kontroll-Funktionalität von Whistleblowing-Systemen im Lichte aktueller empirischer Erkenntnisse <i>Nico Herold</i> .....	228
Kriminalpräventive Wirkung von Anti-Korruptionsprogrammen – Deutsche Großunternehmen im Spannungsfeld zwischen Landes- und Unternehmenskultur <i>Kai-D. Bussmann, Nicole Selzer und Sven Grüner</i> .....	243
Die Korruptionsbereitschaft von Managern – organisationale oder individuelle Devianz? <i>Dieter Hermann</i> .....	255
Cybercrime-Delikte in Österreich – Ein Rückblick 2006 bis 2016 <i>Edith Huber, Bettina Pospisil und Walter Seböck</i> .....	265
IT-Sicherheit mit Nachdruck <i>Nicole Selzer</i> .....	276
On the Crimes of Some of the Financially Powerful in North Korea <i>Charles von Denkowski</i> .....	288

### **Jugenddelinquenz und Jugendstrafrecht**

Viktimisierung im Jugendalter: Verbreitung, Verlauf und Zusammenhang mit Delinquenz <i>Anke Erdmann</i> .....	297
Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe <i>Annemarie Schmoll, Carina Seidl und Thomas A. Fischer</i> .....	307
Viktimisierung und Täterschaft in Paarbeziehungen junger Menschen – Erste deskriptive Befunde einer Hochschulbefragung <i>Ines Hohendorf</i> .....	317
Jugendliche als Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte <i>Karoline Ellrich, Marie Christine Bergmann und Dirk Baier</i> .....	330
Effekte jugendstrafrechtlicher Interventionen in Duisburg und Peterborough <i>Florian Kaiser, Marcus Schaerff und Klaus Boers</i> .....	344
Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende? <i>Nina Palmowski</i> .....	369

Der „Warnschussarrest“ gemäß § 16a JGG in Bayern – Erste Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojektes

*Johannes Kaspar und Julia Schmidt* ..... 382

### ***Sanktionen und ihre Bewährung***

Punitive Einstellungen als Medium zur Neutralisierung eigener Delinquenz – Selbstreflexive Punitivität

*Marc-Alexander Seel* ..... 395

Who's bad? Eine Analyse zur internationalen Vergleichbarkeit von Maßen krimineller Einstellungen mittels des Web-Probing Ansatzes

*Sonja Schulz, Katharina Meitinger, Michael Braun und Dorothee Behr* ..... 406

Die österreichische Wiederverurteilungsstatistik – Eine weiterentwickelte Methode zur Messung der Legalbewährung

*Barbara Leitner* ..... 418

Neun Jahre Legalbewährungsuntersuchung – Was wurde bisher erreicht und welche Aussagemöglichkeiten bieten sich?

*Jörg-Martin Jehle* ..... 428

Hat die Art der strafrechtlichen Sanktion Einfluss auf die Legalbewährung?

*Carina Tetel* ..... 445

Informations- und Forschungsdatenbank zum Rückfall in Deutschland

*Sabine Hohmann-Fricke* ..... 451

Teilbedingte Freiheitsstrafen als Erweiterung des Sanktionsspektrums – Österreichische Erfahrungen mit 30 Jahren Praxis

*Alois Birklbauer* ..... 463

Die Kollateralfolgen von Strafen

*Axel Dessecker* ..... 476

Schwache Beweise und problematische Zeugen: der Freispruch im Strafverfahren

*Jürgen Thomas und Wolfgang Stelly* ..... 487

Justizirrtümer in Deutschland – Ein Überblick über nachweislich zu Unrecht inhaftierte Personen

*Fredericke Leuschner* ..... 497

Grenzüberschreitende Bewährungshilfe: Neun Jahre nach dem Rahmenbeschluss des Europarates. Wo stehen wir?

*Daniel Wolter* ..... 509

Evaluation der „Differenzierten Leistungsgestaltung“ bei den Sozialen Diensten in der Justiz des Landes Mecklenburg-Vorpommern <i>Volker Bieschke und Carina Tetel</i> .....	517
Norminternalisierung durch Polizeiarbeit? Zur Bedeutung der Procedural Justice Theory im Hinblick auf die positive Generalprävention <i>Rita Haverkamp und Meike Hecker</i> .....	538
<b>Untersuchungshaft und Strafvollzug</b>	
Einsperren oder nicht? Die Anordnung von Untersuchungshaft <i>Christine Morgenstern</i> .....	552
Religion und Subkultur im Strafvollzug <i>Melanie Wegel</i> .....	569
Zum Spannungsverhältnis von Internet und Strafvollzug <i>Lorenz Bode</i> .....	579
Der Soziale Kollege – Können wir den wahrgenommenen sozialen Einfluss der eigenen Tätigkeit als Job-Ressource bei Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes nutzen? <i>Kevin Wölk</i> .....	591
<b>Einzelne Delikte und weitere Themenbereiche</b>	
Not, schnelles Geld oder Beruf? Zum Selbstverständnis reisender und zugereister Täter/innen des Wohnungseinbruchs <i>Nadine Jukschat und Gina Rosa Wollinger</i> .....	604
Strafzumessung und Rückfälligkeit nach Wohnungseinbrüchen <i>Ramona Griegel</i> .....	615
Die Regensburger Aufarbeitungsstudie: Ein Überblick zu Studiendesign und eingesetzten Methoden <i>Matthias Rau und Martin Rettenberger</i> .....	628
Metaanalyse zur Prävention des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger in der katholischen Kirche und in anderen Institutionen <i>Dieter Dölling, Barbara Horten, Dieter Hermann, Andreas Kruse, Eric Schmitt, Britta Bannenberg, Hans Joachim Salize und Harald Dreßing</i> .....	638
Verurteilte Sexualstraftäterinnen – eine empirische Analyse sexueller Missbrauchsdelikte <i>Ulrike Hunger</i> .....	650

Sozialer Wandel und Früh-/Zwangsehen Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationspolitik <i>Isabelle Brantl, Margit Stein und Yvette Völschow</i> .....	661
Die Täterinnen und Täter des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in Deutschland und Österreich <i>Dirk Baier, Edith Huber und Bettina Zietlow</i> .....	671
Strafrechtliche Aufarbeitung von Tötungsdelikten an Kindern <i>Monika Haug, Theresia Höynck und Ulrike Zähringer</i> .....	684
(Staatlich ausgelöste) Tötungsverbrechen an Journalisten als Gegenstand kriminologischer Forschung <i>Karin Neßeler</i> .....	703
Psychische Gewalt in der Partnerschaft – Diskussion von Rechtslage und Praxis in Österreich <i>Martina Wiesenberger</i> .....	716
Rockerkriminalität – Ein Forschungsprojekt <i>Ina Klopp, Philipp Müller und Bettina Zietlow</i> .....	730
Replikation und Differenzierung: Elementare Forschungsprinzipien und ihre Relevanz für die Kriminologie <i>Friedrich Lösel und Doris Bender</i> .....	741
Lassen sich Diskriminierungen im Fußball quantifizieren? – Ein Beitrag über Anspruch und Wirklichkeit <i>Thaya Vester und Stephan Osnabrügge</i> .....	752
Dimensionen Sozialer Anerkennung in der Gutachtersituation – oder: Wie Philosophie praktisch wird <i>Michael Roth</i> .....	763

### **III. Laudationes**

A tribute to Martin Killias on the occasion of his receipt of the Beccaria Medal in gold of the Kriminologische Gesellschaft <i>Marcelo F. Aebi</i> .....	773
Verleihung der Beccaria-Medaille an Professor em. Dr. Karl Schumann, Bremen <i>Susanne Karstedt</i> .....	781
<i>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren</i> .....	786



# **I. Plenarreferate**





# Migration und Kriminalität: Evidenzen, offene Fragen sowie künftige Herausforderungen für die Kriminologie<sup>1</sup>

*Peter Wetzels, Katrin Brettfeld und Diego Farren*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Geflüchtete als Opfer von Kriminalität
3. Migranten als Täter von Kriminalität
4. Brennpunkt Flüchtlinge
5. Ein erstes Fazit: Herausforderungen und Perspektiven für die kriminologische Forschung

## 1. Einleitung

Die Thematik *Migration und Kriminalität* und deren kontroverse wissenschaftliche wie auch kriminalpolitische Debatte haben in der Kriminologie schon eine sehr lange Tradition (vgl. *Albrecht* 1995; *Sessar* 1999; *Hagan* 2010; *Ceobanu* 2011; *Häfele* 2013; *Hirtenlehner et al.* 2016). In den letzten beiden Jahren haben diesbezügliche Fragen indessen vor dem Hintergrund der enormen Zuwanderung geflüchteter Menschen in den Jahren 2015 und 2016, die oftmals als „Flüchtlingswelle“ oder „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, eine neue Dynamik erhalten, was auch eine ganze Reihe von Publikationen stimuliert hat (vgl. *Feltes et al.* 2018; *Walburg* 2014b; 2016; 2018; *Windzio* 2018; *Pfeiffer et al.* 2018). Dabei wurde deutlich, dass die kriminologische Forschung zwar bereits eine Reihe von Befunden zu diesem Phänomenbereich zu bieten hat, gleichzeitig aber auch mit neuen Herausforderungen und offenen Fragen konfrontiert wird, die über Kriminalität im engeren Sinne hinaus auch allgemeinere Fragen der Sicherung sozialer Integration und eines friedlichen sozialen Zusammenlebens betreffen (siehe dazu aktuell den umfänglichen Sammelband von *Kury/Redo* (2018); speziell mit Bezug zur Situation junger Menschen siehe weiter den Sammelband von *Roché/Hough* (2018) mit Beiträgen zu den

---

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde auch in der *MschKrim* 2018, Heft 2 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Effekten von Migration auf unterschiedliche kriminologisch relevante Konstrukte auf Grundlage von Daten des ISRD-3<sup>2</sup>).

Ein in der öffentlichen Debatte dominantes Thema ist dabei – aus verschiedenen Blickwinkeln – immer wieder die Auseinandersetzung mit Befürchtungen, Zuwanderung könne eine Verschärfung der Kriminalitätslage erzeugen, und zwar insbesondere dergestalt, dass Zuwanderer überproportional häufig als Täter von Kriminalität im jeweiligen Aufnahmeland in Erscheinung treten. Diese spezifische Ausrichtung einer Fragestellung, die „Fremde“ als Täter, als Verdächtige, als Inhaftierte, und das immer in Abgrenzung und in Kontrast zur einheimischen Bevölkerung, fokussiert, ist eine geradezu klassische Problematik, mit der sich die Kriminologie schon seit Jahrzehnten national wie auch international befasst hat (vgl. *Feltes et al.* 2018; *Hirtenlehner et al.* 2016; *Nunziata* 2014; *Walburg* 2018; *Windzio* 2018; siehe auch bereits *Albrecht* 1995; *Sessar* 1999; *Hagan* 2010).

Das Thema Migration und Bedrohungswahrnehmungen seitens der Einwohner der Einwanderungs- oder Aufnahmeländer hat eine lange Tradition in der Kriminologie, wohingegen die Kehrseite, die Befürchtungen von Migranten, deren Ängste vor Kriminalität und Gewalt, durch die Kriminologie in Deutschland bis dato kaum thematisiert wurden (vgl. *Oberwittler/Zirnic* 2016). Erste Analysen dazu wurden auf Basis des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 von *Oberwittler und Zirnic* (2016) vorgelegt. Diese zeigen für die beiden größten Migrantengruppen aus der Stichprobe eine deutlich höhere Ausprägung der Kriminalitätsfurcht als bei einheimischen Befragten. Nach multivariater Kontrolle individueller und sozialräumlicher Faktoren sind diese Unterschiede bezogen auf aus der Türkei und Russland stammende Befragte nicht mehr zu erkennen. Es zeigen sich jedoch Hinweise darauf, dass andere Migranten aus Ländern außerhalb Europas auch nach solchen Kontrollen noch vermehrte Kriminalitätsfurcht und Unsicherheit aufweisen. Angesichts der auch künftig erwartbaren Dynamik von Zuwanderungsprozessen sowie der beobachtbaren Entwicklungen im Bereich Fremdenfeindlichkeit und Hass-Kriminalität (vgl. *Zick* 2017) ist hier ein Ausbau der künftigen Forschung der Kriminologie zu diesen Fragen sicherlich sinnvoll und notwendig.

Forscher sprechen verschiedentlich mit Blick auf das Forschungsfeld „Migration“ im kriminologischen Kontext von einem „Minenfeld“ (*Reich* 2013; *Windzio* 2018). Das gilt sicherlich in Bezug auf teilweise recht emotional geführte öffentliche Diskurse, in denen sehr gegensätzliche Einschätzungen und Bewertungen von Migration aufeinandertreffen. Dabei spielt Kriminalität eine zentrale, vor

---

2 International Self-Report Delinquency Study (zu Methodik und Design siehe *Enzmann et al.* 2018).

allem auch symbolische Rolle. Kriminalität von Zuwanderern ist insoweit auch eine Metapher für generelle Verunsicherungen und Bedrohungswahrnehmungen.

Die gesellschaftlichen Debatten und politischen Diskussionen dazu erscheinen aktuell besonders stark polarisiert. Auf der einen Seite finden sich erstarrende populistische Strömungen, die Migration als Risiko und die Zuwanderer in erster Linie als potentielle Täter in den Blick nehmen. Von dort aus werden vor allem Begrenzung und repressive Maßnahmen gefordert. Auf der anderen Seite treffen wir auf entgegengesetzte Auffassungen, die Zuwanderung optimistisch betrachten und Bereicherungen in kultureller aber auch positive Effekte in ökonomischer Hinsicht betonen, während mit Migration verbundene Schwierigkeiten und Herausforderungen, insbesondere solche mit Blick auf Sicherheit und Kriminalität, eher als politisch gefährlich erachtet und von daher ausgeblendet werden (vgl. *Windzio* 2018, S. 372, der insoweit auch von „radikalen, gesinnungsethischen Varianten“ spricht).

Migration erweist sich, insbesondere wenn der Bezug zu Kriminalität hergestellt wird, als ein Thema, das eng mit vitalen Sorgen und Ängsten vor Identitätsverlust aber auch vor Konkurrenz und Statusgefährdungen verbunden ist. Solche Ängste zeigen sich in aktuellen Umfragen für Deutschland recht deutlich. So stellt die *R+V Versicherung* auf Grundlage der Befragung einer repräsentativen Stichprobe für das Jahr 2017 fest, dass zwar insgesamt die Ängste in Deutschland 2017 zurückgegangen sind. Migration und Flüchtlinge sind aber Themen, die zu den zehn größten Ängsten der Deutschen gehören. Mit 61 % Zustimmung auf Platz 3 der von den Befragten genannten Befürchtungen stehen „Spannungen in Deutschland, durch den Zuzug von Ausländern“. Diese Befürchtungen werden nur noch von der Angst vor Terrorismus (71 % Zustimmung) und vor „politischem Extremismus“ (62 % Zustimmung) übertroffen. 57 % der Befragten (Platz 6) sehen eine mögliche „Überforderung deutscher Behörden durch Flüchtlinge“.<sup>3</sup>

Diese Verknüpfung von Migration mit sozialen Konflikten und eine vermehrte Wahrnehmung von Bedrohungen durch Kriminalität in den Zielländern der Migranten sind indessen keine deutschen Spezifika. Auf Grundlage von Daten des European Social Survey aus 14 westeuropäischen Ländern für die Jahre 2002, 2004, 2006 und 2008 zu Opfererlebnissen (Körperverletzung und Wohnungseinbruch) sowie zu Kriminalitätsfurcht und Einstellungen zu Migranten und Migration konnte zum Beispiel *Nunziata* (2014) zeigen, dass regionale Veränderungen und Unterschiede in der Zuwanderung keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit den Viktimisierungsraten der

---

3 <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen/grafiken-die-aengste-der-deutschen> [letzter Aufruf: 04.09.2018].

befragten einheimischen Bevölkerung aufwiesen. Es zeigte sich aber ein robuster positiver Zusammenhang des Umfangs der regionalen Veränderungen in der Zuwanderung mit der Kriminalitätsfurcht der Befragten: Stärkere Zunahmen von Migration gingen, obschon Opferraten sich nicht signifikant wandelten, mit einer deutlichen Erhöhung der subjektiv wahrgenommenen Unsicherheit einher. Dies bleibt nach den Befunden dieser Studie nicht ohne Konsequenzen für das soziale Zusammenleben in den Regionen. Einstellungen zu Migranten und Migration werden vielmehr gleichfalls deutlich durch solche Bedrohungswahrnehmungen beeinflusst: Der Zusammenhang zwischen negativen Einstellungen zu Migranten und eigenen Opfererfahrungen war eher klein, während Kriminalitätsfurcht eine ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderern etwa zehnmal stärker beeinflusste. Die tatsächlich nicht veränderten Viktimisierungsrisiken einerseits und gestiegene, mit Migration verbundene Befürchtungen andererseits weisen darauf hin, dass in den untersuchten europäischen Regionen verzerrte Wahrnehmungen existieren, die sich gegebenenfalls auch politisch instrumentalisieren lassen und problematische Effekte auf die soziale Integration und das Verhältnis von Einheimischen zu Zuwanderern entwickeln können. In den Worten von *Luca Nunziata*:

“Our findings seem to suggest a misconception of the link between immigration and crime among European natives that is reflected in crime perception being strongly associated with a negative attitude toward immigrants. The public perception of the effect of immigration on crime may be partly misled by the casual empirical evidence available to the public [...] Our empirical findings call for a better public assessment of the immigration phenomenon in western Europe, especially as regards its implications in terms of criminality, and for a more transparent approach to the discussion about the costs and benefits of immigration in host countries” (*Nunziata* 2014, S. 28).

Die Debatten im Wahlkampf zur letzten Bundestagswahl 2017, die dort mehrfach erkennbaren populistischen bis hin zu rassistischen, fremdenfeindlichen und stark auf Exklusion orientierten Äußerungen, sind unter einem solchen Blickwinkel durchaus sehr problematisch. Die oben zitierten Befunde, die Effekte von Kriminalitätsdiskursen auf soziale Wahrnehmungen und soziale Integration nahelegen, mahnen jedenfalls insoweit zu einer gewissen Umsicht nicht nur seitens der Politik, sondern auch der Wissenschaft mit Blick auf sachbezogene Analysen in diesem Forschungsfeld.

*Thomas Rauschenbach*, Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München, konstatierte insoweit Ende 2016 eine Polarisierung, ein dramatisches Auseinanderdriften der aktuellen Stimmungslage der Bevölkerung, was er auch als „politisch mentale Krise des Landes“ bezeichnete (*Rauschenbach* 2016, S. 3). Er führte dazu weiter aus:

„Es zeigen sich scharfe Diskrepanzen zwischen einem weiter engagierten flüchtlingssensiblen Teil der Bevölkerung und einem barsch fremdenfeindlichen Milieu mit hohem Aggressionspotential. [...] Diese Polarisierung birgt das Risiko, dass eine realistische Problemwahrnehmung in der hitzigen Pro- und Contra-Debatte zerrieben wird. [...] Wenn die eine Seite jedes kleine Problem dramatisiert, kann die andere Seite dazu neigen, vorhandene Schwierigkeiten zu bagatellisieren. [...] Unter dem Strich geht eine solche Debatte an der Realität vorbei – an einer Realität, die weit davon entfernt ist, katastrophische Züge zu tragen, die aber durchaus Herausforderungen erkennen lässt, die eine Gesellschaft sinnvollerweise wahrnehmen soll“ (*Rauschenbach* 2016, S. 3).

Zurückhaltung im Sinne von Differenziertheit und der Vermeidung von vorschnellen Verallgemeinerungen bei der Feststellung von Problemkonstellationen und möglichen Zusammenhängen in Bezug auf spezifische Migrantengruppen sind von daher in gewissem Maße durchaus angebracht. Auf der anderen Seite sind aber Vollständigkeit und Transparenz hinsichtlich der Beschreibung der ablaufenden sozialen Prozesse und ihrer Hintergründe eine wichtige Basis für ein darauf abstützbares, hinreichend evidenzbasiertes Handeln.

Offenheit und Unvoreingenommenheit der Forschung und Analysen, die den Phänomenbereich in einem umfassenden Sinne in den Blick nehmen, sind dringend vonnöten, um die aufgeworfenen gesellschaftlichen Probleme, Konflikte und Herausforderungen rational und erfolgversprechend angehen und bearbeiten zu können und desintegrative Effekte verkürzender Polarisierungen zu vermeiden. *Robert Putnam* hat zur Rolle und Funktion der Wissenschaft in einem solchen Forschungsfeld bei seiner Analyse möglicher Zusammenhänge von Migration, ethnischer Bevölkerungsvielfalt und sozialem Zusammenhalt bereits vor zehn Jahren sehr nachdrücklich und treffend formuliert:

„Scientific examination of immigration, diversity and social cohesion could easily be inflamed as the results of research become part of the contemporary political debate, but that debate needs to be informed by our best efforts to ascertain the facts“ (*Putnam* 2007, S. 165).

Völlig unabhängig davon, ob Putnams auf die USA bezogene Feststellung negativer Effekte des mit Migration verbundenen Anstiegs ethnischer Diversität auf den sozialen Zusammenhalt und auf das Vertrauen in staatliche Institutionen als empirisch hinreichend abgesichert anzusehen ist (kritisch dazu unter anderem *Portes/Vickstrom* 2011) und ob diese auch in Europa und in Bezug auf Kriminalität und Gewalt Geltung besitzen (kritisch in Bezug auf Tötungskriminalität unter anderem *de Soysa/Noel* 2018 auf Basis einer vergleichenden Analyse in 142 Ländern), wird man seine Feststellungen zur Aufgabe und Rolle empirischer Wissenschaften in diesem Feld sicherlich teilen können.

Eine der wesentlichen Herausforderungen und Schwierigkeiten in dem oben angeführten „Minenfeld“ Migration und Kriminalität ist, dass jeder Forschungsschritt – abseits besonderer theoretischer, methodischer und

forschungspraktischer Herausforderungen, die hier zu erkennen sind – geeignet sein kann, explosive – nicht unbedingt sachliche – Reaktionen zu provozieren, etwa weil Ergebnisse den Erwartungen und Vorannahmen nicht entsprechen, Ängste nicht bestätigen oder Analysen ihre Schwerpunkte vermeintlich falsch setzen. Dieser Zustand ist mindestens seit der Zuspitzung der Flüchtlingsdebatte seit Ende 2015 wieder verschärft gegeben.

Wir haben es hier mit einem politisch-sozialen Spannungsfeld zu tun, das angesichts der Bevölkerungsentwicklungen und existierenden Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt auch in Zukunft enorme Ausmaße annehmen kann und von daher die Bevölkerung und Politik nicht nur in Deutschland, sondern weltweit noch längere Zeit beschäftigen wird (vgl. dazu auch *Baar* 2018; *Haverkamp* 2018). Die Sozialwissenschaften werden mit ihrer Expertise gerade hier dringend benötigt, um die relevanten sozialen Phänomene und erkennbare neue Problemlagen möglichst differenziert und vollständig zu beschreiben. Dabei ist es wichtig, im Hinblick auf daraus gegebenenfalls ableitbare Handlungserfordernisse und mögliche Maßnahmen zunächst offen zu bleiben. Zu einer solchen möglichst ergebnisoffenen, differenzierten und vollständigen, in diesem Sinne engagierten Analyse ist – soweit in diesem Feld die Thematisierung von Gewalt und abweichendem Verhalten, die Erörterung von mit Migration verbundenen Fragen von Sicherheit und Kriminalität erfolgen – als Disziplin vor allem auch die Kriminologie berufen.

Gegenstand der folgenden Ausführungen ist diesbezüglich zum einen eine knappe Sichtung wesentlicher relevanter Befunde der Kriminologie zum Thema Migration und Kriminalität, wobei in erster Linie gut gesicherte Erkenntnisse für Deutschland grob umrissen werden. Im Zentrum stehen zum anderen aber vor allem die Grenzen der bis dato vorhandenen Erkenntnisse, wobei der Blick sich hier auf zu selten oder gar nicht gestellte beziehungsweise noch unbeantwortet gebliebene „offene“ Fragen richtet. In dieser Hinsicht werden einige der wesentlichen künftigen Herausforderungen benannt, denen sich die Kriminologie mit ihrer Forschung in diesem Feld künftig stellen sollte.

## 2. Geflüchtete als Opfer von Kriminalität

Im Hinblick auf die empirischen Analysen zum Thema Migration und Kriminalität dominierten in der kriminologischen Forschung in Deutschland seit 1998 bis etwa 2014/2015 Studien mit Jugendlichen, in denen junge Migranten der ersten vor allem aber der zweiten und dritten Generation, sowohl unter Rückgriff auf Kriminal- und Justizstatistiken als auch vor allem im Rahmen von Befragungsstudien, insbesondere in Form von Erhebungen zu selbst-

berichteter Delinquenz, untersucht wurden (zum Überblick vgl. *Pfeiffer et al.* 2018; *Walburg* 2014a; 2018).

Bis zur Hochphase der sogenannten „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015/2016 waren aus der deutschen sozialwissenschaftlichen kriminologischen Forschung – abseits der Analyse von Daten des Hellfeldes der Kriminalität unter Nutzung vor allem polizeilicher Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu Tatverdächtigen – kaum Erkenntnisse verfügbar, die sich auf diese in den letzten beiden Jahren enorm gewachsene Gruppe der nach Europa, zu großen Teilen nach Deutschland, geflüchteten Menschen gerichtet hätten (vgl. *Walburg* 2016). Hier haben sich indessen in jüngster Zeit einige Änderungen ergeben.

Aktuell liegen erste Befunde aus Befragungen von Migranten und Geflüchteten vor, die neben Einstellungen und Wertorientierungen sowie Fragen der sozialen Teilhabe und Integration auch Informationen zur Verbreitung von Opfererlebnissen enthalten (vgl. *Brücker et al.* 2016; *Fleischer et al.* 2018; *Kury et al.* 2018). Deren Ergebnisse unterstreichen zum einen, dass Opfererfahrungen wichtige Hintergründe und mögliche Ursachen von Flucht sind. Dazu gehören unter anderem Krieg, Bürgerkrieg, Genozid, politische Verfolgung und andere Formen auch völkerstrafrechtlich relevanter Vorgänge. Sie zeigen zum anderen aber auch, dass Ausgrenzungserfahrungen und Ablehnungserlebnisse im Aufnahmeland nicht selten sind (vgl. *Fleischer et al.* 2018, S. 47 ff.), wobei sich hier deutliche Divergenzen zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten zeigen.

Viele der Hintergründe und Ursachen von Flucht und Vertreibung, unter anderem Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, aber auch die Modalitäten der stattfindenden Migrationsprozesse und bei der Flucht stattfindende Übergriffe durch staatliche Akteure, stellen im Übrigen ihrerseits, was oft übersehen wird, ebenfalls Formen kriminellen Verhaltens, Varianten von Makrokriminalität, dar. Deren Ursachen und Hintergründen sollte sich die Kriminologie ebenfalls vermehrt zuwenden, nicht zuletzt, um hier Möglichkeiten zur Prävention und Intervention zu analysieren (vgl. dazu u.a. *Hagan/Rymond-Richmond* 2009; *Rafter* 2016). Dies wurde in der Kriminologie lange Zeit stark vernachlässigt. Wichtige Schritte in die Richtung, diese Forschungsaktivitäten weiter auszubauen, werden seit einiger Zeit durch die European Society of Criminology unternommen, innerhalb derer sich die European Criminology Group on Atrocity Crimes and Transitional Justice<sup>4</sup> konstituiert hat. Diese führt Forscher in diesem Feld zusammen und fördert deren Austausch.

---

4 <https://www.esc-eurocrim.org/index.php/activities/working-groups/53-atrocity-crimes-and-transitional-justice> [letzter Aufruf: 04.09.2018].

Neben völkerstrafrechtlich relevanten Verbrechen sind weitere Hintergründe von Flucht auch Naturkatastrophen, schwierige klimatische Bedingungen, Hungersnöte und andere Kontextbedingungen, die ebenfalls grundsätzlich traumatisierende Wirkungen entfalten können. Zusätzlich sind weiter auch Viktimisierungserfahrungen auf dem Weg in ein Zielland ein ständiges präsent Risiko flüchtender Personen. Neben Hunger, Durst, unzureichender gesundheitlicher Versorgung, dem Verlust des Kontaktes zu engen Angehörigen und Freunden (vgl. *Kury et al.* 2018) geht es vor allem auch um Auswirkungen von Schleuserkriminalität, um Korruption an Grenzen oder die Konfrontation mit Gewalt durch in diesem Feld tätige kriminelle Banden. Wesentlich und aus kriminologischer Sicht mit Blick auf längerfristige Effekte theoretisch besonders relevant erscheinen in dieser Phase auch Erlebnisse der Bedrohung und Schädigung durch Vertreter staatlicher Institutionen bei der Passage durch verschiedene Länder oder über das Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Deren Ausmaß und mögliche Effekte zum Beispiel auf das Vertrauen in staatliche Institutionen sowie rechtsstaatliche Regulationsmechanismen sind in der kriminologischen Forschung bis dato gleichfalls nur wenig präsent. Insoweit ist für viele der nach Deutschland gelangenden Migranten Viktimisierung sowohl initiale Ursache als auch begleitendes Merkmal ihrer zumeist erzwungenen Migrationsprozesse, und zwar in vielfältigen Formen und zu einer Zeit, noch bevor die betreffenden Personen in ihrem Zielland angelangt sind.

In dieser Hinsicht gibt für Deutschland beispielsweise die – angesichts ihrer längsschnittlichen Anlage vielversprechende – repräsentative Befragung von IAB-BAMF-SOEP von in Deutschland lebenden, zwischen 2013 und 2016 als Flüchtlinge eingereisten Menschen erste wichtige Hinweise auf Art und Umfang der während der Flucht erlebten Viktimisierungen (*Brücker et al.* 2016). Danach wurden etwa zwei Drittel der Geflüchteten auf ihrer Flucht Opfer von Ausbeutung und Betrug. 40 % der Männer und ein Drittel der Frauen wurden Opfer von physischer Gewalt. Die Häufigkeiten der Opfererfahrungen variierten in Abhängigkeit von der Herkunftsregion zum Teil ganz erheblich: So finden sich für Geflüchtete aus Osteuropa und dem Westbalkan die geringsten Opferraten, Geflüchtete aus Afrika hingegen waren zu etwa 80 % von mindestens einem dieser Ereignisse betroffen.

Ähnliche Befunde zeigen sich in der vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Hannover durchgeführten Untersuchung „*Alltagserfahrungen und Lebenswelten von Flüchtlingen*“ (ALFiN), innerhalb derer in Niedersachsen aufgenommene Geflüchtete unter anderem zu ihren Erfahrungen auf der Flucht und zu Erlebnissen nach ihrer Ankunft in Deutschland befragt wurden. So waren beispielsweise mehr als ein Viertel Opfer physischer Gewalt mit Waffen (*Treskow/Kudlacek* 2017).



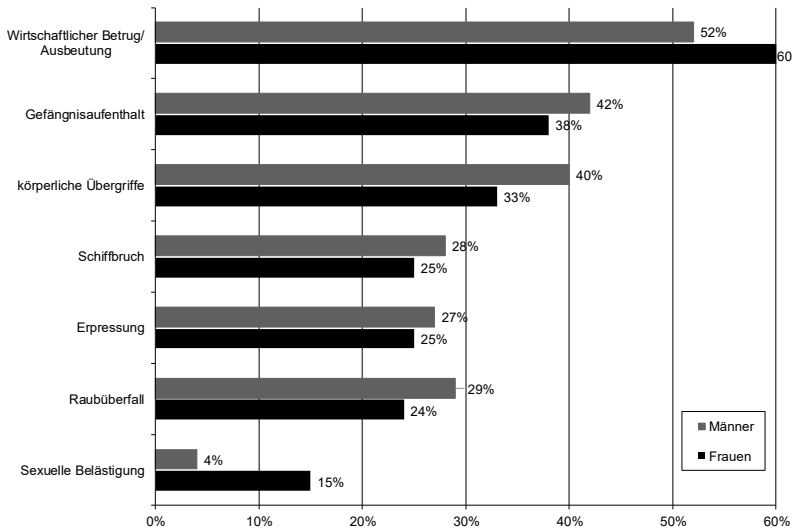


Abbildung 1: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Erfahrungen mit Fluchtrisiken nach Geschlecht in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)<sup>5</sup>

Auch Kury *et al.* (2018, S. 318) verweisen auf ganz erhebliche Opferraten, die in Untersuchungen mit Flüchtlingen gefunden wurden und die ganz maßgeblich dazu beitragen, dass die Verbreitung Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTSD) in dieser Migrantengruppe enorm hoch ist. In einer Erhebung mit  $n = 823$  geflüchteten Personen, die von Kury *et al.* (2018) in sechs verschiedenen Städten unter Verwendung eines international etablierten, gut abgesicherten Screeninginstruments zur Erfassung von PTSD befragt wurden (PCL) (Blanchard *et al.* 1996), konnte eine Gesamtrate von 34,8 % Betroffener ermittelt werden, bei denen eine behandlungsbedürftige Ausprägung der Symptomatik einer Posttraumatischen Belastungsstörung vorlag. Gleichzeitig bleiben jedoch viele der Betroffenen aus unterschiedlichsten Gründen längerfristig unbehandelt, was mit dem Risiko der Chronifizierung von Störungen und weiteren Folgen verbunden ist, darunter auch erhöhte Risiken für Suizid und soziale Verhaltensauffälligkeiten, insbesondere im Falle junger Menschen (Kury *et al.* 2018, S. 319 mit weiteren Nachweisen).

Solche, gemessen an nationalen Umfragen zu Opfererlebnissen unter der deutschen Wohnbevölkerung, recht hohen Opferraten mit gravierenden Folgen bestätigen auch Berichte internationaler Organisationen, zum Beispiel des

<sup>5</sup> Brücker *et al.* (2016), S. 27.

UNHCR, wonach unter anderem ein erheblicher Teil der weiblichen Geflüchteten auf ihrem Weg nach Europa Opfer sexueller Übergriffe und physischer Gewalt wurde (UNHCR 2017).

Neben Viktimisierungserfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht spielen zusätzlich auch noch auf den Migrantenstatus beziehungsweise die Flüchtlingseigenschaft bezogene Viktimisierungserlebnisse im Zielland eine ganz besondere Rolle. Das Niederbrennen von Flüchtlingsunterkünften, eine der massivsten Formen des Viktimisierungserlebens, die einen unmittelbaren Bezug zur Hasskriminalität aufweist, hat in Deutschland seit 2014 deutlich zugenommen. Kam es 2014 nach den Daten im Bundesverfassungsschutzbericht zu fünf solchen Brandanschlägen, stieg diese Zahl im Verlauf der Flüchtlingsdebatte erheblich an. So fanden sich 2015 mit 75 und 2016 mit 65 ganz erhebliche Steigerungen (Bundesministerium des Innern 2017, S. 49). Solche Vorfälle betreffen regelmäßig eine Mehrzahl von untergebrachten Personen direkt. Sie haben aber zusätzlich ganz erhebliche ängstigende und beeinträchtigende Effekte auch für die nicht unmittelbar Betroffenen. Weiter fanden jüngere Erhebungen in Niedersachsen durchaus erhebliche Raten von Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen sowie auch strafrechtlich relevanten Opfererlebnissen bei Migranten (Fleischer et al. 2018).

Wenn die Kriminologie unter dem Thema Migration und Kriminalität die aktuellen Zuwanderungen von Geflüchteten in den Blick nimmt, dann sollte dies insoweit vor allem auch aus einer umfassenderen viktimologischen Perspektive geschehen (so auch Feltes et al. 2018). Flüchtlinge werden zu ganz erheblichen Anteilen Opfer von Kriminalität, innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Die Kriminologie sollte sich im Zusammenhang mit erzwungener Migration verstärkt vor allem auch den Risiken, Folgen und der Bewältigung von Opfererfahrungen zuwenden.

Gerade diese möglichen Folgen massiver Opfererfahrungen werden aktuell noch zu wenig in den Blick genommen. Die verfügbaren Hinweise, dass bei Geflüchteten in mehr als einem Drittel, in Subpopulationen teilweise sogar noch bei höheren Anteilen, mit klinisch relevanten Formen von Posttraumatischen Belastungsstörungen zu rechnen ist, sollten sehr ernst genommen werden. Hier sind Binnendifferenzen zu beachten. Erste Befunde aus der ALFin Studie in Niedersachsen zeigen dazu, dass der Schweregrad traumatisierender Erlebnisse sowie das Ausmaß der psychischen Symptomatik bei Geflüchteten aus afrikanischen Ländern besonders stark ausgeprägt sind. So waren mehr als ein Drittel der im Rahmen dieser Untersuchung Befragten persönlich mit Todesgefahren (37,5 %) oder Folter (31,6 %) konfrontiert, etwa ein Fünftel musste die Tötung von Angehörigen, unter anderem durch kriegsrechtliche Handlungen oder Mord, miterleben (21,3 %) (Treskow/Kudlacek 2017).

Die Frage, wie die Betroffenen derartige traumatisierenden Erlebnisse – sowohl solche, die Fluchtursachen waren, als auch jene, die im Fluchtprozess gegebenenfalls zusätzlich aufgetreten sind, wie auch entsprechende Erlebnisse nach der Ankunft – verarbeiten, dürfte für ihre weitere individuelle Entwicklung – sowohl, wenn es um die Bewältigung der Anforderungen einer Integration und sozialen Teilhabe in Deutschland, als auch, wenn es um ihre mögliche Rückkehr in ihr Herkunftsland geht – von ganz entscheidender Bedeutung sein.

Aus kriminologischer Sicht sind in dieser Hinsicht auch Befunde der Entwicklungskriminologie relevant, wonach solche Viktimisierungserlebnisse – insbesondere dann, wenn sie nicht verarbeitet und bewältigt wurden – mit einem deutlich erhöhten Risiko einhergehen, dass es künftig sowohl zu Straftaten als auch zu erneuten Viktimisierungen kommen könnte (vgl. *Jennings et al.* 2012).

Insoweit besteht gleich in mehrfacher Hinsicht Anlass, sich in der kriminologischen Forschung wie auch in der praktischen Begleitung von geflüchteten Personen diesem Aspekt zuzuwenden. Migrant\*innen sind im Vergleich zu ihrem täterschaftlichen Handeln, das in erster Linie von bestimmten kleineren Teilgruppen ausgeht, in weitaus größerem Umfang und auch weitaus mehr Teilpopulationen umfassend, als Opfer von Kriminalität – sei dies im Herkunftsland, auf ihrem Weg nach Deutschland, aber auch in Deutschland selbst – betroffen und in diesem Sinne auch seitens der Kriminologie in den Blick zu nehmen.

Eine der Herausforderungen für die Forschung, denen sich auch die Kriminologie stellen sollte, besteht darin, über die bloße Beschreibung von Viktimisierungsformen, deren Verbreitung, von diesbezüglichen Trends sowie die Identifikation spezifischer Betroffenengruppen, unter Nutzung sowohl offizieller Daten als auch von Befragungsdaten aus Dunkelfeldforschungen, deutlich hinauszugehen. Von Interesse ist hier in politischer wie praktischer Hinsicht vor allem auch, Viktimisierungsfolgen sowie die Möglichkeiten zur Förderung der Bewältigung derartiger Erlebnisse in der künftigen Forschung verstärkt zu fokussieren. Dies wird interdisziplinäre Forschungsansätze erfordern, in denen in längsschnittlicher Perspektive Betroffene begleitet werden, um zu untersuchen, wie sich Bewältigungs- und Verarbeitungsprozesse gestalten, welche personalen Merkmale sowie Kontextbedingungen diese Prozesse beeinflussen und welche Formen der Behandlung und Unterstützung sich als erfolgversprechend erweisen.

Solche hier in den Blick genommenen Folgen und Reaktionen auf Seiten der Opfer werden vermutlich recht unterschiedlich für die Angehörigen verschiedener Teilgruppen und Herkunftsländer, aber auch abhängig von aufenthaltsrechtlichem Status sowie Art und Umfang der Viktimisierungserfahrungen sein (zu ersten Ansätzen von spezifischen Behandlungen in dieser Hinsicht vgl. *Sutej* (2018) für Berlin sowie *Kizilhan* (2018) für Baden-Württemberg), was

nochmals besondere Herausforderungen sowohl für die Forschung als auch für in diesem Feld tätige Praktiker mit sich bringen dürfte.

### 3. Migranten als Täter von Kriminalität

Während der Aspekt der Opferwerdung, vor allem aber auch der Bewältigung von Opfererlebnissen im Zusammenhang mit Migration und Flucht bislang in der Kriminologie zu sehr vernachlässigt wurde, sind im Hinblick auf täterschaftliches Handeln von Personen mit Migrationshintergrund deutlich mehr Befunde verfügbar. Aber auch in diesem Teil des Forschungsfeldes sind eine Reihe markanter Lücken und Herausforderungen zu erkennen, denen sich die Kriminologie künftig verstärkt zuwenden sollte.

So lässt sich ein erheblicher Unterschied in Umfang und Art der kriminologischen Forschung bezogen auf kriminelles Handeln von bereits länger in Deutschland lebenden Migranten einerseits und jenen Zuwanderern, die als Geflüchtete in den letzten Jahren nach Deutschland gelangt sind andererseits, erkennen.

Im Hinblick auf die nach Deutschland kommenden Geflüchteten, die zu großen Teilen junge Erwachsene sind, ist zwar ein ausgeprägtes öffentliches und politisches Interesse im Hinblick darauf erkennbar, in welchem Maße sie gegebenenfalls als Täter in Erscheinung treten und eine besondere Bedrohung darstellen könnten. Bei näherer Betrachtung erweist sich die Forschungs- und Datenlage aber als sehr schmal. Es finden sich abseits kleinerer qualitativer Studien in erster Linie Aussagen auf Basis von Hellfelddaten der Polizei, deren Aussagekraft indessen in mehrfacher Hinsicht erheblich eingeschränkt ist. Dies ist auch durchaus bekannt (vgl. *Walburg* 2016; *Pfeiffer et al.* 2018), wird aber gleichwohl nicht immer beachtet.

Im Unterschied dazu ist, abseits der aktuellen Flüchtlingsproblematik, die Forschungs- und Datenlage bezogen auf Migranten im Jugendbereich deutlich besser. Seit 1998 liegen eine Vielzahl an Befragungsstudien zur selbstberichteten Delinquenz vor, die Aussagen zur Situation von jugendlichen Migranten unter Einschluss ihrer aktiven Delinquenz und deren Hintergründen gestatten (vgl. *Wetzels et al.* 2001; *Wilmers et al.* 2002; *Boers/Reinecke* 2007; *Junger-Tas et al.* 2010; *Reinecke/Boers* 2012; *Walburg* 2014a; *Baier/Pfeiffer* 2016; *Enzmann et al.* 2016; 2018; *Pfeiffer et al.* 2018; *Steketee/Aussems* 2018).

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeiten waren die Debatten über den Anstieg der Jugendgewalt, der in den 1990er Jahren in der polizeilich registrierten Kriminalität zu erkennen waren. Damals stellten sich Fragen danach, inwieweit die Befunde des Hellfeldes, wonach junge Migranten erheblich häufiger mit Kriminalität in Erscheinung traten als Einheimische der entsprechenden

Altersgruppen, gegebenenfalls zu relativieren und zu ergänzen sein würden, wenn auch Daten jenseits der offiziellen strafrechtlichen Sozialkontrolle (das heißt über PKS und Strafverfolgungsstatistiken hinaus) berücksichtigt werden. Dahinter stand die Vermutung, dass Migranten zum einen vermehrt von den Strafverfolgungsinstanzen in den Blick genommen und zum anderen auch von Opfern in höherem Maße angezeigt werden, als das für einheimische Täter gilt.

Seitdem sind eine Vielzahl querschnittlicher Studien, unter anderem durch Forschergruppen in Hannover am KFN, der Universitäten Münster und Bielefeld sowie an der Universität Hamburg durchgeführt worden, die sich dem Thema Jugendgewalt in Dunkelfeldstudien in Täter- und Opferperspektive zugewandt haben. Die Ausgangsvermutung einer erhöhten Anzeigewahrscheinlichkeit im Falle junger Migranten als Täter wurde durch mehrere Studien dabei auch bestätigt (vgl. dazu *Enzmann/Wetzels* 2000; *Baier* 2015b; *Bergmann et al.* 2017; *Pfeiffer et al.* 2018).

Allerdings zeigte sich in den Daten zahlreicher Studien auch, dass die höheren Raten registrierter Kriminalität junger Migranten allein mit einer erhöhten Entdeckungswahrscheinlichkeit nicht zureichend erklärt werden können. Die Dunkelfelddaten zu selbstberichteter Delinquenz ließen jedenfalls in der Mehrzahl der Untersuchungen signifikante Differenzen der Täterraten zwischen Einheimischen und Migranten erkennen, was in Deutschland vor allem für den Bereich der aktiven Gewaltdelinquenz gilt (vgl. im Überblick *Pfeiffer et al.* 2018; siehe auch *Walburg* 2018).

Dieser Zusammenhang von Migration und Delinquenz ist kein deutsches Spezifikum. Auch im europäischen Kontext zeigt sich, dass ein Migrationshintergrund mit einer erhöhten Prävalenz von Delinquenz bei jungen Menschen verbunden ist (*Steketee/Aussems* 2018). Allerdings liegen hier auch Hinweise darauf vor, dass die Differenzen zwischen Migranten und Einheimischen in verschiedenen Ländern jeweils unterschiedliche Teilgruppen betreffen (so auch *Marshall/Marshall* (2018) im Hinblick auf prosoziale Werte sowie in Bezug auf normative Haltungen (Bewertungen von Verhaltensweisen als „falsch“) und moralische Emotionen (Schuld und Scham)), was auf eine für verschiedene Nationen unterschiedliche Interaktion von Faktoren auf den Ebenen von Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft verweisen könnte.

Ein wesentlicher Hintergrund der in zahlreichen Selbstberichtstudien (mit nur wenigen Ausnahmen) in Deutschland festgestellten erhöhten Täterraten in Teilgruppen der jungen Migranten war, neben Unterschieden in der Akzeptanz von Gewalt im Zusammenhang mit spezifischen Vorstellungen von Ehre und Männlichkeit, vor allem auch in einer stärkeren Verbreitung der Viktimisierung durch elterliche Gewalt in diesen Gruppen zu sehen.

Die Analysen des ISRD-3 zeigten dazu, dass nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, junge Migranten in ihrer Kindheit erheblich häufiger Opfer von Körperstrafen und auch von im strafrechtlichen Sinne relevanten Formen der physischen Misshandlung seitens ihrer Eltern waren (Enzmann/Kammigan 2018, S. 93 ff.). Dies war im Falle Deutschlands multivariat auch nicht unter Bezug auf Differenzen in der sozialen Lage der Familien der jungen Migranten aufklärbar, was in der Summe auf durchaus relevante kulturelle Faktoren mit Blick auf familiäre Sozialisationspraktiken wie auch in Bezug auf die Verbreitung innerfamiliärer Gewalt verweist, die eine erhebliche kriminologische Relevanz besitzen. Dies wird auch von den wenigen Opferbefragungen bestätigt, die sich diesem Bereich der Gewalt im sozialen Nahraum von Familie und Partnerschaft unter Einschluss relevanter Anteile von Migranten gewidmet haben (Hellmann 2014; Müller/Schröttle 2004). Diese fanden jeweils deutlich erhöhte Raten von Gewalt gegen Frauen innerhalb der erreichten Migrantenpopulationen.

Zahlreiche Forschungsarbeiten zeigen, dass eine solche Konfrontation mit Gewalt im Bereich von Familie und Elternhaus in einer Vielzahl von Entwicklungsbereichen negative Folgen haben kann (Gershoff/Grogan-Kaylor 2016; Widom et al. 2015). Es lassen sich hier auch enge Zusammenhänge mit der eigenen Gewaltbereitschaft der davon als Opfer betroffenen Kinder und Jugendlichen erkennen (Wetzels/Enzmann 2001; Fang/Corso 2007). Insofern findet sich hier ein weiterer Aspekt von Opferwerdung, dem sich die Kriminologie im Zusammenhang mit Migration und der Prävention von Gewalt in diesen Teilpopulationen vermehrt und in spezifischer Weise zuwenden sollte. Wesentlich ist insoweit auch, dass nicht bewältigte elterliche Belastungen und Stress maßgebliche Risikofaktoren für die Beeinträchtigung elterlicher Erziehungsfähigkeit sind, was mit einer erhöhten Auftretenswahrscheinlichkeit von elterlicher Gewalt und Misshandlungen einhergehen kann (Elder et al. 1985; Enzmann/Kammigan 2018, S. 82). Solche Belastungen können insbesondere auch aus den Umständen erzwungener Migrationsprozesse und hier erlebter Viktimisierungen resultieren, was unterstreicht, dass sich die Aufmerksamkeit der kriminologischen Forschung auch unter diesem Aspekt vermehrt auf diesen Bereich der Opfererfahrungen und ihrer Bewältigung bei Migranten richten sollte.

Mit Blick auf die Entwicklung der Jugendkriminalität, vor allem in Bezug auf Jugendgewaltkriminalität, zeigen die für Deutschland verfügbaren Studien weiter recht deutlich, dass es im Laufe der 2000er Jahre allmählich zu einem erheblichen Rückgang der selbstberichteten Gewaltkriminalität und auch der Viktimisierung durch Jugendgewalt ebenso wie der erlittenen Gewalt durch Eltern gekommen ist (vgl. Block et al. 2007; Baier et al. 2010; Wetzels/Brettfeld 2011; Brettfeld/Wetzels 2013; Bergmann et al. 2017; Pfeiffer et al. 2018).

Wesentlich ist hier, dass sich die aufgezeigten Rückgänge sowohl bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch bei einheimischen Jugendlichen erkennen ließen (vgl. *Baier* 2015a). Insoweit lautet eine der positiven Botschaften, dass sich für in Deutschland lebende Jugendliche, und zwar auch für die hier lebenden jungen Migranten, in den 2000er Jahren bis etwa 2014/2015 Rückgänge der Delinquenzbelastung, insbesondere der Gewalt, zeigen lassen (*Pfeiffer et al.* 2018, S. 14 ff.; *Bergmann et al.* 2017).

Andererseits finden sich in den Dunkelfelderhebungen bis auf wenige Ausnahmen (*Walburg* 2014b) auch weiterhin signifikante Unterschiede in der selbstberichteten Delinquenz zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Diese betreffen in erster Linie den Bereich der Gewaltdelikte. Beispielsweise zeigte eine große bundesweite Studie auf Basis von Selbstberichten von Schülerinnen und Schülern im Jahr 2010, dass von den jungen einheimischen Deutschen 11,5 % in den letzten 12 Monaten vor der Befragung mindestens eine Gewalttat begangen hatten. Demgegenüber lag diese Quote bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei 18,5 % (*Baier et al.* 2010). Ähnliche Unterschiede finden sich in den Prävalenzraten für sogenannte Mehrfachtäter (Jugendliche mit mindestens fünf Gewalttaten in den letzten 12 Monaten). Bei den einheimischen Jugendlichen lag die Rate 3,3 %, während sie bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei 6,6 % lag.

Eine genauere Betrachtung dieser Daten zeigt weiter, dass sich verschiedene ethnische Gruppen innerhalb der Population der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf ihre Gewaltbelastung zum Teil erheblich unterscheiden. Als besonders belastet erwiesen sich – betrachtet man die Mehrfachtäterraten – Jugendliche aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens (9,4 %) sowie junge Migranten mit türkischen Wurzeln (8,3 %). Demgegenüber fanden sich für Jugendliche aus Afrika (4,5 %), Nord-/Westeuropa (4,3 %) und Asien (2,6 %) Mehrfachtäterraten, die auf einem ähnlichen Niveau lagen wie die der einheimischen Jugendlichen. Diese Befunde unterstreichen deutlich, dass Migranten auch mit Blick auf Kriminalität keinesfalls als eine homogene Gruppe zu betrachten sind, sondern eine doch erhebliche Binnenvarianz aufweisen können.

In weiteren Analysen konnte die Forschergruppe um *Baier et al.* (2010) zeigen, dass sozialstrukturelle Merkmale wie Bildungsbeteiligung und Abhängigkeit von Transferleistungen allein diese Höherbelastung der verschiedenen Migrantengruppen mit Gewaltdelinquenz nicht zu erklären vermögen, wie vielfach vermutet worden war.

Ein Vergleich der einheimisch Jugendlichen mit Jugendlichen, deren Familien aus dem früheren Jugoslawien oder der Türkei stammten, zeigte zunächst – ohne Kontrolle weiterer Einflussfaktoren – die bereits oben genannten signifikanten Unterschiede in den Prävalenzraten selbstberichteter Gewalt wie auch

signifikante Höherbelastungen im Bereich der mehrfach mit Gewalttaten auffällig gewordenen Personen. Wurden in einer multivariaten Analyse die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen sowie das Bildungsniveau der Jugendlichen kontrolliert, verringerten sich zwar die Unterschiede zwischen den jeweiligen Prävalenzraten leicht; junge Migranten blieben gleichwohl statistisch weiterhin signifikant höherbelastet. So sank die Prävalenzrate für die Begehung von fünf und mehr Gewaltdelikten bei den jungen Türken von 8,3 % auf 7,9 % und bei den Jugendlichen aus dem früheren Jugoslawien von 9,4 % auf 7,8 %. Sie war damit jedoch immer noch mehr als doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe der einheimisch Deutschen (3,3 %).

Wenn jedoch auch kulturell geprägte Faktoren, wie die Akzeptanz gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen und ein gewaltgeprägtes elterliches Erziehungsverhalten – beides Faktoren, die bei Migrantenjugendlichen in höherem Maße vorzufinden sind –, ebenfalls in Rechnung gestellt wurden (also Gruppen mit gleichen Ausprägungen verglichen werden), dann ließen sich Differenzen zwischen den Gewalttäterraten von einheimischen Jugendlichen und jenen mit Migrationshintergrund nicht mehr nachweisen.

*Tabelle 1: Gewalttäterraten von einheimischen Jugendlichen und jugendlichen Migranten unter Kontrolle von Status und kultureller Orientierung<sup>6</sup>*

	mindestens eine Gewalttat			mindestens fünf Gewalttaten		
	insges.	Status gleich	Status und kult. Orient. gleich	insges.	Status gleich	Status und kult. Orient. gleich
deutsch	11,5	12,0	6,5 n.s.	3,3	3,3	1,2 n.s.
Türkei	<b>20,3</b>	<b>18,9</b>	5,2 n.s.	<b>8,3</b>	<b>7,9</b>	0,4 n.s.
ehem. Jug.	<b>22,1</b>	<b>21,4</b>	11,3 n.s.	<b>9,4</b>	<b>7,8</b>	1,4 n.s.

Dieses Ergebnis, dass sich Unterschiede in den Tätterraten zwischen einheimischen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht alleine auf sozialstrukturelle Merkmale zurückführen lassen, wurde in verschiedenen weiteren Studien bestätigt (vgl. Walburg 2018; Windzio 2018). Hohe Bedeutung haben hier familiäre Sozialisationserfahrungen, kulturell geprägte Vorstellungen von Ehre, Männlichkeit und damit assoziierter Gewaltakzeptanz.

<sup>6</sup> Daten aus Baier et al. 2010, bundesweite Datenerhebungen aus 2008/2009.



Tabelle 2: Teilstichprobe des ISRD-3 aus 11 Ländern<sup>7</sup>

Land	n insges.	Anteil Einheimische	Anteil Migranten	
			1. Generation	2. Generation
Niederlande	1.884	54.1	9.2	36.7
Belgien	3.492	59.8	13.5	26.8
Frankreich	1.819	60.1	9.6	30.3
Italien	3.486	81.0	8.9	10.1
Schweiz	4.072	51.2	13.4	35.3
Österreich	6.492	69.5	10.3	20.2
England	2.110	63.1	12.9	24.0
Dänemark	1.669	72.0	5.9	22.1
Deutschland	2.957	49.0	9.6	41.3
Portugal	1.869	79.9	3.2	16.9
Finnland	2.192	82.6	5.5	11.9
insgesamt	32.042	65.3	9.9	24.8

Ergebnisse einer aktuelleren, international vergleichenden Studie, der sogenannten ISRD-3, deren Erhebungen bezogen auf Deutschland vom Institut für Kriminologie der Universität Hamburg koordiniert und realisiert wurden, weisen in eine ähnliche Richtung. Es handelt sich dabei um eine national vergleichende, sich sukzessive weiter ausdehnende Studie in Form querschnittlicher, repräsentativer städtebasierter Erhebungen bei Schülerinnen und Schülern. Die 4. Welle befindet sich zurzeit international in verschiedenen Ländern in Vorbereitung (zum ISRD-3 siehe *Enzmann et al.* 2018).

Schon die Stichprobenbeschreibung der für die nachfolgende Analyse verwendeten Daten aus elf Ländern von insgesamt  $n = 32.042$  Jugendlichen zeigt die Relevanz der Thematik Migration in den einbezogenen Nationen.

Der Anteil Jugendlicher der ersten aber vor allem auch der zweiten Migrantengeneration sind mit 9,9 % und 24,8 % sehr hoch. Das heißt in den

<sup>7</sup> Zum Gesamtdesign des ISRD-3 siehe *Enzmann et al.* 2018; Datenerhebungen aus 2013-2016.

städtischen Milieus, in denen diese Erhebungen stattfanden, sind junge Migranten mittlerweile deutlich stärker vertreten, als nach den Ausländeranteilen der Gesamtbevölkerung angenommen werden könnte.

Unsere Analysen zeigen bei einer Gesamtbetrachtung der Befragten aller elf hier einbezogenen Länder statistisch signifikant erhöhte Prävalenzraten bei jungen Migranten für alle in die Betrachtung einbezogenen Deliktsgruppen, das heißt für Drogen-, Eigentums- und Gewaltdelikte. So haben beispielsweise 15,7 % der jungen Migranten in diesem Sample in den letzten 12 Monaten mindestens ein Gewaltdelikt begangen. Die entsprechende Prävalenzrate bei den einheimischen Jugendlichen beträgt 11,2 %. Diese Differenz zwischen den jungen Migranten und den einheimischen Jugendlichen sind für alle Deliktsgruppen signifikant.

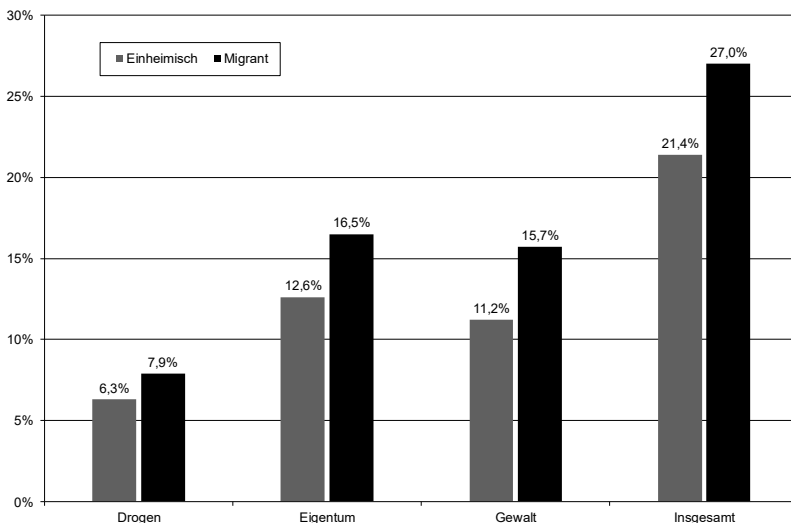


Abbildung 2: ISRD-3 Befunde zur Prävalenz der Delinquenz von Migranten und Einheimischen. Sample aus 11 Europäischen Ländern der Jahre 2013-2016; n = 32.042.

Da gelegentliche einmalige Delinquenz durchaus jugendtypisch und insofern nicht ganz so relevant erscheint, wurden für die weitere Analyse für jede Deliktsgruppe Versatilitätsmaße gebildet. Diese berücksichtigen Delikte unterschiedlichen Schweregrades sowie die Breite des jeweiligen Delinquenzspektrums. Sie stellen somit ein Maß dar, das auch die Intensität der Delinquenz erfasst.

Ein erster Vergleich zwischen Migranten und Einheimischen in den einzelnen Ländern – ohne die Kontrolle relevanter sozialer Einflussfaktoren – zeigt

für eine Mehrzahl der untersuchten Nationen, so auch für Deutschland, statistisch signifikante Differenzen in der Delinquenz in dem Sinne, dass Migranten mehrheitlich stärker belastet sind.

Werden in einem weiteren Schritt multivariat Merkmale der sozialen Umgebung, hier das soziale Kapital im Stadtteil und Anzeichen sozialer Desorganisation im eigenen Stadtteil sowie soziale Kontakte der Jugendlichen zu den Vertretern der Mehrheitsgesellschaft, bei Migranten also inwieweit sie auch Freunde haben, die selbst nicht Migranten sind, und zusätzlich noch die Wahrnehmung eigener sozioökonomischer Benachteiligung, statistisch kontrolliert, dann verschwinden diese Unterschiede der Delinquenzbelastung weit überwiegend. Nur noch in drei Ländern bestehen Divergenzen. In Deutschland finden sich keine Unterschiede mehr.

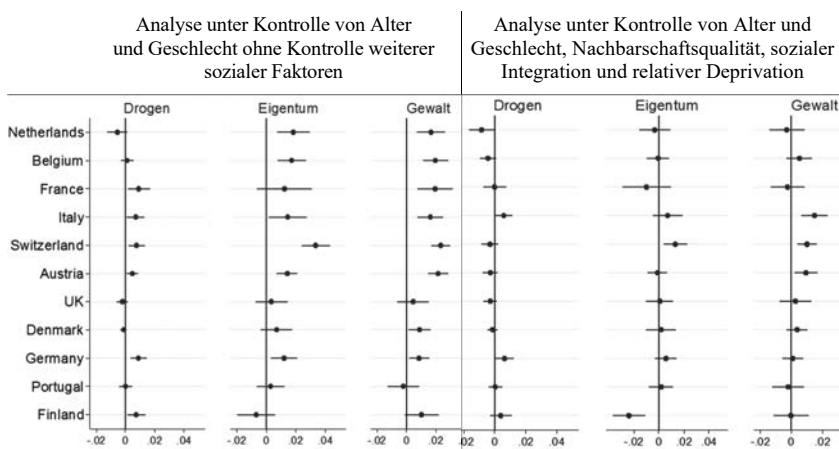


Abbildung 3: Differenzen der Delinquenzbelastung (Versatilität) zwischen Migranten und Einheimischen nach Deliktgruppe und Nation (vorhergesagte Differenz und 95 % Konfidenzintervall)<sup>8</sup>

Höhere Belastungen mit Delinquenz bei jungen Migranten sind insoweit kein Spezifikum für Deutschland, sondern lassen sich auch in anderen Ländern, gegebenenfalls bezogen auf andere Migrantengruppen, nachweisen. Und auch dort finden sich soziale Faktoren, die dies erklären (so auch *Steketee/Aussems* 2018, S. 73).

<sup>8</sup> ISRD-3 Teilstichprobe aus 11 Europäischen Ländern der Jahre 2013-2016; eigene Berechnungen.

In der Summe lässt sich, bezieht man auch die Befunde der zahlreichen weiteren in ähnlicher Weise in Deutschland realisierten Schülerbefragungen ein, also feststellen, dass höhere Delinquenzbelastungen von Migrantengruppen bei Jugendlichen erkennbar sind, die sich auch im Dunkelfeld, das heißt abseits strafrechtlicher Sozialkontrolle zeigen. Diese finden sich in den deutschen Studien vor allem mit Blick auf Gewaltdelikte, und zwar in erster Linie in jenen Bereichen, die jugendtypische Formen von Gewalt darstellen (vgl. im Überblick Walburg 2018; Windzio 2018).

Deren Erklärung ist durch sozioökonomische Benachteiligung oder reduzierte Bildungsbeteiligung allein nicht hinreichend möglich. Einen ganz zentralen Stellenwert nehmen vielmehr auch kulturell geprägte Faktoren, wie das erlebte elterliche Erziehungsverhalten und traditionelle Ehr- und Männlichkeitsvorstellungen, sowie soziale Faktoren aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld, wie die soziale Einbindung und Integration in die Aufnahmegesellschaft, positive soziale Kontakte und die Qualität der unmittelbaren Nachbarschaft im Stadtteil, ein.

In der Summe sollte weiter Folgendes klar herausgestellt werden: Die Ergebnisse der zahlreichen ähnlich angelegten Erhebungen der Dunkelfeldforschungen mit Jugendlichen in den letzten nahezu 20 Jahren haben – speziell auch in Bezug auf junge Menschen mit Migrationshintergrund – einen klaren langfristigen Trend erkennen lassen: Es findet sich ein Rückgang von Gewalthandeln – sowohl bei Einheimischen als auch bei Migranten.

Für dessen Erklärung lassen sich gleichfalls Entwicklungen aufzeigen, die für uns aktuell wesentlich sein sollten: Befürwortende Einstellungen zu Gewalt und Gewaltakzeptanz haben sowohl bei einheimischen Jugendlichen als auch bei jungen Migranten abgenommen. Auch die von Eltern den jungen Menschen gegenüber ausgeübte Gewalt ist geringer geworden, die Verbreitung von Gewalt in der Erziehung durch die Eltern hat dabei sowohl bei Migranten als auch Einheimischen abgenommen. Weiter stellen wir fest, dass junge Menschen in ihrem Umfeld heute deutlich häufiger eine Missbilligung von Gewalt bei relevanten erwachsenen Bezugspersonen wie auch bei Gleichaltrigen wahrnehmen. Die eigenen normativen Orientierungen wie auch die wahrgenommenen normativen Orientierungen im Umfeld gehen bei beiden Gruppen, Migranten und Einheimischen, heute stärker in Richtung Gewaltablehnung. Unsere Gesellschaft ist insoweit – jedenfalls mit Blick auf das Gewaltverhalten junger Menschen und dessen Determinanten – insgesamt weniger von Gewalt geprägt (so auch Pfeiffer *et al.* 2018).

Innerhalb dieses deutlichen Rückgangs von Gewalt und Gewaltakzeptanz sowie gewaltförderlicher Bedingungen bei jungen Menschen insgesamt ist aber, auf niedrigerem Niveau, die Situation für Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihren einheimischen Altersgenossen nach wie vor relativ betrachtet

ungünstiger. Diese Befunde haben eine durch eine Mehrzahl von Studien abgesicherte empirische Basis, die bis etwa 2014 reicht (vgl. *Wetzels et al.* 2001; *Wilmers et al.* 2002; *Baier et al.* 2010; *Wetzels/Brettfeld* 2011; *Reinecke/Boers* 2012; *Brettfeld/Wetzels* 2013; *Enzmann et al.* 2016; *Pfeiffer et al.* 2018).

Was in diesem Bereich bis heute aber nahezu völlig fehlt, sind Untersuchungen, die sich mit der Delinquenz von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund befassen, die über Schulen nicht mehr zu erreichen sind. Dies ist ein Feld, auf dem die künftige kriminologische Dunkelfeldforschung in methodischer Hinsicht sicherlich gefordert sein wird.

Das gilt zum einen für die kriminologische Längsschnittforschung, die sich mit der Frage möglicher spezifischer Verlaufsformen des Ein- und Ausstiegs von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Delinquenz befassen sollte, um hier gegebenenfalls auch Ansätze für Prävention spezifizieren zu können. Dunkelfeldforschung zu eigenem delinquenten Verhalten in Alterssegmenten, die nicht mehr an Regelschulen erreicht werden können, ist zum anderen aber auch mit Blick auf querschnittliche Studien bedeutsam. Sie sind erforderlich, um – als wichtige Ergänzung der verfügbaren amtlichen Hellfelddaten – Analysen von Trends in der Kriminalitätsentwicklung zu ermöglichen, und zwar nicht nur im Hinblick auf junge Erwachsene mit Migrationshintergrund. Sie stellen eine ganz besondere methodische Herausforderung dar, der sich die Kriminologie künftig stellen sollte.

Die im Anschluss an die ersten bundesweiten Opferbefragungen im Jahr 2012 (vgl. *Birkel et al.* 2014; *Birkel* 2016) aktuell in Planung und auf dem Weg befindliche künftige bundesweite Dunkelfeldbefragung der Gesamtbevölkerung in Deutschland kann hier, zumindest im Bereich der Einstellungen und Wertorientierungen, eine Möglichkeit bieten, sich diesem Ziel zu nähern. Hier ließe sich zum Beispiel neben Fragen zum Bedrohungserleben sowie zu Erfahrungen mit Hasskriminalität, die insbesondere mit Blick auf Migranten wesentlich erscheinen, auch eine Erfassung des Vertrauens in Polizei und Justiz integrieren, was im Sinne der Theorie prozeduraler Gerechtigkeit wesentliche Faktoren sind, die Normkonformität und Abweichung beeinflussen (vgl. *Jackson et al.* 2012; *Nagin/Telep* 2017; *Farren/Hough* 2018; *Farren et al.* 2018).

Diesbezüglich zeigen die jüngsten Studien zum Zusammenhang des Migrantenstatus mit der Wahrnehmung der Fairness polizeilichen Handelns und der subjektiven Legitimität staatlicher Institutionen der Strafverfolgung auf Basis der Daten des ISRD-3 eine negative Korrelation: Junge Migranten erleben die Polizei eher negativ (*Farren/Hough* 2018, S. 230; *Roux* 2018, S. 210); gleichzeitig hat dies einen delinquenzsteigernden Einfluss. Ein Teil dieses Zusammenhangs löst sich allerdings bei multivariater Analyse auf: Er erweist sich als den ungünstigen sozialen und ökonomischen Bedingungen eines Teils der Migranten geschuldet.

Bemerkenswert ist hier indessen eine Differenz innerhalb der Migrantengruppe: Soweit es sich um eine auch äußerlich erkennbare Minorität handelt, bleibt der Effekt der negativen Wahrnehmung der Polizei in Richtung auf eine erhöhte Delinquenz dieser Jugendlichen bestehen (Farren/Hough 2018, S. 234).

Insgesamt ist insoweit die Untersuchung der Determinanten der Wahrnehmung von Repräsentanten des staatlichen Gewaltmonopols und ihres beruflichen Handelns aus kriminologischer Sicht in diesem Forschungsfeld hoch relevant und bedarf weiterer differenzierter Analyse.

#### 4. Brennpunkt Flüchtlinge

Die oben bereits angesprochenen Ängste und Kontroversen in der Bevölkerung beziehen sich aktuell vor allem auf die Zuwanderung aus Ländern außerhalb Europas, insbesondere aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus afrikanischen Ländern, aus denen ab 2015 deutlich vermehrt Zuflucht- und Asylsuchende nach Europa, vor allem nach Deutschland, gelangten.

Hierbei handelt es sich zum Großteil um Menschen, die erzwungenermaßen nach Deutschland gekommen sind. Von diesen ist ein nicht unerheblicher Teil im frühen Erwachsenenalter und damit außerhalb des Bereichs der Stichproben der für Deutschland verfügbaren Jugendstudien.

Nach den Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind 2015 etwa 890.000, 2016 weitere etwa 280.000 sowie im ersten Quartal 2017 zusätzlich weitere 47.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. In der Summe wurden seit Anfang 2015 insgesamt etwa 1.217.000 Flüchtlinge als Asylsuchende registriert. Betrachtet man die Entwicklung, dann war die Spitze Ende 2015 erreicht, seitdem ist die Zahl der Neuankommenden pro Quartal deutlich geringer geworden.

Diese Zuwanderungsprozesse trugen zu einem erheblichen Anstieg der in Deutschland registrierten Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund bei. Diese wuchs um mehr als 2 Millionen von 16,4 auf 18,6 Millionen an. Aktuell haben 22,5 % der Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund. Von diesem Anstieg entfällt ein großer Teil auf den Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung, der die Flüchtlinge umfasst.

Die ausländische Wohnbevölkerung hat seit 2014 relativ um 24,3 % zugenommen und erreichte 2016 einen Anteil von 10,9 % an der Wohnbevölkerung. Zu beachten ist, dass dieser Zuwachs nicht nur auf Flüchtlinge, sondern auch auf Migrationen innerhalb der EU zurückzuführen ist. Geflüchtete Zuwanderer sind insoweit nur eine, wenn auch relevante, Teilgruppe der Ausländer in

Deutschland (Bundeskriminalamt 2016; 2017a; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017; Statistisches Bundesamt 2017).

Tabelle 3: Entwicklung der polizeilich registrierten Fälle in Deutschland bezogen auf den Verdacht einer Straftat insgesamt und bezogen auf Gewaltdelikte<sup>9</sup>

		2012	2014	2016	Veränderung 2014 zu 2016
Straftaten insgesamt	n	5.997.040	6.082.064	6.372.526	+ 4,8 %
	HZ	7.327,4	7.530,3	7.754,8	+ 3,0 %
Gewaltdelikte	n	195.143	180.955	193.542	+ 7,0 %
	HZ	238,4	224,0	235,5	+ 5,1 %

Parallel zu dieser Entwicklung hat zwischen 2014 und 2016 der Umfang der polizeilich registrierten Kriminalität, in absoluten Zahlen betrachtet, zugenommen: bei der Gesamtkriminalität um mehr als 290.000 Fälle, was einem Anstieg von 4,8 % entspricht, bei der Gewaltkriminalität um 7 %.

Die Frage, ob und in welchem Maße dies auf einer Zunahme der Anzahl der Straftaten beruht, die von zugewanderten Flüchtlingen begangen wurde, inwieweit also Flüchtlinge besonders kriminalitätsbelastet sind und worauf das gegebenenfalls zurückgeführt werden kann, können auf der Grundlage der vorhandenen Daten letztlich nicht zufriedenstellend und nicht mit hinreichender wissenschaftlicher Präzision und damit auch nicht verantwortungsvoll beantwortet werden. Dazu fehlt es in dem hier anvisierten Feld im Grunde an allen Voraussetzungen für eine hinreichend abgesicherte kriminalstatistische Analyse (so letztlich auch *Walburg* 2016).

Das bedeutet indessen nicht, dass die Entwicklung der Verdachtskriminalität im Hellfeld irrelevant wäre. Die Kriminologie sollte sie zur Kenntnis nehmen und kritisch würdigen (vgl. in diesem Sinne *Feltes et al.* 2018). Die PKS ist jedoch nicht ein Ergebnis der Analyse, sondern sie sollte der Startpunkt von darauf bezogener weiterer Forschung sein.

Das BKA bietet insoweit mit seinen Berichten zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung wichtige Hinweise. Bei der Betrachtung und Bewertung der folgenden diesbezüglich präsentierten Daten ist zu beachten, dass die Kategorie der Zuwanderer, wie sie hier verwendet wird, sowohl Asylbewerber als auch geduldete Personen sowie Kontingentflüchtlinge und sich unerlaubt in

<sup>9</sup> Bundeskriminalamt 2013; 2015; 2017b.

Deutschland aufhaltende Personen umfasst. Es handelt sich somit, anknüpfend an den aufenthaltsrechtlichen Status, allenfalls näherungsweise um Personen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Registrierte Tatverdächtige mit positiv abgeschlossenem Asylverfahren werden so zum Beispiel nicht erfasst.

Für diese Teilgruppe der Zuwanderer sind genaue Bevölkerungszahlen nicht verfügbar, was von Seiten des BKA auch konstatiert wird, weshalb für die Zuwanderer auch keine bevölkerungsrelativierten Daten berichtet werden. Bei den Lagebildern zu Kriminalität im Kontext von Zuwanderung wurden Straftaten gegen ausländerrechtliche Vorschriften, die von Einheimischen kaum begangen werden, richtigerweise ausgeklammert. Entsprechende Analysen können im Übrigen nur bezogen auf aufgeklärte Straftaten durchgeführt werden, womit sich die Frage gegebenenfalls systematisch divergierender Aufklärungsquoten speziell mit Blick auf Geflüchtete als Zuwanderer stellt.

Stellt man diese berechtigten Einwände zunächst einmal zurück, so zeigt sich mit Blick auf die Fallzahlen in der PKS, dass 2016 mit 3.175.324 Straftaten die Gesamtzahl der registrierten aufgeklärten Taten etwas geringer ausfällt als 2014. Weiter zeigt sich, dass in diesem Zeitraum aber Straftaten mit Beteiligung von Zuwanderern von 115.011 auf 293.467 angestiegen sind. Sie machten 2014 etwa 3,6 % der aufgeklärten Straftaten, 2016 aber 9,2 % aus.

Eine Analyse der registrierten Tatverdächtigen erlaubt einige weitere Aufschlüsse. Es zeigt sich auch hier, dass zwischen 2014 und 2016 ein beträchtlicher Zuwachs der tatverdächtigen Zuwanderer stattgefunden hat. Deren Anzahl hat sich von 55.912 im Jahr 2014 auf 174.438 im Jahr 2016 erhöht. Diese Zunahme um den Faktor 2,9, also nahezu eine Verdreifachung, ist insoweit ganz erheblich (*Bundeskriminalamt* 2015; 2017).

Im Bereich der Rohheitsdelikte sieht die Situation, auf etwas niedrigerem Niveau, ähnlich aus. Die Zahl der in diesem Bereich als tatverdächtig registrierten Zuwanderer stieg von 15.454 im Jahr 2014 auf 61.676 im Jahr 2016, was einem Faktor von 4,0 entspricht. Damit einher ging ebenfalls eine Erhöhung des Anteils der Zuwanderer an den Tatverdächtigen insgesamt. Dieser stieg im gleichen Zeitraum von 2,6 % auf 9,8 %.

Da jedoch zuverlässige Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung der so definierten Zuwanderer fehlen, ist eine genaue Antwort auf die Frage, inwieweit diese deutliche Erhöhung der registrierten tatverdächtigen Zuwanderer stärker ausfällt, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht, nicht angemessen möglich. Insoweit sollte die Interpretation dieser Daten zu Flüchtlingen beziehungsweise Zuwanderern auf der gegenwärtig noch recht schmalen Datenbasis aus mehreren Gründen sehr vorsichtig und zurückhaltend ausfallen.



Tabelle 4: Aufgeklärte Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) darunter Taten mit Beteiligung von Zuwanderern 2012-2016<sup>10</sup>

	2012	2013	2014	2015	2016	Veränd. 2014-2016
aufgeklärte Straften (ohne ausländer- rechtl. Verstöße)	3.172.113	3.140.212	3.181.194	3.163.311	3.175.324	-0,2%
darunter Taten mit mind. 1 tatverdäch- tigen Zuwanderer	63.400	77.298	115.011	206.201	293.467	+155,2%
prozentualer Anteil an Taten insgesamt	2,0%	2,5%	3,6%	6,5%	9,2%	

Abseits des Umstandes, dass es sich bei diesen Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik – und insbesondere bei den Daten zu Tatverdächtigen – lediglich um Verdachtsgewinnungen handelt, die als solche noch nicht weiter geprüft wurden und die auch ethnisch selektiv erfolgt sein könnten, ist zu beachten, dass sich die Bevölkerungsstruktur der Flüchtlinge beziehungsweise Zuwanderer vermutlich deutlich anders darstellt als die Verteilung bei der einheimischen Bevölkerung.

Zwar liegen keine genauen Bevölkerungsdaten über diese Gruppe vor. Die verfügbaren Strukturdaten zu der Gesamtgruppe der Asylsuchenden zeigen indessen, dass die Geschlechterverteilung hier deutlich anders ausfällt, als in der einheimischen Vergleichsgruppe. Während sich in der Bevölkerung insgesamt eine etwa gleiche Verteilung von Männern und Frauen zeigt (51 % der Bevölkerung in Deutschland sind weiblich), ist der Anteil der weiblichen Asylsuchenden mit 33 % an den Asylsuchenden insgesamt deutlich geringer.

Auch die Altersstruktur weicht deutlich von jener der Allgemeinbevölkerung ab. So ist der Anteil der allgemein besonders mit Delinquenz in Erscheinung tretenden jungen Männer zwischen 14 und 25 Jahren bei den Zuwanderern mit 25 % mehr als viermal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (6 %).

Abseits dessen sind hier eine ganze Reihe weiterer Faktoren in Rechnung zu stellen. In den beiden Periodischen Sicherheitsberichten der Bundesregierung wurde schon vor mehr als zehn Jahren sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, zur Vermeidung von fehlerhaften Schlussfolgerungen die Analysen der Struktur und Entwicklung der Kriminalität generell auf mehrere Datenquellen zu stützen (*Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz* 2001; 2006). Eine solche Datentriangulation ist dringend notwendig, um Verän-

<sup>10</sup> Bundeskriminalamt 2013; 2015; 2016; 2017a; 2017b.

derungen in der formellen Kontrolle, sowohl ihres Umfangs und ihrer Effizienz als auch ihrer möglichen Selektivität im Hinblick auf bestimmte Teilgruppen (darunter auch ihrer ethnischen Selektivität) erkennen zu können.

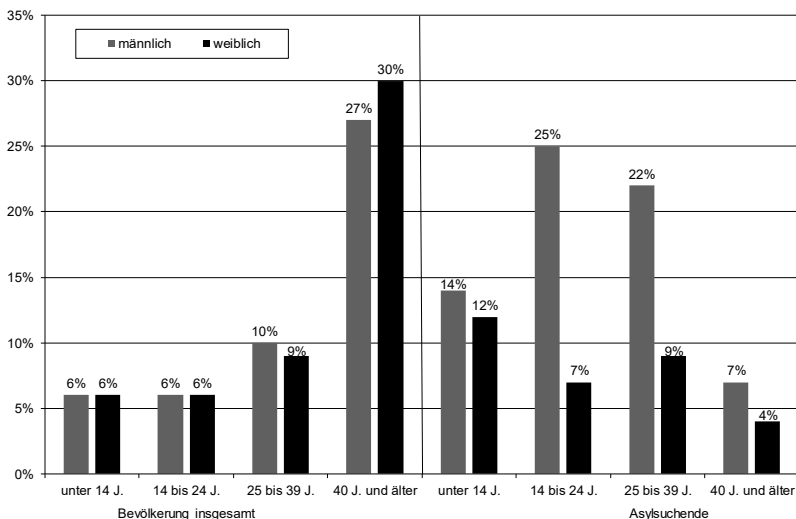


Abbildung 4: Alters- und Geschlechterverteilung Zugewanderte und Gesamtbevölkerung 2016<sup>11</sup>

Neben einer Kombination mehrerer Hellfeldquellen, insbesondere polizeilicher und justizieller Daten, die erst erkennbar werden lässt, inwieweit sich Verdachtsmomente und deren rechtliche Bewertung bestätigen lassen, sind auch Differenzen der Sichtbarkeit strafbaren Verhaltens zu beachten. So ist zu vermuten, dass der Übergang vom Dunkelfeld in das Hellfeld zwischen Einheimischen und Migranten und darüber hinaus auch zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen divergieren wird. Der Umfang dessen ist aber außerhalb des Bereichs von Jugendkriminalität speziell mit Blick auf Migranten bis heute noch unbekannt. Auch die Frage, inwieweit die Befunde zum Bereich der Jugendkriminalität auf den Erwachsenenbereich und den der Heranwachsenden übertragen werden können, ist bislang mangels entsprechender Daten nicht eindeutig zu beantworten.

Hier liegt eine der weiteren, vermutlich eine der ganz zentralen Herausforderungen für die kriminologische Forschung in der näheren Zukunft, die wir sehr ernstnehmen und aufgreifen sollten. Die vorliegenden Daten des BKA einerseits

<sup>11</sup> Bundeskriminalamt 2017b; Statistisches Bundesamt 2017.

sowie des BAMF andererseits enthalten Hinweise darauf, dass im Flüchtlingsbereich durchaus ein relevantes Problem vorliegen könnte. Es finden sich deutliche Binnendifferenzen und Unterschiede zwischen Gruppen, deren Interpretation jedoch mit dem jetzigen Kenntnisstand nicht eindeutig möglich ist. Sie geben zwar zu plausiblen Vermutungen Anlass. Dabei sollte die Kriminologie aber keinesfalls stehen bleiben. Beispielsweise zeigen die Daten, dass die Anteile an den registrierten tatverdächtigen Zuwanderern für verschiedene Teilgruppen der Flüchtlinge systematisch unterschiedlich sind. So werden Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan deutlich seltener registriert, als es ihrem Anteil an den Asylantragstellern entsprechen würde. Bei Tatverdächtigen aus afrikanischen Ländern ist dies indessen umgekehrt, sie werden, gemessen an ihrem Anteil an den Antragstellern, vermehrt registriert.

In welchem Maße dies allerdings auf eine tatsächlich höhere Tendenz zur Straftatbegehung gerade für die Gruppe der Afrikaner hindeutet, ob dies auf divergierende Bleibeperspektiven im Aufnahmeland hinweist, ob systematische Selektionsprozesse im Migrationsprozess oder ob kulturell geprägte Divergenzen in der Einstellung zu Gewalt im Hintergrund dessen stehen, ist derzeit eine noch offene Frage. Zudem sind mögliche Effekte des Anzeigeverhaltens sowie auch eine auf die Herkunft bezogene unterschiedliche Kontrollintensität hier nicht nur nicht auszuschließen, sondern im Gegenteil mit den bisherigen Befunden der Forschung zu Migration und Kriminalität im Einklang stehend und angesichts der Art der Unterbringung sowie der öffentlichen Wahrnehmung durchaus plausibilisierbar.

Die politische Brisanz der Thematik und die Sensibilität, mit der in der Öffentlichkeit darauf reagiert wird, mahnen ganz nachdrücklich dazu, wichtige kriminologische Standards, die in der Vergangenheit aus guten Gründen immer wieder von Kriminologen in diesem Feld betont wurden (vgl. dazu *Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz* 2001; 2006; siehe auch *Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten* 2009), gerade in der gegenwärtigen Lage sehr ernst zu nehmen. Ohne systematische Datentriangulation sind angemessene Bewertungen der Lage aus kriminologischer Sicht kaum möglich und bewegen sich auf sehr dünnem Eis.

Was insoweit dringend benötigt wird, ist zunächst, mit Blick auf mögliche Veränderungen der strafrechtlichen Bewertung im Verfahrensgang, eine differenzierte Analyse des Verlaufs der Bewertung der Verdachtsfälle im Hellfeld von der Polizei über Staatsanwaltschaft und Gerichtsbarkeit bis hin zu Rechtsfolgengestaltung und Vollstreckung. Eine solche Analyse liegt bis heute für als tatverdächtig registrierte Flüchtlinge nicht vor. Die verfügbaren Aggregatstatistiken von Strafverfolgung und Strafvollzug gestatten eine solche Analyse nicht. Insoweit sollten mit speziellem Augenmerk auf

Zuwanderer in nächster Zeit Aktenanalysen zum Verfahrensverlauf von registrierten Fällen tatverdächtiger Flüchtlinge im Kontrast zu anderen Zuwanderergruppen sowie im Vergleich zu Einheimischen durchgeführt werden. So könnten zahlreiche offene Fragen in Bezug auf mögliche selektive Ausfiltrierungen, aber auch in Bezug auf soziale Hintergründe normabweichenden Verhaltens, freilich begrenzt auf registrierte Fälle, beantwortet werden. Zu denken ist etwa an das besonders sensible Thema des Verdachts auf sexuelle Übergriffe und deren Handhabung im weiteren Verfahrensgang.

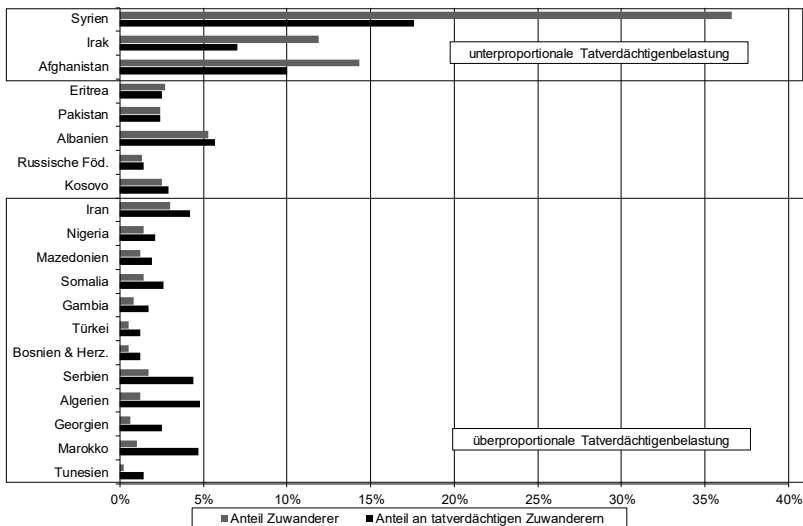


Abbildung 5: Anteile Zuwanderer und tatverdächtige Zuwanderer nach Herkunftsland 2016<sup>12</sup>

Weiter fehlt es mit Blick auf Flüchtlinge und Zuwanderer zur Zeit an hinreichenden täterbezogenen Informationen aus Dunkelfeldstudien, die für die Gruppe der dem Schulalter entwichenen jungen Erwachsenen Erkenntnisse zu Delinquenz, kriminalitätsrelevanten Einstellungen, Normorientierungen sowie dem Verhältnis zu Polizei und Justiz bieten können. Hier ist die Kriminologie gefordert, auch für die Gruppe dieser jungen Erwachsenen geeignete methodische Zugangswege zu erproben.

<sup>12</sup> Bundeskriminalamt 2017a.

## 5. Ein erstes Fazit: Herausforderungen und Perspektiven für die kriminologische Forschung

Das Thema Migration und Kriminalität hat in der Kriminologie zwar national wie international eine lange Tradition. Die globalen Migrationsbewegungen der letzten Jahre, die auch perspektivisch vermutlich längerfristig – möglicherweise in neuen und anders gesteuerten Formen sowie auch in schwankendem Ausmaß – die Situation in Deutschland und Europa kennzeichnen werden, bringen indessen eine Reihe von Herausforderungen an die Kriminologie mit sich, die in erster Linie Möglichkeiten einer sachgerechten Analyse von Umfang und Art der mit Zuwanderung verbundenen Kriminalität betreffen.

Es wäre verfehlt, diese Anforderungen an die Forschung allein oder auch primär mit Blick auf eine von Zuwanderern und Geflüchteten ausgehende vermeintliche Bedrohung aufzugreifen. Ein ganz wesentlicher Aspekt, der sowohl die Ursachen von Migration und Flucht als auch die Möglichkeit der Integration in die Aufnahmegesellschaften betrifft, hat mit Opfererlebnissen von Migranten zu tun. Dies betrifft sowohl Umfang und soziale Umstände von Viktimisierungen in den Herkunfts- wie in den Zielländern als auch Erkenntnisse über deren Folgen und Möglichkeiten ihrer erfolgreichen Bewältigung.

Ein wichtiges Fazit aus dem bisherigen Erkenntnisstand ist insoweit, dass die Kriminologie Zuwanderer und Geflüchtete verstärkt als Opfer in den Blick nehmen sollte (so auch *Oberwittler/Zirng* 2016, S. 203, die in diesem Zusammenhang davon sprechen, dass angesichts einer langen Forschungstradition, die sich einseitig mit Ausländern als Täter beschäftigte, „man es als fair ansehen [kann], wenn Minderheiten auch in ihrer Rolle als Opfer von Kriminalität beziehungsweise mit in Kriminalität in Beziehung stehenden Problemen wahrgenommen werden“).

Dies bedeutet indessen keinesfalls, täterschaftliches Handeln auszublenden. Eine wichtige Herausforderung betrifft mit Blick auf Analysen aktiver Delinquenz und Kriminalität von Migranten die Notwendigkeit, die Forschung über die Gruppe der Jugendlichen hinaus, die in den vergangenen Jahren über zahlreiche Befragungen mit Schülerinnen und Schülern zweifellos sehr erfolgreich realisiert werden konnte, auch in andere Alterssegmente auszudehnen. Angesichts der Altersstruktur der mit Kriminalität registrierten Migranten erscheint es dringend geboten, methodische Anstrengungen und Kreativität darauf zu verwenden, die Forschung zu normabweichendem Verhalten auch auf den Bereich der älteren Jugendlichen, der Heranwachsenden und jungen Erwachsenen auszudehnen.

Die in den letzten 20 Jahren zahlreich durchgeführten Jugendstudien zu Gewalt und Delinquenz haben sehr wertvolle Einsichten mit Blick auf Hintergründe und Ursachen abweichenden Verhaltens auch von jungen Migranten gebracht. Im Sinne der Absicherung eines entsprechenden Monitorings mit

Blick auf die Situation junger Migranten spricht alles dafür, Studien über den Zugangsweg der Schülerbefragungen auch künftig – und vor allem auch kontinuierlich in vergleichbarer Weise – fortzuführen. Die heute möglichen Feststellungen zur Entwicklung der Jugendkriminalität und Gewalt wären ohne diese Studien nicht denkbar. Für die Zukunft stellen zum Beispiel die ISRD-Studien und deren Fortsetzung eine der Optionen dar, dies zu realisieren und dabei auch eine theoretisch fruchtbare international vergleichende Perspektive einzunehmen. In diese Forschung, die bereits über etablierte Kooperationsstrukturen und Erfahrungen im Feld der international vergleichenden kriminologischen Dunkelfeldanalysen verfügt, erscheinen weitere Investitionen sehr lohnend.

Dunkelfeldforschung im Feld von Migration und Kriminalität ist insoweit in hohem Maße praxis- und politikrelevant. Das allein würde aber das Potenzial dieses Forschungsgebietes unterschätzen. Forschung zu Migration und Kriminalität stellt zugleich eine wichtige Möglichkeit zur Prüfung und Weiterentwicklung theoretischer Ansätze dar. Zu denken ist hier etwa an Theorien der prozeduralen Gerechtigkeit, die sich mit Blick auf die Frage der Akzeptanz von und des Vertrauens in staatliche Institutionen gerade auch in Bezug auf junge Migranten als Rahmenkonzept anbietet, wenn es um soziale Integration und abweichendes Verhalten geht. Ein weiteres wichtiges Phänomen, das diesbezüglich in jüngerer Zeit vermehrt in den Fokus von Kriminologie und Rechtswissenschaft gerät, betrifft die Existenz von Formen der Paralleljustiz (vgl. dazu *Özkaraca* 2013; *Rohe/Jaraba* 2015), was unmittelbar mit Fragen der Legitimation von und des Vertrauens in Staat und Justiz in Zusammenhang stehen dürfte. Aktuell sind dazu bereits weitere Forschungsvorhaben auf dem Weg. So führen das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg ein Forschungsprojekt zur sogenannten komplementären Streitbeilegung mit kultureller Konnotation in Deutschland (sogenannte Paralleljustiz) durch, das in dieser Hinsicht auch für die Rechtswissenschaft interessante Befunde verspricht.

Insgesamt sind die aktuell erkennbaren Herausforderungen für die Kriminologie auch Chancen zur Weiterentwicklung der Disziplin. Dies gilt zum einen beispielsweise im Sinne der Erweiterung ihres Blickwinkels, indem zum Beispiel lange Zeit wenig beachtete völkerstrafrechtliche Verbrechen, darunter auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch europäische sowie nationalstaatliche Institutionen sowie staatlich beauftragte Akteure an den EU-Außengrenzen, aus einer Opferperspektive betrachtet und in einer neuen kreativen Form thematisiert werden könnten. Das gilt zum anderen in dem Sinne, dass in diesem Feld neue Formen der vergleichenden Analyse und der Theorieprüfung erfolgen können, die insgesamt auch zu einer Weiterentwicklung des Faches – über den hier fokussierten Kontext der Migration hinaus – beizutragen vermögen.

## Literatur

- Albrecht, H.-J.* (1995): Ethnic Minorities, Culture Conflict, and Crime. *Crime, Law and Social Change*, 24 (1), S. 19-34.
- Baar, W.* (2018): Demography, Migration, and the European Welfare State. In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Cham: Springer, S. 3-36.
- Baier, D.* (2015a). Ausmaß, Entwicklung und Folgen von innerfamiliärer Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. *Unsere Jugend*, 67, 146-154.
- Baier, D.* (2015b): Migration und Kriminalität. *Die Polizei*, 106 (3), S. 75-82
- Baier, D./Pfeiffer, C.* (Hg.) (2016): *Representative Studies on Victimisation: Research Findings from Germany*. Baden-Baden: Nomos.
- Baier, D./Pfeiffer, C./Rabold, S./Simonson, J./Kappes, C.* (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN-Forschungsbericht Nr. 109. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Bergmann, M.C./Baier, D./Rehbein, F./Möble, T.* (2017): Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015. KFN-Forschungsbericht Nr. 131. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Birkel, C.* (2016): Mehrfachviktimsierungen in Deutschland. In: Birkel, C./Hummelsheim-Doss, D./Leitgöb-Guzy, N./Oberwittler, D. (Hg.): *Opferbefragungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland: Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, S. 17-94.
- Birkel, C.* (2015): Hellfeld vs. Dunkelfeld: Probleme statistikbegleitender Dunkelfeldforschung am Beispiel der bundesweiten Opferbefragung im Rahmen des Verbundprojektes „Barometer Sicherheit in Deutschland“ (BaSiD). In: Eifler, S./Pollich, D. (Hg.): *Empirische Forschung über Kriminalität. Methodologische und methodische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-94.
- Birkel, C./Guzy, N./Hummelsheim, D./Oberwittler, D./Pritsch, J.* (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht. Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Blanchard, E.B./Jones-Alexander, J./Buckley, T.C./Forneris, C.A.* (1996): Psychometric properties of the PTSD Checklist (PCL). *Behavioral Research and Therapy*, 34 (8), S. 669-673.
- Block, T./Brettfeld, K./Wetzels, P.* (2007): Umfang, Struktur und Entwicklung von Jugendgewalt und -delinquenz in Hamburg 1997-2004. Ergebnisse wiederholter repräsentativer Befragungen von Schulklassen allgemeinbildender Schulen der 9. Jahrgangsstufe. Abschlussbericht. Hamburg: Universität Hamburg.
- Boers, K./Reinecke, J.* (Hg.) (2007): *Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie*. Münster: Waxmann.
- Brettfeld, K./Wetzels, P.* (2013): Gewalt und Delinquenz junger Menschen in Bremen 2008-2010. Opfererlebnisse, Tathandeln, Risikofaktoren, Reaktionen sowie Präventionsmaßnahmen und deren Veränderungen zwischen 2008 und 2010. Hamburg: Universität Hamburg.
- Brettfeld, K./Wetzels, P.* (2003): Soziale Selektivität strafrechtlicher Sozialkontrolle bei Jugendkriminalität? *Praxis der Rechtspsychologie*, 13 (2), S. 226-258.

- Brücker, H./Rother, N./Schupp, J. (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): Asylgeschäftsstatistik 2016. Nürnberg: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2013): Polizeiliche Kriminalstatistik 2012. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2015): Polizeiliche Kriminalstatistik 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2016): Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2017a): Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2017b): Polizeiliche Kriminalstatistik 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Eigenverlag.
- Ceobanu, A.M. (2011): Usual Suspects? Public Views about Immigrants' impact on Crime in European Countries. *International Journal of Comparative Sociology*, 52 (1/2), S. 114-131.
- de Soysa, I./Noel, C. (2018): Does ethnic diversity increase violent crime? A global analysis of homicide rates, 1995-2013. *European Journal of Criminology*, doi: 10.1177/1477370818775294.
- Elder, G./Van Nguyen, T./Caspi, A. (1985): Linking family hardship to children's lives. *Child Development*, 56 (2), S. 361-375.
- Enzmann, D./Kammigan, I. (2018): Parental Violence, Deprivation and Migration Background. In: Roché, S./Hough, M. (Hg.): *Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US*. Cham: Springer, S. 81-101.
- Enzmann, D./Kammigan, I./Siegmunt, O./Wetzels, P. (2016): Was scheren mich die anderen? Marktmoral als kriminogener Faktor: Eine Studie zu Jugendkriminalität in Russland und Deutschland. Berlin: WVB.
- Enzmann, D./Kivivuori, J./Marshall, I.H./Steketee, M./Hough, M./Killias, M. (2018): A Global Perspective on Young People as Offenders and Victims: First Results from the ISRD3 Study. Cham: Springer Nature.
- Enzmann, D./Wetzels, P. (2001): Das Ausmaß häuslicher Gewalt und die Bedeutung innerfamiliärer Gewalt für das Sozialverhalten von jungen Menschen aus kriminologischer Sicht. *Familie, Partnerschaft, Recht*, 7 (4), S. 246-251.
- Enzmann, D./Wetzels, P. (2000): Gewaltkriminalität junger Deutscher und Ausländer: Bristante Befunde die irritieren: Eine Erwiderung auf Ulrich Müller. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 52 (1), S. 146-152.
- Fang, X./Corso, P.S. (2007): Child maltreatment, youth violence, and intimate partner violence developmental relationships. *American Journal of Preventive Medicine*, 33 (4), S. 281-290.
- Farren, D./Hough, M. (2018): Teenagers' Perceptions of Legitimacy and Preparedness to Break the Law: The Impact of Ethnic and Minority Status. In: Roché, S./Hough, M. (Hg.): *Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US*. Cham: Springer, S. 219-243.



- Farren, D./Hough, M./Murray, K./McVie, S. (2018): Trust in the Police and Police Legitimacy Through the Eyes of Teenagers. In: Roché, S./Hough, M. (Hg.): *Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US*. Cham: Springer, S. 167-192.
- Feltes, T./List, K./Bertamini, M. (2018): More Refugees, More Offenders, More Crime? Critical Comments with Data from Germany. In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Cham: Springer, S. 599-624.
- Ferguson, C.J. (2013): Spanking, corporal punishment and negative long-term outcomes: A meta-analytic review of longitudinal studies. *Clinical Psychological Review*, 33 (1), S. 196-208.
- Fleischer, S./Kudlacek, D./Baier, D. (2018): Zuwanderung nach Niedersachsen. Ergebnisse einer migrationssoziologischen Untersuchung. KFN-Forschungsberichte No. 140. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Gershoff, E.T./Grogan-Kaylor, A. (2016): Spanking and child outcomes: Old controversies and new meta-analyses. *Journal of Family Psychology*, 30 (4), S. 453-469.
- Häfele, J. (2013): Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität. Eine Mehrebenenanalyse zum Einfluss von urbanen Disorder-Phänomenen auf personale Kriminalitätseinstellungen. Wiesbaden: Springer.
- Haen-Marshall, I./Marshall, C. (2018): Norms, Values, and Education: How Different are Immigrant Youth from Native Youth. Insights from the Third International Self-Report Delinquency Study (ISRD3). In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Cham: Springer, S. 165-190.
- Hagan, J. (2010): *Who are the Criminals?* Princeton: Princeton University Press.
- Hagan, J./Rymond-Richmond, W. (2009): *Darfur and the Crime of Genocide*. New York: Cambridge University Press.
- Haverkamp, R. (2018): Immigration of Refugees into Northwest Europe: Austria, Belgium, France, Germany, the Netherlands, and the United Kingdom. In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): *Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education*. Cham: Springer, S. 37-73.
- Hellmann, D. (2014): Repräsentativbefragung zu Viktimisierungserfahrungen in Deutschland. Forschungsbericht Nr. 122. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Hirtenlehner, H./Groß, E./Meinert, J. (2016): Fremdenfeindlichkeit, Straflust und Furcht vor Kriminalität. Interdependenzen im Zeitalter spätmoderner Unsicherheit. *Soziale Probleme*, 27 (1), S. 17-47.
- Jackson J./Bradford B./Hough, M./Myhill A./Quinton, P./Tyler T. (2012): Why do people comply with the law? Legitimacy and the influence of legal institutions. *British Journal of Criminology*, 52 (6), S. 1051-1071.
- Jennings, W.G./Piquero, A.R./Reingle, J.M. (2012): On the overlap between victimization and offending: A review of the literature. *Aggression and Violent Behavior*, 17 (1), S. 16-26.
- Junger-Tas, J./Marshall, I.H./Enzmann, D./Killias, M./Steketee, M./Gruszczyńska, B. (Hg.) (2010): *Juvenile Delinquency in Europe and Beyond: Results of the Second International Self-Report Delinquency Study*. New York: Springer.
- Kizilhan, J.I. (2018): Behandlung und Betreuung, traumatisierter jesidischer Frauen und Kinder in Deutschland. In: Machleidt, W./Kluge, U./Sieberer, M./Heinz, A. (Hg.): *Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie. Migration und psychische Gesundheit*. 2. Auflage. München: Elsevier, S. 273-280.

- Kury, H./Dussich, J.P.J./Wertz, M. (2018): Migration in Germany: An International Comparison on the Psychotraumatic Stress Among Refugees. In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education. Cham: Springer, S. 313-354.
- Kury, H./Redo, S. (Hg.) (2018): Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education. Cham: Springer.
- Marshall, I.H./Marshall, C.E. (2018): Norms, Values, and Education: How Different Are Immigrant Youth from Native Youth? Insights from the Third International Self-Report Delinquency Study (ISRD3). In: Kury, H./Redo, S. (Hg.): Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education. Cham: Springer, S. 165-190.
- Müller, U./Schrötte, M. (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse. Berlin: Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Nagin, D.S./Telep, C.W. (2017): Procedural justice and legal compliance. *Annual Review of Law and Social Science*, 13, S. 5-28.
- Nunziata, L. (2014): Immigration and Crime: New Empirical Evidence from European Victimization Data. IZA Discussion Paper No. 8632. Bonn: Institut Zukunft der Arbeit.
- Oberwittler, D./Zirnic, C. (2016): Unsicherheitsgefühle von Migranten in Deutschland. In: Birkel, C./Hummelsheim-Doss, D./Leitgöb-Guzy, N./Oberwittler, D. (Hg.): Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland. Vertiefende Analysen des Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 unter besonderer Berücksichtigung des räumlichen Kontextes. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, S. 201-240.
- Özkaraca, E. (2013): Paralleljustiz in Einwanderervierteln. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 24 (1), S. 36-39.
- Pfeiffer, C./Baier, D./Kliem, S. (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. Zürich: ZHAW.
- Portes, A./Vickstrom, E. (2011): Diversity, Social Capital, and Cohesion. *Annual Review of Sociology*, 37 (1), S. 461-479.
- Putnam, R. (2007): E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture. *Scandinavian Political Studies*, 30 (2), S. 137-174.
- Rafter, N. (2015): The crime of all crimes: Toward a criminology of genocide. New York: New York University Press.
- Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (2009): Optimierung des bestehenden kriminalstatistischen Systems in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Reich, K. (2013): Migration und Kriminalität. In: Meier-Braun, K.H./Weber, R. (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe, Fakten, Kontroversen. Stuttgart: Kohlhammer, S. 177-182.
- Reinecke, J./Boers, K. (2012): Entwicklung der Jugendkriminalität im Längsschnitt – Ergebnisse der Duisburger Längsschnittstudie „Kriminalität in der modernen Stadt“. In: Stompe, T./Schanda, H. (Hg.): Delinquente Jugendliche und forensische Psychiatrie: Epidemiologie, Bedingungsfaktoren, Therapie. Berlin: MWV, S. 17-33.
- Roché, S./Hough, M. (Hg.) (2018): Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US. Cham: Springer.

- Rohe, M./Jaraba, M. (2015): Paralleljustiz. Eine Studie im Auftrag des Landes Berlin, in: <https://www.berlin.de/sen/justwa/assets/gesamtstudie-paralleljustiz.pdf> [letzter Aufruf: 04.04.2018].
- Roux, G. (2018): Perceptions of Police Unfairness Amongst Stigmatized Groups: The Impact of Ethnicity, Islamic Affiliation and Neighbourhood. In: Roché, S./Hough, M. (Hg.): *Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US*. Cham: Springer, S. 193-217.
- Sessar, K. (1999): Der Begriff der „Ausländerkriminalität“ im öffentlichen Diskurs. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 82, S. 30-35.
- Sutej, I. (2018): Psychiatrische und psychotherapeutische Akutversorgung von Geflüchteten. In: Machleidt, W./Kluge, U./Sieberer, M./Heinz, A. (Hg.): *Praxis der interkulturellen Psychiatrie und Psychotherapie. Migration und psychische Gesundheit*. 2. Auflage. München: Elsevier, S. 241-250.
- Statistisches Bundesamt (2017): Fachserie 1, Reihe 2.2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Steketee, M./Aussems, C. (2018): ‘Less Social Bonding, More Problems?’ An International Perspective on the Behaviour of (Migrant) Youth. In: Roché, S./Hough, M. (Hg.): *Minority Youth and Social Integration: The ISRD-3 Study in Europe and the US*. Cham: Springer, S. 61-80.
- Treskow, L./Kudlacek, D. (2017): Victimisation experiences among refugees in Germany. Presentation at the Stockholm Criminology Symposium, held at Stockholm, Sweden.
- UNHCR (2017): Desperate Journeys. Refugees and migrants entering and crossing Europe via the Mediterranean and Western Balkans routes, in: <http://data2.unhcr.org/en/documents/download/58838> [letzter Aufruf: 04.04.2018].
- Walburg, C. (2014a): Migration und Kriminalität. Eine Analyse anhand eines sozialstrukturellen Delinquenzmodells. Münster: Waxmann.
- Walburg, C. (2014b): Migration und Jugenddelinquenz. Mythen und Zusammenhänge. Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration. Berlin: Mediendienst Integration.
- Walburg, C. (2016): Migration und Kriminalität: aktuelle kriminalstatistische Befunde. Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration. Berlin: Mediendienst Integration.
- Walburg, C. (2018): Migration und Kriminalität: Eine Frage der Kultur? In: Hermann, D./Pöge, A. (Hg.): *Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, S. 171-184.
- Wetzels, P./Brettfeld, K. (2011): Gewalt und Delinquenz junger Menschen in Bremen 2008-2010. Zweiter und abschließender Bericht über die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle in Bremen und Bremerhaven 2008. Hamburg: Universität Hamburg.
- Wetzels, P./Enzmann, D./Mecklenburg, E./Pfeiffer, C. (2001): Jugend und Gewalt: Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten. Baden-Baden: Nomos.
- Widom, C.S./Czaja, S.J./DuMont, K.A. (2015): Intergenerational transmission of child abuse and neglect: Real or detection bias? *Science*, 347 (6229), 1480-1485.
- Wilmers, N./Greve, W./Enzmann, D./Schaefer, D./Herbers, K./Wetzels, P. (2002): Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: gefährlich oder gefährdet?: Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998-2000. Baden-Baden: Nomos.

- Windzio, M.* (2018): Migration als soziales Problem. Assimilation, abweichendes Verhalten und Kriminalität. In: Hermann, D./Pöge, A. (Hg.): Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 369-382.
- Zick, A.* (2017): Menschenfeindliche Vorurteile. In: Möller, K./Neuscheler, F. (Hg.): „Wer will die hier schon haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer, S. 53-74.

# Religion und ethnische Bildungsungleichheiten – Empirische Befunde zu einem strittigen Zusammenhang<sup>1</sup>

*Claudia Diehl, Patrick Fick und Matthias Koenig*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Zum Zusammenhang von Religion und Bildungserfolg
  - 2.1 Religion und Bildung – religionssoziologische Argumente
  - 2.2 Religion und Integration – migrationssoziologische Argumente
  - 2.3 Integration und Bildung – bildungssoziologische Argumente
  - 2.4 Drei religionsspezifische Mechanismen
3. Methodisches Vorgehen, Datenbasis und ein Überblick über Herkunft und Religion der befragten Schüler
4. Konfessionszugehörigkeit, individuelle Religiosität und bildungsrelevante Merkmale
5. Konfessionszugehörigkeit, Religiosität und Bildungserfolg
6. Fazit: Religion und Bildungserfolg

## 1. Einleitung

Die öffentliche Debatte um die Integration von Migranten<sup>2</sup> in Deutschland hat sich seit einigen Jahren verstärkt der Frage nach der Bedeutung von Religion zugewendet. Im Zentrum steht dabei „der“ Islam, dem vielfach eine negative Rolle bei der Integration muslimischer Migranten zugeschrieben wird. Ein besonders wichtiger Bereich, in dem der Islam als Barriere für die Integration angesehen wird, ist das Bildungssystem. So wird die Tatsache, dass muslimische Schüler mit Migrationshintergrund einen vergleichsweise geringen Bildungserfolg aufweisen, oftmals vorschnell auf ihre Religiosität zurückgeführt. Dabei ist bislang völlig ungeklärt, ob solche Rückschlüsse einer empirischen Überprüfung standhalten.

---

1 Dieser Beitrag ist die gekürzte Version eines Forschungsberichts, den die Autoren 2017 für die Stiftung Mercator verfasst haben, siehe *Diehl et al.* (2017) und vertieft empirische Analysen zu Religiosität und Bildungserfolg, die die Autoren an anderer Stelle veröffentlicht haben; vgl. *Ohlendorf et al.* (2017). Er wurde auch in der MschrKrim 2018, Heft 2 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

2 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

Denn obwohl sich die migrations- und bildungssoziologische Forschung lange mit ethnischen Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem befasst hat (vgl. für einen Überblick *Diehl et al.* 2016), liegen zur Bedeutung religiöser Identitäten, Überzeugungen und Praktiken bisher nur verstreute Ergebnisse in der quantitativ orientierten Forschung vor. Die Annahme, dass Religion den Erfolg beziehungsweise Misserfolg bestimmter Gruppen in den gesellschaftlichen Statussystemen beeinflusst, wird zwar immer wieder vertreten (siehe *Jeynes* 2003; *Johnson/Morris* 2008; *Fagan* 2010; *Regnerus/Elder* 2003). Es ist aber durchaus strittig, ob und inwieweit gruppenspezifische Ergebnisse im Bildungssystem tatsächlich auf religiöse Faktoren zurückgeführt werden können. Neuere Untersuchungen auf Basis des sozioökonomischen Panels können nur geringfügige konfessionsspezifische Gruppenunterschiede in Deutschland feststellen (*Schneider/Dohrmann* 2015). Zudem sind Jugendliche italienischer Herkunft, die überwiegend katholisch sind, im Bildungssystem ebenfalls deutlich schlechter gestellt als andere Herkunftsgruppen (*Kristen/Granato* 2007) – ein Sachverhalt, der erstaunlich selten thematisiert wird.

In dem vorliegenden Beitrag wird das Verhältnis von Religion und Bildungserfolg in Deutschland mit Blick auf folgende Fragen untersucht: Gibt es Hinweise auf eine systematische Benachteiligung von Schülern muslimischen Hintergrunds an öffentlichen Schulen? Inwiefern unterscheiden sich Angehörige unterschiedlicher Konfessionszugehörigkeit und unterschiedlich ausgeprägter individueller Religiosität hinsichtlich zentraler Ausgangsbedingungen des Bildungserwerbs, wie zum Beispiel ihrem sozialen Hintergrund, ihren sozialen Kontakten, ihren Sprachkenntnissen oder ihrer Bildungsaspiration? Wirkt sich eine ausgeprägte Religiosität hinderlich oder umgekehrt förderlich auf unterschiedliche Indikatoren des Bildungserfolges aus? Und stellt sich dieser Zusammenhang für alle konfessionellen Gruppen gleich dar, oder sind hier gruppenspezifische Muster zu erkennen?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird der deutsche Datensatz des *Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries* (CILS4EU) verwendet. Im Folgenden werden zunächst theoretische Argumente über mögliche Einflüsse von Religion auf den Bildungserfolg vorgestellt (2.). Nach kurzer Vorstellung des methodischen Vorgehens und der Datengrundlage (3.) wird der Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit, individueller Religiosität und zentralen bildungsrelevanten Ressourcen und Verhaltensweisen untersucht (4.). Abschließend wird die Bedeutung von Religion und individueller Religiosität für den Bildungserfolg im Sinne des Gymnasialbesuchs analysiert (5.).

## 2. Zum Zusammenhang von Religion und Bildungserfolg<sup>3</sup>

Die Religionssoziologie interessiert sich seit langem für den Zusammenhang von Religion und Bildungserfolg, allerdings ohne den Dynamiken von Migration und Integration besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Migrationssoziologische Theorieansätze haben neuerdings zwar durchaus auch die religiöse Dimension der Integration von Migranten in die Statussysteme des Aufnahmelandes thematisiert (siehe zum Beispiel *Breton* 2012; *Connor* 2014), allerdings nur selten die religionsspezifischen Bedingungen für Bildungserfolg untersucht. Und in der Bildungssoziologie gibt es neben einer langjährigen Forschungstradition zu ethnischen Bildungsungleichheiten (siehe *Diehl et al.* 2016) zwar zumindest für den amerikanischen Kontext vereinzelte Studien zu den Auswirkungen von Religion (siehe für einen Überblick *Fagan* 2010; *Smith* 2003; *Mayr/Oeur* 2009); aber auch ihnen fehlt eine systematische Diskussion der wirksamen Mechanismen, welche die Effekte von Konfessionszugehörigkeit und Religiosität auf den Bildungserfolg von Schülern mit Migrationshintergrund erklären könnten. Um solche Mechanismen gebündelt darzustellen, werden im Folgenden zunächst allgemeine Überlegungen aus Religions- und Migrationssoziologie sondiert und dann mit bildungssoziologischen Argumenten verbunden.

### 2.1 Religion und Bildung – religionssoziologische Argumente

Ein klassischer und bis heute einflussreicher Bezugspunkt für religionssoziologische Argumente über den Einfluss von Religion auf den Bildungserfolg ist *Max Webers* (1993[1904/5]) Studie über die protestantische Ethik. *Webers* These, dass die im Protestantismus zu findende Lebenseinstellung der „innerweltlichen Askese“ die Resistenz gegenüber weltlichen Verlockungen und Anfechtungen durch die Einhaltung eines pflichtbewussten, arbeitsamen und tendenziell puritanischen Lebensstils fördert, hat sich vor allem die US-amerikanische Forschungsliteratur zu eigen gemacht und verallgemeinert. Die Argumentation lautet hier zumeist, dass mit einer höheren Religiosität eine stärkere Selbstdisziplin, größere Leistungsmotivation und höhere Bildungsaspiration einhergeht (*Jeynes* 2003; *Johnson/Morris* 2008; *Fagan* 2010; *Regnerus/Elder* 2003).

Ein ebenso klassischer Bezugspunkt für religionssoziologische Überlegungen ist die Säkularisierungstheorie, derzufolge Religion im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung an Bedeutung verliert (siehe zusammenfassend *Pickel* 2011, S. 137 f. sowie *Koenig/Wolf* 2013). Aus einer säkularisierungstheoretischen

---

3 Dieser Abschnitt basiert auf einer Vorstudie zum oben genannten Forschungsbericht bzw. auf der daraus hervorgegangenen Publikation, vgl. *Ohlendorf et al.* (2017).

Perspektive müssten sich die von *Weber* beobachteten Zusammenhänge von Religiosität und Bildungserfolg also allmählich auflösen. Allerdings lässt sich in der Literatur auch das Argument finden, dass Religion trotz Modernisierung ihre gesellschaftliche Bedeutung behalten könne, sofern sie sich mit marginalisierten kollektiven Identitäten verbinde (zu dieser „cultural defence“-These siehe *Bruce* 2011). Religion behält in solchen Kontexten ihren prägenden Einfluss aufgrund ihres Beitrags zur Stabilisierung vorgestellter nationaler oder ethnischer Gemeinschaften. Genau hier treffen sich nun religionssoziologische Argumente mit neueren assimilations- beziehungsweise integrationstheoretischen Ansätzen, denen zufolge die Einbindung in religiöse Gemeinden im Aufnahmeland den Integrationsprozess stärker beeinflussen kann als bislang angenommen.

## 2.2 Religion und Integration – migrationssoziologische Argumente

Allgemein wird unter Assimilation ein Prozess verstanden, bei dem die sozialen, strukturellen und kulturellen Unterschiede zwischen Mehrheitsgesellschaften und ethnischen Gruppen zunehmend verschwinden (siehe *Rumbaut* 2001; *Alba/Nee* 2003). In der Migrationssoziologie lässt sich schon früh (*Herberg* 1955, S. 22) das Argument finden, dass Religion eine Brücke in den „multiple melting pot“ der amerikanischen Gesellschaft bilden kann. In jüngerer Zeit haben vor allem die Vertreter der sogenannten „*Theory of Segmented Assimilation*“ das Argument prominent gemacht, dass Religion und speziell religiöse Netzwerke im Aufnahmeland eine wesentliche Ressource für den sozioökonomischen Aufstieg der zweiten Migrantengeneration (siehe für einen Überblick *Warner* 2007; *Zhou* 1997; *Hirschman* 2004) spielen können. Die Kernannahme lautet, dass Jugendliche durch die Einbindung in lokale, ethnische Religionsgemeinden Zugriff auf verschiedene bildungsrelevante Ressourcen haben, die für ihren sozioökonomischen Aufstieg hilfreich sind, aber insbesondere in sozial schwachen Einwandererfamilien häufig nicht zur Verfügung stehen. Daneben übten die religiösen Gemeinden häufig eine soziale Kontrollfunktion aus und sorgten daher für eine Bestärkung der elterlichen Erziehung oder bewahrten die Kinder und Jugendlichen vor einem Abdriften in für den sozialen Aufstieg weniger günstige Milieus und Subkulturen. Allerdings ist auch denkbar, dass die Einbindung in ethnisch-religiöse Netzwerke auf Kosten der Einbindung in entsprechende Netzwerke der Aufnahmegesellschaft erfolgt und damit die Kontaktaufnahme mit Mehrheitsangehörigen erschwert oder weniger dringlich erscheinen lässt. Diese stellen aber aus einer Reihe von Gründen eine wichtige Ressource für den Bildungserfolg dar. So kann der Austausch mit Einheimischen mit einem entsprechenden Kompetenz- und Wissenstransfer (etwa über die Funktionsweise des Bildungssystems) einhergehen.



*Alba et al.* (2009) machen zudem darauf aufmerksam, dass diese „Brückenfunktion“ der Religiosität von Einwanderern ein Spezifikum der US-amerikanischen Aufnahmegesellschaft darstellt und daher nicht notwendigerweise auf den europäischen Integrationskontext übertragen werden kann. Aus dieser Perspektive der neuen Assimilationstheorie wird vielmehr die Bedeutung der Religion bei der Etablierung und Aufrechterhaltung symbolischer Grenzziehungen betont. Dies gelte in besonderer Weise für westeuropäische Gesellschaften, in denen eine besonders stark ausgeprägte, sogenannte „bright boundary“ existiere (*Alba* 2005), die zwischen einer sich als „christlich-okzidental“ oder auch „säkular“ definierenden Mehrheitsgesellschaft und den als „muslimisch-orientalisch“ oder auch „religiös-fundamentalistisch“ verstandenen Zuwanderern beziehungsweise deren Nachkommen verlaufe (*Foner/Alba* 2008; *Zolber/Woon* 1999). Solche sozialen Grenzziehungen können Ausdruck finden in Praktiken der Stigmatisierung oder Diskriminierung (*Wimmer* 2008). Die besondere Salienz der religiösen Grenze könnte die Religion der Zuwanderer, insbesondere derer aus islamischen Herkunftsländern, zu einem sozialen Distinktions- und Exklusionskriterium werden lassen, das ihre Integration und soziale Mobilität eher erschwert denn erleichtert.

### 2.3 Integration und Bildung – bildungssoziologische Argumente

Im Bereich der bildungssoziologischen Literatur spielt das Argument eine wichtige Rolle, dass schulische Kontextfaktoren, darunter Diskriminierung aufgrund der sozialen oder ethnischen Herkunft, des Geschlechts oder eben der Religion, zur Erklärung gruppenspezifischen Bildungserfolges beitragen können. Sowohl nicht-intendierte als auch intendierte Diskriminierungen können unter diesen Erklärungstyp gefasst werden (siehe *Gomolla/Radtke* 2007; *Alexander/Schofield* 2006; *Diefenbach* 2010; *Becker* 2011). Wenn beispielsweise die Schule oder einzelne Lehrkräfte bestimmte Kompetenzen oder Wissensbestände voraussetzen, die Kinder aus Elternhäusern mit geringerer Bildung nicht oder weniger erfüllen (können), so könnte dies gruppenspezifische Bildungsungleichheiten zur Folge haben (siehe *Kramer/Helsper* 2010; *Bourdieu* 1983), von denen Migranten möglicherweise besonders betroffen sind. Die Zugehörigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu einer öffentlich stigmatisierten ethno-religiösen Gruppe kann aber auch Auslöser für Prozesse der Ausgrenzung sein. Solche Diskriminierungen können präferenzbasiert sein (*Becker* 1957[1971]), etwa wenn Lehrkräfte selbst Vorurteile gegenüber einzelnen Religionsgemeinschaften hegen oder gegenüber bestimmten Religionen besonders wohlwollend eingestellt sind – und diese Einstellungen in die Vergabe von Noten oder in Schullaufbahn-

empfehlungen einfließen lassen. Andererseits kann sich eine solche Ungleichbehandlung auch als Effekt statistischer Diskriminierung einstellen. Von statistischer Diskriminierung spricht man dann, wenn fehlende oder unsichere Informationen über die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Individuums durch Informationen über die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der betreffenden Herkunftsgruppe ersetzt werden (siehe Arrow 1973; Adida et al. 2016). Wenn eine askriptiv definierte ethnisch-religiöse Gruppe, wie etwa die der muslimischen Schüler, im Durchschnitt schlechtere Schulleistungen aufweist, könnten Lehrkräfte diese Information in ihren Umgang mit einzelnen Individuen einfließen lassen. Dies wiederum könnte sich im Verhalten der betroffenen Schüler widerspiegeln, zum Beispiel indem sie weniger lernen oder bei Leistungsmessungen unter ihrem tatsächlichen Kompetenzniveau verbleiben (siehe in diesem Zusammenhang Lorenz et al. 2016).

Entscheidender für den Erfolg im Bildungssystem als diese Kontextfaktoren scheint allerdings der *familiäre Hintergrund* und die *individuelle Ressourcenausstattung* zu sein (siehe Becker 2011; Diefenbach 2010; Steinbach/ Nauck 2004; Nauck et al. 1998; Alba et al. 1994; Maaz et al. 2011). Ein geringer Bildungserfolg ist demzufolge primär auf die Unterausstattung der Eltern mit relevanten Ressourcen wie Human- oder finanziellem Kapital sowie sprachlichen oder anderen Kompetenzen zurückzuführen. Kinder aus „ressourcenärmeren“ Elternhäusern weisen oft schon zum Zeitpunkt der Einschulung geringere Kompetenzen als solche aus „ressourcenreichen“ Elternhäusern auf, da Lernprozesse zu diesem frühen Zeitpunkt vor allem in der Familie stattfinden. Im Falle der sogenannten Gastarbeiterzuwanderung beispielsweise kamen durchschnittlich gering gebildete Migranten nach Deutschland, deren Kinder folglich ungünstigere Startvoraussetzungen im Bildungssystem hatten. Kurz gesagt, wirkt sich also die soziale Herkunft direkt auf die Lernprozesse der Schüler aus. Diese „primären Effekte“ (Boudon 1974) sind insofern stets in Rechnung zu stellen, bevor komplexere Erklärungen für gruppenspezifische Bildungsverläufe wie Effekte ethnischer Diskriminierung untersucht werden (siehe Dollmann 2010; Kristen/Dollmann 2009; Diehl/Fick 2016). Auch gruppenspezifische *Bildungsentscheidungen* und *Bildungsaspirationen* könnten eine Rolle bei der Erklärung ungleicher Bildungsabschlüsse zwischen Kindern unterschiedlicher Herkunft spielen (siehe Boudon 1974; Ditton et al. 2005; Kristen 1999; Kristen/Dollmann 2009; Breen et al. 2012). So streben Migranten häufiger als Einheimische höhere Bildungsabschlüsse an. Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass es sich bei Migranten um eine positiv selektierte Gruppe handelt. Sie sind meistens ausgewandert, um „etwas zu erreichen“ und legen deshalb großen Wert auf einen (Bildungs-)Aufstieg ihrer Kinder (siehe für eine Übersicht Becker 2010).

Obwohl die bislang genannten Argumente üblicherweise herangezogen werden, um gruppenspezifische Unterschiede im Bildungserfolg aufgrund der sozialen Herkunft, des Geschlechts, des Migrationshintergrunds oder der ethnischen Zugehörigkeit zu erklären, können diese aber auch Ausgangspunkt für die Analyse religionsspezifischer oder religiöser Unterschiede des Bildungserfolgs sein.

## 2.4 Drei religionsspezifische Mechanismen

Vor dem Hintergrund der bislang dargestellten religions-, migrations- und bildungssoziologischen Einsichten lassen sich drei religionsspezifische Mechanismen identifizieren. Diese setzen an verschiedenen, in der Religionssoziologie üblicherweise analytisch getrennten, Dimensionen von Religion an (Glock 1962): der *Konfession* beziehungsweise allgemeinen *Religionszugehörigkeit*,<sup>4</sup> der *individuellen Religiosität* als Ausmaß oder Stärke der Glaubensüberzeugung und den Sozialformen *religiöser Praktiken*. Die religionsspezifischen Mechanismen erklären also, wie Konfessionszugehörigkeit im Kontext von Schule Diskriminierungsprozesse auslösen kann, wie ferner individuelle Religiosität Einfluss auf Lernprozesse oder Bildungsentscheidungen nimmt und wie schließlich religiöse Praktiken die individuelle Ausstattung mit bildungsrelevanten, insbesondere sozialen Ressourcen prägen. Alle diese drei Mechanismen können potentiell religiöse Bildungsungleichheiten erzeugen.

*Erstens* könnte selbst die (sichtbare) Konfessionszugehörigkeit von Migranten unabhängig von deren tatsächlichen religiösen Überzeugungen und Praktiken mit Prozessen der Inklusion oder Exklusion einhergehen. So könnten Schüler unterschiedlicher Konfessionszugehörigkeit intendiert oder nicht-intendiert von den Lehrkräften ungleich behandelt werden und/oder eine solche Ungleichbehandlung erwarten.

*Zweitens* könnte der differentielle Bildungserfolg zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund auf ein variierendes Bildungsverhalten zurückzuführen sein. So könnte eine höhere individuelle Religiosität mit stärkerer Selbstdisziplin, größerer Leistungsmotivation und höherer Bildungsaspiration einhergehen. Umgekehrt ist aber auch denkbar, dass die individuelle Religiosität in Konflikt mit den meist an säkularen Prinzipien orientierten Bildungs- und Erziehungszielen moderner Schulsysteme steht.

*Drittens* wäre denkbar, dass ethnische oder religiöse Gemeinschaften ihren Mitgliedern beim Erwerb bildungsrelevanter Ressourcen und Fähigkeiten helfen (für die USA siehe Smith 2003; Barrett 2010); eine soziale Kontrollfunktion

---

4 Wir verwenden der Begriff „Konfession“ hier, um die Zugehörigkeit zu einer christlichen, muslimischen oder anderen Religionsgemeinschaft zu bezeichnen.

ausüben (siehe Zhou 1997, S. 991 f.; Bankston/Zhou 1998, S. 105 f.; Portes/Rumbaut 1996, S. 317) oder als Quelle für Sozialkapital fungieren. Freilich ist auch hier wieder das umgekehrte Argument denkbar, dass die Einbindung in ethno-religiöse Gruppen Zeit und Energie kostet oder möglicherweise sogar einen Rückzug in ethnische Netzwerke fördert. Dies könnte sich indirekt – etwa wegen fehlender und möglicherweise bildungsrelevanter Kontakte zu Mehrheitsangehörigen – negativ auf den Bildungserfolg auswirken.

### **3. Methodisches Vorgehen, Datenbasis und ein Überblick über Herkunft und Religion der befragten Schüler**

Es stellt sich nun die Frage, wie sich diese drei Mechanismen empirisch untersuchen lassen. Die Untersuchung von Diskriminierungsprozessen, die sich an der von außen zugeschriebenen Konfessionszugehörigkeit und nicht an der individuellen Religiosität festmachen, kann anhand von Surveydaten nur indirekt erfolgen (zur Diskussion siehe Kalter 2006). Dazu muss vor allem gezeigt werden, dass zwischen Religionsgruppen bestehende Bildungsungleichheiten nicht das Ergebnis selektiver Migrationsprozesse sind. So stammten die türkischen Gastarbeiter vorwiegend aus Gebieten der Türkei, in denen ein insgesamt geringeres Bildungsniveau vorherrschte. Diese Eltern und Großeltern der heute im Bildungssystem anzutreffenden zweiten und dritten Generation weisen somit als Muslime ein niedrigeres Bildungsniveau und einen geringeren sozialen Status auf als der Durchschnitt der Migranten anderer Konfessionsgruppen. Allein schon deswegen verfügen muslimische Kinder im deutschen Bildungssystem im Durchschnitt über vergleichsweise geringere Kompetenzen, auch im Bereich der Sprache (Walter 2010; Becker et al. 2013). Die empirische Prüfung von Diskriminierung erfordert daher stets, andere relevante Einflussfaktoren, insbesondere solche, die mit dem Bildungsniveau der Eltern zusammenhängen, statistisch zu „kontrollieren“, das heißt im Gruppenvergleich konstant zu halten. Erst die dann noch verbleibenden Unterschiede zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionsgruppen könnten als Hinweis auf eine konfessionsbedingte Exklusion gelten.

Um die Effekte individueller Religiosität auf den Bildungserfolg zu untersuchen, muss analysiert werden, inwieweit sich Personen mit unterschiedlich stark ausgeprägter Religiosität in ihren Bildungseinstellungen und -aspirationen unterscheiden. Zu erwarten wäre etwa, dass besonders gläubige Schüler eine stärkere Leistungsorientierung aufweisen oder über eine höhere Bildungsaspiration verfügen als weniger gläubige. In empirischen Modellen wäre ferner zu erwarten, dass sich diese Unterschiede im Bildungserfolg zwischen religiösen und

weniger religiösen Individuen nivellieren, wenn man entsprechende Indikatoren für die Leistungsbereitschaft berücksichtigt. Um auszuschließen, dass eventuelle Unterschiede etwa im Gymnasialbesuch von wenig religiösen im Vergleich zu religiösen Schülern auf deren unterschiedliche Ressourcenausstattung zurückzuführen sind, müssen in den empirischen Modellen ferner auch hier entsprechende Indikatoren (wie etwa die Sprachkenntnisse) kontrolliert werden.

Bei dem drittgenannten Erklärungsansatz verhält es sich ähnlich. Hier wurde argumentiert, dass die religiöse Partizipation – etwa in Form des Besuches religiöser Begegnungsstätten, sei es zur Teilnahme an religiösen Feiern, zum Austausch mit anderen Gläubigen oder zur Teilnahme an Betreuungs- und Hilfsangeboten – Einfluss auf den Bildungserfolg haben kann. Dieser Mechanismus stellt die soziale Integration der Gläubigen in den Vordergrund und weist insbesondere in Bezug auf die Erklärung möglicherweise bildungsrelevanter sprachlicher Kompetenzen oder sozialer Kontakte eine hohe Plausibilität auf. Erwartet werden kann hier, dass sich zunächst unabhängig von der eigentlichen Stärke des Glaubens, Unterschiede im Bildungserfolg zwischen religiös Partizipierenden und Nicht-Partizipierenden zeigen.

Die empirische Prüfung dieser Mechanismen soll im Folgenden auf Grundlage des internationalen CILS4EU Datensatzes erfolgen, der über das GESIS Datenarchiv für Sozialwissenschaften wissenschaftlicher Forschung zur Verfügung steht (Kalter *et al.* 2016a; 2016b).<sup>5</sup> Für die folgenden Analysen werden die deutschen Befragungsdaten der ersten Welle herangezogen (Kalter *et al.* 2016a). Bei CILS4EU handelt es sich um eine disproportional geschichtete schulbasierte Stichprobe (siehe CILS4EU 2016). Aufgrund der verwendeten Sampling- und Gewichtungungsverfahren lassen die CILS4EU-Daten zuverlässige Aussagen über die Grundgesamtheit der Neuntklässler in Deutschland zu (siehe Dollmann/Jacob 2016). Insgesamt konnten in der ersten Befragungswelle von CILS4EU in Deutschland 5.013 Schüler aus 271 Schulklassen in 144 Schulen befragt werden. Zudem wurden 3.909 Interviews mit Eltern sowie 248 Interviews mit Lehrkräften durchgeführt (siehe Dollmann/Jacob 2016). 47 % der befragten Schüler haben einen Migrationshintergrund, das heißt sie selbst oder ihre Eltern sind nach Deutschland immigriert. Die zahlenmäßig größten Gruppen in der Stichprobe stellen Schüler mit türkischem Migrationshintergrund (837 Fälle), aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (292 Fälle), Polen (166 Fälle), den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (220 Fälle) sowie Italien (131 Fälle) dar. Die Schüler aus anderen Herkunftsländern können hier nicht weiter differenziert werden.

---

5 Das CILS4EU Forschungsprojekt wurde gefördert im Rahmen des NORFACE ERA NET Plus Migration in Europe-Programme.

Migrationshintergrund und Konfessionszugehörigkeit sind eng miteinander verknüpft: lediglich 14 % der protestantischen und ein Viertel der katholischen Schüler haben einen Migrationshintergrund, während dies bei fast allen muslimischen Jugendlichen der Fall ist (96 %).<sup>6</sup> Ein Großteil der protestantischen Schüler stammt aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (43 %), während ein Viertel der katholischen Jugendlichen einen polnischen und weitere 15 % einen italienischen Migrationshintergrund haben. Die überwiegende Mehrheit der muslimischen Jugendlichen weist einen türkischen Migrationshintergrund auf (66 %), weitere 11 % einen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens.

Tabelle 1: *Individuelle Religiosität nach Konfessionszugehörigkeit*<sup>7</sup>

	Religiosität	<i>n</i>	in %	in % der jeweiligen Konfession
Konfessionslose		598	17	-
Protestanten	wenig religiös	1.186	31	81
	religiös	257	7	19
Katholiken	wenig religiös	1.139	27	83
	religiös	293	6	17
Muslime	wenig religiös	548	4	49
	religiös	633	5	51
Andere	wenig religiös	141	2	61
	religiös	83	2	39

Um den Zusammenhang zwischen Religion und Bildungserfolg auf der Individualebene zu untersuchen, müssen die wenig religiösen und religiösen Individuen miteinander verglichen werden. Dazu wird eine Variable generiert, die weniger darauf abzielt, hochreligiöse mit den übrigen Angehörigen einer Konfession vergleichen zu können, sondern eher „konventionelle“ und „nominelle“ (Voas 2008) Mitglieder einzelner Glaubensgemeinschaften voneinander abzugrenzen. Dabei werden Jugendliche, für die Religion „sehr wichtig“ oder „ziemlich wichtig“ ist, und die ihre Religion mindestens einmal in der Woche entweder

6 Bei den wenigen Muslimen ohne Migrationshintergrund handelt es sich im Wesentlichen um Angehörige der dritten Migrantengeneration, die mindestens ein nach Deutschland immigriertes Großelternteil haben; dieser Personenkreis wird hier zu denjenigen ohne Migrationshintergrund gezählt (für ein ähnliches Vorgehen vgl. die amtliche Statistik, *Statistisches Bundesamt* (2015), sowie die CILS4EU-Projektgruppe in ihren Publikationen, van Tubergen/Mentjox (2014); Kalter/Kruse (2015)).

7 Gewichtet, ungewichtete Fallzahl. Quelle: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung)

in Form des Gebets *oder* des Besuchs religiöser Begegnungsstätten ausüben, als „religiös“ zusammengefasst. Die übrigen Angehörigen der jeweiligen Konfession wurden als „wenig religiös“ kategorisiert. Wenig religiöse Personen sind bei beiden christlichen Konfessionen mit 81 beziehungsweise 83 % relativ häufig anzutreffen, bei den Muslimen halten sich die wenig religiösen (49 %) und religiösen Schüler (51 %) in etwa die Waage (siehe *Tabelle 1*).

Auf Grundlage dieser Variablen werden nun zunächst religionsspezifische Unterschiede in zentralen bildungsrelevanten Ressourcen und Verhaltensweisen untersucht, wie etwa das Bildungsniveau der Eltern oder deren Leistungsorientierung.

#### 4. Konfessionszugehörigkeit, individuelle Religiosität und bildungsrelevante Merkmale<sup>8</sup>

Der soziale Hintergrund der Schüler lässt sich über den sozioökonomischen Status des Elternhauses mit Hilfe des „International Socio-Economic Index of Occupational Status“ (ISEI) messen (siehe *Ganzeboom et al.* 1992), der Werte zwischen elf (zum Beispiel landwirtschaftliche Hilfskräfte) und 89 (zum Beispiel Richter) annehmen kann. Dargestellt sind in *Abbildung 1* Quantile des sozioökonomischen Status, die folgendermaßen gelesen werden können: Am äußerst rechten Balken, der die Verteilung der Gesamtpopulation beschreibt, lässt sich ablesen, dass 5 % aller Neuntklässler aus einem Elternhaus mit einem ISEI von 22 oder weniger Punkten stammen. Im Mittel leben die Schüler in Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil einen ISEI von 51 Punkten erreicht. 75 % der Jugendlichen haben Eltern mit einem ISEI von weniger als 65 Punkten. Umgekehrt bedeutet dies, dass die oberen 25 % Eltern mit einem ISEI von 65 oder mehr Punkten haben.

Zwischen den konfessionslosen, christlichen und anderen nicht-christlichen Schülern lassen sich allenfalls marginale Unterschiede feststellen. Im Vergleich zu diesen Gruppen wird aber deutlich, dass muslimische Kinder in Familien mit deutlich unterdurchschnittlichem sozioökonomischem Status aufwachsen. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass auch eingewanderte Familien insgesamt einen niedrigeren sozioökonomischen Status aufweisen als einheimische Familien (siehe *Alba et al.* 1994; *Nauck et al.* 1998). Auffällig ist, dass der soziale Status der Muslime im Durchschnitt auch deutlich unter dem Wert der übrigen Familien mit Migrationshintergrund anderer Konfessionen liegt.

---

<sup>8</sup> Die entsprechenden Tabellen zu den hier berichteten Befunden können dem weiter oben erwähnten Forschungsbericht entnommen werden, *Diehl et al.* (2017).

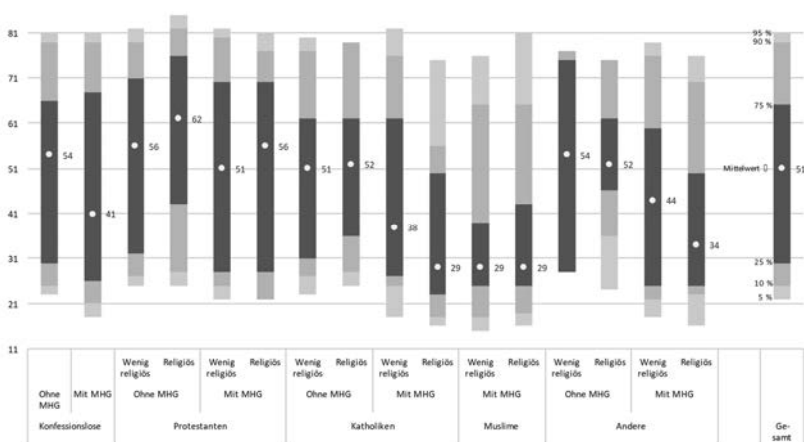


Abbildung 1: Sozioökonomischer Status im Elternhaus nach Religiosität und Migrationshintergrund (Quantile)<sup>9</sup>

Auf Basis von *Abbildung 1* lassen sich nun auch Aussagen über den Zusammenhang von individueller Religiosität und sozialem Hintergrund der Schüler treffen. So leben die religiösen protestantischen Kinder unabhängig vom Migrationshintergrund tendenziell in einem Elternhaus mit einem höheren sozialen Status als die wenig religiösen protestantischen Kinder. Bei den einheimischen Katholiken lassen sich solche Unterschiede hinsichtlich der Religiosität nicht feststellen; bei denjenigen mit Migrationshintergrund stammen die religiösen Schüler im Schnitt aus Elternhäusern mit einem geringeren sozialen Status. Bei den muslimischen Kindern lassen sich keinerlei Unterschiede zwischen religiösen und wenig religiösen Kindern ausmachen, diese leben vielmehr *unabhängig von ihrer Religiosität* in Familien mit einem geringen sozialen Status. Insgesamt vermittelt dieser Blick auf den sozialen Status der Schüler den Eindruck, dass – mit Ausnahme der Protestanten – Ungleichheiten hinsichtlich des sozialen Status weitgehend unabhängig vom Grad der Religiosität existieren.

<sup>9</sup> Höchster International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) beider Elternteile; ISEI-Werte von 11 bis 89, ein steigender ISEI zeigt einen höheren Status an; Gewichtet (ungewichtete Fallzahl  $n = 4.878$ ). Lesebeispiel: Im Mittel leben muslimische Schüler in Elternhäusern mit einer ISEI von 29 Punkten, 75 % leben in Elternhäusern mit einer ISEI von unter 41 Punkten. Quelle: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).



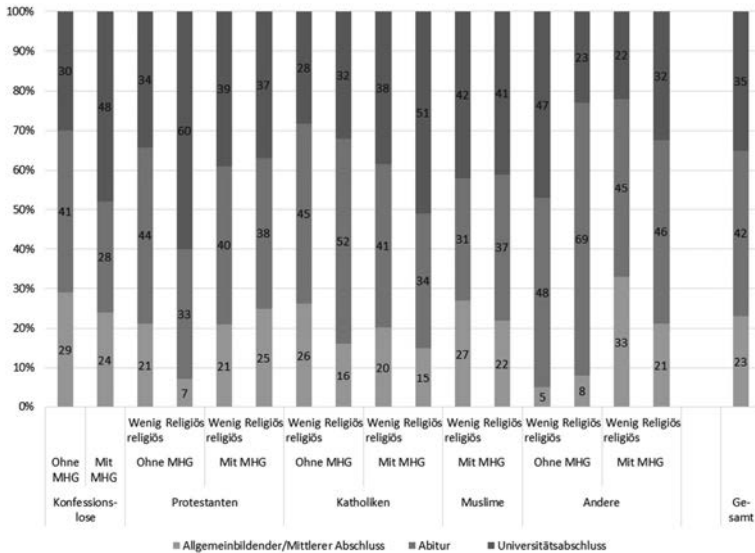


Abbildung 2: Bildungsaspiration der Schülerinnen und Schüler nach Religiosität und Migrationshintergrund (in Prozent)<sup>10</sup>

Um das auf *Max Weber* zurückgehende Argument zu untersuchen, dass die Bindung an eine bestimmte Religion über die entsprechenden religionsimmanenten bildungsbezogenen Ideologien das Leistungsstreben positiv beeinflussen kann, werden nun Unterschiede hinsichtlich der Bildungsaspiration zwischen den Konfessionen und zwischen religiösen und weniger religiösen Jugendlichen dargestellt (siehe *Abbildung 2*). Die Bildungsaspirationen der religiösen protestantischen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich hoch und übersteigen die aller anderen Gruppen. Ein solch positiver Zusammenhang von Religiosität und Bildungsaspiration findet sich tendenziell auch bei den Katholiken. Überdurchschnittlich hoch sind auch die Bildungsziele der Muslime und zwar unabhängig von ihrer Religiosität: Gut 40 % der muslimischen Neuntklässler wünschen sich einen Universitätsabschluss. Während muslimische Kinder also deutlich seltener Eltern mit einem hohen sozialen Status haben, weisen sowohl sie selbst als auch ihre Eltern ein überdurchschnittlich hohes Interesse an einem akademischen Bildungsabschluss auf.

10 Frage: „Wenn es nach deinen Wünschen geht, welchen höchsten Abschluss würdest du gerne einmal erreichen?“; Gewichtet (ungewichtete Fallzahl  $n = 4.854$ ). Quelle: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).

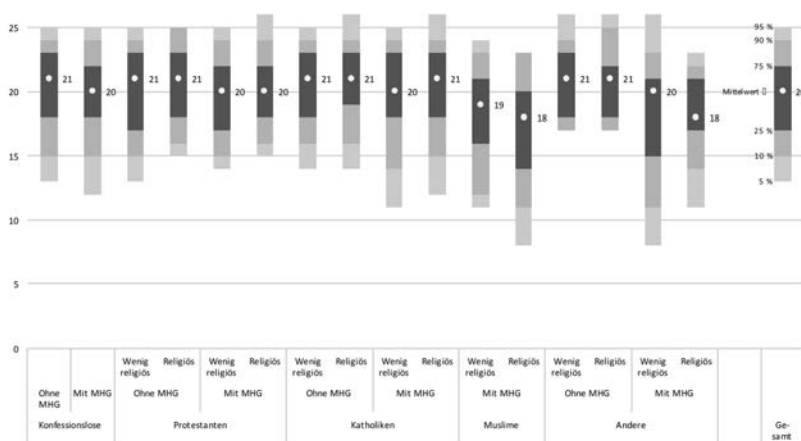


Abbildung 3: Kognitive Fähigkeiten nach Religiosität und Migrationshintergrund (Quantile)<sup>11</sup>

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung dieser hohen Bildungsziele spielen kognitive Kompetenzen sowie Sprachkenntnisse, die Lernprozesse oder den Wissenserwerb erleichtern und beschleunigen. Über die Erfassung der kognitiven Grundfähigkeiten wird in der Bildungsforschung versucht, ein Maß für die Begabung der Schüler zu erhalten, welches unabhängig von subjektiven Bewertungen der Lehrkräfte oder der Qualität des Unterrichts ist. Zum Einsatz gekommen ist im Rahmen der CILS4EU-Erhebung ein verbreiteter Test der kognitiven Fähigkeiten (CFT20R: Grundintelligenztest Skala 2, Revision; Weiß 2006; siehe CILS4EU 2016, S. 41), der als sprach- und kulturneutral gilt. Allerdings sollten die kognitiven Fähigkeiten nicht im Sinne von Intelligenzunterschieden verstanden werden, da sie beispielsweise durch die Förderung im Elternhaus, institutionelle Betreuungsangebote, das Gesundheitsverhalten oder die Quantität und Qualität der Beschulung beeinflusst werden (siehe Becker 2009; Ceci 1991). Blickt man zunächst nur auf konfessionelle und migrations-spezifische Unterschiede, so fallen diese insgesamt gering aus.

Die Abbildung verdeutlicht darüber hinaus, dass es innerhalb der jeweiligen Konfessionsgruppen kaum Unterschiede nach Religiosität gibt. Ausschließlich bei den beiden Gruppen, die insgesamt unterdurchschnittlich abschnitten, das heißt den Muslimen und den Angehörigen anderer nicht-christlicher

11 Anzahl der richtig beantworteten figuralen Aufgaben, Minimum: 0, Maximum: 27; gewichtet (ungewichtete Fallzahl  $n = 4.866$ ). *Lesebeispiel*: Religiöse muslimische Schüler haben im Mittel 18 Aufgaben richtig gelöst, 25 % von ihnen haben nicht mehr als 14 Aufgaben richtig gelöst, nur 25 % haben 20 oder mehr Aufgaben richtig lösen können.

Religionen, finden sich leichte Unterschiede in Abhängigkeit von der individuellen Religiosität: In beiden Gruppen haben die religiösen Schüler etwas geringere kognitive Grundkompetenzen als die weniger religiösen. Die Gründe für diese Unterschiede können mit den vorliegenden Daten allerdings nicht geklärt werden. Grundsätzlich kämen hier sowohl negative Folgen der Erziehung religiöser Schüler als auch Selektionseffekte bei der Zuwanderung religiöser Muslime – etwa nach Urbanisierungsgrad der Herkunftsregion – in Frage.

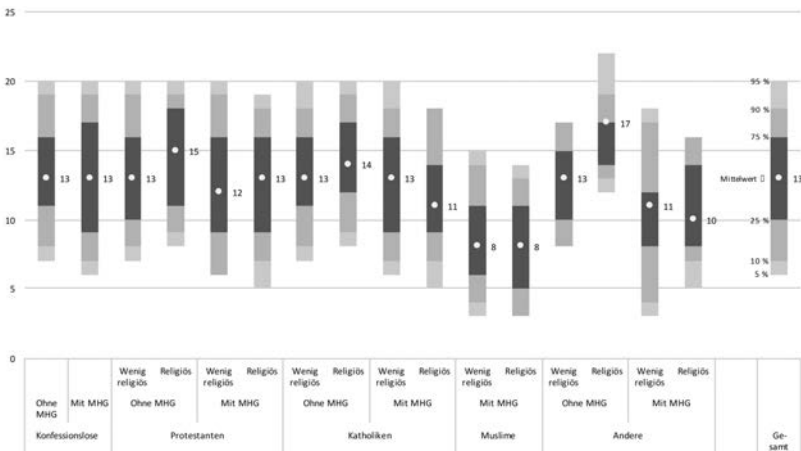


Abbildung 4: Ergebnisse im Test der deutschen Sprachkompetenz nach Religiosität und Migrationshintergrund (Quantile)<sup>12</sup>

Kenntnissen in der Unterrichtssprache kommt für den Erwerb fachlicher Kompetenzen eine Schlüsselrolle zu (siehe *Deutsches PISA-Konsortium* 2001). Im Rahmen von CILS4EU wurde die deutsche Sprachfähigkeit aller Schüler mit Hilfe eines standardisierten Wortschatztests gemessen, in dem zwischen null und 25 Punkte erzielt werden konnten (siehe *CILS4EU* 2016, S. 40).<sup>13</sup> In *Abbildung 4* sind hier die Quantile der Testergebnisverteilung ausgewiesen. Im Mittel haben die Schüler insgesamt 13 von 25 Aufgaben gelöst. Blickt man

12 Anzahl der richtig beantworteten Aufgaben, Minimum: 0, Maximum: 25; gewichtet (ungegewichtete Fallzahl  $n = 4.869$ ). *Lesbeispiel*: Wenig religiöse muslimische Schüler haben im Mittel 8 Aufgaben richtig gelöst, 95 % von ihnen haben weniger als 16 richtige Lösungen eingereicht, bei den religiösen Protestanten ohne MHG haben hingegen die besten 50 % mindestens 15 Aufgaben richtig gelöst. *Quelle*: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).

13 Eingesetzt wurde ein Untertest eines kognitiven Fähigkeitstest (KFT 5-12+ R, verbaler Untertest V1, vgl. *Heller/Perleth* (2000)).

zunächst nur auf konfessionelle Unterschiede, lassen sich bis auf eine Ausnahme keine ausgeprägten Disparitäten bei den Sprachkompetenzen feststellen. Allerdings haben die muslimischen Schüler im Mittel lediglich acht Aufgaben gelöst, dieser Wert liegt bei den anderen Gruppen – teils deutlich – höher.

Bei einigen Gruppen lassen sich tendenziell Unterschiede in der Sprachkompetenz nach individueller Religiosität feststellen. Dies gilt allerdings nicht für die Muslime, bei denen sich diesbezüglich keine Unterschiede zeigen. Religiöse und wenig religiöse weisen recht ähnliche Ergebnisse auf und konnten anders als die übrigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur gut ein Drittel der Aufgaben lösen.

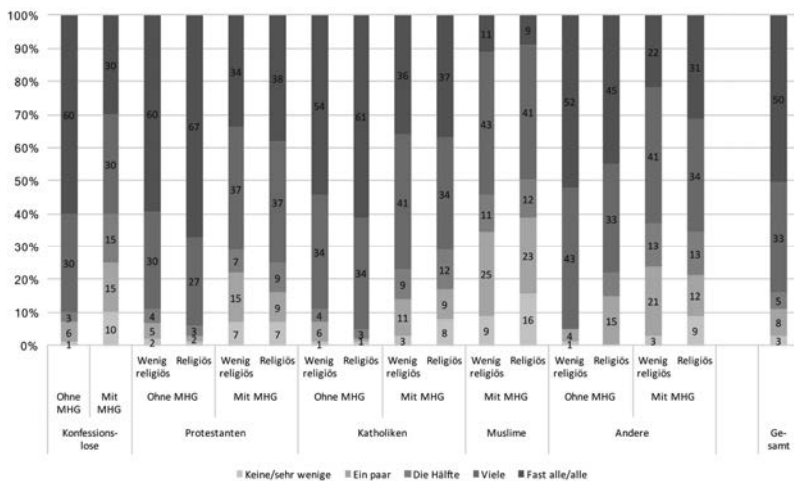


Abbildung 5: Anteil einheimischer Freunde nach persönlicher Religiosität (in Prozent)<sup>14</sup>

Die Auswertung der Frage zum Anteil einheimischer Freunde zeigt, dass Schüler mit Migrationshintergrund seltener Einheimische unter ihren Freunden haben als Mehrheitsangehörige und insbesondere Muslime deutlich häufiger keine oder nur sehr wenige Freundschaften zu Einheimischen pflegen (siehe *Abbildung 5*). Bei der Anzahl der Kontakte lässt sich insgesamt ein deutlicherer Zusammenhang mit der Religiosität erkennen. So haben bei den Protestanten sowie den Katholiken ohne Migrationshintergrund die religiösen Schüler mehr einheimische Freunde als die wenig religiösen. Bei den

14 Frage: „Wie viele deiner Freunde haben eine deutsche Herkunft?“; gewichtet (ungewichtete Fallzahl  $n = 4.724$ ). Quelle: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).

Muslimen ist der umgekehrte Zusammenhang zu beobachten, hier haben die religiösen Schüler etwas weniger einheimische Freunde, wenngleich auch hier nur eine Minderheit von 16 % angibt, keinerlei deutsche Freunde zu haben.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass Kinder mit Migrationshintergrund insofern benachteiligt sind, als sie beziehungsweise ihre Eltern im Schnitt über weniger bildungsrelevante Ressourcen verfügen und insofern ungünstigere Ausgangsbedingungen für ihre Bildungskarriere haben. Vor allem die Schüler muslimischen Glaubens stammen besonders häufig aus Familien mit unterdurchschnittlichem sozialen Status, niedrigerem Bildungsniveau und beherrschen (wohl auch deshalb) die deutsche Sprache weniger gut als andere Kinder mit Migrationshintergrund. In einem Bildungssystem wie dem deutschen, in dem der Bildungserfolg sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt, ist diese Ausgangssituation für die muslimischen Schüler daher ungünstig. Um vorschnelle Zuschreibungen auf „die Religion“ zu vermeiden, wurde im nächsten Schritt analysiert, ob sich *innerhalb* der Konfessionsgruppen Unterschiede zwischen religiösen und weniger religiösen Schülern finden lassen – auch diesbezüglich sind die Ergebnisse insgesamt recht eindeutig. Zwar ist das Interesse an Bildung bei den religiösen Muslimen sogar etwas stärker ausgeprägt als bei den wenig religiösen, es lässt sich allerdings auch eine schwache Tendenz hin zu einer geringeren sozialen Einbindung religiöser muslimischer Schüler im Vergleich zu wenig religiösen beobachten. Auch weisen religiöse muslimische Kinder etwas geringere kognitive Grundkompetenzen auf als weniger religiöse, allerdings sind diese Unterschiede sehr klein. Abschließend soll nun der schulische Bildungserfolg am Beispiel des Besuchs des Gymnasiums eingehender analysiert werden.

## 5. Konfessionszugehörigkeit, Religiosität und Bildungserfolg

Im Folgenden werden erneut die drei oben unterschiedenen Dimensionen von Religion und ihre Bedeutung für den Bildungserfolg berücksichtigt.

Die *erste Dimension* ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession an sich, die, wie oben argumentiert, Diskriminierungsprozesse auslösen könnte. Ein erklärungsbedürftiges Anzeichen für möglicherweise diskriminierungsbedingte religionsspezifische Nachteile läge dann vor, wenn hinsichtlich ihrer bildungsrelevanten Merkmale (zum Beispiel Sprachkenntnisse, kognitive Kompetenzen, sozialer Hintergrund) ähnliche Schüler verschiedener Konfessionszugehörigkeit unterschiedlich bildungserfolgreich sind, das heißt im Sinne der hier präsentierten Analyse unterschiedlich häufig das Gymnasium besuchen. Technisch wird dieser Vergleich mit Hilfe multivariater Regressionsmodelle durchgeführt, welche den Anteil der auf migrationspezifische oder soziale Unterschiede zurück-

zuführenden Disparitäten „herausrechnen“ und den potenziell verbleibenden Residualeffekt oder „Resteffekt“ freilegen.

Die *zweite Dimension* betrifft den Grad der individuellen Bindung an eine Religion. Die individuelle Religiosität wird hier über die Wichtigkeit, welche der Religion beigemessen wird, operationalisiert. Selbst wenn zwischen den Konfessionen keine oder nur geringe Unterschiede bestehen sollten, ist durchaus denkbar, dass sich innerhalb einer konfessionellen Gruppe Unterschiede feststellen lassen, die mit dem Ausmaß individueller Religiosität zusammenhängen. Dies könnte dann beispielsweise auf den Mechanismus einer konfessionsspezifischen Leistungsorientierung hindeuten, die zu Unterschieden zwischen religiösen und wenig religiösen Schülern führen könnte.

Bei der *dritten Dimension* handelt es sich um die religiöse Partizipation und damit um die Rolle religionsspezifischer sozialer Netzwerke für den Bildungserfolg. Religiöse Partizipation wird hier in Form der Häufigkeit des Besuchs religiöser Begegnungsstätten gemessen. Ein Hinweis für die Bedeutung religiöser Netzwerke läge dann vor, wenn Schüler, die sich besonders häufig in religiösen Begegnungsstätten aufhalten, erfolgreicher sind als diejenigen, die diese seltener oder nie aufsuchen.

In *Abbildung 6* sind die Anteile der Gymnasiasten nach Konfession und Migrationshintergrund unter Berücksichtigung verschiedener Merkmale dargestellt. Im ersten *Modell (M1)*, in dem lediglich das Alter sowie das Geschlecht der Schüler kontrolliert wird, zeigen sich deutliche Gruppenunterschiede in den Gymnasialquoten. So besuchen lediglich 19 % der muslimischen Schüler das Gymnasium, während es bei Protestanten und Katholiken mit Migrationshintergrund 44 % beziehungsweise 28 % sind.<sup>15</sup> Wird, wie dies in *M2* geschieht, der soziale Hintergrund der Schüler berücksichtigt, gehen die Nachteile der Muslime deutlich zurück. Der Abstand zwischen Protestanten mit Migrationshintergrund und Muslimen beträgt nun nicht mehr 25 sondern 14 Prozentpunkte. Werden schließlich auch die kognitiven sowie sprachlichen Fähigkeiten berücksichtigt, haben Muslime gegenüber Protestanten keinerlei Nachteile mehr. Im Vergleich zu Katholiken mit Migrationshintergrund sind die Muslime sogar im Vorteil; bei gleichem sozialen Hintergrund und gleichen kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten besuchen sie tendenziell etwas häufiger das Gymnasium. Dieser Befund ist allerdings statistisch nicht abgesichert (für einen ähnlichen Befund siehe aber *Kristen/Dollmann 2009*). Bei keiner anderen Gruppe leistet die soziale Benachteiligung einen so starken Erklärungsfaktor für die besuchte Schulform.

---

15 Der auffällig geringe Anteil an Katholiken, die das Gymnasium besuchen, kann verschiedene Ursachen haben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass zufällig vermehrt evangelisch geprägte Schulen in die Stichproben aufgenommen wurden. Darüber hinaus sind die Daten nur für 15 Bundesländer repräsentativ, da Bayern an der Befragung nicht teilgenommen hat.

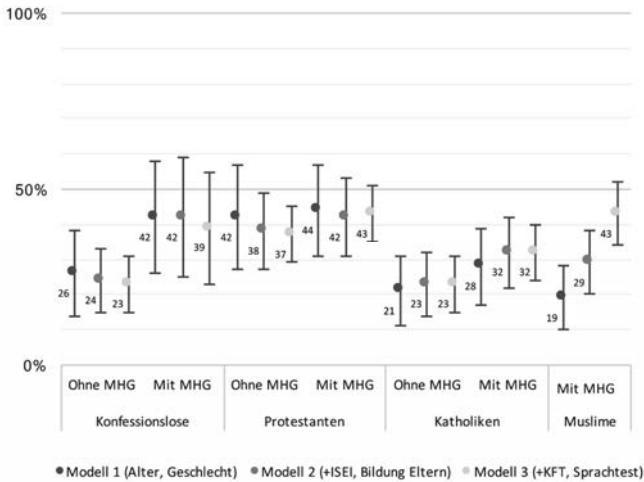


Abbildung 6: Besuch des Gymnasiums – Konfessionelle Unterschiede unter Kontrolle zentraler Einflussfaktoren<sup>16</sup>

Auch wenn konfessionelle Unterschiede in den Gymnasialquoten offenbar Kompetenzunterschiede zwischen den Gruppen widerspiegeln, bestehen möglicherweise *innerhalb* der Konfessionsgruppen Unterschiede zwischen weniger religiösen und religiösen Schülern. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen individueller Religiosität (siehe *Tabelle 2*) beziehungsweise der religiösen Partizipation (Besuch religiöser Begegnungsstätten siehe *Tabelle 3*) einerseits und dem Besuch des Gymnasiums andererseits zeigt, dass signifikante Zusammenhänge zwischen der Religiosität und dem Gymnasialbesuch ausnahmslos ein positives Vorzeichen haben. Die religiöseren Schüler besuchen somit im Vergleich zu wenig religiösen Schülern mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium. Der Grad der Religiosität ist dabei aber eher zweitrangig. Nur bei Protestanten und Muslimen lassen sich positive Zusammenhänge zwischen individueller Religiosität oder religiöser Partizipation und dem Besuch des Gymnasiums feststellen – auch nach Kontrolle des sozialen Hintergrunds und der kognitiven sowie sprachlichen Fähigkeiten. In den weiteren *Modellen 3* und *4* zeigt sich, dass die Effekte der Religiosität zumindest zu einem geringen Teil auf die höhere Bildungsaspiration der religiöseren

16 Vorhergesagte Anteile des Besuchs eines Gymnasiums im Anschluss an eine logistische Regression unter Kontrolle der angegebenen Variablen; gewichtet, robuste Standardfehler mit Berücksichtigung der Cluster, 5 % Konfidenzbänder.

Schüler zurückgeführt werden können. Sie verlieren vor allem dann an Stärke, wenn die individuelle und elterliche Bildungsaspiration berücksichtigt wird. In anderen Worten: Weil die Religiosität über die höheren Bildungsaspirationen wirkt, verliert sie bei direkter Berücksichtigung dieser Aspirationen in den Regressionsmodellen ihre Bedeutung.<sup>17</sup>

Etwas anders gelagert sind hingegen die Befunde für den Zusammenhang zwischen religiöser Partizipation, gemessen an der Häufigkeit der Besuche religiöser Begegnungsstätten und dem Gymnasialbesuch (vgl. *Tabelle 2*). Hier zeigen sich für die verschiedenen Konfessionen am ehesten positive Zusammenhänge zwischen einer moderaten religiösen Partizipation und dem Besuch eines Gymnasiums. Insgesamt sind die Befunde über die einzelnen Konfessionsgruppen hinweg aber sehr uneinheitlich und im Vergleich zur Bedeutung der Einflüsse von individuellen kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten sowie der Bildungsaspiration weniger bedeutend.

---

17 Hier aus Platzgründen nicht dargestellte Analysen zeigen ähnliche Zusammenhänge auch für die Häufigkeit des Betens als Indikator für individuelle Religiosität; dies gilt sowohl für die Deutschnoten als auch für die Mathematiknoten. Die Effekte des Betens sind etwas stärker als die der individuellen Bedeutung von Religion. Es finden sich über alle Gruppen hinweg keine oder ausschließlich positive Zusammenhänge. Die religiöseren Schüler – also diejenigen, die häufiger beten – sind dem zufolge erfolgreicher als weniger religiöse. Besonders stark sind diese Effekte wieder bei den einheimischen Protestanten und Katholiken, allerdings zeigen sich im Gegensatz zu den obigen Modellen zur Bedeutung von Religion nun auch bei den muslimischen Schülern positive Effekte einer moderaten Religiosität (vgl. *Diehl et al. (2017); Ohlendorf et al. (2017)*).



Tabelle 2: Besuchte Schulform und Bedeutung von Religion (Ergebnisse logistischer Regressionen, durchschnittliche Marginaleffekte)

AV: Besuch des Gymnasiums (=1)	Modell 1			Modell 2		
	Ohne MHG Pr.	Kath.	Pr.	Ohne MHG Pr.	Kath.	Mit MHG Kath.
<b>Wichtigkeit von Religion</b> Ref.: überhaupt nicht/wenig wichtig						
ziemlich wichtig	0,14 **	0,14 **	0,14 **	0,14 **	0,14 **	0,14 **
sehr wichtig	0,23 **	0,23 **	0,23 **	0,23 **	0,23 **	0,23 **
<b>Höchster Socio Economic Index (SEI) der Eltern (z-stand.)</b>	0,11 **	0,11 **	0,11 **	0,11 **	0,11 **	0,11 **
<b>Bildung der Eltern</b> Ref.: Kein Universitätsabschluss						
Universitätsabschluss	0,19 **	0,19 **	0,19 **	0,19 **	0,19 **	0,19 **
<b>Kognitiver Fähigkeitstest (1-27)</b>						
<b>Sprachtest (1-27)</b> Ref.: nur Deutsch						
Sprachverwendung zu Hause auch andere Sprache						
<b>Bildungsaspiration</b> Ref.: Kein Universitätsabschluss						
Universitätsabschluss						
<b>Leistungsstreben des Kindes:</b>						
Sehr viel Mühe für Schule (0-4)						
Leistungsstreben der Eltern: Ermutigen Kind hart für Schule zu arbeiten Ref.: nein						
ja						
<b>Bücher zu Hause (0-4)</b>						
Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (0-4)						
Einheimische Freunde (0-4)						
<b>Geschlecht (Ref.: Jungen)</b>						
Mädchen						
<b>n</b>	1.059	849	1.059	849	1.059	849

Anm.: Jeweils unter zusätzlicher Kontrolle des Alters, fehlenden Werten für die Anzahl der Bücher und dem Leistungsstreben der Eltern; gewichtet, robuste Standardfehler mit Berücksichtigung der Cluster, \*\* p<0,05, \* p<0,1. Quelle: GLS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).

Tabelle 2 forts.: Besuchte Schulform und Bedeutung von Religion (Ergebnisse logistischer Regressionen, durchschnittliche Marginaleffekte)

AV: Besuch des Gymnasiums (=1)	Modell 3			Modell 4		
	Ohne MHG Pr.	Mit MHG Kath.	Muslime	Ohne MHG Pr.	Mit MHG Kath.	Muslime
<b>Wichtigkeit von Religion</b> Ref.: überaupt nicht/sehr wichtig						
ziemlich wichtig	0,04	0,01	0,07	0,04	0,01	0,03
sehr wichtig	0,14 **	-0,13 **	0,08 **	0,14 **	-0,12 **	0,03
<b>Höchster Socio Economic Index (ISEI) der Eltern (z-stand.)</b>						
Bildung der Eltern	0,04 **	0,06 **	0,03	0,04 **	0,06 **	0,03
Ref.: Kein Universitätsabschluss						
<b>Kognitiver Fähigkeitstest (1-27)</b>						
Universitätsabschluss	0,08 **	0,07	0,04	0,08 *	0,08	0,04
Sprachtest (1-27)	0,03 **	0,02 **	0,01 **	0,03 **	0,02 **	0,01 **
Ref.: nur Deutsch	0,02 **	0,02 **	0,02 **	0,02 **	0,02 **	0,02 **
<b>Sprachverwendung zu Hause</b>						
auch andere Sprache	0,03	-0,06	0,01	0,02	-0,05	0,01
<b>Bildungsaspiration</b>						
Ref.: Kein Universitätsabschluss						
Universitätsabschluss	0,24 **	0,19 **	0,11 **	0,25 **	0,19 **	0,11 **
<b>Leistungsstreben des Kindes:</b>						
Sehr viel Mühe für Schule (0-4)	-0,03	* -0,01	0,01	-0,03	* -0,01	0,01
<b>Leistungsstreben der Eltern:</b>						
Ermutigen Kind hart für Schule zu arbeiten						
ja	0,02	-0,03	0,01	0,02	-0,03	0,02
<b>Bücher zu Hause (0-4)</b>						
Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (0-4)	0,02	0,00	0,06 **	0,02	0,00	0,06 **
<b>Einheimische Freunde (0-4)</b>						
Geschlecht (Ref.: Jungen)	0,04 *	-0,02	0,07 *	0,01	-0,00	-0,01
Mädchen	1,059	849	870	1,059	849	870
<b>n</b>	1,059	849	870	1,059	849	870

Tabelle 3: Besuchte Schulform und Besuch religiöser Begegnungsstätten (Ergebnisse logistischer Regressionen, durchschnittliche Marginaleffekte)

AV: Besuch des Gymnasiums (=1)	Modell 1				Modell 2			
	Ohne MHG		Mit MHG		Ohne MHG		Mit MHG	
	Pr.	Kath.	Pr.	Muslime	Pr.	Kath.	Pr.	Muslime
<b>Häufigkeit Besuch religiöser Begegnungsstätte (Ref.: nie)</b>								
Gelegentlich	0,10	0,04	0,05	0,15**	0,02	0,04	-0,02	0,13**
mind. einmal im Monat	0,17**	0,08	0,15	-0,01	0,08	0,05	0,14	0,02
mind. einmal in der Woche	0,12	-0,03	0,13	0,03	0,10	-0,01	0,05	0,08*
<b>Höchster Socio Economic Index (ISEI) der Eltern (z-stand.)</b>	0,12**	0,09**	0,15**	0,08**	0,04*	0,07**	0,07**	0,05**
<b>Bildung der Eltern (Ref.: Kein Abschluss)</b>								
Universitätsabschluss	0,19**	0,22**	-0,00	0,08	0,16**	0,15**	0,03	0,05
<b>Kognitiver Fähigkeitstest (1-27)</b>								
Sprachtest (1-27)					0,03**	0,02**	0,03**	0,02**
<b>Sprachverwendung zu Hause (Ref.: nur Deutsch)</b>					0,03**	0,02**	0,04**	0,02**
auch andere Sprache								
<b>Bildungsaspiration (Ref.: Kein Universitätsabschluss)</b>								
Universitätsabschluss								
<b>Leistungsstreben des Kindes: Sehr viel Mühe für Schule (0-4)</b>								
<b>Leistungsstreben der Eltern: Ermutigen Kind hart für Schule zu arbeiten (Ref.: nein)</b>								
Ja								
<b>Bücher zu Hause (0-4)</b>								
<b>Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (0-4)</b>								
<b>Einheimische Freunde (0-4)</b>								
<b>Geschlecht (Ref.: Jungen)</b>								
Mädchen	-0,00	-0,02	0,08	0,07	0,06*	-0,01	0,07	0,11**
<b>n</b>	1.040	837	265	848	1.040	837	265	848

Anm.: Jeweils unter zusätzlicher Kontrolle des Alters, fehlenden Werten für die Anzahl der Bücher und dem Leistungsstreben der Eltern, gewichtet, robuste Standardfehler mit Berücksichtigung der Cluster, \*\* p<0,05, \* p<0,1. Quelle: CILS4EU (eigene Darstellung und Berechnung).

Tabelle 3 fort.: Besuche Schulform und Besuch religiöser Begegnungsstätten (Ergebnisse logistischer Regressionen, durchschnittliche Marginaleffekte)

AV: Besuch des Gymnasiums (=1)	Modell 3				Modell 4			
	Ohne MHG		Mit MHG		Ohne MHG		Mit MHG	
	Pr.	Kath.	Pr.	Muslime	Pr.	Kath.	Pr.	Muslime
Häufigkeit Besuch religiöser Begegnungsstätte (Ref.: nie)								
Gelegentlich	0,02	0,04	0,02	0,07	0,02	0,04	-0,00	0,07
mind. einmal im Monat	0,01	0,05	0,17 **	-0,00	0,01	0,06	0,15 **	-0,00
mind. einmal in der Woche	0,06	-0,02	-0,00	0,01	0,06	-0,00	-0,01	0,01
Höchster Socio Economic Index (ISEI) der Eltern (z-stand.)	0,05 **	0,06 **	0,06 **	0,04 *	0,05 **	0,06 **	0,04 *	0,03
Bildung der Eltern (Ref.: Kein Abschluss)								
Universitätsabschluss	0,08 *	0,07	-0,03	0,04	0,07 *	0,09	-0,03	0,05
Kognitiver Fähigkeitstest (1-27)	0,03 **	0,02 **	0,02 **	0,01 **	0,03 **	0,02 **	0,02 **	0,01
Sprachtest (1-27)	0,02 **	0,02 **	0,02 **	0,01 **	0,02 **	0,02 **	0,02 **	0,01
Sprachverwendung zu Hause (Ref.: nur Deutsch)								
auch andere Sprache	0,02	-0,05	-0,02	0,04	0,01	-0,05	-0,01	0,03
Bildungsaspiration (Ref.: Kein Universitätsabschluss)								
Universitätsabschluss	0,25 **	0,18 **	0,17 **	0,11 **	0,25 **	0,18 **	0,17 **	0,11
Leistungsstreben des Kindes: Sehr viel Mühe für Schule (0-4)	-0,03	-0,01	-0,03 *	0,01	-0,03	-0,02	-0,03	0,02
Leistungsstreben der Eltern: Ermutigen Kind hart für Schule zu arbeiten (Ref.: nein)								
Ja	0,02	-0,03	-0,03	0,02	0,01	-0,04	-0,03	0,02
Bücher zu Hause (0-4)	0,03 *	0,00	0,05 **	0,05 **	0,03 *	0,00	0,05 **	0,06
Kontakt zu Einheimischen in der Nachbarschaft (0-4)					0,02 *	0,02	0,03 *	-0,01
Einheimische Freunde (0-4)								
Geschlecht (Ref.: Jungen)								
Mädchen	0,05 *	-0,02	0,07	0,07 *	0,05 *	-0,02	0,07	0,06
n	1.040	837	265	848	1.040	837	265	848

## 6. Fazit: Religion und Bildungserfolg

„Der“ Islam wird häufig als potenzielle Barriere für einen erfolgreichen Bildungsvorlauf betrachtet. Unsere Analyse hat auf eine in der Religionssoziologie übliche Differenzierung verschiedener Dimensionen von Religion zurückgegriffen. Diese wurden mit migrations- und bildungssoziologischen Theorien verknüpft, um drei Mechanismen herzuleiten, die zu religionspezifischen Unterschieden im Bildungserfolg führen können. So kann *erstens* die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft zu Exklusionsprozessen führen, etwa weil Angehörige einer bestimmten Religion institutionellen oder individuellen, intendierten oder nicht-intendierten Diskriminierungsprozessen ausgesetzt sind. *Zweitens* kann der Grad der individuellen Religiosität mit unterschiedlichem Erfolg im Bildungssystem einhergehen. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn religionspezifische Einstellungen gegenüber Bildung existieren und besonders Gläubige eine höhere Leistungsorientierung entwickeln. *Drittens* kann aber auch die religiöse Partizipation mit der Einbindung in soziale Netzwerke einhergehen, die sich auf den Bildungserfolg auswirken. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn die Mitglieder religiöser Gemeinden eine Vorbildfunktion einnehmen oder die entsprechenden Vereinigungen bildungsnahe Freizeitaktivitäten anbieten.

Was den Zusammenhang von Religion und Bildungserfolg betrifft, so hat die deskriptive Analyse wichtige Erkenntnisse geliefert. Es bestätigte sich der bekannte Befund, dass Kinder mit Migrationshintergrund insofern benachteiligt sind, als sie beziehungsweise ihre Eltern im Schnitt über geringere (aufnahmelandspezifische) Ressourcen verfügen und ihre Startbedingungen im Bildungsprozess insofern ungünstiger sind. Dies ist für konfessionsspezifische Muster deshalb relevant, weil aus migrationshistorischen Gründen insbesondere Muslime von dieser Unterausstattung mit entsprechenden Ressourcen betroffen sind. Schüler muslimischen Glaubens kommen deutlich häufiger aus Familien mit unterdurchschnittlichem sozialen Status und niedrigerem Bildungsniveau und beherrschen (wohl auch deshalb) die deutsche Sprache weniger gut als andere Kinder mit Migrationshintergrund. Im sozial sehr selektiven deutschen Bildungssystem ist dies eine ungünstige Ausgangssituation für die muslimischen Schüler, die sich auch auf deren Bildungserfolg auswirkt. Es bestätigte sich zudem, dass Migranten und ihre Nachkommen eine durchaus hohe Leistungsmotivation und vor allem eine ausgeprägte Bildungsaspiration aufweisen. Dies gilt insbesondere für Muslime.

In Bezug auf etwaige religiositätsspezifische Unterschiede zeigen die Ergebnisse, dass die individuelle Stärke des religiösen Glaubens nicht mit substantiellen Ungleichheiten hinsichtlich der Ausstattung mit bildungsrelevanten Ressourcen oder Verhaltensweisen einhergeht. Auch bei den Muslimen zeigen sich keine

deutlichen Unterschiede zwischen wenig religiösen und religiösen Schülern. Das Interesse an Bildung ist bei religiösen Muslimen sogar etwas stärker ausgeprägt als bei den weniger religiösen und auch teilweise größer als die Motivation von Kindern ohne Migrationshintergrund. Auffällig sind allerdings die etwas geringeren interethnischen sozialen Bindungen religiöser muslimischer Schüler im Vergleich zu wenig religiösen. Zudem schneiden bei den religiösen Muslimen die schwächsten Schüler im Kompetenztest besonders schlecht ab.

Bezüglich des Besuchs des Gymnasiums fanden sich ebenfalls keine Hinweise für eine Benachteiligung bestimmter Konfessionsgruppen. Muslimische Schüler haben ähnlich hohe oder sogar bessere Chancen auf den Besuch eines Gymnasiums als christliche, sofern der jeweiligen Ressourcenausstattung Rechnung getragen wird. Wenig spricht also dafür, dass, wie manchmal unterstellt, Muslime – seien sie wenig religiös oder religiös – dem Gymnasium freiwillig fern blieben oder von ihm fern gehalten würden. Auch geschlechtsspezifisch gibt es hier keine auffälligen Ungleichheiten.

Insgesamt zeigt die Studie, dass sich mit wenigen Ausnahmen kaum Evidenzen für einen bedeutenden Einfluss von Konfession oder Religiosität auf den Bildungserfolg von Schülern in Deutschland finden lassen. Weder liefert sie belastbare Evidenzen dafür, dass individuelle Religiosität und religiöse Partizipation dem Bildungserfolg abträglich wären, noch gibt sie Hinweise darauf, dass nicht-christliche, insbesondere muslimische, Schüler systematisch diskriminiert würden. Entscheidend sind für den Bildungserfolg vielmehr die aus der Bildungs- und Migrationssoziologie bekannten Faktoren von sozioökonomischem Status des Elternhauses sowie sprachlichen und kognitiven Kompetenzen. Bei keiner anderen Gruppe reduzieren sich die Ausgangsnachteile im Bereich des Schulbesuchs derart stark, wenn ihre nachteilige Ausstattung mit bildungsrelevanten Ressourcen berücksichtigt wird, wie bei den Muslimen. Dieser Befund ist gesellschaftspolitisch in doppelter Hinsicht von Relevanz. *Erstens* legt er nahe, das schlechtere Abschneiden einzelner Konfessionsgruppen im deutschen Bildungssystem stärker mit deren nachteiliger Ressourcenausstattung als mit genuin religiösen Faktoren zu erklären. Gerade muslimische Familien verfügen aus migrationshistorischen Gründen tendenziell über weniger bildungsrelevante Ressourcen. Den geringeren Bildungserfolg muslimischer Kinder ihrer islamischen Religiosität zuzuschreiben, ist daher eine Fehlinterpretation, die öffentliche Stereotype über „den“ Islam reproduziert. Eine Fehlwahrnehmung wäre es *zweitens* aber auch, wenn man die Bildungsbenachteiligung muslimischer Kinder primär mit Diskriminierungsprozessen an deutschen Schulen erklären wollte. Beide Missverständnisse in der gesellschaftspolitischen Debatte um Religion und Bildung aufzuklären, war ein wichtiges Anliegen des vorliegenden Beitrags.

## Literatur

- Adida, C.L./Laitin, D./Valfort, M.-A.* (2016): Why Muslim Integration Fails in Christian-Heritage Societies. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Alba, R.D.* (2005): Bright vs. Blurred Boundaries. Second-Generation Assimilation and Exclusion in France, Germany, and the United States. *Ethnic and Racial Studies*, 28, S. 20-49.
- Alba, R.D./Handl, J./Müller, W.* (1994): Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46, S. 209-237.
- Alba, R.D./Nee, V.* (2003): Remaking the American Mainstream: Assimilation and Contemporary Immigration. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Alexander, K./Schofield, J.W.* (2006): Stereotype Threat: Wie Reaktionen von SchülerInnen auf wahrgenommene negative Stereotype ihre Leistungen beeinträchtigen. In: Schofield, J.W. (Hg.): Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Berlin: Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, S. 15-45.
- Arrow, K.J.* (1973): The Theory of Discrimination. In: Ashenfelter, O./Rees, A. (Hg.): Discrimination in Labor Markets. Princeton: Princeton University Press, S. 3-33.
- Bankston, C.L./Zhou, M.* (1998): Growing up American: How Vietnamese Children Adapt to Life in the United States. New York: Russel Sage Foundation.
- Barrett, B.* (2010): Religion and Habitus: Exploring the Relationship Between Religious Involvement and Educational Outcomes and Orientations Among Urban African American Students. *Urban Education*, 45, S. 448-479.
- Becker, B.* (2010): Bildungsaspirationen von Migranten. Determinanten und Umsetzung in Bildungsergebnisse. MZES Working Paper Nr. 137. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Becker, B./Klein, O./Biedinger, N.* (2013): The Development of Cognitive, Language, and Cultural Skills From Age 3 to 6. A Comparison Between Children of Turkish Origin and Children of Native-Born German Parents and the Role of Immigrant Parents' Acculturation to the Receiving Society. *American Educational Research Journal*, 50, S. 616-649.
- Becker, G.S.* (1957) [1971]: The Economics of Discrimination. Chicago: University of Chicago Press.
- Becker, M.* (2009): Kognitive Leistungsentwicklung in differenziellen Lernumwelten: Effekte des gegliederten Sekundarschulsystems in Deutschland. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Becker, R.* (2011): Entstehung und Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. In: Becker, R. (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 87-138.
- Boudon, R.* (1974): Basic Mechanisms Generating Inequality of Educational Opportunity. In: Boudon, R. (Hg.): Education, Opportunity, and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society. New York: John Wiley, S. 20-39.
- Bourdieu, P.* (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2. Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Breen, R./Luijkx, R./Müller, W./Pollak, R.* (2012): Bildungsdisparitäten nach sozialer Herkunft und Geschlecht im Wandel. In: Becker, R./Solga, H. (Hg.): Soziologische Bildungsforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 52. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 346-373.

- Breton, R. (2012): *Different Gods: Integrating Non-Christian Minorities Into a Primarily Christian Society*. Montreal: McGill-Queen's University Press.
- Bruce, S. (2011): *Secularization. In Defence of an Unfashionable Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Ceci, S.J. (1991): How Much Does Schooling Influence General Intelligence and Its Cognitive Components? A Reassessment of the Evidence. *Developmental Psychology*, 27, S. 703-722.
- Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries* (2016): *Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries*. Technical Report. Wave 1 – 2010/2011, v1.2.0. Mannheim: Mannheim University.
- Connor, P. (2014): *Immigrant Faith. Patterns of Immigrant Religion in the United States, Canada, and Western Europe*. New York: New York University Press.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) (2001): *PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Diefenbach, H. (2010): *Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Diehl, C./Fick, P. (2016): *Ethnische Diskriminierung im deutschen Bildungssystem*. In: Diehl, C./Hunkler, C./Kristen, C. (Hg.): *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf. Mechanismen, Befunde, Debatten*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 243-286.
- Diehl, C./Hunkler, C./Kristen, C. (Hg.) (2016): *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Diehl, C./Fick, P./Koenig, M. (2017): *Religiosität und Bildungserfolg. Analysen mit dem deutschen CILS4EU-Datensatz*, in: [https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3Publikationen/2017/Okttober/PN\\_14-110\\_HstReKuRe\\_Langfassung.pdf](https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3Publikationen/2017/Okttober/PN_14-110_HstReKuRe_Langfassung.pdf) [letzter Aufruf 02.05.2018].
- Ditton, H./Krüskens, J./Schauenburg, M. (2005): *Bildungsungleichheit – Der Beitrag von Familie und Schule*. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 8, S. 285-304.
- Dollmann, J. (2010): *Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dollmann, J./Jacob, K. (2016): *CILS4EU-Datensatz (Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries)*. In: Maehler, D.B./Brinkmann, H.U. (Hg.): *Methoden der Migrationsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 365-381.
- Fagan, P. (2010): *Religious Practice and Educational Attainment*. Washington, DC: Family Research Council.
- Foner, N./Alba, R.D. (2008): *Immigrant Religion in the U.S. and Western Europe: Bridge or Barrier to Inclusion?* *International Migration Review*, 42, S. 360-392.
- Ganzeboom, H.B.G./De Graaf, P.M./Treiman, D.J. (1992): *A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status*. *Social Science Research*, 21, S. 1-56.
- Glock, C. (1962): *On the Study of Religious Commitment*. *Religious Education*, 57, S. 98-110.
- Gomolla, M./Radtke, F.-O. (2007): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Opladen: Leske + Budrich.
- Heller, K.A./Perleth, C. (2000): *Kognitiver Fähigkeits-Test (Revision) für 5.-12. Klassen (KFT 5-12+ R)*. Göttingen: Beltz-Testgesellschaft.
- Herberg, W. (1955): *Protestant, Catholic, Jew: An Essay in American Religious Sociology*. Garden City, NY: Doubleday.



- Hirschman, C. (2004): The Role of Religion in the Origins and Adaptation of Immigrant Groups in the United States. *International Migration Review*, 38, S. 1206-1233.
- Jeynes, W.H. (2003): The Effects of Religious Commitment on the Academic Achievement of Urban and Other Children. *Education and Urban Society*, 36, S. 44-62.
- Johnson, M.C./Morris, R.G. (2008): The Moderating Effects of Religiosity on the Relationship between Stressful Life Events and Delinquent Behavior. *Journal of Criminal Justice*, 36, S. 486-494.
- Kalter, F. (2006): Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. *Zeitschrift für Soziologie*, 35, S. 144-160.
- Kalter, F./Heath, A.F./Hewstone, M./Jonsson, J.O./Kalmijn, M./Kogan, I./van Tubergen, F. (2016a): Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries (CILS4EU) – Reduced version. Reduced data file for download and off-site use. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5656 Data file Version 1.2.0, doi:10.4232/cils4eu.5656.1.2.0.
- Kalter, F./Heath, A.F./Hewstone, M./Jonsson, J.O./Kalmijn, M./Kogan, I./van Tubergen, F. (2016b): Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries (CILS4EU) – Reduced version. Reduced data file for download and off-site use. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5656 Data file Version 3.1.0, doi:10.4232/cils4eu.5656.3.1.0.
- Kalter, F./Kruse, H. (2015): Ethnic Diversity, Homophily, and Network Cohesion in European Classrooms. In: Koopmans, R./Lancee, B./Schaeffer, M. (Hg.): *Social Cohesion and Immigration in Europe and North America. Mechanisms, Conditions, and Causality*. New York: Routledge, S. 187-207.
- Koenig, M./Wolf, C. (2013): Religion und Gesellschaft. Aktuelle Perspektiven. Sonderheft 53 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 1-23.
- Kramer, R.-T./Helsper, W. (2010): Kulturelle Passung und Bildungsungleichheiten. Potenziale einer an Bourdieu orientierten Analyse der Bildungsungleichheit. In: Krüger, H.-H./Rabe-Kleberg, U./Kramer, R.-T./Budde, J. (Hg.): *Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103-125.
- Kristen, C. (1999): Bildungsentscheidungen und Bildungsungleichheiten - ein Überblick über den Forschungsstand. MZES Working Paper Nr. 5. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Kristen, C./Dollmann, J. (2009): Sekundäre Effekte der ethnischen Herkunft: Kinder aus türkischen Familien am ersten Bildungsübergang. In: Baumert, J./Maaz, K./Trautwein, U. (Hg.): *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft – Bildungsentscheidungen in differenzierten Schulsystemen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205-229.
- Kryten, C./Granato, N. (2007): The Educational Attainment of the Second Generation in Germany: Social Origins and Ethnic Inequality. *Ethnicities*, 7, S. 343-366.
- Lorenz, G./Gentrup, S./Kristen, C./Stanat, P./Kogan, I. (2016): Stereotype bei Lehrkräften? Eine Untersuchung systematisch verzerrter Lehrererwartungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 68, S. 89-111.
- Maaz, K./Baeriswyl, F./Trautwein, U. (2011): Herkunft zensiert? Leistungsdiagnostik und soziale Ungleichheiten in der Schule. Düsseldorf: Vodafone Stiftung.
- Mayrl, D./Oeur, F. (2009): Religion and Higher Education: Current Knowledge and Directions for Future Research. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 48, S. 260-275.

- Nauck, B./Diefenbach, H./Petri, K. (1998): Intergenerationale Transmission von kulturellem Kapital unter Migrationsbedingungen: Zum Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Deutschland. *Zeitschrift für Pädagogik*, 44, S. 701-722.
- Ohlendorf, D./Diehl, C./Koenig, M. (2017): Religion und Bildungserfolg im Migrationskontext – Theoretische Argumente, empirische Befunde und offene Fragen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69 (4), S. 561-591.
- Pickel, G. (2011): *Religionssoziologie. Eine Einführung in zentrale Themenbereiche*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Portes, A./Rumbaut, R.G. (1996): *Immigrant America. A Portrait*. Berkeley: University of California Press.
- Regnerus, M.D./Elder, G.H. (2003): Staying on Track in School: Religious Influences in High- and Low-Risk Settings. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 42, S. 633-649.
- Rumbaut, R.G. (2001): Assimilation of Immigrants. In: Smelser, N.J./Baltes, P.B. (Hg.): *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*. New York: Elsevier, S. 845-849.
- Schneider, T./Dohrmann, J. (2015): Religion und Bildungserfolg in Westdeutschland unter besonderer Berücksichtigung von Diasporaeffekten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67, S. 293-320.
- Smith, C. (2003): Theorizing Religious Effects Among American Adolescents. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 42, S. 17-30.
- Statistisches Bundesamt (2015): Fachserie 1, Reihe 2.2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Steinbach, A./Nauck, B. (2004): Intergenerationale Transmission von kulturellem Kapital in Migrantenfamilien. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 7, S. 20-32.
- van Tubergen, F./Mentjox, T. (2014): Minority Language Proficiency of Adolescent Immigrant Children in England, Germany, the Netherlands, and Sweden. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66, S. 241-262.
- Voas, D. (2008): The Rise and Fall of Fuzzy Fidelity in Europe. *European Sociological Review*, 25, S. 155-168.
- Walter, O. (2010): Kompetenzen und Lernmotivation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Spiel, C./Schober, B./Wagner, P./Reimann, R. (Hg.): *Bildungspsychologie*. Göttingen: Hogrefe, S. 136-139.
- Warner, S.R. (2007): The Role of Religion in the Process of Segmented Assimilation. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 612, S. 102-115.
- Weber, M. (1993): *Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus*. Textausgabe. Bodenheim: Athenäum Hain Hanstein.
- Weiß, R.H. (2006): CFT-20R. Grundintelligenzskala 2 – Revision. Göttingen: Hogrefe
- Wimmer, A. (2008): The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries. *American Journal of Sociology*, 113, S. 970-1022.
- Zhou, M. (1997): Segmented Assimilation: Issues, Controversies and Recent Research on the New Second Generation. *International Migration Review*, 31, S. 975-1008.
- Zolberg, A.R./Woon, L.L. (1999): Why Islam is like Spanish. *Cultural Incorporation in Europe and the United States. Politics & Society*, 27, S. 5-38.

# Menschenfeindliche Vorurteile im Kontext von Radikalisierungsdynamiken und rechtsextremer Handlungen<sup>1</sup>

*Andreas Zick und Beate Küpper*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Beobachtungen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und Radikalisierung
3. Menschenfeindliche Vorurteile als Grundlage und Scharnier
4. Menschenfeindlichkeit und radikalisierte Weltansichten
  - 4.1 Rechtspopulistische Orientierungen
  - 4.2 Rechtsextreme Orientierungen
  - 4.3 Neurechte Orientierungen
  - 4.4 Zusammenhänge zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewaltintentionen.
  - 4.5 Anfälligkeit für extremistische Orientierungen
5. Hinwendung und Abwendung im Radikalisierungsprozess

## 1. Einleitung

Menschenfeindliche Vorurteile und Stereotype sind in der Bevölkerung weit verbreitet. In der Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) und einigen anderen Studien wird dies empirisch seit einiger Zeit nachgezeichnet. Solche vorurteilsvollen Einstellungen sind kriminologisch betrachtet wenig relevant, weil sie zunächst zwar als anti-demokratisch, nicht jedoch als extremistisch eingestuft werden, es sei denn, sie berühren das Recht. Die Forschung zu dem Konzept eines GMF-Syndroms verweist allerdings auf eine enge Beziehung zwischen menschenfeindlichen Einstellungen und radikalen oder extremistischen Orientierungen bis hin zu einer Affinität zu Gewalt. Empirisch bestätigt sich als Kern von menschenfeindlichen Vorurteilen eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Gruppen, die auch in rechtsextremen, rechtspopulistischen und neurechten Ideologien zentral und prägend ist. Menschenfeindliche Vorurteile können also ein Scharnier für extremistische Überzeugungen und Gewalt sein sowie ein wesentliches Instrument für die Radikalisierung. Der Beitrag zeigt auf

---

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde auch in der MschrKrim 2018, Heft 2 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

der Grundlage von empirischen Befunden aus der *Mitte-Studie* der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES-Mitte-Studie, siehe Zick/Klein 2014; Zick et al. 2016) die Wechselwirkungen zwischen menschenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen sowie der Akzeptanz von Gewalt auf und ordnet Befunde der Vorurteilsforschung in den Kontext des Verständnisses von Radikalisierungsphänomenen ein. Die *FES-Mitte-Studie* erlaubt neben dem Monitoring rechtsextremer Einstellungen darüber hinaus die Fortführung der Beobachtung menschenfeindlicher Vorurteile, wie sie in der Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (Heitmeyer 2002-2011) ebenfalls am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld durchgeführt wurde. Die Surveys erlauben eine zuverlässige Dokumentation von Einstellungsbeständen, die sowohl emotionale als auch kognitive wie konative Dimensionen umfassen. Sie unterliegen den Restriktionen eines solchen Forschungsansatzes, das heißt sie erlauben keine Aussagen über manifeste Verhaltensweisen, wohl aber über Handlungsintentionen. Sie erlauben zudem eine Prüfung unterschiedlicher Facetten der Überzeugungen sowie eine Prüfung von Zusammenhängen zu möglichen Ursachen für menschenfeindliche Meinungen.

## 2. Beobachtungen zu einer gesellschaftlichen Polarisierung und Radikalisierung

Viele Beobachtungen sprechen dafür, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft in zentralen Fragen des Zusammenhaltes, der Akzeptanz und der Integration von gesellschaftlichen Minderheiten in die Gesellschaft offener, toleranter und liberaler geworden ist. Zugleich und damit einhergehend ist sie aber in diesen Fragen so polarisiert und in weiten Teilen gespalten wie kaum zuvor in der Nachkriegszeit mit einer radikalisierten Minderheit, die sich deutlich gegen eine Modernisierung positioniert. Ablesbar ist dies an der Verbreitung antidemokratischer und menschenfeindlicher Einstellungen, nicht zuletzt auch verbunden mit der Akzeptanz von Gewalt gegenüber Minderheiten. In den Bundestag ist mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Partei eingezogen, die auf der Grundlage eines Leitbildes einer exklusiven nationalen Identität, in Teilen auch unterfüttert mit mal mehr mal weniger offener Gewaltandrohung, mit rechtspopulistischen Kampagnen und einer feindseligen Haltung gegen Zuwanderer sowie politische Eliten, Stimmen gewinnen konnte und immer wieder in die Schlagzeilen gerät (vgl. zum Beispiel Häusler 2016; Quent 2017). Die Kundgebungen in Chemnitz am 26. und 27. August 2018, bei denen sich auch vermeintlich unbescholtene Bürger an die Seite von erkennbaren und bekannten rechtsextrem orientierten Personen und Gruppen

stellten und an denen sich auch führende Funktionäre<sup>2</sup> der AfD beteiligten, können nicht als Ad-hoc-Radikalisierungen verstanden werden.

Die aktuellen Daten des Verfassungsschutzes für das Jahr 2016 verweisen auf einen deutlichen Anstieg der Gefahren durch rechtsextrem orientierte Personen und Gruppen im Vergleich zu den Vorjahren. So wurden für das Jahr 2016 23.555 Straftaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ festgestellt, für das Jahr 2017 war dagegen ein Rückgang auf 20.520 Straftaten zu verzeichnen (*Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2018). *Baier* (2018) hat in seinem Review über Radikalisierungsphänomenen die Entwicklungen und auch die signifikanten Anstiege des Rechtsextremismus nachgezeichnet. Demnach sind die Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund nach einem Anstieg von 2001 (10.054) bis 2008 (19.894) und einem Absinken bis 2010 (15.905) dann im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten von 16.559 Taten im Jahr 2014 auf 22.471 Taten in 2016 stark angestiegen. Das war bei linksextremistischen Taten, die oft in Auseinandersetzung mit der Polizei und im Kontext antifaschistischer Protesthandlungen gegen rechtsextreme Demonstrationen geschahen, so nicht der Fall; das gilt auch mit Blick auf den islamistischen Extremismus, der sich vor allem auf terroristische Anschläge konzentrierte. Der Verfassungsschutz bemisst die Zahl der organisierten Rechtsextremisten auf 24.000, wobei 12.700 Personen als gewaltorientiert eingestuft werden. Zum Teil sind auch die sogenannten Reichsbürger, denen 911 Personen zugeordnet wurden, eindeutig rechtsextrem mit klar menschenfeindlichen Einstellungen (vgl. *Rathje* 2017). Zum Vergleich ist von 29.500 linksextremistisch organisierten Personen auszugehen, wobei 9.000 von ihnen als gewaltorientiert eingestuft worden sind, sowie von 25.810 Personen, die in salafistischen Milieus organisiert sind (*Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2018).

Mit der signifikanten Fluchtzuwanderung seit dem Jahr 2014 hat es eine äußerst hohe Anzahl an Anschlägen auf Unterkünfte und Flüchtlinge gegeben. Im Jahr 2015 zählte das Bundeskriminalamt (BKA) 1.031 Anschläge auf Unterkünfte, fünf Mal mehr als im Vorjahr. In 2016 waren es noch 988 Anschläge. 2.450 Anschläge auf Geflüchtete fanden im Hellfeld außerhalb der Unterkünfte statt. In 2017 waren es laut BKA 264 Anschläge, allerdings ergab eine Analyse der Amadeu-Antonio-Stiftung eine Zahl von 1.387 Fällen (2014: 247, 2015: 1.077, 2016: 1.578). Zu diesen Hasstaten kommt eine Vielzahl an Angriffen auf Amts- und Würdenträger sowie auf professionelle oder ehrenamtliche Unterstützer. Für das aktuelle Jahr (Stand Juli 2018) haben Pro Asyl und die Amadeu-Antonio-Stiftung 366 flüchtlingsfeindliche Gewalttaten ermittelt, 16

---

2 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

Verdachtsfälle sind dabei nicht mitgezählt. Trotz des signifikanten Rückgangs der Zuwanderung bleibt die Zahl der Angriffe auf vergleichsweise hohem Niveau. Bemerkenswert ist, dass nach Einschätzung des Verfassungsschutzes ein nicht unbeträchtlicher Anteil dieser Straftaten von Personen verübt wurde, die zuvor nicht als rechtsextrem aufgefallen sind und die über keine längerfristigen Verbindungen in die rechtsextreme Szene verfügen (*Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2018).

Vorurteile, Fremdheitskonstruktionen, rassistische Einstellungen oder Rasseideologien spielen bei den menschenfeindlichen Taten eine wichtige Rolle. Sie sind vor allem in rechtsextremistischen Milieus weit verbreitet (ähnliches gilt auch für salafistische Milieus, die aber im vorliegenden Beitrag nicht weiter betrachtet werden), wobei sie sich in Fragmenten auch jenseits dieser Milieus finden (*Zick et al.* 2016). Der Verfassungsschutzbericht kann nur begrenzt extremistische wie menschenfeindliche Kampagnen, Gruppen und Milieus abbilden. Es ist aber davon auszugehen, dass sie in ihrer Ausrichtung und Zusammensetzung heterogener geworden sind und neue extremistische Milieus mit Verbindungen weit in der ‚Mitte‘ und mit neuen Kommunikations- und Vernetzungsformen entstanden sind und entstehen.

PEGIDA („Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“) ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie wurde als Facebook-Gruppe ins Leben gerufen und entwickelte sich unter der Selbstbezeichnung ‚Montagsspaziergänge‘ – in anmaßender Anlehnung an die Montagsdemonstrationen in der ausgehenden DDR – zu einem bewegungsförmigen Protest. Diese wurden in vielen Städten kopiert und adaptiert und entwickelten sich auch zu Sammlungsbewegungen unterschiedlichster (halb-)organisierter rechtsextremistischer Gruppierungen, denen sich auch Personen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft anschlossen (vgl. *Druxes/Simpson* 2016). Einige Studien unterstützen die These, dass die PEGIDA-Gruppen auch deshalb attraktiv waren, weil sie über islamfeindliche, fremden- und flüchtlingsfeindliche, sexistische und homophobe Vorurteile sowie teilweise auch Antisemitismus Anschluss boten (vgl. zum Beispiel *Berntzen/Weisskircher* 2016).

Kriminologisch und aus Sicht der Extremismusforschung geraten die Gruppen und Aktionen oft erst in den Fokus, wenn es ideologisch eindeutig gefährdende, strafrechtliche oder verfassungsfeindliche Hinweise gibt. Sozialpsychologisch fallen sie früher auf. Es konnte schon früh beobachtet werden, dass rechtsradikal motivierte Demonstrationen von menschenfeindlichen Parolen geprägt waren und von menschenfeindlichen Kampagnen im Internet begleitet wurden. Fremd- und Feindbilder gehörten bei rechtsextremen und zunehmend auch rechtspopulistischen Protesten zum Kernmerkmal. Die Heterogenität der unterschiedlichsten kleineren und größeren Gruppen, die einem eindeutig

menschenfeindlichen Spektrum zugeordnet werden können, ist dabei, wie erwähnt, groß und nicht leicht zu überschauen. Das Spektrum reicht von Parteien und Gruppierungen, die der Verfassungsschutzbericht oder andere behördliche Einrichtungen dokumentieren, über Reichsbürger und die Identitäre Bewegung, die lange nicht im Fokus der Behörden standen, über weitere Gruppierungen aus dem neurechten<sup>3</sup> Milieu, kleinere lokale radikale oder extremistische Gruppen wie zum Beispiel die sogenannten Pro-Gruppen, Personen, die sich auf extremistischen Events (Konzerte etc.) einfinden,<sup>4</sup> spontane und variable wie auch stabile virtuelle Gruppen in sozialen Netzwerken bis zu Teilen der Mitte der Gesellschaft, die heute salopp unter den Terminus der „Wutbürger“ gefasst werden (vgl. *Mering/McCarty* 2013). Sie sind erstens getragen von einer Idee des „Widerstandes“ gegen „das System“ und einer breiten Kategorie an „Feinden“, wobei vor allem tatsächlich oder vermeintlich „linke Eliten“ (darunter auch Journalisten und Wissenschaftler) adressiert werden, nicht aber zwangsläufig der Staat und seine Institutionen wie auch viele andere Repräsentanten eines vermeintlichen Establishments (etwa aus der Wirtschaft oder auch bestens etablierte Funktionsträger aus den eigenen Reihen). Zweitens sind sie verbunden durch das Leitbild einer nationalidentitären (diffusen) Bewegung, die sich durch Begrifflichkeiten und Verschwörungstheorien von „Umvolkung“ und „Unterwanderung“ artikuliert. Beide Verbindungselemente der unterschiedlichen Personen, Gruppen und Milieus sind erfolgreich, weil und wenn sie durch menschenfeindliche Ideologien der Ungleichwertigkeit getragen sind, die Identifikation und Zugehörigkeit vor allem durch Feindbilder und Ideologien über eine vermeintlich natürliche beziehungsweise angestammte hierarchische Ordnung von Gruppen herstellen.

Die zuvor genannten Entwicklungen sprechen für eine These von der Radikalisierung von zunächst einer kleinen Minderheit der Gesellschaft. Sie könnte von einer Normverschiebung begleitet und geprägt sein, nach der dann aber auch größere Teile der Mitte der Gesellschaft immer weniger Normen der Toleranz, der Vorurteilsrepression, der anzustrebenden Gleichwertigkeit von Gruppen und der Unterdrückung von negativen Emotionsäußerungen gegenüber Gruppen teilen. Dies führt zu einer Polarisierung, derzufolge sich

---

3 Der Terminus „neurechts“ bzw. Neue Rechte wird hier in einem allgemeinen Begriffsverständnis verwendet, um neue bzw. modernisierte Formen rechtsextremen und völkisch-autoritären Denkens sowie in diesem Sinne handelnde Akteure in diesem Spektrum zu fassen.

4 In Deutschland ist derzeit eine deutliche Zunahme an Neonazi-Musikveranstaltungen zu beobachten, wie aus Antworten des Bundesinnenministeriums (BMI) auf Anfragen der Linksfraktion hervorgeht. Nach Auswertungen des SPIEGEL fanden im Jahr 2017 289 Konzerte, Liederabende und andere Veranstaltungen mit Musikbeiträgen statt. Die Zahl sei so hoch wie seit 2005 nicht mehr, und um 30 % im Vergleich zu 2016 (223 Veranstaltungen) gestiegen, *Spiegel Online*, 02.03.2018.

gesellschaftliche Gruppen, die extremistische, radikale oder menschenfeindliche Überzeugungen teilen, noch klarer positionieren, akzentuieren und Teile der Mitte mit in eine rechtsextreme Richtung ziehen. Diese stehen großen Teilen der Bevölkerung gegenüber, die demokratische, liberale und tolerante Überzeugungen vertreten. Innergesellschaftliche Konflikte, lokale Demonstrationen und Gegendemonstrationen um die zugespitzte Debatte um die Zuwanderung von Geflüchteten sind hierfür der sichtbare Ausdruck. Dazu gehören insbesondere eben die Pegida-Demonstrationen und kürzlich die Aufmärsche in Chemnitz auf der einen, die Gegendemonstrationen (inzwischen unter anderem unter dem Motto „wir sind mehr“) auf der anderen Seite. Tatsächlich stand im Jahr 2015 den menschenfeindlichen Protesten auch eine beispiellose zivilgesellschaftliche Willkommenskultur entgegen. Laut einer repräsentativen Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland unter 2.000 Befragten übertraf zum ersten Mal das Ehrenamt zur Unterstützung von Flüchtlingen mit 10,9 % das Ehrenamt im Sport (10,1 %) (Ahrens 2015); auch die Daten des Religionsmonitors zeichnen für 2016 ein höheres Engagement nach (Nagel/El-Menouar 2017). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Sommer 2018 findet der Münchner zivilgesellschaftliche Protest *#ausgehetzt* gegen menschenfeindliche Kampagnen viel Aufmerksamkeit. Zivilgesellschaftliche Bewegungen zeichnen sich auch in Internet- und Twitter-Kampagnen ab. Dazu gehört derzeit vor allem die Kampagne *#MeToo*, die Sexismus, sexuelle Belästigung sowie sexuelle Übergriffe öffentlich macht, und die Kampagne *#MeTwo*, die das Thema der Diskriminierung von Menschen mit Migrationsgeschichte oder mehreren Identitäten adressiert.

Die skizzierten Beispiele sprechen also für die These einer Radikalisierung und damit einhergehend auch einer Polarisierung der Gesellschaft. Zentral dabei sind Konflikte um die Frage der Pluralität und Gleichwertigkeit sozialer Gruppen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Überzeugungsstrukturen zeichnen sich nicht nur durch die Ablehnung oder zumindest Infragestellung des demokratischen Systems aus, sondern sind zudem auch ganz wesentlich von einer Ungleichwertigkeitsideologie geprägt beziehungsweise diese gehört zum Kern dieser Überzeugungen (Heitmeyer 1987; Stöss 2010). Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2002-2011) drückt sich einerseits in Vorurteilen, diskriminierenden Handlungsintentionen, dehumanisierenden und rassistischen Bildern und Mythen über Minderheiten aus, andererseits in einer imaginierten nationalen Bezugsgruppe („Deutschland“, „Nation“, „Vaterland“ etc.), wozu auch Vorstellungen von Unversehrtheit, Männlichkeit und Heterosexualität gehören. Menschenfeindliche Überzeugungen dienen dabei zum einen als Bindeglied innerhalb rechtsextremistisch wie -populistisch orientierter Gruppen, zum anderen als Scharnier zwischen radikalen Gruppen und der Mitte der



Gesellschaft. Hierbei spielen rechtspopulistische wie auch neurechte Strömungen und Akteure eine wichtige Rolle. Die empirische Analyse der Zustimmung zu rechtsextremen, neurechten, rechtspopulistischen wie menschenfeindlichen Meinungen im Bevölkerungsquerschnitt kann dabei einen wichtigen Hinweis auf Gefahrenpotenziale geben sowie auf das Ausmaß, in dem sich rechtsextrem orientierte Gruppierungen am Rand der Gesellschaft auf Überzeugungen und Ideologien sowie Wahrnehmungsmuster und Handlungsintentionen, die auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet und anschlussfähig sind, berufen können. Damit kann auch das Ausmaß einer Dekonsolidierung der Demokratie ermittelt werden, die Präventions- wie Interventionspotenziale gegen Rechtsextremismus verhindert (Foa/Mounk 2017).

In den folgenden Abschnitten wird über das Ausmaß zentraler gesellschaftspolitischer Überzeugungen in der Mitte der Gesellschaft berichtet. Dabei konzentriert sich der Bericht auf das Ausmaß an menschenfeindlichen Vorurteilen sowie rechtspopulistischen, neurechten und rechtsextremen Einstellungen. Diese theoretisch unterschiedlichen Phänomene, die zum Teil auch aus unterschiedlichen Fachdisziplinen heraus entwickelt wurden, weisen inhaltlich und empirisch bestätigt enge Überschneidungen auf (*Abbildung 1*). Diskutiert werden kann, inwieweit neurechte Orientierungen im Wesentlichen eine modernisierte Variante klassisch rechtsextremer Orientierungen abbilden, gegebenenfalls mit noch einmal eigenen ideologischen Spezifika, in der die Traditionslinie zum Nationalsozialismus weniger, dafür völkisch-identitäre Facetten stärker hervortreten.

Ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer und rechtspopulistischer Überzeugungsmuster ist GMF, die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, die sich auf der Einstellungsebene vor allem in sozialen Vorurteilen empirisch manifestiert (Heitmeyer 2002-2011; Heitmeyer et al. 2011). Sie ist auch in der Mitte der Bevölkerung weit verbreitet, wie im nächsten Abschnitt berichtet wird. Ohne soziale Vorurteile, also generalisierte, pauschalisierende negative Meinungen über gesellschaftliche Gruppen, wie Immigranten und ‚Ausländer‘, Geflüchtete und Asylbewerber, ethnisch markierte Minderheiten, Muslime, Juden, Sinti und Roma, Frauen, homosexuelle, behinderte, wohnungs- oder arbeitslose Personen, kommen alle genannten politischen Orientierungen nicht aus. Stets geht es um eine Differenzierung zwischen der *Ingroup* (der eigenen Bezugsgruppe, etwa eine homogen konstruierte Nationalgemeinschaft) und *Outgroups*, also jenen, die von der Eigengruppe abgegrenzt werden, die als anders, fremd, unnormale und damit oft auch bedrohlich konzipiert werden, deren Gleichwertigkeit, Teilhabe, Ressourcen und Identität infrage gestellt werden und die damit nicht nur als ungleich, sondern auch als minderwertig betrachtet werden.

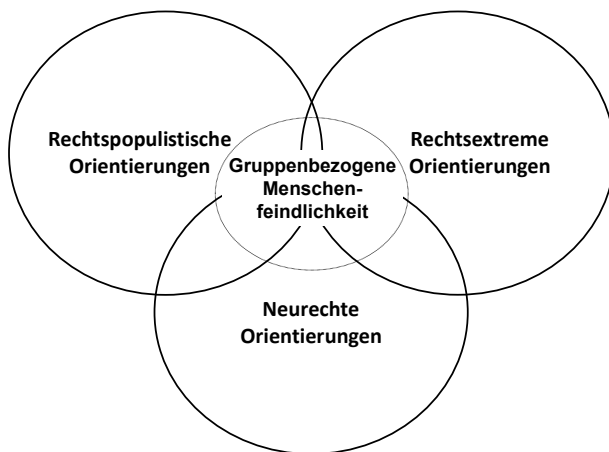


Abbildung 1: Die Verknüpfung von menschenfeindlichen, rechtspopulistischen und rechts-extremen Orientierungen

Im Folgenden fassen wir Befunde der *FES-Mitte-Studie* 2016 zusammen (vgl. Zick/Klein 2014; Zick et al. 2016 mit Details zur Stichprobe und Methodik). Es wurden jeweils bevölkerungsrepräsentative Querschnittsbefragungen durchgeführt (Telefonsurveys mit CATI-Methode im Dual-Frame Ansatz unter Berücksichtigung von Mobiltelefonanschlüssen ab 2014). Die Erhebungen fanden bis 2011 jährlich statt und wurden dann im zweijährigen Rhythmus fortgeführt. Die Stichproben wurden alle nach Kriterien der Repräsentativität durch Infratest dimap (2002-2011) beziehungsweise das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum (SUZ) (2014, 2016) erhoben. Verwendet wurde ein standardisierter Fragebogen mit in der Regel gut vorgeprüften und bewährten Kurzskalen zur Erhebung der jeweiligen Konstrukte. Jedes GMF-Element (zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit) wurde mit jeweils mindestens zwei Aussagen erfasst, die als besonders reliable Messungen aus längeren Aussagebatterien entnommen und jeweils zu einem zuverlässigen Indikator zusammengefasst wurden (diese geben ein verlässlicheres Bild über Verbreitung und Zusammenhänge als einzelne Aussagen). Die Befragten wurden gebeten, zu diesen Aussagen ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung auf einer vierstufigen Antwortskala anzugeben („ich stimme ... überhaupt nicht zu“, „eher nicht zu“, „eher zu“, „voll und ganz zu“).

Für die Bundesrepublik liegt eine Reihe von anderen Studien vor, die ebenfalls wichtige Datengrundlagen zur Dokumentation und Analyse bieten. Zu nennen

sind zum Beispiel die Studie von *Decker* und *Brähler* der Universität Leipzig (*Decker/Brähler*, im Erscheinen), die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), der European Social Survey sowie ausgewählte Eurobarometer-Umfragen. Ebenso liegen landesweite Monitoring-Studien vor, wie zum Beispiel der Thüringen- oder Sachsen-Monitor (siehe *Sächsische Staatsregierung* 2018; *Thüringer Staatskanzlei* 2001-2018). In diesen Studien werden teilweise identische oder vergleichbare Indikatoren erhoben. Im Folgenden konzentriert sich der Beitrag jedoch auf die Bielefelder Studien.

Zunächst werden Facetten, Ausmaße und einige auslösende Faktoren *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* dokumentiert. Im Anschluss werden anhand unserer Daten empirische Ausmaße und Zusammenhänge radikaler politischer Überzeugungen, genauer rechtsextremer, rechtspopulistischer und neurechter Überzeugungen vorgestellt.

### 3. Menschenfeindliche Vorurteile als Grundlage und Scharnier

Das Konzept eines GMF-Syndroms hat sich in der Bundesrepublik durch Forschung, die Adaptation in NGOs, die sich mit Rassismus, Diskriminierungen und Abwertungen von sozialen Gruppen in der Gesellschaft beschäftigen, sowie durch die Annahme des Konzeptes auf der Ebene der nationalen und föderalen Politik und Förderung etabliert (zum Beispiel rekurren der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus und das Bundesprogramm *Demokratie leben!* auf das Konzept, siehe *Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2017).

In *Abbildung 2* ist das Konzept in einem einfachen Schema abgebildet. Demnach sind unterschiedliche Abwertungen und Feindseligkeiten miteinander verbunden, weil sie durch eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit getragen wie zusammengehalten werden. Als Folge korrelieren die einzelnen GMF-Elemente signifikant miteinander, das heißt Personen vertreten, wenn, dann häufig nicht nur eines dieser Elemente, sondern gleich ein ganzes Bündel, und umgekehrt lehnen viele Personen GMF-Elemente gleichermaßen ab. Wie bedeutsam und wie verbreitet die jeweiligen GMF-Elemente sind, ist von der gegebenen gesellschaftlichen Konstitution abhängig und unterliegt damit gewissen Schwankungen. Derzeit konzentrieren sich die empirischen Studien vor allem auf zwölf soziale Gruppen (Minderheiten), die in Bezug auf Ressourcen, Zugänge, Teilhabe und Einfluss als „schwach“ gekennzeichnet werden müssen.

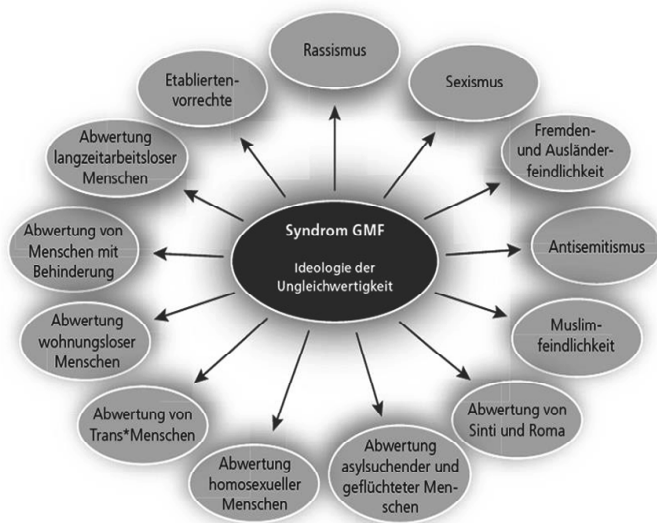


Abbildung 2: Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Zick et al. 2016, Nutzung mit freundlicher Genehmigung des Dietz-Verlags).

Die Messung von GMF ist – ähnlich wie dies auch in Bezug auf die Erfassung von rechtsextremen Einstellungen der Fall ist – zum Teil kritisch kommentiert worden, unter anderem weil dadurch lediglich Einstellungen erfasst werden (Krause/Zick 2013). Es ist bekannt, dass generell und so auch vorurteilige und rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nur differente Konstrukte sind, sondern auch empirisch nur bedingt zusammenhängen (vgl. Miliopoulos 2018; Zick 2016; 2017). Die GMF-Elemente werden allerdings mit Items erfasst, die emotionale, kognitive wie auch konative, das heißt verhaltensbezogene, Aspekte umfassen – einige der verwendeten Aussagen sind also verhaltensnah. Bekannt ist aus der Forschung zudem, dass Einstellungen Verhalten besser vorhersagen können, wenn auch die im Kontext wahrgenommenen sozialen Normen, die vermuteten Einstellungen wichtiger Bezugspersonen und Gelegenheiten, Verhalten auszuüben, einbezogen werden (vgl. Ajzen/Fishbein 2005). Einstellungen können also einen Baustein für die Prognose von Verhalten liefern, insbesondere, wenn auch die Stimmungen im sozialen Kontext mitberücksichtigt werden. Dies macht die Erhebung der Verbreitung von GMF in der Gesellschaft so relevant, auch ohne dass hier im Einzelfall auf individuelles Handeln – dazu gehören etwa das Wahlverhalten, die Beteiligung an mit den Einstellungen kongruenten Demonstrationen sowie diskriminierendes und gewalt-

tätiges Verhalten gegenüber adressierten Minderheiten – geschlossen werden kann. In jedem Fall bieten die Studien die Möglichkeit, Trends und Ausmaß der Zustimmung zu menschenverachtenden Vorurteilen in der Mitte der Gesellschaft abzubilden. Im Folgenden werden einige zentrale Beobachtungen berichtet und zum einen Zusammenhänge von GMF-Elementen zu kriminologisch relevanten Indikatoren, zum anderen mögliche Ursachen hoher Zustimmungen zu abwertenden Einstellungen gegenüber Minderheiten untersucht. Weitere Befunde unter anderem zur Entwicklung der Facetten im Zeitraum 2002 bis 2016 finden sich bei *Zick et al. (2016)*.

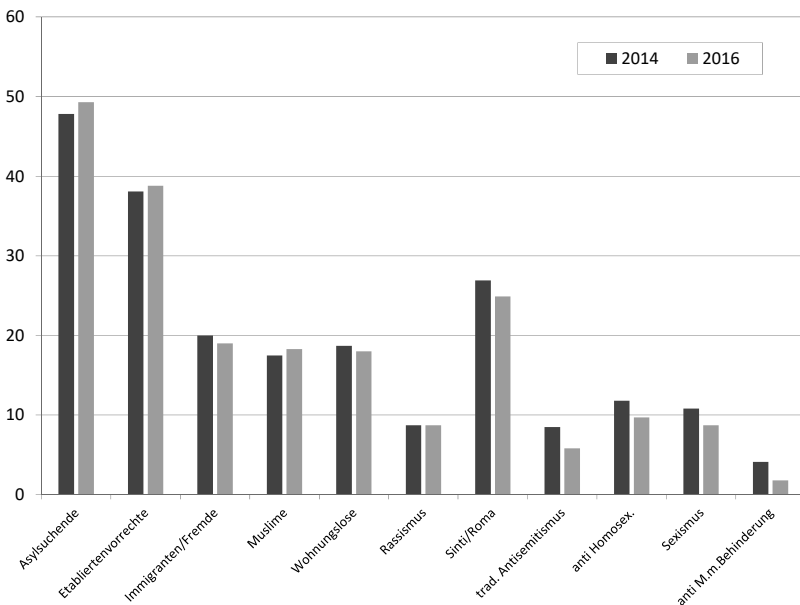


Abbildung 3: Zustimmung in Prozent zu GMF-Elementen in den FES- Mitte-Umfragen, 2014 und 2016

Abbildung 3 zeigt den Anteil von Befragten, die den zwölf in 2014 und 2016 erfassten GMF-Elementen *eher* oder *voll und ganz zustimmten* (Kriterium ist hier eine mittlere Zustimmung zu zwei verwendeten Aussagen pro Element von > 2.5 auf der verwendeten vierstufigen Antwortskala). Dieser Zeitraum bildet die Stimmungslage vor der sogenannten Flüchtlingskrise und auf ihrem Höhepunkt ab. Angemerkt werden muss, dass Einstellungen sich in der Regel

erst zeitverzögert zu gesellschaftlichen Debatten verändern. Die deskriptiven Kennwerte zu den Skalen sind in *Tabelle 1* angegeben.

*Tabelle 1: Deskriptive Kennwerte für GMF-Elemente der FES-Mitte-Studien 2014 und 2016 (gewichtete Daten, deutsche Staatsbürger)*

GMF	Mittelwert		SD		n	
	2014	2016	2014	2016	2014	2016
Abwertung von Asylsuchenden	2,60	2,77	0,83	0,87	1.871	1.883
Fremdenfeindlichkeit	1,95	1,86	0,92	0,94	1.908	1.890
Etabliertenvorrechte	2,49	2,52	0,88	0,93	1.910	1.893
Muslimfeindlichkeit	1,85	1,83	0,91	0,91	1.867	1.857
Antisemitismus (trad.)	1,49	1,32	0,74	0,66	1.827	1.790
Antiziganismus	2,09	2,03	0,95	0,98	1.875	1.854
Ethnischer Rassismus	1,61	1,54	0,75	0,78	1.901	1.879
Sexismus	1,55	1,46	0,82	0,77	1.908	1.888
Abwertung von homosexuellen Personen	1,57	1,44	0,88	0,83	1.901	1.887
Abw. von langzeitarbeitslosen Personen	2,62	2,64	0,96	1,02	1.901	1.877
Abwertung von wohnungslosen Personen	2,00	1,91	0,83	0,88	1.893	951
Abw. von Personen mit Behinderung	1,34	1,21	0,60	0,48	1.904	960
Abwertung von Trans* Personen	-	1,54	-	0,90	-	1.869

Es lassen sich im Wesentlichen drei Trends feststellen: Erstens zeigt sich von 2014 auf 2016 ein *Anstieg* der negativen Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Asylsuchenden (44,3 % Zustimmung in 2014, 46,5 % in 2016). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die repräsentative Studie *ZuGleich*.<sup>5</sup> Zweitens ist die durchschnittliche Verbreitung von GMF gegenüber etlichen adressierten sozialen Gruppen nahezu *stabil*. Das gilt für die Behauptung von Etabliertenvorrechten gegenüber Neuankömmlingen in der Gesellschaft (38,1 % in 2014, 38,8 % in 2016), die Zustimmungen zu Vorurteilen gegenüber ‚Fremden‘ (‚Ausländern‘, Immigranten) (20,0 % auf 19 %), Muslimen (17,5 % auf 18,3 %), traditionell rassistischen Einstellungen mit ethnischem Bezug (unter anderem über die Behauptung erfasst, Weiße seien zu Recht führend in der Welt; 8,7 % und 8,7 %) sowie arbeitslosen (47,8 % auf 49,3 %) und

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.stiftung-mercator.de/de/projekt/zugleich-zugehoerigkeit-ungleichwertigkeit>.

wohnungslosen Personen (18,7 % auf 18,0 %). Drittens sind einige Elemente von GMF *rückläufig*. Das gilt für antiziganistische Ansichten, die sich gegen Sinti und Roma wenden (26,6 % auf 24,9 %), einen traditionellen Antisemitismus, der Juden zu viel Einfluss unterstellt (8,5 % auf 5,8 %), Vorurteile gegen homosexuell orientierte Personen (11,8 % auf 9,7 %), Sexismus gegen Frauen (10,8 % auf 8,7 %) sowie die Abwertung von Menschen mit Behinderungen (4,1 % auf 1,8 %; letztere lassen sich generell über Einstellungsmessungen sehr schwer erfassen, wenngleich behinderte Menschen de facto nach wie vor vielfältigen Diskriminierungen im Alltag ausgesetzt sind, etwa bei der Suche nach einem Arbeitsplatz).

Dabei ist zu beachten, dass die GMF-Elemente in Form traditioneller, offener Vorurteile operationalisiert wurden. Anzunehmen ist, dass modernere, subtilere Facetten noch mehr Zustimmung erfahren würden. Dies lässt sich beispielsweise beim Antisemitismus ablesen. Während klassischer Antisemitismus in Deutschland nicht mehr so weit verbreitet ist, findet sekundärer Antisemitismus, der Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zuweist, und insbesondere Antisemitismus, der über Israel als Chiffre für Juden kommuniziert wird, deutlich mehr Zustimmung. Im Jahr 2016 vertraten etwa 26 % der Befragten die Ansicht: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. Antisemitische Israelkritik (vgl. Heyder *et al.* 2005) spiegelt sich in der hohen Zustimmung zu folgenden Aussagen wider: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (25 % Zustimmung), in der eine Legitimation für Ressentiments gefunden wird, sowie: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ (40 %), in der sich das für den Antisemitismus so typische Muster der Umkehr von Täter und Opfer ausdrückt, das der eigenen Entlastung dient. Gleichzeitig zeichnen sich deutliche Unterschiede im Ausmaß der Zustimmung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen ab. So neigen ostdeutsche Befragte eher zu Fremdenfeindlichkeit als westdeutsche (29 % versus 17 %), zur Abwertung von Asylsuchenden (60 % vs. 47 %), von Muslimen (24 % vs. 2 %) und von Wohnungslosen (27 % vs. 15 %). Auch die generalisierte Behauptung von Etabliertenvorrechten (48 % vs. 37,5 %) ist höher. Lediglich im Ausmaß des Sexismus gegenüber Frauen (7 % vs. 8,5 %) und der Abwertung homosexueller Personen (7 % vs. 9 %) weisen ostdeutsche Befragte geringere Werte auf. Unter formal niedrig gebildeten Personen (gemessen am Schulabschluss) sowie in unteren, abgestuft auch in mittleren Einkommensgruppen ist die Zustimmung zu nahezu allen GMF-Elementen deutlich weiter verbreitet. Die Verbreitung von GMF unter Personen mit mittlerer Bildung und mittlerem Einkommen ist der unter Personen mit niedrigerer Bildung und Einkommen ähnlicher, der Abstand zu den gut

gebildeten und einkommensstärkeren Personen ausgeprägter. Bemerkenswert ist aber, dass sich in Bezug auf die Abwertung von Asylsuchenden kaum Unterschiede in Abhängigkeit vom Einkommen zeigen (49,8 % in der unteren, 48,9 % in der mittleren und 42,1 % Zustimmung in der höheren Einkommensgruppe).

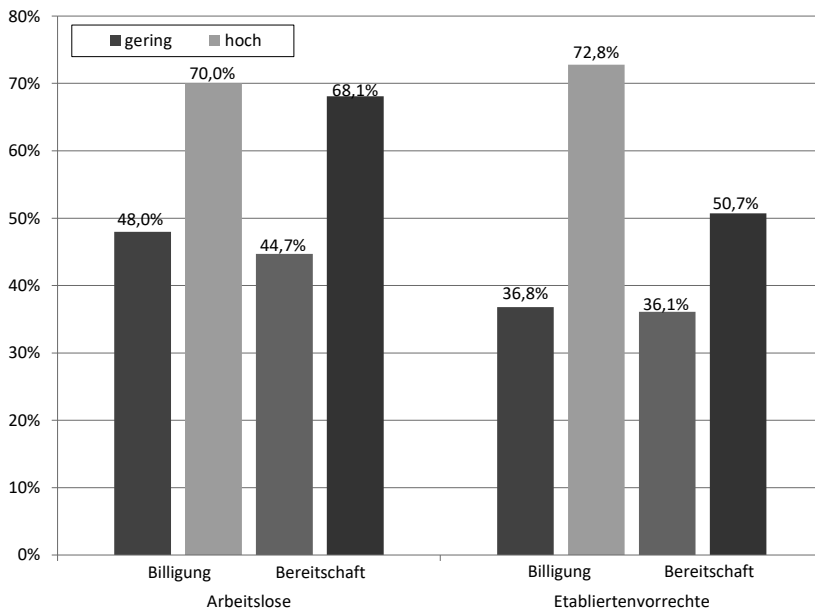
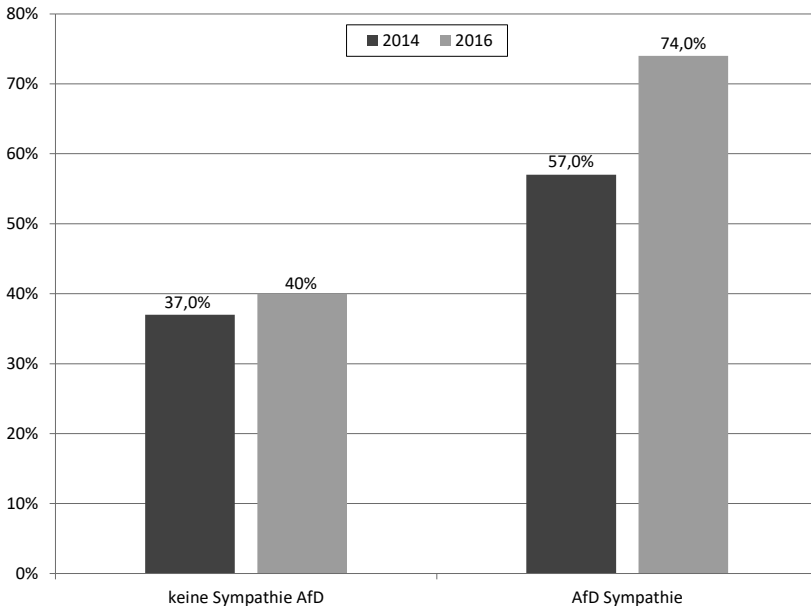


Abbildung 4: Zustimmung zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen und zu Etabliertenvorrechten bei Personen mit starker und schwacher Gewaltbilligung und -bereitschaft

In Bezug auf eine kriminologisch relevante Perspektive ist insbesondere der Zusammenhang zwischen GMF und Gewalt interessant. Auch wenn in Umfragen, wie zum Beispiel den GMF-Langzeitstudien, keine manifeste Gewalt erfasst werden kann, kann eine Affinität zu Gewalt als Handlungsintention ermittelt werden. In den Studien wurde diese durch die Gewaltbilligung (Item-Beispiele: „Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“, „Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.“) und die Gewaltbereitschaft erfasst (Kurzskala, Item-Beispiel: „Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.“). Den Analysen zufolge hängen die Zustimmung zur GMF und die Gewaltaffinität signifikant zusammen, das heißt Personen, die GMF zustimmen, billigen Gewalt eher und



sind auch eher selbst zu Gewalt bereit. Besonders deutlich zeichnet sich dies in Bezug auf die Abwertung von Langzeitarbeitslosen und in der Forderung genereller Vorrechte von Etablierten gegenüber ‚Neuankömmlingen‘ in einer Gesellschaft ab (vgl. *Abbildung 4*).



*Abbildung 5: Zustimmung zur Abwertung von Asylsuchenden bei Personen mit und ohne Sympathie für die Partei AfD*

Ebenso zeichnet sich eine *Radikalisierung* von Personen ab, die mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sympathisieren, was sie entweder über ihre Wahlpräferenz (erfasst über die Sonntagsfrage) ausdrücken oder schon einmal darüber nachgedacht haben, die AfD zu wählen beziehungsweise die Argumente der AfD überzeugend finden, auch wenn sie sie gegebenenfalls nicht wählen würden. Bei diesen Personen ist die Zustimmung zu allen GMF-Elementen im Vergleich zu Personen, die nicht mit der AfD sympathisieren, auffällig ausgeprägt und verschärft sich von 2014 auf 2016 noch weiter. Besonders deutlich wird dies bei der Abwertung von Asylsuchenden, der in 2014 57 %, in 2016 sogar 74 % der AfD-Sympathisanten zustimmen, während die Zustimmungswerte bei jenen, die nicht mit der AfD sympathisieren, nicht nur deutlich niedriger liegen, sondern sich auch kaum Veränderungen abzeichneten (*Abbildung 5*). Dabei

ist es sowohl möglich und wahrscheinlich, dass sich die AfD-Sympathisanten in 2016 aus anderen Personen rekrutieren, die radikalere Ansichten mitbringen, als auch, dass sich die gleichen Personen radikalisiert haben. Bei den mit der AfD sympathisierenden Personen wird in jedem Fall eine Entwicklung erkennbar, die als weitere Abkehr von gesellschaftlichen Normen der Vorurteilsrepression interpretiert werden kann (vgl. auch *Küpper* 2017). Diese ist auch in allen anderen GMF-Elementen erkennbar. So vertreten unter den potentiellen Wählern der AfD 68 % fremdenfeindliche, 64 % muslimfeindliche und 59 % antiziganistische Einstellungen, 78 % befürworten Etabliertenvorrechte.

Soziale Vorurteile gegenüber Immigranten und anderen Gruppen, die als „fremd“, „anders“ oder „ungleich“ markiert werden, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Wahlerfolge der AfD, wie *Giebler* und *Regel* (2018) in einer Analyse der Wahlentscheidung für die AfD bei sieben Landtagswahlen zwischen 2014 und 2016 nachweisen konnten. Hierzu schätzen sie die Effekte von Kontextfaktoren (Wahlkampfaktivitäten und ökonomischer Lage), die Effekte der Soziodemographie, Wahrnehmung sozialer Spaltung, Wertorientierungen, Parteineigungen, Gruppenzugehörigkeiten und Einstellungen gegenüber Gruppen, also Vorurteilen, sowie die Effekte der Medienberichterstattung und politischer Entscheidungen. Die Analysen zeigen sehr deutlich, dass es keine typische Person gibt, vor allem nicht mit Blick auf soziodemographische und sozioökonomische Faktoren, die ‚anfällig‘ ist, die AfD zu wählen. Dagegen erklären jene Faktoren, die eng mit Fremdenfeindlichkeit und diese begünstigenden Merkmalen verbunden sind, die Wahlpräferenz, wobei die Erklärungskraft der Fremdenfeindlichkeit 2016 sogar noch größer ist als in 2014. Ebenso sind die Effekte stärker, nachdem gemäßigte Abgeordnete der AfD aus den untersuchten Landtagen ausgetreten sind. Menschenfeindliche Vorurteile sind also ein gewichtiger Faktor und haben zu einer Polarisierung und Radikalisierung geführt.

#### 4. Menschenfeindlichkeit und radikalisierte Weltsichten

Für radikale und extremistische Gruppen sind menschenfeindliche Vorurteile existenziell. Im Fokus der empirischen Langzeitstudie GMF und der Mittelstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung stehen neben den skizzierten abwertenden Einstellungen insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Orientierungen. Vorurteile, negative Stereotype über Outgroups, also Elemente der GMF, sind nach Annahmen des Konzepts von GMF für diese Orientierungen konstitutiv, weil sie Ideologien der Ungleichwertigkeit ausdrücken und beliefern (vgl. *Zick* 2017). Allerdings sind rechtsextreme Orientierungen mehr als GMF, sie drücken politische Ideologien und in diesem Sinne Weltsichten aus

(Duckitt/Fisher 2003). In der Forschung herrscht jedoch Dissens darüber, was genau rechtspopulistisch, rechtsextrem beziehungsweise rechtsradikal ist (vgl. *Herschinger et al.* 2018). Eine klassische kriminologische Sicht legt andere Kriterien – etwa normative Devianzen oder Gewaltorientierungen – zugrunde, da die erkenntnisleitenden Fragen andere sind, als sie zum Beispiel hier zugrunde gelegt werden. Für unsere sozialpsychologischen Analysen interessieren mehr die anti-demokratischen Orientierungen in der sogenannten Mitte der Bevölkerung, zu der sich die Mehrheit der Bevölkerung selbst zählt (*Zick/Küpper* 2006), und die im eigenen Selbstverständnis wie auch zunächst im kriminologischen Sinne zumeist nicht extremistisch ist, nach sozialwissenschaftlicher Definition aber durchaus rechtsextreme Einstellungen zumindest in Fragmenten teilen kann. Zweitens ermitteln wir die Orientierungen auf der Grundlage zentraler Meinungen, die in zugänglichen Studien zu Populismus und Extremismus wie auch in Analysen von Wahlprogrammen und öffentlichen Debatten sichtbar sind. Drittens ermitteln wir die Facetten von rechtspopulistischen, neurechten und rechtsextremen Überzeugungen auf der Grundlage von empirischen Analysen zur Dimensionalität der Überzeugungen anhand von Daten aus repräsentativen Surveys. Im Folgenden berichten wir aktuelle Beobachtungen zum Zusammenhang von menschenfeindlichen Vorurteilen und rechtspopulistischen, rechtsextremen und sogenannten neurechten Orientierungen sowie Einstellungen zur Gewalt.

#### 4.1 Rechtspopulistische Orientierungen

Rechtspopulismus lässt sich in Bezug auf Parteien, Akteure, Rhetorik und Einstellungsinhalte beschreiben. Letztere müssen nicht zwingend mit der Wahl oder Zugehörigkeit zu einer konkreten rechtspopulistischen Gruppe oder Partei einhergehen. Im Rahmen der Mitte-Studien 2014 und 2016 haben wir rechtspopulistische Orientierungen den verbreiteten Definitionen folgend über drei zentrale Dimensionen erfasst (vgl. auch *Zick/Küpper* 2015a; 2015b): Erstens ausgewählte Elemente von GMF, die derzeit im Rechtspopulismus besonders artikuliert werden, wie die Abwertung von Immigranten, Asylsuchenden, Muslimen und Sinti und Roma – eng damit verknüpft, aber derzeit nicht zentral, sind antisemitische Einstellungen; zweitens, ein Misstrauen in die Demokratie (zum Beispiel erfasst über die Aussagen: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.“, 58 % Zustimmung; „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“, 63 % Zustimmung); drittens ein Law-and-Order Autoritarismus (erfasst unter anderem durch die Aussagen: „Verbrechen sollten härter bestraft werden“, 77 % Zustimmung; „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen

Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.“, 64 % Zustimmung). Die einzelnen hier skizzierten Dimensionen wurden reliabel erhoben und bilden empirisch über konfirmatorische Faktorenanalysen bestätigt ein zusammenhängendes übergeordnetes Konstrukt. In *Tabelle 2* sind die deskriptiven Kennwerte für die bislang nicht berichteten Dimensionen rechtspopulistischer Orientierungen aufgeführt; die Kennwerte für die dazugehörigen menschenfeindlichen Vorurteile sind oben bereits dargestellt worden.

*Tabelle 2: Deskriptive Kennwerte für rechtspopulistische Überzeugungen in den Mitte-Studien 2014 und 2016*

GMF Rechtspopulismus	Mittelwert		SD		n	
	2014	2016	2014	2016	2014	2016
Demokratiemisstrauen	3,08	2,79	0,77	0,87	1.903	1.892
Law-and-Order Autoritarismus	2,96	2,98	0,92	0,94	1.899	1.880

Insgesamt teilt jeder fünfte Deutsche in der *FES-Mitte-Studie* 2016, gemessen an dem zusammengefassten Indikator und einem Cut-Off-Skalenwert, der eindeutige Zustimmung verlangt, eindeutig rechtspopulistische Einstellungen. Der Anteil ist von 2014 auf 2016 nahezu konstant geblieben (20 % in 2014, 21 % in 2016). Dabei sind rechtspopulistische Einstellungen im Osten weiter verbreitet als im Westen und haben dort auch zugenommen, während der Anstieg im Westen marginal ist (Ost: 2014: 26 %, 2016: 30 %; West: 2014: 18 %, 2016: 19 %). Auch wenn sich die einzelnen Subdimensionen aufgrund der unterschiedlichen Härte der Aussagen, die zur Erfassung verwendet wurden, und denen sich mal leichter, mal schwerer zustimmen lässt, nicht unmittelbar miteinander vergleichen lassen, ist die Verbreitung insbesondere von Demokratiemisstrauen (zusammengenommen 77,5 % in 2014, 62 % Zustimmung in 2016) und eines rechtsgerichteten Autoritarismus, der eine punitive wie einfache ‚Gesetz-und-Ordnung-Haltung‘ gegenüber abweichenden Gruppen ausdrückt (zusammengenommen 63 % in 2014, 64 % Zustimmung in 2016), augenfällig.

Die rechtspopulistischen Orientierungen haben zudem enge Verbindungen zu einer Anti-EU-Haltung (zum Beispiel „Deutschland wäre ohne die EU besser dran.“; „Deutschland muss mehr Stärke gegenüber Brüssel zeigen.“; „Deutschland muss sich mehr auf sich selbst besinnen als auf Europa.“). Ebenso zeigen sich signifikante Korrelationen zu einer emotionalen Komponente kollektiver Wut, in der sich auch eine Opferumkehr versteckt. Den Ausdruck von kollektiver Wut haben wir 2014 erstmalig in einer eigens entwickelten, reliablen Skala erhoben (unter anderem über die Aussagen: „Die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist

absolut verständlich“, 25 % Zustimmung in 2016; „Man kann mir nicht zumuten, neben einem Asylantenheim zu wohnen“, 15 % Zustimmung in 2016; „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.“, 55 % Zustimmung in 2016). Ein knappes Drittel der Bevölkerung teilt eine Anti-EU-Haltung, wobei hier ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist (35 % in 2014; 29 % Zustimmung in 2016), jeder siebte äußert kollektive Wut (16 % Zustimmung in 2014, 15 % Zustimmung in 2016). Auch hier zeichnet sich also insgesamt kein Anstieg von 2014 bis 2016 ab.

Wie bei den Analysen menschenfeindlicher Einstellungen äußern rechtspopulistisch orientierte Personen eine stärkere Gewaltbilligung (17 % vs. 9 % der nicht rechtspopulistisch orientierten Personen) und Gewaltbereitschaft (22 % vs. 14 %).

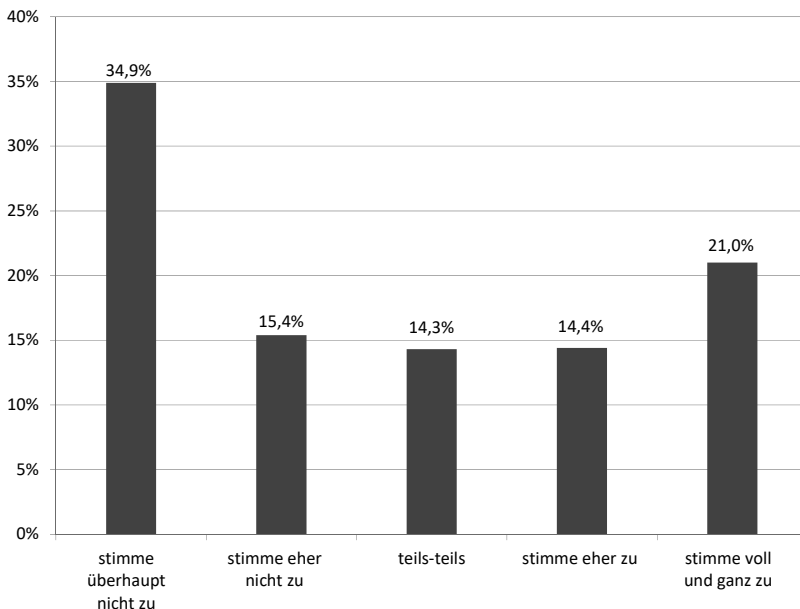
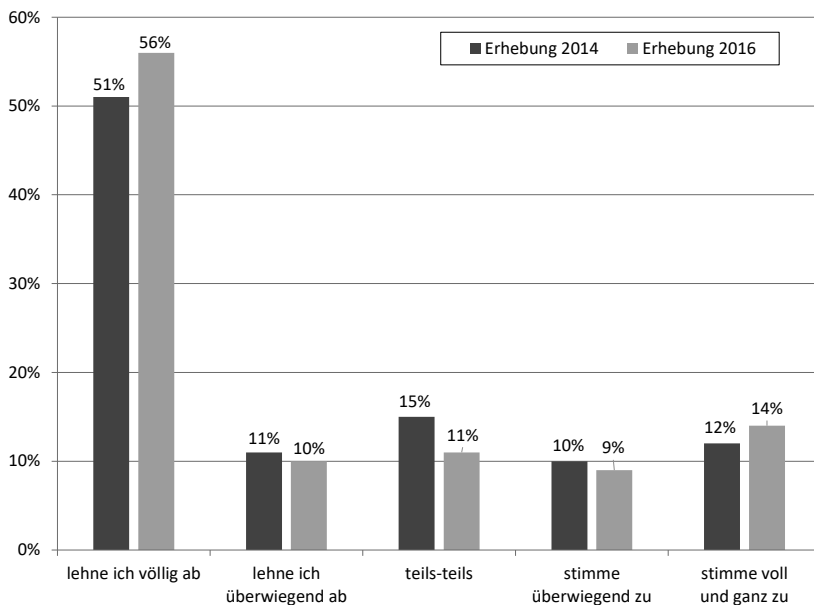


Abbildung 6: Zustimmung zur Aussage: „Der deutsche Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche“

Mit Blick auf die rechtspopulistischen Einstellungen sind klare Polarisierungen der Einstellungen zu beobachten. Beispielhaft zeigt sich dies etwa auch in Bezug auf Aussagen zu Flüchtlingen (die nicht als Aspekt von Rechtspopulismus, sondern aufgrund der 2016 so intensiv und kontrovers debattierten „Flüchtlingskrise“ ergänzend erhoben wurden). Ein Großteil der Befragten

lehnt negative Einstellungen zu Geflüchteten deutlich ab, während eine nicht ganz kleine Minderheit ihnen hingegen deutlich zustimmt. Illustriert ist dies in *Abbildung 6* am Beispiel eines Items zur Messung von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten, in denen sich auch kollektive relative Deprivation spiegelt, das heißt das Gefühl, als Gruppe kollektiv gegenüber einer anderen Gruppe, in diesem Fall Flüchtlinge, benachteiligt zu sein.



*Abbildung 7: Zustimmung zu der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (FES-Mitte-Studie 2014 und 2016)*

Ganz ähnlich lässt sich eine solche Polarisierung bei rechtsextremen Einstellungen ablesen, die nachfolgend skizziert wird. Hier verstärkt sich die Polarisierung sogar von 2014 auf 2016, das heißt die Befragten positionieren sich noch mehr in Richtung eindeutiger Zustimmung oder Ablehnung rechtsextremer Einstellungen. In einem Vorgriff auf den nächsten Abschnitt ist das beispielsweise bei der Zustimmung zu der als Indikator für rechtsextreme Einstellungen verwendeten Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, erkennbar (*Abbildung 7*).

## 4.2 Rechtsextreme Orientierungen

Auch wenn unterschiedliche Konzeptionen von Rechtsextremismus vorliegen, die unter anderem zwischen rechtsextremen Strukturen und Organisationen einerseits und rechtsextremen Orientierungen andererseits unterscheiden, besteht weitgehend Einigkeit darin, neben rechtsextremen Handlungen (unter anderem Wahl rechtsextremer Parteien, die Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppierungen, Gewalt) auch auf rechtsextreme Ideologien zu schauen (vgl. auch Stöss 2010). Zentral ist hier eine Ungleichwertigkeitsideologie, wie sie sich in Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, die – und hier zeigt sich die eingangs angesprochene Überlappung der Konstrukte – auch als Elemente eines GMF-Syndroms untersucht werden. Darüber hinaus gilt auch die Gewaltaffinität als kennzeichnend (Heitmeyer 1987).

In den Mitte-Studien werden rechtsextreme Orientierungen nach der sogenannten Konsensdefinition einer Expertengruppe über drei soziale und drei politische Subdimensionen über jeweils drei Aussagen pro Subdimension erhoben. Anders als bei der Darstellung der GMF-Elemente wurde hier das besonders strenge Kriterium verwendet, nach dem eine Person allen drei jeweils zur Erfassung verwendeten Aussagen zustimmen muss, um sie auf einer Subdimension unter „Zustimmung“ erfassen zu können. Entsprechend sind die Zustimmungswerte geringer: Ausländerfeindlichkeit (8 % Zustimmung 2016), Antisemitismus (2 %), ein rassistisch begründeter Sozialdarwinismus (2 %), Befürwortung einer Diktatur (4 %), ein nationaler Chauvinismus (12,5 %), sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus (2 %) (alle Kurzskalen sind dokumentiert bei Zick et al. 2016, S. 124 f.). *Abbildung 8* zeigt die Zustimmung zu diesen sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in der *FES-Mitte-Studie* 2016 bei Ost- und Westdeutschen, zwischen denen sich vor allem in den sozialen Subdimensionen, die eine Ideologie der Ungleichwertigkeit spiegeln, deutliche Unterschiede offenbaren. Zusammengefasst über alle Dimensionen vertreten knapp 3 % der Befragten in 2016, gemessen an dem strengen Kriterium der Zustimmung zu allen 18 zur Erfassung verwendeten Aussagen, hart rechtsextreme Einstellungen. Unter Westdeutschen ist die Zustimmung in 2016 mit gut 2 % geringer als unter Ostdeutschen mit fast 6 %. Zudem hat das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen insgesamt in Deutschland von 2014 auf 2016 nur geringfügig zugenommen, wobei sich unter Westdeutschen keine Veränderungen zeigen, sich aber unter Ostdeutschen eine deutliche Zunahme von 2,5 % in 2014 auf fast 6 % in 2016 abzeichnet.

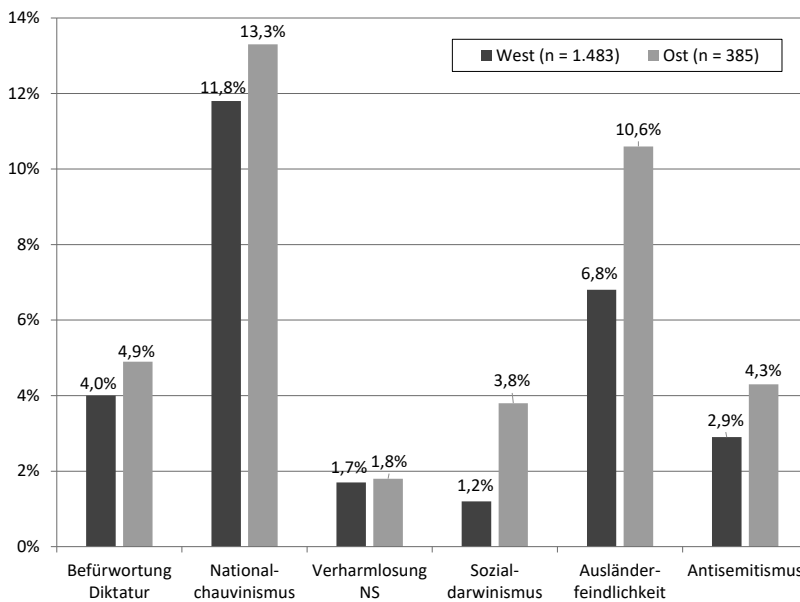


Abbildung 8: Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen unter ost- und westdeutschen Befragten

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus findet im Bevölkerungsquerschnitt insgesamt nur sehr wenig Zustimmung, auch wenn solche Verharmlosungen jüngst auch immer wieder von rechtspopulistisch orientierten Eliten geäußert werden. So beurteilte erst jüngst (am 2. Juni 2018) der Bundessprecher und Fraktionsvorsitzende der AfD Gauland auf dem Bundeskongress der Jungen Alternativen Hitler und die Nazis historisch als ‚Vogelschiss‘. Deutlich mehr Zuspruch erhalten nationalchauvinistische Einstellungen auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus.

Darüber hinaus bestätigt sich der hoch signifikante Zusammenhang zwischen rechtsextremen Orientierungen und allgemeiner Gewaltbereitschaft ( $r = .46$ ) und -billigung ( $r = .44$ ). Genauer bedeutet dies: Von der großen Mehrheit der Befragten ohne manifest rechtsextremes Weltbild billigen lediglich 4 % Gewalt als Mittel der Durchsetzung eigener Interessen, 15,5 % sind selbst zu Gewalt bereit (die absoluten Zustimmungswerte hängen immer auch an der spezifischen Formulierung der einzelnen Aussagen). Von den wenigen Befragten mit manifest rechtsextremem Weltbild billigen 50 % Gewalt, 71 % sind gewaltbereit.



Männer und Frauen unterscheiden sich nur geringfügig in der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen. Bedeutsamer ist hingegen das Alter: über 60-jährige fallen zum Beispiel durch hohen Nationalchauvinismus auf, auch Antisemitismus ist unter ihnen weiter verbreitet als unter Jüngeren. Auch hier zeigen Befragte mit niedriger und mittlerer formaler Bildung und Schichtzugehörigkeit durchweg höhere Zustimmung als höher gebildete beziehungsweise einkommensstärkere. Unter potentiellen AfD-Wählern sind rechtsextreme Einstellungen mit Abstand weiter verbreitet als unter den Wählern aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Insgesamt neigen 23 % zu einem manifest rechtsextremen Weltbild (in der Gesamtbevölkerung kommt dies, wie beschrieben, ansonsten kaum vor). 47 % der bekennenden AfD-Wähler befürworten nationalchauvinistische Meinungen, 21 % befürworten eine Diktatur und 20 % verharmlosen mit ihren Einstellungszustimmungen die Diktatur des Nationalsozialismus; auch die sozialen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen finden hier deutlich höheren Zuspruch.

### 4.3 Neurechte Orientierungen

Im Rahmen der aktuellen Analysen von menschenfeindlichen politischen Orientierungen spielt nicht nur die Nähe zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Orientierungen eine Rolle, sondern zunehmend werden auch sogenannte neurechte Orientierungen sichtbarer. In der AfD spielen sie eine Rolle, ebenso wie in Gruppen wie der Identitären Bewegung, die lange nicht als extremistisch eingestuft wurde. Eine Reihe von Publikationen der jüngeren Zeit haben die ideologischen Facetten der sich ursprünglich und in Teilen auch noch heute als intellektuell verstehenden Bewegung der Neuen Rechten und ihre historische Entwicklung im Laufe des 20. Jahrhunderts herausgearbeitet (vgl. zum Beispiel Kopke 2017; Weiß 2017). Wir nutzen den Terminus *neurechte Orientierungen* hier in einem weiteren Sinne zur Umschreibung typischer ideologischer Muster, zu denen zentral das Leitbild einer national homogenen Gesellschaft gehört. Dies ist verbunden mit dem Aufruf zum Widerstand gegen Institutionen, die dem ‚Volk‘ und seiner vermeintlich inhärenten Kultur entgegenstehen – was dann auch Verschwörungstheorien, wie die einer gezielten „Umvolkung“ begünstigt –, der aber nicht unmittelbar zu Gewalt auffordert. Auch Rassismus ist weniger explizit. Vielmehr wird ein sogenannter völkischer „Ethnopluralismus“ vertreten, womit die Anerkennung getrennt voneinander lebender, koexistierender starker ‚Völker‘, die jeweils auf ihrem eigenen nationalen Territorium leben, gemeint ist. In der Konsequenz ist der Mythos eines ethnisch und kulturell homogenen ‚Volkes‘ aber durchaus

rassistisch, trennt er doch vermeintlich genuin Dazugehörige und Nichtdazugehörige entlang ethnischer Kategorien.

In der Mitte-Studie 2016 haben wir erstmals Befragte mit Aussagen konfrontiert, die sich in diesem Sinne als neurechts beschreiben lassen, und konnten faktorenanalytisch ein eng zusammenhängendes Muster aus den folgenden fünf Dimensionen identifizieren: Anti-Establishment (Beispielsaussage: „Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.“), Widerstand (zum Beispiel „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.“), Unterstellung eines Meinungsdictates („In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.“), Mythos einer sogenannten Islamverschwörung (zum Beispiel „Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.“) und Forderung einer nationalen Rückbesinnung (zum Beispiel „Deutschland muss sich mehr auf sich selbst besinnen.“). Mehr als jede fünfte befragte Person (28 %) der *FES-Mitte-Studie* 2016 wies, gemessen an einem Skalenmittelwert, der aus allen Dimensionen und dazugehörigen Aussagen bestand, eine neurechte Orientierung auf. In *Tabelle 3* sind die deskriptiven Kennwerte für die Dimensionen neurechter Orientierungen aufgeführt.

*Tabelle 3: Deskriptive Kennwerte neurechter Einstellungen FES-Mitte-Studie 2016*

Neu REX	Mittelwert		SD		<i>n</i>	
	2014	2016	2014	2016	2014	2016
Anti-Establishment	-	2,85	-	1,36	-	917
Meinungsdictat	3,10	2,95	1,22	1,32	920	1.890
Islamverschwörung	-	2,33	-	1,22	-	892
Nationale Rückbesinnung/Anti-EU	2,82	2,58	1,14	1,30	980	929
Widerstand	-	2,67	-	1,38	-	918

Auch in Bezug auf neurechte Einstellungen fallen erneut insbesondere bekennende AfD-Wähler mit 83 % Zustimmung auf (CDU/CSU: 19 %, SPD: 19 %, FDP: 29 %, Bündnis '90/ Die Grünen: 12 %, Linkspartei: 27 %, Nicht-Wähler: 43 %). Umgekehrt ist unter den Befragten mit einem eindeutig neurechten Weltbild die AfD die beliebteste Partei. Knapp 23 % von ihnen würden der AfD ihre Stimme geben, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.

#### 4.4 Zusammenhänge zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewaltintentionen

Menschenfeindliche Einstellungen, die ganzen Bevölkerungsgruppen, markiert unter anderem über ethnische, kulturelle, religiöse oder geschlechtsbezogene Zuweisungen, die Gleichwertigkeit absprechen, sind ein zentraler Bestandteil von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Die eingangs aufgeworfene These, nach der menschenfeindliche Vorurteile ein Scharnier zwischen den rechtspopulistischen, rechtsextremen und neurechten Überzeugungen sowie zwischen Meinungen der Mitte und radikalen Milieus bilden, findet durch die in Teilen bereits angesprochenen eng zusammenhängenden, faktorenanalytisch geprüften Einstellungsmuster Bestätigung. Aber auch zu jenen GMF-Elementen finden sich enge Zusammenhänge, die nicht, wie Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, elementarer Bestandteil rechtsextremer Einstellungen sind; das gilt ebenso für die Abwertung von Muslimen, Asylsuchenden und Sinti und Roma, die derzeit wesentliche Elemente von Rechtspopulismus sind. In *Tabelle 4* sind die korrelativen Zusammenhänge weiterer menschenfeindlicher Vorurteile mit rechtspopulistischen, rechtsextremen und neurechten Orientierungen abgebildet. Ebenso finden sich hier noch einmal die Korrelationen zu einer generellen Gewaltbilligung und -bereitschaft; manifeste Gewalt wird nicht erfasst. Diese sprechen für die These, nach der die genannten Überzeugungen das Potential zur Radikalisierung mitbringen.

Rechtspopulistische, rechtsextreme und neurechte Orientierungen korrelieren hoch signifikant ( $p < .001$ ) mit menschenfeindlichen Vorurteilen, die nicht bereits als wesentliche Subdimensionen dieser Orientierungen diskutiert beziehungsweise erfasst wurden. Ebenso hängen sie deutlich positiv mit generellen Gewaltabsichten zusammen: Je stärker Befragte rechtspopulistischen, rechtsextremen und neurechten Orientierungen zustimmen, desto eher neigen sie zu GMF. Sie zeigen sich auch allgemein gewaltbilligender und -bereiter, wenn sie ihre Interessen beziehungsweise Vormachtstellung behaupten wollen.

Tabelle 4: *Interkorrelationen zwischen menschenfeindlichen Einstellungen, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, einer neurechten Orientierung und Gewaltintentionen*<sup>6</sup>

	<i>Rechts- populismus</i>	<i>Rechts- extremismus</i>	<i>neurechte Orientierung</i>
Ethnischer Rassismus	.44	.58	.35
Sexismus	.32	.44	.22
Abwertung homosexueller Personen	.35	.41	.25
Abwertung von Trans* Personen	.34	.38	.23
Abwertung wohnungsloser Personen	.45	.37	-
Abwertung behinderter Personen	.23	.36	-
Abwertung langzeitarbeitsloser Personen	.48	.47	.44
Etabliertenvorrechte	.57	.47	.43
Gewaltbilligung	.32	.46	.26
Gewaltbereitschaft	.37	.44	.35
Rechtspopulismus		.71	.69
Rechtsextremismus		-	.62

#### 4.5 Anfälligkeit für extremistische Orientierungen

Kriminologisch sind menschenfeindliche, rechtspopulistische und neurechte Orientierungen vor allem im Zusammenhang mit extremistischen beziehungsweise – im Kontext der Studien genauer – rechtsextremen Orientierungen interessant. Eine These der Radikalisierung von Teilen der Mehrheitsgesellschaft würde annehmen, dass menschenfeindliche, rechtspopulistische und neurechte Orientierungen wesentlich für die Vorhersage von Rechtsextremismus sind. Unabhängig davon werden diverse Erklärungen für Rechtsextremismus diskutiert, wobei für ihre Relevanz auch von Bedeutung ist, was die

---

6 Anmerkung: Die Abwertung von wohnungslosen und behinderten Personen wurde aus Platzgründen im Fragebogen nur in einer zufälligen Hälfte der Gesamtstichprobe erfasst, neurechte Einstellungen in der jeweils anderen Hälfte, so dass die Berechnung von Korrelationen nicht möglich ist.

wissenschaftliche oder praxisorientierte Fragestellung – also das Erkenntnisinteresse – ist, auf welcher Ebene der Analyse die Erklärung ansetzt (mikro, meso, makro) und welches konkrete Phänomen (Mitgliedschaften in rechtsextremen Gruppen, Straftaten, Einstellungen, Wahlverhalten etc.) erklärt werden soll. Die Frage, welche individuellen Ursachen rechtsextreme Orientierungen erklären ist, anders zu beantworten als die Frage, welche gesellschaftlichen Ursachen relevant sind oder welche Wechselwirkungen zwischen individuellen und gesellschaftlichen Faktoren für die Erklärung einer spezifischen Hasstat relevant sind.

Bei den aus den Bevölkerungsumfragen vorliegenden Datensätzen steht die Frage im Vordergrund, welche Faktoren die unterschiedlich hohe Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen in der Mitte der Gesellschaft, wie sie durch die Stichprobe repräsentiert ist, erklären können. Dieser Frage sind wir empirisch mit Hilfe linearer Regressionsanalysen nachgegangen.

Aus den Sozial- und Politikwissenschaften werden eine ganze Reihe von möglichen, in Teilen auch empirisch geprüften Erklärungen für die Phänomene Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgeschlagen (eine Übersicht findet sich unter anderem bei *Zick/Küpper* 2016). Darunter sind Erklärungen, die auf der *Mikroebene* ansetzen (unter anderem Persönlichkeit, Bildung, mangelnde Empathie und Perspektivenübernahme, individuelle Orientierungslosigkeit im Sinne von Anomia, persönliche Werthaltungen gegenüber anderen Personen beziehungsweise Gruppen), Erklärungen auf der *Mesoebene*, die Beziehungen zwischen Gruppen betrachten (unter anderem Fragen sozialer Identität, mangelnder Kontakt, das Gefühl der relativen Deprivation und Bedrohung durch eine Fremdgruppe, Einfluss der Peer-Group) und Erklärungen auf der *Makroebene* (unter anderem soziale Ungleichheit, eine regional ökonomisch schlechte Lage mit geringem Durchschnittseinkommen und hoher Arbeitslosigkeit, kulturelle Faktoren).

Inhaltlich betrachtet lassen sich die angebotenen Erklärungen mit möglichen Wechselwirkungen zwischen den Ebenen im Groben nach solchen untergliedern, die auf die jeweilige Sozialisation abstellen (unter anderem werden hier auch familiäre Faktoren diskutiert), die grundlegende Werthaltungen und Fragen der sozialen Identität betonen und einer Vielzahl von theoretischen Ansätzen, die die Ursache in Ressourcenkonflikten sehen. Zu letzteren gehören zum einen Ansätze, die faktische Armut, geringes Einkommen, soziale Ungleichheit, Entsolidarisierung oder den Kapitalismus und Neoliberalismus als Ganzes für die Entwicklung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verantwortlich machen. Zum anderen, in Teilen auch mit faktischen ökonomischen Fragen vermischt, sind dies Ansätze, die subjektive Einschätzungen der ökonomischen Lage betrachten, darunter das Gefühl der Deprivation (zum Beispiel als Person oder auch

als Land insgesamt in einer schlechten finanziellen Situation zu sein) sowie das Gefühl der individuellen und kollektiven relativen Deprivation (das heißt das Gefühl, als Person oder als Gruppe im Vergleich zu anderen, zu früher oder zu dem, was man erwartet hat, zu wenig zu haben beziehungsweise in Relation benachteiligt zu sein). Auf der gegebenenfalls objektiven und/oder subjektiven Ebene finden sich zudem Ansätze, bei denen es um den sozialen Status geht, wobei dieser nicht nur ökonomisch definiert werden kann, sondern bei dem auch Einfluss und Ansehen eine Rolle spielen (dies ist etwa beim Berufsstatus der Fall). Hier lassen sich Theorien nennen über realistische Gruppenkonflikte und Wettbewerb um materielle wie nicht materielle Ressourcen (Land, Wasser, Arbeitsplätze, Wohnraum, Zugang zu Gesundheit und Bildung, Definitionshoheit über Werte und Normen, die Höhe von Kirchtürmen und Minaretten), über soziale Abstiegsängste und Globalisierung, bei denen sowohl ökonomische als auch macht- und identitätsbezogene Aspekte eine Rolle spielen können.

Im Rahmen der *FES-Mitte-Studie* lassen sich etliche dieser Erklärungsansätze empirisch prüfen. Grundsätzlich können Meinungsumfragen zunächst nur das erheben und dann prüfen, was die Befragten sagen. Das heißt, die empirische Prüfung beschränkt sich auf Variablen, über die die Befragten Auskunft geben, wobei hier immer ihre subjektive Wahrnehmung, Einschätzung, Interpretation etc. hineinspielt. Einige Studien berücksichtigen darüber hinaus objektiv messbare Faktoren, die dem Datensatz zugespielt werden. Dies sind zum Beispiel Indikatoren zur Region, in der ein Befragter wohnt. In der vorliegenden Studie liegen lediglich Angaben zum Wohnort in Ost- oder Westdeutschland vor (andere Studien erweitern dies etwa um Daten zu den sozialökonomischen Bedingungen in der Region, gegebenenfalls auch um Angaben zum Versicherungsstand etc.; dies kann die vorliegende Auswertung nicht leisten).

Vorangegangene Analysen konnten zeigen, dass in der Tat diese objektiv erfassbaren Indikatoren zur sozialökonomischen Lage in der Region (zum Beispiel das Bruttonetprodukt, die Arbeitslosenquote, der Anteil von Migranten) einen gewissen Einfluss auf unter anderem fremdenfeindliche Einstellungen oder die Wahl rechter Parteien hat. Subjektive Faktoren wie Gefühle von Bedrohung, relativer Deprivation, den Werthaltungen, dem intergruppalen Kontakt etc. haben allerdings in der Regel einen weitaus stärkeren Einfluss beziehungsweise vermitteln den Einfluss von Regionsfaktoren, haben sie doch auch einen deutlich näheren Bezug zu den menschenfeindlichen, rechtspopulistischen beziehungsweise rechtsextremen Einstellungen, die sie erklären sollen (das heißt sie werden auf der gleichen Ebene erfasst).

Konkret wurden in der *FES-Mitte-Studie* 2016 eine Reihe zentraler grundlegender Werthaltungen erfasst, die bereits vielfach als Prädiktoren von Vorurteilen beziehungsweise zum Teil auch von rechtsextremen Einstellungen

empirisch bestätigt wurden. Dazu gehört insbesondere die soziale Dominanzorientierung, die als Kern eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit identifiziert und bestätigt wurde (Zick et al. 2008; Groß et al. 2012). Die soziale Dominanzorientierung bezeichnet eine grundlegend befürwortende Haltung zu Hierarchie beziehungsweise Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen. Dazu zählt auch der Autoritarismus, der eine grundlegende Haltung zu (vermeintlicher beziehungsweise wahrgenommener) Normabweichung ausdrückt und der sich sowohl in der Bereitschaft zu eigener Unterordnung als auch in der Forderung nach Unterordnung, Disziplin und Gehorsam an andere manifestiert (unter anderem Altemeyer 1988). Während einige Autoren Autoritarismus (ähnlich auch die soziale Dominanzorientierung) als generalisierte Werthaltung behandeln, verstehen andere ihn als Persönlichkeitseigenschaft. In jedem Fall aber sind sowohl der Autoritarismus als auch die soziale Dominanzorientierung tief in einer Person verankert und bestimmen ihre jeweilige Weltsicht. Dabei nehmen sie die Welt primär als bedrohlichen Ort oder als kompetitiven Dschungel wahr und leiten daraus entsprechende Abwertungen anderer sozialer Gruppen (zum Beispiel von „Fremden“, Eingewanderten, kulturellen, religiösen oder sozialen Minderheiten, homosexuellen Personen, Frauen etc.) ab. Beide Werthaltungen wurden insbesondere in der sozialpsychologischen Forschung vielfach als wesentliche Prädiktoren von Vorurteilen bestätigt (siehe Meta-Analysen von Sibley/Duckitt 2008). Die soziale Dominanzorientierung ließ sich zudem als verbindender Kern eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit belegen (Zick et al. 2008). Autoritarismus gilt zudem als wichtiger Bestandteil von Rechtspopulismus. Darüber hinaus kann auch die generelle Haltung zu Vielfalt im Sinne von Diversität und damit verbunden die Wahrnehmung von Zusammenhalt (beziehungsweise umgekehrt, der Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch kulturelle Vielfalt), das heißt eine grundsätzlich positive oder negative Einstellung zu kultureller und sozialer Vielfalt als möglicher Erklärungsfaktor in die empirische Prüfung einbezogen werden. Die vier dazu verwendeten Aussagen messen zuverlässig das gleiche Konstrukt (Cronbachs Alpha = .76); empirisch dazu unter anderem auch Küpper et al. (2010). Außerdem wurde bereits in vorgehenden Erhebungen eine neoliberale Werthaltung als Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus bestätigt. Diese ist hier abgebildet durch eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bemisst und fordert, keine Rücksicht auf Schwächere zu nehmen (Groß/Hövermann 2014). Bemerkenswert ist, dass auch potentielle Wähler der AfD überdurchschnittlich häufig eine neoliberale Weltsicht vertreten (Groß/Hövermann 2014). Ergänzend wurden in diesem Block auch Demokratiemisstrauen und das Gefühl politischer Machtlosigkeit berücksichtigt.

Theorien, die die soziale Identität als Erklärungsfaktor für Rechtspopulismus und gegebenenfalls auch Rechtsextremismus hervorheben, lassen sich in der *FES-Mitte-Studie* 2016 zum einen über die direkte Frage nach der eigenen nationalen Identität („Wie sehr fühlen Sie sich als Deutsche/r?“) abbilden, zum anderen über die Frage danach, stolz darauf zu sein, Deutsche/r zu sein (was als Indikator für Nationalismus gilt und damit inhaltlich sehr eng am Rechtsextremismus ist) beziehungsweise der Frage nach dem Stolz auf die deutsche Demokratie und Verfassung, die als Indikator für Patriotismus gelten kann. Beide Stolz-Facetten wurden als kausale Prädiktoren von Fremdenfeindlichkeit bestätigt: Ist bei einer Person der Nationalismus ausgeprägt, steigt die Fremdenfeindlichkeit zu einem zeitlich späteren Zeitpunkt, ist sie hingegen verfassungspatriotisch eingestellt, sinkt die Fremdenfeindlichkeit (*Wagner et al.* 2012). Zudem kann hier auch die Frage nach Kontakten zu Personen mit Migrationshintergrund ein interessanter Faktor sein, die in der *FES-Mitte-Studie* über die Frage nach der geschätzten Anzahl von Freunden und Bekannten mit Migrationshintergrund (keine bis viele) operationalisiert wurde. Intergruppaler Kontakt wurde vielfach als wesentlicher Prädiktor von Vorurteilen (vor allem von ethnischem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit) bestätigt (siehe die Meta-Analyse von *Pettigrew/Tropp* 2006). Es lassen sich sogar sekundäre Transfereffekte nachweisen, das heißt ein Kontakt mit Eingewanderten reduziert nicht nur fremdenfeindliche, sondern beispielsweise auch homophobe Einstellungen (*Schmid et al.* 2012). Auch wenn ein solcher Kontakt sowohl positive als auch negative Erfahrungen mit Fremdgruppen bedeuten kann, trägt häufiger Kontakt zu Personen, die einer „Fremdgruppe“ zugeordnet werden, zur Reduktion von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei. Ein Grund ist sicherlich, dass ein solcher Kontakt eine eher realistische Einschätzung, das Erkennen von Ähnlichkeiten und die Wahrnehmung von Heterogenität der „Fremdgruppe“ (im Sinne von „es gibt eben solche und solche überall“) ermöglicht und stereotype Wahrnehmungen und pauschalisierende Bewertungen so in den Hintergrund rücken.

In der letzten Umfrage 2016 finden sich außerdem eine Reihe von Fragen, die als Indikatoren für ressourcentheoretische Ansätze dienen können. Das sind zum einen Fragen nach dem Einkommen (hier als Nettoäquivalenzeinkommen operationalisiert, das das individuelle Haushaltseinkommen mit der Anzahl von Personen im Haushalt in Beziehung setzt), zum anderen Fragen nach der subjektiven Einschätzung der ökonomischen Lage Deutschlands beziehungsweise der eigenen finanziellen Lage, nach dem Gefühl, durch die finanziellen Entwicklungen bedroht zu sein, sowie nach dem Gefühl der Benachteiligung von „Deutschen“ gegenüber „Ausländern“ als Indikator für die kollektive relative Deprivation.



Im Folgenden werden die Ergebnisse linearer Regressionsanalysen vorgestellt, in die diese Erklärungsfaktoren aufgenommen wurden. Die zu erklärenden Variablen sind rechtsextreme Einstellungen, wie sie in der *FES-Mitte-Studie* über 18 einzelne Aussagen erfasst werden, über die jeweils drei politische und drei soziale Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen operationalisiert werden. Für den Index rechtsextreme Einstellungen wurde der Mittelwert aus diesen Aussagen gebildet; die Skala ist mit Cronbachs Alpha = .93 hoch reliabel, das heißt die verwendeten Aussagen messen das unmittelbar dahinterstehende Konstrukt sehr zuverlässig. Zunächst wurde eine offene Regressionsanalyse gerechnet, in die alle Variablen zugleich eingespeist wurden. Die Analyse wurde jeweils um demographische Variablen kontrolliert, die jeweils im letzten Block eingegeben wurden (Alter, Geschlecht, Wohnort in Ost- oder Westdeutschland, Nettoäquivalenzeinkommen). Betont werden dabei muss, dass die zum Teil hohen Interkorrelationen zwischen den Prädiktoren anraten, die Rangreihe der Einflussfaktoren nicht überzubewerten. Generell empfiehlt es sich, bei solchen komplexen Regressionsanalysen mit vielen Prädiktoren weniger auf ganz konkrete Einzelergebnisse zu schauen, als vielmehr das Muster der Befunde verschiedener alternativer Berechnungen zu würdigen. Zusammen können die berücksichtigten 14 möglichen inhaltlichen Prädiktoren und die fünf demographischen Faktoren einen Anteil von 66 % rechtsextremer Einstellungen erklären. In der offenen Regressionsanalyse, in der der Einfluss von demographischen Variablen kontrolliert ist, sind in absteigender Reihenfolge die Wahrnehmung von und Haltung zu sozialer Kohäsion beziehungsweise Diversität sowie die soziale Dominanzorientierung erklärungskräftig. Etwas weniger erklärend, aber noch bedeutsam sind ökonomistische Werthaltungen und der Autoritarismus.

Das sind Variablen, in denen sich eine übergreifende Werthaltung spiegelt. Der starke Einfluss der beiden erstgenannten Variablen auf die möglichen Mobilisierungseffekte eines Alltagsrassismus für Rechtsextremismus ist eng mit menschenfeindlichen Vorurteilen verbunden.

Eine vergleichsweise hohe Erklärungskraft haben ferner der Nationalstolz und der Verfassungspatriotismus (mit Ersterem nehmen rechtsextreme Einstellungen zu, mit Letzterem ab) – zwei Variablen, die auch konzeptuell sehr eng an den zu erklärenden rechtsextremen Einstellungen liegen. Weniger stark, aber ebenfalls hoch signifikant, ist der Einfluss des Demokratiemisstrauens. Das Gefühl politischer Machtlosigkeit hat hingegen keinen signifikanten Einfluss, wobei die hohe Interkorrelation zwischen diesen beiden Variablen Suppressoreffekte wahrscheinlich macht, das heißt auch dies sollte nicht zu hoch bewertet werden. Es folgen die ebenfalls signifikanten Prädiktoren fraternal (gruppenbezogene) relative Deprivation, das heißt der Eindruck, Deutsche würden im

Vergleich zu Ausländern benachteiligt, und intergruppalen Kontakt. Keinen signifikanten Einfluss hat hingegen die subjektive Deprivation, erfasst über die Frage nach der ökonomischen Lage Deutschlands beziehungsweise der eigenen finanziellen Situation, und nach dem Gefühl der Bedrohung durch die finanzielle Entwicklung. Auch die soziale Identität als Deutscher im Sinne des sich-als-Deutsche/r-Fühlens ist nicht erklärungskräftig. Von den demographischen Variablen haben, wenn, dann vor allem das Einkommen und das Geschlecht einen Einfluss, nur marginal signifikant auch die Bildung; das Alter und das Wohnen in Ost- oder Westdeutschland haben keinen Einfluss (gleiches gilt, wenn stattdessen berücksichtigt wird, wo eine befragte Person überwiegend aufgewachsen ist, im Osten oder im Westen Deutschlands). Die demographischen Variablen haben im Übrigen so gut wie keinen kontrollierenden Effekt auf die zuvor genannten Prädiktoren, das heißt deren Einfluss ändert sich mit dem Einbezug der demographischen Variablen quasi nicht.

Das sich hier abzeichnende Muster bestätigt sich noch einmal in der zweiten Regressionsanalyse, in der die drei Erklärungsblöcke aus ressourcen- und identitätstheoretisch basierten Prädiktoren sowie generalisierten Werthaltungen einschließlich Demokratiemisstrauen und politischer Machtlosigkeit blockweise nacheinander aufgenommen wurden, sodass sich jeweils auch Veränderungen erkennen lassen (es wurden mehrere Analysen mit jeweils unterschiedlicher Reihenfolge der Blöcke getestet). Hierbei bestätigt sich erneut die vergleichsweise geringe Erklärungskraft der ressourcentheoretischen Prädiktoren, eine etwas stärkere der identitätsbezogenen Variablen und die Stärkste der generalisierten Werthaltungen. Demographische Variablen spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Von Schritt zu Schritt verändert sich die Erklärungskraft der einzelnen Prädiktoren nur geringfügig mit einigen interessanten Auffälligkeiten. So reduziert sich die Erklärungskraft der ressourcentheoretischen Variablen, die, wenn als erster Block eingegeben, noch erkennbar ist, durch die Hinzunahme der identitätsbezogenen Variablen im zweiten Block. Das gilt vor allem für die Erklärungskraft der subjektiven Einschätzung der ökonomischen Lage Deutschlands und der kollektiven relativen Deprivation. Das bedeutet, die Erklärungskraft dieser Prädiktoren wird durch die identitätsbezogenen Variablen mediert, anders ausgedrückt, sie haben Erklärungskraft, weil dabei auch Fragen der sozialen Identität hineinspielen, es also offenbar nicht nur um Ressourcenfragen geht. Dreht man die Eingabe der Blöcke um, tritt kein solch deutlicher Mediationseffekt auf. Mit Hinzunahme der Werthaltungen als dritter Block reduziert sich die Erklärungskraft sowohl der ressourcentheoretischen als auch der identitätsbezogenen Prädiktoren weiter. Wieder spielen die demographischen Variablen für die Effekte der anderen Variablen keine wesentliche Rolle. Wird die Reihenfolge der Eingabe der Blöcke so verändert, dass zunächst die Werthaltungen

eingespeist werden, bestätigt sich das Muster: Generalisierte Werthaltungen haben mit Abstand die größte Erklärungskraft, identitätsbezogene haben noch geringe und ressourcentheoretische Ansätze vergleichsweise keine Bedeutung, ebenso wie demographische Variablen.

Zusätzlich wurde der Einfluss der demographischen Variablen einschließlich des individuellen Einkommens noch einmal genauer geprüft, indem sie als erster Block eingegeben wurden, gefolgt von den anderen Blöcken. Hierbei hat dann mit Abstand die Bildung den größten Einfluss, gefolgt vom Einkommen und dann dem Alter. Mit Hinzunahme der subjektiven ressourcentheoretischen Ansätze im zweiten Block reduziert sich aber der Effekt von Bildung und Einkommen (und auch des Alters) erheblich, während die Effekte von Geschlecht und der Ost-West-Zugehörigkeit (gemessen am Hauptwohnsitz) etwas zunehmen. Das heißt, die Erklärungskraft von Statusvariablen wie Bildung und Einkommen werden durch subjektive Einschätzungen der eigenen ökonomischen Lage vermittelt – es geht letztlich also weniger um diese objektiven Faktoren als vielmehr um subjektive Einschätzungen. Interessant ist, dass der Einfluss der Bildung sich unter Hinzunahme der identitätsbezogenen Variablen im dritten Block und dann von Werthaltungen im vierten Block Schritt für Schritt weiter verringert. Ganz ähnlich lässt sich dies auch für den Einfluss des Einkommens beobachten, wobei hier vor allem die Werthaltungen von Bedeutung sind. Dies unterstreicht noch einmal vorherige Befunde, wonach Schulbildung nicht per se einen verringernenden Effekt auf Ressentiments (in dem geprüften Fall Fremdenfeindlichkeit) hat, sondern es auf die Art der Bildung ankommt (vgl. *Hello et al.* 2002). Für das objektive Einkommen lässt sich festhalten: Mit geringerem Einkommen sind rechtsextreme Einstellungen wahrscheinlicher, hier kommt es aber dann ganz erheblich auf die subjektive Einschätzung der eigenen Lage und die persönlichen Werthaltungen an.

In einem letzten Schritt wurde GMF in die Regression eingebracht. Hierfür wurde ein GMF-Index aus solchen Elementen gebildet, die nicht unmittelbar in der gewählten Erfassung rechtsextremer Orientierungen enthalten sind beziehungsweise (zuvor faktorenanalytisch geprüft) korrelativ damit besonders eng zusammenhängen. Enthalten sind in diesem verkürzten, aber reliablen GMF-Index ethnischer Rassismus, Sexismus sowie die Abwertung von homosexuellen und Trans\* Personen (Cronbachs Alpha = .76). Die Abwertung von behinderten Personen lädt ebenfalls hoch auf diesem Faktor, wurde aber aus Platzgründen im Fragebogen nur in einer zufälligen Hälfte der Gesamtstichprobe erfasst und daher hier nicht eingeschlossen. Die Abwertung von langzeitarbeitslosen Personen lädt deutlich auf denselben Faktor wie Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte und die Abwertung von Asylsuchenden, Sinti und Roma und Muslimen. Dieser verkürzte GMF-Index liefert einen

weiteren zwar kleinen, aber signifikanten Teil an Varianzaufklärung für rechtsextreme Einstellungen nicht nur über die ressourcen- und identitätstheoretisch basierten Variablen, sondern selbst noch über die generalisierten Werthaltungen hinaus, die zumindest in Teilen als Annäherungsmaße für GMF verstanden werden können. In jedem Fall wird dadurch noch einmal die Bedeutung von generalisierten Werthaltungen und Alltagsrassismen für das Verständnis rechtsextremer Einstellungen unterstrichen. *Tabelle 5* zeigt die Ergebnisse dieser letzten Regressionsanalyse.

Um rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, die sich weitgehend selbst nicht als rechtsextrem versteht und auch keine eindeutig rechtsextremen Parteien wählt, aber dennoch zentrale Meinungen des Rechtsextremismus teilt und nicht selten auch Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen für legitim hält, zu erklären, sind, wie die Befunde noch einmal belegen, viele Faktoren von Bedeutung. Insbesondere grundlegende Werthaltungen haben Erklärungskraft, die zudem zum Teil die Wirkung anderer Faktoren vermitteln. Personen aus objektiv schlechter sozialer Lage, hier gemessen an Einkommen und Bildung, neigen eher zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Meinungen beziehungsweise sind für die Akteure der entsprechenden Milieus leichter ansprechbar. Ganz eindeutig geht es hier aber nicht primär allein um Personen in schlechter ökonomischer Lage oder mit Abstiegsängsten. Vielmehr sind identitätsbezogene – weniger die gefühlte Identität als Deutsche, sondern wenn, dann Nationalstolz, ein geringer Verfassungspatriotismus und mangelnder Kontakt zu Eingewanderten – und insbesondere grundlegende Werthaltungen zu Vielfalt und sozialer Hierarchie von Bedeutung.

Dies zeigt sich ähnlich auch beim Einfluss der Bildung: Es ist nicht die formale Bildung an sich, sondern die Werthaltung, die mit der Bildung einhergeht – das unterstreicht die Bedeutung von Demokratiebildung. Weitverbreitete Alltagsrassismen, wie sie sich in den GMF-Elementen spiegeln, sind hier Mittel zum Zweck. Sie bieten Mobilisierungsmöglichkeiten, lässt sich über sie doch auf einfache und bequeme Art zum einen die eigene Zugehörigkeit unterstreichen, zum anderen die eigene Aufwertung betreiben, unterstützt durch Weltsichten, die hier Legitimierung bieten: wie vielfältig oder vermeintlich homogen die Gesellschaft und ihr Zusammenhalt sein soll, wer oben, wer unten zu sein hat, wie autoritär oder liberal mit Abweichungen umzugehen ist. Hier spielt – dies ist aus anderen Studien bekannt – auch die Frage eine Rolle, als wie bedrohlich oder mit wieviel Neugier und Offenheit die Welt wahrgenommen wird.

Tabelle 5: Vorhersage rechtsextremer Einstellungen durch theoriebasierte Prädiktoren (blockweise lineare Regressionsanalyse; beta-Werte und Signifikanzen).

Prädiktor	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4	Model 5
aktuelle wirtschaftl. Lage Deutschlands	-.20***	-.12***	-.04	-.07*	-.07**
eigene finanzielle Lage	-.05	-.05	-.01	.01	.00
bedroht durch wirtschaftl. Entwicklung	.09**	.09**	-.01	-.01	-.00
relative Deprivation Deutsche/Ausländer	.26***	.17***	.07**	.07**	.07**
fühle mich als Deutscher (Identität)		.01	.01	.01	.01
Nationalstolz		-.22***	-.11***	-.10***	-.09**
Verfassungspatriotismus		.26***	.08**	.08**	.07**
Kontakt (Freunde m. Migrationshinterg.)		.20***	.09***	.07***	.09**
pro Diversity Haltung			.39***	.33***	.33***
soziale Dominanzorientierung			.17***	.12***	.12***
Law-and-Order Autoritarismus			.08**	.06**	.05*
ökonomistische Werthaltung			.16***	.11***	.10***
Demokratiemisstrauen			.08**	.09***	.09***
politische Machtlosigkeit			.01	-.01	-.02
GMF-Index (verkürzt)				.25***	.26***
Geschlecht					-.02
Alter					-.10***
Ost-/Westdeutsch					-.01
Bildung					-.04
Einkommen					-.04*
R <sup>2</sup>	.18***	.32***	.61***	.66***	.67***

Anm.: Interkorrelationen von  $r = .4$  bis  $< .5$ : Demokratiemisstrauen mit politischer Machtlosigkeit, pro Diversity Haltung, Autoritarismus; pro Diversity/Autoritarismus; von  $r .3$  bis  $< .4$ : pro Diversity mit ökonomistischer Werthaltung, soziale Dominanzorientierung; Autoritarismus mit ökonomistischer Werthaltung, politischer Machtlosigkeit; Beurteilung der ökonomischen Lage Deutschlands mit Beurteilung der eigenen finanziellen Situation, geringem Verfassungspatriotismus; relative Deprivation mit geringem Verfassungspatriotismus, pro Diversity, Einkommen mit der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation, Bildung.

## 5. Hinwendung und Abwendung im Radikalisierungsprozess

Die zuletzt durchgeführten Analysen zeichnen Zusammenhänge in der Querschnittsbevölkerung nach, die auf zumindest radikalisierungsfähige Stimmungen hinweisen. Mit Daten aus nur zu einem Zeitpunkt durchgeführten Befragungen und dem Blick auf einen Extremismus, der sich an Meinungen in der Mitte orientiert, können keine genauen kausalen Aussagen (im Sinne von „Wenn-Dann-Sätzen“) und auch keine Prozesse abgebildet werden. Allerdings zeigen sie Muster von vorhandenen, das heißt auch sich zuvor entwickelten Weltbildern auf, die für die Analyse von Polarisationen und Radikalisierungen relevant sind. Die gesellschaftliche Gefahr von politischen Orientierungen, wie sie skizziert wurden, ist in ihrer Radikalisierungsfähigkeit begründet. Wir können auf der Grundlage von Studien über die Meinungen der Mitte, also von Menschen, die zunächst nicht dem extremistischen Spektrum zuzuordnen sind, nur in geringem Ausmaß erkunden, ob Personen als ‚nur‘ radikal und menschenfeindlich oder schon extremistisch und gewaltbereit zu qualifizieren sind. Allerdings besteht erstens das Risiko, dass sich eine Person mit den oben beschriebenen Orientierungen radikalisiert, immer stärker von einem normativen Grundkonsens abweicht und dies dann auch in Handlung übersetzt. Zweitens bedeuten die dokumentierten Orientierungen auch ein gesellschaftliches Risiko dahingehend, dass organisierte extremistische Gruppen darauf angewiesen sind, aus der Mitte der Gesellschaft zu rekrutieren, Menschen der Mitte für eine Unterstützung durch Meinungen zu mobilisieren, um sich als ‚Vollstrecker der Volksmeinung‘ inszenieren können, aber auch, um ganz konkret in ihrem Tun Rückendeckung zu erhalten (wie dies beispielsweise offenbar im Umfeld des NSU der Fall war, der nicht zuletzt auch durch eine wegsehende oder sogar verdeckt zustimmende Nachbarschaft profitiert hat). Drittens kann eine Radikalisierung in den Extremismus leichter erfolgen, wenn sich die gesellschaftlichen Orientierungen polarisieren, das heißt Personen, die sich ohnehin schon als widerständige Minderheit inszenieren, können sich zunehmend noch stärker aus dem demokratischen Konsens entkoppeln und radikale menschenfeindliche und andere Orientierungen entwickeln. Eine solche Polarisierung wurde für Personen nachgezeichnet, die mit der AfD sympathisieren.

Radikalisierung bezeichnet im engeren Sinne einen Prozess, in dem sich Gefühle, Überzeugungen und Verhalten, die gesellschaftlichen Normen widersprechen, extremisieren und aus denen heraus Gewalt gerechtfertigt, vorbereitet und ausgeübt wird (vgl. Zick/Böckler 2015). Inwieweit die Radikalisierung dann zu einer extremen Orientierung führt, die nach einer gewaltsamen Veränderung bestehender Verhältnisse strebt (so die Auffassung von Beelmann 2017), ist eine

Frage, die eher in Analysen behandelt werden kann, die einen Prozess von der Einstellung zur Handlung untersuchen. Zudem ist für die Frage einer ‚Radikalisierung zum Rechtsextremismus‘ auch relevant, unter welchen Bedingungen sich Menschen zu rechtsextremen Gruppen und Milieus hinwenden. Dabei wiederum ist die Frage nach den makro-, meso- und mikrosozialen Bedingungen zu stellen. Die bisherigen empirischen Analysen fokussieren eher meso- und mikrosoziale Bedingungen und richten einen Blick auf soziale Wahrnehmungs- und Erfahrungsmuster. In der Rechtsextremismusforschung werden zudem unterschiedliche Hypothesen und Modelle der Polarisierung und Radikalisierung vertreten, die mehr oder weniger auch historische Entwicklungen des Extremismus in den Blick nehmen (vgl. zum Beispiel Rydgren 2005).

Radikalisierung ist also eine zunehmende Abwendung von normativen Bezugskontexten, ein Prozess zunehmender Entbindung von der Gesellschaft bei zunehmender Hinwendung zu extremistischen Gruppen, Ideologien und Verhaltensabsichten. *Abbildung 9* zeigt ein einfaches Modell dieser Radikalisierung, das sich an *Sprinzak* (1995) und *Grumke* (2013) anlehnt und deren grundlegende Annahmen durch die Beachtung zentraler Mechanismen der Radikalisierung erweitert.

Demnach radikalisieren sich Mitglieder einer Gesellschaft zunehmend in rechtsextremen Milieus, wenn sie in eine Vertrauenskrise gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen, Normen und Werten geraten und ‚anfällig‘ für Formen des (noch) legalen Protestes werden, den sie aber mit extremistischen Gruppen und Milieus teilen. Diese wirken durch Identitätsangebote (nationale Identitäten, Zugehörigkeiten, Wir-Gefühle und Selbstwert) derart ein, dass Personen und Gruppen in einen Legitimationskonflikt bezüglich ihrer Wert- und Normvorstellungen geraten und eine offene Konfrontation sowie vereinzelte Formen der Gewaltausübung akzeptieren. Wiederum durch Mechanismen der online wie offline Propaganda, die vor allem Feindbilder von bedrohlichen und für die Krise verantwortlichen Gruppen (Outgroups) zeichnen, können Personen und Gruppen in eine Legitimationskrise überführt werden, in der sie herkömmliche „Mainstream“-Normen nicht mehr rechtfertigen können und stattdessen die Norm- und Wertsysteme rechtsextremer Milieus übernehmen. Die Depersonalisierung ihrer vorherigen Identität und die Entmenschlichung der Feinde führen zur Übernahme der rechtsextremistischen Identität, die dann Hasstaten und (begrenzt) auch terroristische Aktivitäten direkt oder in Form von Unterstützung und Rechtfertigung ermöglicht. Facetten der Krisen und Konflikte bilden sich in den berichteten Studien ab.

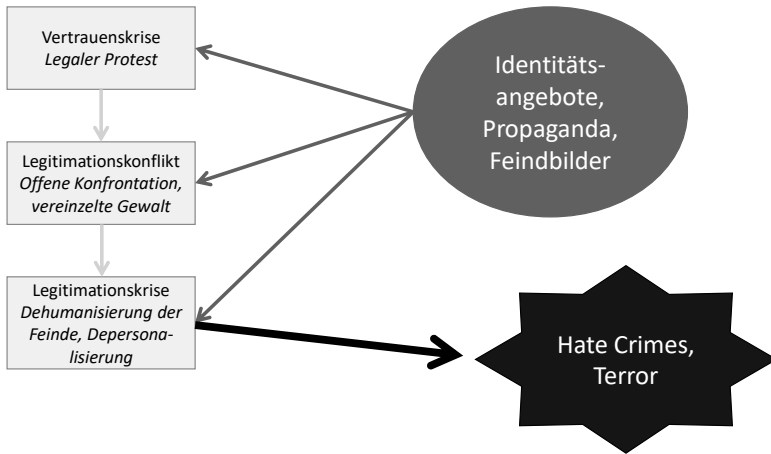


Abbildung 9: Modell der Radikalisierung zu Hasstaten (in Anlehnung an Grumke 2013; Sprinzak 1995)

Zentral für die Radikalisierung von ersten frühen Formen menschenfeindlicher Einstellungen hin zu einer Annahme von Ideologien und Handlungen rechtsextremer Gruppen ist die soziale Identifikation, die einer Übernahme der rechtsextremen Gruppenidentitäten entspricht (vgl. Zick 2005). Die Forschung zeigt, dass die Agitation und Propaganda rechtsextremer Gruppen genau darauf abzielt, ihre Mitglieder wie auch jene, die Sympathien für Bruchstücke rechtsextremer Weltbilder zeigen, in Konflikte um soziale Räume, die Kommunikation und Repräsentation ‚des Volkes‘, die Frage, wer Täter oder Opfer ist, und die Deutung von historischen Wahrheiten und Interpretationen zu ziehen (vgl. Glaser/Pfeifer 2017).

Menschenfeindliche Vorurteile, Bilder, Narrative oder Praktiken sind dabei wesentlich für die Konstruktion der Feindbilder, derer sich die extremistische Identität bedient. Sirseloudi und Reineke de Buitrago (2016) haben die Feindbilder nach Selbstbildern der Überlegenheit, menschenfeindlichen Bildern, Bildern der Selbstverteidigung als Gewaltlegitimierung, der identitätsstiftenden Konfrontationsgewalt und des „Der Staat“ als Helfer des Feindes unterschieden. Diese Bilder werden konstruiert und offline wie online in Kommunikation und Kultur inszeniert. Haase (2014) hat die Feindbilder durch Analysen rechtsextremer Musik unterschieden in a) populäre Feindbilder der ‚Fremden‘, die Kohäsion und Differenz der Gruppen erzeugen sollen, b) rassistisch-dehumanisierenden Bilder des Feindes und c) indizierungsresistente Bilder, bei denen die nicht



näher bestimmten Feinde („Sie“, „die da oben“ etc.) umso bedrohlicher erscheinen, weil sie vage sind oder die Wahrheit bedrohen. Bei genauerer Lektüre von Studien über rechtsextreme Propaganda, Agitationen, Kommunikationen und Kulturen fällt auf, wie sehr sie menschenfeindliche Orientierungen erzeugen müssen und wie stark die Überschneidungen mit Einstellungen und Weltbildern in nicht eindeutig rechtsextremen Milieus sind. Dazu gehören rechtspopulistische Milieus und noch viel mehr die berichteten neurechten Orientierungen. Letztere sind vor allem deshalb radikalisierungsfähiger, weil sie Widerstand und Wiederherstellung von vermeintlich normalen, eben etablierten und tradierten nationalen Identitäten propagieren und auf einfache menschenfeindliche und rassistische Meinungen nur indirekt zurückgreifen.

Nach dem Wissenschaftsbarometer 2017 nannten 10 % der in einer repräsentativen Stichprobe befragten Bundesbürger, die Sicherheit als den Bereich, zu dem zukünftig am intensivsten geforscht werden sollte. Die entscheidende Frage ist, von welcher Sicherheit die Rede ist.

Aus Sicht der Analyse von menschenfeindlichen Orientierungen im Kontext von extremistischen wie auch populistischen Ideologien müsste von einer zivilgesellschaftlichen Sicherheit die Rede sein – zu der explizit auch die Sicherheit von jenen gehört, die von Menschenfeindlichkeit bedroht werden –, die auch kriminologisch hoch relevant ist. Aus dieser Sicht kann die Analyse von Radikalisierungsprozessen einen wesentlichen Beitrag leisten und zugleich eine Brücke zwischen der kriminologischen Forschung und anderen Forschungszugängen sein, wie sie die Konflikt- und Gewaltforschung oder auch die Extremismusforschung bieten. Die kriminologische Forschung wiederum könnte und sollte sich als Grundlagenwissenschaft verstehen, die neben einer grundständigen Analyse der Phänomene, Ursachen und Konsequenzen von zivilgesellschaftlich gefährdenden Phänomenen auch die Präventionsforschung umfasst, also die Evaluations-, Begleit- und Wirkungsforschung. Eine dritte Säule könnte die angewandte Kriminologie sein, also die Forschung zur Praxis und unter Umständen zu Fragen des Wissenstransfers. Auch hierzu kann sie auf Wissensbestände der gesellschaftlichen Bedeutung von Forschungen zu den vorliegend skizzierten Entwicklungen zurückgreifen. Die in der gegenwärtigen Bundesregierung vorgenommene Stärkung der Demokratie umfasst bereits die ‚Bekämpfung‘ von menschenfeindlichen und rechtsextremen Tendenzen. Spätestens nach den Krawallen rechtsextremistischer Gruppen in Chemnitz im August 2018, bei denen sich auch Repräsentanten rechtspopulistischer wie neurechter Gruppen bewusst in der Öffentlichkeit gezeigt haben, wird deutlich, wie wichtig eine Analyse der Radikalisierung in der Gesellschaft ist und dass einige der Anzeichen in der Forschung schon erkannt wurden.

## Literatur

- Ahrens, P.-A. (2015): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- Ajzen, I./Fishbein, M. (2005): The Influence of Attitudes on Behavior. In: Albarracín, D./Johnson, B.T./Zanna, M.P. (Hg.): The Handbook of Attitudes. Mahwah, NJ: Psychology Press, S. 173-221.
- Altemeyer, B. (1988): Enemies of Freedom: Understanding Right-Wing Authoritarianism. San Francisco: Jossey Bass.
- Baier, D. (2018): Report for the 23rd German Congress on Crime Prevention, in: <http://www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/4094> [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- Beelmann, A. (2017): Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus, in: <http://lpr.niedersachsen.de/html/download.cms?id=2596&datei=Gutachten-LPR%2BNiedersachsen-Version3.pdf> [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- Berntzen, L.E./Weisskircher, M. (2016): Anti-Islamic PEGIDA Beyond Germany: Explaining Differences in Mobilisation. Journal of Intercultural Studies, 37 (6), S. 556-573.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus, in: [https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/publikationen/themen/gesellschaft-integration/nap.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/publikationen/themen/gesellschaft-integration/nap.pdf?__blob=publicationFile&v=6) [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- Decker, O./Brähler, E. (im Erscheinen): Die Mitte zwischen Autoritarismus und Anerkennung. Leipziger Autoritarismus und Rechtsextremismusstudie 2018 (Arbeitstitel). Gießen: Psychosozial.
- Druxes, H./Simpson, P.A. (2016): Pegida as a European Far-Right Populist Movement. German Politics and Society, 34 (4), S. 1-16.
- Duckitt, J./Fisher, K. (2003): The Impact of Social Threat on Worldview and Ideological Attitudes. Political Psychology, 24 (1), S. 199-222.
- Foa, R.S./Mounk, Y. (2017): The signs of deconsolidation. Journal of Democracy, 28 (1), S. 5-16.
- Giebler, H./Regel, S. (2018): Who Votes Right-Wing Populist? Geographical and Individual Factors in Seven German State Elections. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Glaser, S./Pfeifer, T. (2017): Erlebniswelt Rechtsextremismus, 5. Auflage. Düsseldorf: Wochenschau Verlag.
- Groß, E./Hövermann, A. (2014): Marktförmiger Extremismus - ein Phänomen der Mitte? In: Zick, A./Klein, A. (Hg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz, S. 102-118.
- Groß, E./Zick, A./Krause, D. (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62 (16/17), S. 11-18.
- Grumke, T. (2013): „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation. In: Grumke, T./Wagner, B. (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus: Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen: Leske und Budrich, S. 43-59.

- Haase, A.-M. (2014): Weltbilder II: Hassmusik. In: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismuskforschung e.V. (Hg.): Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen. Göttingen: V&R unipress, S. 197-247.
- Häusler, A. (Hg.) (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS.
- Heitmeyer, W. (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim u.a.: Juventa.
- Heitmeyer, W. (2002-2011): Deutsche Zustände, Folge 1 bis 10. Frankfurt a.M. u.a.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W./Zick, A./Küpper, B. (2011): Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf. In: Pelinka, A. (Hg.): Vorurteile – Ursprünge, Formen, Bedeutung. Berlin u.a.: De Gruyter, S. 287-316.
- Hello, E./Gijssberts, M./Scheepers, P. (2002): Education and Ethnic Exclusionism in European Countries: Explanations for Differential Effects of Education Tested. Scandinavian Journal of Educational Research, 46 (1), S. 5-24.
- Herschinger, E./Bozay, K./Decker, O./von Drachenfeld, M./Jopke, C. (2018): Radikalisierung der Gesellschaft? Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen. PRIF-Report 8/2018, in: [https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk\\_publicationen/prif0818.pdf](https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0818.pdf) [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- Heyder, A./Iser, J./Schmidt, P. (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände – Folge 3. Frankfurt a.M. u.a.: Suhrkamp, S. 144-165.
- Kopke, C. (2017): Verschwörungsmythen und Feindbilder in der AfD und in der neuen Protestbewegung von rechts. Neue Kriminalpolitik, 29 (1), S. 49-61.
- Krause, D./Zick, A. (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Kurzskalen GMF-AB – GMF-SX. In: Kemper, C.J./Brähler, E./Zenger, M. (Hg.): Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzskalen: Standardisierte Erhebungsinstrumente für Wissenschaft und Praxis. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 100-136.
- Küpper, B. (2017): Wut, Verachtung, Abwertung: Wutbürger und ihre Angst vor Statusverlust. Politikum, 2017 (2), S. 14-22.
- Küpper, B./Wolf, C./Zick, A. (2010): Social status and anti-immigrant attitudes in Europe: An examination from the perspective of social dominance theory. International Journal of Conflict and Violence, 4 (2), S. 205-219.
- Miliopoulos, L. (2018): Ursachen für politischen Extremismus. In: Jesse, E./Mannewitz, T. (Hg.): Extremismusforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 205-243.
- Nagel, A.K./El-Menouar, Y. (2017): Engagement für Geflüchtet – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Pettigrew, T.F./Tropp, L. (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology, 90 (5), S. 751-783.
- Quent, M. (2017): Studien und Interventionen zu PEGIDA, AfD und der „Neuen Rechten“. Soziologische Revue, 40 (4), S. 525-538.
- Rathje, J. (2017): „Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. Wissen schafft Demokratie, 2017 (1), S. 238-248.

- Rydgren, J. (2005): Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. *European Journal of Political Research* 44 (3), S. 413-437.
- Sächsische Staatsregierung (2018). Sachsen-Monitor 2017, in: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2017-4556.html> [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- Schmid, K./Hewstone, M./Küpper, B./Zick, A./Wagner, U. (2012): Secondary transfer effects of intergroup contact: a cross-national comparison in Europe. *Social Psychology Quarterly*, 75 (1), S. 28-51.
- Sibley, C.G./Duckitt, J. (2008): Personality and prejudice: A meta-analysis and theoretical review. *Personality and Social Psychology Review*, 12 (3), S. 248-279.
- Sirseldoudi, M./Reinke de Buitrago, S. (2016): Konfrontative Feindbilder und ihre Entstehungsbedingungen. Eine empirische Analyse entlang der Konfliktlinien „links- versus rechtsextremistisch“ sowie „muslimfeindlich versus militant salafistisch“. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Sprinzak, E. (1995): Right-wing terrorism in a comparative perspective: The case of split delegitimization. *Terrorism and Political Violence*, 7 (1), S. 17-43.
- Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. 3. Auflage. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Thüringer Staatskanzlei (2001-2018): Thüringen-Monitor 2000-2017, in: <https://www.thue-ringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/index.aspx> [letzter Aufruf: 25.09.2018].
- von Mering, S./McCarthy, T.W. (Hg.) (2013): Right-wing radicalism today: Perspectives from Europe and the US. Milton Park.
- Wagner, U./Becker, J.C./Christ, O./Pettigrew, T.F./Schmidt, P. (2012): A longitudinal test of the relation between German nationalism, patriotism and outgroup derogation. *European Sociological Review*, 28 (3), S. 319-332.
- Weiß, V. (2017): Die autoritäre Revolte: Die NEUE RECHTE und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Zick, A. (2005): Die Konflikttheorie der Theorie der sozialen Identität. In: Bonacker, T. (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 409-426.
- Zick, A. (2016): Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Scherr, A./El-Mafaalani, A./Yüksel, G. (Hg.): Handbuch Diskriminierungsforschung. Wiesbaden: Springer, S. 59-80.
- Zick, A. (2017): Menschenfeindliche Vorurteile. In: Möller, K./Neuscheler, F. (Hg.): „Wer will die hier schon haben?“ Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer, S. 53-74.
- Zick, A./Böckler, N. (2015): Radikalisierung als Inszenierung: Vorschlag für eine Sicht auf den Prozess der Radikalisierung und die Prävention. *Forum Kriminalprävention* 2015 (3), S. 6-16.
- Zick, A./Klein, A. (Hg.) (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin: Dietz.
- Zick, A./Küpper, B. (2006): Politische Mitte. Normal feindselig. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände – Folge 4. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 115-134.
- Zick, A./Küpper, B. (Hg.) (2015a): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Dietz.
- Zick, A./Küpper, B. (2015b): Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 65 (40), S. 9-16.

- Zick, A./Küpper, B.* (2016): Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Virchow, F./Langebach, M./Häusler, A. (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 83-113.
- Zick, A./Küpper, B./Krause, D.* (Hg.) (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
- Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W.* (2008): The syndrome of group-focused enmity: The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues*, 64 (2), S. 363-383.

# Salafismus und Dschihadismus<sup>1</sup>

*Susanne Schröter und Andreas Jensen*

## Gliederung

- |   |   |
|---|---|
| 1. Einleitung   | 5. Rechtfertigungen des Dschihad            |
| 2. Historische Wurzeln  | 6. Salafistische Subkulturen                |
| 3. Dschihadismus, die gewalttätige<br>Spielart des Salafismus | 7. Akteure, Netzwerke und<br>Organisationen |
| 4. Phasen und Ziele des Dschihadismus                         | 8. Ausblick                                 |

## 1. Einleitung

*Salafismus* ist eine totalitäre Variante des Islam, die im Gegensatz zur Demokratie, den Menschenrechten und der Idee der Geschlechtergerechtigkeit steht. Sie verbindet eine in die Vergangenheit projizierte Utopie, die sich an einem idealisierten Bild des Frühislam im siebten Jahrhundert orientiert, mit modernen Elementen der Pop-Kultur und hat sich in vielen Ländern zu einer schnell wachsenden Jugendbewegung entwickelt. Auch in Deutschland wächst die Anzahl der Salafisten zunehmend. Im Jahr 2013 erfasste das *Bundesamt für Verfassungsschutz* 5.500 Personen, drei Jahre später stieg die Anzahl bereits auf 9.700 Personen an, heute werden circa 11.000 Personen dem salafistischen Milieu zugerechnet. Da Salafisten unter Muslimen Hass gegen die Mehrheitsgesellschaft verbreiten, stellt die Bewegung eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Bundesrepublik dar. Gravierender noch sind die Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit, weil ein Teil der salafistischen Szene Gewalt befürwortet und sich dem Dschihadismus genannten militanten Teil des Salafismus zuordnet. Viele Salafisten schlossen sich sogenannten dschihadistischen Milizen an, planten und führten Attentate aus, andere mordeten als Einzeltäter. Die Anschlagshäufigkeit hat in den vergangenen Jahren in Europa stark zugenommen, und im Jahr 2016 wurde auch Deutschland von mehreren Attentaten erschüttert.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag wurde auch in der MschrKrim 2018, Heft 2 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

## 2. Historische Wurzeln

Sowohl Salafismus als auch Dschihadismus sind islamistische Strömungen. Islamismus stellt eine politisierte Erscheinungsform des Islam dar und muss von anderen Spielarten des Islam unterschieden werden. Der Islam ist eine heterogene Weltreligion, die in eine Vielzahl von Strömungen, Traditionen und Denkrichtungen unterteilt werden muss, und nur eine von ihnen wird als Islamismus bezeichnet. Islamisten verfolgen die Absicht, den Islam nicht nur zur verbindlichen Leitlinie für das individuelle, sondern auch für das gesellschaftliche Leben zu erheben (vgl. *Pfahl-Traughber* 2007, S. 63). Islamistische Bewegungen streben die Errichtung eines islamischen Staates oder zumindest die Umwandlung des Rechtssystems nach den Vorgaben der Scharia an. Die für westlich-säkulare Gesellschaften typische Trennung zwischen Religion und Staat wird dabei abgelehnt oder nur als Übergangsordnung akzeptiert. Anstelle der freiheitlich demokratischen Grundordnung streben Islamisten eine vermeintlich gottgewollte Ordnung an, in der es keinen von der Religion unabhängigen Raum mehr gibt. Islamismus bedeutet daher die vollkommene Umgestaltung von Gesellschaft, Politik und Kultur anhand vermeintlicher religiöser Normen (*Seidensticker* 2014, S. 9). Nicht alle Islamisten möchten diese Transformation mit gewalttätigen Mitteln durchsetzen. Es gibt durchaus reformorientierte Akteure, die entweder über das Engagement im Alltagsleben oder über Parteipolitik Akzeptanz und Unterstützung für ihre Auffassung mobilisieren wollen (vgl. *Pfahl-Traughber* 2007, S. 63). Der gemeinsame Konsens aller Islamisten, seien sie gewaltorientiert oder nicht, besteht in der Ablehnung der Prinzipien und Werte offener Gesellschaften, insbesondere des Individualismus, der säkularen Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität.

Salafismus stellt eine Sonderform des Islamismus dar. Sie ist die derzeit am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland (*Bundesministerium des Inneren* 2017, S. 157 ff.). Der Begriff leitet sich vom arabischen Terminus *al-salaf al-salih* ab, der mit die „frommen Altvorderen“ übersetzt werden kann, womit die ersten drei Generationen von Muslimen, die im siebten Jahrhundert lebten, gemeint sind (*Schröter* 2015a, S. 1). Charakteristisch für den Salafismus ist die Orientierung an diesen ersten Muslimen, von denen Salafisten annehmen, dass sie die Normen und Werte des Islam in besonders „reiner“ Form praktiziert haben sollen. Muslime späterer Jahrhunderte stehen dagegen im Verdacht, unerlaubten Neuerungen oder vorislamischen Praktiken angehangen zu haben oder schlicht korrupt geworden zu sein. Salafisten sehen die gesellschaftliche Entwicklung seit dem siebten Jahrhundert daher als Prozess einer moralischen und religiösen Degeneration von einem idealisierten Ausgangszustand, zu dem sie wieder zurückkehren möchten.

Für diese spezielle Deutung der Geschichte beziehen sie sich auf historische Vorbilder, wie beispielsweise Ibn Tamiyya (1263-1328), einen Gelehrten der hanbalitischen Rechtsschule,<sup>2</sup> der in einer Zeit lebte, in der die Mongolen nach Westasien vorrückten, 1258 Bagdad zerstörten und das Abbasidenkalifat beendeten. Ibn Tamiyya war überzeugt, dass diese Ereignisse nur möglich waren, weil die Muslime sich vom wahren Glauben abgewandt hatten. Die Rückkehr zu den Fundamenten des Islam, das heißt zum Koran und den Überlieferungen aus dem Leben des Propheten Mohammeds als einzig legitimen Quellen der Theologie und Rechtsprechung, schien ihm der Weg, um wieder zur ehemaligen Stärke zu gelangen. Der Islam, den Ibn Tamiyya im Sinn hatte, war ein rigides und intolerantes System, das sich gegen Schiiten, Christen und Juden sowie gegen Anhänger sufistischer Orden richtete und die Todesstrafe für Abtrünnige forderte. Ein zweiter historischer Strang des Salafismus geht auf Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703-1792) zurück. Al-Wahhab, im heutigen Saudi-Arabien geboren, wurde von Ibn Tamiyyas Schriften inspiriert. Er verurteilte zeitgenössische arabische Bräuche wie die Verehrung von Steinen, Bäumen und Gräbern sowie Musik, Tanz, den Genuss von Tabak und andere Vergnügungen als Häresie und ließ sie verbieten, nachdem er durch eine 1744 geschlossene Allianz mit Muhammad Ibn Saud zu Macht und Einfluss gekommen war.

Eine weitere Wurzel des Salafismus bildete sich im Ägypten des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert heraus und wurde durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches begründet. Ähnlich wie die Zerstörung Bagdads wurden das Ende des letzten Kalifats und der Siegeszug europäischer Armeen als Krise des Islam wahrgenommen. Die Antworten muslimischer Intellektueller auf diese Ereignisse, so der Historiker *Bernhard Lewis*, seien primär religiös gewesen (*Lewis* 1994, S. 151). Wie al-Wahhab oder Ibn Tamiyya waren sie davon überzeugt, die offenkundige Schwäche der muslimischen Gesellschaften durch eine Rückkehr zu den Quellen des Islam überwinden zu können. Da sie den *al-salaf al-salih* nacheiferten, bezeichnete man sie im Arabischen als Salafiyya und im Deutschen als Salafisten. Einer von ihnen war Jamal al-Din al-Afghani (1838-1897), der eine Synthese zwischen moderner Technologie und islamischer Werteorientierung anstrebte und damit den Grundstein für eine selektive Aneignung westlicher Errungenschaften legte, die der aus Damaskus stammende Politikwissenschaftler *Bassam Tibi* den Traum von einer halben Moderne nannte (*Tibi* 1993, S. 46). Er meinte damit die Trennung zwischen der philosophischen und der technologischen Moderne, die eine Ablehnung von Säkularismus, Individualismus und der Gleichberechtigung der Geschlechter bei gleichzeitiger

---

2 Die Sunniten erkennen vier großen Rechtsschulen (*madhhab*) an, die im 8. und 9. Jahrhundert entstanden: die schafiitische, hanbalitische, malikitische und hanfitische Rechtsschule.



Bejahung technologischer Errungenschaften des Westens möglich machte. Ein zweiter einflussreicher Denker der Salafiyya war *Rashid Rida* (1865-1935). Ihm ging es um die Reinigung des Islam von jedweder vermeintlichen Verfälschung, um eine Rückkehr zu seinen Ursprüngen sowie um die Stärkung der islamischen Gemeinschaft, die er dezidiert als politische Gemeinschaft verstand. Die ultimative normative Leitfunktion kam in Ridas Gesellschaftskonzept der Scharia zu, vor allem im Bereich des Strafrechts und der religiösen Pflichten. (*Murtaza* 2005, S. 41; *Seidensticker* 2014, S. 43). Das einzig akzeptable Herrschaftssystem für Muslime war für ihn das Kalifat. Alle Reformer der Salafiyya engagierten sich gegen die britische Fremdherrschaft und gegen die Modernisierung. Sie fürchteten die Verdrängung des Islam durch neue Ideen aus dem Okzident, die den Islam als allumfassendes Ordnungsprinzip in Frage stellten und von Teilen der intellektuellen Oberschicht aufgegriffen wurden. Als ultimative Gegenbewegung entstand unter dem Einfluss der Denker der Salafiyya im Jahr 1928 die Muslimbruderschaft, die mächtigste islamistische Vereinigung des 20. und 21. Jahrhunderts (*Murtaza* 2011). In der gegenwärtigen Debatte unterscheidet man Muslimbrüder, Salafisten und Wahhabiten, doch hinsichtlich ihres Islamverständnisses gibt es große Überschneidungen. Viele Muslimbrüder studierten oder lehrten an wahhabitischen Universitäten und immer wieder wechselten Muslimbrüder ins Lager von Salafisten (*Lohlker* 2017).

Von anderen Muslimen heben sich Salafisten unter anderem dadurch ab, dass sie die Altvordenen und insbesondere den Propheten Mohammed als Vorbild für Fragen des modernen Lebens heranziehen und jeden Aspekt ihres Lebens mit den Handlungsanweisungen dieser „Urgemeinde des Islam“ (*Gharaibeh* 2014, S. 117) in Übereinstimmung bringen wollen. Ideen und Handlungen der Bewegung werden dementsprechend mit Koranzitaten oder Überlieferungen aus der Zeit des Frühislam begründet, die in einer wortwörtlichen Weise ausgelegt werden (*Schröter* 2018, S. 122). Dabei kann es zu bizarren Schlussfolgerungen kommen, wie beispielsweise der Rechtfertigung der Sklaverei oder gar der Ermordung sogenannter „Ungläubiger“ (*Schröter* 2015a, S. 1). Eine historische Kontextualisierung der jeweiligen Verse wird von Salafisten konsequent abgelehnt, da der Koran als ein Kompendium göttlicher Verse aufgefasst wird und daher als vollkommen, fehlerlos und unveränderbar gilt. Festzuhalten ist zudem, dass die Mehrheit der Salafisten sich nicht als Salafisten, sondern einfach als Muslime bezeichnet. Jegliche Differenzierung zwischen Islam und Islamismus ist ihrer Meinung nach nichts anderes als der Versuch der Spaltung der *Ummah*, der weltweiten islamischen Gemeinschaft. Die salafistische Variante des Islam wird dabei als „wahre Religion“ und nicht als Sonderform des Islam definiert (*Schröter* 2018, S. 122 f.). Mehr noch: Salafisten verstehen sich als muslimische Elite, die in besonderer Weise dazu

berufen ist, die Normen des „wahren“ Islam, wie ihn die *salaf* angeblich praktiziert haben sollen, in der Gegenwart zu reaktivieren.

### 3. Dschihadismus, die gewalttätige Spielart des Salafismus

Grundlegender Kern der salafistischen Weltanschauung ist die Annahme, dass Gott die Muslime beauftragt habe, den Islam als Herrschaftssystem in aller Welt zu etablieren. In der Frühzeit des Islam bis zum 13. Jahrhundert erschien dieses Ziel realistisch, da seine Ausbreitung in weiten Teilen Asiens und sogar an den Rändern Europas nahezu ungebremst erfolgte. Danach wurden die muslimischen Heere zurückgedrängt und die europäische Kolonisation muslimischer Gebiete nahm seinen Lauf (Lewis 2002). Wie die bereits erwähnten Gelehrten der Vergangenheit vermuten auch gegenwärtige Salafisten die Ursache für diese Niederlagen in der mangelnden Gottesfurcht der Muslime, ihrer Abkehr vom wahren Glauben und ihrer moralischen Degeneration (Schröter 2018, S. 123). Die salafistische Lösung lautet, sich von den schwächenden und korrumpierenden Einflüssen des „Westens“ zu lösen, sich wieder auf die angeblichen Wurzeln des Islam zu besinnen und zu alter Stärke zurückzukehren. Neben der Orientierung an den „frommen Altvorderen“ praktizieren die meisten Salafisten diese „Reinigung“ des Islam durch eine Spaltung und Abgrenzung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“, worunter alle Personen fallen, die nicht ihrer Auslegung des Islam folgen. Allgemein ist die salafistische Weltanschauung durch ein striktes Denken in Gegensatzpaaren gekennzeichnet. Salafisten unterteilen die Welt in feststehende dualistische Kategorien wie Muslim und Nichtmuslim, Gut und Böse, von Gott Erlaubtes (*halal*) und Verbotenes (*haram*) usw.

Da sich sowohl Salafisten als auch Dschihadisten an den *salaf* orientieren und dasselbe Verständnis des normativen Islam aufweisen, kann der Dschihadismus auch als eine gewalttätige Form des Salafismus verstanden werden. Das Unterscheidungsmerkmal der beiden Strömungen besteht in der Wahl der Mittel, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollen. Während Salafisten ihre radikale Islaminterpretation durch Missionierungsaktionen umzusetzen versuchen, wollen Dschihadisten sie mit Waffengewalt verwirklichen. Dazu bestimmen sie den Dschihad im militärischen Sinne (*dschihad al-asghar*) als zentrales Konzept und Rechtfertigungsnarrativ ihrer Aktivitäten. Der Begriff des Dschihad ist arabischen Ursprungs und bedeutet wörtlich „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Als theologisches Konzept und Praxis hat er in der islamischen Geschichte zahlreiche Wandlungen erfahren und ist nicht per se gewalttätig oder gar terroristisch konnotiert, sondern kann auch das Bemühen um eine fromme

Lebensweise bedeuten (Lohlker 2009, S. 13; Ourghi 2010). Historisch betrachtet geht das Konzept des Dschihad auf die kriegerischen Auseinandersetzungen des Propheten Mohammed mit den nicht-muslimischen Bewohnern Mekkas zurück. Zu jener Zeit begründeten die militärischen Erfolge der muslimischen Gemeinschaften eine Eroberungsgesellschaft, in deren Rahmen die Entstehung der Doktrin des kriegerischen Dschihad einzuordnen ist (Lohlker 2009, S. 15 f.). In diesem Zusammenhang galt der Dschihad als Rechtfertigung zur Verteidigung und zur gewalttätigen Expansion des Islam und der muslimischen Gebiete. Modernen Ursprungs ist hingegen die Unterscheidung zwischen großem und kleinem Dschihad. Während der große Dschihad (*dschihad al-akbar*) den inneren Kampf gegen das eigene Ego als Teil der persönlichen Glaubenspraxis meint, bezieht sich nur der kleine Dschihad (*dschihad al-asghar*) auf den äußeren Kampf gegen die „Ungläubigen“.

In der Forschung wird gewöhnlich eine Dreiteilung des salafistischen Feldes vorgeschlagen. Dabei wird zwischen puristischem, politischem und dschihadistischem Salafismus unterschieden (Wiktorowicz 2006). Personen, die dem *puristischen* Salafismus zuzuordnen sind, wollen, wie alle salafistischen Strömungen, den Islam von späteren und „fremden“ Einflüssen befreien, enthalten sich dabei jedoch weitgehend politischer Interventionen (Toprak/Weitzel 2017, S. 49). Sie geben sich meist mit der Praktizierung eines religiösen Lifestyles zufrieden, so lange sie nicht daran gehindert werden, diesen in ihrem Sinne zu praktizieren. *Politische* Salafisten engagieren sich dagegen aktiv, um eine Islamisierung der Gesellschaft voranzutreiben (Schröter 2018, S. 123). Anhänger dieser Strömung streben letztlich danach, die Scharia beziehungsweise eine religiöse Ordnung, die den salafistischen Interpretationen entspricht, gesamtgesellschaftlich zu etablieren (Dantschke 2014, S. 179). Dantschke unterscheidet hierbei zwischen denjenigen politischen Salafisten, die Gewalt ablehnen und jenen, die sie befürworten. Während sich die gewaltablehnenden politischen Salafisten auf die Missionierung von Muslimen und Nichtmuslimen durch Infostände, Seminare oder Internetrepräsentanzen konzentrieren, befürworten die anderen zusätzlich den Einsatz von Gewalt, selbst wenn sie persönlich nicht zu diesem Mittel greifen. Der politische Salafismus stellt vermutlich die zahlenmäßig größte Gruppe dar (Abou Taam et al. 2016, S. 3). Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem salafistischen „Mainstream“, womit auch dem Umstand Rechnung getragen wird, dass der politische Salafismus die größte Strahlkraft in der deutschen salafistischen Szene zu besitzen scheint. Als die vergleichsweise kleinste Strömung halten *dschihadistische* Salafisten beziehungsweise Dschihadisten den bewaffneten Kampf zur Verwirklichung ihrer islamistischen Ziele nicht nur für legitim, sondern auch für eine individuelle und gesellschaftliche Pflicht eines jeden Muslims. Die Unterscheidung zwischen einem puristischen, politischen

und dschihadistischen Salafismus ist in der Wissenschaft gebräuchlich, bei Sicherheitsexperten aber umstritten, da es zwischen den salafistischen Strömungen fließende Übergänge gebe.

Von Vertretern muslimischer Verbände wird regelmäßig auf die Unvereinbarkeit der Handlungen von islamistischen Terroristen mit den Geboten des Islam hingewiesen. Auch aus dem Umstand, dass einige junge Salafisten und Dschihadisten eine mangelhafte religiöse Bildung aufweisen, wird oft geschlossen, dass Salafismus und Dschihadismus nichts mit dem Islam zu tun hätten, sondern rein politische Phänomene seien. Beide Behauptungen sind allerdings nicht richtig. So wichtig es auch ist, zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als einer Form des politischen Extremismus zu unterscheiden, so wichtig ist es auch, auf die Anknüpfungspunkte beider Bereiche hinzuweisen. Wirft man einen Blick auf die Äußerungen von Salafisten und Dschihadisten, so ist es augenfällig, dass sich diese durchaus fundiert auf Koranverse und islamische Überlieferungen beziehen sowie ihre Handlungen in der Regel mit einem Zitat aus den islamischen Primärquellen begründen. Grundsätzlich kann der Islam sowohl in einer gewaltlegitimierenden als auch friedlichen und toleranten Weise ausgelegt werden. Bezieht man sich beispielsweise auf Vers 2:191 „Und tötet sie (die heidnischen Gegner), wo immer ihr sie zu fassen bekommt [...]“ (*Paret* 2001, S. 30), dann lassen sich Morde an Andersgläubigen legitimieren oder sogar als religiöse Pflicht definieren. Zitiert man jedoch Vers 5:32 „[...] wenn einer jemanden tötet, (so ist es) als ob er die Menschen alle getötet hätte“ (*Paret* 2001, S. 82), kann der Islam auch auf eine pazifistische Weise interpretiert werden. Im Koran finden sich Belege für widersprüchliche Aussagen, die eine ganz unterschiedliche Deutung des Islam möglich machen und ganz verschiedene Einstellungen und Handlungen legitimieren können (*Pfahl-Traughber* 2007, S. 75). Es hängt allein davon ab, auf welche Textstellen man sich beruft und wie man sie gewichtet.

#### 4. Phasen und Ziele des Dschihadismus

Historisch gesehen können wir drei Phasen des modernen Dschihadismus unterscheiden: Die erste Phase richtete sich gegen den sogenannten „nahen Feind“, das heißt gegen die Regierung eines islamisch geprägten Landes, die für Islamisten als „unislamisch“ und westlich beeinflusst galt oder gegen eine Besatzungsmacht. Durch Attentate hoffte man einen Regierungswechsel herbeizuführen, die Besatzungsmacht zum Abzug zu zwingen und einen islamischen Staat etablieren zu können. Beispiele dafür sind Anschläge der Muslimbruderschaft in Ägypten gegen britische Einrichtungen oder Vertreter des Staates, aber auch die Kämpfe der Mudschaheddin in Afghanistan gegen sowjetische Truppen.

Die zweite Phase, der Dschihad gegen den „fernen Feind“, begann Ende der 1990er Jahre. Der ferne Feind ist derjenige, der als Drahtzieher hinter den eigenen „unislamischen“ Regierungen vermutet wird oder ein ausländischer Staat, dem eine aggressive Außenpolitik vorgeworfen wird, die islamischen Ländern schadet. Das Konzept für diese neue Doktrin geht auf den Palästinenser *Abdallah Azzam* zurück, der seine Ideologie in dem Aufruf „Die Verteidigung der Länder der Muslime ist die wichtigste der individuellen Glaubenspflichten“ herausgab. Die ersten Attentate dieser Art wurden 1998 auf die Botschaften der USA in Daressalam und Nairobi durchgeführt. Azzams eifrigster Schüler war Osama Bin Laden, der dessen Ideen durch den Anschlag auf das World Trade Center in New York in die Tat umsetzte (*Steinberg* 2005). Dieser Anschlag, der maßgeblich von einer dschihadistischen Zelle in Hamburg vorbereitet wurde, stellt einen Wendepunkt in den Politiken vieler westlicher Länder dar und begründete unter anderem den sogenannten „Krieg gegen den Terror“, der von George W. Bush ausgerufen wurde. Seit dieser Zeit wurden einerseits mehrere militärische Interventionen in muslimisch geprägten Ländern durchgeführt, andererseits kam es aber auch zu einer zunehmenden Folge von Anschlägen und Anschlagversuchen unter anderem in Indonesien, Afghanistan, Nigeria, Kenia, der Türkei, Russland, Tunesien und Indien. In Europa waren besonders Frankreich, England, Spanien, Belgien und Deutschland betroffen. Die Attentate waren teilweise sehr aufwändig konzipiert und forderten eine große Anzahl von Opfern. Beispiele sind die Anschläge in Madrid 2004, in Paris 2015 und in Brüssel 2016. Damit sollten der Eindruck einer enormen Schlagkraft vermittelt und mögliche zukünftige Gefolgsleute beeindruckt werden.

Die letzte Phase, in der wir uns momentan befinden, stellt in gewisser Weise eine Abkehr von diesen großen Anschlagschoreographien dar. Statt großen Gruppen werden jetzt Einzeltäter aktiv. Diese Täter nutzen einfache Gegenstände, vorzugsweise Messer, aber auch Fahrzeuge, um Unheil anzurichten. In Nizza, London, Stockholm, Berlin und Barcelona lenkten Terroristen Fahrzeuge mit großer Geschwindigkeit in Menschenmengen, in London, im finnischen Turku und in Hamburg stachen Dschihadisten mit Messern wahllos auf Passanten ein, in Würzburg wurde eine Axt verwendet und in Paris ein Hammer. In Hannover attackiert eine 15-Jährige einen Polizisten mit einem Messer. Die genannten Gewalttaten benötigen keine Logistik, keine oder eine beschränkte Vorbereitung und sie können problemlos im Alleingang geplant und durchgeführt werden. Das Konzept basiert auf den Ideen von Abu Musab al-Suri, der es unter dem Titel „Aufruf zum weltweiten islamischen Widerstand“ erstmals 2005 ins Internet stellte. Al-Suri ruft darin Muslime in westlichen Ländern auf, Anschläge mit einfachen Mitteln zu begehen. Messer, Autos und Gegenstände, die für jeden zugänglich sind, werden als Waffen empfohlen. Jeder Muslim soll in die Lage versetzt werden, die

verhassten westlichen Gesellschaften anzugreifen. Durch den massenhaften Terror gegen die Zivilbevölkerung sollten westliche Staaten zu harten Maßnahmen gegen Muslime provoziert werden, die wiederum den Widerstand intensivieren sollten. Als finales Ziel wurde ein Aufstand der Muslime oder besser eine muslimische Weltrevolution anvisiert, die dann in einem globalen Kalifat enden sollte.

Diese Propaganda verfängt und manch einer glaubt, man stehe kurz vor der islamischen Weltrevolution. Diese Vision ist auch eine der Rechtfertigungen des Dschihadismus. In einem eschatologischen Endzeitkampf, davon sind viele Dschihadisten überzeugt, muss sich das Gute gegen die Kräfte des Bösen durchsetzen, um Gottes Plan zu erfüllen (Günther *et al.* 2016, S. 171 f.; Kepel 2016, S. 188 ff.) und dafür zu sorgen, dass islamische Normen die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung stellen (Lohlker 2009, S. 80). Anzeichen einer solch beginnenden Zeitenwende seien Kämpfer, die mit schwarzen Fahnen aus „Khorasan“, einem Gebiet, das Afghanistan und einige angrenzende Territorien umfasst, nach Westen vorrücken. In Propaganda-Videos des IS („Islamischer Staat“) werden daher immer wieder Bilder von Kämpfern abgebildet, die mit den entsprechenden Fahnen einer islamistischen Zukunft entgegenreiten. In diesem Bild vermischt sich eine glorifizierte Vergangenheit mit einer ebenso sonnig gemalten Zukunft, um junge Leute zu motivieren, sich dem Dschihad anzuschließen. Wie weit dieser Vormarsch des Islam gehen soll, wird nicht explizit ausgeführt, doch gewöhnlich sind alle Gebiete gemeint, die jemals unter muslimischer Herrschaft standen, also auch Teile Süd- und Südosteuropas.

## 5. Rechtfertigungen des Dschihad

Gewalt im Namen des Islam muss legitimiert werden, da die Mehrheit der Muslime ihre Religion als eine des Friedens definiert. Dschihadisten nutzen eine ganze Palette religiöser und politischer Rechtfertigungen, die häufig miteinander kombiniert werden.

Die *politischen* Begründungen knüpfen an die beiden Doktrinen vom fernen Feind an, wie sie von Abdallah Azzam festgelegt wurde. Die Verteidigung muslimischen Bodens, so Azzam, sei eine Pflicht für jeden Muslim in der Welt. Angriffe oder Besetzungen muslimischen Bodens finden nach Meinung heutiger Dschihadisten nicht nur in Afghanistan statt, sondern auch in Syrien und dem Irak, in den palästinensischen Gebieten und überall dort, wo ausländische respektive nicht-muslimische Truppen stationiert sind. Die Politik des Westens, so die dschihadistische Propaganda, führe dazu, dass Muslime weltweit verfolgt und „abgeschlachtet“ würden. Diese Argumente finden sich beispielsweise in den Videoansprachen von Anis Amri oder Muhammad Riyadh, den

Attentätern von Berlin und Würzburg. Beide rechtfertigen ihre Taten mit dem Argument, dass sie lediglich eine Antwort auf ein begangenes Verbrechen darstellten. „Die Zeiten sind vorbei, in denen Ihr in unsere Länder gekommen seid, unsere Frauen und Kinder getötet habt und Euch keine Fragen gestellt wurden“, sagte Riyadh,<sup>3</sup> und Amri verkündete: „Meine Botschaft geht gegen die Kreuzzügler, die jeden Tag Muslime angreifen. Ihr tötet die Muslime? Wir sind gekommen, um Euch abzuschlachten“.<sup>4</sup> Die Erzählung des Kämpfers, der einen Verteidigungskrieg führt, um die Muslime zu schützen, zu rächen oder zu befreien, beflügelt dschihadistische Gesänge, Ansprachen und Videos. Sie trifft auf fruchtbaren Boden, weil sie an ein Gefühl von Gerechtigkeit appelliert, für das besonders Jugendliche empfänglich sind. Dahinter steht auch ein ernstzunehmendes Moment von Kritik an westlicher Außenpolitik, die häufig genug Diktaturen stützt, islamistische Gruppen finanziert und ausrüstet und grundsätzlich mit zweierlei Maß misst, wenn es um die Opfer militärischer Operationen geht (*Damir-Geilsdorf* 2014; *Schröter* 2018). Während die Hunderttausende Toten des völkerrechtswidrigen Irak-Krieges, der genau genommen nichts anderes als ein durch die USA und Großbritannien erzwungener Regimewechsel war, medial verschwiegen werden, zählt man auf westlicher Seite jedes einzelne Opfer. Dazu kommen nicht hinnehmbare Menschenrechtsverletzungen, wie diejenigen im irakischen Gefängnis Abu Gharib, in dem das amerikanische Wachpersonal Gefangene zu seinem Vergnügen gefoltert, sexuell missbraucht und ermordet hatte. Solche Missstände machen es radikalen Muslimen leicht, ihr Argument, der Westen bekämpfe die Muslime, mit belastbaren Fakten zu unterstützen. In der salafistisch-dschihadistischen Erzählung werden solche Missstände aufgegriffen und mit anderen Grausamkeiten vermengt, die die Kriege der Gegenwart bestimmen. Dabei geht man selektiv vor und blendet alles aus, was die eigene Opferrolle stören könnte, darunter insbesondere Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die von Dschihadisten begangen werden. Dschihadisten versuchen starke Emotionen zu erzeugen, und verwenden dazu in ihren Propaganda-Videos häufig Bilder getöteter Kinder, mit denen verdeutlicht werden soll, dass jeder verantwortungsvolle Muslim aufgefordert ist, dieses Unrecht mit der Waffe in der Hand zu verteidigen (*Schröter* 2017, S. 57 ff.). Dschihadisten bezeichnen sich aus diesem Grund als Männer, die ehrenhaft und „vom Boden der Ehre“ aus handeln.

Eine *zweite* Rechtfertigung dschihadistischer Gewalt bezeichnet Muslime nicht nur als Opfer der westlichen Außenpolitik, sondern auch als diskriminierte oder

---

3 Übersetzung des Videos des Attentäters von Würzburg durch die Deutsche Presseagentur, [http://www.berliner-zeitung.de/politik/hintergrund--das-video-des-axt-attentaeters-im-wort-laut-24424368\\_\[letzter Aufruf: 29.04.2018\]](http://www.berliner-zeitung.de/politik/hintergrund--das-video-des-axt-attentaeters-im-wort-laut-24424368_[letzter Aufruf: 29.04.2018]).

4 Übersetzung durch Sonia Zayed, Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam.

gar verfolgte Minderheiten in westlichen Ländern. Nun scheint es absurd, strukturelle Benachteiligungen ethnischer Gruppen oder berufliche Einschränkungen kopftuchtragender Frauen mit Massenmord an Unbeteiligten zu beantworten, doch lässt sich dies unter Umständen mit einem aus der islamischen Geschichte entlehnten Zwei-Welten-Modell begründen. Es basiert auf der Dualität zwischen dem „Haus des Islam“ (Dar al-Islam), also dem Teil der Welt, der sich unter islamischer Herrschaft befindet, und dem „Haus des Krieges“ (Dar al-Harb) außerhalb dieses Herrschaftsbereiches. Zwischen diesen Welten ist der natürliche Zustand der des Krieges, der nach islamischer Vorstellung mit Gottes Hilfe zugunsten der Muslime entschieden wird. Heute existieren auch die Zwischenkategorien „Haus des Waffenstillstandes“ (Dar al-Sulh) beziehungsweise „Haus des Vertrags“ (Dar al-Ahd). Diese beiden letzten Kategorien erlauben es Muslimen, in einem nicht-muslimischen Land zu leben und dessen Gesetze zu befolgen, solange sie ihren religiösen Pflichten nachkommen und ihre Religion uneingeschränkt ausüben können (Wiedl 2008, S. 42 f.). Was alles zur freien Religionsausübung oder überhaupt zur Kategorie „Religion“ gehört, ist natürlich eine Frage der Auslegung und so lassen sich Konflikte um Gebetsräume und -zeiten, Geschlechtertrennung, weibliche Bekleidung inklusive des Gesichtsschleiers sowie diverse Sonderrechte umstandslos als Verweigerung der Religionsfreiheit auslegen. Zu diesen religiösen Pflichten gehören nach salafistischer Auffassung beispielsweise auch Missionsaktivitäten (*dawah*) wie die salafistische „Lies-Aktion“, die darauf ausgerichtet war, junge Menschen in die salafistische Szene zu ziehen. Etliche der Angeworbenen schlossen sich später dem IS an. Als die hinter der Kampagne stehende Organisation „Die wahre Religion“ inklusive ihrer diversen Unterorganisationen im November 2016 durch den Bundesminister des Innern verboten wurden, verbreiteten Salafisten in den sozialen Netzwerken, der Koran werde verboten. Salafisten und Dschihadisten leiten daraus eine Berechtigung oder sogar eine Pflicht zum gewalttätigen „Widerstand“ ab, der bis hin zu Anschlägen gehen kann.

Das *dritte* Rechtfertigungsnarrative ist die bereits erwähnte „Pflicht“, den Islam mit allen Mitteln zu verbreiten (Ourghi 2010). Eng damit verbunden ist auch der Wunsch, in einem islamistischen Gemeinwesen nach den Regeln der Scharia zu leben. Dieses Bedürfnis spielte für die Ausreise von Muslimen in Gebiete, die von dschihadistischen Milizen beherrscht werden, stets eine wichtige Rolle. In der Vergangenheit waren dies Afghanistan beziehungsweise die Waziristan genannte Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan, später dann Syrien und der Irak, insbesondere das Gebiet des sogenannten „islamischen Staates“. Einige wenige zog es auch in den Kaukasus oder nach Somalia. Viele der jungen Ausgereisten glaubten, es stehe eine islamische Weltrevolution bevor, für die es alle Kräfte zu mobilisieren gelte.



## 6. Salafistische Subkulturen

Auch Salafisten, die in westlichen Ländern leben, versuchen nach den Vorstellungen der Scharia zu leben und sich eine Subkultur aufzubauen, die den Normen und Werten der Mehrheitsgesellschaft diametral entgegengesetzt ist. Da es sich bei der Scharia nicht um ein kodifiziertes Gesetzeswerk handelt, werden Regeln, die als islamisch gelten, von islamistischen Führern, die sich gern als Gelehrte bezeichnen, durch Rückgriffe auf den Koran und das Vorbild der „Altvorderen“ bestimmt. Man versucht dabei die Lebensweise der frühen Muslime zu rekonstruieren und zur ewigen Leitkultur eines modernen Lebens zu stilisieren. Dabei werden durchaus Kompromisse gemacht, die teilweise seltsam anmuten. Während Salafisten ihre Zähne einerseits nicht mit der Zahnbürste, sondern einem „*miswak*“ genannten Holzstäbchen putzen, weil Mohammed dies angeblich so gemacht habe, nutzen sie andererseits moderne Verkehrs- und Kommunikationsmittel, schauen Fernsehen und lehnen weder Waschmaschinen noch Elektroherde ab.

Salafisten legen außerordentlich großen Wert auf gruppeninterne Strukturen, die sich ausschließlich an ihren selbst gewählten und als islamisch verstandenen Regeln orientieren. Die interne Ordnung folgt im Wesentlichen dem Dualismus des vermeintlich von Gott „Erlaubten“, das als *halal* bezeichnet wird, und des „Verbotenen“ (*haram*). Was *halal* oder *haram* ist, wird bei Vorträgen salafistischer Prediger oder Islamseminaren vermittelt. Die Veranstaltungen finden in eigens angemieteten Räumen, in Moscheen oder auch in privaten Örtlichkeiten statt. Vieles lässt sich in YouTube-Videos erfahren, die von bekannten Predigern ins Internet eingestellt werden, aber auch in Broschüren nachlesen, die entweder gedruckt oder digital erhältlich sind. Bücher radikaler Autoren der Vergangenheit werden ebenfalls vertrieben, doch dürften sie einen weniger starken Einfluss haben, als die Videobotschaften heutiger, nicht selten charismatischer Prediger. Zusätzlich lesen und erörtern Salafisten im Selbststudium, häufig unter Anleitung einer religiös erfahrenen Person, religiöse Quellen. Der Vorwurf, sie seien religiöse Analphabeten, die sich einen Lego-Islam (Kieffer et al 2017) zusammenbasteln, trifft nur auf einige sehr junge oder intellektuell unbegabte Personen zu. Selbstverständlich wird in den Bemühungen, den Islam zu verstehen, kein akademisches theologisches Niveau erreicht, doch ist dies jenseits der Universitäten auch im Mainstream-Islam nicht vorhanden.

Bei der Gestaltung einer salafistischen Subkultur wird besonderes Gewicht auf die salafistische *Genderordnung* gelegt. Sie ist immer wieder Thema salafistischer Ansprachen und wird in vielen Publikationen genau erörtert. Die Khanssa-Brigaden des IS, eine Art weibliche Scharia-Polizei, gab 2015 sogar eine eigene Handlungsanleitung für Frauen heraus (Mohagheghi 2015). Im Kern basiert die

salafistische Genderordnung auf der Idee, dass Männer und Frauen von Gott fundamental unterschiedlich geschaffen seien und daher nicht die gleichen Aufgaben übernehmen dürften. Frauen werden angehalten, eine möglichst große Anzahl von Kindern zu gebären, um die *ummah*, die islamische Weltgemeinschaft, zu stärken. Sie gelten als gefühlsbetont und deshalb besonders gut geeignet für häusliche Arbeiten, die Betreuung von Kindern und Alten sowie die Versorgung des Ehemannes. Ihre Emotionalität macht sie nach salafistischer Vorstellung aber ungeeignet für ernste Führungsaufgaben, schwerwiegende Entscheidungen und selbst für die Zeugenschaft vor Gericht. Diese Aufgaben fallen Männern zu, die als rationaler und durchsetzungsfähiger gelten. Männer stehen außerdem in der Verantwortung ihre Familie finanziell zu versorgen. Salafisten befürworten grundsätzlich die Dominanz von Männern über Frauen. Das schließt das Recht auf mehrere Ehefrauen und auf Gewalt gegen Kinder und Frauen ein, die es ihrem Vater beziehungsweise Ehemann gegenüber an Gehorsam mangeln lassen. Diese zweifellos für Frauen negativen Aspekte werden in der salafistischen Erzählung durch den Respekt aufgewogen, den eine gehorsame, gläubige Frau erfährt. Während Frauen in der westlichen Welt zu Sexobjekten reduziert würden, erführen sie in der islamischen Ordnung Wertschätzung. In der salafistischen Selbstdarstellung werden sie als Perlen bezeichnet, die schützend von Muscheln umschlossen werden. Dieses Bild verweist auf einen zweiten wesentlichen Teil der salafistischen Geschlechterordnung: Die Pflicht zur vollkommenen Verschleierung der Frauen und ihren weitgehenden Ausschluss aus der Öffentlichkeit, mit dem verhindert werden soll, dass Männer durch ihre sexuellen Reize verführt werden. Während konservative und fundamentalistische Musliminnen ihren Körper in weite Gewänder hüllen und den Kopf mit einem Tuch bedecken, verwenden Salafistinnen zusätzlich einen Gesichtsschleier (*niqab*), tragen Handschuhe und vorzugsweise dunkle Farben. Salafistinnen sind als solche durch ihre Kleidung erkennbar, ebenso wie viele männliche Salafisten, die sich äußerlich so gestalten, wie es angeblich der Prophet Mohammed getan haben soll. Wer es genau nimmt, trägt weite Hemden und weite Hosen, die nur bis zum Knöchel reichen oder ein bodenlanges Gewand. Bartwuchs ist für die meisten ein Muss, wobei man den Bart am Kinn wuchern lässt und über der Oberlippe ausrasiert. Salafismus ist mittlerweile eine Jugendkultur geworden (*El-Mafaalani* 2014), und man gefällt sich in der Provokation durch das auffallende Erscheinungsbild. Zur salafistischen Subkultur gehört eine eigene Sprache, die durch arabische Versatzstücke auffällt, eine eigene Symbolik, wie zum Beispiel der erhobene Zeigefinger, der die Einheit von Religion und Staat bedeuten soll, sowie eine eigene Musik, die aus „Naschid“ genannten religiösen Gesängen besteht (*Said* 2017). Zur salafistischen Szene gehören auch Hilfsorganisationen wie „Ansaar International“, „Afrikabrunnen“, „Medizin mit Herz“ oder „Weiße Flügel“, die auf den ersten

Blick wie rein humanitäre Unternehmen wirken, tatsächlich aber salafistische Projekte außerhalb Europas finanzieren. Immer wieder standen sie zudem im Verdacht der Unterstützung dschihadistischer Milizen. Dass die salafistische Szene mittlerweile über etablierte subkulturelle Strukturen verfügt, wird nicht zuletzt an einer blühenden salafistischen Konsumkultur ersichtlich, die medizinische und therapeutische Angebote ebenso umfasst wie alkoholfreie Parfüms, Ganzkörperverschleierungen für Kleinkinder und orientalische Lebensmittel. Die meisten Produkte werden im Internethandel verkauft, doch es gibt auch Messen wie den vierteljährlichen „Hijabi-Fashion Day“ bei Frankfurt, der ausschließlich Frauen vorbehalten ist, oder Läden, die Treffpunkte für die Szene darstellen.

Teil der salafistischen Subkultur zu sein, ist für viele Jugendliche attraktiv. Man verspricht ihnen, Teil eines großartigen historischen Projektes zu sein, das die Welt verändern wird wie nie zuvor. Durch die Teilhabe an diesem Vorhaben erwirbt man sich den Status eines von Gott Ausgewählten, kann unter Umständen sogar zum Helden werden und erlebt nach dem Tod die Freuden des Paradieses. Gerade junge Menschen in prekären Verhältnissen sind für solche schnellen Wege zur Anerkennung empfänglich, doch es sind nicht nur die Abgehängten und Ausgegrenzten, die sich dem Salafismus anschließen, sondern auch Gymnasiasten, Studenten und Hochschulabsolventen.

## 7. Akteure, Netzwerke und Organisationen

Weltweit ist es in den vergangenen Jahren zu Organisationsbildungen im Bereich des Salafismus gekommen. Viele der Gruppierungen sind transnational aufgestellt; einige existieren nur in bestimmten Regionen, was nicht zuletzt mit sprachlichen Bedingungen zusammenhängt. Für Sicherheitsbehörden bestehen dabei Herausforderungen vor allem in der grenzüberschreitenden Betätigung der Akteure, in den vielfältigen Fusionen und Spaltungen der Gruppen und darin, dass das Rechtssystem freiheitlicher Gesellschaften von Dschihadisten geschickt für ihre Zwecke instrumentalisiert wird.

In Deutschland vollzog sich eine ganz eigene Entwicklung des Dschihadismus, die ihre spezifischen Akteure, Organisationen und Strukturen hervorgebracht hat. Diese Entwicklung lässt sich in vier Phasen unterteilen: Einer „*Entstehungsphase*“ (Baehr 2014, S. 233), die zwischen 1990 und 2001 datiert werden kann und durch lokale Netzwerke von Predigern mit arabischem Migrationshintergrund geprägt wurde. Sie waren aus ihren früheren Heimatländern nach Deutschland geflohen, weil sie aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer dschihadistischen Bewegung von den dortigen Sicherheitsbehörden verfolgt wurden. Insbesondere Hamburg, Freiburg, Neu-Ulm und Bonn stellten zu

dieser Zeit Zentren dar, in denen Dschihadisten missionarisch aktiv waren. Die darauffolgende „*Aufbauphase*“ (Lohlker 2017, S. 85) begann im Jahr 2001. Ein Spezifikum in dieser Phase stellte die rasant ansteigende Anzahl von Internetnutzern dar. Die dschihadistische Szene in Deutschland nutzte die digitale Revolution und verwendete das Internet verstärkt für Rekrutierungszwecke. Dschihadistisches Material, das bis dahin nur in Arabisch vorlag, wurde nun in andere Sprachen übersetzt und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Steinberg 2012, S. 12). Ab dem Jahr 2006 datieren Forscher die „*einheimisch-autochthone*“ Phase (Logvinov 2017, S. 19), die sich durch eine steigende Anzahl an Mitgliedern auszeichnet, die in Deutschland aufgewachsen oder geboren sind. In dieser Zeit findet die erste große Ausreisewelle dschihadistischer Kämpfer aus Deutschland statt (Lohlker 2017, S. 92). Die Reiseziele der Dschihadisten stellten in dieser Phase noch Pakistan, Afghanistan oder Somalia dar. Einige wenige zogen auch nach Tschetschenien (Steinberg 2014). Die immer größer und aktiver werdende Szene machte sich auch in Deutschland selbst bemerkbar: So wurde im Jahr 2007 die sogenannte Sauerlandgruppe wegen der Planung eines Sprengstoffanschlags festgenommen. Auch der erste dschihadistische Anschlag auf deutschem Boden, ausgeführt von Arid Uka, der am 2. März 2011 zwei amerikanische Soldaten auf dem Frankfurter Flughafen tötete, ereignete sich in dieser Phase, die nach 2014 in eine neue Phase übergehen sollte. Ein entscheidender Marker war die Ausrufung des „Islamischen Staates“ (IS) durch den selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi. Durch den überragenden militärischen Anfangserfolg des IS kam es zu einer zweiten großen Ausreisewelle deutscher Dschihadisten. Diese reisten nun überwiegend in die umkämpften Kriegsgebiete Syriens oder des Irak. Insgesamt machten sich 980 Personen aus Deutschland auf den Weg in das vom IS ausgerufene Kalifat (Bundesamt für Verfassungsschutz 2018).

Alle genannten Phasen wurden durch salafistische und dschihadistische Führungspersönlichkeiten geprägt. Zu den salafistischen Akteuren der ersten Stunde zählt der marokkanische Imam *Abdul Adhim Kamouss*. Seit 1997 lebt Kamouss in Deutschland und ist als Prediger in Berlin aktiv. Er soll ein Diplom in Ingenieurwesen der Technischen Universität Berlin besitzen. Deutschlandweite Bekanntheit erlangte Kamouss durch seinen Auftritt in der ARD-Sendung „Günther Jauch“, in der er minutenlang seine salafistischen Ansichten verkündete. Mittlerweile sprechen Experten jedoch davon, dass sich Kamouss immer mehr von seiner politisch-missionarischen Haltung distanziert habe und sich öffentlich zunehmend kritisch mit salafistischen Inhalten auseinandersetze (Abou Taam 2016, S. 4). Eine weitere Schlüsselfigur des deutschen Salafismus ist *Hassan Dabbagh* (alias Abul Hussein). Dabbagh wurde 1972 in Syrien geboren und zog 1992 nach Leipzig, wo er die Rahman-Moschee gründete, der er bis heute als Imam

vorsteht. In seinem Heimatland studierte er Bautechnik, in Leipzig begann er zudem noch ein Medizinstudium. Bekannt wurde er vor allem ab den 2000er Jahren, als er begann, sogenannte „Lerne-den-Islam“-Seminare zu organisieren und deutschsprachige salafistische Webseiten wie „salaf.de“ zu betreiben (Wiedl/Becker 2014, S. 188). Dabbagh kann dem politisch orientierten Salafismus zugerechnet werden. Er vertritt eine gewaltablehnende Missionierungsstrategie und distanziert sich deutlich von dschihadistischen Argumenten. Diese würden seiner Meinung nach staatliche Repressionen verstärken, Vorurteile gegen den Islam hervorrufen und eine effektive Missionierung verhindern. Bis heute kann er als einer der einflussreichsten salafistischen Prediger angesehen werden, der mit zahlreichen anderen salafistischen Akteuren kooperierte und aus dessen Umkreis viele Aktivisten der jüngeren salafistischen Generation stammten, die er teils selbst unterrichtet hat (Wiedl/Becker, S. 89).

Zu dieser neuen, überwiegend in Deutschland sozialisierten Generation von Aktivisten gehört *Pierre Vogel* (alias Abu Hamsa), der vermutlich prominenteste Prediger der salafistischen Szene in Deutschland. Vogel wurde 1978 in Frechen nahe Köln in protestantisches Elternhaus geboren. Bevor er salafistischer Prediger wurde, startete er eine professionelle Karriere als Boxer. Zum Islam brachte ihn eigenen Angaben zufolge eine langjährige Suche nach dem Sinn des Lebens und nach „Antworten auf die Probleme moderner Gesellschaften“ (Wiedl/Becker 2014, S. 192). Im Jahr 2001 konvertierte er zum Islam und beendete ein Jahr darauf seine Karriere als Boxer. Im Jahr 2004 begann er ein Studium an der Umm al-Qurâ-Universität in Mekka. Weil seine neugeborene Tochter jedoch intensive medizinische Hilfe benötigte, kehrte Vogel bereits 2006 nach Deutschland zurück. Seit seiner Rückkehr betreibt er umfangreiche Missionsarbeit, hält regelmäßig Vorträge und organisiert Veranstaltungen. Im Jahr 2005 lernte er mit Ibrahim Abou Nagie eine andere zentrale Führungsfigur des deutschen Salafismus kennen. Der 1964 in Gaza geborene Palästinenser kam 1982 als 18-jähriger zum Elektrotechnik-Studium nach Deutschland. Sich selbst beschreibt er gerne als erfolgreicher Unternehmer. Tatsächlich war er bis 2007 Inhaber eines Geschäfts für selbstklebende Folien, das allerdings nach einer erheblichen Steuernachforderung geschlossen wurde. Dem Salafismus wandte er sich erst in den frühen 2000er Jahren zu. Im Jahr 2005 schloss er sich mit Pierre Vogel zusammen, die sich aber aufgrund unterschiedlicher Ansichten 2008 wieder auflöste. Neben der Frage, ab wann ein Muslim kein Muslim mehr sei und wer dazu berechtigt ist, dies zu entscheiden, drehte sich der Streit auch um die Propagierung des bewaffneten Dschihad (Abou Taam 2016, S. 5). Abou Nagie verteidigte den bewaffneten Dschihad als akzeptables Mittel, Vogel distanzierte sich dagegen von Gewalt im Namen der Religion. Seit 2008 ist Sven Lau, auch unter dem Namen Abu Adam bekannt, einer von Vogels Wegbegleitern. Lau wurde 1980 in Mönchengladbach

geboren und konvertierte 1999 zum Islam. Bis zu seinen Aktivitäten als salafistischer Prediger 2008 war er bei der Berufsfeuerwehr Mönchengladbach tätig. In der Szene ist Lau vor allem für seine emotionalen Reden bekannt, die sich oft auf Themen der direkten Lebenswelt junger Muslime in Deutschland konzentrieren. Als Reaktion auf die Verunglimpfung des Islam hält Lau die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt. Mittlerweile wurde er wegen Anwerbetätigkeiten für den IS zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Auch der salafistische Prediger Ahmad Abul Baraa genießt eine kontinuierliche Popularität unter jungen Muslimen. Der gebürtige Palästinenser predigt in der As-Sahaba Moschee in Berlin, wird aber regelmäßig auch in andere Moscheen eingeladen und stellt seine Vorträge auf YouTube und Facebook online. In diesen bezeichnet er die weibliche Genitalverstümmelung als islamkonform und vergleicht Nichtmuslime mit Tieren (*Erasmus-Monitor* 2014). Als letzter Aktivist aus dem deutschen salafistischen Spektrum soll der 1967 geborene Bernhard Falk genannt werden. Der ehemalige Physikstudent war, bevor er sich dem Salafismus zuwandte, Mitglied der „Anti-imperialistischen Zellen“, die mehrere Bombenanschläge in der BRD verübten und saß wegen vierfachen Mordversuchs 13 Jahre im Gefängnis. Noch vor Haftbeginn konvertierte Falk zum Islam. Im Jahr 2008 wurde er entlassen. Sich selbst beschreibt Falk als bekanntesten deutschen Anti-Imperialisten unserer Zeit. Bis heute bezieht sich ein Großteil seiner Aktivitäten auf die „Gefangenenhilfe“ (*Falk News* 2017). Dabei betreut er islamistische Straftäter, gibt ihnen Ratschläge und vermittelt ihnen bei Bedarf Anwälte.

Die vorgestellten salafistischen Aktivisten äußerten zwar hin und wieder Sympathien für den Dschihad und waren wohl, wie Lau, teilweise in Anwerbeaktivitäten für den Dschihad aktiv, strebten aber keine eigene Karriere als Dschihadist an. Andere fühlten sich stärker von unmittelbaren Kampfhandlungen angezogen und spielten bald in außereuropäischen dschihadistischen Organisationen eine Rolle. Zu diesen Personen gehörten Yassin und Mounir Chouka. Die beiden Brüder stammen aus einer deutsch-marokkanischen Familie aus Bonn. Bevor sie sich dem Islam zuwandten, besuchten sie katholische Schulen. Yassin, der jüngere Bruder, absolvierte 2004 sein Abitur und Mounir hat eine Lehre als Fachmann für Bürokommunikation abgeschlossen (*Alexander* 2016). Medienberichten zufolge führten die Brüder vor ihrer Konversion zum Islam alles andere als ein frommes und enthaltsames Leben. Nach einer Reise nach Mekka im Jahr 2005 soll sich Mounir jedoch stark verändert haben und mehrere als radikal geltende Moscheen in Bonn besucht haben (*Sydow* 2016). Im Jahr 2008 zogen die Brüder ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet nach Waziristan. Dort posierten sie in Propagandavideos und riefen zu Mordanschlägen gegen Mitglieder von Pro NRW auf. Im Jahr 2015 wollten sie dem IS beitreten, wurden jedoch auf

dem Weg nach Syrien im Iran verhaftet. Yassin Couka widersetzte sich der Festnahme und wurde erschossen, Mounir sitzt immer noch in iranischer Haft.

Eine zentrale Führungsfigur des IS ist Mahmoud (alias Abu Usama al Gharib), ein Österreicher ägyptischer Abstammung. Mahmoud begann schon früh dschihadistisches Gedankengut im Internet zu verbreiten. Aufgrund seiner radikalen Propaganda musste er in Wien für vier Jahre ins Gefängnis. Als er entlassen wurde, zog er 2011 nach Deutschland, wo er sich der dschihadistischen Szene in Berlin anschloss und dort als regelrechter „Star“ (Steinberg 2012, S. 23) gefeiert wurde. Im Jahr 2014 reiste er nach Syrien und trat dem IS bei. Er galt bald darauf als ein wichtiger Funktionär des Medienbereichs der Organisation (Logvinov 2017, S. 21). In Berlin lernte Mahmoud den ehemaligen Deutschrapper Denis Cuspert kennen. Schon während seiner Karriere als Musiker näherte sich Cuspert der salafistischen Szene an, in der er schließlich salafistische Predigten und Lieder veröffentlichte. Gemeinsam mit Mahmoud trat er später in Internetvideos und Veranstaltungen auf und fiel durch aggressive Reden und die Überhöhung des militanten Kampfes auf. Nachdem er schließlich als dschihadistischer Auslandskämpfer nach Syrien ausgereist war, legte er 2014 unter dem Namen „Abu Talha al-Almani“ den Treueschwur auf den IS ab. Dort fungierte Cuspert als deutsches Aushängeschild und spielte, wie Mohamed Mahmoud, in vielen deutschsprachigen dschihadistischen Propagandavideos sowie insgesamt in der Medienorganisation des IS eine Schlüsselrolle. Mittlerweile ist er vermutlich bei Kampfhandlungen verstorben. Gegen einen anderen Akteur aus dem deutschen dschihadistischen Spektrum wird derzeit von Bundesanwaltschaft Anklage erhoben. Dabei handelt es sich um den 34-jährigen Abu Walaa, einen aus dem Irak stammenden radikalen Prediger, der sich offen zum IS bekennt. Laut Anklage soll Abu Walaa mehrere deutsche Dschihadisten zum IS geschleust haben. Auch zu Anis Amri, dem Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt, sollen Verbindungen bestehen (Zeit Online 2017). Zurzeit befindet sich Abu Walaa in Untersuchungshaft.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben ihr Augenmerk nicht nur auf einzelne Akteure der Szene gelegt, sondern nehmen auch Organisationen in den Fokus. Eine dieser Organisationen trug den Namen „Die wahre Religion“ (DWR) und wurde 2005 von Ibrahim Abou Nagie gegründet. Ein weiteres Mitglied war Pierre Vogel. Zur dominierenden Kraft des politischen Salafismus entwickelte sich DWR im Herbst 2011, als Abou Nagie die sogenannte „Lies!“-Kampagne ins Leben rief, bei der Aktivisten kostenlose Koranexemplare an Passanten in den Fußgängerzonen deutscher Großstädte verteilten. Unter Experten gilt die Kampagne als Instrument der Radikalisierung, da sich insgesamt 140 Personen, nachdem sie an DWR-Aktionen beteiligt waren, terroristischen Organisationen in Syrien und Irak angeschlossen haben (Bundesministerium des Innern 2017, S. 181). Aus diesem Grund wurden sowohl die DWR als auch die „Lies!“-Kampagne am 15. November 2016

vom Bundesminister des Innern verboten. Daneben existierte zwischen 2008 und 2011 der Verein „Einladung zum Paradies“ (EZP), der von Pierre Vogel während eines zwischenzeitigen Zerwürfnisses mit Abou Nagie gegründet wurde. Dabei wurde die EZP als moderater Gegenpol zum gewaltaffinen Salafismus stilisiert (Wiedl/Becker 2014, S. 193). Drei Jahre nach seiner Gründung wurde der Verein jedoch schon wieder aufgelöst. Ein weiterer Kristallisationspunkt der salafistischen Mobilisierung war eine von 2008 bis 2013 bestehende Gruppe namens „DawaFFM“ (Schröter 2015b, S. 2). Führender Kopf der im Großraum Frankfurt a.M. entstandenen Organisation war Abdellatif Rouali, der sich selbst Sheikh Abdellatif nennt. Die Gruppe verfügte über eine eigene Webseite sowie verschiedene YouTube-Kanäle, über die Predigten ihres Gründers und anderer radikaler Salafisten hochgeladen wurden. Auch der Attentäter vom Frankfurter Flughafen, Arid Uka, soll überwiegend Propaganda von DawaFFM konsumiert sowie Vorträge von dessen Oberhaupt besucht haben (Wiedl/Becker 2014, S. 240). Die Organisation wurde aufgrund ihrer demokratiefeindlichen Ansichten und radikalisierenden Wirkung am 13. März 2013 vom Bundesminister des Innern verboten, Abdellatif Rouali ist jedoch weiterhin aktiv.

Ende 2005 entstand die dschihadistische Organisation „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF). Die Organisation fungierte als reines „Propaganda-Instrument“ (Steinberg 2012, S. 24) von al-Qaida. Da sie erstmals arabischsprachige Texte und Videos ausländischer Organisationen und Akteure ins Deutsche übersetzte und somit einem breiteren deutschsprachigen Publikum zugänglich machte, kommt ihr in der deutschen dschihadistischen Szene eine außerordentliche Bedeutung zu. Sie trug maßgeblich zur Internationalisierung des Dschihadismus und zur Einbeziehung deutscher Dschihadisten bei. Gründer der GIMF war Mohammed Mahmoud. Die meisten Mitglieder wurden 2008 verhaftet, darunter auch Mahmoud, womit das Ende der Organisation einherging. Nachdem er 2011 aus der Haft entlassen worden war, gründete er zusammen mit Denis Cuspert in Solingen den Verein „Milatu Ibrahim“ (MI). Von den bisher vorgestellten Organisationen kann MI als die radikalste Organisation angesehen werden. Inhalte der Vereinswebseite und Reden der Vereinsmitglieder weisen eindeutig auf deren dschihadistische Gesinnung hin. Im Jahr 2012 kam es in Bonn und Solingen zu Ausschreitungen zwischen MI-Mitgliedern und der Polizei. Anlass war eine Demonstration gegen die rechtsextreme Partei Pro NRW. Bei den Ausschreitungen wurden insgesamt 31 Polizisten verletzt, zwei bei einem Messerengriff sogar schwer verwundet. Am 29. Mai 2012 wurde der Verein durch den Bundesminister des Innern verboten (*Bundesamt für Verfassungsschutz* 2018). Nach dem Verbot reisten zahlreiche Anhänger von „Milatu Ibrahim“ nach Syrien und in den Irak, wo sie sich verschiedenen der dort ansässigen terroristischen Organisationen anschlossen.



## 8. Ausblick

Trotz einer Vielzahl präventiver Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ist es bislang nicht gelungen, das Phänomen des Salafismus in allen seinen Spielarten einzudämmen. Im Gegenteil: Die Daten der Sicherheitsbehörden zeigen, dass der Zulauf in die Szene ungebremst ist. Salafismus und Dschihadismus sind ideologiegetriebene Bewegungen, die gerade für Jugendliche attraktiv sind. Sie vermitteln ihren Mitgliedern ein Gefühl des Ausgewähltseins, der Überlegenheit und der Sinnstiftung. Durch ihre vergleichsweise simple Struktur, die sich an den Kriterien des Erlaubten und Verbotenen orientiert, bieten sie Orientierung in einer immer komplizierter werdenden Welt und eröffnen zusätzliche Handlungsoptionen in einem engen gesellschaftlichen Rahmen. Hoffnungen auf Verbesserungen der Sicherheitslage scheinen sich aus diesem Grund vorerst nicht zu erfüllen.

## Literatur

- Abou Taam, M./Dantschke, C./Kreutz, M./Sarhan, A.* (2016): Kontinuierlicher Wandel. Organisation und Anwerbungspraxis der salafistischen Bewegung (HSFK-Report, 2/2016). Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Alexander, D.* (2016): Warum uns immer wieder Brüderpaare terrorisieren, in: <https://www.welt.de/politik/ausland/article153600656/Wieso-uns-immer-wieder-Brüderpaare-terrorisieren.html> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Baehr, D.* (2014): Dschihadistischer Salafismus in Deutschland. In: Schneiders, T.G. (Hg.): Salafismus und Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript, S. 231-250.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (2013): Islamismus: Entstehung und Erscheinungsformen, in: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2013-09-islamismus-entstehung-und-erscheinungsformen.pdf> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (2018): Reisebewegungen von Jihadisten Syrien/Irak, in: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-reisebewegungen-in-richtung-syrien-irak> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Bundesministerium des Innern* (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Damir-Geilsdorf, S.* (2004): Fundamentalismus und Terrorismus am Beispiel religiös-politischer Bewegungen im Nahen und Mittleren Osten. In: Six, C./Riesebrodt, M./Haas, S. (Hg.): Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Wien: Studienverlag, S. 201-225.
- Damir-Geilsdorf, S.* (2014): Zur politischen Identitätsbildung als Radikalisierungsfaktor bei jungen Muslimen in Deutschland. In: Ceylan, R./Jokisch, B. (Hg.): Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention. Frankfurt a.M.: Lang, S. 215-238.

- Dantschke, C.* (2014): „Lasst euch nicht radikalisieren!“ – Salafismus in Deutschland. In: Schneiders T.G. (Hg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript, S. 171-186.
- El-Mafaalani, A.* (2014): Salafismus als jugendkulturelle Provokation. Zwischen dem Bedürfnis nach Abgrenzung und der Suche nach habituellem Übereinstimmung. In: Schneiders, T.G. (Hg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript, S. 355-362.
- Erasmus Monitor* (2014): Bruderkampf – ISIS und die Berliner Salafisten, in: <http://erasmus-monitor.blogspot.de/2014/10/bruderkampf-isis-und-die-berliner.html> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Falk News* (2017): Muslimische politische Gefangene in der BRD (21.10.2017), in: <http://falk-site.de/islamische-gefangenenhilfe-21-10-2017> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Gharaibeh, M.* (2014): Zum Verhältnis von Wahhabiten und Salafisten. In: Schneiders, T.G. (Hg.): Salafismus und Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript, S. 117-124.
- Günther, C./Ourghi, M./Schröter, S./Wiedl, N.* (2016): Dschihadistische Rechtfertigungs narrative und ihre Angriffsflächen. In: Biene J./Daase, C./Gertheiss, S./Junk, J./ Müller, H. (Hg.): Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen. Frankfurt a.M.: Campus, S. 159-198.
- Kepel, G.* (2016): Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa. München: Kunstmann.
- Lewis, B.* (1994): Der Atem Allahs. Die islamische Welt und der Westen: Kampf der Kulturen? Wien: Europa-Verlag.
- Lewis, B.* (2003): Die Wut der arabischen Welt. Warum der jahrhundertealte Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lohlker, R.* (2009): Dschihadismus. Materialien. Wien: Facultas Verlag.
- Lohlker, R.* (2017): Die Salafisten. Der Aufstand der Frommen, Saudi-Arabien und der Islam. München: C.H. Beck.
- Logvinov, M.* (2017): Salafismus, Radikalisierung und terroristische Gewalt. Erklärungsansätze – Befunde – Kritik. Wiesbaden: Springer VS.
- Logvinov, M.* (2018): Das Radikalisierungsparadigma. Eine analytische Sackgasse der Terrorismusbekämpfung? Wiesbaden: Springer VS.
- Marx, B.* (2014): Der Dschihadismus – ein deutsches Phänomen, in: <http://www.dw.com/de/der-dschihadismus-ein-deutsches-ph%C3%A4nomen/a-17970824> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Mohagheghi, H.* (2015): Frauen für den Dschihad. Das Manifest der IS-Kämpferinnen. Freiburg: Herder.
- Murtaza, M.S.* (2005): Die Salafiyya. Die Reformer des Islam. Bad Kreuznach: Institut zur Erforschung der islamischen Religion.
- Murtaza, M.S.* (2011): Die ägyptische Muslimbruderschaft. Geschichte und Ideologie. Berlin: Rotation Verlag.
- Ourghi, M.* (2010): Muslimische Positionen zur Berechtigung von Gewalt. Einzelstimmen, Revisionen, Kontroversen. Würzburg: Ergon.
- Paret, R.* (2001): Der Koran. Stuttgart: Kohlhammer.
- Pfahl-Traughber, A.* (2007): Die Islamismuskompatibilität des Islam. Anknüpfungspunkte in Basis und Geschichte der Religion. Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007, S. 62-78.

- Said, B.T.* (2017): Hymnen des Jihads. Naschids im Kontext jihadistischer Mobilisierung. Würzburg: Ergon.
- Schröter, S.* (2013): Herausbildungen moderner Geschlechterordnungen in der islamischen Welt. In: Fahrmeir, A./Warner, A. (Hg.): Die Vielfalt normativer Ordnungen. Konflikte und Dynamik in historischer und ethnologischer Perspektive. Frankfurt a.M.: Campus, S. 275-306.
- Schröter, S.* (2015a): Salafismus und Jihadismus: Eine Einführung. Exzellenzcluster – Die Herausbildung normativer Ordnungen, in: <http://www.ffgi.net/files/dossier/dossier-einfuehrung-schroeter.pdf> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Schröter, S.* (2015b): Das Rhein-Main-Gebiet als salafistisch-jihadistische Operationsbasis, in: [http://www.ffgi.net/files/pub/Salafismus\\_und\\_Jihadismus\\_im\\_Rhein-Main\\_Gebiet.pdf](http://www.ffgi.net/files/pub/Salafismus_und_Jihadismus_im_Rhein-Main_Gebiet.pdf) [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Schröter, S.* (2018): Religiöse Rechtfertigungen des Dschihadismus. In: Schellöh, J./Reichert, J./Meins, V.M./ Flender, A. (Hg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. Bielefeld: Transcript, S. 121-136.
- Seidensticker, T.* (2014): Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen. München: C.H. Beck.
- Steinberg, G.* (2005): Der nahe und der ferne Feind: Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus. München: C.H. Beck.
- Steinberg, G.* (2012): Jihadismus und Internet: Eine deutsche Perspektive, in: [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012\\_S23\\_sbg.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S23_sbg.pdf) [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Sydow, C.* (2016): Geschwister im Dschihad. Wenn Brüder Terroristen werden. Spiegel Online, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/terror-in-bruessel-wenn-brueder-terroristen-werden-a-1083796.html> [letzter Aufruf: 29.04.2018].
- Tibi, B.* (1993): Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik. München: C.H. Beck.
- Toprak, A./Weitzel, G.* (2017): Warum Salafismus den jugendkulturellen Aspekt erfüllt. In: Toprak, A./Weitzel, G. (Hg.): Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 47-59.
- Wiedl, N.* (2008): Da'wa. Der Ruf zum Islam in Europa. Berlin: Schiler.
- Wiedl, N./Becker, C.* (2014): Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie. In: Schneiders, T.G. (Hg.): Salafismus und Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Bielefeld: Transcript, S. 187-215.
- Wiktorowicz, Q.* (2006): Anatomy of the salafi movement. *Studies in Conflict & Terrorism*, 2006 (29), S. 207-239.
- Zeit Online* (2017): Prozess gegen Islamisten Abu Walaa beginnt, in: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-09/is-hassprediger-abu-walaa-prozessbeginn> [letzter Aufruf: 29.04.2018].

# Unternehmenskriminalität und (Selbst-)Regulierung<sup>1</sup>

*Ralf Kölbel*

## Gliederung

- |   |  |
|---|--|
| 1. Einführung   | 2.4 Empirische Fundierung der Modelle              |
| 2. Die Erwartungslage in der kriminologischen Diskussion        | 2.5 Konsequenzen für Compliance Management Systeme |
| 2.1 Modell 1: Unternehmen als amoralische Kalkulatoren          | 3. Funktioniert Compliance?                        |
| 2.2 Modell 2: Unternehmen als verantwortungsfähige Kalkulatoren | 3.1 Die Studienlage                                |
| 2.3 Divergente Implikationen für die Unternehmensregulierung    | 3.2 Kritik   |
|   | 3.3 Zur Bedeutung qualitativer Forschungsbefunde   |
|   | 4. Eine vorläufige Bilanz                          |

## 1. Einführung

Die Kriminologie ist ganz besonders mit strafrechtlich konstruierten Phänomenen und mit Prozessen der Strafrechtsimplementierung befasst, und dies wegen der persistenten gesellschaftlichen Relevanz auch aus gutem Grund. Allerdings bleibt dabei leicht unbeachtet, dass das polizeilich-sanktionierende Staatshandeln durch andere Interventionsformen zunehmend ergänzt und überlagert wird (für einen Überblick etwa *Scott* 2004, S. 148 ff., 160 ff.).<sup>2</sup> So operieren heutige Staaten oft mit einem weiten Spektrum regulatorischer Instrumente<sup>3</sup> und einer Vielzahl unterschiedlicher Institutionen,<sup>4</sup> was sich ganz

---

1 Der Beitrag wurde auch in der *MschKrim* 2017, Heft 6 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

2 Vgl. aber z.B. die kriminologischen Debatten zur Multilateralization of Policing, *Bayley/Shearing* (2001), zur Privatisierung von Strafverfolgungsaufgaben *Eisenberg/ Kölbel* (2017), § 10 Rn. 15 und zur bürgerseitigen Responsibilisierung bei der Delikts-prävention, etwa *Hinds/Grabosky* (2010).

3 Verwaltungs-, Zivil- und Strafrecht; Anreize, Abgaben oder handelbare Anrechte; Informations- und Persuasivprogramme; Bereitstellung von Infrastrukturen; Steuerung durch Prozeduren, Selbstverpflichtungen, Branchenkodizes usw.

4 Behörden, weitgehend unabhängige staatliche Einrichtungen, halb-öffentliche Organisationen, private Akteure.

besonders in den neuen regulatorischen Arrangements im Bereich der Wirtschaft niederschlägt (siehe nur *Grabosky* 2001; *Parker/Nielsen* 2009a, S. 47 ff.; für Deutschland beispielsweise *Müller* 2002, S. 51 ff.; *Eifert* 2012, Rn. 32 ff., 52 ff.; *Weiß* 2014, S. 563 ff.). Obwohl dabei zwischen den Wirtschaftssektoren beträchtliche Unterschiede bestehen und die Steuerungsmittel innerhalb der Regelungs-Arenen oft gemischt und nicht widerspruchsfrei sind, lassen sich hier neben Elementen der konventionellen Regulierung, bei denen die Setzung und Durchsetzung der Standards in den Händen des Staates liegen („Command and Control“-Prinzip), stets auch andere Grundformen ausmachen (*Coglianesi/Mendelson* 2010, S. 150 f.) – wie unter anderem Varianten der sogenannten „Meta-Regulierung“ (bei der die Regelsetzung und/oder deren Implementierung privatseitig übernommen wird, wobei der Staat dies mit Anreizen oder Pflichten gezielt initiiert und gegebenenfalls begleitet). In Deutschland firmiert dies meist unter „regulierter Selbstregulierung“ (vgl. etwa *Weiß* 2014, S. 560 f.; Beispiele bei *Thoma* 2008, S. 26 ff., 83 ff.).

Unter den hier zugehörigen Ausprägungen (Überblick bei *Eifert* 2012, Rn. 73 ff.; *Gilad* 2010) stellen die Compliance Management Systeme (CMS) eine Spielart dar, die speziell auf Organisationsebene wirksam wird (dazu beispielsweise *Parker* 2000, S. 552 ff.; 2002, S. 17 ff.; *Gruner* 2007, S. 290 ff.; *Krawiec* 2009, S. 142 ff.; *Engelhart* 2010, S. 307 ff., 645 ff.; *Baldwin et al.* 2011, S. 146 ff.; *Fuchs et al.* 2011, S. 158 f.; *Oude Vrielink et al.* 2011, S. 490 ff.). Unternehmen wirken dabei durch Übernahme von Selbstüberwachungsaufgaben – konkret: durch interne Verhaltensregeln, Mitarbeiterschulungen, Entscheidungsverfahren, Prüf- und Kontrollvorkehrungen, Compliance-Abteilungen und so weiter – am Enforcement außer-/strafrechtlicher Vorschriften mit.<sup>5</sup> „Selbst reguliert“ werden so zwar nicht die maßgebenden Normen, wohl aber die auf deren Einhaltung ausgerichteten Prozeduren und Organisationsstrukturen. Darin kommt, da all dies auf gezielte staatliche Anstöße hin geschieht,<sup>6</sup> ein kooperatives Rechtsdurchsetzungsarrangement zum Tragen, bei

---

5 Die rechtsgebietliche Zuordnung ist für die hiesigen Fragen ohne Belang. Unternehmensdelinquenz liegt in der korporativen Verletzung aller rechtlich gestützten Erwartungen, also nicht nur in strafrechtlich relevanten Verstößen (vgl. etwa *Tombs/Whyte* (2015), S. 35 ff., 131 ff. oder *Schell-Busey et al.* (2016), S. 389: alle „illegal acts that occur within companies and are undertaken by firm representatives or the company itself to benefit the corporation“).

6 In Deutschland bestehen diese vor allem aus branchenbezogenen Implementierungspflichten, aus „Comply or Explain“-Regelungen und der Inaussichtstellung einer Milderung jener Sanktion, die im Falle eines Deliktes (sowohl wegen der Rechtsgutverletzung als auch wegen der internen Organisationsmängel) droht (dazu *BGH*, StV 2018, 36 (37)). Nach Teilen der Judikatur entspräche die Einführung von CMS überdies der Gesamtverantwortung von Vorstandsmitgliedern (*LG München I*, NZG 2014, 345). Für die Unternehmen kann es freilich weitere Gründe für die Einführung von CMS geben, insbesondere deren

dem der Staat wirtschaftseigene Prozesse aktiviert, einrahmt und instrumentalisiert (näher mit weiteren Nachweisen *Kölbel* 2013, S. 506 ff., 525 ff.). Prima vista erfährt dies enorme Zustimmungswerte, weil von der Verbreitung der CMS eine merkliche Eindämmung von korporativer Devianz zu erwarten sei (*Baldwin et al.* 2011, S. 147 f.; für Deutschland etwa *Sieber* 2008, S. 474 ff.; *Bussmann* 2011, S. 67 ff.; [bezüglich Kapitalmarktregulierung] BT-DrS 17/3628, S. 17, 22 f.). Allerdings wird dieser Optimismus durch die ‚gefühlte Entwicklung‘ und die fortgesetzte mediale Präsenz von Corporate Crimes nur wenig genährt (*Langevoort* 2017, S. 943: „events put compliance in a bad light“).<sup>7</sup> Dass die wirtschaftskriminologische Bewertung von CMS bei genauerem Hinsehen keineswegs so einstimmig ist, wie es das erste Stimmungsbild suggeriert, kann daher nicht verwundern. Der de facto doch erhebliche Dissens tritt sogar in aller Deutlichkeit zu Tage, wenn man wenigstens kursorisch eine nicht abreißende Debatte zur Einordnung von Unternehmensdelinquenz rekonstruiert und sich deren Pole in idealtypischer Zuspitzung vor Augen führt.

## 2. Die Erwartungslage in der kriminologischen Diskussion

### 2.1 Modell 1: Unternehmen als amoralische Kalkulatoren

Im Spektrum der unternehmenskriminologischen Betrachtungsweisen wird das eine Ende durch eine Position markiert, die Verbandsdelinquenz als ein systemisches Phänomen analysiert.<sup>8</sup> Normabweichende und/oder sozialschädliche korporative Aktivitäten sind aus dieser Warte in den grundlegenden Erwartungen und Entscheidungslogiken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angelegt: Unternehmen müssen bei Strafe ihres Untergangs zumindest mittel- oder langfristig Gewinne erzielen und maximieren. Mag auch das ‚Wie‘ der Profitabilitätssicherung notorisch unbestimmt sein, mögen die Entscheidungsprozesse eine außerordentliche Komplexität und Widersprüchlichkeit aufweisen und mag sich das reale unternehmerische Vorgehen von außen oder ex post oft sogar als

---

Nutzen für die Außendarstellung (vgl. mit weiteren Nachweisen *Kölbel* (2013), S. 521 ff.). Auch scheinen – neben den Schadenshaftungs-Versicherern (dazu *Fuchs et al.* (2011), S. 155 f.) – marktmächtige Unternehmen innerhalb von Lieferketten einen gewissen Implementierungs-Druck auf ihre Vertragspartner auszuüben (Befunde z.B. bei *PricewaterhouseCoopers* (2016), S. 57 ff.; vgl. auch unten 4.).

<sup>7</sup> Objektive Trends sind angesichts notorischer Messprobleme indes kaum abschätzbar, vgl. *Slapper/Tombs* (1999), S. 54 ff., 107 ff.; *Benson et al.* (2016), S. 102 ff.

<sup>8</sup> International wird diese Position vor allem durch Vertreter der kritischen Kriminologie eingenommen, in Deutschland dagegen eher durch systemtheoretisch fundierte Ansätze *Boers et al.* (2004); *Boers* (2010); *Kölbel* (2008).

ertragsschädlich erweisen – auf die ökonomische Funktionalität zumindest hinorientiert sind Unternehmensaktivitäten im Ganzen gesehen allemal.

Deshalb werden wirtschaftliche Vorteile ergriffen und wahrgenommen, auch wenn das für Dritte oder die Allgemeinheit abträgliche Folgen hat (näher *Pearce/Tombs* 1997, S. 81 ff.; *Slapper/Tombs* 1999, S. 141, 172 ff.). Berücksichtigung finden solche „Begleiterscheinungen“ erst, wenn ihre Kosten nicht nur sozialisiert, sondern auch für die Unternehmen relevant werden. Bedingt durch das Marktgeschehen (Auswirkungen auf Reputation, Geschäftsbeziehungen usw.) oder den Ordnungsrahmen (Steuern, Haftungsregeln, Verbots- und Sanktionsnormen) ist dies freilich bei vielen (potenziellen) Delikten der Fall – sodass der „amoral calculator“ (der im Übrigen kein „unmoralischer“ Kalkulator ist) aus geschäftlichem Interesse meist eine relative Norm- und Gesellschaftsverträglichkeit (oder gar eine gewisse soziale und ökologische Verantwortlichkeit) wahrt. Hierzu kommt es allerdings nur, weil und soweit dies für den ökonomischen Unternehmenserfolg maßgeblich ist (*Pearce/Tombs* 1997, S. 82 ff.; *Bittle* 2015, S. 136). Bei ausbleibender Kostenrelevanz (vor allem wenn es an einer rechtlichen und einer sozialen Ablehnung fehlt) bildet sich hingegen das heraus, was *Passas* (2005, S. 776 ff.) als „crimes without lawbreaking“ beschreibt: nämlich profitable Transaktionen, Geschäftsformen oder gar Wirtschaftszweige mit legalen, aber hochgradig sozialschädlichen Externalitäten, die aus den jeweiligen Produkten<sup>9</sup> oder den Herstellungs- und Verteilungsprozessen hervorgehen (Massentierhaltung, Erdölindustrie usw.).<sup>10</sup>

Es ist ein „Teil der natürlichen Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems“ (*Akerloff/Shiller* 2016, S. 39), dass der Wettbewerb die Unternehmen unter Druck setzt, die sich auf dem Markt bietenden Ertragschancen zu ergreifen (weil es sonst ein Wettbewerber tut) – und zwar auch diejenigen Chancen, die sich aus einem Markt für gemeinwohlbeeinträchtigende Produkte, Dienstleistungen usw. ergeben (*Akerloff/Shiller* 2016, S. 25 ff.). Sozialschädliches Agieren, das für Unternehmen ökonomisch interessant ist, unterbleibt also immer nur wegen eines gegenläufigen Außendrucks – wobei eben dieser Außendruck

---

9 Tabak, Waffen, Glücksspiele, aber auch SUVs, Kaffee kapseln, Billigtextilien, Soja- oder Palmölprodukte usw. (dazu und zur Frage, warum [neben den Unternehmen] die gesamte Zivilgesellschaft des Westens die hier anfallenden Begleitkosten externalisiert, näher *Lesenich* (2016), S. 9 ff., 82 ff.

10 Das Fehlen einer regulierungsbedingten Kostenrelevanz wird hier nicht zuletzt auf den politischen und kulturellen Einfluss von Unternehmen zurückgeführt. Für eine Fallstudie *Bittle* (2015), S. 138 ff.; ferner *Eisenberg/Kölbel* (2017), § 23 Rn. 19 ff., § 24 Rn. 14, § 47 Rn. 18 f.). Speziell zu den gigantischen „Multis“, die sich mit ihrer überwältigenden Macht den gewünschten normativen Freiraum verschaffen und diesen auch für die routinierte „Steuerflucht“ und Hyper-Ausbeutung im Ausland nutzen, vgl. *Barak* (2017), S. 3 f., 42 ff. (am Beispiel von Apple).

in der Wahrnehmung der Akteure als ein künstlich aufgedrängter Entscheidungsaspekt erscheint. Beispielsweise stellt eine Kartellbildung für die beteiligten Unternehmen in vielen Situationen – abhängig von der wirtschaftlichen Lage, der Konzentration in der Branche, der Unternehmensgröße, der Produktausrichtung usw. (näher *Bertrand et al.* 2014; vgl. auch *Simpson/Koper* 1997) – eine hoch rationale Strategie der Ressourcenplanung und Preisgestaltung dar (vgl. die Interviews bei *Parker* 2012, S. 981 ff.). Dass derartige Kooperationen unterlassen werden müssen (weil sie auf der Systemebene als ebenso wettbewerbsmindernd wie preistreibend gelten), nimmt sich in dieser Logik als etwas Aufgezwungenes und Fremdes aus. Ähnlich verhält es sich, um ein weiteres Beispiel zu nennen, bei der (sehr fluiden) Grenze, die das Recht zwischen der betrugsförmigen Täuschung und der (von *Akerloff/Shiller* (2016) systematisch beschriebenen) Ausnutzung von Informationsvorsprüngen zieht.

## 2.2 Modell 2: Unternehmen als verantwortungsfähige Kalkulatoren

Das Gegenmodell operiert mit eher konventionellen kriminologischen Denkmustern: Corporate Crimes seien, sieht man von einer delinquenten Minderheit ab, für korporative Akteure in der Regel eher „wesensfremd“. Nach diesem „Unternehmensbild“ orientierten sich viele Organisationen primär auf sozial nützliche Aktivitätsformen hin. Sie seien für die Einhaltung notwendiger Vorschriften oft zu gewinnen – und dies eben nicht nur „for reasons of enlightened self-interest“ (*Gunningham* 2016, S. 516). Unternehmen verhielten sich nämlich vor allem aus Einsicht konform (klassisch *Kagan/Scholz* 1980, S. 355, 360 ff.; *Scholz* 1997, S. 261 ff.; *Ayres/Braithwaite* 1992, S. 22 ff.) – also keineswegs nur, weil sie (wie dies auch für den „amoral calculator“ angenommen wird) die mittel- und langfristigen Deliktsfolgen berücksichtigten (vgl. etwa *Hutter* 2011, S. 311 ff.: Sanktionskosten, Mediendiskurse, Reputationsfragen, verstärkte Regulierung oder sonstiges Stakeholder-Verhalten). Komme es zu Normverstößen, handele es sich deshalb eher um Nebeneffekte ihres regulären Operierens, die im Zuge komplexer Abläufe und Transaktionen einträten und meist auf innerorganisatorischen Defiziten und nicht auf gewinnmotivierten Kalkülen beruhten (*Gunningham* 2016, S. 504). Insofern handele es sich hierbei eher um „Illegalities“ oder um „corporate non-compliance“ als um „echte“ Delikte.<sup>11</sup> Die Häufigkeit halte sich zudem im Rahmen – und dies wegen der

---

11 *Gunningham* (2016), S. 503: „distinguishable from conventional crime in that it is only „qualified disfavored“.“



prinzipiellen Konformitätsbereitschaft selbst bei geringer Kontrollfrequenz.<sup>12</sup> Auf Sanktionsdruck komme es allein bei auffälligen Organisationen an, doch sei diese Gruppe eher klein (*Kagan/Scholz* 1980, S. 363).<sup>13</sup> Deren Delinquenz stelle auch kein systemisches Phänomen dar, sondern die Ausnahme von der Regel und die Folge von Sonderbedingungen: Sie sei Resultat organisationsinterner und -externer Problemfelder, die einer traditionellen, das heißt kriminologisch-ätiologischen Interpretation zugänglich sind.

Tatsächlich zeigen Hellfeldstudien, dass sich die Registrierung von straf-, zivil- und verwaltungsrechtlich relevanten Verstößen auf bestimmte Unternehmen konzentriert (vgl. etwa *Alalehto* 2010, S. 313; *Kluin* 2014, S. 174, 258 f.) und sich diesbezüglich (zumindest provisorisch) auch einige Risikofaktoren ausmachen lassen (für einen Forschungsüberblick vgl. etwa *McKendall/Wagner* 1997, S. 625 ff.; *Vaughan* 1999, S. 287 ff.; *Simpson* 2013, S. 241 f.; *Huisman* 2016, S. 443 ff.).<sup>14</sup> Unternehmensdelinquenz erklärt man beispielsweise als eine Reaktion von Organisationseinheiten, an die der ökonomische Außen- druck, dem das Unternehmen ausgesetzt ist, weitergegeben wird („intra-organizational strain“) und / oder denen ein mikropolitisch durchsetzungsfähiges Management legal kaum realisierbare Leistungsvorgaben macht (vgl. *Simpson/Koper* 1997, S. 374 ff.; *Faßbauer/Schirmer* 2006; *Agnew et al.* 2010; *Wang/Holtfreter* 2012, S. 154 ff.). Als förderlich gelten ferner Gelegenheitsstrukturen, wie etwa defizitäre interne Kontrollen (*Wang/Holtfreter* 2012, S. 154 ff.) und/oder (Vergütungs-) Anreize, die sich allein auf den kurzfristigen

---

12 So in der Tat für eine US-Stichprobe *Gray/Shadbegian* (2005), S. 250: bezüglich Abwasser-, Luftreinhaltungs- und Sicherheitsregelungen liegt die Verstößrate bei 24 %, 16 % bzw. 13 % trotz geringer Kontrollen (max. 1/Jahr).

13 „Some corporate actors will only comply with the law if it is economically rational for them to do so; most corporate actors will comply with the law most of the time simply because it is the law, *Ayres/Braithwaite* (1992), S. 19.

14 Etwa: Merkmale konkreter Branchen und Märkte (geringe Profitmargen; gegebenfalls auch Dominanz weniger Großunternehmen; Druck in Lieferketten und Konkurrenzlagen; kulturelle Handlungsräume [Korruptionstüchtigkeit]; Gelegenheitsstrukturen [Subventionsbereich]), aber vor allem auch bestimmte organisationseigene Gegebenheiten (innerorganisatorische Komplexität; Management ohne eigene Unternehmensanteile; gegebenfalls Ertragsdefizite oder finanzielle Schwierigkeiten). Inzwischen gelten auch individuelle Merkmale der ausführenden Mitarbeiter, denen man lange keine Bedeutung bei der Erklärung korporativer Devianz zuerkannte (vgl. etwa *Simpson/Piquero* (2002), S. 510 ff.), als relevant. Beispiele für diesen Ansatz bietet die „Self Selection“-These, wonach deliktisch anfällige Unternehmen für entsprechend disponierte Personen besonders attraktive Arbeitgeber seien, sodass in der Devianz dieser Organisationen auch die Zusammensetzung des Managements zum Tragen käme, *Apel/Paternoster* (2010). In die gleiche Richtung zielen die CEO-Forschung, *Gottschalk* (2017) und Untersuchungen zu Persönlichkeitsmerkmalen deviant agierender Führungskräfte, jüngst etwa *Lingnau et al.* (2017). Der Forschungsstand ist indes inkonsistent, zusammenfassend *Eisenberg/Kölbel* (2017), § 57 Rn. 54.

ökonomischen Nutzen hinorientieren. Ohnehin entwickeln sich in jeder Organisation diverse effektivitätsfördernde Formen „brauchbarer Informalität und Illegalität“, die die Lösung von Zielkonflikten oder den Umgang mit problematischen Hierarchievorgaben erleichtern. Insofern kann sich ein grenzwertiger „ways of doing things“ in der Unternehmenspraxis verstetigen, der gegebenenfalls zu einer folgenreichen Verkettung riskanter Entscheidungen führt (Vaughan 1996) und/oder die Illegalität bestimmter Unternehmenspraktiken normalisiert (näher etwa Ashforth/Anand 2003; Bergmann 2016, S. 12 ff.; Pohlmann/Höly 2017). Aus diesem Grund führt man nicht wenige Delikte auf die „organizational incompetence to comply“ zurück (Huisman 2016, S. 439 f.).

### 2.3 Divergente Implikationen für die Unternehmensregulierung

Konformitätsunterschiede, die sich zwischen verschiedenen Branchen und Unternehmen ausmachen lassen, gehen aus der Perspektive von *Modell 2* im Grunde also auf die „criminogenic dispositions“ mehrbelasteter Organisationen zurück (Huisman 2016, S. 438). Diese Merkmale werden dabei letztlich als Ursachen einer Normalitätsabweichung begriffen (Vaughan 1999, S. 287 ff.) – wohingegen das *Modell 1* in ihnen eher Verstärker einer generellen wirtschaftstypischen Bereitschaft zur opportunistischen Deliktsaktivität sieht (kennzeichnend Glasbeck 2002, S. 141 f.; Tombs 2008, S. 31 ff.). Dieser Unterschied kann für die Ausgestaltung der Unternehmensregulierung nicht folgenlos sein. Zwar stimmen beide Modelle darin überein, dass die Sozialverträglichkeit von Unternehmen vornehmlich durch den staatlichen Ordnungsrahmen gewährleistet werden muss, doch mit Blick auf das Enforcement herrscht Streit. Betrachtet man Unternehmensdelinquenz als systemisches Phänomen (*Modell 1*), kommt es hier maßgeblich auf Kontrollen und Sanktionsdrohungen an, wobei es von deren Ausgestaltung und Implementierung abhängen soll, ob die normativen Vorgaben wegen ihrer ökonomischen Konsequenzen auch Beachtung erfahren. Rechtslücken und Durchsetzungsschwächen würden durch die Adressaten nämlich in dem Maße ausgenutzt, wie dies für sie vorteilhaft ist.

Die Ausdrucksformen, in denen dies geschieht, hat man als ein „legal engineering“ beschrieben, mit dem man beispielsweise grenzwertige Unternehmensaktivitäten durch kreative Rechtsauslegung juristisch abzusichern (vgl. etwa McBarnet 2006; Baldwin *et al.* 2011, S. 232) oder die Regelungsunterschiede nationaler Rechtsordnungen systematisch auszuspielen und zu gebrauchen versteht (vgl. etwa Michalowski/Kramer 1987; Gilbert/Russell 2002). Kriminologisch näher untersucht wurde dies etwa bei der Entwicklung und Nutzung rigoroser Steuerminimierungsverfahren (vgl. etwa Braithwaite 2005; Farnsworth/Fooks 2015; Evertsson 2016). Dass bei ausfallender behördlicher

Normdurchsetzung selbst darüber noch hinausgehende illegale Unternehmenspraktiken (etwa eine Unterschreitung von Produkt- und Sicherheitsstandards oder andere formal illegale Verfahren) auftreten, wurde in einigen Studien gleichermaßen gezeigt.<sup>15</sup> Insgesamt habe man Unternehmensdevianz immer dann zu gewärtigen, wenn die ökonomischen Implikationen von Regularität ungünstiger sind als die des devianten Vorgehens (*Slapper/Tombs* 1999, S. 153; *Glasbeck* 2002, S. 140 ff.). Seien Unternehmen beispielsweise bei ihren Auslandsaktivitäten vor die Entscheidung gestellt, angestrebte Geschäftsabschlüsse (überhaupt oder verzögerungsfrei) nur durch Bestechungszahlungen sicherstellen zu können, werde dieser Weg (mit Blick auf die ökonomischen Vorteile oder auch Notwendigkeiten) also von ganz erheblichen Anteilen gewählt (so in der Tat die Befragungsdaten bei *Isenring et al.* 2016, S. 55, 58; siehe ergänzend auch *Hoven* 2017, S. 200 ff., 247 ff.).<sup>16</sup>

Wegen dieser opportunistischen Handlungslogik bedürfe jede Deliktseindämmung der konsequenten staatlichen Kontrolle und Sanktionierung (*Pearce/Tombs* 1997, S. 92 ff.; *Tombs* 2002, S. 126 ff.; *Bittle* 2015, S. 147). Zugleich könne man durchaus von einer besonderen abschreckungsgetragenen Ansprechbarkeit von Unternehmen (beziehungsweise ihren Repräsentanten) ausgehen (*Braithwaite/Geis* 1982, S. 300 ff.) – nicht zuletzt wegen der angenommenen amoralischen Rationalität (2.1), die zwar aus verschiedenen Gründen (Zeitdruck, begrenzte Informationen, Zielwidersprüche, interne Abstimmungsprobleme) oftmals gemindert, aber auf eine Kosten-Nutzen-Abwägung doch stets ausgerichtet sei (*Tombs/Whyte* 2013, S. 750 ff.; 2015, S. 102 ff.).<sup>17</sup>

---

15 Zu den besagten Folgen einer behördlichen Nicht-Intervention vgl. z.B. die Fallstudien von *Gunningham* (1987) und *Tweeddale* (2000) bezüglich der (über die gesundheitliche Problematik voll informierten) Asbestindustrie.

16 Im Übrigen geben auch die Unternehmen, die entsprechende Zahlungsforderungen nach eigenen Angaben ablehnen, dafür oftmals Nutzenerwägungen an (Vertrag auch ohne Zahlung erreichbar; Sanktionsrisiken); sie verweisen nur teilweise auf die normative Ablehnungsgründe, *Isenring et al.* (2016), S. 60.

17 Unbestritten abstrahiert dies von den tatsächlichen Prozessen, die das Unternehmenshandeln hervorbringen und die in ihrer Komplexität wesentlich über die bloßen Kosten-Nutzen-Kalküle hinausgehen. Vgl. dazu den organisationssociologischen Überblick bei *Tacke* (2010), S. 346 ff.; zu dies berücksichtigenden Entscheidungsmodellen vgl. *Kreisberg* (1976), S. 1100 ff. Eine Übereinfachung (so beispielsweise *Croall* (2001), S. 87, 97 ff.; *Simpson* (2002), S. 94) stelle das Bild vom „amoral calculator“ dennoch nicht dar. Es beziehe sich nämlich darauf, dass „a corporation seeks at the very least to present itself to external environments as rational. [...] This representation of themselves, whether aspiration or obfuscation, is essential to their existence. Moreover, it is also central to claims made by them and for them as regards appropriate forms of regulation – specifically regarding their motivation and capacities effectively to comply with law in the absence of external law enforcement. In short, then, deterrence theory is in principle relevant to the structure of corporate and white-collar crime,“ *Tombs/Whyte* (2013), S. 751.

Allerdings wird ein solcher kontrollorientierter Ansatz in der regulatorischen Praxis immer nur nominell, nicht aber faktisch realisiert (*Pearce/Tombs* 1997, S. 92, 94; *Tombs/Whyte* 2013, S. 749). Dokumentiert ist vielmehr ein weites Spektrum an behördlichen „enforcement styles“ (näher *May/Winter* 2011, S. 224 ff.), wobei viele staatliche Institutionen – sei es wegen diverser Implementierungsprobleme oder wegen ihres Programms – stärker zu kooperativen Strategien und einem partnerschaftlichen Umgang mit Unternehmen tendieren (*Tombs* 2002, S. 118; *Tombs/Whyte* 2013, S. 748 f.). Sanktionen kommen hier nur teil- und lückenweise zum Einsatz, und dies oft erst als eine Reserveoption. In der idealtypischen Ausprägung dieser Strategie werden die Behörden vor allem beratend, überzeugend oder verhandelnd aktiv, setzen Anreize und üben eher sanften Druck aus.<sup>18</sup> Bei aufgedeckten Missständen geht es ihnen mehr um gemeinsame Wege zu deren Behebung als um eine Bestrafung (für Befunde zu einer solchen behördlichen Wirtschaftsüberwachung mit weiteren Nachweisen etwa *Parker/Nielsen* 2009a, S. 52 ff.; für Großbritannien etwa *Croall* 2001, S. 109 ff.; für die Niederlande *Kluin* 2014, S. 209 ff., 241 ff.; für Deutschland siehe etwa *Hellmich* 2008, S. 68 ff. sowie mit weiteren Nachweisen auch *Eisenberg/Kölbel* 2017, § 26 Rn. 43 ff.).<sup>19</sup>

Für *Modell 2* (2.2) liegt dieser Verzicht auf ein kontroll- und sanktionsorientiertes Enforcement indes überaus nahe. „Polizeiliche“ Formen der Normdurchsetzung litten nämlich unter strukturellen Problemen (Fehlen überwachungsnotwendiger Ressourcen; geringe Einblicke in unternehmensinterne Abläufe usw. [näher *Parker* 2002, S. 8 ff.; *Baldwin et al.* 2011, S. 107 ff., 240 ff. m.w.N.]). Auch eigneten sich kooperative Verfahren besser als die einfache Sanktionsdrohung dazu, Unternehmen zu zielgenauen internen Präventionsmaßnahmen zu bewegen. Diese würden in ihrer prinzipiellen Konformitätsbereitschaft durch eine faire und vertrauensvolle Behandlung bestärkt (vgl. etwa *Makkai/Braithwaite* 1996), während ein rigoroseres Vorgehen leicht eine widerständige oder doch abwehrende Haltung provoziere (*Simpson* 2006, S. 68; *Gunningham* 2010, S. 124).<sup>20</sup> Lediglich bei jenen Unternehmen, die sich auf

---

18 Was rechtlich ganz konkret vorgeschrieben und welche Unternehmenspraxis compliant ist, wird in diesen Interaktionen zwischen den Behörden und den Unternehmen mit Blick auf dessen konkrete Gegebenheiten (flexibel) ausgehandelt. Ethnografisch dazu *Hutter* (2011), S. 308 ff.

19 Als Folge dieser administrativen Praxis ist das Aufkommen unternehmensgerichteter Strafverfahren denn auch überschaubar. Vgl. die Daten für die USA bei *Engelhart* (2010), S. 260 ff.; für Österreich *Fuchs et al.* (2011), S. 31 ff.

20 Die Präferenz für „discrete interventions“ beruht bei *Modell 2* freilich auch auf der Annahme, dass einer rigiden Regulierung das Potenzial innewohne, durch „chilling effects“ die gewünschte Produktivität des kapitalistischen Marktes einzuengen. Zur Rekonstruktion dieser oft implizit bleibenden Logik, vgl. *Haines* (2016), S. 226 ff.

dieses kooperative Verhältnis nicht einließen oder gar deliktisch agierten, sei dann – je nach Anlass – der sich gegebenenfalls auch progressiv steigierende Einsatz von Ermahnungen, Auflagen, Überprüfungs- und Sanktionsmaßnahmen angezeigt (Scholz 1997, S. 258 ff.; in Deutschland etwa Lüderssen 2014, S. 163 ff.). So sieht etwa das besonders einflussreiche Konzept der „Responsive Regulation“ ein systematisch abgestuftes Interventionsarsenal vor (grundlegend Ayres/Braithwaite 1992). Angepasst daran, ob (und wie häufig und intensiv) ein Unternehmen gegen Normen verstößt (und mit den Verstößen umgeht), wird das Vorgehen ihm gegenüber kontinuierlich intensiviert.<sup>21</sup>

## 2.4 Empirische Fundierung der Modelle

Die Kontroverse um die regulatorische Ausrichtung wird durch die hierzu vorliegenden empirischen Daten bislang mitnichten entschieden. Das dokumentieren beispielsweise jene Studien, die sich mit den jeweils präferierten Enforcement-Stilen befassen. So zeigten sich in Unternehmen, die zum Gegenstand amtlicher Missstandsuntersuchungen geworden waren und in denen man das behördliche Verhalten als Spielart responsiver Regulierung wahrgenommen hatte, nur sehr geringe Steigerungen der korporativen Konformität (vgl. die Befragungsdaten bei Nielsen/Parker 2009, S. 383 ff.).<sup>22</sup> Auch ist die immer wieder (etwa von Scholz 1997, S. 259) behauptete Überlegenheit gegenüber kontrollbetonenden Verfahren keineswegs klar (Rechtschaffen 1998, S. 1206 ff.; May/Winter 2011, S. 233 ff. m.w.N.). Direkte Programmvergleiche, denen zufolge eine kooperative Administration einen höheren Konformitätsgrad der Unternehmen erreiche (so im Vergleich von Regionen mit unterschiedlichen Enforcement-Stilen vor allem Fairman/Yapp 2005, S. 508 f., 512 ff.), stehen in Widerspruch zu

---

21 Etwa: persuasion – warning letter – civil penalty – criminal penalty – license suspension – license revocation, Ayres/Braithwaite (1992), S. 35 f.; aus dem prinzipiell zustimmenden Teil der Diskussion vgl. etwa Simpson (2002), S. 98 ff., 153 ff.; Nielsen/Parker (2009), S. 378 ff.; Gunningham (2010), S. 125 ff.; Baldwin *et al.* (2011), S. 264 ff. Bei anderen Modellen (twin-track regulation, risk-based regulation, smart regulation, responsive risk-based regulation [stellvertretend Black/Baldwin (2010), S. 186 ff.] handelt es sich um erweiterte Varianten, die die Grundidee der responsive regulation teilen: Sie setzen primär auf Selbstregulierungsprozesse und weisen dem Sanktionseinsatz lediglich eine Reservefunktion zu, vgl. etwa Mascini/van Wijk (2009), S. 28.

22 Im Übrigen scheint die behördliche Adaptionsfähigkeit, die von der responsiven Regulierung vorausgesetzt wird, eine Idealisierung zu sein. Eine langfristige, sich gegebenenfalls steigende Einflussnahme auf Unternehmen ist den Behörden oft gar nicht möglich. Vgl. etwa die Studien von Nielsen (2006). Mascini/van Wijk (2009).

eher gegenläufigen oder doch unentschiedenen Befunden (*Burby/Paterson* 1993, S. 763, 765 ff.; *Simpson* 2006, S. 74 ff.; *Stafford* 2012, S. 545 ff.).<sup>23</sup>

Zumindest im Umweltbereich werden strenge Überwachungsansätze von Teilen der Literatur als effektiv eingeschätzt (*Alm/Shimshack* 2014, S. 235 ff. sowie bereits *Gray/Shimshack* 2011, S. 17: „generate substantial specific deterrence“ und „substantial general deterrence“). Hinsichtlich der generalpräventiven Effekte<sup>24</sup> liegen jedoch nicht nur bestätigende Analysen (*Shimshack/Ward* 2005; für Deutschland *Almer/Goeschl* 2010), sondern auch abweichende Ergebnisse vor (zusammenfassend *Lynch et al.* 2016, S. 3). Ohnehin können Feststellungen zur grundsätzlichen Abschreckbarkeit nicht ohne Weiteres mit relevanten Präventivwirkungen in eins gesetzt werden – und zwar schon deshalb nicht, weil die Entdeckungs- und Sanktionsrate gerade in diesem Sektor so außerordentlich niedrig ist, dass von ihr nur geringe Aggregateffekte ausgehen dürften (dazu näher mit US-Daten *Lynch et al.* 2016 S. 7 ff.). Bezieht man andere regulatorische Arenen mit ein, sehen sich die Zweifel, die an einer allgemeinen Abschreckung von „after-the-fact-punishments“ ganz prinzipiell gehegt werden (für Deutschland beispielsweise *Hefendehl* 2007, S. 826 ff.), durch den Stand der speziell hierzu vorliegenden Forschung zusätzlich genährt: Im Ganzen gesehen wurden bislang (auf Unternehmens- oder Managementebene) nämlich kaum generalpräventive Effekte von Strafdrohung und Strafpraxis aufgezeigt. Anders liegt es nur bei administrativen Sanktionen, die mit vorgelagerten Interventionen (Inspektionen, Auflagen usw.) kombiniert sind.<sup>25</sup> Die Wirksamkeit der kontrollorientierten Unternehmensregulierung hängt also stark von der konkreten Ausgestaltung und der kontextuellen Sanktionseinbindung ab. Unterstrichen wird dies durch neuere Arbeiten, die teilweise gegen Abschreckungseffekte sprechen (feldexperimentell *Ariel* 2012) und teilweise eindeutig dafür (so mit Vignettenstudien *Simpson et al.* (2013); *Rorie* 2015; anhand registrierter Deliktsdaten *Yiu et al.* 2014).

23 Nach *Gunningham et al.* (1998), S. 43 f. hängt die Eignung beider Enforcement-Stile stark von den Branchen und den konkreten Umständen ab (Überwachbarkeit der Firmen, Kontrollierbarkeit der Standardeinhaltung usw.).

24 Zu spezialpräventiven Abschreckungswirkungen liegen nach dem Forschungsüberblick von *Gray/Shimshack* (2011), S. 13 ff. einige (konsistent-bejahende) Studien vor. Solche Befunde werden z.B. auch bei *Ko et al.* (2010) sowie mit Abstrichen bei *Baldwin* (2004), S. 361 ff. sichtbar, bei *Simpson/Koper* (1992), S. 365, aber nur in einem geringen Maße. Zum Ganzen auch *Alm/Shimshack* (2014), S. 232 ff. mit weiteren Nachweisen.

25 Dazu – neben dem Review von *Alm/Shimshack* (2014), S. 238 ff. – vor allem und besonders eingehend *Schell-Busey et al.* (2016) von denen alle bis 2011 verfügbaren „Deterrence-Studien“ (meta-analytisch) ausgewertet wurde, die die methodischen Voraussetzungen eines Wirkungsnachweises erfüllen (Vergleichsgruppendesign usw.). Der Bestand an entsprechenden Studien war aber begrenzt ( $n=58$ ).

Ähnlich ambivalent ist der Forschungsstand in der Frage, welches der oben (2.1 und 2.2) skizzierten Unternehmensbilder der mikrostrukturellen, das heißt innerorganisatorischen Realität näherkommt. Dies zeigt sich in Studien zu den Normbefolungsgründen des Unternehmensmanagements. Befragungen zufolge zieht man offenbar zumindest in Branchen, die eine lange Regulierungsgeschichte haben, beispielsweise Umweltverstöße allein schon deshalb nicht in Betracht, weil man weiß, dass man damit „nicht durchkommt“ und eine Aufdeckung reputationsschädlich wäre – oft aber auch, weil man die betreffenden Vorschriften für richtig hält (*Thornton et al.* 2005; *Gunningham et al.* 2005; vgl. auch *Smith et al.* 2007). Das Management recurriert also nicht einfach nur auf die drohende Sanktion.

Ohnehin werden Sanktionierungen anderer Unternehmen nur selektiv wahrgenommen und dann auch nicht als abschreckendes Ereignis aufgefasst. Man begreift sie eher als Vergewisserung, dass die fragliche Vorschrift noch „zählt“ und dass das bisherige Compliance-Niveau auf dem Markt weiterhin „hält“ (zum Ganzen auch *Kagan et al.* 2011). Allerdings liegen – neben sehr ähnlich gelagerten Befunden (vgl. *van Wingerde* 2016) – ebenso Beobachtungen vor, wonach sich das Management sehr viel unmittelbarer von drittgerichteten Bestrafungen beeinflussen lässt (so etwa die Ergebnisse von *Yiu et al.* 2014). Dass dergleichen als „Threat Message“ in den Entscheidungen eine deutlich größere Rolle spielt, gilt nach den Interviews von *Baldwin* (2004, S. 361 ff.) für sehr viele (und nicht nur für die weniger konformen) Unternehmen.<sup>26</sup> Vermutlich variiert diese Wirkung mit dem Regelungsfeld, sodass etwa in steuerlichen oder wettbewerbsrechtlichen Bereichen (anders als beispielsweise in Umweltfragen) die ökonomischen Implikationen von Devianz und Konformität stärker im Vordergrund stehen.

Oftmals scheint jedenfalls ein schwer aufzutrennendes Motivgemenge entscheidungsrelevant zu sein, in das neben den erwarteten juristischen „Sanktionskosten“ mitunter der soziale Druck und ethische Aspekte, stets aber auch ökonomische Gesichtspunkte einfließen (dazu *Smith et al.* 2007, S. 651 ff.; *Kagan et al.* 2011, S. 49 ff.; ferner die Managementbefragung von *Nielsen/Parker* 2008; 2012; *van Wingerde* 2016; für einen Forschungsüberblick siehe *Alm/Shimshack* 2014, S. 252 ff.). Es machen sich bisweilen also Entscheidungselemente ohne direkte Kostenrelevanz bemerkbar. Solche Beobachtungen sprechen eher gegen die Figur des „amoralischen Kalkulators“. Zu berücksichtigen ist aber, dass sich

---

26 Ähnlich wie bei der Einführung des österreichischen Verbandsverantwortungsgesetzes (dazu *Fuchs et al.* (2011), S. 129 ff., 148 ff.) hinterließ auch eine punitive Welle bei den von *Baldwin* (2004) befragten Unternehmensführungen durchaus Eindruck. Allerdings wurden die Sanktionsrisiken oft sehr unkorrekt wahrgenommen und auch nicht immer in konsistente Folgerungen umgelegt.

diese Befunde letztlich nur auf Motive und Haltungen im Management beziehen, die sich mit der Realaktivität der Unternehmen keineswegs decken müssen und deshalb zu deren „Charakter“ womöglich wenig besagen.

## 2.5 Konsequenzen für Compliance Management Systeme

Ungeachtet dieser eher offenen Forschungslage präferiert die wirtschaftskriminologische Mehrheitsfraktion offenbar das *Modell 2*, denn anders ist die außerordentliche Prominenz von CMS (zur Verbreitung etwa *Parker* 2002, S. 18 ff.; *Bussmann/Matschke* 2008; *Becker* 2011; *Weber/Wasielewski* 2013, S. 611 ff.; *PricewaterhouseCoopers* 2016, S. 54 f.) letztlich kaum zu erklären: Es liegt lediglich aus dieser Warte nahe, nicht allein sanktionsarm und konziilant auf die Einhaltung von Verhaltenserwartungen hinzuwirken, sondern den Unternehmen die Sicherstellung ihrer eigenen Konformität weitgehend zu übertragen und die Wahl der konkreten binnenorganisatorischen Deliktsvorkehrungen (das heißt die Ausgestaltung der CMS) an sie zu delegieren.<sup>27</sup> Nur wenn man Corporate Crimes mit *Modell 2* für atypisch hält, ist es plausibel, den Unternehmen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren und (solange es zu keinen Enttäuschungen kommt) auf eine Verdichtung von Überwachung und Sanktionen zu verzichten. Allein bei Annahme einer prinzipiellen Konformitätsbereitschaft von Unternehmen kann man dem Compliance-Management eine Deliktseindämmung schon deshalb zutrauen, weil es über die besten Einblicke in die internen Vorgänge und über die Möglichkeit zu den konkret angezeigten internen Umstellungen verfügt (so beispielsweise *Bussmann* 2011, S. 67 ff.; *Sieber* 2008, S. 474 ff.). Nur unter diesen Vorzeichen ist von den CMS eine Veränderung der innerorganisatorischen Handlungsgrundlagen zu erwarten,<sup>28</sup> die „alle kriminalitätsfördernden Muster und Strukturen innerhalb der Organisation und bei den Einstellungen der Mitarbeiter und Manager zerschlagen“ kann (*Bussmann* 2016, S. 51).

---

27 Teilweise werden staatlicherseits allerdings auch Standards für die Programmgestaltung vorgegeben – so etwa, wenn Sanktionsprivilegien (Strafmilderung; staatsanwaltlicher Verfolgungsverzicht) in den USA von bestimmten Qualitätsmerkmalen der vorhandenen oder einzuführenden CMS abhängig gemacht werden. Hierzu etwa *Gruner* (2007), S. 286 ff.; *Engelhart* (2010), S. 162 ff., 236 f.; *Wulf* (2011), S. 86 ff., 104 ff.). In Deutschland werden derartige Maßgaben bislang allein durch die Unternehmens- und Rechtsberatungsbranchen als Bedingungen eine CMS-Zertifizierung entwickelt (für ein Beispiel siehe <https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/idw-ps-980/43124>).

28 Konkret würden Gelegenheiten und Anreize zur unternehmensdienlichen Delinquenz reduziert und rechtsorientierte Verhaltensmodelle entwickelt, durch die es seltener zur Normalisierung und Internalisierung illegaler Binnenpraktiken komme, *Schell-Busey* (2009), S. 21 ff.



Aus der Warte von *Modell 1* liegt all dies dagegen fern. Von hier aus gesehen wird die eigentlich notwendige staatliche Außenkontrolle durch CMS nur unzureichend ersetzt.<sup>29</sup> Diese erlaubten es mit ihren Gestaltungsspielräumen, die Wirklichkeit des selbstregulativen Geschehens primär an den unternehmerischen Partikular- und nicht an den regulatorischen Gemeinwohlinteressen auszurichten (dazu *Pearce/Tombs* 1997, S. 97; *Slapper/Tombs* 1999, 184; differenzierend *Rechtschaffen* 1998, S. 1243 ff.). Im Zuge einer „Managerialization of Law“ (*Edelman et al.* 2001, S. 1597 ff.) werde die organisationsinterne Regulierung von den gesellschaftlichen Belangen, die hinter den rechtlichen Regelungen stehen, abgelöst und in ein Instrument der Unternehmenseffizienz transformiert (vgl. auch *Baldwin et al.* 2011, S. 150 ff.). CMS seien nämlich ein Baustein des organisationseigenen Risikomanagements (*Laufer* 1999, S. 1397 ff.) und damit ausschließlich an den Bedürfnissen der Haftungsvermeidung und Reputationssicherung orientiert.<sup>30</sup> Deshalb seien die Leistungen der CMS auch ganz disparat. Deren Nachteile und Kosten – einschließlich der „forgone profitable (but possibly unlawful) transactions“ (*Langevoort* 2002, S. 79) – übernahmen die Unternehmen allein in dem Maße, wie dies ökonomisch für sie jeweils am sinnvollsten ist. So sorgten die Mittel der Compliance-Programme in manchen Konstellationen für einen regeltreuen Geschäftsbetrieb oder sogar für Überkonformität (*Rorie* 2015, S. 66, 69; *Huisman* 2016, S. 443) – dies aber nicht, weil es „richtig“ (das heißt gemeinwohldienlich usw.) ist, sondern weil es mit Blick auf den konkreten Kontext (Nicht-/Bestehen von amtlicher Überwachung, von Selbstdarstellungsrelevanz, von Wettbewerbszwängen usw.) als ökonomisch günstig erscheint. Unter Bedingungen, unter denen dagegen ein „limited investment“ in die Regeltreue die größeren betriebswirtschaftlichen Vorteile verspricht, werde durch die CMS allein eine formale Minimal-Compliance<sup>31</sup> oder gar nur eine

---

29 Das sei im Übrigen auch kein Zufall, weil sich nämlich die Regulierungsdiskurse von den Interessen und Denkweisen der wirtschaftlich Machthabenden nicht freimachen können. Näher *Snider* (2000), S. 180 ff., 188 ff.

30 Dies entspricht nach den Daten von *Bergmann* (2015), S. 351 f. auch dem Selbstverständnis von Compliance-Managern – ebenso wie dem Denken der überwiegenden Compliance-Literatur, *Kölbel* (2013), S. 503 f. m.w.N. CMS werden auch hier nicht als Mittel der Deliktprävention diskutiert, sondern allein mit Blick auf innerbetriebliche Funktionen. Stellvertretend *Faust* (2017), Rn. 4: Haftungsschutz, Marketing, Beratung, Innovation, Beziehungspflege gegenüber Behörden. Dieser managerielle Gebrauch der CMS wird im Übrigen bei den sogenannten Internal Investigations besonders deutlich: Ob man hier an einer Strafverfolgung mitwirkt oder diese dezidiert zu blockieren versucht, wird (in Literatur und Praxis) allein von den Erfordernissen der Schadensbegrenzung abhängig gemacht. Zum Forschungsstand mit weiteren Nachweisen, *Kölbel* (2016).

31 Das heißt nur solange die Kosten gering bleiben, geschäftliche Interessen nicht gestört werden usw. (dazu *Parker/Nielsen* (2006), S. 471 ff.) und nicht über das Niveau

kosmetische Schein-Konformität<sup>32</sup> sichergestellt. Und bei Bedarf (das heißt bei entsprechender Unternehmensnützlichkeit) generierten die Compliance-Programme sogar ein „system that tolerates some level of profitable violations“ (Langevoort 2002, S. 80; vgl. auch Monahan/Quinn 2006, S. 364 f.).<sup>33</sup> Modell 1 erwartet von CMS also ein „Feintuning“ des unternehmensdienlichen Grades an Konformität oder Devianz.

### 3. Funktioniert Compliance?

#### 3.1 Die Studienlage

Eine solche, überaus deutliche Spaltung in der kriminologischen Bewertung von CMS lässt eine empirische Klärung als dringlich erscheinen. Die weit verstreuten Befunde der ausdifferenzierten und multidisziplinären Compliance-Forschung müssen insbesondere mit Blick auf eine Frage zusammengeführt werden: (Wann) Gibt es einen Präventiveffekt? Führt die Implementierung von CMS zu einer Steigerung der Normkonformität?

Bei einer solchen Fragestellung bleiben einige „benachbarte“ Aspekte unberücksichtigt. Zum einen betrifft dies die „sonstigen“ Folgen von CMS (etwa für die Deliktsaufklärung oder für Kosten, Geschäftsbeziehungen und sonstige betriebswirtschaftliche Abläufe), andererseits aber auch die Wirkungen von anderen meta-regulatorischen Instrumenten, bei denen es sich nicht um CMS handelt.<sup>34</sup> Hinsichtlich der weit verbreiteten unternehmenseigenen Ethik-Programme sind allerdings die fließenden Übergänge zwischen „Corporate Ethics“

---

hinausgehen, das im Sinne einer Haftungsversicherung für gegebenenfalls notwendige Sanktionsboni erforderlich ist, näher hierzu *Lauffer* (1999), S. 1402 ff.

32 Compliance als „Window Dressing“, um Erwartungen der Stakeholder oberflächlich zu entsprechen. Stellvertretend dazu etwa *Lauffer* (1999), S. 1407 ff.; *Krawiec* (2009), S. 146 f.; *Short/Toffel* (2010), S. 364 f., 387; *MacLean/Behnam* (2010), S. 1500 f.; *Gray/Silbey* (2014), S. 116 ff.

33 Bisweilen münde dies dann auch in schwerwiegende Delinquenz, der entgegenzuwirken die staatlichen Behörden, die ihre Aufsicht an die Unternehmen weitgehende delegiert haben, nicht mehr gerüstet sind. Dazu am Beispiel der Deepwater Horizon-Katastrophe *Mills/Koliba* (2015).

<sup>34</sup> Dies betrifft etwa Ausprägungen der sogenannten Management-Based Regulation, bei denen von den Unternehmen das selbst organisierte Erreichen allgemeiner Zielvorgaben (beispielsweise Emissionsreduzierung usw.) erwartet wird. Zu Wirkungsbefunden etwa *Gilad* (2010), S. 491 f. mit weiteren Nachweisen zu deren fehlender Spezifität für Compliance-Fragen vgl. *Parker/Nielsen* (2009a), S. 57. Bezüglich sogenannter Branchenkodizes vgl. *Lubner/Schmelter* (2018) mit weiteren Nachweisen zählt ohnehin nicht zur hiesigen Thematik.

und Compliance-Systemen zu berücksichtigen, durch die sich eine Unterscheidung oft als künstlich ausnimmt. Dies gilt besonders für CMS, die weniger einen „compliance-based“ (kontrollorientierten) als einen „integrity-based“ (werteaktivierungsorientierten) Ansatz verfolgen (zu beiden Grundformen *Paine* 1994; *Treviño/Weaver* 2003, S. 91 f., 193). Deswegen stellt der vorliegende Review auf solche Untersuchungen ab, in denen inhaltlich nach der Reduzierung von (vor allem korporativer) Delinquenz durch Einführung von Codes of Conduct und ähnlichen Maßnahmen gefragt wird – und zwar unabhängig davon, ob diese als Compliance- oder Ethik-Programm etikettiert werden.<sup>35</sup>

*Tabelle 1* fasst etwas holzschnittartig die Befunde einiger Arbeiten zusammen, in denen der Einfluss unternehmensinterner Compliance-Aktivitäten auf normwidriges Organisationsverhalten überprüft worden ist.<sup>36</sup> Sichtbar wird dabei eine ausgeprägte Heterogenität der Ergebnistendenz. Neben methodischen Fragen (3.2) dürften hierzu auch die Unterschiede im Untersuchungs-Setting beigetragen haben (verschiedene Branchen, Unternehmensgrößen, regionale Kulturen). Vor allem deutet man die Befundinkonsistenz jedoch als Hinweis darauf, dass die Existenz eines Compliance-Programms erst unter einigen Zusatzbedingungen verhaltensbeeinflussend wirkt (zu deren Systematisierung *Kaptein/Schwartz* 2008, S. 117 ff.). So weisen einige weitere Arbeiten darauf hin, dass die CMS-Effektivität von einem unterstützenden Verhalten der Führungskräfte („tone from the top“) ebenso profitiert wie von einer stabilisierenden Unternehmenskultur (das heißt von einer Integrierung in die betriebliche Lebenswirklichkeit und von einer Verbreitung code-konformer Werte im Unternehmen).<sup>37</sup> Außerdem hängt es nach weiteren Studien (dazu mit weiteren Nachweisen *Kölbel* 2015, Rn. 12; 2018a) vom „intelligent design and use“ der Programme ab, ob diese sich im inner-/betrieblichen Verhalten niederschlagen (Anzahl und Zusammensetzung der Komponenten [*Kaptein* 2015], eindeutige

---

35 Studien, die die Folgen speziell und dezidiert für unethisches Verhalten im weiteren (über Delinquenz hinausgehenden) Sinne untersuchen. Für einen Review vgl. *Treviño et al.* (2014a), zeigen im Übrigen nur geringe Eindämmungseffekte von Ethik-Kodizes. Meta-analytisch *Kish-Gephardt et al.* (2010), S. 21: allenfalls bei konsequenter Durchsetzung, und auch dann nur gering.

36 Für die Zusammen- und Kurzdarstellung der Studien vgl. *Kölbel* (2015), Rn. 6 ff. mit weiteren Nachweisen sowie die aktualisierte Version bei *Kölbel* (2018a) (wobei *Tabelle 1* darüber hinaus die Befunde von *Kölbel* (2018b) berücksichtigt).

37 Vgl. *Kölbel* (2015), Rn. 11; (2018a) mit Kurzdarstellung zu insgesamt 24 Studien (in *Tabelle 1* nicht eingeschlossen) zum wirksamkeitserhöhenden Einfluss dieser „weichen“ Faktoren. Vgl. ferner die Daten bei *Bussmann et al.* (2016); (2018); *Bussmann/Niemeczek* (2017). Dies korrespondiert mit allgemeineren Befunden zur Relevanz von Aspekten wie „ethical climate“, „ethical culture“ und „ethical leadership“. Dazu der Überblick bei *Treviño et al.* (2014a), S. 640 ff., 643 f.; vgl. ferner *Kaptein* (2013), S. 43 ff.

und unternehmensweite Richtlinien [Opitz 2013], geeignetes Training [Warren et al. 2014] Sanktionsdrohungen, Kontrollen usw.). In diesem umfassenden Sinne gilt also: „management matters far more than management systems“ (Gunningham 2010, S. 138).

Tabelle 1: Zentrale Ergebnisse von Studien zu Konformitätseffekten von CMS

Wie wird Konformitätseffekt gemessen?	Anzahl der Studien, die			gesamt
	Konformitätsgewinne feststellen	unklare, schwache, uneinheitliche Effekte feststellen	keine Konformitätsgewinne feststellen	
<i>Direkt</i> (Deliktszahl, die dokumentiert, von den Urhebern berichtet oder bei Dritten beobachtet wurde)	4	4	2	10
<i>Indirekt</i> (Verhalten in Fallszenarien; problematisches, aber legales Verhalten, das von Urhebern berichtet oder bei Dritten beobachtet wurde)	15	7	14	36
<i>sehr indirekt</i> (situationsgelöste Angaben zu eigenen bzw. betrieblichen Praktiken; Einstellungen; Einschätzungen von Effekten)	13	19	8	40

### 3.2 Kritik

Methodisch wird in den hier ausgewerteten Studien fast ausnahmslos die variierende Ausprägung von CMS erfasst und nach statistisch korrespondierenden Konformitätsunterschieden gesucht, wobei man sich dabei ganz überwiegend auf Befragungen stützt. Damit geben die meisten Arbeiten – ungeachtet der Plausibilität des sich daraus ergebenden Gesamtbildes – allerdings Anlass zu gewichtigen Bedenken. Diese beziehen sich vor allem auf folgende Punkte:

*Stichproben und Vergleichsgruppen* – In der Regel werden Mitarbeiter verschiedener Unternehmen befragt. Ob die einbezogenen Unternehmen aber auch repräsentativ für die Wirtschaft eines Landes (einer Branche usw.) sind, ist mit den meist sehr allgemeinen Parametern (Umsatz, Mitarbeiterzahl usw.) indes

kaum feststellbar. Dies gilt ebenso für die Vergleichbarkeit der gegenüber gestellten Unternehmen. Der Effekt konfundierender Umfeld- oder organisations-eigener Faktoren, die sich neben den untersuchten abhängigen Variablen (nicht/vorhandenes CMS; mit/ohne ethical leadership usw.) in den Konformitätsunterschieden niederschlagen können, bleibt so weitgehend unkontrolliert. Im Übrigen ist üblicherweise auch die Repräsentativität ungewiss, die die Befragten für die Mitarbeitergesamtheit ihres jeweiligen Unternehmens an sich aufweisen sollten. Ebenso wenig wird gewährleistet, dass sich die einbezogenen Personen hinsichtlich ihrer Stellung in den verschiedenen Unternehmen ähneln, und zwar in ihrer formalen Rolle und ihrer informellen Position.<sup>38</sup>

*Zuverlässigkeit bei unabhängigen Variablen* – In Firmendokumenten lassen sich die Merkmale von CMS der verglichenen Unternehmen nur in ihrer offiziellen Realität erfassen. Deshalb wird oft auf Angaben der Befragten abgestellt, wobei diese wiederum durch die individuelle Perspektive geprägt sind: Aussagen zu den CMS-Bausteinen können in der Regel nur (bestimmte) Führungskräfte treffen, Aussagen zur Implementierungsrealität dagegen eher nur die betroffenen Mitarbeiter unterer Ebenen. Soweit die „dazwischen“ liegenden sozialen Prozesse interessieren („Unternehmenskultur“, „Leadership“), ist deren methodische Zugänglichkeit wiederum durch die Unterspezifität und unternehmensinterne Inhomogenität dieser Faktoren erschwert (näher *Shover/Hochstetler* 2002, S. 6 ff.; *Parker/Gilad* 2011, S. 176 ff., 188 f.; *Huisman* 2016, S. 452 ff.).

*Zuverlässigkeit bei abhängigen Variablen* – Die Konformität der Unternehmen (mit/ohne CMS) wird in den vorliegenden Studien auf unterschiedliche Weise gemessen (kritisch *Kaptein/Schwarz* 2008, S. 116 f.; *Schell-Busey* 2009, S. 44 ff.). Soweit man sich auf allgemeine Praxisbewertungen, Einstellungen und Handlungsmotive der Befragten beschränkt (*Tabelle 1, letzte Zeile*), eignet sich dies kaum, um reale Unternehmensaktivitäten zu erfassen (*Parker/Nielsen* 2009a, S. 56 f.). Ebenso verhält es sich bei den verbreiteten Vignettenstudien (*Parker/Nielsen* 2009a, S. 59; diese befürwortend aber *Simpson* 2011, S. 489 ff.; *Simpson et al.* 2013, S. 242 ff.; *Bussmann et al.* 2016, S. 37).<sup>39</sup> Ein zweifelhafter Deliktsindikator wird auch dort eingesetzt, wo man nicht rechtswidriges, sondern ethisch fragwürdiges Eigen- oder Drittverhalten erfragt (vgl. auch *Treviño/Weaver* 2003, S. 299 f.) Jene Studien, die auf die registrierte Deliktsbelastung der einbezogenen Unternehmen abstellen, sind mit dem

---

38 Es ist also unklar, für welche anderen Mitarbeiter die Befragungsangaben eines befragten Unternehmensangehörigen aussagekräftig sind und ob sie für die Unternehmensaktivitäten das gleiche Gewicht haben wie die Angaben anderer Mitarbeiter anderer Unternehmen.

39 Angaben der Befragten dazu, wie sie sich in den Fallgeschichten verhalten würden, mag allenfalls für deren Eigenverhalten in ähnlichen Realsituationen aufschlussreich sein – schwerlich aber für Unternehmensdelikte, an denen sie nicht allein „beteiligt“ sind.

wirtschaftskriminologisch besonders ausgeprägten Dunkelfeldproblem konfrontiert (*Parker/Nielsen* 2009a, S. 60 f.; *Simpson* 2011, S. 482 ff.; *Walburg* 2015, S. 26 ff.; *Benson et al.* 2016, S. 102 ff.). Bezieht man sich deshalb auf die Angaben, die in den Interviews zu Deliktsart und -häufigkeit im Unternehmen gemacht werden, ist deren Reliabilität – abgesehen von den allgemeinen Befragungsproblemen (dazu mit weiteren Nachweisen *Eisenberg/Kölbel* 2017, § 16 Rn. 11 ff.) – durch beschränktes Deliktswissen und überlagernde (Unternehmens-)Interessen der Befragten beschränkt (*Treviño/Weaver* 2003, S. 306 ff.; *Parker/Nielsen* 2009a, S. 61 ff.; *Walburg* 2015, S. 32).

Besonders ins Gewicht fällt der Umstand, dass sich unter den ausgewerteten Studien fast überhaupt keine (quasi-) experimentell ausgerichteten Untersuchungen befinden (vor allem keine vor-/nach-CMS-Vergleiche). Letztlich beruht der Forschungsstand auf Arbeiten, die in der Maryland-Scale (*Farrington et al.* 2002) bestenfalls auf Stufe 3 rangieren (*Schell-Busey* 2009, S. 65) und so nur einen schwachen Wirkungsnachweis bieten (*Warren et al.* 2014, S. 86). Angesichts all dieser Probleme muss man für die oben (3.1) zusammengefassten Befunde von einer geringen Tragfähigkeit ausgehen. Nicht zu bestreiten ist, dass einzelne Studien durchaus eine höhere methodische Güte aufweisen und die vorstehende Kritik bei ihnen eingeschränkt werden muss (vgl. etwa *Schnatterly* 2003 [matched-pair design]; *McKendall/Wagner* 1997; *McKendall et al.* 2002 [breites Faktorenspektrum]; *Parker/Nielsen* 2006; 2009b [Größe der Unternehmensstichprobe]; *Bussmann et al.* 2016; 2018; *Bussmann/Niemeczek* 2017; [Größe der Mitarbeiterstichprobe]; *Snell/Herndon* 2004; *Kaptein/Wempe* 1998, S. 868; *Warren et al.* 2016; *Constandt et al.* 2017 [Ansätze eines längsschnittlichen Designs]; *Kaptein* 2010 [Trenddesign]). Doch auch diese Untersuchungen beherrschen immer nur einen Teil der hier skizzierten Schwächen und sind von den übrigen keineswegs frei.

### 3.3 Zur Bedeutung qualitativer Forschungsbefunde

In der vorliegenden Situation kommt der qualitativen Compliance-Forschung eine besondere Bedeutung zu. Solche Untersuchungen bemühen sich nicht um Befunde, aus denen sich in repräsentativer Weise eine zählbare CMS-Effektstärke ergibt. Was bei einer qualitativen Herangehensweise aber herausgearbeitet werden kann, ist eine Typenbildung, die sich auf charakteristische Verläufe, Bedingungen und Hindernisse bei der Implementierung und Umsetzung von Compliance-Programmen bezieht. Erste Arbeiten, die die Art und Weise rekonstruieren, in der die beteiligten Unternehmensmitarbeiter mit Compliance-Elementen verfahren, liegen inzwischen vor: So rekonstruieren

beispielsweise *MacLean und Behnam* (2010, S. 1506 ff.) mittels offener Interviews und Dokumentenanalysen die Realität eines Compliance-Programms, das nur auf dem Papier steht und bei dem sich die Implementierung (Training, Kontrolle, Sanktionen usw.) in reiner Ritualisierung erschöpft. Daher dominiert im Unternehmen die Überzeugung, dass die Compliance-Vorkehrungen allein der äußerlichen Reputation wegen eingeführt wurden (ähnliche Interviews bei *Montoya/Richard* 1994, S. 715 ff.).

Bei *Badaracco und Webb* (1995, S. 9 ff., 18 ff.) berichten offen befragte Jungmanager nicht nur von Situationen, in denen sie sich einem erheblichen Druck zu irregulärem Verhalten ausgesetzt sahen, sondern auch davon, solche Situationen über ihre eigenen Maßstäbe aufzulösen und nur ganz selten unter Berücksichtigung des Ethik-Codes ihrer Unternehmen. Auch andere, methodisch vergleichbare Untersuchungen zeigen, dass entsprechende Kodizes vom Unternehmenspersonal kaum herangezogen werden und man ihnen insgesamt keine Handlungsrelevanz beimisst (sondern allenfalls eine gewisse Bedeutung für die Identifikation mit dem Unternehmen und dessen Außendarstellung [vgl. *van Zolingen/Honders* 2010, S. 388 ff.; *Frostenson et al.* 2012]; speziell zur Distanzierung von einem [durch das Mutterunternehmen] „aufgezwungenen“ Code, vgl. *Helin/Sandström* 2010).

CMS-Strukturen durchlaufen auf dem Weg in die operative Praxis, so viel wird hierdurch immerhin klar, eine Reihe von Übersetzungsprozessen, für die die Wahrnehmungen, Bewertungen und Handhabungen durch die Unternehmensmitarbeiter maßgebend sind. Die gilt – wenn auch mit unterschiedlicher Tragweite (*Parker/Gilad* 2011, S. 175 f.) – für das Management und CMS-Personal<sup>40</sup> ebenso wie für untere und mittlere Ebenen (zu diesen auch *Gray/Silbey* 2014, S. 116 ff.).<sup>41</sup> All diese Organisationsmitglieder können sich zu den CMS affirmativ oder vermeidend oder widerständig oder rituell oder kapitulierend oder kreativ stellen, was zu Verhalten führt, das sich mit den regulatorischen und / oder CMS-Standards ganz oder eben auch nur punktuell

---

40 Vgl. speziell zu diesem etwa *Parker* (2002), S. 115 ff., 135 ff. und für Deutschland die Interviews und teilnehmenden Beobachtungen von *Bergmann* (2015a), S. 351 ff.; (2015b), 246 ff. Compliance-Manager empfinden danach erhebliche Handlungsprobleme (überforderungsnahe Schwierigkeiten bei der Konkretisierung von unterbestimmten Strafnormen). Sie zweifeln an den eigenen Kontrollmöglichkeiten und ordnen ihre Rolle eher der Schauseite des Unternehmens zu. Die Stellung der CMS-Abteilung wird als verordnet und nicht integriert bzw. nicht anerkannt wahrgenommen („zwischen Baum und Borke“). Auch bei *Treviño et al.* (2014b) werden solche Rollenkonflikte und Akzeptanzprobleme aufgezeigt.

41 Dass die Beurteilung und Nicht-/Akzeptanz von CMS durch Unternehmensmitarbeiter sehr ungleich ausfallen kann (und mit persönlichen Merkmalen sowie mit beruflichen Aufgabenfeldern variiert), zeigt sich gelegentlich auch in quantitativ arbeitenden Studien, so vor allem bei *Opitz* (2013), S. 163 ff.

deckt. So hat etwa *Kühl* (2007, S. 282 ff.) eindrücklich beschrieben, wie bei Einhaltung der Compliance-Vorgaben all jene berufsalltäglichen Probleme wieder aufbrechen können, die von nachgeordneten Mitarbeitern bislang durch flexible, semi-legale Vorgehensweisen bewältigt wurden. Da die Compliance-Programme hier eine Formalisierung verlangen, die sich nicht mit internen Funktionalitätserfordernissen und der hierfür „brauchbaren Illegalität“ verträgt, werden sie stillschweigend umgangen. Bei einer „Unverträglichkeit“ von Alltagsanforderungen und formalen Compliance-Vorgaben ist es, wie das Beispiel zeigt, also stets möglich, dass es zur Distanzierung der Adressaten und zur Marginalisierung des CMS-Personals kommt. Und dies wiederum mündet leicht in ein betriebsinternes „Gebrauchsfertigmachen“ von Compliance-Programmen, bei dem sich die alltäglichen Organisationsprozesse und Geschäftsaktivitäten von der offiziellen CMS-Fassade entfernen („decoupling of form and substance“) (dazu grundlegend *Monahan/Quinn* 2006; exemplarisches Fallmaterial für deutsche Firmen bei *Hoven* 2017, S. 271 ff.).

#### 4. Eine vorläufige Bilanz

Insgesamt gesehen muss eine kaum zufriedenstellende Ertragslage festgehalten werden: Die vorliegende Forschung unterliegt erheblichen Einschränkungen, sodass sie allein vorläufige Hinweise auf das Leistungspotenzial und die relevanten Effektivitätsbedingungen von CMS gibt. Die oben skizzierte, grundlegende Kontroverse im kriminologischen Diskurs besteht also fort und ist jedenfalls nicht mit den Compliance-Studien aufzulösen – denn das, was man den vorliegenden Beobachtungen entnehmen kann, lässt sich unternehmenskriminologisch sowohl in die „Rotten Barrel“- (*Modell 1*) als auch in die „Rotten Apple“-Vorstellung (*Modell 2*) integrieren. Auf jeden Fall scheint es, als werde die Präventionsrelevanz von CMS oftmals überschätzt. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass selbst jene Unternehmen, die in manchen Bereichen einen relativ hohen Grad an formaler Konformität durchsetzen können, das wirtschaftliche Interesse, das hinter den ursprünglichen problematischen Praktiken stand, nicht einfach verlieren. So dokumentieren die Beiträge bei *Kölbel* (2018b) am Beispiel pharmazeutischer Unternehmen, dass diese mit ihren CMS zwar die Abschaffung korruptiver Praktiken ihres Außendienstes erreichen, zugleich aber legale Marketingverfahren mit äquivalenter Zweckrichtung beibehalten und intensivieren. In „der Summe“ führt die formale Compliance hier also nur zu einem geringen Abbau der materiellen Sozialschädlichkeit. Auch wenn die Welt der Unternehmen mit CMS dennoch eine



etwas bessere als ohne CMS zu sein scheint, bleibt jede darüberhinausgehende Bewertung also von den jeweiligen Prämissen abhängig.

Die rechtspolitische Realität zeigt sich von all dem freilich unbeeindruckt. Hier ist eine implizite Logik zu erkennen, die prinzipiell von einem Konformitätssteigerungspotenzial der CMS ausgeht, welches es nur stärker auszuschöpfen gilt. Deshalb wird dann gleichsam von außen der Druck auf die Unternehmen erhöht, damit diese ihre Programme nicht nur einführen, sondern intern effektiver gestalten. In Deutschland geschieht dies beispielsweise dadurch, dass die Schlechtorganisation eines CMS im Falle eines Unternehmensdeliktes einen eigenen Haftungsgrund darstellen kann (§ 130 OWiG; Garantenhaftung des Compliance-Managers [vgl. *Kölbel* 2013, S. 525 ff.]). In manchen Bereichen hat die Aufsichtsbehörde auch das Recht, die Compliance-Programme der Unternehmen anlasslos auf ihre Eignung hin zu überprüfen (so de facto §§ 35, 36 WpHG). Diesen Zwangsgrad weiter anzuheben<sup>42</sup> und die Unternehmen so zu einer Wirksamkeitssteigerung ihrer CMS bewegen zu wollen (dafür schon *Ayres/Braithwaite* 1992, S. 39 ff.), liegt also nahe – und bildet doch eine problematische Strategie (*Kölbel* 2013, S. 527 ff.). Der Hauptgrund liegt darin, dass sich mit der sogenannten Unternehmenskultur gerade das, was als wichtigster Effektivitätsfaktor gilt, einer unmittelbaren Steuerung entzieht.<sup>43</sup>

Nähme man an, dass es den Unternehmensführungen oder dem CMS-Personal möglich sei, „to instrumentally create a new ‚culture‘ that makes the organization committed to compliance“ (*Parker/Gilad* 2011, S. 177), würde ungenügend berücksichtigt, dass es hier um Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsmuster geht, die sich in ihrer Heterogenität erfahrungsgetragen und praxisgebunden herausbilden und durch dritte Personen nicht einfach verändert oder umgestellt werden können. Es ist völlig offen, ob und wie sich die Mitarbeiterkultur durch Führungsverhalten (direkt) beeinflussen lässt (näher *Langevoort* 2017),<sup>44</sup> und es stellt sich ebenfalls die Frage, ob und wie das Leitungspersonal zu entsprechenden Anstrengungen von außen gebracht werden kann. Sanktionsdrohungen dürften dafür jedenfalls ungeeignet sein. Nicht von Ungefähr trugen in den Untersuchungen von *Treviño und Weaver* (2003, S. 139 ff.) und *Short und Toffel* (2010) die Ethik- und Compliance-Programme gerade jener Unternehmen, deren

---

42 Als wesentlich hierfür gilt die Koordinierung der verschiedenen staatlichen Institutionen, um auf die „Wiederholungstäterschaft“ von Unternehmen auch dann mit steigender Intensität reagieren zu können, wenn diese sich in unterschiedlichen regulatorischen Arenen zeigt, speziell hierzu *Root* (2017).

43 Dennoch identifizieren *Parker/Gilad* (2011), S. 176 in der aktuellen Debatte „a tendency to assume that it is possible for regulation to engineer a ‚culture‘ of compliance“. Ein Beispiel für diese Tendenz bieten etwa die Überlegungen bei *McBarnet* (2006), S. 1105 f.

44 Vgl. auch die aufschlussreich-phrasenhaften Floskeln der hierzu von *Wulf* (2011), S. 245 ff. befragten Compliance-Manager.

Management bei der Einführung primär dem regulativen Außen-/ Sanktionsdruck nachgeben wollte, oft nur symbolische und formalistische Züge.<sup>45</sup>

Der Ansatz, mit rechtlichen Mitteln die unternehmerisch-selbstregulative Durchsetzung von (anderen) Rechtsnormen zu stimulieren, funktioniert also nur bedingt. Weil der Staat hier offenbar an die Grenzen seiner Mittel stößt, setzt man in der Regulierungsdebatte denn auch auf nicht-staatliche „Third Parties“ (dazu stellvertretend etwa *Gunningham et al.* 1998, S. 367 ff.; *Grabosky* 2001, S. 148 ff.; *Haines* 2016, S. 232 ff.). Soweit damit die außerrechtlichen Kräfte des Marktes – etwa die Konformitätserwartungen von Kunden, Endverbrauchern, in Lieferketten usw. – gemeint sind, handelt es sich hierbei indes um eine Form des Außendrucks, die abermals nur zu einer Anpassung an die jeweils formulierte rechtliche Verhaltenserwartung führt, nicht aber notwendigerweise zu einer unternehmenskulturellen Abstützung. Wirklich neuartige regulatorische Elemente gehen lediglich von zivilgesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutzverbänden usw.) aus. Diese können beispielsweise mit rechtlichen Optionen (zum Beispiel Sammel- und Verbandsklagebefugnis) ausgestattet werden oder eigenständig diverse Rating- und Zertifizierungsverfahren entwickeln (zu Vor- und Nachteilen zum Beispiel *Miller* 2013), wobei sich das hierin jeweils liegende Potenzial nicht generalisierend abschätzen lässt. Ohnehin traut man den zivilgesellschaftlichen Akteuren die „capacity to overcome the strategic manipulation of compliance to ensure its legality but not its morality“ (*Haines* 2016, S. 232) vor allem deshalb zu, weil sie mit ihrem medialen Skandalisierungsvermögen über eine erhebliche Mobilisierungsmacht verfügen und so einen besonders empfindlichen Außendruck erzeugen.<sup>46</sup> Hier geben allerdings die typischen Auslöseprozesse einen Anlass zur Skepsis: Wird auf Kontextkräfte vertraut, die immer nur „naturwüchsig“ Einfluss nehmen, erfolgt das Regulieren der Selbstregulierung „wild“ und zufallsgebunden (nicht kontrollbedingt, sondern spontan und skandalinduziert). Und vor allem ist es dann durch die Partikular-Interessen der jeweiligen „Laien-Regulierer“ bestimmt, weshalb es einen eigendynamisch-unkoordinierten und oft überschießenden (jedenfalls keinen regelgesteuert-dosierten) Druck generiert. Aufgelöst werden die Aporien der meta-regulatorischen CMS hierdurch sicher nicht.

---

45 *Haugh* (2017) macht als Folge des staatlichen Außendrucks eine Tendenz zu rigiden, polizeiähnlichen CMS in US-Unternehmen aus („criminalized compliance“), die intern gerade als illegitim empfunden würden.

46 Antizipierte Reputationsschäden sind für das Management entscheidungsrelevant, aber offenbar nicht in dem oft angenommenen, außerordentlich hohen Maße. Vgl. die Befunde bei *Stevens et al.* (2005); *Nielsen/Parker* (2008); ferner *Baldwin* (2004), S. 363 ff.; siehe im Übrigen und mit weiteren Nachweisen auch *Kölbel* (2013), S. 522. Im Einzelnen dürfte dies stark mit der Branche und der jeweiligen Abhängigkeit von den Endverbrauchern abhängen.

## Literatur

- Agnew, R./Piquero, N.L./ Cullen, F. (2010): General strain theory and white-collar crime. In: Simpson, S./Weisburd, D. (Hg.): *The Criminology of White-Collar Crime*. New York, S. 35-60.
- Akerlof, G./Shiller, R. (2016): *Phishing for Fools*. Princeton u.a.
- Alalehto, T. (2010): The wealthy white-collar criminals. *Journal of Financial Crime*, 17 (3), S. 308-320.
- Alm, J./Shimshack, J. (2014): Environmental enforcement and compliance: Lessons from pollution, safety and tax settings. *Foundations and Trends in Microeconomics*, 10 (4), S. 209-274.
- Almer, C./Goeschl, T. (2010): Environmental crime and punishment: Empirical evidence from the german penal code. *Land Economics*, 86 (4), S. 707-726.
- Apel, R./Paternoster, R. (2010): Understanding „criminogenic“ corporate culture. In: Simpson, S./Weisburd, D. (Hg.): *The Criminology of White-Collar Crime*. New York, S. 15-33.
- Ariel, B. (2012): Deterrence and moral persuasion effects on corporate tax compliance. *Criminology*, 50 (1), S. 27-69.
- Ashforth, B.E./Anand, V. (2003): The normalization of corruption in organizations. *Research in Organizational Behavior*, 25, S. 1-52.
- Ayres, I./Braithwaite, J. (1992): *Responsive Regulation*. Oxford.
- Badaracco, J.L./Webb, A.P. (1995): Business ethics: A view from the trenches. *California Management Review*, 37 (2), S. 8-28.
- Baldwin, R. (2004): The new punitive regulation. *The Modern Law Review*, 67 (3), S. 351-383.
- Baldwin, R./Cave, M./Lodge, M. (2011): *Understanding Regulation*. 2. Auflage. Oxford.
- Barak, G. (2017): *Unchecked Corporate Power*. London u.a.
- Bayley, D./Shearing, C. (2001): *The New Structure of Policing*. Washington.
- Becker, W. (2011): Compliance-Management im Mittelstand. *Bamberger Betriebswirtschaftliche Beiträge* 178. Bamberg.
- Benson, M./Kennedy, J./Logan, M. (2016): White-collar and corporate crime. In: Huebner, B./Bynum, T. (Hg.): *The Handbook of Measurement Issues in Criminology and Criminal Justice*. Hoboken, NJ, S. 92-110.
- Bergmann, J. (2015a): Scheiternde Rechtsnormbildung im Rahmen von Compliance-Kontrolle. *Neue Kriminalpolitik*, 27 (4), S. 346-358.
- Bergmann, J. (2015b): Vom Versuch, „mit dem Arsch an die Wand zu kommen“. In: von Groddeck, V./Wilz, S.M. (Hg.): *Formalität und Informalität in Organisationen*. Heidelberg, S. 237-260.
- Bergmann, J. (2016): Corporate Crime, Kriminalitätstheorie und Organisationssoziologie. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (1), S. 3-22.
- Bertrand, O./Lumineau, F./Fedorova, E. (2014): The supportive factors of firms' collusive behavior. *Organization Studies*, 35 (6), S. 881-908.
- Bittle, S. (2015): Beyond corporate fundamentalism: A marxian class analysis of corporate crime law reform. *Critical Sociology*, 41 (1), S. 133-151.
- Black, J./Baldwin, R. (2010): Really responsive risk-based regulation. *Law & Policy*, 32 (2), S. 181-213.

- Boers, K. (2010): Wirtschaftskriminalität: Begriffe, Methoden, empirische Erkenntnisse, Theorien und Forschungsziele. In: Boers, K./Nelles, U./Theile, H. (Hg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe. Baden-Baden, S. 17-67.
- Boers, K./Theile, H./Karliczek, K.-M. (2004): Wirtschaft und Strafrecht – wer reguliert wen? In: Oberwittler, D./Karstedt, S. (Hg.): Soziologie der Kriminalität. Heidelberg, S. 469-493.
- Braithwaite, J. (2005): Markets in vice, markets in virtue. Oxford.
- Braithwaite, J./Geis, G. (1982): On theory and action for corporate crime control. *Crime & Delinquency*, 28 (2), S. 292-314.
- Burby, R.J./Paterson, R.G. (1993): Improving compliance with state environmental regulations. *Journal of Policy Analysis and Management*, 12 (4), S. 753-772.
- Bussmann, K.-D. (2011): Sozialisation in Unternehmen durch Compliance. In: Hellmann, U./Schröder, C. (Hg.): Festschrift für Klaus Achenbach. Heidelberg u.a., S. 57-82.
- Bussmann, K.-D. (2016): Integrität durch nachhaltiges Compliance Management über Risiken, Werte und Unternehmenskultur. *Corporate Compliance Zeitschrift*, 9 (2), S. 50-57.
- Bussmann, K.-D./Matschke, S. (2008): Der Einfluss nationalen Rechts auf Kontroll- und Präventionsmaßnahmen von Unternehmen. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht*, 27 (3), S. 88-95.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A. (2017): Compliance through company culture and values. *Journal of Business Ethics*, in: <https://doi.org/10.1007/s10551-017-3681-5>.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A./Vockrodt, M. (2016): Compliance und Unternehmenskultur. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (1), S. 23-41.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A./Vockrodt, M. (2017): Company culture and prevention of corruption in Germany, China and Russia. *European Journal of Criminology*, 15 (3), S. 255-277.
- Coglianesi, C./Mendelson, E. (2010): Meta-regulation and self-regulation. In: Baldwin, R./Cave, M./Lodge, M. (Hg.): *The Oxford Handbook of Regulation*. Oxford, S. 146-168.
- Constandt, B./de Waegeneer, E./Willem, A. (2017): Ethical code effectiveness in football clubs. *Journal of Business Ethics*, in: <https://doi.org/10.1007/s10551-017-3552-0>.
- Croall, H. (2001): *Understanding White Collar Crime*. Maidenhead.
- Edelman, L./Fuller, S.R./Mara-Drita, I. (2001): Diversity rhetoric and the managerialization of law. *American Journal of Sociology*, 106 (6), S. 1589-1641.
- Eifert, M. (2012): Regulierungsstrategien. In: Hoffmann-Riem, W./Schmidt-Aßmann, E./Voßkuhle, A. (Hg.): *Grundlagen des Verwaltungsrechts*. Band 1. 2. Auflage. München, S. 1319-1394.
- Eisenberg, U./Kölbel, R. (2017): *Kriminologie*. 7. Auflage. Heidelberg.
- Engelhart, M. (2010): *Sanktionierung von Unternehmen und Compliance*. Berlin.
- Evertsson, N. (2016): Corporate tax avoidance: A crime of globalization. *Crime, Law and Social Change*, 66 (2), S. 199-216.
- Fairman, R./Yapp, C. (2005): Enforced self-regulation, prescription, and conceptions of compliance within small businesses: The impact of enforcement. *Law & Policy*, 27 (4), S. 491-519.
- Farnsworth, K./Fooks, G. (2015): Corporate taxation, corporate power, and corporate harm. *The Howard Journal of Crime and Justice*, 54 (1), S. 25-41.
- Farrington, D./Gottfredson, D./Sherman, L./Welsh, B. (2002): The Maryland scientific methods scale. In: Sherman, L./Farrington, D./Welsh, B./MacKenzie, D.L. (Hg.): *Evidence-Based Crime Prevention*. Ottawa, S. 13-21.

- Faßauer, G./Schirmer, F.* (2006): Moderne Leistungssteuerung und Anomie. *Soziale Welt*, 57 (4), S. 351-371.
- Faust, A.* (2017): Verhaltensregeln und Compliance. In: Schimansky, H./Bunte, H.J./Lwowski, H.J. (Hg.): *Bankrechts-Handbuch*. Band 2. 5. Auflage. München, S. 1287-1399.
- Frostenson, M./Helin, S./Sandström, J.* (2012): The internal significance of codes of conduct in retail companies. *Business Ethics: A European Review*, 21 (3), S. 263-275.
- Fuchs, W./Kreissl, R./Pilgram, A./Stangl, W.* (2011): Generalpräventive Wirksamkeit, Praxis und Anwendungsprobleme des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes (VbVG). Wien.
- Gilad, S.* (2010): It runs in the family: Meta-regulation and its siblings. *Regulation & Governance*, 4 (4), S. 485-506.
- Gilbert, M.J./Russell, S.* (2002): Globalization of criminal justice in the corporate context. *Crime, Law and Social Change*, 38 (3), S. 211-238.
- Glasbeck, H.J.* (2002): *Wealth by Stealth*. Toronto.
- Gottschalk, P.* (2017): *CEOs and White-Collar Crime*. Cham.
- Grabosky, P.* (2001): The system of corporate crime control. In: Pontell, H./Shichor, D. (Hg.): *Contemporary Issues in Crime and Criminal Justice*. Upper Saddle River, S. 137-154.
- Gray, G./Silbey, S.* (2014): Governing inside the organization. *American Journal of Sociology*, 120 (1), S. 96-145.
- Gray, W.B./Shadbegian, R.J.* (2005): When and why do plants comply? Paper Mills in the 1980s. *Law & Policy*, 27 (2), S. 238-261.
- Gray, W.B./Shimshack, J.P.* (2011): The effectiveness of environmental monitoring and enforcement: a review of the empirical evidence. *Review of Environmental Economics and Policy*, 5 (1), S. 3-24.
- Gruner, R.* (2007): Preventive fault and corporate criminal liability. In: Pontell, H.N./Geis, G. (Hg.): *International Handbook of White-Collar and Corporate Crime*. New York, S. 279-306.
- Gunningham, N.A.* (1987): Negotiated non-compliance: a case study of regulatory failure. *Law and Policy*, 9 (1), S. 69-95.
- Gunningham, N.A.* (2010): Enforcement and compliance strategies. In: Baldwin, R./Cave, M./Lodge, M. (Hg.): *The Oxford Handbook of Regulation*. Oxford, S. 120-145.
- Gunningham, N.A.* (2016): Regulation. In: van Slyke, S./Benson, M./Cullen, F. (Hg.): *The Oxford Handbook of White-Collar Crime*. Oxford, S. 503-520.
- Gunningham, N.A./Grabosky, P./Sinclair, D.* (1998): *Smart Regulation*. Oxford.
- Gunningham, N.A./Thornton, D./Kagan, R.A.* (2005): Motivating management: Corporate compliance in environmental protection. *Law & Policy*, 27 (2), S. 289-316.
- Haines, F.* (2016): Taming business? In: Matthews, R. (Hg.): *What is to be done about Crime and Punishment?* London, S. 223-250.
- Haugh, T.* (2017): The criminalization of compliance. *Notre Dame Law Review*, 92 (3), S. 1215-1269.
- Hefendehl, R.* (2007): Außerstrafrechtliche und strafrechtliche Instrumentarien zur Eindämmung der Wirtschaftskriminalität. *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 119 (4), S. 816-847.
- Helin, S./Sandström, J.* (2010): Resisting a corporate code of ethics and the reinforcement of management control. *Organization Studies*, 31 (5), S. 583-604.

- Hellmich, N.* (2008): Kooperation statt Konfrontation als Alternative bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität. Marburg.
- Hinds, L./Grabosky, P.* (2010): Responsibilisation revisited: From concept to attribution in crime control. *Security Journal*, 23 (2), S. 95-113.
- Hoven, E.* (2017): Auslandsbestechung. Baden-Baden.
- Huisman, W.* (2016): Criminogenic organizational properties and dynamics. In: van Slyke, S./Benson, M./Cullen, F. (Hg.): *The Oxford Handbook of White-Collar Crime*. Oxford, S. 435-462.
- Hutter, B.* (2011): Negotiating social, economic and political environments. In: Parker, C./Nielsen, V.L. (Hg.): *Explaining Compliance*. Cheltenham, S. 305-321.
- Iserning, G.L./Mugellini, G./Killias, M.* (2016): Assessing the Areas of Vulnerability for Swiss Firms in International Business Activities. St. Gallen.
- Kagan, R./Gunningham, N./Thornton, D.* (2011): Fear, duty, and regulatory compliance. In: Parker, C./Nielsen, V.L.(Hg.): *Explaining Compliance*. Cheltenham, S. 37-58.
- Kagan, R./Scholz, J.* (1980): The „criminology of the corporation“ and regulatory enforcement strategies. In: Blankenburg, E./Lenk, K. (Hg.): *Organisation und Recht*. Bad Feilnbach, S. 352-377.
- Kaptein, M.* (2010): The ethics of organizations: a longitudinal study of the U.S. working population. *Journal of Business Ethics*, 92 (4), S. 601-618.
- Kaptein, M.* (2013): *Workplace Morality*. Bingley.
- Kaptein, M.* (2015): The effectiveness of ethics programs. *Journal of Business Ethics*, 132 (2), S. 415-431.
- Kaptein, M./Schwartz, M.S.* (2008): The effectiveness of business codes: a critical examination of existing studies and the development of an integrated research model. *Journal of Business Ethics*, 77 (2), 111-127.
- Kaptein, M./Wempe, J.* (1998): Twelve gordian knots when developing an organizational code of ethics. *Journal of Business Ethics*, 17 (8), S. 853-869.
- Kish-Gephart J./Harrison D./Treviño, L.K.* (2010): Bad apples, bad cases, and bad barrels: meta-analytic evidence about sources of unethical decisions at work. *Journal of Applied Psychology*, 95 (1), S. 1-31.
- Kluin, M.* (2014): *Optic Compliance*. Delft.
- Ko, K./Mendeloff, J./Gray, W.* (2010): The role of inspection sequence in compliance with the U.S. Occupational Safety and Health Administration's (OSHA) standards: interpretations and implications. *Regulation & Governance*, 4 (1), S. 48-70.
- Kölbel, R.* (2008): Wirtschaftskriminalität und unternehmensinterne Strafrechtsdurchsetzung. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 91 (1), S. 22-35.
- Kölbel, R.* (2013): Criminal Compliance - ein Missverständnis des Strafrechts? *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 125 (3), S. 499-535.
- Kölbel, R.* (2015): Wirksamkeit und Funktionsbedingungen von Compliance aus wirtschaftskriminologischer Sicht. In: T. Rotsch (Hg.): *Handbuch Criminal Compliance*. Baden-Baden, S. 1424-1447.
- Kölbel, R.* (2016): Zu Herausforderungen für das regulatorische Strafrecht. In: Tiedemann, K./Sieber, U./Satzger, H./Burchard, C./Brodowski, D. (Hg.): *Verfassung moderner Strafrechtspflege*. Baden-Baden, S. 379-409.

- Kölbel, R. (2018a): Allgemeine Befunde zur Wirksamkeit strafrechtlicher und unternehmens-eigener Regulierungsformen. In: Kölbel, R. (Hg.): Institutionelle Korruption und Arzneimittelvertrieb. Heidelberg, Kapitel 5 (im Erscheinen).
- Kölbel, R. (2018b): Institutionelle Korruption und Arzneimittelvertrieb. Heidelberg (im Erscheinen).
- Krawiec, K. (2009): The return of the rogue. *Arizona Law Review*, 51 (1), S. 127-174.
- Kreisberg, S. (1976): Decision-making models and the control of corporate crime. *Yale Law Journal*, 85 (8), S. 1091-1129.
- Kühl, S. (2007): Formalität, Informalität und Illegalität in der Organisationsberatung. *Soziale Welt*, 58 (3), S. 271-293.
- Langevoort, D. (2002): Monitoring. *Columbia Business Law Review*, 71 (1), S. 77-118.
- Langevoort, D. (2017): Cultures of compliance. *American Criminal Law Review*, 54, S. 933-977.
- Lauffer, W. (1999): Corporate liability, risk shifting, and the paradox of compliance. *Vanderbilt Law Review*, 52 (5), S. 1343-1420.
- Lessenich, S. (2016): Neben uns die Sintflut. Berlin.
- Lingnau, V./Fuchs, F./Dehne-Niemann, T. (2017): The influence of psychopathic traits on the acceptance of white-collar crime. *Journal of Business Economics*, 87 (9), S. 1193-1227.
- Lubner, S.M./Schmelter, A.-K. (2018): Kollektive Selbstregulierung und verbandseigene Gerichtsbarkeit im Pharmabereich. In: Kölbel, R. (Hg.): Institutionelle Korruption und Arzneimittelvertrieb. Heidelberg, Kapitel 14 (im Erscheinen).
- Lüderssen, K. (2014): Entkriminalisierung des Wirtschaftsstrafrechts III. Baden-Baden.
- Lynch, J./Barrett, K./Stretesky, P./Long, M. (2016): The weak probability of punishment for environmental offenses and deterrence of environmental offenders. *Deviant Behavior*, 37 (10), S. 1095-1109.
- MacLean, T./Behnam, M. (2010): The dangers of decoupling. *Academy of Management Journal*, 53 (6), S. 1499-1520.
- Makkai, T./Braithwaite, J. (1996): Procedural justice and regulatory compliance. *Law & Human Behavior*, 20 (1), S. 83-98.
- Maschini, P./van Wijk, E. (2009): Responsive regulation at the dutch food and consumer product safety authority. *Regulation & Governance*, 3 (1), S. 27-47.
- May, P./Winter, S. (2011): Regulatory enforcement styles and compliance. In: Parker, C./Nielsen, V.L. (Hg.): Explaining Compliance. Cheltenham, S. 222-244.
- McBarnet, D. (2006): After enron will 'whiter than white collar crime' still wash? *British Journal of Criminology*, 46 (6), S. 1091-1109.
- McKendall, M./DeMarr, B./Jones-Rikkens, C. (2002): Ethical compliance programs and corporate illegality. *Journal of Business Ethics*, 37 (4), S. 367-383.
- McKendall, M./Wagner, J. (1997): Motive, opportunity, choice, and corporate illegality. *Organization Science*, 8 (6), S. 624-647.
- Michalowski, R./Kramer, R. (1987): The space between laws. *Social Problems*, 34 (1), S. 34-53.
- Miller, J. (2013): From bad pharma to good pharma. *The Journal of Law, Medicine & Ethics*, 41 (3), S. 601-610.
- Mills, R.W./Koliba, C.J. (2015): The challenge of accountability in complex regulatory networks. *Regulation & Governance*, 9 (1), S. 77-91.

- Monahan, S./Quinn, B. (2006): Beyond 'bad apples' and 'weak leaders'. *Theoretical Criminology*, 10 (3), S. 361-385.
- Montoya, I./Richard, A. (1994): A comparative study of codes of ethics in health care facilities and energy companies. *Journal of Business Ethics*, 13 (9), S. 713-717.
- Müller, M. (2002): *The New Regulatory State in Germany*. Birmingham.
- Nielsen, V.L. (2006): Are regulators responsive? *Law & Policy*, 28 (3), S. 395-416.
- Nielsen, V.L./Parker, C. (2008): To what extent do third parties influence business compliance? *Journal of Law and Society*, 35 (3), S. 309-340.
- Nielsen, V.L./Parker, C. (2009): Testing responsive regulation in regulatory enforcement. *Regulation & Governance*, 3 (4), S. 376-399.
- Nielsen, V.L./Parker, C. (2012): Mixed Motives. *Law & Policy*, 34 (4), S. 428-462.
- Opitz, S. (2013): *Antikorruptionssysteme für die strategische Beschaffung*. Wiesbaden.
- Oude Vrielink, M./van Montfort, C./Bokhorst, M. (2011): Codes as hybrid regulation. In: Levi-Faur, D. (Hg.): *Handbook on the Politics of Regulation*. Cheltenham, S. 486 - 498.
- Paine, L.S. (1994): Managing for organizational integrity. *Harvard Business Review*, 72 (2), S. 106-117.
- Parker, C. (2000): Reinventing regulation within the corporation. *Compliance-Oriented Regulatory Innovation. Administration & Society*, 32 (5), S. 529-565.
- Parker, C. (2002): *The Open Corporation. Effective Self-regulation and Democracy*. Cambridge.
- Parker, C. (2012): Economic rationalities of governance and ambiguity in the criminalization of cartels. *British Journal of Criminology*, 52 (5), S. 974-996.
- Parker, C./Gilad, S. (2011): Internal corporate compliance management systems: structure, culture and agency. In: Parker, C./Nielsen, V.L. (Hg.): *Explaining Compliance*. Cheltenham, S. 170-195.
- Parker, C./Nielsen, V.L. (2006): Do businesses take compliance systems seriously? *Melbourne University Law Review*, 30 (2), S. 441-494.
- Parker, C./Nielsen, V.L. (2009a): The challenge of empirical research on business compliance in regulatory capitalism. *Annual Review of Law and Social Sciences*, 5, S. 45-70.
- Parker, C./Nielsen, V.L. (2009b): Corporate Compliance Systems. *Administration & Society*, 41 (1), S. 3-37.
- Passas, N. (2005): Lawful but awful: 'Legal Corporate Crimes'. *The Journal of Socio-Economics*, 34 (6), S. 771-786.
- Pearce, F./Tombs, S. (1997): Hazards, Law and Class. *Social & Legal Studies*, 6 (1), S. 79-107.
- Pohlmann, M./Höly, K. (2017): Manipulationen in der Transplantationsmedizin. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69 (2), S. 181-207.
- PricewaterhouseCoopers (2016): *Wirtschaftskriminalität in der analogen und digitalen Wirtschaft 2016*. Halle, Wittenberg.
- Rechtschaffen, C. (1998): Deterrence vs. cooperation and the evolving theory of environmental enforcement. *Southern California Law Review*, 71, S. 1181-1272.
- Root, V. (2017): Coordinating compliance incentives. *Cornell Law Review*, 102 (4), S. 1003-1085.
- Rorie, M. (2015): An integrated theory of corporate environmental compliance and overcompliance. *Crime, Law and Social Change*, 64 (2), S. 65-101.



- Schell-Busey, N.M.* (2009): The Deterrent Effects of Ethics Codes for Corporate Crime. College Park, MD.
- Schell-Busey, N./Simpson, S./Rorie, M./Alper, M.* (2016): What works? A systematic review of corporate crime deterrence. *Criminology & Public Policy*, 15 (2), S. 387-416.
- Schnatterly, K.* (2003): Increasing firm value through detection and prevention of white-collar crime. *Strategic Management Journal* 24, (7), S. 587-614.
- Scholz, J.* (1997): Enforcement policy and corporate misconduct. *Law & Contemporary Problems*, 60 (3), S. 253-268.
- Scott, C.* (2004): Regulation in the age of governance. In: Jordana, J./Levi-Faur, D. (Hg.): *The Politics of Regulation*. Northampton, Massachusetts, S. 145-174.
- Shimshack, J./Ward, M.* (2005): Regulator reputation, enforcement, and environmental compliance. *Journal of Environmental Economics and Management*, 50 (3), S. 519-540.
- Short, J./Toffel, M.* (2010): Making self-regulation more than merely symbolic. *Administrative Science Quarterly*, 55 (3), S. 361-396.
- Shover, N./Hochstetler, A.* (2002): Cultural explanation and organizational crime. *Crime, Law and Social Change*, 37 (1), S. 1-18.
- Sieber, U.* (2008): Compliance-Programme im Unternehmensstrafrecht. In: Sieber, U./Abanto Vázquez, M.A./Tiedemann, K. (Hg.): *Festschrift für Klaus Tiedemann*. Köln u.a., S. 449-484.
- Simpson, S.* (2002): *Corporate Crime, Law, and Social Control*. Cambridge.
- Simpson, S.* (2006): Corporate crime and regulation. In: Elffers, H./Verboon, P./Huisman, W. (Hg.): *Managing and Maintaining Compliance*. Den Haag, S. 63-89.
- Simpson, S.* (2011): Making sense of white-collar Crime: Theory and research. *Ohio State Journal of Criminal Law*, 8 (2), S. 481-502.
- Simpson, S./Gibbs, C./Rorie, M./Slocum, L.A./Cohen, M.A./Vandenbergh, M.* (2013): An empirical assessment of corporate environmental crime-control strategies. *Journal of Criminal Law and Criminology*, 103 (1), S. 231-278.
- Simpson, S./Koper, C.* (1992): Detering corporate crime. *Criminology*, 30 (3), S. 347-375.
- Simpson, S./Koper, C.* (1997): The changing of the guard. *Journal of Quantitative Criminology*, 13 (4), S. 373-404.
- Simpson, S./Piquero, N.L.* (2002): Low self-control, organizational theory, and corporate crime. *Law & Society Review*, 36 (3), S. 509-547.
- Slapper, G./Tombs, S.* (1999): *Corporate Crime*. Harlow.
- Smith, C./Simpson, S./Huang, C.-Y.* (2007): Why managers fail to do the right thing. *Business Ethics Quarterly*, 17 (4), S. 633-667.
- Snell, R./Herndon, N.* (2004): Hong Kong's code of ethics initiative. *Journal of Business Ethics*, 51 (1), S. 55-89.
- Snider, L.* (2000): The sociology of corporate crime: An obituary. *Theoretical Criminology*, 4 (2), S. 169-206.
- Stafford, S.* (2012): Do carrots work? *Journal of Policy Analysis and Management*, 31 (3), S. 533-555.
- Stevens, J./Steensma, K./Harrison, D./Cochran, P.* (2005): Symbolic or substantive document? *Strategic Management Journal*, 26 (2), S. 181-195.
- Tacke, V.* (2010): Organisationssoziologie. In: Kneer, G./Schroer, M. (Hg.): *Handbuch Spezielle Soziologien*. Wiesbaden, S. 341-359.

- Thoma, A.C. (2008): *Regulierte Selbstregulierung im Ordnungsverwaltungsrecht*. Berlin.
- Thornton, D./Gunningham, N./Kagan, R. (2005): General deterrence and corporate environmental behavior. *Law & Policy*, 27 (2), S. 262-288.
- Tombs, S. (2002): Understanding regulation? *Social & Legal Studies*, 11 (1), S. 113-133.
- Tombs, S. (2008): Corporations and health and safety. In: Minkes, J./Minkes, L. (Hg.): *Corporate and White-Collar Crime*. Los Angeles, S. 18-38.
- Tombs, S./Whyte, D. (2013): The myths and realities of deterrence in workplace safety regulation. *British Journal of Criminology*, 53 (5), S. 746-763.
- Tombs, S./Whyte, D. (2015): *The Corporate Criminal*. London.
- Treviño, L.K./Weaver, G. (2003): *Managing Ethics in Business Organizations*. Stanford.
- Treviño, L.K./den Nieuwenboer, N./Kish-Gephart, J. (2014a): (Un-)Ethical Behavior in Organizations. *Annual Review of Psychology*, 65, S. 635-660.
- Treviño, L.K./den Nieuwenboer, N./Kreiner, G./Bishop, D. (2014b): Legitimizing the legitimate. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 123 (2), S. 186-205.
- Tweeddale, G. (2000): *Magic Mineral to Killer Dust*. Oxford.
- van Wingerde, C.G. (2016): Detering corporate environmental crime. In: Spapens, T./ White, R./Huisman, W. (Hg.): *Environmental Crime in Transnational Context*. Oxford, S. 193-207.
- van Zolingen, S./Honders, H. (2010): Metaphors and the application of a corporate code of ethics. *Journal of Business Ethics*, 92 (3), S. 385-400.
- Vaughan, D. (1996): *The Challenger Launch Decision*. Chicago.
- Vaughan, D. (1999): The dark side of organization, mistake, misconduct, disaster. *Annual Review of Sociology*, 25 (1), S. 271-305.
- Walburg, C. (2015): The measurement of corporate crime. In: van Erp, J./Huisman, W./Vande Walle, G. (Hg.): *The Routledge Handbook of White-Collar and Corporate Crime in Europe*. London u.a., S. 25-38.
- Wang, X./Holtfreter, K. (2012): The effects of corporation- and industry-level strain and opportunity on corporate crime. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 49 (2), S. 151-185.
- Warren, D./Gaspar, J./Laufer, W. (2014): Is formal ethics training merely cosmetic? *Business Ethics Quarterly*, 24 (1), S. 85-117.
- Weber, J./Wasielewski, D. (2013): Corporate ethics and compliance programs. *Journal of Business Ethics*, 112 (3), S. 609-626.
- Weiß, W. (2014): Selbstregulierung der Wirtschaft – noch sinnvoll nach der Finanzkrise? *Der Staat*, 53 (4), S. 555-575.
- Wulf, K. (2011): *Ethics and Compliance Programs in Multinational Organizations*. Wiesbaden.
- Yiu, D./Xu, Y./Wan, W. (2014): The deterrence effects of vicarious punishments on corporate financial fraud. *Organization Science*, 25 (5), S. 1549-1571.

## **II. Referate aus den Arbeitskreisen**



# Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)

*Nadine Jukschat*

Dass das Internet den Zugang zu radikalen Milieus erleichtert und von Bedeutung für Prozesse der Hinwendung zu politisch-weltanschaulich oder religiös extremen Positionen beziehungsweise Radikalisierung ist, ist wissenschaftlich weitgehend unstrittig.<sup>1</sup> Das Internet und insbesondere die sozialen Medien bieten extremistischen Gruppierungen neue Möglichkeiten. Akteure mit extremistischem Hintergrund verbreiten hierüber sowohl ihre Ideen als auch Propaganda und versuchen, neue Anhänger zu rekrutieren. Dabei profitieren sie davon, dass das Internet die unkontrollierte, schnelle und kostengünstige Informationsvermittlung an eine Vielzahl von Personen erlaubt und zugleich – in einem durch Anonymität geschützten Raum – Vernetzung, Interaktion und Kommunikation ermöglicht. Bedeutsam scheint dabei zudem, dass das Internet einen Raum darstellt, in dem sich extreme Ansichten ‚normalisieren‘ können, weil Widerspruch und Kontrolle durch externe Kontrollinstanzen tendenziell wegfallen. Es liegt nahe, dass sich Radikalisierungsprozesse hierdurch verändern. Unklar ist jedoch, welcher Zusammenhang zwischen neuen Medien und Radikalisierungsprozessen konkret besteht. Wie kann das Internet Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse begünstigen und beeinflussen und welche Mechanismen und Dynamiken wirken dabei konkret? Entstehen durch diese Medien möglicherweise ganz neue Radikalisierungsmechanismen? Und in welchen Phasen und unter welchen Bedingungen können digitale Medien überhaupt biografisch relevant werden?

Die Forschung hat ungeachtet zunehmender Beschäftigung mit der Bedeutung des Internets für Radikalisierungsprozesse auf diese Fragen bislang kaum empirisch begründete Antworten gefunden, wie *Meleagrou-Hitchens und Kaderbhai*<sup>2</sup> auf Basis einer umfassenden Literatursichtung erst kürzlich konstatierten. Unstrittig sei nur, dass das Internet allein nicht ursächlich für Radikalisierung sei, sondern dass es individuelle Radikalisierungsprozesse begünstigen

---

1 Neumann (2017), S. 160 ff.; Steinberg (2012); Meleagrou-Hitchens/Kaderbhai (2017); Weimann (2012); Logvinov (2017), S. 85 ff.

2 Meleagrou-Hitchens/Kaderbhai (2017).

und katalysieren könne. Zentral sei in den meisten bisher untersuchten Fällen das Zusammenspiel der Online- und Offline-Sphäre.<sup>3</sup>

Diese Frage nach der Bedeutung des Internets für Radikalisierungsprozesse steht im Zentrum des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“.<sup>4</sup> Das Projekt adressiert sowohl den gewaltbereiten Islamismus als auch den Rechts- und Linksextremismus. *Abbildung 1* gibt einen Überblick über die von den acht Projektpartnern bearbeiteten Teilvorhaben, die im Gesamtprojekt eng verzahnt sind.

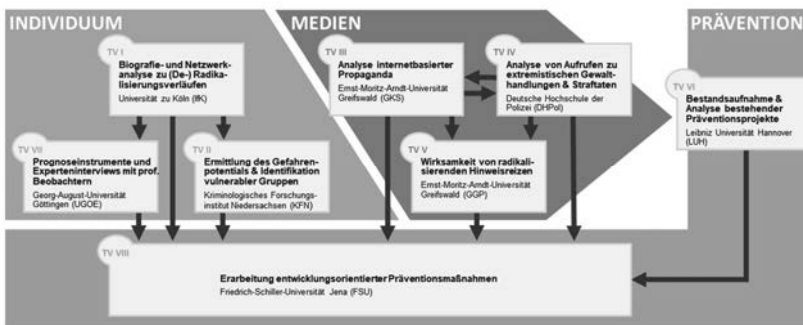


Abbildung 1: Projektübersicht RadigZ

Interdisziplinär und in vergleichender Perspektive untersucht RadigZ Radikalisierungsverläufe sowie Risiken für Radikalisierungsprozesse und fokussiert sich dabei zum einen auf die Ebene der (potenziell) radikalisierten Individuen<sup>5</sup> und zum anderen auf Dynamiken und Risikopotenziale des Mediums Internet.<sup>6</sup> Die Erträge dieser Analysen bilden, gemeinsam mit den Befunden einer kritischen Analyse bereits bestehender Präventionsbemühungen, die Basis für die Entwicklung neuer Präventionsansätze und Handlungsempfehlungen für Praxis und Politik, die sich auf Radikalisierungsprozesse beziehen und die

3 Meleagrou-Hitchens/Kaderbhai (2017).

4 Für einen Überblick siehe die Projektdarstellung von Kudlacek et al. (2017).

5 Für einen tieferen Einblick in eines der Teilvorhaben vgl. den Beitrag von Höffler/Gatzmaga (2018). Vorgestellt werden darin das Forschungsdesign dieses RadigZ-Teilvorhabens sowie erste Befunde der Auseinandersetzung mit bereits existierenden und in der Praxis verwendeten Prognoseinstrumenten.

6 Vgl. hierzu exemplarisch den Beitrag von Struck et al. (2018). Am Beispiel eines über Facebook verbreiteten potenziellen Aufrufs zu einer Straftat erläutern die Autoren, weshalb es wichtig ist, neben manifesten auch latente Sinnstrukturen von Aussagen herauszuarbeiten, um diese als Aufrufe zu Straf- und Gewalttaten identifizieren zu können.

Gefährdungspotenziale des Internets als zentrales Verbreitungsmedium extremistischer Ideologien und Kommunikationsmedium extremistischer Gruppierungen berücksichtigen.

## Literatur

- Höffler, K./Gatzmaga, F. (2018): Die Bedeutung des persönlichen Nahbereichs radikalisierter Personen für die Risikoprognose\* – RadigZ-Teilvorhaben „Experteninterviews mit professionellen Beobachtern; Prognosen“. In: Boers, K./Schaerff, M. (Hg.): *Kriminologische Welt in Bewegung*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 168-178.
- Kudlacek, D./Jukschat, N./Beelmann, A./Bögelein, N./Geng, B./Glitsch, E./Görgen, T./Harrendorf, S./Höffler, K./Kietzmann, D./Meier, B.-D./Neubacher, F./Schmidt, S./Bliesener, T. (2017): *Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention*. Forum Kriminalprävention, 2017 (3), S. 23-32.
- Logvinov, M. (2017): *Salafismus, Radikalisierung und terroristische Gewalt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Meleagrou-Hitchens, A./Kaderbhai, N. (2017): *Research Perspectives on Online Radicalisation: A Literature Review, 2006-2016*. Dublin: VOX-Pol Network of Excellence.
- Neumann, P.R. (2017): *Der Terror ist unter uns. Dschihadismus und Radikalisierung in Europa*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steinberg, G. (2012): *Jihadismus und Internet: Eine deutsche Perspektive*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Struck, J./Kraus, B./Görgen, T. (2018): Ein Aufruf zu Gewalt – was kann das sein, was muss das sein? Objektiv-hermeneutische Perspektiven auf extremistische Aufrufe zu Straftaten im Internet. In: Boers, K./Schaerff, M. (Hg.): *Kriminologische Welt in Bewegung*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 179-190.
- Weimann, G. (2012): Lone Wolves in Cyberspace. *Journal of Terrorism Research*, 3 (2), S. 75-90.

# **Die Bedeutung des persönlichen Nahbereichs radikalisierten Personen für die Risikoprognose\* – RadigZ-Teilvorhaben „Experteninterviews mit professionellen Beobachtern; Prognosen“**

*Katrin Höffler und Felix Gatzmaga*

## **Gliederung**

- |   |   |
|---|---|
| 1. Einleitung                                 | 5. Bedeutung des persönlichen Nahbereichs   |
| 2. Risikoprognosen im Bereich Extremismus     | 5.1 Aktualität  |
| 3. Forschungsdesign                           | 5.2 Zentrale Erkenntnisse   |
| 3.1 Experteninterviews                        | 5.3 Bedeutung des persönlichen Nahbereichs als Item in verschiedenen extremismusspezifischen Prognoseinstrumenten |
| 3.2 Probandeninterviews                       |   |
| 4. Extremismusspezifische Prognoseinstrumente | 5.4 (Egozentrierte) Netzwerkanalyse als ein (ergänzendes) Instrument  |
| 4.1 Instrumentarien                           | 6. Ausblick   |
| 4.2 Gemeinsamkeiten dieser Instrumente        |   |
| 4.3 Unterschiede dieser Instrumente           |   |

## **1. Einleitung**

Das Verbundvorhaben „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – RadigZ“ ist erst im Jahr 2017 gestartet. Dieser Beitrag beschränkt sich daher auf die Beschreibung des Forschungsdesigns und die Schilderung der ersten Erkenntnisse in einem der Teilvorhaben, wobei der Schwerpunkt auf der Bedeutung des persönlichen Nahbereichs radikalisierten beziehungsweise radikalisierungsanfälliger Personen für die Risikoprognose liegt. Die Vorstellung des Forschungsanliegens in einem frühen Stadium zielt daneben auf den Austausch mit anderen Forschungsprojekten ab.<sup>1</sup>

---

\* Vortrag und Beitrag entstanden im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 13N14285 geförderten Verbundprojekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (RadigZ). Siehe dazu auch <http://www.radigz.de>.

1 Zu nennen sind z.B. PROTON ([www.projectproton.eu](http://www.projectproton.eu)), X-SONAR ([www.x-sonar.de](http://www.x-sonar.de)), PERICLES ([www.pericles-project.net](http://www.pericles-project.net)) und PANDORA ([www.ifsh.de/projekte/pandora/](http://www.ifsh.de/projekte/pandora/)).



## **2. Risikoprognosen im Bereich Extremismus**

Das Teilvorhaben VII ist darauf ausgerichtet, Erkenntnisse zu Radikalisierungs- und Deradikalisierungsverläufen in den Phänomenbereichen Islamismus und Rechtsextremismus aus Interviews mit Experten und (de)radikalisierten Probanden zu gewinnen. Ergänzend – soweit erreichbar – sollen gegebenenfalls auch Akten zu Probanden ausgewertet werden. Der besondere Fokus ist darauf gerichtet, diese Erkenntnisse für Prognosen im präventiven wie therapeutischen Bereich fruchtbar zu machen.

Im Vorfeld der eigentlichen Erhebung werden bereits existierende und in der Praxis verwendete Prognoseinstrumente vergleichend betrachtet und, soweit vorhanden, die entsprechenden Untersuchungen dazu ausgewertet. Im Anschluss an die eigene Studie sollen die sich daraus ergebenden Erkenntnisse in die Fortentwicklung der Prognoseinstrumente in diesem hochsensiblen Bereich einfließen.

Ein wichtiger Aspekt inhaltlicher Art für das gesamte Verbundprojekt ist die Bedeutung des Internets beziehungsweise der voranschreitenden Digitalisierung insgesamt für Radikalisierungsprozesse.

## **3. Forschungsdesign**

### **3.1 Experteninterviews**

Einen Zugang bilden circa 30 vorgesehene leitfadengestützte Experteninterviews. Die Gesprächspartner sind Angehörige von Bundes- und Landesbehörden (Justiz und Sicherheit) sowie Mitarbeiter ziviler Einrichtungen (unter anderem von Präventionsprojekten). Auf diesem Weg finden die Erkenntnisse der Praxis Eingang in die Forschung. Ziel dieses Teils ist, über das Expertenwissen gebündelt mehr über die Ursachen und Verläufe der Radikalisierung hin zum gewaltbereiten Extremismus zu erfahren.

### **3.2 Probandeninterviews**

Ein zentraler Punkt für uns ist zudem die Sichtweise von Probanden, die selbst einen Prozess der Radikalisierung durchlaufen und gegebenenfalls den Weg

„zurück“ gefunden haben.<sup>2</sup> Mit diesen führen wir biographische Interviews und egozentrierte Netzwerkanalysen durch.<sup>3</sup>

*Rau* hat diese Methode im Rahmen seiner Forschung zum Thema „Der Einfluss von Netzwerken auf Prozesse der Exklusion und Inklusion bei Strafgefangenen mit Migrationshintergrund“ angewandt.<sup>4</sup>

Bei dieser Form der Netzwerkanalyse stellt der Proband im Rahmen der Interviewsituation sein persönliches Netzwerk und mögliche Veränderungen seines Netzwerks (hier: im Vorfeld, während und gegebenenfalls im Nachgang des Radikalisierungsprozesses) dar. Um seine Erinnerung anzuregen, werden verschiedene Interaktions-Situationen abgefragt: Mit wem spricht der Proband über private Angelegenheiten? Von wem würde sich der Proband Geld leihen? Mit wem unternimmt der Proband Freizeitaktivitäten?<sup>5</sup>

Die Visualisierung kann dabei digital mit einer Software oder manuell durch das Setzen von Figuren auf eine in verschiedene Felder unterteilte Unterlage, die sogenannte „Netzwerkkarte“, geschehen. Geplant ist, nach etwa einem Jahr Folgeinterviews mit den Probanden durchzuführen, auch um sie bei dieser Gelegenheit erneut ihr Netzwerk darstellen zu lassen.

Durch die Auswertung der so visualisierten Beziehungen des Probanden zu verschiedenen Zeitpunkten können Erkenntnisse über die Häufigkeit der Kontakte, die Kontakte seiner Kontaktpersonen untereinander, eventuelle Veränderungen des Netzwerks, den Aufbau, die Wechselwirkungen und gruppendynamischen Prozesse innerhalb des Netzwerks sowie die Art der Kommunikation (Online? Offline?) gewonnen werden.<sup>6</sup>

#### 4. Extremismusspezifische Prognoseinstrumente

Das Teilvorhaben soll in diesem schwierigen Feld einen Beitrag zum Risikomanagement leisten – und zwar gerade mit Blick auf Prävention, nicht nur

---

2 Sehr beachtenswert ist die Studie von *Aslan et al.* (2018), die zur Untersuchung von islamistischer Radikalisierung 29 biographisch-narrative Interviews, davon 26 in österreichischen Gefängnissen, drei in Wiener Jugendeinrichtungen, durchgeführt haben.

3 Die Probandeninterviews erfolgen in Zusammenarbeit mit dem vom IfK Köln geleiteten Teilvorhaben I.

4 *Rau* (2017), S. 218 ff. Zur computergestützten egozentrierten Netzwerkanalyse, siehe *Herz/Gamper* (2011).

5 Weitere Beispiele aus der Wissenschaft für diese sogenannten „Namensgeneratoren“ finden sich bei *Rau* (2017), S. 223 ff.

6 Zur medialen Kommunikation siehe in jüngerer Zeit die ausführliche Auswertung des Kommunikationsverhaltens in einer WhatsApp-Gruppe radikalisierter Jugendlicher bei *Kiefer et al.* (2018).

verstanden als allgemeine Prävention von Straftaten, sondern auch als Individual- beziehungsweise Spezialprävention, also mit Blick auf den (potentiellen) Täter. Prognosen sind hier schon aus statistischen Gründen freilich nahezu unmöglich, dessen muss man sich bewusst sein. Dennoch wird es durch eine systematische Erarbeitung der Risiko- wie auch der protektiven Variablen zum Teil möglich, Chancen herauszuarbeiten, also veränderbare Situationen einer Stabilisierung im positiven Sinne zuzuführen. Gefährlichkeitsprognose wird hier also in einem weiten Sinne als eine Prognose verstanden, die die Suche nach geeigneten Interventions- oder Behandlungsmaßnahmen als Ziel inkludiert.

Ein Anliegen im weiteren Verlauf der Forschungen ist zudem, die kriminologische Perspektive bei den Überlegungen zu Prognosen mit einzubringen.

#### 4.1 Instrumentarien

In den letzten Jahren wurde aufgrund der aktuellen Bedrohungen eine Vielzahl an extremismusspezifischen Prognoseinstrumenten entwickelt.<sup>7</sup> Drei bereits in Verwendung befindliche Instrumente<sup>8</sup> werden hier im Vergleich dargestellt:

- *VERA-2R* („Violent Extremism Risk Assessment, Version 2 – Revised“),<sup>9</sup> dessen Entwicklung durch Public Safety Canada gefördert wurde,
- *IVPG* („Identifying Vulnerable People Guidance“)<sup>10</sup> und
- *ERG 22+* („Extremism Risk Guidelines 22+“).<sup>11</sup>

---

7 Für einen ersten Überblick über die Vielzahl der entwickelten extremismusspezifischen Prognoseinstrumente siehe *Scarcella et al.* (2016); zu Prognoseinstrumenten siehe auch *Center for the Study of Democracy* (2017).

8 So auch *Scarcella et al.* (2016), S. 12. Ferner für den praktischen Einsatz gedacht, aber noch nicht so weit verbreitet wie die anderen genannten Instrumente, sind unter anderem die Multi-Level Guidelines (MLG), *Cook et al.* (2013), die allerdings nicht nur für den Einsatz mit Blick auf Extremisten, sondern generell für alle in Gruppen oder aus Gruppen heraus begangenen Straftaten gedacht sind, und das Terrorist Radicalization Assessment Protocol (TRAP-18), *Meloy/Gill* (2016).

9 Grundlegend: *Pressman* (2009); letzte Aktualisierung *Pressman et al.* (2016); Übersetzung *Sadowski et al.* (2017) (*VERA-2R*). Hier wurde für die Benennung der Items auf *Pressman/Flockton* (2012) zurückgegriffen. Die Items wurden anhand von *Sadowski et al.* (2017) daraufhin überprüft, ob sie auch in *VERA-2R* enthalten sind.

10 *Egan et al.* (2016).

11 *Lloyd/Dean* (2015); äußerst kritisch dazu *Qureshi* (2016). Eine reduzierte Version von *ERG 22+*, der *Extremism Risk Screen* (ERS), wird gelegentlich für eine Ersteinstuung verwendet, *Lloyd/Dean* (2015), S. 49.

Diese beiden Instrumente wurden für die britische Regierung entwickelt, ersteres unter anderem für Mitarbeiter von Schulen und Gefängnissen, letzteres vom National Offender Management Service vor allem für Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. RADAR-iTE, das im Jahr 2017 vom Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern implementiert wurde, ist bislang nicht öffentlich zugänglich und konnte daher an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden.<sup>12</sup>

## 4.2 Gemeinsamkeiten dieser Instrumente

Zunächst zu den Gemeinsamkeiten der drei Instrumente: Alle drei fragen nach einem sozialen Rückzug beziehungsweise einer Isolation der zu begutachtenden Person – als gesellschaftliche Exklusion gedeutet, gegebenenfalls einhergehend mit der Zuwendung zu einer neuen Gruppe. Das Instrument VERA-2R berücksichtigt diesen Aspekt in dem Item „feelings of hate, frustration, persecution & alienation“;<sup>13</sup> gemeint sind Gefühle von Entfremdung und Verfolgung seitens der Gesellschaft.

Bei den ERG 22+ findet sich der Prozess der Isolation in der Beschreibung von starken Gruppenprozessen. Ein ausgeprägtes „us and them thinking“<sup>14</sup> unterscheidet nur in zwei Kategorien: die eigene, positiv konnotierte „In-Group“ und die fremdartige, abgelehnte „Out-Group“.

Die IVPG legt im Item „cultural and religious isolation“ den Fokus auf eine geringe Toleranz, die die Person nach außen hin anderen Religionen oder Gemeinschaften gegenüber zeigt. Ein aktives Vermeidungsverhalten führt hier zur Isolation von der Gesellschaft.<sup>15</sup> Daneben gibt es die Items „isolation from family“ und „isolated from peer group“.<sup>16</sup>

Ein weiterer Aspekt, den alle Instrumente für wichtig erachten, ist die Befürwortung von Gewalt und die Annahme einer Notwendigkeit der Nutzung von Gewalt. Bei VERA-2R steht die Ideologie, die Gewalt legitimiert und zu der sich die Person zugehörig fühlt, im Vordergrund („commitment to ideology justifying violence“), daneben: „anger and expressed intent to act violently“ und „glorification of violent action“.<sup>17</sup>

Die ERG 22+ heben das Bedürfnis, sich gegen eine (gefühlte) Bedrohung verteidigen zu müssen, hervor („need to defend against threat“).<sup>18</sup>

---

12 Siehe aber Interview mit *Endrass* bei *Hummel* (2017) und BT-Drs. 18/13422.

13 *Pressman/Flockton* (2012), S. 245.

14 *Lloyd/Dean* (2015), S. 46.

15 *Cole et al.* (2012), S. 7.

16 *Egan et al.* (2016), S. 23.

17 *Pressman/Flockton* (2012), S. 245.

18 *Lloyd/Dean* (2015), S. 46.

Eine solche „Verteidigungshaltung“ findet sich auch bei VERA-2R in dem Item „victim of injustice and grievances“.<sup>19</sup> Eine gefühlte beziehungsweise erlebte Ungerechtigkeit und/oder Diskriminierung kann für die Person handlungsmotivierend werden. Wie bei VERA-2R gibt es ein „Legitimations“-Item auch in den ERG 22+ („attitudes that justify offending“).<sup>20</sup>

Im Rahmen der IVPG findet sich die Frage nach gewaltbefürwortender Rhetorik („violent rhetoric“, ferner „hate rhetoric“ und „death rhetoric“).<sup>21</sup> Hierunter fällt beispielsweise auch der Besitz und die Verbreitung von entsprechendem Material im digitalen Zeitalter, also insbesondere auch online verbreitete Propaganda.

Ein dritter, den Instrumenten naturgemäß gemeinsamer Faktor stellt die politische Motivation dar. In VERA-2R wird beispielsweise nach der „rejection of democratic society and values“ gefragt.<sup>22</sup> Eine Erhöhung des Risikos erfolgt für „seeker, consumer, developer of violent extremist materials“.<sup>23</sup> Auch insoweit kommt Internetpropaganda in der Risikobewertung eine Bedeutung zu.

Ferner nennen alle Instrumente eine mögliche kriminelle Vorgeschichte, opportunistisches Verhalten und vorhandene (para-)militärische Ausbildung oder Reisen in Konfliktzonen als relevante Faktoren für die Risikoeinschätzung.<sup>24</sup>

### **4.3 Unterschiede dieser Instrumente**

Die verschiedenen Instrumente unterscheiden sich aber auch: Bei VERA-2R geht es darum, mit welcher Intention die Radikalisierung erfolgt: was hofft oder wünscht der Proband durch die Veränderung seiner Lebens- und Verhaltensweisen zu erreichen. Dies misst die Skala „commitment and motivation“,<sup>25</sup> die immerhin acht der 34 Items ausmacht: Sei es das Streben nach Aufregung, Abenteuer, sozialem Status und Anerkennung oder die Suche nach der Bedeutung des eigenen Lebens – vielfältige Gründe können Personen in den Extremismus treiben. Bei den anderen beiden Instrumenten finden die Beweggründe dagegen keine so herausgehobene Berücksichtigung, sieht man von der erwähnten „politischen Motivation“ ab.

Ebenso berücksichtigt VERA-2R am deutlichsten protektive Faktoren.<sup>26</sup> Der Fokus liegt dabei vor allem auf Items, die eine Gewaltbereitschaft verringern

---

<sup>19</sup> Pressman/Flockton (2012), S. 245.

<sup>20</sup> Lloyd/Dean (2015), S. 46.

<sup>21</sup> Egan et al. (2016), S. 23.

<sup>22</sup> Pressman/Flockton (2012), S. 245.

<sup>23</sup> Pressman/Flockton (2012), S. 245.

<sup>24</sup> Vgl. Pressman/Flockton (2012), S. 245; Egan et al. (2016), S. 23; Lloyd/Dean (2015), S. 46.

<sup>25</sup> Pressman/Flockton (2012), S. 245.

<sup>26</sup> Zur oftmals unterschätzten Bedeutung dieser protektiven Faktoren Gill (2015), S. 188.

(„rejection of violence to obtain goals“; „community support for non-violence“; „family support for non-violence“; „involvement with non-violent, de-radicalization, offence-related programs“).<sup>27</sup>

Die ERG 22+ enthalten das Item psychische Gesundheit („mental health“)<sup>28</sup> und setzen sich zudem auch noch durch das ‚Plus‘ von den anderen Instrumenten ab: einen Platzhalter, der das Hinzufügen eines oder mehrerer im Einzelfall möglicherweise relevanter Faktoren ermöglicht. Dadurch soll das Instrument eine möglichst individuelle Risikoeinschätzung ermöglichen.<sup>29</sup>

## 5. Bedeutung des persönlichen Nahbereichs

Herausgegriffen werden soll ein Aspekt, der sich in unterschiedlicher Ausprägung in allen drei Instrumenten findet: der persönliche Nahbereich beziehungsweise das Netzwerk des Radikalierten, einschließlich des Online-Umfeldes (das insbesondere bei sogenannten „einsamen Wölfen“ von Bedeutung sein wird).<sup>30</sup>

### 5.1 Aktualität

Bei einigen jüngeren Anschlägen in Europa – Charlie Hebdo, Paris, Brüssel und Barcelona – war das unmittelbare persönliche Umfeld (vielfach Brüder) oder zumindest die Einbettung in eine kleine bis mittelgroße Gruppierung für die Tatbegehung (mit-)entscheidend. Mit Blick auf die Täter von Barcelona gilt als gesichert, dass es sich um eine Gruppe von Freunden handelte, die in die ‚Fänge‘ des Imam Es Satty geriet und von diesem in ‚seiner‘ Moschee radikalisiert wurde.<sup>31</sup>

Für die in Deutschland oft als ‚einsame Wölfe‘ bezeichneten Einzeltäter von Hannover (Safia S.), Würzburg (Riaz A.) und Ansbach (Mohammad D.) ist belegt, dass sie alle bis kurz vor der Tat via Chatprogramm (verschlüsselten) Kontakt zu ‚Führungspersonen‘ hatten.<sup>32</sup> An dieser Stelle soll hier zur Verdeutlichung nur ein

---

<sup>27</sup> Pressman/Flockton (2012), S. 245.

<sup>28</sup> In zwischenzeitlich geführten ersten Experteninterviews mit zivilen Akteuren wurde wiederholt mitgeteilt, dass Probanden psychische Auffälligkeiten aufwiesen und einige deshalb auch in Behandlung (gewesen) seien. In der Testphase befinden sich auch für VERA-2R sogenannte „additional indicators“, die Persönlichkeitseigenschaften und psychiatrische Syndrome abbilden sollen, Sadowski et al. (2017), S. 337.

<sup>29</sup> Lloyd/Dean (2015), S. 46.

<sup>30</sup> Siehe nur Meloy/Yakeley (2014).

<sup>31</sup> Lüdke (2017).

<sup>32</sup> Leyendecker/Mascolo (2016).

gekürzter Auszug aus dem Chatverlauf zwischen Riaz A., dem Würzburger Täter, und seinem Instrukteur vom Tattag zitiert werden:<sup>33</sup>

Riaz A.: „Messer und Axt sind bereitgelegt.“

Chat-Partner: „Bruder, wäre es nicht besser, es mit einem Auto durchzuführen? [...] Der Schaden wäre [...] erheblich größer.“

Riaz A.: „Ich möchte heute Nacht ins Paradies kommen.“

„Einsam“ in einem umfassenden Sinn waren diese Täter also nicht: Sie hatten immerhin jemanden, der sie im übertragenen Sinne ‚an die Hand nahm‘, sie als ‚Bruder‘ und ‚Schwester‘ ansprach, sie dadurch in eine größere (Online-) Gemeinschaft integrierte, so dass sie insoweit wohl auch eine Bindung zumindest in Form eines Mentorenverhältnisses verspürten.

## 5.2 Zentrale Erkenntnisse

In der Wissenschaft wird dem persönlichen Nahbereich beziehungsweise Umfeld eine beachtliche Bedeutung beigemessen. Dabei werden im Wesentlichen zwei Wirkmechanismen betont, die im Grundsatz auch von den allgemeinen Kriminalitätstheorien her bekannt sind:

- a. Entweder heißen Familie und Freunde eine Radikalisierung gut und sind selbst darin involviert, so beispielsweise der Befund von Della Porta,<sup>34</sup> Neumann<sup>35</sup> und Roy,<sup>36</sup> oder
- b. der Radikalisierungseigige sucht nach einem Bruch mit seinen alten Freunden und seiner Familie eine Ersatzfamilie und gerät so in die ‚Fänge‘ von Extremisten.<sup>37</sup>

Letztlich kann dann mit den ‚neuen Freunden‘ genau der erstgenannte Wirkmechanismus wieder einsetzen, sodass die Mechanismen also auch zeitlich hintereinander geschaltet sein können.

Enge Beziehungen, die Peer-Group und starke Familienbande können also beides sein: Risiko- und protektive Faktoren.<sup>38</sup>

---

<sup>33</sup> Leyendecker/Mascolo (2016).

<sup>34</sup> Della Porta (1988), S. 161.

<sup>35</sup> Neumann (2016), S. 109.

<sup>36</sup> Etwa Roy (2015), S. 3 f., und im Interview mit Bax (2017).

<sup>37</sup> Lützing (2010), S. 26 f.; siehe auch Neumann (2016), S. 67; Sageman (2004), S. 135; Walther (2014), S. 398 ff.

<sup>38</sup> Vgl. nur Gill (2015), S. 188.

### 5.3 Bedeutung des persönlichen Nahbereichs als Item in verschiedenen extremismusspezifischen Prognoseinstrumenten

In den extremismusspezifischen Prognoseinstrumenten findet sich der Aspekt des persönlichen Nahbereichs in verschiedener Form und Ausprägung, aber es besteht ein Abbildungsproblem: Je mehr Personen im Umfeld involviert sind und einen Einfluss auf die zu beurteilende Person haben, desto weniger kann eine quantitative Abstufung den realen Zusammenhang abbilden. Auch die Qualität der einzelnen Beziehung kann nicht dichotom betrachtet werden, Querverbindungen gehen verloren. Einteilungen sind holzschnittartig, die Erfassung ist zwangsläufig meist ‚unterkomplex‘.

So geht beispielsweise aus dem Item „contact with known recruiters and extremists“<sup>39</sup> bei der IVPG wenig über die Qualität dieses Kontakts hervor: In welcher Frequenz besteht der Kontakt? Ist er mit dem Zweck der reinen Ideologievermittlung oder (auch) mit Planung, Training, Ratschlägen oder Bereitstellung von Ressourcen für Gewalttaten verbunden? Findet der Kontakt in persona oder über das Internet statt? Ist das Individuum aktiver Mitgestalter dieses Kontakts oder eher passiver Rezipient?

Im Allgemeinen befassen sich die Instrumente eher mit einer ‚kurzen‘ Analyse des persönlichen Nahbereichs; dies hängt teilweise mit dem Anwendungsbezug der Instrumente zusammen, da die Person ökonomisch, das heißt in möglichst kurzer Zeit (und zugleich möglichst präzise) beurteilt werden soll.

### 5.4 (Egozentrierte) Netzwerkanalyse als ein (ergänzendes) Instrument

In diesem Zusammenhang kann die Methode der egozentrierten Netzwerkanalyse eine wichtige Ergänzung sein, um anhand der daraus gewonnenen Erkenntnisse das (soziale) Netz von möglicherweise gefährlichen Personen besser erfassen zu können, da so Interdependenzen und Qualitäten der Kontakte einbezogen werden können. Insbesondere für zivile Präventionsarbeit und die Arbeit der Sicherheitsbehörden ist dies von großer Bedeutung.

## 6. Ausblick

Ziel des Teilvorhabens ist es, eine weitere Perspektive in die Risikoanalyse und das anschließende ‚Risikomanagement‘ einzubringen, die ermöglicht, das

---

39 Egan et al. (2016), S. 23.



spezifisch kriminologische Wissen<sup>40</sup> zu vulnerablen Gruppen für die besondere Klientel mit Blick auf Extremismus fruchtbar zu machen. Diese Herangehensweise soll helfen, die vielfältigen und komplexen Lebenssachverhalte der Radikalisierungsgenese besser erfassen zu können, so dass diese für eine sinnvolle Präventions- und Interventionsarbeit nutzbar werden.

## Literatur

- Aslan, E./Akkiliç, E./Hämmerle, M. (2018): Islamistische Radikalisierung – Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieus. Wien: Springer VS.
- Bax, D. (2017): Interview mit Olivier Roy, in: <https://www.taz.de/!5440620>.
- Bock, M. (2017): Radikalisierung. Ein Essay mit der Absicht der Verfremdung. Neue Kriminalpolitik, 29 (4), S. 450-468.
- Brettel, H. (2008): Die Methode der idealtypisch-vergleichenden Einzelfallanalyse (MIVEA). In: Göppinger, H. (Hg.): Kriminologie. 6. Auflage. München: C.H. Beck, S. 248-256.
- Cook, A.N./Hart, S.D./Kropp, P.R. (2013): Multi-Level Guidelines for the assessment and management of group-based violence. Burnaby, Canada: Mental Health, Law, & Policy Institute, Simon Fraser University.
- Della Porta, D. (1988): Recruitment Processes in Clandestine Political Organisations: Italian Left Wing Terrorism. International Social Movement Research, 1, S. 155-169.
- Center for the Study of Democracy (2017): Monitoring Radicalisation: A Framework for Risk Indicators. Sofia, Bulgarien: Eigenverlag.
- Egan, V./Cole, J./Cole, B./Alison, L./Alison, E./Waring, S./Elntib, S. (2016): Can you identify violent extremists using a screening checklist and open-source intelligence alone? Journal of Threat Assessment and Management, 3 (1), S. 21-36.
- Gill, P. (2015): Toward a Scientific Approach to Identifying and Understanding Indicators of Radicalization and Terrorist Intent: Eight Key Problems. Journal of Threat Assessment and Management, 2 (3/4), S. 187-191.
- Herz, A./Gamper, M. (2011): Möglichkeiten und Grenzen der Erhebung ego-zentrierter Netzwerke im Online-Fragebogen und über digitale Netzwerkkarten, in: <http://www.netzwerk-exzellenz.uni-trier.de/filebase/upl-20110719095859.psm> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Hummel, P. (2017): „Die Stigmatisierung junger Muslime wäre kontraproduktiv“ – Interview mit Jérôme Endrass, in: <http://plus.faz.net/natur-und-wissenschaft/2017-07-19/die-stigmatisierung-junger-muslime-waere-kontraproduktiv/33009.html> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Kiefer, M./Hüttermann, J./Dziri, B./Ceylan, R./Roth, V./Srowig, F./Zick, A. (2018): „Lasset uns in sha’a Allah ein Plan machen“ – Fallgestützte Analysierung der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer VS.

---

40 Zu nennen ist auch die Methode der idealtypisch vergleichenden Einzelfallanalyse (MIVEA), zu dieser vgl. Brettel (2008), S. 248 ff.; siehe auch speziell im Radikalisierungskontext Bock (2017), S. 450 ff.

- Leyendecker, H./Mascolo, G.* (2016): Die Chats der Attentäter von Würzburg und Ansbach mit dem IS, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/terror-die-chats-der-attentaeter-von-wuerzburg-und-ansbach-mit-dem-is-1.3161419> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Lloyd, M./Dean, C.* (2015): The Development of Structured Guidelines for Assessing Risk in Extremist Offenders. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2 (1), S. 40-52.
- Lüdke, S.* (2017): Die jungen Männer aus Ripoll und der verschwundene Imam, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/barcelona-anschlag-die-jungen-maenner-aus-ripoll-und-der-verschwundene-imam-a-1163640.html> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Lützing, S.* (2010): Die Sicht der Anderen – Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Köln: Luchterhand.
- Meloy, J.R./Gil, P.L.* (2016): The Lone-Actor Terrorist and the TRAP-18. *Journal of Threat Assessment and Management*, 3 (1), S. 37-52.
- Meloy, J.R./Yakeley, J.* (2014): The Violent True Believer as a “Lone Wolf” – Psychoanalytic Perspectives on Terrorism. *Behavioral Sciences and the Law*, 32 (3), S. 347-365.
- Neumann, P.* (2016): Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa. Berlin: Ullstein.
- Pressman, D.E.* (2009): Risk Assessment Decisions for Violent Political Extremism. Ottawa, Canada: Public Safety Canada.
- Pressman, D.E./Flockton, J.* (2012): Calibrating risk for violent political extremists and terrorists: the VERA 2 structured assessment. *The British Journal of Forensic Practice*, 14 (4), S. 237-251.
- Qureshi, A.* (2016): The ‘Science’ of Pre-Crime – The Secret ‘Radicalisation’ Study Underpinning Prevent. London: CAGE Advocacy UK.
- Rau, M.* (2017): Lebenslinien und Netzwerke junger Migranten nach Jugendstrafe – Ein Beitrag zur Desistance-Forschung in Deutschland. Berlin u.a.: LIT.
- Roy, O.* (2015): Was treibt jihadistischen Terrorismus? - eine wissenschaftliche Perspektive zu Ursachen/Einstiegsbedingungen, in: <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Herbsttagungen/2015/herbsttagung2015RoyKurzfassung.html> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Sadowski, F./Rossegger, A./Pressman, D.E./Rinne, T./Duits, N./Endrass, J.* (2017): Das Violent Extremism Risk Assessment Version 2 Revised (VERA-2R): Eine Skala zur Beurteilung des Risikos extremistischer Gewalt. Deutsche Übersetzung. *Kriminalistik*, (5), S. 335-342.
- Sageman, M.* (2004): Understanding Terror Networks. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Scarcella, A./Page, R./Furtado, V.* (2016): Terrorism, Radicalisation, Extremism, Authoritarianism and Fundamentalism: A Systematic Review of the Quality and Psychometric Properties of Assessments. *PLOS ONE* 11 (12), S. 1-19.
- Walther, E.* (2014): Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitätsbezogener Radikalisierung. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, (9), S. 393-401.

# Ein Aufruf zu Gewalt – was kann das sein, was muss das sein? Objektiv-hermeneutische Perspektiven auf extremistische Aufrufe zu Straftaten im Internet

*Jens Struck, Benjamin Kraus und Thomas Görgen*

## Gliederung

- |   |   |
|---|---|
| 1. Einleitung                                 | 3. Lesarten zu potenziellen Aufrufen – ein Fallbeispiel |
| 2. Vorgehensweisen der Objektiven Hermeneutik | 4. Fazit  |

## 1. Einleitung

Am Abend der Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 trat der AfD-Politiker Alexander Gauland vor die versammelten Parteianhänger und kommentierte das Ergebnis seiner Partei im Kontext der zukünftigen Aufgaben. Dabei sagte er: „*Wir werden sie jagen. Wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen. Und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen*“. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, diese Aussagen Gaulands zu interpretieren und zu verstehen. Die Bedeutungsbreite des Wortes ‚jagen‘ oszilliert laut Duden zwischen „verfolgen, um zu ergreifen“ und „verfolgen, um zu töten“. Jochen Lengemann, der Gauland bereits aus der gemeinsamen Studien- und CDU-Zeit kennt, legt seine persönliche Lesart zum Wort ‚jagen‘ in dem genannten Formulierungskontext vor: „*das [Jagen] hat immer etwas mit ,erlegen‘ zu tun. Das ist für mich nichts anderes als Auf- und Verhetzung der Leute im Saal und der Millionen an den Bildschirmen*“.<sup>1</sup> Das Spiel mit Wörtern, welche Gewaltkonnotationen besitzen, wirft die Frage auf, ab wann eine derartige Aussage innerhalb eines spezifischen Diskursraums die Grenze zu einer Ankündigung oder einem Aufruf zu Gewalt- und Straftaten überschreitet. Viele Aussagen, die auch im strafrechtlichen Sinne Aufrufe zu Gewalt-

---

1 [www.welt.de/debatte/kommentare/article169359613/Ich-erkenne-den-Alexander-Gauland-von-frueher-nicht-wieder.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/article169359613/Ich-erkenne-den-Alexander-Gauland-von-frueher-nicht-wieder.html).

und Straftaten darstellen können, werden insbesondere dort getätigt, wo extremistische<sup>2</sup> Propaganda ohnehin einfach verbreitet werden kann: im digitalen Raum. Soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram sowie YouTube, Foren und Blogs, Messenger wie WhatsApp und Telegram, aber auch Kommentarbereiche der Onlineausgaben von Wochen- oder Tageszeitungen werden unter anderem auch dazu genutzt, zur Begehung von Straftaten aufzufordern.

Derartige Aufrufe sind ein deutliches Anzeichen für die Radikalisierung der jeweiligen Person, die den Aufruf tätigt; darüber hinaus sind extremistische Aufrufe zu Gewalt- und Straftaten auch ein Mittel der Bekräftigung von Einstellungen von Rezipienten<sup>3</sup> und können der Rekrutierung von weiteren Anhängern der eigenen Gruppierung und Ideologie dienen.<sup>4</sup> Im schlechtesten Fall führen sie zu weiteren Straftaten. Eine empirische Untersuchung von Aufrufen zu extremistischen Gewalthandlungen sowie Straftaten via Internet und Social Media wird derzeit im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (RadigZ) durchgeführt.<sup>5</sup>

Dass Gewaltaufrufen im Internet eine zunehmende Relevanz zukommt, wird durch Zahlen aus dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) ersichtlich. Für den Straftatbestand der *Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten* (§ 111 StGB) stieg die Anzahl der Taten aus dem Bereich ‚Rechts‘ mit dem Tatmittel ‚Internet‘ beispielsweise im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren

---

2 In der Studie wird das Label ‚extremistisch‘ als Arbeitsbegriff verwendet, um Haltungen zu kennzeichnen, die physische Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Personen und Gruppen propagieren und in der Regel auf die gewaltsame Durchsetzung abweichender Normsysteme abzielen sowie Personen fremder sozialer Gruppen abwerten, vgl. *Beelmann et al.* 2017. Die Autoren sind sich des Umstands bewusst, dass die Sinnhaftigkeit des Extremismus-Begriffs in den Sozialwissenschaften kontrovers diskutiert wird und dass für diesen darüber hinaus keine einheitliche Definition existiert, vgl. *Falter* (2011); *Heim/Wöhle* (2015); *Neugebauer* (2001); *Pfahl-Traugher* (2013).

3 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

4 Vgl. *Struck et al.* (2017), S. 401.

5 Das Verbundprojekt analysiert Radikalisierungsprozesse im Kontext von Online-Kommunikation. Innerhalb des Projektes werden beispielsweise Radikalisierungsverläufe betrachtet, vulnerable Gruppen ermittelt, internetbasierte Propaganda analysiert, die Wirksamkeit digitaler Hinweisreize beurteilt, bestehende Präventionsprojekte evaluiert, Experteninterviews vorgenommen sowie Präventionsmaßnahmen erarbeitet. Das Teilvorhaben, das Aufrufe zu extremistischen Straftaten via Internet und Social Media fokussiert, wird an der Deutschen Hochschule der Polizei verwirklicht, vgl. *Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.* (2018).

stetig. Wurde im Jahr 2012 noch kein einziger Fall registriert, waren es im Jahr 2016 bereits 36 Fälle (2013: 1; 2014: 3; 2015: 21). Beim insgesamt häufigeren Straftatbestand der *Volksverhetzung* (§ 130 StGB) stieg die Anzahl der registrierten Straftaten mit dem Tatmittel ‚Internet‘ von 26 im Jahr 2012 auf 314 im Jahr 2016 (2013: 90; 2014: 82; 2015: 250).<sup>6</sup>

Wie im einleitenden Beispiel angedeutet, fällt das Rubrizieren einer Aussage als Straftatenaufruf schwer, wenn dieser nicht hinreichend eindeutig ist oder jenseits der manifesten Bedeutungsebene Elemente beinhaltet, die schwierig einzuschätzen sind. Dies ist insbesondere auch insoweit zu erwarten, als die Sender beziehungsweise Urheber eines potenziellen Aufrufs zum Teil Techniken der Ambiguisierung wählen beziehungsweise sich in kommunikativen Milieus bewegen, in denen grammatikalische und semantische Unbestimmtheiten sozial anschlussfähig sind.

Im vorliegenden Beitrag wird am Beispiel eines aus dem rechten Spektrum stammenden Facebook-Posts unter Rückgriff auf der Objektiven Hermeneutik entlehnte Verfahrensweisen eine Analyse des Charakters eines potenziell in dem Dokument vorhandenen Straftatenaufrufs vorgenommen. An diesem Fallbeispiel werden allgemeinere Herausforderungen einer Analyse extremistischer Straftatenaufrufe sowie die Potenziale eines sequenziellen analytischen Vorgehens erörtert, welches das Augenmerk auch auf latente Sinnstrukturen richtet und mit Techniken der Lesartenbildung arbeitet.

## **2. Vorgehensweisen der Objektiven Hermeneutik**

Die elementare Frage dieses Artikels lautet also: Was ist ein Aufruf zu Straftaten beziehungsweise was kann ein solcher sein? Oftmals ist diese Frage, wann es sich bei einem – textlichen oder auch nichttextlichen – Dokument um einen Aufruf zu einer Gewalt- beziehungsweise Straftat handelt, schwierig zu beantworten. Die Herausarbeitung von latenten Sinnstrukturen oder typischen strukturellen Mustern bei derartigen Aufrufen und Aussagen ist insbesondere dort bedeutsam, wo die Urheber beziehungsweise Sender Wert darauf legen, nicht den gesamten Sinngehalt unmittelbar und unmissverständlich zugänglich zu machen. Daher werden für die Analyse und Beurteilung auch hermeneutische Zugänge gewählt.

Um eben diese latenten Sinn- und Bedeutungsstrukturen zu dechiffrieren sowie nachzuzeichnen, entstanden in den 1970er Jahren Verfahren der Objektiven

---

6 Die Zahlen ergeben sich auf Basis einer eigens initiierten Anfrage beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Öffentlich liegen diese – für den Bereich der politisch motivierten Kriminalität – nicht vor.

Hermeneutik nach *Oevermann*.<sup>7</sup> Etwaige subjektive, latente Motive oder Intentionen können und dürfen demnach erst nach einer Herausarbeitung von objektiven, manifesten Strukturen angegangen werden. Für die Analyse gilt daher auch: Das „Gesagte ist eine protokollierbare objektive Realität, nicht aber das subjektiv Gemeinte. Um dieses subjektiv Gemeinte zu erschließen, bin ich notwendig auf das objektiv Gesagte [...] angewiesen“.<sup>8</sup> Innerhalb der Objektiven Hermeneutik lassen sich verschiedene Analyseebenen unterscheiden:

- Die Ebene der objektiven Bedeutungsstruktur eines Textes
- Die Ebene des subjektiv intendierten Sinns der Aussage
- Die Ebene fallstruktureller Eigenheiten
- Die Ebene der Rekonstruktion der Genese der Fallstruktur.<sup>9</sup>

Jedes Dokument, in welchem Bedeutung repräsentiert wird, gilt innerhalb der Objektiven Hermeneutik als Text. *Oevermanns* Textbegriff ist dabei so umfassend, dass er neben Schriftsprache sämtliche Gegenstände der menschlichen Praxis umfasst. Im vorliegenden Fall von extremistischen Aufrufen zu Straftaten im Internet können sich etwaige Aussagen unterschiedlich manifestieren, beispielsweise mit textlicher Ausprägung in verschiedener Länge, als Grafik (nur als Emoji oder gar als eigens mittels Bildbearbeitungsprogramm aufwändig modifizierte Fotos), in Videoform – oder jeweils als Hybridvariante mit der Integration diverser Elemente. Die materialen, objektivierten Aufrufe werden als Protokolle behandelt: „*Text meint deren symbolischen Charakter und Protokoll deren ausdrucksmateriale Erscheinung*“.<sup>10</sup> Die Erstellung eines Protokolls der Daten verläuft im vorliegenden Fall durch die Erstellung von Screenshots, welche die raum-zeitliche Gebundenheit der als potenzieller Aufruf klassifizierten Aussage dokumentiert und den Text als Protokoll speicherbar macht. Dabei werden so viele über den bloßen Text hinausgehende, digitale Kontextinformationen wie möglich mit erhoben (Autor, grafisches Layout der Internet-Seite, Reaktionen auf die Aussage etc.).

Elementare Analyseregeln in der Objektiven Hermeneutik sind die *Sequenzialität* (die Interpretation verläuft entlang der kleinsten Sinneinheiten) sowie das

---

7 Vgl. z.B. *Oevermann* (2002), S. 1 f.; *Wohlrab-Sahr* (2003), S. 123.

8 *Oevermann* (2016), S. 62.

9 *Oevermann et al.* (1979), S. 367; *Wohlrab-Sahr* (2003), S. 124.

10 *Oevermann* (2002), S. 3 f.

damit verbundene Heranziehen von *gedankenexperimentellen Lesarten*.<sup>11</sup> Dabei ist jedoch auch die *Sparsamkeitsregel* zu beachten und folglich nur den gedankenexperimentellen Hypothesen zu folgen, welche nachvollziehbar sind. Weiterhin gilt das Gebot der *Wörtlichkeit*, also jede Lesart am tatsächlichen Text zu belegen und nicht auf Basis von vorausgeahntem Kontextwissen. Ferner gilt das Prinzip der *Totalität*, das heißt der gesamtheitlichen Analyse eines Textausschnittes samt aller seiner möglicherweise unpassenden Elemente. Spezifisches fall- beziehungsweise textbasiertes Kontextwissen gilt es dabei erst nach der *kontextfreien Lesartenbildung* sukzessive einzubeziehen. Die Interpretation der einzelnen Aufruftexte ist schließlich innerhalb einer *Interpretengruppe* zu vollziehen, um durch iterative Diskussionen Lesarten zu plausibilisieren.<sup>12</sup>

### 3. Lesarten zu potenziellen Aufrufen – ein Fallbeispiel

Um grundsätzliche Fallstrukturen eines als rechtsextrem zu klassifizierenden Aufrufs herausarbeiten zu können, bedarf es zunächst der Betrachtung und Analyse der ihm eigenen objektiven Sinn- und Bedeutungsstruktur.<sup>13</sup> Dies kann mitunter schwierig sein, wenn beispielsweise der zu Straftaten aufrufende Charakter nicht eindeutig zu erkennen ist und durch bild-textliche Verknüpfungen ein zu Gewalt aufrufender Charakter erst im Kontext zu erschließen ist. Um diese Schwierigkeiten gerade bei weniger eindeutigen Fällen aufzuzeigen, werden im Folgenden Analyseschritte sowie Lesarten zu einem potenziellen Straftatenaufruf nachgezeichnet.

Bei dem beispielhaft zu analysierenden Protokoll handelt es sich um einen Facebook-Post der Community-Seite „Nordlichter“ vom 16. August 2017. Er wurde bis zum Zeitpunkt des Abrufs und der Speicherung circa 16 Stunden nach Veröffentlichung 20 Mal kommentiert, 15 Mal geteilt und 105 Mal mit einem „Gefällt mir“ beziehungsweise einem Herz markiert. Der Post setzt sich aus 52 Schriftzeichen und einem darunter hinzugefügten Bild zusammen.

---

11 Die jeweilige Größe einer Sinneinheit muss forschungspraktisch begründet werden. Wichtig ist allerdings, dass jede Sequenz den Äußerungszusammenhang repräsentiert und sich dabei auf vorausgehende Äußerungen, auf erwartbare Folgeäußerungen sowie auf den gesamten Interaktionszusammenhang bezieht, vgl. *Soeffner/Hitzler* (1994), S. 43 f.

12 Vgl. *Wohlrab-Sahr* (2003), S. 124 ff.; *Oevermann et al.* (1979), S. 400 ff.

13 Das, was an dieser Stelle beschrieben wird, gilt ebenfalls für Aufrufe, die man unter dem Label ‚Linksextremismus‘, ‚Dschihadismus‘ oder anderen Extremismen rubriziert.



Abbildung 1: Potenzieller Gewaltaufruf auf Facebook

Dieser Post wurde analytisch in vier Sequenzen unterteilt. Es folgt die sequenzielle Feinanalyse. Dabei wird zuerst auf die Bildsequenzen eingegangen und im Anschluss auf den dazu geposteten Text – obwohl der Post in einer chronologischen Abfolge mit dem Text beginnt. Allerdings stellt das Bild das zentrale und mit Abstand größte Element dar (es nimmt im Vergleich zum Text mehr als das Zwanzigfache des Platzes ein), weshalb sich die Reihenfolge der Analyse an der augenscheinlichen Rezeptionsreihenfolge und nicht an der Von-oben-nach-unten-Chronologie orientiert. Die folgenden Erläuterungen zu den Sequenzen sind zusammengefasste Ergebnisse von erfolgten sequenziellen Lesartenbildungen und daraus resultierenden Diskussionen.

*Bildsequenz 1: Aufkleberstapel mit Text „GOOD NIGHT LEFT SIDE“ sowie „KEIN FUßBREIT DEN ANTIDEUTSCHEN“ und drei abgebildeten verummten Personen*

Auf der linken Seite fällt in einem rundlich verlaufenden Schriftzug der Text „GOOD NIGHT LEFT SIDE“ auf. Durch die englische Sprache wirkt die Aussage international und es erscheint dadurch so, als bestünde ein großer Kreis an potenziellen Rezipienten. „GOOD NIGHT“ erscheint nicht wie ein Zu-Bett-Geh-Gruß, sondern vielmehr wie eine metaphorische Verabschiedung eines Unterlegenen (im Sinne der Redewendung „Na dann, gute



Nacht“). Die Nacht stünde dafür, dass es dunkel um die „LEFT SIDE“ wird.<sup>14</sup> Mit dieser wird am plausibelsten eine politische Linke in Verbindung gebracht, ohne dass diese spezifiziert wird. Innerhalb des Kreises sind schemenhaft zwei Personen abgebildet. Eine Person tritt beziehungsweise kickt mit hoch und gerade gestrecktem Bein in Kampfhaltung eine am Boden liegende, kleinere Person. Im Zusammenhang mit dem Unterlegenen wird die am Boden liegende Person als Teil der „LEFT SIDE“ assoziiert. Die Anwesenheit dieses Logos erweckt beim Betrachter den Eindruck, dass der Verfasser Teil der mit dem Logo assoziierten Bewegung ist oder sich mit dieser identifiziert.

Im Weiteren steht rechts von diesem Logo in Großbuchstaben der Schriftzug „KEIN FUßBREIT DEN ANTIDEUTSCHEN“. Die Worte „FUßBREIT“ und „ANTIDEUTSCHEN“ werden durch Fettschreibung hervorgehoben. Dadurch erlangt der Ausschnitt noch mehr Relevanz. Es fehlt ein Verb. Daher ist diese Wortfolge hinsichtlich einer Unterscheidung von Satzarten vielfach interpretierbar. Am ehesten ist ein unvollendeter Imperativ- oder ein emotionaler Exklamativsatz vorstellbar. Auch ein Deklarativsatz (im Sinne von „Den Antideutschen steht kein Boden zu“) ist denkbar. Ein Fragesatz scheidet dagegen aus. „KEIN FUßBREIT“ steht metaphorisch für sehr wenig Platz – weniger als der Platz, auf dem eine Person stehen könnte. Diesen freien Platz gilt es offenbar den „ANTIDEUTSCHEN“ zu verwehren. Das Präfix „ANTI“ deutet auf etwas oder jemanden hin, der/die/das sich gegen Deutsche richtet.<sup>15</sup> Es lässt sich daraus schließen, dass die Personen, die gegen Antideutsche sind, sich im Umkehrschluss für Deutsche einsetzen beziehungsweise für Personen, die nach ihrem Verständnis Deutsche sind.

Über diesem Schriftzug ist ein Foto von drei Personen. Alle drei sind (teilweise mit schwarzen Sturmmasken) ver mummt, man sieht nur Aussparungen für Augen und Mund. Ein weiteres erkennbares Merkmal ist die helle Hautfarbe. Durch die Vermummung wirken die Personen anonym. Einzig die Mimik der mittleren Person ist zu errahnen. Sie blickt mit einem aggressiven beziehungsweise entschlossenen Blick zum Rezipienten. Betrachtet man die Aufkleber als imaginierten „Antideutschen“, so ist der Blick aggressiv und die Aussage „KEIN FUßBREIT DEN ANTIDEUTSCHEN“ eine Drohung.

---

14 Als weiterführendes Kontextwissen ist es erwähnenswert, dass die Wortfolge „Good Night Left Side“ in leicht veränderter Form ursprünglich auf das politisch linke Lager zurückgeht, sich gegen rechte Einstellungen/Personen richtet und in Verbindung mit dem identischen Logo als „Good Night White Pride“ verbreitet wurde und wird.

15 Damit die Interpretationen nicht durch Fach- und Kontextwissen zu den sogenannten ‚Antideutschen‘ in eine bestimmte Richtung gedrängt werden, wurde zunächst vermieden, dieses Wissen in die Lesarten einzubeziehen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt floss spezifisches Wissen – gewissermaßen als innerer Kontext – in die Lesarten ein. Dies gilt bei den Interpretationen gesamtheitlich für gesondertes Spezialwissen zu Elementen des Falls.

Rezipiert man die Aufkleber hingegen nicht als „Antideutscher“, so ist es offensichtlich vom Urheber erwünscht, dass der Betrachter entschlossen angesehen wird und den Text als Imperativ versteht, der scheinbar (gemeinsam) umzusetzen ist. Wie man diesen umzusetzen hat, bleibt zunächst offen.

*Bildsequenz 2: Drei Gegenstände auf grauer Oberfläche – von links nach rechts: schwarze Lederhandschuhe (mit Logopatch „Mil-Tec“), hölzerner Stock mit Knauf sowie schwarze Dose mit Textaufdruck und oben angebrachter Vorrichtung – auf denen der Aufkleberstapel liegt*

Auf der linken Seite sind schwarze Lederhandschuhe zu erkennen, die man einerseits als Kleidungsstück gegen Kälte deuten kann, aber andererseits auch als Werkzeug, um bei einer Straftat keine Spuren zu hinterlassen. Der sich daneben befindliche hölzerne Stock mit Knauf deutet sehr stark auf das untere Ende eines Baseballschlägers hin, dessen oberes Ende im Bild nicht zu sehen ist. Dieser ist in erster Linie als Sportgerät zu deuten, wird aber oftmals auch als Waffe eingesetzt. Beispielsweise ist in polizeirechtlich begründeten Waffenverbotszonen zum Teil ausdrücklich das Mitführen von Baseballschlägern untersagt.<sup>16</sup> Schließlich befindet sich auf der rechten Seite eine schwarze Dose, welche eventuell eine Druckluftfanfare oder ein Spray sein könnte. Unter Berücksichtigung der anderen Gegenstände ist es wahrscheinlich, dass es sich um CS-Gas oder Pfefferspray handelt. Dieses kann potenziell zur Abwehr von Wildtieren oder Angreifern eingesetzt werden, dient aber ebenfalls als Angriffswaffe gegen Personen. Alles in allem haben alle Gegenstände grundsätzlich auch andere Funktionen, wirken aber in Kombination wie die Ausrüstung für einen Nahkampf. Unweigerlich stellt man sich die auf den Aufklebern befindlichen, verummten Personen mit dieser Ausrüstung vor. Diese Assoziation entsteht auch durch die Kombination aus deren schwarzen Sturmmasken mit den auf der Fläche liegenden schwarzen Handschuhen der Marke Mil-Tec (welches eine Firma für Outdoor- und Militärbekleidung ist).

*Textsequenz 1: „Klare Ansage!“*

Der zusätzlich zum Bild gepostete Text setzt sich aus zwei Sequenzen zusammen. Die erste Sequenz besteht aus zwei Wörtern. Es ist wiederum kein vollständiger Satz, da kein Verb vorhanden ist. Allerdings enden die Worte mit einem Ausrufezeichen. Dieses Ausrufezeichen sowie die Semantik der beiden Wörter erzeugen Aufmerksamkeit. Die Wörter lesen sich wie ein Exklamativsatz. Die Größe und Zentralität des Bildes legen nahe, dass man dieses mit den oben beschriebenen Sequenzen zuerst wahrnimmt. Folglich identifiziert man die auf dem Bild zentrale Wortfolge „KEIN FUßBREIT DEN

16 Vgl. z.B. <https://www.polizei.hamburg/service/6829236/waffenverbotsgebiet-a>.

ANTIDEUTSCHEN“ als die ‚Ansaage‘, auf welche Bezug genommen wird. Somit ist diese Wortfolge nicht mehr nur als Aussage zu lesen, sondern indem diese durch den Verfasser als ‚Ansaage‘ dekodiert und durch den Post intentional mit Nahkampfwaffen gekoppelt ist, wird die Aussage „KEIN FUßBREIT DEN ANTIDEUTSCHEN“ zum imperativisch formulierten Aufruf zu Gewalttaten.

Textsequenz 2: „Wer Aufkleber möchte kann sich melden.“

Durch die zweite Textsequenz wird deutlich, dass keine konkrete Personen-Gruppe oder eine Einzelperson angesprochen wird, sondern durch das eher anonyme „Wer“ eine größere Gruppe. Das Nichtvorhandensein eines Kommas deutet darauf hin, dass es in diesem Kommunikationskontext irrelevant ist, aus Flüchtigkeit vergessen oder aus mangelndem Wissen nicht gesetzt wurde. Im Weiteren werden höfliche Formulierungen wie „möchte“ (anstatt beispielsweise „will“) und „kann“ (anstatt beispielsweise „soll“) verwendet. Die potenziellen Rezipienten werden also freundlich behandelt. Die Tatsache, dass offensichtlich jeder, der etwas möchte – und nicht nur eine eingeschränkte Zielgruppe – sich melden kann, wirkt hilfsbereit. Ebenso deutet die Tatsache, dass das Sich-Melden offensichtlich ohne zeitliche Einschränkungen möglich ist, auf (dauerhafte) Unterstützungsbereitschaft hin. Da zu der Aussage allerdings eine konkrete Person fehlt, müsste die Meldung bei der Gruppe „Nordlichter“ erfolgen, was in diesem Kontext nur über den Kanal Facebook möglich ist. Es sei denn, eine Bekanntschaft und die Kommunikationswege werden als bereits bekannt vorausgesetzt. Letztlich werden auch keine preislichen Bedingungen genannt, was die Interpretation des großzügigen, kostenlosen Erhalts von Aufklebern ermöglicht.

Das hier verwendete und verkürzt dargestellte, der Objektiven Hermeneutik entlehnte Verfahren dient der Abwägung und dem methodisch kontrollierten Schließen darauf, ob es sich bei einer im Internet vorgefundenen Aussage um einen öffentlichen, extremistischen Aufruf zu Gewalt- und Straftaten oder beispielsweise um eine Beleidigung oder einen ironischen Kommentar handelt. Dieses Vorgehen wird unabhängig davon gewählt, ob die Aussage potenziell strafrechtlich relevant ist oder nicht; es geht um deren phänomenologischen Charakter.

Die bisher dargestellten Schritte orientieren sich zum Großteil an den oben beschriebenen Analyseebenen der objektiven Bedeutungsstruktur (A) sowie des subjektiv intendierten Sinns der Aussage (B). Rückschlüsse auf die Eigenheiten der Fallstruktur (C) oder deren Genese (D) dürften bei spezifischen anderen Fragen an das Datenmaterial relevant werden. Beispielsweise deuten einige Lesarten in der vorliegenden Analyse möglicherweise auf Rekrutierungs- oder

Mobilisierungskommunikation von Rechtsextremen hin.<sup>17</sup> Ein Aufruf zu Gewalt- und Straftaten ist nur *ein* Element innerhalb ideologischer Propaganda im Internet und in sozialen Medien. Mithilfe der zuvor illustrierten Verfahrensweisen wurde veranschaulicht, wie neben objektiven auch subjektive Motive und Intentionen einer Aussage nachgezeichnet werden können und inwiefern eine (strafrechtlich zunächst nicht relevante) Aussage dementsprechend als Aufruf zu Gewalt- und Straftaten zu lesen und zu behandeln ist.

#### 4. Fazit

Im vorliegenden Artikel wurde am Beispiel eines potenziellen Aufrufs erläutert, weshalb es unumgänglich ist, neben den manifesten auch die latenten Sinnstrukturen von Aussagen herauszuarbeiten, um diese als potenzielle Aufrufe zu Straf- und Gewalttaten identifizieren zu können. Eine angemessene Beurteilung mehrdeutiger Aussagen ist insbesondere vor dem Hintergrund einer politisch gesteuerten Verhinderung von potenziellen Straftatenaufrufen von großer Bedeutung. Denn gerade um sich vor einer möglichen Strafverfolgung zu schützen, sind viele Aussagen mehrdeutig und in jedem Fall abhängig von einer bestimmten Lesart.<sup>18</sup>

Dies gilt für das illustrierte Beispiel aus dem rechtsextremen Spektrum ebenso wie für andere als Extremismen bezeichnete Phänomene. Beispielsweise bedeutet die wortwörtliche Übersetzung des Wortes ‚Jihad‘ (oder: Dschihad) eigentlich die Anstrengung oder der – nicht zwangsläufig physische – Kampf für ein gottgefälliges Leben. Im Zuge einer militanten Deutung wird der Begriff allerdings auf den ‚Glaubenskrieg‘ reduziert beziehungsweise als kriegerische

---

17 Innerhalb des Projektverbundes RadigZ werden Radikalisierungsprozesse unter den Bedingungen moderner Online-Kommunikation umfassend analysiert. Neben der spezifischen Teilstudie zu Aufrufen zu extremistischen Straftaten via Internet oder Social Media wird darüber hinaus internetbasierte extremistische Propaganda im Allgemeinen in den Fokus genommen, wodurch Verläufe kommunikativer Radikalisierung rekonstruiert werden sollen. Vgl. *Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.* (2018).

18 Das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) vom 01.09.2017 (BGBl. I 3352) verpflichtet Anbieter sozialer Netzwerke, „offensichtlich rechtswidrige“ Inhalte binnen 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren. Neben der grundsätzlichen Problematik der Bestimmung „offensichtlich rechtswidriger“ Inhalte durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines privatwirtschaftlichen Unternehmens werden sich auch hier Fragen des Umgangs mit Mehrdeutigkeiten und manifesten Sinngehalten – beispielsweise im Sinne der Problematik eines sogenannten *overblockings* – stellen. Vgl. hierzu etwa *Bittner et al.* (2018); *Hong* (2018).

Verteidigung des Glaubens uminterpretiert.<sup>19</sup> Entsprechend ist eine eindeutige Klassifikation einer Aussage als militant dschihadistisch nicht zwangsläufig zielführend – insbesondere dann, wenn nichtsprachliche Elemente eine spontane Klassifizierung erschweren.

Ähnliches gilt für den Bereich Linksextremismus. Relativ eindeutig als Straftatenaufrufe interpretierbare Aussagen kommen vor – beispielsweise wenn mithilfe von konkreten Brandsatz-Bauanleitungen der „Nobelkarosentod“ propagiert wird.<sup>20</sup> Sehr viel mehrdeutiger ist es dagegen, wenn etwa im Nachklang zum Hamburger G20-Gipfel mit einer Parole wie „Je suis Auto“ kokettiert wird, welche die Solidarisierung mit den Geschädigten entsprechender Sachbeschädigungen ironisiert und unter Verweis auf strukturelle staatliche Gewalt als unangebracht darstellt.<sup>21</sup> Um ausmachen zu können, inwiefern latente Aufrufe zu Straftaten innerhalb eines solchen Rahmens, in welchem mit derartigen Deutungsmustern changiert wird, eine Rolle spielen, benötigt es Verfahren wie die der Objektiven Hermeneutik.

## Literatur

- Beelmann, A./Jahnke, S./Neudecker, C. (2017): Radikalisierung und Extremismusprävention. In: Beelmann, A. (Hg.). Toleranz und Radikalisierung in Zeiten sozialer Diversität. Beiträge aus Psychologie und Sozialwissenschaften. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 90-106.
- Bittner, J./Middelhoff, P./Wefing, H. (2018): Das wird man ja wohl noch twittern dürfen. Bedroht ein neues Gesetz die Meinungsfreiheit? Oder hilft es, das Netz zu zivilisieren? Die Zeit, 2018 (3), S. 4.
- Falter, M. (2011): Critical Thinking Beyond Hufeisen. „Extremismus“ und seine politische Funktionalität. In: Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: Springer VS, S. 85-101.
- Heim, T./Wöhrle, P. (2015): Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus. In: Ackermann, J./Behne, K./Buchta, F./Drobot, M./Knopp, P. (Hg.): Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 13-68.

---

19 Vgl. *Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen* (2017), S. 16.

20 Siehe [www.taz.de/15141477](http://www.taz.de/15141477).

21 Ein Aufkleber mit dieser Aufschrift wurde beispielsweise unter <https://black-mosquito.org/stuff.html> vertrieben. Auf diesem Aufkleber befand sich folgende Erläuterung: „Menschen sterben an den EU-Außengrenzen. Rassismus ist Alltag & bei der militarisierten Polizei eine Ermittlungstaktik. Deutschland exportiert Waffen in Krisengebiete & profitiert von der Armut anderer Menschen. Aber alles was euch interessiert sind brennende Autos & der Hass auf alles Fremde.“

- Hong, M. (2018): Das NetzDG und die Vermutung für die Freiheit der Rede, in: <http://verfassungsblog.de/das-netzdg-und-die-vermutung-fuer-die-freiheit-der-rede> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (2018): Radikalisierung im digitalen Zeitalter. Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention, in: <http://radigz.de> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Extremistischer Salafismus als Jugendkultur. Sprache, Symbole und Style, in: [http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Broschueren/Extremistischer\\_Salafismus\\_als\\_Jugendkultur\\_6ueberarbAufl\\_Internet.pdf](http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Broschueren/Extremistischer_Salafismus_als_Jugendkultur_6ueberarbAufl_Internet.pdf) [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Neugebauer, G. (2001): Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 13-37.
- Oevermann, U. (2002): Klinische Soziologie auf der Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik. Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung, in: [https://www.ihsk.de/publikationen/Ulrich\\_Oevermann-Manifest\\_der\\_objektiv\\_hermeneutischen\\_Sozialforschung.pdf](https://www.ihsk.de/publikationen/Ulrich_Oevermann-Manifest_der_objektiv_hermeneutischen_Sozialforschung.pdf) [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Oevermann, U. (2012): Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. In: Kraimer, K. (Hg.): Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. 2. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 58-156.
- Oevermann, U. (2016): „Krise und Routine“ als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften. In: Becker-Lenz, R./Franzmann, A./Jansen, A./Jung, M. (Hg.): Die Methodenschule der Objektiven Hermeneutik. Eine Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer VS, S. 43-114.
- Oevermann, U./Allert, T./Konau, E./Krambeck, J. (1979): Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, S. 352-434.
- Pfahl-Traughber, A. (2013): Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen. In: Pfahl-Traughber, A. (Hg.): Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2013. Brühl: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, S. 31-55.
- Soeffner, H.-G./Hitzler, R. (1994): Hermeneutik als Haltung und Handlung. Über methodisch kontrolliertes Verstehen. In: Schröer, N. (Hg.): Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 28-55.
- Struck, J./Kraus, B./Görgen, T. (2017): „Ladet endlich die Gewehre durch, oder müssen wir alles selber machen, ich bin dabei“. Analytische Zugriffe auf Internet und soziale Medien als Orte extremistischer Straftatenaufrufe. Neue Kriminalpolitik, 29 (4), S. 398-407.
- Wohlrab-Sahr, M. (2003): Objektive Hermeneutik. In: Bohnsack, R./Marotzki, W./Meuser, M. (Hg.): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 123-128.

# Instrumente zur Risikobeurteilung extremistisch motivierter Straftäter: Eine Synopse

*Sonja King, Doris Bender und Friedrich Lösel*

## Gliederung

- |  |  |
|--|--|
| 1. Ausgangslage und Bedarf                 | 3.2 Zugrundeliegende Konzepte                |
| 2. Kurzüberblick über vorhandene Verfahren | 3.3 Gemeinsame Inhalte                       |
| 3. Vergleichsdimensionen                   | 3.4 Unterschiede und Alleinstellungsmerkmale |
| 3.1 Methodischer Ansatz                    | 4. Zusammenfassung und Diskussion            |

## 1. Ausgangslage und Bedarf

Die angespannte Sicherheitslage hinsichtlich möglicher Terroranschläge durch „homegrown terrorists“<sup>1</sup> und die zunehmende Anzahl gewaltbereiter Extremisten in westlichen Ländern hat zur Entwicklung von Instrumenten geführt, mit denen das von einer Person ausgehende Risiko für extremistisch motivierte Gewalttaten eingeschätzt werden soll.<sup>2</sup> Während die Forschung zu anderen Arten von Gewaltdelinquenz über langjährige Erfahrung und erprobte Prognoseinstrumente verfügt,<sup>3</sup> befindet sich die Risikodiagnostik extremistisch motivierter Gewalttäter noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Dies ist der komplizierten Ausgangssituation geschuldet, mit der die Forschung in dem heterogenen Bereich Extremismus, Radikalisierung beziehungsweise Terrorismus konfrontiert ist: Die Phänomene sind vielschichtig und definitorisch schwer zu fassen.<sup>4</sup> Häufig werden sie unter dem Sammelbegriff „violent extremism“, also gewaltbereiter Extremismus, subsumiert. Für einen empirischen Forschungsansatz sind jedoch klare Definitionen wichtig, um einen Untersuchungsgegenstand angemessen und mit möglichst wenig „Rauschen“ zu operationalisieren. Weiterhin bedarf es bei Untersuchungsdesigns, bei denen eine statistische Auswertung vorgesehen ist, soliden Datenmaterials. Wünschenswert wären große repräsentative Erhebungen in der Gesamt-

---

1 Miller (2017).

2 Bundesamt für Verfassungsschutz (2016a); (2016b); (2016c).

3 Rettenberger/von Franqué (2013); Singh et al. (2011).

4 Crenshaw (1983); Schmid/Jongman (2008).

population, in denen Prognosefaktoren für radikale Gewalttäter prospektiv geprüft werden könnten.<sup>5</sup> Es gibt zwar zum Beispiel in den USA relativ große Datenbanken mit Informationen zu mehreren hundert Personen, die terroristische Akte ausgeführt haben,<sup>6</sup> aber es handelt sich um retrospektive Informationen ohne Vergleichsgruppen, sodass nicht gesagt werden kann, wie oft die festgestellten Merkmale in der Normalbevölkerung vorkommen.

Die Wissenschaft steht auch vor dem Problem, dass der „Prototyp“ des gewaltbereiten, zur Tat entschlossenen Extremisten, nämlich der Terrorist, nicht nur selten, sondern auch schwer zu erreichen ist. Bei während der Tat getöteten Selbstmordattentätern ist ohnedies keine Befragung möglich. Die Forschung stützt sich daher häufig auf Daten aus zweiter Hand, zum Beispiel aus Medienberichten, oder auf Einzelfallanalysen.<sup>7</sup> Um ein Forschungsfeld zu erschließen, sind qualitative Untersuchungen von Einzelfällen ein probates Vorgehen; als Basis für einen verallgemeinerbaren Erkenntnisgewinn und reliable Messinstrumente reichen sie aber nicht aus.

Aufgrund dieser Sachlage kann in diesem Bereich der Gewaltdelinquenz noch kein valides Risiko statistisch bestimmt beziehungsweise quantifiziert werden. Zur Beurteilung von Personen, die bereits als Extremisten in Erscheinung getreten sind oder verdächtigt werden, mit Gefährdern in Kontakt zu stehen, werden somit bis dato zwar plausible, aber empirisch kaum validierte Checklisten und Verfahren herangezogen, die sich am Ansatz des strukturiert professionellen Urteils (*structured professional judgement*, SPJ) orientieren. Diese Instrumente sind als Leitfäden zur Begutachtung zu verstehen und ziehen Merkmale heran, die in den meisten Fällen auf der Basis von Literaturrecherche, Expertenmeinung und Einzelfallstudien als relevant erachtet wurden. Sie werden unter Berücksichtigung des individuellen Entwicklungsverlaufs und der kontextuellen Faktoren in ein professionelles Gesamturteil integriert und zu einer qualitativen Fallformulierung ausgearbeitet.

Zum aktuellen Zeitpunkt befinden sich nach unserer Kenntnis acht Instrumente auf dem ‚Markt‘, die sich mit der Beurteilung von Personen befassen, denen extremistisch motivierte Gewalttaten zugetraut werden. Drei davon wurden von *Rettenberger* (2016) beschrieben. Zu fünf dieser Instrumente sind Publikationen verfügbar, die eine nähere Betrachtung zulassen. Auf diese werden wir uns in dem vorliegenden Beitrag beschränken. Andere Instrumente sind nicht im Detail publiziert, da möglichst verhindert werden soll, dass sie von potentiellen Zielgruppen konterkariert werden.

---

5 *Gretenkord* (2013).

6 *Jensen et al.* (2016).

7 *Schuurman/Eijkman* (2013); *Silke* (2001).



Während es etliche theoretische und allgemeine Veröffentlichungen über die Risikoprognose bei gewaltbereiten Extremisten gibt,<sup>8</sup> sind systematische Reviews zu den existierenden Verfahren sehr selten. Zum Beispiel haben *Scarcella et al.* (2016) einige psychometrische Instrumente hinsichtlich ihrer Güte bewertet. Ihr Fazit war, dass es sowohl mit Blick auf die Anzahl als auch auf die Transparenz der Validierungsstudien (Seite 15) noch einen erheblichen Mangel gebe. Unser Anliegen ist es, im Folgenden die Inhalte von sechs vorliegenden Verfahren synoptisch zu erfassen und zu vergleichen, inwieweit sich die in ihnen angeführten Inhalte und Merkmale ähneln oder unterscheiden. Dies kann und soll Praktikern helfen, in unterschiedlichen Kontexten adäquate Merkmale zu berücksichtigen und eine fundierte Entscheidung bei der Auswahl eines Verfahrens zu treffen.

## 2. Kurzüberblick über vorhandene Verfahren

Die nach unserer Kenntnis früheste Publikation zu einem einschlägigen Instrument wurde im Jahr 2009 von *Pressman* am Canadian Centre for Security and Intelligence Studies vorgelegt. Mittlerweile ist das *Violent Extremist Risk Assessment* überarbeitet worden und liegt aktuell in der zweiten revidierten Fassung vor (VERA-2R) vor.<sup>9</sup> Es gibt auch eine deutsche Version.<sup>10</sup> Im Jahr 2010 veröffentlichte ein Team an der *Universität Liverpool* einen Leitfaden zur Identifikation vulnerabler Personen (*Guidance for Identifying People Vulnerable to Recruitment into Violent Extremism*; IVP).<sup>11</sup> *Cook et al.* (2013) publizierten in Kanada die *Multi-Level Guidelines for the Assessment and Treatment of Group-Based Violence* (MLG). Im Jahr 2015 veröffentlichten *Lloyd und Dean* die *Extremism Risk Guidelines* (ERG 22+),<sup>12</sup> das vom damaligen National Offender Management Service (NOMS) in Großbritannien genutzt wurde. Etwa um diese Zeit stellten *Meloy et al.* das *Terrorist Radicalization Assessment Protocol* (TRAP-18) vor.<sup>13</sup>

Auch *Kebbell und Porter* (2012) machten einen detaillierten und strukturierten Vorschlag zur Risikobeurteilung. Zwar wurde kein Instrument vorgelegt, aber die Autoren schlagen ein Konzept und relevante Faktoren vor, die in unseren inhaltlichen Vergleich einbezogen werden können.

---

8 *Borum* (2015); *Monahan* (2012); *Roberts/Horgan* (2010); *Silke* (2014).

9 *Pressman et al.* (2016).

10 *Sadowski et al.* (2016).

11 *Cole et al.* (2010).

12 *Lloyd/Dean* (2015).

13 *Meloy et al.* (2015); *Meloy/Gill* (2016); *Meloy/Genzman* (2016).

Neben diesen Verfahren existieren die *Risk Assessment Toolbox* (RAT),<sup>14</sup> die neurokognitive Verfahren mit dem Ansatz des strukturierten professionellen Urteils kombiniert, sowie aus dem deutschsprachigen Raum das Tool *RADAR-iTE*<sup>15</sup> sowie der *Screener*.<sup>16</sup> Zu diesen drei Instrumenten konnten wir aktuell kein öffentlich zugängliches Material finden, das Rückschlüsse auf die Inhalte der Instrumente zulässt, sodass sie im Folgenden nicht enthalten sind.

### 3. Vergleichsdimensionen

#### 3.1 Methodischer Ansatz

Ein Teil der Instrumente soll zum Screening dienen, andere enthalten ein Structured Professional Judgement (SPJ), das typischerweise für eine detailliertere Diagnostik gedacht ist. Allerdings sind nicht alle Instrumente eindeutig einzuordnen. Zum Beispiel betrachten *Cole et al.* (2010) ihr IVP als Screeningverfahren und auch *Kebbell und Porter* (2012) geben an, dass ihr Vorgehen für ein Screening geeignet ist. Was den TRAP-18 betrifft, wird das Instrument einerseits explizit aufgrund mangelnder Validierung von *Meloy* (2015) selbst nicht als SPJ, sondern als „investigative template“, also als Untersuchungsraster präsentiert,<sup>17</sup> in einer Publikation aus dem Folgejahr jedoch als SPJ bezeichnet.<sup>18</sup> Den SPJ-Instrumenten sind auch VERA, der ERG 22+ und die MLG zuzuordnen. Die beiden ersteren sind in den Publikationen vorwiegend für Inhaftierte vorgesehen. Auf Basis dieser Verfahren werden Fallszenarien entwickelt, die dabei helfen sollen, ein geeignetes Risikomanagement oder Behandlungsansätze für die begutachteten Personen zu finden. Im Gegensatz zum TRAP-18 und den IVP verzichten sie auf „Warnsignale“, was auch die Unterschiede in den zugrundeliegenden Konzepten widerspiegelt.

#### 3.2 Zugrundeliegende Konzepte

Theoretische Konzepte zu Radikalisierung und Extremismus lassen sich grob in Modelle zu Entwicklungsverläufen (*pathways*) und in Faktorenmodelle (*root causes*) einteilen.<sup>19</sup> Erstere nehmen eine unterschiedliche Anzahl von

---

<sup>14</sup> *Dean* (2014).

<sup>15</sup> *Bundeskriminalamt* (2017).

<sup>16</sup> *Böckler et al.* (2017).

<sup>17</sup> *Meloy* (2015).

<sup>18</sup> *Meloy/Genzman* (2016).

<sup>19</sup> *Veldhuis/Staun* (2009).

Entwicklungsschritten an, die typischerweise durchlaufen werden. So beschreiben beispielsweise *Silber und Bhatt*<sup>20</sup> vier Stufen, die einen Entwicklungspfad in Richtung eines gewaltbereiten Dschihadismus nachzeichnen, nämlich die Vorradikalisierungsphase, Selbstidentifikation, Indoktrination und Dschihadisierung.

Einen weiteren Schritt, nämlich die *tatsächliche Ausführung* eines Anschlags, vergleichen *Meloy und Gill* (2016) in Anlehnung an *Monahan und Steadman* (1996) mit einem Unwetter: Bei weiter entfernten (distalen) Hinweisen auf ein solches Ereignis gilt es, den weiteren Verlauf im Auge zu behalten; bei proximalen Warnsignalen besteht dagegen akuter Handlungsbedarf. Eine direkte Übertragung dieses Konzepts wurde bei der Entwicklung des TRAP-18 vorgenommen.<sup>21</sup> Die Autoren unterscheiden *distal characteristics* und *proximal warning signs*. Sehr ähnlich ist die Unterteilung in „Risikofaktoren“ und „rote Kategorie“-Faktoren, die *Cole et al.* (2010) im IVP vorschlagen. Beide Verfahren sehen das Vorliegen von allgemeineren Risikofaktoren als einen Anlass zur weiteren Beobachtung; wenn ein Warnsignal erkennbar ist, müssen sofort Maßnahmen eingeleitet werden.

VERA, ERG 22+ und die MLG enthalten keine expliziten Warnsignale. Sie orientieren sich jedoch auch nicht an einem Entwicklungsmodell. Ihre Inhalte entsprechen eher *root cause*-Theorien, die ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren als Ursachen oder Risiken für Radikalisierung postulieren. VERA und der ERG 22+ sind sich hier sehr ähnlich: Beide erfassen motivationale Faktoren des Individuums, fragen Anzeichen für einen getroffenen Vorsatz ab und beziehen weiterhin mit ein, ob die Person auch tatsächlich in der Lage wäre, eine terroristische Gewalttat auszuführen. Anders als der ERG 22+ erhebt VERA neben den Einstellungen auch ideologische Faktoren. In diesen Themen spiegelt sich eine Theorie wider, die als Dreifaktoren- oder „3 N-Modell“ bezeichnet wird.<sup>22</sup> Die für Radikalisierung bedeutsamen „3 N“ sind: *Needs* (individuelle – auch kriminogene – Bedürfnisse), *Narrative* (ein die Ideologie verankern des Erzählmotiv, das kulturelle oder politische Orientierung vermittelt); und *Network* (soziales Netz, das die Ideologie vertritt und verfestigt sowie gegebenenfalls Ressourcen zur Verfügung stellt). Diese drei Ebenen hängen eng zusammen und sind maßgeblich an der Verfestigung von Radikalisierungsprozessen beteiligt. Auch wenn sie nicht auf einem Entwicklungsmodell basieren, ist eine sequentielle Interpretation möglich.

---

20 *The New York City Police Department* (2007).

21 *Meloy/Genzman* (2016).

22 *Webber/Kruglanski* (2017).

Die besondere Bedeutung des *Networks* beziehungsweise der Gruppe wird in den MLG in den Mittelpunkt gestellt. Das Verfahren ist in Anlehnung an den ökologischen Ansatz von *Bronfenbrenner* konzipiert.<sup>23</sup> Es unterscheidet, neben Merkmalen des Individuums auf der Mikroebene, Charakteristika der Beziehung zwischen dem Individuum und der Gruppe (Mesoebene), Charakteristika der Gruppe und ihrer Beziehungen zu anderen (Exoebene) und solche, die die Einflüsse der Gesellschaft auf die Gruppe reflektieren (Makroebene). Der bei Bronfenbrenner thematisierte zeitliche Entwicklungsaspekt (Chronosystem) ist nicht explizit einbezogen, kann aber berücksichtigt werden.

### 3.3 Gemeinsame Inhalte

Auch wenn die MLG einen augenscheinlich völlig anderen Ansatz heranziehen als VERA und der ERG 22+, zeigen sich in den von ihnen erfassten Merkmalen doch etliche Übereinstimmungen mit den anderen Verfahren. Der psychische Zustand der untersuchten Personen wird beispielsweise auch im ERG 22+ thematisiert, wobei hier von *mental health*, also psychischer Gesundheit, und in den MLG von *mental health problems*, also psychischen Problemen, die Rede ist. Ob ein ressourcen- oder defizitorientierter Maßstab anzulegen ist, wird in der Forschung kontrovers diskutiert und liefert bislang unterschiedliche Resultate.<sup>24</sup> Auch Themen wie Isolation, Identität, Status und ideologische Komponenten werden nicht nur in den MLG abgefragt.

Besonders viele ähnliche Merkmale finden sich bei VERA und dem ERG 22+. So wird innerhalb der motivationalen Faktoren differenziert, ob – neben ideologischen oder „moralischen“ Beweggründen – auch Abenteuerlust, der Wunsch nach Kameradschaft oder Status, aber auch eine opportunistische Teilnahme in extremistischen Netzwerken eine Rolle spielen. Als individuelle Vulnerabilität betrachten die beiden Verfahren eine Empfänglichkeit für Beeinflussung. Auch wird die Rolle einer Gruppe thematisiert, die ideologisch verankert ist („wir gegen sie“) und im Radikalisierungsprozess zum Teil der Identität wird.

Alle hier analysierten Instrumente – auch wenn sie sich an verschiedenen Modellen orientieren und für unterschiedliche Kontexte vorgesehen sind – weisen inhaltliche Gemeinsamkeiten auf. Auf *individueller Ebene* werden vor allem Beeinflussbarkeit und Erlebnishunger als Risikofaktor genannt. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass eine kriminelle Vorgeschichte und psychische Probleme die Bereitschaft für extremistisch motivierte Gewalt erhöhen. Andere weitgehend gemeinsame Risikofaktoren sind Entwicklungsaufgaben und

---

23 Z.B. *Bronfenbrenner/Ceci* (1994).

24 *Weenink* (2015).

Belastungen im Jugendalter wie die Suche nach Identität, Versagenserlebnisse und der Wunsch nach Status. Dies sind Merkmale, die auch ansonsten in der Entwicklungskriminologie eine wesentliche Rolle spielen.<sup>25</sup>

Als relevante *ideologische Aspekte* werden häufig (empfundene) Ungerechtigkeit, Bedrohung, Feindseligkeit und moralische Aspekte genannt, die das Individuum für sich übernimmt und die im Sinne von Neutralisationstechniken dazu dienen, Gewalt zu rechtfertigen.

Ein dritter gemeinsamer Merkmalsbereich in den Instrumenten betrifft das *soziale Umfeld*: Familie und Freunde, aber auch mehr oder weniger deviante Gruppierungen und extremistische Netzwerke und deren Rolle als Modell oder Ressource.

Ein vierter Themenbereich, der sich über die Instrumente hinweg wiederholt, betrifft das *konkrete Risiko*, das sich zum Beispiel in der Elaboration von Anschlagplänen zeigt. Besonders deutlich wird dies in den IVP und dem TRAP-18, die wie eingangs beschrieben, sogenannte *red flags*, also Warnsignale, herausstellen. Auf der inhaltlichen Ebene unterscheiden sich hier die Instrumente IVP und TRAP-18 jedoch deutlich. Im IVP werden in einigen Fällen Merkmale aus den oben genannten basalen Risikofaktoren in akzentuierter Form wiederholt. So gilt eine militärische Grundausbildung als Risikofaktor, eine „fortgeschrittene“ (*advanced*) paramilitärische Ausbildung als *red flag*. Auch die in den Risikofaktoren genannte „Hassrhetorik“ wird zu einer „Todesrhetorik“ und während der Auslandsaufenthalt als Risikofaktor gelistet wird, ist der Kampfeinsatz im Ausland als Warnzeichen zu beurteilen.

In den anderen Instrumenten werden vor allem Merkmale abgefragt, die die mögliche Umsetzung eines Plans betreffen, zum Beispiel, ob ein Ziel ausgemacht wurde oder ob die Person über die Ressourcen und Fertigkeiten zum Ausführen eines Anschlags verfügt. Erfasst werden auch kommunikative Verhaltensweisen wie das bereits von Amoktättern/school shooters bekannte *leaking* oder direkte Drohungen (TRAP-18) sowie das Äußern von Absichten oder des Wunsches,<sup>26</sup> für die übergeordnete Sache zu sterben.

### 3.4 Unterschiede und Alleinstellungsmerkmale

Im Großen und Ganzen zeigt sich, dass die Verfahren in vielerlei Hinsicht ähnlich sind. Auf der Ebene einzelner Items finden sich jedoch deutliche Unterschiede in der Formulierung beziehungsweise in der inhaltlichen Akzentuierung, was bei der Arbeit mit den Verfahren möglicherweise zu unterschied-

---

25 Moffitt (1993).

26 Bondü (2012); Leuschner/Scheithauer (2012).

licher Beurteilung der Items führen kann. Beispielsweise wird im ERG 22+ die ideologische Komponente „Ungerechtigkeit“ genannt und diese eingebettet in das „Bedürfnis, Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Missstände auszudrücken“ (Übersetzung der Autoren). Im VERA wird dagegen ein Viktimisierungserleben genannt („Opfer von Ungerechtigkeiten und Missständen“, Übersetzung der Autoren). Die Itemformulierungen zeigen, dass für ein Risiko-Konstrukt verschiedene Indikatoren und Dynamiken angenommen werden: Einerseits wird von einem mehr aktiv motivierten Individuum ausgegangen, andererseits wird eher eine passive Opferrolle angenommen, die darüber hinaus eine ideologische Komponente widerspiegelt. Zudem ist es besonders für die Praxis nicht unwesentlich, dass eine Viktimisierungserfahrung als biographischer Faktor statisch, also nicht änderungssensitiv ist. Er kann somit keine zunehmende Radikalisierung und erst recht keine Deradikalisierung anzeigen.

Welche der beiden Formulierungen die passendere ist, kann mangels empirischer Validierung nicht gesagt werden. Es handelt sich nur um eines von etlichen Beispielen für die feinen Nuancen, in denen sich die Unsicherheit bezüglich der „tatsächlichen“ Risikofaktoren und Verhaltensindikatoren zeigt. Es gibt aber auch deutlichere Unterschiede: So werden in manchen Verfahren Merkmale genannt, die in keinem anderen Instrument auftauchen, oder es werden Instrumente zusätzlichen inhaltlichen Dimensionen ergänzt sowie bestimmte Zielgruppen spezifiziert.

Der IVP zum Beispiel führt als einziges Verfahren Merkmale an, die sich auf Religion beziehungsweise Religiosität beziehen, wobei das Thema auch von *Kebbell und Porter* (2012) in Betracht gezogen wird. Dies schränkt die Zielgruppe ein und macht die IVP nicht für Extremisten aller Ideologien und Gruppierungen anwendbar.

Eine bestimmte Personengruppe wird auch mit dem TRAP-18 angesprochen, nämlich die sogenannten *lone actors*, die Anschläge allein ausführen – wobei bei einer Validierungsstudie zum TRAP-18 kaum Unterschiede zu Tätern in Kleingruppen gefunden wurden.<sup>27</sup> Die MLG hingegen legen ihren Schwerpunkt auf „gruppenbasierte Gewalt“, jedoch gibt es auch hier eine gewisse Flexibilität, indem erklärt wird, dass der Gruppenbezug auch nur in der Vorstellung (zum Beispiel im Rahmen einer psychischen Erkrankung) existieren kann. Solche Maßgaben enthalten VERA und ERG 22+ nicht, jedoch geht aus den Veröffentlichungen zu den Instrumenten hervor, dass sie vor allem für den Einsatz an Personen im Strafvollzug geeignet sein sollen.<sup>28</sup>

---

27 *Meloy et al.* (2015).

28 *Abdulagatov* (2013); *Pressman/Flockton* (2014); *Lloyd/Dean* (2015).

VERA und ERG 22+ zeichnet außerdem aus, dass beide Instrumente änderungssensitiv sein wollen. Im VERA schlägt sich das vor allem in einigen Items zu „protektiven Faktoren“ nieder. Dies ist insofern eine Besonderheit, als die anderen Instrumente mögliche Schutzfaktoren nicht berücksichtigen. Diese sind allerdings nicht nur die Kehrseite von Risikofaktoren, sondern erfordern zum Beispiel die Analyse von Moderator- und Interaktionseffekten.<sup>29</sup> Bezüglich Extremismus und Radikalisierung gibt es bislang nur wenige Untersuchungen zu protektiven Faktoren.<sup>30</sup> Der ERG 22+ unterscheidet sich von den anderen Instrumenten dadurch, dass in der Kernversion enthaltene Merkmale ergänzt werden können. Dies erfolgt anhand der Komponente „Plus“, in der idiosynkratische Faktoren ergänzt werden können.

#### 4. Zusammenfassung und Diskussion

Es sind international etliche Verfahren entwickelt worden, die das schwierig zu erfassende Phänomen der Radikalisierung beziehungsweise des gewaltbereiten Extremismus bei Individuen zuverlässig und valide diagnostizieren sollen. In dieser Vielfalt zeigen sich sowohl Unterschiede als auch Übereinstimmungen, was die inhaltlichen Faktoren und das beobachtbare Verhalten angeht. Dies zeigt sich auch in verschiedenen Schwerpunkten bei der Formulierung einiger Items.

Mangels einer größeren Datenbasis kann bisher mit keinem der Instrumente ein Risiko quantifiziert werden; alle sind auf eine qualitative Einordnung gezeigter Verhaltensweisen angewiesen. Jedoch greifen sie auf Merkmale zurück, die sich in Einzelfallanalysen als bedeutsam gezeigt haben und auch theoretisch gut begründbar sind.

Grundsätzlich ist hiermit eine Basis geschaffen, die Praktikern, zum Beispiel im Justizvollzug, eine Orientierungshilfe bei der Risikobeurteilung oder beim Zuweisen zu Interventionen bieten kann. Bei der Auswahl ist zu beachten, dass einige Instrumente spezifischer sind als andere. Dies betrifft vor allem den Einsatz des TRAP-18, da das Verfahren explizit als Verfahren zur Einschätzung von *lone actors*, also Einzeltätern, ausgewiesen wird. Dabei ist aber nicht völlig klar, wie „allein“ ein Einzeltäter seine Tat vorbereitet hat und welchen Stellenwert das virtuelle soziale Netz hat. Die MLG wiederum sind dagegen ein wenig zu unspezifisch, da gruppenbasierte Gewalt auch Banden- oder Hasskriminalität beinhalten kann.<sup>31</sup> Beide Phänomene haben Berührungspunkte zu

---

29 Lösel/Bender (2017).

30 Lösel et al. (2017).

31 McDevitt et al. (2002).

extremistisch motivierter Gewalt, sind aber eben auch davon abzugrenzen, da zum Beispiel die Gruppenzugehörigkeit auch bei Fußball-Hooligans eine wichtige Rolle spielt.<sup>32</sup> Insgesamt stellen die Prognoseinstrumente eine gute Ausgangsbasis für eine systematische Validierung und darauf aufbauende Weiterentwicklung dar. Ein Ansatz dafür könnte einerseits in der Zusammenführung der Merkmale aus den verschiedenen Prognoseinstrumenten liegen. Zum andern gilt es, auszudifferenzieren. Dabei wären unter anderem Risiko- und Schutzfaktoren funktional zu unterscheiden sowie Verhaltensindikatoren und Warnzeichen klar zu operationalisieren. Hilfreich wäre auch, die grundlegenden theoretischen Konzepte der „root cause“ und „pathway“-Modelle möglichst zu integrieren. Die Praxis würde von einem dynamischeren Verfahren profitieren, das *verschiedene* Tatmodalitäten und Kontexte mit einbezieht – beispielsweise in Form eines modularisierten Verfahrens.

## Literatur

- Abdulagatov, Z.M.* (2013): The influence of the religious factor on the extremist behavior of dagestani youth. *Russian Education and Society*, 55 (2), S. 67-81.
- Böckler, N./Alwinn, M./Hoffmann, J./Zick, A.* (2017): Früherkennung von islamistisch motivierter Radikalisierung. Vorstellung und empirische Validierung eines verhaltensbasierten Instrumentes zum Fallscreening. *Kriminalistik*, 2017 (8/9), S. 491-497.
- Bondü, R.* (2012): School Shootings in Deutschland: Internationaler Vergleich, Warnsignale, Risikofaktoren, Entwicklungsverläufe, in: [http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS\\_derivate\\_000000011902/Bondue\\_Dissertation\\_SchoolShootings\\_vollstaendig\\_fin.pdf](http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000011902/Bondue_Dissertation_SchoolShootings_vollstaendig_fin.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Borum, R.* (2015): Assessing risk for terrorism involvement. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2 (2), S. 63-87.
- Bronfenbrenner, U./Ceci, S.J.* (1994): Nature-nuture reconceptualized in developmental perspective. A bioecological model, *Psychological Review*, 101 (4), S. 568-586.
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (2016a): Linksextremistisches Personenpotenzial, in: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/zahlen-und-fakten-linksextremismus/linksextremistisches-personenpotenzial-2016> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (2016b): Rechtsextremistisches Personenpotenzial, in: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2016> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Bundesamt für Verfassungsschutz* (2016c): Salafistische Bestrebungen, in: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/was-ist-islamismus/salafistische-bestrebungen> [letzter Aufruf: 01.03.2018].

---

32 Lösel/Bliesener (2006); Lösel et al. (2001).



- Bundeskriminalamt* (2017): Presseinformation: Neues Instrument zur Risikobewertung von potentiellen Gewaltstraftätern. RADAR-iTE (regelbasierte Analyse potentiell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos – islamistischer Terrorismus), in: [https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite\\_Pressemitteilungen/2017/Presse2017/170202\\_Radar.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2017/Presse2017/170202_Radar.html) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Cook, A.N.* (2014): Risk Assessment and Management of Group-Based Violence. Doktorarbeit, Simon Fraser University. Burnaby, British Columbia, Canada.
- Cole, J./Alison, E./Cole, B./Alison, L.* (2010): Guidance for identifying people vulnerable to recruitment into violent extremism, in: [http://preventforfeandtraining.org.uk/wp-content/uploads/2017/09/IVP\\_Guidance\\_Draft\\_v0.3\\_web\\_version.pdf](http://preventforfeandtraining.org.uk/wp-content/uploads/2017/09/IVP_Guidance_Draft_v0.3_web_version.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Crenshaw, M.* (1983): Terrorism, legitimacy, and power. The consequences of political violence. Middletown, CT: Wesleyan University Press.
- Dean, G.* (2014): Neurocognitive risk assessment for the early detection of violent extremists. New York: Springer.
- Gretenkord, L.* (2013): Warum Prognoseinstrumente? In: Rettenberger, M. /von Franqué, F. (Hg.): Handbuch kriminalprognostischer Verfahren. Göttingen: Hogrefe, S. 19-36.
- Jensen, M./LaFree, G./James, P.A./Atwell-Seate, A./Pisoiu, D./Stevenson, J./Tinsley, H./Picarelli, J.* (2016): Final Report: Empirical assessment of domestic radicalization (EADR). College Park, MD: National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism.
- Kebbell, M.R./Porter, L.* (2012): An intelligence assessment framework for identifying individuals at risk of committing acts of violent extremism against the West. *Security Journal*, 25 (3), S. 212-228.
- Leuschner, V./Scheithauer, H.* (2012): Wissenschaftlich begründete Prävention schwerer, zielgerichteter Schulgewalt. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 6 (2), S. 128-135.
- Lloyd, M./Dean, C.* (2015): The development of structured guidelines for assessing risk in extremist offenders. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2 (1), S. 40-52.
- Lösel, F./Bender, D.* (2017): Protective factors against crime and violence in adolescence. In Sturme, P. (Hg.): *The Wiley Handbook of Violence and Aggression*. Vol. 1. New York: Wiley.
- Lösel, F./Bliesener, T.* (2006): Hooliganismus in Deutschland: Verbreitung, Ursachen und Prävention. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 89 (3), 229-245.
- Lösel, F./Bliesener, T./Fischer, T./Pabst, M.A.* (2001): Hooliganismus in Deutschland. Ursachen, Entwicklung, Prävention und Intervention. Texte zur Inneren Sicherheit. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Lösel, F./King, S./Bender, D.* (2017): Protective factors against violent extremism and crime. Unpublished manuscript. Universität Erlangen-Nürnberg.
- Lloyd, M./Dean, C.* (2015): The Development of Structured Guidelines for Assessing Risk in Extremist Offenders“. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2 (1), S. 40-52.
- McDevitt, J./Levin, J./Bennett, S.* (2002): Hate crime offenders. An expanded typology. *Journal of Social Issues*, 58 (2), S. 303-317.
- Meloy, J.R.* (2015): Investigating the Lone Terrorist: New Research, Operational Advances, in: <http://dreidmeloy.com/wp-content/uploads/2015/12/catap-the-lone-terrorist.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Meloy, J.R./Genzman, J.* (2016): The clinical threat assessment of the lone-actor terrorist. *The Psychiatric clinics of North America*, 39 (4), S. 649-662.

- Meloy, J.R./Gill, P. (2016): The lone-actor terrorist and the TRAP-18. *Journal of Threat Assessment and Management*, 3 (1), S. 37-52.
- Meloy, J.R./Roshdi, K./Glaz-Ocik, J./Hoffmann, J. (2015): Investigating the individual terrorist in Europe. *Journal of Threat Assessment and Management*, 2 (3-4), S. 140-152.
- Miller, E. (2017): Overview: Terrorism in 2016, Background Report, in: [https://www.start.umd.edu/pubs/START\\_GTD\\_OverviewTerrorism2016\\_August2017.pdf](https://www.start.umd.edu/pubs/START_GTD_OverviewTerrorism2016_August2017.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Moffitt T.E. (1993): Adolescence-limited and life-course-persistent antisocial behavior: A developmental taxonomy. *Psychological Review*, 100 (4), S. 674-701.
- Monahan, J. (2012): The individual risk assessment of terrorism. *Psychology, Public Policy, and Law*, 18 (2), S. 167-205.
- Monahan, J./Steadman, H.J. (1996): Violent storms and violent people: how meteorology can inform risk communication in mental health law. *American Psychologist*, 51 (9), S. 931-938.
- Pressman, D.E. (2009): Risk assessment decisions for violent political extremism 2009-02, in: <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/rsrscs/pblctns/2009-02-rdv/2009-02-rdv-eng.pdf> [letzter Aufruf: 23.01.2018]
- Pressman, D.E./Duits, N./Rinne, T./Flockton, J. (2016): VERA-2R Violence Extremism Risk Assessment Version 2 Revised: A structured professional judgment approach. Utrecht.
- Pressman, D.E./Flockton, J. (2014): Violent extremist risk assessment: Issues and applications of the VERA-2 in a high-security correctional setting. In Silke, A. (Hg.): *Prisons, terrorism and extremism: Critical issues in management, radicalisation and reform*. London: Routledge, S. 122-143.
- Rettenberger, M. (2016): Die Einschätzung der Gefährlichkeit bei extremistischer Gewalt und Terrorismus. *Kriminalistik*, 9, S. 532-537.
- Rettenberger, M./von Franqué, F. (2013): *Handbuch kriminalprognostischer Verfahren*. Göttingen: Hogrefe.
- Roberts, K./Horgan, J. (2010): Risk assessment and the terrorist. *Perspectives on Terrorism*, 2 (6), S. 3-9.
- Sadowski, F./Rossegger, A./Pressman, D.E./Rinne, T./Duits, N./Endrass, J. (2016): Das Violent Extremist Risk Assessment Version 2 Revised (VERA-2R). Eine Skala zur Beurteilung des Risikos extremistischer Gewalt. *Kriminalistik*, 71 (5), S. 335-342.
- Scarcella, A./Page, R./Furtado, V. (2016): Terrorism, radicalisation, extremism, authoritarianism and fundamentalism: A systematic review of the quality and psychometric properties of assessments. *POLS One*, 11 (12), S. 1-19. doi.org/10.1371/journal.pone.0166947 [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Schmid, A.P./Jongman, A.J. (2008): *Political terrorism. A new guide to actors, authors, concepts, data bases, theories, & literature*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Schuurman, B./Eijkman, Q. (2013): Moving terrorism research forward. The crucial role of primary source, ICCT Background Note. The Hague: International Centre for Counter-Terrorism.
- Silke, A. (2001): The devil you know. Continuing problems with research on terrorism. *Terrorism and Political Violence*, 13 (4), S. 1-14.
- Silke, A. (2014): Risk assessment of terrorist and extremist prisoners. In: Silke, A. (Hg.): *Prisons, terrorism and extremism. Critical issues in management, radicalisation and reform*. London u.a.: Routledge, S. 108-121.

- Singh, J.P./Grann, M./Fazel, S.* (2011): A comparative study of violence risk assessment tools: A systematic review and metaregression analysis of 68 studies involving 25,980 participants. *Clinical Psychology Review*, 31(3), S. 499-513.
- The New York City Police Department (2007)*: Radicalization in the West: The homegrown threat. New York Police Department, in: [http://usborderpatrol.com/NYPD\\_Report-Radicalization\\_in\\_the\\_West.pdf](http://usborderpatrol.com/NYPD_Report-Radicalization_in_the_West.pdf) [letzter Aufruf: 06.02.2018].
- Veldhuis, T./Staun, J.* (2009): Islamist radicalisation. A root cause model. The Hague: Netherlands Institute of International Relations Clingendael.
- Webber, D./Kruglanski, A.* (2017): Psychological factors in radicalization. A “3N” approach. In: LaFree, G./Freilich, J.D. (Hg.): *The Handbook of the Criminology of Terrorism*. Chichester: Wiley-Blackwell, S. 33-46.
- Weenink, A.W.* (2015): Behavioral problems and disorders among radicals in police files. *Perspectives on Terrorism*, 9 (2), S. 17-33.

# Protektive Faktoren gegen die Entwicklung von Extremismus und Radikalisierung – Eine systematische Auswertung internationaler Studien

*Doris Bender, Sonja King, Friedrich Lösel und Irina Jugl*

## Gliederung

- |               |  |
|---------------|--|
| 1. Einleitung | 3.1 Merkmale der Studien               |
| 2. Methode    | 3.2 Ergebnisse zu protektiven Faktoren |
| 3. Ergebnisse | 4. Diskussion                          |

## 1. Einleitung

Politisch und religiös motivierter Extremismus und Radikalisierung bis hin zum Terrorismus sind aktuelle Probleme in vielen Ländern. Es gelingt den Sicherheitsorganen zumeist, Gefahren abzuwehren, die Sicherheitslage ist jedoch fragil. Das hat auch damit zu tun, dass die empirischen Erkenntnisse für die Kontrolle und die Prävention noch recht begrenzt sind (*Jensen et al.* 2016; *Sageman* 2014). Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

Extremismus und Radikalisierung sind keine klar definierten Kategorien, sondern es handelt sich um graduelle Unterschiede in einem Entwicklungsprozess (*Bartlett/Miller* 2012; *Kruglanski et al.* 2009). Manche Studien an Schülern definieren zum Beispiel ‚Extremismus‘ willkürlich als relativ hohe Werte in Einstellungsfragebögen (*Baier et al.* 2016). Ein zweites Problem ist die Heterogenität der Zielgruppen. Sie umfassen die extreme politische Rechte oder Linke, den religiös (insbesondere islamistisch) motivierten Extremismus, nationalistisch/separatistisch orientierte Gruppen sowie Personen mit besonderen Anliegen, die zum Beispiel den Umwelt- oder Tierschutz betreffen (*Doosje et al.* 2016). Zwischen den jeweiligen extremen Gruppen gibt es Überlappungen, zum Beispiel zwischen religiöser und politischer oder religiöser und ethnischer Motivation. In den Entwicklungsprozessen bestehen zwischen islamistischen und rechtsradikalen Extremisten durchaus Ähnlichkeiten (*Ebner* 2017).

Ein weiteres Problem ist die teilweise mäßige Qualität der Messinstrumente (*Scarcella et al.* 2017). Zudem können sich die Phänomene rasch verändern.

Während früher zumeist Gruppenprozesse analysiert wurden, gibt es nun vermehrt (unter anderem mittels Internet) auch Phänomene der ‚Selbstradikalisierung‘ und des Terrorismus durch ‚einsame Wölfe‘ (Meloy/Genzman 2016). Dies kompliziert allgemeine Erklärungen, die unter anderem Theorien über soziales Lernen, Bindungsverhalten, Ambiguitätsintoleranz, psychosoziale Belastungen, Gruppendynamik und Identitätsentwicklung einbeziehen (vgl. Borum 2011; Jensen *et al.* 2016). Es gibt prototypische Entwicklungsverläufe mit Ausgangslagen der erlebten Benachteiligung, ideologischen Präferenzen, dem Einfluss von und Anschluss an einschlägige Gruppen, der Herausbildung einer entsprechenden Identität und der Bereitschaft zur Gewalt. Die retrospektive empirische Analyse solcher ‚Pathways‘ zur extremistischen Gewalt hat aber auch gezeigt, dass sie weder uniform noch zwangsläufig sind (Jensen *et al.* 2016). Es ist ähnlich wie bei Drogenkarrieren: Ein früher Gebrauch von Cannabis findet sich bei vielen Konsumenten ‚harter‘ Drogen, aber nur ein kleiner Prozentsatz der Cannabiskonsumenten nimmt später Heroin oder Ecstasy.

Es stellt sich somit die Frage, warum Personen trotz Risiken für Extremismus, Radikalisierung und eventueller Gewalt sich nicht auf diesen Entwicklungspfad begeben oder nicht weiter darauf fortschreiten. Dies ist die Frage nach protektiven Faktoren oder Prozessen der Resilienz (Lösel/Bender 2003; Masten 2016). Antworten darauf bieten Ansatzpunkte für die Prävention. Allerdings ist die Erforschung protektiver Faktoren und Prozesse methodisch komplizierter als die Risikoforschung, da nichtlineare Zusammenhänge und Interaktionseffekte analysiert werden müssen (Lösel/Bender 2017; Lösel/Farrington 2012). Protektive Effekte sind auch dann schwer nachzuweisen, wenn gravierend dissoziales Verhalten lange andauert (zum Beispiel Bender/Lösel 2011; Ttofi *et al.* 2011) und Veränderungen starke Effekte erfordern.

Bislang sind die Erkenntnisse der Resilienzforschung nur selten auf den Extremismus übertragen worden. Es gibt zwar Instrumente zur Risikodiagnose, die aber kaum protektive Faktoren berücksichtigen (King *et al.* 2018). Dass dies jedoch sinnvoll ist, zeigen zum Beispiel Konzepte, die „shields of resilience“ gegen extremistische Entwicklungsprozesse thematisieren (Doosje *et al.* 2016). Aufgrund dieser Überlegungen befasst sich der vorliegende Beitrag mit protektiven Faktoren gegen Extremismus, Radikalisierung und daraus resultierender Gewalt. Im Rahmen eines Forschungskonsortiums der Europäischen Union (PROTON) führen wir ein Teilprojekt zu protektiven Faktoren durch. Dazu gehört auch ein systematischer Review der einschlägigen Forschung. Im Folgenden berichten wir kurz über erste Ergebnisse (ausführlicher Lösel *et al.* 2017).

## 2. Methode

### *Abgrenzung der Thematik*

Entsprechend *Doosje et al.* (2006) berücksichtigten wir Studien zu politisch rechtsextremen und linksextremen, religiös/ethnisch motivierten, nationalistisch/separatistisch oder anderweitig extremistischen Gruppen. Ursprünglich wollten wir uns auf extremistische Gewalthandlungen konzentrieren, eine erste Recherche ergab aber dazu nur sehr wenige Studien. Deshalb bezogen wir auch Einstellungen ein, die extremistische Gewalt unterstützten oder die Bereitschaft zu eigener Gewalt anzeigten. Entsprechend dem Konzept der Resilienz oder der Abkehr von Kriminalität (‘Desistance’) berücksichtigten wir auch Studien über Disengagement beziehungsweise De-Radikalisierung.

### *Studiendesign*

Die einbezogenen Studien sollten quantitative Daten und statistische Auswertungen enthalten. Es konnte sich sowohl um Querschnitt- als auch Längsschnittdesigns handeln. Studien, die sich ausschließlich auf Risikofaktoren bezogen, waren ausgeschlossen. Neben korrelativen Studien berücksichtigten wir auch quantitative Evaluationen von Interventionen, die explizit protektive Faktoren adressierten. Qualitative Studien wurden ebenfalls erfasst, doch werden diese aus Platzgründen hier nicht näher betrachtet. Einzelfallberichte waren ausgeschlossen.

### *Herkunft der Primärstudien*

Es gab keine Einschränkungen hinsichtlich Datum, Art, Sprache, regionaler und disziplinärer Herkunft der Studien. Es wurde auch nach einschlägiger ‚grauer‘ Literatur, Dissertationen etc. gesucht. Hinsichtlich der Sprache beschränkten wir uns allerdings auf Englisch und Deutsch, Hinweise auf empirische Studien in anderen Sprachen gab es keine.

### *Literatursuche*

Entsprechend dem üblichen Vorgehen bei systematischen Reviews und Meta-Analysen (*Schmucker/Lösel* 2011) durchsuchten wir die wichtigsten Literaturdatenbanken wie zum Beispiel PsychInfo, Medline, Scopus, Cochrane, Campbell, Sociological Abstracts und Dissertation Abstracts. Darüber hinaus wurden einschlägige Veröffentlichungen auf Literaturhinweise geprüft, das Internet gescannt und Wissenschaftler kontaktiert. Nach einem Screening von über 2.000 Literaturstellen, die unsere Thematik betrafen, verblieben 24 Dokumente, die den Auswahlkriterien entsprachen. Davon lieferten 17 quantitative Ergebnisse,

manchmal mit mehreren Teilstichproben, sodass sich 21 abgrenzbare Datensätze beziehungsweise Studien ergaben.

### **3. Ergebnisse**

#### **3.1 Merkmale der Studien**

Sechzehn Studien (davon fünf qualitative) betrafen den religiös-ethnischen Extremismus, fünf den rechtsextremen, zwei den linksextremen, drei den nationalistisch-separatistischen (zwei davon qualitativ) und zwei gemischte Formen. Fast alle korrelativen Studien mit quantitativen Daten hatten ein Querschnittsdesign ( $n = 16$ ). Vier quantitative Studien bezogen sich auf Interventionen mit einem Vorher-Nachher-Design. Die qualitativen Studien betrafen vor allem den religiös motivierten Extremismus ( $n = 5$ ). Die Stichprobengrößen variierten zwischen 46 und 11.003 (Median bei circa 600), wobei vor allem Studien an Schulen zahlreiche Befragte hatten.

Zehn quantitative Studien wurden in Europa durchgeführt, drei im Nahen Osten, zwei in Nordamerika und je eine in Asien und Afrika. Die meisten betrafen junge Männer bis zum Alter von 30 Jahren, wobei es sich überwiegend um Erhebungen an Schulen ( $n = 11$ ) und Hochschulen ( $n = 6$ ) handelte. Sechs Studien betrafen junge Erwachsene und zwei bereits verurteilte radikale Straftäter.

Acht Studien bezogen sich auf gewalttätiges Verhalten, fünf auf die Bereitschaft, selbst Gewalt auszuüben, und zehn auf gewaltbefürwortende Einstellungen. Die meisten Daten stammten aus Einstellungsskalen beziehungsweise strukturierten Selbstberichten ( $n = 13$ ). Zwei Studien verwendeten freie Angaben zu Szenarien und zwei basierten auf Datensätzen von Behörden.

Zur Datenauswertung wurden meist Regressionsanalysen ( $n = 9$ ) oder Pfadanalysen ( $n = 6$ ) durchgeführt. Hierbei wurde auf protektive Effekte geschlossen, wenn Regressions- oder Pfadkoeffizienten signifikante negative Einflüsse auf die Extremismus- beziehungsweise Gewaltkriterien anzeigten. In zwei Studien wurden Gruppen mit unterschiedlichem Entwicklungsergebnis verglichen. Nur eine Studie bezog sich auf Interaktionseffekte zwischen Risiko- und Schutzfaktoren (*Pauwels/Svensson 2017*).

### 3.2 Ergebnisse zu protektiven Faktoren

*Tabelle 1* gibt einen Überblick über die festgestellten signifikanten protektiven Effekte in den Studien. Die Klassifikation der Variablen orientiert sich an *Lösel und Farrington (2012)*, wobei manchmal Überlappungen bestehen (zum Beispiel zwischen individuellen und schulischen Merkmalen).

*Tabelle 1: Protektive Faktoren gegen verschiedene Formen von Extremismus und Radikalisierung*

Protektive Faktoren	Ideologischer Hintergrund	Anzahl der Ergebnisse	Autoren/Studien
<b>Individuelle Faktoren</b>			
Selbstkontrolle	re, le, r/e	3 <sup>a</sup>	Pauwels/Svensson (2017)
Krankheit	r/e, r/e, r/e	3	Bhui et al. (2014)
Gefühl der Deprivation (= negative Bewertung des sozialen Status)	re	2	Fuchs (2003)
Geringe Bedeutung der Religion	r/e, r/e	2	Bhui et al. (2014)
Beschäftigungsverhältnis	gemischt	1	Jensen et al. (2016)
Angst vor Haft	n/s	1	Cragin et al. (2015)
Geringes politisches Interesse	n/s	1	Cragin et al. (2015)
Intensive religiöse Aktivität	r/e	1	Muluk et al. (2013)
Empathie	r/e	1	Feddes et al. (2015)
Wertpluralismus	r/e	1	Liht/Savage (2013)
Wahrgenommene Diskriminierung	re	1	Pauwels/De Waele (2014)
Unzufriedenheit mit Lebensqualität	n/s	1	Cragin et al. (2015)
Belastende Lebensereignisse	r/e	1	Bhui et al. (2014)



*Forts. Tabelle 1: Protektive Faktoren gegen verschiedene Formen von Extremismus und Radikalisierung*

Protektive Faktoren	Ideologischer Hintergrund	Anzahl der Ergebnisse	Autoren/Studien
<b>Familiäre Faktoren</b>			
Wertschätzung im Erziehungsverhalten	r/e, le	2	Van Bergen et al. (2016); Baier et al. (2016)
Keine Gewaltbeteiligung anderer wichtiger Personen	gemischt, gemischt	2	Jasko et al. (2017)
Besitz von Wohneigentum	r/e, r/e	2	Asal et al. (2008)
Verhaftung eines Familienmitglieds	n/s	1	Cragin et al. (2015)
Keine Gewaltbeteiligung von Familienmitgliedern	n/s	1	Cragin et al. (2015)
Mitgliedschaft in militanter religiöser Gruppe	r/e	1	Asal et al. (2008)
<b>Schulische Faktoren</b>			
Gute Schulleistungen	re, re, re, le	4	Boehnke et al. (1998); Baier et al. (2016)
Bindung an die Schule	re, le	2 <sup>b</sup>	Baier et al. (2016)
Höheres Bildungsniveau	r/e	1	Muluk et al. (2013)
<b>Faktoren der Peer-Gruppe</b>			
Keine gewaltbereiten Freunde	n/s, gemischt, gemischt	3	Cragin et al. (2015); Jasko et al. (2017)
Kontakt zu Fremden	re, re	2	Fuchs (2003)
Mehr Sozialkontakte/größeres soziales Netzwerk	r/e	1	Bhui et al. (2014)
Geringes ‚Sozialkapital‘	r/e	1	Bhui et al. (2014)

Forts. Tabelle 1: Protektive Faktoren gegen verschiedene Formen von Extremismus und Radikalisierung

Protektive Faktoren	Ideologischer Hintergrund	Anzahl der Ergebnisse	Autoren/Studien
Gesellschaftsbezogene Faktoren			
Gesetzestreue	re, le, r/e, le	4 <sup>b</sup>	Baier et al. (2016)
Akzeptanz polizeilicher Legitimität	re, re	2	Pauwels/De Waele (2014)
Grundsätzliche Bindung an die Gesellschaft	r/e, r/e	2	Van Bergen et al. (2015); Van Bergen et al. (2016)
Einwanderer der ersten Generation	r/e	1	Bhui et al. (2014)
Anm.: re = rechts-extremistischer, le = links-extremistischer, r/e = religiös-ethnischer, n/s = nationalistisch/separatistischer Extremismus; <sup>a</sup> Eine Stichprobe mit drei Arten des Extremismus als unterschiedlichen abhängigen Variablen; <sup>b</sup> Eine Studie, die die Stichprobe in Gruppen einteilt und drei Arten von Extremismus separat analysiert			

Hervorzuheben sind jene Ergebnisse, bei denen protektive Effekte für mehrere Arten des Extremismus und/oder in mehreren Analysen bedeutsam waren. Dabei handelte es sich teilweise um verschiedene Untergruppen oder Kriterien in ein und derselben Untersuchung (zum Beispiel *Baier et al.* 2016; *Pauwels/Svensson* 2017).

Eine angemessene Selbstkontrolle schützte sowohl gegen rechts- und links-orientierten als auch religiös-ethnisch motivierten Extremismus. Auch die grundsätzliche Tendenz, Gesetze zu befolgen, hatte eine protektive Funktion gegen verschiedene Formen des Extremismus. Ähnliches galt für die Anerkennung polizeilicher Legitimität. Mehrere protektive Effekte zeigten sich auch bei positiver elterlicher Erziehung, Gewaltlosigkeit in der Familie und bei der Sozialschicht (zum Beispiel indiziert durch Wohneigentum). Positive Schulleistungen und soziale Bindungen an die Schule hatten gegen rechts- und linksextreme Orientierungen einen protektiven Effekt. Auch der Kontakt mit nicht-gewaltorientierten Freunden beziehungsweise Peergruppen reduzierte in verschiedenen Studien das Risiko für Extremismus und Radikalisierung. Bemerkenswert ist auch das Ergebnis, dass Kontakt mit Fremden, die nicht der eigenen (ethnischen) Gruppe angehören, gegen extrem rechte Orientierungen schützt (*Fuchs* 2003). Eine grundlegende Bindung an die Gesellschaft wirkte wiederholt einem religiös-ethnischen Extremismus entgegen.

Die anderen in *Tabelle 1* genannten protektiven Faktoren basierten jeweils nur auf einer Studie oder Stichprobe. Sie sind zumeist plausibel, zum Beispiel bei der protektiven Funktion der Berufstätigkeit, der Empathie für Nicht-Muslime, einer besseren Schulbildung, einer nicht-gewalttätigen Familie, komplexer Werthaltungen, der Einwanderung in erster Generation, der Angst vor Inhaftierung oder eines schwindenden politischen Interesses. Andere Ergebnisse scheinen auf den ersten Blick widersprüchlich zu sein, zum Beispiel wenn sowohl intensive als auch keine Religionsausübung einen protektiven Effekt hatte. Ähnliches gilt für Beziehungen zu sozialen Netzwerken. Auf solche scheinbaren Inkonsistenzen wird in der Diskussion eingegangen.

#### **4. Diskussion**

Die hier kurz dargestellten Ergebnisse sind nach unserer Kenntnis der erste systematische Review zu protektiven Faktoren gegen Extremismus und Radikalisierung. Obwohl wir Studien zu verschiedenen Arten des Extremismus berücksichtigten, international recherchierten und bei den Designs keine allzu engen Einschlusskriterien verwendeten, mussten wir feststellen, dass sich nur relativ wenige Untersuchungen speziell oder unter anderem mit protektiven Faktoren befassten. Die Mehrzahl der signifikanten Ergebnisse basiert nur auf einzelnen Studien und bedarf der Replikation (Lösel 2018; Lösel/Bender 2018). Auch handelt es sich zumeist um Querschnittsuntersuchungen mit einem korrelativen Design und keine prospektiven Längsschnittstudien oder kontrollierten Experimente. Da in letzter Zeit zahlreiche neue Projekte zur Radikalisierung begonnen wurden, ist mittelfristig mit mehr einschlägigen Befunden zu rechnen. Aus diesen Gründen betrachten wir unsere Studie als einen ersten Schritt der Forschungssynthese und nicht als definitive Antwort auf die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, trotz vorhandener Risiken keine extremistischen Einstellungen zu entwickeln beziehungsweise trotz extremistischer Einstellungen die Schwelle zur Gewaltausübung nicht zu überschreiten. Mit dieser Einschränkung zeichnen sich eine Reihe von Ergebnissen ab, die wissenschaftlich und praktisch bedeutsam sind:

Ein unseres Erachtens wesentlicher Befund ist es, dass die Mehrzahl der Ergebnisse mit dem übereinstimmen, was man auch ansonsten in der Forschung zu protektiven Faktoren gegen Jugendgewalt und ‚Desistance‘ von Gewalt gefunden hat (Lösel/Bender 2003; 2017; Lösel/Farrington 2012; Sampson/Laub 2003; Shapland et al. 2016). Dies gilt zum Beispiel für folgende personalen und sozialen Ressourcen: Fähigkeit zur Selbstkontrolle, relativ ausgeprägte Intelligenz, nicht-deviante Bezugspersonen, positives elterliches Erziehungs-

verhalten, höheres Bildungsniveau, bessere sozioökonomische Lage, Erfolg in und positive Beziehung zur Schule, Einbindung in das Arbeitsleben, Kontakt zu nicht gewaltgeneigten Freunden, grundsätzlich positive Bindung an die Gesellschaft, Anerkennung von staatlichen Rechtsnormen und die Anerkennung polizeilicher Legitimität.

Neben diesen mit der allgemeineren Entwicklungskriminologie übereinstimmenden Ergebnissen zeigt unser Review auch etliche Resultate, die spezifischer für Formen des Extremismus und der Radikalisierung sind. So fanden *Feddes et al.* (2015), dass die Empathie mit Nicht-Muslimen bei Jugendlichen mit einer dualen Identität protektiv gegen Radikalisierung wirken kann. Dies entspricht der Forschung zur sozialen Informationsverarbeitung, in denen die Perspektivenübernahme feindselige Attributionen und ein Schwarz-Weiß-Denken verhindert (*Dodge/Pettit* 2003; *Lösel et al.* 2007). Bezieht sich die Empathie allerdings einseitig auf die eigene muslimische Gruppe, kann sie ein Risiko für Radikalisierung sein (*Rahimullah et al.* 2013).

Dass Merkmale je nach Spezifikation und Kontext unterschiedliche Bedeutung haben können, zeigt sich auch bei den Ergebnissen zur subjektiven Erfahrung von Deprivation, Diskriminierung oder geringer Lebensqualität. Hier hätten wir eher einen Risikoeffekt erwartet. Die Studien zu den protektiven Effekten in *Tabelle 1* unterscheiden sich hinsichtlich der abhängigen Variablen und des kulturellen Kontextes; sie betreffen Einstellungen zu Suizidattacken im Westjordanland (*Cragin et al.* 2015), positive Einstellungen zum religiösen Extremismus in Belgien (*Pauwels/De Waele* 2014) und rechtsextreme Orientierungen bei deutschen Schülern (*Fuchs* 2003). In der zuletzt genannten Studie mag es eine Rolle gespielt haben, dass die rechtsextrem antwortenden Schüler zugleich autoritäre Einstellungen und ein positives Selbstbild hatten, was im Sinne eines non-konformen ‚Elitedenkens‘ kompensierend sein kann. Geringe Lebensqualität muss auch nicht gemäß der Frustrations-Aggressions-Hypothese wirken, sondern kann zu sozialem Rückzug und internalisierenden Problemen führen.

Ein drittes komplexeres Ergebnis betrifft die Haltung zur Religion bei islamistischem Extremismus. Hier berichtete eine Studie aus Indonesien, dass intensive religiöse Praxis eine Schutzfunktion hatte (*Muluk et al.* 2013). Dagegen fanden *Bhui et al.* (2014) bei jungen Briten mit islamisch geprägten kulturellen Wurzeln einen protektiven Effekt, wenn die Befragten der Religion wenig Bedeutung zumäßen. Auch hier ist anzunehmen, dass der gesellschaftliche und kulturelle Kontext einen moderierenden Einfluss auf protektive Faktoren und Mechanismen hat.

Aus Platzgründen können wir hier die einzelnen Ergebnisse nicht detaillierter diskutieren (siehe dazu *Lösel et al.* 2017). Es gab auch zu wenige Studien zu den verschiedenen Arten des Extremismus, um einen stichhaltigen

Vergleich vorzunehmen. Bei einigen Faktoren deutet sich aber an, dass sie zum Beispiel sowohl für religiös-ethnische als auch rechtsextreme Formen ähnlich bedeutsam sind. Dies entspricht qualitativ-vergleichenden Analysen der Radikalisierung (Ebner 2017).

Die Mehrzahl der protektiven Effekte in den Studien war moderat ausgeprägt. Dies stimmt mit der kriminologischen Forschung zu Risiko- und Schutzfaktoren überein, in der einzelne Variablen meist einen geringen Effekt haben. Erst durch die Kumulation ergeben sich substantielle Effektstärken (Lösel/Farrington 2012). Für die Prävention bedeutet dies, dass Programme gegen Extremismus und Radikalisierung multimodal an verschiedenen Faktoren ansetzen sollten. Dies entspricht dem aktuellen Kenntnisstand der allgemeinen entwicklungsbezogenen Gewaltprävention (vgl. Farrington *et al.* 2017; Lösel/Bender 2012) und auch der frühen Prävention von Vorurteilen (Beelmann/Heinemann 2014). Da etliche der oben genannten protektiven Faktoren mit jenen der sonstigen Gewaltprävention und Entwicklungsförderung übereinstimmen, liegt es nahe, dass die früh ansetzenden Programme in Schulen, Familien, sozialen Diensten und Nachbarschaften auch für den Bereich Extremismus/Radikalisierung genutzt werden können. Erforderlich sind wahrscheinlich subgruppenspezifische Anpassungen, insbesondere hinsichtlich der Zielgruppen mit islamisch kulturellem Hintergrund, aber es muss gleich ‚das Rad nicht neu erfunden‘ werden. Dies gilt auch für Ansätze, die über die individuelle und mikrosoziale Ebene hinausgehen. Zum Beispiel kann das Ergebnis, dass vermehrter Kontakt mit Ausländern eine protektive Funktion gegen Rechtsextremismus hat (Fuchs 2015), für die präventive Stadtteilarbeit genutzt werden (vgl. Weine *et al.* 2013).

Was Anwendungen in der tertiären Prävention betrifft, konnten die von uns ausgewerteten qualitativen Studien zur De-Radikalisierung und zum Disengagement von terroristischer Gewalt teilweise die oben genannten protektiven Faktoren bestätigen. Aussteiger waren häufig zum Beispiel mit den Anführern der Gruppe unzufrieden, mit der Art der Aktionen nicht mehr einverstanden oder sie zweifelten an der politischen beziehungsweise religiösen Ideologie (zum Beispiel Barelle 2014; Ferguson 2016; Chernov Hwang 2017). Auch bei diesen Entwicklungen gibt es Ähnlichkeiten zur ‚Desistance‘ von Kriminalität (Shapland *et al.* 2016) oder zum Beispiel zur Abkehr von der Szene der Fußball-Hooligans (Lösel/Bliesener 2006).

Durch die Aktualität der Thematik werden inzwischen zahlreiche Programme zur Extremismus-Prävention und De-Radikalisierung durchgeführt, insbesondere bei politisch rechtsextrem und islamistisch motivierten Personen (zum Beispiel Trautmann/Zick 2016). Verglichen mit der internationalen Forschung zur frühen Prävention von Vorurteilen und Förderung positiver Intergruppen-

Einstellungen (Beelmann/Heinemann 2014) gibt es in Deutschland aber noch zu wenig kontrollierte Wirkungsstudien (vgl. Armbrorst/Kober 2017). Zur Stärkung einer evidenzbasierten Praxis sollten mehr Studien durchgeführt werden, die ein korrelatives Längsschnittdesign zu Risiko- und Schutzfaktoren mit einem experimentellen Evaluationsdesign kombinieren.

## Literatur<sup>1</sup>

- Amjad, N./Wood, A.M. (2009): Identifying and changing the normative beliefs about aggression which lead young Muslim adults to join extremist anti-Semitic groups in Pakistan. *Aggressive Behavior*, 35, S. 514-519.\*
- Armbrorst, A./Kober, M. (2017): Effekte von Ansätzen zur Prävention Islamistischer Radikalisierung: Systematische Übersichtsarbeit zu den Methoden und Ergebnissen von Studien zur Evaluation von Präventionsansätzen im Bereich Islamismus. Bonn: Nationales Zentrum Kriminalprävention.
- Asal, V./Fair, C.C./Shellman, S. (2008): Consenting to a child's decision to join a Jihad: Insights from a Survey of militant families in Pakistan. *Studies in Conflict and Terrorism*, 31, S. 973-994.\*
- Baier, D./Manzoni, P./Bergmann, M.C. (2016): Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter: Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99, S. 171-198.\*
- Barrelle, K. (2014): Pro-integration: Disengagement from and life after extremism. *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, 7, S. 129-142.
- Bartlett, J./Miller, C. (2012): The edge of violence: Towards telling the difference between violent and non-violent radicalization. *Terrorism and Political Violence*, 24, S. 1-21.
- Beelmann, A./Heinemann, K. (2014): Preventing prejudice and improving intergroup attitudes. A meta-analysis of child and adolescent training programs. *Journal of Applied Developmental Psychology*, 35, S. 10-24.
- Bender, D./Lösel, F. (2011): Bullying at school as predictor of delinquency, violence and other antisocial behaviour in adulthood. *Criminal Behaviour and Mental Health*, 21, S. 99-106.
- Bhui, K./Everitt, B./Jones, E./Correa-Velez, I. (2014): Might depression, psychosocial adversity, and limited social assets explain vulnerability to and resistance against violent radicalisation? *PLOS ONE*, 9 (9): e105918.\*
- Bjørge, T. (2011): Dreams and disillusionment: Engagement in and disengagement from militant extremist groups. *Crime, Law and Social Change*, 55, S. 277-285.
- Boehnke, K./Hagan, J./Merkens, H. (1998): Right-wing extremism among German adolescents: Risk factors and protective factors. *Applied Psychology*, 47, S. 109-126.\*
- Borum, R. (2011): Radicalization into violent extremism II: A review of conceptual models and empirical research. *Journal of Strategic Security*, 4, S. 37-62.
- Chernov Hwang, J. (2017): The disengagement of Indonesian jihadists: Understanding the pathways. *Terrorism and Political Violence*, 29, S. 277-295.

---

1 Mit \* gekennzeichnete Studien sind im systematischen Review enthalten.

- Cragin, R.K./Bradley, M.A./Robinson, E./Steinberg, P.S. (2015): What factors cause youth to reject violent extremism? Results of an exploratory analysis in the West Bank, in: [http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research\\_reports/RR1100/RR1118/RAND\\_RR1118.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1100/RR1118/RAND_RR1118.pdf) [letzter Aufruf: 01.01.2018].\*
- Dodge, K.A./Pettit, G.S. (2003): A biopsychosocial model of the development of chronic conduct problems in adolescence. *Developmental Psychology*, 39, S. 349-371.
- Doosje, B./Moghaddam, F.M./Kruglanski, A.W./de Wolf, A./Mann, L./Feddes, A.R. (2016): Terrorism, radicalization and de-radicalization. *Current Opinion in Psychology*, 11, S. 79-84.
- Ebner, J. (2017): *The rage: The vicious circle of Islamist and far right extremism*. London: Tauris.
- Feddes, A.R./Mann, L./Doosje, B. (2015): Increasing self-esteem and empathy to prevent violent radicalization: A longitudinal quantitative evaluation of a resilience training focused on adolescents with a dual identity. *Journal of Applied Social Psychology*, 45, S. 400-411.\*
- Ferguson, N. (2016): Disengaging from terrorism: A Northern Irish experience. *Journal for Deradicalization*, 6, S. 1-23.
- Fuchs, M. (2003): Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55, S. 654-678.\*
- Jasko, K./LaFree, G./Kruglanski, A. (2017): Quest for significance and violent extremism: The case of domestic radicalization. *Political Psychology*, 38, S. 815-831.\*
- Jensen, M./LaFree, G./James, P.A./Atwell-Seate, A./Pisoiu, D./Stevenson, J./Picarelli, J. (2016): Final Report: Empirical assessment of domestic radicalization (EADR): Washington, DC: National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START).\*
- King, S./Bender, D./Lösel, F. (2017): Instrumente zur Beurteilung extremistisch motivierter Straftäter: Eine Synopse. Vortrag auf der Tagung der Fachgruppe Rechtspsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) in Jena am 22.09.2017.
- Kruglanski, A.W./Chen, X., Dechesne, M./Fishman, S./Orehek, E. (2009): Fully committed: Suicide bombers motivation and the quest for personal significance. *Political Psychology*, 30, S. 331-357.
- Liht, J./Savage, S. (2013): Preventing violent extremism through value complexity: Being Muslim being British. *Journal of Strategic Security*, 6, S. 44-66.\*
- Lösel, F. (2018): Evidence comes by replication, but needs differentiation: The reproducibility issue in science and its relevance for criminology. *Journal of Experimental Criminology*, 14 (3), S. 257-278.
- Lösel, F./Bender, D. (2003): Protective factors and resilience. In: Farrington, D.P./Coid, J. (Hg.): *Early prevention of adult antisocial behaviour*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, S. 130-204.
- Lösel, F./Bender, D. (2012): Child social skills training in the prevention of antisocial development and crime. In: Farrington, D.P./Welsh, B.C. (Hg.): *Handbook of Crime Prevention*. Oxford, UK: Oxford University Press, S. 102-129.
- Lösel, F./Bender, D. (2017): Protective factors against crime and violence in adolescence. In: Sturme, P. (Hg.): *The Wiley Handbook of Violence and Aggression*. Vol. 1. New York: Wiley.
- Lösel, F./Bliesener, T. (2006): Hooliganismus in Deutschland: Verbreitung, Ursachen und Prävention. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 89, S. 229-245.
- Lösel, F./Bliesener, T./Bender, D. (2007): Social information processing, experiences of aggression in social contexts, and aggressive behavior in adolescents. *Criminal Justice and Behavior*, 34, S. 330-347.

- Lösel, F./Farrington, D.P. (2012): Direct protective and buffering protective factors in the development of youth violence. *American Journal of Preventive Medicine*, 43(2S1), S. 8-23.
- Lösel, F./King, S./Bender, D./Jugl, I. (2017): Protective factors against extremism and violent radicalisation: A systematic review of research. Interim report to the European PROTON Research Consortium. Nürnberg: Universität Erlangen-Nürnberg.
- Masten, A.E. (2016): Resilience in developing systems: The promise of integrated approaches. *European Journal of Developmental Psychology*, 13, S. 297-312.
- McGilloway, A./Ghosh, P./Bhui, K. (2015): A systematic review of pathways to and processes associated with radicalization and extremism amongst Muslims in Western societies. *International Review of Psychiatry*, 27, S. 39-50.
- Meloy, J.R./Genzman, J. (2016): The clinical threat assessment of the lone-actor terrorist. *The Psychiatric Clinics of North America*, 39, S. 649-662.
- Muluk, H./Sumaktoyo, N.G./Ruth, D.M. (2013): Jihad as justification: National survey evidence of belief in violent Jihad as a mediating factor for sacred violence among Muslims in Indonesia. *Asian Journal of Social Psychology*, 16, S. 101-111.\*
- Pauwels, L.J.R./De Waele, M. (2014): Youth involvement in politically motivated violence: Why do social integration, perceived legitimacy, and perceived discrimination matter? *International Journal of Conflict and Violence*, 8, S. 134-153.\*
- Pauwels, L.J.R./Svensson, R. (2017): How robust is the moderating effect of extremist beliefs on the relationship between self-control and violent extremism? *Crime and Delinquency*, 63, S. 1000-1016.\*
- Rahimullah, R.H./Larmer, S./Abdalla, M. (2013): Understanding violent radicalization amongst Muslims: A review of the literature. *Journal of Psychology and Behavioral Science*, 1, S. 19-35.
- Sageman, M. (2014): The stagnation in terrorism research. *Terrorism and Political Violence*, 26, S. 565-580.
- Sampson, R.J./Laub, J.H. (2003): *Shared beginnings, divergent lives: Delinquent boys to Age 70*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Savage, S. (2014): Preventing violent extremism in Kenya through value complexity: Assessment of Being Kenyan Being Muslim. *Journal of Strategic Security*, 7, S. 1-26.\*
- Scarcella, A./Page, R./Furtado, V. (2017): Terrorism, radicalisation, extremism, authoritarianism and fundamentalism: A systematic review of the quality and psychometric properties of assessments. *PLOS ONE*, 11 (12): e0166947.
- Schmucker, M./Lösel, F. (2011): Meta-analysis as a method of systematic reviews. In: Gadd, D./Karstedt, S./Messner, S.F. (Hg.): *The Sage Handbook of Criminological Research Methods*. Thousand Oaks, CA: Sage, S. 425-443.
- Shapland, J./Farrall, S./Bottoms, A. (2016): *Global perspectives on desistance*. Milton Park, UK: Routledge.
- Tofti, M.M./Farrington, D.P./Lösel, F./Loeber, R. (2011): The predictive efficiency of school bullying versus later offending: A systematic/meta-analytic review of longitudinal studies. *Criminal Behaviour and Mental Health*, 21, S. 80-89.
- Trautmann, C./Zick, A. (2016): Systematisierung von in Deutschland angebotenen und durchgeführten (Präventions-)Programmen gegen islamistisch motivierte Radikalisierung außerhalb des Strafvollzugs. Bielefeld u.a.: Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld & Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention.



- Van Bergen, D.D./Ersanilli, E.F./Pels, T.V.M./de Ruyter, D.J.* (2016): Turkish-Dutch youths' attitude toward violence for defending the in-group: What role does perceived parenting play? *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology*, 22, S. 120-133.\*
- Van Bergen, D.D./Feddes, A.F./Doosje, B./Pels, T.V.* (2015): Collective identity factors and the attitude toward violence in defense of ethnicity or religion among Muslim youth of Turkish and Moroccan Descent. *International Journal of Intercultural Relations*, 47, S. 89-100.\*
- Weine, S./Henderson, S./Shanfield, S./Legha, R./Post, J.* (2013): Building community resilience to counter violent extremism. *Democracy and Security*, 9, S. 327-333.

# Welche Rolle spielt religiöses Wissen für islamistische Radikalisierung?

*Johann Endres und Sonja King*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Entwicklung von Messinstrumenten zur Erhebung von religionsbezogenem Wissen und Einstellungen
3. Erste Ergebnisse
4. Zusammenfassung und Ausblick

## 1. Einleitung

Die verbreiteten psychologischen und soziologischen Erklärungsmodelle für Extremismus generell und für islamistische Radikalisierung im Besonderen<sup>1</sup> weisen häufig den drei Bereichen: *Ideologie* (zu Rebellion gegen bestehende Verhältnisse aufstachelnde und Gewalt legitimierende Denkmuster und „Narrative“), *soziale Netzwerke* (persönliche Beziehungen oder online-Kontakte) und *individuelle Motive* (zum Beispiel „quest for significance“ und die Erfahrung relativer Deprivation) zentrale Bedeutung zu. Dabei bleibt aber die Bedeutung religiöser Sozialisation und religiösen Wissens ungeklärt. Es gibt hierzu in der Literatur zwei unterschiedliche Annahmen:

- Immer wieder findet sich die Behauptung, islamistische Extremisten seien eigentlich „religiöse Analphabeten“,<sup>2</sup> das heißt, sie wüssten wenig bis nichts vom Islam und dessen Inhalten, und dass der Anschluss an eine extremistische Organisation vor allem durch persönliche Motive sowie durch eher zufällige soziale Kontakte bestimmt sei, über die ihnen radikale Denkweisen vermittelt werden. In dieser Sichtweise wären eine herkömmliche muslimische Sozialisation und tieferes Wissen über den Islam dann protektive Faktoren, die gegen Radikalisierung immunisieren: Wer die Religion, ihre Glaubensinhalte und ihre Traditionen gut kennt, ist weniger leicht durch Extremisten ansprechbar und durch einseitige und extremistische Auslegungen

---

1 Kruglanski/Webber (2014); Moghaddam (2005); Silber/Bhatt (2007).

2 Z.B. Dantschke (2015); Meyer (2015).

verführbar, weil er oder sie<sup>3</sup> über ein festes Fundament von wissensbasierten Glaubensüberzeugungen verfügt. Aus diesen Annahmen lässt sich als Forderung für die Prävention ableiten, dass islamische Seelsorge und Religionsunterricht auch deshalb ausgedehnt und gefördert werden sollten, weil dies die Rekrutierung für extremistische Gruppen erschweren würden.

- Eine Gegenposition sieht eher eine Kontinuität zwischen manchen traditionellen muslimischen Glaubensinhalten und deren extremistischen Zuspitzungen. So postuliert der Psychologe *Ahmad Mansour* mit seiner Beschreibung des jugendkulturellen Phänomens „Generation Allah“, dass bestimmte Aspekte einer traditionellen muslimischen Sozialisation (insbesondere Schwarzweißdenken, Abwertung von Andersgläubigen oder „Ungläubigen“) für salafistische Radikalisierung anfällig machten. Diese traditionelle Sozialisation erfolge vor dem Hintergrund eines konservativen, aber stark im Mainstream des Islam verankerten Islamverständnisses, das die Bedeutung religiöser Quellen stark akzentuiert, eine Auslegung der Texte im Kontext der Moderne ablehnt und deshalb Neuerungen der Religion verbietet. *„Meiner Überzeugung nach besteht eine grundlegende Gefahr des Radikalislam nicht in den Unterschieden zu einem moderaten Islamverständnis, sondern gerade in den Gemeinsamkeiten. Es gibt immer wieder Punkte, an denen radikale Islamisten anknüpfen können“*.<sup>4</sup> Die Implikationen für die Prävention, die sich aus diesem Standpunkt ergeben müssten, laufen eher auf Aufklärung, Ideologiekritik und Stärkung liberaler Werte (Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte) hinaus.

Es scheint also erforderlich, den Zusammenhang zwischen Wissen und Einstellungen in diesem Bereich empirisch aufzuklären.

## 2. Entwicklung von Messinstrumenten zur Erhebung von religionsbezogenem Wissen und Einstellungen

Zu den ersten Zielen unseres Forschungsansatzes, der sich auf die Erhellung von Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen in Haft richtet,<sup>5</sup>

---

3 Die Bedeutung des Geschlechts wird in den Radikalisierungstheorien bisher kaum thematisiert. Wir verwenden im vorliegenden Text häufig das generische Maskulinum („Extremisten“), auch deshalb, da vielfach in der Literatur offen bleibt, ob und in welchem Ausmaß Feststellungen sowohl für Männer als auch für Frauen gelten.

4 *Mansour* (2015), S. 37.

5 Vgl. *Stemmler et al.* (2018).

gehörte die Entwicklung geeigneter Erhebungsinstrumente, mit denen einerseits religiöses Wissen und religiöse Sozialisation sowie andererseits die verschiedenen Aspekte radikaler, islamistisch geprägter Einstellungen reliabel und valide erfasst werden könnten. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt Items formuliert und zu den nachfolgend beschriebenen Skalen zusammengefasst. Die Items der Skalen zur Erfassung religiöser Sozialisation sowie religionsbezogener Einstellungen wurden durchgehend unspezifisch formuliert, das heißt nicht auf eine bestimmte Religion bezogen.

Diese Skalen wurden in einer Online-Umfrage erstmals erprobt. An dieser beteiligten sich 207 Personen, davon 135 Frauen und 72 Männer. 135 der Befragten identifizierten sich als Christen, 46 als Muslime und 46 Personen („Andere“) ordneten sich keiner dieser beiden Gruppen zu.

- a. Skala „Wissen über das Christentum“: Ziel der Konstruktion dieser Skala war es, dasjenige deklarative Wissen zu erfassen, das Personen, die im Rahmen christlicher Religionsgemeinschaften sozialisiert worden sind oder praktizierende Christen sind, von Personen unterscheidet, die mit den Glaubensinhalten des Christentums weniger vertraut sind. Es handelte sich um 34 multiple-choice-Items, bei denen jeweils die einzige richtige Antwort unter vier vorgegebenen Optionen auszuwählen war.

Beispiel-Item: „Wen beinhalten die Seligpreisungen Jesu in der Bergpredigt nicht?“ (a, die geistig Armen; b, die Hungernden; c, die Liebenden; d, die Trauernden).

Dieses Item konnten 64 % der Christen, 50 % der Muslime und 65 % der Anderen richtig beantworten. Die Skala wies mit Cronbachs Alpha ( $\alpha$ ) = .85 für die Gesamtstichprobe eine gute interne Konsistenz auf; etwas niedriger war sie für die drei Teilstichproben. Erwartungsgemäß erreichten Christen im Durchschnitt deutlich höhere Skalenwerte als die beiden anderen Gruppen.

- b. Skala „Wissen über den Islam“: Analog dazu war das Ziel, Wissensinhalte abzubilden, durch die sich Personen, die islamisch sozialisiert worden sind und sich mit dem Islam beschäftigt haben, von anderen Personen unterscheiden. Es gab 32 multiple-choice-Items, bei denen jeweils wieder aus vier Antwortoptionen die richtige auszuwählen war.

Beispiel-Item: „Wonach sind die Suren im Koran geordnet?“ (a, Ort der Offenbarung; b, Zeitpunkt der Offenbarung; c, Themen; d, Länge).

Dieses Item wurde von 39 % der befragten Muslime, 11 % der Christen und 26 % der Anderen richtig beantwortet. Für die Skala ergab sich in der Gesamtstichprobe eine gute interne Konsistenz ( $\alpha$  = .88); wiederum etwas niedriger für die Teilstichproben. Hier erreichten erwartungsgemäß die Muslime deutlich höhere Werte als die beiden anderen Gruppen.

- c. Skala „Wissen über Gemeinsamkeiten Islam – Christentum“: Die 18 Items dieser Skalen (im richtig-falsch-Format) zielten darauf ab, zu erfassen, ob sich die Person mit den Gemeinsamkeiten der beiden Religionen beschäftigt hatten. Es ergab sich allerdings mit  $\alpha = .48$  eine recht niedrige interne Konsistenz der Skala; diese muss damit in der vorliegenden Version als wenig brauchbar angesehen werden.

Beispiel-Item: „Beide Religionen kennen Adam und Eva als erste Menschen im Paradies“ (richtig – falsch).

- d. Skala „Religiöse Sozialisation in der Familie“: Die 21 Items dieser Skala sollten erfassen, in welchem Ausmaß die Person innerhalb ihrer Herkunftsfamilie mit wesentlichen Traditionen, Glaubensinhalten und -riten in Berührung gekommen war. Hier ergab sich eine sehr hohe interne Konsistenz ( $\alpha = .94$ ).

Beispiel-Item: „In meiner Familie wurden Gebete gesprochen“<sup>6</sup>

- e. „Religiöse Sozialisation – Inhalte“: Die 10 Items dieser Skala zielten auf einzelne Glaubensinhalte ab. Auch hier ergab sich eine hohe interne Konsistenz ( $\alpha = .88$ ).

Beispiel-Item: „In meiner Kindheit habe ich über die Religion gelernt, welche Folgen Sünden haben.“

- f. „Religiöse Praxis“: 33 Items bezogen sich auf die individuelle Religionsausübung; sie sollten erfassen, in welchem Ausmaß sich die Person in ihrem Leben und ihrem Alltag durch ihre Religion leiten lässt. Auch für diese Skala ergab sich eine sehr hohe interne Konsistenz ( $\alpha = .96$ ).

Beispiel-Item: „Ich versuche, mich im Alltag an religiöse Gebote zu halten.“

- g. „Religiöse Intoleranz“: Die 33 Items dieser Skala versuchten jeweils abzubilden, in welchem Ausmaß die Person ihre eigene Religion absolut setzt und für überlegen hält und dementsprechend andere Religionen oder Weltanschauungen, aber auch säkulare staatliche Institutionen und Normen ablehnt oder abwertet. Hier ergab sich ebenfalls eine sehr hohe interne Konsistenz ( $\alpha = .95$ ).

Beispiel-Items: „Es gibt nur eine wahre Religion.“ – „Die Gebote der Religion sind wichtiger als die staatlichen Gesetze.“

---

6 Für die Items dieser und der nachfolgend beschriebenen Skalen wurde ein fünfstufiges Antwortformat (völlige Zustimmung bis völlige Ablehnung) verwendet.

- h. „Assessment and Treatment of Radicalization Scale“ (ATRS): Es handelt sich hier um die deutsche Übersetzung einer in Kanada entwickelten Skala,<sup>7</sup> die 30 Items umfasst, welche wiederum fünf Subskalen zugeordnet sind (Religiosität, politischer Fundamentalismus, Ablehnung westlicher Kultur, Betonung von Kampf/Gewalt, Abwertung von Frauen).
- i. „Generation Allah“: Die 59 Items dieser Skala wurden konstruiert, indem die wesentlichen Aussagen aus dem Buch „Generation Allah“ von Mansour<sup>8</sup> extrahiert wurden. Diese beziehen sich auf die Facetten Exklusivitätsanspruch, religiöser Autoritarismus, Buchstabengläubigkeit, Intoleranz, Abwertung Anders- und Ungläubiger, Feindbilder, Opfermentalität, Ablehnung von Erneuerungen der Religion, Angst vor Verdammnis sowie Tabuisierung der Sexualität. Diese Skala wies trotz der Heterogenität der Facetten eine sehr hohe interne Konsistenz auf ( $\alpha = .98$  für die Gesamtstichprobe und jeweils  $\alpha = .97$  für die drei Teilstichproben). In der Teilgruppe der Muslime ergab sich ein höherer Mittelwert, aber auch eine größere Streuung als bei den Christen und den Anderen.

Beispiel-Items: „Was in heiligen Schriften steht, hat genau so stattgefunden.“ – „Religiöse Regeln sind über alle Orte und Zeiten unveränderbar.“ – „Am jüngsten Tag wird jeder für seine Sünden zur Rechenschaft gezogen.“

- j. „Need for Cognitive Closure“ bzw. „Kognitive Geschlossenheit und persönliches Strukturbedürfnis“: Verwendet wurde die deutsche Version<sup>9</sup> einer von Kruglanski<sup>10</sup> entwickelten Skala, die mit 25 Items einen kognitiven Stil der Informationsverarbeitung erfasst, der auch als Ambiguitätsintoleranz bezeichnet wird. Personen mit einer hohen Ausprägung dieses Stils vertragen Ungewissheit und Uneindeutigkeit schlecht, präferieren klare Strukturen und Zuordnungen und lassen ungerne Grauzonen zu (zum Beispiel auch, dass eine Person oder Sache zugleich positive und negative Eigenschaften hat). Im Modell der Radikalisierung von Kruglanski wird angenommen, dass eine hohe Ausprägung dieses Stils Radikalisierung begünstigt. Für diese Skala ergab sich mit  $\alpha = .83$  eine hohe interne Konsistenz.

Beispiel-Items: „Ich mag Fragen nicht, die man auf sehr unterschiedliche Weise beantworten kann.“ – „Ich kann unvorhersehbare Situationen nicht leiden.“

---

<sup>7</sup> Loza (2007).

<sup>8</sup> Mansour (2015).

<sup>9</sup> Collani (2014).

<sup>10</sup> Webster/Kruglanski (1994).

### 3. Erste Ergebnisse

Die nachfolgend berichteten Analysen beziehen sich auf eine im Sommer 2017 im Rahmen einer psychologischen Masterarbeit durchgeführte Online-Erhebung,<sup>11</sup> an der 207 Personen vollständig teilnahmen, davon 135 Christen, 46 Muslime und 46 andere, die sich keiner dieser Religionen zuordneten. Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden waren Frauen. Das Alter reichte von 17 bis 67 Jahren (Mittelwert 32,0; Standardabweichung 10,7).

Die Interkorrelationen der Skalen wiesen insgesamt das zu erwartende Muster auf. Die Skalen zur Erfassung religionsbezogener Einstellungen („religiöse Intoleranz“, ATRS, „Generation Allah“) korrelierten sehr hoch untereinander (jeweils  $r \approx .80$ ), eine Faktorenanalyse zeigte einen starken Generalfaktor. Daraus ist abzuleiten, dass – jedenfalls in der hier untersuchten Stichprobe aus der Allgemeinbevölkerung – eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Facetten radikaler beziehungsweise extremistischer Einstellungen nicht sinnvoll erscheint.

Zwischen Einstellungen und religiöser Sozialisation ergaben sich positive Korrelationen in moderater Höhe ( $r \approx .40$  bis  $.50$ ). Personen, die religiös sozialisiert worden waren und die ihre Religion praktizierten, wiesen also zum Teil intolerantere Einstellungen auf als weniger religiöse Personen. Dies scheint allerdings wenig überraschend. Auch lässt die nur moderate Höhe des Zusammenhangs erkennen, dass auch viele religiöse Personen nur geringe Werte auf den Einstellungsskalen hatten. Schließlich gilt es zwischen einem hohen Grad an Religiosität einerseits und religiösem Extremismus andererseits deutlich zu unterscheiden, da nur Letzteres mit feindseliger Haltung gegenüber Andersdenkenden in Verbindung steht.<sup>12</sup>

Die zentrale Fragestellung der Untersuchung richtete sich auf den Zusammenhang zwischen religiösem Wissen und intoleranten religionsbezogenen Einstellungen. In der Gesamtstichprobe ergaben sich moderat positive Korrelationen zwischen den Einstellungsskalen und dem Wissen über den Islam ( $r \approx .45$ ) sowie schwach negative Korrelationen zwischen den Einstellungsskalen und dem Wissen über das Christentum ( $r \approx -.30$ ). Diese Zusammenhänge erscheinen jedoch schwer interpretierbar, wenn die religiöse Zuordnung der Personen nicht berücksichtigt wird.

Für die beiden Teilstichproben der Christen und der Muslime wurden deshalb getrennte Analysen durchgeführt. Dabei wurde jeweils in einer multiplen Regressionsanalyse die Skala „Generation Allah“, welche die größte Reliabilität aufwies, als vorherzusagende abhängige Variable ausgewählt; die Wissens- und

---

11 Rückel (2017).

12 Vgl. Koopmans (2015).

Sozialisierungsskalen sowie die Skala „Need for Cognitive Closure“ wurden jeweils als Prädiktoren schrittweise in das Modell aufgenommen. Wie *Tabelle 1* zeigt, waren bei der Teilgruppe der Christen radikale Einstellungen nur zu einem geringen Varianzanteil aus Wissen, Sozialisation und Informationsverarbeitungsstil vorhersagbar. Überraschend erscheint, dass hier das Wissen über den Islam positiv mit intoleranten Einstellungen korreliert. Dies ließe sich durch die Annahme erklären, dass Menschen mit christlichem Hintergrund, die gegenüber dem Islam kritisch bis feindlich gesinnt sind, sich mit diesem möglicherweise intensiver beschäftigen, um ihre ablehnende Einstellung zu legitimieren.

Bei der Teilgruppe der Muslime war die aufgeklärte Varianz deutlich größer. Hier korreliert das Wissen über die andere Religion, in diesem Fall also das Christentum, hoch negativ mit intoleranten Einstellungen, das heißt Muslime, die viel über das Christentum wissen, lehnen radikale Ideen eher ab und tendieren zu einer aufgeklärten und toleranten Haltung. Hingegen gehen bei ihnen eine religiöse (in aller Regel also islamische) Sozialisation und größeres Wissen über die eigene Religion eher mit intoleranten Einstellungen einher.

*Tabelle 1: Ergebnisse zweier multipler Regressionsanalysen auf „Generation Allah“*

Christen (n = 135)	Muslime (n = 46)
1. Wissen über den Islam $\beta = .29$	1. Wissen über das Christentum $\beta = -.66$
2. Religiöse Sozialisation in der Familie $\beta = .24$	2. Wissen über den Islam $\beta = .32$
3. Need for Cognitive Closure $\beta = .29$	3. Religiöse Sozialisation in der Familie $\beta = .24$
$R^2_{\text{adj}} = .16$	$R^2_{\text{adj}} = .47$

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

Die Vorstudie hat gezeigt, dass auf individueller Ebene religiöses Wissen (über den Islam beziehungsweise über das Christentum) und religionsbezogene radikale Einstellungen mit den von uns konstruierten oder adaptierten Fragebogenskalen zuverlässig und valide erfasst werden können. In der beschriebenen Vorstudie wurden für die Wissensskalen jeweils über 30 Items verwendet. Für weitere Untersuchungen kann die Itemanzahl der Skalen



jeweils reduziert werden; die Fragen mit geringer Trennschärfe oder mit sehr geringen oder sehr großen Lösungswahrscheinlichkeiten können ausselektiert werden, um bei schriftlichen Befragungen die Zeitdauer für die Bearbeitung zu verkürzen. Dass die Skala „Gemeinsamkeiten von Christentum und Islam“ nicht gut funktionierte (unbefriedigende interne Konsistenz), ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um Spezialwissen handelt, über das einzelne Befragte nur zufällig und punktuell verfügen.

Die Skalen für religiöse Sozialisation und religiöse Praxis wiesen trotz geringerer Umfänge ebenfalls gute Kennwerte auf und scheinen ebenfalls für weitere Erhebungen gut brauchbar.

Bezogen auf die Einstellungsskalen zeigte sich, dass die verschiedenen Instrumente (die selbst konstruierte Skala „religiöse Intoleranz“, die aus dem Englischen übersetzte Skala ATRS sowie die nach der Beschreibung der gleichbenannten jugendkulturellen Strömung durch *Mansour* von uns entwickelte Skala „Generation Allah“) jedenfalls in einer unausgelesenen Stichprobe aus der Allgemeinbevölkerung hoch untereinander korrelieren, also ungefähr dasselbe erfassen. Auch hier scheint also aus forschungsökonomischen Gründen eine Verkürzung durch Reduktion der Itemanzahl möglich und sinnvoll. Offen bleibt jedoch vorerst die Frage, ob nicht eventuell bei speziellen Stichproben (zum Beispiel Personen mit salafistisch beziehungsweise islamistisch geprägten Einstellungen) die verschiedenen Facetten intoleranter und radikaler Denkmuster mit Hilfe von Subskalen besser differenziert werden könnten.

Der Befund, dass bei Christen das Wissen über die andere Religion (Islam) positiv, bei Muslimen jedoch umgekehrt das Wissen über das Christentum negativ mit intoleranten Einstellungen korreliert, ist aufgrund des geringen Umfangs der Stichprobe und deren fraglicher Repräsentativität als vorläufig anzusehen. Lässt er sich replizieren, legt er jedoch klare Schlussfolgerungen für die Prävention von Radikalisierung nahe: Demzufolge ist nicht das Wissen über die eigene Religion, sondern das Wissen über andere Religionen ein protektiver Faktor gegen Radikalisierung, und es erscheint sinnvoller, junge Menschen über die Inhalte und Traditionen anderer Religionen und Weltanschauungen aufzuklären, als sich allein von einem konfessionsgebundenen Religionsunterricht präventive Wirkungen zu erhoffen. Dies gilt insbesondere für junge Muslime, bei denen im Mittel intolerante und radikale religionsbezogene Einstellungen stärker ausgeprägt sind als bei Christen oder nicht konfessionell Gebundenen.

Vorgesehen ist der Einsatz der hier vorgestellten und erstmals erprobten Erhebungsinstrumente im Rahmen unseres von der DFG geförderten Forschungsprojekts über islamistische Radikalisierung im Justizvollzug. Hier sollen zum einen in Form von Interviews mit Inhaftierten, die der islamistischen Szene

oder dem Umfeld des dschihadistischen Terrorismus zugehören,<sup>13</sup> die Prozesse der Radikalisierung oder auch der Deradikalisierung unter den besonderen Bedingungen der Haft erhellt werden. In einer zweiten Teilstudie soll mittels einer wiederholten schriftlichen Befragung von jungen muslimischen Inhaftierten untersucht werden, wie verbreitet unter ihnen radikale religionsbezogene Einstellungen sind, wie diese mit religiösem Wissen und religiöser Sozialisation zusammenhängen und wie sich diese Einstellungen im Verlauf der Haft und in Abhängigkeit von bestimmten Angeboten und Maßnahmen (zum Beispiel Workshops zur Radikalisierung, muslimische Seelsorge, Deradikalisierungsmaßnahmen) verändern. Hierfür scheinen die von uns entwickelten Skalen nach Kürzung gut geeignet. Das dahinterstehende Ziel ist die Schaffung einer besseren empirischen Grundlage für die Konzeptualisierung und Durchführung präventiver Maßnahmen, da für die Wirksamkeit der bisher verfügbaren Programme noch so gut wie keine Evidenz vorliegt.<sup>14</sup>

Darüber hinaus scheint es auch möglich, die von uns entwickelten Instrumente in Evaluationsstudien über die Wirkung spezieller Programme einzusetzen, möglicherweise auch – ergänzend zu stärker aktenbasierten Beurteilungsmethoden – im Rahmen von Screenings zur Einschätzung der individuellen Gefährdung hinsichtlich Radikalisierung beziehungsweise der Indikation für darauf gerichtete Präventionsmaßnahmen.

## Literatur

- Dantschke, C.* (2015): Radikalisierung von Jugendlichen durch salafistische Strömungen in Deutschland. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendgerichtshilfe*, 26 (1), S. 42-48.
- Endres, J./King, S.* (2018): Radikalisierung und Deradikalisierung im Justizvollzug. In Walsh, M./Armborst, A./Kober, M. (Hg.): *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland – Ein Leitfaden für Politik und Praxis*. Berlin: Springer, S. 511-530.
- Koopmans, R.* (2015): Religious fundamentalism and hostility against out-groups: A comparison of Muslims and Christians in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41 (1), S. 33-57.
- Kruglanski, A.W./Webber, D.* (2014): The psychology of radicalization. *Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik*, 9 (9), S. 379-388.
- Loza, W.* (2007): The psychology of extremism and terrorism: A Middle-Eastern perspective. *Aggression and Violent Behavior*, 12 (2), S. 141-154.

---

13 Im bayerischen Justizvollzug waren dies im Frühjahr 2017 insgesamt 49 Personen. Diese wurden von uns im Rahmen einer Aktenanalyse bereits analysiert und statistisch aufbereitet, *Stemmler et al.* (2018). Anfang 2018 ist die Anzahl auf etwa 60 gestiegen; hinzu kommen etwa 30 noch unklare Verdachtsfälle.

14 Vgl. *Endres/King* (2018).

- Mansour, A.* (2015): Generation Allah: Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Meyer, H.* (2015): „Ist Terrorismus eigentlich erlaubt?“ Junge männliche Migranten und der Reiz des Salafismus. *Forum Strafvollzug*, 64, S. 314-319.
- Moghaddam, F.M.* (2005): The staircase to terrorism: A psychological exploration. *American Psychologist*, 60, S. 161-169.
- Rückel, T.* (2017): Prädiktoren religiöser Radikalität. Unveröffentlichte Masterarbeit, Psychologisches Institut, Universität Erlangen.
- Silber, M.D./Bhatt, A.* (2007): Radicalization in the West: The homegrown threat. New York: New York City Police Department.
- Stemmler, M./King, S./Endres, J./Schwaß, M./Lauchs, L.* (2018): Analyse der Gefangenenakten von Inhaftierten mit den Sicherheitsvermerken „Salafistische Szene“ und „Islamistischer Terror“: Ergebnisse einer quantitativ-empirischen Pilotuntersuchung. Abschlussbericht für das Nationale Zentrum für Kriminalprävention (NZK) in Bonn. Erlangen: Institut für Psychologie & Kriminologischer Dienst des bayerischen Justizvollzugs.
- von Collani, G.* (2014): Eine deutsche Skala zum Konstrukt „Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit (NFCC)/Persönliches Strukturbedürfnis (PNS)“. In: Danner, D./Glöckner-Rist, A. (Hg.): Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen, doi: 10.6102/zis49.
- Webster, D.M./Kruglanski, A.W.* (1994): Individual differences in need for cognitive closure. *Journal of Personality and Social Psychology*, 67, S. 1049-1062.

# **Zur Kontroll-Funktionalität von Whistleblowing-Systemen im Lichte aktueller empirischer Erkenntnisse**

*Nico Herold*

## **Gliederung**

- |   |   |
|---|---|
| 1. Einleitung   | 4.1 Notwendiges Kriterium –<br>Stimulierung und Kanalisierung         |
| 2. Whistleblowing als Phänomen und<br>Kontrollinstrument          | 4.2 Hinreichendes Kriterium –<br>Verarbeitung und Missstandskontrolle |
| 3. Die theoretische Funktionalität von<br>Whistleblowing-Systemen | 5. Fazit  |
| 4. Die tatsächliche Funktionalität von<br>Whistleblowing-Systemen |   |

## **1. Einleitung**

Insider legen immer wieder Missstände aller Arten und Ausmaße in staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen offen. Die großen internationalen Fälle der jüngeren Vergangenheit sind durch die mediale Aufbereitung inzwischen so bekannt, dass schon deren Schlagworte stellvertretend für das Phänomen des „Whistleblowings“ stehen („NSA-Affäre“, „Luxemburg-Leaks“, „Panama-Papers“ etc.). Auch deswegen schreibt man Whistleblowern eine tragende Rolle bei der Aufklärung von Missständen zu. Das gilt gerade für sensible organisationelle Bereiche und Arbeitsfelder, die für Nichteingeweihte – seien sie nun organisationszugehörig oder nicht – nur schwer bis gar nicht einzusehen sind. Im rechtspolitischen beziehungsweise kriminologischen Diskurs betrifft das vorwiegend die (straf-)rechtliche Kontrolle von Unternehmen, aus denen heraus Wirtschaftsdelikte begangen werden. Denn dieses Feld ist von „opferlosen Heimlichkeitsdelikten“ mit komplexen Begehungsstrukturen geprägt – zum Beispiel bei den Spielarten der Korruption. Die Anzeigesituation ist darum traditionell unzureichend, das geschätzte Dunkelfeld groß. Die Argumente in den juristischen und rechtspolitischen Debatten um das ausgleichende Kontroll-Potenzial von Whistleblowing werden allerdings zumeist losgelöst von der empirischen Erkenntnislage ins Feld geführt. Das gilt nicht nur für die Fragen nach

der Entscheidung *für* und dem situativen Verlauf *von* Whistleblowing, sondern insbesondere auch für dessen Verwertung.<sup>1</sup> Dieser Beitrag liefert daher einen (ausschnittartigen) Überblick der aktuellen Erkenntnislage zu Anlaufstellen für Whistleblower und setzt diesen mit den Funktionalitätsannahmen von Whistleblowing als Kontrollinstrument ins Verhältnis.

## 2. Whistleblowing als Phänomen und Kontrollinstrument

Unter Whistleblowing versteht man international allgemein: „*The disclosure by organization members (former or current) of illegal, immoral or illegitimate practices under the control of their employers, to persons or organizations that may be able to effect action*“.<sup>2</sup> Sind die Meldungsadressaten funktional der misstandsbehafteten Organisation (außerhalb des regulären Dienstweges) zuzuordnen – zum Beispiel Compliance-Management-Systeme (CMS) oder externe Ombudspersonen –, handelt es sich um internes, andernfalls um externes Whistleblowing – zum Beispiel gegenüber den Strafverfolgungsbehörden oder Medien.<sup>3</sup>

Letzteres ist die klare Ausnahme und in der Regel „das Produkt eines einzelfallabhängigen, progredienten Aktions-/Reaktions-Prozesses“. Er beginnt mit internen Meldungen und verselbstständigt sich dann über eine Eskalationsspirale. Diese besteht aus dem (gefühl) fehlenden oder mangelhaften Korrektoreffekt und den stattdessen einsetzenden Repressionen durch die Betroffenen und/oder die Organisation, weshalb sich Insider letztendlich zu externem Whistleblowing als Ultima Ratio gedrängt sehen.<sup>4</sup> Wie sie dabei vorgehen, bestimmt sich nach der subjektiv empfundenen Veranlassung zur Handlung (Handlungsdruck und -richtung). Sie hängt von verschiedenen personellen, situativen und organisationellen Größen ab, die den Handlungsdruck steigern, hemmen oder kompensieren (können). Auf persönlicher Ebene besteht allgemein eine hohe Hemmschwelle gegenüber externen Stellen. Darum, und aus Fairness- und Praktikabilitätsgründen bevorzugt man generell innerorganisationelle Lösungen, also auch internes Whistleblowing. Die situativen

1 Bis hierher Herold (2016), S. 51 ff.; Johansson/Carey (2016), S. 391 ff.; Kölbel/Herold (2015), S. 375 f.

2 Kölbel/Herold (2017), S. 1; Miceli et al. (2008), S. 6; Miceli/Near (2002), S. 456.

3 Kölbel/Herold (2017), S. 1; (2015), S. 376; Herold (2016), S. 40 ff.; die Spezialfälle des medialen oder öffentlichen Whistleblowings – z.B. über Internet-Plattformen wie WikiLeaks – bleiben hier ausgespart.

4 Herold (2016), S. 191 f., 313 f.; Kölbel/Herold (2017), S. 6 ff.; (2015), S. 380 f.; Vandeckerckhove/Phillips (2017); Skivenes/Trygstad (2017), S. 129 f.; Kesselheim et al. (2010), S. 1838.

Haupt-Treiber sind: Art und Ausmaß des Missstandes und wie stark diese und/oder die eingesetzten Repressionen die persönlichen Interessen des Insiders beeinträchtigen – zum Beispiel Ehre, Gesundheit, Karriere, Lebenswerk. Der zentrale Hemmfaktor ist entsprechend die Angst vor beruflichen oder privaten Negativfolgen. Eingerahmt wird der Verlauf von den organisationellen Gegebenheiten – etwa den hierarchie- und strukturbedingten Machtpositionen – und den daraus resultierenden Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten der Involvierten – wie Vertuschungs- oder Vergeltungsroutinen.<sup>5</sup>

Dem entgegenwirken sollen unter anderem Whistleblowing-Systeme als spezielle Anlaufstellen, entweder als interne Versionen der organisationellen Selbstregulierung, zum Beispiel als „unverzichtbarer Bestandteil eines effektiven CMS“,<sup>6</sup> oder externe Mitteilungskanäle der Kontrollbehörden, Medien etc. im Sinne einer „Public-Private-Partnership“.<sup>7</sup> Für die Ausgestaltung bedient man sich verschiedener Instrumente, meistens im Verbund. Dazu zählen unter anderem: spezielle Whistleblowing-Vorschriften in Verhaltenskodizes (Code of Conduct) beziehungsweise formelle Gesetze, finanzielle/berufliche Anreize, Ombudspersonen, Telefon-Hotlines oder computergestützte Meldesysteme (vgl. unten 4.1.2).

### 3. Die theoretische Funktionalität von Whistleblowing-Systemen

In der Theorie ergänzen sich interne und externe Whistleblowing-Systeme als Teile der gerade genannten Regulierungskonzepte. Insider mit Missstandskennntnis sollen sich (auch) ihretwegen für Whistleblowing entscheiden und sich zunächst an die internen Stellen wenden. Falls das nicht möglich, zumutbar oder erfolgversprechend ist, sollen sie externe Adressaten ansteuern.<sup>8</sup> Die jeweils angelaufenen Instanzen sorgen dann für die Aufklärung des Missstandes, seine Beseitigung und gegebenenfalls eine Sanktionierung der Verantwortlichen bei

---

5 Für diesen Absatz und Persönlichkeitstypen, weitere Faktoren etc. siehe *Herold* (2016), S. 94 ff., 196 ff., 303 ff., 350 ff.; *Kölbel/Herold* (2017), S. 7 ff.; (2015), S. 381 ff.; (2010), S. 434 ff. jeweils m.w.N.; ferner *Vandekerckhove/Phillips* (2017); *Skivenes/ Trygstad* (2017), S. 121; *Bussmann et al.* (2016), S. 32 ff.; *PricewaterhouseCoopers Belgium* (2011), S. 44; *Miceli/Near* (2002), S. 457.

6 *Schemmel et al.* (2012), Kap. 3 Rn. 15, 24; ferner *Baur/Holle* (2017), S. 379; *Conzelmann* (2017), S. 181; *Skivenes/Trygstad* (2017), S. 122 f.

7 *Herold* (2016), S. 56 ff.; *Kölbel/Herold* (2010), S. 428 ff.

8 Das entspricht ohnehin nicht nur dem natürlichen Verhalten (oben 2.), sondern auch den rechtlichen Basis-Vorgaben, siehe *Herold* (2016), S. 66 ff.

gleichzeitigem Schutz der Whistleblower. Das steigere parallel die abschreckend wirkende Wahrscheinlichkeit, mit der Fehlverhalten aufgedeckt wird. Das ideale Ergebnis wäre eine „Synthese von Prävention und Repression“.<sup>9</sup> Daraus lassen sich für die Beurteilung der Funktionalität von Whistleblowing(-Systemen) ein notwendiges und ein hinreichendes Kriterium ableiten:

- Notwendig ist, dass die Anlaufstellen überhaupt (mehr) Whistleblowing erzeugen und/oder kanalisieren (können; Effektivität).
- Hinreichend ist, dass es entsprechend Konformität fördernd verarbeitet wird (Effizienz) und mindestens zur teilweisen Beseitigung des konkreten Missstandes beiträgt (Effektivität).<sup>10</sup>

Die tatsächliche Funktionalität von Whistleblowing-Systemen ist also danach zu beurteilen, ob und inwieweit diese beiden Kriterien in der Praxis erfüllt werden (können).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Betreiber-Organisationen in Wirklichkeit interessenbedingt um das „Exklusiv“-Whistleblowing konkurrieren, und zwar vertikal (intern vs. extern) und horizontal (zum Beispiel staatliche Einrichtungen vs. Medien). Denn grundsätzlich hat jede Organisation – egal ob Unternehmen, Behörde oder sonstige – ein „vitales Primärinteresse“ daran, dass (rechtlich) brisante Interna nicht nach außen dringen.<sup>11</sup> Es gilt, staatliche Maßnahmen, Haftungs- und Reputationsschäden und sonstige geschäftliche Nachteile unbedingt zu vermeiden. Entsprechend dienen interne Whistleblowing-Systeme zu allererst dazu, offenkundigsbereite Insider „im Haus“ zu halten. Die Organisationen möchten frühzeitig und als Einzige oder zumindest Erste Kenntnis von (potenziellen) Missständen erlangen und die Be- und Verarbeitungshoheit „einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit“ nicht an externe Instanzen verlieren.<sup>12</sup> Externe Systeme zielen aber genau darauf ab. Sie sollen dieselben Insider zu externem Whistleblowing animieren und so gerade eine außerorganisationelle (staatliche) Kontrolle/Sanktionierung ermöglichen.<sup>13</sup> Der systembedingte Vorteil in diesem

9 Hefendehl (2009), S. 621; Baur/Holle (2017), S. 379.

10 Vgl. Miceli/Near (2002), S. 456: „the extent to which the questionable or wrongful practice (or omission) is terminated at least partly because of whistle-blowing and within a reasonable time frame“; ferner Vandekerckhove/Phillips (2017); Skivenes/Trygstad (2017), S. 128; Herold (2016), S. 113, 182 ff., 337 f.; Waldron (2012), S. 44 f.

11 Herold (2016), S. 60 f.; Schemmel et al. (2012), Kap. 3 Rn. 21; PricewaterhouseCoopers Belgium (2011), S. 6; nur als Nebeneffekt einordnend, Baur/Holle (2017), S. 380.

12 Herold (2016), S. 60 f.; Schemmel et al. (2012), Kap. 3 Rn. 21; ferner Baur/Holle (2017), S. 379 f.; Conzelmann (2017), S. 181; Chen et al. (2017), S. 1773; Kölbel/Herold (2015), S. 377; Miceli/Near (2002), S. 457.

13 Kölbel/Herold (2015), S. 377; (2010), S. 431 ff.

Wettbewerb liegt klar bei den verantwortlichen Organisationen und ihren internen Whistleblowing-Systemen, eben weil Insider sie ohnehin fast immer für die Erst- und auch Folge-Meldungen bevorzugen.<sup>14</sup>

## 4. Die tatsächliche Funktionalität von Whistleblowing-Systemen

### 4.1 Notwendiges Kriterium – Stimulierung und Kanalisierung

Es gibt zwei Methoden, die prinzipiell dazu geeignet sind, das Meldeverhalten von Insidern anzuregen und es in das jeweilige System zu lenken. Sie bestehen darin, den Handlungsimpuls direkt zu erhöhen oder die Hemmschwellen abzusenken beziehungsweise beides zu kombinieren. Infrage dafür kommen diejenigen Faktoren, die sich auf beides auswirken (können) und sich extern (mittelbar) ansteuern lassen.<sup>15</sup>

#### 4.1.1 Von außen (an)steuerbare Faktoren

Den Handlungsimpuls durch extrinsische Anreize zu erhöhen, beschränkt sich praktisch auf Belohnungen, allen voran die immer wieder diskutierten Geldprämien. Daher tritt auch das Konkurrenzverhältnis immer dort besonders deutlich auf, „*wo der potenzielle Whistleblower von der Unternehmens- oder staatlichen Seite (oder gar beiden) durch finanzielle Anreize zu den jeweils eigenen Systemen gelockt (Informantenprämie) oder vom Konkurrenzsystem ferngehalten werden soll (Schweigeprämie)*“.<sup>16</sup> Die verhältnismäßig wenigen Studien dazu zeigen einen tendenziellen – aber keineswegs eindeutigen – positiven Effekt auf Whistleblowing beziehungsweise die Intention dazu (intern wie extern), der zudem noch mit anderen Faktoren in Wechselwirkung steht – zum Beispiel mit Art und Ausmaß des Missstandes, Schutzgesetzen oder der Beweisqualität.<sup>17</sup> Eine allgemeine „Umkanalisierung“ von internem auf externes (Erst-)Whistleblowing ist damit nach aktueller Erkenntnislage nicht zu

---

14 Vandekerckhove/Phillips (2017); Herold (2016), S. 328 f.; Kölbel/Herold (2010), S. 434.

15 Herold (2016), S. 332 ff.

16 Kölbel/Herold (2015), S. 377 f.; siehe auch Chen et al. (2017), S. 1757 ff.; Herold (2016), S. 63; PricewaterhouseCoopers (2013), S. 35 ff.

17 Andon et al. (2018), S. 172 ff.; Schmolke/Utikal (2016), S. 6 ff., 17 ff.; Herold (2016), S. 95, 294 ff., 351 ff.; Pope/Lee (2013), S. 604 ff., jeweils m.w.N.; nach Chen et al. (2017), S. 1767 ff. ist für Unternehmen die Androhung arbeitsrechtlicher Sanktionen bei unterlassenen internen Whistleblowing unter Umständen wirksamer als eigene Geldprämien.



erreichen. Beispielsweise hatten sich gut 80 % bis knapp 90 % der Insider, die die gesetzlichen US-amerikanischen Prämienmodelle des Dodd-Frank Acts und des False Claims Acts (FCA) für externes Whistleblowing nutzten, zuvor intern an das Management oder das CMS gewandt.<sup>18</sup> Auch versuchten zum Beispiel 18 von 22 interviewten US-Pharma-Whistleblowern trotz Aussicht auf staatliche FCA-Prämien in Millionenhöhe zunächst vergeblich – zum Teil lange und wiederholt –, intern für Abhilfe zu sorgen.<sup>19</sup>

Mehr Einwirkungspotenzial versprechen der Abbau bestehender Hemmschwellen beziehungsweise -größen (zum Beispiel gegenüber „offiziellen“ Instanzen wie Behörden; Angst vor negativen Konsequenzen) und die damit unter anderem zusammenhängende Bevorzugung aufwandsarmer Meldemöglichkeiten.<sup>20</sup> Das zeigt sich zunächst darin, dass allgemein Whistleblowing-affine, organisationskulturelle Rahmenbedingungen interne Meldungen grundsätzlich fördern – zum Beispiel ein kritikoffenes Arbeitsklima, eine demokratische Struktur oder die Unterstützung durch Vorgesetzte. Umgekehrt unterdrückt ihr Fehlen tendenziell Whistleblowing beziehungsweise stößt gegebenenfalls sogar externes an.<sup>21</sup> Im Schnitt moderate Zusammenhänge mit internem Whistleblowing bestehen für organisationseigene Whistleblowing-Systeme beziehungsweise die Einzelkomponenten (Kodizes, formelle Whistleblowing-Prozeduren, Hotlines etc.).<sup>22</sup> Unmittelbarer an der Angst vor Konsequenzen setzt vor allem die zumeist zugesicherte Anonymität an, die vor Vergeltungsszenarien schützen soll. Die Ergebnisse zu ihrer Aktivierungs- und Kanalisierungswirkung sind allerdings ebenfalls nicht eindeutig, deuten aber auf einen positiven Effekt hin.<sup>23</sup> Allerdings gehen die meisten Whistleblower (intern) ohnehin zunächst offen vor.<sup>24</sup> In diesen Zusammenhang gehören auch jene (wenigen) Befunde, nach denen der Glaube an die

---

18 *Securities and Exchange Commission* (2017a), S. 17; *National Whistleblowers Center* (2010), S. 5.

19 *Kesselheim et al.* (2010), S. 1834; gemischte Haltungen auch bei *Herold* (2016), S. 95, 294 ff., 351 ff.

20 *Herold* (2016), S. 201 ff., 328 ff.; *Kölbel/Herold* (2015), S. 381 ff.

21 Überblick bei *Herold* (2016), S. 100, 363 f.; *Kölbel/Herold* (2010), S. 435; *Andon et al.* (2018), S. 167 f.; siehe zu einer Hinweisgeberkultur, *Bussmann et al.* (2016), S. 32 ff.

22 Überblick bei *Herold* (2016), S. 363 f.; *Andon et al.* (2018), S. 167 f.; dieser Befund überrascht insofern nicht, als dass diese Ausgestaltungen die ohnehin bestehende Tendenz zur vorrangigen internen Konsenslösung (oben 2.) bedienen.

23 Überblick und Interviews bei *Herold* (2016), S. 99, 358 f.; *Johansson/Carey* (2016), S. 405 ff.; *Andon et al.* (2018), S. 167; kein Effekt z.B. bei *Schön* (2016), S. 486 f.; *Pope/Lee* (2013), S. 605 f.; vgl. auch *Skivenes/Trygstad* (2017), S. 121; *Waldron* (2012), S. 44.

24 *Vandekerckhove/Phillips* (2017); *Skivenes/Trygstad* (2017), S. 121; *Public Concern at Work* (2016), S. 7; zur (vorrangigen) Thematisierung unter Kollegen bzw. gegenüber den Betreffenden siehe z.B. *Herold* (2016), S. 163 ff.; *Bussmann et al.* (2016), S. 32; vgl. dagegen aber z.B. *The Network* (2015), S. 21.

Abhilfe durch die Organisation/den Staat und den (rechtlichen) Schutz vor Repressalien eine mehr oder minder fördernde Wirkung haben, entsprechende Zweifel eine gegenteilige.<sup>25</sup> Dabei gilt: Je exklusiver das gemeldete Detailwissen, desto genauere Rückschlüsse sind auf den (innerbetrieblichen) Insider möglich, die die Anonymität dann praktisch aufheben.<sup>26</sup>

#### 4.1.2 Der tatsächliche Ertrag von Whistleblowing-Systemen

Inwieweit sich diese überwiegend experimentell erhaltenen Daten<sup>27</sup> auch im tatsächlichen Ertrag von Whistleblowing-Systemen widerspiegeln, lässt sich nur indirekt über die Erkenntnisse zu ihrer Nutzung und der Hinweisqualität einschätzen. Denn diese geben zum Beispiel grundsätzlich keine Auskunft darüber, ob nur wegen der vorhandenen Whistleblowing-Systeme gemeldet wurde oder es auch ohne sie zu den Eingaben gekommen wäre.<sup>28</sup>

Abstellen lässt sich zunächst auf diverse Benchmark-Reports von privaten Dienstleistern, die moderne interne Whistleblowing-Systeme anbieten (Web, Hotline, E-Mail, Postweg, persönlich) und die dazugehörigen Funktionalitäts-Daten bei ihren Kunden-Organisationen erheben. Der Anbieter *Expolink* verzeichnete für das Jahr 2017 einen Durchschnitt von 2,5 Meldungen pro 1.000 Angestellte, davon 54,6 % per Telefon, 31,6 % internetbasiert, 13,4 % per E-Mail, 0,3 % per App und 0,1 % postalisch; das Konkurrenzunternehmen *NAVEX Global* kam im Zeitraum von 2012 bis 2016 in 2.382 Organisationen (privat, non-profit und öffentlich) auf eine mittlere Whistleblowing-Quote von 1,2 bis 1,4 pro 100 Angestellte, wobei Hotlines und webbasierte Wege (leicht) nachrangig genutzt wurden und nur circa 40 % der Meldungen mindestens teilweise substantiiert waren (offene mehr als anonyme); die echte Anonymitätsrate lag bei beiden Erhebungen zwischen 58 % und 62 %.<sup>29</sup> Zu teilweise höheren Ergebnissen kam ein paralleler, im Jahr 2015 eingestellter Report für das letzte Erhebungsjahr 2014. Bei insgesamt 1.138 Organisationen kam es zu durchschnittlich 10,3 Meldungen pro 1.000 Angestellte, die unter anderem zu 78,1 % telefonisch

---

<sup>25</sup> Überblick bei Herold (2016), S. 99, 360 f.

<sup>26</sup> Herold (2016), S. 190 f., 287 ff.

<sup>27</sup> Zu den Grenzen der Methodik und Übertragbarkeit Herold (2016), S. 120 ff.

<sup>28</sup> Herold (2016), S. 112; Skivenes/Trygstad (2017), S. 136; für Hotlines Miceli et al. (2008), S. 183 ff.; Waldron (2012), S. 26, 41 f.

<sup>29</sup> *Expolink Europe Ltd.* (2018), S. 7, 10; *Penman/O'Mara* (2017), S. 5 ff., 18 ff.; als Privatanbieter unterliegen sie allerdings Interessenkonflikten, ebenso wie Beratungsunternehmen; vgl. auch die Ergebnisse bei *PricewaterhouseCoopers* (2013), S. 25 ff.

bzw. zu 21,1 % online eingingen, zu 48 % anonym waren und sogar zu 81 % interne Ermittlungen berechtigten/erforderten.<sup>30</sup>

Eine Untersuchung speziell zu Whistleblowing-Hotlines ergab für das Jahr 2011 jährliche Nutzungszahlen von 0 bis 10 bei 52 %, sowie mehr als 200 bei 16 % der auswertbaren 73 von 137 Organisationen (Regierung, international, privat, börsennotiert, non-profit, andere). Bei mehr als der Hälfte verbesserte sich die Detektionsrate von Missständen seit Einführung der Hotline nicht oder nur marginal. Es gingen meistens nur wenige valide Meldungen ein, bei circa 25 % der Hotlines lieferten weniger als 10 % der Anrufer Beweise zu tatsächlichen Missständen. Gleichwohl hielten 76 % der Befragten ihre Hotlines allgemein für effektiv. Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Hotlines (isoliert betrachtet) für die Aufklärung und Abschreckung einigermaßen begrenzt effektiv sind – unabhängig von Organisationsgröße (außer im obersten Bereich), -typ, geografischer Region oder Standort der Hotline (intern oder ausgelagert) – und von den Betreibern überschätzt werden.<sup>31</sup>

Andere Beratungsunternehmen weisen bis/für 2016 unterschiedliche Entdeckungsraten von Compliance-Verstößen durch betriebseigene Whistleblowing-Systeme aus, die bei 22 % bzw. 5 % bis 8 % lagen.<sup>32</sup> In einer weiteren Studie berichteten 9 % der 1.988 befragten deutschen Manager, in einem Zwei-Jahres-Zeitraum bereits einen Verdacht über das interne System geäußert zu haben.<sup>33</sup> Von 987 norwegischen Arbeitnehmern aus verschiedenen Sektoren und Branchen, die internes Whistleblowing betrieben hatten, gaben 17 % an, unter anderem das organisationseigene Whistleblowing-System genutzt zu haben.<sup>34</sup>

Für externe Systeme ist die Datenlage etwas transparenter. Aber auch hier fehlt der Nachweis einer Kausalverknüpfung zwischen Einrichtung, Ausgestaltung und Nutzung. Gleichwohl verzeichnet international etwa die US-amerikanische Börsenaufsicht (SEC) seit Einführung des Dodd-Frank Acts einen Whistleblowing-Anstieg von 334 (2011) auf 4.484 (2017).<sup>35</sup> Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) berichtete im Jahr 2014 einen Höchststand von 1.417 Hinweisen, der aber bis 2016 auf 1.136 zurückging.<sup>36</sup> Auf die Whistleblowing-Rate nach dem zentralen UK-Whistleblowing-Gesetz (PIDA)

30 *The Network* (2015), S. 4 f., 7, 10, 14, 22°f., das Unternehmen gehört zu *NAVEX Global*.

31 *Waldron* (2012), S. 17, 25 ff., 41 ff.; skeptischere Einschätzungen interner Systeme bei *PricewaterhouseCoopers* (2013), S. 29 ff.

32 *KPMG* (2016), S. 34; *PricewaterhouseCoopers* (2016), S. 43; weitere Daten bei *Herold* (2016), S. 111 f.

33 *Bussmann et al.* (2016), S. 27, 32 f.

34 *Skivenes/Trygstad* (2017), S. 129 ff., bei einer allgemein hohen Whistleblowing-Quote, Norwegen ist insofern (noch) ein Sonderfall, vgl. unten Fn. 51.

35 *Securities and Exchange Commission* (2017b), S. 6 f.; *Herold* (2016), S. 117.

36 *Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung* (2017), S. 50 ff.

lässt sich nur vorsichtig aus den Fallzahlen rückschließen, in denen Whistleblower um (arbeitsrechtlichen) Schutz ersuchten. Zu Beginn waren es noch 157 Fälle (1999/2000), zwischenzeitlich 2.744 (2012/2013) und zuletzt 1.382 (2014/ 2015).<sup>37</sup> Für Deutschland liegen Evaluationen beziehungsweise Daten für den Einsatz eines anonymen, dialogfähigen Online-Systems vor. Darüber gingen zum Beispiel beim Landeskriminalamt Niedersachsen vom 30.10.2003 bis zum 01.04.2011 im Schnitt jährlich 179 Hinweise ein, „die zu weiteren Abklärungen geführt haben“; vor Einsatz des Systems kam es zu überhaupt keinen Anzeigen in Bezug auf Korruption beziehungsweise Wirtschaftskriminalität.<sup>38</sup> Bis 2007 waren es insgesamt 1.239 Meldungen, wovon 350 zumindest einen Anfangsverdacht boten; bei der Fehlverhaltensbekämpfungsstelle einer deutschen Krankenkasse gemäß § 197a SGB V waren es 352 vom 01.08.2008 bis zum 28.02.2011, bei 150 Fallabschlüssen.<sup>39</sup> Die österreichische *zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption* (WKStA) registrierte über das System von März 2013 bis zum 31.07.2016 eine Gesamtzahl von 4.077 Meldungen bei 448 Ermittlungsverfahren und leitete 1.358 an das Bundesministerium für Finanzen weiter.<sup>40</sup>

## 4.2 Hinreichendes Kriterium – Verarbeitung und Missstandskontrolle

Die Bewertung der kontrollpraktischen Bedeutung von Whistleblowing gestaltet sich ähnlich schwierig wie die der Stimulierung und Kanalisierung. Wie die eingegangenen Meldungen konkret verarbeitet werden, bestimmt sich zum Beispiel auch nach der konkreten Systemausgestaltung und den Kosten-Nutzen-Erwägungen entlang der vorgabe- und ressourcenabhängigen Verfolgungsrationalitäten – etwa nach bestimmten Schadensschwellen oder Ausichten auf Rückholsummen, die den Verfolgungsaufwand kompensieren.<sup>41</sup>

Für einen Einblick kann man zunächst auf die Daten zu den Sanktionen zurückgreifen, zu denen es potenziell durch Whistleblower (zusätzlich) kam. Im Ergebnis zeigen sie besonders bei externen Whistleblowing-Systemen den typischen Trichtereffekt, der von konventionellen Anzeigen und deren kontrollbehördlicher und gerichtlicher Handhabung bekannt ist. Über die tatsächliche, nachhaltige Behebung der (zum Teil systemischen) Missstände, den tatsächlichen Kontroll-Anteil der Whistleblower und den Schutz der Allgemeinheit

37 *Public Concern at Work* (2018).

38 *Dubs* (2014), S. 406 Fn. 40.

39 Zusammenfassungen m.w.N. bei *Herold* (2016), S. 114; *Kölbel/Herold* (2010), S. 436 f.

40 *Zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption* (2016), S. 19.

41 *Herold* (2016), S. 186 ff.; *Securities and Exchange Commission* (2017b), S. 3 ff.

sagen sie aber nur bedingt etwas aus; beispielsweise können verhinderte finanzielle Schäden nur vage geschätzt werden und es ist nicht (immer) klar, in welchem Ausmaß die Informationen der Whistleblower tatsächlich in den Verfahren verwendet werden.<sup>42</sup> Organisationsintern besteht gegebenenfalls kein Interesse daran, (wirtschaftlich) vorteilhafte Delikte (Corporate Crimes) nachhaltig abzustellen und/ oder Whistleblowing-Systeme dienen vorwiegend der positiven Außendarstellung („Window Dressing“); allerdings tauchen auch erfolgreiche Missstandskorrekturen infolge von internem Whistleblowing naturgemäß kaum (detailliert) in Erhebungen auf.<sup>43</sup>

Die Zunahme an externen Dodd-Frank Act-Whistleblowern führte seit der Einführung des Gesetzes bisher nur zu wenig mehr Verfahren beziehungsweise leicht steigenden Straf- bzw. Abschöpfungsbeträgen von 735/2,8 Mrd. Dollar (2011), über 807/circa 4,2 Mrd. Dollar (2015) auf 754/circa 3,8 Mrd. Dollar (2017); beim Whistleblower-Verfahren des FCA („qui-tam“) waren es im selben Zeitraum 634/circa 2,8 Mrd. Dollar (2011), 756/circa 3 Mrd. Dollar (2013) und 674/circa 3,4 Mrd. Dollar (2017), wobei die Erfolgsrate der zugrunde liegenden Klagen bis 30.09.2008 insgesamt bei circa 26 % lag; beim OLAF kam es im Jahr 2016 zu 219 Untersuchungen mit 347 Empfehlungen (finanziell, justiziell, disziplinar- und verwaltungsrechtlich) bei einer Einziehungssumme von 631,1 Mio. Euro; beim Landeskriminalamt Niedersachsen kam es durchschnittlich zu 93 Wirtschaftsstrafverfahren pro Jahr, 8,8 % der Hinweise zogen Verurteilungen nach sich (30.10.2003 – 01.04.2011). Von den 350 Ermittlungsverfahren bis 2007 wurden 82,6 % folgenlos eingestellt, bei 39 Verurteilungen; die 150 Fallabschlüsse der oben genannten Krankenkasse führten zu 14 Weiterleitungen an die Staatsanwaltschaft mit mindestens 5 Verfahrensabschlüssen; die WKStA stellte 404 der 448 Verfahren ein, bei 31 Anklagen, 13 Schuld- und 5 Freisprüchen.<sup>44</sup> Für den Bereich der Bilanz- und Steuerdelikte zeigen aktuelle US-amerikanische Analysen, dass die staatlichen Sanktionen zunehmen, wenn Whistleblower in die Verfahren involviert sind. Eine direkte Kausalität erfassen aber auch sie nicht. Ungeachtet dessen führten solche Fälle der SEC und des US-Justizministeriums (DOJ) ökonomisch signifikant zu schnelleren Ermittlungen und höheren Strafen. Die durchschnittliche Unternehmensstrafe betrug mit Whistleblower-Beteiligung 74,21 Mio. Dollar gegenüber 5,09 Mio. Dollar ohne eine solche; bei den persönlichen Geld- und Freiheitsstrafen waren es 61,97 Mio. Dollar zu 23,54 Mio. Dollar bzw. 34,69 zu 23,62 Monate (allerdings

42 Call et al. (2018), S. 164; Herold (2016), S. 116 m.w.N.; Heumann et al. (2013), S. 33 ff.

43 Herold (2016), S. 64 f., 113 f., 182 ff., 287 ff.; Kölbel/Herold (2010), S. 431 ff.; siehe auch Vandekerckhove/Phillips (2017); Heumann et al. (2013), S. 33; Miceli/Near (2002), S. 473.

44 Siehe Fn. 35 bis 40; zum FCA siehe Heumann et al. (2013), S. 34 sowie U.S. Department of Justice (2017), insgesamt gut 40,5 Mrd. Dollar seit 1987.

statistisch nicht signifikant).<sup>45</sup> In den Firmen, aus denen heraus externes Whistleblowing betrieben wurde, ging dabei die Inzidenz von irregulärer Buchhaltung und aggressiven Steuermodellen mit größerer Wahrscheinlichkeit zurück als bei der Kontrollgruppe. Diese Abschreckung hielt ab dem Jahr der Vorwürfe mindestens zwei Jahre an.<sup>46</sup>

Für interne Systeme erfasst zumindest der inzwischen eingestellte Benchmark-Report (oben 4.1.2) in Teilen die Hinweisverarbeitung, allerdings mit Schwerpunkt bei den betroffenen Mitarbeitern. Von den ermittlungswürdigen Meldungen im Jahr 2014 führten 48 % zu „korrektiven Maßnahmen“; in der Fallbehandlung bei 14 % zu Klärungen/keinen Aktionen, bei 54 % zu Disziplinarmaßnahmen etc., bei 13 % zu Entlassungen, bei 0 % zu rechtlicher Verfolgung und bei 19 % zu anderen Maßnahmen/keiner Klärung.<sup>47</sup>

Zusätzlich lassen sich Befragungen von Whistleblowern zum (fehlenden) Erfolg ihrer Aktionen heranziehen.<sup>48</sup> Bei der UK-Whistleblower-Hilfs- und -Beratungsorganisation *Public Concern at Work (PCaW)* berichtete zum Beispiel bis 2015 nur jeder dritte Kontaktsuchende, dass er eine Zugabe und/oder Beseitigung der Missstände beziehungsweise zumindest Ermittlungen erreicht habe; 80 % aller Fälle waren für die Whistleblower negativ ausgegangen (Kündigung, Entlassung, Schikane etc.).<sup>49</sup> Exemplarisch verweisen die oben genannten FCA-Pharma-Whistleblower unter anderem auf die hohe persönliche Belastung durch die sehr langwierigen Verfahren und die unpersönlich-instrumentelle Behandlung durch den Staat als „Werkzeug“ zur Unternehmensverfolgung.<sup>50</sup> Im Vergleich dazu positiver fallen die Ergebnisse für Norwegen aus. Dort berichteten in verschiedenen Untersuchungen zwischen circa 36 % und 71 % der (zumeist internen) Whistleblower von einer Verbesserung oder sogar vollständigen Beseitigung der Missstände und nur 7 % bis 25 % von Sanktionen.<sup>51</sup>

Zur effizienten Verarbeitung der Whistleblowing-Inhalte gehört auch der Schutz der Whistleblower, zumindest dort, wo die speziellen Whistleblowing-Gesetze von dezidierten Schutzregelungen flankiert sind. Die Datenlage zu

---

45 Call et al. (2018), S. 142 ff., 163 ff.

46 Wilde (2017), S. 248 ff.

47 The Network (2015), S. 24 f.

48 Ausführliche Interviewbeispiele dazu bei Herold (2016), S. 165 ff., 176 ff., 255 ff.

49 Public Concern at Work (2016), S. 7, 11; ergänzend zu Erfolgs- und Vergeltungsraten Vandekerckhove/Phillips (2017); Herold (2016), S. 101 ff., 119 f.; Miceli/Near (2002), S. 463.

50 Kesselheim et al. (2010), S. 1838; siehe auch die Interviews bei Herold (2016), S. 260, 360 f.

51 Trygstad et al. (2017), S. 28 ff., mit sich verschlechternder Tendenz von 2013-2016; Skivenes/Trygstad (2017), S. 120 ff., 131 ff., jeweils m.w.N.; dabei galt als Whistleblowing z.B. auch die Meldung an direkte Vorgesetzte. Als Gründe für die Sonderstellung Norwegens vermutet man die landesspezifisch kritikoffene und Whistleblowing-freundliche Arbeits(market) kultur und die entsprechenden Ausgestaltungen der Gesetze/internen Systeme.

den Erfolgsraten entsprechender Klagen ist allerdings ernüchternd.<sup>52</sup> Nach dem PIDA beträgt die Erfolgsrate zum Beispiel lediglich 10 % (2009-2010) bzw. 12 % (2011-2013) bei Gesamt-Klägerkosten von 123.000 Pfund bzw. 753.135 Pfund.<sup>53</sup> Nach den diversen US-amerikanischen Gesetzen hatten in der Vergangenheit 0 % bis 24 % der Kläger Erfolg; in beiden Rechtskreisen wurden auch etliche Verfahren durch Einigungen, Rücknahmen etc. erledigt (circa 20 % bis 75 %).<sup>54</sup>

## 5. Fazit

Die aktuelle Datenlage zur Funktionalität von Whistleblowing-Systemen ist nur teilweise aussagekräftig und spricht insgesamt für einen eher bedingten Kontrolleffekt mit dem Potenzial eines ergänzenden Instrumentes im Portfolio der jeweiligen Kontrollprogramme. Die ihnen rechtspolitisch bisweilen zugeschriebene zentrale Rolle bei der Behebung der Ermittlungsdefizite – besonders bei systemischer Wirtschaftskriminalität – findet sich in der Praxis bisher bestenfalls in Ansätzen bestätigt. Die Gründe dafür liegen – soweit man das anhand der verfügbaren Erkenntnisse sagen kann – in der Realisierbarkeit und Realisierung der beiden Funktionalitäts-Kriterien.

Für das notwendige Kriterium kann man gegenwärtig nur auf eine eingeschränkte Stimulierungs- und geringe (eigene) Kanalisierungswirkung interner und besonders externer Whistleblowing-Systeme schließen, die noch dazu von ihrem tatsächlichen Konkurrenzverhältnis behindert werden. Die externen (staatlichen) Varianten vermögen es – selbst bei Gewährung erheblicher finanzielle Beteiligungen – bislang nicht, die generelle Bevorzugung interner Instanzen umzukehren beziehungsweise wenigstens die Hemmschwellen allgemein abzubauen. Gleichwohl erzielen sie ein nicht unerhebliches externes Whistleblowing-Aufkommen, das aber nach wie vor grundsätzlich einen Ultima-Ratio-Charakter aufweist.

Für das hinreichende Kriterium sind die Einblicke noch begrenzt, besonders in die konkrete interne Verwertung und den tatsächlichen Schutz. Insofern besteht hier immer noch eine Lücke in der Whistleblowing-Forschung.<sup>55</sup>

---

52 Das ist insofern bemerkenswert, weil der Glaube an Schutz vor Repressalien die Whistleblowing-Intention positiv beeinflusst (oben 4.1.1.).

53 *Public Concern at Work* (2016), S. 29.

54 Zusammenfassung und weitere geringe Erfolgsraten – z.B. in höheren Instanzen – bei *Herold* (2016), S. 117 ff.; *Heumann et al.* (2013), S. 30 ff.; *Modesitt* (2013), S. 170 ff., 177 ff., jeweils m.w.N.

55 Siehe schon *Herold* (2016), S. 287, 332, 345 f.; *Heumann et al.* (2013), S. 32 ff.

Immerhin kommt es trotz des Trichtereffekts extern zu einer mehr oder minder relevanten Aufhellung und Sanktionierung des Dunkelfeldes, in den USA auch zu einer Kosten-Nutzen-technisch zumindest finanziell positiven Betriebsbilanz. Die general- und spezialpräventiven Wirkungen bleiben aber insgesamt weitgehend unklar beziehungsweise spekulativ.<sup>56</sup>

In der direkten Konkurrenz um offenlegungsbereite Insider verfestigt sich die natürliche Nachrangigkeit externer Whistleblowing-Systeme durch die Professionalisierung ihrer internen Pendanten zunehmend. Es bleibt staatlichen Kontrollinstanzen damit abseits finanzieller Anreize nur, möglichst ganzheitliche, an die aufgeführten Faktoren und Bedürfnisse potenzieller externer Whistleblower angepasste Meldungsmöglichkeiten anzubieten und auf deren (vermehrte) Nutzung zu hoffen.<sup>57</sup>

## Literatur

- Andon, P./Free, C./Jidin, R./Monroe, G.S./Turner, M.J.* (2018): The Impact of Financial Incentives and Perceptions of Seriousness on Whistleblowing Intention. *Journal of Business Ethics*, 151 (1), S. 165-178.
- Baur, A./Holle, P.M.* (2017): Hinweisgebersysteme aus gesellschaftsrechtlicher Perspektive Einrichtung und Ausgestaltung von Whistleblowing in der Aktiengesellschaft. *Die Aktiengesellschaft*, 11, S. 379-384.
- Bussmann, K.-D./Niemecek, A./Vockrodt, M.* (2016): Compliance und Unternehmenskultur. Eine empirische Untersuchung zur Wirksamkeit von Anti-Korruptionsprogrammen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (5), S. 23-41.
- Call, A.C./Martin, G.S./Sharp, N.Y./Wilde, J.H.* (2018): Whistleblowers and Outcomes of Financial Misrepresentation Enforcement Actions. *Journal of Accounting Research*, 56 (1), S. 123-171.
- Chen, C.X./Nichol, J.E./Zhou, F.H.* (2017): The Effect of Incentive Framing and Descriptive Norms on Internal Whistleblowing. *Contemporary Accounting Research*, 34 (4), S. 1757-1778.
- Conzelmann, Y.* (2017): Whistleblowing. Reaktion und Umgang mit Whistleblowern ist verbesserungswürdig. *Zeitschrift für Risk, Fraud & Compliance*, 17 (4), S. 180-184.
- Dubs, S.* (2014): Whistleblowing zur Erkennung schwerer Kriminalität? Einsatz internetbasierter Hinweisgebersysteme zwecks Gewinnung von Ermittlungsansätzen. *Kriminalistik*, 68 (6), S. 404-408.
- Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung* (2017): Der OLAF-Bericht 2016. Brüssel: Eigenverlag.
- Expolink Europe Ltd.* (2018): Whistleblowing Benchmarking Report 2018. Chippenham: Eigenverlag.

---

56 Siehe auch *Call et al.* (2018), S. 142 ff., 163 ff.; *Wilde* (2017), S. 248; *Herold* (2016), S. 115 ff., 120 m.w.N.

57 Siehe schon *Herold* (2016), S. 332 ff.



- Hefendehl, R.* (2009): Alle lieben Whistleblowing. In: Böse, M. (Hg.): Grundlagen des Straf- und Strafverfahrensrechts. Festschrift für Knut Amelung zum 70. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot, S. 617-643.
- Herold, N.* (2016): Whistleblower. Entscheidungsfindung, Meldeverhalten und kriminologische Bewertung. Baden-Baden: Nomos.
- Heumann, M./Friedes, A./Cassak, L./Wright, W./Joshi, E.* (2013): The World of Whistleblowing. *Public Integrity*, 16 (1), S. 25-52.
- Johansson, E./Carey, P.* (2016): Detecting Fraud. The Role of the Anonymous Reporting Channel. *Journal of Business Ethics*, 139 (2), S. 391-409.
- Kesselheim, A.S./Studdert, D.M./Mello, M.M.* (2010): Whistle-Blowers' Experiences in Fraud Litigation against Pharmaceutical Companies. *New England Journal of Medicine*, 362 (19), S. 1832-1839.
- Kölbel, R./Herold, N.* (2010): Whistleblowing. Eine kriminologische Analyse aus Anlass der aktuellen kriminalpolitischen Debatte. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 93 (6), S. 425-441.
- Kölbel, R./Herold, N.* (2015): Wirtschaftskontrolle durch Whistleblowing? Empirische Befunde zu Entscheidungsprozessen von Hinweisgebern. *Neue Kriminalpolitik*, 16 (4), S. 375-387.
- Kölbel, R./Herold, N.* (2017): Whistle-Blowing from the Perspective of General Strain Theory. *Deviant Behavior*. DOI: 10.1080/01639625.2017.1411054.
- KPMG* (2016): Tatort Deutschland – Wirtschaftskriminalität in Deutschland 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Miceli, M.P./Near, J.P.* (2002): What Makes Whistle-Blowers Effective? Three Field Studies. *Human Relations*, 55 (4), S. 455-479.
- Miceli, M.P./Near, J.P./Dworkin, T.M.* (2008): Whistle-blowing in organizations. New York: Routledge.
- Modesitt, N.M.* (2013): Why Whistleblowers Lose. An Empirical and Qualitative Analysis of State Court Cases. *University of Kansas Law Review*, 62 (1), S. 165-194.
- National Whistleblowers Center* (2010): Impact of Qui Tam Laws on Internal Corporate Compliance. A Report to the Securities and Exchange Commission. Washington, DC: Eigenverlag.
- Penman, C./O'Mara, E.* (2017): 2017 Ethics & Compliance Hotline & Incident Management Benchmark Report. Portland: NAVEX Global.
- Pope, K.R./Lee, C.-C.* (2013): Could the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act of 2010 be Helpful in Reforming Corporate America? An Investigation on Financial Bounties and Whistle-Blowing Behaviors in the Private Sector. *Journal of Business Ethics*, 112 (4), S. 597-607.
- PricewaterhouseCoopers* (2013): Striking a balance Whistleblowing arrangements as part of a speak up strategy – revised paper. London: Eigenverlag.
- PricewaterhouseCoopers* (2016): Wirtschaftskriminalität in der analogen und digitalen Wirtschaft 2016. Frankfurt a.M.: Eigenverlag.
- PricewaterhouseCoopers Belgium* (2011): Corruption and Conflict of Interest in the European Institutions: The Effectiveness of Whistleblowers. Brussels: Eigenverlag.
- Public Concern at Work* (2016): Whistleblowing: Time for Change. London: Eigenverlag.
- Public Concern at Work* (2018): PIDA Statistics, in: <http://www.pcaw.org.uk/law-policy/a-guide-to-pida/pida-statistics> [letzter Aufruf: 22.03.2018]

- Schemmel, A./Ruhmannseder, F./Witzigmann, T.* (2012): Hinweisgebersysteme. Implementierung in Unternehmen. Heidelberg, München u.a.: Müller.
- Schmolke, K.U./Utikal, V.* (2016): Whistleblowing: Incentives and Situational Determinants. FAU Discussion Papers in Economics, Nr. 9/2016. Erlangen: Institute for Economics, Universität Erlangen-Nürnberg.
- Schön, F.* (2016): Situative Einflussfaktoren auf das Meldeverhalten bei Korruption. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Skivenes, M./Trygstad, S.* (2017): Explaining whistle blowing processes in the Norwegian labour market. Between individual power resources and institutional arrangements. *Economic and Industrial Democracy*, 38 (1), S. 119-143.
- Securities and Exchange Commission* (2017a): 2017 Annual Report to Congress: Whistleblower Program. Washington, DC: Eigenverlag.
- Securities and Exchange Commission* (2017b): Division of Enforcement 2017 Annual Report. Washington, DC: Eigenverlag.
- The Network* (2015): 2015 Corporate Governance and Compliance Hotline Benchmarking Report. An expanded analysis of enterprise incident reporting activity. Portland: Eigenverlag.
- Trygstad, S.C./Ødegård, A.M./Svarstad, E.* (2017): Legal provisions and democracy: Freedom of expression and whistleblowing in Norwegian workplaces. In: Lewis, D./Vandekerckhove, W. (Hg.): *Selected Papers from the International Whistleblowing Research Network Conference in Oslo, June 2017*. London: International Whistleblowing Research Network, S. 18-37.
- U.S. Department of Justice* (2017): FRAUD STATISTICS – OVERVIEW – October 1, 1986 - September 30, 2017, in: <https://www.justice.gov/opa/press-release/file/1020126/download> [letzter Aufruf: 22.03.2018]
- Vandekerckhove, W./Phillips, A.* (2017): Whistleblowing as a Protracted Process. A Study of UK Whistleblower Journeys. *Journal of Business Ethics*. DOI: 10.1007/s10551-017-3727-8.
- Waldron, N.* (2012): The Effectiveness of Hotlines in Detecting and Deterring Malpractice in Organisations, in: [https://www.ibe.org.uk/userimages/effectiveness\\_of\\_hotlines.pdf](https://www.ibe.org.uk/userimages/effectiveness_of_hotlines.pdf) [letzter Aufruf 22.03.2018].
- Wilde, J.H.* (2017): The Deterrent Effect of Employee Whistleblowing on Firms' Financial Misreporting and Tax Aggressiveness. *Accounting Review*, 92 (5), S. 247-280.
- Zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption* (2016): Mediengespräch 2016. Das BKMS®- Hinweisgebersystem. Wien: Eigenverlag

# **Kriminalpräventive Wirkung von Anti-Korruptionsprogrammen – Deutsche Großunternehmen im Spannungsfeld zwischen Landes- und Unternehmenskultur\***

*Kai-D. Bussmann, Nicole Selzer und Sven Grüner*

## **Gliederung**

- |   |  |
|---|--|
| 1. Einleitung   | 4. Erste empirische Erkenntnisse                                     |
| 2. Theoretischer Hintergrund zur Korruptionsbekämpfung                  | 4.1 Bereitschaft, Entscheidungen zu hinterfragen – Kultur der Kritik |
| 2.1 Einfluss der Landeskultur   | 4.2 Einstellungen gegenüber Korruption durch Autoritäten             |
| 2.2 Einfluss der Unternehmenskultur                                     | 4.3 Einstellungen der Probanden gegenüber Korruption                 |
| 3. DFG Projekt: Analyse der Relevanz von Unternehmens- und Landeskultur | 5. Fazit   |
| 3.1 Forschungslücke und Forschungsziel                                  |  |
| 3.2 Methodische Vorgehensweise und Untersuchungsdesign                  |  |

## **1. Einleitung\***

Internationalisierung und Globalisierung führen zu erheblichen Herausforderungen für Unternehmen, die in fremden Kulturkreisen Märkte erschließen. Die Verwicklung in Korruptionsdelikte stellt dabei eine wesentliche Herausforderung und ein zunehmendes Risiko für Unternehmen dar. In den vergangenen Jahren hat nicht nur eine Verschärfung der Rechtslage und strafrechtlichen Verfolgung stattgefunden, sondern auch eine wachsende gesellschaftliche Ächtung dieser Delikte. Korruption ist zwar ein weltweiter und häufiger Forschungsgegenstand. Dem Zusammenspiel aus Landes- und Unternehmenskultur wurde aber bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

---

\* Die Studie wird mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert.

## 2. Theoretischer Hintergrund zur Korruptionsbekämpfung

### 2.1 Einfluss der Landeskultur

Zur Bekämpfung von Korruption bedarf es funktionierender Institutionen und demokratischer Strukturen.<sup>1</sup> Einigen Ländern ist dieser Wandel, hin zu einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, bislang nur unzureichend gelungen.<sup>2</sup> Entwicklungsunterschiede werden in der Korruptionsforschung auf die korruptionsförderliche Ausprägung der jeweiligen Landeskultur zurückgeführt.<sup>3</sup> Studien zufolge sind Länder, die sich durch eine kollektivistische und autoritäre Werteorientierung, ein niedriges Maß an generalisiertem Vertrauen und einem hohen Maß an Unsicherheit auszeichnen, tendenziell stärker korruptionsbelastet.<sup>4</sup>

Die Korruptionsforschung zeigt eine Korrelation von *kollektivistischen* Werteorientierungen mit Formen der strukturellen Korruption in sozialen Netzwerken. Derartige Werte fördern Klientelismus und den Aufbau und die Stabilisation von exklusiven korrupten Netzwerken.<sup>5</sup> Dies wird beispielsweise durch die *Globe Studie* belegt.<sup>6</sup> Im Zentrum des eigenen Verhaltens steht die Begünstigung der eigenen Gruppe oder Organisation von Familienangehörigen, Freunden oder gar Clans. Korruption rechtfertigt sich in diesen korruptionsanfälligen Netzwerken durch Versorgungsdenken gegenüber dem eigenen Kollektiv. Die Studien von *Sims* aus dem Jahr 2009 weisen zudem darauf hin, dass Mitarbeiter in kollektivistischen Kulturen eher unethische Entscheidungen treffen, wenn diese scheinbar zum Nutzen des Unternehmens sind, und sehen auch derartige Geschäftspraktiken ihres Unternehmens unkritisch. Gleichzeitig besteht bei diesen Mitarbeitern aber auch eine größere Zurückhaltung in der Hinweisgeberbereitschaft.<sup>7</sup>

Ein *niedriges Niveau generalisierten Vertrauens* in Institutionen, Unternehmen und Personen geht mit einer hohen Korruptionsbelastung einher.<sup>8</sup> Bürger und Unternehmen kompensieren dies durch exklusive Netzwerke, durch die ein situations- und personengebundenes Vertrauen geschaffen wird. So wird beispielsweise der Mangel an Vertrauen in den postsowjetischen Staaten als

---

1 Graf Lambsdorff (2007), S. 37 ff.

2 Bussmann et al. (2016b), S. 208.

3 Vgl. Überblick bei Bussmann (2015), S. 115.

4 Husted (1999), S. 339; Karstedt (2003), S. 384.

5 Karstedt (2003), S. 384.

6 House et al. (2004).

7 Helfrich (2013); Bhal/Dhadich (2011).

8 Vgl. Tonoyan (2004); Uslaner (2005) Bjørnskov/Paldam (2004).

ein robuster Erklärungsfaktor für das hohe Ausmaß an Korruption betrachtet.<sup>9</sup> *Autoritäre* Wertorientierungen im Verbund mit *kollektivistischen* Wertemustern behindern überdies die Entwicklung eines *generalisierten Vertrauens* in staatliche Institutionen, da jegliches Vertrauen in andere über die eigenen Gruppengrenzen hinaus fragil ist.<sup>10</sup> Gerade in Ländern, in denen hierarchisch-elitäre Machtverhältnisse gemeinsam mit einer extrem ungleichen Vermögensverteilung auftreten, wird die Korruptionsproblematik weiter verfestigt beziehungsweise verschärft.<sup>11</sup> Zudem wird dadurch die Neigung zur *Unsicherheitsvermeidung* in der Gesellschaft erhöht, wodurch die Nutzung exklusiver (korrupter) Netzwerke weiterhin attraktiv bleibt.

Die Landeskultur beeinflusst daher die Bereitschaft zu Korruption, beispielsweise wie leicht sich korrupte Praktiken etablieren können. Darüber hinaus hat sie auch Einfluss darauf, wie mit korrupten Geschäftspraktiken im Kollegenkreis umgegangen wird. *Treviño*<sup>12</sup> analysierte die sozialen Effekte von Sanktionen in Organisationen bei Fehlverhalten in Arbeitsgruppen. Die Studie kam zu dem Schluss, dass die stärkste Abschreckungswirkung die Erwartung informeller Sanktionen durch die Arbeitsgruppenmitglieder entfaltet. Demnach hängt die Abschreckungswirkung zu einem großen Teil von der Missbilligung der Mitarbeiter und informellen Sanktionen ab, wie dem Verlust interpersonellen Respektes oder Status.<sup>13</sup> Auch *Kleinfeld und Kettler* verweisen darauf, dass in Unternehmen emergente Prozesse der informellen Sozialkontrolle „zum Teil stärkere Wirkungen entfalten als formelle Regelungen und Richtlinien“. <sup>14</sup> Eine empirische Evidenz der kriminalpräventiven Wirkung der *informellen Sozialkontrolle* in Unternehmen konnte auch durch *Hollinger und Clark* gezeigt werden.<sup>15</sup> Die Ergebnisse des Vorläuferprojekts decken sich mit diesen Befunden und bestätigen ebenfalls die Bedeutung der *informellen Sozialkontrolle*.<sup>16</sup>

## 2.2 Einfluss der Unternehmenskultur

Die Verwicklung in Korruptionsdelikte stellt für Unternehmen ein zunehmendes Risiko dar. Ein Ansatzpunkt, um Korruption durch Unternehmensangehörige zu reduzieren, ist die Etablierung einer integritätsförderlichen Unternehmenskultur,

---

9 Paldam (2002).

10 Karstedt (2003), S. 394 ff.

11 Karstedt (2003), S. 408.

12 Treviño (1992).

13 Treviño (1992), S. 652 f.

14 Kleinfeld/Kettler (2011), S. 276.

15 Vgl. Hollinger/Clark (1982); (1983); (1983a).

16 Bussmann et al. (2018), S. 263 ff.; (2016a), S. 31 ff.; Bussmann (2015b), Rn. 941 ff.

wie sie auch in den Richtlinien des *US-Foreign Corrupt Practices Act (FCPA)*<sup>17</sup> und des *UK-Bribery Act*<sup>18</sup> vorgesehen ist. Ebenso empfiehlt der Leitfaden „Praktische Hilfestellungen für Antikorruptionsmaßnahmen“ des Bundesministeriums des Innern, den „Tone from the Top“ um die „klare und erkennbare Haltung der obersten Führungsebene zum Thema Antikorrruption“ zu verdeutlichen“.<sup>19</sup> Viele Studien untersuchen daher den Einfluss der Unternehmenskultur. Auch Bussmann hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit dieser Thematik beschäftigt.<sup>20</sup>

Im Vorgängerprojekt konnte ebenfalls gezeigt werden, dass eine integritätsfördernde Unternehmenskultur Voraussetzung zur Hemmung systemischer Delikte wie Korruption ist.<sup>21</sup> Entscheidend sind innerhalb eines Unternehmens die Wahrnehmung des „Tone from the Top“ der Unternehmensleitung, die Wahrnehmung des direkten Vorgesetzten („Ethical Leadership“<sup>22</sup>) und die allgemeine Erfolgskultur. Die Erfolgskultur greift dabei Aspekte eines ethischen Organisationsklimas auf<sup>23</sup> und besteht aus den vier Subskalen:

- Transparenz,
- Regelkonformität,
- kein Einzelkämpfertum und
- offene Kommunikation.

Dies sind zentrale Determinanten, die die Akzeptanz von Anti-Korruptionsprogrammen beeinflussen und damit die Neigung zu korrupten Verhalten.<sup>24</sup> Eng damit verbunden ist zudem die Motivation zur informellen Sozialkontrolle, die stark durch eine ‚Ethical Leadership‘ der direkten Vorgesetzten geprägt wird.

Man erkennt die Bedeutung der Unternehmenskultur, wenn man berücksichtigt, dass auch außerhalb von Unternehmen, in der gesamten Gesellschaft die Kriminalprävention am wenigsten durch polizeiliche Kontrolle und strenge Strafen geleistet wird, sondern am stärksten durch die informelle Sozialkontrolle und

---

17 *US-Foreign Corrupt Practices Act*, <http://www.justice.gov/criminal/fraud/fcpa/docs/fcpa-english.pdf>.

18 *UK-Bribery Act*, <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2010/23/contents>.

19 Bundesministerium des Innern (2013), S. 4.

20 Bussmann et al. (2018), S. 255 ff.; (2016b), S. 205 ff.; PricewaterhouseCoopers/Bussmann (2013); (2010); Bussmann (2016), S. 50 ff.

21 Bussmann et al. (2018), S. 255 ff.

22 Bhal/Dhadich (2011); Morrill et al. (1997).

23 Daumenlang et al. (2004); Eigenstetter (2006); Steßl (2012).

24 Bussmann et al. (2016a), S. 27 f.

die Sozialisation in der Familie und anderen Instanzen wie dem Beruf.<sup>25</sup> Um eine integritätsförderliche Unternehmenskultur zu entwickeln, können mit Compliance-Management-Systemen (CMS) präventive Maßnahmen ergriffen werden (zum Beispiel umfassen sie ethische Richtlinien, Schulungen, ein Whistleblower System, ein Compliance Officer und interne Sanktionen).

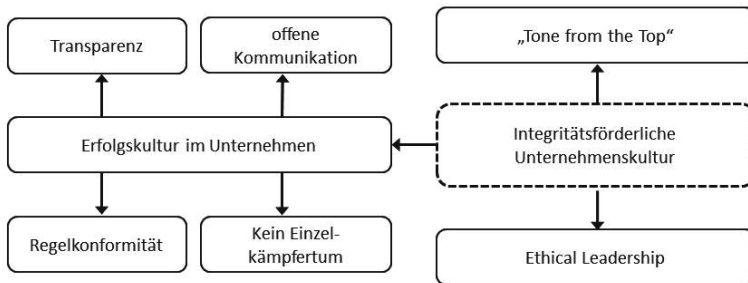


Abbildung 1: Kriminalpräventive Werte einer integritätsförderlichen Unternehmenskultur

### 3. DFG Projekt: Analyse der Relevanz von Unternehmens- und Landeskultur

#### 3.1 Forschungslücke und Forschungsziel

Bislang wurde das Zusammenspiel aus Unternehmens- und Landeskultur nur unzureichend untersucht. Das ist verwunderlich, berücksichtigt man das Spannungsverhältnis von Unternehmen in fremden Kulturen: Einerseits die Unternehmenskultur, die sich stark an den Werten und Normen des Herkunftslandes orientiert, und andererseits Mitarbeiter mit anderen Sozialisationshintergründen, kulturellen Prägungen, Werten und Überzeugungen. Die Unternehmensrichtlinien wie auch die Unternehmenskultur können für Mitarbeiter in ausländischen Niederlassungen befremdlich oder gar im Widerspruch zu den regional verbreiteten Normen stehen. Dies wiederum erschwert die Etablierung eines integritätsförderlichen Werte- und Normensystems im Unternehmen. Dementsprechend könnten Global Player einen korruptionshemmenden kulturellen Beitrag leisten. In diesem Fall wäre die Globalisierung und Internationalisierung nicht nur eine erhebliche Herausforderung für Großunternehmen, die Globalisierung der Wirtschaft könnte auch der Feind der Korruption sein.

<sup>25</sup> Bussmann (2016), S. 52.

Demzufolge muss die Korruptionsprävention neben der internen Unternehmenskultur auch externe kulturelle Einflüsse berücksichtigen.

Bislang liegen im Kontext der Korruptionsbekämpfung lediglich unzureichende Erkenntnisse über die Wirksamkeit von integritätsorientierten Unternehmenskulturen und Anti-Korruptionsmaßnahmen deutscher Unternehmen in korruptionsbelasteten Märkten fremder Kulturen vor. Zudem ist hinsichtlich der Auswirkung der jeweiligen Landeskultur auf die *informelle Sozialkontrolle* und *Hinweisgeberbereitschaft* innerhalb eines Unternehmens ein hoher Forschungsbedarf festzustellen. Systematische Studien fehlen jedoch bislang.<sup>26</sup>

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir die folgenden Forschungsfragen:

- Mit welchem Erfolg kann es Unternehmen in anderen Kulturkreisen gelingen, ihre Mitarbeiter gegen Korruption zu immunisieren und das eigene Anti-Korruptionsprogramm nachhaltig zu unterstützen?
- Wie sehr beeinflusst die jeweilige Landeskultur die Akzeptanz des eigenen Anti-Korruptionsprogramms, Einstellungen gegenüber korrupten Geschäftspraktiken und die Bereitschaft zur informellen Sozialkontrolle untereinander und zum Whistleblowing in Hinweisgebersystemen?

### 3.2 Methodische Vorgehensweise und Untersuchungsdesign

Um diese Forschungsfragen zu untersuchen, werden eine web-basierte Unternehmensbefragung und eine telefonbasierte Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Die Unternehmensbefragung wendet sich an Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, die über ein korruptionsrechtliches CMS verfügen. Durch die Befragung von Managern in China, Indien, Russland und Deutschland soll der Einfluss der CMS ermittelt und verglichen werden.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung werden 2.000 berufstätige Personen mit akademischem Bildungshintergrund aus Privatunternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern aus den Ländern China, Indien, Russland und Deutschland interviewt. Ziel dieser Bevölkerungsbefragungen ist es, die Facetten der jeweiligen Landeskultur und landestypischer Geschäfts- und korruptionsbelasteter Alltagspraktiken zu erfassen und abzubilden. Diese Stichprobe aus der Bevölkerung dient als Kontrollgruppe für die befragten Manager in den Unternehmen und soll landesspezifische Einflüsse sichtbar machen.

Wie auch bei der Unternehmensbefragung, fungiert Deutschland als Kontrollgruppe für westlich geprägte Landes- und Unternehmenskulturen. Länder

---

26 Vgl. Helfrich (2013).



wie China, Russland und Indien sind besonders interessant, da sie als korruptionsbelastet gelten. Das schließt beispielsweise den alltäglichen Umgang mit Behörden, um Genehmigungen zu erhalten oder Verwaltungsprozesse zu verkürzen, ein. Zwischen Landes- und Unternehmenskultur sowie zwischen der unternehmenseigenen Anti-Korruptionspolitik und der teilweise erheblich divergierenden Korruptionspraxis außerhalb des deutschen Unternehmens besteht eine Spannung. Für die lokalen Mitarbeiter besteht die Herausforderung vor allem darin, die eigene kulturelle Identität aufrechtzuerhalten und gleichwohl in einer vom deutschen Mutterunternehmen geforderten integritätsförderlichen Unternehmenskultur beruflich tätig zu sein.

Der Einfluss des Anti-Korruptionsprogramms und der integritätsförderlichen Kultur eines deutschen Unternehmens auf die Wertorientierungen seiner Mitarbeiter in einer fremden Kultur lässt sich nur dann sinnvoll isolieren und untersuchen, wenn das gleiche Erhebungsinstrument sowohl innerhalb als auch außerhalb des Unternehmens eingesetzt wird. Auf diese Weise kann die *Sozialisationsstärke* der Unternehmenskultur in Konkurrenz zur Landeskultur identifiziert werden. Für beide Erhebungen wird daher ein identischer Fragebogen verwendet, der neben den bereits validierten Skalen aus dem Vorgängerprojekt zu Geschäftspraktiken, Unternehmenskultur und zur informellen Sozialkontrolle auch adaptierte Skalen aus der Kulturforschung enthält.

## **4. Erste empirische Erkenntnisse**

In der aktuellen Projektphase liegen Pretest-Daten aus der Bevölkerungsbefragung vor. Die Befragten verfügen über einen universitären Abschluss und sind in einem privaten Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten tätig. Das Sample umfasst insgesamt 117 Individuen. Im Rahmen der Zufallsstichprobe wurden Teilnehmer aus den Ländern Indien, China, Russland und Deutschland rekrutiert. Aus jedem Land liegen annähernd gleich viele Beobachtungen vor. Insgesamt sind 59 % der Befragten in einem Unternehmen beschäftigt, dass über ein CMS verfügt.

Angesichts der kleinen Stichprobe erfolgt keine Unterscheidung zwischen den Ländern. Die aggregierten Daten sollen einen ersten Eindruck vermitteln.

### **4.1 Bereitschaft, Entscheidungen zu hinterfragen – Kultur der Kritik**

Bei der *Kultur der Kritik* wird die Bereitschaft untersucht, Entscheidungen von Autoritäten in Frage zu stellen. Dies umfasst die Auseinandersetzung mit

den Entscheidungen im Unternehmen, beispielsweise könnten Mitarbeitern Aufgaben übertragen werden, die nicht im Einklang mit den Unternehmensrichtlinien stehen. Es umfasst aber auch die Auseinandersetzung mit Entscheidungen außerhalb des Unternehmens. Dazu zählt der Missbrauch von Macht durch Beamte. In welchem Bereich liegt eine höhere Bereitschaft beziehungsweise Möglichkeit vor, Kritik zu kommunizieren?

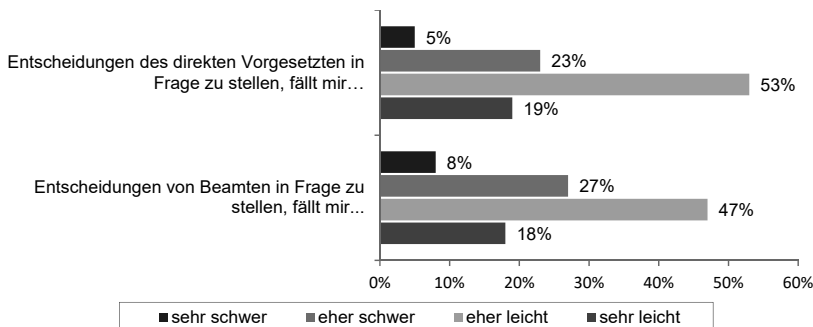


Abbildung 2: Kultur der Kritik

Die Daten zeigen einen geringfügigen, aber interessanten Unterschied: Die Zustimmung, dass es den Befragten sehr schwer oder eher schwer fällt, Entscheidungen in Frage zu stellen, war gegenüber den Beamten (außerhalb des Unternehmens) etwas größer als gegenüber dem direkten Vorgesetzten innerhalb des Unternehmens. Anders ausgedrückt, es fällt den Befragten tendenziell leichter, Entscheidungen des direkten Vorgesetzten in ihrem Unternehmen in Frage zu stellen, als dies gegenüber externen Beamten der Fall ist.

## 4.2 Einstellungen gegenüber Korruption durch Autoritäten

Mit der Frage, ob Autoritäten glaubhaft vermitteln, dass Korruption keine legitime Praxis ist, soll der ‚Tone from the Top‘ innerhalb und außerhalb des Unternehmens ermittelt werden.

Die Angaben obiger *Abbildung 3* beziehen sich jeweils auf die Zustimmung zu den Statements. Es zeigt sich ein erheblicher Niveauunterschied zwischen der Glaubwürdigkeit der Unternehmensleitung und regionaler Politiker. Der Unternehmensleitung gelang es deutlich besser als der regionalen Politik, glaubhaft zu machen, dass Korruption keine legitime Praxis darstellt. Zudem stimmten Personen, die in einem Unternehmen mit CMS beschäftigt sind, den Statements tendenziell eher zu. Der Unterschied ist gering bei Unternehmen,

aber etwas größer außerhalb des Unternehmens. Das deutet darauf hin, dass die Mitarbeiter möglicherweise eher sensibilisiert sind für Themen wie Korruption.

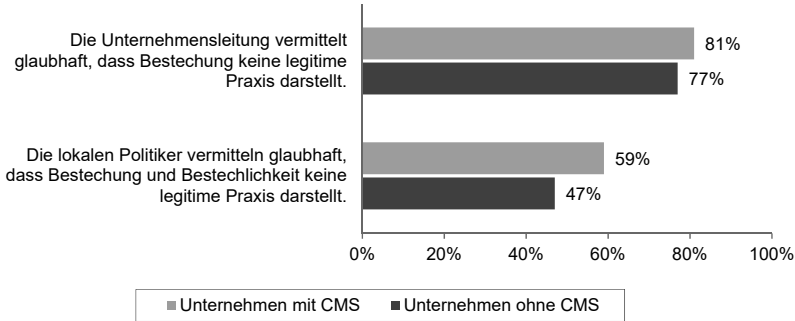


Abbildung 3: Korruption durch Autoritäten

### 4.3 Einstellungen der Probanden gegenüber Korruption

Abschließend soll die Einstellung des Befragten selbst gegenüber Korruption dargestellt werden (vgl. *Abbildung 4*). Die Angaben beziehen sich wiederum auf die Zustimmung zu den Statements. Hinsichtlich der ersten beiden Statements liegt bei den Befragten eine große Zustimmung vor. Die Interviewten sind überwiegend der Ansicht, dass Korruption der Wirtschaft schadet und den Wettbewerb verzerrt.

Das Antwortverhalten der Befragten ist ähnlich bei Befragten in einem Unternehmen mit CMS und ohne CMS. Wir haben jedoch aufgrund der geringen Differenz den Fragebogen überarbeitet und nicht mehr nur nach dem Vorhandensein eines CMS gefragt, sondern Kriterien erhoben, wie Schulungen oder Compliance Officer, um valider zwischen Unternehmen mit und ohne ein CMS differenzieren zu können. Diese Zuordnung nehmen wir anhand einer Liste von Maßnahmen vor, die vorhanden sein müssen, damit man von der Implementation eines CMS ausgehen kann.

Deutlich geringer fällt die Zustimmung zu den Statements aus, dass Korruption Verwaltungsabläufe verkürzt und dass einige Geschäftsabschlüsse nur durch Bestechung möglich sind. Interessant ist bei den letzten beiden Items auch der Unterschied zwischen Unternehmen mit CMS und ohne CMS. Insbesondere Mitarbeiter von Unternehmen ohne CMS geben an, dass hierdurch Verwaltungsprozesse verkürzt werden. Dies kann auf positive Erfahrungen hindeuten. Die Differenz bezüglich der Unternehmen mit und ohne CMS im

letzten Item ist beachtlich. Negative Erfahrungen, beispielsweise dass es mangels Bestechung nicht zum Vertragsabschluss kam, könnten dazu geführt haben, dass Mitarbeiter von Unternehmen mit CMS diese Einschätzung abgegeben haben. Zudem könnte dies auch auf ein größeres Problembewusstsein bei Mitarbeitern in Unternehmen mit CMS hindeuten.

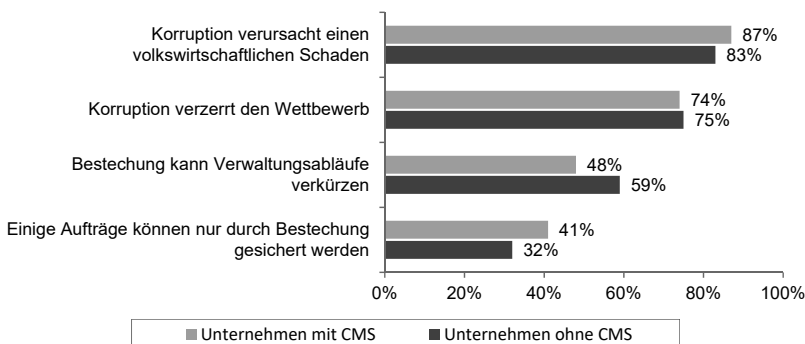


Abbildung 4: Korruptionseinstellung der Befragten

## 5. Fazit

Im Rahmen des Beitrags wurde die Relevanz der Unternehmens- und Landeskultur zur Korruptionsbekämpfung diskutiert. Wir argumentieren zugunsten einer gesamtheitlichen Betrachtung unter Berücksichtigung beider Elemente. Im Rahmen des Pretests konnten erste interessante Erkenntnisse gewonnen werden, die zu einer Überarbeitung des finalen Fragebogens geführt haben. Immerhin zeigt sich bereits im Pretest, dass es der Unternehmensleitung scheinbar besser gelingt, als lokalen Politikern, glaubhaft zu vermitteln, dass Bestechung/Bestechlichkeit keine legitime Praxis darstellt. Die eigentlich interessante Differenzierung zwischen den Ländern erlaubte die geringe Fallzahl eines Pretests jedoch nicht. Auch den Wert eines CMS konnten wir im Pretest noch nicht überzeugend zeigen.

Die Daten aus dem Pretest liefern zwar interessante erste Einblicke. Sie sind aber aufgrund der geringen Stichprobengröße nicht belastbar. Sie vermitteln einen ersten Eindruck. Eine größere Stichprobe und Differenzierung der einzelnen Länder wird zeigen, wie robust dieses vorläufige Ergebnis ist.

## Literatur

- Bhal, K.T./Dhadich, A. (2011): Impact of Ethical Leadership and Leader-Member Exchange on Whistle Blowing: The Moderating Impact of the Moral Intensity of the Issue. *Journal of Business Ethics*, 103 (3), S. 485-496.
- Björnskov, C./Paldam, M. (2004): Corruption Trends. In: Graf Lambsdorff, J./Schramm, M./Taube, M. (Hg.): *The New Institutional Economics of Corruption*. London: Routledge, S. 59-75.
- Bundesministerium des Innern (2013): Praktische Hilfestellungen für Antikorruptionsmaßnahmen, in: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/themen/moderneverwaltung/praktische-hilfestellungen-antikorruptionsmassnahmen.html> [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Bussmann, K.-D. (2015a): Compliance Realität und Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung. In: Stober, R./Ohrtmann, N. (Hg.): *Compliance Handbuch für die öffentliche Verwaltung*. Berlin: Kohlhammer, S. 115-147.
- Bussmann, K.-D. (2015b): *Wirtschaftskriminologie Band I*. München: Vahlen.
- Bussmann, K.-D. (2016): Integrität durch nachhaltiges Compliance Management über Risiken, Werte und Unternehmenskultur. *Corporate Compliance Zeitschrift*, 9 (2), S. 50-57.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A./Vockrodt, M. (2016a): Compliance und Unternehmenskultur – Eine empirische Untersuchung zur Wirksamkeit von Anti-Korruptionsprogrammen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (1), S. 23-41.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A./Vockrodt, M. (2016b): Korruption und Unternehmenskultur – Forschungsergebnisse. In: Hoven, E./Kubiciel, M. (Hg.): *Das Verbot der Auslandsbestechung*. Baden-Baden: Nomos, S. 205-224.
- Bussmann, K.-D./Niemiczek, A./Vockrodt, M. (2018): Company culture and prevention of corruption in Germany, China and Russia. *European Journal of Criminology*, 15 (3), S. 255-277.
- Christie, P.M.J./Kwon, I.-W.G./Stoerberl, P.A./Baumhart, R. (2003): A Cross-Cultural Comparison of Ethical Attitudes of Business Managers: India, Korea and the United States. *Journal of Business Ethics*, 46, S. 263-287.
- Daumenlang, K./Müskens, W./Harder, U. (2004): *FEO. Fragebogen zur Erfassung des Organisationsklimas*. Göttingen: Hogrefe.
- Eigenstetter, M. (2006): Ethisches Klima in Organisationen – Eine deutsche Übersetzung und Adaptation des Ethical Climate Questionnaire. In: Klauk, B./Stangel-Meseke, M. (Hg.): *Mit Werten wirtschaften – Mit Trends trumpfen*. Lengerich: Pabst.
- Graf Lambsdorff, J. (2007): *The Institutional Economics of Corruption and Reform*. Cambridge: University Press Cambridge.
- Helfrich, H. (2013): *Kulturvergleichende Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hollinger, R.C./Clark, J.P. (1982): Formal and Informal Social Controls of Employee Deviance. *The Sociological Quarterly*, 23, S. 333-343.
- Hollinger, R.C./Clark, J.P. (1983): Deterrence in the Workplace. *Social Forces*, 62 (2), S. 388-418.
- Hollinger, R.C./Clark, J.P. (1983a): *Theft by Employees*. New York: Lexington.
- House, R.J./Hanges, P.J./Javidan, M./Dorfman, W.P./Gupta, V. (2004): *Culture, Leadership, and Organizations: The GLOBE Study of 62 Societies*. Thousand Oaks u.a.: Sage.

- Husted, B.W. (1999): Wealth, Culture, and Corruption. *Journal of International Business Studies*, 30 (2), S. 339-360.
- Karstedt, S. (2003): Macht, Ungleichheit und Korruption: Strukturelle und kulturelle Determinanten im internationalen Vergleich. *Soziologie der Kriminalität, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, S. 384-412.
- Kleinfeld, A./Kettler, A. (2011): Verantwortung Compliance – Integrität als Bestandteil gesellschaftlicher Verantwortung. In: Sandberg, B./Lederer, K. (Hg.): *Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/Springer, S. 273-29.
- Morrill, C./Snyderman, E./Dawson, E.J. (1997): It's not what you do, but who you are: Informal social control, social status, and normative seriousness in organizations. *Sociological Forum*, 12 (4), S. 519-543.
- Paldam, M. (2002): The Big Pattern of Corruption. *Economics, Culture and the seesaw dynamics*. *European Journal of Political Economy*, 18, S. 215-240.
- PricewaterhouseCoopers/Bussmann, K.-D. (2010): *Compliance und Unternehmenskultur – Zur aktuellen Situation in deutschen Großunternehmen*. Frankfurt a.M.: Eigenverlag.
- PricewaterhouseCoopers/Bussmann, K.-D. (2013): *Wirtschaftskriminalität und Unternehmenskultur*. Frankfurt a.M.: Eigenverlag.
- Sims, R.L. (2009): Collective versus individualist national cultures: Comparing Taiwan and U.S. employee attitudes toward unethical business practices. *Business & Society*, 48 (1), S. 39-59.
- Steßl, A. (2012): *Effektives Compliance Management in Unternehmen*. Wiesbaden: Springer.
- Tonoyan, V. (2004): The Bright and Dark Sides of Trust: Corruption and Entrepreneurship; A Cross-Cultural Comparison of Emerging vs. Mature Market Economies, in: [http://www.icgg.org/downloads/contribution11\\_tonoyan.pdf](http://www.icgg.org/downloads/contribution11_tonoyan.pdf) [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Treviño, L.K. (1992): The Social Effects of Punishment in Organizations. *A Justice Perspective*. *The Academy of Management Review*, 17 (4), S. 647-676.
- Uslaner, E.M. (2005): Trust and corruption. In: Graf Lambsdorff, J./Taube, M./Schramm, M. (Hg.): *The New Institutional Economics of Corruption*. London: Routledge, S. 76-92.

# Die Korruptionsbereitschaft von Managern – organisationale oder individuelle Devianz?

*Dieter Hermann*

## Gliederung

- |  |  |
|--|--|
| 1. Einleitung  | 4. Hypothesen                                    |
| 2. Die Charakterisierung von organisationaler und individueller Korruption | 5. Untersuchungsdesign und Operationalisierungen |
| 3. Theoretische Grundlagen   | 6. Hypothesenprüfung                             |
|  | 7. Fazit   |

## 1. Einleitung

Eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe der Universität Heidelberg geht in einem von der VW-Stiftung geförderten Projekt in sektoren- und kulturvergleichender Perspektive der Frage nach, welche Bedingungen eine Abweichung von der Legalität begünstigen. Haben sich die beteiligten Akteure persönlich bereichert oder haben sie sich am Nutzen für die Organisation orientiert? Um dies zu erklären, sollen mittels empirischer Untersuchungen Hypothesen zu gesellschaftlichen Ursachen sowie institutionellen und individuellen Bedingungsfaktoren für Korruption im Bereich der Industrie und Datenmanipulation in der Transplantationsmedizin generiert und überprüft werden. Im Fokus stehen dabei Formen der Illegalität, die sich – insofern sie nützlich für die Organisation ist und oft von loyalen Führungskräften im Rahmen anerkannter informeller Regeln begangen wird – der einfachen Kontrolle durch formale Vorgaben entziehen. Das Projekt umfasst Aktenanalysen (Deutschland und USA), qualitative Interviews mit Experten und Betroffenen aus Recht und Praxis sowie quantitative Befragungen von Managern und Transplantationsmedizinern.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> An dem Projekt sind beteiligt: Markus Pohlmann, Gerhard Dannecker, Dieter Dölling, Dieter Hermann, Alexander Fürstenberg, Ludmila Hustus, Julian Klinkhammer, Yuanyuan Liu, Lotta Mayer, Christian Mayer, Nadja Müller, Steffanie Richter, Elizangela Valarini und Sebastian Starystach.

Ein Teilprojekt befasst sich mit der Frage nach der Korruptionsbereitschaft von Managern. Erste Ergebnisse dieses Teilprojekts sollen hier vorgestellt werden. Zur Befragung von Managern wurde eine Stichprobe von Unternehmen in Deutschland gezogen, beschränkt auf die Branchen Bau, Verkehr und Lagerei sowie Verarbeitendes Gewerbe. Das Ziel ist es, die Bereitschaft zu korruptem Handeln zu erfassen, wobei zwei Arten der Normverletzung unterschieden werden: Im ersten Fall stehen Organisationsinteressen im Vordergrund, im zweiten Fall Eigeninteressen. Zudem werden noch praktizierte Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung, die Gültigkeit informeller Normen im Unternehmen, Normakzeptanz, Werte und Moralentwicklung erfasst. Untersucht werden soll, ob die unterschiedlichen Formen der Korruptionsbereitschaft von den genannten Merkmalen abhängig sind und ob sich die Erklärungsmodelle unterscheiden.

## 2. Die Charakterisierung von organisationaler und individueller Korruption

Im deutschen Strafrecht ist Korruption ein Normverstoß von Individuen. Folglich sind auch die Erklärungsansätze für Korruption auf die Individualebene konzentriert. Dabei wird weitgehend ignoriert, dass auch organisationale Rahmenbedingungen für die Handlungen von Individuen relevant sind. Für Organisationen kann Korruption, jedenfalls kurzfristig gesehen, von Nutzen sein. Eine Bezahlung von Schmiergeldern, um einen Auftrag zu erhalten, oder die Bezahlung von Schutzgeldern, um gefahrlos arbeiten zu können, verstößt zwar gegen Normen, kann aber im Interesse der Organisation liegen.<sup>2</sup> Ein solches Verhalten kann mit dem Konzept der „brauchbaren Illegalität“ im Sinne *Luhmanns* und *Pohlmanns* in Verbindung gebracht werden. Darunter werden alle Handlungen subsumiert, die zwar formale Normen verletzen, aber den Zielen oder der Stabilität einer Organisation, der sich der Akteur verbunden fühlt, nützlich sind.<sup>3</sup> Sprachlich soll dies durch die Begriffe „Organisationale Korruption“ und „Individuelle Korruption“ unterschieden werden. Für die Operationalisierung dieser beiden Konzepte der Korruption werden drei Kriterien berücksichtigt, der erwartete Nutzen für die Organisation, der erwartete Nutzen für das Individuum und der Einfluss informeller Normen der Organisation.<sup>4</sup> In *Tabelle 1* wird eine idealtypische Unterscheidung zwischen „Organisationaler Korruption“ und „Individueller Korruption“ dargestellt.

---

<sup>2</sup> *Pohlmann* (2008), S. 170 f.

<sup>3</sup> *Luhmann* (1964); *Pohlmann* (2015); *Shover/Hochstetler* (2002).

<sup>4</sup> *Pohlmann/Höly* (2017), S. 187 ff.



Tabelle 1: Organisationale und individuelle Korruption

Organisationale Korruption	Unterscheidungskriterien	Individuelle Korruption
Hoch	Erwarteter (kurzfristiger) Nutzen für die Organisation	Niedrig
Niedrig	Erwarteter (kurzfristiger) Nutzen für das Individuum	Hoch
Hoch	Einfluss informeller Normen der Organisation auf die Korruptionsbereitschaft	Niedrig

Die Berücksichtigung des zeitlichen Aspekts bei den Unterscheidungskriterien für organisationale und individuelle Korruption kann durch die Kontrolltheorie erklärt werden.<sup>5</sup> Nach diesem Ansatz ist jede Form von Kriminalität durch einen hohen kurzfristigen Nutzen gekennzeichnet, während die Kosten langfristig entstehen. Allerdings bleibt in diesem Ansatz unberücksichtigt, wer der Nutznießer von kriminellen Handlungen ist.

### 3. Theoretische Grundlagen

Bei der Erklärung individueller Korruption kann auf zahlreiche ätiologische Kriminalitätstheorien zurückgegriffen werden, wobei der Rational-Choice-Ansatz hier eine besondere Rolle spielt. Zur Erklärung organisationaler Korruption muss zusätzlich auf organisationssoziologische Theorien und Sozialisationstheorien zurückgegriffen werden.<sup>6</sup> Der Konkurrenzdruck, dem Organisationen in einer Marktwirtschaft ausgesetzt sind, schafft erstens Rahmenbedingungen, die eine Umgehung von Rechtsnormen nahelegen und zudem informelle Erwartungsstrukturen und Normen, die kollektive Devianz zugunsten der Organisation fördern. Dies wird durch hierarchischen Druck, durch die Bindung der Mitarbeiter an die Organisation und durch die Schaffung einer organisationsinternen Kultur der Abweichung verstärkt. Dies bedeutet, dass ungeschriebene kriminogene Regeln entstehen, die durch organisationsinterne Sozialisationsprozesse verinnerlicht werden.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Gottfredson/Hirschi (1990).

<sup>6</sup> Pohlmann/Bitsch/Klinkhammer (2016).

<sup>7</sup> Ashford/Anand (2003); Bannenberg (2002); (2014); Bussman/Salvenmoser (2008); Campbell/Göritz (2014); Klinkhammer (2015); Pohlmann/Höly (2017).

## 4. Hypothesen

Das Ziel der ersten Analysen zur Frage nach der Korruptionsbereitschaft von Managern ist eine empirische Überprüfung der Differenzierung in organisationale und individuelle Korruption. Dazu können drei Hypothesen formuliert werden:

1. Organisationale und individuelle Korruption sind unterschiedliche Handlungskonzepte, die stochastisch voneinander unabhängig sind – die Messungen zur Begehungsbereitschaft für beide Korruptionsformen korrelieren nicht miteinander.
2. Ungeschriebene korruptionsfördernde Normen in einer Organisation beeinflussen die Bereitschaft zu organisationaler Korruption, aber nicht die Bereitschaft zu individueller Korruption.
3. Der Einfluss ungeschriebener korruptionsfördernder Normen in einer Organisation auf die Korruptionsbereitschaft wird nicht von sozialer Erwünschtheit und anderen Drittvariablen beeinträchtigt.

## 5. Untersuchungsdesign und Operationalisierungen

Die Datengrundlage für die Überprüfung der Hypothesen ist eine Befragung von Managern in führender Position. Dazu wurden 2017 aus allen Unternehmen in Deutschland mit mindestens 100 Mitarbeitern der Branchen Bau, Verkehr und Lagerei sowie Verarbeitendes Gewerbe zufällig 3.643 Unternehmen ausgewählt, aus jeder Branche gleich viele. Die Beschränkung auf diese Branchen ist durch die vergleichsweise hohe Korruptionsbelastung dieser Industriezweige begründet.<sup>8</sup> Die Rekrutierung und die Durchführung der Erhebung lag in den Händen von aproxima, einer kommerziellen Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung. Alle ausgewählten Unternehmen erhielten per Post ein Anschreiben mit der Bitte um Teilnahme an der Befragung. Anschließend wurde telefonisch die Teilnahmebereitschaft und E-Mail-Adresse erfragt. 563 Unternehmen waren nicht erreichbar, 2.376 haben die Teilnahme verweigert. Von 704 Unternehmen wurde die Bereitschaft zur Teilnahme bekundet. Diese erhielten per Mail den Link zur Online Befragung. Tatsächlich haben 250 Personen an der Befragung teilgenommen.

Das Erhebungsinstrument wurde einem Pretest unterzogen. Die Korruptionsbereitschaft wurde in Anlehnung an die Hannoversche Korruptionsskala

---

<sup>8</sup> Bundeskriminalamt (2015), S. 11; (2016), S. 12.

(HKS 38) gemessen.<sup>9</sup> Bei dieser Skala stehen die individuelle Korruption und die Unterscheidung zwischen der kognitiven, affektiven und konativen Dimension der Korruption im Vordergrund. In dem vorliegenden Projekt ist besonders der Verhaltensaspekt von Interesse und zudem die Bereitschaft zu organisationaler Korruption. Deshalb wurden die relevanten Items ausgewählt und ergänzt. Organisationale Korruptionsbereitschaft wurde durch die ersten vier Items erfasst. Die letzten beiden Items dienen der Messung von individueller Korruptionsbereitschaft.

1. Wenn ich durch Korruption das Unternehmen, in dem ich tätig bin, vor einer Insolvenz retten kann, dann würde ich es tun.
2. Wenn durch eine Bestechung Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden, dann ist Korruption nicht so schlimm.
3. Wenn ich durch Korruption Arbeitsplätze sichern könnte, würde ich es in Erwägung ziehen.
4. Korruption ist nicht so schlimm, wenn sie dem Wohl des Unternehmens dient.
5. Wer sich durch Korruption selbst bereichert, muss hart bestraft werden.
6. Ich würde für kein Geld der Welt korrupt agieren.

Der Grad der Zustimmung und Ablehnung zu diesen Aussagen konnte mittels einer fünfstufigen Ratingskala ausgedrückt werden. Eine Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation) mit diesen sechs Items reproduziert die theoretische Differenzierung der Korruptionsbereitschaft in zwei Dimensionen. Die erklärte Varianz liegt bei 66 %. Die standardisierten Faktorladungen der Items auf die theoretisch begründeten Dimensionen liegen jeweils bei über 0,76, während die Ladungswerte auf die andere Dimension höchstens 0,15 betragen.

Zur Messung von ungeschriebenen korruptionsfördernden Normen in einer Organisation wurde die Frage gestellt: „In jedem Unternehmen gibt es ungeschriebene Gesetze. Wie ist das in der Einrichtung, in der Sie tätig sind?“

Dazu wurden unter anderem folgende Items vorgegeben:

1. Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn das Risiko für die Firma gering ist.

---

<sup>9</sup> Litzcke et al. (2014).

2. Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn dadurch größere Schwierigkeiten für das Unternehmen beseitigt werden.
3. Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn niemand dabei zu Schaden kommt.

Zur Erfassung des Grades der Zustimmung und Ablehnung zu diesen Aussagen wurde wieder eine fünfstufige Ratingskala genutzt. Alle Items laden in einer Faktorenanalyse auf einen einzigen Faktor und erklären 83 % an Varianz. Die standardisierten Faktorladungen liegen alle über 0,88.

Zur Messung der sozialen Erwünschtheit wurde wie im ALLBUS 1980 die Kurzskaala von *Lück* und *Timaues* eingesetzt.<sup>10</sup> Die vier Items lauten:

1. Ich sage immer, was ich denke.
2. Ich bin manchmal ärgerlich, wenn ich meinen Willen nicht bekomme.
3. Ich bin immer gewillt, einen Fehler, den ich mache, auch zuzugeben.
4. Ich habe gelegentlich mit Absicht etwas gesagt, was die Gefühle des anderen verletzen könnte.

Der höchste Grad sozialer Erwünschtheit liegt vor, wenn die Items 1 und 3 mit „richtig“ und die Items 2 und 4 mit „falsch“ beantwortet wurden.

Demographische Merkmale wurden mittels der Fragen aus der ZUMA-Standarddemografie erhoben und Fragen zur beruflichen Tätigkeit dem Forschungsprojekt „Kriminalpräventive Wirkung von Anti-Korruptionsprogrammen“ von *Bussmann* entnommen.<sup>11</sup> Zum Alter der Befragten: Unter 30 Jahren sind 1 %, zwischen 30 und 39 Jahren 16 %, zwischen 40 und 49 Jahren 24 %, zwischen 50 und 59 Jahren 42 % und 15 % sind 60 Jahre und älter. 82 % der Befragten sind männlich, 98 % haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit liegt bei 16 Jahren. 39 % gehören dem Vorstand an, 39 % dem „Executive Management“ und 23 % dem mittleren Management.

## 6. Hypothesenprüfung

Die Prüfung aller Hypothesen erfolgt mittels Strukturgleichungsmodellen. Das ist ein statistisches Analyseverfahren, mit dem Kausalbeziehungen

---

<sup>10</sup> *Lück/Timaues* (1969); (2014).

<sup>11</sup> *Beckmann et al.* (2016); *Bussmann* (o.J.).

abgebildet und Effektstärken geschätzt werden können.<sup>12</sup> Für alle Analysen werden hier standardisierte Effektschätzungen angegeben.

Das *Abbildung 1* zeigt das Ergebnis der Analyse zu Hypothese 1: Organisationale und individuelle Korruption sind unterschiedliche Handlungskonzepte, die stochastisch voneinander unabhängig sind – die Messungen der beiden Korruptionsformen korrelieren nicht miteinander.

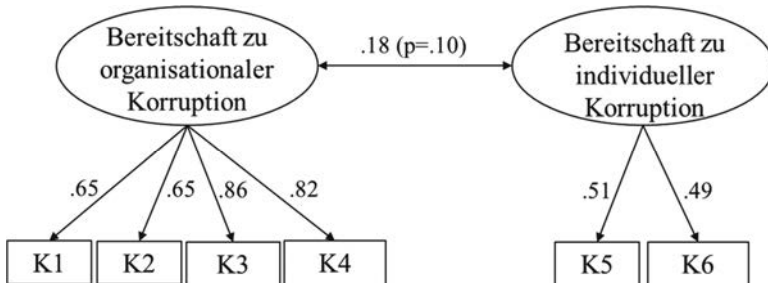


Abbildung 1: Überprüfung von Hypothese 1<sup>13</sup>

Die Korrelation zwischen organisationaler und individueller Korruption ist nicht signifikant. Die Hypothese kann nicht abgelehnt werden. Demnach muss man zwei Arten der Korruption unterscheiden. Dies bedeutet auch, dass sie auch auf unterschiedlichen Ursachen basieren können. Dies wird in Hypothese 2 geprüft: Ungeschriebene korruptionsfördernde und somit informelle Normen in einer Organisation beeinflussen die Bereitschaft zu organisationaler Korruption, aber nicht die Bereitschaft zu individueller Korruption. In *Abbildung 2* ist das Ergebnis der Analyse dargestellt.

<sup>12</sup> Reinecke (2014).

<sup>13</sup> Legende:  $n = 250$ , CFI = 0,99; K5 und K6: Gedrehte Skalen. K1: Wenn ich durch Korruption Arbeitsplätze sichern könnte, würde ich es in Erwägung ziehen; K2: Korruption ist nicht so schlimm, wenn sie dem Wohl des Unternehmens dient; K3: Wenn ich durch Korruption das Unternehmen, in dem ich tätig bin, vor einer Insolvenz retten kann, dann würde ich es tun; K4: Wenn durch eine Bestechung Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden, dann ist Korruption nicht so schlimm; K5: Wer sich durch Korruption selbst bereichert, muss hart bestraft werden; K6: Ich würde für kein Geld der Welt korrupt agieren.

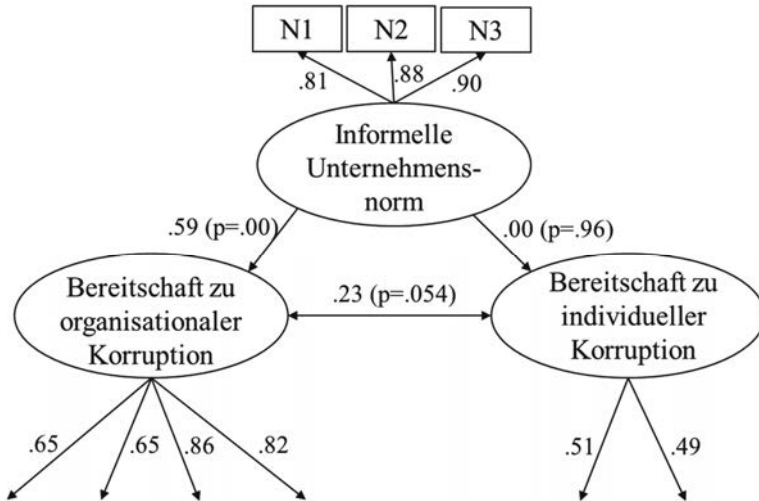


Abbildung 2: Überprüfung von Hypothese 2<sup>14</sup>

Hypothese 2 kann nicht abgelehnt werden. Demnach beeinflussen informelle Unternehmensnormen die Bereitschaft zu organisationaler, aber nicht zu individueller Korruption. Die Ergebnisse sind so eindeutig, dass der Verdacht auf Verzerrungen durch ein Artefakt prüfenswert ist. Es ist denkbar, dass Drittvariablen und insbesondere soziale Erwünschtheit das Antwortverhalten so beeinflussen, dass diese Modellstruktur entsteht. Dies wird in Hypothese 3 geprüft. Zur Hypothesenprüfung wird das in *Abbildung 2* dargestellte Modell so verändert, dass das Alter, das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit, die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die Position im Unternehmen und der Grad sozialer Erwünschtheit alle drei latenten Variablen des Modells beeinflussen. Das Ergebnis der Analyse ist in *Abbildung 3* dargestellt. Die Effekte der Kontrollvariablen sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt. Insgesamt gesehen verändern sich die Effektschätzungen nur marginal. Demnach kann auch Hypothese 3 nicht abgelehnt werden.

14 Legende:  $n = 250$ , CFI = 0,99. N1: Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn niemand dabei zu Schaden kommt; N2: Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn das Risiko für die Firma gering ist; N3: Entscheidungen im Graubereich der Legalität sind akzeptabel, wenn dadurch größere Schwierigkeiten für das Unternehmen beseitigt werden. Die Indikatoren zur Korruptionsbereitschaft sind der Legende von *Abbildung 1* zu entnehmen.

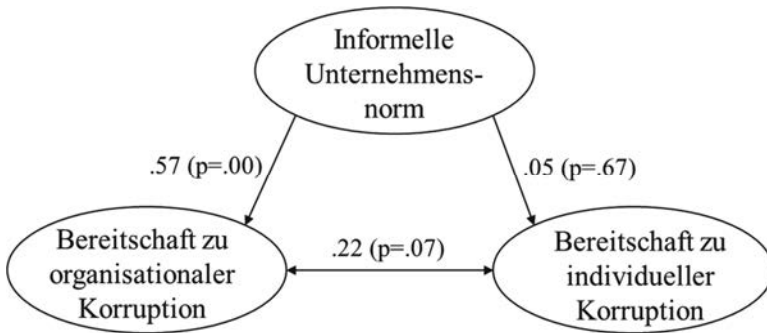


Abbildung 3: Überprüfung von Hypothese 3<sup>15</sup>

## 7. Fazit

Die Analysen einer Befragung von Managern legen nahe, dass organisationale und individuelle Devianz unterschiedliche mentale Konzepte und Handlungsorientierungen repräsentieren. Dies bedeutet, dass sich die Bedingungen für die Bereitschaft zu organisationaler und individueller Devianz unterscheiden. Während informelle Normen und ungeschriebene Unternehmensregeln für organisationale Devianz von Bedeutung sind, trifft dies auf individuelle Devianz nicht zu. Dies hat Konsequenzen für die Konstruktion von Theorien der Wirtschaftskriminalität – eine Erweiterung um organisationale Faktoren erscheint sinnvoll. Das Ergebnis hat aber auch Konsequenzen für die Korruptionsprävention. Dort liegt der Schwerpunkt auf Abschreckung und Kontrolle, und es erscheint fraglich, ob diese Methoden bei organisationaler Korruption brauchbar sind.

## Literatur

- Ashforth, B.E./Anand, V. (2003): The normalization of corruption in organizations. In: Kramer, R.M./Staw, B.M. (Hg.): Research in organizational Behavior. Volume 25. New York: Elsevier, S. 1-52.
- Bannenberg, B. (2002): Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle. Eine kriminologisch-strafrechtliche Analyse. Neuwied u.a.: Luchterhand.
- Bannenberg, B. (2014): Korruption. In: Janovsky, T./Wabnitz, H.B. (Hg.): Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts. München: C.H. Beck, S. 695-773.

15 Legende:  $n = 250$  CFI = 0,99. Die Indikatoren und Faktorladungen zur Korruptionsbereitschaft und zu informellen Unternehmensnormen sind den Legenden der *Abbildung 1* und *Abbildung 2* zu entnehmen.

- Beckmann, K./Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P./Hanefeld, U. (2016): Demographische Standards. Ausgabe 2016: Eine gemeinsame Empfehlung des ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes. 6. Auflage Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Bundeskriminalamt (2015): Bundeslagebild Korruption 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt (2016): Bundeslagebild Korruption 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bussmann, K. (o.J.): Kriminalpräventive Wirkung von Anti-Korruptionsprogrammen. Ein Forschungsprojekt, in: <http://bussmann.jura.uni-halle.de/antikorruption> [letzter Aufruf: 01.01.2018].
- Bussmann, K.-D./Salvenmoser, S. (2008): Der Wert von Compliance und Unternehmenskultur. Ergebnisse der aktuellen Studie von Pricewaterhouse Coopers zur Wirtschaftskriminalität. *Corporate-Compliance-Zeitschrift*, 1 (5), S. 192-196.
- Campbell, J.-L./Göriz, A.S. (2014): Culture Corrupts! A Qualitative Study of Organizational Culture in Corrupt Organizations. *Journal of Business Ethics*, 120 (3), S. 1-21.
- Gottfredson, M.R./Hirschi, T. (1990): A general theory of crime. Stanford: Stanford University Press.
- Klinkhammer, J. (2015): Varieties of corruption in the shadow of Siemens. A modus-operandi study of corporate crime on the supply side of corrupt transactions. In: Van Erp, J./Beckers, J./Huisman, W./Vande Walle, G. (Hg.): *Routledge Handbook of White-Collar and Corporate Crime in Europe*. London u.a.: Routledge, S. 318-335.
- Litzcke, S./Linssen, R./Hermanutz, M. (2014): Hannoversche Korruptionsskala (HKS 38), in: <http://nbn-resolving.de/urn/resolver.pl?urn:nbn:de:bsz:960-opus4-4888> [letzter Aufruf: 01.01.2018].
- Lück, H./Timaues, E. (1969): Skalen zur Messung manifester Angst (MAS) und sozialer Wünschbarkeit (SDS-E und SDS-CM). *Diagnostica*, 15, S. 134-141.
- Lück, H./Timaues, E. (2014): Soziale Erwünschtheit (SDS-CM). Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen. ZIS Version 15.00, in: [https://zis.gesis.org/skala/L%C3%BCck-Timaues-Soziale-Erw%C3%BCnschtheit-\(SDS-E\)](https://zis.gesis.org/skala/L%C3%BCck-Timaues-Soziale-Erw%C3%BCnschtheit-(SDS-E)) [letzter Aufruf: 01.01.2018].
- Luhmann, N. (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pohlmann, M. (2008): Management und Moral. In: Blank, T./Münch, T./Schanne, S./Staffhorst, C. (Hg.): *Integrierte Soziologie: Perspektiven zwischen Ökonomie und Soziologie, Praxis und Wissenschaft*. München: Rainer Hampp, S. 161-176.
- Pohlmann, M. (2015): Schmierer und Tricksen. Zur Erklärung von Korruption und Manipulationen bei Managern Bankern und Ärzten, in: [https://www.uni-heidelberg.de/forschung/profil/field\\_of\\_focus\\_4/rueckblickrvl.html](https://www.uni-heidelberg.de/forschung/profil/field_of_focus_4/rueckblickrvl.html) [letzter Aufruf: 01.01.2018].
- Pohlmann, M./Bitsch, K./Klinkhammer, J. (2016): Personal Gain or Organizational Benefits – How to Explain Active Corruption. *German Law Journal*, 17 (1), S. 73-100.
- Pohlmann, M./Höly, K. (2017): Manipulationen in der Transplantationsmedizin. Ein Fall von organisationaler Devianz? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, S. 181-207.
- Reinecke, J. (2014): *Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften*. 2. Auflage. München: De Gruyter Oldenbourg.
- Shover, N./Hochstetler, A. (2002): A Cultural explanation and organizational crime. *Crime, Law & Social Change*, 37, S. 1-18.



# Cybercrime-Delikte in Österreich – Ein Rückblick 2006 bis 2016

*Edith Huber, Bettina Pospisil und Walter Seböck*

## Gliederung

- |   |                                  |
|---|----------------------------------|
| 1. Einleitung                           | 3.1 Wer sind die Täter?          |
| 2. Methodisches Vorgehen                | 3.2 Wer sind die Opfer?          |
| 2.1 Abgrenzung der Begrifflichkeiten    | 3.3 Strategien der Anbahnung und |
| 2.2 Juristische Betrachtung             | Durchführung von Cybercrime      |
| 2.3 Stichprobenziehung und Aktenanalyse | (Modus Operandi)                 |
| 3. Ergebnisse                           | 4. Resümee                       |

## 1. Einleitung

Kaum eine Woche vergeht, in der in den Medien nicht über neue Cybercrime-Delikte berichtet wird. Alleine in Österreich war im Jahr 2016 ein Anstieg an Cybercrime-Delikten von rund 31 % zu verzeichnen und das betrifft lediglich jene, die auch angezeigt wurden.<sup>1</sup> Bereits im Jahr 1988 wurde in Österreich mit den Tatbeständen der Datenbeschädigung (§ 126a öStGB) und des betrügerischen Datenverarbeitungsmissbrauchs (§ 148a öStGB) im Kernstrafrecht gewissermaßen ein „Computerstrafrecht der ersten Generation“<sup>2</sup> eingeführt. Anstoß für die Einführung weiterer Cybercrime-Delikte in Österreich gab schließlich die „Convention on Cybercrime“ des Europarates.<sup>3</sup> Als weitere internationale Vorgabe zu nennen ist der EU-Rahmenbeschluss 2005/222/JI über Angriffe auf Informationssysteme.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund hat es sich dieses KIRAS-Forschungsvorhaben<sup>5</sup> zum Ziel gesetzt, einen Rückblick auf zehn Jahre Cybercrime in Österreich vorzunehmen.

---

1 Bundeskriminalamt (2016).

2 Bergauer (2016).

3 Convention on Cybercrime (ETS 185) vom 23.11.2001, in Kraft getreten am 01.07.2004.

4 Rahmenbeschluss 2005/222/JI des Rates vom 24.02.2005 über Angriffe auf Informationssysteme (ABl. EU 2005, L 69, 67).

5 Das Forschungsvorhaben wurde im Rahmen der österreichischen Sicherheitsforschung KIRAS, Programmlinie 2-3 gefördert. Projektname „CERT-Komm II“.

Im Rahmen dieser Studie wurde der Frage nach dem tatsächlich bekannten Hellfeld nachgegangen. Dazu wurden folgende Forschungsfragen formuliert:

- Wer sind die Täterinnen und Täter von Cybercrime-Delikten?
- Wer sind die Opfer von Cybercrime-Delikten?
- Welche Strategien der Anbahnung und Durchführung von Cybercrime lassen sich identifizieren? (Modus Operandi)

Um diese Forschungsfragen zu beantworten, wurde als Datenbasis auf die Akten des Landesgerichts für Strafsachen Wien der Jahre 2006 bis 2016 zurückgegriffen.<sup>6</sup>

## 2. Methodisches Vorgehen

### 2.1 Abgrenzung der Begrifflichkeiten

Beschäftigt man sich mit dem Thema Cybercrime, begegnet man dem Problem, dass Cybercrime immer wieder unterschiedlich definiert wird. Es gibt – auch unter Berücksichtigung der aktuellen Fachliteratur – keine verbindliche Definition von Cybercrime. Für die Untersuchung war es daher wichtig, Arten von Cybercrime zu definieren. Unterschieden wird in:

- a. Cybercrime im engeren Sinn (Core Cybercrime beziehungsweise Cyberdependent Crime): Unter diese Definition fallen alle Delikte, die es in keiner Variante offline gibt. Diese Kategorie von Cybercrime umfasst die Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Netzwerken sowie von Geräten, Daten und Services in diesen Netzwerken. Dazu zählen Hacking, Cyber-Vandalismus, die Verbreitung von Schadsoftware etc.
- b. Cybercrime im erweiterten Sinn (non-cyberspecific Cybercrime beziehungsweise Cyberenabled Crime): Delikte, die unter diese Kategorie fallen, können auch offline existieren. Dazu zählen Delikte wie zum Beispiel Kreditkartenmissbrauch, Informationsdiebstahl, Geldwäsche, Vergehen gegen das Urheberrecht, Cyberstalking sowie die Nutzung, Verbreitung und Zurverfügungstellung kinderpornographischer Inhalte usw.<sup>7</sup> und

---

<sup>6</sup> Huber/Pospisil (2018).

<sup>7</sup> McGuire/Dowling (2013).

- c. Verschleierung der Identität: Dies betrifft Täterinnen und Täter, die sich einen Online-Avatar zulegen und die erworbene Anonymität dazu verwenden, kriminell zu handeln, beziehungsweise Täter, die sich gestohlener Identitäten oder Fake-Identities bedienen.<sup>8</sup>

Eine weitere Unterscheidung in Bezug auf die Definition von und den Umgang mit Cybercrime betrifft den jeweiligen Landes- und Kulturkreis. Denn jedes Land kann selbst definieren, welche Vorfälle es als Cybercrime-Delikte anerkennt.

## 2.2 Juristische Betrachtung

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde eine Aktenanalyse der Cybercrime-Delikte der Jahre 2006 bis 2016 am Landesgericht für Strafsachen Wien durchgeführt. Dazu wurden Cybercrime-Delikte im engeren Sinn sowie Cybercrime-Delikte im erweiterten Sinn analysiert. Als Paragraphen im Bereich ‚Cybercrime‘ sind im öStGB gelistet:

- § 118a: Widerrechtlicher Zugriff auf ein Computersystem
- § 119: Verletzung des Telekommunikationsgeheimnisses
- § 119a: Missbräuchliches Abfangen von Daten
- § 126a: Datenbeschädigung
- § 126b: Störung der Funktionsfähigkeit eines Computersystems
- § 126c: Missbrauch von Computerprogrammen
- § 148a: Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch
- § 225a: Datenfälschung

In den vergangenen Jahren kamen noch § 207a: Kinderpornographie (Pornographische Darstellung Minderjähriger) sowie § 208a: Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen (seit Januar 2012) dazu.<sup>9</sup> Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden Cybercrime-Delikte im Sinne der oben gelisteten Paragraphen untersucht. Delikte der Kinderpornographie sowie der Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen fanden in dieser Auswertung keine Berücksichtigung.

---

<sup>8</sup> Kirwan/Power (2011).

<sup>9</sup> Bundesministerium für Inneres (2017).

## 2.3 Stichprobenziehung und Aktenanalyse

Als Ausgangssituation lagen der Staatsanwaltschaft 5.400 Akten im genannten Untersuchungszeitraum vor. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde jene Gruppe an Akten herangezogen, bei denen es zu einer Gerichtsverhandlung kam. Dies waren  $n = 399$  Fallakten.<sup>10</sup> Bereits die bloße Anzahl spricht für sich, lässt sich aus ihr auf eine sehr geringe Aufklärungsquote schließen. Aus den Akten wurde eine Zufallsstichprobe mittels Listenauswahl gezogen. Da es sich hier um eine Art der Wahrscheinlichkeitsauswahl handelt, kann von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit geschlossen werden.<sup>11</sup> Aus den Fallakten wurde eine repräsentative Stichprobe von 20 % ( $n = 89$ ) gezogen.

Als Forschungsmethode zur Analyse der Akten<sup>12</sup> wurde die quantitative Aktenanalyse nach *Dölling*<sup>13</sup> herangezogen. Zur Ermittlung des Modus Operandi wurde der Tathergang qualitativ mit der Inhaltsanalyse nach *Mayring*<sup>14</sup> ausgewertet.

## 3. Ergebnisse

### 3.1 Wer sind die Täter?<sup>15</sup>

#### 3.1.1 Grundlegende demografische Merkmale

Werden die demografischen Merkmale der Tatverdächtigen betrachtet, so zeigt sich, dass diese meist männlich (75 %) und rund 32 Jahre (arithmetisches Mittel) alt waren. Dies ist kein neues Phänomen und trifft auch auf andere Straftaten zu. Im Falle von Cybercrime beziehungsweise Delikten im Cyber-Umfeld lässt sich festhalten, dass Männer häufig eine höhere Technikaffinität aufweisen als Frauen.<sup>16</sup> Unter diesem Blickwinkel ist es schlüssig, dass all jene Delikte, die eine hohe Technikkompetenz erfordern, zumeist von Männern durchgeführt werden.<sup>17</sup> Nicht zu vernachlässigen ist außerdem die Anzahl an

---

10 Bei den verbleibenden 5.001 Akten wurde der Strafantrag gegen Täter ‚unbekannt‘ erstellt bzw. sind die Akten noch bei der Staatsanwaltschaft in Bearbeitung.

11 *Diekmann* (2009).

12 Diese wurde im Zeitraum von Januar bis Juni 2017 durchgeführt.

13 *Dölling* (1984).

14 *Mayring* (2000).

15 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

16 *Huber* (2013).

17 Details dazu siehe 3.1.2 und 3.3.

Jugendlichen (bis 20 Jahre), welche Cybercrime-Delikte verübten (13 %). Das Alter der Tatverdächtigen hat sich in den vergangenen zehn Jahren stark verändert. Waren es im Jahr 2008 noch vor allem die 30- bis 40-Jährigen, die im Umfeld der Cyber-Delikte auffielen, so werden jetzt die Tatverdächtigen und Täter immer jünger.<sup>18</sup> Dies ist zum einen auf die Durchdringung unseres Alltagslebens mit Informationstechnologien zurückzuführen, zum anderen auf bessere Aus- und Weiterbildungsangebote im Informatikbereich.

Die meisten Tatverdächtigen sind in Österreich (47 %) oder in einem EU-Staat (25 %) geboren. Nur wenige (16 %) stammen aus Drittstaaten. Diese Ergebnisse müssen vorbehaltlich der Tatsache betrachtet werden, dass ausschließlich jene Akten analysiert wurden, bei denen es auch zu einer Gerichtsverhandlung in Österreich kam. Es ist somit davon auszugehen, dass ein Zusammenhang zwischen dem Herkunftsland und der Möglichkeit der Rückverfolgung der Tat besteht. Die Variable Beziehungsstatus zeigt, dass die meisten Tatverdächtigen in keiner festen Beziehung lebten (65 %) und auch keine Kinder hatten (57 %).

Das Bildungsniveau der Tatverdächtigen steht in einem Zusammenhang mit der Komplexität des Delikts.<sup>19</sup> Mehr als die Hälfte (54 %) der Tatverdächtigen hatten eine Ausbildung unter Matura-Niveau (vergleichbar dem Abitur), sehr viel weniger (12 %) besaßen einen Abschluss mit Matura und nur ein sehr geringer Anteil (8 %) wies einen höheren Bildungsabschluss auf. Die landläufige Annahme, dass Täter im Cybercrime-Bereich höher qualifiziert sein müssen als bei anderen Straftaten, ist im Kontext der verurteilten Fälle nicht erkennbar. In einer regulären Beschäftigung befand sich lediglich ein Fünftel der Tatverdächtigen.

Hatten die Täter Vorstrafen (41 %), so fanden sich diese meistens im Bereich der Betrugs- und Eigentumsdelikte, erst danach folgten Gewalt- und Drogendelikte. Darüber hinaus ist es erwähnenswert, dass mehr als die Hälfte (58 %) der Tatverdächtigen als Teil einer Gruppe agierten.

### **3.1.2 Typisierung der Tatverdächtigen**

Wie auch bei anderen Deliktsarten kann bei Cybercrime nicht von dem typischen Cyber-Kriminellen gesprochen werden. Um trotzdem ein greifbareres Bild der Tatverdächtigen zu erhalten, wurden diese einer Typisierung unterzogen. Diese orientiert sich jedoch nicht an den Delikten im Sinne des öStGB, da anhand dieser keine Abgrenzung zwischen den Fällen möglich ist. Die Typisierung wurde anhand einer Clusteranalyse nach demografischen Merkmalen vorgenommen und ergab drei Typen. Die Clusterqualität liegt mit 0,4 im Durchschnitt.

---

<sup>18</sup> Huber (2013).

<sup>19</sup> Details dazu siehe 3.1.2 und 3.3.

Wird der Prädikatoren-Einfluss betrachtet ist erkennbar, dass die Variable Geschlecht zur Gänze in die Typenbildung miteinbezogen wurde. Danach folgen die Variablen Bildung (52 %) und Beschäftigungsverhältnis (35 %). Das Alter der Tatverdächtigen fand am wenigsten (10 %) Berücksichtigung.

### *Typ 1: Der Business-Man*

Der erste Typ von Tatverdächtigen betrifft 31 % der Fälle. Dieser Typ ist ausschließlich männlich. Das Alter des Business-Man liegt im Durchschnitt bei 35 Jahren (arithmetisches Mittel). Er ist der Typ mit dem höchsten Bildungsabschluss. Fast ein Drittel (30 %) hat einen Universitäts- beziehungsweise Fachhochschulabschluss und 26 % einen Abschluss auf Matura-Niveau. Darüber hinaus geht rund die Hälfte der Personen dieses Typs einer regulären Beschäftigung nach.

Somit stellt der Business-Man jenen Typen dar, der am ehesten aus einer fixen Arbeitsstelle heraus agiert. All jene Tatverdächtigen der Stichprobe, die einer Beschäftigung im IT-Bereich nachgehen beziehungsweise hier früher gearbeitet haben sowie jene, die beim Delikt ein komplexeres Vorgehen zeigten, sind unter diesen Typen zu subsumieren. Der Business-Man plant seine Tat langfristig und wählt seine Opfer sorgfältig aus.

### *Typ 2: Die Hausfrau*

Die zweite Gruppe umfasst 18 % der Fälle und besteht – nomen est omen – zur Gänze aus Frauen. Der Bildungsstatus ist relativ unterschiedlich: Während die Hälfte eine Bildung unter Maturaniveau hat, haben 44 % die Matura. Nur ein sehr kleiner Anteil (6 %) dieses Typs hat einen Hochschulabschluss. Der Großteil (63 %) des Typs ist nicht regulär beschäftigt. Von jenen Personen der gesamten Stichprobe, welche eine andere Art der Anstellung haben, finden sich lediglich 30 % in diesem Typ. Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich hier jene Tatverdächtigen finden, welche in Karenz oder Pension sind. Personen des Typs Hausfrau sind durchschnittlich um die 32 Jahre alt.

### *Typ 3: Der Perspektivlose*

Der dritte Typ der Tatverdächtigen umfasst den größten Teil (51 %) der Fälle und ist wiederum rein männlich. Auffällig ist, dass Personen dieses Typs zur Gänze eine Bildung unter Maturaniveau und keine reguläre Beschäftigung haben. Das Alter des Perspektivlosen liegt im Durchschnitt bei 30 Jahren.

Es findet sich, von der gesamten Stichprobe aus gesehen, der Großteil an Jugendlichen bis 20 Jahre (80 %) in dieser Gruppe. Auch wenn die Fallzahlen zum problematischen Hintergrund gering sind, ist zu berücksichtigen, dass sich ein

Großteil aller Personen mit schweren Familienverhältnissen (64 %) und Suchtverhalten (68 %) in diesem Typ findet. Dies hängt wahrscheinlich mit dem großen Aufkommen von Jugendlichen innerhalb dieses Typs zusammen, bei welchen diese Parameter häufiger gerichtlich untersucht wurden.

### *Rahmenbedingungen der Tat nach Typen*

Zur näheren Charakterisierung der beschriebenen Typen wurde der Zusammenhang der Cluster mit anderen Variablen herausgearbeitet. Im Folgenden werden jene Variablen Erwähnung finden, bei welchen sich signifikante Ergebnisse zeigten. Erklärend ist dabei anzumerken, dass die Typen *Business-Man* und *Perspektivlose* als die Extrempole einer Skala positioniert sind und sich der Typ *Hausfrau* in der Mitte dieser befindet.

*Tabelle 1: Zusammenhänge zwischen deliktbezogenen Variablen und Tätertypen (Spearman)*

	Tätertypen ( <i>Business-Man/Hausfrau/Perspektivlose</i> )
Täter hatte eine Vorstrafe	.32**
Art der Opferwahl	-.38***
Beziehung zwischen Täter und Opfer	-.40***
Verhängung von Untersuchungshaft	.24*
Täter agierte als Teil einer Gruppe	.33**

Anm.: \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$

Die *Tabelle 1* zeigt folgende Ergebnisse: (1) Der Typ *Business-Man* hat häufiger eine Beziehung zu seinem Opfer als der Typ des *Perspektivlosen*. Unter Beziehung wird jede Form der Bekanntschaft verstanden, also beispielsweise Geschäftsbeziehung, Liebesbeziehung, aber auch Konkurrenz etc. Der Typ *Hausfrau* befindet sich in der Mitte. Er hat häufiger als der *Perspektivlose* eine Beziehung zum Opfer, jedoch seltener als der *Business-Man*. (2) Der Typ *Business-Man* wählt seine Opfer häufiger mutwillig, während der *Perspektivlose* willkürlich vorgeht. Die *Hausfrau* findet sich auch hier in der Mitte wieder. (3) Der Typ *Perspektivloser* agiert häufiger in Gruppen, (4) besitzt häufiger eine Vorstrafe und (5) wird häufiger in Untersuchungshaft genommen als die Typen *Business-Man* oder *Hausfrau*.

### 3.2 Wer sind die Opfer?

Jeder kann Opfer von Cybercrime werden, grundsätzlich können sie aber in zwei Gruppen unterschieden werden:

- Unternehmen (Behörden, Firmen)
- Privatpersonen (Privatperson, Gruppe von Privatpersonen, Person öffentlichen Interesses)

#### *Typ 1: Das Unternehmen*

Die Mehrheit (62 %) aller bekannten Opfer sind Unternehmen. Dies erklärt sich dadurch, dass Unternehmen in der Regel anwaltlich besser vertreten und für finanzielle Übergriffe attraktiver sind. Andererseits bringt eine große Anzahl an Firmen die Delikte nicht zur Anzeige, da ein etwaiger Reputationsverlust für das Unternehmen als schwerwiegender betrachtet wird als der entstandene finanzielle Schaden. In den meisten Fällen handelte es sich bei den Unternehmen um Betriebe, die in den Bereich kritische Infrastrukturen<sup>20</sup> (62 %) fallen. Eine Meldepflicht nach NIS-Richtlinie<sup>21</sup> hätte in keinem der Fälle bestanden. Am häufigsten waren Unternehmen der Finanzen- und Versicherungsbranche (73 %) betroffen. Dies hängt damit zusammen, dass es am häufigsten zu solchen Delikten kommt, bei welchen unrechtmäßige Abbuchungen von Bankkonten und dergleichen vorgenommen werden.<sup>22</sup> Opfer dieses Typs haben in den meisten Fällen keine Beziehung zum Täter (66 %) oder aber eine reine Geschäftsbeziehung (21 %).

#### *Typ 2: Die Privatperson*

Nicht außer Acht zu lassen ist der Anteil an Privatpersonen (38 %), welche Opfer von Cybercrime wurden. Mit 38 % ist der Anteil deutlich geringer, jedoch muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Privatpersonen oft gar nicht wissen, dass sie Opfer eines Cybercrime-Deliktens wurden. Werden nur die aufgeklärten Fälle betrachtet, so zeigt sich, dass das durchschnittliche Alter des Opfers 47 Jahre beträgt und tendenziell mehr Männer (60 %) als Frauen Opfer sind. Das Aufenthaltsland des Opfers während des Vorfalls war in allen Fällen Österreich. Privatpersonen haben in den

---

20 Am 06.07.2016 wurde die EU-Richtlinie 2016/1148 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (NIS-Richtlinie) verabschiedet (ABl. EU 2016, L 194, 1).

21 Siehe dazu Fußn. 20.

22 Details dazu siehe 3.1.2 und 3.3.



meisten Fällen keine Beziehung zum Tatverdächtigen (52 %), allerdings liegt in 22 % der Fälle ein Bekanntschaftsverhältnis vor.

### 3.3 Strategien der Anbahnung und Durchführung von Cybercrime (Modus Operandi)

Aus dem vorliegenden Material konnten elf verschiedene Typen des Modus Operandi, also Strategien zur Durchführung von Cybercrime, unterschieden werden, von denen neun wissenschaftlich bewertet wurden. Im Rahmen dieses Artikels sollen zwei Typen ausführlicher dargestellt werden.<sup>23</sup> Mehr als die Hälfte der hier untersuchten Cybercrime-Delikte fallen unter den Sammelbegriff „Identitätsdiebstahl“. Darunter werden Bank- beziehungsweise Kreditkartenmissbrauch oder -diebstahl, Identitätsdiebstahl zum Zwecke des Online-Shoppings, zum Zwecke der Finanzierung des Glücksspiels beziehungsweise die Beschaffungskriminalität und illegale Überweisungen subsumiert. Typisch an diesen Delikten ist, dass die Täter hierfür keine speziellen Informatikkenntnisse benötigen. Der Diebstahl der Identitätsdaten erfolgt zumeist offline, das heißt die Kreditkarte wird beispielsweise physisch gestohlen. Die Täter begehen erst dann das Cybercrime-Delikt, wenn sie auf das Konto zugreifen. In diesen Fällen wird zumeist nach § 148a öStGB: Betrügerischer Datenverarbeitungsmissbrauch, angeklagt.

Die Täter agieren dabei in erster Linie aus einem finanziellen Motiv heraus, und es besteht meist keine Beziehung zum Opfer. Diese Delikte des Identitätsdiebstahls lassen den Schluss zu, dass sich niederschwellige Diebstahlsdelikte zum Zwecke der Geldbeschaffung ins Internet verschoben haben und sich nun Methoden der Informations- und Kommunikationstechnik bedienen. Jene Fälle, die man landläufig unter „Cybercrime“ subsumiert – also Hacker-Angriffe, Malware-Attacken und Social Engineering – finden sich in zwei Typen wieder, die an dieser Stelle genauer beschrieben werden.

#### 3.3.1 Typ 1: Täter arbeiten mit „technischen Hilfsmitteln“

Dieser Typ eines Tathergangs setzt die meiste Kompetenz voraus, ist am aufwändigsten und entspricht am stärksten dem typischen Bild des Cyber-Kriminellen. Bei diesem Vorgehen haben die Täter einen hohen Wissensstand über die Funktionsweise von IT-Systemen sowie Programmierkenntnisse. Das kriminelle Potential ist sehr hoch und die Komplexität der Strategien

---

23 Huber/Pospisil (2018).

facettenreich. Lediglich 8 % der betrachteten Delikte fallen in diesen Typ. Auch hier ist mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen, da Täter dieses Typs zumeist wissen, wie sie ihr Handeln verschleiern können. Die Beziehung zwischen Täter und Opfer, basiert zumeist auf einer institutionellen Ebene, Opfer sind zum großen Teil Firmen oder Institutionen. Analysen von *Kaspersky-Lab*<sup>24</sup> weisen darauf hin, dass es bei den meisten Cybercrime-Attacken dieser Art kein Verhältnis zwischen Täter und Opfer gibt. Die Diskrepanz der Aussagen ergibt sich aus der Tatsache, dass für die vorliegende Datenanalyse nur jene Fälle betrachtet wurden, welche zu einer Gerichtsverhandlung führten. Diese Delikte in Wien resultieren meist aus einer Kombination des extrinsischen Motivs, einen möglichst hohen finanziellen Gewinn zu erzielen, und intrinsischen Motiven, wie der mutwilligen Schädigung des Opfers. Die Täter verwenden typischerweise Verschlüsselungstechniken und versenden Schadsoftware. Es wurden unterschiedliche Methoden angewandt, immer wurden jedoch technische Hilfsmittel (Viren, Malware, Botnetze, etc.) eingesetzt.

### 3.3.2 Typ 6: Datenmissbrauch bei Firmen

Eine speziell für Unternehmen gefährliche Ausprägung von Cybercrime findet sich in Typ 6 des Tathergangs, dem Datenmissbrauch bei Firmen. Er umfasst bereits 11 % der betrachteten Fälle. Bei Tätern dieses Typs handelt es sich ausschließlich um besser gebildete und männliche Täter, die bewusst ihr Wissen missbrauchen, um sich dadurch einen Vorteil zu verschaffen beziehungsweise um ein Unternehmen zu schädigen. Die Delikte, welche sich durch den Tathergang „Datenmissbrauch bei Firmen“ auszeichnen, sind ähnlich wie jene des Typs 1 „technische Hilfsmittel“ komplexer in der Planung und erfordern eine Strategie. In den meisten Fällen liegt eine intrinsisch motivierte Tathandlung vor, die aus dem Gefühl heraus entsteht, von den Arbeitgebern nicht fair behandelt worden zu sein. Bei diesem Modus Operandi muss es sich nicht um Informatik-Profis handeln. Ausschlaggebend sind sehr gute Anwenderkenntnisse im IT-Bereich und der Einsatz von Social Engineering Methoden. Betrachtet man die angeklagten Tatbestände, so erkennt man schnell, dass hier fast das gesamte Spektrum an Cybercrime-Anklagemöglichkeiten (§§ 118a, 119, 119a, 123, 126a, 126b, 126c, 124 öStGB) zu finden ist. Ein typisches Beispiel wäre, dass der Täter geheime Daten des Unternehmens an die Konkurrenz weitergibt. Dieser Modus Operandi Typ überschneidet sich stark mit dem Täterprofil des Business-Man.

---

24 *Kaspersky Labs* (2017).

## 4. Resümee

Auffälligstes Ergebnis ist die geringe Verurteilungsrate bei Cybercrime-Delikten in den letzten zehn Jahren in Österreich. Viele Täter werden nicht gefasst, da sie zum einen aus dem Ausland agieren oder die Fähigkeiten besitzen sich zu tarnen. Darüber hinaus lässt sich eine deutliche Verschiebung der Kriminalität erkennen. Immer mehr Täter bedienen sich des Internets, um Diebstähle zu begehen. War es früher noch der klassische Geldtaschendiebstahl, bedienen sich Cyber-Kriminelle nun an Bankkarten oder Überweisungsdaten. Darüber hinaus ist eine Entwicklung in Richtung Hightech Crime erkennbar. Die Anzahl der vom Gericht verhandelten Fälle von Anzeigen, die dem landläufigen Begriff der Computerkriminalität entsprechen, ist gering. Die Täter, in diesen Fällen nur Männer, zeichnen sich durch ausgezeichnete Programmierkenntnisse und das Wissen über Schwachstellen in Systemen aus, sind zumeist höher gebildet und befinden sich in stabilen finanziellen Verhältnissen. Um diese Täter zu überführen, bedarf es hochqualifizierter Ermittlungsbeamter, moderner IT-Ausstattung und einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Behörden.

## Literatur

- Bergauer, C.* (2016): Das materielle Computerstrafrecht. Dunaj: Jan Sramek Verlag.
- Bundeskriminalamt* (2016): Cybercrime. Jahresbericht 2016, in: [http://www.bundeskriminalamt.at/306/files/Web\\_Cybercrime\\_2016.pdf](http://www.bundeskriminalamt.at/306/files/Web_Cybercrime_2016.pdf) [letzter Aufruf: 23.01.2018].
- Bundesministerium für Inneres* (2017): Kriminalstatistik 2016. Wien: Eigenverlag.
- Diekmann, A.* (2009): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 20. Auflage. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Dölling, D.* (1984): Probleme der Aktenanalyse in der Kriminologie. In: Kury, H. (Hg.): Methodologische Probleme in der kriminologischen Forschungspraxis. Köln: Heymanns, S. 265-286.
- Huber, E.* (2013): Cyberstalking und Cybercrime. Kriminalsoziologische Untersuchung zum Cyberstalking-Verhalten der Österreicher. Wiesbaden: Springer VS.
- Huber, E./Pospisil, B.* (2018): Die Cyber-Kriminellen in Wien. Eine Analyse von 2006-2016. Krems an der Donau: Edition Donau-Universität Krems.
- Kaspersky Labs* (2017): Internetfähige Bohrmaschine demonstriert angemessenen Schutz im Internet der Dinge, in: <https://de.securelist.com/internetfahige-bohrmaschine-demonstriert-angemessenen-schutz-im-internet-der-dinge/72833> [letzter Aufruf: 23.01.2018].
- Kirwan, G./Power, A.* (2011): Cybercrime. The psychology of online offenders. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mayring, P.* (2000): Qualitative Content Analysis. Forum Qualitative Sozialforschung, 1 (2), Art. 20, in: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2384> [letzter Aufruf: 23.01.2018].
- McGuire, M./Dowling, S.* (2013): Cyber crime. A review of the evidence: summary of key findings and implications. London: Home Office.

# IT-Sicherheit mit Nachdruck

*Nicole Selzer*

## Gliederung

- |   |  |
|---|--|
| 1. Das IT-Sicherheitsgesetz   | 4. Unternehmensbefragung                               |
| 2. Kritische Infrastruktur  | 4.1 Bewertung des IT-Sicherheitsgesetzes               |
| 3. Verpflichtungen für Betreiber Kritischer Infrastrukturen nach dem BSIG | 4.2 Verbreitung und Status der IT-Sicherheitsmaßnahmen |
| 3.1 IT-Mindeststandard, § 8a Abs. 1 BSIG                                  | 4.3 Bewertung der Meldepflicht                         |
| 3.2 Meldepflicht, § 8b Abs. 4 BSIG  | 5. Fazit   |

## 1. Das IT-Sicherheitsgesetz

Untersuchungen haben gezeigt, dass die IT-Sicherheit in Deutschland nicht in allen sicherheitsrelevanten Bereichen das erforderliche Niveau aufweist<sup>1</sup> – das ist ein Problem. Ein anderes Problem ist, dass Unternehmen abgeneigt sind, IT-Sicherheitsvorfälle staatlichen Stellen gegenüber anzuzeigen, da sie Reputationsverlust und Wettbewerbsnachteile fürchten.<sup>2</sup> Hinzu kommt, dass Unternehmen auch Zweifel am Ermittlungserfolg hegen und den mit der Meldung verbundenen bürokratischen Aufwand scheuen.<sup>3</sup> Diese Probleme sind der Grund, warum Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden nur ein sehr begrenzter Ausschnitt an IT-Sicherheitsvorfällen in der Privatwirtschaft bekannt wird. Das begrenzt nicht nur Präventions- und Reaktionsmaßnahmen, sondern gefährdet auch die innere Sicherheit Deutschlands. Im Jahr 2007 wurde mit dem *Umsetzungsplan Kritische Infrastruktur* (UP KRITIS) ein freiwilliger Ansatz gewählt, um ein angemessenes IT-Sicherheitsniveau in den sicherheitsrelevanten Bereichen zu entwickeln.<sup>4</sup> Obwohl große Fortschritte erzielt wurden, war dieser Ansatz – wie sich nun zeigt – nicht ausreichend, um einen flächendeckenden

---

1 BT-Drs. 18/4096, S. 1 ff.

2 IHK Nord e.V. (2013), S. 9; Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (2015), S. 24; (2016), S. 34, 36; Roos (2015), S. 639.

3 IHK Nord e.V. (2013), S.10; Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (2016), S. 36.

4 Bundesministerium des Innern (2007), S. 8.

IT-Schutz aufzubauen.<sup>5</sup> Um dies zu ändern und der teils geringen Kooperationsbereitschaft mit Nachdruck zu begegnen, wurde das IT-Sicherheitsgesetz (IT-SiG)<sup>6</sup> erlassen, das im Juli 2015 in Kraft trat. Zwar war auch auf EU-Ebene die Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit in Planung, der deutsche Gesetzgeber hat diese jedoch nicht abgewartet und bereits vor Erlass der Richtlinie<sup>7</sup> das IT-SiG verabschiedet. Das IT-SiG ist Ausfluss einer Artikelgesetzgebung, das heißt es ist kein eigenständiges Gesetz, sondern eine Sammlung von Änderungen und Ergänzungen verschiedener Gesetze. Zu denen zählen beispielsweise das Atomgesetz (AtomG), das Telekommunikations- und Telemediengesetz (TKG, TMG), das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das Kreditwesengesetz (KWG), das Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) sowie das Gesetz über das Bundeskriminalamt (BKAG). Ziel des IT-SiG und der damit verbundenen Gesetzesänderungen ist es, vor allem *Kritische Infrastrukturen* und damit das Gemeinwesen besser zu schützen. Dafür war ein Eingriff in die Privatwirtschaft, die immerhin 80 % der Kritischen Infrastruktur unterhält,<sup>8</sup> unabdingbar.

## 2. Kritische Infrastruktur

Von besonderem Interesse sind im weiteren Verlauf die durch das IT-SiG eingetretenen Veränderungen im BSIG. Das BSIG ist zunächst einmal interessant, da es definiert, was unter Kritischer Infrastruktur verstanden werden kann<sup>9</sup> und welche Sektoren umfasst sind. Kritische Infrastrukturen sind von hoher Bedeutung für das Gemeinwesen, da durch ihren Ausfall oder ihre Beeinträchtigung erhebliche Versorgungsengpässe oder Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten würden (§ 2 Abs. 10 Nr. 2 BSIG). Zu den Sektoren der Kritischen Infrastruktur zählen die Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung sowie das Finanz- und Versicherungswesen (§ 2 Abs. 10 Nr. 1 BSIG).

---

5 BT-Drs. 18/4096, S. 1.

6 Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) vom 17.07.2015 (BGBl. I 1324).

7 Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 06.07.2016 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union (ABl. EU 2016, L 194, 1).

8 Schäuble (2010), S. 24; Bundesministerium des Innern (2007), S. 6.

9 Eine verkürzte Legaldefinition fand sich zuvor in § 17 Abs. 1 Nr. 3 ZSKG: Infrastrukturen, bei deren Ausfall die Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird (kritische Infrastrukturen).

Die Sektoren Kultur und Medien sowie Staat und Verwaltung sind zwar nach dem UP KRITIS und dem Umsetzungsplan Bund (UP Bund) regelmäßig dem Bereich der Kritischen Infrastrukturen zuzurechnen, sie werden allerdings nicht vom BSIG als solche erfasst. Der Sektor Kultur und Medien ist aufgrund der Gesetzgebungskompetenz der Länder ausgeschlossen.<sup>10</sup> Aus diesem Grund sind auch die Landesverwaltungen nicht vom Anwendungsbereich des Gesetzes umfasst. Hinsichtlich der Bundesverwaltung wird die Trennung, wie sie bereits durch den UP KRITIS und den UP Bund vorgesehen war, fortgesetzt. In den §§ 3 bis 5a BSIG finden sich spezielle Regelungen, um die IT-Infrastruktur des Bundes zu schützen.

Kritische Infrastrukturen erbringen für das Gemeinwesen lebensnotwendige Dienstleistungen. Von hoher Bedeutung für das Gemeinwesen sind aber nur wenige Einrichtungen. Kleinstunternehmen, das heißt Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern, sind gem. § 8d Abs. 1 BSIG vom Anwendungsbereich der Norm ausgeschlossen, auch wenn sie kritische Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen. Obwohl Kleinstunternehmen circa 90 % der Unternehmenslandschaft Deutschlands ausmachen,<sup>11</sup> gebietet bereits das Verhältnismäßigkeitsprinzip diese Begrenzung.<sup>12</sup> Für die verbleibenden 10 % gibt die Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV)<sup>13</sup> Aufschluss darüber, wer zum Adressatenkreis zählt. Die Auswahl erfolgt nach den Kriterien Qualität und Quantität.<sup>14</sup> Im Rahmen der Qualität wird bestimmt, ob die jeweilige Einrichtung, Anlage oder Teile davon eine für die Gesellschaft kritische Dienstleistung erbringt. Das ist der Fall, wenn die Schutzgüter Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum betroffen sind.<sup>15</sup> Das Kriterium der Quantität gibt Aufschluss darüber, ob ein Ausfall oder eine erhebliche Beeinträchtigung wesentliche Folgen für die wichtigen Schutzgüter und für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens hätte. Bei einem Schwellenwert von 500.000 versorgten Personen wird hier-von ausgegangen.<sup>16</sup> Insgesamt wurden 1.699 Einrichtungen identifiziert, die solche kritischen Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen. Der erste Korb wurde im Mai 2016 für die Sektoren Energie, Wasser, Ernährung sowie

---

10 BT-Drs. 18/4096, S. 24.

11 *Statista* (2016).

12 BT-Drs. 18/4096, S. 29.

13 Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung - BSI-KritisV) vom 22.04.2016 (BGBl. I 958).

14 BT-Drs. 18/4096, S. 23, 30.

15 BT-Drs. 18/4096, S. 30 f.

16 BT-Drs. 18/4096, S. 31.

Informationstechnik und Telekommunikation erlassen.<sup>17</sup> Für die restlichen Sektoren ist der zweite Korb im Juni 2017 in Kraft getreten.<sup>18</sup>

### **3. Verpflichtungen für Betreiber Kritischer Infrastrukturen nach dem BSIG**

Die eingangs dargestellten Probleme – das IT-Sicherheitsniveau und die Abgeneigtheit, Sicherheitsvorfälle zu melden – werden durch § 8a Abs. 1 und § 8b Abs. 4 BSIG adressiert. Um eine Doppelregulierung zu vermeiden, sind Kritische Infrastrukturen, die beispielsweise unter das TKG, EnWG oder AtomG fallen, vom Anwendungsbereich der § 8a und § 8b Abs. 4 BSIG ausgenommen (§ 8d Abs. 2, 3 BSIG), da die zuvor genannten Regelwerke spezialgesetzliche Verpflichtungen für die entsprechenden Betreiber enthalten.

#### **3.1 IT-Mindeststandard, § 8a Abs. 1 BSIG**

§ 8a Abs. 1 BSIG verpflichtet Betreiber Kritischer Infrastrukturen, angemessene organisatorische und technische Vorkehrungen zu treffen, um Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit ihrer IT-Systeme vorzubeugen. Hierzu soll der Stand der Technik eingehalten werden, der zwei Jahre nach Inkrafttreten der BSI-KritisV umgesetzt sein muss und im Zweijahresrhythmus überprüft wird. Da es keinen „one-size-fits-all“-Ansatz zum Schutz Kritischer Infrastrukturen geben kann und um den kooperativen Gedanken fortzuführen, ermöglicht § 8a Abs. 2 BSIG die Entwicklung branchenspezifischer Sicherheitsstandards, die dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) durch die Betreiber Kritischer Infrastrukturen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Branchenverbänden vorgelegt werden können. Hierdurch soll nicht nur die Kooperation zwischen Betreibern Kritischer Infrastrukturen und den Behörden gestärkt, sondern auch branchenintern die Kooperation angeregt werden.

#### **3.2 Meldepflicht, § 8b Abs. 4 BSIG**

§ 8b Abs. 4 BSIG regelt die Meldepflicht. Die Meldepflicht bezieht sich auf Störungen der IT-Systeme, die zu einem Ausfall oder einer erheblichen

---

<sup>17</sup> Siehe Nachweis in Fußn 13.

<sup>18</sup> Erste Verordnung zur Änderung der BSI-Kritisverordnung vom 21.06.2017 (BGBl. I 1903).

Beeinträchtigung geführt haben (Nr. 1) beziehungsweise auf erhebliche Störungen, die zu einem Ausfall oder einer erheblichen Beeinträchtigung führen können (Nr. 2). Entsprechende Störungen liegen vor, wenn sie nicht automatisiert oder mit geringerem Aufwand abgewehrt werden können.<sup>19</sup> Der Gesetzesbegründung entnehmend ist dies insbesondere dann der Fall, wenn es sich um neuartige und außergewöhnliche IT-Vorfälle, gezielte Angriffe, neue Begehungsformen oder unerwartete Vorkommnisse handelt.<sup>20</sup> Regelmäßig kommen die Betreiber der Kritischen Infrastruktur mit einer anonymisierten Meldung ihrer Pflicht nach.<sup>21</sup> Das ist allerdings dann nicht mehr der Fall, wenn die Störung zu einem Ausfall oder einer Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Einrichtung geführt hat.<sup>22</sup> Die Meldung an das BSI erfolgt ausschließlich über eine Kontaktstelle, die sechs Monate nach Inkrafttreten der BSI-KritisV von den Einrichtungen benannt sein muss, § 8b Abs. 3 BSIG.

#### 4. Unternehmensbefragung

Wie das IT-SiG und die diesbezüglichen Maßnahmen von der Unternehmenslandschaft bewertet werden, war unter anderem Gegenstand der von *PricewaterhouseCoopers* in Zusammenarbeit mit *Bussmann* durchgeführten Studie „Wirtschaftskriminalität in der analogen und digitalen Wirtschaft“.<sup>23</sup> Im Zeitraum von September bis November 2015 wurden 720 Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern befragt.

Zu diesem Zeitpunkt war das IT-SiG wenige Monate in Kraft, die BSI-KritisV, die bestimmt, welche Einrichtungen konkret betroffen sind, allerdings noch nicht. Dementsprechend wurde lediglich die Einschätzung der Befragten erhoben, ob ihr Unternehmen zur Kritischen Infrastruktur nach dem IT-SiG zählt. Ein Fünftel der befragten Unternehmen zählt sich hiernach zur Kritischen Infrastruktur. Ein in etwa gleich großer Anteil der Befragten war sich diesbezüglich unsicher.<sup>24</sup>

48 % der Unternehmen, die nach Angaben der Befragten zur Kritischen Infrastruktur zählen, wurden in den letzten zwei Jahren vor der Befragung mindestens einmal von Cybercrime betroffen. Werden auch Verdachtsfälle berücksichtigt, steigt der Anteil auf 55 %. Unternehmen, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen, waren dagegen mit 31 % weniger häufig von Cyberangriffen betroffen.

---

19 BT-Drs. 18/4096, S. 28.

20 BT-Drs. 18/4096, S. 28.

21 *Roos* (2015), S. 639.

22 BT-Drs. 18/4096, S. 28.

23 *PricewaterhouseCoopers/Bussmann* (2016).

24 Vgl. *PricewaterhouseCoopers/Bussmann* (2016), S. 47.



Selbst unter Berücksichtigung der Verdachtsfälle liegt der Anteil mit 45 % noch unter dem Niveau der Betroffenheit von Kritischen Infrastrukturen.

Mit Fokus auf der Kritischen Infrastruktur zeigt sich, dass der Bankensektor mit etwa 61 % am stärksten betroffen ist, gefolgt vom Gesundheitswesen und dem Energiesektor mit 43 bzw. 42 %. Mit 36 bzw. 33 % bilden die Sektoren Versicherungswesen und Transport das Schlusslicht. Da die Erhebung nicht speziell auf die Sektoren der Kritischen Infrastruktur abgestimmt ist, konnten hier nicht alle Sektoren abgebildet werden.

#### 4.1 Bewertung des IT-Sicherheitsgesetzes

Regelmäßig sind Unternehmen selbst dafür verantwortlich, ihre IT-Systeme zu schützen.<sup>25</sup> Für das Funktionieren hochkomplexer Industrienationen ist der Schutz der IT-Systeme, die vor allem zur Kritischen Infrastruktur gehören, von besonderer Wichtigkeit. Dies gilt insbesondere für Deutschland, da Deutschland innerhalb Europas von den meisten Cyber-Angriffen betroffen ist.<sup>26</sup> Dementsprechend trägt auch der Staat Verantwortung dafür, die IT-Sicherheit in Deutschland auszubauen und zu gewährleisten, um die Gesellschaft zu schützen.<sup>27</sup> Es scheint, als wären sich die Betreiber ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Staat bewusst. Denn trotz des Eingriffs in die Privatautonomie der Unternehmen wird das Gesetz überwiegend als sinnvoll erachtet. Unter Berücksichtigung der Einführung des UP KRITIS hätte das Gesetz genauso gut als Überregulierung verstanden werden können.

Selbst Unternehmen, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen, stehen dem Gesetz erstaunlich positiv gegenüber. Es ist zu hoffen, dass das IT-SiG auch auf nicht-Kritische Infrastrukturen abfärbt und einen Beitrag zur IT-Sicherheit der gesamten Unternehmenslandschaft Deutschlands leistet. In einem gewissen Umfang ist damit zu rechnen, da Zulieferer und IT-Dienstleister von Kritischen Infrastrukturen durch diese vertraglich verpflichtet werden, ihre IT-Systeme besser zu schützen. Darüber hinaus werden Unternehmen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und ihre Haftungsrisiken zu senken, ebenso interessiert sein, ihre IT-Sicherheit auszubauen. Der UP KRITIS veranschaulichte allerdings, dass eine rein freiwillige Basis für einen flächendeckenden Ausbau nicht ausreichend ist. Auch die Befragung zeigt, dass 4 % beziehungsweise 5 % der Befragten das IT-SiG als falsch erachten.

---

<sup>25</sup> Helmbrecht (2010), S. 44; Bundesministerium des Innern (2007), S. 6.

<sup>26</sup> Kaspersky Lab (2017).

<sup>27</sup> Helmbrecht (2010), S. 44; Bundesministerium des Innern (2007), S. 6 f.

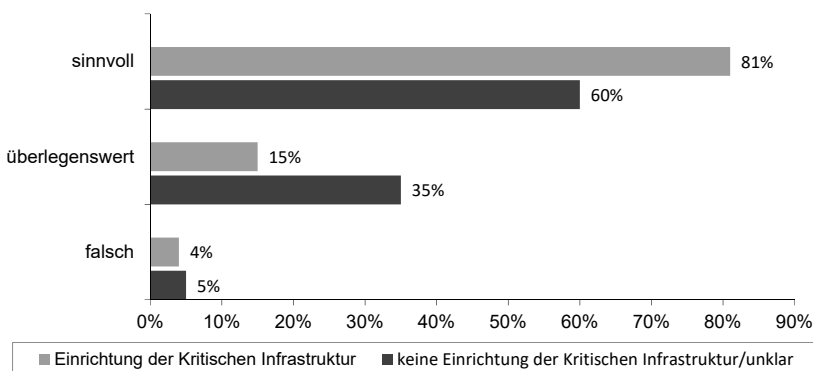


Abbildung 1: Bewertung des IT-Sicherheitsgesetzes<sup>28</sup>

## 4.2 Verbreitung und Status der IT-Sicherheitsmaßnahmen

Die nächste Abbildung zeigt die Verbreitung und den Status von IT-Sicherheitsmaßnahmen für die gesamte Stichprobe, da die Maßnahmen ebenso für Großunternehmen, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen, Relevanz haben.

51 % der befragten Unternehmen verfügen über keine IT-Kontaktstelle für das BSI. Dies überrascht nicht. Zum einen ist das IT-SiG nur wenige Monate vor der Befragung in Kraft getreten und die BSI-KritisV noch nicht erlassen gewesen. Zum anderen ist die Bezugsgröße die gesamte Stichprobe. Werden nur Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur betrachtet, fällt der Prozentsatz auf erfreuliche 19 %. Dies verdeutlicht, welcher Fortschritt durch den UP KRITIS erzielt wurde.

Die nächsten zwei Maßnahmen – internes Sicherheitsmanagement und interne Sicherheitsaudits – weisen mit 78 % einen erfreulich hohen Verbreitungsgrad bei den Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur auf. Dieser Verbreitungsgrad erscheint allerdings zweifelhaft<sup>29</sup> und könnte auf den Erwünschtheitseffekt zurückzuführen sein. Wie der Gesetzesbegründung zum IT-SiG zu entnehmen ist, unterschied sich zum Zeitpunkt des Gesetzlerlasses das IT-Sicherheitsniveau Kritischer Infrastrukturen, trotz großer Bemühungen im Rahmen des UP KRITIS, stark voneinander.<sup>30</sup> Ursächlich hierfür war unter anderem die gesetzliche Lage: In manchen Infrastrukturbereichen bestanden gesetzliche Vorgaben zur IT-

<sup>28</sup> Vgl. PricewaterhouseCoopers/Bussmann (2016), S. 48.

<sup>29</sup> Vgl. PricewaterhouseCoopers/Bussmann (2016), S. 50 f.

<sup>30</sup> BT-Drs. 18/4096, S. 1.

Sicherheit, in anderen Bereichen dagegen nicht.<sup>31</sup> Zudem verfügten auch unabhängig von der Gesetzeslage nur manche Bereiche über ein ausgeprägtes Risikomanagement und übergreifende Sicherheitskonzepte, führten Audits durch, stellten Informationen bereit und nahmen an Übungen teil.<sup>32</sup>

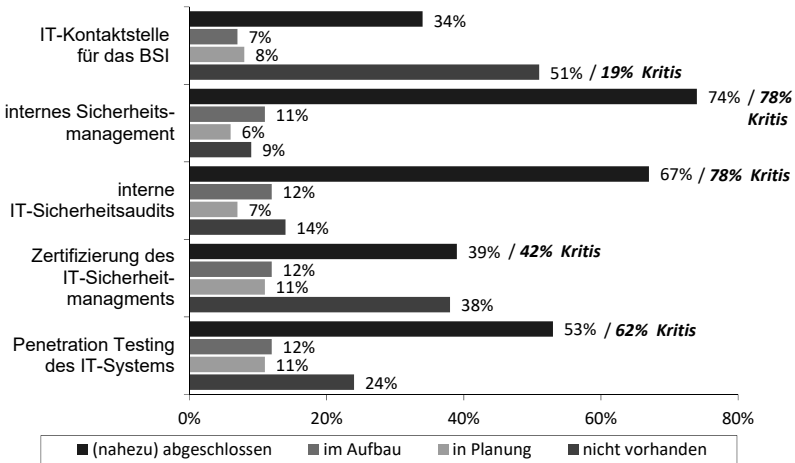


Abbildung 2: Verbreitung und Status von IT-Sicherheitsmaßnahmen<sup>33</sup>

Der Erwünschtheitseffekt erfährt auch durch die Verbreitung der nächsten zwei Maßnahmen – Zertifizierung des IT-Sicherheitsmanagements und Penetration Testing – Bestätigung. Lediglich zwei von fünf Unternehmen der Kritischen Infrastruktur haben bislang ihr IT-Sicherheitsmanagement zertifiziert. Die Zertifizierung ist allerdings ein Indikator für die Effizienz des IT-Sicherheitsmanagements. Mit einer Zertifizierung kann der Nachweis erbracht werden, dass die Anforderungen an die Informationssicherheit eingehalten werden. Ohne Zertifizierung laufen Unternehmen Gefahr, ineffiziente Prozesse implementiert zu haben und Bedrohungen nicht zu erkennen. An diesem Punkt knüpft auch das Penetration Testing an, das mit 62 % bei den Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur zwar weiter verbreitet aber ebenso ausbaufähig ist. Unter Penetration Testing wird eine Sicherheitsüberprüfung des IT-Systems mit Methoden verstanden, die ein Angreifer anwenden könnte, um unautorisiert in das System einzudringen.<sup>34</sup> Hierdurch erfolgt eine permanente

31 BT-Drs. 18/4096, S. 2.

32 BT-Drs. 18/4096, S. 2.

33 Vgl. PricewaterhouseCoopers/Bussmann (2016), S. 50 f.

34 Vgl. PricewaterhouseCoopers/Bussmann (2016), S. 50.

Suche nach Schwachstellen des Systems – ein genauso wichtiger Bestandteil eines wirksamen IT-Sicherheitsmanagements.<sup>35</sup> Beide Maßnahmen sind zudem dazu geeignet, Haftungsrisiken und gegebenenfalls Versicherungsprämien zu senken und im Gegenzug die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Vertrauen zu schaffen.

In Unternehmen, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen, ist die Verbreitung bei den einzelnen Sicherheitsmaßnahmen wie erwartet geringer. Insgesamt zeigt sich, wie wichtig es ist, flächendeckende IT-Sicherheitsstandards einzuführen.

### 4.3 Bewertung der Meldepflicht

Durch die Zusammenführung von Erkenntnissen kann einerseits der ‚Blindheit‘ der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden begegnet und der Schutz ausgebaut werden, andererseits aber auch der ‚Blindheit‘ der jeweiligen Betreiber Kritischer Infrastrukturen. Unternehmen verfügen über Informationen, die behördliche Erkenntnisse ergänzen, in Früherkennungsstrategien einfließen und Präventionsarbeit leisten können. Kriminelle Akteure setzen oftmals ähnliche Strategien ein, um eine Vielzahl von Unternehmen anzugreifen, sodass für Unternehmen die Zusammenführung von Informationen und Hinweisen des BSI durchaus nützlich sein können. Dabei kommt es auch auf die Meldungen im Vorfeld eines konkreten Schadenseintrittes an. Nur so kann eine möglichst umfassende und frühzeitige Warnung gewährleistet werden.<sup>36</sup> Wie sich gezeigt hat, sind Verbreitung und Status der IT-Sicherheitsmaßnahmen unterschiedlich, sodass es einzelnen Einrichtungen besser gelingen kann Angriffe abzuwehren. Da jedoch ähnliche Angriffsmuster genutzt werden, kann eine Meldung auch ohne Schadenseintritt für die restliche Branche, den Sektor oder gar sektorübergreifend nützlich sein. Ohne Meldung der Vorfälle kann jedenfalls keine Sensibilisierung für Gefährdungslagen erfolgen, dies gilt sowohl für Betreiber Kritischer Infrastrukturen als auch für Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Die Studie zeigt, dass der überwiegende Teil der Befragten sich dessen bewusst ist.

---

35 Vgl. *PricewaterhouseCoopers/Busmann* (2016), S. 50.

36 BT-Drs. 18/4096, S. 28.

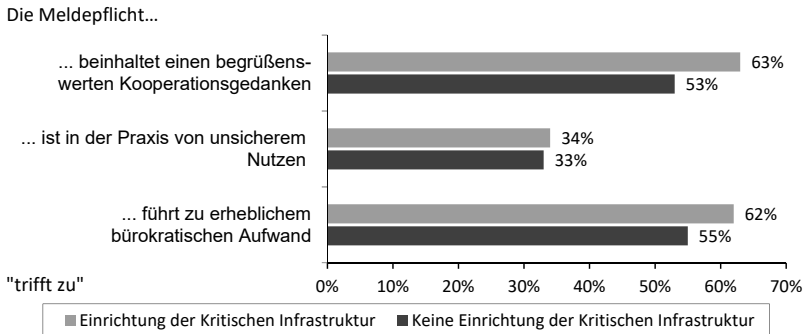


Abbildung 3: Bewertung der Meldepflicht<sup>37</sup>

Drei von fünf Unternehmen der Kritischen Infrastruktur begrüßen die Meldepflicht. Ähnlich sieht das Bild für Unternehmen aus, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen. Allerdings glaubt auch ein Drittel der Befragten, dass die Meldepflicht von unsicherem Nutzen für die Praxis ist. Wie eingangs erwähnt sind Unternehmen abgeneigt, Sicherheitsbehörden IT-Sicherheitsvorfälle zu melden. Ein Grund hierfür war der bürokratische Aufwand. Auch die *PricewaterhouseCoopers*-Studie zeigt, dass die Mehrheit den bürokratischen Aufwand fürchtet.<sup>38</sup> Dieser könnte allerdings überbewertet sein, da lediglich Störungen, die zu einem Ausfall oder einer Beeinträchtigung geführt haben oder führen können, gemeldet werden müssen. Der Gesetzesbegründung entnehmend wird davon ausgegangen, dass pro Jahr etwa sieben Vorfälle je Unternehmen diese Kriterien erfüllen.<sup>39</sup> Angesichts der vermittelten Bedrohungslage durch Cybercrime erscheinen sieben Berichte pro Einrichtung und Jahr erstaunlich wenig. Es wird sich zeigen, ob diese Einschätzung künftig Bestand hat. Gleichwohl erfordert ein Bericht mehr Aufwand als keiner, was die Transaktionskosten der Unternehmen erhöht. Im Gegenzug liefert die Zusammenführung von Erkenntnissen aber einen größeren Schutz und erhöht die Wahrnehmung für gefährliche Situationen, was wiederum die Transaktionskosten senkt, um mit der Logik der Wirtschaft zu argumentieren.

37 Vgl. *PricewaterhouseCoopers/Bussmann* (2016), S. 49.

38 Vgl. *PricewaterhouseCoopers/Bussmann* (2016), S. 49.

39 BT-Drs. 18/4096, S. 4.

## 5. Fazit

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass die IT-Sicherheit in deutschen Großunternehmen, vor allem aber auch in Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur, ausbaufähig ist, um die IT-Sicherheit in Deutschland weiter voran zu treiben. Gleichwohl zeigt sich, dass Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur besser gerüstet sind als andere Unternehmen in dieser Größe. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass ausschließlich Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern, also Großunternehmen, befragt wurden. Mit zunehmender Größe nimmt regelmäßig auch die IT-Sicherheit zu. Gründe hierfür sind wachsende Ressourcen für Prävention, Detektion und Reaktion. Kleine und mittelständische Unternehmen zählen aber genauso zu den Kritischen Infrastrukturen und sind häufig bevorzugtes Ziel von Hackern. Daneben sind sie Zulieferer für Großunternehmen und bieten so ein Einfallstor für diese, wenn die IT-Sicherheit nicht ausreichend geschützt ist. Das sich durch die Studie abzeichnende positive Bild, trotz vermuteter Überschätzung, hat keine Gültigkeit für die Gesamtheit der Kritischen Infrastrukturen; andernfalls hätte der Gesetzgeber wohl auch keinen Handlungsbedarf gesehen. Die Befragung zeigt, dass das IT-SiG nicht nur als symbolisches Gesetz verstanden wird. Erstaunlich positiv werden die Gesetzesänderungen trotz des damit verbundenen Eingriffs und Umsetzungsaufwands bewertet. Die, wenn auch verpflichtende, Zusammenarbeit wird die Awareness-Bildung forcieren und die Widerstandskraft Kritischer Infrastrukturen branchen- und sektorenweit stärken – und damit die innere Sicherheit Deutschlands. Angesichts der ähnlich guten Bewertung durch Unternehmen, die nicht zur Kritischen Infrastruktur zählen, bleibt zu hoffen, dass das IT-SiG und die damit verbundenen Gesetzesänderungen auch Ausstrahlungswirkung auf nicht-Kritische Infrastruktur entfalten.<sup>40</sup>

## Literatur

- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.* (2015): Spionage, Sabotage und Datendiebstahl – Wirtschaftsschutz im digitalen Zeitalter, in: <https://www.bitkom.org/noindex/Publikationen/2015/Studien/Studienbericht-Wirtschaftsschutz/150709-Studienbericht-Wirtschaftsschutz.pdf> [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.* (2016): Spionage, Sabotage und Datendiebstahl – Wirtschaftsschutz in der Industrie, in: <https://www.bitkom.org/noindex/Publikationen/2016/Studien/Spionage-Sabotage-und-Datendiebstahl-Wirtschaftsschutz-in-der-Industrie/161110-Studie-Wirtschaftsschutz.pdf> [letzter Aufruf: 19.01.2018].

---

40 Vgl. *PricewaterhouseCoopers/Bussmann* (2016), S. 51.

- Bundesministerium des Innern* (2007): Umsetzungsplan KRITIS des nationalen Plans zum Schutz der Informationsinfrastruktur, in: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/2007/umsetzungsplan-kritis.html> [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Helmbrecht, U.* (2010): Die aktuelle Bedrohungslage durch Ausfall von IT-Infrastrukturen. In: Klopfer, M. (Hg.): Schutz kritischer Infrastrukturen: IT und Energie. Baden-Baden: Nomos, S. 39-45.
- IHK Nord e.V.* (2013): Unternehmensbefragung zur Betroffenheit der norddeutschen Wirtschaft von Cybercrime, in: [https://www.hannover.ihk.de/fileadmin/data/Dokumente/The-men/Sicherheit/Studie\\_Cybercrime\\_Umfrageauswertung\\_10062013.pdf](https://www.hannover.ihk.de/fileadmin/data/Dokumente/The-men/Sicherheit/Studie_Cybercrime_Umfrageauswertung_10062013.pdf) [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Kaspersky Lab* (2017): Weltmeister Deutschland: Der meiste gefährliche Spam landet weiter auf deutschen Mail-Konten, in: [https://www.kaspersky.de/about/press-releases/2017\\_weltmeister-deutschland-der-meiste-gefahrlche-spam-landet-weiter-auf-deutschen-mail-konten](https://www.kaspersky.de/about/press-releases/2017_weltmeister-deutschland-der-meiste-gefahrlche-spam-landet-weiter-auf-deutschen-mail-konten) [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- PricewaterhouseCoopers/Bussmann, K.-D.* (2016): Wirtschaftskriminalität in der analogen und digitalen Wirtschaft, in: <https://www.pwc.de/de/risk/studie-wirtschaftskriminalitaet-2016.pdf> [letzter Aufruf: 19.01.2018].
- Roos, P.* (2015): Das IT-Sicherheitsgesetz - Wegbereiter oder Tropfen auf den heißen Stein? Multimedia und Recht, 18 (10), S. 636-645.
- Schäuble, W.* (2010): Schutz kritischer Infrastrukturen als Aufgabe der Politik. In: Klopfer, M. (Hg.): Schutz kritischer Infrastrukturen: IT und Energie. Baden-Baden: Nomos, S. 21-25.
- Statista* (2016): Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Beschäftigtengrößenklassen im Jahr 2015 (Stand Oktober 2016), in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1929/umfrage/unternehmen-nach-beschaeftigtengroessenklassen> [letzter Aufruf: 19.01.2018].

# On the Crimes of Some of the Financially Powerful in North Korea: Corruption and State-Employee Organized Crime as Coping Mechanisms in a Changing Old-Fashioned State of Strain

*Charles von Denkowski*

## Structure

1. Introduction
2. Corruption in North Korea
3. North Korea: An Old-Fashioned Security-State with a Changing Economy, Creating Several Objective Negative Strains
4. One Case Study: State-Employee Organized Cross-Border Trade Criminality
5. Conclusion

## 1. Introduction

This article is based on the author's criminological doctoral thesis, which focuses on links between the macro level, the meso level and the micro level of repressive and violent state crimes committed by the personnel of the North Korean Ministry of State Security (*Guk-Ka-Anjeon Bowie-Bu*, hereinafter abbreviated MSS), also referred to as State Security Agency or State Security Department.<sup>1</sup> Data collection for this thesis also revealed other types of crimes occurring in North Korea, such as corruption and organized cross-border crime committed by financial powerful individuals which had been employed by the North Korean state. In this article a definition of power will not be discussed.<sup>2</sup> However, the author aims at identifying drivers and trigger mechanisms of

---

1 *Denkowski* (2017). Between 2012 and 2016 the author collected data on the policing of the MSS and related state crime for his doctoral thesis. The sample includes translated interviews with 17 former employees of the MSS, the police and other state authorities, one informant, 13 of their victims, 5 experts and by recording the discussion of eight focus groups of 33 victims and witnesses of violent and repressive state crime. In total, 68 persons were interviewed. The author is very grateful to the Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur e.V. for funding this study.

2 See *Whyte* (2009) for several authors discussing power related to crimes of the powerful.



these state employees' criminal acts committed inside or outside the state.<sup>3</sup> As one case study will illustrate, these triggers and drivers are based on objective negative strains, and on public administrative power being illicitly "*exercised, obtained, legitimated, and maintained through capital accumulation of varying types from the economic, military, and political, to social status [...]*".<sup>4</sup>

As a theoretical framework, the author applies an "integrative macrolevel/microlevel of analysis".<sup>5</sup> This analysis combines some of *Bonger's* findings regarding links between the capitalist state and crime with *Agnew's* general strain theory. In addition, the author refers to findings on informal norms and values regulating behavior in the North Korean society. In the following, the author will first focus on corruption in North Korea.

## 2. Corruption in North Korea

Since its foundation in 1948, the North Korean state, its economy and its administration, including its medical, cultural, social and policing bureaus and agencies, has remained highly centralized. Despite some few but increasing numbers of private business entrepreneurs, the economy has remained state-dominated until today. The current structure of the state results from the Chinese and the Stalinist role model of one Workers' Party ruling. Thus, state-offered services, for example, issuing a permit for the travel to Pyongyang or a permit to visit relatives residing close to the Sino-Korean border, have become subject to bribery. For state employees, these citizen services provide a chance to earn a side income by accepting bribes.<sup>6</sup> The public distribution system (PDS), which was established to provide food and other items of daily needs to all North Koreans, collapsed during the famine in the late 1990s.<sup>7</sup> Consequently, even families of a higher political trustfulness have to rely on additional financial resources in order to be able to pay bribes for extra food, special administrative services or just for consuming luxury items in one of Pyongyang's few but growing expensive boutiques. Thus, it is not surprising

---

3 Relevant for this contribution are the two interviews retrieved during field research in South Korea in 2015: Interview with a former provincial trade bureau director and interview with a former North Korean trade representative in China.

4 *Rothe/Kauzlarich* (2017), p. 4.

5 In 2000, *Gregg Barak* proposed a comparative perspective on crime and control that focuses on the macro level respectively the institutional level, which *Olusanya* integrated in his proposal of a micro-macro-integrated-theoretical-model 14 years later, see *Barak* (2000), p. xiv, and *Olusanya* (2014), p. 15.

6 Several former North Korean interviewees reported this fact to the author.

7 For information about the North Korean PDS see, *Lankov* (2015), p. 126.

that a qualitative study conducted among defectors found out that corruption “*is believed to be endemic at all levels of the state and the economy*”.<sup>8</sup> Similarly, in Nazi-Germany, also a one-party state exercising very intensive formal social control, a high level of corruption was reported.<sup>9</sup>

Another sector of bribery is the state-organized job market, where a good payment to an employee of the labor bureau may lead to an assignment that enables the holder of that new position to earn some extra income by demanding bribes, in the best case in foreign currency.<sup>10</sup>

Regarding the evasion of formal social control, even cases of political prisoners have been reported who paid a bribe to the interrogating MSS-officer, who then closed the case and released them.<sup>11</sup> This process can be regarded as a nullification of government,<sup>12</sup> which even citizens without any connection to organized crime groups have been able to achieve. Even the MSS, which defends the state’s domestic security against political enemies and foreign intelligence services, can suffer from such nullification of law enforcement procedures.

### **3. North Korea: An Old-Fashioned Security-State with a Changing Economy, Creating Several Objective Negative Strains**

This high grade of centralization and surveillance has been flanked by a mainly state-organized economy. Since the breakdown of the PDS during the late 1990s, the state economy has been constantly failing to ensure its citizens a sufficient income and food provisions. As a result of this failure of the Workers’ Party, especially members of the wavering and the hostile class are forced to earn an extra income, which enables them to purchase additional food, goods and governmental services on the black market or by bribing state employees. Hence, corruption is widespread at all levels and branches of the North Korean state and party authorities. The reason is that “*as economic hardship has worsened the*

---

8 Division of International Protection of the United Nations High Commissioner for Refugees (2012), p. 9.

9 Bajohr (2008), p. 207.

10 Division of International Protection of the United Nations High Commissioner for Refugees (2012), p. 9.

11 Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People’s Republic of Korea (2014), p. 62.

12 The term nullification is related to influencing public officials, see Cressey (1967), p. 252.

*level of corruption [...] among low-level officials, [...] citizens have become able to travel, communicate, and relocate through illegal means”.*<sup>13</sup>

This conclusion can be substantiated by applying general strain theory to the case of North Korea. Analyzing the relation between the individual's emotions and its environment, *Agnew's* social-psychological approach to understanding the delinquency of adolescents mainly focuses on negative relationships with others.<sup>14</sup> Briefly summarized, his theory draws on the removal of positively viewed objective or subjective strains or the impact of negative objective and subjective strains, each creating negative emotions in individuals.<sup>15</sup> The individual may choose between crime as a coping mechanism, including illegal means to finally reach personal goals, or legal alternatives, including escape strategies.<sup>16</sup> Applying general strain theory to the phenomenon of corruption in North Korea, the party and the current government have created an environment consisting of many negative stimuli for all citizens, except the *Kim* family. These negative stimuli are of an objective nature because they affect the daily life of all members of all classes. All citizens have to follow the Ten Principles for the Establishment of the One-Ideology System which “*are superseding all other laws and regulations and dictating all the aspects of the people's lives*”.<sup>17</sup> They include the command to worship the present and all deceased leaders. Moreover, members of all classes feel the daily pressure of purchasing additional resources for themselves and their families. The need for gaining additional resources in order to be able to pay bribes also creates a pressure for low-ranking members of the core class and of the wavering and the hostile classes. High-ranking elite cadres may have difficulties in continuing their luxury life-style due to the latest economic sanctions imposed by the United Nations Security Council. And all classes, including members of the *Kim* family, have to demonstrate political loyalty and trustfulness to prevent being targeted by the potentially life-threatening political policing of the MSS.<sup>18</sup> Considering these various objective negative stimuli, it seems reasonable that, besides political loyalty, the need to earn an extra income creates objective pressure, a negative strain, especially for North Korean men of all classes due to prevailing traditional patriarchal role models. The culturally prescribed function of the male head of the household in North Korea remains linked to the traditional (Neo-)Confucian cultural norms.

---

13 *Division of International Protection of the United Nations High Commissioner for Refugees* (2012), p. 9.

14 *Agnew* (1992), p. 48.

15 *Agnew* (1992), p. 59.

16 *Agnew* (1992), p. 70.

17 *Roh* (2016).

18 See *Denkowski* (2017) for the policing of specific groups within North Korea by the MSS.

However, since the famine in the 1990s many women have also been earning an additional income. In brief, still remaining cultural norms of Confucianism and Neo-Confucianism oblige the husband to regulate the relations to other families and institutions and to be the main provider of the family. Thus, regardless of their class, North Korean males, and due to the food situation today also women, are under the pressure to acquire additional financial resources.

Besides the negative strains, the relation between the state and its citizens has created the ground for economic crimes committed on behalf of the party, the state and by some of the citizens. The reason is an exploitation of the citizens' workforce, remarkably even of those of higher political trustfulness, in mainly state-owned companies. This exploitation has been facilitated by the collapse of the PDS. The PDS delivered benefits to all classes, including food rations. Through this system, the state-party-multi-company North Korea, the monopolistic employer of most citizens, used to support its employees besides paying a monthly wage. Without these state-delivered benefits, problems arise for those belonging to the hostile class and for lower-paid members of the wavering class. The lower their wages, the lower the amount of additional food and goods they can buy on the black market. In general, the hostile and the wavering classes purchase and consume goods of much lower quality and smaller amounts than the core class does. This leads to an unfair exchange of labor, because, as *Bonger* stated about the capitalist states of the 19<sup>th</sup> Century, "*the supply of [manual] labor always greatly exceeds*"<sup>19</sup> the benefits paid with the wages. Additional benefits which could symbolically increase the payment for the labor and the workforce delivered by the hostile and many of the wavering classes' less trustful members, for example labor safety and general labor conditions, have also been poor in North Korea. In *Bonger's* words, especially the inhabitants of rural areas, members of the lowest class and also members of the wavering class sell their "*labor only in order not to die of hunger*".<sup>20</sup> It is remarkably that *Bonger* found capitalist states of the early 19<sup>th</sup> Century acting similar to the present North Korean party-state-multi-company. In 2018, the Workers' Party indeed exploits a large part of its customer-citizens in a way similar to the early 19<sup>th</sup> Century: The "*capitalist takes advantage of this necessitous condition of the worker and exploits him*".<sup>21</sup> In North Korea, similar to *Bonger's* analysis of the capitalist states of the early 19<sup>th</sup> Century, also the core class, consisting of the political most trustful families, the higher elite party cadres and the lower members of the core class, "*consumes what has been made by others*".<sup>22</sup> Moreover, like the capitalists of

---

19 *Bonger* (1967), p. 405.

20 *Bonger* (1967), p. 405.

21 *Bonger* (1967), p. 405.

22 *Bonger* (1967), p. 405.

the early 19<sup>th</sup> Century, North Korea's core class neither feels "*obliged to contribute to the material well-being of humanity*"<sup>23</sup> nor does it regard those they exploit as human subjects.

The following case study will demonstrate how some of those financially powerful in North Korea like members of the lowest class cope with the negative strain of having to accumulate additional capital.

#### 4. One Case Study: State-Employee Organized Cross-Border Trade Criminality

A former female director of a provincial trade bureau, who had represented North Korea in China as a trader of coal and minerals prior to her defection in June 2010, revealed the following information:<sup>24</sup>

One day, the security chief officer of a military owned mine, who belonged to the Military Security Command, proposed a side business to the interviewee. The mine he served in exported minerals, such as uranium ore and tungsten, legally to China. The officer wanted to sell these minerals as a side business together with the interviewee to her Chinese partners. At that time, one Kilogram uranium ore was worth between 100,000 to 200,000 US-Dollars on the Chinese black market. Tungsten is needed, for example, for the production of neutron reflector shields of nuclear weapons. The trade director accepted the offer in order to earn an extra income to maintain her regular business operations and a sufficient lifestyle of her family. "*[And you know], for example, they were sending them the deer horn, right, and in the deer horn often they make a small hole in it, and [...] hiding tungsten, gold or whatsoever, [...]] and she was involved because tungsten or uranium ore comes only from Hwanghae Province*".<sup>25</sup> Together, the security chief officer of the military owned mine, the chief of one of the MSS provincial offices and herself privately organized the distribution of North Korean-mined uranium ore, tungsten and other minerals across the Sino-Korean border to China. The security chief officer organized the extraction of minerals from the mine. The chief of one of the provincial MSS offices always accompanied her to the border river where she met her Chinese counterparts. Meanwhile the security chief officer stayed at his mine. The minerals were heavy to carry. Border guards were involved. The provincial MSS-chief took care of them by bribes. After some years of representing North Korea in China, the trade representative

---

23 *Bonger* (1967), p. 405.

24 Interview with a former North Korean provincial trade director, 2015.

25 Interview with a former North Korean provincial trade director, 2015.

organized the defection of six of her family members to South Korea by paying bribes to all relevant officials of the MSS.

First, the mine's security chief used his opportunity to embezzle state-owned property and to hand it over to his two partners. He belonged to the military's secret police, the Military Security Command, which is a rather prestigious function within the North Korean Peoples' Army. However, he served only in a middle-ranking officer position, receiving a relatively low salary compared to higher positions. Therefore, he may have felt the need for an additional income. Proposing to participate in the sale of tungsten and uranium ore could have been his coping strategy. Of course, without the possibility to interview him, the nature of the drives, perhaps some type of pressure, that led to his involvement remains speculative.

This case reveals the ability of a financially powerful citizen to nullify the strict North Korean law enforcement. Since its foundation, North Korea has been a society with high formal social control that is often brutally enforced.<sup>26</sup> However, in the case described here, the mine's security chief officer played a core role in organizing crime through a division of labor. In order to gain access to goods for their illicit distribution abroad, he, despite him proposing the business, was integrated into the group of three. Thus, the first corruptive act nullified the security precautions of the mine, aiming at preventing the embezzlement of tungsten and uranium by all persons with access to the mine. The second act included creating an ownership regarding the security chief like the *Cosa Nostra* conducted it in the 1960s in New York City. According to *Cressey*, the organization named public officials which had not been their members but intensively cooperated with them in the long-term as owned or, in their words, as our man.<sup>27</sup> Of course, the mine security chief officer was not put into office by his two partners like the *Cosa Nostra* had done it with several of New York City's public officials. Nevertheless, the division of the foreign income earned in China by handing over deer horns filled with uranium ore and tungsten had somehow created a secret relation that was close to owning an insider in the mine. In case the embezzlement would have been revealed, the security chief officer of the mine was to be executed by the Military Security Command or at least sentenced to forced labor in a political prison camp.<sup>28</sup> Considering his situation after the first embezzlement he was depending on the loyalty of his two outside-partners not to even anonymously reveal his role, even when being tortured by the MSS in case of an arrest.

---

26 See Denkowski (2017) for an analysis of state crime carried out by personnel of the MSS.

27 Cressey (1967), p. 252.

28 See Denkowski (2017) for reasons for public and secret executions carried out by the MSS.

Another nullification of law enforcement made the group's illicit cross-border supply chain possible. In particular, the two group members acting outside the mine neutralized the border policing by bribing the border guards. Additionally, the presence of the then chief of one of the provincial sections of the MSS at the border river used the extreme hierarchy of the security apparatus to nullify the border policing.

The illicit cross-border trade by the group was conducted by financial powerful state employees for their private purpose. Moreover, they acted only in one country. Thus, the definition of a transnational crime does not apply. The author understands the group's act as a state-employee organized cross-border crime. Without holding state positions, using and harming state resources and nullifying formal social control twice, the transfer of uranium ore and tungsten would not have been possible. State-employment, including by the powerful MSS, was the key element for the group's cross-border crimes.

## 5. Conclusion

The highly-centralized structure of the North Korean party and the state, the political classification system, the attempt to totally control the population, high levels of corruption, the malfunction of the PDS, the egoism of the highest party cadres and of the *Kim* family, and an exploitation of the workforce of the lower classes, all these factors together generate several cumulative objective negative strains. Together with other influences, these strains can lead to economically motivated crimes by some of the financially powerful in North Korea who know state employees.

Bribes reduce the pressures created by the state's formal social control and the failing economy. Being commonly demanded by and then paid to those holding positions within the party and the state's administration, bribes help to neutralize the negative strain of accumulating additional capital for buying more food or for paying bribes to other officials.

## Literature

- Agnew, R.* (1992): Foundation for a General Strain Theory of Crime and Delinquency. *Criminology*, 30 (1), pp. 47-87.
- Bajohr, F.* (2008): Korruption in der NS-Zeit als Spiegel des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. In: Prittwitz, C./Böllinger, L./Jasch, M./Krasmann, S./Peters, H./Reinke, H./Rzepka, D./Schumann, K.F. (Ed.): *Kriminalität der Mächtigen*. Baden-Baden: Nomos, pp. 200-211.

- Barak, G. (2000): Introduction: A Comparative Perspective on Crime and Control. In: Gregg, B (Ed.): Crime and Crime Control. A Global View. Westport, CT: Greenwood Press, pp. xi-xxii.
- Bonger, W.A. (1967): Criminality and Economic Conditions. 2<sup>nd</sup> Edition. New York: Agathon Press.
- Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea (2014): Report of the Detailed Findings of the Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea, in: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G14/108/71/PDF/G1410871.pdf?OpenElement> [last visit 30.01.2018].
- Cressey, D.R. (1967): Theft of the Nation. The Structure and Operations of Organized Crime in America. New York u.a.: Harper & Row.
- Denkowski, C.A. von (2017): State Security and Secret Policing: An Interdisciplinary Study on State Criminality and Formal Social Control. Unpublished doctoral thesis. Bochum: Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.
- Division of International Protection of the United Nations High Commissioner for Refugees (2012): Country of Origin Information and Research Report Democratic People's Republic of Korea. Geneva: United Nations High Commissioner for Refugees.
- Lankov, A. (2015): The Real North Korea. Life and Politics in the Failed Stalinist Utopia. 2<sup>nd</sup> Edition. Oxford: Oxford University Press.
- Olusanya, O. (2014): Emotions, Decision-Making and Mass Atrocities. Through the Lens of the Macro-Micro-Integrated Model. Surrey: Ashgate.
- Roh, J.-H. (2016): Ten Principles for the Establishment of the One-Ideology System, in: [http://www2.law.columbia.edu/course\\_00S\\_L9436\\_001/North%20Korea%20materials/10%20principles%20of%20juche.html](http://www2.law.columbia.edu/course_00S_L9436_001/North%20Korea%20materials/10%20principles%20of%20juche.html) [last visit 30.01.2018].
- Rothe, D.L./Kauzlarich, D.O. (2017): Crimes of the Powerful. An Introduction. London et al.: Routledge.
- Whyte, D. (Ed.) (2009): Crimes of the Powerful: A Reader. Maidenhead: Open University Press.



# Viktimisierung im Jugendalter: Verbreitung, Verlauf und der Zusammenhang mit Delinquenz\*

Anke Erdmann

## Gliederung

- |  |   |
|--|---|
| 1. Überblick   | 4.1 Viktimisierung                                    |
| 2. Über den Zusammenhang von Viktimisierung und Delinquenz | 4.2 Delinquenz  |
| 3. Datengrundlage  | 5. Der Victim-Offender-Overlap: Empirische Ergebnisse |
| 4. Variablen   | 6. Zusammenfassung                                    |

## 1. Überblick

Entgegen der traditionellen Annahme, dass es sich bei Tätern und Opfern um zwei verschiedene, voneinander unabhängige Gruppen handelt, existiert in der Kriminologie nunmehr eine breite Anzahl an Forschungsergebnissen, welche nahelegen, dass beide Gruppen ähnliche Merkmale aufweisen und das Risiko, Täter oder Opfer zu werden, von den gleichen Einflussgrößen bestimmt wird. Darüber hinaus lassen sich zwischen beiden Gruppen nicht nur Gemeinsamkeiten feststellen, sondern Opfer und Täter sind oftmals ein und dieselbe Person. Dieser sogenannte *Victim-Offender-Overlap* ist ein derzeit vieldiskutiertes Thema in der Kriminologie: Einerseits, da Forschung über Viktimisierung – speziell Längsschnittuntersuchungen betreffend – im Vergleich zur Täterseite eher vernachlässigt ist und andererseits, da somit auch die Überschneidung von Tätern und Opfern im Zeitverlauf weiterer Untersuchungen bedarf. Dieser Beitrag behandelt die Verbreitung und die Entwicklung von Viktimisierung in der Adoleszenzphase. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Analyse eventueller Parallelitäten der Verläufe von Viktimisierung und Delinquenz im Jugend- und Heranwachsendenalter, um herauszustellen, inwiefern sich ein Zusammenhang nicht nur zwischen beiden Phänomenen generell, sondern vor allem ihrer *Entwicklungsprozesse* feststellen lässt.

---

\* Dieser Beitrag basiert auf ersten Analyseergebnissen zur Entwicklung des Victim-Offender-Overlap im Jugendalter; für den vollständige Artikel siehe Erdmann/Reinecke (2018).

Als Datengrundlage dienen sieben konsekutive Wellen des Langzeitprojektes *Kriminalität in der modernen Stadt (CrimoC)*, welche Informationen von Duisburger Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 20 Jahren beinhalten.

## 2. Über den Zusammenhang von Viktimisierung und Delinquenz

Wenn die Rede von Tätern und Opfern ist, so wird üblicherweise zunächst von zwei verschiedenen und voneinander getrennten, distinkten Gruppen ausgegangen, welche keine Gemeinsamkeiten aufweisen. Allerdings ist zum heutigen Stand der kriminologischen Forschung bekannt, dass dies nicht der Fall ist, sondern vielmehr das Gegenteil: Täter und Opfer weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Sie zeichnen sich beispielsweise durch ein ähnliches sozialstrukturelles Profil aus und auch die Risikofaktoren, Täter oder Opfer zu werden, sind größtenteils identisch.<sup>1</sup> Im Grunde genommen lässt sich gar sagen, dass beide Gruppen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen. Diese Ähnlichkeiten führen nicht selten zu einer Personalunion beider Populationen, welche mit dem Begriff des *Victim-Offender-Overlap* bezeichnet wird.<sup>2</sup> Es besteht demnach eine Assoziation zwischen Viktimisierung und Delinquenz, welche in der Tat keine sonderlich neue Erkenntnis darstellt. Seit mehreren Jahrzehnten ist in der kriminologischen Forschungslandschaft bekannt, dass kontinuierlich ein starker, positiver Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen gefunden werden kann:

“[W]e are unaware of any research that has examined the link between offending and victimization and failed to find a strong relationship. The relationship has been found across time, place, and for various subgroups [...] It is significant regardless of the type of data used or the type of offending [...] or victimization [...] under consideration“.<sup>3</sup>

Dennoch: Viele Aspekte zum Zustandekommen dieser Schnittmenge und insbesondere zu ihrer Entwicklung im Lebensverlauf sind nach wie vor unklar und bedürfen weiterer Beleuchtung. Der vorliegende Beitrag sucht Antworten auf die folgenden zwei Fragen zur Entwicklung von Viktimisierung, Delinquenz und ihres Zusammenhangs:

---

1 Cohen/Felson (2014); Lauritsen et al. (1991); Gottfredson (1986); Broidy et al. (2006); Fagan et al. (1987).

2 Broidy et al. (2006); Hindelang et al. (1978); Ousey et al. (2011); DeCamp/Zaykowski (2015); Jennings et al. (2012); Klevens et al. (2002); DeCamp/Newby (2014).

3 Lauritsen/Laub (2007), S. 60.

1. In welchem Ausmaß überschneiden sich Täter und Opfer und gibt es hierbei eine Veränderung im Altersverlauf?
2. Wie entwickeln sich Viktimisierung und Delinquenz im Altersverlauf und besteht hierzwischen ein Zusammenhang?

### 3. Datengrundlage

Um diesen zwei Forschungsfragen empirisch nachzugehen, werden Daten aus dem Projekt „Kriminalität in der modernen Stadt“ (*Crime in the Modern City*, kurz: CrimoC) genutzt. Bei der CrimoC-Studie handelt es sich um ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Langzeitprojekt zur Erklärung der Entstehung und des Verlaufs von Delinquenz über die Jugend- und Heranwachsendenphase bis ins Erwachsenenalter. Die Hauptstudie ist ein Längsschnittdesign und wird seit dem Jahr 2002 in Duisburg durchgeführt. Die befragten Personen waren zum damaligen Zeitpunkt Schülerinnen und Schüler der siebten Klassen aller Schulen und Schultypen in Duisburg, sodass die Untersuchungsperiode im Alter von 13 Jahren beginnt. Derzeit liegt die zwölfte Erhebungswelle aus dem Jahr 2017 vor und die Befragten sind in dieser im Schnitt 28 Jahre alt. Eine weitere und letzte Erhebung wird im Jahr 2019 erfolgen (Durchschnittsalter: 30 Jahre), sodass auch die dritte Lebensdekade miteingeschlossen ist. Zu Beginn wurden die Daten mittels selbstausgefüllter Fragebögen im Klassenverbund erhoben. Mit dem Verlassen der Schule wurde der Erhebungsmodus sukzessive auf postalische und face-to-face-Befragung umgestellt. Weitere Informationen zur Studie und ihres Erhebungsdesigns stehen auf der Projekthomepage zur Verfügung.<sup>4</sup>

Im Folgenden werden zwei Arten von Daten verwendet: Längsschnitt- und Querschnittsdaten. Für die längsschnittlichen Analysen zum Zusammenhang von Viktimisierung und Delinquenz wird ein Sieben-Wellen-Paneldatensatz von 2003 bis 2009 verwendet, welcher jährliche Informationen von Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 20 Jahren enthält. Um systematische Panelausfälle zu vermeiden<sup>5</sup> wird nicht der durchgehende Paneldatensatz verwendet. Stattdessen werden auch jene Fälle eingeschlossen, die maximal zwei fehlende Teilnahmen im Befragungszeitraum aufweisen. Die fehlenden Informationen werden anhand des *Full Information Maximum Likelihood* (FIML)-Schätzers berücksichtigt, welcher in der verwendeten Statistik-Software

---

<sup>4</sup> *Kriminalität in der modernen Stadt*, <https://www.uni-bielefeld.de/soz/krimstadt>.

<sup>5</sup> Reinecke (2012a); Brame/Paternoster (2003).

*Mplus*<sup>6</sup> implementiert ist und ein angemessenes Verfahren zum Umgang mit fehlenden Werten darstellt.<sup>7</sup> Dieser Datensatz umfasst insgesamt 2414 Fälle bei Berücksichtigung aller Personen, welche an mindestens fünf von sieben Wellen im betrachteten Zeitraum teilgenommen haben.

Für die Auswertungen, die das Ausmaß der Schnittmenge von Opfern und Tätern betreffen, sind nicht zwingend Paneldaten erforderlich. Demnach werden für diese Analysen die Querschnittsdatsätze derselben Zeitspanne (2003 bis 2009) verwendet, um systematische Verzerrungen der Daten von vornherein zu vermeiden. Die Fallzahlen für diese Datensätze liegen zwischen 3086 und 4548 Personen. Beide Arten von Datensätzen – Querschnitt und Längsschnitt – bilden dieselbe Population ab und unterscheiden sich lediglich hinsichtlich ihrer Struktur. Konkret bedeutet dies, dass der Paneldatsatz all jene Personen enthält, die mindestens fünf von sieben Mal in den einzelnen Querschnittsdatsätzen gefunden und verknüpft werden konnten.

## 4. Variablen

### 4.1 Viktimisierung

Die Art von Viktimisierung, die im Folgenden untersucht wird, ist Gewaltviktimisierung. Hierfür wurden drei Gewalterfahrungen zu einem Index zusammengefasst: *Raub (unter Androhung von Gewalt)*, *Körperverletzung mit Waffe* und *Körperverletzung ohne Waffe*. Die Personen wurden jeweils danach befragt, ob sie diese Delikte innerhalb des letzten Jahres erlebt haben. Falls ja, wurde zusätzlich erfragt, wie oft diese Gewalterfahrung stattgefunden hat. Zusätzlich wurden weitere Informationen, wie beispielsweise Merkmale des Täters beziehungsweise der Täterin, erhoben. Für die folgenden Auswertungen werden diese Jahresinzidenzen und Jahresprävalenzen verwendet. Die jährliche Prävalenz gibt demnach an, ob eine Person innerhalb des letzten Jahres mindestens eines der genannten Gewaltdelikte erfahren hat. Die zwei möglichen Antworten sind entsprechend *nein* und *ja* (0 und 1). Sofern die jährliche Prävalenz 0 beträgt, ist somit auch die jährliche Inzidenz 0. Beträgt die Prävalenz 1, so hat die Inzidenz einen Wert von mindestens 1 oder mehr. Für die Inzidenz wurden die Häufigkeiten aller drei Delikte aufsummiert. Entsprechend handelt es sich bei der Inzidenz um eine Zählvariable. Zwecks Berücksichtigung der Annahmen negativ binomial-verteilter Daten und zur Reduzierung der Verteilungsschiefe wurden Ausreißerwerte anhand des Stata-

---

6 Muthén/Muthén (1998-2012).

7 Kleinke et al. (2011).

Moduls *nb\_adjust*<sup>8</sup> während der Datenaufbereitung unter Verwendung des Programms Stata 14.<sup>19</sup> identifiziert und korrigiert. Für die Querschnittsanalysen wird die jährliche Prävalenz betrachtet, für die längsschnittlichen Analysen zur Entwicklung von Viktimisierung und Delinquenz die jährliche Inzidenz.

## 4.2 Delinquenz

Die Variable für Gewaltdelinquenz wurde auf dieselbe Weise erzeugt wie die Variable für Viktimisierung. Der Index für Gewaltdelinquenz besteht aus vier Items zu den Gewaltdelikten *Raub (unter Androhung von Gewalt)*, *Handtaschenraub*, *Körperverletzung mit Waffe* und *Körperverletzung ohne Waffe*. Auch hier bildet die Jahresprävalenz die Information ab, ob eine Person (mindestens) eines dieser Delikte innerhalb des letzten Jahres begangen hat. Falls ja, wurden die Häufigkeiten der Delikte zu einer Inzidenz summiert. Wenn die Prävalenz 0 beträgt, so beträgt folglich auch die Inzidenz 0. Auch hier wurde die Variable bezüglich Ausreißerwerten sowie Schiefe adjustiert.

## 5. Der Victim-Offender-Overlap: Empirische Ergebnisse

In der nachstehenden *Tabelle 1* sind die Anteilswerte von Opfern, Tätern und deren Schnittmenge abgebildet. Mit Blick auf die Gruppe der *Victim-Offender (Täter-Opfer)* wird ersichtlich, dass der totale Anteil dieser Personen in der Stichprobe mit zunehmendem Alter zurückgeht. Während im Alter von 14 Jahren 8,5 % aller Befragten zur Gruppe der Victim-Offender gehören, verringert sich dieser Anteil auf 1,4 % im Alter von 20 Jahren. Allerdings ist dabei zu beachten, dass generell die Anzahl an Personen, die überhaupt Täter oder Opfer sind, mit dem Alter sinkt. Beispielsweise geben im Alter von 14 Jahren gut 21 % der Personen an, Opfer von Gewalt gewesen zu sein. Dieser Anteil an Opfern sinkt mit dem Alter auf rund 6 %. Eine vergleichbare Tendenz findet sich für die Täter von Gewalt, wobei hier der Täteranteil stets etwas geringer ausfällt als der Opferanteil. Dementsprechend verringert sich die Population von Personen, die überhaupt in die Schnittmenge von Tätern und Opfern fallen können, sodass der absolut betrachtete Victim-Offender-Overlap zwangsweise zurückgehen muss. Aus diesem Grund wird der Anteil der Victim-Offender in Relation zum gesamten Anteil an Tätern und Opfern betrachtet. Dieser relative Overlap gibt an, wie viel Prozent der Opfer ebenfalls Täter sind beziehungsweise umgekehrt.

---

<sup>8</sup> Enzmann (2015).

<sup>9</sup> StataCorp. (2015).

Tabelle 1: (Relativer) Overlap im Alter von 14 bis 20 Jahren<sup>10</sup>

Alter	Opfer	Täter	Täter-Opfer	Relativer Opfer-Overlap	Relativer Täter-Overlap
14	21,3	19,2	8,5	40,0	44,4
15	17,2	15,9	6,9	40,2	43,3
16	14,7	13,3	5,2	35,7	39,2
17	14,7	10,8	4,9	33,6	45,8
18	8,7	6,2	2,6	29,2	41,1
19	6,7	4,5	1,9	27,7	41,8
20	5,5	3,2	1,4	24,8	42,8

Der relative Overlap zeigt an, dass im Alter von 14 Jahren ähnlich viele Opfer ebenso Täter sind wie umgekehrt (40,0 und 44,4 %). Dementsprechend lässt sich ableiten, dass sich die Schnittmenge praktisch gleichermaßen aus Tätern und Opfern zusammensetzt. An dieser Stelle ist jedoch eine unterschiedliche Veränderung zu beobachten. Im Alter von 20 Jahren beträgt der Anteil an Opfern, die ebenfalls Täter sind, nur noch rund 25 %. Der relative Opfer-Overlap zeigt also einen Rückgang: Mit zunehmendem Alter sind weniger Opfer auch Täter.

Der relative Täter-Overlap hingegen weist eine weitgehende Stabilität auf. Im Alter von 20 Jahren geben nach wie vor rund 43 % aller Gewalttäter an, ebenso Opfer von Gewalt zu sein. Im Alter von 20 Jahren liegt demnach kein ausgeglichenes Verhältnis beider Gruppen bezüglich ihrer Schnittmenge mehr vor. Es scheint, als resultiere die Gruppe der Victim-Offender mit dem Älterwerden zunehmend aus Tätern, die ebenso Opfer sind, und weniger aus Opfern, die auch Täter sind. Dies liefert erste Hinweise darauf, dass sich die Ätiologie des Täter-Opfer-Zusammenhangs mit dem Alter verändert.

Im Weiteren soll der gemeinsame Verlauf von Viktimisierung und Delinquenz betrachtet werden. Hierfür werden die Jahresinzidenzen auf Basis des Längsschnittdatensatzes herangezogen, welche in *Abbildung 1* dargestellt sind. Es ist zu erkennen, dass beide Verläufe auf einem ähnlichen Level starten und beide einen stetigen Rückgang aufweisen.

10 Anm.: Prozentangaben, Querschnittsdaten von 2003 bis 2009, Werte auf eine Nachkommastelle gerundet.

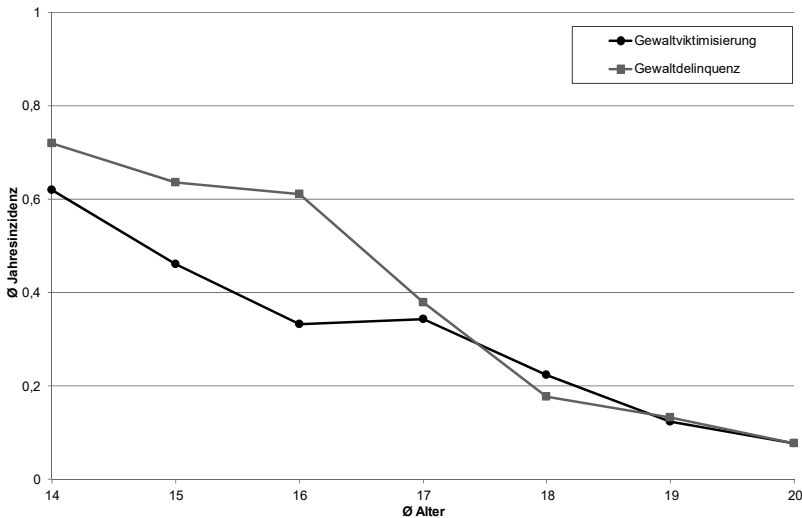


Abbildung 1: Verlauf von Viktimisierung und Delinquenz im Alter von 14 bis 20 Jahren<sup>11</sup>

Die interessante Frage ist dabei allerdings: Sind die beiden Entwicklungsprozesse lediglich ähnlich hinsichtlich ihrer Form oder gibt es tatsächlich Zusammenhänge auf intraindividuellerebene? Beides ist nicht gleichbedeutend: Ein ähnlicher Verlauf bedeutet nicht zwangsweise eine Überschneidung beider Gruppen. Ebenso ist es nachvollziehbar, dass wenn der Anteil an Gewalttätern zurückgeht, auch der Anteil an Personen, die Opfer von Gewalt werden, simultan zurückgehen kann, da es möglich ist, dass es sich – zumindest teilweise – um die Opfer eben dieser Täter handelt. Der gleiche Verlauf resultiert dabei also aus einer interpersonellen Beziehung zwischen Tätern und Opfern, welche aber nach wie vor separate Gruppen darstellen. Im Folgenden soll hingegen geprüft werden, ob es sich um einen *intraindividuellen* Zusammenhang handelt; die Ähnlichkeit der Entwicklungen also daraus resultiert, dass Viktimisierung und Delinquenz für eine Person korrelieren und zusammen variieren.

Zu diesem Zweck werden mit Hilfe von Wachstumsmodellen<sup>12</sup> Parameter geschätzt, welche die beiden Verläufe in Form latenter Variablen beschreiben. In diesem konkreten Fall handelt es sich dabei um jeweils zwei Parameter für Viktimisierung und Delinquenz: ein *Intercept* und ein *Slope*. Der *Intercept*

11 Sieben-Wellen-Paneldatensatz (2003-2009),  $n = 2.414$ , maximal zwei fehlende Teilnahmen, FIML zur Ersetzung fehlender Werte.

12 McArdle/Epstein (1987); Reinecke (2012b); Bollen/Curran (2006).

beschreibt dabei das Ausgangsniveau der Entwicklung – in diesem Fall das Viktimisierungs- beziehungsweise Delinquenzniveau im Alter von 14 Jahren – und der *Slope* den weiteren Verlauf. Nach Schätzung zwei separater Modelle (ohne Abbildung), werden diese anschließend in ein gemeinsames, paralleles Wachstumsmodell integriert, um die Korrelationen der Verlaufskurven auf der latenten Modellebene zu analysieren.

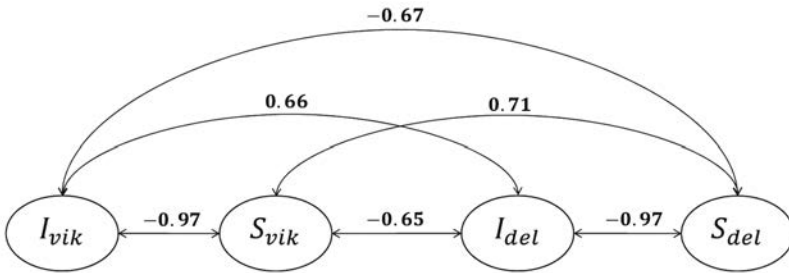


Abbildung 2: Paralleles Wachstumsmodell – Gewaltviktimisierung und Gewaltdelinquenz<sup>13</sup>

Die relevanten Ergebnisse des parallelen Wachstumsmodells – die Korrelationen auf der latenten Ebene – sind in *Abbildung 2* dargestellt. Für die Korrelationen innerhalb der Konstrukte Viktimisierung und Delinquenz ist zunächst zu erkennen, dass jeweils ein starker, negativer Zusammenhang zwischen dem Ausgangsniveau und dem weiteren Verlauf besteht ( $r = -0,97$  in beiden Fällen). Dies bedeutet, dass der Verlauf vom anfänglichen Niveau abhängt, derart, dass je höher das Ausmaß an Viktimisierung/Delinquenz im Alter von 14 Jahren ist, desto stärker gestaltet sich der Rückgang. Darüber hinaus besteht ein sehr starker, positiver Zusammenhang zwischen den Intercepts von Viktimisierung und Delinquenz ( $r = 0,66$ ). Daraus wird ersichtlich, dass je höher das Level an Viktimisierung einer Person ist, desto höher ist auch ihre Delinquenzbelastung. Selbiges gilt für den Slope-Parameter: Beide latenten Variablen weisen einen starken, positiven Zusammenhang zueinander auf, was auf einen gleichen Verlauf hinweist. Konkret bedeutet dies: Je stärker der Rückgang der Viktimisierung ist, desto stärker geht auch Delinquenz zurück. Zusätzlich bestehen zwischen den Parametern der beiden untersuchten Konstrukte (sprich: Ausgangsniveau von Viktimisierung und Rückgang von Delinquenz beziehungsweise Ausgangsniveau von Delinquenz und Rückgang

13 Sieben-Wellen-Paneldatensatz,  $n = 2.414$ , maximal zwei fehlende Teilnahmen, FIML zur Ersetzung fehlender Werte, Parameter: 12, Model Fit:  $\chi^2 = 598.25$ ,  $df = 84$ , RMSEA = 0.050, alle Werte signifikant auf dem  $p \leq 0.001$  Level.



von Viktimisierung) starke, negative Korrelationen, wie sie auch bereits innerhalb desselben Konstrukts zu finden waren. Diese Zusammenhänge sind plausibel im Anbetracht des positiven Zusammenhangs der Verlaufskurven.

## 6. Zusammenfassung

Mit Blick auf die zuvor dargestellten Erkenntnisse lässt sich zunächst festhalten, dass im Alter von 14 bis 20 Jahren eine bedeutende Schnittmenge zwischen Tätern und Opfern vorliegt. Veränderungen zeigen sich jedoch, wenn man diese Überlappung in Relation zur Gesamtzahl an Opfern und Tätern betrachtet: Während sich im Alter von 14 Jahren der *Victim-Offender-Overlap* weitgehend ausgeglichen aus Tätern und Opfern zusammensetzt, verschiebt sich dieses Verhältnis mit dem Älterwerden. Mit zunehmendem Alter sind weniger Opfer von Gewalt ebenfalls Gewalttäter, wobei nach wie vor etwa gleich viele Gewalttäter auch als Opfer Gewalt erfahren.

Betrachtet man die Entwicklung der Intensität von Viktimisierung und Delinquenz, so kann ein ähnlicher Verlauf im Jugend- und Heranwachsendenalter festgestellt werden. Beide Entwicklungen weisen ein ähnliches Ausgangsniveau auf und sind von derselben rückläufigen Tendenz gekennzeichnet. Diese beiden Entwicklungsverläufe weisen überdies Korrelationen zueinander auf: Viktimisierung und Delinquenz verlaufen nicht nur ähnlich, sie verlaufen gemeinsam auf der intraindividuellen Ebene.

Es lässt sich also der Schluss ziehen, dass Viktimisierung und Delinquenz in vielerlei Hinsicht zusammenhängen. Begründeterweise ist davon auszugehen, dass es sich bei beiden Ereignissen um zwei Seiten derselben Medaille handelt, sodass weiter zu beleuchten wäre, was „diese Medaille ist“. Eine Untersuchung des Zusammenhangs erweist sich also als vielversprechend, um zum besseren Verständnis beider einzelner Phänomene beizutragen.

## Literatur

- Bollen, K.A./Curran, P.J. (2006): Latent Curve Models. A Structural Equation Perspective. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.
- Brame, R./Paternoster, R. (2003): Missing Data Problems in Criminological Research: Two Case Studies. *Journal of Quantitative Criminology*, 19 (1), S. 55-78.
- Broidy, L.M./Daday, J.K./Crandall, C.S./Sklar, D.P./Jost, P.F. (2006): Exploring Demographic, Structural, and Behavioral Overlap Among Homicide Offenders and Victims. *Homicide Studies*, 10 (3), S. 155-180.

- Cohen, L.E./Felson, M.* (2014): Routine Activity Theory. In: Cullen, F.T./Agnew, R./Wilcox, P. (Hg.): *Criminological Theory. Past to Present, Essential Readings*. 5. Auflage. New York: Oxford University Press, S. 469-479.
- DeCamp, W./Newby, B.* (2014): From Bullied to Deviant: The Victim-Offender Overlap Among Bullying Victims. *Youth Violence and Juvenile Justice*, 13 (1), S. 3-17.
- DeCamp, W./Zaykowski, H.* (2015): Developmental victimology. Estimating group victimization trajectories in the age-victimization curve. *International Review of Victimology*, 21 (3), S. 255-272.
- Erdmann, A./Reinecke, J.* (2018): Youth Violence in Germany: Examining the Victim-Offender Overlap During the Transition From Adolescence to Early Adulthood. *Criminal Justice Review*, 43 (3), S. 325-344.
- Enzmann, D.* (2015): NB\_ADJUST: Stata module to identify and adjust outliers of a variable assumed to follow a negative binomial distribution, in: <https://econpapers.repec.org/software/bococode/s458051.htm> [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Fagan, J./Piper, E.S./Cheng, Y.-T.* (1987): Contributions of Victimization to Delinquency in Inner Cities. *Journal of Criminal Law and Criminology*, 78 (3), S. 586-613.
- Gottfredson, M.R.* (1986): Substantive Contributions of Victimization Surveys. *Crime and Justice: A Review of Research*, 7.
- Hindelang, M.J./Gottfredson, M.R./Garofalo, J.* (1978): *Victims of Personal Crime. An Empirical Foundation for a Theory of Personal Victimization*. Cambridge, MA: Ballinger.
- Jennings, W.G./Piquero, A.R./Reingle, J.M.* (2012): On the Overlap Between Victimization and Offending. A Review of the Literature. *Aggression and Violent Behavior*, 17 (1), S. 16-26.
- Kleinke, K./Stemmler, M./Reinecke, J./Lösel, F.* (2011): Efficient ways to impute incomplete panel data. *Advances in Statistical Analysis*, 95 (4), S. 351-373.
- Klevens, J./Duque, L.F./Ramírez, C.* (2002): The Victim-Perpetrator Overlap and Routine Activities. Results from a Cross-Sectional Study in Bogotá, Colombia. *Journal of Interpersonal Violence*, 17 (2), S. 206-216.
- Lauritsen, J.L./Laub, J.H.* (2007): Understanding the Link Between Victimization and Offending: New Reflections on an Old Idea. *Crime Prevention Studies*, 22, S. 55-75.
- Lauritsen, J.L./Sampson, R.J./Laub, J.H.* (1991): The Link Between Offending and Victimization Among Adolescents. *Criminology*, 29 (2), S. 265-292.
- McArdle, J.J./Epstein, D.* (1987): Latent Growth Curves within Developmental Structural Equation Models. *Child Development*, 58 (1), S. 110-133.
- Muthén, L.K./Muthén, B.O.* (1998-2012): *Mplus User's Guide*. Seventh Edition. Los Angeles: Muthén & Muthén.
- Ousey, G.C./Wilcox, P./Fisher, B.S.* (2011): Something Old, Something New. Revisiting Competing Hypotheses of the Victimization-Offending Relationship Among Adolescents. *Journal of Quantitative Criminology*, 27 (1), S. 53-84.
- Reinecke, J.* (2012a): Growth curve models and panel dropouts: Applications with criminological panel data. *Netherlands Journal of Psychology*, 67 (4), S. 122-131.
- Reinecke, J.* (2012b): *Wachstumsmodelle*. München: Hipp.
- StataCorp.* (2015): *Stata Statistical Software: Release 14*. College Station, TX: StataCorp LP.

# **Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe.**

## **Erste Ergebnisse des Forschungsprojekts der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI)**

*Annemarie Schmoll, Carina Seidl und Thomas A. Fischer*

### **Gliederung**

- |   |   |
|---|---|
| 1. Ausgangssituation des Forschungsprojekts   | 2.1 Forschungsfragen und Projektziele                       |
| 2. Forschungsprojekt „Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ – Erste Ergebnisse | 2.2 Forschungsdesign  |
|   | 2.3 Erste Ergebnisse  |
|   | 3. Fazit, Herausforderungen für die Fachpraxis und Ausblick |

## **1. Ausgangssituation des Forschungsprojekts**

Ein beträchtlicher Teil insbesondere von schwerwiegenden Gewaltstraftaten Jugendlicher wird in Verbindung mit Alkoholkonsum begangen – das zeigen beispielsweise Sonderauswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik.<sup>1</sup> Ergänzend zu den polizeilichen Hellfelddaten verweisen auch Dunkelfelduntersuchungen regelmäßig auf einen Zusammenhang zwischen Alkohol und Delinquenz im Allgemeinen sowie Gewalt im Besonderen.<sup>2</sup> Vor dem Hintergrund der Relevanz des Themenkomplexes ‚Gewaltdelinquenz und Alkoholkonsum bei Jugendlichen‘ – und nicht zuletzt aufgrund der damit einhergehenden Implikationen für die Fachpraxis der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention – bearbeitet die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) diesen Themenkomplex als einen inhaltlichen Schwerpunkt. Dies erfolgte insbesondere durch die Realisierung des auf zwei Jahre angelegten Forschungsprojekts „Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Heraus-

---

1 Vgl. statt vieler Özsoz (2014), S. 50 ff., 72 ff.

2 Baier et al. (2016), S. 325 ff.; (2010), S. 154 ff.; Walser et al. (2014), S. 40.

forderungen für die Jugendhilfe“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Einen ersten Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt stellte unter anderem ein sondierendes Expertengespräch zu gewaltpräventiven Programmen, die speziell den erhöhten Alkoholkonsum gewaltauffälliger Jugendlicher berücksichtigen, dar, welches im Jahr 2013 am DJI in München stattfand. Hierbei betonten die anwesenden Experten<sup>3</sup> die Notwendigkeit adäquater Angebote, die sich an den konkreten Bedarfen der Adressaten orientieren. Hierbei wurde konstatiert, dass die Verknüpfung beider Problembereiche in der konzeptionellen Ausrichtung der vorhandenen Angebote der Fachpraxis jedoch eher selten ist. Auch in einer ersten Recherche zu Präventionsansätzen in diesem Feld fanden sich sowohl in der Kinder- und Jugendhilfe als auch in der Suchthilfe überwiegend Projekte, die den einen oder den anderen Problembereich behandeln, den jeweils anderen aber nur rudimentär thematisieren, teilweise sogar als Ausschlusskriterium für die teilnehmenden Jugendlichen benennen.<sup>4</sup>

Ähnlich lautende Ergebnisse haben sich auch im Forschungsprojekt „Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe und krimineller Karriere“ gezeigt, das von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention von 2011 bis 2014 durchgeführt und vom BMFSFJ gefördert wurde. Dieses Forschungsprojekt beschäftigte sich mit mehrfach auffälligen männlichen jugendlichen Gewalttätern. Bei eben jenen Jugendlichen waren verschiedene Problemkonstellationen verdichtet, wie beispielsweise Schulverweigerung, schwierige Familienverhältnisse oder Alkohol- und Drogenprobleme. Bedingt durch die Fallauswahl entlang der Forschungsfrage hatten alle Jugendlichen Erfahrungen mit der Kinder- und Jugendhilfe, die bei einem Großteil auch bereits weit zurückreichten, sowie Kontakte mit der Justiz. So reihten sich in den Lebensverläufen Hilfeangebote, Maßnahmen und unterschiedliche strafrechtliche Sanktionen aneinander, die jedoch weitere Delinquenz nicht verhinderten. Besonders augenfällig in den Ergebnissen dieses Forschungsprojekts war, dass ein Großteil der befragten Jugendlichen den eigenen, teilweise bereits in der frühen Jugend begonnenen sehr massiven Alkoholkonsum thematisierte. In den meisten Fällen wurde dieser im direkten Zusammenhang mit den begangenen (Gewalt-)Straftaten erwähnt. Zugleich spielten jedoch eben dieser Alkoholkonsum, seine Motive und Hintergründe in den durchgeführten Jugendhilfemaßnahmen nur am Rande eine Rolle.<sup>5</sup>

---

3 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

4 Zu einem ähnlichen Fazit gelangen auch *Görgen/Nowak* (2013).

5 *Meier* (2015).

## **2. Forschungsprojekt „Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ – Erste Ergebnisse**

### **2.1 Forschungsfragen und Projektziele**

Die zentralen Forschungsfragen des Projekts „Gewaltdelinquenz und Alkohol – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ sind, wie auf Gewalthandeln in Verbindung mit riskantem Alkoholkonsum seitens der Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe adäquat reagiert werden kann und welche Möglichkeiten der (Kriminalitäts-)Prävention es gibt beziehungsweise geben könnte, sollte und müsste. Ziel ist es, herauszufinden, wie die Kinder- und Jugendhilfe – in Kooperation mit der Suchthilfe oder als alleiniger Akteur – mit dem Phänomen ‚Gewalt und Alkohol‘ umgeht respektive welche zielgruppenspezifischen Angebote sie für Jugendliche bereitstellt, die mit der problematischen Kombination aus Gewalthandeln und Alkoholkonsum auffällig wurden. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei zum einen die Perspektive der Jugendlichen auf das Phänomen ‚Gewalt und Alkohol‘ sowie deren Erfahrungen mit darauf bezogenen Angeboten, um eine möglichst passende Ausgestaltung der Angebote, orientiert an den tatsächlichen Bedarfen der Jugendlichen, zu erreichen. Es stellt sich zum anderen die Frage, wie die mit den Jugendlichen arbeitenden Fachkräfte den Zusammenhang von Gewalthandeln und Alkoholkonsum bewerten und vor allem, inwiefern sich das praktische pädagogische Handeln danach richtet.

Das übergeordnete Ziel des Forschungsprojekts ist es, Impulse zur fachlichen Weiterentwicklung der Strategien der Kinder- und Jugendhilfe im Themenkomplex ‚Gewaltdelinquenz und Alkohol‘ zu geben.

### **2.2 Forschungsdesign**

Um sich den forschungsleitenden Fragen empirisch zu nähern, wurde ein mehrstufiger methodischer Zugang gewählt, der aus einer Kombination verschiedener Erhebungsmethoden (problemzentrierte Interviews, Expertengespräche, Gruppendiskussionen, Workshops und teilnehmende Beobachtungen) mit einhergehender Daten-, Forscher- und Methodentriangulation besteht.<sup>6</sup> Das Vorgehen im Rahmen der Auswertung orientiert sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach *Mayring*.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> *Flick* (2000), S. 311 ff.

<sup>7</sup> *Mayring* (2010), S. 48 ff.

In der ersten Phase des Projektes wurden – unter anderem zur Vorbereitung der Feldphase, zur Ermöglichung späterer Zugänge zum Feld und als Grundlage zur Entwicklung der Erhebungsinstrumente – drei Arbeitsschritte durchgeführt: Es wurden Präventionsansätze recherchiert, insbesondere mit Blick auf die Bearbeitung der Kombination von Gewalthandeln und Alkoholkonsum. Daneben wurde eine Sekundäranalyse der Daten des Projekts „Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe und krimineller Karriere“ mit der Frage nach der Bedeutung von Gewalthandeln und Alkoholkonsum für die spezifische Gruppe hochbelasteter Jugendlicher realisiert. Dies diente auch der Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der Fragestellung. Schließlich fand ein Expertenhearing mit Vertretern verschiedener Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sowie deren fachlichen Schnittstellen statt. Dabei wurden Erkenntnisse zu den Erfahrungen der unterschiedlichen Institutionen, Kooperationsformen sowie zu den Schnittstellen der Fachpraxis gewonnen.

In der ersten Projekthälfte wurden bundesweit insgesamt 25 problemzentrierte Interviews mit Mädchen und Jungen zwischen 15 und 22 Jahren geführt, die mit Gewaltdelinquenz unter Alkoholeinfluss auffällig geworden waren und infolgedessen eine jugendrichterliche Weisung zu darauf bezogenen (Gruppen-)Maßnahmen erhalten hatten. An denselben Erhebungsorten erfolgten 18 Interviews mit 25 Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Suchthilfe, die entweder in pädagogischen Angeboten für Jugendliche, die mit Gewalttaten auffällig geworden sind, oder im Rahmen der Jugendhilfe im Strafverfahren mit diesen Jugendlichen arbeiten. Es wurden Angebote freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe wie auch der Suchthilfe erhoben, die entweder einen Schwerpunkt auf das Thema Gewalt, das Thema Alkohol oder auch auf die Kombination von Gewalt und Alkohol legen.

Im Anschluss daran wurden zwei Gruppendiskussionen mit insgesamt neun Fachkräften, welche die fachpraktische Varianz des Feldes abbildeten, durchgeführt. Hierbei wurden unter anderem die Herausforderungen für das pädagogische Handeln in der Arbeit mit den Adressaten anhand empirisch fundierter Fallvignetten sowie (bestehende, mögliche, nötige und neu zu schaffende) Kooperationen thematisiert.

Zum Zeitpunkt der 15. Wissenschaftlichen Tagung der Kriminologischen Gesellschaft in Münster 2017 wurden gerade die Ergebnisse der eben skizzierten drei Schritte in einer Gesamtauswertung zusammengeführt. Darüber hinaus wurde ein Workshop mit Akteuren der relevanten Handlungsfelder geplant. Mit dessen Hilfe sollen die Erkenntnisse und die daraus abgeleiteten Herausforderungen frühzeitig in die Fachpraxis gespiegelt werden, um dadurch diskursiv weitere Impulse aus der Fachpraxis zu erhalten und die erarbeiteten Handlungsstrategien zu ergänzen.

Für die Auswertung wurden sowohl die Interviews mit den Jugendlichen, als auch die Interviews und die Gruppendiskussionen mit den Fachkräften vollständig transkribiert, computergestützt codiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Ziel war es, induktiv die subjektiven Sinnkonstruktionen der Befragten zu erfassen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wahrnehmungs- und Deutungsmuster von Jugendlichen und Fachkräften auf das Phänomen Gewalt und Alkohol konnten herausgearbeitet werden. Weiterhin kann durch dieses Vorgehen die Adressatenperspektive auf die Angebote mit der Fachkräfteperspektive auf einander bezogen werden. So können in den anstehenden Auswertungsschritten insbesondere Rückschlüsse auf die Passungsverhältnisse der Angebote getroffen werden.

## **2.3 Erste Ergebnisse**

Die ersten Ergebnisse des Projekts „Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter – Herausforderungen für die Jugendhilfe“, die in diesem Beitrag vorgestellt werden, fokussieren in erster Linie auf die Perspektive der Jugendlichen hinsichtlich des Themenkomplexes ‚Gewaltdelinquenz und Alkohol‘. Dabei werden in einem kursorischen Überblick die Motive für das Gewalthandeln und für den Alkoholkonsum aus der Perspektive der Jugendlichen, das heißt vor dem Hintergrund der lebensweltlichen Kontexte, beleuchtet.

Darauf aufbauend werden idealtypische Konstellationen vorgestellt, die aufzeigen, dass dem Alkohol beziehungsweise dessen Konsum und Einfluss bei Gewaltstraftaten ein unterschiedliches Gewicht beizumessen ist. Denn je nachdem, welche Relevanz das Gewalthandeln und die Gewalt im Alltag der Jugendlichen hat, kann der (zusätzliche) Alkoholkonsum mehr oder weniger ausschlaggebend daran beteiligt sein. Dies hat nicht zuletzt Bedeutung für eine passgenaue und adressatenorientierte Ausgestaltung entsprechender Angebote in der Fachpraxis.

### **2.3.1 Motive und lebensweltliche Einbettung**

Der Zugang zu den 25 interviewten Jugendlichen gelang über die als gate keeper fungierenden Fachkräfte in den Maßnahmen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Suchthilfe. Alle Interviews wurden digital aufgenommen, transkribiert, anonymisiert und zur Vereinfachung der Lesbarkeit pseudonymisiert. Als Auswahlkriterium für die Jugendlichen wurde den Fachkräften genannt, dass es sich um Jugendliche handeln soll, die eine Gewaltstraftat unter Alkoholeinfluss begangen hatten. Die befragten

Jugendlichen benannten unter anderem versuchte, einfache, gefährliche oder schwere Körperverletzung, Schlägerei, Raub oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, die ihnen vorgeworfen wurden.

Im Datenmaterial beschreiben die Jugendlichen die Konfliktsituationen, die in gewaltförmige Auseinandersetzungen münden, unterschiedlich detailliert. Ziel war es, aus den Beschreibungen der Jugendlichen nicht nur deren Motive dafür zu identifizieren, sondern darüber hinaus – unter Berücksichtigung der Begleitumstände – vor allem die Relevanz des Alkohols bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen einordnen zu können. Hierbei ist zu beachten, dass Alkohol nicht als die *eine* Ursache benannt werden kann. Vielmehr wird deutlich, wie komplex das Gewalthandeln Jugendlicher ist und dass der Alkohol(-konsum) dabei eine höchst differente Rolle spielen kann. Aus den Beschreibungen der Jugendlichen werden die Motive abgeleitet, die das eigene Gewalthandeln sowie den eigenen Alkoholkonsum der Jugendlichen aus deren subjektiver Sicht begründen.

Einige der Jugendlichen berichten, dass sie provoziert oder beleidigt wurden oder dies zumindest so empfunden haben, oder dass sie etwas sehr aufgeregt hat. Dies kann schon in einem kurzen Anrempeln oder in einem ‚falschem Blick‘ gesehen werden, den sie als Provokation deuten. Dabei beschreiben die betreffenden Jugendlichen zumeist, dass sie sich ohne vorherigen Alkoholkonsum nicht so leicht hätten provozieren lassen. Ein Jugendlicher schildert eine solche Situation wie folgt:

„Ich weiß nicht! Manchmal ist es bei mir so, [...] diese Person regt mich so sehr auf, obwohl ich sie nicht kenn, aber er hat nur so ne Kleinig-, so nen kleinen, er hat mich nur so weggeschubst so, einfach so, und ich denk mir: „Wieso machst du das?“ [mit lauter Stimme] Und ich war so wütend in dem Moment, ich wusste nicht, was ich machen soll“ (Ismail).

Ferner wird Gewalt von einigen der Befragten als einzige (wahrgenommene) Handlungsmöglichkeit beschrieben, sich ‚zu wehren‘, auch mit dem Ziel, Freunde zu verteidigen oder Rache in einer Form von Selbstjustiz auszuüben. Dazu werden Situationen geschildert, in denen die Jugendlichen empfinden, dass entweder ihre Ehre oder die ihrer Familie durch Äußerungen oder Handlungen verletzt wurde, woraufhin sie Gewalt anwenden, um diese zu verteidigen. Manchmal äußern sie sich zwar in die Richtung, dass die Konfliktsituation auch verbal hätte gelöst werden können, allerdings wird diese Möglichkeit oft auch gleich wieder verworfen und nicht genutzt. Gewalt scheint aus Sicht dieser Jugendlichen in solchen Situationen die einzig mögliche Handlungsalternative zu sein.

Auch Gruppenkontexte können als ein mögliches Motiv für das Gewalthandeln gesehen werden. So wird berichtet, in der Gruppe unterwegs gewesen und bei



den Gewalthandlungen von der Gruppe angefeuert oder ‚hochgepusht‘ worden zu sein. Manchmal empfinden die Jugendlichen auch als Erwartung seitens der Gruppe, dass es zu Gewalthandlungen kommt und man in den Situationen an den körperlichen Auseinandersetzungen teilzunehmen hat: Weigere sich ein Jugendlicher kann unter Umständen auch ein Ausschluss aus der Gruppe drohen.

Die Jugendlichen schildern zudem einen bei den gewaltförmigen Handlungen erlebten „Adrenalinkick“. So veranschaulicht ein interviewter Jugendlicher:

„dann fliegen die Fäuste, und [...] sofort pumpt halt das Adrenalin und ähm man muss halt mitmachen“ (Ben).

Die Motive für den Alkoholkonsum sind, wie auch die Motive für das Gewalthandeln, sehr vielfältig. Im Vordergrund steht bei vielen Jugendlichen der Spaß: es wird Alkohol getrunken, um ‚Party zu machen‘. Einige Jugendliche beschreiben, dass sie nicht feiern gehen können, ohne Alkohol zu trinken, da beide Verhaltensweisen ihnen untrennbar miteinander verbunden erscheinen. Dazu schildert ein Jugendlicher:

„Ja zum Beispiel, das kommt immer so spontan, aus spontan, zum Beispiel wenn es Donnerstag oder Freitag ist, sagen wir: ‚Ja, wir machen morgen oder (.) heute Abend dann so eine Party‘, dann besorgen wir Geld und so weiter und dann gehen wir Alkohol und so weiter kaufen, und dann machen wir irgendwie so einen chilligen Abend, oder wir machen da halt so Party, wo übelst viele dabei sind, mit Musik und so weiter, und ja“ (Yasin).

Auch ein Rauschzustand ist ein Motiv für die Jugendlichen. Daneben können unter anderem als Motive erkannt werden: die Neugierde, wie der Alkohol wohl wirke; sowie die Hemmschwellen, die abgebaut werden, weil man dadurch lockerer und mutiger werde. Auch die Gruppenzusammenhänge spielen, wie auch bei den Motiven für das Gewalthandeln, eine Rolle. Insbesondere kann auch Gruppendruck das Handeln bestimmen: So trinken manche Jugendliche Alkohol, obwohl sie ihn in manchen konkreten Situationen gar nicht trinken wollen oder die Sorte Alkohol nicht mögen.

Im Hinblick auf die Häufigkeit des Alkoholkonsums divergieren die Schilderungen der interviewten Jugendlichen: Zum Teil wird berichtet, es handele sich um einen täglichen und tageszeitunabhängigen Konsum; dies geht unter Umständen auch mit unstrukturierteren Tagesabläufen, Schulabstinenz oder fehlenden familiären Strukturen einher. Gelegentlich wird der Konsum von Alkohol und/oder Drogen in der Familie vorgelebt. In einigen Fällen wird deutlich, dass der Alkoholkonsum als Bewältigungsstrategie von Problemen dient. Hier wird nicht nur in der Gruppe konsumiert, sondern auch solitär. Die Kombination im Sinne eines Mischkonsums von Alkohol und Drogen erscheint hier sehr wahrscheinlich.

Zum Teil schildern die interviewten Jugendlichen, dass sie ihren Alkoholkonsum zwar als alltäglich, aber nicht täglich und übermäßig beschreiben würden. Dazu zählt auch das sogenannte ‚Feierabendbier‘. Hierbei scheint sich allerdings die Gefahr zu verbergen, dass der Konsum nicht mehr richtig eingeschätzt wird und die Alkoholmenge zu den Feiersituationen am Wochenende derart steigt, dass Konfliktsituationen wahrscheinlicher werden.

Des Weiteren beschreiben andere Jugendliche, dass sie eher selten und nur in geringen Mengen Alkohol konsumieren. Die Selbstwahrnehmung hinsichtlich des Konsums kann jedoch je nach Person stark variieren. Daneben berichten einige Jugendliche auch von einem sogenannten Mischkonsum, das heißt, dass neben dem Alkohol zum Teil auch illegale Drogen konsumiert werden.

### 2.3.2 Konstellationen

Vor dem Hintergrund der rekonstruierten Motive lässt sich eruieren, wie sehr Gewalt und/oder Alkohol in der Lebenswelt der Jugendlichen verankert ist. Beides kann, in unterschiedlicher Ausprägung, ‚zum Alltag‘ eines jeden Jugendlichen gehören und beides kann darin unterschiedlich stark ausgeprägt sein.

Es finden sich einige Konstellationen, die verdeutlichen, welch unterschiedliches Gewicht dem Alkoholkonsum bei Gewaltstraftaten beigemessen werden kann. Denn je nachdem, welche Relevanz Gewalt und gewaltförmiges Handeln im Alltag von Jugendlichen hat, kann der (zusätzliche) Alkoholkonsum mehr oder weniger ausschlaggebend daran beteiligt sein. Im Folgenden wird eine schematische Darstellung idealtypischer Konstellationen als Ergebnis des Sortierungsprozesses des empirischen Materials vorgestellt, die auch für das pädagogische Handeln und die Passgenauigkeit zwischen Bedarf und Angebot von besonderer Bedeutsamkeit sind. Dabei handelt es sich um idealtypische Beschreibungen, zwischen denen sich auch Abstufungen finden lassen:

- Bei der ersten Konstellation ist sowohl das Gewalthandeln als auch der Alkoholkonsum in der Lebenswelt des Jugendlichen fest im Alltag verankert. Bei diesen Jugendlichen treten in den unterschiedlichsten Bereichen Schwierigkeiten auf, sodass von ‚multiplen Problemlagen‘ gesprochen werden kann. Der Alkoholkonsum ist bei diesen Jugendlichen selten der Auslöser für eine Gewalttat, ist aber häufig eine Begleiterscheinung, da der Konsum grundsätzlich höher ist und damit auch die Wahrscheinlichkeit, bei einer Gewalttat alkoholisiert zu sein.
- Bei der zweiten Konstellation ist das Gewalthandeln fest in der Lebenswelt des Jugendlichen verankert, während der Alkoholkonsum in geringem Maße

handlungsleitend zu sein scheint. Der Alkoholkonsum kann zwar entsprechendes Gewalthandeln, beispielsweise durch die damit verbundene niedrigere Hemmschwelle, begünstigen, jedoch spielt der Alkohol an sich in der Lebenswelt dieser Jugendlichen keine wesentliche Rolle.

- Die dritte Konstellation ist gekennzeichnet durch den im Vordergrund stehenden Alkoholkonsum. Bei dieser Konstellation ist die aktuelle Lebenssituation mit eher wenigen Auffälligkeiten verbunden. Konfliktsituationen, welche auch in gewaltförmiges Handeln münden können, sind eher selten und gründen dann auch eher auf situative Faktoren.
- Weder das Gewalthandeln noch der Alkoholkonsum sind in der vierten Konstellation in der Lebenswelt des/der Jugendlichen fest verankert. Die Situationen, bei denen diese Jugendlichen mit einer Gewaltstraftat unter Alkoholeinfluss auffallen, sind sehr selten, da diesen Jugendlichen in der Regel gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktlösung zur Verfügung stehen. Der Alkoholkonsum kann zwar situativ begünstigend wirken, aufgrund des geringen Alkoholkonsums gelangen sie jedoch selten in derartige Situationen. Die Jugendlichen befinden sich in relativ stabilen Verhältnissen, haben meist eine höhere Schulbildung und sind seltener mit familiären Konflikten belastet.

### **3. Fazit, Herausforderungen für die Fachpraxis und Ausblick**

In diesem Beitrag kann nur ein vorläufiges Fazit gezogen werden, da die Gesamtauswertung zum Zeitpunkt der Tagung der KrimG noch nicht abgeschlossen war.<sup>8</sup> Eine der sich abzeichnenden Herausforderungen ist die Passgenauigkeit der Angebote bezüglich der unterschiedlichen Konstellationen. Insbesondere der Jugendhilfe im Strafverfahren wird hierbei eine große Bedeutung beigemessen, da sie nicht nur dem Jugendlichen während des gesamten strafrechtlichen Verfahrens unterstützend, begleitend und betreuend zur Seite gestellt wird, sondern darüber hinaus ihre Einschätzung hinsichtlich der Bedarfe der Jugendlichen relevant dafür ist, welche Maßnahmen als richterliche Weisung sodann ausgesprochen werden. Zu berücksichtigen gilt hierbei, dass sich bundesweit jedoch eine unterschiedlich stark ausgeprägte Angebots-

---

8 Der Abschlussbericht wird 2018 veröffentlicht und auf der Webseite der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI unter [www.dji.de/jugendkriminalitaet](http://www.dji.de/jugendkriminalitaet) abrufbar sein.

struktur finden lässt und entsprechende Angebote und Maßnahmen somit nicht flächendeckend zur Verfügung stehen.

Eine weitere sich abzeichnende Herausforderung besteht darin, dass im Rahmen dieses Themenkomplexes die Suchthilfe und die Kinder- und Jugendhilfe (mögliche) Kooperationspartner sind, dabei aber unterschiedlichen Handlungslogiken unterliegen – wobei es insbesondere um Fragen der Zuständigkeiten und der Finanzierungen zwischen diesen beiden Handlungsfeldern geht. Vor diesem Hintergrund gilt zu berücksichtigen, dass die Bewertung, ob es sich noch um ein jugendtypisches Konsumverhalten, riskanten Konsum oder bereits um Sucht handelt – was nicht zuletzt für die (pädagogische) Bearbeitung von Bedeutung ist – schwierig ist und spezifischer professioneller Sensibilisierung bedarf. Insgesamt gilt, dass – im Sinne der Adressatenorientierung – Wege institutionenübergreifender Kooperation zu beschreiten sind.

## Literatur

- Baier, D./Scheper, K./Bergmann, M.C. (2016): Macht Kiffen friedlich und Saufen aggressiv? Zum kausalen Zusammenhang von Cannabis- und Alkoholkonsum und delinquentem Verhalten. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 27 (4), S. 324-332.
- Baier, D./Pfeiffer, C./Rabold, S./Simonson, J./Kappes, C. (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Bundeskriminalamt (2017): Polizeiliche Kriminalstatistik 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Flick, U. (2000): Triangulation in der qualitativen Forschung. In: Flick, U./von Kardorff, E./Steinke, I. (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 309-318.
- Görgen, T./Nowak, S. (2013): *Alkohol und Gewalt: eine Analyse des Forschungsstandes zu Phänomenen, Zusammenhängen und Handlungsansätzen*. Münster: Deutsche Hochschule der Polizei.
- Mayring, P. (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 11. Auflage. Weinheim u.a.: Beltz.
- Meier, J. (2015): *Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe- und krimineller Karriere. Abschlussbericht*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Özsöz, F. (2014): *Gewaltdelikte unter Alkoholeinfluss bei jungen Menschen in Bayern. Projektbericht der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG)*. München: Bayerisches Landeskriminalamt.
- Walser, S./Biberstein, L./Killias, M. (2014): *Alkohol und Gewalt. Sekundäranalyse von Daten aus Opfer- und Täterbefragungen in der Schweiz*, in: <https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/npp/alkohol/soziale-folgen/alkohol-gewalt/bericht-sek-analyse-daten-opfer-taeter-ch.pdf.download.pdf/bericht-sek-analyse-daten-opfer-taeter-ch-de.pdf> [letzter Aufruf: 18.12.2017].

# Viktimisierung und Täterschaft in Paarbeziehungen junger Menschen – Erste deskriptive Befunde einer Hochschulfbefragung

*Ines Hohendorf*

## Gliederung

- |                                  |                         |
|----------------------------------|-------------------------|
| 1. Einleitung                    | 5.1 Normative Bewertung |
| 2. Forschung zu Beziehungsgewalt | 5.2 Viktimisierung      |
| 3. Stichprobenbeschreibung       | 5.3 Täterschaft         |
| 4. Soziodemographische Merkmale  | 6. Fazit                |
| 5. Beziehungsgewalt              |                         |

## 1. Einleitung

Das Thema *Gewalt in Paarbeziehungen* ist seit den 1970er Jahren fest in Medien, Politik, Wissenschaft und im Alltagsbewusstsein verankert<sup>1</sup> – allerdings vorrangig als ein Phänomen männlicher Täterschaft und weiblicher Opferschaft in Partnerschaften von Erwachsenen. Diesbezüglich finden sich in der nationalen Forschungslandschaft zahlreiche Dunkelfeldstudien.<sup>2</sup> Kaum Aufmerksamkeit im öffentlichen Bewusstsein und der kriminologischen Forschung findet dagegen weibliche Täterschaft und männliche Opferschaft bei Gewalt in Paarbeziehungen<sup>3</sup> sowie das Phänomen Beziehungsgewalt von Jugendlichen.<sup>4</sup> Auffallend bei Untersuchungen (nicht nur) zu Beziehungsgewalt ist außerdem, dass es sich dabei hauptsächlich um Viktimisierungsstudien handelt. Das kann damit erklärt werden, dass bei Beziehungsgewalt Erwachsene im Fokus stehen – mit zunehmendem Alter jedoch die Auskunftsbereitschaft selbstberichteter Delinquenz stark nachlässt.<sup>5</sup> Täterperspektive, aber auch Einstellungen, Motive und der Umgang mit erlebter Gewalt durch den

---

1 Gahleitner et al. (2007), S. 11.

2 Eine Übersichtsdarstellung findet sich etwa bei Schwithal (2004).

3 Lenz (2007), S. 22 ff.

4 Blättner et al. (2013), S. 1.

5 Kreuzer et al. (1993), S. 19.

Partner<sup>6</sup> werden bei Erwachsenen nur teilweise erhoben, bei Jugendlichen fehlt eine Untersuchung von Tätern bisher völlig. Dieses Forschungsdefizit stellt den Anlass für die nachfolgend beschriebene Studie dar, die als Pretest im Rahmen des Dissertationsprojektes der Autorin erhoben wurde. Der Beitrag gibt Aufschluss über das Ausmaß von Opfer- und Täterschaft wie auch über Einstellungen zu, Reaktionen auf beziehungsweise Gründe für Gewalt in Paarbeziehungen junger Menschen. Es handelt sich dabei um eine rein deskriptive Beschreibung der erhobenen Daten. Theoretisch verortet werden die Ergebnisse in der Dissertation der Autorin.

## 2. Forschung zu Beziehungsgewalt

Männliche Gewalt gegen weibliche Intimpartner ist seit den 1970er Jahren vielfach erforscht. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Repräsentativuntersuchung *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland* verwiesen ( $n = 10.264$ ), die 2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde.<sup>7</sup> Weibliche Gewalt gegen männliche Intimpartner ist dagegen ein immer noch tabuisiertes Thema.<sup>8</sup> Es existieren hierzu bisher nur nicht repräsentative Untersuchungen wie etwa die 2004 durchgeführte Pilotstudie *Gewalt gegen Männer in Deutschland* ( $n = 266$ ), die parallel zur Frauenstudie ebenfalls im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhoben wurde. Beide Studien weisen eine ähnlich hohe Viktimisierungsrate auf. Sie liegt bei den Frauen bei 25 %, bei den Männern bei 23 %. In der Männerstudie wurden dabei ausschließlich Personen ab 18 Jahren, in der Frauenstudie ab 16 Jahren befragt. Dass Beziehungsgewalt jedoch bereits von Jugendlichen erlebt wird, ist international mehrfach belegt.<sup>9</sup> In Deutschland existiert bisher lediglich eine Studie, die ausschließlich Jugendliche gezielt nach ihren Erfahrungen mit Beziehungsgewalt und deren Kontext befragt hat: Es handelt sich um die Untersuchung *Teen Dating Violence*, die von der Hochschule Fulda 2012 unter 509 hessischen Schülerinnen und Schülern im Alter von 14 bis 17 Jahren durchgeführt wurde.<sup>10</sup>

---

6 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

7 Die Studie erfolgte im Rahmen des Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 1999, siehe hierzu *Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend* (2004), S. 9.

8 *Döge* (2011), S. 166.

9 Siehe beispielhaft für Großbritannien *Barter et al.* (2009).

10 *Blättner et al.* (2013).

Die Studie zeigt, dass über die Hälfte der Mädchen (66 %) und Jungen (60 %) mindestens einmal eine Form von emotionaler, körperlicher oder sexueller Beziehungsgewalt erlebt haben.<sup>11</sup> Damit werden internationale Forschungsergebnisse bestätigt, wonach Gewalt in jugendlichen Paarbeziehungen nicht nur kein marginales Problem darstellt, sondern im Gegenteil den Beginn einer Chronifizierung von Gewalt bedeuten kann.<sup>12</sup> Beziehungsgewalt ist demnach nicht nur ein Problem von Erwachsenen, sondern auch von Jugendlichen. Lücken bestehen in der bisherigen Forschung zu Beziehungsgewalt also vor allem hinsichtlich des Wissens über weibliche Täterschaft und männliche Opferschaft sowie über das Erleben und Ausüben von Beziehungsgewalt in jungen Jahren. Die 2016 an der Universität Tübingen durchgeführte Hochschulbefragung soll hierzu Auskunft geben, indem Opfer und Täter befragt sowie Einstellungen, Motive und Reaktionen im Kontext Beziehungsgewalt bei überwiegend Heranwachsenden und jungen Erwachsenen erhoben wurden.

### 3. Stichprobenbeschreibung

Vom 24. bis 25. Oktober 2016<sup>13</sup> wurden Studierende, Mitglieder und Angehörige der Eberhard-Karls-Universität Tübingen ( $n = 37.817$ ) per Email angeschrieben mit der Bitte um Teilnahme an einer Onlinebefragung zum Thema *Streit in Beziehungen*. Der Rücklauf lag insgesamt bei 1.016. Das übertraf die Erwartungen für einen Pretest bei Weitem und führte aufgrund der qualitativ hochwertigen Datenmenge zu der Sonderstichprobe *Universitätsangehörige*. Von 22 % (219) der Befragten liegen nicht vollständig,<sup>14</sup> von 78 % (797) vollständig ausgefüllte Fragebögen vor. Bei den vollständig ausgefüllten Fragebögen entfallen 84 % (668) auf die primäre Zielgruppe der 14- bis 25-jährigen. Davon sind 77 % (493) weiblich und 23 % (145) männlich.<sup>15</sup>

---

11 Blättner et al. (2013), S. 4.

12 Blättner et al. (2013), S. 8.

13 Unerwartet war der Rücklauf nach nur einem Tag bereits so groß, dass gemeinsam mit dem Betreuer beschlossen wurde, den Pretest nach knapp 36 Stunden zu beenden und die Qualität des Fragebogens für die noch durchzuführende Hauptbefragung zu überprüfen.

14 Am häufigsten wurde die Umfrage im ersten Drittel sowie nach Fragen zu Viktimisierung und Täterschaft abgebrochen. Hinsichtlich der unvollständig ausgefüllten Fragebögen lässt sich sagen, dass 219 Befragte die Umfrage vorzeitig abgebrochen haben. Im Schnitt waren diese Befragten 24 Jahre alt (12 bis 47 Jahre). Auf die primäre Zielgruppe (14- bis 25-Jährige) entfallen 153 Personen. 60 % (90) davon sind weiblich, 40 % (58) männlich. 96 % verfügen über Beziehungserfahrung.

15 Aufgrund der zum Teil geringen Zellbesetzung lassen sich zwar Tendenzen, nicht aber allgemeingültige Aussagen treffen.

Im Antwortverhalten waren keine Auffälligkeiten zu finden, was dahingehend gedeutet werden kann, dass alle Fragen von den Teilnehmenden korrekt verstanden wurden; zudem verfügen alle Antwortitems ihrer Wahrscheinlichkeit entsprechend über ausreichend Varianz.<sup>16</sup>

#### 4. Soziodemographische Merkmale

Das Alter der 668 Befragten liegt zwischen 16 und 25 Jahren, wobei 6 Personen auf die Altersklasse der Jugendlichen (14 bis 17 Jahre), 299 auf Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) und 363 auf junge Erwachsene (22 bis 25 Jahre) entfallen (siehe *Tabelle 1*). Die Verteilung der Altersklassen ist nicht weiter überraschend, da die Onlineumfrage an einer Universität durchgeführt wurde. Die Geschlechterverteilung liegt, außer bei den Jugendlichen, bei drei Viertel weibliche und ein Viertel männliche Befragte. Erklären lässt sich der stärkere Frauenanteil mit einer generell höheren Antwortbereitschaft bei Umfragen von Frauen<sup>17</sup> sowie dem höheren Anteil von weiblichen Studenten (58 %) an der Universität Tübingen.<sup>18</sup>

*Tabelle 1: Altersklassen nach Geschlecht*

Gesamt (n = 638)		Jugendliche (n = 6)		Heranwachsende (n = 299)		junge Erwachsene (n = 354)	
w	m	w	m	w	m	w	m
508 (77 %)	160 (23 %)	3 (50 %)	3 (50 %)	231 (77 %)	68 (23 %)	274 (75 %)	89 (25 %)

Dem Befragungsumfeld geschuldet ergibt sich, dass so gut wie alle Befragten über einen sehr hohen Bildungsabschluss, das heißt (Fach-)Abitur (76 %) oder einen (Fach-)Hochschulabschluss (21 %) verfügen. Die meisten der Befragten (87 %) besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit; 5 % haben keinen deutschen Pass. Die Mehrheit gehört dem Christentum an (59 %) oder besitzt keine Religionszugehörigkeit (35 %). Knapp zwei Drittel der Befragten kommen aus kleinen bis mittelgroßen Städten (66 %). Die überwiegende Mehrheit der Befragten hat Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit (85 % der Mütter, 82 % der Väter). Die meisten Mütter (82 %) und Väter (70 %) der Befragten

<sup>16</sup> Kelava/Moosbrugger (2012), S. 81.

<sup>17</sup> TNS Infratest Sozialforschung (2011), S. 7.

<sup>18</sup> Engler (2016), S. 47.



haben einen mittleren bis hohen Schulabschluss in Form von Mittlerer Reife oder Abitur beziehungsweise Universitätsabschluss. Damit handelt es sich bei der Stichprobe um eine eher homogene Gruppe, die sich in ihren soziodemographischen Merkmalen relativ ähnlich ist.

Von den 508 jungen Frauen der Studie verfügen 97 % (493), von den 160 jungen Männer 91 % (145) über Beziehungserfahrung, das heißt sie leben entweder aktuell in einer festen Partnerschaft und/oder hatten bereits früher mindestens eine feste Beziehung. 99 % davon haben ihre Erfahrungen im Rahmen von heterosexuellen Partnerschaften gesammelt. 30 Personen hatten noch nie eine Beziehung, davon 21 Heranwachsende und neun junge Erwachsene.

## 5. Beziehungsgewalt

### 5.1 Normative Bewertung

Die 668 Befragten konnten auf einer fünf-stufigen Skala sechs verschiedene Formen von Beziehungsgewalt bewerten. Die Formen reichen von einfacher psychischer über körperliche bis hin zu schwerer sexueller Gewalt. Dabei zeigt sich, dass alle Formen von Gewalt als eher schlimm bis sehr schlimm bewertet werden (siehe *Tabelle 2*). Am niedrigsten ist der Mittelwert insgesamt bei *jemanden aggressiv anschreien* (3,7), am höchsten bei *jemanden schlagen* und *jemanden zum Sex zwingen* (4,9). Zwischen Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen lassen sich nur marginale Unterschiede in der Bewertung von Beziehungsgewalt feststellen. Auch zwischen den Geschlechtern ist die Einstellung relativ ähnlich, wobei junge Frauen *jemanden lächerlich machen* deutlich schlimmer beurteilen als junge Männer. Ansonsten sind die Bewertungen von Männern und Frauen zu psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt durch den Partner annähernd identisch. Das zeigt, dass zwischen den Altersklassen und Geschlechtern gleiche normative Einstellungen vorherrschen.

Tabelle 2: Einstellung zu Beziehungsgewalt nach Altersklassen und Geschlecht

	Gesamt (n = 638)		Jugendliche (n = 6)		Heran- wachsende (n = 276)		junge Erwachsene (n = 354)	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m
Wie schlimm finden Sie es, jemanden in der Beziehung im Streit ... <sup>19</sup>	4,1 (0,8)	3,8 (1,0)	4,6 (0,5)	3,3 (0,5)	4,0 (0,8)	3,7 (1,1)	4,1 (0,8)	3,8 (0,9)
lächerlich zu machen?	3,7 (1,0)	3,6 (1,2)	3,6 (0,5)	4,3 (0,5)	3,6 (1,1)	3,7 (1,2)	3,7 (1,0)	3,6 (1,2)
aggressiv anzuschreien?	4,8 (0,4)	4,8 (0,5)	4,0 (1,7)	5,0 (0,1)	4,8 (0,4)	4,8 (0,4)	4,8 (0,4)	4,7 (0,6)
zu ohrfeigen?	4,9 (0,2)	4,9 (0,2)	5,0 (0,1)	5,0 (0,1)	4,9 (0,2)	4,9 (0,2)	4,9 (0,2)	4,9 (0,2)
zu schlagen?	4,2 (0,8)	4,1 (0,9)	4,0 (1,0)	4,6 (0,5)	4,2 (0,8)	4,0 (1,0)	4,3 (0,8)	4,1 (0,9)
gegen dessen Willen auf sexuelle Art anzufassen?	4,9 (0,1)	4,9 (0,3)	5,0 (0,1)	5,0 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,4)
zum Sex zu zwingen?	4,9 (0,1)	4,9 (0,3)	5,0 (0,1)	5,0 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,1)	4,9 (0,4)

## 5.2 Viktimisierung

Über sechs Items wurde psychische, körperliche und sexuelle Gewalt in der Beziehung ermittelt.<sup>20</sup> 65 % aller Befragten mit Beziehungserfahrung haben mindestens einmal eine Form von psychischer, 7 % eine Form körperlicher und 17 % eine Form sexueller Gewalt erlebt. Bei psychischer Gewalt sind mehrmalige Erlebnisse am häufigsten, bei körperlicher und sexueller Gewalt ein- bis zweimalige Erfahrungen. Zwischen den Altersklassen der Heranwachsenden

19 Antwortskala: 1 = „nicht schlimm“ bis 5 = „sehr schlimm“; Angabe: Mittelwert (Standardabweichung).

20 Psychische Gewalt: „Mein Partner hat mich kontrolliert“, „Mein Partner hat mich aggressiv angeschrien und beleidigt“; körperliche Gewalt: „Mein Partner hat mich geohrfeigt“, „Mein Partner hat mich geschlagen“; sexuelle Gewalt: „Mein Partner hat mich gegen meinen Willen auf sexuelle Art berührt“, „Mein Partner hat mich zum Sex gezwungen“.

und jungen Erwachsenen gibt es relativ betrachtet nur geringfügige Unterschiede in der Viktimisierungshäufigkeit. So wurden 62 % (185) der Heranwachsenden und 68 % (246) der jungen Erwachsenen bereits mindestens einmal Opfer von Gewalt seitens des Partners. Unterschiede zeigen sich eher zwischen den Geschlechtern. Zwar haben fast gleich viele Frauen (65 %) und Männer (64 %) mindestens einmal Erfahrungen mit psychischer Gewalt in der Beziehung gemacht, Männer dagegen häufiger mit körperlicher Gewalt (11 %) als Frauen (6 %) und Frauen häufiger mit sexueller Gewalt (19 %) als Männer (9 %). Frauen erlebten dabei etwas häufiger ein- bis zweimalige Gewalt (33 % zu 26 %), Männer häufiger mehr als sechsmalige Gewalt (21 % zu 18 %) (siehe *Tabelle 3*). Diese Häufigkeitsverteilung widerspricht dem typischen Muster der Gewalt in Beziehungen, wonach Frauen eher wiederholt (schwerer) Gewalt ausgesetzt sind, Männer dagegen eher einmaligen (einfachen) Konflikten.<sup>21</sup>

*Tabelle 3: Opfer von Beziehungsgewalt nach Altersklassen und Geschlecht (gesamt)*

	Gesamt (n = 638)		Jugendliche (n = 6)		Heranwachsende (n = 276)		junge Erwachsene (n = 354)	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m
nie	155 (31 %)	49 (34 %)	2 (67 %)	1 (33 %)	69 (32 %)	22 (37 %)	76 (29 %)	25 (30 %)
1-2 mal	161 (33 %)	38 (26 %)	-	1 (33 %)	79 (36 %)	14 (24 %)	82 (31 %)	23 (28 %)
3-5 mal	90 (19 %)	27 (19 %)	-	-	41 (19 %)	11 (19 %)	49 (18 %)	16 (20 %)
mehr als 6 mal	87 (18 %)	31 (21 %)	1 (33 %)	1 (33 %)	28 (13 %)	12 (20 %)	58 (22 %)	18 (22 %)
total	493 (100 %)	145 (100 %)	3 (100 %)	3 (100 %)	217 (100 %)	59 (100 %)	271 (100 %)	83 (100 %)

Auch hinsichtlich der Reaktionen auf Beziehungsgewalt zeigen sich Unterschiede weniger zwischen den Altersklassen als vielmehr zwischen den Geschlechtern (siehe *Tabelle 4*). So wussten weibliche Befragte häufiger, wie sie reagieren sollten, haben die Erlebnisse seltener für sich behalten, etwas öfter mit dem Partner über die Gewalt gesprochen, sich häufiger körperlich gewehrt und sich bedeutend öfter an Freunde gewandt. Keine Unterschiede zeigen sich

<sup>21</sup> Johnson (1995), S. 287.

bezüglich zweier Reaktionen: So haben sich weder Frauen noch Männer bei Beziehungsgewalt an ihre Eltern gewandt; auch die Polizei/Justiz wurde je in nur einem Prozent der Fälle eingeschaltet. Insgesamt tendieren beide Geschlechter dazu, Beziehungsgewalt zunächst beziehungsintern zu regeln.<sup>22</sup>

Tabelle 4: Reaktionen auf Beziehungsgewalt

	Gesamt (n = 434)		Jugendliche (n = 3)		Heran- wachsende (n = 185)		junge Erwachsene (n = 246)	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m
immer gewusst, was ich machen soll	249 (74 %)	49 (51 %)	1 (100 %)	1 (50 %)	110 (74 %)	20 (54 %)	138 (73 %)	28 (49 %)
für mich behal- ten	227 (67 %)	68 (71 %)	1 (100 %)	1 (50 %)	96 (65 %)	31 (84 %)	130 (69 %)	36 (63 %)
mit Partner geredet	321 (95 %)	88 (92 %)	1 (100 %)	2 (100 %)	139 (94 %)	34 (92 %)	181 (97 %)	52 (91 %)
mich gewehrt	100 (30 %)	15 (16 %)	-	-	35 (24 %)	9 (24 %)	65 (34 %)	6 (11 %)
mit Eltern gesprachen	-	-	-	-	-	-	-	-
mit Freunden gesprachen	241 (71 %)	38 (40 %)	1 (100 %)	1 (50 %)	110 (74 %)	15 (41 %)	130 (69 %)	22 (39 %)
Polizei/ Anzeige	5 (1 %)	1 (1 %)	-	-	2 (1 %)	-	3 (2 %)	1 (100 %)
total	338 (100 %)	96 (100 %)	1 (100 %)	2 (100 %)	148 (100 %)	37 (100 %)	189 (100 %)	57 (100 %)

### 5.3 Täterschaft

In Deutschland sind Täterbefragungen meistens auf Zielpopulationen begrenzt, die leicht zu erreichen sind wie Schüler oder Studenten,<sup>23</sup> denn jüngere Personen sind eher bereit über selbst begangene Delinquenz Auskunft zu

<sup>22</sup> Deckt sich mit Ergebnissen von Hohendorf (2014).

<sup>23</sup> Heinz (2016), S. 55.

geben als ältere Personen.<sup>24</sup> Auch die in diesem Beitrag beschriebene Befragung beschränkt sich auf den Hochschulbereich und damit den studentischen Kontext. Auffallend bei schulischen und studentischen Täterbefragungen ist, dass sie vorwiegend von niedrigschwellen Delikten dominiert werden, welche jugendtypisch sind und daher vermehrt begangen werden.<sup>25</sup> Schwere Formen von Kriminalität, etwa im sozialen Nahraum von Partnerschaften, sind aus Täterperspektive bisher kaum erforscht.<sup>26</sup> Die hier beschriebene Hochschulbefragung gibt darüber Aufschluss.

Tabelle 5: Täter von Beziehungsgewalt nach Altersklassen und Geschlecht (gesamt)

	Gesamt (n = 638)		Jugendliche (n = 6)		Heran- wachsende (n = 299)		junge Erwachsene (n = 363)	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m
nie	162 (33 %)	61 (42 %)	1 (33 %)	2 (67 %)	73 (33 %)	25 (42 %)	88 (33 %)	34 (41 %)
1-2 mal	199 (40 %)	48 (33 %)	1 (33 %)	1 (33 %)	91 (42 %)	17 (29 %)	107 (39 %)	30 (36 %)
3-5 mal	71 (14 %)	24 (17 %)	-	-	33 (15 %)	12 (20 %)	38 (14 %)	12 (14 %)
mehr als 6 mal	61 (12 %)	12 (8 %)	1 (33 %)	-	22 (10 %)	5 (8 %)	38 (14 %)	7 (8 %)
total	493 (100 %)	145 (100 %)	3 (100 %)	3 (100 %)	219 (100 %)	59 (100 %)	271 (100 %)	83 (100 %)

Analog den Items zur Opferschaft wurde in der Studie Täterschaft gemessen.<sup>27</sup> Bemerkenswert ist, dass ähnlich hohe Angaben zur Täterschaft vorliegen wie bei der Viktimisierung: 65 % (415) gaben an, bereits mindestens einmal Täter von Beziehungsgewalt gewesen zu sein, wobei ein- bis zweimalige Gewalt-handlungen am häufigsten genannt werden (siehe *Tabelle 5*). Frauen sind mit 67 % nach eigenen Angaben weitaus öfter Täter in der Beziehung als Männer

24 Kreuzer et al. (1993), S. 19.

25 Heinz (2016), S. 55.

26 Heinz (2016), S. 50.

27 Psychische Gewalt: „Ich habe meinen Partner kontrolliert“, „Ich habe meinen Partner aggressiv angeschrien und beleidigt“; körperliche Gewalt: „Ich habe meinen Partner geohrfeigt“, „Ich habe meinen Partner geschlagen“; sexuelle Gewalt: „Ich habe meinen Partner gegen seinen Willen auf sexuelle Art berührt“, „Ich habe meinen Partner zum Sex gezwungen“.

mit 58 %. Wie bereits bei der Viktimisierung beobachtet gibt es relativ betrachtet nur geringe Unterschiede in der Täterhäufigkeit zwischen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen.

Von den Befragten waren 61 % Täter von psychischer Gewalt (65 % der Frauen, 56 % der Männer), 10 % von körperlicher Gewalt (14 % Frauen, 5 % Männer) und 8 % von sexueller Gewalt (3 % Frauen, 12 % Männer). Der häufigste Grund für Gewaltanwendung ist bei Frauen und Männern Wut, gefolgt von Eifersucht und Liebe bei den Frauen beziehungsweise umgekehrt Liebe und Eifersucht bei den Männern (siehe *Tabelle 6*). Auch hier zeigen sich zwischen den Altersklassen der 18- bis 21-jährigen und 22- bis 25-jährigen prozentual kaum Differenzen.

*Tabelle 6: Gründe für Beziehungsgewalt*

	Gesamt (n = 638)		Jugendliche (n = 6)		Heranwachsende (n = 278)		junge Erwachsene (n = 354)	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m
Eifersucht	225 (69 %)	50 (59 %)	1 (50 %)	1 (100 %)	108 (74 %)	23 (68 %)	116 (63 %)	27 (55 %)
Wut	262 (79 %)	54 (64 %)	2 (100 %)	1 (100 %)	111 (76 %)	23 (68 %)	149 (82 %)	30 (61 %)
Bestrafung	122 (34 %)	27 (32 %)	1 (50 %)	-	48 (33 %)	11 (32 %)	73 (40 %)	16 (33 %)
Liebe	190 (57 %)	53 (63 %)	1 (50 %)	1 (100 %)	86 (59 %)	24 (71 %)	103 (56 %)	28 (57 %)
Selbstverteidigung	172 (52 %)	40 (48 %)	1 (50 %)	-	65 (45 %)	18 (53 %)	106 (58 %)	22 (45 %)
Untreue	65 (19 %)	18 (21 %)	-	1 (100 %)	25 (17 %)	10 (29 %)	40 (22 %)	7 (14 %)
Drogen/ Alkohol	102 (31 %)	15 (18 %)	-	-	51 (35 %)	6 (18 %)	51 (28 %)	9 (18 %)
total	331 (100 %)	84 (100 %)	2 (100 %)	1 (100 %)	146 (100 %)	34 (100 %)	183 (100 %)	49 (100 %)

Betrachtet man die Gründe für die Ausübung von Beziehungsgewalt differenziert hinsichtlich der sechs erhobenen Items, dann ist der häufigste Grund, jemanden zu kontrollieren bei den jungen Frauen Eifersucht (84 %), bei den

jungen Männern Liebe (76 %). Der häufigste Grund, jemanden zu beleidigen ist für beide Geschlechter Wut (94 % Frauen, 86 % Männer). Wut ist ebenfalls für Frauen und Männer das führende Motiv, den Partner zu ohrfeigen (95 % versus 100 %) und zu schlagen (96 % versus 100 %). Liebe wird von den Befragten als häufigster Grund genannt für sexuelle Berührungen des Partners, die dieser nicht wollte (92 % versus 88 %) wie auch für den Zwang des Partners zu Sex (100 % versus 100 %).

## 6. Fazit

Der Begriff *Beziehungsgewalt* ist in der Studie offen und weit gefasst, er beinhaltet ein Spektrum aus je zwei leichteren und schwereren Formen psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt ohne die unterschiedlichen Maße von Gewalt weiter zu qualifizieren. Dies erklärt, zumindest zum Teil, die hohen Prävalenzraten. Insgesamt wurden in der Hochschulbefragung 68 %<sup>28</sup> (434) der Teilnehmenden mindestens einmal Opfer, 65 % (415) waren mindestens einmal Täter von Beziehungsgewalt. Dabei lassen sich zwischen den Altersklassen kaum nennenswerte Unterschiede feststellen, dafür zwischen den Geschlechtern. Frauen sind nach eigenen Angaben häufiger Opfer sexueller (19 % zu 9 %), Männer häufiger Opfer körperlicher Gewalt (11 % zu 6 %) durch den Partner. Bei psychischer Gewalt sind die Zahlen fast identisch (65 % der Frauen, 64 % der Männer). Trotz der hohen Ablehnung nicht nur leichter bis schwerer körperlicher und sexueller, sondern auch leichter psychischer Gewalt, findet sich bei der psychischen Gewalt der höchste Anteil an Tätern. Er beläuft sich bei Frauen auf 65 %, bei Männern auf 56 %. Nicht nur bei psychischer, sondern auch bei körperlicher Gewalt sind Frauen häufiger Täter (14 % zu 5 %), Männer bei sexueller Gewalt (12 % zu 3 %). Gründe sind vor allem in den Motiven Wut, Eifersucht und Liebe zu finden. Und auch hinsichtlich der Reaktionen auf Beziehungsgewalt liegen eher geschlechts- denn altersspezifische Auffälligkeiten vor: Frauen wissen öfter, wie sie sich nach grenzüberschreitenden Erfahrungen und Gewaltwiderfahrnissen verhalten sollen und wenden sich in ihrem Hilfesuchverhalten häufiger an informelle Dritte.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse in der Tendenz,<sup>29</sup> dass annähernd gleich viele junge Menschen Opfer und Täter in Beziehungen sind. Alterskategorien zur Differenzierung einer unterschiedlichen Widerfahrnis- beziehungsweise Anwen-

---

28 Deckt sich mit Ergebnissen von Blättner *et al.* (2013), die allerdings ausschließlich Jugendliche befragt haben.

29 Da es sich bei der Studie um einen an einer Hochschule durchgeführten Pretest handelt, sind die Ergebnisse nur bedingt auf die Bevölkerung verallgemeinerbar.

dungshäufigkeit von Beziehungsgewalt spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Von größerer Bedeutung ist das Geschlecht der Befragten. Männer und Frauen erleben konstant über die Altersklassen unterschiedliche Formen von Beziehungsgewalt und üben unterschiedliche Formen von Beziehungsgewalt aus. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass junge Frauen in Beziehungen nicht nur Opfer, sondern auch Täter sind und umgekehrt, dass junge Männer nicht nur Täter, sondern auch Opfer werden, wobei das Ausmaß von Opfer- und Täterschaft von Frauen und Männern annähernd ausgeglichen ist.

## Literatur

- Barter, C./McCarry, M./Berridge, D./Evans, K. (2009): Partner exploitation and violence in teenage intimate relationships. London: National Society for the Prevention of Cruelty to Children.
- Blättner, B./Brzank, P./Liepe, K./Schultes, K. (2013): Grenzüberschreitungen und Gewalt in den Liebesbeziehungen und Dates von Hessischen Schülerinnen und Schülern zwischen 14 bis unter 18 Jahren. Ergebnisse zur Studie TeDaVi, in: [https://www.2005.hs-fulda.de/fileadmin/Fachbereich\\_PG/Forschung\\_\\_\\_Praxis/TeDaVi\\_factsheet\\_fin.pdf](https://www.2005.hs-fulda.de/fileadmin/Fachbereich_PG/Forschung___Praxis/TeDaVi_factsheet_fin.pdf) [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Döge, P. (2011): Männer – die ewigen Gewalttäter? Gewalt von und gegen Männer in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engler, B. (2016): Jahresbericht der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, in: <http://www.uni-tuebingen.de/universitaet/aktuelles-und-publikationen/veroeffentlichungen/jahresbericht.html> [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Gahleitner, S.B./Oestreich, I./Lenz, H.-J. (2007): Einleitung. In: Gahleitner, S.B./Lenz, H.-J. (Hg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtssensible Analysen und Perspektiven. Weinheim u.a.: Juventa Verlag, S. 11-21.
- Heinz, W. (2016): Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland – Berichtsstand 2013, Version: 1/2016, in: [http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet\\_und\\_Kriminalitaetskontrolle\\_in\\_Deutschland\\_Stand\\_2013.pdf](http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet_und_Kriminalitaetskontrolle_in_Deutschland_Stand_2013.pdf) [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Hohendorf, I. (2014): Bewältigungsstrategien von Frauen und Männern bei Partnergewalt. Auswertung und Analyse von Studien zu den unmittelbaren Reaktionen und den die Verhaltensweisen beeinflussenden Faktoren bei Gewalt in heterosexuellen Partnerschaften. Tübingen: Institut für Kriminologie der Universität Tübingen.
- Johnson, M. (1995): Patriarchal Terrorism and Common Couple Violence: Two Forms of Violence against Women. *Journal of Marriage and the Family*, 57 (2), S. 283-294.
- Kelava, A./Moosbrugger, H. (2012): Deskriptivstatistische Evaluation von Items (Itemanalyse) und Testwertverteilungen. In: Moosbrugger, H./Kelava, A. (Hg.): Testtheorie und Fragebogenkonstruktion. 2. Auflage. Berlin: Springer, S. 75-103.
- Kreuzer, A./Görgen, T./Krüger, R./Münch, V./Schneider, H. (1993): Jugenddelinquenz in Ost und West. Vergleichende Untersuchung bei ost- und westdeutschen Studienanfängern in der Tradition Gießener Delinquenzbefragungen. Bonn: Forum Verlag Godesberg.
- Lenz, H.-J. (2007): Gewalt und Geschlechterverhältnis aus männlicher Sicht. In: Gahleitner, S.B./Lenz, H.-J. (Hg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtssensible Analysen und Perspektiven. Weinheim u.a.: Juventa, S. 21-53.



*Schwithal, B.* (2004): Weibliche Gewalt in Partnerschaften. Eine synontologische Untersuchung. Oldenburg: Books on Demand.

*TNS Infratest Sozialforschung* (2011): SOEP 2007 – Methodenbericht Online-Befragung zum Befragungsjahr 2007 (Welle 24) des Sozio-ökonomischen Panels – „Privatleben und Gemeinschaft“. Berlin: DIW/SOEP, in: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/80385/1/756910153.pdf> [letzter Aufruf: 05.01.2018].

# Jugendliche als Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte

*Karoline Ellrich, Marie Christine Bergmann und Dirk Baier*

## Gliederung

- |  |  |
|--|--|
| 1. Einleitung  | 3.1 Stichprobenbeschreibung  |
| 2. Forschungsstand und Fragestellungen                   | 3.2 Verbreitung und Entwicklung der Gewalt gegen Polizeibeamte im Dunkelfeld |
| 2.1 Entwicklung des Gewaltverhaltens gegen Polizeibeamte | 3.3 Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens                                    |
| 2.2 Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens im Jugendalter | 4. Zusammenfassung   |
| 3. Empirische Befunde                                    |  |

## 1. Einleitung

Obwohl Gewalt zum Nachteil von Polizeibeamten<sup>1</sup> kein neues Phänomen darstellt,<sup>2</sup> erhält es seit einigen Jahren vor dem Hintergrund eines vermuteten Gewaltanstiegs besondere Aufmerksamkeit. Die öffentliche Diskussion über Gewalt gegen Polizeibeamte hat einen derartigen politischen Handlungsdruck erzeugt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 verändert wurden: § 114 StGB sieht für tätliche Angriffe auf Polizeibeamte mittlerweile eine Mindeststrafe von drei Monaten und eine Höchststrafe von bis zu fünf Jahren vor. Zugleich rüsten immer mehr Bundesländer ihre Polizeibeamten mit Körperkameras (Bodycams) aus, um darüber Gewaltübergriffen von Seiten der Bevölkerung vorzubeugen. Dass Bodycams in dieser Weise Schutz bieten, ist hinsichtlich des derzeitigen Forschungsstandes nicht erwiesen;<sup>3</sup> auch die general- beziehungsweise spezialpräventive Wirkung von Strafverschärfungen ist kriminologisch fragwürdig.<sup>4</sup>

---

1 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

2 Vgl. *Ellrich et al.* (2012).

3 Vgl. *Zander* (2016).

4 Siehe z.B. *Bliesener/Thomas* (2015); *Bundesministerium des Innern* (2006).

Unbestritten ist, dass Polizeibeamte im Vergleich zu anderen Berufsgruppen deutlich häufiger verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt sind. Werden beispielsweise die Prävalenzraten einer deutschlandweiten Befragung von Polizeibeamten betrachtet, so zeigt sich, dass vier von fünf Beamten in den letzten zwölf Monaten Beschimpfungen oder Beleidigungen erlebt haben; etwa jeder fünfte bis sechste Beamte berichtet Erlebnisse des Tretens oder Schlagens.<sup>5</sup> Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zeigen, dass im Jahr 2016 71.795 Polizeibeamte Opfer einer Straftat geworden sind. Dies entspricht unter Berücksichtigung der Anzahl an Polizeibeamten im Jahr 2016 von circa 313.000 Personen einer Prävalenzrate von 23 %.<sup>6</sup> Eine differenziertere Betrachtung nach den Straftatbeständen ergibt, dass es sich hierbei mehrheitlich um Widerstandsdelikte handelt, die unter anderem Drohungen des Einsatzes körperlicher Gewalt beinhalten. Zu Gewaltübergriffen im Sinne einer vorsätzlichen, leichten oder gefährlichen/schweren Körperverletzung kam es seltener (Prävalenzraten: 5,3 bzw. 1,3 %).

Werden die Täter der Gewalt gegen Polizeibeamte betrachtet, so belegen sowohl Hellfeld- als auch Dunkelfelddaten, dass junge Menschen überproportional in Erscheinung treten. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik des Jahres 2016 gilt beispielsweise, dass ein Drittel der Täter ein Alter unter 25 Jahren hatte – diese Altersgruppe macht aber weniger als ein Viertel der Bevölkerung aus. In Befragungsstudien liegt der Anteil zum Teil noch höher: Im Rahmen einer deutschlandweiten Befragung von Polizeibeamten zu erlebten Gewaltübergriffen wird beispielsweise berichtet, dass mehr als jeder zweite Täter unter 25 Jahren alt war.<sup>7</sup> Zu der Frage, welche Ursachen die von jungen Menschen ausgeführte Gewalt gegen Polizeibeamte hat, liegen bislang kaum empirische Befunde vor. Anliegen dieses Beitrags ist es daher, anhand einer Befragung von Jugendlichen mögliche Einflussfaktoren der Gewalt gegen Polizeibeamte zu untersuchen. Zunächst sollen allerdings die Entwicklung von Gewalt gegen Polizeibeamte sowie ausgewählte Befunde zu Einflussfaktoren jugendlichen Gewaltverhaltens dargestellt werden.

## 2. Forschungsstand und Fragestellungen

### 2.1 Entwicklung des Gewaltverhaltens gegen Polizeibeamte

Seit dem Jahr 2011 können auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik Aussagen zur Gewalt explizit gegen Polizeibeamte getroffen werden. Wie sich die entsprechenden Opferzahlen in den letzten Jahren verändert haben, ist in *Abbildung 1*

---

5 Ellrich et al. (2012).

6 Vgl. Statistisches Bundesamt (2016).

7 Ellrich et al. (2012).

dargestellt. Dabei zeigen sich unabhängig vom jeweiligen Delikt zwischen 2011 und 2016 Anstiege. Da es bei der Einführung einer neuen Registrierungspraxis immer etwas Zeit bedarf, bis sich dieses konsolidiert hat, sollten die Anstiege zurückhaltend interpretiert werden. Auffällig ist dennoch, dass sich im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 noch einmal deutliche Zunahmen der Opferzahlen ergeben. Insgesamt betrachtet belegen damit die Hellfelddaten, dass es zu einem Anstieg der Gewalt gegen Polizeibeamte gekommen ist.

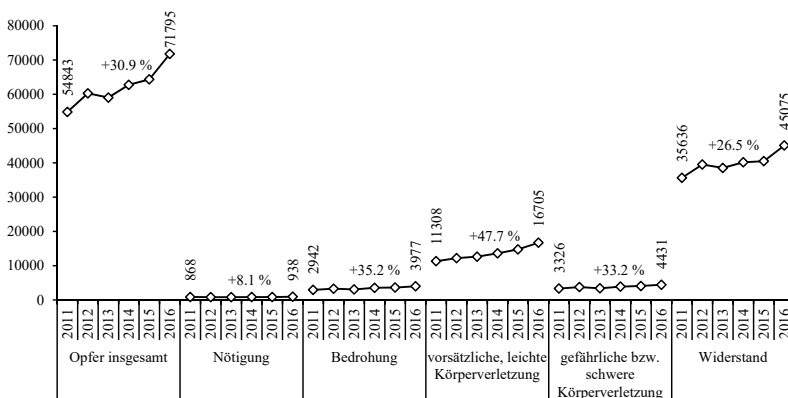


Abbildung 1: Entwicklung Anzahl Opfer Polizeivollzugsbeamte seit 2011 (PKS)

Zu beachten ist, dass es im gleichen Zeitraum auch einen Bevölkerungszuwachs um 2,7 % gegeben hat; unter sonst gleichen Bedingungen geht ein Bevölkerungszuwachs mit einem Anstieg der absoluten Deliktzahlen einher. Darüber hinaus könnte sich auch die Anzeigebereitschaft in den letzten Jahren erhöht haben. Dass auch für Delikte, in die Polizeibeamte als Opfer involviert sind, ein Dunkelfeld existiert, konnte anhand empirischer Untersuchungen belegt werden.<sup>8</sup> Wichtig ist zudem, darauf hinzuweisen, dass die Anzahl an Opfern zunimmt, wenn das Einsatzaufkommen wächst. Ein Indikator dafür, dass dies der Fall ist, sind ansteigende Überstundenzahlen.<sup>9</sup> All diese Gründe verweisen darauf, den Anstieg der Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik zu relativieren und ihn nicht als Ergebnis einer um sich greifenden Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten anzusehen.

Wie einleitend bereits angemerkt, treten junge Menschen überproportional häufig als Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte in Erscheinung. Diesbe-

<sup>8</sup> Vgl. Messer (2009).

<sup>9</sup> Z.B. R.P. Online (2016).

züglich hat es in den zurückliegenden Jahren kaum Veränderungen gegeben. Der Anteil an Tatverdächtigen von Widerstandsdelikten im Alter von unter 25 Jahren lag im Jahr 2011 bei 39,6 %, im Jahr 2016 bei 34,7 %, ist also leicht rückläufig. Kinder und Jugendliche, das heißt Personen unter 18 Jahren, machen einen Anteil von 7 % bis 8 % unter allen Tatverdächtigen aus. Werden nur die Gewaltdelikte betrachtet, so liegt der Anteil unter 18-jähriger Tatverdächtiger bei circa 6 %.<sup>10</sup> Relativiert an der Einwohnerzahl ergeben sich Prävalenzraten bezüglich der Gewalttäterschaft von unter 0,1 %. Dies spricht dafür, dass zwar junge Menschen im Allgemeinen, Jugendliche im Besonderen, im Vergleich zu älteren Altersgruppen als Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte in Erscheinung treten; zugleich ist es nur ein sehr kleiner Anteil junger Menschen, die ein entsprechendes Verhalten zeigen. Allerdings basieren diese Erkenntnisse nur auf Hellfelddaten. Die *erste Forschungsfrage* des vorliegenden Beitrags lautet daher, wie häufig Jugendliche entsprechend von Selbstauskünften im Rahmen von Dunkelfeldbefragungen angeben, Gewalt gegen Polizisten ausgeführt zu haben. Da Auswertungen für Dunkelfeldbefragungen aus zwei verschiedenen Jahren (2013 und 2015) durchgeführt werden können, soll zusätzlich untersucht werden, ob es vergleichbar mit dem Hellfeld zu einem Anstieg des Gewaltverhaltens gekommen ist oder nicht. Betrachtet werden dabei sowohl physische, als auch verbale Formen der Gewalt.

## 2.2 Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens im Jugendalter

Aus den vorhandenen empirischen Studien zur Gewalt gegen Polizeibeamte liegen kaum Erkenntnisse zu Einflussfaktoren der Täterschaft vor – weder in Bezug auf Jugendliche noch in Bezug auf Erwachsene.<sup>11</sup> Um Einflussfaktoren identifizieren zu können, ist es prinzipiell notwendig, Personen, die Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte geworden sind, mit solchen Personen zu vergleichen, für die das nicht gilt.

Für den Bereich der Jugendgewalt allgemein existiert hingegen eine Vielzahl an Studien, die ein entsprechendes Forschungsdesign aufweisen.<sup>12</sup> Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erkenntnisse sprechen für ein multifaktorielles

---

<sup>10</sup> Bundeskriminalamt (2016-2017).

<sup>11</sup> Eine in diesem Zusammenhang zu erwähnende Studie stammt von *Steffes-Enn* (2012). Dabei wurden Interviews mit fünf Mehrfachgewalttätern durchgeführt. Aufgrund des Forschungsdesigns lassen sich aus der Studie allerdings keine Folgerungen bezüglich möglicher Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens ableiten.

<sup>12</sup> Vgl. für einen Überblick z.B. *Scheithauer et al.* (2008), S. 33 ff.

Erklärungsmodell, bei dem neben soziodemografischen Merkmalen auch familiäre, persönlichkeits- und freizeitbezogene Faktoren zu berücksichtigen sind.<sup>13</sup>

So zeigt sich mit Blick auf soziodemografische Faktoren über verschiedene Studien hinweg, dass männliche Jugendliche häufiger Gewalt ausüben als weibliche Jugendliche. Des Weiteren konnte ein Einfluss des Bildungsniveaus nachgewiesen werden: Förder- und Hauptschüler weisen höhere Gewaltraten auf als beispielsweise Schüler von Gymnasien. Im Bereich der familiären Sozialisationserfahrungen gilt das Erleben innerfamiliärer Gewalt als zentraler Risikofaktor. Höhere Gewaltraten weisen dabei Jugendliche auf, die in ihrer Kindheit Opfer elterlicher Gewalt geworden sind. Ob Jugendliche Gewaltverhalten zeigen, hängt darüber hinaus auch von bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen ab: Als bedeutsam erweist sich unter anderem die generelle Neigung zu riskantem Verhalten (Risikosuche), welche eine Facette niedriger Selbstkontrolle darstellt. Selbstkontrolle meint dabei die Fähigkeit, bei der Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Handlung nicht (nur) den kurzfristigen Nutzen, sondern auch langfristige Konsequenzen abzuwägen. Zu den freizeitbezogenen Risikofaktoren gehören beispielsweise der häufige Konsum von gewalthaltigen, nicht altersgerechten Medien (zum Beispiel Horrorfilme, Ego-Shooter) sowie die Anzahl an delinquenten Freunden, mit denen ein Jugendlicher in seinem sozialen Netzwerk verkehrt.

An dieser Stelle wird davon ausgegangen, dass die genannten Faktoren auch prädiktiven Wert für die Erklärung von Gewaltverhalten gegenüber Polizeibeamten besitzen. Wer aufgrund der genannten Faktoren eine generell höhere Gewaltneigung aufweist, dürfte diese auch in der Interaktion mit Polizeibeamten zum Ausdruck bringen.

Bezüglich der Erklärung des Gewaltverhaltens gegenüber Polizeibeamten sind darüber hinaus aber sicherlich noch spezifische Einflussfaktoren in Betracht zu ziehen. Einen Ausgangspunkt für diese Faktoren stellt die Procedural Justice Theory dar.<sup>14</sup> Gemäß diesem theoretischen Ansatz kommt dem Vertrauen, dass die Bevölkerung der Polizei zuspricht, eine besondere Bedeutung zu. Ob sich Menschen der Polizei gegenüber gewaltfrei verhalten, hängt demnach davon ab, ob die Polizei in der Erfüllung ihrer Funktion gerecht und respektvoll vorgeht (beziehungsweise in diesem Sinne wahrgenommen wird). Ist das der Fall, erhöht sich das Vertrauen in die Polizei; die Legitimität der Institution steigt in der Wahrnehmung der Bevölkerung, wodurch sie sich den durch die Polizei verkörperten Normen und Werten eher verbunden fühlt und

---

13 Z.B. Baier et al. (2009).

14 Vgl. Hough et al. (2013); Tyler (2006).

sich entsprechend verhält.<sup>15</sup> Insofern kann gefolgert werden, dass ein höheres persönliches Vertrauen in die Polizei die Wahrscheinlichkeit, Polizeibeamten gewaltsam zu begegnen, senkt. Zugleich kann aus der Procedural Justice Theory abgeleitet werden, dass die Erfahrungen, die im Kontakt mit der Polizei gemacht wurden, eine wichtige Rolle für das eigene Verhalten gegenüber der Polizei spielen. Dies belegen zudem Studien zu Erwachsenen, die zeigen, dass ein als negativ erlebter Umgang mit der Polizei das Vertrauen in diese reduziert.<sup>16</sup> Vertrauen und Kontakterfahrungen mit der Polizei stellen daher zwei Merkmale dar, die als mögliche Einflussfaktoren der Gewalt gegen Polizeibeamte gesondert zu berücksichtigen sind.

Zu den Aufgaben der Polizei als Repräsentant des Staates gehört der Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Der Linksextremismus lehnt in besonderem Maße die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und die sie repräsentierenden Organe (wie die Polizei) ab; an deren Stelle soll in der Ideologie des Linksextremismus eine sozialistische beziehungsweise kommunistische oder anarchistische Ordnung treten.<sup>17</sup> Wie aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht zu politisch motivierter Kriminalität ersichtlich,<sup>18</sup> richten sich Gewalttaten aus dem linksextremistischen Spektrum besonders häufig gegen die Polizei beziehungsweise Sicherheitsbehörden. Folglich ist eine politische linksextreme Orientierung Jugendlicher als ein weiterer Einflussfaktor des Gewaltverhaltens gegenüber Polizeibeamten zu berücksichtigen.

Basierend auf diesen Ausführungen lautet die *zweite Forschungsfrage* des Beitrags, welche Einflussfaktoren die von Jugendlichen ausgeführte Gewalt gegen Polizeibeamte hat, wobei sowohl allgemeine Einflussfaktoren der Jugendgewalt wie auch spezifische Faktoren der Gewalt gegen Polizeibeamte geprüft werden; zugleich sollen die Einflussfaktoren von Jugendgewalt allgemein analysiert werden. Dadurch kann zusätzlich untersucht werden, inwieweit Unterschiede zwischen Einflussfaktoren der Jugendgewalt und Einflussfaktoren der Gewalt gegen Polizeibeamte existieren.

### 3. Empirische Befunde

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wird auf zwei Schülerbefragungen zurückgegriffen, die in den Jahren 2013 und 2015 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen repräsentativ für das Bundesland Niedersachsen

---

15 Hough et al. (2013).

16 Für einen Überblick vgl. Baier/Ellrich (2014).

17 Vgl. Bergmann et al. (2017), S. 73.

18 Bundesministerium des Innern (2017).

durchgeführt wurden.<sup>19</sup> Hierbei handelt es sich um schulklassenbasierte, testleiteradministrierte, schriftliche Befragungen. Diese beziehen sich auf Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe aller Schulformen (Ausnahme: Förderschulen mit anderen Schwerpunkten als dem Schwerpunkt Lernen).

### 3.1 Stichprobenbeschreibung

An der Schülerbefragung im Jahr 2013 haben insgesamt 9.512 Schüler aus 485 Klassen teilgenommen (Rücklaufquote 64,4 %). Etwas größer fällt die Stichprobe für das Jahr 2015 mit 10.638 Schüler aus 545 Klassen aus (Rücklaufquote 68,5 %). In Bezug auf ausgewählte soziodemografische Merkmale weisen beide Stichproben vergleichbare Verteilungen auf. Für die Stichproben gilt, dass jeweils jeder zweite Schüler männlich ist (2013: 50,7 %; 2015: 50,1 %), das Durchschnittsalter bei 15 Jahren liegt (2013: 14,88 Jahre; 2015: 14,91 Jahre) und etwa ein Viertel der Befragten einen Migrationshintergrund aufweist (2013: 24,3 %; 2015: 24,0 %). Die größte Migrantengruppe wird durch Jugendliche aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion gestellt, die zweitgrößte Migrantengruppe durch türkische Befragte.

Die Fragen zur Gewalttäterschaft gegenüber Polizeibeamten wurden in einem zusätzlichen Modul des Fragebogens erhoben, das nur bei einem Teil der Schüler eingesetzt wurde. Die nachfolgenden Analysen beschränken sich somit auf eine Teilstichprobe von 6.433 Neuntklässlern (2013:  $n = 3.064$ ; 2015:  $n = 3.369$ ). Da die Zuteilung des Moduls zufällig erfolgte, stellt die Teilstichprobe ebenfalls ein repräsentatives Abbild dar.

### 3.2 Verbreitung und Entwicklung der Gewalt gegen Polizeibeamte im Dunkelfeld

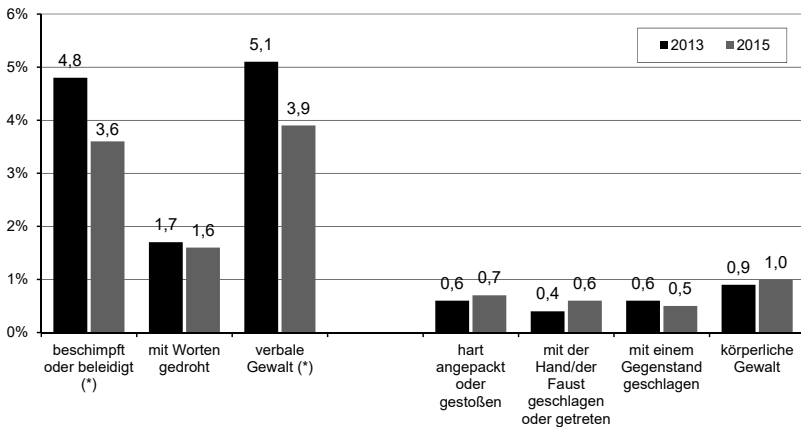
Zur Überprüfung der ersten Forschungsfrage wurde erfasst, wie häufig die Jugendlichen gegenüber Polizeibeamten verbale und physische Formen der Gewalt innerhalb der letzten zwölf Monate ausgeübt haben (Antwortskala von 1 „nie“ bis 5 „über 10 mal“). Die verbale Gewalt wurde darüber abgefragt, ob die Jugendlichen einen Beamten beschimpft, beleidigt oder mit Worten gedroht haben. Die physische Gewalt beinhaltet die Verhaltensweisen „hart angepackt oder gestoßen“, „mit der Hand/der Faust geschlagen oder getreten“ und „mit einem Gegenstand geschlagen“.

---

19 Vgl. Bergmann et al. (2017).



Insgesamt ist festzustellen, dass Gewaltverhalten gegenüber Polizeibeamten selten auftritt. Wie *Abbildung 2* zeigt, gaben in der Befragung des Jahres 2015 3,9 % der Jugendlichen an, verbale Gewalt ausgeführt zu haben; körperliche Gewalt wurde von 1 % der Befragten berichtet. Wird die Entwicklung der Prävalenzraten betrachtet, so lässt sich keine Zunahme des Gewaltverhaltens feststellen. In Bezug auf die verbale Gewalt ergibt sich ein signifikanter Rückgang von 2013 auf 2015 (von 5,1 auf 3,9 %).



*Abbildung 2: Prävalenzraten der Gewalt gegen Polizeibeamte nach Erhebungsjahr (in Prozent; \* signifikant bei  $p < .05$ )*

Das Gewaltverhalten allgemein wurde ebenfalls in Bezug auf die letzten zwölf Monate erhoben. Die Jugendlichen sollten dabei angeben, ob sie einen Raub, eine Erpressung, eine Körperverletzung mit Waffe, eine Körperverletzung mit mehreren Personen, eine Körperverletzung allein oder eine sexuelle Gewalttat begangen haben. Die Prävalenzrate liegt deutlich höher als in Bezug auf Polizeibeamte; zudem ergibt sich ein signifikanter Rückgang: Mindestens eine Gewalttat mindestens einmal in den letzten zwölf Monaten berichteten 2013 7,9 % der Jugendlichen; 2015 lag die Rate bei 6,1 %.

### 3.3 Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens

Die Operationalisierung der Einflussfaktoren sowie deskriptive Ergebnisse zu diesen können *Tabelle 1* entnommen werden.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Vgl. auch Bergmann et al. (2017).

Tabelle 1: Operationalisierung und deskriptive Statistik

	Variable	Item-anzahl	Anmerkung	Mittelwert/ Anteil
Allgemeine Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens	Geschlecht: männlich	1	-	50.4
	Bildungsniveau: Förder-/Hauptschule	1	besuchte Schulform	9.4
	schwere elterliche Gewalt in Kindheit/Jugend erlebt	12	Index (z.B. „Von Vater/Mutter geschlagen/getreten“)	13.2
	häufiger Gewaltspielekonsum	2	Index, häufig = mind. einmal pro Woche	31.8
	Risikosuche	4	Mittelwertskala (1 bis 4)	2.11
	mehr als 5 delinquente Freunde	4	Index (z.B. Anzahl Freunde, die Ladendiebstahl begangen haben)	6.3
spezifische Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens gegen Polizeibeamte	Kontakt mit Polizisten	1	Hat schon einmal ein Polizist in deiner Klasse einen Vortrag oder Ähnliches gehalten?	63.4
	Vertrauen in die Polizei	4	Mittelwertskala (1 bis 4); z.B. «Ich habe großes Vertrauen in die Polizei.»	3.03
	linksextreme Einstellungen	13	Mittelwertskala (1 bis 7)	2.38
Kontrollvariablen	Erhebungsjahr: 2015	1	-	52.8
	nichtdeutsche Herkunft	6	Staatsangehörigkeit und Geburtsland Befragter, leiblicher Vater, leibliche Mutter	24.2

Mit Blick auf die allgemeinen Einflussfaktoren zeigt sich zunächst, dass etwa jeder elfte Schüler der Befragung 2013 und 2015 eine Haupt- oder Förderschule besuchte (9,4 %). Etwa jeder achte Neuntklässler erlebte in der Kindheit und Jugend schwere elterliche Gewalt (13,2 %). Des Weiteren konsumierte fast ein Drittel der Befragten häufig, das heißt mindestens einmal in der Woche gewalthaltige Computerspiele (Ego- und First-Person-Shooter, Prügelspiele), während 6,3 % mit mehr als fünf delinquenten Peers befreundet

waren. Die Risikosuche wurde mit Aussagen wie „Ich teste gerne meine Grenzen, indem ich etwas Gefährliches mache“ erfasst, denen von «1 - stimmt nicht» bis «4 - stimmt genau» zugestimmt oder abgelehnt werden konnte.

Um die spezifischen Einflussfaktoren abzubilden, wurde zunächst gefragt, ob die Schüler im Schulkontext Kontakt mit einem Polizeibeamten hatten. Dies wurde von fast zwei Drittel der Schüler bejaht. Die Erfassung des Vertrauens in die Polizei erfolgte anhand einer Vier-Item-Skala.<sup>21</sup> Wird der Mittelwert der Skala betrachtet, so gilt, dass deutlich mehr Jugendliche der Polizei vertrauen als ihr misstrauen. Linksextreme Einstellungen wurden über eine 13 Items umfassende Skala erfasst (z.B. „Heutzutage werden die Menschen von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet.“).<sup>22</sup> Die siebenstufige Antwortskala berücksichtigend belegt der Mittelwert von 2,38, dass nur ein kleiner Teil der Jugendlichen linksextreme Einstellungen befürwortet.

Um den Einfluss der verschiedenen Faktoren auf das Gewaltverhalten gegenüber Polizeibeamten einerseits sowie auf das Gewaltverhalten allgemein andererseits zu analysieren, wurden binär-logistische Regressionen durchgeführt, da nur unterschieden wird, ob ein Befragter Gewaltverhalten gezeigt hat oder nicht. Das Ausüben von verbaler und körperlicher Gewalt gegenüber Polizeibeamten wurde dabei separat betrachtet. Die Ergebnisse sind in *Tabelle 2* dargestellt; Koeffizienten über 1 bedeuten, dass ein Faktor die Wahrscheinlichkeit des Gewaltverhaltens erhöht, Koeffizienten unter 1, dass ein Faktor die Wahrscheinlichkeit senkt.<sup>23</sup>

Mit Blick auf die erklärte Varianz zeigt sich zunächst, dass verbale Gewalt mit den berücksichtigten Faktoren stärker erklärt wird als körperliche Gewalt. Dies liegt darin begründet, dass im Modell zur verbalen Gewalt immerhin sechs Variablen einen signifikanten Einfluss aufweisen, im Modell zur körperlichen Gewalt hingegen nur zwei Variablen.

Mit Ausnahme des Geschlechts sowie des Erlebens schwerer, körperlicher Gewalt in der Kindheit/Jugend erweisen sich alle allgemeinen Einflussfaktoren zur Erklärung verbaler Gewalt gegenüber Polizeibeamten als relevant. Wer ein niedrigeres Bildungsniveau hat (Haupt- oder Förderschule), eine ausgeprägtere Risikosuche aufweist, häufig Gewaltspiele konsumiert und in ein delinquentes Freundschaftsnetzwerk eingebunden ist, trägt ein höheres Risiko, gegenüber Polizeibeamten verbal gewalttätig zu werden. Die Ergebnisse zu den spezifischen Einflussfaktoren bestätigen die Annahme, dass das Vertrauen in die Polizei einen Schutzfaktor darstellt: Befragte mit höherem Polizeivertrauen sind

---

21 Baier/Ellrich (2014).

22 Bergmann et al. (2017).

23 Die unterschiedlichen Fallzahlen in den Analysen sind auf fehlende Werte zurückzuführen.

signifikant seltener als Täter in Erscheinung getreten. Umgekehrt gilt, dass eine stärkere Zustimmung zu linksextremen Einstellungen positiv mit verbalem Gewaltverhalten korreliert. Keinen Einfluss hat demgegenüber, ob die Schüler bereits Kontakt mit der Polizei im Rahmen einer Schulveranstaltung hatten. In Bezug auf körperliches Gewaltverhalten stellt der Kontakt mit delinquenten Freunden einen bedeutsamen Risikofaktor dar; das Vertrauen in die Polizei reduziert wiederum die Wahrscheinlichkeit eines Übergriffs signifikant.

Tabelle 2: Binär-logistische Regressionsanalysen (abgebildet: Exp(B))

		verbale Gewalt gegen Polizisten	körperliche Gewalt gegen Polizisten	körperliche Gewalt allgemein
Allgemeine Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens	Geschlecht: männlich	1.097	1.367	2.005 ***
	Bildungsniveau: Förder-/Hauptschule	1.728 *	1.899	1.894 ***
	schwere elterliche Gewalt in Kindheit/Jugend erlebt	0.948	1.508	1.708 ***
	häufiger Gewaltspielekonsum	1.731 **	2.124	1.577 **
	Risikosuche	1.574 ***	1.258	1.833 ***
	mehr als 5 delinquente Freunde	2.966 ***	3.497 **	2.664 ***
spezifische Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens gegen Polizei-beamte	Kontakt mit Polizisten	0.938	1.045	0.908
	Vertrauen in die Polizei	0.307 ***	0.363 ***	0.634 ***
	linksextreme Einstellungen	1.197 **	1.287	1.130 *
Kontrollvariable	Erhebungsjahr: 2015	0.759	0.825	0.798 *
	nichtdeutsche Herkunft	1.289	0.872	1.234
<b>erklärte Varianz</b>		<b>0.293</b>	<b>0.246</b>	<b>0.229</b>
<b>n</b>		<b>5582</b>	<b>5577</b>	<b>5794</b>

Anm.: \* p < .05, \*\* p < .01, \*\*\* p < .001

Wie das dritte Modell zur Gewalttäterschaft allgemein zeigt, weisen sämtliche berücksichtigte allgemeinen Einflussfaktoren von Jugendgewalt eine signifikante Beziehung mit dem Gewaltverhalten auf; alle Faktoren erhöhen das Risiko der Ausübung von Gewalt. Interessanterweise ergeben sich auch für die zwei spezifischen Einflussfaktoren des Polizeivertrauens und der linksextremen Einstellungen signifikante Beziehungen mit dem Gewaltverhalten allgemein: Jugendliche, die der Polizei vertrauen, üben seltener Gewalt aus; links-extrem eingestellte Jugendlichen zeigen häufiger Gewaltverhalten.

Die Kontrollvariablen belegen einerseits, dass nach Berücksichtigung der verschiedenen Einflussfaktoren nur noch in Bezug auf das Gewaltverhalten allgemein gilt, dass es im Vergleich der Jahre 2013 und 2015 zu einem signifikanten Rückgang gekommen ist. Die ethnische Herkunft steht den Ergebnissen entsprechend in keiner signifikanten Beziehung mit den verschiedenen Verhaltensformen.

#### **4. Zusammenfassung**

Die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen zweierlei: Gewalt gegen Polizeibeamte nimmt in den zurückliegenden Jahren zu; und junge Menschen treten überproportional häufig als Tatverdächtige der Gewalt in Erscheinung, wobei zugleich nur eine absolute Minderheit der jungen Menschen Gewalt gegen Polizeibeamte ausübt. Dieser letzte Befund wird durch die Daten der Dunkelfeldbefragung von Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe in Niedersachsen bestätigt: Körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte berichtet nur einer von 100 Jugendlichen; bei verbaler Gewalt liegt die Rate etwa viermal höher. Die Dunkelfeldbefragung widerspricht den Hellfelddaten aber in einer anderen Hinsicht: Der Vergleich der Jahre 2013 und 2015 spricht nicht für einen Anstieg, sondern für eine Stabilität der physischen Gewalt und einen Rückgang der verbalen Gewalt. Die Ergebnisse verweisen damit einmal mehr darauf, Hellfelddaten aufgrund ihrer spezifischen Entstehungsbedingungen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der Darstellung von Entwicklungstrends zu hinterfragen. Ein Abgleich mit Ergebnissen aus Dunkelfeldbefragungen erscheint, wenn immer möglich, geboten. Die tendenziell positiven Entwicklungen zur Gewalt gegen Polizeibeamte spiegeln sich im Übrigen auch darin wieder, dass das Vertrauen in die Polizei im Vergleich beider Befragung nicht sinkt, sondern steigt;<sup>24</sup> von einem zunehmenden Respektverlust der Polizei unter Jugendlichen kann also nicht die Rede sein.

---

24 Bergmann et al. (2017), S. 93 ff.

Einschränkend ist an dieser Stelle jedoch darauf hinzuweisen, dass sich in der Befragung auf 15-Jährige beschränkt wurde. Inwiefern die Befunde auch für ältere Jugendliche beziehungsweise Heranwachsende Gültigkeit besitzen, kann an dieser Stelle nicht gesagt werden. Eine zusätzliche Limitation der vorgestellten Studien ist, dass nicht erhoben wurde, ob die Jugendlichen in den zurückliegenden zwölf Monaten überhaupt Kontakt mit Polizeibeamten und somit die Möglichkeit hatten, diese zu attackieren. Denkbar ist, dass die Prävalenzraten des gewalttätigen Verhaltens höher ausfallen würden, wenn berücksichtigt würde, dass nicht alle Jugendlichen Kontakt hatten. Über effektive Maßnahmen zur Senkung des Gewaltverhaltens sollte daher nachgedacht werden.

Dabei ist es sinnvoll, sich an den Einflussfaktoren des Gewaltverhaltens zu orientieren. Aus diesem Grund wurden verschiedene allgemeine und spezifische Einflussfaktoren daraufhin geprüft, ob sie mit dem Gewaltverhalten in Beziehung stehen. Hervorzuheben sind dabei folgende zwei Befunde: Zum einen gilt, dass ein hohes Polizeivertrauen ein Schutzfaktor für alle hier betrachteten Gewaltformen darstellt. Zum anderen zeigt sich, dass die Integration in delinquente Freundeskreise für alle Gewaltformen ein wichtiger Risikofaktor ist. Letzterer Befund verweist auf die bedeutsame Rolle der Peers für jugendliches Problemverhalten. Dies stellt für die Prävention insofern eine Herausforderung dar, als dass Maßnahmen nicht allein auf Einzelpersonen ausgerichtet sein sollten, sondern die Jugendlichen in ihren Peergruppen erreichen müssen. Bezüglich des Polizeivertrauens konnte gezeigt werden, dass Kontakt einen Weg darstellt, Vertrauen aufzubauen.<sup>25</sup> Insofern sollten Gelegenheiten gefördert werden, bei denen sich Polizeibeamte und Jugendliche in konfliktfreien Situationen begegnen und kennen lernen können.<sup>26</sup> Entsprechend der Procedural Justice Theory ist es zudem wichtig, dass das Verhalten der Polizeibeamten als fair und legitim wahrgenommen wird. Somit liegt es auch in der Hand jedes einzelnen Beamten, dass Vertrauen in die Polizei durch entsprechendes Verhalten zu stärken.

## Literatur

- Baier, D./Ellrich, K. (2014): Vertrauen in die Polizei im Spiegel verschiedener Befragungen. In: Ellrich, K./Baier, D. (Hg.): *Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Mixed-Method-Studie*. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 42-90.

---

25 Vgl. Baier/Ellrich (2014).

26 Dass sich in den vorgestellten Analysen kein signifikanter Einfluss der Kontaktvariable gezeigt hat, ist möglicherweise der unzureichenden Operationalisierung geschuldet, bei der nur Kontakte im Rahmen von Vorträgen in Schulen abgebildet wurden.

- Baier, D./Pfeiffer, C./Simonson, J./Rabold, S.* (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Bergmann, M.C./Baier, D./Rehbein, F./Mößle, T.* (2017): Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Bliesener, T./Thomas, J.* (2015): Ist eine Strafverschärfung nach Rückfall sinnvoll und notwendig? In: Rotsch, T./Brüning, J./Schady, J. (Hg.): Strafrecht – Jugendstrafrecht – Kriminalprävention in Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 73-88.
- Bundeskriminalamt* (2016-2017): Bundeslagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte 2014-2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Inneren* (2017): Verfassungsschutzbericht 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz* (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Kurzfassung. Berlin: Eigenverlag.
- Ellrich, K./Baier, D./Pfeiffer, C.* (2012): Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern. Baden-Baden: Nomos.
- Hough, M./Jackson, J./Bradford, B.* (2013): Legitimacy, Trust and Compliance: An Empirical Test of Procedural Justice Theory Using the European Social Survey. In: Tankebe, J./Liebling, A. (Hg.): Legitimacy and Criminal Justice: An International Exploration. Oxford: University Press, S. 326-352.
- Messer, S.* (2009): Die polizeiliche Registrierung von Widerstandshandlungen: Eine kriminalsoziologische Untersuchung. Baden-Baden: Nomos.
- R.P. Online* (2016): Polizeibeamte haben 21 Millionen Überstunden angehäuft, in: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/gewerkschaften-polizeibeamte-haben-21-millionen-ueberstunden-angehaeuft-aid-1.6195328> [letzter Aufruf: 05.01.2018]
- Scheithauer, H./Rosenbach, C./Niebank, K.* (2008): Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Bonn: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention.
- Statistisches Bundesamt* (2016): Fachserie 14, Reihe 6: Finanzen und Steuern. Personal des öffentlichen Dienstes 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Steffes-Enn, R.* (2012): Polizisten im Visier: Eine kriminologische Untersuchung zur Gewalt gegen Polizeibeamte aus Tätersicht. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Tyler, T.R.* (2006): Why people obey the law. Princeton: University Press.
- Zander, J.* (2016): Body-Cams im Polizeieinsatz. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

# Effekte jugendstrafrechtlicher Interventionen in Duisburg und Peterborough

*Florian Kaiser, Marcus Schaerff und Klaus Boers*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Vergleich der Jugendkriminalrechtssysteme
  - 2.1 Grundlegende Ausrichtung
  - 2.2 Strafrechtliche Verantwortlichkeit
  - 2.3 Verfahrenseinstellung
  - 2.4 Sanktionen
  - 2.5 Verfügbarkeit strafjustizieller Daten
  - 2.6 Ergebnis
3. Beschreibung der Untersuchungspopulationen
4. Vergleich der Studiendesigns und Stichproben
5. Dunkelfelddelinquenz in beiden Stichproben
6. Formelle Interventionspraxis in beiden Stichproben
7. Diskussion und Perspektiven

## 1. Einleitung

Panelstudien gelten als eine der vielversprechendsten Methoden, um den Effekt strafrechtlicher Interventionen auf das weitere delinquente Verhalten junger Straftäter zu untersuchen (vgl. *Huizinga/Henry* 2008, S. 247). Damit die Ergebnisse von Längsschnittanalysen verallgemeinert werden können, müssen solche Studien jedoch (am besten vergleichend) in unterschiedlichen internationalen Kontexten durchgeführt werden (vgl. *Ehret* 2007, S. 76). Solche Vergleichsuntersuchungen liefern im besten Fall kriminalpolitische konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung von Strafrechtssystemen, sodass diese das zukünftige Leben und Legalverhalten von Straftätern positiv beeinflussen.

Mittlerweile existieren zahlreiche Studien, die sich mit den Effekten strafrechtlicher Interventionen auf das weitere delinquente Verhalten von Straftätern auseinandersetzen (im Überblick *Barrick* 2014; *Huizinga/Henry* 2008; *Krohn/Lopes* 2015; *Petrosino et al.* 2014). Wegen der üblichen Schwierigkeiten bei der Datenerhebung existieren bislang jedoch nur wenige *vergleichende* Untersuchungen zu Interventionseffekten; in Europa wurden zudem generell nur wenige Interventionsstudien durchgeführt (siehe *Ehret* 2007; *Huizinga et al.* 2003; *McAra/McVie* 2007).



In diesem Artikel wird die DFG-geförderte Studie „Effekte jugendstrafrechtlicher Interventionen in Deutschland und England. Eine Vergleichsstudie mit deutschen und englischen Verlaufsdaten“ vorgestellt, die einen komparativen Beitrag zu der Erforschung von Interventionseffekten in zwei unterschiedlichen europäischen Strafrechtssystemen liefert. Die Studie konzentriert sich auf das englische und deutsche Jugendkriminalrechtssystem. Die angenommene Unterschiedlichkeit dieser Strafrechtssysteme ist eine Voraussetzung, um mögliche systembedingte Effektunterschiede von Interventionen zu ermitteln. Hierzu kann für beide Länder auf die bereits bestehenden Panelstudien *Peterborough Adolescent and Young Adult Development Study* (PADS+) und die in Duisburg durchgeführte *Crime in the modern City* (CrimoC) zurückgegriffen werden (die Zusammensetzung der Abkürzungen der beiden Studien ergibt den Kurznamen der vorliegenden Vergleichsstudie: *CrimoCPads*). Aus Gründen der Vergleichbarkeit beschränkt sich CrimoCPads auf den Untersuchungszeitraum von Anfang bis Mitte der 2000er Jahre. Die in PADS+ und CrimoC von den Jugendlichen gesammelten Hellfeld- und Dunkelfelddaten sowie Informationen zum Beispiel zu Einstellungen, sozialer Einbettung, soziostrukturellen Merkmalen sind eine Voraussetzung, um Effekte sozialer Kontrollinterventionen methodisch angemessen untersuchen zu können (Huizinga/Henry 2008, S. 247). Trotz dieser grundsätzlich guten Ausgangslage ist ein direkter, auf weitgehend gleichen Erhebungsinstrumenten beruhender Vergleich der Interventionseffekte zwischen dem englischen und deutschen Strafrechtssystem mit den vorliegenden Daten nicht möglich. Ungeachtet dieser Limitierung ist das Projekt eines der wenigen, das Interventionseffekte in europäischen Ländern mit Paneldaten untersucht und dadurch Kriminalpolitik leiten kann.

Der Überblick über CrimoCPads beginnt mit einem Vergleich des englischen und deutschen Jugendkriminalrechtssystems. Anschließend werden die Untersuchungspopulationen sowie Designs und Stichproben der den Analysen zugrunde liegenden Studien vergleichend dargestellt. Sodann werden die Delinquenzverbreitung und die Interventionserfahrungen in beiden Stichproben beschrieben. Abschließend wird diskutiert, inwieweit Interventionseffekte in CrimoCPads untersucht werden können und was designbedingte Grenzen der Studie sind.

## 2. Vergleich der Jugendkriminalrechtssysteme

Ausgehend von der Hypothese, dass das Jugendkriminalrechtssystem in England und Wales Mitte der 2000er Jahre deutlich punitiver ausgerichtet war als das deutsche, wird im Folgenden ein kurzer Überblick über die für den Vergleich relevanten Unterschiede zwischen beiden Systemen gegeben.

Die rechtlichen Grundlagen für das deutsche System finden sich zusammengefasst im Jugendgerichtsgesetz (JGG) von 1953. In England und Wales hingegen sind sie über ein – gerade auch für die juristisch nicht ausgebildeten Jugendrichter nur schwer zu durchschauendes (*Law Commission* 2001, S. 46; *Thomas* 1997, S. 406 f.) – Konglomerat häufig geänderter Gesetze verteilt. Dazu zählen der Children and Young Persons Act 1933 (CYPA 1933), der Crime and Disorder Act 1998 (CDA 1998), der Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act 2000 (PCC(S)A 2000) und der Criminal Justice Act 2003 (CJA 2003). Ein Vergleich der einschlägigen Regelungen zeigt dabei erhebliche Unterschiede in den fünf zentralen Bereichen: Ausrichtung des Systems, Strafmündigkeit, Diversion, Sanktionierung und Verfügbarkeit der strafjustiziellen Daten.

## 2.1 Grundlegende Ausrichtung

Die grundlegende Ausrichtung beider Systeme ist vor allem für die Sanktionierungspraxis von besonderer Bedeutung.

Ziel der jugendstrafrechtlichen Intervention in Deutschland ist allein die Legalbewährung des jungen Straftäters, die in erster Linie durch erzieherische Maßnahmen zum Ausgleich erzieherischer Defizite erreicht werden soll. Lediglich bei schwersten Straftaten, wenn also Jugendstrafe in Betracht kommt, darf ausnahmsweise auch der Schuldausgleich und damit, wenngleich nur als Reflex, die positive Generalprävention berücksichtigt werden. Zwar sind die weiteren Strafzwecke, also die individuelle und generelle Abschreckung sowie die Vergeltung, vom normativen Programm her (§ 2 Abs. 1, § 17 Abs. 2 JGG; vgl. *BGHSt* 36, 37 (42); *Eisenberg* 2006, Einl. Rn. 5b, § 5 Rn. 5; *Laubenthal/Baier* 2006, Rn. 4 f.) ausgeschlossen. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass Zuchtmittel wie Arbeitsleistung und Jugendarrest (§ 13 Abs. 2 Nr. 2, 3, § 15 Abs. 1 Nr. 3, §§ 16, 16a JGG), die erklärtermaßen der Normverdeutlichung dienen sollen und in der Regel nur unzulänglich pädagogisch begleitet werden, zusammengenommen die Verhängung von Erziehungsmaßnahmen schon immer bei weitem überwogen haben.<sup>1</sup>

In England und Wales wird mit der Intervention zwar neben der Wohlfahrt des jungen Straftäters ebenso die Legalbewährung angestrebt, bei der Sanktionsauswahl dürfen aber gleichberechtigt neben Erziehung auch Vergeltung, Schutz der Öffentlichkeit, Schadenswiedergutmachung und negative Individual- sowie Generalprävention (Abschreckung des Täters bzw. anderer Täter)

---

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Anteile für 2007 (nur Jugendliche): Arbeitsleistung: 44,2 %, Jugendarrest: 16,2 % (Zuchtmittel insgesamt: 70 %), Erziehungsmaßnahmen: 21,3 %, siehe *Statistisches Bundesamt* (2009), Tab. 4.4; für diesbezügliche Zeitreihen, siehe *Heinz* (2017), S. 131 ff.

einfließen (§ 44 CYPA 1933, § 37 Abs. 1 CDA 1998, § 142A CJA 2003; *Stachon* 2007, S. 64 ff.; *Ministry of Justice* 2009; *Hagell* 2004, S. 153 f.). In der Möglichkeit zur Berücksichtigung aller Strafzwecke des allgemeinen Strafrechts zeigt sich insgesamt betrachtet eine doch deutlich punitivere Grundausrichtung des englischen verglichen mit dem deutschen Jugendkriminalrechtssystem. Denn insbesondere die in England und Wales rechtlich ausdrücklich erlaubten und auch praktizierten Strafzwecke der *Vergeltung* und *Abschreckung* (*R. v. Fairhurst and others*, Court of Appeal, [1986] 1 W.L.R. 1374; *R. v. BC & JC*, Court of Appeal, [2010] EWCA Crim 1140; *R. v. Nathan Hagan*, Court of Appeal, [2012] EWCA Crim 1822; *R. v. Dontae Smickele and others*, Court of Appeal, [2012] EWCA Crim 1470; *Sentencing Council* 2017, Nr. 1.10; *Ministry of Justice* 2009) stehen dem pädagogischen Ziel des Jugendstrafrechts, durch eine (Nach-)Erziehung des Jugendlichen seine Legalbewährung zu erreichen, diametral entgegen und können dieses konterkarieren.

## 2.2 Strafrechtliche Verantwortlichkeit

Ob ein junger Straftäter für seine Tat überhaupt sanktioniert werden kann, ist von der Regelung des Alters der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abhängig. Während diese in Deutschland erst ab einem Alter von 14 Jahren einsetzt und eine Sanktionierung zudem den Nachweis einer ausreichend entwickelten Einsichts- und Steuerungsfähigkeit erfordert (§ 19 StGB, § 3 S. 1 JGG), beginnt im englischen Recht die volle Strafmündigkeit bereits ab einem Alter von zehn Jahren. Entwicklungs- und Erziehungsdefizite können allenfalls dann berücksichtigt werden, wenn sie die Schuldfähigkeit des Jugendlichen beeinträchtigen (§ 50 CYPA 1933, § 34 CDA 1998; *Home Office* 1997b, S. 6 ff.; 1997a, S. 12 ff.; *Bateman* 2012; *Elliott* 2011, S. 293 ff.). Im Jahr 2004 wurden rund 4.500 junge Straftäter aus der Altersgruppe der 10- bis 13-Jährigen wegen einer Straftat verurteilt, bei rund 17.200 wurde das Verfahren aus Opportunitätsgründen bereits vor der Anklageerhebung eingestellt (*Ministry of Justice* 2018b). Die Einbeziehung dieser Altersgruppe in das Strafjustizsystem ist Ausdruck einer deutlich stärker auf frühzeitige und punitive Interventionen setzenden englischen Jugendkriminalpolitik (*Pitts* 2004, S. 7 ff.; *Goldson* 2002, S. 390 ff.; *Muncie/Goldson* 2008, S. 39 ff.; *Fionda* 1999; *Home Office* 1997b, S. 6 ff.; 1997a, S. 12 ff.).

## 2.3 Verfahrenseinstellung

Die Verfahrenseinstellung aus Opportunitätsgründen ist in beiden Ländern eines der zentralen Instrumente der strafrechtlichen Reaktion auf Delikte

Jugendlicher (vgl. *Abbildung 1*). Beide Systeme sehen hierfür zwar ähnliche nicht-intervenierende und intervenierende Varianten – in Deutschland durch die Staatsanwaltschaft, in England und Wales durch die Polizei – vor, doch ist in England und Wales die Anzahl der Verfahrenseinstellungen stark limitiert: Bei *leichteren* Straftaten ist nach einer ersten folgenlosen Verwarnung (reprimand) lediglich eine weitere, mit (insoweit allerdings unverbindlichen) Resozialisierungsmaßnahmen verbundene Warnung (warning) möglich. Bei *schwereren* Straftaten ist nur eine Warnung zulässig, bei einer erneuten Straftat ist eine nochmalige Diversion nicht mehr möglich; das gilt auch, wenn der junge Straftäter bereits wegen einer Straftat verurteilt worden war. Für die Verfahrenseinstellung sind in England und Wales – anders als in Deutschland – zudem stets ein Schuldeingeständnis und eine formelle Belehrung in der institutionellen Umgebung der Polizeiwache erforderlich (§ 45 Abs. 1 JGG, § 65 Abs. 1 bis 4, § 66 Abs. 1 bis 3 CDA 1998; *Moore et al.* 2010, § 2.03 f.; *Home Office* 1997a, S. 16 f.; 1997b, S. 13 ff.; *Goldson* 2000, S. 42 ff.; *Puech/Evans* 2001).

Um der durch diese strengeren Vorschriften steigenden Anzahl formeller Verfahren entgegenzuwirken, wurde in England und Wales (*Bateman* 2017, S. 14, 25, 34 ff.; *Jones* 2012, S. 338 ff.) vermehrt eine informelle, nicht normierte Variante der Polizeidiversion praktiziert, die in Deutschland rechtlich nicht zulässig ist (vgl. z.B. *Weßlau/Deiters* in *SK-StPO* 2016, § 152 Rn. 10, § 153 Rn. 26).<sup>2</sup> Bei dieser wird der junge Straftäter bereits am Tatort durch die Polizei informell mündlich verwarnt. Jedoch wird zu der Tat weder ein Ermittlungsverfahren eröffnet, noch eine Verfahrensakte angelegt oder diese Verwarnung offiziell statistisch erfasst (*Evans/Ellis* 1997, S. 3 ff.).

## 2.4 Sanktionen

Zur Sanktionierung der Straftat eines Jugendlichen können die Jugendgerichte in beiden Ländern zunächst auf eine breite Palette *ambulanter* Maßnahmen zurückgreifen. In Deutschland ist dabei eine Zweiteilung vorgesehen: Liegen die Defizite primär in der Erziehung beziehungsweise im Sozialisationsprozess begründet, sind *erzieherische* Maßnahmen (*Erziehungsmaßregeln*, § 9, § 10 Abs. 1 JGG) zu deren Ausgleich normiert. So können dem jungen Straftäter zum Beispiel *Weisungen* für die Lebensführung (Schulbesuch, Ausbildung, Aufenthaltsort usw.), ein Täter-Opfer-Ausgleich oder ein sozialer Trainingskurs (zum Beispiel Anti-Aggressivitäts-Training) erteilt werden. Liegen die Defizite

---

2 Die Polizeidiversion ist in Deutschland bisher wenig untersucht worden, siehe *Dölling* 1999, S. 46 ff. (Entgegenahme von Anzeigen); *Feltes/Ruch* 2015, S. 308 ff.; vgl. auch *Eisenberg/Kölbel* 2017, § 37 Rn. 36.

hingegen hauptsächlich im Normbewusstsein, sind *ahndende* Maßnahmen zur Normverdeutlichung zulässig, wie eine *Auflage* zu unbezahlter Arbeitsleistung, zur Schadenswiedergutmachung oder Zahlung eines Geldbetrages (*Zuchtmittel*, § 13 bis § 15 JGG). Sind beide Bereiche betroffen, können Maßnahmen aus beiden Sanktionsgruppen auch kombiniert werden (§ 8 Abs. 1 JGG).

In England und Wales sind vergleichbare Maßnahmen, allerdings ohne Differenzierung nach erzieherischer oder ahndender Zielsetzung normiert: Für Ersttäter ist als Einstiegssanktion eine Verweisung an eine außerhalb des justiziellen Bereichs konstituierte Jugendkommission (Youth Offender Panel<sup>3</sup>) obligatorisch (*referral order*, §§ 16 bis 18, § 21 ff. PCC(S)A 2000; *Moore et al.* 2010, § 8.01 ff.). Diese schließt mit dem Jugendlichen einen Vertrag zum Beispiel über die Leistung unbezahlter Arbeit, den regelmäßigen Schulbesuch, eine Ausgangssperre etc. mit einer Laufzeit zwischen drei und zwölf Monaten. Wurden die Bedingungen erfüllt, endet das Verfahren automatisch. Kommt die Einstiegssanktion aufgrund der Schwere der Tat oder vorhergehender Straffälligkeit nicht in Betracht, steht dem Jugendgericht die Verhängung einer Geldstrafe sowie die Anordnung zum Beispiel der Schadenswiedergutmachung, eines Täter-Opfer-Ausgleichs-Programms, einer Ausgangssperre sowie ab dem Alter von 16 Jahren unter anderem einer unbezahlten Arbeitsleistung oder die Unterstellung unter die Aufsicht eines Bewährungshelfers zur Verfügung (§ 33 ff., § 37 ff., § 41 ff., § 63 ff., § 73 f., § 130 f., § 135 PCC(S)A 2000; *Moore et al.* 2010, § 8.07 ff., § 9A.01 ff., 9A.09 ff., § 12.14 ff.).

Sind die ambulanten Erziehungsmaßnahmen oder Zuchtmittel nicht geeignet oder ausreichend, können deutsche Jugendgerichte zwischen zwei Formen des *Freiheitsentzugs* wählen: einem kurzfristigen von zwei Tagen bis zu vier Wochen zur punktuellen Ahndung der Tat (Jugendarrest) und einem langfristigen von mindestens 6 Monaten bis zu 5 Jahren zum Ausgleich massiver Sozialisationsdefizite durch eine kontinuierliche erzieherische Einwirkung in stationärer Umgebung oder wegen der *Schwere der Schuld* (Jugendstrafe). Bei schwersten Straftaten erhöht sich der Strafraum auf maximal zehn Jahre. Die konkrete Dauer ist dabei im Wesentlichen stets am erzieherischen Bedarf des Jugendlichen zu orientieren. Liegt die Jugendstrafe unter 2 Jahren, kann ihre Vollstreckung bereits im Urteil zur Bewährung ausgesetzt werden. Während der Bewährungszeit können dem jungen Straftäter Weisungen und Auflagen aus dem Katalog der ambulanten Maßnahmen erteilt werden, um zum Beispiel seine Lebensführung für die angestrebte Legalbewährung entsprechend positiv zu beeinflussen (§§ 17, 18, 21 bis 23 JGG).

---

3 Das Youth Offender Panel besteht aus zwei freiwilligen Mitgliedern aus der lokalen Gemeinde und einem sie beratenden jugendjustiziellen Akteur, § 21 Abs. 3 PCC(S)A 2000.

Im englischen Recht hingegen besteht in diesem Fall einzig die Möglichkeit zu einem längerfristigen Freiheitsentzug von mindestens 4 bis zu 24 Monaten (*detention and training order*) beziehungsweise bei schwereren Straftaten – mit einem Strafraum wie bei Erwachsenen – von 2 bis zu 30 Jahren (*youth custody*). Für Mord ist eine unbestimmte Strafdauer mit einer Mindestverbüßdauer von zwölf Jahren vorgeschrieben. Zum Schutz der Öffentlichkeit besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die Strafdauer zu verlängern beziehungsweise eine unbestimmte bis lebenslange Inhaftierung auszusprechen (§§ 90, 91, 100, 101 PCC(S)A 2000, § 226, 228 CJA 2003; *Moore et al.* 2010, § 10.01 ff.). Eine Aussetzung des Freiheitsentzugs zur Bewährung ist dabei nicht möglich. Nach dem englischen Recht haben die Jugendgerichte damit nur zwei Reaktionsmöglichkeiten: entweder eine ambulante Sanktion oder eine längerfristige, zu vollstreckende stationäre Unterbringung.

## 2.5 Verfügbarkeit strafjustizieller Daten

Die Daten über die strafjustiziellen Interventionen bei jungen Straftätern werden in Deutschland fast ausschließlich in einem speziell hierfür geschaffenen Erziehungsregister registriert, nur der langfristige Freiheitsentzug findet Eingang in das allgemeine Bundeszentralregister. In England und Wales werden diese Daten hingegen im allgemeinen Strafregister gespeichert.

Damit unterscheidet sich auch der Umfang der außerhalb des Strafjustizsystems verfügbaren Informationen zur strafrechtlichen Historie junger Straftäter. Während in Deutschland zum Beispiel ein potentieller Arbeitgeber über ein Führungszeugnis lediglich Kenntnis über Jugendstrafen von mehr als zwei Jahren, beziehungsweise bei Vollverbüßung auch über Jugendstrafen von weniger als zwei Jahren erhält, ist der Informationsumfang in England und Wales deutlich weitergehender. Junge Straftäter sind zum Beispiel im Rahmen von Bewerbungen bei Universitäten und für viele Arbeitsstellen nicht nur verpflichtet, Verurteilungen zu stationären und ambulanten Sanktionen anzugeben, sondern auch Verfahrenseinstellungen. Erstere werden erst nach langen Fristen (zum Beispiel drei Jahre für Gefängnisstrafen unter 6 Monaten) aus dem Register getilgt, letztere bleiben hingegen permanent gespeichert (§ 32 Abs. 1 Nr. 2-4, § 41, § 59 ff. BZRG; § 5 Rehabilitation of Offenders Act 1974 in der Fassung vom 01.03.1998, Offenbarungspflicht nach § 2 Rehabilitation of Offenders Act 1974 (Exceptions) Order 1975, §§ 112 ff. Police Act 1997; *R. (G) v. Chief Constable of Surrey Police*, High Court of Justice: Queen's Bench Division, [2016] EWHC 295 (Admin); *House of Commons* 2007, S. 44 f.).

## 2.6 Ergebnis

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das englische Jugendkriminalrechtssystem sowohl normativ als auch in der Praxis in weiten, für die angestrebte Legalbewährung relevanten Bereichen deutlich punitiver ausgerichtet ist als das deutsche. Dies trifft neben der mit 10 Jahren verglichen mit 14 Jahren in Deutschland erheblich früher einsetzenden Strafmündigkeit und den begrenzten Diversionsmöglichkeiten mit deutlich höheren Anforderungen vor allem auf die limitierenden Vorgaben bei der Verhängung freiheitsentziehender Sanktionen zu. Denn weder ist ein nur kurzfristiger, punktueller Freiheitsentzug möglich, noch kann die so zwingend längerfristige stationäre Sanktion zur Bewährung ausgesetzt werden.

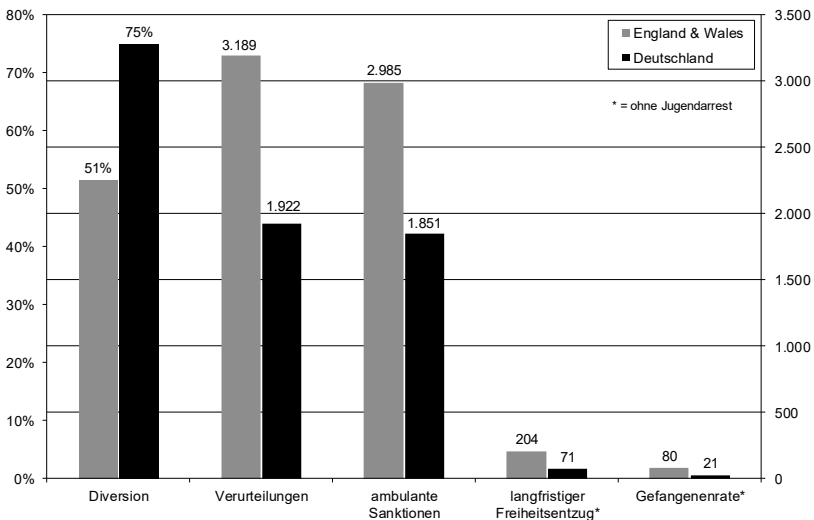


Abbildung 1: Diversions- und Gefangenenrate sowie Raten für Verurteilungen, ambulante sowie langfristige stationäre Sanktionen für junge Straftäter zwischen 14 und 17 Jahren in England und Wales und Deutschland, 2007<sup>4</sup>

Insbesondere diese punitive Dichotomie zwischen ambulanten Maßnahmen einerseits und einer längerfristigen Inhaftierung andererseits führt zusammen mit den restriktiven Einstellungsmöglichkeiten verglichen mit Deutschland zum einen zu einer deutlich niedrigeren Diversions- und erheblich höheren

4 Eigene Berechnungen nach Ministry of Justice (2018b); Office for National Statistics (2017); Statistisches Bundesamt (2009), Tab. 4.2, 4.4, Anhang 1; Diversionsrate für Deutschland berechnet auf Grundlage von Jehle et al. (2016), S. 344.

Verurteilungsrates. Der im Jahr 2007 in England und Wales mit 51 % verglichen mit 75 % deutlich geringere Anteil an Verfahrenseinstellungen lässt sich allerdings zum Teil damit erklären, dass die in vielen Bezirken häufig praktizierte informelle Polizeidiversion, bei der weder Straftat noch Täter offiziell registriert werden, keinen Eingang in die Kriminalitätsstatistik findet. Die Diversionsrate würde daher deutlich höher liegen, wenn auch die informelle Polizeidiversion erfasst würde – nach einer vorsichtigen Schätzung etwa 5 bis 8 Prozentpunkte (basierend auf *Bateman 2017*, S. 39). Zum anderen führt sie in England und Wales auch zu einem stark erhöhten Anteil langfristiger stationärer verglichen mit ambulanten Sanktionen. Während in Deutschland nur 71 von 100.000 Jugendlichen zu einer längerfristigen Institutionalisierung verurteilt wurden, war in England und Wales die Rate knapp drei Mal so hoch (204), der Anteil kustodialer Sanktionen lag dort damit rund doppelt so hoch wie in Deutschland (6,8 % zu 3,7 %). Entsprechend ist auch die Gefangenenerate mit 80 vier Mal so hoch wie in Deutschland (vgl. *Abbildung 1*).

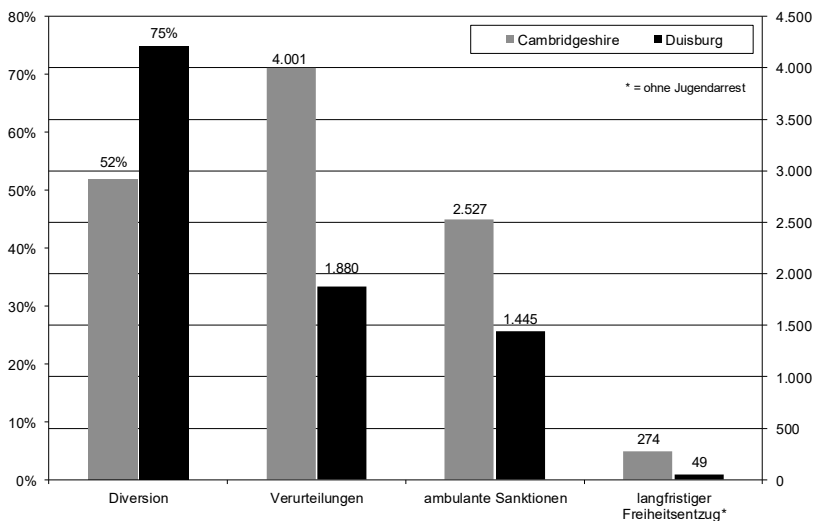


Abbildung 2: Diversionsrate sowie Raten für Verurteilungen, ambulante sowie langfristige stationäre Sanktionen für junge Straftäter zwischen 15 und 17 Jahren in Cambridgeshire und zwischen 14 und 17 Jahren in Duisburg, 2007<sup>5</sup>

5 Eigene Berechnungen nach *Ministry of Justice (2018a)*; *Office for National Statistics (2017)*; *IT.NRW (2017)*; (2018c); (2018b); Diversionsrate für Duisburg berechnet auf Grundlage von *Jehle et al. (2016)*, S. 344.



Diese punitivere Interventionspraxis des englischen Jugendkriminalrechtssystems lässt sich ebenfalls für die im Projekt untersuchten Städte Peterborough und Duisburg<sup>6</sup> feststellen. So sind im Jahr 2007 die Anteile der Verfahrenseinstellungen mit 52 % in Cambridgeshire und 75 % in Duisburg ähnlich hoch wie im staatsweiten Vergleich, die Verurteilungsrate pro 100.000 Jugendlichen in Cambridgeshire liegt mit mehr als dem Doppelten sogar noch deutlicher über der in Duisburg (vgl. *Abbildung 2*). Auch beim Anteil langfristiger freiheitsentziehender Sanktionen besteht – ähnlich wie in den beiden Ländern – zwischen den Bezirken ein sehr deutlicher Unterschied: Während in Cambridgeshire 274 von 100.000 Jugendlichen zu einer längerfristigen stationären Sanktion verurteilt wurden, betrug die Rate in Duisburg mit 49 nur rund ein Viertel, der Anteil längerfristiger Institutionalisierungen lag mit 2,6 % zu 6,8 % in Cambridgeshire damit rund zweieinhalb Mal so hoch.

### 3. Beschreibung der Untersuchungspopulationen

Um den Einfluss von Strafrechtssystemen auf die zukünftige Delinquenz von jugendlichen Straftätern in unterschiedlichen Populationen zu untersuchen, sollten diese Populationen möglichst ähnlich sein. Ist dies nicht der Fall, ist unsicher, ob das Rechtssystem oder nicht doch andere zwischen den Untersuchungspopulationen divergierende Merkmale für Unterschiede in den Interventionseffekten verantwortlich sind (vgl. *van de Vijver/Matsumoto* 2011, S. 3). Um diese Unsicherheit offenzulegen, wird im Folgenden gezeigt, wie sich die in *CrimoCPads* untersuchten Populationen aus Peterborough und Duisburg hinsichtlich ausgewählter soziostruktureller Merkmale im Untersuchungszeitraum Anfang und Mitte der 2000er Jahre unterschieden.

Während das zum Untersuchungszeitraum etwa 501.000 Einwohner umfassende Duisburg Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr im Westen Deutschlands ist, befindet sich das englische Peterborough mit seinen ungefähr 166.000 Einwohnern etwa 120 km nördlich von London (*Office for National Statistics* 2012; *Stadt Duisburg* 2014). Der Größenunterschied zwischen beiden Städten verkleinerte sich seit 1975 erheblich. Peterborough gilt aufgrund seiner recht hohen Geburtenrate und guten wirtschaftlichen Lage als eine der am stärksten gewachsenen Städte Englands (*centreforcities* 2015; *Peterborough City Council* 2013b). Duisburg schrumpfte hingegen in den letzten Jahrzehnten unter anderem bedingt durch seine wirtschaftlichen Probleme und geringe Geburtenrate

---

6 Daten stehen allerdings nur für die übergeordneten Gerichtsbezirke: für Peterborough der Bezirk Cambridgeshire und für Duisburg der Landgerichtsbezirk, zur Verfügung.

(Glock 2006, S. 83 ff.; Richter 2008, S. 3).<sup>7</sup> Unabhängig von ihrer unterschiedlichen Größe wiesen beide Stadtbevölkerungen für moderne europäische Gesellschaften typische Geschlechts- und Altersverteilungen auf. So war das Geschlechterverhältnis der beiden Stadtbevölkerungen ausgeglichen (*Office for National Statistics* 2017; *IT.NRW* 2018b) und beide Städte unterlagen dem für moderne Gesellschaften typischen Alterungsprozess (*Stadt Duisburg* 2013, S. 41; Hradil 2006, S. 29 ff.; *Peterborough City Council* 2013a). Dieser war jedoch im Jahr 2005 unterschiedlich weit fortgeschritten und die Bevölkerung Duisburgs (43,8 Jahre; eigene Berechnungen nach *IT.NRW* 2018b) durchschnittlich etwa fünf Jahre älter als jene Peterboroughs (38,5 Jahre; eigene Berechnungen nach *Office for National Statistics* 2017).

Die *Lebenswelten* Jugendlicher werden ganz erheblich durch die sozioökonomische Situation und Migrationsprozesse beeinflusst. Hier zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen beiden Städten. Duisburg wies im Untersuchungszeitraum einen nahezu doppelt so hohen Anteil ausländischer Einwohner (15,1 % in 2005, *Stadt Duisburg* 2014) auf wie Peterborough (7,8 % in 2005, *Office for National Statistics* 2012). Dies spiegelte sich auch in einem höheren Anteil ausländischer Jugendlicher wider (2005: Duisburg: 20,7 %, *Stadt Duisburg* 2007, Tab. 14; Peterborough: 6,8 %, *Office for National Statistics* 2018; 2017). Der Unterschied zwischen den Städten erklärt sich überwiegend aus den verschiedenen ausgeprägten Migrationsprozessen. Während in Peterborough der Anteil ausländischer Einwohner erst im Zuge der EU-Osterweiterung seit dem Jahr 2004 stark zunahm (*Peterborough City Council* 2014; *Samuels* 2008), gab es in Duisburg verschiedene zeitlich teilweise weiter zurückreichende Migrationsprozesse. Besonders wichtig waren dabei die Arbeitsmigrationen, die bis zum Jahr 1973 stattfanden und die Bevölkerung bis heute charakterisieren (*Ceylan* 2006, S. 112; *Hanewinkel/Oltmer* 2015, S. 1 f.). So machten 2005 die im Rahmen der Arbeitsmigration aus der Türkei Eingewanderten 8,5 % der gesamten Bevölkerung und über die Hälfte aller in Duisburg lebenden Ausländer aus (*Stadt Duisburg* 2014). Durch die starke Zuwanderung nach Peterborough seit 2004 haben sich die Migrantenanteile inzwischen weitgehend angeglichen. So lebte 2011 in beiden Städten mit etwa 15 % ein ähnlich hoher Anteil an Ausländern (*Stadt Duisburg* 2013, S. 38, 43; *Office for National Statistics* 2013).

Duisburg und Peterborough unterschieden sich im Untersuchungszeitraum neben dem Migrantenanteil auch in ihrer wirtschaftlichen Lage. Duisburg litt aufgrund der Mitte der 1970er Jahre beginnenden Krise der für die Stadt zentralen Montanindustrie unter gravierenden wirtschaftlichen Problemen, die

---

<sup>7</sup> Vorhersagen gehen davon aus, dass sich die Entwicklungstrends der Bevölkerungsgrößen in den nächsten zwei Jahrzehnten fortsetzen, *Cambridgeshire County Council Research Group* 2014; *Stadt Duisburg* 2013, S. 38.

unter anderem zu einer erheblichen Verschuldung der Stadt geführt hatten (Glock 2006, S. 79 ff.). Peterborough galt dagegen als wirtschaftlich erfolgreich und wettbewerbsfähig. So wies die Stadt während des Untersuchungszeitraums mit das stärkste Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich auf (Office for National Statistics 2006). Die beschriebenen konjunkturellen Unterschiede zwischen beiden Städten schlugen sich auch in der Arbeitslosenrate nieder, die in Duisburg (2005: 18,7 %, Stadt Duisburg 2014) deutlich höher als in Peterborough (2005: 4,7 %, Office for National Statistics 2012) war. Jugendliche (16- bis 19-Jährige) litten allerdings in Peterborough (2005: 15,4 %, Office for National Statistics 2012) deutlich häufiger unter Arbeitslosigkeit als in Duisburg (2005: 4,1 %, eigene Berechnung nach IT.NRW 2018a).<sup>8</sup> Von den Erwerbstätigen waren in Duisburg – vor dem Hintergrund seiner historisch starken Montanindustrie – anteilmäßig deutlich mehr im verarbeitenden Gewerbe tätig als in Peterborough. Die Bevölkerung Peterboroughs arbeitete dagegen im Durchschnitt häufiger im Handel beziehungsweise im Gastgewerbe als die Duisburger Bevölkerung (Office for National Statistics 2012; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2006, S. 15).

Die für den Untersuchungszeitraum zusammengefassten Unterschiede in der Bevölkerungszusammensetzung und wirtschaftlichen Lage beider Städte deuten darauf hin, dass Peterborough und Duisburg zumindest teilweise erheblich unterschiedliche soziostrukturelle und sozialräumliche Lebenskontexte für die Jugendlichen boten. Für einen Vergleich von Effekten der Jugendkriminalrechtssysteme ist dies problematisch, da unterschiedliche Interventionseffekte somit nicht nur durch die Strafrechtssysteme, sondern ebenfalls durch die sich unterscheidenden Lebenswelten bedingt sein könnten.

#### 4. Vergleich der Studiendesigns und Stichproben

Die Daten des CrimoCPads-Projekts stammen aus zwei Längsschnittstudien: Zum einen aus der in Peterborough durchgeführten *Peterborough Adolescent and Young Adult Development Study* (PADS+; Wikström et al. 2012), zum anderen aus der in Duisburg durchgeführten Studie *Kriminalität der modernen Stadt* (*Crime in the modern City*, CrimoC; Boers et al. 2010; 2014). In beiden Projekten wurden die zu Beginn durchschnittlich 13-jährigen Schülerinnen und Schüler während des Jugendalters jedes Jahr befragt (vgl. Tabelle 1).

---

<sup>8</sup> Dies ist teilweise mit den unterschiedlichen Schulsystemen in England und Deutschland zu erklären. So werden Jugendliche in Deutschland über Berufsschulen deutlich effektiver an den Arbeitsmarkt herangeführt als dies in England geschieht.

Tabelle 1: Teilnehmerzahlen an den einzelnen Panelwellen (alle und nur jene mit Hellfelddaten)<sup>9</sup>

Durchschnittsalter	PADS+		CrimoC	
	<i>n</i> alle	<i>n</i> offizielle Daten	<i>n</i> alle	<i>n</i> offizielle Daten
13	710	700	2.752	1.918
14	707	700	3.140	2.215
15	703	698	3.208	2.456
16	703	699	3.211	2.803
17	693	693	3.041	2.411
18			2.600	2.138
19	685	685	2.428	1.998
20			2.314	1.906
21	656	656		
22			2.102	1.726

Den Studien liegt ein unterschiedliches Stichprobendesign zu Grunde. In PADS+ besteht die untersuchte Population aus allen Jugendlichen, die im Jahr 2002 in Peterborough lebten und in die siebte Klasse kamen. Nach Ziehung einer Zufallsstichprobe aus dieser Jugendpopulation füllten in der ersten Welle der Befragung im Jahr 2004 schließlich 710 Teilnehmende Fragebögen aus (*Wikström et al.* 2012, S. 44 ff., 53 ff., 59 ff.). In den folgenden Wellen wurde versucht, diese 710 Jugendlichen immer wieder zu befragen. Im Unterschied zu einer Stichprobenziehung wurde in CrimoC zu Beginn eine Vollerhebung aller Duisburger Siebtklässler angestrebt (*Daniel/Erdmann* 2017, S. 2). Im Ergebnis haben in der ersten Welle etwa zwei Drittel der Duisburger Schulen mit insgesamt 3.411 Schülerinnen und Schülern teilgenommen (*Motzke/Brondies* 2004). Die Erhebungen der Folgejahre konzentrierten sich wie in PADS+ auf die Wiederbefragung der Teilnehmenden, jedoch konnten diese bedingt durch das Erhebungsdesign anders als in PADS+ auch in späteren Wellen (bis zu Welle 6; 2007) noch neu in die Studie gelangen.<sup>10</sup> Die von

9 Anm.: *n* alle = Anzahl aller Studienteilnehmenden an Panelwelle, *n* offizielle Daten = Anzahl der Studienteilnehmenden mit Hellfeldinformationen an Panelwelle.

10 Während in PADS+ die ausgewählten Probandinnen und Probanden in den folgenden Wellen persönlich zum Interview gebeten wurden, erfolgten die weiteren Erhebungen in CrimoC (bis

den Befragten in den verschiedenen Wellen gelieferten Daten wurden anschließend mit Hilfe eines Code-Verfahrens miteinander verknüpft (*Daniel/Erdmann* 2017, S. 5 ff.; *Pöge* 2008). Auf diese Weise wurde ein Panel-Datensatz erstellt, der aktuell zwölf Wellen beinhaltet; für die folgenden Analysen wurde das bis zum 24. Lebensjahr reichende, 4.076 Teilnehmende umfassende Zehn-Wellen-Panel verwendet (zu einer ausführlichen Beschreibung des Datensatzes, siehe *Daniel/Erdmann* 2017).<sup>11</sup>

Beide Längsschnittstudien sind von Panelmortalität und fehlenden Hellfelddaten betroffen. So nahmen einige Personen nicht über alle Erhebungszeitpunkte an der Befragung teil. Auch erteilten nicht alle Befragten die Erlaubnis, zusätzlich zur Befragung ihre Hellfelddaten aus offiziellen Registern erheben zu dürfen.<sup>12</sup> Bei einer starken Reduzierung der Fallzahlen durch diese beiden Ausfallprozesse besteht die Gefahr, dass die betroffenen Stichproben die Grundgesamtheit lediglich verzerrt abbilden. Dies kann dazu führen, dass Interventionseffekte nicht für die Population, sondern lediglich für diese Stichprobe unverzerrt geschätzt werden können. Für *PADS+* sind die beiden zuvor beschriebenen Ausfallprozesse zu vernachlässigen (vgl. *Tabelle 1*). So nahmen von den in der ersten Welle 710 Teilnehmenden in der sechsten und siebten Welle immer noch 685 (96,5 %) beziehungsweise 656 (92,4 %) teil. Mit 700 der 710 *Pads+*-Befragten (98,6 %) willigten darüber hinaus fast alle in die Erhebung ihrer Hellfelddaten ein. Es ist nicht anzunehmen, dass solch geringe Ausfälle die schließlich analysierte Stichprobe in einem Ausmaß verzerren, dass von dieser keine akkuraten Rückschlüsse auf die gesamte Jugendpopulation zu ziehen sind.

Demgegenüber sind die Ausfallprozesse in *CrimoC* bedeutender. So gab es eine relativ hohe Fluktuation der Teilnehmerzahlen zwischen den verschiedenen Wellen des 10-Wellen-Panel-Datensatzes. Von den 4.076 im Paneldatensatz erfassten Befragten (die auch die später hinzugekommenen Panelteilnehmer

---

zum Ende der jeweiligen Schulzeit) auf Klassenbasis. Dadurch konnten in den folgenden Erhebungen zusätzliche Schüler sowie auch weitere Schulen berücksichtigt werden.

11 In diesem Datensatz befinden sich alle Befragten, die in Duisburg an mindestens zwei der zehn Erhebungszeitpunkte teilgenommen haben. Die im Vergleich mit der Ausgangsstichprobe ( $n = 3.411$ ) hohe Zahl der Befragten im Paneldatensatz beruht vor allem auch darauf, dass vor allem in der 2. und 3. Erhebungswelle weitere Schulen teilgenommen haben sowie in die bereits zum Panel gehörenden Klassen neue Schülerinnen und Schüler aufgenommen wurden. Mangelnde Zuordnungsmöglichkeiten im Codeverfahren sowie Teilnahmeverweigerungen führten dagegen zu einer stetigen und deutlichen Verringerung des gesamten Paneldatensatzes.

12 Für Peterborough wurden diese Hellfelddaten aus dem Police National Computer, für Duisburg aus dem Erziehungs- und Bundeszentralregister entnommen. Während die Erlaubnis, diese zu erheben, in *CrimoC* lediglich einmal im Jahr 2005 (Welle 4) in weitem Umfang eingeholt wurde, geschah dies in *PADS+* wiederholt.

einschließen) nahmen lediglich 46,9 % (1.912; Welle 10) bis zu 78,8 % (3.211; Welle 4) an den einzelnen Wellen teil. Speziell ab der Änderung des Befragungsmodus im Jahr 2007 (Welle 6; Durchschnittsalter: 18) von einer vornehmlich schulischen zu einer postalischen Befragung setzte eine verstärkte Panelmortalität ein. Zusätzlich haben von den in Welle 4 3.211 Partizipierenden 2.803 (87,3 %) eingewilligt, dass ihre Hellfelddaten erhoben werden dürfen.

Dieser Beitrag deutet die designbedingten Probleme von CrimoC lediglich an. Einige Abhandlungen haben sich bereits detaillierter mit den Problemen der Panelmortalität und der fehlenden Hellfelddaten auseinandergesetzt. Eine Analyse zur fehlenden Bereitstellung von Hellfelddaten in CrimoC wurde von *Schulte* (2019) vorgenommen. Seine Ergebnisse deuten darauf hin, dass weibliche Teilnehmer eher Hellfelddaten preisgegeben haben als männliche und dass Nicht-Delinquente eher die Erlaubnis zur Erhebung der Hellfelddaten gaben als Delinquente. *Reinecke* (2013) befasste sich mit dem Problem der Panelmortalität im Rahmen der Modellierung von Delinquenz-Trajektorien. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass eine Nicht-Teilnahme an Panelwellen teilweise mit einer erhöhten Delinquenzbelastung der Jugendlichen zusammenhänge. Da *Reinecke* jedoch lediglich die ersten fünf Wellen CrimoCs untersuchte und seinen Fokus auf die Schätzung der Delinquenzentwicklung legte, wird im Rahmen des *CrimoCPads*-Projekts genereller analysiert, wie verschiedene Ausfallprozesse mit devianten Merkmalen der Befragten zusammenhängen. Dadurch soll eindeutiger bestimmt werden, welche Teilnehmenden welche Ausfallmuster aufweisen. Dies wiederum kann Informationen darüber liefern, welche Panelwellen für eine akkurate Schätzung der Interventionseffekte für CrimoCs Population am besten geeignet sind.<sup>13</sup>

## 5. Dunkelfelddelinquenz in beiden Stichproben

Eine der zentralen Annahmen von *CrimoCPads* ist, dass das englische und deutsche Jugendkriminalrechtssystem keine oder eine ähnliche individual- beziehungsweise generalpräventiv abschreckende Wirkung entfalten. Demzufolge sollte die Ersttäter-Dunkelfeld-Delinquenz der Jugendlichen beider Länder ähnlich ausgeprägt sein. Darüber hinaus wird angenommen, dass die Delinquenz in beiden untersuchten Populationen im Jugendalter ubiquitär ist und sich im Rahmen der Spontanbewährung infolge eines erfolgreichen Norm-

---

13 Aus eigenen unveröffentlichten Analysen wird bereits deutlich, dass die Stichprobe CrimoCs bedingt durch Panelausfälle und fehlende Hellfeldinformationen hinsichtlich einzelner sozio-struktureller Merkmale (beispielsweise Geschlecht, Migrationshintergrund und Schulform) gegenüber den reinen Querschnittsdaten teilweise recht stark verzerrt ist.

sozialisationsprozesses wieder verringert und zumeist verschwindet. Wäre hingegen die Delinquenz in den Untersuchungspopulationen unterschiedlich verbreitet und würde sich unterschiedlich entwickeln, würde dies womöglich auf unterschiedliche kriminogene Prozesse in beiden Populationen hindeuten. Wären diese zu Kriminalität führenden Prozesse unterschiedlich ausgeprägt, könnten jedoch systemspezifische Interventionseffekte nicht angemessen verglichen werden. Dies liegt daran, dass die kriminogenen Prozesse auch nach einer Intervention wirken dürften. Dies würde jedoch verhindern, dass Unterschiede in den Interventionseffekten ausschließlich auf die Verschiedenartigkeit in den Jugendkriminalrechtssystemen zurückzuführen sind. Vielmehr wäre davon auszugehen, dass die Effekte einer Intervention ebenfalls durch die kriminogenen Prozesse beeinflusst sind und die Interventionen möglicherweise sogar mit diesen interagieren.

Die in vielen Studien (Piquero 2008; Walter/Neubacher 2011) beobachteten Phänomene der Ubiquität und Spontanbewährung von Jugenddelinquenz wurden für CrimoC und PADS+ bereits in vorangegangenen Veröffentlichungen beschrieben (Boers et al. 2014; Verneuer/Walburg 2019; Wikström et al. 2012, S. 107 ff.). So berichteten die meisten der befragten Jugendlichen beider Studien einerseits, sich zumindest einmal delinquent verhalten zu haben. Andererseits fand das delinquente Verhalten bei einem Großteil der Jugendlichen als Teil eines Ausprobierens in der Jugendzeit statt und verschwand im Rahmen des Reifungsprozesses. Diese Befunde skizzieren eine generell ähnliche Verbreitung und Entwicklung von Delinquenz der Jugendlichen in beiden Städten und indizieren damit keine Probleme für eine vergleichende Analyse von Interventionseffekten.

Der Vergleich von Interventionseffekten wird jedoch durch die mangelnde Übereinstimmung in den Formulierungen der in beiden Studien verwendeten Erhebungsinstrumente beeinträchtigt (Problem der Messäquivalenz,<sup>14</sup> Davidov et al. 2014). Dies ist bei einer Untersuchung mit zwei Studien, die (wie häufig bei kriminologisch-komparativen Untersuchungen) nicht ex ante auf einen Vergleich hin konzipiert worden sind, nicht anders zu erwarten. Bei der Durchführung solcher ex-post-Vergleichsuntersuchungen macht die Analyse der Übereinstimmung der verwendeten Erhebungsinstrumente einen erheblichen Teil des gesamten Arbeitsaufwandes aus. So sind beispielsweise die Fragen zur selbstberichteten Delinquenz bei einzelnen Delikten in beiden Studien unterschiedlich formuliert worden. Dies soll im Folgenden anhand des Ladendiebstahls, der Sachbeschädigungen und Körperverletzungen veranschaulicht werden. Während die Fragen zum Ladendiebstahl (PADS+: *Have you ever stolen something in a shop (for example, a CD,*

---

14 Es gibt unterschiedliche Definitionen für den Begriff Messäquivalenz in der Forschung. Alle haben jedoch gemein, dass sie sich auf die Vergleichbarkeit der Messungen von Merkmalen in unterschiedlichen Populationen beziehen (vgl. Davidov et al. 2014, S. 58 f.).

*cloths, cosmetics or any other things*)?; CrimoC: *Hast du jemals etwas aus einem Supermarkt, einem Laden oder Kaufhaus mitgenommen, ohne zu bezahlen*?) recht ähnlich gestellt sind und hier eine Messäquivalenz nicht ausgeschlossen werden kann, ist dies für Sachbeschädigungen und Körperverletzungen nicht der Fall. Sachbeschädigungen werden in PADS+ mit einer generellen Frage gemessen,<sup>15</sup> in CrimoC indessen anhand der drei Phänomene Graffiti sprühen, Scratching und weitere Sachbeschädigungen deutlich detaillierter erhoben.<sup>16</sup> Auch bezüglich der Körperverletzung werden in CrimoC<sup>17</sup> statt einer – wie in PADS+<sup>18</sup> – zwei Fragen verwendet (Körperverletzung ohne beziehungsweise mit Waffe). Darüber ist diese Abfrage in CrimoC so formuliert, dass eine Tat lediglich dann zu berichten ist, wenn das Opfer wirklich verletzt worden ist oder eine versuchte Verletzung des Opfers mit einem Gegenstand vorliegt. In PADS+ ist dagegen das Ziel einer Verletzung oder das tatsächliche Auftreten einer Verletzung im Fragetext keine Bedingung für die Angabe als Körperverletzung.

Die Folgen solcher Erhebungs-/Messunterschiede zeigen sich zum Beispiel in den geschätzten kumulativen Prävalenzen<sup>19</sup> für das Jugendalter (12 bis 16 Jahre) (vgl. *Abbildung 3*). So sind für den Ladendiebstahl die geschätzten kumulativen Prävalenzraten in PADS+ (95 %-Kreditibilitätsintervall:<sup>20</sup> 0,31 - 0,38) und CrimoC (95 %-Kreditibilitätsintervall: 0,34 - 0,37) sehr ähnlich, während die

---

15 Sachbeschädigungs-Frage in PADS+: „*Have you ever for fun or because you were bored or angry damaged or destroyed things not belonging to you (for example, smashed windows or street lights, scratched the paint off cars, sprayed graffiti on a wall, damaged a bicycle)*?“

16 Sachbeschädigungs-Frage in CrimoC: „(1) *Hast du jemals an verbotenen Orten Graffiti gesprayed oder Tags gesetzt*? (2) *Hast du jemals etwas absichtlich zerkratzt, um es zu zerstören oder zu beschädigen*? (3) *Es kommt vor, dass Telefonzellen, Bushaltestellen, Fahrzeuge, Briefkästen, Sitze in Bus oder Bahn, Parkbänke, Schulmöbel oder Ähnliches beschädigt oder zerstört werden. Hast du jemals solche oder andere Sachen, die dir nicht gehörten, absichtlich beschädigt oder zerstört*?“

17 Körperverletzungs-Frage in CrimoC: „(1) *Hast du jemals jemanden so geschlagen oder getreten, dass er verletzt wurde? Aber ohne eine Waffe oder einen anderen Gegenstand zu benutzen. Damit meinen wir jedoch nicht solche Situationen, bei denen Jugendliche nur aus Spaß miteinander raufen*. (2) *Hast du jemals jemanden mit einem Gegenstand (z.B. Knüppel) oder einer Waffe (z.B. Messer oder Tränengas) angegriffen und verletzt oder ihn versucht, zu verletzen*?“

18 Körperverletzungs-Frage in PADS+: „*Not counting events when you took money or other things from someone, have you ever beaten up or hit someone, for example, punched, kicked or head butted someone (do not count fights with your brother and sisters)*?“

19 Prävalenz meint den Anteil der Täter an einer Population in einem bestimmten Zeitraum.

20 Das Kreditibilitätsintervall drückt die Unsicherheit in einer Schätzung aus, indem es einen Wertebereich angibt, in dem der geschätzte Parameter mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (hier: von 95 %) liegt (Kruschke/Liddell 2018).



Raten für Sachbeschädigungen<sup>21</sup> in Duisburg (leicht) und für Körperverletzungen,<sup>22</sup> nun aber in Peterborough (deutlich) höher lagen. Hinsichtlich der Sachbeschädigungen kann allerdings wegen der multiplen Abfrage in Duisburg nicht unbedingt angenommen werden, dass die Prävalenzrate hier tatsächlich höher lag und die höhere Rate der Körperverletzungen in Peterborough kann auch mit dem durch die Fragenformulierung bedingten geringeren Schwellenwert, eine Tat zu berichten (in PADS+ wurde keine Verletzung erwähnt), zusammenhängen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass dieses Underreporting teilweise durch die multiple Körperverletzungsabfrage ausgeglichen wurde.

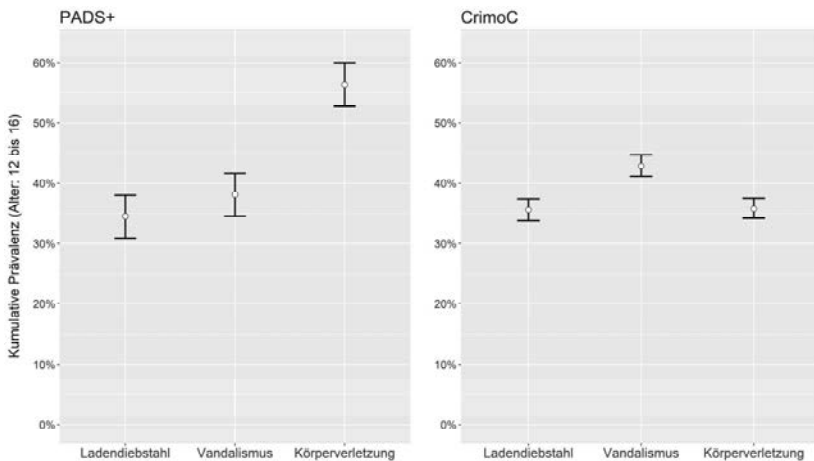


Abbildung 3: Kumulative Prävalenzraten (Durchschnittsalter 12 bis 16 Jahre) für die Delikte Ladendiebstahl, Vandalismus, Körperverletzung in PADS+ und CrimoC

Insgesamt betrachtet sind die Delinquenzbelastungen vor dem Hintergrund der in PADS+ und CrimoC unterschiedlichen Messungen, insbesondere mit Blick auf eine vergleichende Analyse von Interventionswirkungen, nicht hinreichend vergleichbar. Deshalb sollten Interventionseffekte in CrimoCPads für die Jugendpopulationen in Peterborough und Duisburg je für sich analysiert und interpretiert werden. Ein Vergleich ist mithin allenfalls hinsichtlich einer interpretatorischen Gesamtbetrachtung der in separaten Analysen gewonnenen Befunde möglich.

21 95 %-Kredibilitätsintervall in CrimoC: 0,41 - 0,45, in PADS+: 0,35 - 0,42.

22 95 %-Kredibilitätsintervall in CrimoC: 0,34 - 0,38, in PADS+: 0,53 - 0,60.

## 6. Formelle Interventionspraxis in beiden Stichproben

Die auf jeweils nationaler Ebene anhand der Strafverfolgungsdaten bestätigte Annahme, dass die Interventionspraxis des englischen Jugendkriminalrechtssystems im Untersuchungszeitraum punitiver ausgerichtet gewesen ist als im deutschen Pendant, konnte auch für die Städte Peterborough und Duisburg festgestellt werden (siehe 2.6). So lag die Verurteilungsrate Jugendlicher in Cambridgeshire (Peterborough) deutlich höher als in Duisburg. Auch der Anteil längerfristiger freiheitsentziehender Sanktionen war in Peterborough erheblich höher als in Duisburg, wo ambulante Sanktionen im Vordergrund standen.

In den jährlichen Interventionsprävalenzen für die Stichproben von PADS+ und CrimoC spiegelt sich wider, dass Jugendliche in Duisburg generell eher für Straftaten registriert wurden als in Peterborough, Verurteilungen jedoch häufiger in Peterborough vorkamen als in Duisburg (vgl. *Tabelle 2*). So war die Registrierungsrate für Straftaten Jugendlicher über die Jugendzeit hinweg in CrimoC zumeist etwas höher als in PADS+, der Anteil der Verurteilungen hingegen war in PADS+ zumeist etwas höher. In der Konsequenz ist der Anteil der Verurteilungen an allen Registrierungen in PADS+ (27,0 % bis 58,1 %) im Jugendalter höher als in CrimoC (18,2 % bis 53,8 %) und im Umkehrschluss die Diversionsrate in CrimoC höher als in PADS+.

*Tabelle 2: Jährliche strafrechtliche Interventionen in Pads+ and CrimoC*

Durchschnittsalter	PADS+				CrimoC			
	alle formal Kontrollierten		Verurteilte		alle formal Kontrollierten		Verurteilte	
	f <sub>Int</sub>	%	f <sub>Int</sub>	%	f <sub>Int</sub>	%	f <sub>Int</sub>	%
14	25	3.57	8	1.14	99	3.53	18	0.64
15	37	5.29	10	1.43	166	5.92	36	1.28
16	41	5.86	22	3.14	185	6.60	53	1.89
17	31	4.43	18	2.57	160	5.71	65	2.31
18	31	4.43	17	2.43	143	5.10	77	2.75
Größe Substichprobe: 700					Größe Substichprobe: 2803			

Die insgesamt erfreulich niedrige jährliche Anzahl an formal Kontrollierten stellt allerdings ein Problem für die Schätzung von Interventionseffekten dar. So erhielten in PADS+ in einem Jahr (im Durchschnittsalter von 16) maximal

41 Jugendliche eine formelle Intervention. Die geringe Anzahl der von einer Intervention Betroffenen geht auf der einen Seite mit einer geringen inferenzstatistischen Aussagekraft einher (Gelman/Carlin 2014). Auf der anderen Seite verhindert sie, dass die Maßnahmenheterogenität der Jugendkriminalrechtssysteme angemessen berücksichtigt werden kann. In der Konsequenz können in *CrimoCPads* lediglich durchschnittliche Interventionseffekte geschätzt werden. Außerdem sorgt die geringe Anzahl an Interventionserfahrungen im Zusammenspiel mit den zuvor beschriebenen Ausfallprozessen sowie dem Befragungsturnus der Studien dafür, dass es sinnvoll erscheint, sich bei zukünftigen Analysen auf bestimmte Erhebungswellen zu konzentrieren. Da durchgängige Messungen für PADS+ nur bis zur fünften Welle vorhanden sind, in *CrimoC* die Panelmortalität ab der sechsten Welle zunimmt und die Interventionsanzahl in PADS+ lediglich ab dem 15. Lebensjahr 30 Betroffene überschreitet, sollten sich zukünftige Analysen von Interventionseffekten vornehmlich auf das Alter von 15 bis 17 konzentrieren.

## 7. Diskussion und Perspektiven

Das Hauptziel von *CrimoCPads* – jugendstrafrechtliche Interventionseffekte in zwei europäischen Ländern mit unterschiedlichen Strafverfolgungssystemen in einem vergleichenden Kontext zu analysieren – kann vor dem Hintergrund des zuvor Berichteten nur in Teilen erreicht werden. Ein Vergleich der Jugendkriminalrechtssysteme ist unproblematisch. Dieser dient als Basis, um die weiteren Arbeiten zu Interventionseffekten mit den notwendigen Hintergrundinformationen zu untermauern. Die ursprünglich mit nur einem, aus beiden Studien zusammengesetzten Datensatz angestrebte vergleichende Analyse von Interventionseffekten ist indessen nicht möglich. Dies liegt zum einen daran, dass beide Städte im Untersuchungszeitraum vermutlich recht unterschiedliche Lebenskontexte für die Jugendlichen aufwiesen und zum anderen wegen zu unterschiedlicher Erhebungsinstrumente bei relevanten Konstrukten keine Messäquivalenz zwischen den beiden Studien zu erreichen war. Beide Aspekte müssen jedoch gegeben sein, um mögliche Differenzen in Interventionseffekten eindeutig auf Systemunterschiede und nicht auf Unterschiede in den Populationen oder Messungen zurückführen zu können.

Folglich werden in künftigen Analysen Interventionseffekte für PADS+ und *CrimoC* je für sich untersucht. Weiterhin sind diese geschätzten durchschnittlichen Interventionseffekte nur in PADS+ auf die gesamte Jugendpopulation verallgemeinerbar, während in *CrimoC* lediglich stichprobenspezifische Inter-

ventionseffekte geschätzt werden können. Dies liegt an den beschriebenen Ausfallprozessen, von denen CrimoC stärker betroffen ist als PADS+.

Trotz der genannten Limitierungen bietet bereits eine nicht-vergleichende Analyse strafrechtlicher Interventionen in europäischen Ländern einen Mehrwert, da *CrimoCPads* bedeutsame neue Informationen hinsichtlich des mit kriminalstatistischen Daten untermauerten Systemvergleichs sowie zu den Effekten jugendstrafrechtlicher Interventionen in immerhin jedem der untersuchten Länder liefern kann.

## Literatur

- Barrick, K. (2014): A Review of Prior Tests of Labeling Theory. In: Farrington, D.P./Murray, J. (Hg.): Labeling theory. Empirical tests. New Brunswick, NJ: Transaction, S. 89-112.
- Bateman, T. (2012): Criminalising children for no good purpose: The age of criminal responsibility in England and Wales. London: National Association for Youth Justice.
- Bateman, T. (2017): The State of Youth Justice 2017. An Overview of Trends and Developments. London: National Association for Youth Justice.
- Boers, K./Reinecke, J./Benttrup, C./Daniel, A./Kanz, K.-M./Schulte, P./Seddig, D./Theimann, M./Verneuer, L./Walburg, C. (2014): Vom Jugend- zum frühen Erwachsenenalter. Delinquenzverläufe und Erklärungszusammenhänge in der Verlaufsstudie „Kriminalität in der modernen Stadt“. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 97 (3), S. 183-202.
- Boers, K./Reinecke, J./Seddig, D./Mariotti, L. (2010): Explaining the development of adolescent violent delinquency. European Journal of Criminology, 7 (6), S. 499-520.
- Cambridgeshire County Council Research Group (2014): Peterborough population and dwelling stock forecasts, 2012 to 2031. Cambridge: Eigenverlag.
- centreforcities (2015): Cities Outlook 2015. Change in population, 2004-2013. London: Eigenverlag.
- Ceylan, R. (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Daniel, A./Erdmann, A. (2017): Methodendokumentation der kriminologischen Schülerbefragung in Duisburg 2002-2013, Zehn-Wellen-Panel. Schriftenreihe Jugendkriminalität in der modernen Stadt – Methoden Heft Nr. 23. Münster u.a.: Universität Münster/Universität Bielefeld.
- Davidov, E./Meuleman, B./Cieciuch, J./Schmidt, P./Billiet, J. (2014): Measurement equivalence in cross-national research. Annual Review of Sociology, 40, S. 55-75.
- Dölling, D. (1999): Polizei und Legalitätsprinzip – Empirische Befunde zur polizeilichen Ermittlungstätigkeit bei Anzeigedelikten. In: Geisler, C. (Hg.): Das Ermittlungsverhalten der Polizei und die Einstellungspraxis der Staatsanwaltschaften. Wiesbaden: KrimZ.
- Ehret, B. (2007): Strafen oder Erziehen? Münster: LIT.
- Eisenberg, U. (2016): Jugendgerichtsgesetz. 11. Auflage. München: C.H. Beck.
- Eisenberg, U./Köbel, R. (2017): Kriminologie. 7. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Elliott, C. (2011): Criminal Responsibility and Children: A New Defence Required to Acknowledge the Absence of Capacity and Choice. Journal of Criminal Law, 75 (4), S. 289-308.

- Evans, R./Ellis, R. (1997): Police Cautioning in the 1990s (Research Findings No. 52). London: Research and Statistics Directorate, Home Office.
- Feltes, T./Ruch, A. (2015): Polizeidiversion zwischen sachgerechter Kompetenzverteilung und Ausweitung formeller sozialer Kontrolle. In: Rotsch, T./Brüning, J./Schady, J. (Hg.): Strafrecht – Jugendstrafrecht – Kriminalprävention in Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 305-319.
- Fionda, J. (1999): Crime and Disorder Act 1998: New Labour, old hat: Youth justice and the Crime and Disorder Act 1998. Criminal Law Review, 1999, 36-47.
- Gelman, A./Carlin, J. (2014): Beyond Power Calculations. Assessing Type S (Sign) and Type M (Magnitude) Errors. Perspectives on Psychological Science, 9 (6), S. 641-651.
- Glock, B. (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Goldson, B. (2000): Whither Diversion? Interventionism and the New Youth Justice. In: Goldson, B. (Hg.): The New Youth Justice. Lyme Regis: Russell House Publishing, S. 35-57.
- Goldson, B. (2002): New Punitiveness: The Politics of Child Incarceration. In: Muncie, J./Hughes, G./McLaughlin, E. (Hg.): Youth Justice: Critical Readings. London: Sage, S. 386-400.
- Hagell, A. (2004): The Use of Custody for Children and Young People. In: Bateman, T./Pitts, J. (Hg.): The RHP Companion to Youth Justice. Lyme Regis: Russell House, S. 151-157.
- Hanewinkel, V./Oltmer, J. (2015): focus Migration: Länderprofil Deutschland 2015. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück/Bundeszentrale für politische Bildung.
- Heinz, W. (2017): Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland – Berichtsstand 2015 im Überblick. Stand: Berichtsjahr 2015, Version: 1/2017, in: [http://www.uni-kon-stanz.de/rf/kis/Kriminalitaet\\_und\\_Kriminalitaetskontrolle\\_in\\_Deutschland\\_Stand\\_2015.pdf](http://www.uni-kon-stanz.de/rf/kis/Kriminalitaet_und_Kriminalitaetskontrolle_in_Deutschland_Stand_2015.pdf) [letzter Aufruf: 01.06.2018].
- Home Office (1997a): No more Excuses. London: Eigenverlag.
- Home Office (1997b): Tackling Youth Crime, Reforming Youth Justice: A Consultation Paper. London: Eigenverlag.
- House of Commons (2007): The Criminal Justice and Immigration Bill (Bill 130 of 2006-07) – Research Paper 07/65. London: Eigenverlag.
- Hradil, S. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huizinga, D./Schumann, K./Ehret, B./Elliott, A. (2003): The effect of juvenile justice system processing on subsequent delinquent and criminal behavior. A cross-national study. Final Report to the National Institute of Justice. Denver u.a.: University of Colorado/University of Bremen.
- Huizinga, D./Henry, K. (2008): The Effect of Arrest and Justice System Sanctions on Subsequent Behavior. Findings from Longitudinal and Other Studies. In: Liberman, A.M. (Hg.): The long view of crime. A synthesis of longitudinal research. New York: Springer, S. 21-35.
- IT.NRW (2017): Strafverfolgung – Sonderauswertung: Einstellung nach § 45 JGG bei Ermittlungsverfahren, Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz und sonstige zu erledigende Geschäfte bei der Staatsanwaltschaft Duisburg. Düsseldorf.
- IT.NRW (2018a): Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslose nach Schwerpunkten (8) und Geschlecht – Gemeinden 2005, in: <https://www.landesdatenbank.nrw.de> [letzter Aufruf: 01.06.2018]

- IT.NRW* (2018b): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes – Bevölkerungsstand nach Altersjahren (90) und Geschlecht – Gemeinden, in: <https://www.landesdatenbank.nrw.de> [letzter Aufruf: 01.06.2018]
- IT.NRW* (2018c): Strafverfolgung – Sonderauswertung: Nach Jugendstrafrecht Verurteilte und Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG im LG-Bezirk Duisburg, Düsseldorf.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Berlin: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
- Jones, D. (2012): Conditions for Sustainable Decarceration Strategies for Young Offenders. London: London School of Economics and Political Science.
- Kruschke, J./Liddell, T. (2018): The Bayesian New Statistics. Hypothesis testing, estimation, meta-analysis, and power analysis from a Bayesian perspective. *Psychonomic Bulletin & Review* 25 (1), S. 178-206.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW* (2006): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 2005. Düsseldorf: Eigenverlag.
- Laubenthal, K./Baier, H. (2006): Jugendstrafrecht. Berlin u.a.: Springer.
- Law Commission* (2001): The Law Commission: Eighth Programme of Law Reform. London: Eigenverlag.
- McAra, L./McVie, S. (2007): Youth justice? The impact of system contact on patterns of desistance from offending. *European Journal of Criminology* 4 (3), S. 315-345.
- Ministry of Justice* (2009): The Criminal Justice and Immigration Act 2008. London: Eigenverlag.
- Ministry of Justice* (2018a): Court Outcomes by Police Force Area: Pivot Table Analytical Tool for England and Wales – Time Period: 12 months ending December 2007 to 12 months ending December 2017. London: Eigenverlag.
- Ministry of Justice* (2018b): Criminal Statistics England and Wales, Supplementary Tables for 2004 – Recalculation for the age group 14-17 ys. under FOI request 171009003. London.
- Moore, T./Rahman, P./Rendell, T. (2010): Youth court guide. 4<sup>th</sup> Edition. Haywards Heath: Bloomsbury Professional.
- Motzke, K./Brondies, M. (2004): Methodendokumentation der kriminologischen Schülerbefragung in Duisburg 2002. Schriftenreihe Jugendkriminalität in der modernen Stadt – Methoden Heft Nr. 5. Münster u.a.: Universität Münster/Universität Trier.
- Muncie, J./Goldson, B. (2008): England and Wales: The New Correctionalism. In: Muncie, J./Goldson, B. (Hg.): *Comparative Youth Justice*. London: Sage, S. 34-47.
- Office for National Statistics* (2006): Regional Gross Value Added, in: [https://web.archive.org/web/20071201002538/http://www.statistics.gov.uk/downloads/theme\\_economy/RegionalGVA.pdf](https://web.archive.org/web/20071201002538/http://www.statistics.gov.uk/downloads/theme_economy/RegionalGVA.pdf) [letzter Aufruf: 01.06.2018].
- Office for National Statistics* (2012): NOMIS – Official labour market statistic: Annual Population Survey, in: [www.nomisweb.co.uk/query/construct/summary.asp?mode=construct&version=0&dataset=17](http://www.nomisweb.co.uk/query/construct/summary.asp?mode=construct&version=0&dataset=17) [letzter Aufruf: 01.06.2018].
- Office for National Statistics* (2013): Table QS214EW. 2011 Census: National identity (detailed), local authorities in England and Wales, in: <https://www.ons.gov.uk/ons/rel/census/2011-census/quick-statistics-for-england-and-wales-on-national-identity--passports-held-and-country-of-birth/rft---qs214ew.xls> [letzter Aufruf: 01.06.2018].

- Office for National Statistics* (2017): Population Estimates for UK, England and Wales, Scotland and Northern Ireland, Unformatted Mid 2001 to Mid 2010 Revised, in: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20160106223229/http://www.ons.gov.uk/ons/publications/re-reference-tables.html?edition=tcn%3A77-315018> [letzter Aufruf: 01.06.2018].
- Office for National Statistics* (2018): Estimates from the Annual Population Survey, 2005. UK resident population of Peterborough who are have a non-British nationality, aged 0-19 – Recalculation for the authors. London.
- Peterborough City Council* (2013a): 2012 Mid-year estimates by national comparison. How does Peterborough differ from the national picture? Peterborough: Eigenverlag.
- Peterborough City Council* (2013b): Historical population change. Peterborough: Eigenverlag.
- Peterborough City Council* (2014): Population and dwelling stock estimates 2001 - 2013. Peterborough Unitary Authority. Peterborough: Eigenverlag.
- Petrosino, A./Turpin-Petrosino, C./Guckenberg, S.* (2014): The Impact of Juvenile System Processing on Delinquency. In: Farrington, D.P./Murray, J. (Hg.): Labeling theory. Empirical tests. New Brunswick, NJ: Transaction, S. 113-148.
- Piquero, A.R.* (2008): Taking Stock of Developmental Trajectories of Criminal Activity over the Life Course. In: Liberman, A.M. (Hg.): The long view of crime. A synthesis of longitudinal research. New York: Springer, S. 23-78.
- Pitts, J.* (2004): The Recent History of Youth Justice in England and Wales. In: Bateman, T./Pitts, J. (Hg.): The RHP Companion to Youth Justice. Lyme Regis: Russell House, S. 151-157.
- Pöge, A.* (2008): Persönliche Codes ‚reloaded‘. Methoden, Daten, Analysen, 2 (1), S. 59-70.
- Puech, K./Evans, R.* (2001): Reprimands and warnings: populist punitiveness or restorative justice? Criminal Law Review, 2001, S. 794-808.
- Reinecke, J.* (2013): Growth curve models and panel dropouts. Applications with criminological panel data. Netherlands Journal of Psychology, 67 (4), S. 122-131.
- Richter, R.* (2008): Die Bevölkerungsentwicklung in Duisburg bis 2027. Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung 2008. Duisburg: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten.
- Samuels, T.* (2008): The Poles Are Coming!
- Schulte, P.* (2019): Kontrolle und Delinquenz. Panelanalysen zu justizieller Stigmatisierung und Abschreckung. Münster: Waxmann (im Erscheinen).
- Sentencing Council* (2017): Sentencing Children and Young People Overarching Principles and Offence Specific Guidelines for Sexual Offences and Robbery. London: Eigenverlag.
- SK-StPO* (2016): Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung, herausgegeben von J. Wolter. Band III. 5. Auflage. Köln: Carl Heymanns.
- Stachon, V.* (2007): The principles of punishment applied to children within the juvenile justice system. UCL Jurisprudence Review, 13, S. 53-73.
- Stadt Duisburg* (2007): Sozialbericht 2007 – Stadt Duisburg. Duisburg: Eigenverlag.
- Stadt Duisburg* (2013): Sozialbericht 2012 – Stadt Duisburg. Duisburg: Eigenverlag.
- Stadt Duisburg* (2014): Duisburger Jahreseckdaten 1995 – 2010, in: [https://www.duisburg.de/vv/medien/dez\\_i/Jahreszahlen\\_1995\\_2010.pdf](https://www.duisburg.de/vv/medien/dez_i/Jahreszahlen_1995_2010.pdf) [letzter Aufruf: 01.06.2018].
- Statistisches Bundesamt* (2009): Strafverfolgung 2007. Wiesbaden: Eigenverlagen.
- Thomas, D.A.* (1997): Sentencing legislation – the case for consolidation. Criminal Law Review, 1997, S. 406-415.

- van de Vijver, F.J.R./Matsumoto, D.R.* (2011): Introduction to the methodological issues associated with cross-cultural research. In: Matsumoto, D.R./van de Vijver, F.J.R. (Hg.): Cross-cultural research methods in psychology. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-14.
- Verneuer, L./Walburg, C.* (2019): Verbreitung von Delinquenz im Altersverlauf. In: Boers, K./Reinecke, J. (Hg.): Delinquenz im Altersverlauf. Erkenntnisse der Längsschnittstudie Kriminalität in der modernen Stadt. Münster: Waxmann (im Erscheinen).
- Walter, M./Neubacher, F.* (2011): Jugendkriminalität. 4. Auflage. Stuttgart u.a.: Boorberg.
- Wikström, P.-O./Oberwittler, D./Treiber, K./Hardie, B.* (2012): Breaking rules. The social and situational dynamics of young people's urban crime. Oxford: Oxford University Press.



# Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende?

*Nina Palmowski*

## Gliederung

- |   |  |
|---|--|
| 1. Einleitung   | 4.1 Methodik   |
| 2. Datengrundlage   | 4.2 Ergebnisse                                       |
| 3. Anwendungshäufigkeit von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht | 5. Wirksamkeit von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht |
| 4. „Milde“ von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht              | 6. Fazit   |

## 1. Einleitung

Gemäß § 105 Abs. 1 JGG kann die Altersgruppe der zur Tatzeit 18- bis einschließlich 20-Jährigen entweder nach Jugend- oder nach Erwachsenenstrafrecht behandelt werden. Liegt eine Reifeverzögerung (Nr. 1) oder eine Jugendverfehlung (Nr. 2) vor, so kommen jugendstrafrechtliche Reaktionen zur Anwendung, andernfalls erfolgt die Sanktionierung nach allgemeinem Strafrecht. Die Frage, welches Recht bei Straftaten von Heranwachsenden Anwendung finden sollte, wurde bereits vor der Einführung des JGG im Jahr 1923 diskutiert, in diesem Gesetz fand sich gleichwohl keine dem heutigen § 105 JGG vergleichbare Norm. Bis zum Inkrafttreten des § 105 JGG im Jahr 1953 war eine Anwendung des materiellen Jugendstrafrechts auf Heranwachsende nicht möglich.<sup>1</sup> Die Debatte um die strafrechtliche Behandlung der Heranwachsenden ist seither nicht verstummt, sondern hat sich zu einem „Dauerthema“<sup>2</sup> in der Kriminalpolitik entwickelt. Immer wieder ist diese Thematik in den vergangenen Jahrzehnten Gegenstand von Reformbestrebungen gewesen, die freilich in diametral unterschiedliche Richtungen zielen: Mit bemerkenswerter Beständigkeit werden Gesetzesinitiativen vorgebracht, die eine regelmäßige Anwendung von Erwachsenenstrafrecht auf die Altersgruppe der Heranwachsenden anstreben.<sup>3</sup> Ein

---

1 Hierzu z.B.: *Kraft* (2004), S. 20, 34 ff.

2 *Dünkel* (2003), S. 19 ff.

3 Siehe unter anderem: BR-Drs. 238/04; BR-Drs. 276/05 und zuletzt: BR-Drs. 792/6/16.

Großteil der jugendkriminologischen Literatur fordert dagegen schon seit langem, dass alle Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht behandelt werden.<sup>4</sup> Nicht zuletzt finden sich auch diejenigen Stimmen, die die geltende Rechtslage beibehalten möchten.<sup>5</sup> Im Rahmen dieses Beitrages kann nicht auf alle vorgebrachten Argumente der vielschichtigen Reformdiskussion eingegangen werden.<sup>6</sup> Für die nachfolgende Auswertung werden daher drei Aspekte herausgegriffen: die Anwendungshäufigkeit, die Milde sowie die Wirksamkeit des Jugendstrafrechts bei Heranwachsenden.

## 2. Datengrundlage

Auswertungen, die sich mit der Anwendungshäufigkeit von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden befassen, ziehen häufig die Strafverfolgungsstatistik heran.<sup>7</sup> Die hiesige empirische Analyse basiert auf Daten des Bundeszentral- und Erziehungsregisters (BZR/EZR), die im Rahmen der bundesweiten Legalbewährungsstudie „Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen“<sup>8</sup> durch das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (Freiburg) und die Abteilung für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug der Universität Göttingen erhoben worden sind.<sup>9</sup> Drei Erhebungswellen des aktuellen Untersuchungsdesigns sind mittlerweile abgeschlossen, ihnen liegt jeweils ein Bezugsjahr und ein darauffolgender dreijähriger Rückfall-Beobachtungszeitraum zugrunde.<sup>10</sup> Diese Datengrundlage ermöglicht es, einen Großteil der strafrechtlichen Behandlung von Heranwachsenden abzubilden, da nicht nur Verurteilungen, sondern auch alle jugendstrafrechtlichen Einstellungen gemäß § 45 und § 47 JGG ausgewertet werden können. Anhand von Voreintragungen und Folgeentscheidungen lässt sich auch die Legalbiographie der Probanden vor und nach einer strafrechtlichen Reaktion nachzeichnen.<sup>11</sup> Der hiesigen Auswertung liegt das Bezugsjahr 2007 zugrunde.<sup>12</sup> Erfasst werden alle Probanden, die im Jahr 2007 eine im

---

4 So z.B.: Höynck/Sonnen (2001), S. 247; Neubacher (2017), S. 147.

5 Z.B. Beulke (2006), S. 230 ff.; Lütkes/Rose (2003), S. 473.

6 Zum Ganzen Pruin (2007), S. 245 ff.

7 Z.B. Heinz (2017), S. 125 ff.

8 Zuletzt: Jehle et al. (2016).

9 Zum Erhebungskonzept: Jehle et al. (2016), S. 23 ff.

10 Bezugsjahr 2004 (Rückfallzeitraum 2004 bis 2007), Bezugsjahr 2007 (Rückfallzeitraum 2007 bis 2010) und Bezugsjahr 2010 (Rückfallzeitraum 2010 bis 2013). Eine Kombination der Erhebungswellen ist ebenfalls möglich: Jehle et al. (2016), S. 169 ff.

11 Zu den Vorzügen dieser Datengrundlage bereits: Jehle/Palmowski (2014), S. 326 ff.

12 Die Daten entstammen der zweiten Erhebungswelle: Jehle et al. (2013).

BZR/EZR eingetragene, nicht-freiheits-entziehende Reaktion erhalten haben, und solche, die im Jahr 2007 aus der Haft entlassen wurden.<sup>13</sup> Auf diese Weise sind Informationen zu mehr als einer Million Probanden<sup>14</sup> verfügbar, von denen circa 150.000<sup>15</sup> zum Zeitpunkt der Tat 18 bis einschließlich 20 Jahre alt und somit Heranwachsende im Sinne von § 1 Abs. 2 JGG waren.

### 3. Anwendungshäufigkeit von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht

Es ist ein bekannter Befund, dass bei Verurteilungen von Heranwachsenden seit langem häufiger Jugendstrafrecht als Erwachsenenstrafrecht angewendet wird – bei vergleichsweise schweren Straftaten erfolgt fast ausschließlich eine Verurteilung nach Jugendstrafrecht.<sup>16</sup> Diese Ergebnisse lassen sich auch anhand der hier verwendeten Registerdaten (Bezugsjahr 2007) bestätigen (*siehe Abbildung 1*): Fast 65 % der Heranwachsenden wurden nach JGG verurteilt, besonders hohe Anteile der Anwendung von Jugendstrafrecht finden sich beispielsweise bei den Raubdelikten (98 %). Verurteilungen nach Erwachsenenstrafrecht haben unter anderem bei Verkehrs- und Betrugsdelikten eine nicht unerhebliche Bedeutung (jeweils  $\geq 50$  %). Insbesondere bei den Verkehrsstraftaten fällt der Anteil von Jugendstrafrecht allerdings regional sehr verschieden aus.<sup>17</sup> Im Rahmen dieses Beitrages kann diese Thematik nicht vertieft werden, gleichwohl sei an dieser Stelle auf Folgendes hingewiesen: Es finden sich Anhaltspunkte dafür, dass deliktsspezifische und regionale Differenzen nicht ausschließlich durch unterschiedliche tat- und täterbezogene Merkmale der Probandengruppen zu erklären sind. Es könnten auch prozess-ökonomische Gründe, nämlich die Anwendbarkeit des Strafbefehlsverfahrens, eine Rolle spielen.<sup>18</sup>

---

13 Bei mehreren Bezugsentscheidungen im Jahr 2007 wird auf die erste abgestellt. Werden in einer Bezugsentscheidung mehrere Reaktionen angeordnet, erfolgt nur eine Auswertung der schwersten Reaktion; siehe auch *Jehle/Palmowski* (2014), S. 328.

14  $n = 1.044.485$ .

15  $n = 145.138$ .

16 Zur Entwicklung der Anwendungsquoten: *Heinz* (2014), S. 305.

17 Siehe unter anderem *Heinz* (2014), S. 308.

18 Hierzu z.B. *Heinz* (2014), S. 310 ff.; *Bartels* (2007), S. 151 ff.

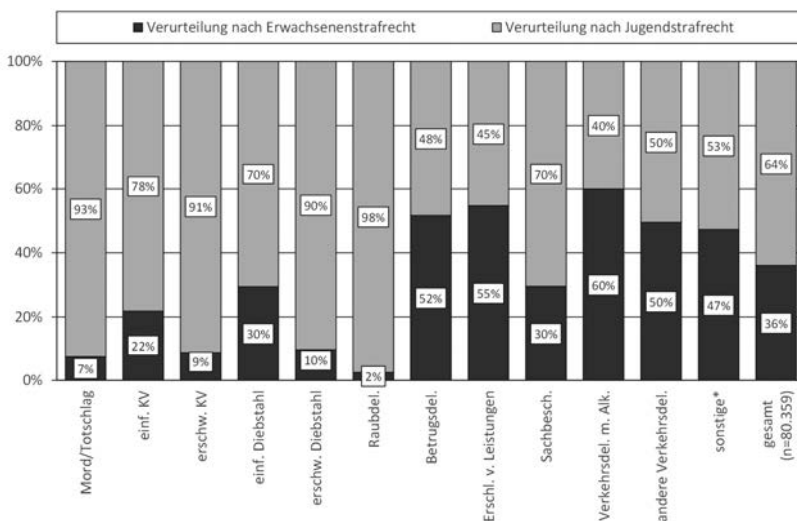


Abbildung 1: Anteile von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht bei Verurteilungen von Heranwachsenden (differenziert nach Deliktsgruppen)<sup>19</sup>

## 4. „Milde“ von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht

Dem Jugendstrafrecht wird in der kriminalpolitischen Diskussion mitunter vorgeworfen, es sei zu „milde“ beziehungsweise „milder“ als das allgemeine Strafrecht.<sup>20</sup> Trifft dies zu? Oder finden sich stattdessen Hinweise für eine „härtere“ Bestrafung bei Anwendung von Jugendstrafrecht?<sup>21</sup>

### 4.1 Methodik

Ein direkter Vergleich der Sanktionierung von Heranwachsenden, die nach Jugend- und nach Erwachsenenstrafrecht behandelt worden sind, erweist sich bei näherer Betrachtung nicht als erfolgversprechend, da die Kriterien des § 105 Abs. 1 JGG zu einer Selektion führen können: Liegt eine Reifeverzögerung vor, so ist gemäß § 105 Abs. 1 JGG das Jugendstrafrecht auf den zur

19 \* Entscheidungen ohne Deliktsangabe sind nur in der Gesamtgruppe (nicht dagegen in der Gruppe „sonstige“) enthalten.

20 Hierzu: Kinzig (2009), S. 379 ff.

21 Pfeiffer (1991), S. 114 ff.; Kemme/Stoll (2012), S. 36 ff.

Tatzeit Heranwachsenden anzuwenden. Die Umstände, die hierfür maßgeblich sind, können auch beispielsweise für die Annahme schädlicher Neigungen oder die Bewährungsaussetzung relevant sein.<sup>22</sup> Es liegt daher nahe, dass die Sanktionierung bei diesen Personen häufiger „härter“ ausfällt als bei anderen Probandengruppen.<sup>23</sup>

Deshalb ist es vorzugswürdig, Jugend- und Erwachsenenstrafrecht anhand von Altersjahren zu vergleichen: Dieser mittelbare Untersuchungsansatz wird durch den Umstand ermöglicht, dass zur Tatzeit 20-Jährige häufig nach Jugendstrafrecht behandelt werden, 21-Jährige dagegen fast ausschließlich<sup>24</sup> nach Erwachsenenstrafrecht. Aufgrund des geringen Altersunterschiedes zwischen diesen beiden Gruppen ist zu erwarten, dass die Lebensumstände und die Taten dieser Probanden große Ähnlichkeiten aufweisen.<sup>25</sup> Gleichwohl sind auch bei einer solchen Vorgehensweise eine Reihe von möglichen Verzerrungsfaktoren zu bedenken, deren Einfluss es zu verhindern beziehungsweise zu verringern gilt:

In den Daten des BZR/EZR sind zwar alle Verurteilungen und alle Einstellungen nach Jugendstrafrecht enthalten. Nicht erfasst sind jedoch die Einstellungen nach Erwachsenenstrafrecht (zum Beispiel §§ 153, 153a StPO), da diese nicht im BZR/EZR eingetragen werden.<sup>26</sup> Wie häufig diese Vorschriften bei Heranwachsenden Anwendung finden, lässt sich auch mithilfe anderer verfügbarer Datenquellen nicht abschließend beurteilen. Deshalb ist es sinnvoll, Probandengruppen auszuwählen, bei denen Einstellungen aus Opportunitätsgründen voraussichtlich eine geringe Rolle spielen. Insofern bieten sich vergleichsweise schwere Deliktsbereiche, zum Beispiel §§ 243, 244, 244a StGB, an.<sup>27</sup> Zusätzlich lässt sich die Auswahl auf solche Probanden beschränken, die mindestens zwei Voreintragungen haben.<sup>28</sup>

22 Siehe auch: *Schaffstein et al.* (2014), S. 169.

23 Zum Ganzen auch *Jehle/Palmowski* (2014), S. 331; *Jehle et al.* (2014), S. 324; *Neubacher* (2017), S. 140. Als Hinweis für eine solche Verzerrung kann die höhere Voreintragungsbelastung der nach Jugendstrafrecht behandelten Heranwachsenden herangezogen werden und die Tatsache, dass die strafrechtliche Behandlung der nach StGB bestraften 20-Jährigen deutlich „milder“ ausfällt als diejenige der 21-Jährigen, *Jehle/Palmowski* (2014), S. 331.

24 Eine Ausnahme besteht für Taten in unterschiedlichen Altersstufen (§ 32 JGG).

25 *Jehle et al.* (2014), S. 324.

26 Einstellungen nach §§ 153, 153a StPO sind bei Heranwachsenden zumindest dann anwendbar, wenn der Beschuldigte nach Erwachsenenstrafrecht behandelt wird. Bei nach Jugendstrafrecht behandelten Heranwachsenden (und bei Jugendlichen) ist die Anwendbarkeit umstritten, vgl. z.B. *Gräf* (2015), S. 85 ff.

27 Siehe auch *Jehle/Palmowski* (2014), S. 325 f. m.w.N.; *Jehle et al.* (2014), S. 324.

28 Durch die Verknüpfung der Erhebungswellen sind Tilgungsverluste im Datensatz (auch hinsichtlich der Voreintragungen) kaum zu befürchten. Allerdings könnte sich im Bagatellbereich der Umstand, dass im Erziehungsregister enthaltene (Vor-)Eintragungen gemäß § 63 BZRG mit Vollendung des 24. Lebensjahres entfernt und durch die Justizbehörden nicht

Bei nichtdeutschen Probanden kann nicht ausgeschlossen werden, dass ihre Rückfallfähigkeit im Beobachtungszeitraum durch Ausreise oder Ausweisung/Abschiebung begrenzt ist.<sup>29</sup> Deshalb wird der Vergleich auf deutsche 20- und 21-jährige Probanden beschränkt.<sup>30</sup> Durch die Auswahl von männlichen Probanden kann ein weiteres täterbezogenes Merkmal konstant gehalten werden. Ein Aspekt, der bislang vergleichsweise wenig erforscht worden ist, betrifft die Einbeziehungen von früheren Entscheidungen: Mit den BZR/EZR-Daten lässt sich erkennen, ob eine Entscheidung eine frühere Entscheidung einbezieht (gemäß § 31 Abs. 2 JGG bzw. § 55 StGB).<sup>31</sup> Dieser Vorteil im Vergleich zur Strafverfolgungsstatistik ermöglicht es, die Häufigkeiten von Einbeziehungen für die hier ausgewählte Probandengruppe<sup>32</sup> zu bestimmen:

In *Abbildung 2* ist erkennbar, dass Einbeziehungen bei den 20-Jährigen häufiger vorkommen als bei den 21-Jährigen (34 % gegenüber 14 %). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die nachträgliche Gesamtstrafenbildung gemäß § 55 StGB in zeitlicher Hinsicht höher sind als für die Einbeziehung gemäß § 31 Abs. 2 JGG: Bedingung für die nachträgliche Gesamtstrafenbildung (§ 55 StGB) ist, dass die neue Tat vor der früheren Entscheidung begangen wurde. Die jugendstrafrechtliche Einbeziehung (§ 31 Abs. 2 JGG) ist dagegen auch dann möglich, wenn die neue Tat der früheren Entscheidung nachfolgt. Auch die Rechtsfolgen der Einbeziehung sind im Jugend- und im Erwachsenenstrafrecht verschieden. Im Rahmen des § 55 StGB wird die (nachträgliche) Gesamtstrafe durch Erhöhung der schwersten Einzelstrafe gebildet (§ 54 Abs. 1 StGB). Bei § 31 Abs. 2 JGG erfolgt dagegen eine einheitliche neue (jugendstrafrechtliche) Entscheidung, die nicht höher ausfallen muss als die Vorangegangene.<sup>33</sup> Wie die Probanden sanktioniert worden wären, wenn keine Einbeziehung erfolgt wäre, lässt sich aber mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial nicht ermitteln. Deshalb ist es sinnvoll, auf Probandengruppen abzustellen, bei denen Einbeziehungen nicht

---

mehr bei einer späteren Sanktionierung berücksichtigt werden, auf die Vergleichsergebnisse so auswirken, dass in wenigen Fällen eine nicht sichtbare Einstellung nach §§ 153, 153a StPO erfolgt und somit kein Rückfall registriert wird.

29 Gemäß § 54 Abs. 1 BZRG werden Verurteilungen durch nicht deutsche Gerichte nur bei deutschen Staatsangehörigen in das Register eingetragen und bei Personen, die in Deutschland geboren oder wohnhaft sind.

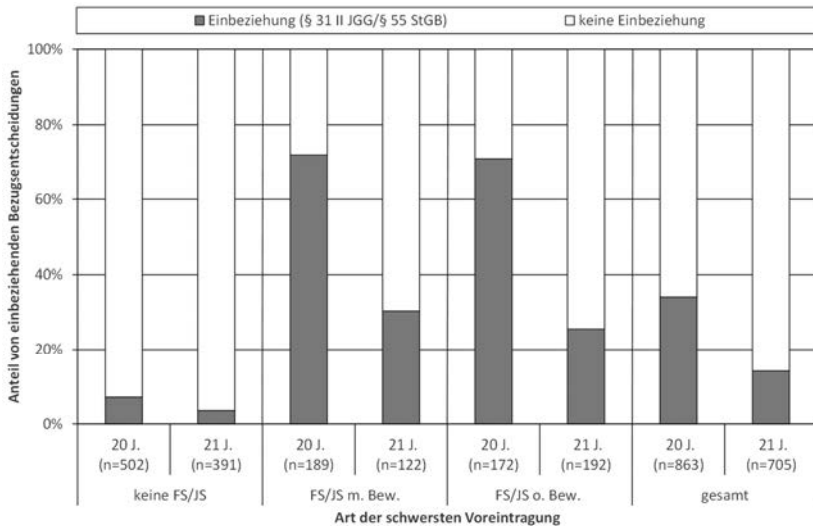
30 *Jehle et al.* (2014), S. 324.

31 Daneben existieren auch Entscheidungen gemäß § 460 StPO und § 66 JGG. Bei diesen werden jedoch weder Alter noch Delikt im Register eingetragen, sodass sie bei der Analyse nicht berücksichtigt werden können: *Jehle/Palmowski* (2014), S. 330, 333 f.

32 Männliche deutsche 20- und 21-Jährige der Deliktgruppe schwere Diebstahlsformen mit mindestens zwei Voreintragungen.

33 *Diemer/Schatz/Sonnen* (2015), § 31 Rn. 40 m.w.N. auch zur anderen Ansicht.

häufig vorkommen. *Abbildung 2* zeigt auch eine mögliche Lösung für diese Problematik auf. Bei der Auswahl von Probanden, die keine Freiheits- oder Jugendstrafe als Voreintragung erhalten haben, sind Einbeziehungen bei beiden Altersjahren selten.<sup>34</sup> Erhebliche Verzerrungen durch Einbeziehungen können daher bei derartigen Vergleichsgruppen ausgeschlossen werden.<sup>35</sup>



*Abbildung 2:* Anteile von einbeziehenden Entscheidungen an den Bezugsentscheidungen von männlichen deutschen 20- und 21-Jährigen, die mindestens zwei Voreintragungen aufweisen, differenziert nach der Art der schwersten Voreintragung (§§ 243, 244, 244a StGB)<sup>36</sup>

## 4.2 Ergebnisse

*Abbildung 3* stellt die strafrechtliche Behandlung von männlichen deutschen 20- und 21-Jährigen gegenüber, die mindestens zwei Voreintragungen (jedoch keine Freiheits- oder Jugendstrafe als schwerste Voreintragung) aufweisen.

34 Bei einer derartigen Probandenauswahl liegen die Anteile von einbeziehenden Bezugsentscheidungen bei 7 % (20-Jährige) bzw. bei 4 % (21-Jährige).

35 Auch bei Pfeiffer (1991), S. 114 ff. und Kemme/Stoll (2012), S. 36 ff. wird zwischen Probanden mit und ohne Freiheits- und Jugendstrafen als (schwerste) Voreintragung unterschieden.

36 Als Bezugsentscheidung erfasst werden neben den Verurteilungen auch alle Einstellungen gemäß §§ 45, 47 JGG, als Einbeziehung werden nur Entscheidungen gemäß § 31 Abs. 2 JGG und § 55 StGB erfasst.

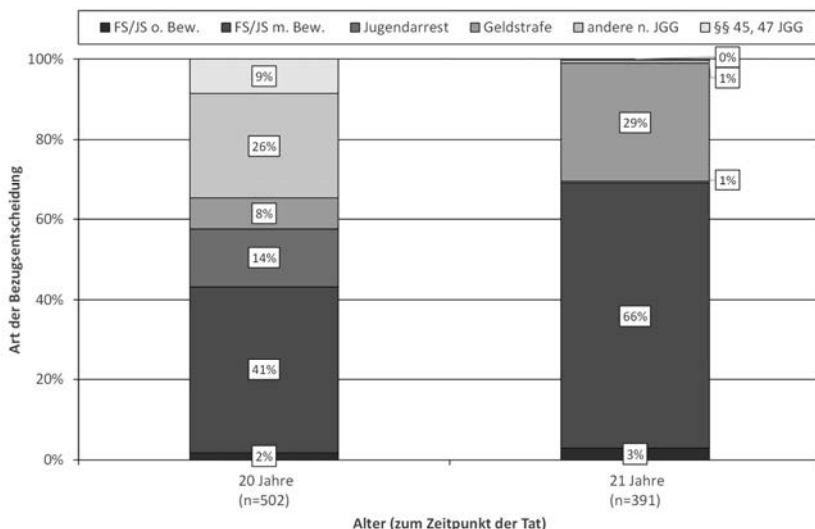


Abbildung 3: Strafrechtliche Reaktionen bei männlichen deutschen 20- und 21-Jährigen, die mindestens zwei Voreintragungen (jedoch keine Freiheits-/Jugendstrafe als schwerste Voreintragung) aufweisen (§§ 243, 244, 244a StGB)

Auf den ersten Blick erscheint die Sanktionierung der 20-Jährigen<sup>37</sup> milder als diejenige der 21-Jährigen.<sup>38</sup> Die Anteile von Freiheits- und Jugendstrafen insgesamt (mit und ohne Bewährung) fallen bei den 21-Jährigen höher aus als bei den jüngeren Probanden.<sup>39</sup> Als weiteres Vergleichskriterium ließe sich aber auf die Inhaftierungsrate abstellen: Diese fällt bei den 20-Jährigen höher aus als bei den Älteren – wenn man den Jugendarrest (14 %) als freiheitsentziehende Reaktion mit berücksichtigt.<sup>40</sup> Dies ist freilich nicht zwingend,

37 Der Anteil jugendstrafrechtlicher Entscheidungen (inkl. §§ 45, 47 JGG) an allen im BZR/EZR erfassten Entscheidungen beträgt bei den 20-Jährigen bei dieser Probandenauswahl 84 %.

38 Der Anteil jugendstrafrechtlicher Entscheidungen (inkl. §§ 45, 47 JGG) an allen im BZR/EZR erfassten Entscheidungen beträgt bei den 21-Jährigen bei dieser Probandenauswahl 6 %. Diese Fälle sind voraussichtlich auf Taten in unterschiedlichen Altersstufen (§ 32 JGG) zurückzuführen.

39 20 % der bedingten Strafen haben bei den 21-Jährigen eine Dauer von < 6 Monaten. Bei den 20-Jährigen kommen diese erwartungsgemäß deutlich seltener vor ( $n = 9$ ), da das Mindestmaß bei Jugendstrafen gemäß § 18 Abs. 1 S. 1 JGG 6 Monate beträgt. Im Gegenzug beziehen sich 12 % der Kategorie „Bewährungsstrafen“ bei den 20-Jährigen auf einen Schuldspruch gemäß § 27 JGG, sodass noch nicht feststeht, ob eine Jugendstrafe verhängt werden wird.

40 Der Jugendarrest wird bei der Internierungsrate unter anderem bei Heinz (2012), S. 137 f. berücksichtigt. Die Anteile von unbedingten Strafen sind in Abbildung 3 bei beiden



zumal der Jugendarrest nur mit einer sehr kurzen Freiheitsentziehung verbunden ist, für die sich keine Entsprechung im Erwachsenenstrafrecht findet.<sup>41</sup> Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass diese jugendstrafrechtliche Reaktion ohne weitere Bedingungen (zum Beispiel Widerruf bei Bewährungsstrafen, Uneinbringlichkeit bei Geldstrafen) mit einem unmittelbaren Entzug der persönlichen Freiheit des Verurteilten verbunden ist.

Es fällt weiterhin auf, dass die Geldstrafe bei den 20-Jährigen nur einen kleinen Teil der Entscheidungen in *Abbildung 3* ausmacht, während ihr Anteil bei den 21-Jährigen fast ein Drittel beträgt. Insofern ist interessant, welche Art von ambulanten Erziehungsmaßnahmen und Zuchtmitteln (ohne Jugendarrest) bei den 20-Jährigen verhängt worden sind (26 % bei den 20-Jährigen). Handelt es sich bei diesen Maßnahmen vor allem um Geldauflagen (§ 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 JGG), sodass die Bedeutung von monetären Reaktionen bei beiden Altersjahren ähnlich ausfällt? Im Rahmen einer weitergehenden Differenzierung lässt sich erkennen, dass nur bei 21 % dieser jugendstrafrechtlichen Maßnahmen eine Geldauflage allein oder in Kombination mit einer Verwarnung (§ 14 JGG) angeordnet wurde. Häufiger werden Arbeitsauflagen (allein oder in Kombination mit einer Verwarnung) verhängt (45 %), die übrigen Fälle beziehen sich auf andere Maßnahmen/Kombinationen.<sup>42</sup> Einstellungen gemäß §§ 45, 47 JGG haben bei der hiesigen Probandenauswahl – erwartungsgemäß – nur eine geringe Bedeutung, in *Abbildung 3* machen sie 9 % der im BZR/EZR erfassten Bezugsentscheidungen gegenüber 20-Jährigen aus. Hierbei handelt es sich zumeist (72 %) um Einstellungen gemäß § 47 JGG. Welche Variante dieser Einstellungsvorschrift angewendet wurde (§ 47 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 2, 3 oder 4 JGG), lässt sich leider nicht auswerten.

Die Ergebnisse aus *Abbildung 3* sprechen dafür, dass das Jugendstrafrecht nicht als vollumfänglich „milder“ im Vergleich zu dem Erwachsenenstrafrecht angesehen werden kann; zumindest lässt sich aber festhalten, dass die strafrechtliche Behandlung im Jugend- und im Erwachsenenstrafrecht „anders“ ausfällt.<sup>43</sup> Dieses Bild bestätigt sich auch dann, wenn man eine größere Altersspanne betrachtet (18- bis 23-Jährige in *Abbildung 4*). Zwar fällt die strafrechtliche Behandlung auch zwischen den anderen Altersjahren nicht identisch aus, die größten Unterschiede finden sich aber zwischen den 20- und 21-Jährigen – das heißt an der „Schnittstelle“ zwischen denjenigen, die sehr

---

Altersgruppen gering, sie fallen bei den 20-Jährigen etwas niedriger aus als bei den 21-Jährigen (2 % bzw. 3 %).

41 Fast 50 % der in *Abbildung 3* erfassten Jugendarreste dauern nur eine Woche oder weniger.

42 Z.B. Weisungen (§ 10 JGG) allein (8 %) oder in Kombination mit einer Arbeitsauflage (8 %).

43 Siehe auch: *Jehle/Palmowski* (2014), S. 331 ff. und *Jehle et al.* (2014), S. 326 (anhand von anderen Probandengruppen bei schweren Diebstahlsformen).

häufig nach Jugendstrafrecht behandelt werden, und denjenigen, bei denen fast ausschließlich Erwachsenenstrafrecht angewendet wird.<sup>44</sup>

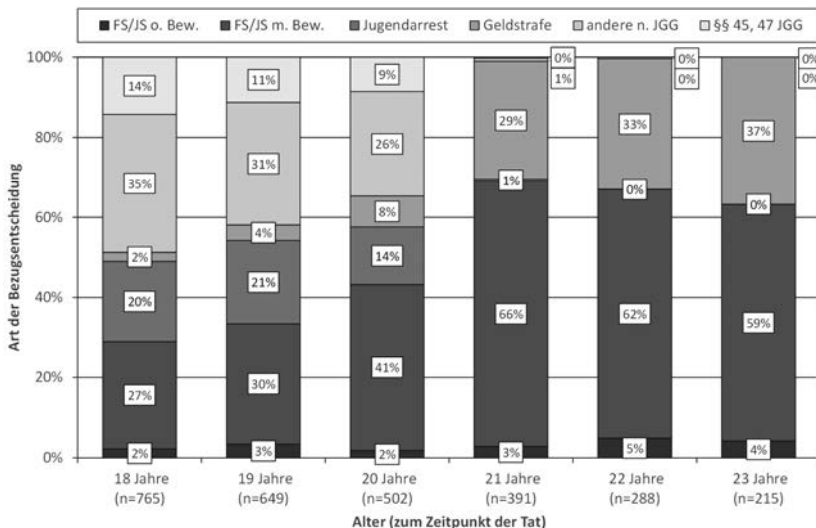


Abbildung 4: Strafrechtliche Reaktionen bei männlichen deutschen 18- bis 23-Jährigen, die mindestens zwei Voreintragungen (jedoch keine Freiheits-/Jugendstrafe als schwerste Voreintragung) aufweisen (§§ 243, 244, 244a StGB)

## 5. Wirksamkeit von Jugend- und Erwachsenenstrafrecht

Ist mit der unterschiedlichen Behandlung der 20- und 21-Jährigen auch eine verschiedene Rückfallquote verbunden? Als rückfällig wird ein Proband angesehen, wenn er in dem dreijährigen Rückfallbeobachtungszeitraum nach der Entscheidung beziehungsweise Entlassung eine neue Tat begangen hat, die eine im BZR/EZR eingetragene strafrechtliche Reaktion zur Folge hatte. In *Abbildung 5* ist zu erkennen, dass die Rückfallquote bei den 20- und den 21-Jährigen sehr ähnlich ausfällt. Bei beiden Altersjahren liegt sie bei 64 % beziehungsweise 63 %. In *Abbildung 5* sind daher keine Hinweise für eine bessere oder schlechtere Wirksamkeit des Jugendstrafrechts erkennbar.

<sup>44</sup> Altersreihen finden sich auch z.B. bei *Heinz* (2012), S. 136 ff. (verschiedene Deliktgruppen).

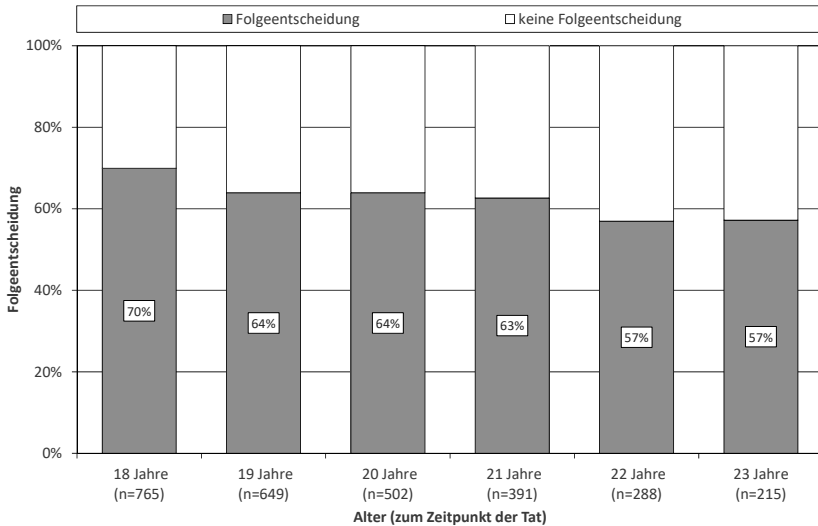


Abbildung 5: Legalbewährung bei männlichen deutschen 18- bis 23-Jährigen, die mindestens zwei Voreintragungen (jedoch keine Freiheits-/Jugendstrafe als schwerste Voreintragung) aufweisen (§§ 243, 244, 244a StGB)

## 6. Fazit

Insbesondere bei vergleichsweise schweren Delikten werden Heranwachsende häufig nach Jugendstrafrecht bestraft. Lässt sich vor dem Hintergrund der gezeigten empirischen Analyse eine Empfehlung für die Reformdiskussion zu § 105 JGG aussprechen? Die Auswertungen sprechen weder dafür, dass das Jugendstrafrecht insgesamt als „milder“ gegenüber dem allgemeinen Strafrecht anzusehen ist, noch für das Gegenteil. Es finden sich auch keine deutlichen Hinweise für eine bessere Legalbewährung nach jugend- oder nach erwachsenenstrafrechtlichen Reaktionen.<sup>45</sup> In der gebotenen Kürze des hiesigen Beitrages lässt sich freilich kein abschließendes Ergebnis zu diesen komplexen Fragestellungen formulieren. Hierfür bedarf es einer weitergehenden Analyse der jugend- und erwachsenenstrafrechtlichen Vorschriften, ihrer Anwendungspraxis und der Rückfälligkeit nach derartigen Reaktionen.<sup>46</sup> Weitere Untersuchungen sind

45 Siehe auch Jehle et al. (2014), S. 326 (andere Probandenauswahl bei §§ 243, 244, 244a StGB).

46 Im Rahmen des Dissertationsprojektes der Autorin zur strafrechtlichen Behandlung und Rückfälligkeit von Heranwachsenden erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Thematik.

unabdingbar, zumal die Ergebnisse nicht ohne weiteres auf andere Probandengruppen übertragbar sind (zum Beispiel auf andere Delikte).

## Literatur

- Bartels, C.* (2007): Das Strafbefehlsverfahren bei Heranwachsenden in Theorie und Praxis. Hamburg: Kovač.
- Beulke, W.* (2006): Resozialisierung – Neudenken? In: Feltes, T./Pfeiffer, C./Steinhilper, G. (Hg.): Festschrift für Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag. Heidelberg: Müller, S. 225-234.
- Diemer, H./Schatz, H./Sonnen, B.-R.* (2015): Jugendgerichtsgesetz mit Jugendstrafvollzugsgesetzen. 7. Auflage. Heidelberg: C.F. Müller.
- Dünkel, F.* (2003): Heranwachsende im Jugendstrafrecht in Deutschland und im europäischen Vergleich. DVJJ-Journal, 14 (1), S. 19-27.
- Gräf, J.* (2015): Die Diversion im Jugendstrafrecht im Lichte der angewandten Kriminologie. Berlin: Lit.
- Heinz, W.* (2012): Jugendstrafrechtliche Sanktionierungspraxis auf dem Prüfstand. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 23 (2), S. 129-147.
- Heinz, W.* (2014): Die Einbeziehung der Heranwachsenden in das Jugendstrafrecht – einige rechtstatsächliche Befunde. In: Neubacher, F./Kubink, M. (Hg.): Gedächtnisschrift für Michael Walter. Berlin: Duncker & Humblot, S. 301-317.
- Heinz, W.* (2017): Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland – Berichtsstand 2015 im Überblick, Version: 1/2017, in: [http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet\\_und\\_Kriminalitaetskontrolle\\_in\\_Deutschland\\_Stand\\_2015.pdf](http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet_und_Kriminalitaetskontrolle_in_Deutschland_Stand_2015.pdf) [letzter Aufruf: 01/2018].
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C.* (2013): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen: Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2007 bis 2010 und 2004 bis 2010. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C.* (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen: Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Hohmann-Fricke, S./Palmowski, N.* (2014): Rückfallkriminalität nach jugendstrafrechtlichen Entscheidungen. Recht der Jugend und des Bildungswesens, 62 (3), S. 313-327.
- Jehle, J.-M./Palmowski, N.* (2014): Noch einmal: Werden Heranwachsende nach Jugendstrafrecht härter sanktioniert? In: Baier, D./Möble, T. (Hg.): Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos, S. 323-336.
- Kemme, S./Stoll, K.* (2012): Bestehende Benachteiligungen junger Straftäter im Lichte der Forderungen nach Verschärfungen im Jugendstrafrecht. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 95 (1), S. 32-51.
- Kraft, B.* (2004): Tendenzen in der Entwicklung des Jugendstrafrechts seit der Jugendgerichtsbewegung. Frankfurt a.M.: Lang.
- Lüttes, A./Rose, F.* (2003): Das geltende Jugendstrafrecht ist besser als sein Ruf. Zeitschrift für Rechtspolitik, 36 (12), S. 472-473.

- Neubacher, F.* (2017): Der kriminalrechtliche Umgang mit Heranwachsenden – Stimmiges, Unstimmiges, Unbekanntes. In: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (Hg.): Berliner Symposium zum Jugendkriminalrecht und seiner Praxis. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 121-154.
- Pfeiffer, C.* (1991): Unser Jugendstrafrecht – Eine Strafe für die Jugend? Die Schlechterstellung junger Straftäter durch das JGG. DVJJ-Journal, 2 (2), S. 114-129.
- Pruin, I.R.* (2007): Die Heranwachsendenregelung im deutschen Jugendstrafrecht. Jugendkriminologische, entwicklungspsychologische, jugendsoziologische und rechtsvergleichende Aspekte. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Schaffstein, F./Beulke, W./Swoboda, S.* (2014): Jugendstrafrecht. 15. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.

# Der „Warnschussarrest“ gemäß § 16a JGG in Bayern – Erste Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojektes

*Johannes Kaspar und Julia Schmidt*

## Gliederung

- |  |   |
|--|---|
| 1. Vorbemerkung  | 5.1 Anwendung und Begründungsumfang des § 16a JGG |
| 2. Notwendigkeit des § 16a JGG und zentrale Kritikpunkte | 5.2 Praxisrelevanz der diskutierten Fallgruppen   |
| 3. Befundlage zur Anwendung des § 16a JGG                | 5.3 Einstellung der Jugendrichter                 |
| 4. Ziel und Methodik der Untersuchung                    | 5.4 Erste Ergebnisse der Rückfalluntersuchung     |
| 5. Ausgewählte Ergebnisse                                | 6. Fazit  |

## 1. Vorbemerkung

„Warnschussarrest – Ja oder Nein?“;<sup>1</sup> so lautete die Frage in der öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten.<sup>2</sup> Das Für und Wider des Warnschussarrestes, welcher inhaltlich die Koppelung von Jugendarrest und einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe umschreibt, wurde seit den 1960er Jahren – damals noch vermehrt unter dem Terminus „Einstiegsarrest“<sup>3</sup> – diskutiert.<sup>4</sup> Mit Inkrafttreten der Neuregelung in § 16a JGG und der Aufweichung des Koppelungsverbots aus § 8 Abs. 2 JGG steht dem Jugendrichter seit dem 07. März 2013<sup>5</sup> ein zusätzliches Reaktionsmittel zur Verfügung, das ausweislich der Gesetzesbegründung das Ziel verfolgt, die Aussichten für eine erfolgreiche Bewältigung der

---

1 *Deutscher Bundestag* (2012), S. 1.

2 BT-Drs. 17/9389; Gesetz zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten vom 04.09.2012 (BGBl. I 1854).

3 *Hügel* (1987) S. 50 ff.; eine neutrale Bezeichnung als „§ 16a-Arrest“ oder „Koppelungsarrest“ favorisieren *Endres/Maier* (2017), S. 428; *Klatt et al.* (2016a), S. 354 ff.

4 Vgl. *Grethlein* (1957), S. 1462 ff., nachfolgend u.a. *Hügel* (1987), S. 50 ff.; *Bandemer* (1990), S. 421 ff.; *Müller-Piepenkötter/Kubnik* (2008), S. 176; *Verrel/Käufel* (2008), S. 177 ff.

5 Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens siehe Art. 2 Abs. 3 des JGGErwG (siehe Fußn. 2).

Bewährungszeit zu stärken.<sup>6</sup> Nach der Begründung im Gesetzentwurf dient der Arrest „ersten Behandlungsmaßnahmen, um persönlichen und sozialen Defiziten zu begegnen, die Befähigung für eine erfolgreiche Bewältigung der Bewährungszeit zu fördern und eine Grundlage für die anschließende ambulante Betreuung durch die Bewährungshilfe und gegebenenfalls die Jugend(gerichts)hilfe zu schaffen“.<sup>7</sup> Die Möglichkeit, von der Anordnung des Arrestes gem. § 16a JGG Gebrauch zu machen, besteht gem. § 8 Abs. 2 S. 2 JGG sowohl bei der Aussetzung der Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung als auch bei der Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe gemäß § 27 JGG.

## 2. Notwendigkeit des § 16a JGG und zentrale Kritikpunkte

Schon früh wurde die Notwendigkeit eines Jugendarrestes neben einer Bewährungsstrafe diskutiert, um dem Jugendlichen die noch nicht zu vollstreckende Jugendstrafe fühlbar zu machen und ihm den Ernst der Lage ausdrücklich vor Augen zu führen.<sup>8</sup> Erforderlich könne dies einerseits bei einem Jugendlichen werden, der die zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe unter Verkenntung ihrer eigentlichen Bedeutsamkeit als „Freispruch zweiter Klasse“<sup>9</sup> auffassen würde, andererseits in Verfahren mit mehreren Angeklagten, in denen ein Angeklagter zu einer Bewährungsstrafe und ein anderer weniger belasteter Jugendlicher zu Jugendarrest verurteilt wird.<sup>10</sup> Mittels des Arrestes zu Beginn der Bewährungszeit könne zudem eine kurzzeitige Trennung des Jugendlichen von seinem schädlichen Umfeld bewirkt und ein Erstkontakt zur Bewährungshilfe gesichert werden.<sup>11</sup> Einwände der Kritiker zielen demgegenüber darauf ab, dass der Bedeutung der Bewährungsstrafe auch durch eine entsprechende jugendrichterliche Belehrung und die Erteilung von Bewährungsaufgaben oder -weisungen Nachdruck verliehen werden könne.<sup>12</sup> Darüber hinaus wird die Zweckmäßigkeit der Sanktionskoppelung aufgrund der hohen Rückfallquote nach einem Arrest sowie angesichts der Befunde zur fragwürdigen Schockwirkung kurzer Freiheitsstrafen vielfach in Frage gestellt.<sup>13</sup>

---

6 BT-Drs. 17/9389, S. 12.

7 BT-Drs. 17/9389, S. 12.

8 *Grethlein* (1957), S. 1462; *Müller-Piepenkötter/Kubnik* (2008), S. 178 ff.; *Reichenbach* (2005), S. 138; BT-Drs. 17/9389, S. 7; vorgehend auch BT-Drs. 16/1027, S. 1.

9 BT-Drs. 17/9389, S. 12.

10 *Findeisen* (2007), S. 29; *Reichenbach* (2005), S. 138; *Werwigk-Hertneck/Rebmann* (2003), S. 230; BT-Drs. 17/9389, S. 12.

11 *Müller-Piepenkötter/Kubnik* (2008), S. 178; *Werner-Eschenbach* (2005), S. 66 m.w.N.

12 *Dünkel et al.* (2010), S. 178; *Höynck* (2012), S. 2.

13 *Breymann/Sonnen* (2005), S. 672; *Ostendorf* (2012), S. 610; *Verrel/Käufel* (2008), S. 179.

### 3. Befundlage zur Anwendung des § 16a JGG

Absolute Anordnungszahlen zu § 16a JGG ergeben sich zum einen aus der amtlichen Strafverfolgungsstatistik, in der § 16a-Arreste seit dem Jahr 2013 als eigenständige Kategorie ausgewiesen werden, zum anderen aus der bundesweiten Evaluationsstudie zu § 16a JGG, welche im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen durchgeführt wurde.<sup>14</sup> Zwischen den Bundesländern divergiert die Anwendungshäufigkeit des § 16a JGG erheblich. Rund ein Drittel (31,2 %) aller im Zeitraum vom 07.03.2014 bis 31.12.2016 ergangenen § 16a-Verurteilungen entfallen nach der bundesweiten Strafverfolgungsstatistik auf das Bundesland Bayern.

Tabelle 1: Anzahl der Verurteilungen gem. § 16a JGG<sup>15</sup>

	2013 (ab 07.03)	2014	2015	2016	Gesamt
Deutschland	255	621	638	616	2.130
Bayern	78	177	214	196	665

Während in den ersten beiden Jahren nach Inkrafttreten des § 16a JGG in Bayern ein Anstieg in den absoluten Zahlen festzustellen war, zeichnet sich für das Jahr 2016 ein leichter Rückgang ab. Die Rückläufigkeit der Anordnungen gemäß § 16a JGG harmonisiert mit dem allgemeinen Rückgang des Arrestgebrauchs. Während im Jahr 2015 ohne Verurteilungen nach § 16a JGG 10.808 Jugendliche und Heranwachsende eine Verurteilung zu Jugendarrest erfahren haben, waren es im Jahr 2016 10.160.<sup>16</sup> Im Ländervergleich liegt die absolute Anordnungshäufigkeit des § 16a JGG in Bayern weiterhin im Spitzenbereich. Vor diesem Hintergrund lag es nahe, die Handhabung durch die bayerischen Jugendgerichte im hiesigen Forschungsprojekt genauer in den Blick zu nehmen.

### 4. Ziel und Methodik der Untersuchung

Ziel des Forschungsprojekts ist es zunächst, die Anwendung des § 16a JGG mit besonderem Blick auf die Urteilsbegründungen und die in der Gesetzesbe-

14 Vgl. exemplarisch *Statistisches Bundesamt* (2017a), S. 337; *Klatt et al.* (2016b) S. 34 f.

15 *Statistisches Bundesamt* (2015a), S. 335; (2016), S. 333; (2017a), S. 337; (2017b), S. 341.

16 Zahlenwerte errechnet aus: *Statistisches Bundesamt* (2017a) S. 314 f.; (2017b), S. 318 f.



gründung hervorgehobene „neue Vollzugspopulation“ zu untersuchen. Daneben ist die Untersuchung von dem Anliegen getragen, die allgemeine Grundhaltung der Jugendrichter<sup>17</sup> in Bayern zu § 16a JGG zu erfragen und die Vollzugssituation bei § 16a JGG-Arresten in den Jugendarrestanstalten München und Nürnberg in den Blick zu nehmen. In Zusammenschau dieser Ergebnisse soll ein Abgleich zwischen den gesetzlichen Vorgaben, den Ideen des Gesetzgebers und der Rechtswirklichkeit des § 16a JGG vorgenommen werden. Um auf deskriptiver Ebene einen ersten Eindruck von der „Wirksamkeit“ des § 16a JGG im Hinblick auf die künftige Straffreiheit zu erhalten, schließt sich im zweiten Teil der Studie eine Untersuchung des Rückfalls der Probanden mit einer § 16a JGG-Verurteilung an. Die Durchführung des Projekts wurde durch das Bayerische Staatsministerium der Justiz gefördert.

Methodisch untergliedert sich die Bestandsaufnahme zur Handhabung des § 16a JGG in Bayern in drei Teile: Die Basis des Forschungsprojekts bildet die Auswertung von insgesamt 322 Verurteilungen zu § 16a JGG, die im Untersuchungszeitraum vom 07. März 2013 bis 31. Dezember 2014 durch die bayerischen Jugendgerichte ausgesprochen wurden. Die Identifizierung der § 16a-Verfahren erfolgte über die IT-Leitstelle der bayerischen Justizvollzugsakademie. Auf der Grundlage von § 476 StPO konnten schließlich die Strafakten zu 278 Probanden eingesehen und ausgewertet werden. Die Analyse des Aktenmaterials lieferte weitreichende Informationen zur regionalen Verteilung der Anwendung von § 16a JGG, den Persönlichkeitsmerkmalen der Verurteilten, der Urteilsbegründung und dem Verfahrensablauf. Im Bewusstsein darüber, dass bei einer durchschnittlichen Jugendstrafverfahrensdauer in Bayern von 4,5 Monaten<sup>18</sup> in der Anfangszeit des § 16a JGG eventuell noch mit weniger Verurteilungen zu rechnen ist, wurde für den Beginn des Untersuchungszeitraums dennoch auf das Datum des Inkrafttretens der Neuregelung abgestellt, um Anordnungen mit einem möglichen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot ebenfalls analysieren zu können. Als weitere Informationsquelle dienten die Schlussberichte gemäß § 27 JAVollzO sowie ausgewählte, in der Datenbank der IT-Leitstelle erfasste Probandenmerkmale. Mithilfe der Daten aus dem IT-Vollzug war es insbesondere möglich, zwischen verbüßten und nicht verbüßten Arresten zu differenzieren.

Die schriftliche Befragung der Jugendrichter erfolgte im Herbst 2016. Beteiligt haben sich insgesamt 108 von 239 Jugendrichtern, sodass eine Rücklaufquote von 45,2 % erreicht werden konnte. Die Befragung der Jugendrichter hatte Fragen zu der Anwendungshäufigkeit des § 16a JGG, den Motiven für und gegen

---

17 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

18 *Statistisches Bundesamt* (2015b), S. 35.

die Anordnung eines § 16a-Arrestes, möglichen Alternativsanktionen, zum persönlichen Kenntnisstand über den Jugendarrest, zur Grundhaltung gegenüber § 16a JGG und einige demografische Merkmale der Befragten zum Gegenstand.

Im dritten Teil der Untersuchung wurden die Vollzugsleiter und Sozialpädagogen der Jugendarrestanstalten München und Nürnberg interviewt. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern erfolgt der Vollzug des Warnschussarrestes in Bayern zentral in zwei Jugendarrestanstalten. Im Mittelpunkt der Gesprächsführung standen vor allem die Fragen, inwieweit sich der Vollzug des § 16a JGG vom herkömmlichen Arrest unterscheidet, welche Formen die Zusammenarbeit mit der Bewährungshilfe annimmt und an welchen Stellen Veränderungsbedarf gesehen wird.

Die der Bestandaufnahme nachfolgende Rückfalluntersuchung befasst sich schließlich mit der erneuten Straffälligkeit nach einer Verurteilung zu § 16a JGG. Die Datenbasis bilden die im Frühjahr 2017 angeforderten Bundeszentralregisterauskünfte<sup>19</sup> des Bundesamtes für Justiz. Um im Grundsatz von der Wirksamkeit des Warnschussarrestes ausgehen zu können, müsste die Rückfallquote – so *Antholz*<sup>20</sup> – unterhalb derjenigen nach einer Jugendstrafe zur Bewährung von 62 % liegen. Die Gegenüberstellung mit der Rückfallrate nach einer Bewährungsstrafe ohne § 16a JGG bietet freilich nur einen groben Anhaltspunkt für die Einordnung, ob der Arrest nach § 16a JGG das Potential besitzt, die positive Bewältigung der Bewährungszeit zu fördern. Aufgrund des längeren Kontrollzeitraums von drei Jahren in der bundesweiten Untersuchung der Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen<sup>21</sup> und den unterschiedlichen individuellen Merkmalen der Probanden ist ein direkter Vergleich der Rückfallquoten nicht zulässig.

## 5. Ausgewählte Ergebnisse

### 5.1 Anwendung und Begründungsumfang des § 16a JGG

Wie nach der allgemeinen Verteilung von Bewährungsentscheidungen nach §§ 21, 27, 61 JGG zu erwarten, findet § 16a JGG überwiegend in Verbindung mit der im Urteil ausgesetzten Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung Anwendung. 88,5 % der 278 untersuchten Verurteilungen ergingen in Verbindung mit § 21 JGG, während die Sanktionskoppelung mit § 27 JGG einen Anteil von 9,4 % und die Anordnung neben der Vorbewährung gemäß § 61 Abs. 3 S. 1 JGG einen geringen Prozentsatz von 2,2 % einnahmen. Die

---

19 Diese umfassen sowohl die Auszüge aus dem Erziehungs- als auch dem Zentralregister.

20 *Antholz* (2015), S. 100.

21 Exemplarisch *Jehle et al.* (2013), S. 55.

mit 93,2 % überwiegend anzutreffende Verhängung des § 16a JGG als Dauerarrest steht in Einklang mit dem Anliegen des Gesetzgebers einer „konstruktiven erzieherischen Ausgestaltung“<sup>22</sup> des § 16a-Vollzuges, die bei einer sehr kurzen Arrestdauer von wenigen Tagen offensichtlich nur schwer zu erreichen ist. Die Anordnung als Freizeit- ( $n = 16$ ) oder Kurzarrest ( $n = 3$ ) verstärkt den Eindruck einer vorrangig auf Abschreckung zielenden Arrestanordnung. Begründet wurde der Freizeit- und Kurzarrest in 81,3 % von 16 Fällen mit dem Ziel, dem Jugendlichen das Unrecht der von ihm begangenen Straftat und die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen (§ 16a Abs. 1 Nr. 1 JGG). In drei Urteilen, die § 16a JGG als Freizeit- oder Kurzarrest anordneten, war eine eindeutige Zuordnung zu einer der in § 16a Abs. 1 JGG genannten Fallgruppen nicht möglich. Hierbei wurde der § 16a-Arrest entweder unter dem Aspekt des Nachdenkens über die Straftat verhängt oder in zwei Fällen überhaupt nicht begründet. Damit offenbart sich die auf Basis der bislang veröffentlichten Urteile zu § 16a JGG im Schrifttum angesprochene Problematik einer häufig unzureichenden Urteilsbegründung.<sup>23</sup>

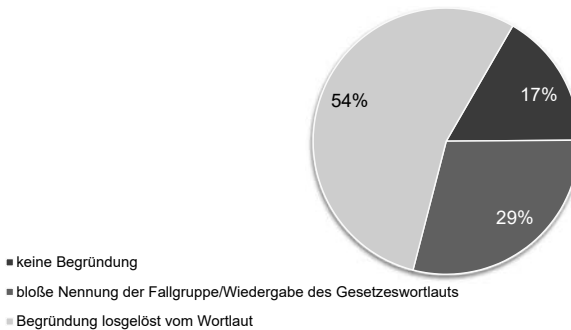


Abbildung 1: Umfang der Urteilsbegründung zu § 16a JGG, ( $n = 278$ )

Abbildung 1 zeigt, vergleichbar zu den bundesweiten Befunden des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen,<sup>24</sup> dass sich ein beachtlicher Anteil der Urteile inhaltlich nicht mit den Anforderungen des § 16a JGG auseinandersetzt.

In 16,5 % der Urteile blieb § 16a JGG in der Urteilsbegründung entweder vollständig unerwähnt oder es wurde lediglich die Norm wiedergegeben, ohne dass eine inhaltliche Bezugnahme auf einen der Anordnungsgründe erkennbar war; so hieß es etwa: „Gegen den Angeklagten wurde zusätzlich aus erzieherischen

22 BT-Drs. 17/9389, S. 12.

23 Vgl. Eisenberg (2016), S. 80 ff.; Franzke (2015) S. 121.

24 Klatt et al. (2016a), S. 359: ohne Begründung 14,6 %.

Gründen ein Dauerarrest von 4 Wochen verhängt“. Welche erzieherischen Überlegungen hinter dieser Begründung stehen – Erziehung durch Abschreckung, Nachdenken, Vermeidung eines gefühlten Freispruchs, Teilnahme an erzieherischen Behandlungsangeboten im Arrest – bleibt offen. Die vollkommene Nichtbegründung des § 16a JGG entspricht weder der in der Gesetzesbegründung hervorgehobenen Prüfung der Erforderlichkeit des zusätzlichen Arrestes unter Berücksichtigung der angestrebten Zielsetzung, noch den gesetzlichen Vorgaben an die Urteilsbegründung aus § 54 JGG. Soll die Sanktionsbegründung anderen staatlichen Instanzen eine Hilfestellung für die erzieherische Durchführung der angeordneten Rechtsfolge sein,<sup>25</sup> sollten die Motive für die Verhängung eines Warnschussarrestes auch im Urteil zum Ausdruck kommen. Insbesondere im Zusammenhang mit § 16a Abs. 1 Nr. 3 JGG verweist die Gesetzesbegründung auf das Erfordernis, die Einzelfallumstände für die Sanktionierung gemäß § 16a JGG in den Urteilsgründen darzulegen.<sup>26</sup> Die pauschale Zitierung des Gesetzeswortlauts oder Angabe einer Fallvariante des § 16a JGG ohne eine nähere Erläuterung der Erforderlichkeit unter Berücksichtigung des angestrebten Sanktionszwecks wirft im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit der Sanktion Fragen auf und unterstreicht die Gefahr, dass sich § 16a JGG zu einer schlichten „Draufgabe“ im Sinne eines net-widening-Effekts entwickelt.

Mehr als die Hälfte der 278 Urteile ließen zumindest eine vom Gesetzeswortlaut losgelöste Begründung erkennen. Die Zuordnung zu dieser Kategorie wurde dabei nicht an einer bestimmten Anzahl an Sätzen oder Argumenten festgemacht. Die Tiefe der Begründung fiel dabei höchst unterschiedlich aus, sodass nicht gesagt werden kann, dass in all diesen Fällen eine den Anforderungen des Gesetzes vollumfänglich entsprechende Begründung vorlag.<sup>27</sup>

## 5.2 Praxisrelevanz der diskutierten Fallgruppen

Erkennbar ist, dass es in der Gesamtheit vorrangig darum geht, dem Jugendlichen das Unrecht seiner Tat zu verdeutlichen und ihn unter dem Eindruck der Spürbarkeit der Sanktion und dem Gefühl, eingesperrt zu sein, von weiteren Straftaten abzuhalten. Bei inhaltlicher Zuordnung der Begründung des § 16a-Arrestes zu einer der in § 16a Abs. 1 JGG genannten Fallgruppen zeigt sich ein deutliches Überwiegen von § 16a Abs. 1 Nr. 1 JGG.

---

25. Schatz in Diemer et al. (2015), § 54 Rn. 6.

26. BT-Drs. 17/9389, S. 13.

27. Zu vergleichbaren Befunden kommt Gernbeck (2017), S. 206 ff.

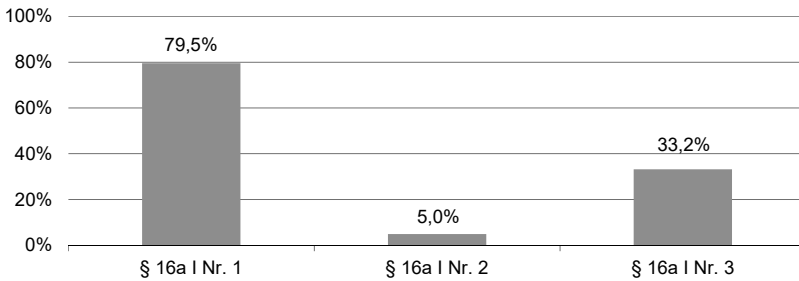


Abbildung 2: Bedeutung der einzelnen Fallgruppen ( $n = 220$ ; fehlende Werte: 58)<sup>28</sup>

Die Herausnahme des Jugendlichen aus seinem schädlichen Umfeld hatte kaum praktische Bedeutung ( $n = 11$ ). Nur in einem Fall nutzte das Gericht den Arrest nach § 16a JGG als Überbrückungsmaßnahme zur Unterbringung in einer stationären Einrichtung. In keinem der Urteile wurde der Warnschussarrest allein mit § 16a Abs. 1 Nr. 2 JGG begründet. Auch nach Meinung der befragten Experten kann die Herausnahmefunktion des Arrestes aufgrund der Kürze der Arrestzeit allenfalls bei einer nachhaltigen Anschlussbetreuung oder bei Drogenkonsumenten eine Rolle spielen.

Die in der Gesetzgebung angesprochenen Fallkonstellationen der Notwendigkeit des Warnschussarrestes zur Vermeidung eines „gefühlten Freispruchs“ und zum Ausgleich von Sanktionsungerechtigkeit bei mehreren Mitangeklagten finden sich in der Rechtswirklichkeit nur eingeschränkt wieder.<sup>29</sup> Lediglich 3,6 % der Urteile nahmen explizit darauf Bezug, dass die Bewährungsstrafe ohne den zusätzlichen Arrest den Eindruck eines Quasi-Freispruchs vermittelt hätte. Da anzunehmen war, dass die Hintergrundüberlegungen zu § 16a JGG aus Praktikabilitätsgründen nur teilweise Eingang in die Urteilsbegründung finden, wurden auch die Jugendrichter danach gefragt, welche Gesichtspunkte bei der Anordnung eines § 16a-Arrestes aus ihrer Perspektive eine Rolle spielen. Die Jugendrichter sprechen dem Aspekt des „gefühlten Freispruchs“ eine sehr viel höhere Bedeutung zu. 73,1 % erachteten diesen Gesichtspunkt als eher oder sehr wichtig. Die Überlegung, dem zu einer Bewährungsstrafe Verurteilten mit § 16a JGG den Bedeutungsgehalt der verhängten Sanktion gegenüber einem zu Jugendarrest Verurteilten kenntlich zu machen, spiegelte sich nur in zwei Urteilen wider und ist auch bei den Jugendrichtern nicht das zentrale Leitmotiv (28,7 %: eher/sehr wichtig).

<sup>28</sup> Diese Urteile enthielten entweder keine Begründung zu § 16a JGG oder die Begründung ließ sich keiner Fallgruppe eindeutig zuordnen.

<sup>29</sup> Siehe auch Gernbeck (2017), S. 210.

Mit der Einschränkung des § 16a Abs. 2 JGG bei vorgehender Hafterfahrung setzten sich die Jugendgerichte nur oberflächlich auseinander. Von insgesamt 278 Probanden hatten 43,2 % eine Vorverurteilung zu Jugendarrest, 20,1 % zu einem Dauerarrest. Bezeichnend ist, dass bei einer Vorsanktionierung in Form des Jugendarrestes ( $n = 120$ ) nur ein Viertel aller Urteile Ausführungen zur Erforderlichkeit des § 16a JGG enthielten, der Arrest aber zu 63,3 % inhaltlich mit § 16a Abs. 1 Nr. 1 JGG begründet wurde. Offen ist dabei allerdings, ob alle Arreste, wie es § 16a Abs. 2 JGG voraussetzt, tatsächlich verbüßt wurden.

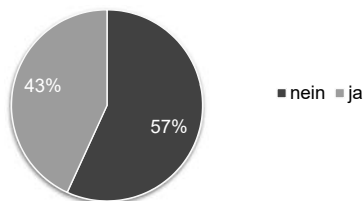


Abbildung 3: Vorverurteilung zu Jugendarrest ( $n = 278$ )

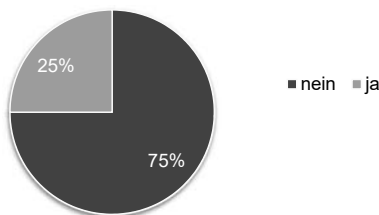


Abbildung 4: Ausführungen zu § 16a Abs. 2 JGG bei Vorverurteilung zu Jugendarrest ( $n = 120$ )

### 5.3 Einstellung der Jugendrichter

Die Ergebnisse der Jugendrichterbefragung lassen eine hohe Akzeptanz des § 16a JGG erkennen. Der Großteil der Jugendrichter (73,1 %) hatte von der Anordnung eines Warnschussarrestes bereits Gebrauch gemacht. 18,8 % (von  $n = 75^{30}$ ) der Jugendrichter, die § 16a JGG in mindestens einem Urteil verhängt hatten, haben die Möglichkeit der zusätzlichen Arrestanordnung in zehn oder mehr Urteilen genutzt. Bei 28,0 % der Befragten lag die Anordnungshäufigkeit mit vier bis acht Arresten im Mittelfeld; 53,3 % machten maximal dreimal von

30 Fehlende Werte: 4. Dabei wurde bei der Frage nach der (ggf. geschätzten) Anordnungshäufigkeit ein Wertebereich (1-2; 3-5; 40-50) oder die Bezeichnung „häufig“ angegeben.

der Verhängung eines § 16a-Arrestes Gebrauch. Die Mehrheit der Jugendrichter wendet § 16a JGG entsprechend der Intention des Gesetzgebers daher eher zurückhaltend an. Die Grundhaltung gegenüber der Sanktionserweiterung ist insgesamt positiv. 70,7 % der Jugendrichter standen der Sanktionserweiterung bereits vor ihrer gesetzlichen Normierung tendenziell befürwortend gegenüber. Dieser Anteil ist im Befragungszeitpunkt auf 77,7 % angewachsen.

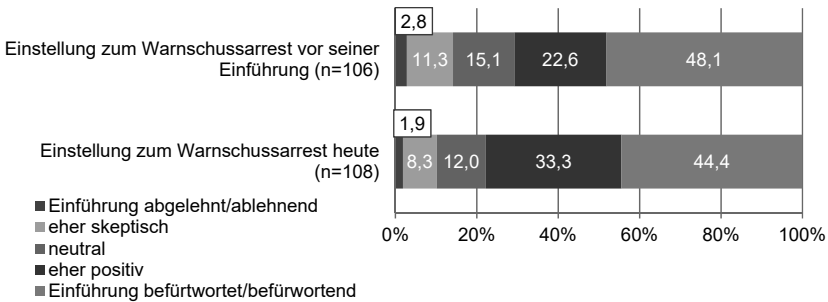


Abbildung 5: Einstellung der Jugendrichter zu § 16a JGG

Die Gründe für eine ablehnende oder eher skeptische Haltung sind unterschiedlich: Für einen Teil der Jugendrichter sind die Anordnungsvoraussetzungen zu eng formuliert; andere sehen die Gefahr einer härteren Sanktionierung und bemängeln die fehlende Angleichung des Arrestvollzuges an die gesetzlichen Vorgaben des § 16a JGG.

#### 5.4 Erste Ergebnisse der Rückfalluntersuchung

Innerhalb eines zweijährigen Kontrollzeitraums, beginnend mit dem Zeitpunkt der Verurteilung zu § 16a JGG, wurden 54 % von 309 Probanden erneut straffällig, während 46 % der Probanden jedenfalls mit Blick auf das Hellfeld keine neuerliche Straftat verübten. Als Rückfall wurde jede erneute Straftatbegehung gewertet, die sich innerhalb des Kontrollzeitraums zeitlich nachfolgend zur Verurteilung gemäß § 16a JGG ereignete und zu einer Eintragung ins Bundeszentralregister führte. Entsprechend der allgemeinen Erkenntnis ist die Rückfälligkeit innerhalb des ersten Beobachtungsjahres besonders hoch.<sup>31</sup>

31 Vgl. Jehle (2017), S. 237.

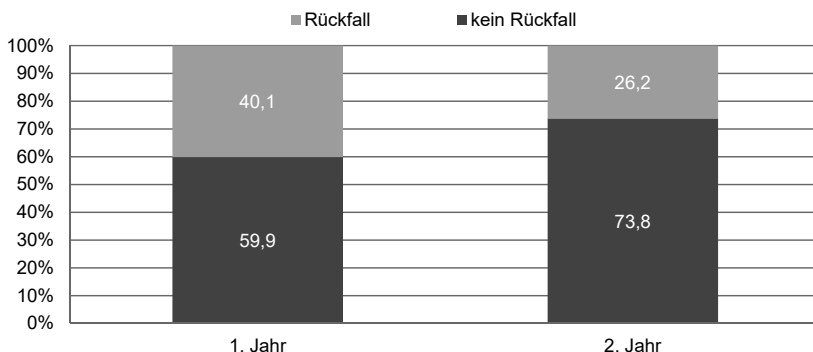


Abbildung 6: Rückfallgeschwindigkeit ( $n = 309$ )

Innerhalb der Gruppe der Rückfälligen kam es bei 62,9 % zu einem Rückfalleintrag im Bundeszentralregister. Für die verbleibenden 37,1 % deutet sich mit zwei und mehr Bundeszentralregistereinträgen ein erhebliches Rückfallpotential an. Ein direkter Vergleich mit den Rückfallquoten nach einer Verurteilung zu allgemeinem Jugendarrest oder nach zur Bewährung ausgesetzter Jugendstrafe ohne „Warnschussarrest“ verbietet sich zwar aus den bereits genannten Gründen. Die Rückfallquote von 54 % im Zweijahres-Zeitraum nach einer Verurteilung zu § 16a JGG liegt aber in etwa im Bereich der dort festgestellten Werte und spricht jedenfalls gegen die von Befürwortern angenommene besonders positive erzieherische Wirkung der Sanktionierung gemäß § 16a JGG.

## 6. Fazit

Als vorläufiges Ergebnis lässt sich festhalten: In der Praxis ist die Verhängung des § 16a JGG von dem Gedanken geprägt, dem Jugendlichen einen Haftenindruck zu vermitteln und ihm die Folgen weiterer Straftaten spürbar zu machen. Das Ziel der positiven Bewältigung der Bewährungszeit soll aus Sicht der Praxis offenbar vor allem durch Abschreckung und Beeindruckung des Jugendlichen erreicht werden. Verzichten will die Mehrheit der bayerischen Jugendrichter auf den erweiterten Handlungsspielraum durch § 16a JGG scheinbar nicht mehr, die Norm wird positiv bewertet. Zu kritisieren ist, dass in der Praxis die Begründung der Anordnung des § 16a-Arrestes oft unzureichend ausfällt. Hinsichtlich der Frage, ob § 16a JGG zu einer positiven Bewältigung der Bewährungszeit beiträgt, kann die vorliegende Untersuchung mangels Kontrollgruppendesigns keine belastbare Aussage treffen. Die



Legalbewährungsquote von 46,0 % im Zweijahres-Kontrollzeitraum gibt zu besonderem Optimismus in dieser Hinsicht aber keinen Anlass. Die in der Untersuchung festgestellte eher zurückhaltende Anwendung von § 16a JGG ist schon aus diesem Grund berechtigt.

## Literatur

- Antholz, B.* (2015): Warnschussarrest. Kriminalistik, 69 (2), S. 99-101.
- Bandemer, D.* (1990): Die Anordnung von Jugendarrest neben der Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe nach § 27 JGG: Die gelungene Gleichzeitigkeit. Zentralblatt für Jugendrecht, 77, S. 421-425.
- Breymann, K./Sonnen, B.-R.* (2005): Wer braucht eigentlich den Einstiegsarrest? Neue Zeitschrift für Strafrecht, 25 (12), S. 669-673.
- Deutscher Bundestag* (2012): Protokoll der 86. Sitzung des Rechtsausschusses, 17. Wahlperiode vom 23. Mai 2012, in: [http://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Bibliothek/Gesetzesmaterialien/17\\_wp/JugendgerichtlHandlungsm/wortproto.pdf](http://www.bundesgerichtshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Bibliothek/Gesetzesmaterialien/17_wp/JugendgerichtlHandlungsm/wortproto.pdf) [letzter Aufruf: 13.12.2017].
- Diemer, H./Schatz, H./Sonnen, B.-R.* (2015): Jugendgerichtsgesetz mit Jugendstrafvollzugsgesetzen. 7. Auflage. Heidelberg: C.F. Müller.
- Dünkel, F./Flügge, C./Lösch, M./Pörksen, A.* (2010): Plädoyer für verantwortungsbewusste und rationale Reformen des strafrechtlichen Sanktionssystems und des Strafvollzugs, Thesen des Ziehtener Kreises. Zeitschrift für Rechtspolitik, 43 (6), S. 175-178.
- Eisenberg, U.* (2016): Anmerkung zu AG Bonn – 603 Ls 772 Js 476/14-8/15 – Urteil vom 24. Juni 2015. Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, 26 (1), S. 80-82.
- Endres, J./Maier, B.* (2017): Wie wird der Koppelungsarrest (§ 16a JGG) in der Rechtspraxis angewandt? In: Safferling, C./Kett-Straub, G./Jäger, C./Kudlich, H. (Hg.): Festschrift für Franz Streng zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C.F. Müller, S. 427-442.
- Findeisen, S.* (2007): Der Einstiegs- bzw. Warnschussarrest – ein Thema in der Diskussion. Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, 18 (1), S. 25-31.
- Franzke, K.* (2015): Der „Warnschussarrest“ nach § 16a JGG – Erste Erfahrungen aus der Praxis. Bonner Rechtsjournal, 8 (2), S. 118-126.
- Gernbeck, U.* (2017): Stationäres soziales Training im (Warnschuss-)Arrest: Implementation und Evaluation eines Modellprojekts in Baden-Württemberg. Baden-Baden: Nomos.
- Grethlein, G.* (1957): Jugendarrest, Jugendstrafe und Bewährung. Neue Juristische Wochenzeitschrift, 10 (40), S. 1462-1464.
- Höyneck, T.* (2012): Schriftliche Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 23.05.2012 zum Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten, BT-Drs. 17/9389 vom 24.04.2012, in: [http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/aktuelles/Stellungnahme\\_Hoeyneck.pdf](http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/aktuelles/Stellungnahme_Hoeyneck.pdf) [letzter Aufruf: 13.12.2017].
- Hügel, C.* (1987): Der Einstiegsarrest aus kriminologischer und praxisorientierter Sicht. Zeitschrift Bewährungshilfe, 34 (1), S. 50-55.

- Jehle, J.-M. (2007): Methodische Probleme einer Rückfallforschung aufgrund von Bundeszentralregisterdaten. In: Lösel, F./Bender, D./Jehle, J.-M. (Hg.): Kriminologie und wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Entwicklungs- und Evaluationsforschung, Mönchengladbach: Forum-Verlag Godesberg, S. 227-245.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2013): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2007-2010 und 2004-2010. Mönchengladbach: Forum-Verlag Godesberg.
- Klatt, T./Ernst, S./Höynck, T./Baier, D./Treskow, L./Bliesener, T./Pfeiffer, C. (2016a): Evaluation des neu eingeführten Jugendarrestes neben zur Bewährung ausgesetzter Jugendstrafe (§ 16a JGG). Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, 27 (4), S. 354-362.
- Klatt, T./Ernst, S./Höynck, T./Baier, D./Treskow, L./Bliesener, T./Pfeiffer, C. (2016b): Evaluation des neu eingeführten Jugendarrestes neben zur Bewährung ausgesetzter Jugendstrafe (§ 16a JGG). Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. Bonn: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
- Müller-Piepenkötter, R./Kubnik, M. (2008): „Warn(schuss)arrest“ als neue Sanktion – rationale Perspektiven für eine ewige Kontroverse. Zeitschrift für Rechtspolitik, 41 (6), S. 176-180.
- Ostendorf, H. (2012): Warnung vor dem neuen „Warnschussarrest“. Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 7 (12), S. 608-611.
- Reichenbach, P. (2005): Über die Zulässigkeit der Verbindung eines Schuldspruches nach § 27 JGG und Jugendarrest. Neue Zeitschrift für Strafrecht, 25 (3), S. 136-141.
- Statistisches Bundesamt (2015a): Fachserie 10, Reihe 3: Strafverfolgung 2013. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt (2015b): Justiz auf einen Blick. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt (2016): Fachserie 10, Reihe 3: Strafverfolgung 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt (2017a): Fachserie 10, Reihe 3: Strafverfolgung 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt (2017b): Fachserie 10, Reihe 3: Strafverfolgung 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Verrel, T./Käufel, M. (2008): „Warnschussarrest“ – Kriminalpolitik wider besseres Wissen? Neue Zeitschrift für Strafrecht, 28 (4), S. 177-181.
- Werner-Eschenbach, S. (2005): Jugendstrafrecht. Ein Experimentierfeld für neue Rechtsinstitute. Frankfurt a.M. u.a.: Lang.
- Werwigk-Hertneck, C./Rebmann, F. (2003): Reform im Bereich des Jugendstrafrechts? Zeitschrift für Rechtspolitik, 36 (7), S. 225-230.

# Punitive Einstellungen als Medium zur Neutralisierung eigener Delinquenz – Selbstreflexive Punitivität

*Marc-Alexander Seel*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Das Konzept der Neutralisierungstechniken nach Sykes und Matza
3. Punitive Strafhaltungen sozio-ökonomisch bessergestellter Straftäter – Deliktbereich ‚Wirtschaftskriminalität‘
4. Punitive Strafhaltungen sozio-ökonomisch benachteiligter Straftäter – Deliktbereich ‚rechte Gewalt‘
5. Resümee

## 1. Einleitung

Punitivität ist ein kriminologisches Konzept, das im Gegensatz zu einer auf Wiedergutmachung zielenden Reaktion der Gesellschaft auf Delinquenz die Betonung auf Forderungen nach einer möglichst harten Bestrafung von Normabweichungen legt. Das Konzept bezieht sich nicht nur auf die Anwendung des Strafrechts, sondern thematisiert auch die Wechselwirkung zwischen *gesellschaftlicher* und *individueller Punitivität*, wobei von einem ursächlichen Beziehungsgeflecht sozialer, ökonomischer und politischer Faktoren ausgegangen wird. In Hinblick auf eine unter den Gesellschaftsmitgliedern unterschiedliche Verteilung des sozioökonomischen Status werden punitive Einstellungen insbesondere auf der individuellen Ebene nicht unerheblich von statusabhängigen Deklassierungsängsten und/oder Aufstiegswünschen geprägt.

Bisherige Untersuchungen beziehen sich überwiegend auf die gesellschaftlichen oder subjektiven Reaktionsweisen auf delinquente Handlungen anderer Personen (= *reaktive Punitivität*). Die Etablierung und Ausprägung von punitiven Einstellungen, die sich im Kontext *eigenen* strafrechtlich relevanten Handelns vollziehen (= *selbstreflexive Punitivität*), wurde bisher vergleichsweise selten erforscht.

Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Beitrag die mit einer *reaktiven Punitivität* einhergehende Bewertung eigener Delinquenz, das heißt die

*selbstreflexive Punitivität* thematisiert. Dazu werden wichtige Funktionen eines modifizierten Punitivitätskonzepts spezifiziert, die als notwendige Ergänzungen zu dem vordergründigen Strafzweck erscheinen. Unter der Annahme, dass punitive Strafhaltungen gegen andere auch als Mittel zur Ablenkung oder Relativierung eigener Normabweichungen genutzt werden, können die auf den Prozess einer selbstreflexiven Punitivität Einfluss nehmenden Faktoren im Zusammenhang wie folgt dargestellt werden.

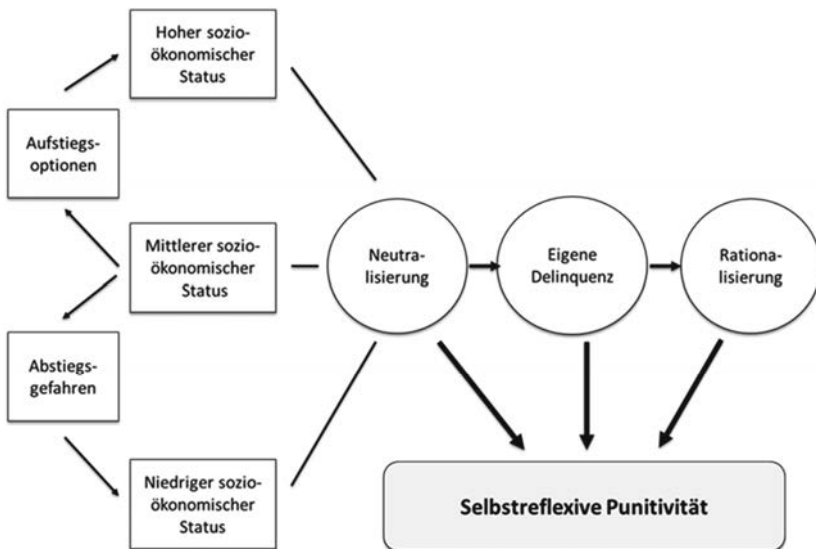


Abbildung 1: Determinanten selbstreflexiver Punitivität

In Anlehnung an das „Konzept der Neutralisierungstechniken“ nach *Sykes und Matza*<sup>1</sup> wird beleuchtet, inwieweit die Verfügbarkeit von Neutralisierungstechniken in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status der Delinquenten variiert. Des Weiteren wird der Frage nachgegangen, ob selbstreflexive Punitivität hierbei als zusätzliche Neutralisierungstechnik oder im konkreten Fall eher als Moderator oder Nebenresultat zu betrachten ist.

1 *Sykes/Matza* (1957).

## 2. Das Konzept der Neutralisierungstechniken nach Sykes und Matza

Nach *Sykes und Matza* erleben viele Straftäter Schuld- oder Schamgefühle, da sie in der überwiegenden Anzahl „die moralische Gültigkeit des herrschenden normativen Systems“<sup>2</sup> grundsätzlich anerkennen. Nach *delinquenten Handlungen* entsteht demnach eine Diskrepanz zwischen erfolgter Normabweichung und verinnerlichtem Wertesystem, die zur Vermeidung von Schuld- oder Schamgefühlen kognitiv verarbeitet werden muss. In vergleichbarer Weise geschieht das auch im *Vorfeld einer Tatbegehung*, wenn einer Person bewusst ist, dass ihr Handeln eine Normabweichung darstellt, die im Nachhinein strafrechtlich sanktioniert werden kann.

Handlungen, die von dem gesellschaftlich geforderten und individuell verinnerlichten Wertesystem abweichen, bedürfen bereits vor der Ausführung einer mehr oder weniger bewussten Rechtfertigungsstrategie, um die später zu erwartenden Vorwürfe durch die soziale Umwelt sowie emotional belastende Selbstvorwürfe abzuwehren.<sup>3</sup> Solche vorverlagerten Rechtfertigungsstrategien werden von *Sykes und Matza* als „Techniken der Neutralisierung“ bezeichnet,<sup>4</sup> für die fünf Varianten unterschieden werden:

- Ablehnung der Verantwortung
- Verneinung des Unrechts
- Ablehnung des Opfers
- Verdammung der Verdammenden
- Berufung auf höhere Instanzen

Je mehr ein Individuum über kognitive Neutralisationsmöglichkeiten verfügt, desto eher ist es dazu bereit, konträr zu den verinnerlichten Normen stehendes, delinquentes Verhalten zu realisieren.<sup>5</sup> Die genannten fünf Neutralisierungstechniken nach *Sykes und Matza* decken jedoch nicht alle Neutralisierungsmöglichkeiten delinquenter Verhaltensweisen ab, sondern können durch weitere Neutralisierungsoptionen ergänzt werden. So kann davon ausgegangen werden, dass auch die Aneignung punitiver Einstellungen als eine Technik zur

---

2 *Sykes/Matza* (1968), S. 362.

3 *Sykes/Matza* (1968), S. 364.

4 Vgl. *Claasen* (2013), S. 23.

5 Vgl. *Schwarz/Bayer* (1989).

Neutralisierung eigener Delinquenz fungieren kann, da punitive Einstellungen eine zweckgebundene Anpassungsfähigkeit offenbaren.

Die individuelle Verwertbarkeit *selbstreflexiver punitiver Einstellungen* als Medium zur Neutralisierung eigener Delinquenz hängt vermutlich neben kognitiven und sozialisationsbedingten Faktoren auch von statusvariierten Möglichkeiten und Einschränkungen ab. Empirische Forschungsergebnisse, die explizit die Instrumentalisierung statusgebundener punitiver Forderungen zwecks Neutralisierung eigener Delinquenz zum hauptsächlichen Untersuchungsgegenstand haben, liegen bislang jedoch noch nicht vor. Die Neutralisierungstechniken nach *Sykes und Matza* bieten aber durchaus Anknüpfungspunkte für die Annahme, dass auch punitive Einstellungen zumindest eine *ergänzende Neutralisierungsfunktion* erfüllen können.

Diese Annahme soll nachfolgend näher ergründet werden. Hierbei ist der Fokus zunächst auf die Angehörigen einer aufstrebenden Mittelschicht und die Personen mit sozioökonomischem Hochstatus gerichtet, worauf dann hinterfragt wird, inwieweit die Personen mit sozialen Abstiegsängsten und die sozioökonomisch Randständigen mittels harter Strafforderungen gegen Andere ihr eigenes delinquentes Handeln neutralisieren können. Die Deliktbereiche ‚*Wirtschaftskriminalität*‘ und ‚*rechte Gewalt*‘ bieten sich als jeweils besonders geeignete Beispiele zur Veranschaulichung an.

### **3. Punitiv Strafhaltungen sozioökonomisch bessergestellter Straftäter – Deliktbereich ‚Wirtschaftskriminalität‘**

Die Begrifflichkeit ‚Wirtschaftskriminalität‘ ist nicht eindeutig definiert, sondern kann kontextbezogen sehr unterschiedlich interpretiert werden.<sup>6</sup> Selbst wenn Wirtschaftsdelikte je nach Definition und Blickwinkel grundsätzlich quer durch alle Gesellschaftsschichten begangen werden, sind es doch vor allem die Personen in hohen beruflichen und gesellschaftlichen Positionen, die auf effektive Neutralisierungsmöglichkeiten zurückgreifen und durch ihr Handeln erhebliche Schäden auf der Makroebene verursachen können.<sup>7</sup> Nationalstaatliches Recht lässt sich bei bestimmten Wirtschaftsdelikten mit makrosozialen Auswirkungen (z.B. Wettbewerbsdelikte), bei denen oftmals kein individuelles ‚Opfer‘ zuzuordnen ist, das die Tat zur Anzeige bringen könnte,<sup>8</sup> nur schwierig anwenden. Somit eignen sich die Neutralisierungstechniken *Verneinung des Unrechts*

---

6 Vgl. *Löhr/Burkatzki* (2008).

7 Vgl. *Ziercke* (2008).

8 Vgl. *Schlegel* (2003).

und *Berufung auf höhere Instanzen* in besonderer Weise für Wirtschaftsdelinquenten mit sozioökonomischem Hochstatus – insbesondere wenn sie ihre Gesetzesverstöße mit einer angeblich damit verbundenen ‚Arbeitsplatzsicherung‘ für die Beschäftigten im Kontext des ‚internationalen Wettbewerbs‘ (*Berufung auf höhere Instanzen*) rechtfertigen<sup>9</sup> und ansonsten auf besondere gesellschaftliche Verdienste beziehungsweise soziales Engagement verweisen können. Die Delinquenz wird dann auch nicht selten von der Öffentlichkeit relativiert.

Der Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Neutralisierungstechniken und der Bereitschaft zu wirtschaftskriminellen Handlungen wurde umfassend von *Claasen*<sup>10</sup> untersucht. Sie interpretiert die Neutralisierungstechniken nach *Sykes und Matza* derart, dass diese vor und nach einer Tatbegehung herangezogen werden können und nachträgliche Rationalisierungsprozesse bereits mit einschließen.<sup>11</sup> Durch *Claasens* Vergleich mehrerer internationaler Studien zum Einfluss von Neutralisierungstechniken auf die Begehung von Wirtschaftsstraftaten wird auch die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen Karriereorientierung und punitiven Einstellungen bestätigt. Eine von ihr näher beschriebene US-amerikanische Studie von *Benson*<sup>12</sup> ist an dieser Stelle hervorzuheben, da sie sich auf die Neutralisierungstechniken nach *Sykes und Matza* bezieht, diese ergänzt und Anknüpfungspunkte für die neutralisierende Funktion von punitiven Strafhaltungen bietet. Nach der Analyse von 30 Interviews mit strafrechtlich sanktionierten männlichen Wirtschaftsdelinquenten und Zuordnung in verschiedene Deliktkategorien stellte *Benson* laut *Claasen* fest, dass die Rechtfertigungen der Probanden, die gegen das Kartellgesetz verstoßen hatten, gleich vier von fünf Neutralisierungstechniken nach *Sykes und Matza* erkennen ließen. So nutzten sie die *Berufung auf höhere Instanzen* (durch Verweis auf die arbeitswelttypischen Wertorientierungen beziehungsweise höherwertigen informellen Regeln), die *Ablehnung der Verantwortung* (indem den arbeitswelttypischen Regelungen wiederum die eigentliche Verantwortung für das sanktionierte Handeln übertragen wurde), die *Verdammung der Verdammenden* (mittels der Unterstellung eigennütziger Profilierungsinteressen seitens der ermittelnden Staatsanwälte) sowie die *Verneinung des Unrechts* (durch Vergleiche mit Delikten aus dem Bereich der Straßenkriminalität zwecks Verharmlosung der eigenen Handlungen).<sup>13</sup>

Vor allem die Neutralisierungstechnik *Verneinung des Unrechts* subsumiert punitive Einstellungen gegen Andere, da die Delinquenzneutralisierung über

---

9 Vgl. *See* (1997), S. 28.

10 *Claasen* (2013).

11 *Claasen* (2013), S. 50.

12 *Benson* (1985).

13 *Claasen* (2013), S. 128 f.

Verweise auf stattdessen zu bestrafende beziehungsweise angeblich viel sanktionswürdigere Vergehen durch ‚richtige Kriminelle‘ mit vermeintlich niedrigerem sozioökonomischem Status erfolgt. Die *Verneinung des Unrechts* wurde in Bensons Untersuchung überwiegend von Wirtschaftsfunktionären bei *Verstößen gegen das Kartellgesetz* genutzt, was als Indiz für den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hochstatus und punitiven Einstellungen zwecks Neutralisierung eigener Devianz gewertet werden kann.

Bei der Neutralisierung der ansonsten kategorisierten Delikte, die vergleichsweise auch in *mittlerer Berufsposition* verübt werden können, wurde die Tat vor allem durch die *Ablehnung der Verantwortung* neutralisiert. Diese Beobachtung erscheint insofern schlüssig, als es für Personen in mittlerer beruflicher Stellung einfacher ist, die Verantwortung für ihr Handeln auf Vorgesetzte beziehungsweise deren inoffizielle Anweisungen oder auf die in dem ‚Business‘ üblichen informellen Regeln (*Berufung auf höhere Instanzen*) zu übertragen.

In ökonomischen Tätigkeitsbereichen scheint eine besondere Ausprägung subkultureller Normen und Wertorientierungen zu existieren, die zwar im Widerspruch zu den nationalstaatlich geltenden Rechtsnormen stehen, aber von den Mitarbeitern während der Ausübung ihrer Arbeitstätigkeit zumindest akzeptiert oder gar ‚befolgt‘ werden. Daraus kann ein Spannungsverhältnis zwischen den berufsspezifischen informellen beziehungsweise subkulturellen Wertordnungen und dem verinnerlichten Rechtsverständnis resultieren, das jenseits der Berufsausübung zum Tragen kommt.<sup>14</sup> Punitiv Einstellungen gegenüber Personen aus anderen sozialen Gruppen können dieses Dilemma zumindest in Verbindung mit weiteren Neutralisierungstechniken reduzieren oder auflösen, denn sie erfüllen die Funktion, den Fokus der Kritik von sich auf andere zu lenken.

Harte Strafforderungen *aufstrebender Mittelschichtsangehöriger* können sich in diesem Kontext aber sowohl gegen ‚die da oben‘ als gegen ‚die da unten‘ richten. Hierin besteht ein eklatanter Unterschied zu den Neutralisierungsoptionen gesellschaftlicher Eliten, die sich bereits in sozioökonomischen Spitzenpositionen befinden und ihre neutralisierungsfunktionalen punitiven Einstellungen daher per se nur nach ‚unten‘ fokussieren können. Diese zweckgebundenen Kriminalisierungsbestrebungen können sich demnach ‚von der Mitte aus‘ in beide Richtungen orientieren, wobei die konkrete Ausrichtung stets von der ‚situativen Angemessenheit‘ abhängt.<sup>15</sup> In beiden Fällen kann die kritik- beziehungsweise sanktionswürdige Umgehung geltender Rechtsnormen dadurch ausgeblendet werden, indem die eigenen Handlungsweisen

---

<sup>14</sup> Claasen (2013), S. 164.

<sup>15</sup> Vgl. Karstedt (2004).



„informell entkriminalisiert“<sup>16</sup> werden, während das geltende Recht bezüglich der Abweichungen Anderer besonders hervorgehoben und dessen Anwendung als unbedingt erforderlich betont wird.

Karstedt spricht in diesem Zusammenhang von einer *moralischen Ökonomie*, die zweckrational den situativen Gegebenheiten angepasst werden kann. Ihren Ausführungen zufolge vollzieht sich bei vielen Mittelschichtsangehörigen eine im Kontext von Eigeninteressen erfolgende ‚Disposition über die Norm‘, indem die Befolgung oder Umgehung von Normen nach ökonomischen Kosten-Nutzen-Faktoren flexibel gehandhabt wird.<sup>17</sup> Wesentlich für diese moralische Ökonomie ist ein hohes Strafbedürfnis gegen andere soziale Gruppen, während die Kriminalisierung eigener Verhaltensweisen abgelehnt wird. So werden beispielsweise die Delikte Versicherungsbetrug und Steuerhinterziehung mit einer hohen gesellschaftlichen Verbreitung oder als Ausnahmehandlung von einer ansonsten bestehenden Normkonformität neutralisiert (*Verneinung des Unrechts*). Auch werden solche Delikte häufig mit einer Art ‚ausgleichenden Gerechtigkeit‘ gegen die ungleiche gesellschaftliche Güterverteilung gerechtfertigt. Die Gesellschaft ist aus diesem Blickwinkel also nicht ‚Opfer‘, sondern Verursacher der individuellen Delinquenz (*Ablehnung des Opfers*).<sup>18</sup> Die *Verneinung des Unrechts* und die *Ablehnung des Opfers* zeichnen sich als die herausragenden Neutralisierungstechniken der aufstrebenden Mittelschichtsangehörigen ab.

#### 4. Punitiv Strafhaltungen sozioökonomisch benachteiligter Straftäter – Deliktbereich ‚rechte Gewalt‘

Nicht nur die sozioökonomisch Bessergestellten, sondern auch sozioökonomisch benachteiligte und sozial desintegrierte Personen verfügen über Techniken zur Neutralisierung der eigenen Delinquenz, wobei auch bei diesen Populationen harte Strafforderungen gegen bestimmte Täter- oder Bevölkerungsgruppen eine zentrale Rolle spielen können. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Neutralisierungsoptionen der Hoch- und Niedrigstatiuierten besteht darin, dass die delinquenten Personen mit einem gehobenen oder hohen gesellschaftlichen Ansehen ihre Taten häufig mit Verweisen auf ihre ansonsten ‚wertvollen‘ und anerkannten Beiträge für ‚die Gesellschaft‘ beziehungsweise die aus ihrer Sicht zu fördernden gesellschaftlichen Bereiche relativieren können, während solche Möglichkeiten für sozioökonomisch Randständige nur

---

16 Karstedt (2004), S. 334.

17 Karstedt (2004), S. 340.

18 Karstedt (2004), S. 348.

sehr eingeschränkt bestehen. In Abgrenzung zu der neutralisierungsfunktionalen Punitivität der Höherstatuierten richten sich die Strafforderungen der Niedrigstatuierten in besonderem Maße gegen verhältnismäßig seltene, aber dafür besonders schwere Straftaten (zum Beispiel Sexualdelikte) und gegen kriminalisierte Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten im Sinne einer *Abgrenzung nach Unten*. Im Unterschied zur milderen Bewertung von Straftaten der Angehörigen einer Oberschicht, werden Sanktionierungsformen gegen Angehörige von Minderheiten oder allgemein geächteter Tätergruppen (vor allem Sexualstraftäter)<sup>19</sup> einfacher realisiert und mit besonderen Wert- beziehungsweise hohen Moralvorstellungen neutralisiert.

Mansel geht davon aus, „dass Strukturkrisen und Verschärfungen sozialer Ungleichheit, die Labilisierung sozialer Beziehungen und die damit einhergehenden Gefühle von Verunsicherung, Entbehrlichkeit und Sinnlosigkeit den Nährboden für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit schaffen. Diese Ideologie begünstigt Machtdemonstrationen, in denen das Eigene (Majorität) auf- und das Fremde (Minderheiten) abgewertet wird“.<sup>20</sup> Daraus kann eine illegitime Machtausübung in ‚Eigenregie‘, das heißt unabhängig von den staatlichen Institutionen sozialer Kontrolle resultieren, wobei ein subjektives Gerechtigkeitsverständnis als Neutralisierungsmedium bei der Begehung bestimmter Straftaten fungieren kann (*Berufung auf höhere Instanzen*).

Als besondere Variante einer *selbstreflexiven Punitivität* ist in diesem Zusammenhang die Akzeptanz, Bereitschaft und Begehung von Gewalttaten gegen ‚fremde‘ beziehungsweise mutmaßlich normabweichende Gruppen (vor allem mit Migrationshintergrund) hervorzuheben. Soziale Desintegration korrespondiert in vielen Fällen mit einem eingeschränkten Vertrauen in (rechts-)staatliche Institutionen und fördert die Abwertung, Diskriminierung und aktive Bekämpfung von Gruppen, die als ‚statusgefährdende Konkurrenz‘ und/oder Bedrohung von Sicherheit und Ordnung wahrgenommen werden.<sup>21</sup> Straftaten gegen die jeweils personifizierten Bedrohungen können von den Akteuren als eine im Kontext des subjektiv empfundenen Staatsversagens erforderliche Ausdrucksform von ‚brachialer‘ *Selbstjustiz* legitimiert und somit durch die *Berufung auf höhere Instanzen* neutralisiert werden. Bei dieser Art von Selbstjustiz handelt es sich um eine spezielle Ausdrucksform von individueller Punitivität, die jenseits der anerkannten Rechtsnormen ihre Anwendung findet, wenn die Effektivität des gültigen Rechtssystems und der staatlichen Kontrollorgane zumindest partiell in Frage gestellt wird und aus ideologischen oder zweckrationalen Gründen ein dringender Handlungsbedarf besteht. Auch die *Verneinung des Unrechts*, die

---

19 Vgl. Keßler (2014).

20 Mansel (2004), S. 108.

21 Mansel (2004), S. 109.

*Ablehnung des Opfers* und die *Verdammung der Verdammenden* eignen sich in diesem Kontext zur Neutralisierung derartiger Delinquenz. Wenn Politiker als unglaublich, die Justiz als handlungsunfähig und die individuellen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation als stark eingeschränkt wahrgenommen werden, fördert das subjektiv enttäuschte Gerechtigkeitsverständnis die Entwicklung punitiver Einstellungen und die Bereitschaft zu illegitimen Handlungen. „Offensichtlich führt die erlebte Machtlosigkeit dazu, rigide Maßnahmen zur Schaffung von Recht und Ordnung zu fordern“<sup>22</sup> während paradoxerweise durch eigene Delinquenz gegen das geltende Recht verstoßen wird. Der Delinquent betrachtet sich dabei als das eigentliche Opfer einer ungerechten Gesellschaft und deren versagenden Institutionen (*Ablehnung des Opfers*). Derart gekennzeichnete Sanktionierungsbedürfnisse, die subjektiv durch staatliches Handeln nur als unbefriedigend erlebt werden, korrelieren mit einer erhöhten individuellen Gewaltbereitschaft gegen kriminalisierte gesellschaftliche Minderheiten. „Desintegration steht somit im Hintergrund einer sich abzeichnenden ‚neuen Straflust‘“,<sup>23</sup> die sich auch in einer informellen Sanktionierungspraxis durch Individuen jenseits der legitimen gesetzlichen Rahmenbedingungen niederschlägt und daher von den jeweiligen Akteuren im Vorhinein neutralisiert beziehungsweise im Nachhinein rationalisiert werden muss. Selbstreflexive punitive Einstellungen sozioökonomisch Benachteiligter gegen ‚Ausländer‘, Asylbewerber und Aussiedler basieren demzufolge anteilig auf transformierten Ängsten vor einem weiteren Statusverlust. Gewaltausübung gegen gesellschaftliche Minderheiten kann in diesem Kontext als ein Ventil zum Abbau diffuser sozialer Ängste fungieren und dadurch neutralisiert werden, dass damit den angeblich auf staatlichen Fehlentscheidungen basierenden subjektiven Ohnmachtsgefühlen entgegengewirkt und wieder informelle „Gerechtigkeit“ hergestellt wird. Daher eignet sich in solchen Fällen auch die *Verdammung der Verdammenden* als ergänzende Neutralisierungstechnik. Repräsentanten des kritisierten Staates werden als die eigentlich Schuldigen, welche die sozialen Missstände und die daraus resultierende Delinquenz der angeblich nur nach ausgleichender „Gerechtigkeit“ strebenden Leute „aus dem Volk“ zu verantworten haben, dargestellt.

## 5. Resümee

*Selbstreflexive Punitivität* kann die zumindest verstärkende Funktion haben, eigene Delinquenz im Vorfeld zu neutralisieren oder im Nachhinein zu

---

<sup>22</sup> Mansel (2004), S. 122.

<sup>23</sup> Mansel (2004), S. 128.

rationalisieren und somit tatbedingte Scham- und Schuldgefühle durch projektive Schuldzuweisungen auf andere zu relativieren. Das *Konzept der Neutralisierungstechniken* nach Sykes und Matza erweist sich für die Ergründung der Neutralisierungsfunktion *selbstreflexiver Punitivität* als sehr aufschlussreich. Hinzugezogene Untersuchungen zeigen auf, dass die jeweiligen Neutralisierungstechniken kaum isoliert zu betrachten sind, sondern meist miteinander verwoben in Erscheinung treten. Zumeist korrelieren sie dann auch mit punitiven Strafhaltungen gegen andere, da das bestehende Dilemma der Widersprüchlichkeit zwischen internalisierten Rechtsnormen und beruflichen beziehungsweise subkultureller Wertorientierungen durch die Verschiebung des Fokus aufgelöst werden soll. Eine individuelle *moralische Ökonomie*<sup>24</sup> ist hierfür eine wichtige Grundvoraussetzung.

Die konkreten Anwendungsoptionen der zur Verfügung stehenden Neutralisierungstechniken und deren öffentliche Akzeptanz unterscheiden sich je nach sozioökonomischem Status der Handlungsträger. Sozioökonomisch ‚Bessergestellte‘ mit hohem Status gebrauchen im Bereich der Wirtschaftsdelinquenz zumeist die Neutralisierungstechniken *Verneinung des Unrechts* und *Berufung auf höhere Instanzen*. Sozioökonomisch ‚Benachteiligte‘ (inklusive deklassierungsbedrohte Mittelschichtsangehörige) verknüpfen ebenfalls die verfügbaren Techniken zur Delinquenz-Neutralisierung mit punitiven Strafhaltungen gegen andere, wobei sich diese ausgeprägter als bei den höher Statuierten gegen besonders schwere Deliktbereiche und im Kontext eines sozialen Konkurrenzdrucks ‚von Unten‘ gegen leicht kriminalisierbare gesellschaftliche Minderheiten richten. Eine damit einhergehende gesteigerte Gewaltbereitschaft kann als Ausdruck modifizierter Punitivität im Sinne einer Art ‚Selbstjustiz‘ gewertet werden. Die *Berufung auf höhere Instanzen* und die *Ablehnung des Opfers* erscheinen in einem solchen Fall im Zusammenspiel mit einem eingeschränkten Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen als besonders geeignete Neutralisierungstechniken zur Tatrechtfertigung.

Es wurde dargelegt, dass *selbstreflexive Punitivität* zumindest eine ergänzende Neutralisierungsfunktion haben kann. Ob sie in konkreten Fällen auch als ‚eigenständige‘ Neutralisierungstechnik auftreten kann, müsste durch eine entsprechende empirische Studie überprüft werden.

## Literatur

Benson, M.L. (1985): Denying the guilty mind: Accounting for involvement in a white-collar-crime. *Criminology*, 23 (4), S. 583-608.

---

24 Vgl. Karstedt (2004).

- Claassen, L.* (2013): Neutralisierungstechniken und kognitive Dissonanz. Ein Beitrag zur Prävention von Wirtschaftskriminalität. Marburg: Tectum Verlag.
- Karstedt, S.* (2004): „Das tun doch alle“: Anmerkungen zur moralischen Ökonomie moderner Marktgesellschaften. In: Walter, M./Kania, H./Albrecht, H.-J. (Hg.): Alltagsvorstellungen von Kriminalität – Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Kriminalitätsbildern für die Lebensgestaltung. Münster: LIT, S. 331-352.
- Keßler, A.* (2014): Punitivität und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Sexualstraftätern – Delikteinschätzungen, Kriminalitätsfurcht. Einstellungen zu Strafe. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Löhr, A./Burkatzki, E.* (Hg.) (2008): Wirtschaftskriminalität und Ethik. München u.a.: Rainer Hampp Verlag.
- Mansel, J.* (2004): Wiederkehr autoritärer Aggression. Soziale Desintegration und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Lautermann, R./Klimke, D./Sack, F. (Hg.): Punitivität. 8. Beiheft des Kriminologischen Journals, S. 105-137.
- Schwarz, N./Bayer, A.* (1989): Variationen der Fragenreihenfolge als Instrument der Kausalitätsprüfung: Eine Untersuchung zur Neutralisationstheorie devianten Verhaltens. ZUMA-Arbeitsbericht Nr. 89/23. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.
- Schlegel, A.* (Hg.) (2003): Wirtschaftskriminalität und Werte – Theoretische Konzepte, empirische Befunde, praktische Lösungen. Nordhausen: Verlag Traugott Bautz.
- See, H.* (1997): Wirtschaftsverbrechen – Gefahr für Sozialstaat und Demokratie. In: See, H./ Spoo, E. (Hg.): Wirtschaftskriminalität – Kriminelle Wirtschaft. Heilbronn: Distel Verlag, S. 21-35.
- Sykes, G.M./Matza, D.* (1957): Techniques of neutralization – A theory of delinquency. American Sociological Review, 22 (6), S. 664-670.
- Sykes, G.M./Matza, D.* (1968): Techniken der Neutralisierung: Eine Theorie der Delinquenz. In: Sack, F./König, R. (Hg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt a.M.: Akademische Verlagsgesellschaft, S. 360-371.
- Ziercke, J.* (2008): Wirtschaftskriminalität in der Bundesrepublik Deutschland: Fallbeispiele, Entwicklungstrends, Folgeschäden. In: Löhr, A./Burkatzki, E. (Hg.): Wirtschaftskriminalität und Ethik. München u.a.: Rainer Hampp Verlag, S. 25-42.

# Who's bad? Eine Analyse zur internationalen Vergleichbarkeit von Maßen krimineller Einstellungen mittels des Web-Probing Ansatzes

*Sonja Schulz, Katharina Meitinger, Michael Braun und  
Dorothee Behr*

## **Gliederung**

- |  |                |
|--|----------------|
| 1. Kriminelle Einstellungen und das Problem der internationalen Vergleichbarkeit | 2.1 Datenbasis |
| 2. Datenbasis und methodisches Vorgehen  | 2.2 Methoden   |
|  | 3. Ergebnisse  |
|  | 4. Fazit       |

## **1. Kriminelle Einstellungen und das Problem der internationalen Vergleichbarkeit**

Kriminelle Einstellungen sind ein zentrales Konstrukt klassischer und moderner kriminologischer Theorien und entsprechend häufig Gegenstand von empirischer Forschung zu Kriminalität. Das Konstrukt der persönlichen Moral etwa ist von Relevanz in klassischen Lern- und Kontrolltheorien abweichenden Verhaltens (als ‚criminal definitions‘ oder ‚beliefs‘)<sup>1</sup> und bildet das Fundament der zurzeit prominent diskutierten ‚Situational Action Theory‘ von *Per-Olof Wikström*.<sup>2</sup> Dieser Beitrag wählt das Konstrukt der persönlichen Moral als Ausgangspunkt und erläutert an diesem Beispiel die Notwendigkeit von Messinvarianz. Prinzipiell sind die Aussagen jedoch übertragbar auf andere (kriminologisch relevante) Einstellungsmessungen, wie beispielsweise die Forschungszweige zu Kriminalitätsfurcht oder Punitivität. Das Konstrukt der persönlichen Moral wird definiert als die Gesamtheit von Beurteilungen bezüglich der Legitimität beziehungsweise moralischen Fragwürdigkeit verschiedener Handlungen – oder vereinfacht ausgedrückt: was eine Person insgesamt für „richtig“ und „falsch“ hält. Wenn eine Person gesetzestreue Handlungen insgesamt für

---

1 Vgl. *Akers* (1998); *Hirschi* (1969).

2 *Wikström et al.* (2012).

„sehr richtig“ und nonkonforme Handlungen insgesamt für „sehr falsch“ hält, hat sie eine stark konform ausgeprägte persönliche Moral.

Moralische Einstellungen werden üblicherweise mit Itembatterien gemessen, in denen Befragten verschiedene moralisch fragwürdige Verhaltensweisen zur Beurteilung vorgelegt werden. Die Befragten werden dann aufgefordert, auf einer Antwortskala anzugeben, für wie „falsch“ sie die jeweilige Verhaltensweise halten. Die Antworten zu den vorgelegten Verhaltensweisen werden dann anhand von Summenscores oder Mittelwertsindizes zusammengefasst. Der World Value Survey 6 (WVS 6) beispielweise enthält Fragen dazu, ob verschiedene Verhaltensweisen „unter Umständen gerechtfertigt sein können“.<sup>3</sup> Je nach Land werden bis zu 15 Verhaltensweisen erfragt. Die Morality-Scale der Peterborough Adolescent and Young Adult Development Study (PADS+) wurde speziell für jugendliche Befragte konstruiert und erfragt, wie falsch oder schlimm Verhaltensweisen wie das Sprühen von Graffiti auf eine Hauswand, das Stehlen einer CD aus einem Geschäft oder das Schulschwänzen eingestuft werden.<sup>4</sup> Übersetzungen und Adaptierungen dieser Skala wurden bereits bei Befragungen in Schweden,<sup>5</sup> den Niederlanden,<sup>6</sup> Slowenien<sup>7</sup> und Deutschland<sup>8</sup> eingesetzt. Zudem ist eine solche Skala Bestandteil der International Self-Report Delinquency Study III in bislang 35 Ländern.<sup>9</sup>

Mit dem drastischen Anstieg von international vergleichenden sozialwissenschaftlichen Datenerhebungen im Allgemeinen<sup>10</sup> ist zukünftig auch ein weiterer Anstieg international vergleichender Studien zu kriminologisch relevanten Themen zu erwarten. Eine notwendige Vorbedingung von international vergleichenden Studien ist jedoch prinzipiell, dass die verwendeten Messungen in verschiedenen Kontexten das zu messende Konstrukt gleich gut erfassen, also messinvariant sind. Häufig wird jedoch Messinvarianz lediglich angenommen beziehungsweise unterstellt, um gleich zum eigentlichen Analyseinteresse überzugehen. Sowohl die Auswahl von Items zur kulturvergleichenden Analyse als auch die Itemübersetzung können jedoch zu Problemen führen. Probleme mit der Konstruktvalidität (englisch: ‚construct bias‘) können als fundamental angesehen werden, denn sie zeigen an, dass das theoretische Konzept selbst eine unterschiedliche Bedeutung in verschiedenen Kontexten hat. Mangelnde Vergleich-

---

3 *World Values Survey* (2018).

4 Vgl. *Wikström et al.* (2012).

5 *Svensson et al.* (2010).

6 *Bruinsma et al.* (2015).

7 *Mesko et al.* (2015).

8 *Kroneberg/Schulz* (2018).

9 *International Self-Report Delinquency Study* (2018).

10 *Smith* (2010).

barkeit von theoretischen Konstrukten bedeutet ein kaum überwindbares Hindernis für vergleichende Sozialforschung. Eine Messung mit dem gleichen Messinstrument in diesen Kontexten würde zu einem Vergleich von „Äpfeln mit Birnen“ führen. Konzepte mit stark kulturspezifischen Bedeutungen werden auch „emisch“ genannt, im Gegensatz zu universellen, also „etischen“ Konzepten.<sup>11</sup> Einzelne Normen und Verhaltensanweisungen können zwar vermutlich als Minimalprinzipien als universell angesehen werden („du sollst nicht töten“, „du sollst nicht stehlen“),<sup>12</sup> aber *welche* Verhaltensweisen quasi zum Gesamtkanon der (konformen) Moral in einem Kontext gehören (und inwiefern dieser wiederum mit den jeweiligen Gesetzesnormen übereinstimmt), kann kulturell variabel sein. Die getroffene Itemsauswahl für eine Moralskala sollte aber in jedem Land das Konstrukt der Moral gleich gut repräsentieren. Beispielsweise kann zwar angenommen werden, dass grundsätzlich ein universelles Gewaltverbot besteht, aber inwiefern dieses auch für das Schlagen der eigenen Ehefrau gilt oder ob dieses unter Umständen gerechtfertigt ist, kann kulturell variabel sein. Eine Messung von Moral anhand einer Skala, die solche in verschiedenen Kulturen unterschiedlich „relevanten“ Verhaltensweisen beinhaltet, die – bildlich gesprochen – unterschiedlich „nahe“ am Konstrukt kern liegen, kann entsprechend zu einem Vergleich von „Äpfeln mit Birnen“ führen.

Neben der Itemsauswahl können Probleme bei der Übersetzung von Items oder die Verwendung von Begriffen mit kulturspezifischen Interpretationen zu Problemen mit der Itemvalidität führen.<sup>13</sup> Für eine vergleichbare Messung muss sichergestellt werden, dass die Übersetzung der einzelnen Items so erfolgt, dass Befragten in unterschiedlichen Ländern möglichst ein identischer Stimulus präsentiert wird. Bei der Messung von Moral im WVS 6 wurde das Item V208 im englischen Fragebogen als „For a man to beat his wife“ formuliert, im deutschen Fragebogen jedoch als „Wenn einem Mann bei seiner Frau mal die Hand ausrutscht“. Auch einem Nicht-Muttersprachler wird hier auffallen, dass die deutsche Formulierung wesentlich ‚weicher‘ formuliert ist und quasi eine Entschuldigung vorwegnimmt. Dass Befragten hier in den englischsprachigen Fragebögen der gleiche Stimulus wie im Deutschen präsentiert wird, darf angezweifelt werden. Die Folge könnte sein, dass die Items unterschiedlich gut als Indikatoren für Moral funktionieren.

Ob ein Messinstrument in unterschiedlichen Kontexten das gleiche Konstrukt gleich gut erfasst, wird zumeist ausschließlich anhand von quantitativen Verfahren beurteilt. Hierfür werden in der Regel (konfirmatorische) Faktoranalysen im

---

11 Davidov et al. (2014), S. 60.

12 Vgl. Dülmer (2013).

13 Englisch ‚item bias‘, vgl. Davidov et al. (2014).



Gruppenvergleich durchgeführt.<sup>14</sup> Bei mangelnder Vergleichbarkeit bieten diese quantitativen Verfahren jedoch keine Erklärung, *warum* eine Messung nicht über verschiedene Gruppen oder Kontexte vergleichbar ist. Hier bietet es sich an, quantitative Techniken mit qualitativen Methoden zu verbinden.<sup>15</sup> Es existiert eine Vielzahl von qualitativen Methoden, die Einblicke in die Gründe für mangelnde Messäquivalenz geben können, insbesondere kulturell vergleichende kognitive Interviews<sup>16</sup> und Web-Probing.<sup>17</sup>

Im Idealfall sollten kulturelle Unterschiede im Hinblick auf die interessierenden Phänomene bereits im Vorfeld einer Befragung eruiert werden, um Probleme mit Konstrukt- und Itemvalidität von vornherein zu vermeiden. Kognitive Interviews können auch hierfür ein wichtiges Hilfsmittel sein, da diese wichtige Einsichten dazu ermöglichen, wie Konzepte in verschiedenen Kontexten verstanden und beurteilt werden.<sup>18</sup> Bereits 1944 hat *Paul F. Lazarsfeld* empfohlen, dass Antworten auf offene Fragen im Rahmen von Pretests als Ausgangspunkt einer Konstruktion von Skalen mit geschlossenen Antwortkategorien genommen werden sollten. Ohne solche Vorstudien kann es leicht dazu kommen, dass geschlossene Fragen mit Antwortkategorien aufgenommen werden, die vom Befragten nicht wie vom Forscher intendiert verstanden werden und/oder außerhalb des Referenzrahmen des Befragten liegen.<sup>19</sup>

Für die Konstruktion einer kulturell invarianten Skala von Moral bestünde das erste Ziel entsprechend darin, eine Auswahl von (un-)moralischen Verhaltensweisen zu finden, die in verschiedenen Kontexten in gleicher Weise von Relevanz für das Konstrukt der Moral sind beziehungsweise in der Lage sind, dieses Konstrukt in unterschiedlichen Kontexten gleich gut zu repräsentieren. Nach dem von *Schuman und Presser* vorgeschlagenen Vorgehen könnte man Befragte bitten, Beispiele für unterschiedlich schwere Vergehen und Normbrüche zu geben, wie: „Bitte geben Sie Beispiele für schwere/mitteelschwere/leichte Vergehen“, „Welche Verhaltensweisen verdienen eine harte Strafe“ oder „Welche Verhaltensweisen sollten erlaubt werden“. Verhaltensweisen, die in unterschiedlichen Kontexten ähnlich beurteilt werden, könnten dann in eine international vergleichbare Moralskala aufgenommen werden. Nicht aufgenommen werden sollten Items, deren Relevanz sich zwischen unterschiedlichen Kontexten unterscheidet.

---

14 *Davidov et al.* (2014).

15 *Meitinger* (2017).

16 Siehe *Willis* (2015) für eine Forschungssynthese.

17 *Braun et al.* (2015).

18 *Davidov et al.* (2014), S. 61.

19 *Schuman/Presser* (1979).

Im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Optimierung von Probe-Techniken für internationale Online-Umfragen“<sup>20</sup> wurde Befragten in fünf Ländern die offene Frage gestellt, was sie unter „schweren Verbrechen“ verstehen. Anhand dieser Frage kann beurteilt werden, ob Befragte in den untersuchten Ländern unterschiedliche Verhaltensweisen mit dem Extrempunkt des „schweren Verbrechens“ verbinden. Auch wenn aufgrund der Einschränkung dieser Einzelfrage auf „schwere Verbrechen“ anhand der Ergebnisse noch keine Konstruktion einer interkulturell validen Moralskala möglich ist, bieten die Antworten interessante Einblicke in interkulturelle Unterschiede im Hinblick auf die Auffassung von „schweren“ Normbrüchen. Dadurch haben die Ergebnisse Implikationen für die Konstruktion von international vergleichbaren Moralskalen und weisen darauf hin, welche Verhaltensweisen sich aufgrund von nationalen Unterschieden *nicht* für die Aufnahme in vergleichende Messungen eignen.

## 2. Datenbasis und methodisches Vorgehen

### 2.1 Datenbasis

Die vorliegende Studie verwendet Daten einer Online-Umfrage, die im Juni 2014 im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Optimierung von Probe-Techniken für internationale Online-Umfragen“ durchgeführt wurde. Die 1.354 Befragten aus Deutschland, Großbritannien, den USA, Spanien und Mexiko stammen aus einem nicht-zufallsbasierten Online-Panel und wurden auf Basis einer Quote nach Alter (18-30, 31-50 und 51-65 Jahre), Geschlecht und Bildung (hoch vs. niedrig) selektiert. Das Projekt verfolgte das Ziel, eine allgemeine Methode für Probing-Fragen in Online-Umfragen zu entwickeln und für zukünftige Einsätze in internationalen Projekten zu optimieren, hatte also kein explizit kriminologisches Erkenntnisinteresse. Um die Datenstruktur besser zu verstehen, ist es notwendig den Ablauf und die Ziele von Web-Probing kurz zu erläutern.

Im Web-Probing-Ansatz werden Probing-Techniken des kognitiven Interviews in Online-Umfragen verwendet. Probes sind Folgefragen, die den Befragten dazu auffordern, zusätzliche Informationen zu einer Frage in einem Fragebogen zu geben.<sup>21</sup> Es existieren zwar eine Reihe von unterschiedlichen Probe-Typen, im Web-Probing Ansatz wurden bisher jedoch zumeist folgende drei Probe-Typen verwendet: 1) Eine *Category-Selection*-Probe fordert

---

20 DFG-Fördernummer BR 908/5-1.

21 Beatty/Willis (2007).

den Befragten dazu auf zu erklären, warum er/sie einen bestimmten Antwortwert gewählt hat. 2) Eine *Specific*-Probe ermuntert den Befragten dazu, zusätzliche Informationen zu einem bestimmten Detail der Frage zu geben. 3) Eine *Comprehension*-Probe fragt nach der Definition eines bestimmten Wortes, das in der Frage verwendet wird. Ziel des Probing-Verfahrens ist es, die kognitiven Prozesse aufzudecken, die die Befragten beim Beantworten der Frage durchlaufen. Die Implementierung der Probing-Techniken in Online-Umfragen ermöglicht ein stärker standardisiertes Vorgehen als in traditionellen kognitiven Interviews, da alle Befragten die gleiche Probe-Formulierung erhalten. Ebenso können deutlich höhere Fallzahlen erzielt und Interviewereffekte reduziert werden.<sup>22</sup> Die Kehrseite des Web-Modus ist, dass kein Interviewer motivierend auf die Befragten einwirken kann und keine flexible Reaktion auf spontane Kommentare oder unzureichende Antworten möglich ist.<sup>23</sup> Wenn die Methode in internationalen Studien eingesetzt wird, entsteht zudem Übersetzungsbedarf hinsichtlich der Probes und der offenen Antworten, insbesondere wenn letztere nicht in der Originalsprache von Forschern verstanden werden können. Eine weitere Herausforderung ist die intensive Kodierung aufgrund der hohen Fallzahl der qualitativen Antworten, was zu einer Beschränkung auf wenige Länder und Sprachregionen führen kann.<sup>24</sup>

**gesis** Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

---

Und wie wichtig ist es für Sie, dass Menschen, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, ihre Bürgerrechte verlieren?

überhaupt nicht wichtig							sehr wichtig
1	2	3	4	5	6	7	
C	C	C	C	C	C	C	

---

C kann ich nicht sagen

Abbildung 1: Screenshot der Umsetzung der geschlossenen Frage in der Online-Umfrage

Gegenstand der folgenden empirischen Analysen bilden die Antworten auf eine Probe zu einem Item der Itembatterie „Rechte der Menschen in einer Demokratie“ des 2014 durchgeführten ISSP- (International Social Survey Program) Moduls „Bürger und Staat“. In dieser Itembatterie wurden die Befragten gebeten, neun Items anhand einer Antwortskala von 1 „überhaupt nicht wichtig“ bis 7 „sehr wichtig“ zu beantworten. Das in diesem Artikel

<sup>22</sup> Braun et al. (2012).

<sup>23</sup> Meitinger/Behr (2016).

<sup>24</sup> Meitinger (2017).

analysierte Item lautete: „Und wie wichtig ist es für Sie, dass Menschen, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, ihre Bürgerrechte verlieren?“ (vgl. *Abbildung 1*). Dieses Item wurde ausgewählt, da sich mehrere Details der Frageformulierung problematisch auf die internationale Vergleichbarkeit der Daten auswirken können. Im vorliegenden Kontext ist von besonderer Relevanz, dass sich Befragte in verschiedenen Ländern in ihrer Definition eines „schweren Verbrechens“ unterscheiden könnten oder unterschiedliche Grenzen ziehen, welches Verbrechen sie als schwer einstufen. Um diese Möglichkeit beurteilen zu können, wurde eine gezielte Comprehension-Probe gestellt: „Was verstehen Sie unter ‚schwere Verbrechen‘“ (vgl. *Abbildung 2*). Ihre Antwort konnten die Befragten in eine angebotene Textbox eintragen.



**gesis** Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

---

**Was verstehen Sie unter "schwere Verbrechen"?**

Die Frage war: "Und wie wichtig ist es für Sie, dass Menschen, die wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden, ihre Bürgerrechte verlieren?"

*Abbildung 2: Umsetzung der Comprehension-Probe in der Online-Umfrage*

## 2.2 Methoden

Auf Basis der Probing-Antworten wurde ein Kategorienschema erarbeitet. Dies geschah in einem iterativen, mehrstufigen Verfahren. Ausgehend von einer vorläufigen Liste an Kategorien, die auf theoretischen Erwartungen bezüglich der Nennungen der Befragten beruhte, wurden zunächst einem Teil der Nennungen Kategorien zugeordnet. Dabei wurden auch neue Kategorien hinzugefügt, solange bis eine Sättigung erreicht war, das heißt bis die überwiegende Anzahl der Nennungen in bereits vorliegende Kategorien eingeordnet werden konnte und keine neuen Kategorien mehr zu der Liste hinzugefügt werden mussten. Das resultierende Kategorienschema wurde dann in der Arbeitsgruppe diskutiert und – in Abhängigkeit von der Häufigkeit des Auftretens bestimmter Kategorien – Vergrößerungen und Verfeinerungen vorgenommen.

Nach der Erstellung des endgültigen Kategorienschemas wurden alle Antworten auf die Probes zunächst von einem speziell geschulten Kodierer kodiert und anschließend eine 20 %-Stichprobe der Probe-Antworten zweitekodiert. Auf der

Basis der beiden Kodierungen wurde dann die Interkoder-Reliabilität, das heißt die Übereinstimmung zwischen den Kodierern, berechnet. Diese beträgt bei der Comprehension-Probe 92 %. Abweichende Kodierungen wurden in der Projektgruppe diskutiert und entsprechend korrigiert. Aus den zunächst qualitativen Antworten der Befragten wurden somit quantitative Variablen konstruiert, die mit den gängigen Statistikprogrammen weiter verarbeitet werden können.

Die Antworten lassen sich folgenden Kategorien zuordnen: *Tötungsdelikt* (Nennungen wie „Mord“), *Sexualdelikt* (z.B. „Vergewaltigung“), *Kindesmissbrauch/Pädophilie* (z.B. „Kindesmissbrauch“, „Kinderschänder“), *Körpverletzung* (z.B. „schwere Körpverletzung“), *Raub* (z.B. „Raubüberfälle“), *Freiheitsdelikt* (z.B. „Entführung“, „Geiselnahme“), *Terror* (z.B. „Verbrechen gegen den Staat und seine Organe“, „Selbstmordattentäter“), *Diebstahl* (z.B. „Geld stehlen“, „Einbruch“), *Wirtschaftskriminalität/White Collar* (z.B. „Steuerbetrug“, „wirtschaftliche Verbrechen“), *Korruption* (z.B. „Bestechung“), *Handel mit illegalen Gütern* (z.B. „Drogenhandel“) und *Anderes Verbrechen* („Kriegsverbrechen“, „Tierquälerei“, „Landesverrat“). Einige Antworten lassen sich keinen konkreten Deliktarten zuordnen, da die Definition als „schweres Verbrechen“ primär über die Folgen vorgenommen wurde. Dies betrifft etwa Nennungen wie „Verbrechen, die lange Haftstrafen nach sich ziehen“ oder „Delikte, bei denen die Opfer nachhaltige und traumatische Störungen bekommen“ (Kodierung: *Kapitalverbrechen* und *traumatisierendes Verbrechen*). Zudem antworteten einige Befragten vage (z.B. „jedes Verbrechen“ oder „keine Verbrechen“), verweigerten die Antwort (z.B. „möchte ich nicht beantworten“) oder gaben unsinnige Antworten (z.B. „weil halt“, „fglhkj“). Im Folgenden werden nur Nennungen weiter beleuchtet, die sich konkreten Deliktarten zuordnen lassen.

### 3. Ergebnisse

Bei den meisten Gewaltdelikten und bei Diebstahl zeigen sich nur gering ausgeprägte Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern: Die Befragten in allen Ländern assoziieren primär Mord und Totschlag mit „schweren Verbrechen“. Etwa zwei Drittel aller Befragten nannte diese Verbrechensart. Auch Sexualdelikte im Allgemeinen wurden in allen Ländern von mehr als einem Drittel der Befragten genannt, hierbei gab es keine substantiellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Diebstahlsdelikte wurden nur von etwa jedem zwanzigsten Befragten genannt.

Tabelle 1: Häufigkeitsverteilung der genannten Delikte in Prozent

	D	GB	USA	Mexiko	Spanien	Gesamt	Cramer's V
Tötungsdelikt	73.9	65.7	64.6	59.2	53.2	63.4	.141 (p < .00)
Sexualdelikt	39.6	43.0	35.4	33.6	34.5	37.2	.073 (p = .12)
Kindesmiss- handlung	17.5	18.8	10.7	4.3	8.3	12.0	.170 (p < .00)
Körperver- letzung	17.5	29.6	15.4	15.5	19.0	19.4	.135 (p < .00)
Raub	13.4	8.7	8.2	19.5	15.5	13.0	.128 (p < .00)
Diebstahl	2.6	6.9	7.9	1.1	1.6	4.1	.143 (p < .00)
Freiheitsdelikt	3.7	2.5	5.0	40.8	4.8	11.5	.466 (p < .00)
Terror	5.6	10.1	3.9	2.9	16.7	7.7	.187 (p < .00)
Wirtschafts- kriminalität	7.5	6.9	5.0	11.6	22.2	10.4	.198 (p < .00)
Korruption	0.7	0.7	0.0	5.8	18.7	4.9	.317 (p < .00)
Handel mit illegalen Gütern	1.9	3.6	4.3	17.7	2.8	6.1	.247 (p < .00)
n Befragte	268	277	280	277	252	1354	

Anm.: Schattierung, wenn die Anteilswerte in einem Land größer sind als der Gesamt-Anteilswert und Standardfehler

In Großbritannien wurden verhältnismäßig häufig Körperverletzung und Kindesmisshandlung genannt. Letzteres assoziierten auch deutsche Befragte besonders häufig mit schweren Verbrechen. Die häufige Nennung von Körperverletzungsdelikten in Großbritannien könnte möglicherweise Resultat der besonderen Häufigkeit dieser Form von Gewaltstraftaten im Vereinigten Königreich sein.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Harrendorf et al. (2010).

Mexikanische Befragte denken bei schweren Verbrechen besonders häufig an Raub, Handel mit illegalen Gütern und Freiheitsdelikte. Letzteres wurde von etwa zwei Fünfteln aller mexikanischen Befragten genannt. Dies dürfte auch die problematische Sicherheitssituation im Hinblick auf Raubdelikte und Kidnapping sowie den Drogenhandel und die hiermit einhergehende immense Gewaltproblematik in Mexiko widerspiegeln.<sup>26</sup>

In Spanien dachten die Befragten auffallend häufig an Wirtschaftskriminalität und Korruption sowie Terrordelikte. Die besonders häufige Nennung von Wirtschaftsdelikten und Korruption erscheint vor der jüngeren Berichterstattung über Korruptionsskandale in den spanischen Medien plausibel.<sup>27</sup> Erfahrungen mit Terroranschlägen könnten zur häufigeren Nennung in Spanien und Großbritannien beigetragen haben.

#### **4. Fazit**

Insgesamt zeigen sich bezüglich der Definition von Delikten als „schwere Verbrechen“ bei den am häufigsten genannten Gewaltverbrechen nur geringfügige oder keine Unterschiede zwischen den fünf untersuchten Ländern. Auch bei der Nennung von Diebstahlsdelikten zeigen sich kaum Unterschiede. Wenn solche Arten von Verhaltensweisen zum Gegenstand von Messungen krimineller Einstellungen gemacht werden, lassen sich vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse – gegeben eine einheitliche Übersetzung – keine Probleme mit der internationalen Vergleichbarkeit antizipieren. Ländertypische Besonderheiten zeigten sich jedoch bei der Nennung von Delikten wie Freiheitsdelikten/Kidnapping, Wirtschaftsdelikten und Korruption sowie Handel mit illegalen Gütern und Terrordelikten. Dies deutet auf emische Komponenten von kriminellen Einstellungen hin, die bei der Konstruktion von funktional äquivalenten internationalen Skalen Berücksichtigung finden sollten. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse den möglichen Erkenntnisgewinn durch die Verwendung von offenen Fragen bei der Konstruktion von Skalen mit geschlossenem Antwortformat.

#### **Literatur**

*Akers, R.L.* (1998): *Social Learning and Social Structure: A General Theory of Crime and Deviance*. Boston: Northeastern University Press.

---

<sup>26</sup> *Harrendorf et al.* (2010); *Hoffmann* (2008).

<sup>27</sup> *Marek* (2015).

- Beatty, P.C./Willis, G.B. (2007): Research synthesis: The practice of cognitive interviewing. *Public Opinion Quarterly*, 71, S. 287-311.
- Braun, M./Behr, D./Kaczmirek, L. (2012): Assessing cross-national equivalence of measures of xenophobia: Evidence from probing in web surveys. *International Journal of Public Opinion Research*, 25, S. 383-395.
- Braun, M./Behr, D./Kaczmirek, L./Bandilla, W. (2015): Evaluating cross-national item equivalence with probing questions in web surveys. In: Engel, U./Jann, B./Lynn, P./ Scherpenzeel, A./Sturgis, P. (Hg.): *Improving survey methods: Lessons from recent research*. New York u.a.: Routledge, S. 184-200.
- Bruinsma, G.J.N./Pauwels, L.J.R./Weerman, F.M./Bernasco, W. (2015): Situational Action Theory: Cross-Sectional and Cross-Lagged Tests of Its Core Propositions. *Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice*, 57, S. 363-398.
- Davidov, E./Meuleman, B./Cieciuch, J./Schmidt, P./Billiet, J. (2014): Measurement equivalence in cross-national research. *Annual Review of Sociology*, 40, S. 55-75.
- Dülmer, H. (2013): 12. Modernization, Culture and Morality in Europe: Universalism, Contextualism or Relativism? In: Arts, W./Halman, L. (Hg.): *Value Contrasts and Consensus in Present-Day Europe. Painting Europe's Moral Landscapes*. Leiden: Brill, S. 251-276.
- Harrendorf, S./Heiskanen, M./Malby, S. (Hg.) (2010): *International Statistics on Crime and Justice*. Helsinki: European Institute for Crime Prevention and Control & United Nations.
- Hirschi, T. (1969): *Causes of Delinquency*. Berkeley u.a.: University of California Press.
- Hoffmann, K.-D. (2008): Mexikos „War on Drugs“ und die Mérida Initiative. *GIGA Focus Lateinamerika*, 4, S. 1-8.
- International Self-Report Delinquency Study* (2018): ISRD3 – Participating Countries, in: <https://web.northeastern.edu/isrd/isrd3> [letzter Aufruf: 15.01.2018].
- Kroneberg, C./Schulz, S. (2018): Revisiting the Role of Self-Control in Situational Action Theory. *European Journal of Criminology*, 15, S. 56-76.
- Marek, J. (2015): The Effects of Scandals on Perceived Corruption in Spain. *Global Journal on Humanites & Social Sciences*, 2, S. 1-8.
- Meitinger, K. (2017): Necessary but Insufficient. Why Measurement Invariance Tests Need Online Probing as a Complementary Tool. *Public Opinion Quarterly* 81, S. 447-472.
- Meitinger, K./Behr, D. (2016): Comparing cognitive interviewing and online probing: Do they find similar results? *Field Methods*, 28, S. 363-380.
- Mesko, G./Hirtenlehner, H./Bertok, E. (2015): Situational Action Theory's Prinzip der bedingten Relevanz von Kontrolle. Befunde aus Slowenien. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 98, S. 297-317.
- Schuman, H./Presser, S. (1979): The open and closed question. *American Sociological Review*, 44, S. 692-712.
- Smith, T.W. (2010): The globalization of survey research. In: Harkness, J.A./Braun, M./Edwards, B./Johnson, T.P./Lyberg, L.E./Mohler, P.P./Pennell, B.-E./Smith, T.W. (Hg.): *Survey methods in multinational, multiregional, and multicultural contexts*. Hoboken, NJ: Wiley, S. 477-484.
- Svensson, R./Pauwels, L./Weerman, F.M. (2010): Does the Effect of Self-Control On Adolescent Offending Vary By Level of Morality?: A Test in Three Countries. *Criminal Justice and Behavior*, 37, S. 732-743.



- Wikström, P.-O./Oberwittler, D./Treiber, K./Hardie, B.* (2012): *Breaking Rules: The Social and Situational Dynamics of Young People's Urban Crime*. Oxford: Oxford University Press.
- Willis, G.B.* (2015): The Practice of Cross-Cultural Cognitive Interviewing. *Public Opinion Quarterly*, 79, S. 359-395.
- World Values Survey* (2018): Wave 6 2010-2014, Official Aggregate. Version 2015-04-18. Asep/JDS. Madrid: World Values Survey Association.

# Die österreichische Wiederverurteilungsstatistik – Eine weiterentwickelte Methode zur Messung der Legalbewährung

*Barbara Leitner*

## Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Wie die Daten in die Statistik gelangen
3. Das Konzept der Wiederverurteilungsstatistik
4. Was das Strafregister an Differenzierung (nicht) bietet
5. Zur Weiterentwicklung der Wiederverurteilungsstatistik
6. Die Survival-Analyse zur Wiederverurteilungsstatistik
7. Resümee

## 1. Vorbemerkung

Die österreichische Wiederverurteilungsstatistik wurde im Rahmen der Umsetzung einer politischen Initiative zur Verbesserung der Datengrundlagen für die Kriminaljustiz vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und der Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria) konzipiert und erstmals für das Berichtsjahr 2007 veröffentlicht.<sup>1</sup> Die Differenzierung nach Personenmerkmalen, strafrechtlichen Merkmalen sowie nach Landesgerichtssprengel ermöglicht eine breite Untersuchung der Legalbewährung von verurteilten Personen, welche einmal jährlich durchgeführt wird.

Das ursprüngliche Konzept wurde seit der Einführung zweimal von Statistik Austria weiterentwickelt. Resultat aus beiden Neuerungen ist die heutige österreichische Wiederverurteilungsstatistik, deren Methode zur Messung von ‚Verurteilungskarrieren‘ in diesem Artikel näher erläutert wird. Zunächst wird auf die Datengrundlage eingegangen. Im Anschluss werden das Konzept der Statistik sowie die Darstellungsmöglichkeiten präsentiert. Die wesentlichen Änderungen mit den Berichtsjahren 2012 und 2014, insbesondere die Einführung der Survival-Analyse, werden abschließend vorgestellt.

---

<sup>1</sup> Zum ursprünglichen Konzept der Wiederverurteilungsstatistik, vgl. *Hofinger/Pilgram* (2010); *Statistik Austria* (2008).

## 2. Wie die Daten in die Statistik gelangen

Eine Konstante seit der Einführung der Wiederverurteilungsstatistik ist die Datengrundlage für die Erstellung dieser Statistik. Die Struktur sowie der Umfang der Wiederverurteilungsstatistik sind bestimmt durch die Beschaffenheit der Administrativdaten, die in Österreich für statistische Zwecke zur Verfügung stehen. Der Weg der Daten über verurteilte Personen hin zur Erstellung der Wiederverurteilungsstatistik wird in *Abbildung 1* veranschaulicht und im Folgenden erläutert.

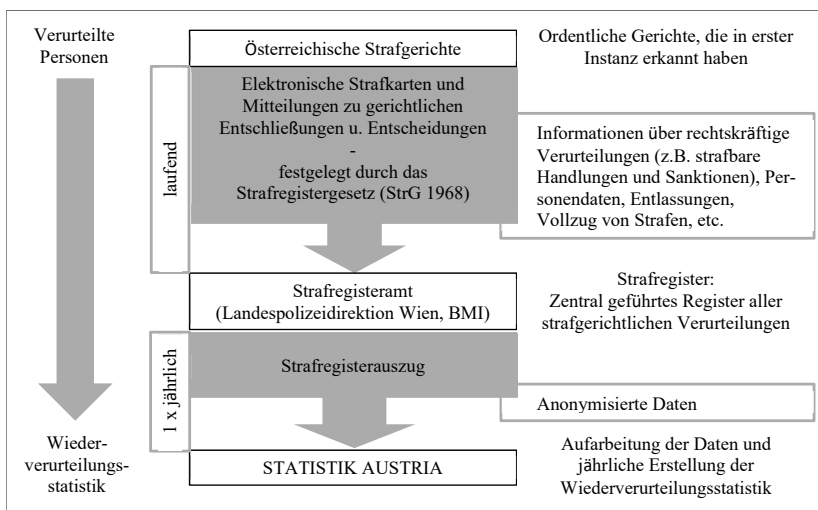


Abbildung 1: Datengrundlage der österreichischen Wiederverurteilungsstatistik

Nach Eintritt der Rechtskraft müssen die Verurteilungen von den Strafgerichten, die in erster Instanz erkannt haben, gemeldet werden. Mittels Übersendung einer elektronischen Strafkarte werden Informationen zur Verurteilung an das Strafreregisteramt übermittelt. Welche Daten vom Gericht weitergeleitet werden, ist im Strafregistergesetz 1968 (öStReG) geregelt. Die Meldung enthält in erster Linie Personendaten, Informationen zu den strafbaren Handlungen und zu den verhängten Strafen. Neben den elektronischen Strafkarten werden von den Gerichten auch Mitteilungen zu gerichtlichen Entschlüssen und Entscheidungen wie beispielsweise Informationen zu Entlassungen, zur Anordnung von Bewährungshilfe und zum Vollzug von Strafen übermittelt.

Das Strafregisteramt, das in der Landespolizeidirektion Wien angesiedelt ist, führt das zentrale Register aller strafgerichtlichen Verurteilungen durch österreichische Gerichte. Die Daten aus der elektronischen Strafkarte werden beim Strafregisteramt gespeichert. Jeder verurteilten Person wird eine EDV-Zahl zugewiesen. Die Personendaten (Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Geburtsort, Aliasnamen etc.) werden mit den bestehenden Personendatensätzen abgeglichen um weitgehend sicherzustellen, dass alle Verurteilungen einer Person unter derselben EDV-Zahl im Register geführt werden.

Zur Erstellung der Statistiken wird von einem Referat des Bundesministeriums für Inneres jährlich ein Auszug aus dem Strafregister erzeugt. Unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen wird der Strafregisterauszug anonymisiert an Statistik Austria übermittelt, das mit der Erstellung der Gerichtlichen Kriminalstatistik, welche die Verurteilungs- und Wiederverurteilungsstatistik umfasst, beauftragt ist. Rechtsgrundlagen hierfür sind § 13 öStReG sowie § 4 (1) Bundesstatistikgesetz 2000. Die zur Verfügung gestellten Daten werden von Statistik Austria zunächst auf Plausibilität geprüft. Danach werden sie so aufbereitet, dass dem Konzept entsprechend die Wiederverurteilungsstatistik erstellt werden kann.

### 3. Das Konzept der Wiederverurteilungsstatistik

Das Strafregister als alleinige Datengrundlage und infolgedessen die rechtlichen Vorgaben zum Inhalt des Registers bilden die Rahmenbedingungen für ein Konzept zur österreichischen Wiederverurteilungsstatistik. Die Analyse von Legalbiografien ist damit limitiert auf rechtskräftige Verurteilungen durch österreichische Strafgerichte. Andere justizielle Verfahrenserledigungen wie diversionelle Maßnahmen bleiben in der Statistik unberücksichtigt.

Wie sich die Legalbewährung von verurteilten Personen in Österreich messen lässt, wird in *Abbildung 2* anhand der Wiederverurteilungsstatistik für das Berichtsjahr 2016 veranschaulicht. Nach dem Konzept der Wiederverurteilungsstatistik werden alle Personen einer bestimmten Kohorte während eines festgelegten Beobachtungszeitraums daraufhin überprüft, ob sie neuerlich eine rechtskräftige Verurteilung aufweisen. Im Folgenden wird auf die Details zur Definition der Kohorte, des Beobachtungszeitraums und der Beobachtung an sich eingegangen.

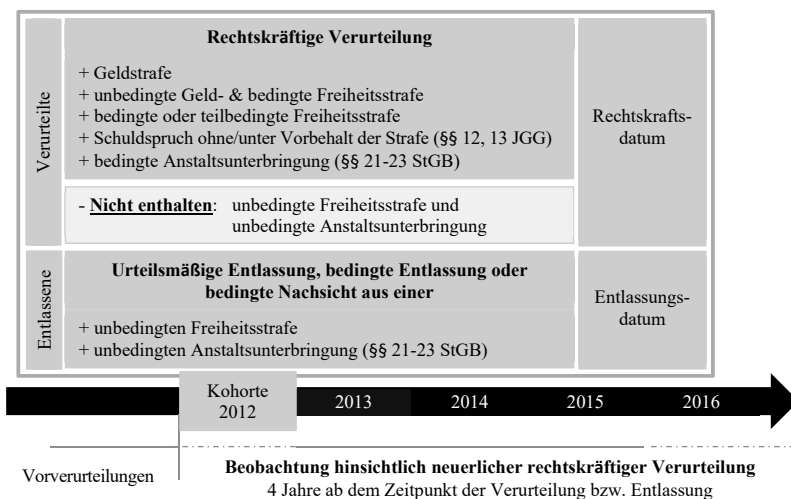


Abbildung 2: Gegenstand der Wiederverurteilungsstatistik 2016

Im Rahmen der Wiederverurteilungsstatistik werden alle Personen einer bestimmten Kohorte analysiert. Diese setzt sich aus zwei Personengruppen zusammen. Die Kohorte beinhaltet Personen,

- die in einem Ausgangsjahr rechtskräftig zu einer Geldstrafe, teilbedingten Strafe (bestehend aus einer unbedingten Geld- und bedingten Freiheitsstrafe), bedingten oder teilbedingten Freiheitsstrafe, zu einem Schuldspruch ohne oder unter Vorbehalt der Strafe (§§ 12, 13 öJGG) oder zu einer bedingten Anstaltsunterbringung verurteilt wurden
- die in einem Ausgangsjahr aus einer unbedingten Freiheitsstrafe oder unbedingten Anstaltsunterbringung entlassen wurden – durch eine urteilsmäßige Entlassung, bedingte Entlassung oder eine bedingte Nachsicht.

Nicht enthalten sind Personen, die zu einer unbedingten Freiheitsstrafe beziehungsweise Anstaltsunterbringung rechtskräftig verurteilt wurden. Sie werden erst ab dem Zeitpunkt der Entlassung in die zugehörige Kohorte aufgenommen. Hingegen werden die zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe verurteilten Personen aus technischen Gründen ab dem Rechtskraftdatum beobachtet. Der Beobachtungszeitraum verkürzt sich allerdings maximal um ein Jahr<sup>2</sup> – das ist die

2 Im Berichtsjahr 2016 belief sich die durchschnittliche Dauer des unbedingten Teils der teilbedingten Freiheitsstrafe auf 4,3 Monate (Median = 4,0 Monate).

Zeit, in der die verurteilten Personen den unbedingten Teil der teilbedingten Freiheitsstrafe verbüßen müssen. Mit Ausnahme der Personen, die zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe verurteilt wurden, werden also nur Personen in Freiheit in der Kohorte erfasst.

Alle Personen einer Kohorte werden ab dem Rechtskraftdatum der Verurteilung beziehungsweise ab dem Zeitpunkt ihrer Entlassung über einen festgelegten Zeitraum analysiert. Seit dem Berichtsjahr 2014 ist dieser Beobachtungszeitraum für jede Person gleich lang. Die Untersuchung läuft über vier Jahre. Wird eine Person beispielsweise am 1. Juli 2012 aus einer unbedingten Freiheitsstrafe entlassen, wird diese Person über vier Jahre hinweg bis zum 30. Juni 2016 beobachtet.

Die maximale individuelle Beobachtungsdauer von vier Jahren ergibt sich durch die Tilgungs- beziehungsweise Löschfristen im Strafregister. Verurteilungen sind laut Tilgungsgesetz 1972 zumindest drei Jahre im Register eingetragen und werden im Fall mehrerer Verurteilungen einer Person nur gemeinsam getilgt. Nach Tilgung der Verurteilung bleibt diese weitere zwei Jahre bis zum Ende der Löschfrist im Register. Neuerliche Verurteilungen einer Person können dann mit bereits gelöschten Verurteilungen nicht mehr zusammengeführt werden. Es sind also fünf vollständige Kalenderjahre im Strafregisterauszug enthalten, wodurch sich ein Beobachtungszeitraum für die gesamte Kohorte von vier Jahren ergibt. In die Analyse nicht miteinbezogen werden können einige wenige Verurteilungen, die gnadenweise getilgt und dadurch vorzeitig aus dem Strafregister gelöscht werden.

Beobachtet werden die Personen einer Kohorte hinsichtlich neuerlicher rechtskräftiger Verurteilungen durch österreichische Gerichte. Die Statistik bezieht sich allein auf inländische Verurteilungen, (Folge-)Verurteilungen durch ausländische Gerichte bleiben unberücksichtigt. Die nicht registrierte Kriminalität („Dunkelfeld“), nicht aufgeklärte strafbare Handlungen und alle anderen justiziellen Verfahrenserledigungen wie Einstellungen, diversionelle Maßnahmen und Freisprüche fließen nicht in die Wiederverurteilungsstatistik ein.

#### **4. Was das Strafregister an Differenzierung (nicht) bietet**

Für eine breite Analyse zur Legalbewährung stehen Personenmerkmale sowie strafrechtliche Merkmale aus dem Strafregister zur Verfügung. Mit der österreichischen Wiederverurteilungsstatistik werden Wiederverurteilungsquoten in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter (bei Rechtskraft des Urteils sowie zum Tatzeitpunkt der letzten Tat) und Staatsangehörigkeit der verurteilten Personen berechnet. Weiterhin kann festgestellt werden, ob für eine Person vor der Ausgangsverurteilung bereits Vorverurteilungen im Strafregister eingetragen waren und wenn

ja, wie viele. Die Informationen zu einer Vorverurteilung vor dem Ausgangsjahr sind im Strafregister vorhanden, wenn zum Zeitpunkt der Ausgangsverurteilung die frühere Verurteilung noch nicht aus dem Strafregister gelöscht wurde.<sup>3</sup>

Zur Ausgangsverurteilung an sich sind das strafsatzbestimmende Delikt (das heißt jenes Delikt, das im Fall mehrerer einer Verurteilung zugrunde liegender Delikte mit dem höchsten Strafraumen bedroht ist) sowie die Sanktion bekannt. Regionale Gliederungen werden nach den Landesgerichtssprengeln – nach Zuständigkeit des Gerichts bei der Ausgangsverurteilung – durchgeführt. Der Wohnort der verurteilten Personen wird in der Strafkarte zwar erfasst, allerdings ist er nur in bestimmten Fällen, wie bei Verurteilungen wegen Sexualstraftaten, verpflichtend einzutragen. Aufgrund der unzureichenden Qualität dieses Merkmals werden keine Auswertungen über den Wohnort der verurteilten Personen durchgeführt. Somit sind auch keine Informationen darüber verfügbar, ob eine verurteilte Person im In- oder Ausland wohnhaft ist. Der Ort der Tathandlung ist ebenfalls nicht bekannt.

Neben der Wiederverurteilungsquote, die besagt, wie viele Personen einer Kohorte im Beobachtungszeitraum erneut von einem österreichischen Gericht rechtskräftig verurteilt wurden, wird die Häufigkeit der neuerlichen Verurteilungen und der Zeitpunkt der ersten Wiederverurteilung ausgewiesen. Zu den Folgeverurteilungen stehen Informationen über die Sanktion der („schwersten“) Wiederverurteilung, über das strafsatzbestimmende Delikt und damit über die Einschlägigkeit von Wiederverurteilungen zur Verfügung. Bei der Analyse der Einschlägigkeit ist allerdings zu beachten, dass die Beschränkung der Auswertung auf das strafsatzbestimmende Delikt bei einer Verurteilung wegen mehrerer strafbarer Handlungen dazu führen kann, dass einschlägige Wiederverurteilungen ignoriert werden – in erster Linie bei Delikten mit einem niedrigen angedrohten Strafraumen. Sobald eine vollständige Erfassung aller der Ausgangsverurteilung zugrunde liegender Delikte (unabhängig vom strafsatzbestimmenden Delikt) für die Wiederverurteilungsstatistik gegeben ist,<sup>4</sup> kann die Einschlägigkeit von Wiederverurteilungen uneingeschränkt dargestellt werden. Diese Erweiterung wird für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt.

Mit den beschriebenen Merkmalen liegen umfassende Möglichkeiten zur Analyse der Wiederverurteilungsquoten vor. Bei der Interpretation der Ergebnisse

---

3 Die Tilgung aller Verurteilungen einer Person erfolgt nur gemeinsam. Wird eine Person beispielsweise jedes zweite Jahr verurteilt, kommt es nie zu einer Tilgung, wodurch alle Verurteilungen im Strafregister eingetragen bleiben.

4 Strukturiert im Strafregister eingetragen sind sämtliche Delikte einer Verurteilung ab dem Rechtskraftdatum des Jahres 2012. Für die Wiederverurteilungsstatistik werden allerdings auch ältere Daten benötigt – bei Entlassungen aus unbedingten Freiheitsstrafen und Anstaltsunterbringungen, bei denen die Rechtskraft des Urteils vor dem Jahr 2012 lag.

sind insbesondere das Konzept der Statistik und die Komplexität des Strafverfolgungssystems zu berücksichtigen. Aussagen über einfache Kausalzusammenhänge können nicht ohne weiteres getroffen werden.<sup>5</sup>

## 5. Zur Weiterentwicklung der Wiederverurteilungsstatistik

Seit Einführung der Wiederverurteilungsstatistik mit dem Berichtsjahr 2007 wurde diese von Statistik Austria zweimal überarbeitet. Beim ersten Mal konnte die Notwendigkeit eines neuen Datenmanagements für Verbesserungen genutzt werden, beim zweiten Mal wurden neue inhaltliche Vorgaben eingearbeitet.

Im Zeitraum von 2010 bis 2012 erfolgte in Österreich eine Modernisierung des Strafregisters. Im Zuge dessen haben sich Änderungen für die Datenlieferung des Bundesministeriums für Inneres an Statistik Austria ergeben. Ein neues Datenmanagement wurde erforderlich, was unter anderem einen technischen Neuaufbau der Wiederverurteilungsstatistik bedingte. In Folge der Umstellungen konnten auch inhaltliche Optimierungen realisiert werden.

Für die Berechnung der Wiederverurteilungsstatistik wurden vor dem Berichtsjahr 2012 aus technischen Gründen die Daten der Verurteilungsstatistiken der jeweiligen Jahre herangezogen und miteinander verknüpft. Mit dem Neuaufbau der Wiederverurteilungsstatistik wird nun der jeweils aktuelle Strafregisterauszug verwendet. Damit werden Verurteilungen nicht ausgeschlossen, die nach dem jährlichen Datenabzug für die Statistik ins Strafregister eingetragen werden.

Die zweite Änderung betrifft nachträgliche Verurteilungen mit Verhängung einer beziehungsweise Absehen von einer Zusatzstrafe nach §§ 31, 40 öStGB. Da sich diese Verurteilungen auf Straftaten beziehen, die vor einem früheren Verfahren begangen wurden, zum Zeitpunkt dieses Verfahrens aber noch nicht bekannt waren, werden diese ab dem Berichtsjahr 2012 nicht mehr als Wiederverurteilungen gezählt. Dadurch ist sichergestellt, dass nur nach der Ausgangsverurteilung begangene und rechtskräftig verurteilte Taten als Wiederverurteilungen abgebildet werden.

Die Neuerungen zur Wiederverurteilungsstatistik 2012 wurden im Februar 2014 bei einem Feedback-Gespräch zur Qualität der Gerichtlichen Kriminalstatistik<sup>6</sup> dem Statistikrat-Ausschuss Qualitätssicherung sowie externen Expertinnen und Experten vorgestellt. Dabei standen weitere Neuerungen wie die

---

5 Zu aktuellen Ergebnissen der Wiederverurteilungsstatistik vgl. *Statistik Austria* (2017a), S. 49 ff.

6 Zur Qualitätssicherung werden bei Statistik Austria Feedback-Gespräche geführt. Basis dieser Gespräche ist eine „Standard-Dokumentation – Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität)“. Zur aktuellen Ausgabe vgl. *Statistik Austria* (2017b).



Änderung des Beobachtungszeitraums sowie die Erweiterung der Wiederverurteilungsstatistik um eine Survival-Analyse zur Diskussion. Die vom Statistikrat empfohlenen Maßnahmen wurden mit dem Berichtsjahr 2014 umgesetzt.

Vor dem Berichtsjahr 2014 wurden alle Personen über fünf Kalenderjahre hinweg hinsichtlich neuerlicher Verurteilungen beobachtet. Abhängig vom Zeitpunkt der Verurteilung beziehungsweise Entlassung im Ausgangsjahr erstreckte sich der Analysezeitraum somit über mindestens vier bis maximal fünf Jahre. Der Beobachtungszeitraum wurde schließlich so geändert, dass er für alle gleich lang ist: Jede Person wird nun über vier Jahre hinweg betrachtet (beispielsweise von 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2014; nach der alten Methode wäre die Person bis Ende 2014 beobachtet worden).

Weitere kleinere Änderungen im Berichtsjahr betreffen die Definition der Kohorte. Es wurden Präzisierungen vorgenommen, um dem Konzept, dass nur Personen in Freiheit hinsichtlich einer Wiederverurteilung beobachtet werden, gerecht zu werden. Beispielsweise wurden Personen aus der Kohorte ausgeschlossen, die zwar eine urteilsmäßige Entlassung im Ausgangsjahr hatten, zu diesem Zeitpunkt aber noch weitere nicht vollzogene unbedingte Haftstrafen im Register eingetragen hatten.<sup>7</sup>

## 6. Die Survival-Analyse zur Wiederverurteilungsstatistik

Eine wesentliche Erweiterung der Wiederverurteilungsstatistik ist mit der Einführung der Survival-Analyse erfolgt, welche im Folgenden präsentiert wird.

Beim Feedback-Gespräch zur Qualität der Gerichtlichen Kriminalstatistik im Februar 2014 wurde vom Statistikrat-Ausschuss Qualitätssicherung zur Einführung einer Survival-Analyse geraten. Um der Empfehlung nachzukommen, wurden die Daten aus dem Strafregister so aufbereitet, dass diese Analyse ergänzend zur Berechnung der allgemeinen Wiederverurteilungsstatistik eingesetzt werden kann.

Die Survival-Analyse, auch Ereigniszeit- beziehungsweise Überlebensdaueranalyse genannt, ist ein statistisches Verfahren, bei dem die Zeitspanne bis zum Eintreten eines Ereignisses – in diesem Fall die erste Wiederverurteilung – zwischen verschiedenen Gruppen verglichen wird. Bei der Analyse von Wiederverurteilungen beträgt der maximale Beobachtungszeitraum hinsichtlich der

---

<sup>7</sup> Details zu den Änderungen mit den Berichtsjahren 2012 und 2014 und den damit verbundenen Zeitreihenbrüchen sind in Kapitel 5 der Publikation „Gerichtliche Kriminalstatistik 2014“ nachzulesen, vgl. *Statistik Austria* (2015).

„Überlebensdauer“ vier Jahre, wobei „überleben“ in diesem Zusammenhang bedeutet, während der Risikoperiode nicht wiederverurteilt zu werden.

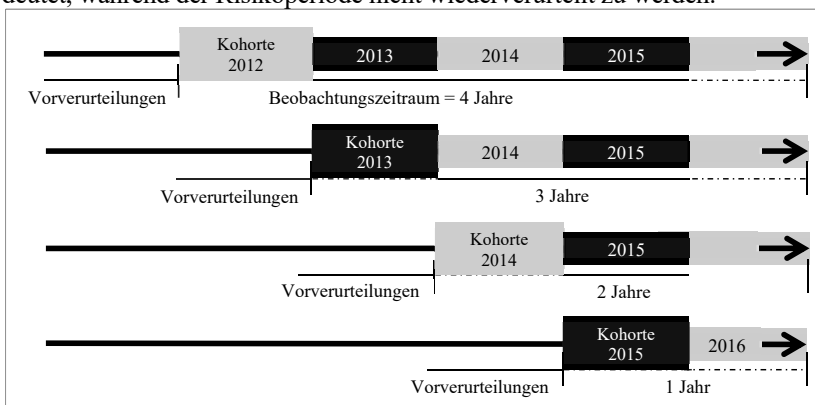


Abbildung 3: Survival-Analyse zur Wiederverurteilungsstatistik 2016

Der Vorteil der Methode besteht darin, dass auch jüngere Kohorten in die Analyse einbezogen werden können. In *Abbildung 3* wird das Konzept anhand der Wiederverurteilungsstatistik 2016 veranschaulicht. Zusätzlich zur Kohorte 2012, die über einen Zeitraum von vier Jahren hinsichtlich neuer Verurteilungen beobachtet wird, fließen drei jüngere Kohorten in die Statistik mit ein. Der maximal mögliche Beobachtungszeitraum verringert sich pro Kohorte um ein Jahr, sodass alle Personen aus der Kohorte 2013 über drei Jahre, Personen aus der Kohorte 2014 über zwei Jahre und Personen aus der Kohorte 2015 über ein Jahr hinweg beobachtet werden (Beispiel zur Kohorte 2015: Rechtskraftwerdung der Verurteilung mit 31. Dezember 2015; Beobachtungszeitraum bis 30. Dezember 2016). Mittels Survival-Analyse stehen folglich auch aktuelle Informationen zu den Wiederverurteilungen zur Verfügung, die es ermöglichen Entwicklungen zeitnah festzustellen.

## 7. Resümee

Aufgegliedert nach soziodemographischen Merkmalen der Verurteilten, Sanktionen und strafsatzbestimmenden Delikten bei der Ausgangsverurteilung kann mit der österreichischen Wiederverurteilungsstatistik ein differenziertes Bild über „Verurteilungskarrieren“ gegeben werden. Limitiert ist die Darstellung von Legalbiografien auf rechtskräftige Verurteilungen. Eine

Einbeziehung sämtlicher justizieller Verfahrenserledigungen, zumindest aber der diversionellen Maßnahmen, ist wünschenswert, derzeit aber noch in weiter Ferne. Die Weiterentwicklung der Statistik im Laufe der letzten Jahre brachte Optimierungen und erzielte eine bessere Vergleichbarkeit mit Rückfalluntersuchungen in anderen Ländern – insbesondere im deutschsprachigen Raum. Eine wesentliche Erweiterung stellte die Einführung der Survival-Analyse mit dem Berichtsjahr 2014 dar, mit der nun zeitnah Entwicklungen der Wiederverurteilungsquoten beobachtet werden können. Für die nächsten Jahre wird die Aufhebung der Beschränkung auf das strafsatzbestimmende Delikt und damit die Darstellung sämtlicher einer Verurteilung zugrunde liegender Delikte in der Wiederverurteilungsstatistik in Aussicht gestellt.

## Literatur

- Hofinger, V./Pilgram, A.* (2010): Die neue Wiederverurteilungsstatistik. Was darf man sich von ihr erwarten? Österreichische Juristenzeitung, 2010 (1), S. 15-24.
- Statistik Austria* (2008): Gerichtliche Kriminalstatistik 2007. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria* (2015): Gerichtliche Kriminalstatistik 2014. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria* (2017a): Gerichtliche Kriminalstatistik 2016. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria* (2017b): Standard-Dokumentation. Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Gerichtlichen Kriminalstatistik, in: [http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&dDocName=076544](http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&dDocName=076544) [letzter Aufruf: 31.01.2018].

# Neun Jahre Legalbewährungsuntersuchung – Was wurde bisher erreicht und welche Aussagemöglichkeiten bieten sich?

*Jörg-Martin Jehle*

## Gliederung

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| 1. Das Forschungsanliegen            | 3.3 Rückfälligkeit nach Alter und Geschlecht |
| 2. Forschungsdesign                  | 3.4 Deliktsbezogene Rückfälligkeit           |
| 3. Basisraten für Rückfälligkeit     | 4. Auswertung nach Alterskohorten            |
| 3.1 Übersicht                        | 5. Internationale Vergleichbarkeit           |
| 3.2 Sanktionsbezogene Rückfälligkeit | 6. Ausblick                                  |

## 1. Das Forschungsanliegen

Die Verhängung einer Kriminalstrafe ist die schärfste Form der Missbilligung, die eine Gesellschaft bestimmten Verhaltensweisen gegenüber zum Ausdruck bringt. Gleichzeitig werden mit der Strafe bestimmte Zwecke verbunden, deren wichtigster es ist, den Täter selbst wie auch andere Menschen davon abzuhalten, vergleichbare Taten zu begehen. Dieser Strafzweck hat seinen Niederschlag in verschiedenen Gesetzen gefunden. So formuliert zum Beispiel das Strafvollzugsgesetz des Bundes, das Ziel des Strafvollzuges sei es, den Verurteilten zu befähigen, „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen“ (§ 2 S. 1 StVollzG (Bund)). In besonderem Maße gilt diese rückfallpräventive Ausrichtung für das Jugendstrafrecht, dessen Anwendung vor allem „erneuten Straftaten eines Jugendlichen oder Heranwachsenden entgegenwirken“ soll (§ 2 Abs. 1 JGG).

Ob dies gelingen kann, ob Strafen also eine spezialpräventive Wirkung haben, ist eine Frage, die Strafrechtswissenschaft wie Kriminalpolitik von jeher begleitet.<sup>1</sup> Und anders als manche anderen Grundannahmen der Wirkung von Recht ist sie der erfahrungswissenschaftlichen Überprüfung zugänglich: Wir können messen, ob Verurteilte erneut gegen (Straf-)Gesetze verstoßen oder

---

<sup>1</sup> Näher dazu *Albrecht* (2014), S. 13 f.; *Jehle* (2014), S. 119 ff.

ob sie sich nach Ablauf der Vollstreckung ihrer Strafe ‚legal bewähren‘, also nicht mehr rückfällig werden. Rückfallstatistiken spielen aber auch im Zusammenhang mit der Bedeutung von Prognosen für die Strafrechtspflege eine Rolle: Angesichts eines zunehmend an Risikoeinschätzungen ausgerichteten Strafrechts liegt der Bedarf an einer nur durch nationale und wiederholte Rückfallstatistiken herstellbaren Datenlage, die auch zu Basisinformationen des Rückfalls in kleinen Gruppen von verurteilten Straftätern Auskunft geben kann, auf der Hand.

Nimmt man den präventiven Anspruch des Strafrechts ernst, muss es sich daran messen lassen, in welchem Maße Rückfallverhütung gelingt. Die gängigen Rechtspflegestatistiken können aber von ihrer Anlage her nur die Daten für ein spezifisches Bezugsjahr erfassen (manchmal werden dabei Personen gezählt, manchmal Verfahren), ohne dass ermittelt werden kann, was aus den in diesem Jahr Verurteilten später wird. Um Rückfälle zu messen, benötigt man also einen anderen Ansatz.<sup>2</sup> Diese Einsicht hat das Bundesministerium der Justiz veranlasst, eine bundesweite Untersuchung zur Rückfallquote beziehungsweise Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen in Auftrag zu geben.<sup>3</sup>

## 2. Forschungsdesign

Nach dem Konzept der Rückfalluntersuchung werden alle in einem sogenannten Bezugsjahr strafrechtlich Sanktionierten oder aus der Haft Entlassenen während eines festgelegten Risikozeitraums daraufhin überprüft, ob sie wieder straffällig werden.<sup>4</sup> Datenbasis hierfür sind die personenbezogenen Eintragungen im Zentral- und Erziehungsregister, die in der Regel mindestens fünf Jahre erhalten bleiben (siehe *Abbildung 1*).

---

<sup>2</sup> Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (2001), S. 441 ff.

<sup>3</sup> Inzwischen findet eine vierte Datenerhebungswelle für die Jahre 2013 bis 2016 statt, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

<sup>4</sup> Jehle et al. (2016).

## Zentralregister

- Alle Verurteilungen
- Vollstreckung bei Freiheitsstrafen und Maßregeln
- Freisprüche i.V.m. Maßregeln
- Tilgung frühestens nach 5 Jahren, bei längeren Freiheitsstrafen 10 Jahre, 15 Jahre oder lebenslang
- Tilgung, sofern keine Wiederverurteilung

## Erziehungsregister

- Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel nach dem JGG
- Diversion (Absehen von Strafverfolgung gem. § 45 JGG oder Einstellung gem. § 47 JGG)
- Eintrag aufrechterhalten bis zum Alter von 24
- Tilgung, sofern kein Eintrag im Zentralregister

Persönliche Merkmale: Alter, Geschlecht, Nationalität

Abbildung 1: Datenbasis: Bundeszentralregister

Bei freiheitsentziehenden Maßnahmen wird am Vollstreckungsende beziehungsweise am Entlassungsdatum angesetzt, bei ambulanten Sanktionen – einschließlich Strafaussetzung zur Bewährung – und jugendstrafrechtlichen Reaktionsformen beim Entscheidungsdatum.

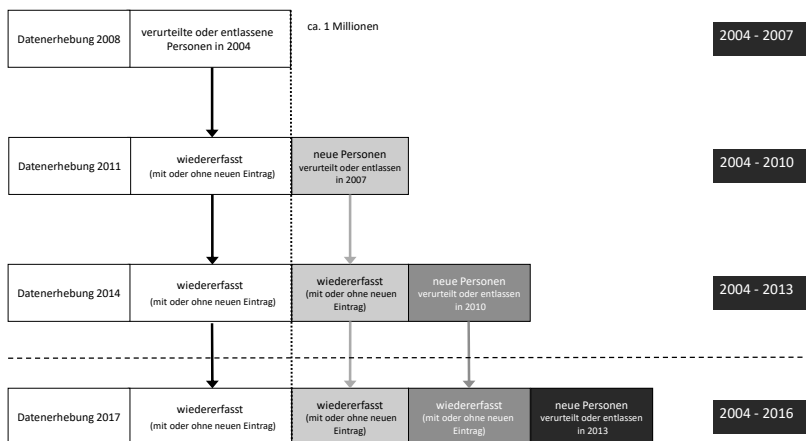


Abbildung 2: Struktur der Rückfallforschung

Nach einer Vorläuferstudie auf Basis von § 7 BStatG<sup>5</sup> wurde ein neues Design entwickelt: Die Daten des Zentralregisters werden in drei Erhebungswellen erfasst, sodass für die Bezugsjahre 2004, 2007 und 2010 das Rückfallver-

<sup>5</sup> Jehle et al. (2003).

halten in einem jeweils dreijährigen Beobachtungszeitraum untersucht werden kann. Außerdem können die Daten der einzelnen Erhebungswellen so miteinander verknüpft werden, dass für das Bezugsjahr 2004 der Beobachtungszeitraum sukzessive auf neun Jahre erweitert werden kann. Bisher wurden die Ergebnisse der ersten drei Erhebungswellen publiziert. Die vierte Erhebungswelle, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, befindet sich derzeit in der Auswertung (siehe *Abbildung 2*).

### 3. Basisraten für Rückfälligkeit

Die Bundeszentralregisterdaten enthalten nicht nur Angaben über die Entscheidungen und Sanktionen, sondern auch über die zugrundeliegenden Delikte und die betroffenen Personen in Form von Alter, Geschlecht und Nationalität. Damit werden zugleich die Dimensionen bezeichnet, mit denen sich das Datenmaterial auf Rückfall hin untersuchen lässt. Auf diese Weise lassen sich Basisraten des Rückfalls für bestimmte Gruppen von Sanktionen, Delikten und Tätern bilden.

#### 3.1 Übersicht

Für die meisten der im Jahr 2010 sanktionierten oder aus der Haft entlassenen Personen bleibt die strafrechtliche Ahndung (im Beobachtungszeitraum) ein einmaliges Ereignis. Nur etwa jeder dritte (35 %) strafrechtlich Sanktionierte beziehungsweise aus der Haft Entlassene wird innerhalb eines Risikozeitraums von drei Jahren erneut straffällig (*Abbildung 3*). Das heißt, von den für das Bezugsjahr 2010 erfassten 938.196 Personen wurden 612.699 (65 %) innerhalb der nächsten drei Jahre nicht erneut strafrechtlich registriert.

In den meisten Fällen handelt es sich hierbei nicht um so schwere Rückfälle, dass die Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe ohne Bewährung notwendig würde. Sofern eine erneute strafrechtliche Reaktion erfolgt, führt dies überwiegend nicht zu einer vollstreckten Freiheitsentziehung, sondern zu mildernden Sanktionen. So werden nur 4 % aller im Jahr 2010 verurteilten oder aus der Haft entlassenen Personen (erneut) zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt. 7 % erhalten aufgrund einer Rückfalltat eine Freiheits- oder Jugendstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wird, 15 % eine Geldstrafe und 5 % eine jugendrichterliche Entscheidung. Bei 4 % aller Personen kann die erneute Straftat sogar noch einmal mit einer jugendstrafrechtlichen Einstellung erledigt werden (*Abbildung 3*).

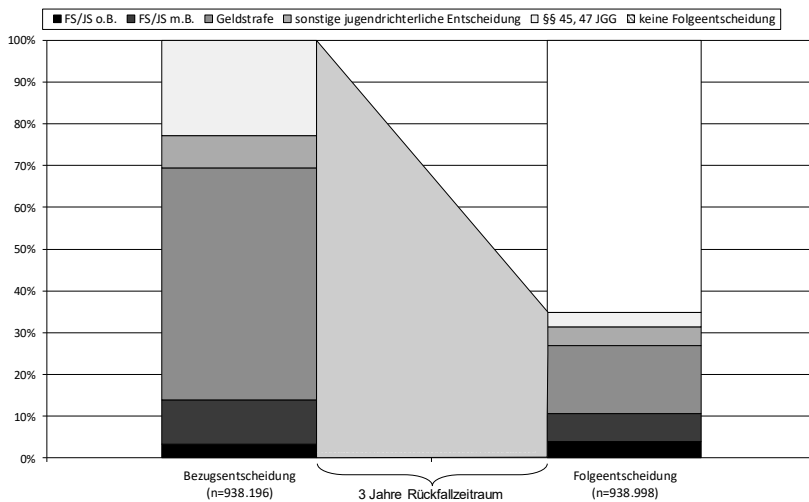


Abbildung 3: Art der Bezugsentscheidung 2010 und Art der Folgeentscheidung innerhalb von drei Jahren<sup>6</sup>

Verlängert man den dreijährigen Rückfallzeitraum auf neun Jahre (2004-2013), zeigt sich, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Rückfalltaten innerhalb der ersten drei Jahre, die Hälfte sogar bereits innerhalb des ersten Jahres nach Verurteilung oder Entlassung begangen wird. Die längerfristige Betrachtung verurteilter beziehungsweise entlassener Straftäter hat über den dreijährigen Beobachtungszeitraum hinaus einen nicht unerheblichen Anstieg der Rückfallrate zur Folge; im zweiten dreijährigen Beobachtungszeitraum steigt der Anteil der Rückfälligen um neun und im dritten noch einmal um drei Prozentpunkte.<sup>7</sup>

### 3.2 Sanktionsbezogene Rückfälligkeit

Unterschiedliche Sanktionsformen weisen klare Unterschiede in den Rückfallraten auf, wie *Abbildung 4* verdeutlicht. Bei der Interpretation der Befunde ist allerdings Vorsicht geboten: Da die verschiedenen strafrechtlichen Reaktionen unterschiedliche Personengruppen (mit unterschiedlicher Rückfallgefährdung) treffen, dürfen die Zusammenhänge zwischen strafrechtlichen Sanktionen und Rückfall nicht kausal interpretiert werden.

<sup>6</sup> Jehle et al. (2016), S. 40.

<sup>7</sup> Jehle et al. (2016), S. 179 f.



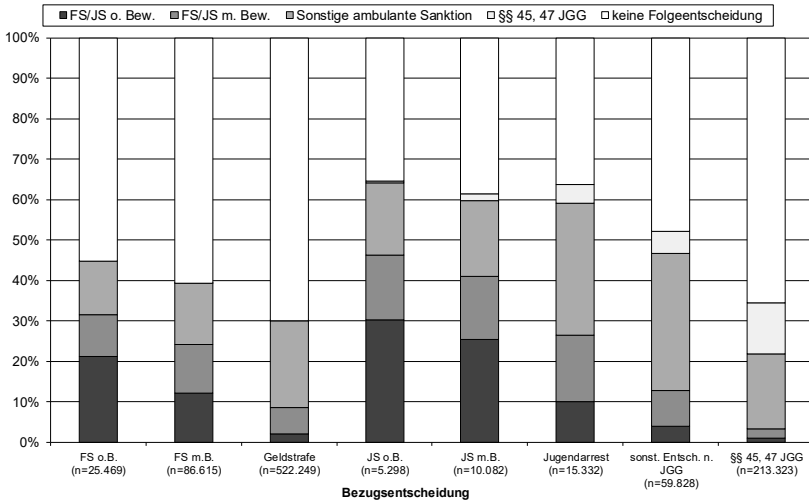


Abbildung 4: Art der Folgeentscheidung nach Sanktionsart der Bezugsentscheidung<sup>8</sup>

Die zu einer freiheitsentziehenden Sanktion wie Freiheits- und Jugendstrafe ohne Bewährung Verurteilten weisen ein höheres Rückfallrisiko auf als diejenigen mit milderen Sanktionen wie Geldstrafe oder jugendrichterlichen Sanktionen. Die höchste Rückfallrate weist die Jugendstrafe ohne Bewährung mit 64 % auf, knapp gefolgt vom Jugendarrest mit 63 %, die niedrigste Rückfallrate hat die Geldstrafe mit 30 %. Die höheren Rückfallraten bei Jugendstrafen im Vergleich zu Freiheitsstrafen entsprechen der generell höheren Rückfälligkeit von Personen junger Jahrgänge. Bei zu Bewährungsstrafen Verurteilten liegen die Rückfallraten im Vergleich mit vollzogenen Freiheits- und Jugendstrafen deutlich niedriger (Abbildung 4).

Differenziert man weiter nach der Sanktionsart der Folgeentscheidung, zeigen die schwereren Bezugssanktionen erwartungsgemäß größere Anteile an ebenfalls stationären Folgeentscheidungen: Diejenigen, die nach Verbüßung einer Jugend- oder Freiheitsstrafe entlassen wurden, kehren zu 30 % beziehungsweise 22 % wieder in den Strafvollzug zurück, während zum Beispiel von denjenigen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, nur circa 3 % inhaftiert werden (Abbildung 4). Diese Ergebnisse sind mit darauf zurückzuführen, dass Personen, die zu einer ambulanten Sanktion oder Bewährungsstrafe verurteilt werden, in der Regel eine günstigere Sozialprognose haben.

<sup>8</sup> Jehle et al. (2016), S. 43.

Entlassene Strafgefangene werden zwar überwiegend erneut straffällig, dennoch kehrt nur rund ein Viertel in den Strafvollzug zurück, wenn man drei Jahre nach Entlassung kontrolliert. Dehnt man den Beobachtungszeitraum auf neun Jahre aus, wächst die Wiederkehrrate auf mehr als ein Drittel.<sup>9</sup>

Über die überblicksartige Darstellung hinaus wurde das Datenmaterial einer vertiefenden Analyse unterzogen:<sup>10</sup> zum einen hinsichtlich der Legalbewährung Entlassener,<sup>11</sup> zum anderen hinsichtlich der Rückfälligkeit nach Bewährungsstrafen.<sup>12</sup>

### 3.3 Rückfälligkeit nach Alter und Geschlecht

Das Alter ist – wie aus der kriminologischen Literatur bekannt – ein wichtiger Einflussfaktor für Kriminalität beziehungsweise für Rückfälligkeit. Je jünger eine Person ist, desto höher ist das Risiko, dass sie straffällig oder – wie sich hier erweist – rückfällig wird.

Die prozentuale Darstellung der Folgeentscheidungen nach Altersgruppen in *Abbildung 5* zeigt, dass die Rückfallrate in starkem Maße altersabhängig ist. Die Gesamtrückfallrate für die Gruppe der 14- bis 15-Jährigen und 16- bis 17-Jährigen liegt mit 44 % bzw. 40 % etwa gleichauf mit der Gruppe der 18-20-Jährigen (39 %) sowie der der 21- bis 24-Jährigen mit 42 %: in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen nimmt sie mit 36 % leicht ab, um dann in den folgenden Altersgruppen in kleineren Abschwüngen zwischen zwei und vier Prozentpunkten schließlich auf 14 % bei den über 60-Jährigen zu sinken.

Vertiefende Auswertungen sind darüber hinaus für die Heranwachsenden unternommen worden: Zum einen geht es um die Frage, ob das Jugendstrafrecht milder als das allgemeine Strafrecht oder – im Gegenteil – sogar eine ‚Strafe für die Jugend‘ sei – eine Frage, die schon seit langem Gegenstand der kriminologischen und kriminalpolitischen Diskussion ist. Zum anderen lässt sich prüfen, ob das Jugendstrafrecht tatsächlich bessere Ergebnisse als das allgemeine Strafrecht in Bezug auf die Legalbewährung zeitigt.<sup>13</sup>

---

9 Jehle et al. (2016), S. 206.

10 Jehle et al. (2016).

11 Hohmann-Fricke/Jehle (2017).

12 Weigelt (2009).

13 Näher Jehle/Palmowski (2014), S. 328; Hohmann-Fricke et al. (2014), S. 313 ff.; Palmowski (2018).

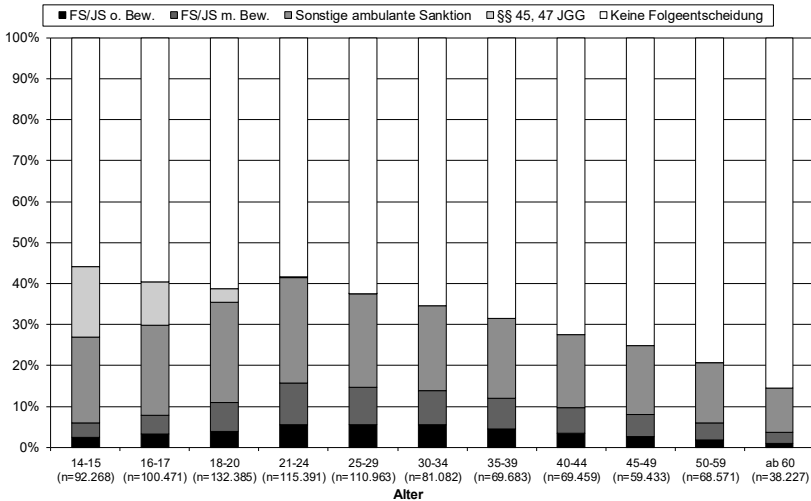


Abbildung 5: Folgeentscheidung nach Altersgruppen bei der Bezugsentscheidung<sup>14</sup>

Ebenso wie hinsichtlich der Heranwachsenden ist es auch bei Frauen interessant zu untersuchen, wie sich im Vergleich zu Männern die Strafzumessung und die Rückfälligkeit verhalten.<sup>15</sup> Dabei zeigt sich, dass die Rückfallrate von Frauen mit rund 26 % deutlich unter derjenigen der Männer mit rund 37 % liegt.<sup>16</sup> Die geschlechtsspezifische Differenz bleibt auch erhalten, wenn zwischen den verschiedenen Sanktionsarten der Bezugsentscheidung unterschieden wird: Die Rückfallrate bei Frauen ist stets niedriger als die von Männern. Freilich variiert die prozentuale Differenz zwischen den verschiedenen Ausgangssanktionen: Am stärksten fällt die Differenz bei den Diversionsentscheidungen nach §§ 45, 47 JGG aus. Hier beträgt der Unterschied 15 Prozentpunkte. Am geringsten ist er bei der Jugendstrafe ohne Bewährung mit lediglich zwei Prozentpunkten und der Freiheitsstrafe ohne Bewährung mit fünf Prozentpunkten ausgeprägt.

Dabei ist zu bedenken, dass die Kriminalitätsbelastung von Frauen sehr viel geringer ist als die der Männer. In dem der Rückfalluntersuchung zugrundeliegenden Datensatz sind insgesamt nur 22 % der Betroffenen Frauen. Der Anteil von Frauen variiert aber bei den einzelnen Sanktionen stark. So stellen

<sup>14</sup> Jehle et al. (2016), S. 45.

<sup>15</sup> Näher Köhler (2012).

<sup>16</sup> Jehle et al. (2016), S. 51.

Frauen nur 4 % aller mit Jugendstrafen ohne Bewährung Sanktionierten, dagegen 30 % im Falle der Entscheidungen nach §§ 45, 47 JGG. In einer vertiefenden Untersuchung hat sich ergeben,<sup>17</sup> dass diese geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Strafzumessung keine Folge der milderen Behandlung, sondern vielmehr Resultat unterschiedlicher Delinquenz sind.

### 3.4 Deliktsbezogene Rückfälligkeit

Die allgemeine Rückfälligkeit unterscheidet sich deutlich im Vergleich zwischen verschiedenen Deliktgruppen: Nach drei Jahren weisen die Straßenverkehrsstraftäter (ausgenommen Fahren ohne Fahrerlaubnis) und die wegen Tötungsdelikten Verurteilten mit etwa 20 % die niedrigsten Rückfallraten auf, während Täter von Raubdelikten und schweren Formen des Diebstahls zu mehr als 50 % rückfällig werden (siehe *Abbildung 6*).

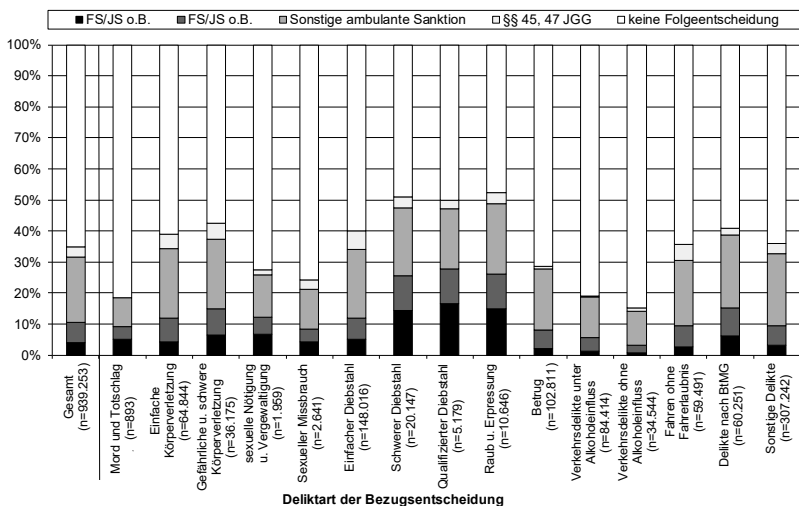


Abbildung 6: Folgeentscheidung nach Art des schwersten Delikts der Bezugsentscheidung<sup>18</sup>

Der Zuwachs von Rückfällen innerhalb der nächsten drei beziehungsweise sechs Jahre des Beobachtungszeitraums ist deutlich niedriger. Er unterscheidet sich geringfügig in den einzelnen Deliktgruppen und bewegt sich zwischen

<sup>17</sup> Köhler (2012), S. 207 ff.

<sup>18</sup> Jehle et al. (2016), S. 95.

sechs und acht Prozentpunkten für die zweite und drei und vier Prozentpunkten für die dritte Beobachtungsperiode. Bei der Schwere des Rückfalls – gemessen an der Schwere der rückfallbezogenen Sanktion – zeigt sich wiederum, dass die Gruppen des Raubs und schwerer Diebstahlsformen am stärksten belastet sind mit freiheitsentziehenden Sanktionen (siehe *Abbildung 6*).

Interessanter als der allgemeine Rückfall ist die Frage nach dem einschlägigen Rückfall, also ob zum Beispiel ein wegen Raubes Verurteilter erneut mit einem Raubdelikt auffällt.

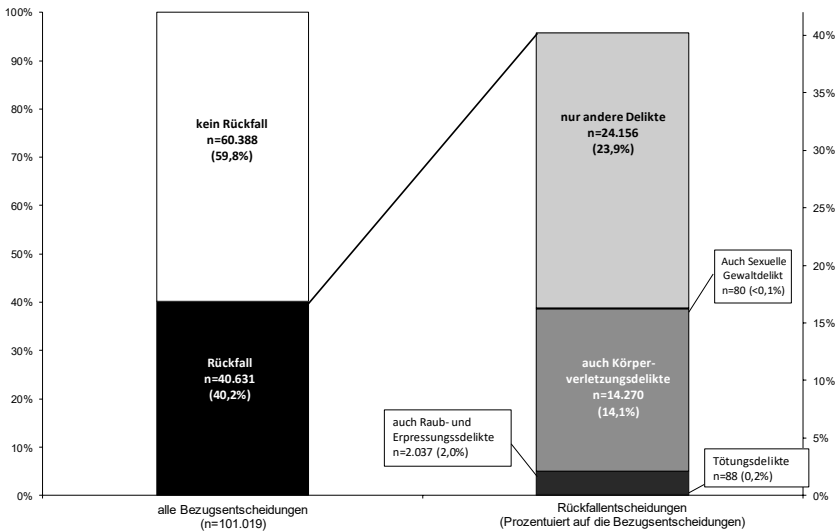


Abbildung 7: Rückfalldelikt nach Körperverletzung<sup>19</sup>

Unter den Gewalttätern sind Körperverletzte mit 14 % nach drei Jahren (siehe *Abbildung 7*) und mit 23 % am Ende des neunjährigen Beobachtungszeitraums am häufigsten einschlägig mit einer erneuten Körperverletzung rückfällig geworden.<sup>20</sup> Personen, die aufgrund eines Raub- oder Erpressungsdelikts verurteilt oder aus der Haft entlassen worden sind, werden innerhalb von drei Jahren zwar deutlich seltener (6,7 %) erneut wegen eines Raub- oder Erpressungsdelikts verurteilt; sie fallen aber häufiger mit erneuten Straftaten aus anderen Bereichen auf: 12 % mit Körperverletzung, weniger als 1 % mit

<sup>19</sup> Jehle et al. (2016), S. 134.

<sup>20</sup> Jehle et al. (2016), S. 274.

einem Tötungsdelikt sowie 33 % mit Nicht-Gewaltdelikten.<sup>21</sup> Ein genaueres Bild ergibt sich aus der vertieften Analyse von *Harrendorf* zu Rückfälligkeit und Karrieren von Gewalttätern.<sup>22</sup>

Bei Sexualdelikten zeigen sich nur in geringem Maße auch einschlägige Rückfälle. So liegt zum Beispiel bei Tätern, die aufgrund von sexueller Nötigung oder von Vergewaltigung registriert wurden, nach neun Jahren die Rückfälligkeit mit einem erneuten sexuellen Gewaltdelikt bei 3 % und mit jeder Art von Gewalt- oder Sexualdelikten bei 12 %.<sup>23</sup> Ähnliches gilt auch für den sexuellen Missbrauch: Nur eine sehr kleine Minderheit (5 %) der wegen sexuellen Missbrauchs Verurteilten wird erneut aufgrund von einschlägigen Delikten registriert.<sup>24</sup> Anders verhält es sich bei Personen, die aufgrund eines exhibitionistischen Delikts im Bezugsjahr verurteilt oder nach Verbüßung einer freiheitsentziehenden Sanktion entlassen wurden. Hier wird ein relativ großer Anteil von Personen (16 %) wieder aufgrund eines exhibitionistischen Delikts verurteilt.<sup>25</sup> Anhaltspunkte für eine Interpretation des exhibitionistischen Delikts als ‚Einstiegstat‘ für spätere schwerere Sexualstraftaten lassen sich nicht finden.

Eine vertiefte Analyse hat *Gundlach* durchgeführt, indem er mit dem Datenmaterial Erscheinungsformen, Sanktionierung, Legalbewährung und kriminelle Karrieren von Sexualdelinquenten untersucht hat.<sup>26</sup>

Auf vergleichbare Weise lassen sich auch andere Deliktsbereiche untersuchen. So hat *Reiff* umfassend Sanktionierung und Rückfälligkeit von Verkehrsdelinquenten beschrieben<sup>27</sup> und *Griegel* Strafzumessung und Rückfälligkeit bei schweren Diebstahlsformen analysiert.<sup>28</sup>

## 4. Auswertung nach Alterskohorten

Die Untersuchungsanlage kann genutzt werden, um differenziert nach zugrundeliegenden Delikten oder verhängten Strafsanktionen über Rückfallraten innerhalb von neun Jahren Aussagen zu treffen. Das Datenmaterial kann indes darüber hinaus nach Art einer Kohortenuntersuchung ausgewertet werden. In diesem Sinne werden hier drei Altersgruppen ausgewählt, die in einem

---

21 *Jehle et al.* (2016), S. 136.

22 *Harrendorf* (2007); (2014).

23 *Jehle et al.* (2016), S. 252

24 *Jehle et al.* (2016), S. 256.

25 *Jehle et al.* (2016), S. 252.

26 *Jehle/Hohmann* (2004); *Gundlach* (erscheint 2018).

27 *Reiff* (2015).

28 *Griegel* (erscheint 2019).

bestimmten Alter ihren ersten Eintrag ins Bundeszentral- beziehungsweise Erziehungsregister hatten und deren weitere Entwicklung in den nächsten neun Jahren beobachtet werden kann. Es handelt sich um folgende Altersgruppen: 14/15-Jährige, die hier als ‚Frühbeginner‘ bezeichnet werden; 16/17-Jährige als ‚Mittelgruppe‘ sowie 18-20-Jährige, die ‚Spätbeginner‘ genannt werden.

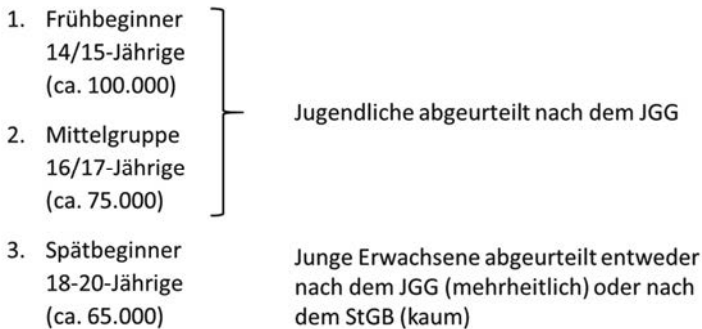


Abbildung 8: Ersttäter weiterverfolgt über 9 Jahre

Bezogen auf die gesamte Beobachtungszeit kann man schematisch zwischen vier Typen krimineller Karrieren unterscheiden:

*Typ 1* ist der Einmaltäter, der über den gesamten Rückfallzeitraum hinweg nicht wieder straffällig wird. *Typ 4* ist der dauerhafte Delinquente, der in jedem der drei Dreijahreszeiträume auffällig wird. *Typ 2* wird nur im ersten Zeitabschnitt von drei Jahren (Abbruch 1) und *Typ 3* (Abbruch 2) in den ersten beiden Zeitabschnitten wieder straffällig. Am Ende verbleibt eine Restgruppe mit unterschiedlichen Verläufen. *Abbildung 9* zeigt, wie sich in den jeweiligen Altersgruppen die verschiedenen Typen verteilen.

Zunächst einmal zeigen sich bezogen auf den neunjährigen Beobachtungszeitraum enorme Unterschiede zwischen den Frühbeginnern, der Mittelgruppe und den Spätbeginnern. Die allgemeine Rückfallrate von Frühbeginnern ist beträchtlich: Sie beträgt nach neun Jahren 63 % – das heißt zwei von drei Frühbeginnern werden in der Folgezeit wieder auffällig. Die meisten Rückfälle ereignen sich in den ersten drei Jahren (Dauerhafte Delinquenz zusammen mit Abbruch 1 und 2), fast 50 % der Frühbeginner werden in diesem Zeitraum wieder registriert, aber es kommt auch noch in späteren Abschnitten zum erstmaligen Rückfall. Im Unterschied dazu sind die Rückfallraten der Spätbeginner vergleichsweise moderat: Nach neun Jahren sind 38 %, also etwas mehr als jeder Dritte, wieder auffällig geworden, wobei wiederum ein Großteil innerhalb der ersten drei Jahre

rückfällig wird. Die mittlere Altersgruppe nimmt auch bezüglich des Rückfalls eine mittlere Position zwischen Früh- und Spätbeginnern ein.

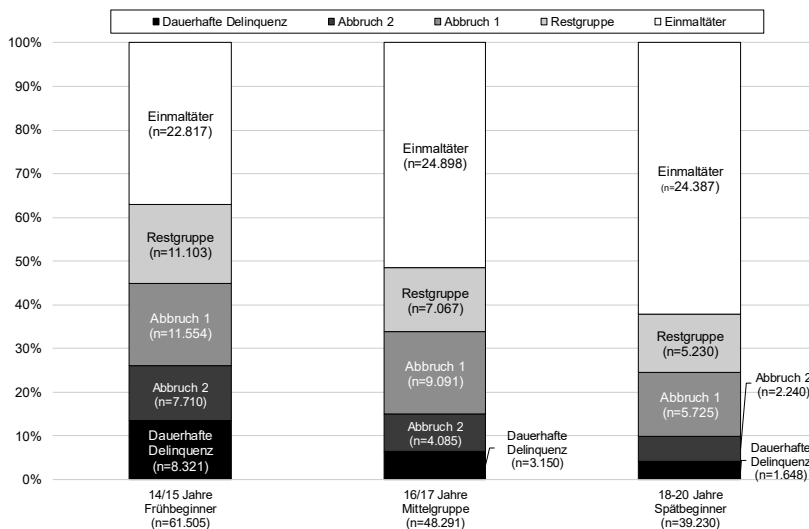


Abbildung 9: Typen der Fortsetzung/des Abbruchs – Wiederverurteilung innerhalb der ersten, zweiten und dritten Dreijahresperiode (alle Altersgruppen, nur männliche Deutsche)

In allen Ersttätergruppen bleiben die meisten Einmaltäter oder brechen jedenfalls ihre kriminelle Karriere nach drei (Abbruch 1) oder sechs Jahren (Abbruch 2) ab. Nur eine kleine Minderheit wird im gesamten Zeitraum von neun Jahren straffällig, selbst bei den Frühbeginnern sind dies nur 14 %; bei den Spätbeginnern sogar lediglich 4 %.

Deshalb stellt sich die Frage: Sind dauerhaft Delinquente am Anfang der Karriere erkennbar? Wie die Daten zeigen,<sup>29</sup> reagiert die Strafjustiz auf später dauerhaft Delinquente vermehrt mit formellen Sanktionen: Bei den Frühbeginnern erhalten die später dauerhaft Delinquente zu 20 % und die übrigen Frühbeginner nur zu 10 % formelle Sanktionen. Dennoch dominieren auch bei den dauerhaft Delinquenten Diversionsentscheidungen als erste justizielle Reaktion (80 %).

Auch bezüglich der Deliktsverteilung unterscheiden sich später dauerhaft Delinquente wenig von den Einmaltätern beziehungsweise Abbrechenden. Allerdings sind Gewaltdelikte und schwerer Diebstahl etwas häufiger vertreten.

<sup>29</sup> Siehe dazu näher Jehle (2018).



Das heißt mit den äußerlichen Merkmalen von Deliktsschwere und strafrechtlicher Reaktion lässt sich offensichtlich die spezifische Rückfallgefahr nicht hinreichend beschreiben. Hier helfen die Daten des Bundeszentralregisters nicht weiter, vielmehr müssten die persönlichen und sozialen Umstände der Täter näher daraufhin untersucht werden, ob sich hierbei Besonderheiten der später dauerhaft Delinquenten ergeben.

## 5. Internationale Vergleichbarkeit

Wie die langjährigen Bemühungen des European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics zeigen,<sup>30</sup> sind nationale Kriminaljustizdaten schwer miteinander zu vergleichen. Dieselben Schwierigkeiten ergeben sich, wenn man Wiederverurteilungsraten international zu vergleichen versucht. Einen bescheidenen Versuch haben *Fink et al.* unternommen,<sup>31</sup> indem sie einen Dreiländervergleich zwischen der Schweiz, Österreich und Deutschland durchgeführt haben. Um nationale Besonderheiten möglichst gering zu halten, wurden nur Verurteilungen beziehungsweise Strafbefehle gegenüber Erwachsenen (über 18-Jährigen) betrachtet und Straßenverkehrsdelikte ausgeklammert. Die verurteilten Personen wurden auf 100.000 der Bevölkerung bezogen.

*Abbildung 10* versucht die deutlich unterschiedliche Bestrafungsbelastung der Bevölkerung in den drei Ländern zu berücksichtigen. Zunächst fällt auf, dass die Bestrafungsbelastung in Deutschland erheblich höher ist als in Österreich und der Schweiz. Da die große Mehrzahl der Verurteilten nicht wieder straffällig wird, reduzieren sich die erheblichen Unterschiede zwischen Deutschland einerseits und Österreich und der Schweiz andererseits bereits bei ausschließlicher Betrachtung der Wiederverurteilten: 270 in Deutschland gegenüber 170 in Österreich und 160 in der Schweiz pro 100.000 der entsprechenden Wohnbevölkerung. Lässt man darüber hinaus die Wiederverurteilung zu Geldstrafen außer Betracht, so erhält man recht ähnliche Wiederverurteilungsziffern für Freiheitsstrafen (einschließlich gemeinnütziger Arbeit anstelle von kurzen Freiheitsstrafen in der Schweiz), die um 100 pro 100.000 der Bevölkerung schwanken: In Deutschland liegen sie bei 110, in Österreich bei 130 und in der Schweiz bei 90. Mit anderen Worten: Trotz deutlich unterschiedlicher Bestrafungspraxis in den drei Ländern ist die Häufigkeit von Rückfällen, die erhebliche Strafen nach sich ziehen, bezogen auf die jeweilige Bevölkerung ähnlich hoch beziehungsweise niedrig.

---

30 Aebi/European Institute for Crime Prevention and Control (2014).

31 *Fink et al.* (2015), S. 81 ff.

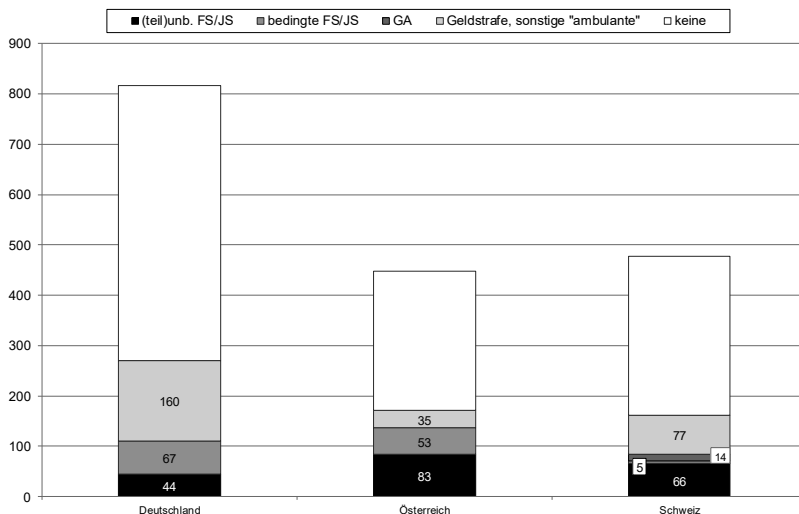


Abbildung 10: Wiederverurteilungsziffern in Deutschland, Österreich, Schweiz, Bezugsjahr 2007 (pro 100.000 der Bevölkerung)<sup>32</sup>

## 6. Ausblick

Die bundesweite Legalbewährungsuntersuchung erlaubt Aussagen über Rückfälligkeit und Legalbewährung, differenziert nach Personengruppen, Delikten, Vorbelastung und strafrechtlichen Reaktionen.

Sie bietet generelle Basisraten, mit denen spezifische Untersuchungsgruppen verglichen werden können. Mit der im Aufbau befindlichen Forschungsdatenbank wird das Datenmaterial auch für andere Forscher verfügbar.<sup>33</sup>

Soweit die Forschungsanlage einen längeren Beobachtungszeitraum erlaubt, können die Daten für Kohortenforschung genutzt werden. Insofern bieten sich Rahmendaten über verschiedene Verläufe krimineller Karrieren in Form von strafrechtlichen Reaktionen und begangenen Delikten.

Die Untersuchungsanlage, die auf einander folgende Datenerhebungswellen miteinander verknüpft, hat sich bewährt. Dank der Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft findet eine vierte Datenerhebungswelle

<sup>32</sup> Fink et al. (2015), S. 81 ff.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu Hohmann-Fricke (2018).

statt, so dass sich der Kontrollzeitraum auf zwölf Jahre verlängert. Eine Fortsetzung lohnt sich.

## Literatur

- Aebi, M.F./European Institute for Crime Prevention and Control* (2014): European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics 2014. Helsinki: European Institute for Crime Prevention and Control.
- Albrecht, H.-J.* (2014): Concepts and Potential of Recidivism Statistics: An International Comparison. In: Albrecht H.-J./Jehle J.M. (Hg.): National Reconivction Statistics and Studies in Europe. Nationale Rückfallstatistiken und -untersuchungen in Europa. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 13-24.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz* (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Eigenverlag.
- Fink, D./Jehle, J.-M./Pilgram, A.* (2015): Strafrechtliche Sanktionen im internationalen Vergleich Deutschland – Österreich – Schweiz. Journal für Strafrecht, 2015 (2), S. 81-94.
- Griegel, R.* (erscheint 2019): Rückfälligkeit, Strafzumessung und kriminelle Karrieren bei schweren Formen des Diebstahls. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Gundlach, T.* (erscheint 2018): Sexualkriminalität – Erscheinungsformen, Sanktionierung, Legalbewährung und kriminelle Karrieren.
- Harrendorf, S.* (2007): Rückfälligkeit und kriminelle Karrieren von Gewalttätern. Ergebnisse einer bundesweiten Rückfalluntersuchung. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Harrendorf, S.* (2014): Neues zur Gefährlichkeit von Gewalttätern: Rückfälligkeit im sechsjährigen Intervall 2004 – 2010. In: Albrecht, H.-J./Jehle, J.-M. (Hg.): National Reconivction Statistics and Studies in Europe. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 183-210.
- Hohmann-Fricke, S.* (2018): Informations- und Forschungsdatenbank zum Rückfall in Deutschland. In: Boers, K./Schaerff, M. (Hg.): Kriminologische Welt in Bewegung. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 451-462.
- Hohmann-Fricke, S./Jehle, J.-M.* (2017): Legalbewährung Straftatlassener: Ergebnisse aus der bundesweiten Legalbewährungsuntersuchung. Forum Strafvollzug, 66 (2), S. 116-125.
- Hohmann-Fricke, S./Jehle, J.M./Palmowski, N.* (2014): Rückfallkriminalität nach jugendstrafrechtlichen Entscheidungen. Recht der Jugend und des Bildungswesens, 62 (3), S. 313-327.
- Jehle, J.-M.* (2014): Anliegen, Struktur und Ergebnisse der deutschen Rückfalluntersuchung. In: Albrecht H.-J./Jehle J.-M. (Hg.): National Reconivction Statistics and Studies in Europe. Nationale Rückfallstatistiken und -untersuchungen in Europa. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 119-138.
- Jehle, J.-M.* (erscheint 2019): Kriminelle Karrieren von jungen Tätern. In: DVJJ (Hg.): Her-ein-, Heraus-, Heran- – Junge Menschen wachsen lassen. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C.* (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Heinz, W./Sutterer, P.* (2003): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine kommentierte Rückfallstatistik. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.

- Jehle, J.-M./Hohmann-Fricke, S.* (2004): Rückfälligkeit exhibitionistischer Straftäter. In: Elz, J./Jehle, J.-M./Kröber, H.-L. (Hg.): Exhibitionisten – Täter, Taten, Rückfall. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle e.V., S. 133-166.
- Jehle, J.-M./Palmowski, N.* (2014): Noch einmal: Werden Heranwachsende nach Jugendstrafrecht härter sanktioniert? In: Baier, D./Mößle, T. (Hg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 323-336.
- Köhler, T.* (2012): Straffällige Frauen. Eine Untersuchung der Strafzumessung und Rückfälligkeit. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Palmowski, N.* (erscheint 2018): Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende?
- Reiff, A.* (2015): Straßenverkehrsdelinquenz in Deutschland. Eine empirische Untersuchung zu Deliktformen, Sanktionierung und Rückfälligkeit. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Weigelt, E.* (2009): Bewähren sich Bewährungsstrafen? Eine empirische Untersuchung der Praxis und des Erfolgs der Strafaussetzung von Freiheits- und Jugendstrafen. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.

# Hat die Art der strafrechtlichen Sanktion Einfluss auf die Legalbewährung?\*

*Carina Tetel*

## Gliederung

1. Einführung
2. Daten
3. Wirkungsanalyse strafrechtlicher Sanktionen
4. Fazit

## 1. Einführung

Betrachtet man allein den Zusammenhang von Sanktion und Rückfall, so scheint es, dass Freiheitsstrafen mehr Rückfälle produzieren als Geldstrafen und dass nach stationären Strafen das Rückfallrisiko größer ist als nach ambulanten Strafen. Ob dieser Unterschied in den Rückfallraten tatsächlich auf die Art der Sanktion zurückzuführen ist, wird im Folgenden anhand der Deliktgruppen einfacher und schwerer Diebstahl untersucht. Ausgewählt wurden diese Deliktgruppen, da hier verschiedene Sanktionsarten, wie Freiheitsstrafe oder Geldstrafe beziehungsweise Freiheitsstrafe mit und ohne Bewährung, verhängt werden können.

Mit den Daten der Legalbewährungsstudie des Forschungsprojekts *Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen* (Jehle et al. 2013; 2016) besteht in Deutschland zum ersten Mal die Möglichkeit, die Wirkung von strafrechtlichen Sanktionen anhand einer sehr großen Anzahl justizieller Entscheidungen zu analysieren.

## 2. Daten

Die Grundlage dieser Untersuchung bilden Daten des Bundeszentralregisters (BZR), die für die an der Universität Göttingen und am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (Freiburg) durchgeführte

---

\* Dieser Beitrag ist eine kurze Zusammenfassung von Tetel (2018).

Legalbewährungsstudie<sup>1</sup> verwendet wurden. Die Daten umfassen alle justiziellen Registrierungen in Deutschland, die zum Zeitpunkt April 2008 (1. Welle), April 2010/2011 (2. Welle) und April 2013/2014 (3. Welle) im Bundeszentralregister eingetragen waren.

Die Daten für die Analyse in diesem Beitrag umfassen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, mit einem Alter von 18 Jahren oder älter,<sup>2</sup> mit einer Sanktionierung nach dem allgemeinen Strafrecht, Geldstrafe, Freiheitsstrafe mit und ohne Bewährung (keine Sanktionen nach dem JGG und keine Einstellungen) und mit einer Bezugsentscheidung im Jahr 2007. Bezugsentscheidung bedeutet, dass die Person im Jahr 2007 ambulant sanktioniert oder aus der Haft entlassen wurde.

Von den 528.273 nach allgemeinem Strafrecht verurteilten Straftätern des Bezugsjahres 2007 wurden 3,9 % zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung, 13,7 % zu einer Bewährungsstrafe und 82,4 % zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Gruppe der Straftäter im Bezugsjahr besteht zu 80 % aus Männern und zu 20 % aus Frauen. Knapp 60 % der Straftäter mit Bezugsentscheidung im Jahr 2007 sind vorbestraft, ein Drittel war vor der Bezugsentscheidung sogar schon dreimal oder häufiger verurteilt.

Als Rückfall wurde hier jede Straftat definiert, die nach der Bezugsentscheidung oder nach der Entlassung 2007 begangen, gerichtlich sanktioniert und im Bundeszentralregister registriert wurde. Rückfall ist somit nach der hier verwendeten Definition jede Wiederverurteilung. Es muss sich nicht unbedingt um ein einschlägiges Delikt handeln, sondern alle Delikte, sowohl leichte als auch schwere Straftaten, werden als Rückfall gewertet. Rückfallzeitraum ist der Zeitraum zwischen dem Bezugsdatum – Entscheidungsdatum bei ambulanten Entscheidungen, Entlassungsdatum bei stationären Entscheidungen – und dem ersten nachfolgendem Tatdatum, das registriert wurde.

33 % der Straftäter wurden innerhalb von drei Jahren und 42 % innerhalb von sechs Jahren rückfällig. Von denjenigen, die im Jahr 2007 aus der Haft entlassen wurden und zuvor mit einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung sanktioniert waren, wurden 56 % innerhalb von drei Jahren und 67 % innerhalb von sechs Jahren rückfällig. Die Rückfallrate der zu einer Bewährungsstrafe Verurteilten betrug innerhalb von drei Jahren 42 % und innerhalb von sechs Jahren 54 %. Nach einer Geldstrafe ist die Rückfallrate deutlich niedriger: 31 % wurden innerhalb von drei Jahren und 39 % innerhalb von sechs Jahren

---

1 Jehle et al. (2013); (2016).

2 Der Anteil der Heranwachsenden in der Untersuchungsgruppe ist sehr gering, da der größte Teil dieser Altersgruppe nach Jugendstrafrecht sanktioniert wird.

rückfällig. Wird nur die Art der Sanktion betrachtet, ist die Rückfallrate nach schwerer Sanktionierung deutlich höher als nach leichter.

Auch bei der Art der Straftat gibt es deutliche Unterschiede beim Rückfall. War die Straftat der Bezugsentscheidung ein schwerer Diebstahl, ist die Rückfallrate deutlich höher als die durchschnittliche Rückfallrate: 60 % der Straftäter, die im Jahr 2007 wegen schweren Diebstahls verurteilt oder aus der Haft entlassen wurden, wurden innerhalb von drei Jahren, 71 % innerhalb von sechs Jahren rückfällig. Auch die Rückfallrate von einfachem Diebstahl ist überdurchschnittlich hoch: 44 % dieser Straftäter werden innerhalb von drei Jahren und 53 % innerhalb von sechs Jahren wiederverurteilt. Die Rückfallrate nach einer Körperverletzung ist durchschnittlich hoch. Unterdurchschnittlich hoch ist die Rückfallrate nach Betrug und nach Tötungsdelikten.

### 3. Wirkungsanalyse strafrechtlicher Sanktionen

Der Effekt von unterschiedlichen Sanktionen auf die Legalbewährung wird mit Hilfe eines quasi-experimentellen Ansatzes untersucht. Hierzu werden die Variationen in der Strafzumessung, die im Einzelfall, aber auch systematisch zwischen verschiedenen Regionen Deutschlands existieren, benutzt (Grundies 2016). Es wird geprüft, ob bei denselben Voraussetzungen, je nach Sanktionsart, Unterschiede im Rückfallverhalten bestehen. Die Analyse wird anhand von Straftaten durchgeführt, bei denen das Gesetz verschiedene Rechtsfolgen ermöglicht. Im Folgenden wird die Wirkung strafrechtlicher Sanktionen anhand der Deliktsgruppen *einfacher Diebstahl* und *schwerer Diebstahl* untersucht.

Ein Großteil der Täter aus der Deliktsgruppe *einfacher Diebstahl* ( $n = 66.000$ ), 83 %, wurde mit Geldstrafe und ein sehr kleiner Teil, 5 % mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung sanktioniert. 69 % der Straftäter der Deliktsgruppe *einfacher Diebstahl* sind Männer und 31 % sind Frauen. Somit ist der Frauenanteil im Vergleich zu allen Delikten überdurchschnittlich hoch. Über 70 % der Straftäter der Deliktsgruppe einfacher Diebstahl sind vorbestraft, 45 % sogar drei- oder mehrfach.

Betrachtet man nur den bivariaten Zusammenhang von Sanktion und Rückfall und fasst Freiheitsstrafe mit und ohne Bewährung in einer Gruppe zusammen, ist nach einer Freiheitsstrafe die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls 2,9-mal so groß wie nach einer Geldstrafe. Um zu überprüfen, ob es sich hierbei um einen Sanktionseffekt handelt, wurden mit Hilfe einer logistischen Regression andere Faktoren in die Analyse mit einbezogen.<sup>3</sup> Wird der Einfluss von allen

---

3 Faktoren: Geschlecht, Alter, Anzahl Vorregistrierungen und Anzahl einschlägiger Vorregistrierungen, Strafraum des Bezugsdelikts, Tateinheit, Tatmehrheit, Beihilfe, Mittäter,

vorhandenen Faktoren auf den Rückfall betrachtet, reduziert sich der Effekt der Art der Sanktion. Nach einer Freiheitsstrafe kommt es 1,14-mal häufiger zu einer Wiederverurteilung als nach einer Geldstrafe. Andere Faktoren haben Einfluss darauf, ob es häufiger oder eher seltener zu einem Rückfall kommt. Eine große Bedeutung für den Rückfall hat die Anzahl der Vorregistrierungen. Gab es vor der Bezugsentscheidung schon zwei Verurteilungen, ist ein Rückfall doppelt so wahrscheinlich wie ohne Vorregistrierung. Bei fünf und mehr Vorstrafen kommt es dreimal häufiger zum Rückfall als ohne Vorregistrierung. Auch die Anzahl einschlägiger Vorstrafen vergrößert die Rückfallwahrscheinlichkeit, aber nicht so stark wie die grundsätzliche Vorstrafenbelastung.

Eine weitere Methode, um zwischen einem mit der Strafe verbundenen Selektionseffekt und der Wirkung der Strafe selbst zu unterscheiden, ist die logistische Regression mit kontrafaktischer Gewichtung. Durch die Verwendung der kontrafaktischen Gewichtung wird der mit der Sanktion verbundene Selektionseffekt ausgeschaltet. Dazu wird in einem ersten Schritt ein Propensity Score berechnet, der die Wahrscheinlichkeit mit einer Freiheitsstrafe sanktioniert zu werden, angibt. In einem zweiten Schritt wird mit dem Propensity Score für jede Person ein kontrafaktisches Gewicht berechnet. Dabei wird die vergebene Sanktion invers zur wahrscheinlichen Sanktion gesetzt. Die Methode heißt auch inverse Probability of treatment weighting. Personen, bei denen die tatsächliche Sanktionierung und die Wahrscheinlichkeit für die Sanktionierung anhand der Faktoren übereinstimmen, bekommen ein niedriges Gewicht, umgekehrt bekommen Personen, bei denen die tatsächliche Sanktion und die erwartete Sanktion voneinander abweichen, ein hohes Gewicht. Im nächsten Schritt wird eine logistische Regression mit den vorhandenen Faktoren und zusätzlich mit kontrafaktischer Gewichtung berechnet.

Das Ergebnis dieser Analyse ist, dass es keinen Sanktionseffekt gibt, wenn zuvor der mit der Sanktion verbundene Selektionseffekt ausgeschaltet wird. Nicht die Art der Sanktion beeinflusst das Rückfallverhalten, sondern andere Faktoren sind dafür ausschlaggebend.

Der Einfluss der Art der Sanktion auf den Rückfall wird auch für die Deliktsgruppe *schwerer Diebstahl* untersucht. Die Gruppe setzt sich aus den Straftaten besonders schwerer Fall des Diebstahls, Diebstahl mit Waffen und schwerer Bandendiebstahl (§§ 243, 244, 244a StGB) zusammen. 6.893 Straftäter wurden im Jahr 2007 wegen *schweren Diebstahls* zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt oder aus der Haft entlassen. Die Straftaten dieser Gruppe können

---

verminderte Schuldfähigkeit, Versuch, Diebstahl geringwertiger Sachen, Anzahl Vorregistrierungen Freiheitsstrafe ohne Bewährung, Anzahl Vorregistrierungen Freiheitsstrafe mit Bewährung, Anzahl Vorregistrierungen Geldstrafe, Anzahl Vorregistrierungen Sanktionen nach JGG einschließlich Einstellung.



mit Freiheitsstrafe mit und ohne Bewährung sanktioniert werden. Somit wird anhand des Bezugsdelikts schwerer Diebstahl speziell die unterschiedliche Wirkung der Sanktion Freiheitsstrafe mit Bewährung im Vergleich zur Sanktion Freiheitsstrafe ohne Bewährung auf die Legalbewährung untersucht.

Heranwachsende, die eine Straftat aus der Gruppe *schwerer Diebstahl* begangen haben, werden meist nach Jugendstrafrecht sanktioniert und nur sehr selten nach allgemeinem Strafrecht. Deshalb wird die Analyse bei *schwerem Diebstahl* ohne die Fälle der Heranwachsenden durchgeführt.

In der Deliktsgruppe *schwerer Diebstahl* sind 94 % der Straftäter Männer und 6 % Frauen. Somit ist der Männeranteil im Vergleich zu allen Deliktsgruppen überdurchschnittlich hoch. Über 90 % der Straftäter dieser Gruppe sind vorbestraft, mehr als drei Viertel der Straftäter dieser Gruppe sogar drei- oder mehrfach. Damit liegt die Vorstrafenbelastung deutlich über dem Durchschnitt. 2.488 Straftäter der Gruppe (36 %) waren zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt und wurden 2007 aus der Haft entlassen. 4.405 Straftäter der Gruppe (64 %) wurden zu einer Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

Auch beim schweren Diebstahl kommt es nach einer härteren Sanktion deutlich häufiger zu einem Rückfall als nach einer leichteren Sanktion, wenn allein die Sanktionsart und der Rückfall betrachtet werden. Nach einer Haftstrafe kommt es 2,2-mal häufiger zum Rückfall als nach einer Bewährungsstrafe. Werden andere Faktoren in die Analyse mit einbezogen reduziert sich die Wirkung auf 1,2 und wird zusätzlich kontrafaktisch gewichtet, hat die Art der Sanktion keinen Einfluss auf den Rückfall. Großen Einfluss auf die Rückfallwahrscheinlichkeit hat die Legalbiografie, insbesondere die Anzahl Vorregistrierungen.

Bei den untersuchten Deliktsgruppen *einfacher Diebstahl* und *schwerer Diebstahl* zeigt sich bei der Betrachtung des bivariaten Zusammenhangs von Sanktion und Rückfall, dass es nach einer schwereren Sanktionierung häufiger zu einer erneuten Verurteilung kommt als nach einer leichteren Sanktionierung. Die weitere Analyse ergibt aber, dass dieser scheinbare Sanktionseffekt nicht durch die Art der strafrechtlichen Sanktion entsteht, sondern schon die Ursache der härteren Sanktionierung, wie zum Beispiel mehrere Vorstrafen, der Grund für die erhöhte Rückfallgefahr ist. Denn wenn zusätzlich zur Sanktion andere Faktoren in die Analyse einbezogen werden, reduziert sich die Wirkung der Sanktion.

#### 4. Fazit

Wie die vorliegenden Analysen zeigen, ist bei den Deliktsgruppen *einfacher Diebstahl* und *schwerer Diebstahl* nicht die Art der Sanktion die Ursache für unterschiedliche Rückfallraten, sondern andere Faktoren erzeugen diesen Effekt.

Insbesondere die Vorgeschichte der Straftäter, die anhand der Anzahl der Vorregistrierungen gemessen wird, beeinflusst die Legalbewährung. Je höher die Vorstrafenbelastung, desto größer ist die Rückfallwahrscheinlichkeit.

## Literatur

- Grundies, V.* (2016): Gleiches Recht für alle? – Eine empirische Analyse lokaler Unterschiede in der Sanktionspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. In: Neubacher, F./Bögelein, N. (Hg.): *Krise – Kriminalität – Kriminologie*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 511-525.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetel, C.* (2013): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2007 bis 2010 und 2004 bis 2010. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetel, C.* (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Tetel, C.* (2018): Die Wirkung strafrechtlicher Sanktionen auf die Legalbewährung. In: Walsh, M./Pniewski, B./Kober, M./Armborst A. (Hg.): *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis*. Berlin: Springer VS, S. 529-552.

# Informations- und Forschungsdatenbank zum Rückfall in Deutschland

*Sabine Hohmann-Fricke*

## Gliederung

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| 1. Vorbemerkungen                    | 3.3 Anfragen für individuelle Auswertungen |
| 2. Zielsetzungen des Internetportals | 3.4 Anmerkungen zum Datenschutz            |
| 3. Konzeption                        | 4. Fazit                                   |
| 3.1 Downloadbereich                  |  |
| 3.2 Grundtabellen                    |  |

## 1. Vorbemerkungen

In Deutschland wird seit dem Jahr 2010 regelmäßig eine bundesweite Legalbewährungsuntersuchung<sup>1</sup> veröffentlicht, die die Rückfälligkeit aller in einem bestimmten Basisjahr verurteilten oder aus einer freiheitsentziehenden Sanktion entlassenen Straftäter in einem mindestens dreijährigen Beobachtungszeitraum dokumentiert. Basis dieser Untersuchung bilden die Einträge im Bundeszentral- und Erziehungsregister (BZR).<sup>2</sup> Bisher liegen Berichte für die Bezugsjahre 2004, 2007 und 2010 vor.<sup>3</sup> Der aus den Registerdaten erzeugte Datensatz umfasst eine große Vielfalt von Informationen über die erfassten Straftäter,<sup>4</sup> deren Sanktionierung, strafrechtliche Vorgeschichte und Entwicklung in einem drei-, sechs- oder neunjährigen Beobachtungszeitraum.

Aktuell wird am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI) und der Georg-August-Universität Göttingen in Anknüpfung an die bereits vorliegenden Untersuchungsergebnisse und -daten ein weiterführendes Forschungsprojekt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Genehmigung des Bundesamtes für Justiz<sup>5</sup> durchgeführt. In

---

1 Jehle (2018).

2 Eine Vorstudie sowie die ersten drei Erhebungswellen wurden beauftragt und gefördert durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV).

3 Jehle *et al.* (2010); (2013); (2016).

4 Genauer zur Auswahl der erfassten Personen in Jehle *et al.* (2016), S. 14 ff.

5 Die Genehmigung der Registerbehörde erfolgte im Jahr 2016 gem. § 42a BZRG.

der aktuellen (vierten) Erhebungswelle werden alle im Bezugsjahr 2013 Verurteilten und Entlassenen mit einem dreijährigen Beobachtungszeitraum (bis 2016) hinzukommen und so eine periodische Fortschreibung der Legalbewährungsuntersuchung ermöglichen. Zudem kann durch die Verknüpfung der Daten aus den verschiedenen Erhebungszeitpunkten der Beobachtungszeitraum für die im Bezugsjahr 2004<sup>6</sup> erfassten Personen auf zwölf Jahre erweitert werden.

Nach vier Erhebungswellen wird somit ein umfangreicher und einzigartiger Datenfundus vorhanden sein, der die Analyse des Legalbewährungsverhaltens von circa einer Million strafrechtlich registrierter Personen pro Bezugsjahr für einen mindestens drei- bis maximal zwölfjährigen Beobachtungszeitraum erlaubt und somit Informationen für vielfältige kriminologische, strafrechtliche und politische Fragestellungen bereithält. Im Fokus des DFG-geförderten Projekts liegt deshalb auch die Zugänglichkeit der Rückfalldaten für Wissenschaft und Politik zu verbessern. Hierfür soll ein Internetportal mit integrierter Webdatenbank etabliert werden. Dieses Vorgehen ist in Deutschland für (Strafrechtspflege-)Statistiken durchaus üblich. So werden vom Statistischen Bundesamt Daten der (Rechtspflege-)Statistiken<sup>7</sup> als PDF- und EXCEL-File zur Verfügung gestellt, aber auch in der Genesis-Datenbank für spezifische Fragestellungen zum Abruf verfügbar gemacht.<sup>8</sup> In anderen europäischen Ländern sind zum Teil auch Daten zur Legalbewährung von Straftätern in solchen Webdatenbanken verfügbar (zum Beispiel Statistics Denmark).<sup>9</sup>

## 2. Zielsetzungen des Internetportals

Mit Hilfe des geplanten Internetportals kann auch in Deutschland die Zugänglichkeit von Informationen zum Legalbewährungsverhalten strafrechtlich Sanktionierter für wissenschaftliche und politische Fragestellungen verbessert werden, indem die bereits veröffentlichten Informationen über eine zentrale Homepage und in einfach zu verarbeitenden Datenformaten zur Verfügung gestellt werden<sup>10</sup> (vgl. 3.1). Neben den im Bericht zur Legalbewährung zusammengestellten Ergebnissen lassen sich auf der Basis des umfangreichen Datensatzes aber auch weitere Fragestellungen untersuchen. Wird in einer kriminologischen Untersuchung zum Beispiel die spezialpräventive Wirkung einer

---

6 Jehle (2018).

7 Unter anderem Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstatistik (Fachserie 10, Reihe 3, 4.1), [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Fachserie\\_10.html](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Fachserie_10.html).

8 <https://www-genesis.destatis.de>.

9 <http://www.statbank.dk>.

10 Z.B. zur Erleichterung von Reanalysen wie in Heinz (2017), S. 165 ff.

bestimmten Intervention für eine ausgewählte Gruppe evaluiert, können anhand des Datenfundus der Legalbewährungsuntersuchung, zum Beispiel durch die Bildung sogenannter matched-pairs (Kontrollgruppen), geeignete Basisraten berechnet werden, um die Ergebnisse der Treatmentgruppe einzuordnen, ohne aufwändig weitere Bundeszentralregister-Auszüge anzufordern und auszuwerten. Unter Umständen lässt sich sogar für eine definierte Untersuchungsgruppe allein auf Basis der Daten der Legalbewährungsuntersuchung die Höhe der Rückfallrate ermitteln<sup>11</sup> – ganz ohne eigene Auswertung von Registerauszügen. Dies ist beispielsweise vorstellbar, wenn in einem örtlich oder zeitlich begrenzten Bereich neue Sanktionsformen oder Sanktionierungspraktiken<sup>12</sup> eingeführt wurden oder eine delikt- oder sanktionsspezifisch definierte Gruppe von Delinquenten<sup>13</sup> untersucht werden soll. Solche und andere Auswertungsmöglichkeiten soll das geplante Internetportal über entsprechende Abfrage- beziehungsweise Kontaktmöglichkeiten für registrierte und autorisierte Nutzer aus Politik und Wissenschaft bereitstellen (vgl. 3.2 und 3.3).

### 3. Konzeption

Um die Zugangsbeschränkungen für potentielle Nutzer möglichst gering zu halten und gleichzeitig den datenschutzrechtlichen Anforderungen, die im Umgang mit den Daten der Legalbewährungsuntersuchung erforderlich sind, gerecht zu werden, wird das Internetportal zur Legalbewährungsuntersuchung in drei Bereiche mit unterschiedlichen Funktionen und Zugangsbedingungen aufgeteilt sein:

- Downloadbereich
- Grundtabellen
- Anfragen für individuelle Auswertungen.

Um Aspekten des Datenschutzes und der für einige Auswertungen notwendigen datenschutzrechtlichen Genehmigung durch die Registerbehörde Rechnung zu

---

11 Da es sich um einen anonymisierten Datensatz handelt, der keine eindeutigen personenbezogenen Merkmale enthält, ist es nicht möglich die Rückfallraten bestimmter Personen zu ermitteln. Mit den vorhandenen, kategorisierten Merkmalen lassen sich aber sehr ähnliche Gruppen auswählen.

12 Hier könnte man z.B. an die Einführung neuer Programme im Vollzug oder neuer Sanktionierungsmöglichkeiten, wie den Jugendarrest gem. § 16a JGG, denken.

13 Z.B. *Heinz* (2014).

tragen, werden verschiedene Arten der Zugriffsberechtigungen für die Ebenen der Website zur Legalbewährungsuntersuchung vorgesehen.

Aus technischer Sicht besteht das Internetportal aus zwei verschiedenen voneinander getrennten Servern:

- *Webserver:*

Dieser stellt die Webschnittstelle zur Verfügung, über die potentielle Nutzer sich registrieren und auf die verschiedenen Inhalte (HTML-, PDF- und CSV-Files) zugreifen können. Zudem enthält er eine Nutzerverwaltung, über die spezielle Nutzungsrechte durch die Mitarbeiter des Projekts zur Legalbewährung eingetragen werden können.

- *Datenserver:*

In diesem abgetrennten Bereich finden sich die anonymisierten und kategorisierten Daten der Legalbewährungsuntersuchung. Hier werden die Auswertungsanfragen des Webservers bearbeitet und die Ergebnisse zurückgeleitet.<sup>14</sup> Direkter Zugriff auf die eigentlichen anonymisierten und kategorisierten Daten wird externen Nutzern zu keinem Zeitpunkt gewährt. Bei genehmigten Anfragen für individuelle Auswertungen werden die Ergebnisdaten heruntergeladen und per Mail an die jeweiligen Nutzer versandt.

### 3.1 Downloadbereich

#### 3.1.1 Inhalt

Wie in den vorausgegangenen Erhebungswellen sollen auch in der aktuellen Untersuchungswelle die Hauptergebnisse zur Untersuchung der Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen in Form eines Berichts zusammengefasst werden. In diesen Berichten werden Auswertungen zur Legalbewährung nach personenbezogenen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Nationalität, Vorstrafenbelastung) und unterschiedlichen Sanktionen beziehungsweise Delikten für das jeweils aktuelle Bezugsjahr (2004, 2007 oder 2010) sowie das Bezugsjahr 2004 (ab der zweiten Erhebungswelle für einen sechs- beziehungsweise neunjährigen Beobachtungszeitraum) vorgestellt.<sup>15</sup> Die bisher verwendete Berichtsform sowie die Möglichkeit zum PDF-Download soll auch für den vierten Bericht, der voraussichtlich im Jahr 2019 erscheinen wird,

---

14 Durch Mitarbeiter des Projekts zur Legalbewährung in Göttingen können remote auch Auswertungsroutinen (remote execution, *Schiller et al.* (2016)) durchgeführt werden.

15 Die Berichte inklusive der Auswertungstabellen sind als gedruckte Version sowie als PDF unter [http://www.bmjv.de/DE/Service/Fachpublikationen/Rueckfallstatistik\\_doc.html](http://www.bmjv.de/DE/Service/Fachpublikationen/Rueckfallstatistik_doc.html) verfügbar.

erhalten bleiben, aber um wichtiges Zusatzmaterial erweitert werden: Es ist geplant, alle enthaltenen Datentabellen als CSV-Files anzubieten. Damit wird die individuelle Verwendbarkeit der veröffentlichten Auswertung vereinfacht: Datentabellen müssen nicht mehr umgewandelt oder abgetippt werden. So können die Forschungsergebnisse der Legalbewährungsuntersuchung für weitere Fragestellungen – ohne großen zusätzlichen Arbeitsaufwand – zusammengestellt werden.<sup>16</sup> Darüber hinaus werden auf dieser Plattform zusätzliche weiterführende Informationen zu den Daten der Legalbewährungsuntersuchung zugänglich gemacht, wie zum Beispiel Informationen zur Methodik, zu zeitlichen und räumlichen Geltungsbereichen und zur Datenqualität. Auch eine Linkliste zu Projekten, in denen die Daten der Legalbewährungsuntersuchung als empirische Basis (weiter-)verwendet werden, ist denkbar, um die Verwertungskontexte zu dokumentieren.

### **3.1.2 Zugriffsberechtigungen**

Für den Downloadbereich ergeben sich die geringsten Anforderungen an besondere Zugangsberechtigungen, da an dieser Stelle lediglich die bereits schriftlich veröffentlichten Unterlagen zur Legalbewährungsuntersuchung zum elektronischen Download angeboten werden sollen. Die Tatsache, dass neben Dokumenten im PDF-Format auch Auswertungstabellen im CSV-Format<sup>17</sup> angeboten werden sollen, verbessert zwar die Verwertbarkeit durch die Nutzer, verändert aber nicht die datenschutzrechtlichen Anforderungen. Alle erforderlichen Dateien werden direkt auf dem Webserver bereitgestellt. Zugriffe zu irgendeiner Art von nicht veröffentlichten Auswertungen oder gar Daten, die auf einem separaten Server gespeichert sind, sind mit diesem Zugang nicht möglich. Um die Berichte (PDF-Format) und die Datentabellen zu den Auswertungen (CSV-Format) herunterladen zu können, müssen sich die Nutzer deshalb lediglich mit einer gültigen E-Mail-Adresse registrieren lassen. Es ist ein automatisiertes Registrierungsverfahren vorgesehen, um zu gewährleisten, dass es sich um echte Personen handelt, und so Einbrüche auf den Webserver zu verhindern.

---

<sup>16</sup> Z.B. *Heinz* (2004).

<sup>17</sup> Der Download von Auswertungstabellen im Excel-Format gehört bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (destatis) seit Jahren zum Standard.

## 3.2 Grundtabellen

### 3.2.1 Inhalt

Neben den bisher schriftlich veröffentlichten Berichten und Tabellen soll auf der geplanten Internetseite auch ein ausführlicheres Tabellenwerk<sup>18</sup> erstmals im CSV-Format zum Download bereitgestellt werden (vgl. *Abbildung 1*).

		Alter zum Zeitpunkt der letzten Tat									
		Altersgruppen									
	Gesamt	14 - 17	18 - 20	21 - 24	25 - 29	30 - 34	35 - 39	40 - 44	45 - 49	50 - 59	60+
Fälle insgesamt		Summe aller Fälle mit Bezugsentscheidung									
Keine Folgeentsch.											
FE, darunter											
A. Freiheitsstrafe		Summe aller Fälle mit Folgeentscheidung (Summe aus A, B, C und D)									
u. 5 J.											
u. 2 - 5 J.											
u. 1 - 2 J. o.B.		Summe aller Freiheitsstrafen									
m.B.											
6 - 12 M. o.B.											
m.B.											
bis u. 6 Mo.B.											
m.B.											
B. Jugendstrafe		Summe aller Jugendstrafen									
u. 5 J.											
u. 2 - 5 J.											
u. 1 - 2 J. o.B.											
m.B.											
6 - 12 M. o.B.											
m.B.											
C Geldstrafe		Summe aller Geldstrafen									
D. Sonst. Entsch. JGG		Summe aller sonstigen Entscheidungen nach JGG (Summe aus allen unter D genannten plus § 3 S. 2 JGG)									
Jugendarrest											
Schuldspruch											
richterl. Maßn.											
Entsch. §§ 45, 47											

Abbildung 1: Aufbau einer Grundtabelle

Dieses Tabellenwerk liegt der Legalbewährungsuntersuchung zugrunde, war aber bisher nicht von der Veröffentlichung umfasst. Die Zugänglichkeit zu diesen Tabellen einzuräumen, ist aber aus Sicht von Wissenschaft und Praxis durchaus sinnvoll, da sich mit ihrer Hilfe – ohne zusätzlich notwendige Datenauswertungen – sehr differenzierte sanktionsspezifische Rückfallraten ermitteln lassen. Denn in den sogenannten Grundtabellen werden für jede im

<sup>18</sup> Es handelt sich hierbei um die sogenannte ‚Grundtabellen‘, die als Basiskonzept für die zu erfassende Bezugsentscheidungen der Legalbewährungsuntersuchung zugrunde liegen.



Bundeszentralregister oder Erziehungsregister einzutragende strafrechtliche Reaktionsform die Rückfallraten und -sanktionen<sup>19</sup> von Tätern einzelner Altersgruppen dargestellt (vgl. *Abbildung 1*).

Als Basis für die Legalbewährungsuntersuchung stehen insgesamt circa 100 dieser nach unterschiedlichen Sanktionsformen differenzierten Tabellen zur Verfügung. Die angefragten Tabellen werden deshalb nicht vorproduziert, sondern jeweils aktuell entsprechend der angeforderten Kriterien berechnet.<sup>20</sup> Um eine Nutzerauswahl bei der Vielfalt der verfügbaren Tabellen zu ermöglichen, werden beim Abruf verschiedene Filterebenen angeboten: Im ersten Schritt wählt der Nutzer grob die Art der strafrechtlichen Reaktion:<sup>21</sup> Zur Verfügung stehen die Optionen *Freiheitsstrafe*<sup>22</sup> *ohne Bewährung*, *Freiheitsstrafe*<sup>23</sup> *mit Bewährung*, *Jugendstrafe ohne Bewährung*,<sup>24</sup> *Jugendstrafe mit Bewährung*, *Geldstrafe*, *Absehen von Verfolgung und Einstellung*, *Zuchtmittel*, *Erziehungsmaßregeln*, *Fahrverbot*, *Entziehung der Fahrerlaubnis*, *Sicherungsverwahrung*, *Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus*, *Unterbringung in einer Entziehungsanstalt*.

Je nachdem welche Hauptsanktion ausgewählt wird, werden verschiedene weitere Filterkriterien angeboten: Bei unbedingten und bedingten Freiheits- und Jugendstrafen können zusätzlich zum Beispiel bestimmte Dauergruppen ausgewählt werden.<sup>25</sup> Im nächsten Schritt kann der Nutzer bei der Auswertung von Freiheits- und Jugendstrafen bestimmen, welche Vollstreckungsart dargestellt werden soll (grob Strafaussetzung, Strafrestausschließung, Vollverbüßung).<sup>26</sup> Zusätzlich lassen sich Freiheits- und Jugendstrafen auch danach

---

19 Für die Sanktionsart des Rückfalls wird jeweils die schwerste Sanktion ausgewählt. Weist ein Täter mehrere Verurteilungen im Beobachtungszeitraum auf, wird jeweils nur die mit der schwersten Sanktion dokumentiert.

20 Die Ergebnisse werden automatisch in eine Excel-Tabelle überführt und zum Download angeboten.

21 Für jede Person wird jeweils nur die schwerste Reaktionsart erfasst. Wurde neben einer Freiheitsstrafe beispielsweise auch eine Geldstrafe verhängt, wird diese nicht zur Kategorisierung herangezogen.

22 In dieser Kategorie wird auch der Strafverbot ohne Bewährung subsumiert.

23 In dieser Kategorie wird auch der Strafverbot mit Bewährung subsumiert.

24 In dieser Kategorie wird auch die unbestimmte Jugendstrafe subsumiert.

25 Entsprechend der gesetzlichen Regelungen werden folgende Dauergruppen angeboten: ‚bis unter 6 Monate‘ bei FS m./o. Bew., von ‚6 bis unter 12 Monaten‘ bei FS/JS m./o. Bew., von ‚1 bis unter 2 Jahren‘ bei FS/JS m./o. Bew., von ‚2 bis unter 5 Jahren‘ bei FS/JS o. Bew., von ‚mehr als 5 Jahren‘ bzw. ‚von mehr als 5 bis zu 10 Jahren‘ bei FS/JS o. Bew. sowie ‚lebenslang‘ bei FS o. Bew.

26 Grob wird hier also unterschieden zwischen Fällen ohne und mit Straf(rest)aussetzung. Die Kategorien unterscheiden sich ja nach Dauer bzw. Art der Hauptsanktion. Zusätzlich

differenzieren, ob nach einer Straf(rest)aussetzung<sup>27</sup> die Unterstellung unter die Aufsicht eines Bewährungshelfers angeordnet wurde, oder ob ein Widerruf der Straf(rest)aussetzung. Bei Geldstrafen dagegen kann zusätzlich nach der Anzahl der Tagessätze differenziert werden.<sup>28</sup> Auch die jugendstrafrechtlichen Reaktionsformen lassen sich zum Teil weiter differenzieren: So kann in der Kategorie ‚Absehen von Verfolgung und Einstellung‘ danach unterschieden werden, ob es sich um eine Einstellung gem. §§ 45 Abs. 1, 2 oder 3 JGG, oder § 47 JGG handelt. Unter den Zuchtmitteln lässt sich insbesondere der Jugendarrest noch weiter nach seiner Dauer differenzieren.<sup>29</sup> Im Bereich der Maßregeln kann danach differenziert werden, ob je nach Art der Maßregeln eine Anordnung im Zusammenhang mit einer Freiheits- und Jugendstrafe erfolgte oder nicht, beziehungsweise danach, ob sie zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Zusätzlich zu den Differenzierungen, die die Sanktionierungen selbst ermöglichen, wäre es sinnvoll zwei weitere Filter einzuführen: Eine Differenzierung nach Geschlecht erscheint sinnvoll, da Frauen nur einen geringeren Anteil registrierter Personen ausmachen, sich aber hinsichtlich der verhängten Sanktionen und der Rückfallraten deutlich von den männlichen Registrierten unterscheiden.<sup>30</sup> Darüber hinaus wird eine Differenzierung nach Nationalität nötig, da für Nichtdeutsche nur sehr eingeschränkt Aussagen über das Legalbewährungsverhalten gemacht werden können.<sup>31</sup> Weitere Kriterien für die Auswahl bestimmter Personengruppen (zum Beispiel Art und Anzahl der Vorstrafen oder Delikt) sind in technischer Hinsicht vorstellbar. Da solche Auswertungen aber einer besonderen Genehmigung bedürften, werden sie nur über den Datenbankzugang, der im Abschnitt ‚Anfragen für individuelle Auswertungen‘ angeboten wird, möglich sein.

### 3.2.2 Zugriffsberechtigungen

Da für die Zusammenstellung und Interpretation der hier dargestellten Auswertungen ein gewisses Vorverständnis bezüglich der Legalbewährungsuntersuchung und der Einschränkungen ihrer Aussagekraft nötig ist, wird für die

---

unterschieden werden, ob es sich um eine Strafrestauesetzung gem. § 57 Abs. 1, § 57a StGB oder eine gnadenweise Strafrestauesetzung handelt.

27 Strafauesetzungen werden dabei differenziert für Fälle gem. § 56 Abs. 1 StGB und § 56 Abs. 2 StGB; Strafrestauesetzungen nach § 57 Abs. 1 StGB und § 57 Abs. 2 StGB bzw. § 57a StGB bei lebenslangen Freiheitsstrafen.

28 Zur Auswahl stehen die Kategorien ‚bis zu 15 Tagessätzen‘, ‚16-30 Tagessätze‘, ‚31-50 Tagessätze‘, ‚51-90 Tagessätze‘ sowie ‚über 90 Tagessätze‘.

29 Der sogenannte Warnschussarrest gem. § 16a JGG (Einführung im Jahr 2014) wird erstmals in der vierten Erhebungswelle (Bezugsjahr 2016) Eingang in die Untersuchung finden.

30 Jehle et al. (2016), S. 43 f.

31 Jehle et al. (2016), S. 45 f.

Abfrage der sogenannten Grundtabellen eine gesonderte Authentifizierung nötig. Dazu ist vorgesehen, dass der Nutzer eine Registrierungs- und Genehmigungsanfrage per Formular stellt, die persönlich von Mitarbeitern des Projekts bearbeitet wird. Wird der Zugriff genehmigt, erhält der Nutzer die Zugangsdaten per E-Mail. Nach dem Login mit diesen Nutzerdaten kann der Nutzer die Grundtabellen auswählen, die für seine Fragestellungen relevant sind. Die Anfrage des authentifizierten Nutzers wird an den Datenserver weitergeleitet. Dort werden automatisiert die Ergebnisse berechnet und in Form von CSV-Files abgespeichert. Diese Dateien werden an den Webserver weitergegeben und können in einem individuellen Downloadbereich vom Nutzer heruntergeladen werden. Zu keinem Zeitpunkt erhält der Nutzer direkten Zugriff auf die Datenbank der Legalbewährungsuntersuchung.

### 3.3 Anfragen für individuelle Auswertungen

#### 3.3.1 Inhalt

Neben den standardisierten Auswertungen, die in den Grundtabellen zur Verfügung gestellt werden können, sind eine Vielzahl von wissenschaftlichen Fragestellungen vorstellbar, die mit Hilfe der für die Legalbewährungsuntersuchung bearbeiteten Bundeszentralregister-Daten beantwortet werden könnten. Der Bereich ‚Anfragen für individuelle Auswertungen‘ stellt detaillierte Informationen zum Aufbau und der Struktur der Daten zur Verfügung. Der Zugang ist für wissenschaftliche Nutzer<sup>32</sup> geplant, die individuelle Forschungsfragen mit Hilfe der Daten der Legalbewährungsuntersuchung evaluieren möchten. Voraussetzung für die Autorisierung ist die Genehmigung des Forschungsvorhabens durch die Registerbehörde nach § 42a BZRG. Für diesen Downloadbereich registrierte und autorisierte Nutzer können eine Demo-Datei<sup>33</sup> der Daten sowie Informationen zu Merkmalskategorisierung und Auswertungsroutinen zur Berechnung der Auswertungen zur Legalbewährungsuntersuchung herunterladen, um Programmieranweisungen für eigene Forschungsfragen zu entwickeln. Der Forscher kann – nach dem Vorbild der ‚kontrollierten Datenfernverarbeitung‘<sup>34</sup> – die

---

32 Im Rahmen der Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und den Justizministerien der einzelnen Bundesländer wurde festgelegt, dass es den Bundesländern ermöglicht werden soll, bundeslandspezifische Replikationen der Legalbewährungsuntersuchung anfertigen zu lassen. Diese Auswertungsmöglichkeiten sollen in Zukunft ebenfalls an dieser Stelle angeboten werden.

33 Hierbei handelt es sich natürlich um Daten erfundener Personen, die einen Querschnitt der verwendeten Variablen aufweisen.

34 Näher zum Verfahren, siehe <http://www.forschungsdatenzentrum.de/datenzugang.asp>.

eigene Auswertung vorbereiten und die entsprechenden Routinen an die Arbeitsgruppe zur Legalbewährung schicken. Dort wird zunächst geprüft, ob die Auswertungen den beantragten und durch die Registerbehörde genehmigten Auswertungswünschen entsprechen und sodann die Berechnung der Ergebnisse durchgeführt. Die Ergebnisse werden per E-Mail an den Nutzer versandt. Zu keinem Zeitpunkt erhält der Nutzer selbst direkten Zugriff auf die Datenbank der Legalbewährungsuntersuchung.

### **3.3.2 Zugriffsberechtigungen**

Klassischerweise würden von interessierten Forschern Anfragen direkt an die Registerbehörde gestellt; bei Genehmigung würden personenbezogene Daten von der Registerbehörde an das jeweilige Forscherteam versandt. Insofern stellt die Verwendung der anonymisierten und bereits bearbeiteten Registerdaten des Projekts zur Legalbewährungsuntersuchung nicht nur aus datenschutzrechtlicher, sondern auch aus forschungsökonomischer Sicht eine Verbesserung dar. Für die Durchführung individueller Anfragen ist weiterhin eine Genehmigung gem. § 42a BZRG durch die Registerbehörde erforderlich. Die Auswertungsanfrage könnte per Webformular an die Registerbehörde versandt werden. Im Falle der Genehmigung erhält der Nutzer Zugang zu einem speziellen Downloadbereich, in dem Demo-Files (Auswertungsroutinen und Demo-Datensatz) zur Erstellung der konkreten Auswertungsprogramme zur Verfügung gestellt werden. Ein direkter Zugriff des Nutzers auf die Datenbasis erfolgt nicht, da die Auswertungen direkt von den Projektmitarbeitern durchgeführt werden und der Nutzer lediglich die Outputs erhält.

## **3.4 Anmerkungen zum Datenschutz**

Die im Rahmen der Legalbewährungsuntersuchung entstehenden Datensätze basieren auf den personenbezogenen Daten aus dem Bundeszentral- und Erziehungsregister. Sie unterliegen deshalb strengen datenschutzrechtlichen Vorgaben. Diesen Vorgaben wird durch Anonymisierung und Kategorisierung im Verarbeitungsprozess Rechnung getragen. Personenbezogene Daten werden ausschließlich vom Projektpartner Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht verarbeitet. Alle Datensätze, die an der Universität Göttingen weiterverarbeitet werden, sind vor der Übermittlung bereits anonymisiert. Bei der Aufbereitung der Merkmale für die Webdatenbank werden zudem erhebliche Kategorisierungen durchgeführt. Es ist damit nicht möglich, einzelne Personen direkt zu re-identifizieren. Um zu verhindern,

dass eine indirekte Re-Identifikation<sup>35</sup> erfolgt, wird durch maschinelle Überprüfungen die Ausgabe von sogenannten ‚Tabelleneinsen‘ verhindert (sogenannten ‚Geheimhaltungsprüfung‘). Durch persönliche Prüfung einzelner Auswertungsanfragen im Zusammenhang mit den entsprechenden Genehmigungen der Registerbehörde werden zudem unberechtigte Auswertungen verhindert. Durch die Vergabe von nutzerspezifischen Zugangsdaten und die Trennung von Web- und Datenserver wird die Möglichkeit des nichtautoriisierten Datenzugangs minimiert.

## 4. Fazit

Spezialpräventive Wirkungen stehen nicht nur als gesetzlicher Auftrag des Strafrechts, sondern auch in vielen kriminologischen Projekten im Fokus. Fragestellungen dieser Art können (mit Einschränkungen) anhand der Daten des Bundeszentral- und Erziehungsregisters untersucht werden. Die Auswertung von Bundeszentralregister-Auszügen ist an hohe datenschutzrechtliche Anforderungen geknüpft, da es sich in der Regel um personenbezogene Daten handelt. Zudem ist die statistische Auswertung der textbasierten Einträge mit einem hohen Transferaufwand verbunden.

Mit Hilfe der hier vorgestellten Internetpräsenz beziehungsweise Datenbank lässt sich eine effiziente Datennutzung der für sekundäranalytische Zwecke aufbereiteten Zentralregisterdaten gewährleisten. Die Forschungsökonomie wird durch die redundante Nutzung gesteigert, das heißt der Aufwand für wiederholte Erhebungen, sowohl bei der Registerbehörde als auch beim Antragsteller, wird reduziert, indem die Möglichkeit der Nachnutzung der Daten gewährleistet wird. Darüber hinaus werden die datenschutzrechtlichen Belange gewahrt, da ‚nur‘ noch völlig anonymisierte Daten ausgewertet werden und keine Übermittlung von personenbezogenen Daten zwischen Register und Forschung beziehungsweise Politik mehr nötig ist.

## Literatur

Heinz, W. (2004): Die neue Rückfallstatistik – Legalbewährung junger Straftäter. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 1, S. 35-48.

---

35 Das heißt, dass auf der Basis mehrerer Merkmale, die für sich genommen keine eindeutige Zuordnung erlauben, durch die Merkmalskombination ein Rückschluss auf die Person möglich wird, *Schaar* (2016).

- Heinz, W. (2014): Der Erfolg jugendstrafrechtlicher Sanktionen – Was wirkt, was wirkt vielleicht, was wirkt nicht?, in: <https://www.uni-heidelberg.de/institute/fak2/krimi/DVJJ/Aufsaetze/Heinz2014.pdf> [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Heinz, W. (2017): Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland - Berichtsstand 2015 im Überblick. Stand: Berichtsjahr 2015, Version 1/2017, in: [http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet\\_und\\_Kriminalitaetskontrolle\\_in\\_Deutschland\\_Stand\\_2015.pdf](http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet_und_Kriminalitaetskontrolle_in_Deutschland_Stand_2015.pdf) [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Jehle, J.-M. (2018): Neun Jahre Legalbewährungsuntersuchung – Was wurde bisher erreicht und welche Aussagemöglichkeiten bieten sich? In: Boers, K./Schaerff, M. (Hg.): Kriminologische Welt in Bewegung. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 428-444.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2010): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2004 bis 2007. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2013): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2007 bis 2010 und 2004 bis 2010. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Heinz, W./Sutterer, P. (2003): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine kommentierte Rückfallstatistik. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Schaar, K. (2016): Was hat die Wissenschaft beim Datenschutz künftig zu beachten? Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten Working Paper Series Nr. 257, in: [https://www.ratswd.de/dl/RatSWD\\_WP\\_257.pdf](https://www.ratswd.de/dl/RatSWD_WP_257.pdf) [letzter Aufruf 25.01.2018].
- Schiller, D.H./Eberle, J./Fuß, D./Goebel, J./Heining, J./Mika, T./Müller, D./Röder, F./Stegmann, M./Stephan, K. (2017): Standards des sicheren Datenzugangs in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften: Überblick über verschiedene Remote-Access-Verfahren. Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten Working Paper Series Nr. 261, in: [https://www.ratswd.de/dl/RatSWD\\_WP\\_264.pdf](https://www.ratswd.de/dl/RatSWD_WP_264.pdf) [letzter Aufruf 25.01.2018].

# Teilbedingte Freiheitsstrafen als Erweiterung des Sanktionsspektrums – Österreichische Erfahrungen mit 30 Jahren Praxis

*Alois Birklbauer*

## Gliederung

- |  |   |
|--|---|
| 1. Einleitung  | 4. Die Dauer des unbedingten Strafteils                   |
| 2. Der Anteil teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen | 5. Teilbedingte Freiheitsstrafen bei vorbestraften Tätern |
| 3. Die Höhe teilbedingter Freiheitsstrafen                             | 6. Kriminalpolitische Schlussfolgerungen                  |

## 1. Einleitung

Das in Österreich mit 1. Januar 1975 in Kraft getretene Strafgesetzbuch (öStGB)<sup>1</sup> kennt an Primärstrafen die Geld- und Freiheitsstrafe. Die Freiheitsstrafe, in der es im vorliegenden Beitrag gehen soll, muss mindestens einen Tag umfassen und kann bis zu lebenslang verhängt werden (§ 18 Abs. 1 öStGB). Eine Nachsicht des Vollzugs der ganzen Strafe für die Dauer einer Probezeit (bedingte Strafnachsicht nach § 43 öStGB) ist für Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren vorgesehen. Auf die Möglichkeit, im Rahmen der außerordentlichen Strafmilderung auch den Vollzug längerer Freiheitsstrafen bedingt nachzusehen (§ 41 öStGB), soll im Folgenden nicht weiter eingegangen werden.

Gegen dieses Alles-oder-Nichts-Prinzip bei der Nachsicht des Vollzugs der Strafe übte vor allem die Praxis schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes Kritik.<sup>2</sup> Die wesentlichen Argumente bestanden darin, dass bei Wiederholungstätern die verhängte Freiheitsstrafe oft mangels positiver Prognose in Vollzug gesetzt werden müsse und dadurch die Entsozialisierung nicht verhindert werden könne. Weil die bedingte Entlassung erst nach Verbüßung der Hälfte der Freiheitstrafe möglich ist (§ 46 öStGB), werde letztlich eine viel zu lange Zeit in der Haft verbracht. Die Möglichkeit, bereits im Urteilszeitpunkt

---

<sup>1</sup> Österreichisches Bundesgesetz über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch - StGB) vom 23.01.1974 (BGBl. 1974/60).

<sup>2</sup> Dazu zusammenfassend mit Nachweisen *Birklbauer* (2018), S. 94 ff.

lediglich einen Teil der Freiheitsstrafe in Vollzug zu setzen, könnte eine unnötig lange Freiheitsentziehung vermeiden, wodurch es letztlich zu einer *Haftverkürzung* komme. Weiter wurde immer wieder betont, dass kurze Freiheitsstrafen (Schockstrafen) bei manchen Tätern positiv wirken könnten, insbesondere bei Wirtschaftskriminellen.<sup>3</sup> Dieser behauptete *erzieherische Effekt* basierte jedoch lediglich auf Überlegungen zum „gesunden Menschenverstand“ und war ohne jegliche empirische Evidenz.

Vor diesem Hintergrund schuf das am 1. März 1988 in Kraft getretene Strafrechtsänderungsgesetz (StRÄG) 1987<sup>4</sup> die Möglichkeit der Sanktionsmodifikation durch bedingte Nachsicht des Vollzugs eines Teils der Strafe, indem für *mittlere Freiheitsstrafen* von mehr als sechs Monaten bis zu zwei Jahren die Möglichkeit eingeführt wurde, die Freiheitsstrafe in einen bedingten und einen unbedingten Teil aufzusplittern (§ 43a Abs. 3 öStGB). Für *kurze Freiheitsstrafen* bis zu sechs Monaten blieb dagegen die bedingte Nachsicht der ganzen Strafe die einzige Alternative zum Vollzug. Im Falle einer teilbedingten Freiheitsstrafe darf der *unbedingte Strafteil maximal ein Drittel* betragen und müssen - anders gewendet - mindestens zwei Drittel bedingt für eine Probezeit ausgesetzt werden. Um Schockstrafen hintan zu halten, muss die *Mindestdauer* des unbedingten Teils *jedenfalls einen Monat* betragen.<sup>5</sup> Darüber hinaus darf – entsprechend dem Ultima-Ratio-Gedanken – eine teilbedingte Freiheitsstrafe nur zum Einsatz kommen, wenn eine mittlere Freiheitsstrafe nicht zur Gänze bedingt nachgesehen werden kann. Weiter ist vorrangig zu prüfen, ob nicht durch eine Umwandlung eines Teils der Freiheitsstrafe in eine unbedingte Geldstrafe der Vollzug jeglicher Freiheitsstrafe verhindert werden kann (kombinierte teilbedingte Geld-Freiheitsstrafe nach § 43a Abs. 2 öStGB).

Um den Gegnern der teilbedingten Freiheitsstrafe in gewisser Weise entgegen zu kommen, hat der Gesetzgeber auch für den unteren Bereich von *langen Freiheitsstrafen* von mehr als zwei bis inklusive drei Jahren diese Möglichkeit der teilbedingten Freiheitsstrafe vorgesehen (§ 43a Abs. 4 öStGB). Dies war insbesondere als Sanktionsmodifikation für Ersttäter bei besonders guter Prognose gedacht, während im Unterschied dazu die teilbedingte Freiheitsstrafe im Bereich bis zu zwei Jahren primär eine Sanktion für Wiederholungstäter sein sollte, mit dem Ziel einer Verkürzung des Vollzugs.

---

3 Positiv seitens der Wissenschaft äußerte sich vor allem Zipf (1985), pointiert ablehnend etwa Bertel (1987).

4 Strafrechtsänderungsgesetz 1987 vom 25.11.1987 (BGBl 1987/605).

5 Siehe zum diesbezüglichen Ringen im Entstehungsprozess Birklbauer (1998), S. 98-106. Dazu sei kritisch angemerkt, dass im Diskussionsprozess nicht darauf eingegangen wurde, warum kurze Strafen von mehr als einem Monat keine Schockstrafen sind.



## 2. Der Anteil teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen

Im Folgenden soll durch Analyse der Verhängung teilbedingter Freiheitsstrafen im Zeitverlauf jener Frage nachgegangen werden, inwieweit diese neue Sanktionsmodifikation im Ergebnis wirklich zu einer Verkürzung der Haftzeit geführt hat und ob beziehungsweise inwiefern es gleichsam zu Schockstrafen kommt. Dabei sollen die frei zugänglichen Zahlen der gerichtlichen Kriminalstatistik herangezogen werden.<sup>6</sup> Weil es erfahrungsgemäß bei neuen Gesetzen eine gewisse Zeit dauert, bis sie im Bewusstsein der Rechtsanwender verankert sind, soll der Blick auf die Entwicklung erst mit dem Jahr 1990 starten. Die zum Stand des Beitrags veröffentlichten Daten gehen bis 2016.

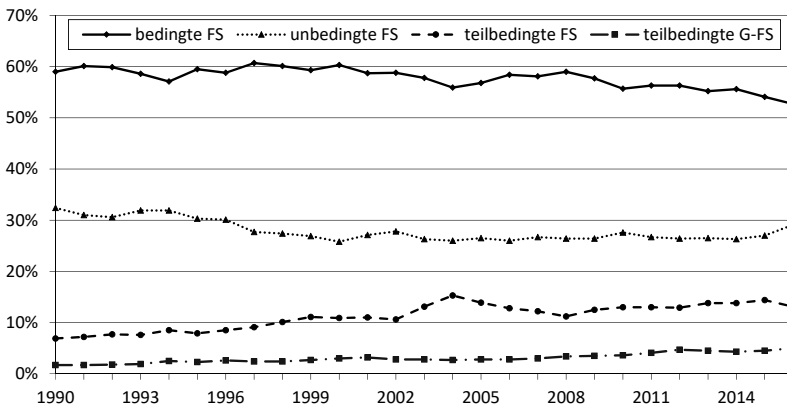


Abbildung 1: Die Anteile bedingter, unbedingter und teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen in Prozent, 1990-2016

Betrachtet man den Anteil bedingter, unbedingter und teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen im Zeitverlauf (Abbildung 1), so lässt sich festhalten, dass die teilbedingten Freiheitsstrafen im Zeitraum 1990 bis 1995 von 7 % auf 8 % angewachsen sind. Der Durchschnittswert in diesen Jahren lag bei 7,6 %. Stellt man dazu in Relation, dass der Anteil der bedingten Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen 1995 (59,5 %) um 1,5 % unter den Durchschnittswerten der Jahre 1985 bis 1987 (61 %) lag,<sup>7</sup> also der drei Jahre

<sup>6</sup> Den Abbildungen liegen eigene Berechnungen der auf dem Portal der Statistik Austria veröffentlichten Daten zugrunde ([http://www.statistik.at/web\\_de/services/statcube/index.html](http://www.statistik.at/web_de/services/statcube/index.html)).

<sup>7</sup> Siehe zu diesen Zahlen Birklbauer (1997), S. 98.

unmittelbar vor Einführung teilbedingter Sanktionen, so zeigt sich, dass die neue Sanktionsmodifikation zwar aus dem Bereich der bedingten Freiheitsstrafen schöpfte. Da der Anteil unbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen aber zur gleichen Zeit um nahezu 9 % geringer war als der Durchschnittswert von 1985 bis 1987, wird augenscheinlich, dass die *teilbedingte Freiheitsstrafe in den ersten Jahren vorwiegend zu Lasten der unbedingten Freiheitsstrafe* verhängt wurde.

Der Anteil *teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen*, ist seit 1995 weiter gestiegen und betrug 2010 bis 2016 durchschnittlich 11,4 %. Damit lag er um etwa zwei Drittel über den Jahren 1990 bis 1995. Den höchsten Anteil erreichte er 2004 mit 15,3 %. Insgesamt fällt auf, dass die 10 %-Marke bereits ab 1998 stets überschritten war. Betrachtet man im Vergleich dazu die zur Gänze bedingt nachgesehene Freiheitsstrafe (§ 43 öStGB), so zeigt sich, dass deren Anteil zu Beginn der 1990er Jahre von rund 60 % - mit einem kleinen Einbruch 2005 - im Wesentlichen bis 2010 konstant war. Seither zeigt der Trend nach unten. Die gänzlich bedingte Freiheitsstrafe erreichte mit knapp 53 % im Jahr 2016 ihren bisherigen Tiefstwert. Der Durchschnittswert 2010 bis 2016 belief sich auf 55 %. Im Vergleich dazu sank die unbedingte Freiheitsstrafe von etwas über 30 % zu Beginn der 1990er Jahre bis zur Jahrtausendwende auf rund 27 %. Bei etwa 26 % hat er sich auch in den weiteren Jahren eingependelt. Mit 29 % im Jahr 2016 war er im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittlich hoch. Die relative Konstanz des Anteils unbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen seit der Jahrtausendwende verleitet zum Schluss, dass – entgegen dem Trend der Anfangsjahre – der *Anstieg bei der teilbedingten Freiheitsstrafe in der Folge vermehrt auf Kosten der gänzlich bedingten Freiheitsstrafe* erfolgte. Die kriminalpolitische Intention, mit teilbedingten Strafen vorwiegend unbedingte Freiheitsstrafen zurückzudrängen, scheint in neuerer Zeit in Vergessenheit geraten zu sein.

Um das Bild abzurunden, soll noch ein Blick auf die *Anzahl der verhängten Freiheitsstrafen* geworfen werden, könnte sich doch der Anstieg teilbedingter auf Kosten gänzlich bedingter Freiheitsstrafen auch dadurch relativieren, dass heute seltener zur Freiheitsstrafe gegriffen wird als noch in den 1990er Jahren. Dem ist jedoch nicht so. Lag die Anzahl der Freiheitsstrafen in den Jahren 1990 bis 1995 bei durchschnittlich 21.250 Verurteilten jährlich, war dieser Wert in den Jahren 2010 bis 2016 mit durchschnittlich 23.170 Verurteilten um etwa 10 % höher. Da in den vergangenen Jahren die Bevölkerung Österreichs zugenommen hat, soll zwar nicht vorbehaltlos von einem Anstieg bei den Freiheitsstrafen gesprochen werden. Insgesamt ist aber jedenfalls nicht davon auszugehen, dass die Bereitschaft zur Verhängung von Freiheitsstrafen zurückgegangen ist und der Anstieg teilbedingter Freiheitsstrafen dadurch relativiert werden könnte.

### 3. Die Höhe teilbedingter Freiheitsstrafen

Die frei zugänglichen statistischen Daten der gerichtlichen Kriminalstatistik erlauben es, hinsichtlich der Höhe teilbedingter Freiheitsstrafen danach zu differenzieren, ob diese im Bereich von mehr als sechs bis zu einschließlich zwölf Monaten (im Folgenden: kurze teilbedingte Freiheitsstrafen), mehr als zwölf bis zu einschließlich vierundzwanzig Monaten (im Folgenden: mittlere teilbedingte Freiheitsstrafen) sowie als erweiterte teilbedingte Freiheitsstrafen von mehr als vierundzwanzig Monaten verhängt wurden. Die als Ausnahme gedachte erweiterte teilbedingte Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren ist über einen Anteil von 6 % an allen teilbedingten Freiheitsstrafen nie hinausgekommen (*Abbildung 2*), was angesichts der Intention, eine Ausnahmevorschrift zu sein, wenig überrascht. Der Anteil kurzer teilbedingter Freiheitsstrafen lag 1990-1995 bei durchschnittlich 64,2 %. Werte von mehr als 60 % wurden bis 2005 erreicht. Seither geht dieser Anteil zurück. So lag der Durchschnittswert 2010-2016 nur mehr bei 51,2 %, seit 2014 sogar permanent unter 50 %.

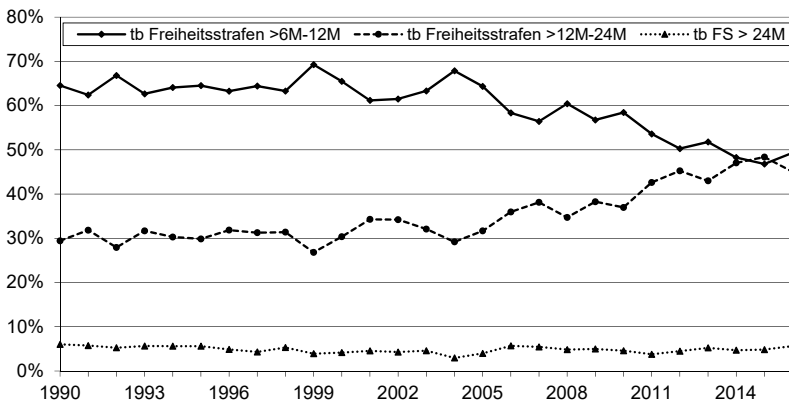


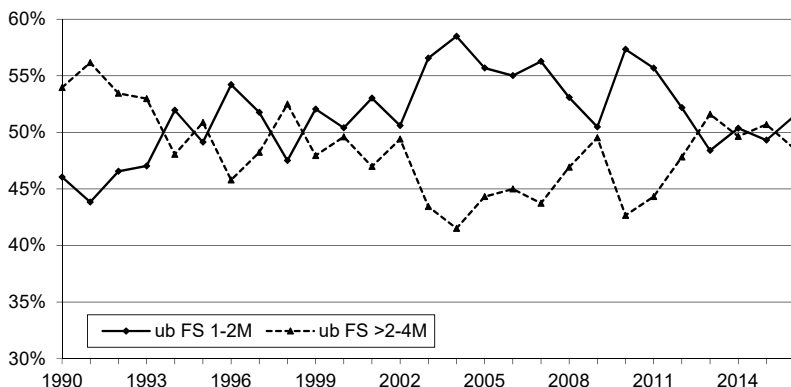
Abbildung 2: Die Anteile kurzer, mittlerer und erweiterter teilbedingter Freiheitsstrafen an allen teilbedingten Freiheitsstrafen in Prozent, 1990-2016

Spiegelbildlich dazu verhält sich die Entwicklung bei den mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen. Lag dieser Anteil in den Jahren 1990 bis 1995 bei durchschnittlich 30,2 %, haben sich hier die Werte ab dem Jahr 2006 in Richtung 40 % genähert. Der Durchschnittswert der Jahre 2010 bis 2016 belief sich auf 44 %. Zusammenfassend lässt sich also innerhalb der teilbedingten Freiheitsstrafen im Zeitverlauf eine Verschiebung von kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen hin zu mittleren ausmachen, während die langen teilbedingten

Freiheitsstrafen stets die Ausnahme bildeten. Setzt man diese Ergebnisse zur in *Abbildung 1* gezeigten Entwicklung in Relation, wonach die vermehrte Verhängung teilbedingter Freiheitsstrafe auf Kosten gänzlich bedingter Freiheitsstrafen ging, so ist in der aus *Abbildung 2* ableitbaren *Verschiebung der kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen zu den mittleren* insgesamt ein *Indiz in Richtung Sanktionsverschärfung* zu sehen, zumal diese Entwicklung keineswegs von einem Rückgang bei den Freiheitsstrafen begleitet wird.

#### 4. Die Dauer des unbedingten Strafteils

Innerhalb der *kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen* fällt auf, dass der unbedingte Strafteil von ein bis zwei Monaten anfangs knapp unter 50 % lag (*Abbildung 3*). Zwischen 2003 und 2012 lag er wesentlich über 50 %, im Durchschnitt bei 55,1 %. Seither bewegt er sich wieder an der 50 %-Marke. Reziprok dazu verhält sich der Anteil unbedingter Freiheitsstrafen von zwei bis vier Monaten.



*Abbildung 3: Unbedingte Strafteile von über und unter 2 Monaten bei kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen von mehr als 6 bis 12 Monaten in Prozent, 1990-2016*

Nun ist die Interpretation dieser Zahlen durchaus schwierig. Liegt beispielsweise die teilbedingte Freiheitsstrafe nur knapp über der sechs-Monats-Grenze, kann der unbedingte Strafteil nicht über zwei Monate hinausgehen. Er muss sich somit im unteren Bereich bewegen. Insofern kann aus dem relativ hohen Anteil kurzer unbedingter Strafteile bis zu zwei Monaten nicht zwingend auf eine Schockstrafenverhängung geschlossen werden. Würden sich jedoch bei den teilbedingten kurzen Freiheitsstrafen zahlreiche im Bereich von

nahezu zwölf Monaten befinden, wären kurze unbedingte Strafteile zwischen ein und zwei Monaten eindeutig als Schockstrafen einzustufen, weil ein kurzer unbedingter Strafteil einem relativ langen bedingten Strafteil gegenüber steht. Hier würde sich die Frage aufdrängen, warum die bedingte Nachsicht der ganzen Strafe in solchen Fällen nicht möglich war.

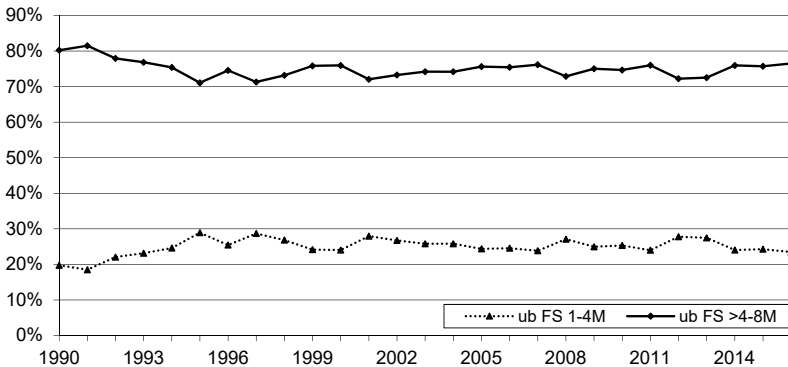


Abbildung 4: Unbedingte Strafteile von über und unter 4 Monaten bei mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen von mehr als 12 bis zu 24 Monaten in Prozent, 1990-2016

Vergleicht man den Anteil kurzer Strafteile bei den *mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen* zwischen 12 und 24 Monaten (Abbildung 4), so fällt auf, dass kurze unbedingte Strafteile im Bereich bis zu vier Monaten stets die Ausnahme bildeten. Wurde von 1990-1995 bei durchschnittlich 22,8 % dieser teilbedingten Strafen ein relativ kurzer unbedingter Strafteil verhängt, lag dieser Anteil 2010 bis 2016 mit 25,2 % nur etwas darüber. Die in Abbildung 2 festgestellte Verschiebung der teilbedingten Freiheitsstrafen von den kurzen zu den mittleren hat sich somit nicht auf die Dauer des unbedingten Strafteils ausgewirkt. Mit Blick auf Abbildung 3 lässt sich somit festhalten, dass *kurze unbedingte Strafteile*, denen in gewisser Weise der Makel der Schockstrafe innewohnt, bei *mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen* eher die Ausnahme zu sein scheinen als bei *kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen*. Freilich ist auch hier einschränkend festzuhalten, dass die Statistik keine Auskunft darüber gibt, wie hoch der Anteil jener Freiheitsstrafen ist, die sich im Bereich von eher zwölf beziehungsweise eher vierundzwanzig Monaten bewegen.

Dass die Praxis bei kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen vermehrt dazu neigt, in Richtung Schockstrafe zu tendieren, könnte darin begründet sein, dass immer wieder versucht wurde, trotz gegenteiliger Regelung Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten teilbedingt auszusprechen, um das Haftübel verspüren zu

lassen. Weiter könnte der im Vergleich von *Abbildung 3* und *4* ableitbare Trend, bei kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen eher kurze unbedingte Strafteile zu verhängen als bei mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen, in der nachträglichen Legitimation einer verhängten Untersuchungshaft eine gewisse Erklärung finden, wobei freilich die Statistik wiederum keine Antwort zu geben vermag. Doch Verteidiger berichten immer wieder davon, dass nach ihren Erfahrungen ein Zusammenhang zwischen Untersuchungshaft und teilbedingter Freiheitsstrafe dergestalt zu beobachten ist, dass gerade ein solcher Teil unbedingt verhängt wird, der bereits in Untersuchungshaft verbüßt wurde.

## 5. Teilbedingte Freiheitsstrafen bei vorbestraften Tätern

Um den Blick auf die Praxis abzurunden, soll abschließend noch der *Anteil vorbestrafter Täter bei den teilbedingten Freiheitsstrafen* analysiert werden, sind doch nach der kriminalpolitischen Intention kurze und mittlere teilbedingte Freiheitsstrafen primär als Sanktionen gegen vorbestrafte Täter gedacht, während die erweiterte teilbedingte Freiheitsstrafe nach § 43a Abs. 4 öStGB vorwiegend gegen Ersttäter gerichtet ist.

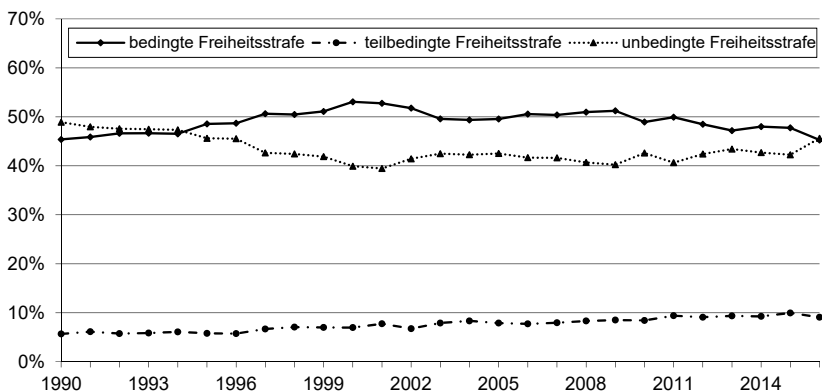


Abbildung 5: Die Anteile bedingter, teilbedingter und unbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen gegen vorbestrafte Täter in Prozent im Zeitverlauf, 1990-2016

Betrachtet man die Verteilung aller gegen vorbestrafte Täter verhängten Freiheitsstrafen (*Abbildung 5*), so ist zunächst *Abbildung 1* in Erinnerung zu rufen, wonach der Anteil teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen seit den späten 1990er Jahren stets über 10 % lag. Bedenkt man die Intention

des § 43a Abs. 3 öStGB, dass sich die teilbedingte Freiheitsstrafe primär gegen vorbestrafte Täter richtet, wäre innerhalb der vorbestraften Täter ein Anteil von deutlich über 10 % teilbedingte Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen zu erwarten. Dem ist jedoch nicht so. Im Mittel wurden lediglich 7,6 % aller Freiheitsstrafen gegen vorbestrafte Täter teilbedingt ausgesprochen. Es gab zwar im Laufe der Zeit insofern eine Steigerung, als dem Durchschnittswert der Jahre 1990 bis 1995 von 5,9 % ein solcher von 9,2 % in den Jahren 2010 bis 2016 gegenübersteht. Der Anteil mit knapp einem Zehntel erscheint aber nach wie vor überdurchschnittlich gering. Dies weckt den Eindruck, dass es sich bei den *teilbedingten Freiheitsstrafen* *mehrheitlich um keine Sanktionsmodifikation gegen vorbestrafte Täter handelt*. Innerhalb der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten vorbestraften Täter liegen die Anteile gänzlich bedingter Freiheitsstrafen (43 % im jährlichen Durchschnitt) beziehungsweise unbedingter Strafen (49 %) relativ nahe beisammen und deutlich über jenen Wert für teilbedingte Freiheitsstrafen.

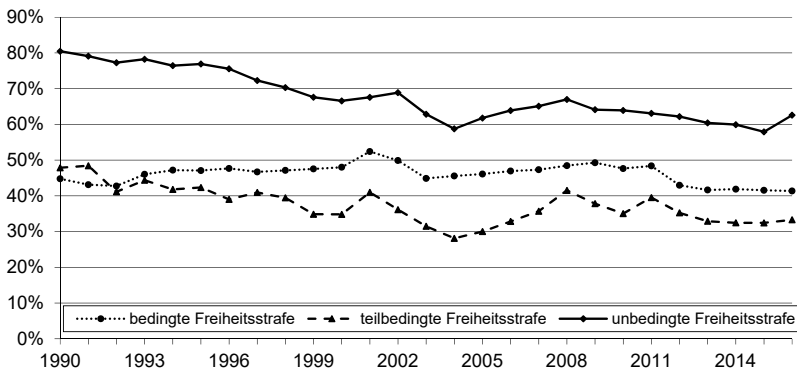


Abbildung 6: Die Anteile vorbestrafter Täter an bedingten, teilbedingten und unbedingten Freiheitsstrafen in Prozent im Zeitverlauf, 1990-2016

Betrachtet man in einem nächsten Schritt den Anteil vorbestrafter Täter innerhalb bedingter, teilbedingter und unbedingter Freiheitsstrafen (Abbildung 6), so bestätigt sich dieser Eindruck. Es überrascht zwar nicht, dass in den ersten Jahren des Beobachtungszeitraums bei der unbedingten Freiheitsstrafe der Anteil vorbestrafter Täter deutlich die Überhand hatte mit durchschnittlich 78,1 % in den Jahren 1990-1995. Er sank in den Folgejahren bis etwa 2005 aber beständig und pendelte sich dann knapp über 60 % ein. In den Jahren 2010-2016 betrug er im Durchschnitt 61,4 %. Damit sind die Vorbestraften bei den unbedingten Freiheitsstrafen zwar nach wie vor in der Mehrheit, aber nicht mehr annähernd

so überwiegend wie in den 1990er Jahren. Auch bei der teilbedingten Freiheitsstrafe ist ein Absinken feststellbar, aber auf deutlich geringerem Niveau. Belief sich der Anteil vorbestrafter Täter an allen zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe Verurteilten in den Jahren 1990-1995 noch auf durchschnittlich 44,3 %, sank er in den Folgejahren bis etwa 2005, stieg dann wieder an und pendelte sich schließlich bei rund 35 % ein. Damit bilden auch *innerhalb der teilbedingten Freiheitsstrafe vorbestrafte Täter* mit rund einem Drittel eine Ausnahme.

Angesichts der geschilderten kriminalpolitischen Intention ist dies vor allem vor dem Hintergrund unverständlich, dass bei den zur Gänze bedingt nachgesehenen Freiheitsstrafen der Anteil vorbestrafter Täter seit Mitte der 1990er Jahre stets über dem vergleichbaren Anteil bei den teilbedingten Freiheitsstrafen lag. So betrug hier der Durchschnittswert in den Jahren 2010-2016 rund 43,6 %. Von der Intention, dass die teilbedingte Freiheitsstrafe primär gegen vorbestrafte Täter eingesetzt werden soll, ist daher angesichts der in *Abbildung 5* und *6* dargestellten Werte nur wenig zu spüren.

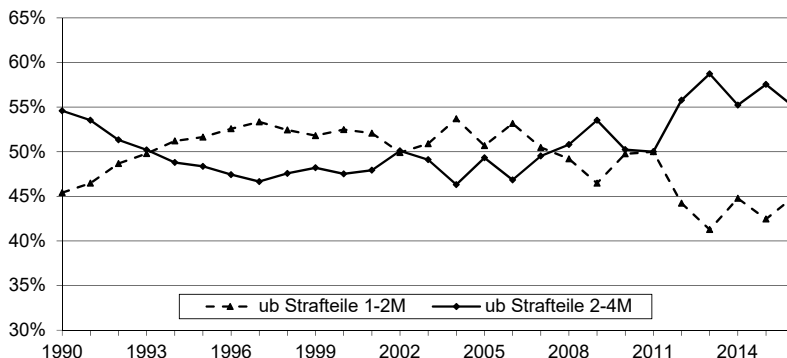
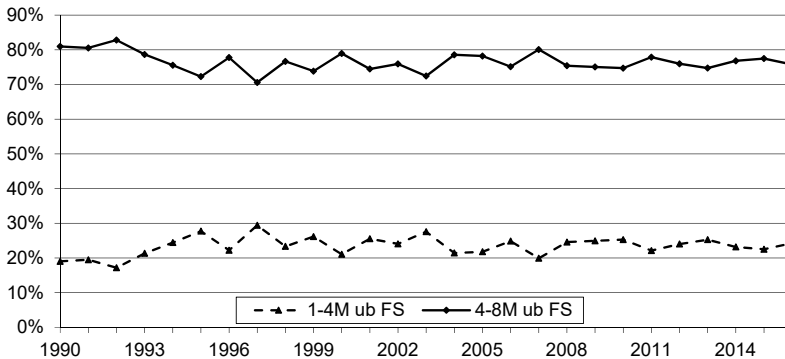


Abbildung 7: Die Anteile unbedingter Strafteile von über und unter 2 Monaten bei kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen von mehr als 6 bis 12 Monaten gegen vorbestrafte Rechtsbrecher in Prozent, 1990-2016

Abschließend sei noch der Frage nachgegangen, ob es wesentliche Unterschiede bei der Höhe des unbedingten Strafteils gibt, die auf das Faktum der Vorstrafe rückführbar sein könnten. Bei den kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten gegen vorbestrafte Täter ergeben sich auf den ersten Blick keine signifikanten Unterschiede zur teilbedingten Freiheitsstrafe allgemein, was die Höhe des unbedingten Strafteils betrifft. Die Verlaufskurven von *Abbildung 7* und *Abbildung 3* sind im Wesentlichen deckungsgleich. Im Zeitverlauf wurden in rund 50 % der Fälle unbedingte



Strafteile im Ausmaß von ein bis zu zwei Monaten beziehungsweise von zwei bis zu vier Monaten verhängt. Ähnliches gilt für die mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen zwischen 12 und 24 Monaten. Hier zeigt ein Vergleich von *Abbildung 8* mit *Abbildung 4*, dass bei vorbestraften Rechtsbrechern wie auch sonst in rund drei Viertel der Fälle unbedingte Strafteile zwischen vier und acht Monaten verhängt wurden. Solche im Ausmaß von ein bis zu vier Monaten sind bei dieser Täterklientel mit rund einem Viertel die Ausnahme. Dies war auch im Zeitverlauf relativ konstant.



*Abbildung 8: Die Anteile unbedingter Strafteile von über und unter 4 Monaten bei mittleren teilbedingten Freiheitsstrafen von mehr als 12 bis zu 24 Monaten gegen vorbestrafte Rechtsbrecher in Prozent im Zeitverlauf, 1990-2016*

Dies alles verleitet insgesamt zur Schlussfolgerung, dass *teilbedingte Freiheitsstrafen keineswegs Sanktionen* sind, die *vorwiegend gegen vorbestrafte Täter* verhängt werden, wie dies vom Gesetzgeber eigentlich gewollt war. Kommt diese Sanktionsmodifikation gegenüber vorbestraften Rechtsbrechern zur Anwendung, so ergeben sich mit Blick auf die *Dauer des unbedingt verhängten Strafteils* im unteren Bereich *keine signifikanten Unterschiede* gegenüber der allgemeinen Sanktionspraxis. Im Bereich kurzer teilbedingter Freiheitsstrafen sind die Anteile kurzer und mittlerer unbedingter Strafteil in etwa gleich. Wird gegen vorbestrafte Rechtsbrecher eine teilbedingte Freiheitsstrafe von mehr als 12 Monaten verhängt, liegt der Schwerpunkt wie auch sonst bei dieser Strafdauer bei einem höheren unbedingten Strafteil.

## 6. Kriminalpolitische Schlussfolgerungen

Die in Österreich seit dem Jahre 1988 bestehende Möglichkeit, Strafen im Urteilszeitpunkt nicht zur Gänze bedingt oder unbedingt zu verhängen, sondern in einen bedingten und unbedingten Teil zu splitten, war für die Freiheitsstrafe umstritten, weil sie in einem Spannungsverhältnis zum Dogma von der Schädlichkeit kurzer Freiheitsstrafen steht. Als gleichsamer Kompromiss wurde sie eingeführt, um bei mittleren unbedingten Freiheitsstrafen die Verweildauer im Strafvollzug zu verkürzen. Vor diesem Hintergrund sollte sie im Bereich von Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren primär gegen vorbestrafte Täter zum Einsatz gelangen. Der Gefahr einer vermehrten Verhängung kurzer unbedingter Strafteile als Schockstrafen sollte dadurch entgegengewirkt werden, dass gänzlich bedingten Freiheitsstrafen sowie teilbedingten kombinierten Geld-Freiheitsstrafen von Gesetzes wegen ein Vorrang eingeräumt wurde.

Ein Blick auf die Praxis der teilbedingten Freiheitsstrafe zeigt, dass sie – entsprechend den Vorstellungen des Gesetzgebers – zunächst erfolgreich war, weil sie in den *Anfangsjahren vermehrt zu Lasten der gänzlich unbedingten Freiheitsstrafe verhängt* wurde. Der Anteil teilbedingter Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen liegt mittlerweile bei 12 bis 15 %. Seit etwa 2008 lässt sich ein Absinken des Anteils gänzlich bedingter Freiheitsstrafen um circa 7 % feststellen, was *insgesamt* für eine *strengere Straflast* spricht, weil sich die Gesamtzahl an Freiheitsstrafen letztlich nicht verringert hat. Dass die *teilbedingte Freiheitsstrafe mittlerweile überwiegend auf Kosten der gänzlich bedingten Freiheitsstrafe verhängt* wird, relativiert den anfänglichen Erfolg dieser Sanktionsmodifikation. Das kriminalpolitische Ziel, mit dieser Sanktionsmodifikation eine Alternative zur gänzlich unbedingten mittleren Freiheitsstrafe zu schaffen und damit die Verweildauer im Strafvollzug zu verkürzen, erscheint im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten zu sein.

Die vermehrte Verhängung von teilbedingten Freiheitsstrafen auf Kosten gänzlich bedingter Freiheitsstrafen wird innerhalb der teilbedingten Freiheitsstrafen begleitet von einer *Verschiebung von kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen bis zu 12 Monaten hin zu mittleren zwischen 12 und 24 Monaten*. Betrug der Anteil letzterer in den Anfangsjahren rund ein Drittel aller teilbedingten Freiheitsstrafen, lag er in den vergangenen Jahren etwa bei der Hälfte. Er ist somit insgesamt um circa 20 % gestiegen, was als ein Indiz in Richtung Sanktionsverschärfung gewertet werden kann, zumal diese Entwicklung keineswegs von einem generellen Rückgang bei den Freiheitsstrafen begleitet wird.

Hinsichtlich der Höhe des unbedingten Strafteils lässt sich eine gewisse *Tendenz* feststellen, *bei kurzen teilbedingten Freiheitsstrafen eher verhältnismäßig kurze unbedingte Strafteile* zu verhängen als bei mittleren teilbedingten

Freiheitsstrafen, was als *Indiz in Richtung „Schockstrafe“ oder „Schnupperhaft“* gewertet werden könnte. Freilich ist auf Grund der in der gerichtlichen Kriminalstatistik vorgesehenen Klassifikation bei der Interpretation dieses Ergebnisses Zurückhaltung geboten. Doch in die beschriebene Tendenz fügt sich der Eindruck von Praktikern ein, dass kurze teilbedingte Freiheitsstrafen verhängt werden, um eine Untersuchungshaft nachträglich zu legitimieren.

Das Ziel, *teilbedingte Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren primär gegen Rückfalltäter zu verhängen*, wurde *von der Praxis nur teilweise umgesetzt*. Mehrheitlich wurden teilbedingte Freiheitsstrafen gegen Ersttäter ausgesprochen, wobei eine steigende Tendenz ab Ende der 1990er Jahre auffällt. Zwar gibt es im Hinblick auf die Dauer des unbedingt verhängten Strafteils bei vorbestraften Tätern keine signifikanten Unterschiede im Vergleich zur allgemeinen Sanktionspraxis. Es zeigt sich aber, dass die *zunehmende Bereitschaft, teilbedingte Freiheitsstrafen zu verhängen, letztlich die unbescholtenen Straftäter trifft*. Insofern gibt es auch hier Indizien für eine Verschärfung der Sanktionspraxis.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass Gesetzesziele, mit neuen Sanktionsmodifikationen punitiven Tendenzen der Praxis gegenzusteuern, allenfalls am Beginn wirken. Im Laufe der Zeit geraten die gegensteuernden Motive in Vergessenheit und es setzen sich allein die punitiven Tendenzen durch. Derartige Umstände sollten bei künftigen Gesetzesreformen mitbedacht werden.

## Literatur

- Bertel, C. (1987): Die Wiederkehr der kurzen Freiheitsstrafe. Österreichische Juristenzeitung, 42 (3), S. 75-77.
- Birklbauer, A. (1988): Die teilbedingte Strafnachsicht. Ein Weg moderner Kriminalpolitik. Wien: Verlag Österreich.
- Birklbauer, A. (1987): Die teilbedingte Strafnachsicht. Entstehung, Intention und erste Analyse der Praxis. In: Huber, C./Jesionek, U./Miklau, R. (Hg.): Festschrift für Reinhard Moos zum 65. Geburtstag. Wien: Verlag Österreich, S. 83-105.
- Birklbauer, A. (2018): Die teilbedingte Freiheitsstrafe zwischen Schockstrafe und Haftverkürzung. Ein Blick auf 30 Jahre Praxis. In: Kert, R./Lehner, A. (Hg.): Festschrift für Frank Höpfel zum 65. Geburtstag. Wien u.a.: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, S. 93-112.
- Zipf, H. (1985): Teilaussetzung bei Freiheits- und Geldstrafen. In: Vogler, T. (Hg.): Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot, S. 977-990.

# Die Kollateralfolgen von Strafen

*Axel Dessecker*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Was ist eine Kollateralfolge?
3. Wie kann das Konzept sinnvoll übertragen werden?
4. Mögliche Anwendungsfelder in Deutschland
- 4.1 Registrierung von Sexualstraftätern
- 4.2 Beschränkungen der Berufsfreiheit
- 4.3 Aufenthaltsrecht
5. Folgerungen

## 1. Einleitung

Wenn die kriminologische Welt in Bewegung geraten ist, könnte das mit Prozessen zusammenhängen, die seit einigen Jahren mit dem Stichwort „Globalisierung“ bezeichnet werden. In der Kriminologie ist man sich schon lang darüber einig, dass interdisziplinäre Arbeiten von Nöten sind. Dass es auch sinnvoll ist, international vergleichend zu arbeiten, ist im Alltag der Forschung dagegen nicht immer präsent.

Es fällt auf, dass auf deutschsprachigen Tagungen zum Teil ganz andere Fragen diskutiert werden als anderswo auf der Welt. Solche von nationalen Wissenschaftskulturen geprägte Agenden gibt es nicht nur im deutschsprachigen Raum, und sie haben ihre Berechtigung. Sie sollten jedoch ergänzt werden durch Fragestellungen, die in Deutschland trotz lebendiger internationaler Diskussion wenig zur Kenntnis genommen werden und gewissermaßen erst importiert werden müssen.

Dieser Beitrag untersucht, ob das aus der US-amerikanischen Kriminologie stammende Konzept der „Kollateralfolgen von Strafen“ sinnvoll auf das deutsche Rechtssystem übertragen werden kann. Die internationale Diskussion wird, wie auch sonst in der Kriminologie, stark von der Situation in den USA und – in geringerem Umfang – anderen Ländern mit Rechtssystemen in der Tradition des *common law* geprägt. Ob und inwieweit kontinentaleuropäische Rechtsordnungen vergleichbare Rechtsfolgen von Strafen vorsehen, gerät erst in jüngster Zeit in den Blick.

Daher soll zunächst der Begriff der Kollateralfolgen, der hier eingeführt wird, geklärt werden (2.). Dann wird anhand einiger Beispiele danach gefragt, ob es ähnliche Erscheinungen im deutschen Rechtssystem gibt (3.). Schließlich wird etwas ausführlicher diskutiert, wo sich konkretere Untersuchungen anbieten würden (4.).

## 2. Was ist eine Kollateralfolge?

Der Begriff der Kollateralfolgen oder Kollateralschäden ist aufgrund seiner Verbreitung durch Publikumsmedien seit einigen Jahren in der deutschen Umgangssprache präsent. Er wird häufig im Zusammenhang mit technisierter Kriegführung und militärischen Auseinandersetzungen gebraucht und bezeichnet dort solche Schäden, die nicht an einem militärischen Ziel entstehen, sondern beispielsweise Zivilpersonen oder zivile Einrichtungen betreffen. Dient er gegenüber der Öffentlichkeit zur Rechtfertigung militärischer Einsätze, kann der Eindruck einer zynisch-beschönigenden Darstellung entstehen, weil möglicherweise Kriegsverbrechen verharmlost werden. Mit dieser Begründung wurde der Begriff im Jahr 1999 in Deutschland von der Jury einer sprachkritischen Aktion zum „Unwort des Jahres“ gewählt.<sup>1</sup>

Die öffentliche Auseinandersetzung um ein solches „Unwort“ lenkt davon ab, dass das Konzept in der US-amerikanischen Forschungsliteratur schon seit mehreren Jahrzehnten etabliert ist.<sup>2</sup> Dementsprechend sind verschiedene Definitionen ins Gespräch gebracht worden, die sich jedoch eher in Nuancen unterscheiden. Wenn man das Konzept wissenschaftlich ernst nehmen will, liegt es nahe, sich an einer solchen Begriffsbestimmung zu orientieren. Hier soll eine relativ neue Fassung von *Uggen und Stewart* (2015) vorgeschlagen werden. Danach geht es um „*restrictions for people convicted of crime [...] typically located outside the penal code, implemented by non-criminal justice institutions, and interpreted by the courts as civil regulations rather than criminal penalties*“.<sup>3</sup> Weitgehend übereinstimmend fällt die Definition der *American Bar Association* (2013) aus: „*legal and regulatory sanctions and restrictions that limit or prohibit people with criminal records from accessing employment, occupational licensing, housing, voting, education, and other opportunities*“.<sup>4</sup>

Für die begriffliche Abgrenzung sind mehrere Gesichtspunkte von Bedeutung. Nicht gemeint sind offensichtlich strafrechtliche Standardsanktionen

---

1 *Schlosser* (2000), S. 81, 113.

2 *Burton et al.* (1987); *Grant et al.* (1970).

3 *Uggen/Stewart* (2015), S. 1874.

4 *American Bar Association* (2013).

wie Freiheits- oder Geldstrafen; in Deutschland, Österreich und der Schweiz wird es sich empfehlen, auch kriminalrechtliche Maßregeln auszuklammern.

Gemeint sind aber auch nicht unbeabsichtigte Stigmatisierungen Verurteilter oder ehemaliger Straftäter. Dass Strafen stigmatisierende Folgen haben können, ist kriminologisch gesehen fast eine Binsenweisheit.<sup>5</sup> Man sollte aber zwischen den Folgen einer Information über frühere Straftaten oder Verurteilungen und ihren im Rechtssystem bereits angelegten Wirkungen trennen. Es ist ein Unterschied, ob eine frühere Verurteilung gerüchtweise in der sozialen Umgebung eines ehemaligen Straftäters bekannt wird oder ob eine staatliche Organisation darauf angelegt ist, solche Informationen allgemein zugänglich zu machen. Das deutsche Bundeszentralregister und noch mehr das Erziehungsregister sind offensichtlich auf Datenschutz angelegt, nicht auf Informationsfreiheit.

Es geht also um einen zunächst etwas diffus erscheinenden Bereich von Einbußen an Rechtspositionen, die an einer Strafe anknüpfen, ohne notwendig im Strafgesetzbuch geregelt zu sein oder auch nur zum Strafrecht „im weiteren Sinne“ gerechnet zu werden. Zur Situation in den USA lassen sich folgende Beispiele anführen:

- Beschränkungen der Berufsausübung betreffen über die in Selbstauskunftsformularen der Arbeitgeber routinemäßig verlangten Angaben zu Vorstrafen hinaus solche Tätigkeiten, die eine besondere Zulassung voraussetzen. Hier geht es je nach lokalen Rechtsvorschriften um die unterschiedlichsten Berufsgruppen von Sozialarbeiterinnen bis zu Krankenpflegern.<sup>6</sup>
- Beschränkungen sozialstaatlicher Leistungen betreffen beispielsweise den Zugang zur Arbeitslosenhilfe, zu Lebensmittelmarken und ähnlichen Programmen für bedürftige Personen, besonders aber den zu Sozialwohnungen.<sup>7</sup>
- In angloamerikanischen Ländern recht verbreitet sind Beschränkungen des Wahlrechts für strafrechtlich Verurteilte.<sup>8</sup> Das führt in England und Wales zu Diskussionen mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und in den USA zu politikwissenschaftlichen Untersuchungen über die Auswirkungen auf Wahlergebnisse.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> Albrecht (1977); Eisenberg/Kölbel (2017), S. 659 ff., 1125 f.

<sup>6</sup> Uggen/Stewart (2015), S. 1877 ff.

<sup>7</sup> Uggen/Stewart (2015), S. 1886 ff., 1894 ff.

<sup>8</sup> Behrens et al. (2003); Manza (2003); Tripkovic (2016).

<sup>9</sup> Berg (2015); Burmila (2017).

- Für den Verlust des elterlichen Sorgerechts reicht es in manchen Bundesstaaten der USA aus, dass die Polizei in einer Wohnung illegale Drogen aufgefunden hat.<sup>10</sup>
- Die Ausweisung ausländischer Staatsangehöriger als Thema der Innen- und Kriminalpolitik spielt ersichtlich auch in der Tagespolitik eine wichtige Rolle, wenn etwa die Zuwanderung aus lateinamerikanischen Ländern thematisiert wird.<sup>11</sup>

Der Begriff „Kollateralfolgen von Strafen“ impliziert auch, dass die vielfältigen Auswirkungen von Strafen außerhalb des Strafrechts nicht isoliert voneinander betrachtet werden sollten, weil sie sich kumulieren. Man kann davon ausgehen, dass in den USA fast alle als Straftäter registrierten Personen davon betroffen sind, also einige Millionen Menschen und ein erheblicher Teil der Bevölkerung. Es ist klar, dass das Potential in einem Land, das im internationalen Vergleich eine besonders hohe Gefangenensrate und besonders viele Personen unter einer Form von Bewährungs- oder Führungsaufsicht aufweist, besonders groß sein wird. Dennoch gibt es Hinweise auf ähnliche Erscheinungen auch aus verschiedenen europäischen Ländern wie den Niederlanden und Spanien,<sup>12</sup> die mit Deutschland eher vergleichbar sind. Deshalb könnte es sich lohnen, internationale Vergleiche zu ziehen.

### **3. Wie kann das Konzept sinnvoll übertragen werden?**

Betrachtet man das Konzept aus einer deutschen Perspektive, so ist zu berücksichtigen, dass sich nicht nur die Gefangenensrate der USA und fast aller europäischen Länder unterscheiden, sondern auch die Rechtssysteme. Auf der anderen Seite blickt nicht nur die deutsche Politik mit großer Faszination auf potentielle Vorbilder in den USA. Offensichtlich müssen nicht alle Rechtsfolgen einer Straftat im StGB geregelt sein. Die strafrechtliche Literatur erörtert das Strafrecht traditionell in einem weiteren Zusammenhang.<sup>13</sup> Wenig beachtet werden dabei allerdings solche Gesetze, die an strafgerichtliche Entscheidungen anknüpfen oder dies zumindest ermöglichen – obwohl die soziale Integration ehemaliger Straftäterinnen und Straftäter ein verfassungsrechtlicher Grundsatz ist.

---

<sup>10</sup> Ewald/Uggen (2012), S. 85.

<sup>11</sup> Jiang/Erez (2018); Kirk/Wakefield (2018), S. 174 f., 185 ff.

<sup>12</sup> Kurtovic/Rovira (2017).

<sup>13</sup> Naucke (2002), S. 110 ff.; Roxin (2006), S. 4 ff.

Beschränkungen der Berufsausübung gibt es auch in Deutschland. Sie bestehen für eine große Vielfalt von Berufsgruppen, vor allem dann, wenn es einer besonderen Zulassung bedarf. Ein aktuelles Beispiel ist die Diskussion um das im Jahr 2010 eingeführte erweiterte Führungszeugnis für die Ausbildung oder sonstige Betreuung Minderjähriger nach § 30a BZRG.<sup>14</sup> Und die Ausweisung ausländischer Staatsangehöriger war in den letzten Jahren ein Dauerthema der Innen- und Kriminalpolitik<sup>15</sup> – einschließlich des letzten Bundestagswahlkampfes. Diese beiden Punkte werden im folgenden Abschnitt noch einmal aufgegriffen.

Andere Teile der US-amerikanischen Diskussion werden in Deutschland von wesentlich geringerer Bedeutung sein; sie lassen sich bereits hier abschichten. Das Wahlrecht in Deutschland enthält nur sehr wenige Ausschlussgründe, deren Liste sich in den letzten Jahrzehnten eher verkürzt hat. Strafgefangene und andere strafrechtlich Verurteilte haben grundsätzlich dieselben politischen Rechte wie andere Staatsangehörige. Das Bundeswahlgesetz enthält in § 13 lediglich einen mindestens rechtspolitisch problematischen Ausschluss vom Wahlrecht bei kriminalrechtlichen Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus im Zusammenhang mit der Annahme von Schuldunfähigkeit, der aus menschenrechtlicher Sicht in Frage gestellt wird.<sup>16</sup>

Der Entzug der elterlichen Sorge (§ 1666 BGB) ist im Jugendhilferecht eine Ausnahme für Extremfälle. Dennoch sind Gerichtsentscheidungen veröffentlicht worden, die einen Sorgerechtsentzug schon bei zu erwartender langjähriger Freiheitsstrafe zulassen.<sup>17</sup> Es soll also nicht darauf ankommen, ob überhaupt eine Strafe verhängt wird.

Beschränkungen sozialstaatlicher Leistungen wegen der Begehung von Straftaten haben im deutschen Sozialversicherungsrecht einen anderen Charakter. Zwar gibt es Möglichkeiten zur Versagung von Versicherungsleistungen, deren Voraussetzungen durch Begehung einer vorsätzlichen Straftat herbeigeführt wurden. Doch handelt es sich eher um eine versicherungstechnische Risikobegrenzung.<sup>18</sup>

## 4. Mögliche Anwendungsfelder in Deutschland

Wenn das Konzept der Kollateralfolgen von Strafen zumindest von heuristischem Wert sein soll, muss es sich sinnvoll auf solche Probleme beziehen

---

14 Joussen (2012).

15 Walburg (2016).

16 Holste (2015); Palleit (2011).

17 OLG Koblenz, Beschluss vom 07.12.2011 – 13 UF 839/11 (= FamRZ 2012, 726 L); zurückhaltender OLG Brandenburg, Beschluss vom 29.01.2009 – 9 UF 105/08 (= FamRZ 2009, 1683).

18 Voelzke (2004), S. 68 ff.



lassen, die in der kriminalpolitischen Diskussion in Deutschland und in seinen Nachbarländern vorkommen. Drei mögliche Problembereiche werden im Folgenden diskutiert.

#### 4.1 Registrierung von Sexualstraftätern

Aussichtsreichere Kandidaten könnten beispielsweise die verschiedenen Ansätze zur Überwachung von Sexualstraftätern liefern. Teilweise werden diese Programme auch auf Gewalttäter erstreckt.

Hier geht es zunächst um die elektronische Aufenthaltsüberwachung, die als Weisung im Rahmen der Führungsaufsicht (§ 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 12 StGB) konstruiert ist. Die hohe kriminalpolitische Aufmerksamkeit einschließlich einer Gesetzesänderung kurz vor der letzten Bundestagswahl<sup>19</sup> kontrastiert in bemerkenswerter Weise mit der eher geringen Fallzahl in der Praxis. Die Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) hat zum Stichtag 31. Dezember 2016 gerade 88 Fälle gezählt (darunter 63 wegen Sexualdelikten und 20 Unterbrechungen).<sup>20</sup> Diese Gesamtzahl dürfte sich überschneiden mit der Erhebungsgruppe der Aktenanalyse von *Bräuchle* (2016), die 74 Fälle aus der Zeit bis 2013 untersucht hat.<sup>21</sup>

Darüber hinaus sind seit dem Jahr 2010 in allen Bundesländern polizeiliche Programme zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Straftätern eingeführt worden, die unterschiedliche Bezeichnungen tragen. Daten zur Praxis sind kaum verfügbar. Thüringen hatte nach Auskunft des Ministeriums für Inneres und Kommunales im Zeitraum von 2011 bis 2016 jeweils zwischen 150 und 185 Personen in seiner „Haftentlassenen-Auskunftsdatei Sexualstraftäter“ (HEADS) registriert, überwiegend solche in der niedrigsten Gefahrenkategorie III. Da nach derselben Quelle 200 bis 260 Sexualstraftäter unter Führungsaufsicht standen, dürfte die Mehrzahl der entlassenen Sexualstraftäter betroffen sein. Im gleichen Zeitraum standen in Thüringen höchstens sechs Personen unter elektronischer Aufenthaltsüberwachung.<sup>22</sup> Auch wenn regionale Besonderheiten nicht auszuschließen sind, spricht das für die Annahme, dass die polizeiliche Registrierung und Überwachung wesentlich mehr ehemalige Gefangene betrifft als die Weisung im Rahmen der Führungsaufsicht.

---

19 Das 53. Gesetz zur Änderung des StGB – Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern vom 11.06.2017 (BGBl. I 1612) ist am 01.07.2017 in Kraft getreten.

20 *Hessisches Ministerium der Justiz* (2017).

21 *Bräuchle* (2016), S. 8 f.

22 Thür. LT-Drs. 6/3291, S. 2 f.

## 4.2 Beschränkungen der Berufsfreiheit

Das Berufsverbot als Maßregel (§ 70 StGB) ist sicher eine kriminalrechtliche Sanktion, die unmittelbar in die Berufsfreiheit eingreift. In der Gerichtspraxis ist sie mit einigen Dutzend Anwendungsfällen im Jahr fast bedeutungslos.<sup>23</sup> Außerdem gehört sie nicht in das hier vorgestellte Konzept der Kollateralfolgen.

Anderes ist beispielsweise für das Jugendarbeitsschutzgesetz mit seinem Verbot der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher (einschließlich der schlichten Beaufsichtigung oder Anweisung) zu erwarten. Es gilt nicht nur für rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten zum Nachteil von Kindern oder Jugendlichen oder gar unter Verletzung konkreter Pflichten in einem Ausbildungsverhältnis, sondern weit darüber hinaus, etwa bei sämtlichen Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz oder wegen einer Sexualstraftat (§ 25 Abs. 1 S. 1 JArbSchG). Und dieses Verbot gehört zu den Verwaltungsentscheidungen, die in das Bundeszentralregister einzutragen sind (§ 10 Abs. 2 Nr. 4 BZRG). Betroffen sind alle Berufstätigen, die zumindest gelegentlich mit Jugendlichen zusammenarbeiten.

Empirische Untersuchungen aus der Berufsbildungsforschung liefern immerhin Hinweise auf eine Größenordnung der Grundgesamtheit. Ihnen lässt sich entnehmen, dass zumindest vor einigen Jahren rund 17 % der Beschäftigten (1998/99: 5,8 Millionen Personen) in irgendeiner Form mit Ausbildungstätigkeiten befasst waren und für die meisten von ihnen diese Ausbildungstätigkeiten neben ihrer normalen Arbeit geleistet wurden.<sup>24</sup>

Jenseits des Jugendarbeitsschutzes haben die Angehörigen mancher Berufsgruppen besondere Pflichten zu erfüllen. Das gilt für berufsgruppenspezifische Zulassungen, zum Beispiel zur Rechtsanwaltschaft, zum Notariat, zur Ärzteschaft, aber auch für die Statusgruppe der Beamten. Diese Gruppe ist mit rund 1,9 Millionen Angehörigen besonders zahlreich. Für Beamte gilt, dass sie mit Rechtskraft einer Verurteilung zu mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe wegen einer Vorsatztat automatisch das Beamtenverhältnis endet (§ 41 BBG, § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BeamtStG). Im Übrigen existiert ein ausgefeiltes Dienstrecht. Ein Dienstvergehen wird grundsätzlich auch bei Straftaten angenommen, die außerhalb der Arbeitszeit begangen werden; ein „mittelbarer Amtsbezug“ reicht aus. Das Beamtenrecht kennt nämlich eine Dienstpflicht, sich auch außerhalb des Dienstes achtungs- und vertrauenswürdig zu verhalten (z.B. § 61 Abs. 1 S. 3 BBG).

---

23 Im Jahr 2015 waren es nach der Strafverfolgungsstatistik 48 Anwendungsfälle, im Jahr 2016 noch 44, *Statistisches Bundesamt* (2017a), S. 371; (2017b), S. 373.

24 *Bahl et al.* (2012), S. 6.

Zahlen über Disziplinarverfahren und ihre Anlässe werden kaum veröffentlicht. Eine Ausnahme ist die Berliner Polizei.<sup>25</sup> Der Statistik ist zu entnehmen, dass solche Verfahren viel häufiger wegen Straftaten geführt werden als aus sonstigen Anlässen und dass die meisten Verfahren im Ergebnis eingestellt werden.

### 4.3 Aufenthaltsrecht

Bei der Ausweisung und Abschiebung von Ausländern (§§ 53 ff. Aufenthaltsgesetz) geht es um einen anderen Status, der an das Fehlen der deutschen Staatsangehörigkeit anknüpft. Das Ausweisungsrecht ist erst kürzlich erneut reformiert worden, ohne dass sich wohl Grundsätzliches geändert hätte.<sup>26</sup> Es geht um Ermessensentscheidungen der Verwaltung, die traditionell sehr stark durch Verwaltungsvorschriften gesteuert werden. Dabei müssen die Ausländerbehörden öffentliche und private Interessen gegeneinander abwägen. Die aktuelle Gesetzesfassung trennt zwischen einem staatlichen Ausweisungsinteresse im Verhältnis zum Bleibeinteresse der Betroffenen. Allerdings sind die meisten Aufenthaltstitel befristet. Wenn die Frist abläuft und keine Verlängerung erfolgt, entsteht bereits eine Ausreisepflicht. Dann braucht es gar keine förmliche Ausweisung mehr.

Der Gesichtspunkt der Straffälligkeit spielt als Ausweisungsgrund eine prominente Rolle. Gefangene, die eine Freiheits- oder Jugendstrafe zu verbüßen haben und nicht deutsche Staatsangehörige sind, müssen in der Regel mit ihrer Ausweisung rechnen (§ 54 Abs. 1 Nr. 1, 1a, Abs. 2 Nr. 1, 1a, 2 AufenthG). Zu deren Vollziehung kann der Vollzugsaufenthalt sogar ausnahmsweise verkürzt werden (§ 456a StPO).

Die (überwiegend nur aufgrund von Parlamentsanfragen) veröffentlichten statistischen Daten unterscheiden nach Merkmalen, die sich im Ausländerzentralregister feststellen lassen (vgl. *Tabelle 1*). Ausreiseentscheidungen, die eine Ausreisepflicht begründen oder diese feststellen (§§ 50, 53 AufenthG), haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, ebenso wie die Abschiebungen zu ihrer Durchsetzung (§ 58 AufenthG). Hinzu kommt eine in den letzten Jahren rückläufige Anzahl von Zurückschiebungen, die bereits unmittelbar an der Grenze erfolgen können (§ 57 AufenthG). Die Registerdaten sind im Hinblick auf Ausweisungsgründe aber völlig unergiebig. Wie häufig auf strafrechtliche Verurteilungen Bezug genommen wird, lässt sich nicht feststellen.

---

<sup>25</sup> Vgl. z.B. *Polizei Berlin* (2017); (2016).

<sup>26</sup> *Bauer/Beichel-Benedetti* (2016).

Tabelle 1: Kennzahlen zur Praxis der Ausweisung und Abschiebung nach Daten des Ausländerzentralregisters<sup>27</sup>

Jahr	Ausreiseentscheidungen	Abschiebungen	Zurückschiebungen
2013	27.101	10.198	4.498
2014	36.172	10.884	2.967
2015	54.082	20.888	1.481
2016	71.317	25.375	1.279
2017 (1. Halbjahr)	53.886	12.545	914

In der Literatur wird angenommen, dass förmliche Ausweisungen überwiegend aufgrund von Strafurteilen erfolgen.<sup>28</sup> Statistische Zahlen darüber werden seit einigen Jahren im Deutschen Bundestag nicht mehr abgefragt – möglicherweise aufgrund einiger Zweifel an der Validität der Daten des Ausländerzentralregisters, die offenbar auch der neue Beauftragte für Flüchtlingsmanagement geäußert hat.<sup>29</sup>

## 5. Folgerungen

Damit lässt sich zeigen, dass zumindest Regelungen im Aufenthaltsrecht und im Beamten- und Berufsrecht sowie polizeiliche Straftäterdateien, die an strafrechtliche Verurteilungen anknüpfen, erheblich in die Rechte ehemaliger Straffälliger eingreifen. Einerseits können solche außerstrafrechtlichen, aber rechtlich geregelten Folgen strafrechtlicher Verurteilungen die unmittelbaren Wirkungen von Strafen verstärken, und es mag Fälle geben, in denen ihre Wirkungen gravierender ausfallen als die der Strafe selbst. Andererseits ist darauf hinzuweisen, dass in manchen Fällen ein Nachteilsausgleich rechtlich vorgesehen oder jedenfalls möglich ist. Solche Bestimmungen existieren sowohl bei der Strafzumessung (§ 46 StGB) als auch in der Strafvollstreckung (§ 456a StPO).

Angesichts des Fehlens aussagekräftiger amtlicher Statistiken und kaum vorhandener empirischer Forschung lässt sich nicht abschätzen, wie groß die

<sup>27</sup> Eigene Berechnungen nach BT-Drs. 18/782; 18/4025; 18/7588; 18/11112; 18/13218.

<sup>28</sup> Graebisch (2012), S. 317.

<sup>29</sup> BT-Drs. 18/12725.

Anzahl der jährlich Betroffenen ist. Doch ist trotz aller lückenhaften Zahlenangaben wahrscheinlich, dass sie nicht vernachlässigbar klein ist. Das spricht für die Annahme, dass sich Deutschland insoweit nicht dramatisch von Ländern wie den Niederlanden oder Spanien unterscheidet.

Das heuristische Konzept der Kollateralfolgen von Strafen bietet sich an, ein kriminologisches Problemfeld abzustecken und weitere Untersuchungen zu leiten.

## Literatur

- Albrecht, P.-A.* (1977): Zur sozialen Situation entlassener „Lebenslänglicher“. Göttingen: Schwartz.
- American Bar Association* (2013): National inventory of the collateral consequences of conviction, in: <https://niccc.csgjusticecenter.org> [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Bahl, A./Blötz, U./Brandes, D./Lachmann, B./Schwerin, C./Witz, E.-M.* (2012): Die Situation des ausbildenden Personals in der betrieblichen Bildung: Abschlussbericht, in: [https://www2.bibb.de/bibbtools/tools/dapro/data/documents/pdf/eb\\_22301.pdf](https://www2.bibb.de/bibbtools/tools/dapro/data/documents/pdf/eb_22301.pdf) [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Bauer, I./Beichel-Benedetti, S.* (2016): Das neue Ausweisungsrecht. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 35, S. 416-420.
- Behrens, A./Uggen, C./Manza, J.* (2003): Ballot manipulation and the ‚menace of Negro domination‘: Racial threat and felon disenfranchisement in the United States, 1850-2002. *American Journal of Sociology*, 109, S. 559-605.
- Berg, M.* (2015): From white supremacy to the White House: racial disfranchisement, party politics, and black political integration. In: Banita, G./Pöhlmann, S. (Hg.): *Electoral cultures: American democracy and choice*. Heidelberg: Winter, S. 31-49.
- Bräuchle, A.* (2016): Die elektronische Aufenthaltsüberwachung gefährlicher Straftäter im Rahmen der Führungsaufsicht: eine Studie zur Rechtsdogmatik und Rechtswirklichkeit, in: [https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/73947/TuKrim%2037\\_Bräuchle.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/73947/TuKrim%2037_Br%C3%A4uchle.pdf?sequence=1&isAllowed=y) [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Burmila, E.M.* (2017): Voter turnout, felon disenfranchisement and partisan outcomes in presidential elections, 1988–2012. *Social Justice Research*, 30, S. 72-88.
- Burton, V.S./Cullen, F.T./Travis, L.F.* (1987): The collateral consequences of a felony conviction: A national study of state statutes. *Federal Probation*, 51, S. 52-60.
- Eisenberg, U./Köbel, R.* (2017): *Kriminologie*. 7. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ewald, A./Uggen, C.* (2012): The collateral effects of imprisonment on prisoners, their families, and communities. In: Petersilia, J./Reitz, K.R. (Hg.): *The Oxford handbook of sentencing and corrections*. Oxford: Oxford University Press, S. 83-103.
- Graebisch, C.M.* (2012): Abgeschoben in die Duldung – Ausweisung aus dem Recht? Die zusätzlichen Folgen eines Straftatverdachts für Nicht-EU-BürgerInnen. In: Pilgram, A./Böllinger, L./Jasch, M./Krasmann, S./Prittwitz, C./Reinke, H./Rzepka, D. (Hg.): *Einheitliches Recht für die Vielfalt der Kulturen? Strafrecht und Kriminologie in Zeiten transkultureller Gesellschaften und transnationalen Rechts*. Berlin u.a.: LIT, S. 315-330.

- Grant, W.M./LeCornu, J./Pickens, J.A./Rivkin, D.H./Vinson, C.R. (1970): The collateral consequences of a criminal conviction. *Vanderbilt Law Review*, 23, S. 929-1241.
- Hessisches Ministerium der Justiz (2017): Fünf Jahre Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL), in: <https://justizministerium.hessen.de/pressearchiv/pressemitteilung/fuenf-jahre-gemeinsame-elektronische-ueberwachungsstelle-der-laender-guel> [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Holste, H. (2015): Wahlrechtsausschluss für Straftäter? Undemokratisch und verfassungswidrig! *Recht und Politik*, 51, S. 220-224.
- Jiang, J./Erez, E. (2018): Immigrants as symbolic assailants: Crimmigration and its discontents. *International Criminal Justice Review*, 28, S. 5-24.
- Joussen, J. (2012): Das erweiterte Führungszeugnis im Arbeitsverhältnis. *Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht*, 29, S. 776-780.
- Kirk, D.S./Wakefield, S. (2018): Collateral consequences of punishment: Critical review and path forward. *Annual Review of Criminology*, 1, S. 171-194.
- Kurtovic, E./Rovira, M. (2017): Contrast between Spain and the Netherlands in the hidden obstacles to re-entry into the labour market due to a criminal record. *European Journal of Criminology*, 14, S. 505-521.
- Naucke, W. (2002): *Strafrecht: eine Einführung*. 10. Auflage. Neuwied: Luchterhand.
- Palleit, L. (2011): *Gleiches Wahlrecht für alle? Menschen mit Behinderungen und das Wahlrecht in Deutschland*. 2. Auflage. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Polizei Berlin (2016): Statistische Erfassung von Disziplinar-, Abmahn- und Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Polizeibehörde für die Monate Januar bis Dezember 2015, in: [https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/disz\\_statistik\\_2015.pdf](https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/disz_statistik_2015.pdf) [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Polizei Berlin (2017): Statistische Erfassung von Disziplinar-, Abmahn- und Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Polizeibehörde für die Monate Januar bis Dezember 2016, in: [https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/disz\\_statistik2016.pdf](https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/disz_statistik2016.pdf) [letzter Aufruf: 30.01.2018].
- Roxin, C. (2006): *Strafrecht: Allgemeiner Teil. Band I: Grundlagen – Der Aufbau der Verbrechenslehre*. 4. Auflage. München: C.H. Beck.
- Schlosser, H.D. (2000): *Lexikon der Unwörter*. München: Bertelsmann.
- Statistisches Bundesamt (2017a): *Strafverfolgung 2015*. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt (2017b): *Strafverfolgung 2016*. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Tripkovic, M. (2016): The modern cives sine suffragio: dimensions of criminal disenfranchisement in Europe. *Howard Journal of Crime and Justice*, 55, S. 4-24.
- Uggen, C./Stewart, R. (2015): Piling on: collateral consequences and community supervision. *Minnesota Law Review*, 99, S. 1871-1910.
- Voelzke, T. (2004): *Die Herbeiführung des Versicherungsfalls im Sozialversicherungsrecht*. Berlin: E. Schmidt.
- Walburg, C. (2016): „Crimmigration“: Die Ausweisung als Mittel der Migrations- und Kriminalitätskontrolle. *Neue Kriminalpolitik*, 28, S. 378-388.

# Schwache Beweise und problematische Zeugen: der Freispruch im Strafverfahren

*Jürgen Thomas und Wolfgang Stelly*

## Gliederung

- |                              |                            |
|------------------------------|----------------------------|
| 1. Einleitung                | 4. „Problematische“ Zeugen |
| 2. Gründe für den Freispruch | 5. Schluss                 |
| 3. „Aussage gegen Aussage“   |                            |

## 1. Einleitung

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 910.681 Menschen nach dem allgemeinen und Jugendstrafrecht abgeurteilt.<sup>1</sup> Für die Mehrzahl der Beschuldigten (81 %) endeten die Gerichtsverfahren mit einer Verurteilung, nur bei 3 % (27.013) kam es am Ende zu einem rechtskräftigen Freispruch.<sup>2</sup> Noch seltener kam es zu einem Freispruch bei Gerichtsverfahren, in deren Verlauf die Angeklagten in Untersuchungshaft waren: Von den 27.101 im Jahr 2015 in der Strafverfolgungsstatistik erfassten Personen mit Untersuchungshaft wurden nur 1,6 % (429) freigesprochen.<sup>3</sup>

Ungeachtet der doch beachtlichen Differenzen der Freispruchquote für die unterschiedlichen Deliktsbereiche<sup>4</sup> zeigen diese Zahlen, dass es sich beim Freispruch um ein eher seltenes Ereignis in deutschen Gerichtssälen handelt. Und genau an diesem seltenen Ereignis setzt das hier vorgestellte, am Institut für Kriminologie Tübingen durchgeführte und von der DFG geförderte Forschungsprojekt an. Kern des Forschungsprojektes „Der Freispruch – Eine Unbekannte des Kriminaljustizsystems“<sup>5</sup> ist eine Aktenanalyse von 296 Gerichtsverfahren, bei

---

1 Statistisches Bundesamt (2017), Tab. 1.1.

2 Statistisches Bundesamt (2017), Tab. 2.2. Die verbleibenden 16 % der Verfahren wurden in der großen Mehrzahl in unterschiedlichen Varianten eingestellt oder es wurden Verwarnungen mit Strafvorbehalt nach § 59 StGB ausgesprochen oder Maßregeln entschieden.

3 Statistisches Bundesamt (2017), Tab. 6.2.

4 Vgl. Kinzig/Stelly (2017).

5 Für eine detaillierte Beschreibung der Fragestellung und des methodischen Vorgehens siehe Stelly/Thomas (2016).

denen die insgesamt 332 Angeklagten trotz einer vorausgegangenen Untersuchungshaft und der damit einhergehenden mehrfachen Bejahung des Tatverdachts – beim Erlass des Haftbefehls, bei einer etwaigen Haftprüfung, bei der Anklageerhebung, bei der Eröffnung des Hauptverfahrens – freigesprochen wurden. Die Fälle stammen aus 15 Bundesländern und 78 Staatsanwaltschaften und können, wie der Vergleich mit der Strafverfolgungsstatistik zeigt, im Hinblick auf das Alter und Geschlecht der Beschuldigten, die Haftgründe und die angeklagten Delikte als repräsentativ für alle „Freispruch nach Untersuchungshaft“-Verfahren in Deutschland angesehen werden.

## **2. Gründe für den Freispruch**

Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Analyse der Beweismittel, insbesondere der Relevanz und Qualität von Zeugenaussagen. Die Analyse ist dabei auf die 269 Verfahren beschränkt, bei denen der Freispruch aus tatsächlichen Gründen erfolgte. Nicht berücksichtigt werden die 27 Verfahren, bei denen der Freispruch ‚rechtlich‘ mit der Schuldunfähigkeit der Angeklagten, dem Vorliegen von Rechtfertigungs- oder Entschuldungsgründen (zum Beispiel Notwehr), dem Verbot der Doppelbestrafung oder mit der Tatverjährung begründet wurde.

Die Freisprüche aus tatsächlichen Gründen erfolgten in der großen Mehrzahl gemäß dem Grundsatz ‚in dubio pro reo‘, das heißt (auch noch) nach Abschluss der Beweismittelwürdigung bestanden beim Gericht vernünftige Zweifel an der Schuld des oder der Angeklagten. Die Zweifel bezogen sich dabei auf verschiedene Aspekte:

- In 5 % der Fälle konnte das Tatgeschehen in der Hauptverhandlung nicht wirklich geklärt und in Folge dessen Notwehr oder Schuldunfähigkeit nicht ausgeschlossen werden.
- In 14 % konnte nicht zweifelsfrei festgestellt werden, ob das Verhalten der Angeklagten einen Straftatbestand erfüllte. Typisch hierfür sind angeklagte Vergewaltigungen, bei denen nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die unstrittig stattgefundene sexuelle Handlung ‚einvernehmlich‘ war.
- In fast jedem vierten Fall (23 %) konnte nicht geklärt werden, ob überhaupt eine Tat begangen wurde. Ein typisches Beispiel hierfür ist eine (falsche) Beschuldigung im Zusammenhang mit einem Sexualdelikt.
- In einem anderen Viertel der Fälle (24 %) verblieben Zweifel, ob die Beschuldigten überhaupt die Personen waren, welche die angeklagten Taten



begangen haben. In diesen Fällen stand die Existenz der Straftaten an sich nicht in Frage, jedoch reichten die Beweise nicht aus, die beschuldigten Personen zweifelsfrei als Täter<sup>6</sup> – zum Beispiel als Wechseltrickbetrüger oder Tankstellenräuber – zu identifizieren.

- Bei einer letzten Fallgruppe erfolgten die Freisprüche, weil bei den Richtern Zweifel blieben, ob die Beschuldigten an den angeklagten Straftaten beteiligt waren (28 %). Typische Konstellationen hierfür sind Anklagen wegen Drogenhandels, bei denen den mitangeklagten Mitbewohnern in einer (tatrelevanten) Wohnung oder Beifahrer in einem (tatrelevanten) Auto eine Mittäterschaft beziehungsweise Beihilfe nicht nachgewiesen werden konnte.

Nur in etwa 5 % der Freisprüche aus tatsächlichen Gründen, waren die Richter von der Unschuld der Angeklagten überzeugt, zumindest konnte man in diesen Fällen dies so aus einschlägigen Formulierungen im Urteil entnehmen:

„Das Gericht ist nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung davon überzeugt, dass der Angeklagte die unter Ziffer A geschilderten Taten nicht begangen hat“ (F13).

„Der Angeklagte ist nach Überzeugung des Gerichts jedoch nicht der Täter“ (F323).

Die Datenqualität für die Analysen der Beweismittel war sehr unterschiedlich, da nicht in allen Urteilen schriftliche Begründungen und ausführliche Beweiswürdigungen enthalten waren. Aber auch bei den etwas ausführlicheren schriftlichen Urteilen war die eigentliche Entscheidungsfindung häufig nur zu erraten. Die Interaktionen und Vorgänge in der Hauptverhandlung blieben auch bei den Verfahren vor den Amtsgerichten,<sup>7</sup> in denen die Hauptverhandlungen durch Protokolle dokumentiert sind, größtenteils in einer Art ‚Black Box‘. Insbesondere die Zeugenaussagen vor Gericht und die damit verbundenen Veränderungen in der Aussagequalität, was von einigen der von uns im Rahmen des Forschungsprojektes interviewten Richter als eine Erklärung für eine gegenüber der Anklageschrift veränderten Beweislage genannt wurde, ließen sich mit der Aktenanalyse nur ansatzweise erschließen. So blieb in vielen Fällen nach Abschluss der Analysen im Dunkeln, warum im Urteil manche Aussagen stark gewichtet wurden, während andere kaum Berücksichtigung fanden.

---

6 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

7 54 % der untersuchten Verfahren wurden von Amtsgerichten und 46 % von Landgerichten verhandelt.

### **3. „Aussage gegen Aussage“**

Zeugenaussagen waren die wichtigsten Beweismittel in den untersuchten Freispruchverfahren. In 70 % der Verfahren waren Aussagen von Beschuldigten, vermeintlichen Opfern und Zeugen sogar die einzigen Beweismittel.

Die meisten Beschuldigten haben sich aber irgendwann im Verlauf des Verfahrens zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen eingelassen: 87 % haben im Verlauf des Verfahrens eine Aussage gemacht, die meisten (auch) vor dem erkennenden Gericht (77 %). Nur 13 % haben – soweit eine entsprechende Vernehmung stattfand – bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft, beim haftprüfenden und beim erkennenden Gericht von ihrem Recht zu Schweigen Gebrauch gemacht.

In etwa 5 % der Fälle zogen vermeintliche Opfer oder andere Zeugen in der Hauptverhandlung zuvor getätigte belastende Aussagen zurück, sei es aus Angst vor Repressionen, sei es weil außergerichtliche Einigungen erzielt wurden (zum Beispiel bei Konflikten im familialen oder partnerschaftlichen Bereich) oder nachdem ihre Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben war und sie sich nicht selbst belasten wollten.

Die Analyse der Aussagekonstellationen in der Hauptverhandlung zeigt, dass die Konstellation ‚eine Aussage gegen eine andere Aussage‘ in mehr als einem Drittel (38 %) aller untersuchten Verfahren vorliegt. In weiteren 22 % der Freispruchverfahren gab es in der Hauptverhandlung andere „Aussage-gegen-Aussage“-Konstellationen: zum Beispiel steht die Aussage eines Beschuldigten den Aussagen von zwei Belastungszeugen gegenüber (5 %), oder den Aussagen von zwei Beschuldigten steht die Aussage eines Belastungszeugen gegenüber (7 %) oder es gab andere Konstellationen von Aussagen mehrerer Beschuldigter beziehungsweise mehrerer Belastungszeugen (10 %).

Demnach ist nicht nur die Dominanz von Aussagen unter den Beweismitteln, sondern auch das Vorliegen sich widersprechender Aussagen ein Strukturmerkmal von Freispruchverfahren. Dies trifft in besonderem Maße auf die Freisprüche in Verfahren mit dem Tatvorwurf „sexuelle Nötigung/Vergewaltigung“ zu. Zu unserer Untersuchungssample gehörten insgesamt 55 Verfahren, die dieser Deliktgruppe zuzuordnen sind: 46 Verfahren mit dem Tatvorwurf „Vergewaltigung“, drei mit dem Tatvorwurf „versuchte Vergewaltigung“, vier mit dem Tatvorwurf „sexuelle Nötigung“ und zwei mit dem Tatvorwurf „sexueller Missbrauch einer widerstandsunfähigen Person“. In etwa 75 % dieser 55 Verfahren lag in der Hauptverhandlung eine „Aussage gegen Aussage“-Konstellation vor, im Sinne von: die Aussage des Beschuldigten (nur Männer) stand gegen die Aussage des vermeintlichen Opfers (91 % Frauen).

In 16 % der Verfahren wegen sexueller Nötigung/Vergewaltigung verweigerten die Beschuldigten die Aussage zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens. In einem

Fall räumte ein Beschuldigter den Tatvorwurf teilweise ein. In den anderen Fällen bestritten die Beschuldigten den Tatvorwurf beziehungsweise schilderten den fraglichen Vorgang als einvernehmlichen Sex. In 9 % der Verfahren verweigerten die vermeintlichen Opfer in der Hauptverhandlung die Aussage: in zwei Fällen wollten sich die vermeintlichen Opfer durch ihre Aussage nicht selbst belasten, in einem Fall hatten sich Beschuldigter und vermeintliches Opfer zwischenzeitlich verlobt, in einem Fall hatte sich das Opfer mit ihrem Ex-Freund und Vater ihrer Kinder anders arrangiert und in zwei Fällen verweigerten die vermeintlichen Opfer aus Angst die Aussage in der Hauptverhandlung.

Da sich in der großen Mehrheit der untersuchten Freisprüche vom Tatvorwurf der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung die Anklage im Wesentlichen auf die Aussage des vermeintlichen Opfers stützte, kam der Prüfung der Qualität dieser Aussage zentrale Bedeutung für das Verfahren zu. In der Mehrzahl der Fälle prüften die Gerichte die Glaubhaftigkeit der Aussage nach den üblichen Kriterien „Aussagetüchtigkeit“, „Aussagezuverlässigkeit“ und „Aussagequalität“ selbst, ohne dass dazu externe Gutachten in Auftrag gegeben wurden. In 29 % der Fälle, darunter auch alle Fälle, in denen die vermeintlichen Opfer Kinder oder Jugendliche waren, wurde – meist vom erkennenden Gericht – ein aussagenpsychologisches Gutachten in Auftrag gegeben.

#### 4. „Problematische“ Zeugen

Da die Beweismittel zum großen Teil aus Aussagen bestehen, ist ein vertiefender Blick auf die Personen, die diese Aussagen treffen, durchaus weiterführend. Hierzu wurde aus dem Datenmaterial eine Typologie „problematischer“ Zeugen entwickelt. Für diese Typologie spielen zwei Dimensionen eine zentrale Rolle: Die ersten fünf nachstehenden Typen differenzieren sich nach den unterschiedlichen Motivlagen der Zeugen. Bei der zweiten Dimension, die zentral für die Typen sechs und sieben ist, geht es um die Zeugnisfähigkeit, also die Frage, ob der Zeuge oder die Zeugin überhaupt in der Lage sind, die Tat und die Tatumstände angemessen wiederzugeben. Beim letzten Typus geht es streng genommen gar nicht um einen Zeugentypus, sondern um eine Person, die eine andere Person der Begehung einer Straftat verdächtigt, ohne selbst das Geschehen beobachtet zu haben. Es handelt sich nur um eine Verdächtigung, um eine Vermutung ohne Beweise.

Ein *erster Typus* sind die „*Komplizen- oder Mittäterzeugen*“: Die Zeugen, die diesem Typus zuzuordnen sind, sind in dem zur Verhandlung stehenden Fall selbst involviert und versprechen sich einen persönlichen Vorteil durch ihre Aussage. Schon aufgrund dieser Konstellation sind Aussagen, die diese

Zeugen machen, mit großer Vorsicht zu interpretieren. Als Beispiel sei an dieser Stelle auf einen Fall verwiesen, bei dem es um den Diebstahl einer großen Anzahl von Motorrädern ging. Dem einzigen Zeugen, der in dieser Sache selbst wegen Hehlerei verurteilt wurde und der wegen seiner den Angeklagten belastenden Aussage Straferleichterungen bekommen hatte, wurde geglaubt, obgleich schon zum Zeitpunkt der Anklage klar war, dass zumindest zwei Diebstähle, die der Belastungszeuge dem Angeklagten zur Last legte, von diesem nicht begangen worden sein konnten, da er zu dieser Zeit in Haft war. Letztendlich kam es zu einem Freispruch aus tatsächlichen Gründen. Ein Zitat aus dem Urteil verdeutlicht die Problematik dieser Art von Zeugen:

„Allein auf den Angaben des Zeugen C, der offensichtlich ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit sowie ein Falschbelastungsmotiv gegenüber dem Angeklagten hat, kann eine Verurteilung aber nicht gestützt werden. Das Gericht konnte sich bei dieser Beweislage daher nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen, weshalb er aus tatsächlichen Gründen freizusprechen war.“

Die gleiche Beweisstruktur wird in der Anklageschrift und im Urteil zum Teil diametral unterschiedlich gewertet. Die Hauptbeweislasterlast kam durch einen in diesem Zusammenhang verurteilten Straftäter, dem die Anklage glaubte, das Gericht im Hauptverfahren jedoch nicht.

Ein Untertypus der „Komplizen- oder Mittäterzeugen“ sind die „31er-Zeugen“. Der Begriff „31er“ bezieht sich dabei auf die Regelungen des § 31 BtMG, der die Möglichkeit der Strafmilderung oder gar des Absehens von Strafe bei kooperationsbereiten Beschuldigten vorsieht. Die Bezeichnung „31er“ wird vor allem in der Gefangenensubkultur zur Charakterisierung von Mitgefangenen verwendet, die strafbare Handlungen von Mitgefangenen den offiziellen Stellen im Gefängnis mitteilen beziehungsweise sie aufgrund eines Vorteils denunzieren. Bei knapp einem Drittel aller von uns untersuchten BtMG-Verfahren waren die Aussagen dieser Zeugen das wesentliche Beweismittel. Die Zeugen waren meist selbst im Drogenmilieu unterwegs, selbst drogenabhängig, einschlägig vorbestraft und nicht selten bei dem Drogenhandel, der Gegenstand der Hauptverhandlung war, selbst involviert.

Einen zweiten Typus bilden die „abhängigen Zeugen“. Bei diesem Zeugentypus handelt es sich um von den Angeklagten abhängige oder mit ihm eng verbundene Zeugen. Dies können Familienmitglieder, abhängige Beschäftigte, Freunde und Freundinnen, enge Bekannte oder Gangmitglieder („Rocker“ und rockerähnliche Vereinigungen) sein, die zu Gunsten der Angeklagten aussagen. Aufgrund der sozialen Nähe zu den Angeklagten und der teilweisen sozialen Abhängigkeit sind diese entlastenden Aussagen nicht unproblematisch. Zu erwarten wäre, dass in all den Fällen, in denen eine Aussage dieses Zeugentypus ein

zentrales Beweismittel bildet, diese Abhängigkeitsproblematik erörtert wird. Eine solche Erörterung fand sich jedoch nur in einem geringeren Teil der Urteile.

Der *dritte Typus* beschreibt die sogenannten „*Rachezeugen*“: Das zentrale Motiv für diese Zeugen ist Rache – Rache aus Enttäuschungen oder erlebten Demütigungen usw. Diesen Typus konnten wir häufiger bei Fällen von Vergewaltigungen, die im sozialen Umfeld des vermeintlichen Opfers stattfanden sowie bei Fällen, in denen eine engere soziale Beziehung zwischen Beschuldigtem und vermeintlichem Opfer bestand, feststellen. Die Problematik dieses Zeugentypus zeigt sich häufig erst im weiteren Verlauf des Ermittlungs- und Zwischenverfahrens – zum Teil erst in der Hauptverhandlung.

Die „*Angstzeugen*“ bilden den *vierten Typus*: Im Mittelpunkt dieses Zeugentypus steht die Angst der Zeugen vor der Vergeltung oder Rache der Angeklagten oder deren sozialen Umfeldes. Diesen Zeugentypus konnten wir bei Freisprüchen bei Sexualstraftaten auffinden, aber auch bei Fällen organisierter Formen von Kriminalität, wie dem Rockermilieu, sowie bei Straftaten in spezifischen Milieus, wie beispielsweise der Drogenszene. Beinahe idealtypisch zeigt sich dieser Zeugentyp in einem großen Verfahren, bei dem es um eine körperliche Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern einer Rockergruppierung und zwei vermeintlichen Opfern ging. Eines der beiden vermeintlichen Opfer revidierte im Laufe des Ermittlungsprozesses zunehmend seine Aussage. Die anfängliche detaillierte Aussage über die Angreifer sowie die von ihnen eingesetzten Schlagwerkzeuge wurden von einem der vermeintlichen Opfer immer mehr relativiert. Bei der Hauptverhandlung konnte sich das vermeintliche Opfer weder an eingesetzte Schlagwerkzeuge, noch an das Aussehen der Angreifer erinnern. In einem anderen, von uns analysierten Verfahren wegen des Verdachts der Vergewaltigung hat das vermeintliche Opfer vor der Hauptverhandlung in einem Telefonat die zuständige Richterin gebeten in der Hauptverhandlung nicht aussagen zu müssen, da sie vor dem Angeklagten Angst habe. Die Richterin lehnte dieses Ansinnen ab, das Opfer verweigerte die Aussage und es kam zum Freispruch.

Der *fünfte Typus* – „*unwillige Zeugen*“ – ist dadurch gekennzeichnet, dass die Zeugen ein distanziertes, von Misstrauen geprägtes Verhältnis zur Strafverfolgung haben. Dies äußert sich in Aussageverweigerungen oder dem Nichterscheinen bei Vernehmungen und Gerichtsterminen. Die Qualität der Zeugenaussagen dieses Typus ist sehr niedrig und sie tragen kaum zur Aufklärung des zur Verhandlung stehenden Sachverhalts bei. Ein exemplarisches Beispiel für diesen Typus war ein Fall, bei dem es um eine Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern zweier Familien vor dem Hintergrund einer Liebesbeziehung zweier Jugendlicher ging. Angeklagt waren ein versuchter Mord, eine Freiheitsberaubung und eine Körperverletzung an einem Polizisten. Im Freispruch-Urteil hieß es zu den Vorwürfen:

„Dieser Sachverhalt konnte nicht zur Überzeugung der Jugendkammer festgestellt werden. Die Angeklagten machten in der Hauptverhandlung keine Angaben zur Sache. Die Zeugen A und B wiederholten ihre bei der Polizei getätigten belastenden Angaben in der Hauptverhandlung nicht, sondern revidierten diese teilweise und schwächten sie deutlich ab. Bei dem angeklagten Sachverhalt zum Nachteil des Polizeibeamten C waren die Angaben der vernommenen Zeugen derart widersprüchlich, dass eine Sachverhaltsfeststellung auf gesicherter Beweislage nicht möglich war.“

Der *sechste Typus* umfasst „*beeinträchtigte Zeugen*“. Hierzu zählen zum einen Zeugen, deren Zeugnisfähigkeit aufgrund einer psychischen Erkrankung oder geistigen Behinderung eingeschränkt ist. Solche Einschränkungen fanden sich bei fast 10 % der vermeintlichen Opfer in den analysierten 296 Freispruch-Verfahren. Mit fast einem Viertel ist deren Anteil bei vermeintlichen Opfern von Sexualstraftaten besonders hoch. Zum anderen können diesem Typus Zeugen zugeordnet werden, deren Wahrnehmungs- und Beobachtungsfähigkeit zum Tatzeitpunkt durch Drogen- oder Alkoholkonsum sehr eingeschränkt war. Ihre Aussagen sind vage, häufig nicht konsistent und durch Erinnerungslücken geprägt. Nicht selten waren sowohl Angeklagte, vermeintliche Opfer und/oder andere Zeugen alkoholisiert oder standen unter dem Einfluss von Drogen. Den Akten konnten bei 95 der 332 Angeklagten (29 %) Hinweise auf ein Alkohol- oder Drogenproblem entnommen werden. Obgleich in den Verfahrensakten über die vermeintlichen Opfer insgesamt deutlich weniger Informationen enthalten sind, liegt der Anteil von vermeintlichen Opfern mit einem auffälligen Drogen- und/oder Alkoholkonsum mit etwa 30 % beachtlich hoch.

Den *siebten Typus* bilden die „*unsicheren Zeugen*“. Charakteristisch für diesen Zeugentypus sind die aus Sicht der Strafverfolgungsinstanzen ungenauen beziehungsweise unpräzisen Schilderungen des Tatgeschehens. In Abgrenzung zum Typus der „beeinträchtigten Zeugen“, deren Aussagequalität durch eine Krankheit oder Behinderung eingeschränkt ist, ist die schlechte Aussagequalität bei diesem Typus der Beobachtungssituation – zum Beispiel nur kurze Beobachtungen oder Begegnungen – oder der zunehmend verblassenden Erinnerung, insbesondere bei langen Verfahrensdauern oder Verfahren, die erst Jahre nach dem Tatgeschehen zur Verhandlung kamen, geschuldet. Ein Beispiel für eine flüchtige Beobachtungssituation in unserem Sample ist ein Verfahren wegen Diebstahls: Drei junge Frauen saßen in einem Biergarten an einem Tisch. Ein fremder Mann mit einer Zeitung kam zu ihnen, fragte nach der Uhrzeit und ging dann weiter. Eine der Frauen bemerkte, dass ihr Handy, das eben noch vor ihr auf dem Tisch gelegen hatte, verschwunden war. Sie rannte dem Fremden durch den Biergarten hinterher und machte zwei Polizeibeamte auf ihn aufmerksam. Der Fremde wurde festgenommen, wobei bei der unmittelbaren Durchsuchung kein

Handy gefunden wurde. Bei der Gegenüberstellung am darauffolgenden Tag konnten sich die drei Frauen nicht auf das Aussehen der Person einigen. Diese Uneinigkeit führte letztlich auch zum Freispruch.

Schließlich gibt es als *achten Typus* die „Zeugen, die keine sind“. Bei diesen Fällen kann man streng genommen gar nicht mehr von ‚Zeugen‘, die etwas gesehen oder gehört haben, sprechen, sondern von Personen, die einen Verdacht beziehungsweise eine Beschuldigung aussprechen, die jedoch nicht selbst das Tatgeschehen beobachtet haben. Bei einem dieser Fälle ging es beispielsweise um einen Diebstahl von Geld aus der Geldbörse einer Kellnerin in einer Gaststätte. Die Geldbörse lag am Tresen eines Schankraumes, zu dem eine Mehrzahl Personen Zugang hatte. Ein Saisonarbeiter, der als Aushilfskellner in der Gaststätte arbeitete, wurde in U-Haft genommen und angeklagt. Grundlage bildete die Aussage der Kellnerin, die – obwohl sie nichts gesehen hatte – den Angeklagten verdächtigte, das Geld gestohlen zu haben. Der Angeklagte war zuvor schon einmal wegen Diebstahls verurteilt worden und zum Zeitpunkt seiner letzten Saisonarbeit in der Gaststätte war schon einmal eine Geldbörse entwendet worden, wobei jedoch kein Täter ermittelt worden war. Diese Umstände sowie ein insgesamt prekärer Lebensstil führten dazu, dass der Angeklagte in den Mittelpunkt der Ermittlung geriet, gegen ihn Anklage erhoben wurde, er aber letztlich mangels Beweisen freigesprochen wurde.

## 5. Schluss

Der Freispruch in den untersuchten Verfahren erfolgte häufig als Konsequenz problematischer Zeugenaussagen, die oft die einzigen Beweismittel bildeten. Aber auch in den Verfahren mit zusätzlichen Beweismitteln waren die Zeugenaussagen zentral für die Beweisführung. In nur sieben der 296 Verfahren waren technische Beweismittel dafür entscheidend, dass die Angeklagten freigesprochen wurden. Nicht nur der Zeugenbeweis als zentrales Beweismittel ist ein Strukturmerkmal vieler Freispruchfälle, sondern auch eine „Aussage gegen Aussage“-Konstellation. Wie häufig diese Beweismittelkonstellation auch in Verfahren mit anderem Ausgang vorzufinden ist, ist jedoch eine offene Frage, die mit dem vorliegenden Datenmaterial nicht beantwortet werden kann. Da uns auch sonst keine neueren quantitativen empirischen Untersuchungen über Aussagekonstellationen in Strafverfahren bekannt sind, können wir keine Aussage darüber treffen, wie häufig oder selten die „Aussage-gegen-Aussage“-Konstellation bei den Strafverfahren vorkommen, die mit einer Verurteilung der Angeklagten endeten.

**Literatur**

- Kinzig, J./Stelly, W.* (2017): Der Freispruch: Vermeidbarer Irrtum oder „Reibungsverlust der Gerechtigkeit“? In: Strafverteidigervereinigungen (Hg.): Der Schrei nach Strafe, Tagungsband zum 41. Strafverteidigertag in Bremen vom 24.-26.3.2017. Berlin: Eigenverlag, S. 33-65.
- Statistisches Bundesamt* (2017): Fachserie 10, Reihe 3: Rechtspflege, Strafverfolgung 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Stelly, W./Thomas, J.* (2016): Im Zweifel für den Angeklagten. Der Freispruch im Strafverfahren. *Neue Kriminalpolitik*, 28 (4), S. 426-437.



# Justizirrtümer in Deutschland – Ein Überblick über nachweislich zu Unrecht inhaftierte Personen

*Fredericke Leuschner*

## Gliederung

1. Was ist ein Justizirrtum bzw. Fehlurteil?
2. Anzahl und Aufkommen von Fehlurteilen
3. Empirische Studie
4. Fallgruppen von Fehlurteilen
5. Deskriptive Angaben zu Personen und Verfahren
6. Gründe für Fehlurteile in der Literatur
7. Fazit

## 1. Was ist ein Justizirrtum bzw. Fehlurteil?

Es gibt keine einheitlichen Definitionen für die Begriffe ‚*Justizirrtum*‘ beziehungsweise ‚*Fehlurteil*‘. Im Gegenteil ändert sich die Bandbreite und Variation der Fälle, die darunter zu fassen sind, ganz erheblich mit den unterschiedlichen Auslegungen. Zunächst kann festgestellt werden, dass ‚Justizirrtum‘ eine weiter gefasste Begrifflichkeit ist, unter die beispielsweise neben Urteilen auch andere gerichtliche Entscheidungen fallen, die sich als falsch herausstellen. Ergänzend werden bei dieser Bezeichnung fehlerhafte Freisprüche mit einbezogen, die dem Anschein nach bei dem Begriff ‚Fehlurteil‘ gelegentlich vernachlässigt werden.<sup>1</sup> Grund hierfür ist vermeintlich, dass die Folgen einer falschen Verurteilung – vielleicht sogar zu einer Freiheitsstrafe – für eine Einzelperson erheblich sind, während sich bei falschen Freisprüchen keine derart eindeutigen Opfer identifizieren lassen. Jedoch unterscheiden sich die Definitionen auch in anderer Hinsicht: So verstehen einige unter ‚Justizirrtum‘ auf höherer Ebene das Misslingen der Zielerreichung der Justiz, nämlich Gerechtigkeit.<sup>2</sup> Dies geht jedoch mit der Problematik einher, sich über das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit klar werden zu müssen sowie erörtern zu müssen, ob einem Rechtssystem die Möglichkeit der objektiven Wahrheitsfindung überhaupt immanent ist.<sup>3</sup> Vermutlich auch daher bedienen sich andere einer –

---

1 Jehle (2013), S. 221.

2 Walker/McCartney (2008).

3 Leuschner/Hoffmann (2016), S. 157.

zumindest für die praktische Anwendung – simpleren Auslegung. So geht *Schwenn* schlicht davon aus, ein Fehlurteil ist eingetreten „*wenn der vermeintliche Täter die festgestellte Tat nicht begangen hat*“.<sup>4</sup> Hier bleiben jedoch offensichtlich einige Details ungeklärt, die sich präziser erfassen lassen: *Mosbacher* spricht von einem Fehlurteil, „*wenn die Tatsachenfeststellungen des Gerichts in einem für die Schuld- oder Rechtsfolgenfrage wesentlichen Punkt zulasten des Angeklagten von dem abweichen, was wirklich geschehen ist*“.<sup>5</sup> Ähnlich gliedert sich die Definition von *Killias et al.* in drei Punkte, nach denen Fehlurteile vorliegen, wenn der vermeintliche Täter die Tat nicht begangen hat, es zu einer fälschlichen Anwendung einer Qualifikation kam oder der Rechtsfolgenausspruch unangemessen ist.<sup>6</sup>

## 2. Anzahl und Aufkommen von Fehlurteilen

Da eine Auflistung von Fehlurteilen in den offiziellen Statistiken nicht existiert, gibt es verschiedene Herangehensweisen, sich zumindest einer Größenordnung zu nähern. So können einerseits Schätzungen von Praktikern als Orientierung herangezogen werden. Andererseits können aus den offiziellen Statistiken zumindest Ableitungen getroffen werden, die eine Schätzung ermöglichen.

Hinsichtlich der ersten Methode wird insbesondere durch Publikumsmedien immer wieder die Annahme von *Eschelbach*, Richter in einem Strafsenat des BGH, zitiert, nach dessen Schätzung die Fehlurteilsquote in der Strafjustiz „*grob geschätzt doch schon im zweiziffrigen Prozentbereich*“ liege.<sup>7</sup> Dem widerspricht sein Kollege *Mosbacher* entschieden und gibt eine Schätzung ab, nachdem diese Quote eher im unteren einstelligen Prozentbereich oder sogar im Promillebereich liege.<sup>8</sup> Diese intuitiven Schätzungen sind somit offenbar kein verlässliches Maß.

Allerdings hat auch die zweite Vorgehensweise Schwächen. Zwar ergibt sich aus den öffentlichen Statistiken, dass es im Jahr 2015 1.139 erledigte Verfahren nach Antrag auf Wiederaufnahme zugunsten des Beschuldigten gemäß § 359 StPO gab.<sup>9</sup> Legt man die Annahme zugrunde, dass auf diese Weise zumindest die offiziell festgestellten Fehlurteile identifiziert werden können, könnte hier somit eine Größenordnung bestimmt werden. Problematisch ist allerdings, dass der Statistik nicht zu entnehmen ist, ob die Wiederaufnahmeverfahren

---

4 *Schwenn* (2013), S. 258.

5 *Mosbacher* (2015), S. 87.

6 *Killias et al.* (2007), S. 9 f.

7 *Eschelbach* in *BeckOK StPO* (2017), § 261 Rn. 63.5.

8 *Mosbacher* (2015), S. 86.

9 *Statistisches Bundesamt* (2016a).

erfolgreich waren, also tatsächlich mit der Freisprechung des Antragstellers<sup>10</sup> endeten. Aus diesem Grund wurde im Rahmen des vorliegenden Projekts eine Anfrage an alle Landesjustizverwaltungen gestellt, ob sie über die Möglichkeit verfügen, zu erkennen, wie viele der Wiederaufnahmeverfahren erfolgreich waren. Hierauf wurde beinahe ausschließlich zurückgemeldet, dass eine solche statistische Erfassung nicht erfolge. Einzig ein Bundesland hat diesbezüglich Angaben machen können. Zwar kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden, inwieweit die Angaben auf andere Bundesländer übertragen werden können, trotzdem scheinen diese Erkenntnisse relevant und interessant. Insgesamt konnte für dieses Bundesland eine durchschnittliche Anzahl von etwa fünf erfolgreichen Wiederaufnahmeverfahren im Jahr ermittelt werden. Nimmt man ergänzend die Anzahl der Wiederaufnahmeverfahren dieses Bundeslandes nach der Rechtspflegestatistik zur Hand und setzt sie mit den Angaben in Bezug,<sup>11</sup> erlangt man eine durchschnittliche Erfolgsquote von 21,1 % der Wiederaufnahmeanträge.

Neben den Informationen zu den Wiederaufnahmeverfahren können auch die Verfahren nach dem Strafrechtsentschädigungsgesetz als Anhaltspunkt dienen. Schließlich kommt dieses nach § 1 StrEG zum Tragen, wenn ein Schaden aus einer Verurteilung entstanden ist, die nach Rechtskraft fortfällt oder gemildert wird. Dabei ist zu bedenken, dass auch und vermutlich überwiegend andere Verfahrenshandlungen bei letztendlich unschuldigen Personen entschädigt werden (§ 2 StrEG). Eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Varianten ist den Statistiken nicht zu entnehmen. Im Jahr 2015 wurden durch die Staatsanwaltschaften an Landgerichten 2.180 Verfahren nach dem StrEG bearbeitet, 1.897 durch die Generalstaatsanwaltschaften an den Oberlandesgerichten.<sup>12</sup>

### 3. Empirische Studie

In der vorliegenden Studie wurde die relativ enge Definition von *Fehlurteilen* zu Grunde gelegt, nach welcher nur solche Verfahren untersucht werden, die nach § 359 StPO wiederaufgenommen wurden und in denen aufgrund der Wiederaufnahme ein Freispruch erfolgte. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Freispruch im Wiederaufnahmeverfahren ein zuverlässiger Indikator für eine vorangehende falsche Verurteilung ist. Bei der Wiederaufnahme handelt es sich um einen Rechtsbehelf, der das Verfahren wieder in das

---

10 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

11 *Statistisches Bundesamt* (2016a); (2015); (2014); (2013); (2012).

12 *Statistisches Bundesamt* (2016b), S. 13, 121.

Hauptverfahren zurückversetzt und die einzige Möglichkeit ist, die Rechtskraft zu durchbrechen. Damit steht dieser im Konflikt mit dem Prinzip der Rechtssicherheit und hat praktisch nur in Ausnahmefällen Erfolg. Der Annahme, dass das Ergebnis im Wiederaufnahmeverfahren häufiger zugunsten des Angeklagten in einem Freispruch endet, da die Beweislage sich im Zeitverlauf verschlechtert hat,<sup>13</sup> kann – insbesondere nach dem Aktenstudium dieser Verfahren – nicht gefolgt werden.

Weiterhin erfolgte hier die Einschränkung auf *Justizfehler*, die vermeintlich besonders schwere Folgen für die Betroffenen mit sich brachten. Das heißt, es wurden nur Fälle betrachtet, in denen eine Freiheits- oder Jugendstrafe zumindest teilweise verbüßt wurde und die Betroffenen somit zu Unrecht inhaftiert waren.

Um die Fälle mit genannten Einschränkungen zu untersuchen, erfolgte eine Anfrage bei allen Landesjustizverwaltungen mit der Bitte um Mitteilung entsprechender Verfahren seit 1990. Bereits hier wurde deutlich, dass aufgrund der fehlenden Statistik und der fehlenden Möglichkeit, die entsprechende Konstellation in den Datenverarbeitungsprogrammen der Justiz nachzuvollziehen, eine vollständige Auskunft nicht erwartet werden konnte. Stattdessen führten einige Ministerien sogar aus, dass die Ermittlung der Verfahren auf Gedächtnisleistungen der für den Bereich zuständigen Staatsanwälte basiere. Aus diesem Grund wurde ergänzend eine Medien-Recherche vorgenommen und die Verbände und Vereinigungen von Strafverteidigern um Mitteilung bekannter Fälle gebeten. Auf zuletzt genanntem Weg wurden allerdings keine weiteren einschlägigen Aktenzeichen ermittelt. Das spricht für die Validität der Angaben, die durch die Landesjustizverwaltungen ermittelt werden konnten.

Durch 13 Länder wurden 42 Verfahren gemeldet sowie fünf zusätzlich medial recherchiert und angefordert. Davon wurden die Akten zu insgesamt 29 Verfahren zugesandt, die Teil der Untersuchungsgruppe sind. Sieben weitere schienen zwar auf die Definition der Grundgesamtheit zuzutreffen, die Akten sind aber ausgesondert und nicht mehr zugänglich. Bei insgesamt elf der durch die Ministerien mitgeteilten Aktenzeichen handelt es sich um keine einschlägigen Fälle, sondern um andere Konstellationen wie Ersatzfreiheitsstrafe oder Einstellung statt Freispruch.

Bei der Untersuchungsgrundgesamtheit von 29 Fällen wurden in einem Verfahren vier Personen wegen einer gemeinsamen Tatbegehung verurteilt und eine Person erscheint mit zwei Taten in dem Datensatz. Daraus ergeben sich 31 zu Unrecht inhaftierte Personen. Vorliegend soll anhand dieses Datensatzes ein Überblick über die Personen gegeben werden, die unrechtmäßig inhaftiert wurden; dabei können Gründe für fehlerhafte Verurteilungen identifiziert werden.

---

13 Mosbacher (2015), S. 87.

#### 4. Fallgruppen von Fehlurteilen

Während der Durchführung der vorliegenden Studie wurde deutlich, dass die Fälle, in denen Personen zu Unrecht inhaftiert waren, durchaus heterogen sind. Insbesondere die Art der Delikte, die – trotz der Einschränkung auf Freiheits- oder Jugendstrafe – sowohl Diebstahlsdelikte und Sachbeschädigung als auch Sexualdelikte und schwere Gewaltdelikte bis hin zu Straftaten gegen das Leben umfasste, wies eine große Bandbreite auf. Aus diesem Grund erschien es sinnvoll, zunächst eine grobe Unterscheidung hinsichtlich der Art der Verfahren zu machen und weitere Details daran anschließend für die einzelnen Gruppen darzustellen.

Die grobe Kategorisierung der Fälle erfolgt in drei Gruppen: Bei der *ersten* Gruppe handelt es sich um solche Verfahren, in denen weder ein Geständnis durch den Verurteilten in der Hauptverhandlung erfolgte noch weitere Tatzeugen gefunden oder Urkunden herangezogen werden konnten. Umgangssprachlich wäre dies mit „Indizienprozess“ zu beschreiben, da aus verschiedenen anderen Indizien das Gericht zu der Überzeugung gelangt ist, dass der zu Unrecht Inhaftierte der Täter ist. In der vorliegenden Grundgesamtheit von 31 zu Unrecht Inhaftierten war das bei sechs Personen der Fall.

Die *zweite* Gruppe unterscheidet sich dahingehend von der ersten, dass in diesen Fällen eine Aussage eines (Opfer-)Zeugen vorliegt, die den zu Unrecht Inhaftierten der Tat beschuldigt. Diese hatte in den Fällen maßgeblich Einfluss auf das Verfahren, da das Gericht von der Richtigkeit der Angabe ausging und dadurch von der Täterschaft des Angeklagten überzeugt war. Dies trifft in der vorliegenden Untersuchungsgrundgesamtheit auf 17 Fälle zu. Dabei ist es in dieser Gruppe nicht von Relevanz, ob die Aussage eine bewusste Falschaussage war oder diese unbewusst erfolgte, beispielsweise in Folge einer Falschidentifikation oder Verwechslung.

Bei der *dritten* Gruppe handelt es sich um Personen, die aufgrund einer fehlerhaften Beurteilung der Schuldfähigkeit zu Unrecht inhaftiert waren. In all diesen Fällen ( $n = 8$ ) wurde das Vorliegen des § 20 StGB nicht festgestellt. Bei der Hälfte der Fälle ( $n = 4$ ) lag das daran, dass kein Gutachten eingeholt wurde. In drei Fällen wurde zwar ein Gutachten eingeholt, dieses gelangte in zwei Fällen jedoch nur zu der Einschätzung, dass § 21 StGB Anwendung finden sollte.

Betrachtet man nun die Straftatbestände, wegen derer die Personen zu Unrecht inhaftiert wurden, zeigen sich Tendenzen, die in der jeweiligen Kategorie häufiger zu finden sind. So ist in *Tabelle 1* zu erkennen, dass die sechs Personen, bei denen das Gericht ausschließlich aufgrund von verschiedenen Sachbeweisen ohne Zeugenbeweis zu seiner Überzeugung und somit zur Verurteilung gelangte, Tötungsdelikte betraf.

Tabelle 1: Aufteilung der Delikte nach Fallgruppeneinteilung

„Indizienprozess“ <i>n</i> = 6	Aussage von (Opfer-)Zeugen <i>n</i> = 17	Nichtanwendung von § 20 StGB <i>n</i> = 8
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Straftaten gegen das Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung</li> <li>• Straftaten gegen das Leben</li> <li>• Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit</li> <li>• Straftaten gegen die persönliche Freiheit</li> <li>• Beleidigung</li> <li>• Diebstahl und Unterschlagung</li> <li>• Raub und Erpressung</li> <li>• gemeingefährliche Straftaten</li> <li>• Verstöße gegen die StVO</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Widerstand gegen die Staatsgewalt</li> <li>• Falsche Verdächtigung</li> <li>• Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung</li> <li>• Straftaten gegen das Leben</li> <li>• Diebstahl und Unterschlagung</li> <li>• Betrug und Untreue</li> <li>• Sachbeschädigung</li> <li>• Verstöße gegen das Tierschutzgesetz</li> </ul>

In den Fällen, in denen in der erneuten Hauptverhandlung ein Freispruch erfolgte, da die Personen zum Tatzeitpunkt schuldunfähig waren, handelt es sich überwiegend um leichtere Delikte wie Eigentums- und Vermögensdelikte, Sachbeschädigung oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Allerdings sind in dieser Gruppe auch zwei Ausnahmen ersichtlich, bei denen eine Person wegen Mordes und eine wegen Vergewaltigung verurteilt wurde, obwohl sie im Zustand der Schuldunfähigkeit gehandelt hatten.

Die Fallgruppe derer, die aufgrund einer Aussage von (Opfer-)Zeugen zu Unrecht inhaftiert wurden, ist die größte und somit auch die, in der sich die größte Varianz an Deliktsarten zeigt. Bei genauer Betrachtung wurde jedoch ein deutliches Übergewicht an Sexualstraftaten ersichtlich, die in etwa einem Drittel der Fälle der Grund für die (unrechtmäßige) Inhaftierung waren.

## 5. Deskriptive Angaben zu Personen und Verfahren

Dass sich die Verfahrenskonstellationen der Fehlurteile zwischen den oben genannten Kategorien zu einem gewissen Grad unterscheiden, zeigt auch der Vergleich der deskriptiven Angaben (vgl. *Tabelle 2*).

Tabelle 2: Eigenschaften der Verfahren aufgeteilt nach Fallgruppen

	„Indizienprozess“	Aussage von (Opfer)Zeugen	Nichtanwendung des § 20 StGB
Ø verbüßte Haftzeit	3 Jahre 6 Monate (n = 6)	4 Jahre 2 Monate (n = 17)	3 Jahre 5 Monate (n = 6)
Ø auferlegtes Strafmaß	6 Jahren 9 Monate (n = 5) <sup>14</sup>	5 Jahre 3 Monate (n = 16)	1 Jahr 1 Monat (n = 6) <sup>14</sup>
Ø Verfahrensdauer insgesamt	8 Jahre 4 Monate (n = 6)	9 Jahre (n = 17)	6 Jahre 11 Monate (n = 7)
Ø Anzahl an Wiederauf- nahmeanträgen	1,17 (n = 6)	1,71 (n = 17)	1,14 (n = 7)

In Bezug auf die verbüßte Haft wurde deutlich, dass diese bei Personen, die aufgrund von falschen (Opfer-)Zeugenaussagen verurteilt wurden, die längste Dauer aufwies. Das durchschnittlich höchste Strafmaß wurde allerdings mit sechs Jahren und neun Monaten in der Fallgruppe, die hier mit „Indizienprozess“ bezeichnet wird, verhängt. Die gesamte Dauer der Verfahren – von Beginn der polizeilichen Ermittlungen bis zum Freispruch – unterscheidet sich zwischen den Gruppen nicht sehr viel mehr, als dies bereits bei der Dauer der Inhaftierung zu erkennen war. Das lässt darauf schließen, dass die Wiederaufnahmeverfahren, unabhängig von der Konstellation eine erhebliche zeitliche Dauer umfassen. Hinsichtlich der durchschnittlichen Anzahl der Wiederaufnahmeanträge in einem Verfahren werden auch Unterschiede in den verschiedenen Fallgruppen deutlich. Es zeigt sich, dass bei „Indizienprozessen“ und auch bei der Nichtanwendung des § 20 StGB in der Regel nur ein Antrag gestellt wurde, der Erfolg hatte, wohingegen insbesondere bei Fehlurteilen, die durch die Aussage von (Opfer-)Zeugen erfolgten, mehr als ein Antrag gestellt werden musste, bis die Wiederaufnahme zugelassen wurde.

Aber auch bei Betrachtung der zu Unrecht verurteilten Personen selbst zeigt sich eine Variation zwischen den Fallgruppen. So sind in *Tabelle 3* deutliche Unterschiede bei der Vorstrafenbelastung der zu Unrecht Inhaftierten zu erkennen. Während nur ein Drittel der nach einem „Indizienprozess“ fälschlich verurteilten Einträge im Bundeszentralregister (BZR) aufweist, sind es etwa zwei Drittel der Personen, die aufgrund falscher Aussagen von (Opfer-)Zeugen inhaftiert wurden. In der Personengruppe, die die vorgeworfene Tat im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen hat, wiesen alle Einträge im BZR auf. Die durchschnittliche Anzahl der Vorstrafen war bei den „Indizien-

---

14 Eine lebenslange Strafe wurde nicht in die Rechnung mit aufgenommen.

prozessen“ am geringsten (3,5 Vorstrafen). Die meisten Vorstrafen, falls Vorstrafen bestanden, weisen die Personen auf, die aufgrund der Aussage von Personen zu Unrecht inhaftiert wurden. Hier waren es im Durchschnitt 7,6 Einträge im BZR, während es in der Gruppe der Personen, die die Tat im Zustand der Schuldunfähigkeit begangen haben, durchschnittlich sechs waren.

*Tabelle 3: Vorstrafen und Hafterfahrung der zu Unrecht inhaftierten Personen nach Fallgruppen*

	„Indizienprozess“	Aussage von (Opfer-)Zeugen	Nichtanwendung des § 20 StGB
Anteil der Personen mit Vorstrafen	33,3% (n = 6)	64,7% (n = 17)	100% (n = 8)
Anzahl der BZR-Einträge	3,5 (n = 2)	7,6 (n = 11)	6 (n = 8)
Einschlägige Vorbestrafen	0% (n = 2)	27,3% (n = 11)	50% (n = 8)
Zuvor inhaftiert	0% (n = 6)	29,4% (n = 17)	50% (n = 8)

Dass unter den Vorstrafen einschlägige Taten waren, wie die, aufgrund derer die fehlerhafte Verurteilung erfolgte, trifft auf die Hälfte der Personen zu, die in der Wiederaufnahme durch Anwendung des § 20 StGB freigesprochen wurden. Aber auch Personen, die durch falsche Aussagen beziehungsweise fehlerhafte Identifizierungen unschuldig zu Haftstrafen verurteilt wurden, weisen zu über einem Viertel vergleichbare Vorstrafen auf. Nur bei der kleinsten Gruppe, die ausschließlich wegen Tötungsdelikten unschuldig verurteilt wurden, waren nicht nur insgesamt weniger Vorstrafen in der Vergangenheit zu beobachten, sondern auch keinerlei einschlägige vorhanden. Genauso zeigen sich bei der Hafterfahrung zuvor dargestellte Gruppenunterschiede: Während die Hälfte der Gruppe, die aufgrund der fehlenden Anwendung des § 20 StGB inhaftiert wurde, bereits zuvor inhaftiert war, war dies bei nur 29,4 % derer der Fall, die hauptsächlich basierend auf Zeugenbeweisen verurteilt wurden.

## 6. Gründe für Fehltritte in der Literatur

Interessant erschien, den eigenen Datensatz vor dem Hintergrund der Literatur zum Themenfeld zu betrachten. Daher wurden die immer wieder diskutierten



Gründe für Justizirrtümer betrachtet und der Versuch einer Einordnung des Datenmaterials unternommen. Unter diese – in wissenschaftlichen Arbeiten immer wieder herausgearbeiteten – Gründe für fehlerhafte Verurteilungen fallen zunächst bewusste Falschbeschuldigungen;<sup>15</sup> dem konnten aus dem Datensatz 13 Fälle zugeordnet werden. Weiter wird die Qualität der Begutachtung von Sachverständigen immer wieder thematisiert,<sup>16</sup> auch wenn seit einigen Jahren vom BGH formulierte Anforderungen zumindest an aussagepsychologische Begutachtungen bestehen.<sup>17</sup> Gleichwohl waren zwölf Personen aus diesem Datensatz inhaftiert, da Gutachter zu unzutreffenden Ergebnissen zu ihrem Nachteil kamen, ohne dass vorliegend die Arbeit der Gutachter im Detail bewertet werden konnte. Die Problematik der Schuld im deutschen Strafrecht und die Verletzung des Schuldprinzips sowie des § 46 Abs. 1 StGB wurde bereits erwähnt und ist auch in der Literatur Thema.<sup>18</sup> Hierzu zählen die acht Fälle, die bereits oben eine eigene Gruppe bildeten.

Zudem werden insbesondere in der US-amerikanischen Literatur Fehlverhalten der Ermittlungsbehörden beispielsweise durch Vernehmungsmethoden oder aufgrund der sogenannten ‚Tunnel-Vision‘, also einer selektiven Wahrnehmung der Hinweise zu Lasten eines Tatverdächtigen, während der Ermittlungen erwähnt.<sup>19</sup> Vorliegend wurde der Begriff der unzureichenden Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden allerdings eng gefasst, da eine Beurteilung anhand der Akten nur eingeschränkt möglich war. Daher wurden in solchen Fällen Ermittlungsfehler angenommen, in denen im freisprechenden Urteil Hinweise darauf zu finden waren, was in drei Fällen festgestellt wurde. Ebenfalls ein medial immer wieder auftauchendes Thema, welches daher auch in rechtspsychologischen Arbeiten behandelt wird, ist die Mitverantwortlichkeit der zu Unrecht Verurteilten selbst. In den Fokus geraten dabei immer wieder falsche Geständnisse,<sup>20</sup> die auch in diesem Datensatz in drei Fällen identifiziert wurden. Abschließend wird die Verlässlichkeit von Augenzeugenidentifikationen thematisiert und – ebenfalls insbesondere in den USA – auch als Ursache für Fehlurteile herangeführt.<sup>21</sup> Dass dies bei dem Verfahren eine Rolle für die falsche Verurteilung spielte, war in zwei Fällen zu erkennen.

Wie an den Fallzahlen in *Tabelle 4* zu erkennen ist, konnten einige Fälle mehr als einem der angegebenen Gründe zugeordnet werden. Das bedeutet, dass

---

15 Schwenn (2013); Kröber (2013).

16 Mosbacher (2015); Boetticher (2006).

17 BGH, NJW 1999, 2746.

18 Vasic et al. (2015); Mosbacher (2015).

19 Siehe beispielsweise Bades (2005); Findley/Scott (2006).

20 Volbert (2013).

21 Mosbacher (2015); Huff (1986).

mehrere Aspekte aufgetreten sind, die im Zusammenspiel dazu geführt haben, dass eine fehlerhafte Verurteilung erfolgte. Beispielsweise sind hier falsche Beschuldigungen zu nennen, die sicher ursächlich für die Verurteilung und Inhaftierung eines Unschuldigen waren. Gleichzeitig wurden in sieben Verfahren fehlerhafte Gutachten erstattet, ohne die der Falschbeschuldigung vermutlich nicht durch das Gericht gefolgt worden wäre. Ein unzutreffendes Begutachtungsergebnis durch Sachverständige trat außerdem in zwei Fällen gemeinsam mit einer fehlerhaften Beurteilung der Schuldfähigkeit auf. In zwei Fällen wirkte sich die Mitverantwortlichkeit der zu Unrecht Inhaftierten in Kombination mit Ermittlungsfehlern auf die Verurteilung aus.

*Tabelle 4: Gründe für Fehlurteile aus der Literatur, angewandt auf diesen Datensatz*

<i>Gründe für Fehlurteile:</i>	<i>n</i>
Falschbeschuldigung	13
Begutachtung von Sachverständigen	12
Fehlerhafte rechtliche Beurteilung	8
Ermittlungsfehler der Behörden	3
Mitverantwortlichkeit des Verurteilten	3
Falsche Augenzeugenidentifikation	2

## 7. Fazit

Die Untersuchung zeigte zusammenfassend, dass es verschiedene Konstellationen gibt, die zu Fehlurteilen und infolge dessen zu einer unrechtmäßigen Haft führen können. Eine einfache monokausale Ursachensuche erscheint dabei wenig zielführend. So handelt es sich um verschiedene Delikte wegen derer die Personen verurteilt wurden. Auch hinsichtlich der Vorerfahrungen mit strafrechtlichen Verfahren aufgrund von vorangehenden Straftaten und mit Haft zeigt sich ein uneinheitliches Bild der zu Unrecht Inhaftierten.

Es wird nicht davon ausgegangen, dass in dieser Studie, trotz der Rekrutierung über verschiedene Kanäle, sämtliche Fälle von Freisprüchen im Wiederaufnahmeverfahren nach einer (teilverbüßten) Freiheits- oder Jugendstrafe vollständig erfasst werden konnten. Insbesondere für die Fallgruppe, in denen eine fehlerhafte Beurteilung der Schuldfähigkeit und somit der persönlichen

Vorwerfbarkeit erfolgte, wird angenommen, dass hier nur ein Bruchteil zugesandt wurde. Diese Annahme ergibt sich, da entsprechende Fälle nicht systematisch auffindbar sind. Stattdessen wurde teilweise angegeben, auf Erinnerungen von Verfahrensbeteiligten zurückzugreifen, sodass von einer Verzerrung zugunsten schwerer Fälle ausgegangen werden muss. Die Verfahren, in denen Täter wegen einer – nicht selten folgenarmen – Tat verurteilt werden, die sie tatsächlich begangen haben, auch wenn sie in Schuldunfähigkeit handelten, gehören eher nicht dazu.

Für die anderen beiden Fallgruppen von zu Unrecht Inhaftierten konnte festgestellt werden, dass diese Fälle nicht erheblich über die in großem Umfang medial diskutierten hinausgehen. So zeigte sich beispielsweise, dass in etwa 70 % dieser Fälle eine umfangreiche, überregionale Berichterstattung erfolgte. Für weitere 13 % konnte zumindest eine Berichterstattung in regionalen Medien festgestellt werden. Zusammenfassend lässt diese Datengrundlage durchaus Aussagen über die Fälle von Justizirrtümern der genannten Art in Deutschland zu.

## Literatur

- Bandes, S.* (2005): Loyalty to one's convictions: The prosecutor and tunnel vision. *Howard Law Journal*, 49 (2), S. 475-494.
- Boetticher, A./Kröber, H.-L./Müller-Isberner, R./Böhm, K.M./Müller-Metz, R./Wolf, T.* (2006): Mindestanforderungen für Prognosegutachten. *Neue Zeitschrift für Strafrecht*, 26 (10), S. 537-544.
- BeckOK StPO.* (2017): Beck'scher Online-Kommentar StPO, herausgegeben von J.-P. Graf. 27. Edition. München: C.H. Beck.
- Findley, K.A./Scott, M.S.* (2006): The Multiple Dimensions of Tunnel Vision in Criminal Cases. *Wisconsin Law Review*, 2006, S. 291-397.
- Huff, R.C./Rattner, A./Sagarin, E.* (1986): Guilty until proved innocent: Wrongful Conviction and Public Policy. *Crime and Delinquency*, 32 (4), S. 518-544.
- Jehle, J.-M.* (2013): Was und wie häufig sind Fehlurteile? – Eine Skizze. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 7 (4), S. 220-229.
- Killias, M./Gilliéron, G./Dongois, N.* (2007): Erreurs judiciaires en Suisse de 1995 à 2004. Rapport au Fonds National Suisse de la Recherche Scientifique, in: [http://www.rwi.uzh.ch/dam/jcr:ffffff-e941-0562-0000-00002efa9a6c/Erreurs\\_judiciaires\\_rapport\\_FNS.pdf](http://www.rwi.uzh.ch/dam/jcr:ffffff-e941-0562-0000-00002efa9a6c/Erreurs_judiciaires_rapport_FNS.pdf) [letzter Aufruf: 29.11.2017].
- Kröber, H.-L.* (2013): Die schrittweise interaktive Entstehung einer Fehlbeschuldigung sexuellen Missbrauchs. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 7 (4), S. 240-249.
- Leuschner, F./Hoffmann, A.* (2016): Der Umgang des Staates mit Fehlern der Justiz. *Neue Kriminalpolitik*, 28 (2), S. 155-171.
- Mosbacher, A.* (2015): Das Ideal richterlicher Wahrheitsfindung und die Betrübnisse des wirklichen Lebens. Richterliche Schuldfeststellung und die Gefahr des Fehlurteils. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 9 (2), S. 82-91.

- Schwenn, J.* (2013): Merkmale eines Fehlurteils. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 7, S. 258-263.
- Statistisches Bundesamt* (2012): Fachserie 10, Reihe 2.3: Rechtspflege, Strafgerichte 2011. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2013): Fachserie 10, Reihe 2.3: Rechtspflege, Strafgerichte 2012. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2014): Fachserie 10, Reihe 2.3: Rechtspflege, Strafgerichte 2013. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2015): Fachserie 10, Reihe 2.3: Rechtspflege, Strafgerichte 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2016a): Fachserie 10, Reihe 2.3: Rechtspflege, Strafgerichte 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2016b): Fachserie 10, Reihe 2.6: Rechtspflege, Staatsanwaltschaften 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Vasic, N./Totchilovski, V./Wolf, R.C./Gahr, M./Dudeck, M.* (2015): Schuld in forensischer Psychiatrie. Historische Bestandsaufnahme und gegenwärtiges Konzept. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 9 (2), S. 69-74.
- Volbert, R.* (2013): Falsche Geständnisse. Über die möglichen Auswirkungen von Voreinstellung, Vernehmung und Verständigung. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 7 (4), S. 230-239.
- Walker, C./McCartney, C.* (2008): Criminal justice and miscarriages of justice in England and Wales. In: Huff, R./Killias, M. (Hg.): Wrongful conviction. International perspectives on miscarriages of justice. Philadelphia: Temple University Press, S. 183-211.

# Grenzüberschreitende Bewährungshilfe: Neun Jahre nach dem Rahmenbeschluss des Europarates. Wo stehen wir?

*Daniel Wolter*

## Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Anwendbarkeit und Umsetzung des Rahmenbeschlusses in Deutschland
3. Bisherige Erfahrungen auf europäischer Ebene – wo stehen wir?
4. Ausblick & Empfehlungen

## 1. Vorbemerkung

Ein soziales Umfeld, die Pflege sozialer und kultureller Beziehungen sowie der Erhalt der Beschäftigung werden neben weiteren Faktoren als relevante Bausteine im Prozess der ‚Resozialisierung‘ und Rückfallprävention gesehen. Was ist aber mit straffällig gewordenen Personen, die ihren Lebensmittelpunkt nicht im selben Staat haben, in dem sie verurteilt wurden und ihre Bewährungsstrafe abzuleisten haben? Neben fehlenden Kontakten zu Familie und Freunden kommt vielfach die Sprachbarriere als gravierende Hürde hinzu. Die Problematik erkannte auch die Europäische Union und verabschiedete am 27.11.2008 den Rahmenbeschluss 2008/947/JI *über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen* (Rahmenbeschluss).<sup>1</sup> So ist in der Begründung zu lesen, dass die gegenseitige Anerkennung und Überwachung von Bewährungsstrafen „die Aussichten auf Resozialisierung der verurteilten Person erhöhen soll, indem ihr die Möglichkeit verschafft wird, die familiären, sprachlichen, kulturellen und sonstigen Beziehungen aufrechtzuerhalten; es soll aber auch die Kontrolle der Einhaltung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen verbessert werden mit dem Ziel, neue Straftaten zu unterbinden und damit dem Gedanken des Opferschutzes und des Schutzes der Allgemeinheit Rechnung zu tragen“.<sup>2</sup>

---

1 Rahmenbeschluss 2008/947/JI des Rates vom 27.11.2008 (ABl. EU 2008, L 337, 102).

2 Erwägung Nr. 8 zum Rahmenbeschluss 2008/947/JI (vgl. Fußn. 1).

Die Umsetzung des Rahmenbeschlusses ins deutsche Recht erfolgte mit dem Gesetz vom 17.07.2015<sup>3</sup> durch Änderungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) und der Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVAST). Der Rahmenbeschluss wurde, außer in Großbritannien, in 27 europäischen Mitgliedsstaaten,<sup>4</sup> wenn auch in sehr unterschiedlicher Art und Weise, implementiert.<sup>5</sup> Die CEP (Confederation of European Probation) veranstaltet seit über drei Jahren ein *Expert Meeting* mit Vertretern<sup>6</sup> aus den europäischen Mitgliedsstaaten zum Austausch über den Stand der Anwendung des Rahmenbeschlusses. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die wichtigsten Regelungen und den Stand der Implementierung in Deutschland gegeben werden. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die Hindernisse und Herausforderungen gelegt, die sich bei der Übertragung der Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen auf einen anderen europäischen Mitgliedsstaat ergeben. Abschließend werden verschiedene Maßnahmen zur verstärkten Informierung und Anwendung empfohlen.

## 2. Anwendbarkeit und Umsetzung des Rahmenbeschlusses in Deutschland

Für die Anwendung des EU-Rahmenbeschluss 2008/947/JI sind die eingeführten §§ 90a bis 90n IRG und §§ 166j bis 166v RiVAST maßgeblich. Die verschiedenen Strafrechtssysteme in Europa und folglich unterschiedlichen Begrifflichkeiten sowie Anwendungsbereiche<sup>7</sup> machten es erforderlich, im Rahmenbeschluss den Anwendungsbereich, die Begriffe und Arten der Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen zu bestimmen. So gilt der Rahmenbeschluss nur für

---

3 Gesetz zur Verbesserung der internationalen Rechtshilfe bei der Vollstreckung von freiheitsentziehenden Sanktionen und bei der Überwachung von Bewährungsmaßnahmen sowie zur Änderung des Jugoslawien-Strafgerichtshof-Gesetzes und des Ruanda-Strafgerichtshof-Gesetzes vom 17.07.2015 (BGBl. I 1349). Der Europäische Rat hatte als Frist zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses den 06.12.2011 bestimmt, Art. 25 des Rahmenbeschlusses 2008/947/JI (vgl. Fußn. 1).

4 Die Art und Weise der Umsetzung des Rahmenbeschlusses in den europäischen Mitgliedsstaaten ist der Datenbank des European Justice Networks (EJN) zu entnehmen: <https://www.ejn-crimjust.europa.eu/ejn/libcategories.aspx?Id=37#nodesGroups>.

5 *European Union Agency for Fundamental Rights* (2016), S. 28.

6 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

7 vgl. van Kalmthout/Durnescu (2008).

- a. die Anerkennung von Urteilen und Bewährungsentscheidungen,
- b. für die Übernahme der Zuständigkeit für die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen sowie
- c. für die damit zusammenhängenden Folgeentscheidungen.<sup>8</sup>

Nicht anzuwenden ist der Rahmenbeschluss folglich auf die Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen und -bußen. Er sieht grundsätzlich vor, dass der Mitgliedsstaat, in dem die betreffende Person verurteilt wurde, das Urteil und die Bewährungsentscheidung an den Mitgliedsstaat übermitteln kann, in dem die verurteilte Personen ihren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz hat, wenn die zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats dem zustimmt.<sup>9</sup> Von wesentlicher Bedeutung sind die in den §§ 90 b bis 90d IRG definierten Zulässigkeitsvoraussetzungen beziehungsweise -hindernisse und die in § 90 e IRG definierten Bewilligungsvoraussetzungen beziehungsweise -hindernisse. Hierbei ist zwischen zwingenden Zulässigkeitshindernissen und Bewilligungshindernissen mit einem gewissen Ermessensspielraum zu differenzieren. Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen zählen unter anderem, dass bei eingehenden Ersuchen (die Übertragung der Bewährungsüberwachung von einem Mitgliedsstaat auf Deutschland) die verurteilte Person die deutsche Staatsangehörigkeit oder in Deutschland rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat und kein Verfahren zur Beendigung des Aufenthalts durchgeführt wird.<sup>10</sup> Im Weiteren sind die in Deutschland anerkannten zulässigen Bewährungsmaßnahmen aufgeführt. Die Dauer der Bewährungsüberwachung oder alternativen Sanktionen muss gemäß Urteil mindestens sechs Monate betragen.<sup>11</sup>

Der mehrstufige Verfahrensweg<sup>12</sup> für eingehende und ausgehende Ersuchen ähnelt sich. Die zuständige Bewilligungsbehörde (in der Regel die Staatsanwaltschaft) bei eingehenden Ersuchen in Deutschland bestimmt sich nach dem Wohnsitz der verurteilten Person. Wenn die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, das eingehende Ersuchen zu bewilligen, muss sie beim zuständigen Landgericht einen Antrag auf Zulässigkeit der Übertragung der Bewährungsüberwachung stellen. Die Prüfung des Vorliegens von Zulässigkeitsvoraussetzungen erfolgt durch das Landgericht. Nach erfolgter Bewilligungsentscheidung

---

8 Art. 1 Nr. 2 des Rahmenbeschlusses.

9 Art. 5 Nr. 1, Nr. 2 des Rahmenbeschlusses.

10 § 90b Abs. 1 S. 5 IRG.

11 § 90e Abs. 1 S. 4 IRG.

12 Der hier beschriebene Verfahrensweg weicht für verurteilte Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, ab, vgl. beispielsweise unter Berücksichtigung des Jugendstrafrechts *Rothärmel* (2016), S. 234.

durch die Staatsanwaltschaft ist das Landgericht für die Überwachung der verurteilten Person während der Bewährungszeit zuständig.

Bei ausgehenden Ersuchen hat die zuständige Vollstreckungsbehörde von Amts wegen zu prüfen, ob ein anderer Mitgliedsstaat um Übernahme der Bewährungsüberwachung ersucht werden soll. Ebenso muss die zuständige Vollstreckungsbehörde auf Antrag der verurteilten Person die Prüfung zur möglichen Übertragung der Bewährungsüberwachung einleiten. Bei der Übertragung der Bewährungsüberwachung von Deutschland (Sitz der zuständigen Vollstreckungsbehörde) auf einen anderen Mitgliedsstaat muss die verurteilte Person ausdrücklich zustimmen.<sup>13</sup>

Nach Art. 12 Nr. 1 des Rahmenbeschlusses und § 90i Abs. 2 IRG hat die zuständige Behörde des Vollstreckungsstaates sobald wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von 60 Tagen, nach Eingang des Urteils und gegebenenfalls der Bewährungsentscheidung über das Ersuchen zu entscheiden.

### **3. Bisherige Erfahrungen auf europäischer Ebene – wo stehen wir?**

Seit Verabschiedung des Rahmenbeschlusses sind mehr als neun Jahre vergangen. Im Jahr 2015 hatten erst 13 von 28 Mitgliedsstaaten den Rahmenbeschluss in das nationale Recht umgesetzt.<sup>14</sup> Zwischen 2015 und 2017 folgten 14 weitere Mitgliedsstaaten.<sup>15</sup> Der unterschiedliche Zeitpunkt der Implementierung des Rahmenbeschlusses verdeutlicht bereits die verschiedenen, teils wenigen Erfahrungen damit. Die Anwendung des Rahmenbeschluss in Europa zu fördern und die bestehenden Hindernisse zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten abzubauen, war für die CEP unter anderem der Anlass seit drei Jahren zu einem jährlichen *Expert Meeting* einzuladen, an denen 30 bis 37 Delegierte aus 20 bis 24 Mitgliedsstaaten teilnahmen. Die Teilnehmer kamen vermehrt aus den Justizministerien und der Bewährungshilfe, vereinzelt auch aus Staatsanwaltschaften und der Gerichtsbarkeit. Nach drei Jahren des Austausches auf europäischer Ebene lässt sich folgendes Fazit ziehen:

– *Informationsaufbereitung und -verbreitung:*

Die Mehrheit der anwesenden Delegierten berichteten von der großen

---

<sup>13</sup> § 90i Abs. 2 IRG.

<sup>14</sup> Görnig (2015).

<sup>15</sup> Damit haben 27 von 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union den Rahmenbeschluss umgesetzt. Aufgrund des anstehenden Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union wird hier (vorerst) keine Umsetzung erfolgen.



Herausforderung und Schwierigkeit, die jeweiligen Verfahrensbeteiligten (insbesondere Gerichte, die Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälte, Bewährungshelfer sowie die verurteilte Person als auch die Angehörigen) über den Rahmenbeschluss zu informieren. Die alleinige gesetzliche Implementierung sei kein Garant für die Anwendung und Umsetzung des Rahmenbeschlusses. Unklar sei weiterhin, wer in den jeweiligen Mitgliedsstaaten für die Weiterverbreitung verantwortlich sei, welche Informationen weiterzuleiten und wie diese für die Anwender praktikabel aufzubereiten seien. Ebenso bedarf es einer regelmäßigen Aktualisierung der Informationen. Unklar ist weiterhin, wie die betroffenen Personen über den Rahmenbeschluss informiert werden, insbesondere da in Deutschland eine rechtskräftig verurteilte Person einen Antrag auf Prüfung der Möglichkeit zur Übertragung der Bewährungsüberwachung und alternativer Sanktionen stellen kann und dieser von der zuständigen Behörde geprüft werden muss.

– *Heterogenität der Strafrechtssysteme in Europa:*

Unzureichende bis fehlende Kenntnisse über die verschiedenen Strafrechtssysteme, insbesondere über die unterschiedlichen normierten strafbaren Handlungen sowie die Heterogenität von Bewährungsaufgaben und -weisungen in Europa werden mehrheitlich als Hemmschwelle bewertet, um ein Ersuchen zur Prüfung der Abgabe einer Bewährungsüberwachung oder alternativen Sanktionen an einen anderen Mitgliedsstaat zu stellen. Die Schwierigkeiten beginnen jedoch bereits bei dem unterschiedlichen Verständnis von Begriffen und deren Interpretation. So kann bereits eine ungenaue oder inhaltlich anders lautende Übersetzung von Begrifflichkeiten zu einer unterschiedlichen Interpretation führen.

– *Amtssprache:*

Der Rahmenbeschluss verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ein Ersuchen zur Prüfung der Abgabe einer Bewährungsüberwachung oder alternativen Sanktion in der jeweiligen Amtssprache des Mitgliedsstaates zu stellen, an das die Abgabe erfolgen soll. Etliche Delegierte aus verschiedenen Mitgliedsstaaten berichteten, dass eingehende Ersuchen vermehrt aus formalen Gründen abgelehnt werden mussten, da die Anträge und dazugehörenden Dokumente entweder nicht in die Amtssprache des Mitgliedsstaates übersetzt waren, eine unzureichende Qualität der Übersetzung vorlag oder erforderliche Dokumente dem Ersuchen nicht beigelegt wurden.

– *Zuständigkeiten:*

Wie dem Rahmenbeschluss zu entnehmen ist, sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, entsprechende Ansprechpersonen zu benennen. Den

Rückmeldungen der Delegierten war zu entnehmen, dass dies in der Praxis scheinbar (noch) nicht funktioniert. Mehrheitlich sind die Ansprechpersonen und zuständigen Behörden aus den Mitgliedsstaaten nicht bekannt. Eingehende Ersuchen in Deutschland, in Anbetracht des föderalen Systems, an die entsprechende Vollstreckungsbehörde (dies sind die für den Wohnsitz der verurteilten Person zuständigen Staatsanwaltschaften in den Bundesländern) zu stellen, sei für die europäischen Nachbarländer eine besondere Herausforderung. Unklar ist weiterhin die Zuständigkeit bei Folgeentscheidungen, beispielsweise bei einem Widerruf.

– *60-Tage-Frist:*

Die im Rahmenbeschluss vorgesehene 60-Tage-Frist, nach der die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Ersuchens nach Eingang des Urteils im Vollstreckungsstaat vorliegen muss, sei deutlich zu kurz bemessen, so die mehrheitliche Rückmeldung der Delegierten.

– *Statistische Daten:*

Mehrheitlich wurden bisher in den Mitgliedsstaaten keine statistische Daten im Zusammenhang mit dem Rahmenbeschluss erhoben. Lediglich die Niederlande konnte statistische Daten während der Expert Meetings vorlegen. So erfolgten im Jahr 2016 circa 53 eingehende sowie 210 ausgehende Ersuchen. Europaweit sind jedoch bisher keine Aussagen über die Anzahl von Ersuchen sowie erfolgter Übertragung einer Bewährungsüberwachung oder alternativen Sanktion möglich.

Auf europäischer Ebene lassen sich bereits verschiedene Informationen und Materialien in Zusammenhang mit dem Rahmenbeschluss finden:

- Die Bibliothek des European Judicial Network (EJN)<sup>16</sup> erfasst den aktuellen Stand der Implementierung in den europäischen Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus lassen sich dort für die 27 Mitgliedsstaaten die erforderlichen Formblätter in der jeweiligen Landessprache (zum Beispiel für ausgehende Ersuchen, die Bescheinigung über die Annahme eines Ersuchens) sowie eine bisher unvollständige Übersicht über vorhandene Bewährungsaufgaben und -weisungen im jeweiligen Land und eine ebenfalls noch unvollständige Liste über die im jeweiligen Mitgliedsstaat zuständige Vollstreckungsbehörde finden.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> <https://www.ejn-crimjust.europa.eu/ejn/libcategories.aspx?Id=37>.

<sup>17</sup> Die Datenbank muss von den europäischen Mitgliedsstaaten selbst gepflegt werden und bildet daher nicht immer den aktuellen Stand der Implementierung ab.

- In der Datenbank ISTEP<sup>18</sup> sind die jeweiligen Sanktionsarten sowie vorhandene Bewährungsaufgaben und -weisungen der Mitgliedsstaaten abrufbar. Diese lassen sich recht schnell zwischen zwei Mitgliedsstaaten vergleichen, um die Passgenauigkeit zu überprüfen. Weitere Informationen sind dem veröffentlichten Handbuch zu entnehmen.
- *Probation Measures and Alternative Sanctions in the European Union*<sup>19</sup> lautet der Titel eines weiteren von der Europäischen Kommission geförderten Projektes zur Unterstützung der Umsetzung des Rahmenbeschlusses sowie zur Bereitstellung von Informationen über das Strafrechtssystem in den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle die Umsetzung und Anwendung des Rahmenbeschlusses in den Niederlanden. Die Niederlande wurden von verschiedenen Teilnehmern der *CEP Expert Meetings* als Best-Practice-Beispiel bezeichnet. Die Koordinierung von eingehenden und ausgehenden Ersuchen zur Übertragung einer Bewährungsüberwachung oder alternativen Sanktion erfolgt in den Niederlanden zentral durch das *International Desk of the Dutch Probation Service*.<sup>20</sup>

#### 4. Ausblick und Empfehlungen

Der EU-Rahmenbeschluss 2008/947/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternativen Sanktionen wurde vor neun Jahren von der Europäischen Union verabschiedet und 2015 ins deutsche Recht übertragen. Auf europäischer Ebene bestehen bisher nur wenige praktische Erfahrungen in der Anwendung des Rahmenbeschlusses. Für die stärkere Verbreitung des Wissens um den Rahmenbeschluss sowie deren Anwendung werden verschiedene Maßnahmen empfohlen:

- Zunächst sind in den jeweiligen Mitgliedsstaaten die zuständigen Behörden sowie Ansprechpartner auf einer zentralen Plattform (zum Beispiel EJN) transparent darzustellen. Für Deutschland wird empfohlen eine zentrale Koordinierungsstelle für eingehende und ausgehende Ersuchen einzurichten. Diese würde für die Mitgliedsstaaten bei eingehenden Ersuchen der erste Kontakt sein und die Dokumente an die jeweiligen zuständigen

---

18 <http://www.probationtransfers.eu>.

19 <http://www.euprobationproject.eu>.

20 Weitere Informationen unter <https://www.reclassering.nl/buitenland/bureau-buitenland>.

Behörden weiterleiten. Ebenso könnten sich die zuständigen Behörden bei ausgehenden Ersuchen an die bundesweit zuständige Koordinierungsstelle wenden. So müsste nicht jedes Justizministerium oder jede zuständige Behörde eigenständig bei ausgehenden Ersuchen den Kontakt zur jeweiligen zuständigen Behörde im europäischen Mitgliedsstaat pflegen.

- Die Bereitstellung relevanter Informationen über das jeweilige Strafrechtssystem ist ebenfalls zentral zu sammeln und zu pflegen, sowie in den jeweiligen Landessprachen zur Verfügung zu stellen.
- Die Bewährungshilfe, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte sowie Rechtsanwälte sind über Informationsmaterial und gegebenenfalls über E-Learning-Module über den Rahmenbeschluss zu informieren. Anhand von Musterbeispielen kann die Anwendung praxisnah dargestellt werden. Es sollten standardisierte Verfahrenswege implementiert werden.
- Verurteilte Personen sollten über einen Handzettel oder Flyer auf die Möglichkeit der Übertragung einer Bewährungsüberwachung und alternativen Sanktion informiert werden.
- Auf europäischer Ebene sind Best-Practice-Beispiele zu sammeln und den jeweiligen europäischen Mitgliedsstaaten zur Verfügung zu stellen.
- Auftretende Probleme und/oder Hindernisse sind auf nationaler Ebene zu sammeln und in einem Gremium auf europäischer Ebene zu diskutieren (zum Beispiel im Rahmen der CEP *Expert Meetings*), um gegebenenfalls Prozesse zu optimieren und anzupassen.

## Literatur

*European Union Agency for Fundamental Rights* (2016): Criminal detention and alternatives: fundamental rights aspects in EU cross-border transfers. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Görnig, S. (2015): Wo stehen wir auf dem Weg zu einer grenzübergreifenden Bewährungshilfe? Bericht über eine DBH-Fachtagung des DBH vom 15. - 15. November 2013. *Zgorzelec. Bewährungshilfe*, 62 (2), S. 139-144.

Rothärmel, M. (2016): Die grenzüberschreitende Abgabe und Übernahme der Bewährungsüberwachung nach Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/947/JII unter Berücksichtigung von Besonderheiten des Jugendstrafrechts. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 3, S. 232-234.

van Kalmthout, A.M./Durnescu, I. (2008): Probation in Europe. Nijmegen: Wolf Legal Publisher.

# **Evaluation der „Differenzierten Leistungsgestaltung“ bei den Sozialen Diensten in der Justiz des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

*Volker Bieschke und Carina Tetel*

## **Gliederung**

- |   |  |
|---|--|
| 1. Vorgeschichte  | 5. Mitarbeiterbefragung bei den Sozialen Diensten der Justiz |
| 2. Differenzierte Leistungsgestaltung (DL)                                      | 6. Ergebnisse der Aktenanalyse                               |
| 3. Der Forschungsauftrag  | 7. Die Legalbewährungsanalyse                                |
| 4. Forschungsdesign für die Evaluierung der Differenzierten Leistungsgestaltung | 8. Schlussbemerkungen  |

## **1. Vorgeschichte**

Bereits ein Jahr nach dem Beitritt des Staatsgebietes der ehemaligen DDR, nach deren Selbstauflösung, gemäß Art. 23 GG zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991 wurde im Zuge des Aufbaus von klassisch dreigeteilten Sozialen Diensten der Justiz (SDJ) im neu gegründeten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern als erste Weiterentwicklung der Vorbilder der westlichen Bundesländer die organisatorische Zusammenfassung von Bewährungs- und Gerichtshilfe und Führungsaufsicht beschlossen und durchgeführt. Dies bedeutete vor allem den Einsatz des gleichen Personals in verschiedenen Praxisfeldern, durchaus unter Berücksichtigung und Einbindung von Spezifizierungen und bisherigen Erfahrungen und Qualifizierungen.

Im Jahr 1996 erfolgte der schrittweise organisatorische Übergang der Zuständigkeit von den vier Landgerichten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (die an das OLG und dieses an die Abteilung I des Justizministeriums angebunden waren) auf die damalige Abteilung IV (Justizvollzug, Soziale Dienste der Justiz und Gnadenwesen) des Justizministeriums. Damit wurden zugleich die Weichen für einen Paradigmenwechsel gestellt.

Damit waren die Sozialen Dienste nicht mehr ‚verlängerter Arm‘ der Strafjustiz beziehungsweise ‚ungeliebtes Anhängsel‘ bei den Landgerichten, sondern integrierter Bestandteil eines Gesamtbereiches stationärer und ambulanter

Straffälligenhilfe. Von nun an wurden die Erfahrungen der Mitarbeiter,<sup>1</sup> ihre Wünsche und Anregungen, ihre Diskussionen und ihre Kritik mehr und mehr zu wesentlichen Bestandteilen eines Erneuerungsprozesses, der die Mitarbeiter mit ihrem Doppelmandat gegenüber ihren Klienten selbst im Mittelpunkt dieses Prozesses sah, akzeptierte und forderte.

So konnte im Jahr 2003 ein umfassender Organisationsentwicklungsprozess eingeleitet werden, dessen Ergebnis unter anderem die erste Standardisierung der Kernprozesse in Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe war. Beispielhaft war für diesen Entwicklungsabschnitt die Einführung von Qualitätshandbüchern mit verbindlichen Definitionen der konkreten Arbeitsabläufe in Gerichtshilfe, Bewährungshilfe und Führungsaufsicht. Im Jahr 2005 wurde dann die Bewährungshilfeplanung mit anamnестischen und diagnostischen Verfahren weiterentwickelt und die Bewährungshilfeaufträge verbindlich geregelt, ebenso wie die Interventionsplanung. Ein Staatssekretär der ‚lange Leine‘, ein innovativer Abteilungsleiter im Justizministerium, ein erfahrener und nun verantwortlicher Bewährungshelfer als Pionier sowie die Friedrich Ebert Stiftung als Verbündeter gemeinsam mit der Universität in Greifswald und einem Netzwerk bundesrepublikanischer Wegbereiter einer liberalen Strafrechtspolitik und eines Systems durchgängiger ambulanter und stationärer Strafrechtspflege waren das tragfähige Fundament einer solch produktiven Entwicklung, die ihren Anfang in den 1990er Jahren nahm und ihre wichtigsten Weichenstellungen in jener Zeit erhielt.

Im Jahr 2006 brachte, wie so oft in der jüngeren Kriminalgeschichte, ein trauriger Kriminalfall ein starkes mediales Echo und eine öffentliche Diskussion sowie einen Untersuchungsausschuss im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. Am Ende bewilligte der Landtag einen Stellenzuwachs von 25 % für die Sozialen Dienste. Im gleichen Jahr folgte dann konsequenterweise die organisatorische Selbständigkeit der Sozialen Dienste der Justiz von der Gerichtsorganisation und die Leitung durch einen Vertreter der eigenen Profession (Sozialpädagogik). In einem weiteren Schritt erfolgte dann im Jahr 2007 die Gestaltung der Übergänge zwischen der Bewährungshilfe und dem Justizvollzug sowie umgekehrt, unter der Bezeichnung „Integrale Straffälligenarbeit“ (abgekürzt: „InStar“). Leider mangelte es diesem guten Ansatz an einer Verstetigung und konsequenten Weiterführung<sup>2</sup> (siehe hierzu auch *Grosser* 2017). Im selben Jahr wurde eine Reihe von Mitarbeitern aus jeder Dienststelle in der spezifischen Arbeit mit Sexual- und Gewaltstraftätern besonders qualifiziert und es

---

1 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

2 *Grosser* (2016).

begann die Fallgruppenbildung in Bezug auf delinquenzorientierte Interventionen. Ebenso in dieser Zeit wurde dann auch die Konzeption für den Prozess der ‚Differenzierten Leistungsgestaltung‘ entwickelt, welche nach intensiver, interner Prozessdiskussion in der Mitarbeiterschaft und auf allen Hierarchiestufen im April des Jahres 2008 offiziell in die Praxis eingeführt wurde. Damit einher ging die Falldifferenzierung der Aufträge in Bewährungsaufsichtsfälle (BWH-Fälle) und Führungsaufsichtsfälle (FA-Fälle). Dies war ein dynamischer Prozess, denn die hierbei gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse, die man beispielsweise aus der Falldifferenzierung zog, wurden wiederum in den Prozess eingespeist und durch Nachjustierung versucht umzusetzen. Die Erfassung der Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter wurde beispielsweise ab dem Jahr 2009 nach einem Index vorgenommen, der sich nach Interventionskategorien/Fallgruppen differenziert gestaltete. Im Jahr 2010 erfolgte dann eine Ausweitung der überwachenden Interventionen für extrahierte Klientelgruppen der Führungsaufsicht (FA) durch die Landesvorschrift zur Überwachung von als solches eingestuftem „besonders gefährlichen und rückfallgefährdeten Gewalt- und Sexualstraftätern“ (FoKuS<sup>3</sup>), und der Einführung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ).

Im Jahr 2011 wurden die vier Führungsaufsichtsstellen an den vier Landgerichten zu einer zentralen Führungsaufsichtsstelle für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern zusammengeführt. Das bringt bei einem Flächenland von diesen Ausdehnungen (Ost-West-Ausdehnung circa 250 km) nicht nur positive Effekte, sondern für die Betroffenen auch enorme Fahrzeiten und Fahrtkosten mit sich. Die zentrale Führungsaufsichtsstelle und die neu geschaffene forensische Ambulanz wurden in Rostock nicht etwa den bereits autark agierenden Sozialen Diensten der Justiz unter Führung eines Bewährungshelfers zugeordnet, sondern in einer völlig neuen Behörde, dem sogenannten Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit (LaStar) zusammengefasst. Diese stand unter der Leitung eines Juristen und war, wie vorher bereits die Sozialen Dienste der Justiz, weiterhin der Abteilung II des Justizministeriums unterstellt. Dadurch wurde eine klare Priorisierung in der Auftragserteilung hin zu einer „offen punitive Ausrichtung“ verdeutlicht.<sup>4</sup> Die damalige Justizministerin konnte dann auch nach einem Jahr Betrieb des neuen Landesamtes unter anderem zufrieden feststellen, dass die Führungsaufsichts-Stelle:

---

3 Verwaltungsvorschrift betreffend das Überwachungskonzept für besonders rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter in Mecklenburg-Vorpommern – „Für optimierte Kontrolle und Sicherheit – FoKuS“, vom 25.07. 2012 (ABl. M-V 2012, S. 618). Analoge Programme mit bekannteren Namen wie „KURS“, „HEADS“, „ZÜRS“ etc. gibt es mittlerweile in allen Bundesländern.

4 Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2011).

„Bereits in den ersten Monaten ihres Bestehens [...] mehr Strafanträge gestellt [hat], als alle vier früheren Führungsaufsichtsstellen im Bundesland über Jahre gemeinsam“.<sup>5</sup> „Nicht mehr die soziale Integration von Verurteilten durch Unterstützung bei der Bewältigung der Lebensprobleme ist handlungsleitend, vielmehr sollten effizient arbeitende Kontrollinstanzen abschrecken. Repression und Abschreckung sollen Sicherheit produzieren“.<sup>6</sup> Mit dieser Implementierung und organisatorischen Neuaufstellung ging auch ein Wandel in der Organisations- und Führungskultur einher, wie die Mitarbeiter mehrheitlich berichteten. Der bis dahin kultivierte mitarbeiterbezogene Ansatz wurde nunmehr gänzlich verlassen und mit Ausscheiden des letzten Leiters der Sozialen Dienste der Justiz zog der ‚Top-Down-Ansatz‘ weitgehend in die Führungskultur des neugegründeten Landesamtes ein. Die innovative Kraft der ‚Weisheit‘ derjenigen zu nutzen, die Kreativität derjenigen zu entfalten, die die tägliche Arbeit am Klienten zu leisten haben und damit den besten Einblick in die Arbeitsabläufe haben, versagte man sich weitgehend.

Bei der Fallbelastung war ein Rückgang von 6.635 Fällen (2009)<sup>7</sup> auf 5.961 Fälle (2012), also auf rund 90 % des Fallniveaus des Jahres 2009 zu verzeichnen. Dies wäre gemeinsam mit der erhöhten Mitarbeiterzahl eine gute Grundlage für eine Kontaktausweitung mit den Probanden gewesen sowie für eine größere Tiefe und Intensität in der Fallgestaltung insbesondere in der Hilfestellung. Gleichzeitig waren aber durch die punitivere Anwendung der Führungsaufsicht deren Fallzahlen auf 818 Fälle angestiegen, was einer Steigerung auf 136 % entspricht.<sup>8</sup> Da sich die Führungsaufsichts-Fälle erfahrungsgemäß zeitintensiver und aufwändiger gestalteten, wurde ein Gutteil der freigesetzten Ressourcen hierfür gleich wieder verbraucht.

## 2. Differenzierte Leistungsgestaltung (DL)

Erfolgte bis zum Jahr 2008 die Einordnung der Bewährungsfälle, deren Zuordnung zu Bewährungshelfern und der Einsatz von Ressourcen für einzelne Fälle im Grunde auf der Basis von Individualentscheidungen und Erfahrungswerten, scheinbar willkürlich, so wurden nunmehr mit der sogenannten

---

5 Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2012).

6 Grosser (2016), siehe auch Bieschke/Tetal (2014), Punkt 7.

7 Dieser nennenswerte Rückgang ist nur teilweise auf Rückgang der Bewährungshilfefälle, sondern eher auf den „Einbruch“ der Gerichtshilfefälle zurück zu führen. Wie es dazu kam und was die Ursachen hierfür waren, wäre einer weiterführenden wissenschaftlichen Untersuchung vorbehalten, herauszufinden.

8 Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2010).



*Differenzierten Leistungsgestaltung* all diese Entscheidungen straff durchorganisiert, kategorisiert, strukturiert und standardisiert.

Das bedeutet im einzelnen Fall gibt es für jeden neuen Probanden der Bewährungshilfe (BWH) und der Führungsaufsicht (FA) nunmehr eine vorgeschaltete einheitliche Eingangsphase von drei Monaten. Eine Kategorisierung aller Probanden erfolgt nach eingehender Anamnese- und Diagnoseerstellung nach verschiedenen Interventionsbedarfen und unter Berücksichtigung des Hilfe- und Kontrollaufwandes. Eingeteilt wird in die Interventionskategorien: ‚Eingangsphase‘, ‚Formell‘, ‚Standard‘ und ‚Intensiv‘. Für die Zuordnung gelten klare Regeln und Maßgaben, für die einzelnen Interventionskategorien sind dazugehörige unterschiedliche Kontaktdichten vorgeschrieben. Ein Wechsel zwischen den Interventionskategorien ist in beide Richtungen möglich und auch hierfür sind klare Kriterien festgeschrieben. Ein Belastungsindex für die Mitarbeiter wurde erarbeitet, orientiert an der jeweiligen Interventionskategorie (Eingangsphase: 4, Intensiv: 4, Standard: 2, Formell: 1; Durchschnittsindex pro Mitarbeiter: 120). Die Erstkontakte sollen bei Strafrestaussetzungen regelmäßig vor der Entlassung stattfinden und bei allen anderen Fällen innerhalb der ersten 14 Tage der Bewährungs-/ Führungsaufsicht-Zeit erfolgen. Die Interventions-/Hilfeplanung soll konkrete Maßnahmen festlegen und sowohl kontrollierende und überwachende als auch helfende/unterstützende Komponenten haben.

Später wurden die Kategorien durch das Justizministerium um eine weitere, die sogenannte „Hochrisiko-Kategorie“ erweitert.

### 3. Der Forschungsauftrag

Die zum 1. April 2008 neu eingeführte *Differenzierte Leistungsgestaltung* bei den Sozialen Diensten der Justiz sollte durch den Kriminologischen Forschungsdienst im Strafvollzug Mecklenburg-Vorpommerns an der Fachhochschule für öffentliches Recht, Polizei und Rechtspflege des Landes in Güstrow evaluiert werden. Dabei sollte untersucht werden, ob bei den Probanden der Bewährungsaufsicht seit Einführung des neuen Systems weniger Bewährungswiderrufe durch Verstoß gegen Weisungen und Auflagen oder Begehung einschlägiger neuer Straftaten auftreten. Das Forschungsprojekt „Evaluation der Differenzierten Leistungsgestaltung bei den Sozialen Diensten der Justiz Mecklenburg-Vorpommern“ sollte im Auftrag des Justizministerium Mecklenburg-Vorpommerns aber auch Erkenntnisse zur Umsetzung des neuen Konzeptes der Differenzierten Leistungsgestaltung liefern. So war beispielsweise zu untersuchen, ob die Vorgaben zum Erstkontakt und zur Kontaktdichte zwischen den Sozialen Diensten und den Probanden in der Praxis durchzuhalten

sind, ob sich die Fallarbeit an der nunmehr vorgeschriebenen Diagnose sowie am Arbeitsauftrag orientiert und ob dies durch die jeweiligen Leitung der Geschäftsbereiche kontrolliert wird. Mittelfristig war weiterhin zu analysieren, ob sich durch die Differenzierte Leistungsgestaltung Rückfälle reduzieren lassen.

Eine zu bildende Untersuchungsgruppe (Bewährung/Führungsaufsicht seit 1. April 2008), bestehend aus 250 Probanden, sollte anhand einer Aktenanalyse mit einer Vergleichsgruppe verglichen werden, die aus einer zufällig gezogenen Stichprobe von wiederum 250 Probanden besteht, die vor dem 1. April 2008 (Cut-Off), jedoch nicht vor dem 1. Januar 2006 unter Bewährungsaufsicht gestellt wurden. Die Probanden in den beiden Gruppen wurden in jeweils folgende Untergruppen eingeteilt:

- Probanden, deren Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde – jeweils 100 Probanden,
- Probanden, deren Strafrecht nach § 57 StGB bzw. § 88 JGG zur Bewährung ausgesetzt wurde und die von der Bewährungshilfe in der Interventionskategorie Intensiv eingestuft wurden – jeweils 50 Probanden,
- Probanden, deren Strafrecht nach § 57 StGB bzw. § 88 JGG zur Bewährung ausgesetzt wurde und die von der Bewährungshilfe in der Interventionskategorie Standard eingestuft wurden – jeweils 50 Probanden und
- Probanden unter Führungsaufsicht – jeweils 50 Probanden.

Da eine Prämisse des Forschungsauftrages des Justizministeriums lautete: „Die Evaluation dauert an, bis die Anzahl der Probanden in allen Vergleichsgruppen erreicht worden ist (250 Probanden)“, zog sich die Datenerhebung über einen unerwartet langen Zeitraum, denn einige der vorbestimmten Kategorien waren sehr schwierig mit Datenmaterial anzureichern. So liegt es in der Logik der Sache, dass es kaum jugendliche Delinquenten gibt, die zwar als so gefährlich angesehen werden, dass sie der Führungsaufsicht unterstellt werden müssen, gleichzeitig aber wiederum als so wenig gefährlich gelten, dass sie in die Interventionskategorie ‚Standard‘ und nicht ‚Intensiv‘ eingeordnet werden können. Dies ist fast paradox, deshalb äußerst selten und demensprechend mit langer Wartedauer verbunden. Da die Führungsaufsichtsdauer in der Regel mit höchstens fünf Jahren zu veranschlagen war und durchaus auch für Bewährungszeiten durch Verlängerungen (über 10 % der Fälle) oder Aneinanderreihungen solche eine Dauer nicht außergewöhnlich war, musste man den Legalbewährungszeitraum von zwei Jahren noch einmal dazu rechnen, so dass von vorne herein durch den Forschungsauftrag eine Laufzeit des Projektes bis 2015 gegeben war,

Abbildung 1: Grundgesamtheit unterteilt in Gruppen und Subgruppen

Über die reine Aktenanalyse und die sich anschließende Überprüfung des sogenannten Legalbewährungszeitraums durch den Abgleich der Bundeszentralregisterauszüge nach Ablauf eines zweijährigen Legalbewährungszeitraums nach Ablauf der Bewährungs- beziehungsweise Führungsaufsichts-Zeit hinaus wurde nach Abstimmung mit dem auftraggebenden Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern auch das Fachpersonal der Gerichts- und Bewährungshilfe befragt, um dessen Arbeitssituation zu erfassen und das neue Konzept der Differenzierten Leistungsgestaltung aus ihrer Sicht zu überprüfen und gegebenenfalls schon während des Forschungsprojektes Anregungen für eine Weiterentwicklung zu eruieren.

## **5. Mitarbeiterbefragung bei den Sozialen Diensten der Justiz**

Die rund 60 % des Fachpersonals der Sozialen Dienste der Justiz, die an der anonymen, schriftlichen Befragung (2010) zur Beurteilung der im April 2008 eingeführten Differenzierten Leistungsgestaltung teilnahmen, repräsentierten in Geschlecht und Alter die Grundgesamtheit aller Mitarbeiter.

Von einem Fachdienstmitarbeiter wurden zum Zeitpunkt der Erhebung im Durchschnitt 59 Klienten und damit weniger als vor Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung betreut, im Mittel waren neun dieser Probanden der Intensiv-Gruppe zuzurechnen. Dennoch gab jeder zweite Mitarbeiter an, dass seine Arbeitsbelastung seit April 2008 im Durchschnitt um fast ein Drittel zugenommen habe.

Über die Hälfte der Mitarbeiter der Sozialen Dienste der Justiz meinte, dass die Differenzierte Leistungsgestaltung zu einer vereinheitlichten Arbeitsweise geführt habe. In der praktischen Arbeit wurde die Umsetzung der Vorgaben der Differenzierten Leistungsgestaltung (strukturierte und vereinheitlichte Anamnese, Diagnostik, Bewährungsplanung und -dokumentation) insgesamt positiv beurteilt. Des Weiteren konnten 62 % als ‚informierte Konzeptbefürworter‘ bezeichnet werden, denn über das Konzept der Differenzierten Leistungsgestaltung fühlten sich die Befragten im Vorfeld als eher ausreichend informiert, zudem hielten sie es für eher sinnvoll.

In der Regel konnten die Beschäftigten nach eigenen Angaben mindestens drei Viertel der Klienten einer der neu eingeführten Interventionskategorien: ‚Formell‘, ‚Standard‘ und ‚Intensiv‘, eindeutig zuordnen und alle Fälle in der zur Verfügung stehenden Zeit im Mittel eher gut bearbeiten.

Die Fristenregelungen zum Erstkontakt und zur Kontaktdichte wurden für sinnvoll erachtet und in der Praxis weitgehend umgesetzt. Einzig bei den Intensiv-Fällen traten vermehrt Schwierigkeiten auf, die festgelegten Kontaktierungsabstände einzuhalten. Dieses Bild wurde in der Aktenanalyse allerdings später nicht bestätigt. Dennoch war das Fachpersonal davon überzeugt, dass diese Klienten im Durchschnitt eher gut betreut werden konnten und sich der Kontrolldruck gegenüber dieser als problematisch einzuschätzenden Gruppe erhöht hat.

Mit ihrer Arbeit waren die Beschäftigten mehrheitlich zufrieden, allerdings wurden mehr Fort- und Weiterbildungsangebote gewünscht. Die Zusammenarbeit im Team wurde insgesamt positiv gesehen. In der Beurteilung der Institution fielen die Antworten sehr vorsichtig aus, im Durchschnitt wurde eine neutrale Position eingenommen. Nur eine Minderheit stand ihr (sehr) positiv oder (sehr) negativ gegenüber. Gelobt wurde am häufigsten die Strukturiertheit der Sozialen Dienste der Justiz, die Effektivität wurde hingegen bemängelt.

Knapp zwei Jahre nach Einführung des Konzeptes der Differenzierten Leistungsgestaltung zeigte sich, dass die Beschäftigten diese Neuerungen angenommen und in ihre praktische Arbeit implementiert hatten. Die dokumentarischen Vorgaben wurden umgesetzt und insgesamt, soweit es das Ziel der vereinheitlichten Arbeitsweise betraf, zumeist als positiv konnotiert. Dies galt auch für die Regelungen zum Erstkontakt und zur Kontaktdichte.

Jedoch nahmen sie auch eine Erhöhung ihrer Arbeitsbelastung wahr, was vor allem auf den erhöhten Dokumentationsaufwand zurückgeführt wurde. Vor allem wurde von den Sozialarbeitern immer wieder bemängelt, dass dieser zu Lasten der eigentlichen operativen Arbeit am Klienten gehe. Diese erhöhte Dokumentationspflicht wurde unter anderem deshalb eingeführt, um eine stärkere Transparenz der Arbeit der Sozialen Dienste der Justiz für Gerichte und Staatsanwaltschaften, politisch Verantwortliche und nicht zuletzt auch für die Probanden zu gewährleisten. Allerdings schien es hier noch einer gewissen Aufklärung der Gerichts- und Bewährungshelfer zu bedürfen, um ihre Befürchtungen auszuräumen, diese Transparenz diene der Kontrolle und Überwachung ihrer Arbeit. Es wurde durch die Mitarbeiter und durch die Führungskräfte eine deutliche Zunahme des Umfangs kontrollierender und überwachender sowie eine Abnahme unterstützender und betreuender Komponenten in der Arbeit wahrgenommen.

Es blieb zu erwarten, dass noch verbliebene Vorbehalte und Schwierigkeiten mit weiteren flankierenden Aufklärungsmaßnahmen und im Laufe der Zeit durch einkehrende Routine abgebaut werden können und die praktische Arbeit so weiter optimiert wird. Eine Wiederholung der Befragung nach ein bis zwei Jahren wurde unter anderem deshalb beim Auftraggeber angeregt, von diesem aber nicht aufgegriffen.

## 6. Ergebnisse der Aktenanalyse

Ausgewertet wurden Bewährungshilfe- beziehungsweise Führungsaufsichtsakten aus allen vier Landgerichtsbezirken des Landes Mecklenburg-Vorpommern und deren insgesamt neun Dienststellen, um eine höchstmögliche Gleichverteilung zwischen allen Landesteilen und Stadt und Land etc. zu gewährleisten und infrastrukturelle Unterschiede (z.B. unterschiedliche lange Fahrtwege des Bewährungshelfers zum Klienten) auszugleichen.

Bei den multivariaten Berechnungen kamen unter anderem Cox-Regression/Survivalanalysen und sogenannte „Kumulierte Überlebenswahrscheinlichkeiten“/Ereigniszeitanalysen zur Anwendung. Mit der Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung konnten die Bewährungswiderrufe (Vergleichsgruppe 15 %, Untersuchungsgruppe 17 %) nicht grundsätzlich reduziert werden. Das allerdings war auch nicht ein erklärtes Ziel der Organisations-Struktur-Reform. In der Untersuchungsgruppe kam es bei Führungsaufsicht seltener zum Bewährungswiderruf als bei Freiheits-/Jugendstrafe zur Bewährung und bei Strafrestaussatzung. Ob hier eine Risikoabwägung bei den Probanden möglicherweise eine abschreckende Wirkung die Ursache sein könnte, wäre eine spannende Frage, der man zukünftig nachgehen könnte. Der Bewährungswiderruf trat in den Kategorien ‚Standard‘ und ‚Intensiv‘ nach einer Strafrestaussatzung gleich häufig ein. Positiv ausgedrückt heißt das, dass die Probanden der Intensiv-Gruppe, bei denen ein Bewährungswiderruf eher erwartet wird, nicht häufiger eine neue Straftat begehen oder gegen Weisungen und Auflagen verstoßen, als die Probanden der Standard-Kategorie. Negativ ausgedrückt könnte man aber auch sagen, dass die höhere Betreuungsintensität bei den Probanden der Intensiv-Kategorie auch keine positiveren Effekte erzeugt, als bei den Standard-Kategorie-Probanden mit weniger Betreuungsaufwand.

Über alle Bewährungsstrafen und Führungsaufsichts-Fälle hinweg traten bei Probanden der Interventionskategorie Intensiv (24 %) nach zwei Jahren Bewährungswiderrufe häufiger auf als bei Probanden der Interventionskategorie Standard (10 %) (siehe *Abbildung 2*). Der Grund des Bewährungswiderrufs wurde vor und nach Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung dokumentiert.

Unsere Untersuchung bestätigte im Wesentlichen Befunde anderer Studien hinsichtlich der Zuordnung von Bewährungswiderrufen und bestimmten ungleich verteilten Deliktsschwerpunkten. So kommt es bei Diebstahl häufiger zum Bewährungswiderruf als bei Körperverletzung, bei einem Sexualdelikt kommt es seltener zum Bewährungswiderruf als bei Körperverletzung.

Bei Klienten mit Suchtproblematik tritt ein Bewährungswiderruf deutlich häufiger auf als bei Klienten ohne. Ein weiterer Faktor, der verstärkend auf den Rückfall beziehungsweise auf einen Verstoß gegen Weisungen oder

Auflagen wirkt, ist die Vordelinquenz. Auch dies entspricht anderen Ergebnissen der kriminologischen Forschung.

Bei ledigen Probanden ohne Partnerin oder Partner kommt es häufiger zum Bewährungswiderruf als bei Probanden mit Partnerin oder Partner und auch häufiger als bei Probanden, die vormalig einen Partner hatten. Ein weiterer, deutlicher Prädiktor für einen Bewährungswiderruf ist die unzureichende Bildung. In der Untersuchungsgruppe kommt es bei Probanden ohne Schulabschluss mehr als doppelt so häufig zum Bewährungswiderruf wie bei Probanden mit Schulabschluss.

Dennoch wiesen die Ergebnisse der Aktenanalyse auf erste Erfolge der Differenzierten Leistungsgestaltung hin, insbesondere bei der Dokumentation von Diagnose, Arbeitsauftrag und Fallarbeit.

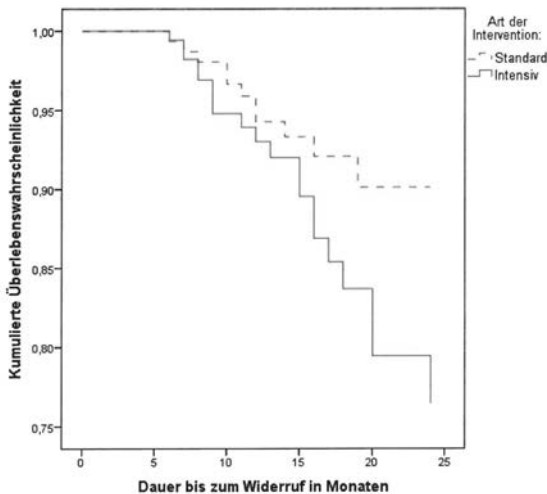


Abbildung 2: Survivalanalyse der Untersuchungsgruppe für Bewährungswiderruf nach Art der Intervention.

Der Erstkontakt zwischen dem Fachpersonal der Sozialen Dienste und den Delinquenten erfolgte in der Untersuchungsgruppe in knapp zwei Drittel aller Fälle innerhalb von 14 Tagen. Häufig lag es weder am Probanden noch an der Bewährungshilfe, dass der Erstkontakt nicht innerhalb von 14 Tagen zustande kam. In der Vergleichsgruppe, in der es die Vorgabe, dass der Erstkontakt innerhalb von 14 Tagen stattfinden sollte, noch nicht gab, kam der Erstkontakt allerdings auch schon in knapp der Hälfte der Fälle innerhalb von 14 Tagen zustande. In der Untersuchungsgruppe kam es bei Freiheits-/Jugendstrafe zur Bewährung nur in der Hälfte der Fälle zum Erstkontakt innerhalb von 14 Tagen. Dagegen kam bei

Strafrestaussetzung zur Bewährung der Erstkontakt bei 72 % der Probanden und bei Führungsaufsicht bei 70 % der Probanden innerhalb von 14 Tagen zustande.

In der Interventionskategorie ‚Intensiv‘ bei Strafrestaussetzung zur Bewährung erfolgte der Erstkontakt in 79 % der Fälle innerhalb von 14 Tagen und in der ‚Standard‘-Kategorie in 62 % der Fälle. Dies hat ganz offenbar mit einer wieder deutlich verbesserten Verzahnung zwischen stationärer und ambulanter Straffälligenarbeit zu tun. Den einst vorbildlichen Stand der Vernetzung wie vor Inkrafttreten der sogenannten Hartz-IV-Reform, durch die die Sozialen Dienste ebenso wie die Bundesagentur für Arbeit mit der sehr effektiv funktionierenden Überleitung aus der Haft in die Freiheit im Jugendvollzug zunächst einmal aus den Anstalten verdrängt wurden, hat dies jedoch noch nicht wieder erreicht.

Die Vorgaben zur Kontaktdichte nach Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung konnten in zwei Drittel der Fälle insbesondere in der Kategorie ‚Intensiv‘ nicht eingehalten werden. Dennoch war die Betreuungsdichte nach Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung höher als zuvor. 72 % der Probanden der Untersuchungsgruppe nahmen durchschnittlich einen Termin im Monat wahr und 20 % sogar zwei oder mehr Termine. In der Vergleichsgruppe nahmen 58 % der Probanden durchschnittlich einen Termin pro Monat wahr und nur bei 5 % der Probanden kam es zu zwei oder mehr Terminen.

Es besteht ein hochsignifikanter Zusammenhang zwischen der Einhaltung der Kontaktdichte und einem Bewährungswiderruf. Wird die Kontaktdichte nicht eingehalten, kommt es mehr als viermal so häufig zum Bewährungswiderruf wie bei Einhaltung der Kontaktdichte.

Positive Effekte der Differenzierten Leistungsgestaltung zeigen sich bei der Erstellung einer Diagnose. Eine Diagnose wurde bei 85 % der Probanden der Untersuchungsgruppe dokumentiert. Innerhalb der gebotenen drei Monate geschah dies bei 44 % der Probanden der Untersuchungsgruppe. In der Vergleichsgruppe wurde nur bei gut 40 % der Probanden eine Diagnose gestellt und nur in 6 % der Fälle innerhalb von drei Monaten.

Auch bei der Formulierung und Dokumentation eines Arbeitsauftrags zeichneten sich durch die Differenzierte Leistungsgestaltung positive Effekte ab. Ein Arbeitsauftrag wurde für die Untersuchungsgruppe mehr als doppelt so häufig erstellt (83 %) wie für die Vergleichsgruppe (39 %). Aber nur in 46 % der Fälle der Untersuchungsgruppe wurde der Arbeitsauftrag bereits vollständig den neuen Standards gerecht. Der Arbeitsauftrag prägte in 42 % der Fälle voll und ganz und in 39 % der Fälle teilweise die weitere Fallarbeit.

Die Planung enthielt in der Untersuchungsgruppe in 76 % der Fälle sowohl überwachende/kontrollierende als auch unterstützende/betreuende Komponenten, in 7 % der Fälle gab es nur überwachende/kontrollierende und in 14 % der Fälle nur unterstützende/betreuende Komponenten. Auch in der



Vergleichsgruppe war der Anteil an Fällen mit beiden Komponenten am größten (53 %), der Anteil der Fälle mit rein überwachenden/kontrollierenden Komponenten entsprach dem der Untersuchungsgruppe, aber der Anteil an Fällen mit nur unterstützenden/betreuenden Komponenten (31 %) war deutlich größer als in der Untersuchungsgruppe.

Erfolge und Misserfolge der Probanden waren vor und nach der Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung gut dokumentiert.

## **7. Die Legalbewährungsanalyse**

Den Abschluss der Evaluation der Differenzierten Leistungsgestaltung bei den Sozialen Diensten der Justiz bildete die Untersuchung der Legalbewährung der Probanden vor und nach den Neuerungen in der Bewährungshilfe. Die Grundlage der Analyse bildeten die Daten der Aktenanalyse, die in den vorherigen Abschnitten vorgestellt wurden. Für alle Probanden der Aktenanalyse ( $n = 875$ ) wurden Bundeszentralregisterauszüge beantragt, um die weitere justizielle Karriere der Probanden einzusehen. Geplant war jeweils zwei Jahre nach Beendigung der Bewährungsunterstellung die Daten aus dem Bundeszentralregister beantragen. Tatsächlich eingeholt wurden die Auszüge im Schnitt sechs Jahre nach Bewährungsbeginn, in der Vergleichsgruppe bis zu elf Jahre nach Bewährungsbeginn. Dieser lange Zeitraum führte dazu, dass das Anlassdelikt einiger Personen und auch ihre möglichen Rückfallstraftaten im Bundeszentralregister schon wieder getilgt waren.

20 Personen (2,3 %) waren verstorben oder im Bundeszentralregister nicht mehr auffindbar. Für die restlichen 855 Personen wurden Informationen aus dem Bundeszentralregister geliefert, darunter bei 132 Personen (15 %), dass kein Eintrag vorlag. Dies kann bedeuten, dass das Anlassdelikt bereits getilgt wurde und kein Rückfall erfolgte. Es kann aber auch bedeuten, dass auch Wiederverurteilungen schon getilgt wurden.

Die Anteile der Probanden ohne Eintrag im Bundeszentralregister unterscheiden sich in den beiden Gruppen. In der Untersuchungsgruppe sind 11 % ohne Eintrag im Bundeszentralregister, in der Vergleichsgruppe 18 %. Besonders betroffen ist die Sanktionsgruppe der Jugendstrafe mit Bewährung. Hier sind in der Untersuchungsgruppe 27 % ohne Eintrag im Bundeszentralregister und in der Vergleichsgruppe 38 %. Der prozentuale Unterschied deutet darauf hin, dass mehr Fälle in der Vergleichsgruppe getilgt wurden. Die Tilgungsfrist bei Jugendstrafe zur Bewährung beträgt fünf Jahre (§ 46 BZRG). Die Frist beginnt mit dem Tag des ersten Urteils. Dieser Tag bleibt auch maßgebend, wenn eine Gesamtstrafe oder eine einheitliche Jugendstrafe gebildet wurde (§ 36 BZRG). Bei

Freiheitsstrafen nach den StGB und bei Führungsaufsicht gab es die Tilgungsproblematik nicht, da hier die Tilgungsfrist mindestens zehn Jahre beträgt.

Als Rückfall wurde in der weiteren Untersuchung, wenn nicht spezielle Rückfallarten untersucht wurden und darauf hingewiesen wurde, jede Straftat definiert, die innerhalb von drei Jahren ab Beginn der Bewährungsunterstellung begangen und gerichtlich sanktioniert wurde. Rückfall ist somit nach der hier verwendeten Definition jede Wiederverurteilung; es muss sich dabei nicht unbedingt um ein einschlägiges Delikt handeln, sondern alle Delikte, sowohl leichte wie schwere Straftaten, werden als Rückfall gewertet. Rückfallzeitraum ist der Zeitraum zwischen dem Beginn der Bewährungsunterstellung und dem ersten registrierten nachfolgenden Tatdatum. Bei Bundeszentralregisterauszügen ohne Eintrag wird auch ein, in der Aktenanalyse vermerkter, Widerruf wegen einer neuen Straftat als Rückfall gewertet.

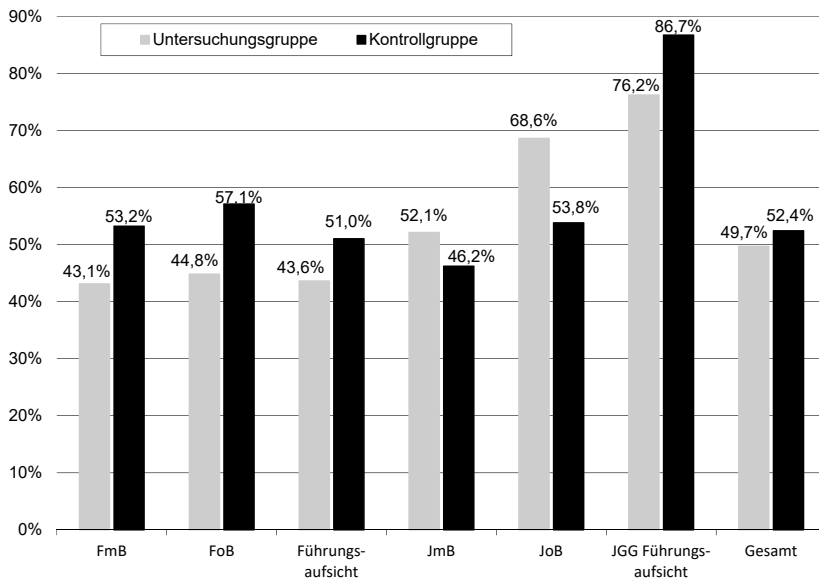


Abbildung 3: Rückfallrate innerhalb 3 Jahren nach Bewährungsbeginn

In Abbildung 3 sind die Rückfallraten nach Sanktionsart getrennt für die Untersuchungs- und Vergleichsgruppe dargestellt. Die grauen Säulen zeigen die Rückfallraten der Untersuchungsgruppe, der Beginn der Bewährungsunterstellung lag zwischen April 2008 und Oktober 2010. Die schwarzen Säulen sind die Säulen der Vergleichsgruppe, der Beginn der Bewährungsunterstellung lag zwischen Januar 2006 und März 2008. Die letzten Säulen zeigen die Rückfallraten jeweils der

gesamten Gruppe. 50 % der Untersuchungsgruppe und 52 % der Vergleichsgruppe wurden innerhalb von drei Jahren wieder verurteilt. Das entspricht keinem signifikanten Unterschied. Die Rückfallraten vor und nach den Neuerungen in der Bewährungshilfe sind im Gesamten grundsätzlich in etwa gleich.

Bei den Freiheitsstrafen sind die Rückfallraten in der Vergleichsgruppe etwas höher als in der Untersuchungsgruppe. Das weist auf eine leichte Tendenz eines positiven Effekts der Umstellung in der Bewährungshilfe hin.

Die „niedrigeren“ Rückfallraten bei Jugendstrafen in der Vergleichsgruppe hängen mit den Tilgungen der Einträge im Bundeszentralregister zusammen. Auffällig hier ist, dass in der Vergleichsgruppe die Rückfallraten nach Jugendstrafen niedriger sind als die Rückfallraten nach Freiheitsstrafen. Dies weist eindeutig auf Tilgungsverluste hin. Die Rückfallraten nach Jugendstrafen sind altersbedingt immer höher als die Rückfallraten nach Freiheitsstrafen.<sup>9</sup> Die Rückfallraten der Jugendstrafen mit und ohne Bewährung in der Vergleichsgruppe sind nicht niedriger als die in der Untersuchungsgruppe, dieser Eindruck entsteht nur durch die Tilgungsverluste der Daten aus dem Bundeszentralregister.

Am Höchsten sind die Rückfallraten nach Jugendstrafe und Führungsaufsicht, in der Untersuchungsgruppe 76 % und in der Vergleichsgruppe 87 %. Hier ist somit durch die Umstellung in der Bewährungshilfe eine positive Tendenz erkennbar.

*Tabelle 1: Anzahl rückfälliger Probanden in Untersuchungs- und Kontrollgruppe innerhalb 3 Jahren nach Bewährungsbeginn*

FmB		FoB		Führungs- aufsicht		JmB		JoB		JGG Führungs- aufsicht		Gesamt	
UG	VG	UG	VG	UG	VG	UG	VG	UG	VG	UG	VG	UG	VG
102	156	87	91	39	49	48	173	35	39	21	15	332	523

Im Weiteren wurde untersucht, was die schwerste Folgeentscheidung innerhalb drei Jahren getrennt nach Sanktionsgruppen, Untersuchungs- und Vergleichsgruppe ist. Hier stellte sich heraus, dass zwar die Rückfallraten nach Freiheitsstrafen in der Untersuchungsgruppe etwas niedriger sind als die in der Vergleichsgruppe, dass aber die schwerste Folgeentscheidung, eine Haftstrafe, in der Untersuchungsgruppe nicht seltener vorkommt als in der Vergleichsgruppe. Nach einer Freiheitsstrafe zur Bewährung wurden in der Untersuchungsgruppe innerhalb von drei Jahren 19 % der Probanden mit einer Haftstrafe sanktioniert, in der Vergleichsgruppe 14 %. Nach einer Haftstrafe

<sup>9</sup> Jehle et al. (2013), S. 47; (2016), S. 43.

wurden in der Untersuchungsgruppe 23 % und in der Vergleichsgruppe 24 % erneut mit einer Haftstrafe sanktioniert.

Die Rückfallraten unterscheiden sich stark bei einzelnen Deliktsgruppen. War das Anlassdelikt ein Diebstahl kommt es bei 59 % der Probanden der Untersuchungsgruppe ( $n = 63$ ) und bei 67 % der Probanden der Vergleichsgruppe ( $n = 89$ ) zu einer Wiederverurteilung innerhalb drei Jahren. Auch nach Raub sind die Rückfallraten sehr hoch, 57 % der Probanden der Untersuchungsgruppe ( $n = 42$ ) und 65 % der Probanden der Vergleichsgruppe ( $n = 68$ ) werden rückfällig. Deutlich niedriger sind die Rückfallraten nach einem Sexualdelikt oder einem Tötungsdelikt. 27 % der Probanden der Untersuchungsgruppe ( $n = 11$ ) werden nach einem Tötungsdelikt wieder verurteilt, 33 % der Probanden der Vergleichsgruppe ( $n = 18$ ). Nach einem Sexualdelikt werden 26 % der Probanden der Untersuchungsgruppe ( $n = 34$ ) und 29 % der Probanden der Vergleichsgruppe ( $n = 51$ ) rückfällig. Als Rückfall zählt hier, wie anfangs erwähnt, jedes Delikt, nicht unbedingt ein einschlägiges. Der Gruppenunterschied zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppe ist jeweils nicht signifikant.

Nach einem Diebstahl kommt es in der Untersuchungsgruppe bei 19 % der Probanden zu einem einschlägigen Rückfall, in der Vergleichsgruppe bei 29 % der Probanden. Nach Raub kommt es zwar sehr häufig zu einer Wiederverurteilung, aber sehr selten zu einer einschlägigen. Nur bei 5 % der Probanden der Untersuchungsgruppe und bei 2 % der Probanden der Vergleichsgruppe ist das Rückfalldelikt wieder ein Raub. Das Rückfalldelikt ist meist ein leichteres Delikt. Bei Sexualdelikten kommt es kaum und bei Tötungsdelikten fast gar nicht zu einschlägigen Rückfällen. Diese Ergebnisse entsprechen auch den Ergebnissen der bundesweiten Rückfalluntersuchung von *Jehle et al.* (2016).<sup>10</sup> Bei den Deliktskategorien gibt keine signifikanten Gruppenunterschiede zwischen Untersuchungs- und Vergleichsgruppe.

Vergleicht man in der Untersuchungsgruppe die Rückfallraten der Interventionskategorie ‚Intensiv‘ ( $n = 178$ ) mit den Rückfallraten der Interventionskategorie ‚Standard‘ ( $n = 154$ ) zeigt sich kein Unterschied. Wegen der Tilgungsverluste wurde dieser Vergleich ohne die Jugendstrafe mit und ohne Bewährung berechnet. Die Rückfallrate beträgt innerhalb von drei Jahren für die Probanden der Interventionskategorie ‚Standard‘ 45 % und für die Probanden der Interventionskategorie ‚Intensiv‘ 46 %.

Mit Hilfe einer logistischen Regression wurde der Einfluss einiger Faktoren auf den Rückfall untersucht. Kein signifikanter Unterschied zeigt sich grundsätzlich bei der Untersuchungs- und Vergleichsgruppe. Großen Einfluss auf den Rückfall hat die Anzahl an Vorregistrierungen. Schon bei einer Vorregistrierung kommt

---

10 *Jehle et al.* (2016), S. 94 ff.

es mehr als dreimal häufiger zum Rückfall als ohne. Suchtproblematik hat einen signifikanten Einfluss auf den Rückfall. Liegt diese vor, kommt es 2,5-mal so häufig zu einem Rückfall wie ohne. Wurde die Kontaktdichte nicht eingehalten, ist ein Rückfall 1,6-mal so häufig wie bei deren Einhaltung. Der Zeitpunkt des Erstkontakts hat keinen Einfluss auf die Rückfallwahrscheinlichkeit.

Als letztes werden speziell die Gruppen mit und ohne Suchtproblematik verglichen (*Abbildung 4*). Liegt keine Suchtproblematik vor, dann unterscheiden sich die Rückfallraten in einem Zeitraum von drei Jahren nicht signifikant. Liegt hingegen eine Suchtproblematik vor, ist das Rückfallrisiko nach der Umstellung in der Bewährungshilfe (57 %) signifikant niedriger als vor der Umstellung (69 %). Das heißt, bei speziellen Klienten hilft die neu eingeführte intensivere Betreuung.

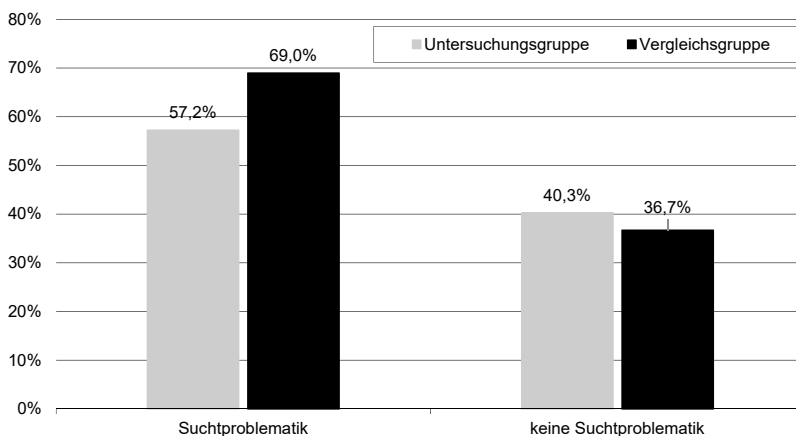


Abbildung 4: Rückfallrate innerhalb 3 Jahren nach Bewährungsbeginn mit und ohne Suchtproblematik<sup>11</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen:

- Grundsätzlich verändert sich durch die Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung in der Bewährungshilfe das Rückfallrisiko nicht.
- Aber nach Freiheitsstrafen zeigte sich eine leichte Tendenz zu einer niedrigeren Rückfallrate.
- Die Einhaltung der Kontaktdichte wirkt sich positiv auf die Legalbewährung aus.

11 Mit Suchtproblematik: Untersuchungsgruppe:  $n = 173$ , Vergleichsgruppe  $n = 232$ ; keine Suchtproblematik: Untersuchungsgruppe  $n = 144$ , Vergleichsgruppe  $n = 259$ .

- Der Zeitpunkt des Erstkontakts mit der Bewährungshilfe hat keinen Einfluss auf die Legalbewährung.
- Die Art der Intervention, ‚Standard‘ oder ‚Intensiv‘, hat keinen Einfluss auf die Legalbewährung.
- War die Bezugstat Raub oder Diebstahl kommt es häufig zu einer Wiederverurteilung.
- Relativ selten kommt es nach einem Sexualdelikt oder einem Tötungsdelikt zu einer erneuten Verurteilung.
- Nach einem Diebstahl kommt es häufig erneut zu einem Diebstahl.
- Dagegen kommt es nach Raub zwar häufig zu einer Wiederverurteilung, aber sehr selten wieder zu einem Raub. Das Folgedelikt ist meist eine leichtere Straftat.
- War das Bezugsdelikt ein Sexualdelikt kommt es kaum zu einem einschlägigen Rückfall.
- Starken Einfluss auf die Rückfallwahrscheinlichkeit hat die Vorstrafenbelastung.
- Bei Klienten mit Suchtproblematik tritt ein Rückfall deutlich häufiger auf als bei Klienten ohne Suchtproblematik.
- Bei Klienten mit Suchtproblematik hat die Einführung des neuen Systems einen positiven Einfluss auf die Legalbewährung.
- Die Einführung des neuen Systems in der Bewährungshilfe führt zwar nicht grundsätzlich zu einer deutlichen Senkung der Rückfallrate, aber es zeigen sich positive Effekte.

## 8. Schlussbemerkungen

- Die ursprüngliche Aufgabenstellung zur Vereinheitlichung, Standardisierung und Straffung der Arbeitsprozesse sowie zum effektiveren Einsatz der Ressourcen, insbesondere für Schwerpunktaufgaben, scheint mit der Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung weitgehend gelungen zu sein. Eine später oftmals aus dem politischen Raum formulierte Überforderung dieser Arbeitsmethodik, wie die erwartete Reduzierung der Bewährungsrückfälle, Abbrüche oder gar Rückfallraten bei erneuten Straftaten, konnte absehbar nicht erfüllt werden und wurde auch nicht erfüllt.

- Die Differenzierte Leistungsgestaltung – ein aus dem System selbst entwickeltes Element zur Effektivierung und Strukturierung der Leistungsverbesserung der Sozialen Dienste der Justiz unter hoher Mitarbeiterbeteiligung – wurde zunehmend zum Leitungsinstrument unter Aussparung breiter Kreise der Mitarbeiter und zum Bestandteil einer Gesamtstrategie zur Umgestaltung der Sozialen Dienste der Justiz von einer vordergründig sozialen Hilfsinstitution im Zwangskontext mit Doppelmandat hin zu einer Sicherheitsbehörde mit immer noch Doppelmandat aber mit eindeutiger Verschiebung zur Kontrolle und Überwachung hin. Die Resozialisierungsprogrammatik, in der es neben der Rückfallvermeidung immer auch um den Ausgleich sozialer und individueller Problemlagen der Klienten geht, wird auf einen einseitigen, risikoorientierten Arbeitsansatz reduziert.<sup>12</sup> Während es in der Vergleichsgruppe noch 31 % der Fälle gab, die nur unterstützende und betreuende Maßnahmen in der Fallarbeit dokumentiert hatten, gab es dieses Phänomen vier Jahre nach Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung in der Untersuchungsgruppe nur noch bei 14 % der Fälle – also etwa der Hälfte.
- Die Bewährungshelfer haben in vielen Gesprächen über unzählige Beispiele für die von ihnen wahrgenommene Entwicklung zum ‚Hilfssheriff‘ für Polizei und Staatsanwaltschaft berichtet. Arbeitsbedingungen, Auswirkungen auf Gesprächssetting und Arbeitsraumausgestaltung, auf Dienstzeit-Überwachungssysteme, auf elektronische Personenschutzsysteme und ähnliches, wo konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Leitung werden zunehmend durch Misstrauen und verstärkte sicherheitspräventive Direktiven ersetzt. Überbetonung der Sicherheits- und vor allem Kontrollrelevanzen gegenüber dem sozialen Hilfsauftrag, permanente Checklisten und Formulardschunegel ersticken beziehungsweise lähmen zunehmend die selbstverantwortliche Arbeit mit den Klienten. Auf die damit verbundenen tiefgreifenden Gefahren wurde bereits in einem Beitrag im Jahr 2014 verwiesen.<sup>13</sup> Wenn es erst gelungen ist, eine Generation von Bewährungshelfern zu installieren, die es gar nicht mehr anders kennengelernt hat und das Primat von Kontrolle und Überwachung als selbstverständlich betrachtet, wird eine Umkehr nur schwerlich vorstellbar.
- Freie Straffälligenhilfe wird trotz der personellen Notwendigkeit und der vorhandenen sehr guten Erfahrungen beispielsweise im Projekt der EFS-Vermeidung Ende der 1990er Jahre in Mecklenburg-Vorpommern scheinbar so gut wie nicht als Ressource genutzt. Auch hier weist *Grosser* auf die sehr

---

<sup>12</sup> *Grosser* (2016).

<sup>13</sup> *Bieschke/Tetal* (2014), Pkt. 7.

erfolgreichen Beispiele aus anderen Bundesländern, zum Beispiel aus Schleswig-Holstein, als gute Vergleichsbasis für ein sogenanntes Flächenland hin. Hier sollten sich die Verantwortlichen durch rasches Umdenken durch Vernetzen mit der Landschaft der Freien Träger dieser Verstärkung versichern.

- Bei der Untersuchung fiel auf, dass es scheinbar kein institutionsübergreifendes Prozessverständnis der komplexen Resozialisierungsarbeit gibt, von dem aus die Probleme der Entlassung sowie der sozialen Integration von Inhaftierten und mit ambulanten Sanktionen belegten Delinquenten bewältigt werden können. Daten- und Informationsaustausch dient ausschließlich der sichereren Handhabung der Klienten und der Absicherung der Institution, nicht aber der besseren Integration der Probanden. Ein Beispiel hierfür ist, dass es keine Vernetzung, Vereinbarungen oder lokale Verbünde mit der Bundesagentur für Arbeit, kommunalen Arbeitgebern, Wohnungsgesellschaften, Bildungsträgern etc. zu geben scheint. Diese sind dem einzelnen Bewährungshelfer überlassen und überfordern ihn dadurch völlig; institutionell werden sie nicht geregelt, weder von Landesregierung, noch vom Justizministerium noch von Dienststellenleitungen.
- Dem Justizministerium wurde gegenüber angeregt, parallel zum laufendem Forschungsprojekt wichtige Parameter der Falldatenanalyse der Evaluierung der Differenzierten Leistungsgestaltung für spätere Folgeevaluierungen im vereinfachten Verfahren (ohne erneutes, aufwendiges Aktenstudium) in die elektronische Falldokumentation der Bewährungshelfer dauerhaft zu integrieren, zum Beispiel: Erstkontakt zum Bewährungshelfer, Kontaktdichte, Interventionskategoriezuordnung und -wechsel, Diagnostik etc. Ähnliches wird in Bayern praktiziert und ermöglicht dort eine fortlaufende Übersicht über bestimmte Entwicklungen ohne jeweils aufwendige Aktenanalysen und Evaluierungen. Leider wurden diese Anregungen bisher nicht aufgenommen, sollten aber von den Verantwortlichen des LaStar zukünftig erneut diskutiert werden.
- Trotz eigenen Anspruchs und entsprechender Deklaration erfüllen die ministeriellen Erfolgsmeldungen und ‚Heilsversprechungen‘ in Pressemitteilungen<sup>14</sup> nicht durchgängig die in der Wirklichkeit sich abbildende und empirisch feststellbare Realität. Das trifft auf das Projekt ‚Integrale Straffälligenarbeit‘ („InStar“) genauso zu, wo weder die Gruppe der Vollverbüßer ohne Anschlussstrafe berücksichtigt und damit unbetreut bleiben, genau wie die Gruppe der aus der U-Haft-Entlassenen,<sup>15</sup> wie es bei der Differenzierten

---

<sup>14</sup> Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2010).

<sup>15</sup> Grosser (2016).



Leistungsgestaltung auf die Erstkontakte regelmäßig innerhalb der ersten 14 Tage nach Haftentlassung zutrifft und auch nicht die vorgeschriebenen Kontrollen der Vorgesetzten bei Fällen der Intensiv-Kategorie. Es trifft nicht auf die Kontaktdichte zu und auch nicht auf die Rückfälle. So können die empirischen Befunde der wissenschaftlichen Studien kaum zu Steuerungsinstrumenten in der Führungstätigkeit werden, sondern verkommen allemal zu stumpfen Schwertern. Das empirische Material wird nach Belieben nur noch selektiv zur Bestätigung eigener politischer Erfolge beansprucht. Etikettierungen wie ‚bundesweit einmalig‘ und ‚bundesweit erstmalig‘ und ‚Internationale Anerkennung‘ werden von Praktikern dann schnell als „Potemkinsche Dörfer“ ausgemacht und die viele gute Arbeit der fleißigen redlichen Kollegen in einem solchen System damit oft zu Unrecht unter einen solchen Schatten gestellt.

## Literatur

- Bieschke, V./Tetal, C. (2014): Die Einführung der Differenzierten Leistungsgestaltung bei den Sozialen Diensten der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern (SDJ) – erste empirische Befunde. In: Niggli, M.A./Marty, L. (Hg.): Risiken der Sicherheitsgesellschaft. Sicherheit, Risiko & Kriminalpolitik. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 120-133.
- Grosser, R. (2016): Zu kurz gesprungen? Forum Strafvollzug, 4, S. 290 - 293.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J., Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2013): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2007 bis 2010 und 2004 bis 2010. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C. (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen. Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2010): Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU): „Bewährungshilfe, Führungsaufsichtsstellen und forensische Ambulanz sollen in einem Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit zu einer schlagkräftigen Einheit konzentriert werden – bundesweit einmaliges Vorhaben!“, in: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/jm/Aktuell/?id=24106&processor=processor.sa.pressemitteilung> [letzter Aufruf: 05.02.2018].
- Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2011): Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU): „Landesamt bietet große Chance, Vorreiterrolle im Bereich der ambulanten Straffälligenarbeit bundesweit auszubauen!“, in: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/jm/Aktuell/?id=26553&processor=processor.sa.pressemitteilung> [letzter Aufruf: 05.02.2018].
- Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern (2012): Justizministerin Uta-Maria Kuder: „1 Jahr Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit – Führungsaufsicht ist kein stumpfes Schwert mehr!“, in: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/jm/Aktuell/?id=35618&processor=processor.sa.pressemitteilung> [letzter Aufruf: 05.02.2018].

# Norminternalisierung durch Polizeiarbeit? Zur Bedeutung der Procedural Justice Theory im Hinblick auf die positive Generalprävention

*Rita Haverkamp und Meike Hecker*

## Gliederung

- |                               |                                  |
|-------------------------------|----------------------------------|
| 1. Einleitung                 | 4. Fallstudie Kriminalprävention |
| 2. Positive Generalprävention | 5. Fazit                         |
| 3. Procedural Justice Theory  |                                  |

## 1. Einleitung

In den Strafzwecktheorien wird die Bedeutung von Strafe für eine positive Generalprävention hervorgehoben. Das Rechtssystem unterstützt normative Verhaltenserwartungen durch die Bestrafung von Normverstößen. Mit Rekurs auf die Procedural Justice Theory (PJT) kann der Blick auf die Funktion des Rechtssystems zur Bestätigung gemeinschaftlicher Normen erweitert werden. Eine generalpräventive Wirkung von Strafverfolgung ist nicht lediglich in der Strafe selbst zu suchen, sondern ebenso in der Legitimität des Rechtssystems. Nach der PJT ist Normakzeptanz von der individuellen Wahrnehmung abhängig, dass Normen moralisch gerechtfertigt sind. Diese Überzeugung resultiert aus der Übereinstimmung einer Norm mit den persönlichen Wertvorstellungen und aus der Überzeugung heraus, dass die gesetzgebende Instanz zur Durchsetzung der Norm legitimiert ist. Legitimitätswahrnehmung basiert auf positiven persönlichen und virtuellen Erfahrungen mit dem Rechtssystem beziehungsweise seinen Vertretern – überwiegend der Polizei – und dem Vertrauen, das aus diesen Erfahrungen gewonnen wird. Anhand von Befragungsdaten aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt „Aspekte einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt“ (VERSS)<sup>1</sup> wird gezeigt, dass das persönliche Polizeivertrauen von der Erfahrung abhängig ist, dass sich die Polizei im persönlichen Kontakt fair und respektvoll verhält.

---

<sup>1</sup> Vgl. die in diesem Rahmen entwickelten Leitlinien *Ammicht Quinn et al.* (2017).

## 2. Positive Generalprävention

Unter den Straftheorien stößt die Theorie der positiven Generalprävention auf breiten Zuspruch und wird „heute als die reifste der zeitgenössischen Strafzielbestimmungen“<sup>2</sup> bezeichnet. Die Rechtsprechung verortet die positive Generalprävention insbesondere in dem Begriff der ‚Verteidigung der Rechtsordnung‘ und bestimmt den positiven generalpräventiven Zweck der Strafe im Rahmen der Vereinigungstheorien folgendermaßen: „Der positive Aspekt der Generalprävention wird gemeinhin in der Erhaltung und Stärkung des Vertrauens in die Bestands- und Durchsetzungskraft der Rechtsordnung gesehen [...]. Es gehört zu den Aufgaben der Strafe, das Recht gegenüber dem vom Täter begangenen Unrecht durchzusetzen, um die Unverbrüchlichkeit der Rechtsordnung vor der Rechtsgemeinschaft zu erweisen und so die Rechtstreue der Bevölkerung zu stärken [...]“.<sup>3</sup> Demnach liegen die Bereitschaft zur Normbefolgung und das Vertrauen in das Recht vor, wenn dessen Durchsetzung bei Rechtsbrüchen durch Sanktionierung gewährleistet ist; infolgedessen wird das allgemeine Rechtsbewusstsein befriedet und Rechtstreue eingeübt.<sup>4</sup> Eine diese intendierten Wirkungen erzeugende Strafrechtspflege ist daher auf die normative Akzeptanz des Rechts durch die Bevölkerung angewiesen, wobei diesbezügliche sozialwissenschaftliche Erkenntnisse einfließen.<sup>5</sup> Um Richterspruch und Rechtsempfinden in Einklang zu bringen, kommt die Gerechtigkeit durch die Verhängung der Strafe, die der Täter verdient, ins Spiel.<sup>6</sup> Aber „[i]nsofern sind die Wirkungen der Strafe im Verständnis der Theorie positiver Generalprävention auch nur schwierig und nur langfristig zu beurteilen. Gerechtfertigt ist die Strafe nicht schon dann, wenn Resozialisierung und Abschreckung ihr gelingen, sondern erst dann, wenn sie die Wege formalisierter Kontrolle nicht verlässt“.<sup>7</sup> Hieraus ergibt sich, „dass die positive Generalprävention ein komplexes normativ-empirisches Geflecht umschreibt, das nur begrenzter empirischer Prüfung zugänglich ist“.<sup>8</sup> Offen ist

---

2 Hassemer/Neumann in Kindhäuser et al. (2017), Vorb. zu § 1 Rn. 288.

3 BVerfGE 45, 256.

4 Joecks in MüKo-StGB (2017), Einl. Rn. 73.

5 Hassemer/Neumann in Kindhäuser et al. (2017), Vorb. zu § 1 Rn. 289 f.; Joecks in MüKo-StGB (2017), Einl. Rn. 73.

6 Müller-Dietz (1985), S. 819; Dölling (1990), S. 16; allerdings fehlen Maßstäbe zur Beschränkung der Strafdauer im Rahmen der Strafzumessung, so dass die Gefahr ausufernder Strafen besteht, siehe Joecks in MüKo-StGB (2017), Einl. Rn. 74; dieser Gefahr möchte Kaspar (2014), S. 874 ff. mit einer Theorie der ‚verhältnismäßigen Generalprävention‘ begegnen.

7 Hassemer/Neumann in Kindhäuser et al. (2017), Vorb. zu § 1 Rn. 296.

8 Schöch (1985), S. 1083; insbesondere Hassemer (1979), S. 36 sprach zunächst die empirische Nachweisbarkeit ab, revidierte seine Auffassung in der Neuauflage von 1989 infolge der Befunde von Schöch, vgl. Hassemer (1987), S. 262, Rn. 57.

dabei die Frage nach der Notwendigkeit des Strafrechts zur Erreichung generalpräventiver Wirkungen sowie nach einer Wahrnehmung der formellen Sozialkontrolle unterhalb einer Sanktionierung oder durch andere Rechtsgebiete.<sup>9</sup> Eine empirische Überprüfung der positiven Generalprävention erfordere indessen Längsschnittuntersuchungen, um Veränderungen der moralischen Einstellung der Bevölkerung nach einer Strafrechtsreform unter Berücksichtigung weiterer gesellschaftlicher Entwicklungen messen zu können.<sup>10</sup>

Die Schwierigkeiten der empirischen Erfassung dokumentiert auch der dürftige Forschungsstand in Deutschland.<sup>11</sup> Nach wie vor sind hierzulande zwei Untersuchungen von *Schöch* (1985) und *Schumann* (1989) aus den 1980er Jahren zu den Wirkungen der positiven Generalprävention maßgebend. Während *Schöch* in seiner Studie der Bedeutung der Generalprävention in der Realität durch konforme Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber informellen Sanktionen und sonstigen konformitätsbegünstigenden persönlichen und sozialen Merkmalen nachging,<sup>12</sup> untersuchte *Schumann* den Einfluss einer Rechtsänderung auf die Akzeptanz der Strafnorm.<sup>13</sup> In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung ( $n = 2.036$ ) erhob *Schöch* Einstellungen zu vier Delikten unter anderem hinsichtlich des Gefühls der Rechtsgeltung.<sup>14</sup> Der Analyse zufolge ist nicht die Höhe der Strafe für die Wahrscheinlichkeit einer Tatbegehung ausschlaggebend, sondern überhaupt die Androhung einer Kriminalstrafe.<sup>15</sup> Die subjektive Straferwartung hängt mit der moralischen Verbindlichkeit der Norm zusammen, die bei den Befragten stark ausgeprägt ist.<sup>16</sup> Deshalb gibt es keine Neigung zur Begehung von Delikten, selbst

---

9 Dölling (1990), S. 19; Roxin (1987), S. 52 schwebt eine Einstellung des Strafverfahrens oder eine Strafmilderung im Rahmen eines Täter-Opfer-Ausgleichs unter Berücksichtigung spezialpräventiver Wirkungen vor.

10 Dölling (1990), S. 18 f.

11 Im Rahmen einer Theorie der Legitimation und Reproduktion der sozialen Wirklichkeit erhob Smaus (1985), S. 21, 46 f. in einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung ( $n = 1.806$ ) auch Daten zu den Gründen für die Normbefolgung: 85 % der Befragten gaben unter anderem an, dass ein Gesetz unabhängig von ihrer Zustimmung zu befolgen sei; Diekmann (1980), S. 32 ff. testete Opps Theorie zur Befolgung von Gesetzen mit unterschiedlichen Methoden (unter anderem 182 Interviews in Studentenwohnheimen zu ‚Schwarzfahren‘, 93 schriftlich Befragte zu Steuerhinterziehung, 105 schriftlich befragte Studierende aus Lehrveranstaltungen zum Rauchverbot; Albrecht (1980), S. 317 ff. führte eine Untersuchung mit 846 Interviews mit männlichen Befragten durch und untersuchte unter anderem die Normbindung bei und die Legitimität von verschiedenen Delikten, wobei die Normbindung am aussagekräftigsten war.

12 Schöch (1985), S. 1082.

13 Schumann (1989), S. 35 f.

14 Schöch (1985), S. 1088 f.: Schmuggel, Diebstahl am Arbeitsplatz, Trunkenheit im Verkehr und Körperverletzung mit schweren Folgen.

15 Schöch (1985), S. 1100 ff.

16 Schöch (1985), S. 1102 ff.

wenn das Entdeckungsrisiko gering und die Praxis der Strafzumessung mild ist.<sup>17</sup> *Schumann* untersuchte in einer repräsentativen Panelbefragung von Bremer Jugendlichen ( $n = 740$ ), ob sich die Ausdehnung und Verschärfung des Betäubungsmittelstrafrechts – sechs Monate vor Inkrafttreten der Reform und sechs Monate danach – auf die Normakzeptanz der Befragten auswirkte.<sup>18</sup> Die Ergebnisse zeigen sogar eine Einbuße an Billigung der betroffenen Strafnorm unter den Befragten.<sup>19</sup> Außerdem wurde eine etwaige Wirkung polizeilicher Maßnahmen auf die Normakzeptanz erforscht.<sup>20</sup> Trotz kleiner Korrelationskoeffizienten zeigt sich, dass Polizeitätigkeiten im Zusammenhang mit unterschiedlichen Straftaten entweder einen negativen<sup>21</sup> oder gar keinen Einfluss<sup>22</sup> auf die Normakzeptanz haben.<sup>23</sup> *Schumann* vermutet die Ausbildung einer negativen Einstellung zur Polizei infolge einer womöglich diskriminierenden Behandlung.<sup>24</sup>

Angesichts der geringen Anhaltspunkte in Bezug auf die Relevanz der positiven Generalprävention für die moralische Verbindlichkeit von Normen stellt sich die Frage nach weiteren Anknüpfungspunkten für die empirische Überprüfbarkeit. Im Grunde genommen „ist die Intensivierung staatlicher Strafen auf den verschiedenen Stufen der Verwirklichung des Strafrechts denkbar und überprüfbar, von der gesetzlichen Strafdrohung über die Verbrechensaufklärung und -verfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft, die Strafzumessungspraxis der Gerichte bis zu den Entscheidungen über die Vollstreckung der Strafe“.<sup>25</sup> Mit dem Staat in Bezug auf Delinquenz kommt das Individuum zuerst mit der Polizei als Repräsentantin des hoheitlichen Gewaltmonopols in Berührung. Mit der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung hat die Polizei eine wichtige gesellschaftliche Funktion zur Wahrung der inneren Sicherheit inne und nimmt ihre Aufgaben unter Ausübung von Zwang im Unterschied zur Justiz oft unter den Augen der Öffentlichkeit wahr. Es liegt die Annahme nahe, dass die Art und Weise des polizeilichen Auftretens die Kooperationsbereitschaft der Menschen mit der Polizei und die Befolgung von Gesetzen beeinflussen kann. Hieran knüpft die im Folgenden erörterte PJT an.

---

17 *Schöch* (1985), S. 1102 ff.

18 *Schumann* (1989), S. 35 f.

19 *Schumann* (1989), S. 37 bei Befragten, denen die Gesetzesänderung bekannt war, ging die Normakzeptanz noch mehr zurück, was auf den Bumerang-Effekt zurückgeführt wird.

20 *Schumann* (1989), S. 45 ff.

21 Betrug, Leistungserschleichung, Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Körperverletzung, Drogengebrauch.

22 Fahren ohne Fahrerlaubnis, Gebrauchsanmaßung, einfacher Diebstahl, Einbruchsdiebstahl, Raub, Sachbeschädigung, schwere Körperverletzung.

23 Eine Ausnahme mit einer Erhöhung der Normakzeptanz bildet der Fahrzeugdiebstahl.

24 *Schumann* (1989), S. 48 unter Rekurs auf eine Studie aus Schottland.

25 *Schöch* (1985), S. 1084.

### 3. Procedural Justice Theory

Empirische Erkenntnisse zur Generalprävention stammen überwiegend aus US-Untersuchungen zu ihrer negativen Ausprägung der Abschreckungswirkung.<sup>26</sup> Mittlerweile lässt sich ein Wandel erkennen, da die positive Generalprävention in der PJT auf Ebene der Polizei zum Ausdruck kommt. Ausgangspunkt der Theorie ist das normkonforme Verhalten der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Auf Grundlage dieses Ansatzes werden Faktoren für die Rechtstreue der Menschen und Maßnahmen zur Förderung derselben ergründet.<sup>27</sup> Nach der zugrundeliegenden normativen Perspektive halten sich Menschen nicht nur aus rationalen Gründen an Gesetze, sondern sind von deren moralischer Richtigkeit überzeugt und akzeptieren die dahinterstehenden Werte.<sup>28</sup> Norminternalisierung beruht dann sowohl auf eigenen Werten und Grundsätzen, die mit dem Gesetz in Einklang stehen, als auch auf der Anerkennung der Legitimität<sup>29</sup> der Legislative.<sup>30</sup> Während das individuelle Wertesystem im Laufe der Sozialisation entsteht, geht die Wahrnehmung von Legitimität auf Erfahrungen mit Autoritäten zurück, die Vertrauen in die entsprechenden Institutionen schaffen. Die Anerkennung der Gerichte und ihrer Entscheidungen ist für die Befolgung von Gesetzen entscheidend: *„To be authoritative, legal rules and decisions must affect the actions of those toward whom they are directed. A judge’s ruling means little, if the parties to the dispute feel they can ignore it“*.<sup>31</sup> Im Rahmen der Gefahrenabwehr verfolgt die Polizei Verhaltensanpassungen von auffälligen Menschen, was als Erfolgsindikator gilt: *„When the police, for example, tell someone to stop drinking beer in public or cease abusing his or her spouse, or if a judge directs someone to pay support, an important measure of the success of those authorities is whether the behavior changes“*.<sup>32</sup> In diesem Kontext kommt der Polizei eine besondere Stellung durch hoheitliche Eingriffe zu, die die Freiheit der

---

26 Dölling (1990), S. 3.

27 Knickmeier (2016), S. 431.

28 Im Unterschied zur instrumentellen Sichtweise durch Abschreckung, die zur Herstellung von Normkonformität rationale Erwägungen von (potenziellen) Tätern durch formelle Sozialkontrolle (z.B. Erhöhung des Entdeckungsrisikos, härtere Strafen) akzentuiert.

29 „[...] Legitimität bezeichnet den Glauben an bzw. das Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit politischer Herrschaft. Jede Form politischer Herrschaft (Regierungsform) basiert nicht nur auf dem Herrschaftsanspruch, sondern auch auf der Bereitschaft der Beherrschten zur Anerkennung der Herrschaftsbeziehung“, Schubert/Klein (2006), S. 183.

30 Tyler (1990), S. 3 f.

31 Tyler (1990), S. 19.

32 Tyler (2003), S. 288.

Betroffenen tangieren können.<sup>33</sup> Diese Freiheitseinschränkungen stoßen nur dann auf Akzeptanz, wenn die Polizei als legitime Vertreterin des Rechtssystems wahrgenommen wird.<sup>34</sup> Diese Legitimität wird ihr bei Bestehen einer Vertrauensbasis zugesprochen. Das Vertrauen in die Polizei wiederum resultiert aus einem fairen Verhalten ihrerseits in einem ungleichen Machtverhältnis. Eine respektvolle Behandlung und unparteiische Entscheidungen tragen dazu bei, Vertrauen in die Polizei zu entwickeln und deren Autorität als legitim anzuerkennen, die sich in der Verpflichtung der Betroffenen zur Befolgung polizeilicher Anordnungen äußert. Die sich hieraus ergebende Norminternalisierung lässt sich empirisch anhand der selbstberichteten Delinquenz und der moralischen Bewertung von Fehlverhalten testen.<sup>35</sup>

Zur Wahrnehmung polizeilicher Legitimität und zum Vertrauen in die Polizei gibt es viele angloamerikanische Untersuchungen, aber auch in Deutschland wurden hierzu in jüngster Zeit mehrere empirische Studien unternommen. In einer Schülerbefragung ( $n = 44.610$ ) des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen wurde festgestellt, dass Vertrauen in die Polizei die Anzeigebereitschaft bei verschiedenen Delikten, insbesondere bei Sexualstraftaten, erhöht.<sup>36</sup> Während sich das weibliche Geschlecht und der Besuch des Gymnasiums positiv auf das Polizeivertrauen auswirken, haben der Migrationshintergrund von Jugendlichen und der Wohnort in der Großstadt einen umgekehrten Effekt.<sup>37</sup> Hingegen hat der Migrationshintergrund im Viktimisierungssurvey 2012 ( $n = \text{circa } 35.000$ ) keinen Einfluss auf die Erfahrungen mit der Polizei.<sup>38</sup> Hinsichtlich des Bildungsabschlusses bewerten Befragte mit einem Realschulabschluss die Effektivität der Polizei höher als Befragte mit einem Hauptschulabschluss oder Abitur.<sup>39</sup> Männliche Befragte vertrauen in größerem Maße der polizeilichen Fairness als weibliche Befragte, diesbezüglich zeitigt die Opferwerdung einen negativen Effekt.<sup>40</sup> In einem Subsample des Viktimisierungssurvey 2012 ( $n = 2.100$ ) lässt sich keine eindeutige Wirkung der Vertrauensdimensionen auf das Anzeigeverhalten nachweisen, jedoch beeinflussen schlechte Erfahrungen mit der Polizei dieses negativ.<sup>41</sup> Das Vertrauen in die Polizei hat aber weniger mit eigenen Kontakten zu tun, obgleich die Befragten sich zufriedener zeigen, wenn sie selbst auf die Polizei zugegangen sind und

---

33 Crawford/Huckelsby (2013), S. 1 f.

34 Tyler (2003), S. 284.

35 Empirische Überprüfung der PJT nach Tyler (1990), S. 40 ff.

36 Baier/Ellrich (2014), S. 80.

37 Baier/Ellrich (2014), S. 74.

38 Birkel et al. (2014), S. 39.

39 Birkel et al. (2014), S. 50.

40 Birkel et al. (2014), S. 56 f.

41 Guzy (2014), S. 250 ff.

nicht die Polizei auf sie.<sup>42</sup> In einer Schülerbefragung ( $n = 7.300$ ) zu Lebenslagen und Risiken von Jugendlichen in Köln und Mannheim treten keine erwähnenswerten Unterschiede in der Einstellung zur Polizei nach Geschlecht, Migrationsform und Schulform sowie Arbeitslosigkeit oder Bildungsabschluss der Eltern auf.<sup>43</sup> Lediglich ein schwacher Zusammenhang besteht zwischen dem Polizeivertrauen und dem Ausmaß sozialräumlicher Beteiligung.<sup>44</sup> Eine Auswertung der Daten aus Deutschland des European Social Survey Round 5 (ESSR5) ergibt, dass das allgemeine Vertrauen in die Polizei durch wohlwollende Einschätzungen zur polizeilichen Effektivität und zur Fairness steigt.<sup>45</sup> Zudem zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Polizeivertrauen und der Verpflichtung zur Befolgung polizeilicher Anordnungen, die eine wichtige Komponente der Legitimitätswahrnehmung darstellt.

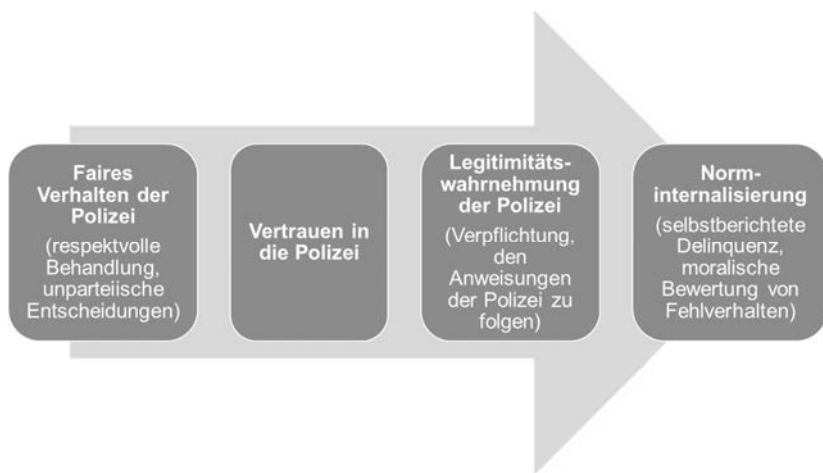


Abbildung 1: Schema zur Erklärung von Norminternalisierung durch die PJT

Die dargestellten Ergebnisse deuten auf eine enge Verbindung zwischen polizeilicher Legitimität und Vertrauen hin, die sich daraus erklärt, dass Legitimität neben Akzeptanz auch Vertrauen in die Polizei hinsichtlich einer gerechten

<sup>42</sup> Guzy (2014), S. 252 f.

<sup>43</sup> Oberwittler et al. (2014), S. 60 f.

<sup>44</sup> Oberwittler et al. (2014), S. 61.

<sup>45</sup> Sato et al. (2016), S. 88.



Aufgabenerledigung ausmacht.<sup>46</sup> In Bezug auf die positive Generalprävention geben die Befunde Anhaltspunkte für die Normbefolgung ausgehend von einer fairen Behandlung durch die Polizei, um zu ihr Vertrauen aufzubauen und ihre Autorität anzuerkennen. In der nachstehenden Fallstudie Kriminalprävention liegt der Fokus bei der Ergebnisdarstellung auf der Bedeutung von respektvollen Polizeikontakten für das Vertrauen in polizeiliche Fairness als erstem Erklärungsschritt der PJT hin zur Norminternalisierung (*Abbildung 1*).

#### 4. Fallstudie Kriminalprävention

Die zugrundeliegenden Befragungsdaten entstammen einer schriftlichen Bewohnerbefragung in Stuttgart vom Oktober 2015 im Rahmen der Fallstudie Kriminalprävention.<sup>47</sup> Die Rücklaufquote lag bei 23 %: Von den insgesamt 6.552 postalisch verschickten Fragebögen wurden 1.499 vollständig ausgefüllt. Die Adressaten der schriftlichen Befragung wurden aus den Adressdaten des Einwohnermelderegisters – Bewohner ab 18 Jahren mit Erstwohnsitz in Stuttgart – in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt Stuttgart gezogen.<sup>48</sup>

Die abhängige Variable *Vertrauen in polizeiliche Fairness* wurde dem Fragebogen des ESSR5<sup>49</sup> entnommen und diente im europäischen Raum bereits der Überprüfung der PJT (vgl. 3.). Die unabhängige Variable *Fairness im Polizeikontakt*<sup>50</sup> stellt eine Bewertung erlebter Kontakte in Bezug auf eine faire Behandlung, einen respektvollen Umgang sowie eventuelle Provokationen oder Beleidigungen dar.

---

46 Jackson/Gau (2016), S. 52; deshalb sind konzeptionelle Überschneidungen zwischen Polizeivertrauen und der Legitimitätswahrnehmung der Polizei in der empirischen Forschung üblich, siehe Tankebe (2013), S. 103.

47 Die Fallstudie im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekt VERSS wurde zusammen mit der Bergischen Universität Wuppertal durchgeführt. Dementsprechend wurde die Befragung zeitgleich in Wuppertal durchgeführt. In diesem Beitrag werden jedoch nur Daten aus der Befragung in Stuttgart herangezogen; vergleiche zur Fallstudie Haverkamp et al. (2015), S. 134 ff.

48 In diesem Rahmen kann auf die Differenz zwischen Einstellung und Verhalten nicht näher eingegangen werden, vgl. nur Frey et al. (1993), S. 361 ff.

49 Die Fragestellung beinhaltet, wie oft die Polizei faire und unparteiische Entscheidungen trifft, wie oft sie im Allgemeinen ihre Entscheidungen und ihr Handeln erklärt, wenn sie danach gefragt wird, und wie oft die Polizei die Leute in Deutschland im Allgemeinen respektvoll behandelt. Der Fragebogen ist in seiner deutschen Fassung zugänglich unter [http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/pdf/dokumentation/ESS5/ESS5\\_fragebogen.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/soz/ess/pdf/dokumentation/ESS5/ESS5_fragebogen.pdf).

50 Alle Befragten waren mit der Polizei in Berührung gekommen: als Zeuge oder Opfer eines Verkehrsvorfalles oder einer Straftat, als Verdächtiger einer Straftat, als Verkehrsteilnehmer oder als Passant. Die Kontaktaufnahme erfolgte durch die Polizei oder eigene Ansprache. Dabei waren Mehrfachnennungen möglich.

Die Fragen sind an die in *Abschnitt 3* skizzierte Schülerbefragung von *Oberwittler et al.* (2014) angelehnt und wurden für die Befragung von Erwachsenen angepasst.<sup>51</sup> Die soziale Einbettung der Befragten wird über ihr Vertrauen in die eigene Nachbarschaft erfasst (*Nachbarschaftsvertrauen*).<sup>52</sup> Anhand dessen wurden die normativen Annahmen geprüft, nämlich dass persönliche Erfahrungen mit der Polizei und die soziale Einbindung in die Nachbarschaft das Vertrauen in polizeiliche Fairness bestärken. Die Einflussfaktoren auf das Vertrauen in polizeiliche Fairness wurden mit einer linearen Regression ermittelt (*Tabelle 1*).

*Tabelle 1: Lineare Regression bezüglich Vertrauens in die Fairness der Polizei*

Vertrauen in die Fairness der Polizei	(1)		(2)	
	coefficient	P> t	coefficient	P> t
Social Incivilities	-0.160	(0.058)	-0.151	(0.074)
Physical Incivilities	-0.0538	(0.380)	-0.0553	(0.369)
Nachbarschaftsvertrauen	<b>0.177<sup>**</sup></b>	(0.001)	<b>0.207<sup>***</sup></b>	(0.000)
Fairness im Polizeikontakt	<b>0.563<sup>***</sup></b>	(0.000)	<b>0.562<sup>***</sup></b>	(0.000)
Hauptschule			<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Realschule			-0.210	(0.140)
Hochschulreife			0.0952	(0.450)
Männlich			0.0704	(0.262)
Alter			0.000498	(0.857)
Generalisiertes Vertrauen			-0.0304	(0.286)
_cons	-0.122 <sup>*</sup>	(0.040)	-0.0520	(0.840)
<i>n</i>	<b>517</b>		<b>510</b>	
<i>R</i> <sup>2</sup>	<b>0.167</b>		<b>0.187</b>	

Ann.: <sup>\*</sup>  $p < 0.05$ , <sup>\*\*</sup>  $p < 0.01$ , <sup>\*\*\*</sup>  $p < 0.001$

51 Das vierte Item: „Die Polizisten ... sind gewalttätig geworden.“ wurde herausgenommen. Die Frage danach, ob ein Polizeikontakt fair verlaufen ist, wurde dahingehend dichotomisiert, dass lediglich zwischen zwei Gruppen von Befragten unterschieden wird: jenen, die nichts an dem Polizeikontakt zu beanstanden haben und jenen, die etwas zu beanstanden haben.

52 Die Befragten bewerteten, inwieweit sich die eigenen Nachbarn gegenseitig helfen, vertrauenswürdig sind und gemeinsame Werte vertreten.

In einem ersten Schritt wurde der Einfluss erlebter Polizeikontakte und des Nachbarschaftsvertrauens nebst der Wahrnehmung von Incivilities in der persönlichen Nachbarschaft untersucht. In einem zweiten Schritt wurde geprüft, ob die Effekte der theoretischen Variablen auch unter Kontrolle soziodemografischer Merkmale sowie der Geneigtheit, Unbekannten Vertrauen entgegenzubringen (generalisiertes Vertrauen), bestehen.<sup>53</sup>

Die Wahrnehmung von Social und Physical Incivilities im eigenen Wohngebiet, wie ‚herumhängende‘ Jugendliche oder Müll in den Straßen, wirkt sich tendenziell negativ auf das Vertrauen in polizeiliche Fairness aus, wenngleich ihr Einfluss nicht signifikant ist. Signifikante Korrelationen zeigen sowohl das Nachbarschaftsvertrauen als auch die erlebten Polizeikontakte. Wenn Befragte die Vertrauenswürdigkeit ihrer Nachbarn, eine gemeinsame Wertebasis und gegenseitige Hilfsbereitschaft annehmen, gehen sie im Allgemeinen eher von einem fairen Verhalten der Polizei aus. Desgleichen setzen Befragte, die zumindest einmal mit der Polizei in Kontakt kamen, eher Vertrauen in die Polizei, sofern sie eine positive Erinnerung hieran haben. Hierzu gehören eine faire und respektvolle Behandlung durch die Polizei, eine ehrliche Erklärung für die Gründe des polizeilichen Eingreifens und keinerlei Versuche seitens der Polizei, die Befragten zu provozieren oder zu beleidigen.

Der positive Einfluss fairer Polizeikontakte und des Nachbarschaftsvertrauens bleibt auch unter Kontrolle der soziodemografischen Merkmale (Bildung, Geschlecht und Alter) und der generellen Geneigtheit, unbekannten Menschen zu vertrauen, nahezu unverändert. Die theoretischen Einflussfaktoren auf das Polizeivertrauen in *Modell 1* (1) können mit einem  $R^2$  von 0.167 knapp 17 % der Variation im Vertrauen in polizeiliche Fairness erklären. Die Hinzunahme der soziodemografischen Variablen und des generalisierten Vertrauens in *Modell 2* (2) steigert das  $R^2$  lediglich auf 0.187, bringt also eine zusätzliche Aufklärung von lediglich 2 %. Das Vertrauen in eine faire und respektvolle Behandlung durch die Polizei scheint recht unabhängig vom Alter, Geschlecht oder Bildungsstand der Befragten zu sein. Hingegen stimmen die Ergebnisse aus den Korrelationen mit den theoretischen Annahmen der PJT überein. Danach spielt für das Vertrauen in die Polizei nicht nur die Effektivität ihrer Arbeit eine Rolle, sondern auch der persönliche Umgang und die eigene soziale Einbettung. In zukünftigen Analysen gilt es daher zu überprüfen, ob das Vertrauen in polizeiliche Fairness die Grundlage für polizeiliche Legitimitätswahrnehmung darstellt und damit die Internalisierung von Normen begünstigen kann (*Abbildung 1*).

In angloamerikanischen Studien ist der empirische Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Polizei, der Legitimitätswahrnehmung und der Normakzeptanz

---

53 „Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann?“.

bereits nachgewiesen worden. In Studien von *Tyler* zeigte sich, dass sowohl die persönlichen Einstellungen zur Polizei, vermittelt über Legitimitätswahrnehmung, die Einhaltung von Regeln und Gesetzen bestärken als auch polizeiliche Fairness die Bereitschaft zu normkonformen Verhalten erhöht.<sup>54</sup> Die Daten des ESSR5 für das Vereinigte Königreich erbringen bei selbstberichteter Delinquenz ebenfalls einen Nachweis der Wirkung von Vertrauen in die Effektivität von Polizeiarbeit und von polizeilicher Fairness auf die Norminternalisierung, allerdings stellt die persönliche Moral den stärksten Einflussfaktor für Rechtstreue dar.<sup>55</sup> Vertrauen in die Effektivität von Polizeiarbeit und polizeiliche Fairness haben demnach keinen direkten Einfluss auf Delinquenz, sondern wirken sich positiv auf die Einstellung gegenüber der Polizei (moral alignment) aus, die wiederum einen delinquenzmindernden Effekt nach sich zieht.<sup>56</sup>

Die PJT vermag somit ein methodisches Instrument zur Erfassung der Legitimitätswahrnehmung der Polizei zu liefern, die sich im Polizeivertrauen und in der Bereitschaft zur Befolgung polizeilicher Anordnungen äußern. Darüber hinaus lassen sich aus den Befunden belastbare Anhaltspunkte für die Normakzeptanz und -konformität gewinnen. Auf diese Weise eröffnet die PJT einen weiteren methodischen Zugang für die empirische Überprüfbarkeit der Theorie der positiven Generalprävention.

## 5. Fazit

Aus den wenigen empirischen Studien aus Deutschland lassen sich Indizien für die Relevanz der positiven Generalprävention zur Normbegründung entnehmen. Dabei reicht schon eine symbolische Missbilligung der Gesetzesübertretung aus, die ohne eine förmliche Sanktionierung auskommt. Die Untersuchung der normbestärkenden Wirkung eines funktionierenden Rechtssystems sollte allerdings über den Zusammenhang zwischen Einstellungen zur Normtreue und informeller Sozialkontrolle beziehungsweise anderen rechtstreuefördernden Merkmalen sowie über den Zusammenhang zwischen der Einführung und der Durchsetzung eines Gesetzes und der Akzeptanz einer Strafrechtsnorm hinausgehen. Die gesellschaftliche Ächtung von Verhalten und seine strafrechtliche Ahndung stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, sodass eine Gesetzesnovellierung auch erst am Ende einer politischen Problematisierung stehen und einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel zum Ausdruck bringen kann.

---

54 *Tyler* (1990), S. 170 ff.; *Sunshine/Tyler* (2003), S. 529 f.

55 *Hough et al.* (2013), S. 348.

56 *Hough et al.* (2013), S. 345.

Die empirische Überprüfung der positiven Generalprävention als komplexes soziales Phänomen steht vor nicht wenigen Herausforderungen. Sowohl das Vertrauen in ein funktionierendes Rechtssystem als auch der innere Zustand der Akzeptanz einer Norm sind als theoretische Konstrukte empirisch schwer erfassbar. Normakzeptanz hat dabei einen engeren Bedeutungsgehalt als die Normbefolgung. Während Normakzeptanz eine innere Überzeugung widerspiegelt, kann die Normbefolgung auf Abschreckung aus Furcht vor Entdeckung und Bestrafung beruhen. Mit der PJT soll die innere Einstellung zum Rechtssystem ergründet werden. Die Theorie ermöglicht die Messung des Vertrauens in rechtsstaatliche Institutionen und der Wahrnehmung ihrer Legitimität, indem gesellschaftliche Erwartungen an die Arbeitsweise und das Verhalten rechtsstaatlicher Institutionen wie der Polizei formuliert werden, die dann in der individuellen Wahrnehmung Vertrauen in diese Einrichtungen erzeugen können. Die Gemeinsamkeit von PJT und positiver Generalprävention liegt in der Zielsetzung, das Vertrauen in die Bestands- und Durchsetzungskraft der Rechtsordnung zu bestärken. Die PJT akzentuiert aber nicht die Bestrafung, sondern das Verhalten rechtsstaatlicher Instanzen als Spiegelbild für die Geltung gemeinschaftlicher Werte. Die Justiz und die Polizei als Durchsetzungsorgan gewinnen Vertrauen, wenn sie die Menschen fair und respektvoll behandeln.<sup>57</sup>

Hierauf weisen auch die Ergebnisse der vorgestellten Stuttgarter Bewohnerbefragung hin, die Korrelationen zu fairen Polizeikontakten und Nachbarschaftsvertrauen zeigen. Zwar geben diese Befunde keinen Aufschluss über die Legitimitätswahrnehmung und die Norminternalisierung der Befragten, doch bilden die vorliegenden Erkenntnisse einen notwendigen Ausgangspunkt für die weitere empirische Überprüfung der PJT. Denn am Anfang des Prozesses der Norminternalisierung entsprechend der PJT steht ein faires Verhalten der Polizei, das in der Folge Vertrauen in die Polizei generiert (vgl. *Abbildung 1*). Die am Ende stehende Norminternalisierung in einem Rechtssystem, das als funktionierend und vertrauenswürdig wahrgenommen wird, bestärkt letztlich die Bereitschaft zur Befolgung gesellschaftlicher Normen im Sinne der positiven Generalprävention.

---

57 Im Vergleich des Institutionenvertrauens zwischen Justiz und Polizei zeigt sich in vielen Umfragen, dass der Polizei ein deutlich höheres Vertrauen als der Justiz entgegengebracht wird. Nach der Umfrage von infratest dimap im Auftrag des WDR von Dezember 2016 ( $n = 1.000$ ) genoss die Polizei bei 88 % der Befragten ein sehr großes bzw. großes Vertrauen, das Bundesverfassungsgericht lediglich bei 69 % der Befragten, siehe <https://www1.wdr.de/unternehmen/der-wdr/unternehmen/studie-glaubwuerdigkeit-100.html> [letzter Aufruf: 31.01.2018].

## Literatur

- Albrecht, H.-J.* (1980): Die generalpräventive Effizienz von strafrechtlichen Sanktionen. In: Forschungsgruppe Kriminologie (Hg.): Empirische Kriminologie. Band 1. Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, S. 305-323.
- Ammicht Quinn, R./Bescherer, P./Gabel, F./Krahmer, A.* (2017): Leitlinien für eine gerechte Verteilung von Sicherheit in der Stadt. Tübingen: Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften.
- Baier, D./Ellrich, K.* (2014): Vertrauen in die Polizei im Spiegel verschiedener Befragungsstudien. In: Ellrich, K./Baier, D. (Hg.): Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Mixed-Method-Studie. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 43-90.
- Birkel, C./Guzy, N./Hummelsheim, D./Oberwittler, D./Pritsch, J.* (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht. Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Crawford, A./Hucklesby, A.* (2013): Introduction. In: Crawford, A./Hucklesby, A. (Hg.): Legitimacy and Compliance in Criminal Justice. New York: Routledge, S. 1-7.
- Diekmann, A.* (1980): Die Befolgung von Gesetzen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Dölling, D.* (1990): Generalprävention durch Strafrecht: Realität oder Illusion? Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 102, S. 1-20.
- Guzy, N.* (2014): Erfahrung mit und Einstellungen gegenüber der Polizei. Ergebnisse einer deutschen Opferbefragung. In: Niggli, M.A./Marty, L. (Hg.): Risiken der Sicherheitsgesellschaft. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 240-256.
- Frey, D./Stahlberg, D./Gollwitzer, P.M.* (1993): Einstellungen und Verhalten. In: Frey, D./Irle, M. (Hg.): Kognitive Theorien der Sozialpsychologie. Band 1. Bern: Huber, S. 361-399.
- Hassemer, W.* (1979): Generalprävention und Strafzumessung. In: Hassemer, W./Lüderssen, K./Naucke, W. (Hg.): Hauptprobleme der Generalprävention. Frankfurt a.M.: Alfred Metzner Verlag, S. 29-53.
- Hassemer, W.* (1987): Prävention im Strafrecht. In: Juristische Schulung, 27, S. 257-266.
- Haverkamp, R./Hecker, M./Lukas, T./Starcke, J.* (2015): Urbane Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Skizze eines Forschungsprojektes. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 98, S. 134-146.
- Hough, M./Jackson, J./Bradford, B.* (2013): Legitimacy, Trust and Compliance. An Empirical Test of PJT using the European Social Survey. In: Tankebe, J./Liebling, A. (Hg.): Legitimacy and Criminal Justice. An International Exploration. Oxford: OUP Oxford, S. 326-351.
- Jackson, J./Gau, J.* (2016): Carving Up Concepts? Differentiating Between Trust and Legitimacy in Public Attitudes Towards Legal Authority. In: Shockey, E./Neal, T./Pytlík Zillig, L./Bornstein, B. (Hg.): Interdisciplinary Perspectives on Trust. Cham: Springer, S. 49-69.
- Kaspar, J.* (2014): Verhältnismäßigkeit und Grundrechtsschutz im Präventionsstrafrecht. Baden-Baden: Nomos.
- Kindhäuser, U./Neumann, U./Paeffgen, H.-U.* (Hg.) (2017): Strafgesetzbuch (StGB). Band 1: Allgemeiner Teil - §§ 1-79b. 5. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Knickmeier, S.* (2016): Der Zigarettenschmuggel, das Recht und die Moral. In: Neubacher, F./Bögelein, N. (Hg.): Krise – Kriminalität – Kriminologie. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 429-439.

- MüKo StGB.* (2017): Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, herausgegeben von W. Joecks und K. Miebach. Band 1 - §§ 1-37 StGB. 3. Auflage. München: C.H.Beck.
- Müller-Dietz, H.* (1985): Integrationsprävention und Strafrecht. In: Vogler, T. (Hg.): Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag. Band 2. Berlin: Duncker & Humblot, S. 812-827.
- Oberwittler, D./Schwarzenbach, A./Gerstner, D.* (2014): Polizei und Jugendliche in Multiethnischen Gesellschaften. Ergebnisse einer Schulbefragung 2011 „Lebenslagen und Risiken von Jugendlichen in Köln und Mannheim“. Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Roxin, C.* (1987): Die Wiedergutmachung im System der Strafzwecke. In: Schöch, H. (Hg.): Wiedergutmachung und Strafrecht. München: Wilhelm Fink Verlag, S. 37-55.
- Sato, M./Haverkamp, R./Hough, M.* (2016) Trust in the German police. European Police Science and Research Bulletin. Special Conference Edition, S. 83-90.
- Schöch, H.* (1985): Empirische Grundlagen der Generalprävention. In: Vogler, T. (Hg.): Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag. Band 2. Berlin: Duncker & Humblot, S. 1081-1108.
- Smaus, G.* (1985): Das Strafrecht und die Kriminalität in der Alltagssprache der deutschen Bevölkerung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schubert, K./Klein, M.* (2006): Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 4. Auflage. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Schumann, K.F.* (1989): Positive Generalprävention. Ergebnisse und Chancen der Forschung. Heidelberg: Müller Juristischer Verlag.
- Sunshine, J./Tyler, T.R.* (2003): The Role of Procedural Justice and Legitimacy in Shaping Public Support for Policing. Law & Society Review, 37, S. 513-547.
- Tankebe, J.* (2013): Viewing Things Differently. The Dimensions of Public Perceptions of Police Legitimacy. Criminology, 51, S. 103-135.
- Tyler, T.R.* (1990): Why people obey the law. New Haven, CT: Yale University Press.
- Tyler, T.R.* (2003): Procedural Justice, Legitimacy, and the Effective Rule of Law. Crime and Justice, 30, S. 283-357.

# Einsperren oder nicht? Die Anordnung von Untersuchungshaft

*Christine Morgenstern*

## Gliederung

- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| 1. Einführung   | 4. Einige Ergebnisse                |
| 2. Der Forschungskontext in Zahlen                          | 4.1 Haftbegründungen in Deutschland |
| 3. Theoretische Grundlagen und Methoden                     | 4.2 Haftbegründungen im Vergleich   |
| 3.1 Menschenrechte  | 5. Zusammenfassung und Fazit        |
| 3.2 Kriminologischer Hintergrund                            |                                     |
| 3.3 Vergleichende Kriminologie ‚in action‘:<br>Die Methoden |                                     |

## 1. Einführung

Der Beitrag fußt auf den Ergebnissen zweier Forschungsprojekte zur Untersuchungshaft: Das erste ist als theoretischer Vergleich im europäischen Mehrebenensystem angelegt.<sup>1</sup> Das zweite ist ein empirisches vergleichendes Projekt mit einem qualitativen Ansatz, das in Österreich, Belgien, Deutschland, Irland, Litauen den Niederlanden und Rumänien durchgeführt wurde.<sup>2</sup>

Die Untersuchungshaft muss *ultima ratio* der Verfahrenssicherung sein – an diesem Leitmotiv orientieren sich die Untersuchungen. Beide verfolgen damit Fragestellungen, die auch und gerade die Anwendungspraxis im Blick haben: Wie wird entschieden, wer hat Einfluss auf die Entscheidung und welche Alternativen stehen zur Verfügung? Außerdem geht es um europäische Bezüge –

---

1 „Untersuchungshaft in Europa. Eine vergleichende Untersuchung unter rechtsdogmatischen, kriminologischen und europarechtlichen Aspekten“ – Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Projektnummer 219315043; die Ergebnisse sind veröffentlicht in *Morgenstern* (2018).

2 DETOUR - Towards Pre-trial Detention as Ultima Ratio, [www.irks.at/detour](http://www.irks.at/detour). Research grant under the scheme for „Projects to enhance the rights of persons suspected or accused of crime – Action grants 2014“, European Commission, Justice Programme. Beteiligt waren die Universitäten/Forschungsinstitutionen Vilnius (S. Bikelis); Dublin (M. Rogan), Bukarest (I. Durnescu), Utrecht (M. Boone), Greifswald (C. Morgenstern); IRKS Wien (W. Hammerschick); NICC Brüssel (E. Maes, A. Jonkheere).



um normative Vorgaben durch europäische Menschenrechte und um Fragen grenzüberschreitender Strafverfolgung, namentlich zur Behandlung von tatverdächtigen Ausländern, die aus anderen EU-Staaten kommen. Für beide Studien war wichtig, inwieweit sowohl die normative Basis als auch die Praxis in verschiedenen europäischen Staaten vergleichbar sind. Das wiederum ist auch für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig.

Das DETOUR-Projekt (Pre-Trial DETentiON as Ultima Ratio) wurde von der EU-Kommission 2016 bis 2017 gefördert und gehört in einen kriminalpolitischen Kontext der Stärkung der Beschuldigtenrechte und nicht – wie es als typisch angesehen und zum Beispiel durch den Europäischen Haftbefehl verkörpert wird – der engeren Kooperation bei der Strafverfolgung. Dennoch spielen im Kontext der Beschuldigtenrechte auch Strafverfolgungsinteressen beziehungsweise die gelingende Zusammenarbeit eine Rolle: Festzustellen ist nämlich, dass Staaten dann nicht bereit sind, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, wenn sie davon ausgehen, dass dort mensch- und grundrechtliche Vorstellungen nicht angemessen geachtet werden.<sup>3</sup> Während daher aus menschenrechtlicher Sicht eine Besinnung auf die Beschuldigtenrechte gerade wegen des bisherigen Übergewichts der Interessen der Strafverfolgungsbehörden zu begrüßen ist, darf nicht verkannt werden, dass durch diesen neuen Fokus Grund- und Menschenrechte auch instrumentalisiert werden können.

## 2. Der Forschungskontext in Zahlen

Bei aller berechtigten Skepsis gegenüber der Aussagekraft von Gefangeneneraten für den Vergleich von Kriminalpolitik und Strafkulturen<sup>4</sup> bleiben sie ein erster Anhaltspunkt für die Nutzung von Haft. Schon die Unterschiede zwischen Gefangeneneraten und Untersuchungsgefangenenrate im Vergleich weist in der Tat auf die Notwendigkeit einer differenzierenden Betrachtung hin (vgl. *Abbildung 1*). Für unser Projekt werfen Daten zur Anzahl der U-Gefangenen pro 100.000 Einwohner (U-Gefangenenerate)<sup>5</sup> ein Schlaglicht auf die aktuelle Nutzung der Untersuchungshaft und geben im Längsschnitt Hinweise auf Veränderungen, denen dann nachzugehen war.

---

<sup>3</sup> *Morgenstern* 2018, S. 339 ff.

<sup>4</sup> Z.B. *Dünkel/Morgenstern* (2010), S. 4 ff.

<sup>5</sup> Die Daten stammen von einem im Auftrag des Europarats seit vielen Jahren durchgeführten Survey der Universität Lausanne (*Aebi et al.* (2017)), alle Ergebnisse seit 2000 sind abrufbar unter <http://wp.unil.ch/space/space-i/annual-reports>. Zur problematischen Kategorisierung von Untersuchungsgefangenen *Morgenstern* (2018), S. 73 ff.

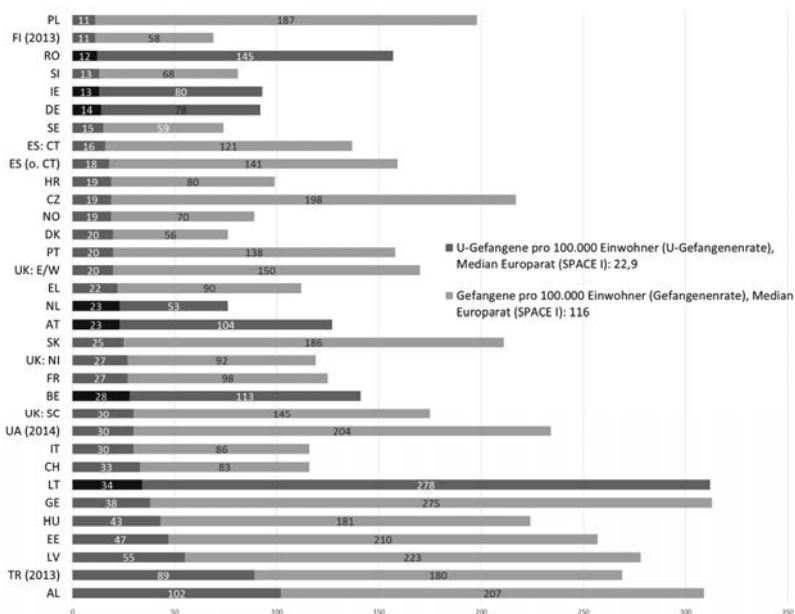


Abbildung 1: Gefangeneneraten 2015, Daten des Europarats (SPACE I), (Kürzel siehe Tabelle 1)

Deutschland hat mit einer U-Gefangenenerate von 14 einen niedrigen Rangplatz in unserer Untersuchungsgruppe,<sup>6</sup> unterboten von Irland mit 13 und Rumänien mit 12. Irland hatte früher sogar einstellige Werte und ist traditionell gering belastet.<sup>7</sup>

In Rumänien sind die Zahlen insofern problembehaftet und dürften tatsächlich höher liegen, als Verdächtige auch in Einrichtungen der Polizei festgehalten werden. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die meisten Straftäter nicht fliehen; angesichts erheblicher Kritik durch das Committee for the Prevention of Torture (CPT) und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) an überfüllten Haftanstalten hält man es für geboten, sie nicht zu inhaftieren. Seit dem Jahr 2014 greifen auch strengere gesetzliche Voraussetzungen. Die Gefängnisse sind ohnehin überfüllt durch Strafgefangene, bedingt durch hohe obligatorische Strafandrohungen vor allem für Rückfällige.<sup>8</sup>

6 Inzwischen ist die Zahl der U-Gefangenen deutlich gestiegen, sodass die Rate 2016 bei – immer noch vergleichsweise niedrigen – 16 lag. Aktuellere Daten bei Morgenstern (2018), S. 395 ff.

7 Näher zu Längsschnittbetrachtungen Morgenstern (2018), S. 81 ff.

8 Näher Oancea/Durnescu (2016), S. 21; (2017), S. 45.

*Litauen* findet sich (noch) am anderen Ende des Kontinuums, hier sind allerdings die Raten in den letzten Jahren drastisch abgesunken: Noch im Jahr 2014 lagen sie bei über 40; die neusten Daten zeigen hingegen eine Annäherung an den europäischen Durchschnitt. Hier wird ebenfalls europäischer Druck, ebenfalls wegen überfüllter Gefängnisse, aber auch ein Generationen- und Kulturwandel bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften verantwortlich gemacht.<sup>9</sup>

*Belgien* hat schon länger mit hohen U-Gefangenenzahlen zu kämpfen und auch die *Niederlande* und *Österreich* liegen beim gesamteuropäischen Mittelwert. Dieser wird anhand aller Daten aus dem Europarats-Survey berechnet und bezieht daher auch Staaten wie Russland und die Türkei mit ein. Die beiden Werte sind daher im westeuropäischen Vergleich als hoch zu bezeichnen.

Tabelle 1: Ausländische Untersuchungsgefangene, ausgewählte europäische Staaten, 2015 (SPACE-Daten)

	Ausländische Gefangene absolut und in % aller Gefangenen		Ausländische U-Gefangene absolut und in % aller U-Gefangenen	
AT (Österreich)	4.522	51 %	1.513	73 %
BE (Belgien)	5.146	41 %	1.785	67 %
CZ (Tschechische Rep.)	1.666	8 %	495	25 %
DE	19.921	31 %	6.301	55 %
EL (Griechenland)	5.245	54 %	1.264	54 %
ES (Spanien gesamt)	18.680	29 %	3937	49 %
FI (Finnland)	455	15 %	198	35 %
IE (Irland)	463	12 %	109	19 %
IT (Italien)	17.304	33 %	7.307	41 %
LT (Litauen)	126	2 %	34	3 %
LU (Luxembourg)	491	74%	251	88 %
LV (Lettland)	154	4%	121	13 %
NL (Niederlande)	1.723	19 %	885	23 %
PL (Polen)	506	1 %	206	5 %
RO (Rumänien)	250	1 %	62	3 %
SE (Schweden)	1.325	23 %	-	-
E/W (England/Wales)	10.512	12 %	2.231	19 %

9 Näher *Bikelis/Pajaujis* (2016), S. 14 ff.; (2017), S. 40.

Ein weiterer erheblicher Unterschied zeigt sich, wenn man die Ausländerzahlen in der Untersuchungshaft betrachtet (*Tabelle 1*): In *Deutschland* sind bundesweit mehr als die Hälfte aller U-Gefangenen Menschen ohne deutschen Pass, in manchen Regionen liegt der Anteil bei knapp 70 %. *Österreich* und *Belgien* sind noch einmal höher belastet. Ganz anders ist die Situation in den osteuropäischen Projektländern.

Damit fanden wir zu Projektbeginn doch sehr unterschiedliche Situationen und Probleme vor – in manchen Staaten geht es vor allem um die Frage, wie man die übermäßige Inhaftierung von Ausländern begrenzen kann, sie interessiert in Rumänien oder Litauen aber weniger.

### 3. Theoretische Grundlagen und Methoden

#### 3.1 Menschenrechte

Während für die nationale Praxis nationale Grundsätze in der Verfassung, der Überlieferung oder im Recht maßgeblich sind, ist der gemeinsame Standard für eine europäische Untersuchung die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Sie nimmt auf eine menschengerechte Untersuchungshaftpraxis über die Artikel 3 (Folterverbot); Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit mit dem europäischen Habeas Corpus) und Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren, Unschuldsvermutung) Einfluss. Wir befassten uns daher zunächst mit diesen Grundlagen. Die Rechtsprechung des EGMR repräsentiert dabei nahezu die ganze Bandbreite relevanter Menschenrechtsprobleme bei Untersuchungshaft:<sup>10</sup>

*Österreich* wurde zum Beispiel wegen ungerechtfertigter Überwachung der Kommunikation zwischen Strafverteidigern und Beschuldigten verurteilt.<sup>11</sup> In *Belgien* waren Entscheidungen zum Zugang von Anwälten zu Polizeiverhören relevant;<sup>12</sup> außerdem wurde das Land wegen unmenschlicher Untersuchungsbedingungen verurteilt.<sup>13</sup> *Deutschland* wurde, in beiden Belangen mehrmals, wegen unzureichendem Zugang zu Akten<sup>14</sup> und inakzeptabler Haftlänge verurteilt.<sup>15</sup> Entscheidungen zu *Litauen* befassten sich mit unzureichend

10 Ausführlich in *Morgenstern* (2018), S. 138 ff. und in den Länderberichten unter [www.irks.at/detour/publications](http://www.irks.at/detour/publications). EGMR-Entscheidungen abrufbar unter: <https://hudoc.echr.coe.int/>.

11 *EGMR*, Lanz ./. Austria, Nr. 24430/94, Urteil vom 31.01.2001.

12 *EGMR*, Salduz ./. Turkey, Nr. 36391/02, Urteil vom 27.11.2008; Bouglame ./. Belgique, Nr. 16147/08, Urteil vom 02.03.2010 (keine Verurteilung).

13 *EGMR*, Vasilescu ./. Belgique, Nr. 64682/12, Urteil vom 25.11.2014.

14 *EGMR*, Lietzow ./. Germany, Nr. 24479/94, Urteil vom 13.02.2001; Erdem./. Germany, Nr. 38321/97, Urteil vom 05.07.2001.

15 Z.B. *EGMR*, El Khoury ./. Germany, Nr. 8824/09, Urteil vom 09.07.2015.

begründeten Haftentscheidungen,<sup>16</sup> mit unmenschlichen Haftbedingungen<sup>17</sup> oder unzureichendem Zugang zu Akten.<sup>18</sup> In den *Niederlanden* befasste sich der EGMR mit der ‚erschütterten Rechtsordnung‘ als Haftgrund: Während dieser grundsätzlich unter strengen Voraussetzungen akzeptabel ist, war dies im speziellen Fall nicht so.<sup>19</sup> *Rumänien* wurde zum Beispiel in einem Fall verurteilt, wo (unter Geltung der alten StPO) Untersuchungshaft nicht von einem unabhängigen Richter angeordnet wurde, und in jüngerer Zeit wegen unmenschlicher Haftbedingungen.<sup>20</sup>

*Irland* hingegen wurde vom Gerichtshof in Untersuchungshaftangelegenheiten nie verurteilt. Interessanterweise spielte die EMRK aber eine Rolle, als die rechtlichen Bestimmungen für Untersuchungshaft ausgeweitet wurden, und Untersuchungshaft als Präventivmaßnahme eingeführt wurde: Während der kriminalpolitischen Debatte vor dieser Veränderung 1996 (die eine Veränderung der Verfassung nötig machte) wurde die Reform auch durch Artikel 5 Abs. 1 lit. c) EMRK gerechtfertigt, der explizit den Freiheitsentzug erlaubt, „...[um] den Betreffenden an der Begehung einer strafbaren Handlung [...] zu hindern“.

### 3.2 Kriminologischer Hintergrund

Unsere theoretische Basis aus der Kriminologie sind Ansätze, die die Justizforschung maßgeblich geprägt haben, namentlich interaktionistischen Ansätze wie der *labelling approach* und Reflexionen zur Entfremdung zwischen Justizakteuren und Tätern beziehungsweise Opfern, namentlich bei *Christie* „Conflicts as property“.<sup>21</sup> Weitere Einflüsse stammen aus der US-amerikanischen Forschung der 1970er Jahre, die die „courtroom workgroup“ untersuchte: Die Zusammenarbeit der Justizprofessionellen nimmt danach eine selbständige Rolle im Prozessgeschehen ein – wo sie gedeihlich zusammenwirken, kommen die Verfahren schneller und häufiger durch Absprachen zum Ende.<sup>22</sup> Die Sicht der Beschuldigten wird einbezogen im einprägsam betitelten Buch „The process is the punishment“ von *Feeley*.<sup>23</sup> Danach sind auch oder gerade formalen Kriterien genügende Verfahren wegen ihrer Länge und der prozesssichernden

---

16 EGMR, Stašaitis ./ Lithuania, Nr. 47679/99, Urteil vom 21.03.2002.

17 EGMR, Savenkovas ./ Lithuania, Nr. 871/02, Urteil vom 18.11.2008.

18 EGMR, Albrechtas ./ Lithuania, Nr. 1886/06, Urteil vom 19.01.2016.

19 EGMR, Geisterfer ./ The Netherlands, Nr. 15911/08, Urteil vom 09.12.2014.

20 EGMR, Pantea ./ Rumänien, Nr. 33343/96, Urteil vom 03.06.2003; Cojan ./ Rumänien, Nr. 54539/12, Urteil vom 28.04.2015.

21 Christie (1977).

22 Eisenstein/Jacob (1977).

23 Feeley (1979).

Maßnahmen für den Angeklagten enorm belastend – im Ergebnis setzt er alles daran, die Verfahren abzukürzen, auch um den Preis des Verlustes von Rechtssicherheit. Schließlich ist die Forschung zur Verfahrensgerechtigkeit (Procedural Justice)<sup>24</sup> wichtig, die fragt, unter welchen Bedingungen Strafverfahren als fair und legitim erlebt werden. Dabei ist bedeutsam, dass im Verfahren nicht nur ein Ergebnis, sondern auch eine weitere Leistung, nämlich die Förderung von Akzeptanz der Entscheidung erzielt wird beziehungsweise werden kann. Dabei wird die Perspektive der Rechtsunterworfenen eingenommen, für die das erlebte Verfahren eine erhebliche Bedeutung hat, die sich auch auf die *compliance* (Rechtstreue, Einhaltung von Auflagen) auswirkt.

### 3.3 Vergleichende Kriminologie ‚in action‘: Die Methoden

Unsere Methoden sind einerseits klassisch zu nennen – in einem ersten Schritt die Erarbeitung von rechtlichen und kriminologischem Kontext am Schreibtisch; im Anschluss eine explorative Phase zur Vorbereitung der leitfadengestützten Interviews mit Praktikern<sup>25</sup> sowie projektbegleitenden Workshops zur Ermöglichung von Austausch und Feedback zu unserer Untersuchung. Der vergleichende Kontext erforderte dabei aber eine permanente und deutlich stärkere Selbstvergewisserung und -kontrolle der Erhebungsstruktur und -werkzeuge, als dies in nationalen Untersuchungen der Fall ist. Das liegt schon daran, dass ständig passende Übersetzungen gesucht und Erklärungen – und notwendigerweise Reflexionen – zum eigenen System geliefert werden müssen.<sup>26</sup>

Erstes Produkt der Forschung waren ausführliche Länderberichte zu den rechtlichen Grundlagen, Statistiken zum Forschungsstand und zu den europäischen Bezügen.<sup>27</sup> Zur Exploration des Feldes konnten in Deutschland nur neun Akten aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Rostock ausgewertet werden, während die Beobachtung von Haftverhandlungen vor allem in Berlin stattfand (22 Vorführungen, Haftprüfungstermine und Verhandlungen im beschleunigten Verfahren in Berlin).

Ausführliche Interviews (45 bis 90 Minuten) in der zweiten Phase bildeten den Kern unserer Forschung. In jedem Land wurden 30 bis 35 Interviews mit

24 Tyler (1990); (2006); Machura (2001).

25 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

26 Näher zu den Methoden, die auch eine Fallvignette in die Interviews einschloss, Hammer-schick et al. (2018), S. 12 ff., S. 76 ff.

27 Die sieben Berichte sind abrufbar unter <http://www.irks.at/detour/publications>; der deutsche Bericht basiert auf Morgenstern (2018), S. 345 ff.

Richtern, Staats- und Rechtsanwälten geführt, in manchen Ländern zusätzlich mit Bediensteten von Bewährungshilfe, Justizvollzug oder Polizei.

In Deutschland wurden bei erheblichen Zugangsschwierigkeiten 33 Interviews<sup>28</sup> mit Schwerpunkt in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern geführt, vier Interviews fanden in Nordrhein-Westfalen und zwei in Hamburg statt. Damit können nur eingeschränkt Aussagen zu Deutschland insgesamt gemacht werden, soweit sich aus dem Kontext ergab, dass bestimmte Praktiken regional beeinflusst sind. Andererseits ging es uns gerade darum, die Varianz von Reaktionsmöglichkeiten und Standpunkten zu zeigen, die sich auch innerhalb kleinerer Einheiten offenbarte und aussagekräftige Hinweise auf Entscheidungsspielräume und Einstellungen lieferte.

## 4. Einige Ergebnisse

### 4.1 Haftbegründungen in Deutschland

#### 4.1.1 Dominanz der Fluchtgefahr als Haftgrund

Voraussetzungen für die Anordnung von Untersuchungshaft sind in Deutschland nach §§ 112 ff. StPO ein dringender Tatverdacht, das Vorliegen eines der enumerativ aufgezählten Haftgründe und eine Verhältnismäßigkeitsprüfung. Aus der Strafverfolgungsstatistik ergibt sich bereits, dass in Deutschland bei Weitem der Haftgrund der Fluchtgefahr dominiert;<sup>29</sup> dies spiegelte sich (bei leichten regionalen Unterschieden) auch in unserer Untersuchung wieder.

Oft ist die Untersuchungshaftanordnung eine prinzipielle Frage der Funktionalität der Rechtspflege:

„Also der [Haftbefehl] dient ja in erster Linie erstmal zur Sicherung des Verfahrens. Und in zweiter Linie der Sicherung der Strafvollstreckung. Das heißt, wenn ich befürchten muss, dass es überhaupt nicht zu einer Verhandlung mit welchem Ergebnis auch immer kommt, muss ich denjenigen grundsätzlich eher hier behalten“ (15, Ri; ähnlich 2, StA).<sup>30</sup>

Allerdings wurde – nicht in den Interviews, sondern während der Beobachtungen beziehungsweise beim Gespräch im Gang nach einem Interview – auch das Praktikersprichwort „Haft macht Arbeit“ zitiert; verfahrensökonomische

---

28 8 Staatsanwälte (StA), 10 Verteidigern (V), 12 Richter, davon 5 Ermittlungsrichter in Berlin, (Ri), 3 Interviews in der JVA. Die Interviews sind durchnummeriert und werden hier mit der laufenden Nummer und dem Funktionskürzel zitiert.

29 Siehe dazu auch *Wolf* (2017).

30 Die Abkürzungen beziehen sich auf die Funktion des Interviewten, siehe Fußn. 28.

Anklänge waren auch mit Blick auf die mehrfach befürwortete Zunahme vereinfachter beziehungsweise beschleunigter Verfahren<sup>31</sup> zu hören.

Nur wenige Interviewpartner reflektierten die Dominanz der Fluchtgefahr bewusst – erkennbar war aber, dass sie primär auf die rechtliche Gestaltung zurückzuführen ist: Der Haftgrund ist schlicht am einfachsten zu operationalisieren, während insbesondere die Wiederholungsgefahr deutlich mehr Begründungsaufwand erfordert und die Verdunkelungsgefahr nur in bestimmten Fallkonstellationen in Betracht kommt. Der Haftgrund der Schwere der Tat spielte kaum eine Rolle. Jedenfalls

„ist es am Ende halt die Fluchtgefahr“ (4, Ri; wortgleich 9, V).

In der rechtlichen Konstruktion wird für die Bejahung der Fluchtgefahr, die sowohl eine klassische Flucht ins Ausland als auch ein Untertauchen innerhalb Deutschlands umfasst, eine Abwägung zwischen fluchthemmenden und fluchtanreizenden Faktoren, das heißt eine komplexe Prognoseentscheidung auf der Basis ausreichender Erkenntnisse verlangt. Diese Problematik wurde (nur) gelegentlich angesprochen:

„Bei der Fluchtgefahr ist es eine Abwägung zwischen der Straferwartung und den persönlichen Verhältnissen. Ich muss eine Prognose stellen und diese Prognose ist letztendlich gar nicht überprüfbar. Wenn ich ihn drin lasse, werden wir nie wissen, ob er abgehauen wäre und wenn ich ihn rauslasse und er haut ab ... Es gibt solche Fälle, aber nicht wahnsinnig oft ...“ (10, Ri).

„Aber wenn er einen [Beruf] und Familie hat, man muss ein bisschen sich versuchen vorzustellen, würde der jetzt, wenn wir ihn entlassen, würde der flüchten? Wenn man sagt, er hat Kinder, Familie, festen Beruf, warum sollte er flüchten? Wenn ihm jetzt nicht eine ganz schwere Strafe droht?“ (11, StA).

Verteidiger wiesen hingegen auf wenig Problembewusstsein seitens der Entscheider hin; insbesondere die psychische und finanzielle Belastung durch Flucht oder Untertauchen werde völlig unterschätzt.

#### 4.1.2 Straferwartung als maßgeblicher Faktor

Gut beobachtbar war das Übergewicht der sogenannten „Straferwartung“ über andere Faktoren zur Beurteilung der Fluchtgefahr:

„Weil das einzige, was man sich dann konstruieren könnte, ja die Fluchtgefahr wäre, wegen der zu erwartenden Strafe, was ja so pur ohne weitere Anzeichen für Flucht eigentlich höchststrichterlich auch nicht anerkannt ist. Es wird oft praktiziert, dass man sagt,

---

31 Diese Tendenz ließ sich in mehreren Teilnehmerstaaten finden, vgl. *Hammerschick et al.* (2018), S. 38.



hohe Strafen sind zu erwarten, Fluchtgefahr droht. Aber eigentlich müsste man da weitere Anzeichen haben“ (19, StA).

Interviewer: „Stichwort Straferwartung, was spielt sie für eine Rolle?“ – Befragte Person 2: „Je höher die Straferwartung, desto höher die Fluchtgefahr.“ – Befragte Person 1: „... Desto schneller die Untersuchungshaft“ (16 und 17, Ri).

Interessant war natürlich, wann eine solche fluchtanreizende Straferwartung, oft umschrieben als „empfindliche Strafe“, angenommen wird. Auf diese Frage bekamen wir sehr unterschiedliche Antworten: Einige ließen sich nicht auf eine Quantifizierung ein und verwiesen auf den Einzelfall. Andere gaben Hinweise auf Unter- oder Obergrenzen, mitunter unter Verweis auf obergerichtliche Rechtsprechung (7, Ri; 30, V), die jedoch ausweislich der dogmatischen Forschung und der Äußerung aus einem Obergericht gerade nicht existiert.<sup>32</sup>

„Es gibt keine Reizgrenze. Die Staatsanwaltschaft hätte das gern, ich glaube manche Unterrichter hätten das auch gerne, weil einfach diese Abwägung im Einzelfall so furchtbar anstrengend sein kann. Wenn man das so hätte, dann könnte man sagen, ab zwei Jahren ist immer Fluchtgefahr, dann brauchen wir uns gar nicht weiter zu bemühen. Dass das absurd ist, liegt auf der Hand, [...]“ (13, Ri).

Manche Interviewpartner nannten zwei oder drei Jahre als Anhaltspunkt, manche hielten die Untersuchungshaft erst bei Delikten, die fünf Jahre mindestens androhen (zum Beispiel schwerer Raub mit Waffen) für faktisch unvermeidbar. Selbst sechs Monate wurden von Staatsanwälten als Richtschnur genannt. Mehrfach ging es um die potenzielle Aussetzbarkeit der erwarteten Freiheitsstrafe

„Ansonsten [...] kommt es natürlich darauf an, was wird wahrscheinlich rauskommen? Zum Beispiel der Gedanke, wenn einer so gut wie sicher sein kann, dass er eine Bewährungsstrafe bekommt, wird er sich tatsächlich dem Verfahren entziehen. Dann könnte man sagen, möchte vielleicht überhaupt nicht verurteilt werden, auch nicht zu einer Bewährungsstrafe, wenn man es vermeiden kann. Aber natürlich ist die Erwartung einer unbedingten Freiheitsstrafe ein großer Fluchtanreiz, ist überhaupt keine Frage [...]“ (15, Ri).

In manchen Diskussionen wurde die Straferwartung auch relevant für Überlegungen zur Verhältnismäßigkeit, das heißt zur Begrenzung „nach unten“. Einige Befragte sagten, dass sie U-Haft bei zu erwartender Bewährung nicht beantragen beziehungsweise nicht anordnen würden oder sie für Bagatelldelikte in der Regel ausschließen:

„Bei Bagatelldelikten kommt es nicht in Betracht. Es sei denn, sie haben eindeutige Hinweise auf Flucht, beziehungsweise eine derartige Verwahrlosungssituation, das heißt keine festen sozialen Bindungen, dass sie sagen müssen, sie können das Verfahren gar nicht ernsthaft durchführen“ (31, Ri).

---

32 Rechtsprechungsanalyse bei *Morgenstern* (2018), S. 511 ff.

Das Zitat zeigt beispielhaft, dass Verhältnismäßigkeitsüberlegungen dann bedeutungslos werden können, wenn es um sozial Randständige geht.

#### **4.1.3 Soziale Umstände, Ausländereigenschaft und die Ermittlung von Informationen**

Deutlich wurde, dass die persönlichen Umstände des Betroffenen oft nicht die Rolle spielen, die sie im Prognoseprozess haben müssten. Grundsätzlich wird nur ein kleiner Ausschnitt der Lebensumstände betrachtet: Maßgeblich ist die Wohnsituation, nachgeordnet die familiäre (Kinder, pflegebedürftige Angehörige) und berufliche Situation. Ebenso wenig wie die Androhung einer „empfindlichen Strafe“ ein dogmatisch oder empirisch abgesicherter Terminus zur Begründung von Fluchtgefahr ist, ist dies bei „leicht löslichen Wohnverhältnissen“ der Fall. Auch dieses Schlagwort wird jedoch als eine Art rechtstechnischer Begriff eingesetzt, ohne dass genau begründet wird, was dahintersteckt und oft auch ohne genauere Ermittlungen zur Wohnsituation. Unklar bleibt, was als ausreichend fest verstanden wird: Manche akzeptierten das Vorhandensein einer Meldeadresse (zum Beispiel 2, StA; 11, StA; 29, Ri; 31, Ri), häufiger wurde auf die „faktischen Wohnverhältnisse“ verwiesen (3, StA; 13, Ri; 10, Ri; manchmal illustriert durch Bemerkungen wie „muss schon eine Zahnbürste da haben“ 15, Ri; 9, V) – beide Ansätze können sich zugunsten oder zu Lasten der Beschuldigten auswirken.

Mit Blick auf Geflüchtete und Wohnungslose war die Frage, inwiefern Sammelunterkünfte als ausreichende Adresse akzeptiert werden. Grundsätzlich soll die tatsächliche Erreichbarkeit entscheidend sein (4, Ri; 10, Ri; 26 V mit Blick auf die von ihm erlebte richterliche Praxis), aber:

„[...] selbst wenn er sich häufig dort aufhalten würde, hat ein Wohnheimplatz, den ich selber nicht bezahlen muss, sondern den ich gekriegt habe, sozusagen fast nichts zu sagen, was mich wirklich davon abhält, abzuhausen. Das ist ja wirklich das Entscheidende“ (15, Ri; ähnlich 3, StA; 7, Ri; 8, StA; 11, StA).

Erkennbar wurde, dass es eine sehr unterschiedliche Bereitschaft gibt, die sozialen Verhältnisse tatsächlich zu ermitteln und dass dies oft entscheidend von Verteidigeraktivitäten abhängt, das heißt für die Vorführsituation zu spät kommt. Erkenntnisdefizite wirken sich zumeist zu Lasten der Beschuldigten aus. Einzelne Interviewpartner wählen jedoch einen interessanten „in dubio pro reo-Ansatz“, indem sie, so lange es keine entgegenstehenden Hinweise gibt, eben die angegebene Adresse akzeptieren (31, Ri; 11, StA). Häufiger scheint jedoch das Gegenteil der Fall zu sein: So lange es keine Belege für eine feste Wohnadresse oder eine feste Arbeitsstelle gibt, wird angenommen,

dass sie nicht existieren und als Schutzbehauptung angeführt werden – obwohl es hier Aufgabe der Ermittlungsbehörden oder gegebenenfalls des Haftrichters wäre, Informationen einzuholen. Kann in der Haftprüfung ein Verteidiger dann entsprechende Belege beibringen, waren Betroffene in der Regel mehrere Wochen inhaftiert, angesichts einer geschätzten Quote von Aussetzungsentscheidungen von 20 bis 30 %<sup>33</sup> offenbar oftmals unnötig.

Die Frage nach der Erreichbarkeit steht auch bei ausländischen Tatverdächtigen im Vordergrund:

Interviewer: „Nationalität und Aufenthaltsstatus... was spielt das für eine Rolle? ... Befragte Person: „Die Nationalität per se eigentlich keine große, sondern ich würde fragen ‚Haben wir den hier zur Verfügung für unser Verfahren?‘ In dem Zusammenhang ist das das einzig wirklich Maßgebliche“ (16, Ri; ähnlich 11, StA).

Die Überrepräsentierung von Ausländern im Strafvollzug wurde damit insgesamt weniger auf die Nationalität als vielmehr auf eine „bestimmte Klientel“ zurückgeführt (6, StA, 20, V). Mehrfach wurde auf die Gruppe der „reisenden Straftäter“ hingewiesen, die oft aus anderen EU-Staaten kommen (Polen, Italien, Rumänien und Bulgarien wurden genannt). Die Interviewpartner gingen hier davon aus, dass angegebene Adressen wertlos seien:

„[...] das sind eben Leute, die zwar eine Meldeanschrift in Rumänien uns angeben können, wo vielleicht sogar noch die Eltern wohnen, die aber seit Jahren unterwegs sind. Solche Leute kann man nicht laufen lassen, weil man weiß, die sind weg. Und selbst wenn sie eine Meldeanschrift in Bulgarien, Rumänien oder sonst wo haben, die sind dann definitiv weg. Und reisen weiter und versuchen weiter ihr Glück untergetaucht klarzukommen in Europa“ (13, Ri).

Insgesamt sei Untersuchungshaft in solchen Fällen kaum zu vermeiden (2, StA; 3, StA; 4 Ri; 9, V, 15, Ri; 16, Ri; 21, V). Im Übrigen war die Bereitschaft, innerhalb der EU ausländische Adressen zu akzeptieren und Erkundigungen einzuholen beziehungsweise auch dort zu laden, sehr unterschiedlich ausgeprägt – das könnte auch mit regionalen Praktiken zusammenhängen.<sup>34</sup>

Schließlich gab es unter den interviewten Verteidigern ausgesprochen pessimistische Einschätzungen in Bezug auf ausländische Verdächtige: „Die gehen alle rein“ (18, V; 30, V). Ähnlich äußerten sich manche zumindest in Bezug auf bestimmte Gruppen von Verdächtigen, namentlich (nord-)afrikanische Männer, die pauschal mit Drogendelikten oder Praktiken wie dem „Antanzen“ in Verbindung gebracht würden („Haftgrund? ‚Nafri!‘“, 26, V).

---

<sup>33</sup> Näher *Morgenstern* (2017), S. 50 ff.

<sup>34</sup> Näher *Morgenstern* (2017), S. 97 f.

#### 4.1.4 Extra-legale Motive („apokryphe Haftgründe“) und medialer Druck

Motive für die Anordnung von Untersuchungshaft, die im Gesetz keine Stütze finden und den Grundrechtssicherungen zuwiderlaufen, fanden sich auch vielfach in unseren Interviews, in der Regel als Teil eines Motivbündels. Anhand des zuvor Gesagten ergibt sich vor allem, dass die Anordnungsvoraussetzungen bei der Annahme von Fluchtgefahr – die Gefahr des Sich-Absetzens oder längerfristig Untertauchens – unterlaufen werden, sodass sich ein missbräuchlicher „Haftgrund der leichteren Verfügbarkeit“ in der Praxis herausgebildet hat.

Im Übrigen fanden wir eine Vielzahl von Einzelbeispielen, die in der älteren empirischen Forschung bereits beschrieben sind. Sie reichen von der Rücksichtnahme auf Opferinteressen oder einer Disziplinierungsfunktion über gut gemeinte Kriseninterventionen bis hin zu generalpräventiven Überlegungen (zum Beispiel durch Signale an bestimmte Milieus), ein Muster war hier aber nicht zu erkennen.

Hervorzuheben ist, dass uns ein zunehmender Druck auf die entscheidenden Personen durch Medien, Politik und (digitale) Öffentlichkeit geschildert wurde, den wir so nicht erwartet hatten. Vielfach wurde auf Fälle Bezug genommen, in denen insbesondere (aber nicht nur) die Boulevardpresse direkt richterliche Entscheidungen und die Person des Entscheiders angegriffen hatte.<sup>35</sup> Dabei gehen die Befragten oft von einer Einflussnahme auf die Entscheidung „der Anderen“ (vor allem Richter) aus und deuten auch an, dass die Justizverwaltung und Politik – bei der Staatsanwaltschaft daher auch die Weisungsbefugten – diesem Druck nachzugeben bereit sind. In der Regel beschreiben sie sich selbst als resistent:

„Es ist stärker geworden. Ich weiß nicht mit welchen Strömungen das zu tun hat, aber dass mit Presseberichterstattung quasi hier der Druck, sei es dann schon von oberen Behörden, sei es allein schon innerhalb der Behörde an sich, erhöht ist und auch gerne mal eher die Haftentscheidung gesucht wird. Selbst wenn man Zweifel bekundet... das ist mehr geworden. Woran es liegt, weiß ich nicht, aber auch da bilde ich mir ein, dass nach all den Jahren ich mein Nein da auch durchsetzen kann“ (23, StA).

„Der Richter steht immer im Fokus, medial. Ich weiß es, ich habe jetzt einen Haftantrag [...] abgelehnt, das hat zu einem sogenannten shitstorm geführt in den Medien, das belastet mich ehrlich gesagt aber auch nicht weiter. Damit muss man leben können. Ehrlich gesagt stehe ich da so drüber. [...] Ehrlich gesagt, trotzdem, da ohnehin das Verhältnis der Justiz zu der Öffentlichkeit sehr gespalten ist, wird sich da auch nicht viel ändern in Zukunft. Die Richter haben auch in der Vergangenheit immer gesagt ‚Wir machen das so, wie wir das für richtig halten, weil ihr die Hintergründe des Falls nicht kennt‘“ (31, Ri).

---

35 Z.B. Berliner Zeitung vom 27.04.2011: „Der Richter, der den Schläger freiließ“, mit einem nicht verpixelten Bild des betroffenen Richters, aufgenommen in seinem Dienstzimmer.

Dass ein solcher Druck spurlos an den Entscheidern vorbeigeht, ist aber nicht anzunehmen, selbst wenn sie sich das nicht bewusst machen – dies ist in der folgenden Bemerkung deutlich:

„Ich spüre keinen medialen Druck, dass ich sage, ich bin nicht frei in meiner Entscheidung, das würde ich nicht sagen, aber ich finde hier muss eine Entscheidung her, die ‚an die Wähler draußen‘ [lacht] transportiert: so kann man sich in Deutschland nicht verhalten“ (10, Ri mit Bezug auf ausländische junge Täter).

## 4.2 Haftbegründungen im Vergleich

Abschließend sollen einige Erkenntnisse zu den Haftgründen aus der vergleichenden Untersuchung herangezogen werden. Obwohl *Österreich* ein dem deutschen Recht ähnliches Strafverfahren aufweist, ist hier der vorherrschende Haftgrund die sogenannte Tatbegehungsfahr, die in etwa der deutschen Wiederholungsfahr entspricht, aber weniger strenge Voraussetzungen hat. Circa 90% aller Haftanordnungen werden auf sie gestützt, hinzukommen in 60% aller Fälle subsidiär Anordnungen wegen Fluchtfahr. Diese Gewichtung ist möglicherweise weniger mit einer stärkeren Präventionsorientierung der österreichischen Praktiker zu erklären (auch in den deutschen Interviews ging es häufig darum, dass man Täter, gerade die „reisenden“, nicht immer „weitermachen lassen“ dürfe) als vielmehr rechtstechnisch: Fluchtfahr ist nach Auffassung der österreichischen Befragten schwierig zu begründen, während Tatbegehungsfahr als starker, oft gut zu substantiierender Haftgrund beschrieben wird.<sup>36</sup>

Eine ähnliche Präferenz für die Wiederholungsfahr findet sich in *Belgien* und den *Niederlanden*; die Antworten beschreiben diesen Haftgrund ebenfalls als gut zu begründen und einfach zu handhaben, als „catch-all-concept“.<sup>37</sup> Die Präferenz und Begründungswege für Fluchtfahr sind hingegen in *Litauen* eher mit der deutschen Situation vergleichbar; in *Rumänien* stand ebenfalls die Verhinderung des Untertauchens im Vordergrund.<sup>38</sup>

Besondere Aufmerksamkeit verdient das *irische* Beispiel: Hier steht die andernorts eher von der Strafprozesslehre hochgehaltene Kritik an der Kombination von Strafverfolgung und Prävention im Strafverfahren noch lebendiger in der Tradition als in den übrigen Staaten. Eherne Prinzipien wurden dort in einem Urteil des *Supreme Court* von 1966 aufgestellt. Zu berücksichtigen ist danach, dass „grundsätzlich die Inhaftierung einer Person nicht auf die bloße

---

36 Hammerschick/Reidinger (2017), S. 24 ff.

37 Maes/Jonkheere (2017), Teil II, S. 8.

38 Zusammenfassend Hammerschick et al. (2018), S. 14 ff.

Tatsache gestützt werden kann, dass sie einer Straftat beschuldigt wird, weil dies gegen die Unschuldsvermutung verstieße; dass längere Zeiträume von Haft einen sehr schädlichen Effekt auf das Privatleben einer Person, namentlich mit Blick auf die Arbeit und das Familienleben haben kann und dass U-Haft nachteilig auf die Aussicht eines Beschuldigten sein kann, freigesprochen zu werden, weil es seine Interaktionsmöglichkeiten mit der Verteidigung und die Fähigkeit, die Verteidigung vorzubereiten, beeinträchtigen kann“. Über den Haftgrund der Wiederholungsgefahr würden präventive Aspekte einfließen, die mit den auf die Sicherung des Verfahrens ausgerichteten Grundprinzipien des irischen U-Haftrechtes nicht vereinbar sind.<sup>39</sup>

In den Interviews und während unserer Workshops verwiesen die befragten Praktiker wiederholt auf die Unschuldsvermutung, die in den anderen Ländern kaum eine Rolle spielte, und auf den Inhalt des O’Callaghan-Urteils (nicht nur formal auf seine Geltung):

„... the be all and end all of bail in Ireland is the O’Callaghan case. And it’s, you know, quoted in criminal courts across the country every day of the week again and again and again and it’s taken seriously“ (3, Ri).

Erst seit 1997 ist die Wiederholungsgefahr als Haftgrund auch in Irland anerkannt. Den Angaben unserer Interviewpartner (und den statistischen Erkenntnissen) zufolge hat sich die U-Haftpraxis in Irland seitdem dennoch wenig verändert. Hervorzuheben ist allerdings, dass „bail“, das heißt die Entlassung unter Auflagen,<sup>40</sup> auch mit erheblichen Einschränkungen der persönlichen Freiheit einhergehen kann, die in Deutschland unter § 116 StPO möglicherweise nicht ohne weiteres akzeptiert würden. Allerdings sind Verstöße gegen die Auflagen nicht selbständig strafbar und führen auch eher selten zur Vollstreckung von Untersuchungshaft (dies ist zum Beispiel in England und Wales anders und füllt dort die Gefängnisse auch mit U-Gefangenen).<sup>41</sup>

## 5. Zusammenfassung und Fazit

Zusammenfassend lässt sich für viele Konstellationen auch im Vergleich feststellen, dass U-Haft oft als einfachster Weg das Verfahren sicherzustellen beziehungsweise aus Gründen der Verfahrensökonomie angeordnet wird.

---

39 Supreme Court of Ireland, *The People (Attorney General) v. O’Callaghan* [1966] I.R. 501, zitiert nach *Perry/Rogan* (2016), S. 7 ff.

40 Siehe dazu *Perry/Rogan* (2017), S. 8 ff.

41 *Morgenstern* (2018), S. 83 ff.

Eine besondere Betonung der Prävention scheint mit eher hohen U-Haftstraten verbunden zu sein.

Während der formal angewendete Haftgrund in den untersuchten Staaten differiert, sind die zur Begründung herangezogenen Faktoren in Bezug auf Flucht- und Wiederholungsgefahr oft dieselben: erwartete Strafe, fehlender fester Wohnsitz, Vorstrafen, Natur oder Schwere des Delikts. Damit ist der Haftgrund als „Etikett“ austauschbar: Manche Täter will man in Haft wissen. Als Haftgrund dient dann der, der das, je nach System, am besten sicherstellt.

Als Konsequenzen für die deutsche Situation ergibt sich daraus, dass eine gesetzliche Neufassung der Prognosekriterien für die Fluchtgefahr oder sogar die geforderte Abschaffung keinen Erfolg verspricht. Eher könnte eine Zurückdrängung der Untersuchungshaft über die Anhebung der Haftschwelle oder die Ausschließung von Bagatellen von Gesetzes wegen gelingen (Verschärfung des § 113 StPO). Angesichts der Stärkung des Präventionsgedankens steht auch ein Ausweichen auf Haftgrund der Wiederholungsgefahr zu befürchten – dem ist entgegenzuwirken. Sozial desintegrierte (ausländische) Beschuldigte bleiben quantitativ das größte Problem.

Die vergleichende Betrachtung macht die Dilemmata der U-Haft deutlich – es gibt keine einfachen Lösungen. Das irische Beispiel zeigt, dass die Zurückhaltung bei der Anordnung wertebasiert ist. An der Verankerung dieser Werte ist auch bei der Ausbildung zu arbeiten. Populistischen Angriffen auf Entscheider muss entgegengetreten werden.

## Literatur

- Aebi, M./Tiago, M./Burkhardt, C.* (2016): SPACE I – Council of Europe Annual Penal Statistics: Prison populations. Survey 2015. Strasbourg: Council of Europe.
- Bikelis, S./Pajaujis, V.* (2016): DETOUR – Towards Pre-trial Detention as Ultima Ratio: 1st National Report on Lithuania, in: <http://www.irks.at/detour/LT%201st%20National%20Report.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Bikelis, S./Pajaujis, V.* (2017): DETOUR – 2nd Lithuanian National Report on Expert Interviews, in: <http://www.irks.at/detour/Uploads/LT%202nd%20Report%20final%20f2.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Christie, N.* (1977): Conflicts as poperty. *British Journal of Criminology*, 17, S. 1-15.
- Düinkel, F./Morgenstern, C.* (2010): Einführung. In: Düinkel, F., Lappi-Seppälä, T., Morgenstern, C., van Zyl Smit, D. (Hg.): *Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangenenraten im europäischen Vergleich*. Band 1. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 3-24.
- Feeley, M.* (1979): *The Process is the Punishment: Handling Cases in a Lower Criminal Court*. New York: Rusell Sage.

- Hammerschick, W./Morgenstern/C., Bikelis, S./Boone, M/Durnescu, I./Jonckheere, A./ Lindeman, J./Maes, E./Rogan, M.* (2018): DETOUR – Pre-trial Detention as Ultima Ratio. Comparative Report, in: [http://www.irks.at/detour/Uploads/Comparative%20re-port\\_master%20fin.pdf](http://www.irks.at/detour/Uploads/Comparative%20re-port_master%20fin.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Hammerschick, W./Reidinger, V.* (2017): DETOUR – 2nd Austrian National Report on Expert Interviews, in: [http://www.irks.at/detour/Uploads/2nd%20Nat%20Report%20AT\\_Fin%20for%20Web.pdf](http://www.irks.at/detour/Uploads/2nd%20Nat%20Report%20AT_Fin%20for%20Web.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Jacob, H./Eisenstein, J.* (1977): *Felony Justice: An Organizational Analysis of Criminal Courts*. Boston: Little, Brown and Co.
- Machura, S.* (2001): *Fairness und Legitimität*. Baden-Baden: Nomos.
- Maes, E./Jonckheere, A.* (2017): DETOUR – 2nd Belgian National Report on Expert Interviews., in: [http://www.irks.at/detour/Uploads/2nd%20Belgian%20National%20Report\\_Expert\\_interviews.pdf](http://www.irks.at/detour/Uploads/2nd%20Belgian%20National%20Report_Expert_interviews.pdf) [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Morgenstern, C.* (2017): DETOUR – 2nd German National Report on Expert Interviews, in: <http://www.irks.at/detour/Uploads/Germany%202nd%20report%20Final%20Version.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Morgenstern, C.* (2018): *Die Untersuchungshaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Oancea, G./Durnescu, I.* (2016): DETOUR – Towards Pre-trial Detention as Ultima Ratio: 1st Romanian National Report, in: <http://www.irks.at/detour/RO%201st%20National%20Report.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Oancea, G./Durnescu, I.* (2017): DETOUR – 2nd Romanian National Report on Expert Interviews, in: <http://www.irks.at/detour/Uploads/2nd%20Nat%20Report%20RO%20for%20Web.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Perry, D./Rogan, M.* (2016): DETOUR – Towards Pre-trial Detention as Ultima Ratio: 1st National Report on Ireland, in: <http://www.irks.at/detour/IE%20First%20National%20Report.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Perry, D./Rogan, M.* (2017): DETOUR – Second National Report. Expert Interviews. Ireland, in: <http://www.irks.at/detour/Uploads/Perry%20and%20Rogan%20Ireland%20for%20publication.pdf> [letzter Aufruf: 01.03.2018].
- Tyler, T.* (2006): *Why people obey the law*. 2<sup>nd</sup> Edition. Princeton: Princeton University Press.
- Wolf, L.* (2017): *Die Fluchtprognose im Untersuchungshaftrecht. Eine empirische Untersuchung der Fluchtgefahr nach § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO*. Baden-Baden: Nomos.



# Religion und Subkultur im Strafvollzug

*Melanie Wegel*

## Gliederung

- |  |   |
|--|---|
| 1. Einführung  | 4. Der Fragebogen                       |
| 2. Strafvollzugsforschung mit Fokus auf die Subkulturbildung | 5. Samplebeschreibung und erste Befunde |
| 3. Ausgangslage und Datenbasis                               | 6. Zusammenfassung                      |

## 1. Einführung

Die totale Institution Strafvollzug zeichnet sich durch eine große Heterogenität der Inhaftierten aus. Beispielfhaft sind hier eine große Altersspanne, unterschiedlichste Deliktskategorien, eine Vielzahl an Nationalitäten und auch verschiedene Konfessionszugehörigkeiten zu nennen. Dies trifft nicht nur für Gefängnisse in der Schweiz zu, sondern kann in ganz Europa beobachtet werden und stellt sowohl die Leitungen der Straf- und Massnahmeneinrichtungen als auch das Strafvollzugspersonal vor große Herausforderungen.

Im Folgenden soll das Ausmass und die Problematik thematisiert werden, die sich vor dem Hintergrund heterogener Glaubensinhalte im Strafvollzug ergeben kann. Ein Blick in die Schweizer Gefängnisse zeigt: In der Strafanstalt Zug und in der Genfer Anstalt Champ-Dollon sind 50 % der Insassen muslimischen Glaubens.<sup>1</sup> In der interkantonalen Strafanstalt Bostadel bilden Muslime mit 39 % die größte Religionsgruppe, in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf sind 133 von 426 Häftlingen Muslime.<sup>2</sup> Die Anzahl von Insassen aus muslimischen Ländern wie Tunesien, Algerien, Marokko oder dem Kosovo und Albanien nimmt seit dem Jahr 2003 laufend zu. Das Schweizer Gefängnispersonal wird gezielt für den Umgang mit muslimischen Insassen ausgebildet. In diesen Kursen lernt das Personal mit Mentalitätsunterschieden umzugehen. Dies betrifft etwa die Auffassung von Ehre und Schande, spezielle Essgewohnheiten oder religiöse Praktiken wie den Ramadan. Ein spezielles Augenmerk

---

1 *Schneuwly-Purdie* (2013).

2 *Schneuwly-Purdie* (2013).

liegt auch auf Fundamentalismus und Islamismus. Diese Maßnahmen zeigen, dass die Themen Multikulturalität und Diversität im Vollzugsalltag eine wichtige Rolle spielen. Unklar ist jedoch inwieweit diese Diversität sich auch auf andere Bereiche ausdehnt, wie etwa die Gesetzesakzeptanz oder die individuellen Werthaltungen, die laut der kriminologischen Werteforschung<sup>3</sup> in einem engen Zusammenhang zur Delinquenz stehen. Um dieser Thematik weiter nachzugehen, wurde im Rahmen einer vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Studie, eine schweizweite Befragung in Vollzugseinrichtungen unter Inhaftierten und dem Vollzugspersonal durchgeführt. In einem ersten Schritt soll folgender Frage nachgegangen werden:

Welche Werthaltungen präferieren Insassen muslimischen Glaubens im Gegensatz zu christlichen oder konfessionslosen Inhaftierten?

## 2. Strafvollzugsforschung mit Fokus auf die Subkulturbildung

In der Strafvollzugsforschung lassen sich mehrere Themenfelder differenzieren: zum einen etwa die Schnittstellenproblematik zwischen Vollzug und Entlassung,<sup>4</sup> Zum anderen die Inhaftierten selbst, deren Werte und auch die damit zusammenhängenden Gruppenprozesse,<sup>5</sup> sowie Faktoren, die unmittelbar hiermit zusammenhängen, namentlich die Herkunft, das Verhalten von Inhaftierten und gegebenenfalls auch die Interaktion mit dem Vollzugspersonal.

Der Faktor der Deprivation steht in der Vollzugsforschung im Fokus. Als Deprivationsformen werden hauptsächlich der Entzug der Bewegungsfreiheit, der Verlust an Autonomie sowie der Mangel an persönlicher Sicherheit genannt.<sup>6</sup> Hieraus resultiert entweder eine Eingliederung in eine Zwangsgruppierung oder aber das Einzelgängertum. Insbesondere die Problematik der Zwangsgruppierungen als eine Deprivationsform wurde bereits in den Anfängen der Vollzugsforschung als kontraproduktiv für eine spätere Resozialisierung festgestellt,<sup>7</sup> wobei die Rolle der Hierarchiebildung und Unterordnung innerhalb der Subkulturen eine bedeutende Rolle spielt.<sup>8</sup> Für den Strafvollzug trifft dies in besonderem Maße zu, da hier sowohl religiöse Gruppierungen als auch Gruppierungen

---

3 Hermann (2003).

4 Wegel/Stroezel (2017).

5 Hermann/Fiedler (2014); Kühnel (2007); Hürlimann (1993).

6 Sykes (1969).

7 Harbordt (1969).

8 Hürlimann (1993).

entsprechend der Nationalität die Norm sind<sup>9</sup> und weitere Subgruppen entsprechend der jeweiligen politischen Verortung noch hinzukommen.

Hürlimann<sup>10</sup> legte in seiner Studie den Fokus auf die Rolle der Führer von Subkulturen im Strafvollzug und folgerte aus einer Wärterbefragung, dass sich Inhaftierte mit einer Führungsrolle durch eine ausgeprägte kriminelle Energie und körperliche Überlegenheit auszeichnen. Mit Blick auf die Gruppenprozesse im Strafvollzug stellt Kühnel<sup>11</sup> fest, dass die Gruppenbildung eher durch interpersonelle Bindungen stattfindet, wobei die Zugehörigkeit zu einer Gruppe durch Nationalität oder aber eine politische Gesinnung bestimmt wird. So dienen Gruppenbildungen im Vollzug mitunter dem Kampf um Ressourcen, auch gegenüber dem Vollzugspersonal, dem laut Kühnel eine stereotype Grundeinstellung den Gefangenen gegenüber unterstellt wird.

Die kriminologische Werteforschung zeigt, dass es sich bei Inhaftierten um Menschen handelt, die ähnliche Wertorientierungen äußern, welche wiederum den sogenannten Männlichkeitsnormen beziehungsweise subkulturellen Werten zuzuordnen sind und sich von Personen aus der Bevölkerung unterscheiden, die keinen Bezug zu Devianz haben.<sup>12</sup> Kerner<sup>13</sup> weist darauf hin, dass religiöse Werte einen krimioresistenten Effekt haben, sofern diese von Angehörigen einer christlichen Konfession geäußert werden – auch mit Blick auf eine positive Reintegration in ein straffreies Leben, wohingegen der gleiche Effekt für religiöse Werte für Angehörige der muslimische Konfession nicht zutrifft. Die Grundlage für diese Hypothese bildete eine Untersuchung, in welcher junge Inhaftierte nach ihrer Religionszugehörigkeit getrennt betrachtet wurden.

Für den schweizerischen Vollzug gilt laut einer qualitativen Studie von Achermann<sup>14</sup> dass ausländische Inhaftierte in doppeltem Maß, bedingt durch deren Nationalität, von dem Faktor der Deprivation betroffen sind, was sich allein schon durch sprachliche Defizite und einen ungeklärten Aufenthaltsstatus erklärt. Schneuwly-Purdie<sup>15</sup> untersuchte die Situation muslimischer Inhaftierter anhand ethnografischer Interviews in der Schweiz und stellte fest, dass die Religionsausübung im Strafvollzug mitunter der Bedürfnisbefriedigung dient, so zum Beispiel das Streben nach Autonomie und Freiheit. Daraus folgert Becci et al.,<sup>16</sup> dass die Form der Religionsausübung im Strafvollzug sowohl vom

---

9 Walter (2011); Reich (2003).

10 Hürlimann (1993).

11 Kühnel (2007).

12 Kerner et al. (2003); Hermann/Fiedler (2014).

13 Kerner et al. (2003).

14 Achermann (2006).

15 Schneuwly-Purdie (2010).

16 Becci et al. (2011).

Individuum selbst als auch von der jeweiligen Institution abhängig ist. *Khosrokhavar*<sup>17</sup> stellt im Rahmen einer Befragung von muslimischen Inhaftierten fest, dass Religion im Vollzug hilfreich ist, um Geduld zu üben sowie zu lernen mit Ängsten umzugehen. Nichtmuslimische Inhaftierte hingegen geben an, dass in erster Linie die Gruppenbildung durch die Religionszugehörigkeit gefördert würde. Offen bleibt, durch welche Verhaltensweisen und Kennzeichen (religiöse und ethnische) Gruppen im Strafvollzug wahrgenommen werden und wie sich Abgrenzungen im Vollzug konkret äußern.

### 3. Ausgangslage und Datenbasis

Zentraler Ausgangspunkt der folgenden Darstellungen ist die Tatsache, dass der Straf- und Maßnahmenvollzug durch eine deutliche Überrepräsentation Nicht-Schweizer Inhaftierter gekennzeichnet ist, was für alle europäischen Länder und ihre Minoritäten gilt.<sup>18</sup> Weiterer Ausgangspunkt ist die Kenntnis von einer starken Tendenz zur Bildung von Subkulturen im Strafvollzug. Durch die große Präsenz von Inhaftierten aus muslimisch geprägten Ländern dürften nicht nur Gruppierungen aufgrund der Nationalität, sondern zudem konfessionelle Gruppierungen zu erwarten sein. Eine vergleichbare Problematik zeigte sich bereits um die Jahrtausendwende im deutschen Jugendstrafvollzug, als im Rahmen der Zuwanderung der sogenannten Spätaussiedler aus den russischen Nachfolgestaaten eine Überrepräsentation dieser Bevölkerungsgruppe im Jugendstrafvollzug die Folge war. Für diese Inhaftiertenpopulation ist die obligatorische Zugehörigkeit zu einer Gruppe im Strafvollzug – zudem mit einer strengen Hierarchie – gut dokumentiert.<sup>19</sup> Um diesem Befund in der hiesigen Studie vertiefend nachzugehen, wurde eine repräsentative Befragung in 32 Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzugs in allen drei Strafvollzugskonkordaten der Schweiz durchgeführt. Die Strafvollzugskonkordate sind: das Westschweizer Konkordat, hierzu zählen die französischsprachigen Kantone und das Tessin, sowie das Ostschweizer Konkordat und die Nordwest- und Innerschweiz.

Befragt wurden mittels eines schriftlichen Fragebogens insgesamt 742 Inhaftierte. Die Teilnahmequote lag bei den Institutionen mit über 50 Insassen zwischen 25 und 70 %. Diese recht große Spannweite kann vor allem durch die Art der Organisation der Befragung durch die Anstaltsleitung erklärt werden. In einigen Institutionen war eine persönliche Ansprache durch das Forscherteam möglich und es konnten zudem Aushänge an Informationstafeln gemacht

---

17 *Khosrokhavar* (2004).

18 *Aebi* (2005).

19 *Laubenthal* (2010).

werden. Die höchste Rücklaufquote von 70 % konnte in einer offenen Institution erreicht werden, wo die Insassen vorab informiert wurden, diese sich dann zur Teilnahme schriftlich anmelden konnten und die Befragung während der regulären Arbeitszeit der Insassen stattfand. In circa einem Drittel der teilnehmenden Institutionen wurde die Befragung von den Mitarbeitern selbst durchgeführt.

#### 4. Der Fragebogen

Der Fragebogen wurde in der deutschen Sprache erstellt und dann in die französische, italienische und englische Sprache übersetzt. In der konkreten Befragungssituation zeigte sich, dass ein Großteil der albanischen Insassen zumindest die italienische Variante ausfüllen konnte, zum Teil wurden die Fragebögen von den Insassen selbst für einzelne weitere Nationalitäten übersetzt. Für die Hauptfragestellungen und auch die Nebenfragestellungen wurden valide getestete Items eingesetzt. Der Fokus lag auf der Werteskala von *Klages*, erweitert durch die kriminogenen Werte von *Hermann*<sup>20</sup> mit insgesamt 36 Items. In dem Themenkomplex Strafe und Kriminalität sind 21 Items enthalten, die sich an den Befragungen von *Streng*<sup>21</sup> orientieren. 19 Items betreffen die Einschätzung Inhaftierter zu einzelnen Straftatbeständen. Jeweils fünf Items wurden aus den Tübinger Schülerstudien zum Thema Sozialisationserfahrungen und Liberalität übernommen.<sup>22</sup> Weiter wurden 10 Fragen zu Strukturdaten, der Haftform sowie dem Delikt und dem Strafmaß gestellt.

#### 5. Samplebeschreibung und erste Befunde

Insgesamt wurden 91,9 % männliche Insassen und 8,1 % weibliche Insassen befragt. 51,2 % der Befragten hatten eine andere als die schweizerische Nationalität, wobei ein Großteil dieser Befragten bereits in der Schweiz geboren wurde (39,4 %) oder aber länger als zehn Jahre in der Schweiz lebte (29,4 %). 7,9 % der ausländischen Befragten waren weniger als ein Jahr in der Schweiz, 12,3 % zwischen einem und fünf Jahren und 10,4 % zwischen fünf und zehn Jahren. Hier muss sicherlich angemerkt werden, dass vorwiegend diejenigen Insassen an der Befragung teilgenommen haben, die zumindest über rudimentäre Kenntnisse einer der Schweizerischen Landessprachen oder aber der englischen Sprache verfügten. Der Altersmedian liegt bei 31 bis 40 Jahren.

---

<sup>20</sup> *Hermann* (2003).

<sup>21</sup> *Streng* (2014).

<sup>22</sup> *Stroezel et al.* (2016).

Bezüglich der Religionszugehörigkeit, gaben fast 50 % an, einer christlichen Konfession anzugehören, 21 % der Befragten waren muslimischen Glaubens, rund 19 % waren konfessionslos und 10 % gaben zum Bereich Konfession die Kategorie „Andere“ an. Bei den Befragten überwogen eindeutig diejenigen Personen, welche eine Strafe angaben, die länger als ein Jahr andauert. Rund 22 % wurden gar zu fünf Jahren und mehr verurteilt. Fast 9 % befanden sich im sogenannten vorzeitigen Vollzug und 17 % erhielten eine Therapiemaßnahme. Diese Therapiemaßnahme entspricht zwar nicht den gängigen Vorstellungen einer Strafe, wird aber von den Befragten durchaus auch als eine solche betrachtet. Eine Maßnahme wird in der Schweiz vorrangig vor einer Strafe angesehen und kann das Strafmaß in Bezug auf die Zeitdauer überschreiten. Es wurden sowohl Personen befragt, die sich in Einrichtungen des offenen Vollzugs und auch des Maßnahmenvollzugs befanden als auch solche in geschlossenen Institutionen, die gegebenenfalls auf einen Maßnahmen-sprich Therapieplatz warten. Bezüglich der allgemeinen Daten sollten die Befragten noch angeben, welches Delikt zur Inhaftierung geführt hatte, wobei Gewalt-, Tötungs- sowie Sexualdelikte und Delikte im Bereich Straßenverkehrskriminalität mit jeweils rund 12 % ungefähr gleich vertreten waren und mit 16,5 % der Bereich Betäubungsmitteldelikte am stärksten vertreten war.

Die zentrale Fragestellung des vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Forschungsprojektes waren die individuellen Wertvorstellungen der Inhaftierten. Um offen an das Datenmaterial heranzugehen, wurde vorab eine Faktorenanalyse mit den Items der *Klages* und *Hermann* Werteskala durchgeführt. Für die Berechnungen der Faktorenanalysen standen  $n = 712$  Fälle zur Verfügung.<sup>23</sup>

Das Verfahren ergab drei Wertedimensionen mit 67 % an erklärter Varianz:

- a. traditionelle Werte mit den Items „ein gutes Familienleben führen“ und „Freunde haben, denen man vertrauen kann“ sowie „eigenverantwortlich leben und handeln“ und „ein gutes Gewissen haben“ mit 32 % Varianz,
- b. kriminogene Werte mit den Items „schnell Erfolg haben“, „cleverer und gerissener sein als andere“ mit 20,4 % Varianz und
- c. religiöse Werte mit „an Gott/Allah glauben“ mit 14 % Varianz.

---

23 Bei der Faktorenanalyse handelt es sich um ein Verfahren zur Dimensionsreduktion. Vereinfacht ausgedrückt, bietet dieses die Möglichkeit herauszufinden, welches die zentralen Variablen bei einer bestimmten Befragungspopulation sind. Bei der vorliegenden Fragestellung bedeutet dies: Eine Faktorenanalyse zeigt auf, was Inhaftierte unter Werten verstehen. Gewählt wurde hierzu das Verfahren Hauptkomponentenanalyse und die beiden Rotationsverfahren orthogonal (Varimax) und schiefwinklig (Oblimin).

Die erste Dimension mit den zwei Items „Freunde und Familie als wichtig erachten“ entspricht den traditionellen Werten *par excellence* und auch „so zu handeln, dass man ein gutes Gewissen hat“ passt zu den traditionellen, normkonformen Werten. Als Mischform kann diese Dimension allenfalls dahingehend betrachtet werden, dass die Bedeutung der Eigenverantwortung noch zentral ist. Dies ist vor dem Hintergrund der Inklusion in einer Haftanstalt für die Inhaftierten von besonderer Relevanz, da die Eigenverantwortung hier explizit durch die Anstaltsregeln und den stark strukturierten Tagesablauf sehr eingeschränkt ist.

Die zweite Dimension entspricht mit den beiden Ausprägungen „schnell Erfolg haben“ sowie „cleverer und gerissener sein als andere“ den kriminogenen Werten, so wie diese von Hermann<sup>24</sup> definiert wurden. Kerner *et al.*<sup>25</sup> konnten im Rahmen von Vergleichsgruppenbefragungen zeigen, dass es sich tatsächlich um Werte handelt, die primär von Personen im Strafvollzug sowie von Problemgruppen, namentlich Schülern an Schulen mit hohem Anteil an ausländischen Schülern, geäußert werden.

Die dritte Dimension der religiösen Werte wird, entsprechend der Tübinger Studien,<sup>26</sup> durch die hohe Akzeptanz religiöser Werte von muslimischen Befragten determiniert. *Abbildung 1* zeigt anhand von Mittelwertsvergleichen zwischen christlichen und muslimischen Inhaftierten, dass die aus der Faktorenanalyse resultierende Dimension 1: „traditionelle Werte“ in ähnlich hohem Maß von allen Teilsamples geäußert werden. Die zweite Dimension der kriminogenen Werte wird signifikant häufiger von muslimischen Inhaftierten präferiert.<sup>27</sup> Vor allem mit Blick auf die dritte Dimension der Religiosität zeigt sich auch der Befund aus den früheren Studien von Kerner *et al.*,<sup>28</sup> dass die Religion für muslimische Inhaftierte eine maximale Bedeutung hat. Hier muss jedoch ergänzt werden, dass entsprechend dem aktuellen Forschungsstand Religion generell als kriminoresistenter Faktor gilt,<sup>29</sup> allerdings nur in Bezug auf die christliche Konfession. Erstaunlich ist in der aktuellen Befragung, dass auch für die christlichen Inhaftierten Religion eine derart starke Bedeutung hat. Beide Gruppen, sowohl die christlichen als auch die muslimischen Inhaftierten, haben zudem einen hohen Zuspruch kriminogener Werte. Dies könnte bedeuten, dass Religion ohne eine Akzeptanz kriminogener Werte einen kriminoresistenten Effekt hat und im Rahmen des Strafvollzugs die Bedeutung

---

24 Hermann (2003).

25 Kerner *et al.* (2003).

26 Kerner *et al.* (2003); (2012).

27  $p < 0.01$ .

28 Kerner *et al.* (2003).

29 Hermann (2003).

der Religion außer der Gläubigkeit noch andere Faktoren erfüllt, so zum Beispiel der Subkulturbildung innerhalb des Strafvollzugs.

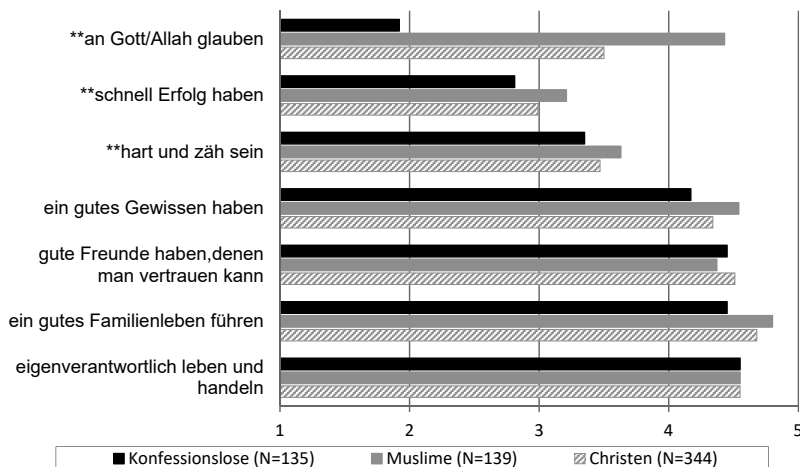


Abbildung 1: Zentrale Wertorientierungen im Strafvollzug (Skala: 1 = sehr unwichtig bis 5 = sehr wichtig; \*\*  $p < 0.01$ )

## 6. Zusammenfassung

Bestimmend für den Strafvollzug in der Schweiz ist die nationale, kulturelle und religiöse Vielfalt. Subkulturen im Gefängnis können sich als Reaktion auf den Freiheitsentzug und als Umgang mit der Inhaftierung bilden oder bereits in den Vollzug mitgeführt werden. Jedoch stellen Subkulturen im Gefängnis eine besondere Situation dar. Im Zwangskontext der totalen Institution des Gefängnisses verliert die inhaftierte Person ihren gewohnten Status und es bilden sich neue Gruppenzugehörigkeiten, die durchaus denen in Freiheit entsprechen können, wie dies der Forschungsstand zeigt. Diese bilden sich sowohl im Vollzug als auch im Leben ‚draußen‘ aufgrund sprachlicher und nationaler Gemeinsamkeiten wie auch beispielsweise durch ein Zugehörigkeitsgefühl durch eine gemeinsame konfessionelle Bindung. In den Gefängnissen handelt es sich jedoch nicht um eine homogene Einheit, sondern es treffen unterschiedliche Nationalitäten mit verschiedenartigen kulturellen Einstellungen und Verhaltensweisen aufeinander.



Durch die Studie konnten 742 Inhaftierte zu ihren Werthaltungen befragt werden, wovon rund die Hälfte nicht die schweizerische Nationalität angab. Ein großer Anteil derer, die nicht die schweizerische Nationalität besitzen, ist jedoch in der Schweiz geboren oder lebt länger als zehn Jahre in der Schweiz. Somit wurden sie zum Teil in der schweizerischen Kultur sozialisiert und hätten von ihr geprägt werden können. Die Studie zeigt, dass nicht Nationalität allein für eine Subkulturbildung verantwortlich zeichnet, sondern eher die religiöse Orientierung, wobei unklar ist ob die starke Betonung von Religion erst mit Beginn der Freiheitsstrafe an Bedeutung gewinnt oder aber bereits vor Haftantritt vorhanden ist. Für die Beschreibung der Bedeutung und Funktion von Religion im Strafvollzug sind weitere Analysen erforderlich.

## Literatur

- Achermann, C.* (2005): Straffällig, unerwünscht, ausgeschlossen. Ausländische Strafgefängene in der Schweiz. Bern: Selbstverlag.
- Aebi, M.* (2005): Immigration et délinquance: Le mythe du conflit de cultures. In: Queloz, N./Bütikofer Repond, F./Pittet, D./Brossard, R./Meyer-Bisch, B. (Hg.): Youth Crime and Juvenile Justice. Bern: Stämpfli, S. 97-123.
- Becci, I./Bovay, C./Kuhn, A./Schneuwly-Purdie, M./Knobel, B./Vuille, J.* (2011): Enjeux sociologiques de la pluralité religieuse dans les prisons suisses, in: [http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp58/NFP58\\_Schlussbericht\\_Becc\\_i\\_fr.pdf](http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp58/NFP58_Schlussbericht_Becc_i_fr.pdf) [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Harbordt, S.* (1967): Die Subkultur der Gefängnisse. Eine soziologische Untersuchung zur Resozialisierung. Stuttgart: Enke.
- Hermann, D.* (2003): Werte und Kriminalität: Konzeption einer allgemeinen Kriminalitätstheorie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hermann, D./Fiedler, P.* (2014): Jugendkulturen hinter Gittern - kulturelle Differenzierungen im Jugendstrafvollzug. In: DVJJ (Hg.): Psychische und soziale Gefährdung von Kindern und Jugendlichen – Hintergründe und Prävention. Erlangen: Eigenverlag der DVJJ Regionalgruppe Nordbayern, S. 183-198.
- Hürlimann, M.* (1993): Führer und Einflußfaktoren in der Subkultur des Strafvollzugs. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Klages, H.* (2001): Werte und Wertewandel. In: Schäfers, B./Zapf, W. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 726-738.
- Kerner, H.-J./Stroezel, H./Wegel, M.* (2003): Erziehung, Religion und Wertorientierungen bei jungen Gefangenen. Ein Werkstattbericht. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 14 (3), S. 233-240.
- Kerner, H.-J./Stroezel, H./Wegel, M./Weitekamp, E.* (2012): Werthaltungen, Normorientierungen und Devianzbereitschaft in unterschiedlichen Jugendmilieus: Von Jugendstrafgefangenen bis zu Gymnasialschülern und Studierenden. In: Wertheimer, J. (Hg.): Normen, Standards, Werte. Was die Welt zusammenhält. Band 3. Baden-Baden: Nomos. S. 87-196.
- Khosrokhavar, F.* (2004): L'Islam dans les prisons. Voix et regards. Paris: Balland.

- Kühnel, W.* (2007): Gruppen, Konflikte und Gewalt im Jugendstrafvollzug. Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, S. 24-31.
- Laubenthal, K.* (2010): Gefangenensubkulturen. Aus Politik und Zeitgeschichte, 60 (7), S. 34-39.
- Reich, K.* (2003): Prozesse von Integration, sozialer Ausgrenzung und kriminellen Verhalten bei jugendlichen Aussiedlern: In: Krüger-Potratz, M. (Hg.): Kriminal- und Drogenprävention am Beispiel jugendlicher Aussiedler. Göttingen: V & R unipress, S. 51-66.
- Schneuwly-Purdie, M.* (2010): La religion comme facteur de réhabilitation sociale. Réflexions sur les acteurs autorisés de l'islam dans les prisons suisses. In: Allenbach, B./Soekefeld, M. (Hg.): Muslime in der Schweiz. Zürich: Seismo. S. 123-144.
- Schneuwly-Purdie, M.* (2013): Formatting Islam versus Mobilizing Islam in Prison. Evidence from the Swiss case. In: Belhoul, H./Leuenberger, S./Tuner-Zanetti, A. (Hg.): Debating Islam. Negotiating Religion, Europe, and the Self. Bielefeld: transcript verlag. S. 99-118.
- Streng, F.* (2014): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität im Wandel: kriminalitäts- und berufsbezogene Einstellungen junger Juristen; Befragungen von 1989 bis 2012: Heidelberg: Kriminalistik-Verlag.
- Stroezel, H./Wegel, M./Kerner, H.J.* (2016): Es ist besser das Leben zu verlieren als die Ehre. Kriminalistik, 70 (3), S. 147-156.
- Sykes, G.M.* (1969): The Society of Captives: A Study of a Maximum Security Prison. Princeton: Princeton University Press.
- Walter, J.* (2011): Das „Soziotop“ Jugendstrafanstalt und seine Subkultur. Neue Kriminalpolitik, 23 (4), S. 144-147.
- Wegel, M./Stroezel, H.* (2017): Einflussfaktoren der Sozialen Arbeit im Justizwesen auf das Übergangsmanagement. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 100 (2), S. 123-133.

# Zum Spannungsverhältnis von Internet und Strafvollzug

*Lorenz Bode*

## Gliederung

- |  |                                      |
|--|--------------------------------------|
| 1. Einführung  | 3.1 Systematische Erwägungen         |
| 2. Bisherige Tendenzen in der Rechtsprechungspraxis zum Internet im Strafvollzug | 3.2 Grundrechte des Gefangenen       |
|  | 3.3 Menschenrechtliche Implikationen |
| 3. Zur Auslegung des Begriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“    | 4. Ergebnis und Ausblick             |

## 1. Einführung

Das Verhältnis zwischen Internetnutzung und Strafvollzug ist von Ambivalenz geprägt. Dies zeigt sich überall dort, wo versucht wird, den im praxisorientierten Strafvollzug bestehenden Zielkonflikt<sup>1</sup> zwischen der Resozialisierung des Gefangenen und der Sicherheit der Allgemeinheit zugunsten einer Internetnutzung durch Strafgefangene auszubalancieren. Der technische Fortschritt – heutzutage vermehrt unter dem Schlagwort der Digitalisierung firmierend – hat für alle gesellschaftlichen Bereiche, vor allem für das Kommunikations- und Informationsverhalten, entscheidende Änderungen mit sich gebracht. Diese Wandlung der außenweltlichen Realitäten ist mittlerweile so stark fortgeschrittenen, dass auch im (vermeintlich) abgeschlossenen Vollzugssystem, in dem der Medienzugang bisher vorwiegend auf Radio, Fernsehen oder Telefon gerichtet war, Veränderungen notwendig erscheinen.

Dabei gilt es zu beachten, dass gegenwärtig 16 unterschiedliche Landesgesetze Regelungen für die Ausgestaltung des deutschen Strafvollzugs treffen. Dies ist wiederum dem Umstand geschuldet, dass die Gesetzgebungskompetenz für den Bereich des Strafvollzugs im Jahr 2006 im Zuge der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen ist. Zeitgleich hat sich auch das Mediennutzungsverhalten der Menschen in den letzten Jahren stark

---

<sup>1</sup> Ausführlich dazu *Jehle in Schwind et al.* (2013), § 2 Rn. 8.

geändert. Das Urteil des *Bundesgerichtshofs* vom 24. Januar 2013 zur Schadensersatzpflicht bei fehlendem Internetanschluss,<sup>2</sup> die Erweiterung des Pfändungsschutzes auf internetfähige Computer,<sup>3</sup> die Pflicht zur elektronischen Abgabe der Umsatzsteuererklärung oder die Entwicklung der Nutzerzahlen bei Onlinediensten<sup>4</sup> sind nur einige Beispiele, an denen sich der gesellschaftliche Stellenwert des Internets derzeit festmachen lässt.

Um der zunehmenden Disparität zwischen gesellschaftlicher Realität des Internetgebrauchs und der diesbezüglichen Praxis des Strafvollzugs entgegenzuwirken, wird Letzterer, der seiner Zielsetzung nach die Wiedereingliederung des Straffälligen in die Gesellschaft zur Aufgabe hat, nicht länger umhinkommen, sich auf eine Internetnutzung durch Gefangene einzustellen. In der Praxis erwächst daraus ein von Sicherheitsbedenken und Behandlungsmöglichkeiten determinierter Konflikt, auf dessen Ausgang nicht zuletzt die Rechtsprechung zentralen Einfluss nimmt.<sup>5</sup>

## 2. Bisherige Tendenzen in der Rechtsprechungspraxis zum Internet im Strafvollzug

Ausgehend von dem Standpunkt, dass Internetanwendungen den heutigen Alltag mitbestimmen, soll das bestehende Spannungsverhältnis von Internet und Strafvollzug anhand einschlägiger Entwicklungen in der Vollzugsrechtsprechung nachgezeichnet sowie die bisherige Wahrnehmung dieses Spannungsverhältnisses und die darauf aufbauende Vollzugs- und Rechtsprechungspraxis einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

Nach derzeitigem Stand<sup>6</sup> der Rechtsprechung existieren bislang noch keine Judikate zu den Vorschriften der Landesvollzugsgesetze, die sich unmittelbar auf die Internetnutzung (sogenannte „Andere Formen der Telekommunikation“<sup>7</sup>) durch Strafgefangene beziehen.<sup>8</sup> Rechtlicher Ausgangspunkt von Entscheidungen zum

---

2 BGHZ 196, 101 (= NJW 2013, 1072).

3 Siehe Gruber in *MüKo ZPO* (2016), § 811 Rn. 7.

4 Koch/Frees (2016), S. 418; vgl. auch *Statistisches Bundesamt* (2016), S. 14 f.

5 „Urkonflikt von Recht und Praxis“: Galli/Weilandt (2014), S. 142.

6 01. März 2018.

7 Dieser (ziemlich unbestimmte) Begriff wird von einem Großteil der Landesgesetze als Überschrift für die jeweilige Vorschrift verwendet, nach der das Internet Strafgefangenen zur Verfügung gestellt werden kann. Er soll im vorliegenden Kontext als Synonym für die einzelnen landesgesetzlichen Regelungen der Internetnutzung im Vollzug dienen.

8 Dazu auch Knauer (2015), S. 54, 57.

Internet ist stattdessen § 70 StVollzG (Bund).<sup>9</sup> Anhand des gerichtlichen Umgangs mit internetfähigen Spielekonsolen soll im Folgenden exemplifiziert werden, wie die Rechtspraxis das Internet auf Ebene des Strafvollzugs behandelt.<sup>10</sup> Die Ausführungen der oberen Gerichte lassen eine einheitliche Tendenz erkennen, die weitgehend die Praxis der Anstaltsleitungen deckt:<sup>11</sup> Elektronische Gerätschaften, die eine Zugangsmöglichkeit zum Internet bieten oder im Zusammenspiel mit anderen Mitteln diese entstehen lassen, gelten pauschal als „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“. Ausweislich der gerichtlichen Erwägungen ist die Tatsache der Internetfähigkeit neben möglichen Speicherfunktionen ein zentraler Anknüpfungspunkt für derartige Wertungen. In diesem Zusammenhang hat das *OLG Brandenburg* in einer Entscheidung aus dem Jahr 2007<sup>12</sup> zur Internetfähigkeit einer Nintendo-Spielekonsole Folgendes dargelegt:

„Hier folgt – wie die Strafvollstreckungskammer zu Recht ausgeführt hat – die Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt aus der Internetfähigkeit des ‚Nintendo Game Cube‘. Der unkontrollierte Zugriff von Strafgefangenen auf das Internet würde den Austausch von Nachrichten und die Beschaffung von Informationen auf eine Weise ermöglichen, die mit den Sicherheitsbedürfnissen einer Justizvollzugsanstalt, insbesondere einer solchen mit hohem Sicherheitsstandard wie der Antragsgegnerin, nicht zu vereinbaren ist.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob derzeit tatsächlich alle technischen Mittel zur Herstellung einer Internetverbindung mit der Spielkonsole über ein Mobiltelefon verfügbar sind. Um eine Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt durch den Besitz der Spielkonsole im Sinne des § 70 Abs. 2 Nr. 2 StVollzG annehmen zu können, reicht es aus, dass der ‚Nintendo Game Cube‘ über die grundsätzliche Internetfähigkeit mit einer Anschlussbuchse für ein Modem oder einen Breitbandadapter verfügt. Bei diesen technischen Voraussetzungen der Spielkonsole bleibt es nur eine Frage der technischen Findigkeit, insbesondere der verwendeten Software, eine Internetverbindung auch ohne einen Festnetzanschluss herzustellen. Ließe man den Besitz von grundsätzlich internetfähigen Spielkonsolen in Justizvollzugsanstalten zu, ist zu befürchten, dass alsbald technische Veränderungen gesucht und gefunden würden, die den Online-Betrieb dieser Geräte mittels Mobiltelefonen ermöglichen würden.“<sup>13</sup>

Diese Haltung setzt sich in weiteren Entscheidungen im gesamten Bundesgebiet fort. So hat das *KG* in einem Beschluss vom 28. Dezember 2015 unter umfassendem Verweis auf frühere Entscheidungen zu Spielekonsolen festgehalten:<sup>14</sup>

9 Mittlerweile finden sich in allen Landesvollzugsgesetzen entsprechende – teilweise sogar inhaltsgleiche – Regelungen.

10 Vgl. *Goldberg in Schwind et al.* (2013), § 70 Rn. 9 m.w.N.

11 *Wawzyniak* (2012), S. 198, 200 ff.

12 *OLG Brandenburg*, Beschluss vom 26.01.2007 – Az. 2 Ws (Vollz) 103/06 –, BeckRS 2011, 16793.

13 Siehe Nachweis in Fußn. 12 (Hervorh. d. Verf.).

14 *KG*, Beschluss vom 28.12.2015 – 2 Ws 289/15 Vollz –, BeckRS 2016, 02306.

„Die Gefahr gründete sich bei den Geräten früherer Generationen zunächst auf der technischen Möglichkeit, Daten auf elektronischem Weg zu verarbeiten und zu übertragen, namentlich durch die Nutzung leicht ausbaufähiger und auswechselbarer Datenträger und Datenspeicher wie USB-Sticks, SD-Speicherkarten, Wechselfestplatten und dergleichen [...]. Mit der weiteren Fortentwicklung der Konsolentechnik nahm auch deren Gefährdungspotential für den Strafvollzug zu. *So sind neuere Spielkonsolen zudem onlinefähig (wie etwa die Sony Playstation 2, Microsoft X Box und Nintendo Wii). Unter Zuhilfenahme eines Modems oder eines Mobiltelefons ist es nunmehr möglich, mit anderen Internetnutzern zu kommunizieren und Daten auszutauschen* (vgl. dazu OLG Brandenburg, Beschluss vom 26. Januar 2007 – 2 Ws (Vollz) 103/06; Senat, Beschluss vom 22. Juli 2005 – 5 Ws 178/05 Vollz). Dies gilt umso mehr für Geräte, die – wie heute üblich – eine Datenübertragung mittels WLAN oder Bluetooth beherrschen (vgl. zu wlan-fähigen Geräten: Bay VerfGH, Beschluss vom 22. Juli 2015 – Vf. 84-VI-14 –, juris; OLG Celle, Nds. RPfl 2011, 80)“.<sup>15</sup>

Mit dem Vorstehenden soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die Rechtsprechung das Internet als abstrakt gefährlich wahrnimmt, wobei eine nähere Einzelfallbetrachtung, etwa in Bezug auf die konkreten Anwendungsmöglichkeiten oder die individuelle Eignung des Gefangenen, keine ausreichende Berücksichtigung mehr finden kann.<sup>16</sup> Die Voraussetzung einer abstrakten Gefährlichkeit verhindert zudem eine Auseinandersetzung mit möglichen Resozialisierungspotentialen des Internets.<sup>17</sup> Soweit bis jetzt ersichtlich, halten Gerichte und Praxis – von Pilotprojekten abgesehen – an dieser restriktiven Linie weitgehend fest.<sup>18</sup> Gleichzeitig häufen sich die Fälle, in denen die Internetnutzung eine Rolle spielt. Nicht mehr nur anlässlich des Wunsches von Inhaftierten, moderne Spielekonsolen zu verwenden, sondern auch in Bezug auf Computer im Haftraum sind die Gerichte nunmehr gezwungen, sich mit den Gefahren des Internetzungsangs zu beschäftigen.<sup>19</sup>

### 3. Zur Auslegung des Begriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“

Die Vielzahl der Fälle in der Rechtsprechung deutet darauf hin, dass das Internet auch im Strafvollzug zunehmend Verbreitung findet; deshalb und angesichts seines resozialisierungsfördernden Nutzungspotentials sollte der

<sup>15</sup> Vgl. Nachweis in Fußn. 14 (Hervorh. d. Verf.).

<sup>16</sup> Siehe auch *Wawzyniak* (2012), S. 198, 205 f.

<sup>17</sup> *Wawzyniak* (2012), S. 198, 206.

<sup>18</sup> Eine positive Ausnahme bildet insoweit die Entscheidung des *OLG Naumburg* vom 20.07.2011 – Az. 1 Ws 70/11 –, BeckRS 2011, 21728.

<sup>19</sup> *Knauer* (2015), S. 57; vgl. nur *OLG Brandenburg*, Beschluss vom 17.03.2014 – 1 Ws (Vollz) 192/13 –, BeckRS 2014, 06933.

Internetnutzung im Vollzug nicht länger mit emotional geprägter Ablehnung, sondern mit einem rationalen Umgang begegnet werden.

Indes setzt die Praxis weiter auf Abschottung.<sup>20</sup> Diese kritikwürdige Mentalität kulminiert schließlich darin, dass das Internet auf ein generelles Sicherheitsrisiko reduziert wird. Nachfolgend soll der für die Internetzulassung als entscheidungserheblich identifizierte Begriff „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ darauf untersucht werden, ob er unter Berücksichtigung zeittypischer Tendenzen womöglich einer von der bisherigen Interpretation abweichenden Auslegung zuzuführen ist.

Auf Tatbestandsseite wird bei Entscheidungen zum Internet immer auch die Determinante „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ als Folge des alle vollzugsorganisatorischen Maßnahmen beeinflussenden Zielkonflikts zu berücksichtigen sein.<sup>21</sup> Bei dieser Ausschlussermächtigung handelt es sich – ähnlich wie bei den Ausdrücken „wichtiger Grund“, „unangemessen“ oder „Härtefall“ – um einen sogenannten unbestimmten Rechtsbegriff. Mangels Klarheit seiner generalklauselartigen Formulierung verbietet sich freilich eine pauschale Subsumtion. Vielmehr ist es notwendig, dass durch Auslegung des Begriffs – unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes – eine Konkretisierung erfolgt, um einzelfallabhängig beurteilen zu können, ob ein Sachverhalt die Voraussetzungen betrifft. Diese Sichtweise wird durch die Ausführungen des *OLG Celle* in seiner Entscheidung vom 13. Oktober 2010 gestützt. Dort heißt es:

„Das *Tatbestandsmerkmal der Gefährdung der Sicherheit der Anstalt* im Sinne des § 67 Abs. 1 Satz 2 NJVollzG stellt – wie das gleichlautende in § 70 Abs. 2 Nr. 2 StVollzG – *einen unbestimmten Rechtsbegriff dar*, dessen Auslegung und Anwendung durch die Vollzugsbehörde der vollen gerichtlichen Nachprüfung unterliegt [...]. *Die Auslegung und Anwendung dieses Rechtsbegriffs sind am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auszurichten*“.<sup>22</sup>

Danach ist vor allem die Stellung des Begriffs im jeweiligen Normgefüge („im Sinne des § 67 Abs. 1 Satz 2“; „wie das gleichlautende in § 70 Abs. 2 Nr. 2 StVollzG“) von Bedeutung. Im Übrigen erscheint es hilfreich, auch die Einstrahlung verfassungsrechtlicher Vorgaben in einfachgesetzliche Generalklauseln zu ventilieren. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass nach überwiegender Ansicht eine objektive Werteordnung<sup>23</sup> ausgehend von Grundrechten existiert, die gem. Art. 1 Abs. 3 GG die „vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“ bindet. Amgesichts dessen

---

20 Vgl. *Bachmann* (2015), S. 336.

21 Vgl. *Kett-Straub/Streng* (2016), S. 22.

22 *OLG Celle*, Beschluss vom 13.10.2010 – Az. 1 Ws 488/10 (StrVollz) –, BeckRS 2010, 26574 (Hervorh. d. Verf.).

23 Grundlegend dazu *BVerfGE* 7, 198 (205) – „Lüth“.

sind bei der Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ neben den Anstaltsinteressen auch die Grundrechte in Ansatz zu bringen. Hierzu führt das KG in seiner Entscheidung zum Besitz einer „Sony Playstation 2“ vom 8. Januar 2004 aus:

*„Der für die Vollzugsbehörde zumutbare Kontrollaufwand ist auch an den sonstigen Gegenständen zu messen, die ein Gefangener in Besitz hat [...], und in die Abwägung des Anstaltsleiters muss einfließen, ob das Grundrecht des Gefangenen aus Art. 5 Abs. 1 GG berührt ist [...]. Bei der Entscheidung des Anstaltsleiters ist überdies zu berücksichtigen, ob das Begehren nach Aushändigung eines technischen Gerätes durch gewichtige Belange des Gefangenen, etwa ein ernsthaft und nachhaltig verfolgtes Interesse an Aus- und Weiterbildung, gestützt wird [...]“.*<sup>24</sup>

Gemessen an diesen Erwägungen drängt sich die Frage auf, ob der vom Begriff „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ ausgehende Beurteilungsspielraum hinsichtlich einer Internetnutzung durch Strafgefangene seitens Rechtsprechung und Praxis noch in zulässiger Weise genutzt wird. Zwar ist vor dem Hintergrund von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG, nach dem der Rechtsweg offensteht, wenn „jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt“ wird, eine eigenständige Auslegung des Begriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ durch die oberen Gerichte regelmäßig zulässig.<sup>25</sup> Gleichwohl bereitet der Umstand Sorgen, dass bisweilen vornehmlich ein Verweis auf die abstrakt innewohnende Gefährlichkeit des Internets erfolgt ist. Weitere Begleitumstände oder gar eine vertiefte Auseinandersetzung mit tatsächlichen Risiken und den besonderen Vorteilen für eine zeitgemäße Resozialisierung des Gefangenen bleiben anscheinend weitgehend außer Betracht. Diesem Umstand gilt es – nicht nur bedingt durch die aus dem Resozialisierungsgebot folgenden Gestaltungsmaximen: Angleichungs-, Gegensteuerungs- und Integrationsgrundsatz – entgegenzuwirken.

### 3.1 Systematische Erwägungen

Bei einem normsystematischen Vergleich zeigt sich, dass sowohl die neuerlassenen Landesregelungen zu „Anderen Formen der Telekommunikation“ als auch die Vorschriften über den „Besitz von Gegenständen für die Freizeitbeschäftigung“ wichtige Hinweise zur Auslegung enthalten.

24 KG, Beschluss vom 08.01.2004 – Az. 5 Ws 641/03 –, NStZ-RR 2004, 157 (Hervorh. d. Verf.).

25 Vgl. nur BVerfGE 103, 142 (156).



### 3.1.1 Andere Formen der Telekommunikation

Bei allen Landesvollzugsgesetzen, in denen der Internetzugang für Strafgefangene gesetzlich geregelt ist,<sup>26</sup> findet sich die betreffende Vorschrift im Bereich der Regelung der Außenkontakte verortet.<sup>27</sup> Die meisten Gesetzesbegründungen<sup>28</sup> sprechen zudem ausdrücklich davon, dass aufgrund der „fortschreitenden Entwicklung der Kommunikationsmedien“ respektive eines Wandels im Nutzungsverhalten der Zugriff auf internetbasierte Technologie „offengehalten“ werden soll. Gleichzeitig ist für das Telefon als bereits länger zugängliches Medium im Bereich der Außenkontakte festzustellen, dass die Gerichte es als besonderes Mittel „psychischer Entlastung“ in Krisensituationen erkannt haben. Diesbezüglich legte das *LG Fulda* in einem Beschluss aus dem Jahr 2007 sehr anschaulich dar:

„Nach dem Willen des Gesetzgebers sowie von Verfassungen wegen ist zu Gunsten jedes Gefangenen das herausragende Ziel seiner Resozialisierung (§ 2 S. 1 StVollzG) zu berücksichtigen. Dabei ist insbesondere zu bedenken, dass sowohl nach dem Angleichungsgrundsatz (§ 3 Abs. 1 StVollzG) als auch aus der Förderungspflicht der Anstalt (§ 23 S. 2 StVollzG) *Telefonkontakte der Aufrechterhaltung und Pflege sozialer Beziehungen dienen und die damit gegebenen direkten Kontaktmöglichkeiten dem Gefangenen die Chance bieten, Beziehungen zu erhalten, sich trotz Inhaftierung einzubringen und am Leben der Angehörigen oder ähnlich nahestehender Personen teilnehmen zu können. Außerdem kann das Telefon vor allem in Krisensituationen ein wichtiges Element psychischer Entlastung sein [...]*.

*Die Kommunikation mit der Außenwelt ist eine Notwendigkeit zur Sicherstellung eines humanen und menschenwürdig ausgestalteten Strafvollzugs.* Im Hinblick auf § 3 StVollzG kommen ihr folgende Funktionen zu: zumindest die partielle Angleichung des Daseins innerhalb der Anstalt an die allgemeinen Lebensverhältnisse, Vermeiden der schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs, Erhöhung der Chancen einer gesellschaftlichen Wiedereingliederung [...].

*Dabei ist zu beachten, dass sich nur dann, wenn den Gefangenen gestattet wird, sich jedenfalls mit den Personen, die zu ihrer Wiedereingliederung beitragen können, länger und ausföhrlicher auszutauschen, menschliche Bindungen erhalten und pflegen lassen. Im Hinblick auf Telefonate ist die gestiegene Bedeutung der Telekommunikation zu berücksichtigen und in Bezug auf § 3 Abs. 1 StVollzG der Entwicklung Rechnung zu tragen, dass das Telefon heute in vielen Bereichen den Brief als Kommunikationsmedium abgelöst hat [...]*.“<sup>29</sup>

Eine so aufgefasste Stellung der Regelungen zum Telefongebrauch im Normgefüge zeigt, dass auch andere Formen der Telekommunikation und mithin

---

26 Es handelt sich um insgesamt 14 Länder. Nur die Länder Bayern und Baden-Württemberg verzichten nach wie vor auf eine einfachgesetzliche Regelung.

27 Ausführlich *Knauer* in *StVollzG* (2017), § 36 Rn. 1 ff.; weiterführend *Thiele* (2015).

28 Siehe z.B. Sachsen-Anhalt LT-Drs. 6/3799, S. 189.

29 *LG Fulda*, Beschluss vom 16.7.2007 – Az. 5 StVK 214/07 –, NSZ-RR 2007, 387 (Hervorh. d. Verf.).

Internetanwendungen als Voraussetzung einer zeitgemäßen Förderung von sozialen Außenkontakten gelten sollten und somit dem Resozialisierungsprozess des Gefangenen zu dienen bestimmt sind. Allein das Posten von Nachrichten und das Mailen sind nach *Goldberg* „mit einer wesentlich geringeren Hemmschwelle verbunden als das Verfassen eines Briefes“. <sup>30</sup> Internettelefonie oder Skype bieten darüber hinaus – insbesondere für die zunehmende Anzahl ausländischer Gefangener – weltweite und gegenüber dem Telefon wohl kostengünstigere Kontaktmöglichkeiten zu Angehörigen. <sup>31</sup>

### 3.1.2 Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung

Aus einer Betrachtung des Umfelds von § 70 StVollzG (Bund) lässt sich feststellen, dass diese Vorschrift und die ihr folgenden Landesnormen (gewissermaßen) als Auffangtatbestände fungieren sollen und insofern dazu dienen, Regelungen für alle nicht gesondert erfassten Freizeitmedien aufzustellen. Dabei ist nicht nur mit Blick auf die Änderung des § 69 StVollzG (Bund) im Jahr 1998, <sup>32</sup> sondern vor allem wegen des besonderen Bedeutungsgehalts von Freizeitmedien für den Zugang zu tagespolitischen Informationen darauf zu achten, dass die einzelnen Angebote einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Resozialisierungsprozesses des Gefangenen leisten. <sup>33</sup> Zugleich sind die Bedürfnisse der Gefangenen nach Teilhabe am außenweltlichen Geschehen – beispielsweise an kulturellen oder wirtschaftlichen Entwicklungen – zu berücksichtigen. <sup>34</sup> In der Zusammenschau mit den Verhältnissen außerhalb des Vollzugs wird jedoch vermehrt augenfällig, dass infolge voranschreitender Digitalisierung die bisher gesetzlich geregelten Freizeitmedien (Radio, Printmedien und Fernsehen) den Bedürfnissen der Gefangenen nicht mehr ausreichend Rechnung tragen können. Nicht nur bei Fortbildungsangeboten wird künftig überwiegend auf eLearning oder die Möglichkeit zur Fernlehre (Online-Fernstudium) zurückzugreifen sein. <sup>35</sup> Auch weitere resozialisierungsfördernde Anwendungen wie E-Mail, Lernspiele, soziale Netzwerke (beispielsweise Facebook) oder Recherchefunktionen über das World Wide Web sind anzusprechen. <sup>36</sup> Es ist ein digitales Gefälle zwischen den Haftverhältnissen und der Außenwelt entstanden, wo – anders als im Vollzug – die Nutzung des Internets

30 *Goldberg in Schwind et al.* (2013), § 67 Rn. 27.

31 „Unverzichtbar“ bei der „Pflege und Herstellung von Außenkontakten“: *Theine* (2014), S. 162.

32 Siehe BT-Drs. 13/3129.

33 Vgl. *Goldberg in Schwind et al.* (2013), § 67 Rn. 27.

34 *Theine* (2014), S. 161; *Goldberg in Schwind et al.* (2013), § 68 Rn. 1.

35 *Galli in AK-StVollzG* (2017), § 21 Rn. 8.

36 Vgl. *Goldberg in Schwind et al.* (2013), § 67 Rn. 27.

üblich und verbreitet ist.<sup>37</sup> Die binnensystematische Struktur der Medienverwendung im Bereich der Freizeitgestaltung von Gefangenen weist somit deutlich eine „Lücke“ auf, die aufgrund seiner Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten nur durch das Internet sinnvoll geschlossen werden kann.

### 3.2 Grundrechte des Gefangenen

Bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe ist gleichermaßen das verfassungsrechtliche Fundament der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft als Parameter einzubeziehen. Auch im Strafvollzug genießt der Gefangene über Art. 1 Abs. 3 GG den Schutz der Grundrechte. Zu seinen Gunsten streiten in Anbetracht der Nutzungsmöglichkeiten des Internets neben dem aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG folgenden Resozialisierungsanspruch<sup>38</sup> allem voran die Meinungs- und Informationsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG. Dass diese Grundrechte ebenso im Stande sind, den Abwägungsprozess bei der Zulassung von Mediennutzung im Strafvollzug entscheidend zu beeinflussen, belegt etwa ein Beschluss des *OLG Koblenz* zur Fernsehnutzung von Strafgefangenen vom 5. Januar 1988. Dort führt das Gericht aus:

„Denn das Grundrecht auf Informationsfreiheit ist auf eine ungehinderte Unterrichtung aus allgemein zugänglichen Quellen gerichtet (Art. 5 Abs. 1 GG). Das Fernsehen nimmt auf dem Gebiet der Unterrichtung und Meinungsbildung in staatsbürgerlichen Angelegenheiten eine so bedeutende Stellung ein, daß das Grundrecht in seinem Kernbereich berührt würde, wollte man einem Gefangenen selbst eine eingeschränkte Teilnahme an seinem Programm verwehren. Überdies ist gerade das Fernsehen als Medium dazu geeignet, Menschen, die von der Außenwelt abgeschnitten sind, das Geschehen in der Allgemeinheit im eigentlichen Sinne des Wortes bildhaft zu vermitteln und damit auch geistig einfach strukturierten Menschen das Verständnis zu erleichtern“.<sup>39</sup>

Auf der Basis des vorher Gesagten wird bei der Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ in Bezug auf Internetnutzung verstärkt auf die Informations- und Kommunikationsbedürfnisse der Gefangenen Rücksicht zu nehmen sein. Denn – so stellt das BVerfG in seiner Leitentscheidung zur Nichtigkeit der Vorschriften zur Online-Durchsuchung aus dem Jahr 2008<sup>40</sup> ausdrücklich klar –

---

37 „Kluft zwischen der digitalen und der vollzuglichen Welt“: Theine (2014), S. 162.

38 BVerfGE 35, 202 (235) – „Lebach“.

39 OLG Koblenz, Urteil vom 5.1.1988 – Az. 2 Vollz (Ws) 71/87 –, NStZ 1988, 199 (Hervorh. d. Verf.).

40 BVerfGE 120, 274.

„die jüngere Entwicklung der Informationstechnik (Internet) hat dazu geführt, dass informationstechnische Systeme allgegenwärtig sind und ihre Nutzung für die Lebensführung vieler Bürger von zentraler Bedeutung ist“.<sup>41</sup>

Dieser prägende Einfluss<sup>42</sup> wird in Fragen der zeitgemäßen Ausübung der Rechte aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG zugunsten einer interessengerechten sowie grundrechtskonformen Beurteilung der Gefährlichkeit des Internets künftig mehr Beachtung finden müssen.

### 3.3 Menschenrechtliche Implikationen

Ergänzend erfährt diese Sicht der Dinge von zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EMGR) – *Kalda v. Estland*<sup>43</sup> und *Januskovski v. Litauen*<sup>44</sup> – Rückhalt.<sup>45</sup> Korrespondierend zur Vorschrift des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG findet sich in den Garantien der europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eine Schutzvorschrift zugunsten der Meinungs- und Informationsfreiheit. In Art. 10 Abs. 1 EMRK heißt es: „*Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.*“

In den beiden vorgenannten Entscheidungen hatte sich der EMGR mit Beschwerden von Strafgefangenen auseinanderzusetzen, die zur Informationsrecherche – für ihr Gerichtsverfahren respektive zu Fortbildungszwecken – Zugang zum Internet begehrt hatten. Der EMGR führt insofern aus, dass eine allein aus abstrakten Sicherheitsbedenken folgende Verweigerung des Zugangs zum Internet einen unverhältnismäßigen Eingriff in Art. 10 Abs. 1 EMRK darstelle. Vielmehr seien die Behörden, was den Prüfungsmaßstab angeht, dazu angehalten, den Anspruch des Strafgefangenen auf Internetzugang in Abwägung mit den Sicherheitsinteressen der Haftanstalt stets einzelfallbezogen und unter Berücksichtigung eines schonenden Interessenausgleichs im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu beurteilen, wobei auch die persönliche Eignung des Inhaftierten eine Rolle spiele.<sup>46</sup>

---

41 BVerfGE 120, 274 (303).

42 Internetnutzung als „Kulturtechnik“: Theine (2014), S. 161.

43 EGMR, Kalda ./ Estonia, Nr. 17429/10, Urteil vom 19.01.2016.

44 EGMR, Januskovskis ./ Lithuania, Nr. 21575/08, Urteil vom 17.01.2017.

45 Umfassend dazu Esser (2018).

46 Bode (2017), S. 348, 350.

## 4. Ergebnis und Ausblick

Eine unter Berücksichtigung der skizzierten Aspekte vorgenommene Auslegung des Begriffs „Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt“ im Bereich Neuer Medien darf nicht mehr allein auf die abstrakte Gefährlichkeit des Internets abstellen. Dies bedeutet indes nicht, dass eine Zulassung des Internets in den Haftanstalten künftig bedenkenlos erfolgen soll. Jedoch wird es statt einer abstrakten von nun an verstärkt auf eine konkrete Gefahreninterpretation ankommen müssen.<sup>47</sup> Behörden und Gerichte sind zur angemessenen Wahrung der Interessen des Gefangenen somit aufgefordert, im Wege einer Einzelfallbetrachtung auch die positiven Potentiale der angestrebten Internetnutzung in die Beurteilung einfließen zu lassen. In diesem Kontext erscheinen insbesondere solche Internetanwendungen tolerabel, die einer Resozialisierung des Gefangenen förderlich sind; sie sollten nur noch dann aufgrund von Sicherheitsbedenken scheitern, wenn ein Missbrauch in der Person des Inhaftierten angezeigt ist oder die der Anstalt zur Verfügung stehenden Kontrollmittel keinen ausreichenden Schutz bieten. Eine Sichtweise, die den generellen Ausschluss des Internets quasi als sakrosanktes Gebot zugunsten von Sicherheitsaspekten fordert, gerät zunehmend mit dem Konzept des Resozialisierungsvollzugs in Konflikt.<sup>48</sup> Zur Lösung des bestehenden Spannungsverhältnisses bedarf es insofern eines Paradigmenwechsels zugunsten eines fortschrittlichen Umgangs mit Internettechnik im Strafvollzug.<sup>49</sup>

## Literatur

- AK-StVollzG* (2017): Strafvollzugsgesetze, herausgegeben von J. Feest, W. Lesting, M. Lindemann. 7. Auflage. Köln: Carl Heymanns.
- Bachmann, M.* (2015): Bundesverfassungsgericht und Strafvollzug. Eine Analyse aller veröffentlichten Entscheidungen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bode, L.* (2017): Anspruch auf Internet im Gefängnis? Zugleich eine Besprechung von EGMR, Urt. vom 17.1.2017 – 21575/08. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, 12 (6), S. 348-353.
- Esser, R.* (2018): Internet für Strafgefangene – Neue Impulse durch den EGMR. *Neue Zeitschrift für Strafrecht*, 38 (3), S. 121-127.
- Galli, T./Weilandt, M.* (2014): Außenkontakte im Strafvollzug – Urkonflikt von Recht und Praxis, *Forum Strafvollzug*, 63 (3), S. 142-146.

---

47 Nicht „prinzipiell“ verweigern: *Wawzyniak* (2012), S. 207.

48 *Wawzyniak* (2012), S. 207; vgl. *Bode* (2017), S. 348, 353; so im Ergebnis auch *Knauer* in *AK-StVollzG* (2017), § 36 Rn. 3.

49 Vgl. erst kürzlich *Esser* (2018), S. 127: „Die Zeit ist reif!“.

- Kett-Straub, G./Streng, F.* (2016): Strafvollzugsrecht. München: C.H. Beck.
- Knauer, F.* (2015): Strafvollzug und Internet – Ein Überblick über neuere Entwicklungen mit einer kritischen Würdigung. *Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege*, 50, S. 54-66.
- Koch, W./Frees, B.* (2016): Dynamische Entwicklung bei mobiler Internetnutzung sowie Audios und Videos. *Media Perspektiven*, 9, S. 418-437.
- MüKo ZPO* (2016): Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen, herausgegeben von T. Rauscher und W. Krüger. Band 2: §§ 355-945b ZPO. 5. Auflage. München: C.H. Beck.
- Schwind, H.-D./Böhm, A./Jehle, J.-M./Laubenthal, K* (Hg.) (2013): Strafvollzugsgesetz. Bund und Länder. 6. Auflage. Berlin u.a: De Gruyter.
- Statistisches Bundesamt* (2016): Fachserie 15, Reihe 4: Private Haushalte in der Informationsgesellschaft (IKT). Wiesbaden: Eigenverlag.
- Theine, E.* (2014): Außenkontakte der Gefangenen – Die Bedeutung digitaler Medien. *Forum Strafvollzug*, 63 (3), S. 161-162.
- Thiele, C.* (2015): Außenkontakte von Strafgefangenen in den Länderstrafvollzugsgesetzen. *Kriminalpädagogische Praxis*, 43 (50), S. 72-85.
- Wawzyniak, H.* (2012): Ist die Verweigerung eines Internetzugangs im Strafvollzug rechtmäßig? *Kritische Vierteljahresschrift*, 95 (2), S. 198-208.

# **Der Soziale Kollege – Können wir den wahrgenommenen sozialen Einfluss der eigenen Tätigkeit als Job-Ressource bei Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes nutzen?<sup>1</sup>**

*Kevin Wölk*

## **Gliederung**

- |                     |                                   |
|---------------------|-----------------------------------|
| 1. Einleitung       | 3.3 Haupteffekte                  |
| 2. Einflussfaktoren | 4. Diskussion                     |
| 2.1 Stressoren      | 4.1 Interpretation der Ergebnisse |
| 2.2 Ressourcen      | 4.2 Limitationen der Forschung    |
| 3. Methode          | 4.3 Ausblick für die Zukunft      |
| 3.1 Stichprobe      | 5. Schlusswort                    |
| 3.2 Ergebnisse      |                                   |

## **1. Einleitung**

Viele Arbeitnehmer berichten von immer intensiver werdenden Arbeitsbelastungen (*Simon* 2012). Die Arbeitszeit und der erlebte Stress im Umgang mit Problemen, aber auch mit Kollegen,<sup>2</sup> werden als immer belastender wahrgenommen (*Sopp et al.* 2017). Auch Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Dienst, die nicht direkt den Konsequenzen der freien Marktwirtschaft ausgesetzt sind, berichten von einer immer stärker werdenden Belastung (*Dathe et al.* 2012; *Simon* 2012). Gemäß des Fehlzeiten-Reports 2017 (*Badura et al.* 2017) der AOK-Gesundheitskasse stieg die Anzahl der Arbeitsausfälle durch psychische Erkrankungen in den letzten zehn Jahren um 80 %. Daher stellt sich immer häufiger die Frage, welche Belastungs- und auch Erholungsfaktoren auf

---

1 Der Beitrag wurde auch in Forum Strafvollzug 2018, Heft 5 veröffentlicht. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V.

2 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

die arbeitende Bevölkerung wirken und wie diese geschwächt beziehungsweise gestärkt werden können.

Diese Arbeit soll sich speziell mit den Anforderungen und Bedürfnissen der Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) auseinandersetzen. Vor allem Fähigkeiten im sozialen Umgang erscheinen wichtig für die Mitarbeiter, da die Gefangenen die Autorität ihnen gegenüber akzeptieren müssen und nicht mit Gewalt reagieren dürfen. Gleichzeitig ist es eine Pflicht der Beamten, das Vertrauen der Gefangenen zu gewinnen und somit den friedlichen Umgang unter den Gefangenen zu wahren. Aufgrund dieser besonderen Herausforderung scheint es wichtig, eine hohe soziale Orientierung aufzuweisen. Einen weiteren entscheidenden Aspekt für die Arbeitsmotivation und das Arbeitserleben könnte der wahrgenommene soziale Einfluss ihrer Tätigkeiten darstellen.

Deshalb möchten wir (basierend auf dem *Job-Demands-Resources-Modell*) überprüfen, ob die Ressourcen „soziale Orientierung“ und „wahrgenommener sozialer Einfluss der eigenen Tätigkeit“, sowie die Stressoren „Häufigkeit der Arbeitsbelastung“ und „Intensität der Arbeitsbelastung“ in Zusammenhang stehen mit „emotionaler Erschöpfung“ und „Arbeitsmotivation“. Für den Fall, dass der angenommene Effekt gefunden würde, könnte eine neue erfolgreiche Maßnahme zur Stressreduzierung entwickelt werden und so stressbedingte Ausfälle reduziert werden.

## 2. Einflussfaktoren

Im Folgenden werden die Einflussfaktoren des Job-Demands-Resources-Modell erläutert. Wir gehen zunächst auf die Stressoren und anschließend auf die einzelnen Ressourcen ein.

### 2.1 Stressoren

Um die Arbeitsbelastung in Justizvollzugsanstalten messbar machen zu können, haben Muthny et al. (2008) vier Belastungsdimensionen identifiziert. Diese teilen sich auf in drei operative Belastungsdimensionen („Bedrohung durch Gefangene“, „Umgang mit unberechenbaren und gewaltbereiten Gefangenen“ und „Umgang mit Schwerkriminellen“) und einen administrativen Stressor („Interaktionsprobleme im Team“). In Absprache mit den psychologischen Diensten und den Anstaltsleitungen haben wir noch eine weitere Belastungsdimension („Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“) und zwei weitere administrative Stressoren („Kurzfristige Ansetzung/Änderung



der Arbeitszeiten“ und „Geringer Rückhalt der Vorgesetzten“) aufgenommen. *Lehmann* (2007) fand zudem heraus, dass die Beamten des AVD durch ihren Arbeitsalltag und die vollzugsbedingten Extremsituationen, wie zum Beispiel den Angriff eines Gefangenen auf einen Kollegen, erhöhten Belastungswerten ausgesetzt sind. Außerdem konnte er die Erkenntnis gewinnen, dass bei einem nicht unerheblichen Teil der Bediensteten die Gefahr besteht, ein Burnout-Syndrom zu entwickeln. *Cooper* (1981) untersuchte zudem die Effekte von Stress auf das Verhalten von Menschen. Seine Ergebnisse zeigten, dass ein hohes Stresslevel die Fähigkeit zur Entspannung mindern kann. Stress kann somit einen kurz- oder langfristigen Effekt auf die physische sowie psychische Gesundheit haben. Verbindet man nun diese Erkenntnisse mit dem Job-Demands-Resources-Modell, so kann eine erhöhte Arbeitsbelastung den Stressoren zugeordnet werden. Es wird ein Gesundheitsschwächungsprozess in Gang gesetzt, der sich auf die emotionale Erschöpfung auswirken kann. Gemäß dem Modell würde bei einer hohen Ausprägung der Arbeitsbelastung eine stärkere emotionale Erschöpfung gemessen.

Gemäß einer Untersuchung der Universität Potsdam mit insgesamt 3381 Strafvollzugsbeamten zwischen 21 und 64 Jahren war eine weitere Auswirkung der Stressoren eine verringerte Arbeitsmotivation (*Schaarschmidt/Ksienzyk* 2003). Das Job-Demands-Resources-Modell zeigt auf, dass eine erhöhte Ausprägung der Stressoren eine puffernde Wirkung auf die Arbeitsmotivation aufweisen kann. So kann vermutet werden, dass ein genereller Zusammenhang zwischen der Arbeitsbelastung und der Arbeitsmotivation besteht.

## 2.2 Ressourcen

*Gerstorff et al.* (2016) fanden heraus, dass eine hohe familiäre soziale Orientierung das Wohlbefinden steigern kann. Außerdem befähigt eine höhere soziale Orientierung, Stresssituationen abzumildern und die Belastung dieser zu reduzieren (*Chatterjee et al.* 2013). Dies kann unter anderem dadurch erreicht werden, dass gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktivitäten getätigt werden und somit das eigene soziale Umfeld aktiviert wird (*Rosenbrock* 1993).

Dass sich diese privaten Profite auf das Arbeitserlebnis auswirken, erklärt das *Model of Work-Family Enrichment* von *Greenhaus und Powell* (2006). Es zeigt auf, dass eine im Privaten gewonnene Erfahrung den Umgang mit einer beruflichen Situation beeinflussen kann und vice versa. Die im privaten Umfeld erlernte Fähigkeit mindert im Arbeitskontext die Belastung, die durch einen hohen kognitiven Aufwand entsteht und gibt der Person ein sicheres Gefühl im Umgang mit ähnlichen Situationen. Der Effekt der Fähigkeitsübertragung kann auch mit

der *Social Learning Theory* (Bandura 1977) erklärt werden. Diese besagt, dass wir unser Verhalten dem eines beobachteten Modells anpassen, wenn wir die Reaktion auf das beobachtete Verhalten als positiv bewerten. Dabei kann das Verhalten neu modelliert, gehemmt, enthemmt oder ausgelöst werden.

Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass – ähnlich wie im *Model of Work-Family Enrichment* postuliert – eine soziale Orientierung im privaten Kontext erlernt werden kann und diese im Arbeitskontext adaptiert würde. Führt der dadurch veränderte Umgang mit den Gefangenen zu einer positiven Resonanz, könnte das Verhalten, wie in der *Social Learning Theory* beschrieben, vermehrt auftreten. Die Belastungsgrenze würde aufgrund des verminderten kognitiven Aufwandes steigen. Durch diese könnte eine Reduzierung der emotionalen Erschöpfung auftreten. Gleichzeitig könnte eine positivere Interaktion mit den Gefangenen zu einer erhöhten Arbeitsmotivation führen.

Eine weitere Job-Ressource könnte die Wirkung des wahrgenommenen sozialen Einflusses des Berufes auf die Arbeitsleistung darstellen. Die meisten Bediensteten des AVD berichteten in einer Studie von *Hohlmeier* (1973), dass der Wert ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit verkannt würde. Sie schätzten die Diskriminierung auf Grundlage ihres Berufes als sehr hoch ein. Die Beamten gaben an, unter dem geringen Ansehen zu leiden und lediglich als „Schließer“ oder „Wärter“ wahrgenommen zu werden (*Böhm* 1992). *Sonnentag und Grant* (2012) untersuchten die wahrgenommene prosoziale Wirkung der eigenen Arbeitsleistung und fanden einen positiven Einfluss auf die Arbeitsmotivation. Diese Beziehung wurde durch die wahrgenommene Kompetenz am Ende des Arbeitstages und eine positive Arbeitsreflexion während der Arbeitszeit, aber nicht durch einen positiven Einfluss am Ende des Arbeitstages, vermittelt. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die Erfahrungen, anderen bei der Arbeit zu helfen, emotionale Vorteile zu Hause vermitteln, die durch die kognitiven Mechanismen der wahrgenommenen Kompetenz und Reflexion kanalisiert werden.

Durch einen erhöhten wahrgenommenen sozialen Einfluss der Tätigkeit steigt ebenso die Lust zu arbeiten. Dies führt wiederum dazu, dass die Stressoren weniger stark wahrgenommen werden und somit auch die emotionale Erschöpfung als geringer empfunden wird (*Paetz* 2004).

### 3. Methode

Die folgenden Daten wurden in einer Justizvollzugsanstalt für männliche Jugendliche und in einer Hochsicherheitsjustizvollzugsanstalt für männliche Gefangene erhoben. Die Stichprobe wurde durch persönliche Ansprache der Bediensteten des AVD und durch Mithilfe des psychologischen Dienstes sowie

der Anstaltsleitung erhoben. Anreiz war es, durch den persönlichen Kontakt zu den Beamten die Stichprobengröße soweit wie möglich zu vergrößern.

### 3.1 Stichprobe

Wir konnten insgesamt 81 Mitarbeiter des AVD für die Teilnahme an unserer Studie gewinnen. Vier Fragebögen mussten wir aussortieren, da bei diesen entweder Seiten des Fragebogens entfernt oder nicht von Beamten des AVD bearbeitet wurden. So konnten wir insgesamt 77 Fragebögen (zwölf Frauen, neun ohne Angabe) für die Auswertung verwenden. Die Probanden waren zwischen 26 und 59 Jahre alt ( $M = 42.38$ ,  $SD = 9.11$ ). Die Wochenarbeitszeit der Beamten lag zwischen 24 und 55 Stunden ( $M = 42.29$ ,  $SD = 4.60$ ). Insgesamt wiesen die Probanden eine Berufserfahrung zwischen einem und 45 Jahren ( $M = 15.83$ ,  $SD = 9.09$ ) auf.

*Tabelle 1: Mittelwert und Standardabweichungen der Häufigkeit der Arbeitsbelastungen nach Vollzugsform*

	Jugendvollzug		Erwachsenenvollzug		<i>t</i>
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	
1. Bedrohung durch Gefangene	2.41	1.07	2.92	1.08	-2.04*
2. Umgang mit unberechenbaren und gewaltbereiten Gefangenen	2.51	1.05	3.03	0.91	-2.31*
3. Umgang mit Schwerkriminellen	2.02	0.91	2.28	0.91	-1.22
4. Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen	2.73	1.05	3.42	1.02	-2.89***
5. Interaktionsprobleme im Team	2.97	1.33	3.36	0.87	-1.52
6. Kurzfristige Ansetzung/Änderung der Arbeitszeiten	3.22	1.21	3.39	1.05	-0.66
7. Geringer Rückhalt der Vorgesetzten	3.51	1.25	4.08	0.81	-2.41*

Anm.: *M* = Mittelwert, *SD* = Standardabweichung, *t* = T-Wert: \*\*\* =  $p < 0.001$ , \*\* =  $p < 0.01$ , \* =  $p < 0.05$

Die Bediensteten des AVD im Erwachsenenvollzug gaben einen signifikant ( $t(73.59) = -2.04$ ,  $p = 0.04$ ) höheren Score an, häufiger in Situationen zu geraten, in denen sie von Gefangenen bedroht werden ( $M = 2.92$ ,  $SD = 1.08$ ), als die Bediensteten im Jugendvollzug ( $M = 2.41$ ,  $SD = 1.07$ ) (siehe *Tabelle 1*).

Auch gaben die Beamten im Erwachsenenvollzug an, häufiger mit unberechenbaren und gewaltbereiten Gefangenen zu arbeiten ( $M = 3.03$ ,  $SD = 0.91$ ) als die Beamten im Jugendvollzug ( $M = 2.51$ ,  $SD = 1.05$ ). Eine signifikante Unterscheidung der Vollzugsformen konnte festgestellt werden ( $t(74.99) = -2.31$ ,  $p = 0.02$ ). Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen gaben die Bediensteten des AVD im Jugendvollzug an, signifikant ( $t(74.13) = -2.89$ ,  $p < 0.01$ ) weniger häufig belastet zu werden ( $M = 2.73$ ,  $SD = 1.05$ ), als ihre Kollegen im Erwachsenenvollzug ( $M = 3.41$ ,  $SD = 1.02$ ). Im Jugendvollzug berichteten die Bediensteten ebenso seltener von einer Belastung durch einen geringen Rückhalt durch die Vorgesetzten ( $M = 3.51$ ,  $SD = 1.25$ ), als die Bediensteten im Erwachsenenvollzug ( $M = 4.08$ ,  $SD = 0.81$ ). Diese Ergebnisse unterscheiden sich signifikant voneinander ( $t(69.21) = 2.41$ ,  $p = 0.02$ ).

Tabelle 2: Mittelwert und Standardabweichungen der erlebten Intensität der Arbeitsbelastungen nach Vollzugsform

	Jugendvollzug		Erwachsenenvollzug		<i>t</i>
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	
1. Bedrohung durch Gefangene	2.42	0.92	2.28	0.97	0.63
2. Umgang mit unberechenbaren und gewaltbereiten Gefangenen	3.44	0.95	3.61	0.90	-0.81
3. Umgang mit Schwerkriminellen	3.44	1.03	3.44	0.50	-6.34***
4. Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen	3.81	0.95	4.03	0.79	-1.12
5. Interaktionsprobleme im Team	2.76	1.09	2.83	0.94	-0.33
6. Kurzfristige Ansetzung/Änderung der Arbeitszeiten	3.05	0.97	3.56	1.21	-2.01*
7. Geringer Rückhalt der Vorgesetzten	3.29	1.15	3.72	1.11	-1.67

Anm.: *M* = Mittelwert, *SD* = Standardabweichung, \*\*\* =  $p < 0.001$ , \*\* =  $p < 0.01$ , \* =  $p < 0.05$

Bei der Unterscheidung in der erlebten Intensität der Arbeitsbelastungen (siehe Tabelle 2) gaben die befragten Bediensteten in der Jugendanstalt an, signifikant ( $t(59.59) = -6.34$ ,  $p < 0.001$ ) weniger stark ( $M = 3.44$ ,  $SD = 1.03$ ) durch den Umgang mit Schwerkriminellen belastet zu werden als ihre Kollegen im Erwachsenenvollzug ( $M = 3.44$ ,  $SD = 0.50$ ). Bezüglich der Belastung durch eine kurzfristige Ansetzung oder Änderung der Arbeitszeiten gaben die

Bediensteten des Erwachsenenvollzuges an, signifikant ( $t(67.27) = -2.01$ ,  $p = 0.05$ ) stärker ( $M = 3.72$ ,  $SD = 1.11$ ) belastet zu sein als ihre Kollegen im Jugendvollzug ( $M = 3.05$ ,  $SD = 0.97$ ).

Wir konnten ebenso signifikante Unterschiede in den kompletten Messdimensionen der Häufigkeit ( $t(74.11) = -2.97$ ,  $p < 0.01$ ) und der Intensität ( $t(72.76) = -3.06$ ,  $p < 0.01$ ) der Arbeitsbelastung zwischen den Anstaltsformen feststellen (siehe *Tabelle 3*). Ergänzend fanden wir signifikante Unterschiede bei der emotionalen Erschöpfung ( $t(70.32) = -3.51$ ,  $p < 0.001$ ) und der Arbeitsmotivation ( $t(74.97) = 2.15$ ,  $p = 0.04$ ).

*Tabelle 3: Mittelwerte und Standardabweichungen der einzelnen Variablen für die Gesamtstichprobe und die einzelnen Justizvollzugsanstalten*

	Gesamtstichprobe		Jugendvollzug		Erwachsenenvollzug		<i>t</i>
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	
Häufigkeit Arbeitsbelastung	3.33	0.53	3.17	0.51	3.51	0.49	-2.97**
Intensität Arbeitsbelastung	3.14	0.68	2.77	0.73	3.21	0.53	-3.06**
Soziale Orientierung	3.39	1.01	3.49	1.01	3.27	1.00	0.95
Wahrgenommener soz. Einfluss	2.51	0.83	2.64	0.81	2.36	0.84	1.46
Organisationsidentifikation	2.49	0.81	2.83	0.75	2.67	0.86	-1.85
Emotionale Erschöpfung	1.99	1.17	1.58	1.03	2.46	1.17	-3.51***
Arbeitsmotivation	3.13	1.29	3.42	1.33	2.80	1.19	2.15*

Anm.: *M*= Mittelwert, *SD*= Standardabweichung, *t* = T-Wert, \*\*\*\*= $p < 0.001$ , \*\*\*= $p < 0.01$ , \*\*= $p < 0.05$

### 3.2 Ergebnisse

Nach der Auswertung der Fragebögen konnten wir die Mittelwerte und Standardabweichungen der einzelnen Messinstrumente bestimmen (siehe *Tabelle 4*).

Tabelle 4: Mittelwerte, Standardabweichungen und Korrelationen der einzelnen Messdimensionen

			Korrelationen					
	<i>M</i>	<i>SD</i>	1	2	3	4	5	6
1. Emotionale Erschöpfung	1.99	1.17						
2. Arbeitsmotivation	3.13	1.29	-0.52***					
3. Häufigkeit Arbeitsbelastung	3.33	0.53	0.42***	-0.29				
4. Intensität Arbeitsbelastung	3.14	0.68	0.53***	-0.27	0.44***			
5. Soziale Orientierung	3.39	1.01	-0.07***	0.09	0.13	-0.15**		
6. Wahrgenommener sozialer Einfluss	2.51	0.83	-0.42**	0.61***	-0.30***	0.04***	0.35***	
7. Organisationsidentifikation	2.49	0.81	0.06**	0.35***	-0.15***	-0.20***	0.15***	0.48***

Anm.: *M* = Mittelwert, *SD* = Standardabweichung, \*\*\*\* =  $p < 0.001$ , \*\*\* =  $p < 0.01$ , \*\* =  $p < 0.05$

### 3.3 Haupteffekte

Wir konnten einen signifikanten Effekt bei der Überprüfung des positiven Zusammenhangs zwischen der erlebten Intensität der Arbeitsbelastung und der emotionalen Erschöpfung,  $b = .47$ ,  $t(72) = 3.93$ ,  $p < .001$ , feststellen (siehe Tabelle 5). Ebenso konnten wir einen signifikanten Effekt des Zusammenhangs zwischen dem wahrgenommenen sozialen Einfluss der eigenen Tätigkeit und der emotionalen Erschöpfung,  $b = -.34$ ,  $t(72) = -2.72$ ,  $p < .01$ , feststellen.

Die ANOVAs zwischen den Regressionsgleichungen unserer Prädiktormodelle und den jeweiligen Nullmodellen ergaben signifikante Effekte unserer Prädiktoren emotionale Erschöpfung,  $F(77,72) = 79.26$ ,  $p < 0.01$ , und Arbeitsmotivation,  $F(77,72) = 153.61$ ,  $p < .01$ .

Tabelle 5: Regressionsanalyse der einzelnen Variablen auf die emotionale Erschöpfung

	<i>b</i>	<i>SE</i>	<i>t</i>
Intercept	1.99	0.11	18.66***
Soziale Orientierung	-0.01	0.12	-0.07
Wahrgenommener sozialer Einfluss	-0.34	0.12	-2.72**
Häufigkeit Arbeitsbelastung	0.19	0.13	1.50
Intensität Arbeitsbelastung	0.47	0.12	3.93***

Anm.: *b* = Regressionskoeffizient, *SE* = Standardmessfehler, *t* = T-Wert, \*\*\*\*= $p < 0.001$ , \*\*\*= $p < 0.01$ , \*\*= $p < 0.05$

Bei der Untersuchung der Wirkung unserer unabhängigen Variablen auf die Arbeitsmotivation konnten wir einen signifikanten positiven Zusammenhang des wahrgenommenen sozialen Einflusses der eigenen Tätigkeit,  $b = .78$ ,  $t(72) = 5.77$ ,  $p < .001$ , feststellen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Regressionsanalyse der einzelnen Variablen auf die Arbeitsmotivation

	<i>b</i>	<i>SE</i>	<i>t</i>
Intercept	3.13	0.12	26.82***
Soziale Orientierung	-0.14	0.13	-1.05
Wahrgenommener sozialer Einfluss	0.78	0.14	5.77***
Häufigkeit Arbeitsbelastung	-0.06	0.14	-0.433
Intensität Arbeitsbelastung	-0.15	0.13	-1.18

Anm.: *b* = Regressionskoeffizient, *SE*= Standardmessfehler, *t* = T-Wert, \*\*\*\*= $p < 0.001$ , \*\*\*= $p < 0.01$ , \*\*= $p < 0.05$

## 4. Diskussion

Mit dieser Studie untersuchten wir, ob wir die soziale Orientierung und den wahrgenommenen sozialen Einfluss der Tätigkeit als Job-Ressource im AVD nutzen können. Hierzu haben wir das *Job-Demands-Resources-Modell* von Demerouti et al. (2001) abgewandelt. Als Stressoren nutzten wir vier Belastungsdimensionen von Muthny et al. (2008), die wir noch um drei Dimensionen

erweiterten. Wir wollten untersuchen, ob die von uns gewählten Stressoren und Ressourcen einen signifikanten Effekt auf die emotionale Erschöpfung und die Arbeitsmotivation bei Bediensteten des AVD haben.

Nach Auswertung der Daten konnten wir feststellen, dass der wahrgenommene soziale Einfluss der Tätigkeit als Ressource und die wahrgenommene Intensität der Arbeitsbelastung als Stressor dienen können. Keinen signifikanten Einfluss hatten dagegen die soziale Orientierung sowie die Häufigkeit der Arbeitsbelastung.

#### 4.1 Interpretation der Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass die Häufigkeit der Arbeitsbelastung keinen Einfluss auf die emotionale Erschöpfung und auf die Arbeitsmotivation hat. Dagegen hat die wahrgenommene Intensität der Belastung einen signifikanten Effekt. Eine Erklärung kann darin liegen, dass Arbeitsbelastungen je nach Beruf auf unterschiedliche Weise aus körperlichen und geistigen Tätigkeiten resultieren (*Schlick et al.* 2010). Im Beruf des Bediensteten im AVD besteht die Arbeitsbelastung weniger aus einer körperlichen, sondern vielmehr aus einer geistigen Anstrengung (*Niedt/Stengel* 1988). Demnach kann der Einfluss der wahrgenommenen Intensität der Arbeitsbelastung die wahrgenommene Häufigkeit der Arbeitsbelastung für den Bediensteten im AVD übersteigen und dadurch einen möglichen Effekt abmildern.

Unsere Studie konnte keinen signifikanten Effekt einer sozialen Orientierung auf die abhängigen Variablen nachweisen. Dies könnte dadurch erklärt werden, dass es vielen Bediensteten des AVD schwerfällt, die Gefangenen aufgrund ihrer schweren Straftaten und der oft vorherrschenden schlechten Laune inklusive häufiger Beschimpfungen als Menschen zu sehen, die sich ändern können (*Schwab* 1985). Zusätzlich kann ein hoher Stresslevel zu einem Rückzug aus sozialen Beziehungen führen (*Cooper* 1981). So besteht die Möglichkeit, dass eine hohe soziale Orientierung aufgrund der Flucht aus der Situation nicht genutzt werden kann. Zudem können Kommunikationsschwierigkeiten den Aufbau einer sozialen Beziehung zwischen Gefangenen und Bediensteten behindern (*Müller-Dietz* 2000).

Wie von *Grant* (2008) sowie *Sonnentag und Grant* (2012) bereits erforscht, hatte der wahrgenommene soziale Einfluss der Tätigkeit einen positiven Einfluss auf die emotionale Erschöpfung und die Arbeitsmotivation. Er kann somit als Ressource gesehen werden. Unsere Studie wies diese Effekte speziell für Bedienstete des AVD nach. Besonders in unserem Kontext scheint die Wahrnehmung des sozialen Einflusses einen höheren Einfluss auf unsere unabhängigen



Variablen aufzuweisen als die eigene soziale Orientierung des Arbeitnehmers. Es ist zu vermuten, dass die soziale Orientierung daher vielmehr als Moderator- oder Stressorvariable angesehen werden kann (vgl. Paetz 2004).

## 4.2 Limitationen der Forschung

Es ist zu berücksichtigen, dass die Stichprobe aus zwei Anstalten mit verschiedenen Vollzugsformen bestand. Zwar haben wir mit dem Jugendvollzug und dem Erwachsenenvollzug zwei große Teilgebiete der Vollzugsformen abgedeckt, jedoch müssen noch weitere Vollzugsformen untersucht werden, um ein vollständiges Bild über die Wirkungen unserer Messdimensionen bei Bediensteten des AVD zu erhalten. Bereits bei den gemessenen Vollzugsformen konnten wir signifikante Unterschiede in den Bereichen der Häufigkeit und Intensität der Arbeitsbelastung, sowie der emotionalen Erschöpfung und Arbeitsmotivation feststellen. Besonders im Maßregelvollzug sind noch weitere erschwerende Bedingungen gegeben, da die Behandlung von psychisch- oder suchterkrankten Straftätern oft zu unberechenbaren Verhaltensweisen führen kann und folglich die Arbeitsbelastung steigern kann. Im umgekehrten Fall könnte der Umgang mit Gefangenen des offenen Vollzugs weniger Komplikationen mit sich bringen, da sie einen Großteil des Tages außerhalb der Anstalt verbringen dürfen.

Die Studie wurde zudem nur in zwei von über 180 Justizvollzugsanstalten Deutschlands durchgeführt. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, dass die Fragebögen in nur zwei von 16 Bundesländern verteilt wurden. Die großen Unterschiede bezüglich der Regelung des Justizvollzugsalltages innerhalb Deutschlands könnten sich möglicherweise unterschiedlich auf das Erleben der Arbeitsbelastung sowie den Umgang zwischen den Gefangenen und den Bediensteten auswirken. Dies liegt vor allem daran, dass Gesetzgebungskompetenz sowie Durchsetzung und Aufrechterhaltung der maßgeblichen Regelungen für die Justizvollzugsanstalten Ländersache sind und die Länder auf die Gegebenheiten ihres Bundeslandes reagieren.

## 4.3 Ausblick für die Zukunft

Aufgrund der limitierten Allgemeingültigkeit dieser Studie kann diese als Vorstudie für eine deutschlandweite Untersuchung dienen. Wenn unsere Ergebnisse replizierbar sind, könnte dies zu einer Änderung im Auswahlverfahren des AVD führen. Fortan könnte dann ein Test zur Wahrnehmung des sozialen Einflusses der zukünftigen Tätigkeiten in die Testbatterie der Anstalten aufgenommen werden. Die Ergebnisse dieses Tests könnten dann als Entscheidungshilfe bei

Bewerbern mit gleicher Eignung dienen. Ebenso kann durch Schulungen der Vollzugsdienstmitarbeiter die Wahrnehmung für den Einfluss der Tätigkeit sensibilisiert werden und somit können ein positiveres Bild sowie automatische Gedankenmuster implementiert werden.

Ebenso kann durch eine weitausgedehnte Imagekampagne für den Beruf des Bediensteten im AVD dieser in der Öffentlichkeit positiver dargestellt werden. Dies könnte zur Folge haben, dass die Bediensteten häufiger positives Feedback in der Gesellschaft erhalten und somit ihre eigene Tätigkeit als sinnvoller erachten. Des Weiteren könnte dies dazu führen, dass das Berufsbild in der Öffentlichkeit gestärkt wird und sich somit mehr junge Menschen für eine Ausbildung im mittleren Dienst einer Justizvollzugsanstalt interessieren und bewerben.

## 5. Schlusswort

Mit unserer Studie konnten wir belegen, dass der wahrgenommene soziale Einfluss der eigenen Tätigkeit einen bedeutenden Effekt auf die emotionale Erschöpfung und die Arbeitsmotivation bei Bediensteten des AVD hat. Diese Erkenntnisse können genutzt werden, um Arbeitsausfällen entgegenzuwirken und die Lust am Arbeiten aufrecht zu erhalten. Ebenso konnten wir aufzeigen, dass im Strafvollzugsalltag die wahrgenommene Intensität der Arbeitsbelastung einen größeren Einfluss besitzt als die wahrgenommene Häufigkeit. Für den besseren Umgang mit Arbeitsbelastungen können Trainings entwickelt werden, die speziell auf die Anforderungen im Justizvollzugsalltag zugeschnitten sind.

## Literatur

- Badura, B./Ducki, A./Schröder, H./Klose, J./Meyer, M.* (2017): Fehlzeiten-Report 2017: Krise und Gesundheit – Ursachen, Prävention, Bewältigung. Berlin: Springer.
- Bandura, A.* (1977): Social Learning Theory. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.
- Böhm, A.* (1992): Das Berufsbild der Strafvollzugsbediensteten im Wandel der Zeit. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 41 (5), S. 275-280.
- Chatterjee, M./Baumann, N./Osborne, D.* (2013): You are not alone: Relatedness reduces adverse effects of state orientation on well-being under stress. Personality and Social Psychology Bulletin, 39 (4), S. 432-441.
- Cooper, C.* (1981): Stressbewältigung Person Familie Beruf. München u.a.: Urban und Schwarzenberg Verlag.
- Dathe, D./Paul, F./Stuht, S.* (2012): Soziale Dienstleistungen: steigende Arbeitslast trotz Personalzuwachs. WZBrief Arbeit Nr. 12. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Demerouti, E./Bakker, A./Nachreiner, F./Schaufeli, W.* (2001): The job demands-resources model of burnout. Journal of Applied Psychology, 86 (3), S. 499-512.

- Gerstorff, D./Hoppmann, C./Löckenhoff, C./Infurna, F./Schupp, J./Wagner, G./Ram, N. (2016): Terminal decline in well-being: The role of social orientation. *Psychology and Aging*, 31 (2), S. 149-165.
- Grant, A. (2008): The significance of task significance: Job performance effects, relational mechanisms, and boundary conditions. *The Journal of Applied Psychology*, 93 (1), S. 108-124.
- Greenhaus, J./Powell, G. (2006): When work and family are allies: A theory of work-family enrichment. *Academy of Management Review*, 31 (1), S. 72-92.
- Hohlmeier, J. (1973): Aufsicht und Resozialisierung: Empirische Untersuchung der Einstellungen von Aufsichtsbeamten und Insassen im Strafvollzug. Beiträge zur Strafvollzugswissenschaft. Stuttgart: Enke.
- Lehmann, A. (2007): Belastungen und Stress bei Bediensteten im Justizvollzug: Ergebnisse einer Befragung im niedersächsischen Justizvollzug. *Praxis der Rechtspsychologie*, 17 (2), S. 345-361.
- Müller-Dietz, H. (2000): Strafvollzug heute. *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe*, 49 (4), S. 230-237.
- Muthny, F./Brands, C./Mayer, R./Pomp, S./Richter, M. (2008): Psychosoziale Belastungen von Beamten im allgemeinen Justizvollzugsdienst (AVD): Ausprägungen und Dimensionen tätigkeitsspezifischer Belastungen. *Polizei & Wissenschaft*, 2008 (3), S. 59-70.
- Niedt, C./Stengel, M. (1988): Belastung, Beanspruchung, Bewältigung am Arbeitsplatz „Justizvollzugsanstalt“. *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe*, 37 (2), S. 95-101.
- Paetz, A. (2004): Psychosoziale Belastungssituation von Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes am Beispiel einer Vollzugsanstalt in Deutschland, in: [http://edoc.sub.uni-hamburg.de/haw/volltexte/2008/418/pdf/psy\\_y\\_11.pdf](http://edoc.sub.uni-hamburg.de/haw/volltexte/2008/418/pdf/psy_y_11.pdf) [letzter Aufruf: 06.01.2018].
- Rosenbrock, R. (1993): Betriebliche Gesundheitspolitik und Organisationsentwicklung. In: Pelikan, J.M./Demmer, H./Hurrelmann, K. (Hg.): Gesundheitsförderung durch Organisationsentwicklung – Konzepte, Strategien und Projekte für Betriebe, Krankenhäuser und Schulen. Weinheim u.a.: Juventa, S. 123-140.
- Sopp, P./Schwarz, H./Pahlke, S. (2017): DGB-Index Gute Arbeit. Sonderauswertung: Beschäftigte im Angestellten- oder Beamtenverhältnis im öffentlichen Dienst. Berlin: Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Schaarschmidt, U./Ksienzyk, B. (2003): Die Beanspruchungssituation von Strafvollzugsbediensteten. Ergebnisse einer Untersuchung der Abteilung Persönlichkeits- und Differentielle Psychologie des Institutes für Psychologie der Universität Potsdam. Potsdam: Institut für Psychologie der Universität Potsdam.
- Schlick, C./Bruder, R./Luczak, H. (2010): Arbeitswissenschaft. Heidelberg: Springer.
- Schulz, P./Schlotz, W./Becker, P. (2004): Trierer Inventar zum chronischen Stress (TICS). Göttingen: Hogrefe.
- Schwab, R. (1985): Bericht aus der praktischen Arbeit. Betreuung, Behandlung, Erziehung im Strafvollzug. *Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe*, 34 (5), S. 292-294.
- Simon, M. (2012): Entwicklung der Beschäftigungsstrukturen in Pflegeberufen. *Public Health Forum* 20 (4), S. 13-14.
- Sonnentag, S./Grant, A. (2012): Doing good at work feels good at home, but not right away: When and why perceived prosocial impact predicts positive affect. *Personnel Psychology*, 65 (3), S. 495-530.

# Not, schnelles Geld oder Beruf? Zum Selbstverständnis reisender und zugereister Täter/innen des Wohnungseinbruchs

*Nadine Jukschat und Gina Rosa Wollinger*

## Gliederung

- |  |  |
|--|--|
| 1. Einleitung                              | 3.2 Typus 2: Einbruch als Weg zum „schnellen Geld“ |
| 2. Methodischer Ansatz                     | 3.3 Typus 3: Einbruch als „Beruf“                  |
| 3. Typische Selbstverständnisse der Täter  | 4. Fazit   |
| 3.1 Typus 1: Einbruch „aus der Not heraus“ |  |

## 1. Einleitung

Das Phänomen des Wohnungseinbruchdiebstahls erfährt seit einigen Jahren in Deutschland erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Neben umfangreichen medialen Berichterstattungen zum Ausmaß und zur Situation der Betroffenen sowie Mutmaßungen über die Täter,<sup>1</sup> ist das Delikt des Wohnungseinbruchdiebstahls im Fokus zahlreicher polizeilicher Maßnahmen und Umstrukturierungen von Ermittlungstätigkeiten präsent. Handlungsbedarf in diesem Deliktsbereich hat in jüngster Zeit auch der Gesetzgeber gesehen und eine Änderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung vorgenommen.<sup>2</sup> Grund für diese Entwicklung dürfte vor allem der starke Anstieg der Fallzahlen von 2006 bis 2016 von 57,5 % sein (siehe *Abbildung 1*) sowie neuere Forschungserkenntnisse zur psychischen Situation der Opfer.<sup>3</sup>

Die Beantwortung der Frage nach den Tätern hinter diesen Taten ist dabei mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass nur wenige Täter im polizeilichen Hellfeld in Erscheinung treten und ein Dunkelfeldzugang äußerst aufwendig

---

1 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

2 Kritisch hierzu siehe Kreuzer (2017); Dreißigacker et al. (2017).

3 Schubert-Lustig (2011); Wollinger (2015); Wollinger et al. (2014).

und voraussetzungsvoll ist.<sup>4</sup> Die sogenannte ‚Aufklärungsquote‘ in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), welche angibt, wie viele Tatverdächtige für alle verzeichneten Fälle ermittelt werden konnten, ist über Jahre hinweg mit circa 15 % konstant gering. Hierüber Rückschlüsse auf die Mehrheit der Einbrecher zu ziehen scheint vor allem vor dem Hintergrund der tatsächlichen Aufklärungsquote, nämlich der Anzahl der Verurteilungen pro Fall, problematisch. So deuten Strafaktenanalysen bisheriger Forschungsprojekte darauf hin, dass die Verurteilungen pro Fall mit 2,0 bis 2,6 % noch deutlich niedriger ausfallen als die Aufklärungsquote der PKS.<sup>5</sup>

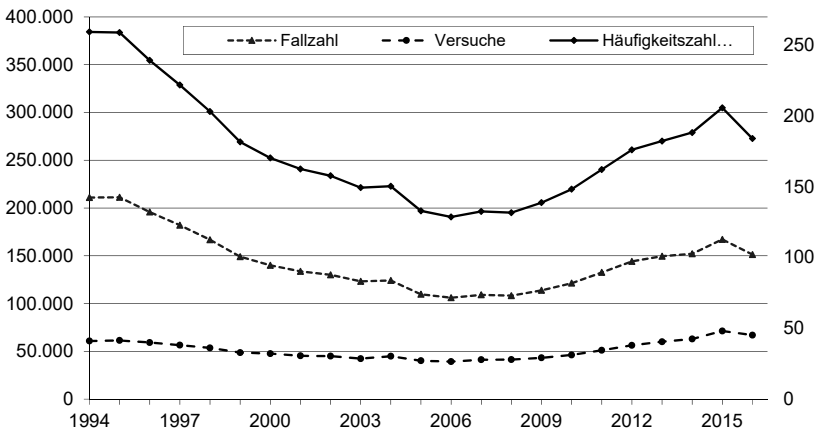


Abbildung 1: Entwicklung der Fallzahl und Häufigkeitszahl des Wohnungseinbruchdiebstahls<sup>6</sup>

Angaben zu diesen im Hellfeld bekanntgewordenen Tatverdächtigen beziehungsweise verurteilten Tätern ergaben ein heterogenes Bild: Neben einem, je nach Region nicht zu unterschätzenden, relevanten Anteil örtlicher Täter wie Drogenabhängige, Jugendliche und Personen mit Vorbeziehungen zum Opfer, handelt es sich bei einem Teil der Einbrecher um Personen aus dem Ausland.<sup>7</sup> Über letztgenannte Gruppe, auch als reisende Täter bezeichnet, wurde in der medialen Öffentlichkeit oftmals unter dem Schlagwort „osteuropäische Einbrecherbanden“ berichtet. Inwiefern es sich hierbei jedoch tatsächlich um Banden handelt und wie

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Bennett/Wright (1984).

<sup>5</sup> Dreißigacker et al. (2016); Kawelowski (2012).

<sup>6</sup> Bundeskriminalamt (1995-2017).

<sup>7</sup> Kawelowski (2012); Dreißigacker et al. (2015); Dreißigacker et al. (2016); Kersting/Kiefert (2013).

sich diese konstituieren beziehungsweise wie sich die Motive und (biographischen) Hintergründe dieser Täter darstellen, dazu war bislang wenig bekannt.<sup>8</sup>

## 2. Methodischer Ansatz

Die, vor allem in Bezug auf Deutschland, skizzierte Forschungslücke bildete den Ausgangspunkt eines einjährigen Forschungsprojekts des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KFN).<sup>9</sup> Ziel der Untersuchung war es, mehr über die Hintergründe, das Vorgehen bei der Tatausführung, die Gründe für die Tatortauswahl sowie die Arten und Weisen der gemeinschaftlichen Tatbegehung zu erfahren.

Das Forschungsvorhaben basierte auf qualitativen biographisch-narrativen Interviews<sup>10</sup> mit inhaftierten verurteilten Tätern, welche – so das gesuchte ‚Profil‘ – Wohnungseinbruchdiebstähle in Deutschland ausübten und zur Tatzeit ihren festen Wohnsitz im Ausland hatten. Um mit potentiellen Studienteilnehmern in Kontakt zu kommen, wurden in 13 Bundesländern Justizvollzugsanstalten (JVA) kontaktiert. Diese erhielten vom KFN ein mehrsprachiges Informationsblatt, welches sie nutzen konnten, um an Personen heranzutreten, die in das besagte Profil passten. Dabei wurde den Teilnehmern 20 Euro als monetärer Anreiz in Aussicht gestellt.<sup>11</sup>

Durch dieses Vorgehen wurden verurteilte Täter (29 männlich und einer weiblich) aus 15 verschiedenen Nationen<sup>12</sup> zur Teilnahme an der Untersuchung gewonnen. Diese verteilten sich auf 20 JVAs im gesamten Bundesgebiet. Es handelt sich dabei einerseits um Personen, die kurzzeitig nach Deutschland einreisten, meist schon verbunden mit der Absicht der Tatbegehung, welche als

---

<sup>8</sup> Van Daele et al. (2012).

<sup>9</sup> Die Studie wurde durch das Deutsche Forum Kriminalprävention und das Programm Polizeilicher Kriminalprävention der Länder und des Bundes finanziert. Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse siehe Wollinger/Jukschat (2017).

<sup>10</sup> Vgl. hierzu Schütze (1983); Küsters (2009).

<sup>11</sup> Je nach Wunsch der jeweiligen JVA wurde dieser Anreiz auf das Konto des Inhaftierten eingezahlt oder in Warenform (z.B. Tabak oder Kekse aus dem Einkaufsladen der JVA) in der JVA übergeben.

<sup>12</sup> Dabei handelt es sich um folgende Herkunftsländer: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Georgien, Kosovo, Kroatien, Libyen, Niederlande, Polen, Republik Moldau, Rumänien, Serbien, Slowakei und Ungarn. Die Auswahl eines deutschen Täters bildet die Ausnahme. Er wurde in das Sample aufgenommen, weil er Taten gemeinsam mit den rumänischen Brüdern seiner Freundin begangen hatte und es daher insbesondere mit Blick auf die Anknüpfungspunkte der reisenden Täter vor Ort in Deutschland erkenntnisreich schien, ihn einzubeziehen.

„reisende Täter“ bezeichnet werden. Des Weiteren wurden jedoch auch Personen erreicht, die bei der Einreise den Wunsch hatten, dauerhaft in Deutschland zu leben und kurz nach ihrer Immigration begannen, Wohnungseinbruchdiebstähle zu begehen. Diese Gruppe bezeichnen wir in Abgrenzung zu ersterer als „zugereiste Täter“. Typischerweise weisen diese Personen bei der Einreise nach Deutschland noch keine Intention zur Begehung von Straftaten auf, sondern hegen den, meist eher diffusen, Wunsch, sich ein besseres Leben in Deutschland aufbauen zu können. Kurz nachdem sie in Deutschland ankommen, erscheinen ihre Vorstellungen aus unterschiedlichen Gründen jedoch als unrealistisch, worauf sich schnell ein Gefühl der Perspektivlosigkeit einstellt, aus welchem heraus die ersten Taten in Deutschland begangen werden.

Die Interviews weisen eine Länge zwischen circa 30 Minuten und 3,5 Stunden auf, wobei sich die meisten Gespräche auf circa 1,5 Stunden belaufen. Die Interviews wurden überwiegend in unbewachten Räumen wie dem sogenannten Anwaltszimmer durchgeführt, um eine vertrauliche Atmosphäre zu schaffen. Eine besondere Problematik bei der Durchführung der Studie lag darin, dass der überwiegende Anteil der Inhaftierten nicht über ausreichend Deutsch- oder Englischkenntnisse verfügte, um ein freies, ausführliches Gespräch führen zu können. Aus diesem Grund wurden vom KFN geschulte Interviewer eingesetzt, die die jeweiligen Muttersprachen beherrschten und zugleich auch über sehr gute Deutschkenntnisse verfügten.<sup>13</sup> Diese Interviewer führten das Gespräch und transkribierten dieses in der jeweiligen Originalsprache. Von diesem Transkript fertigten sie dann in einem zweiten Schritt eine deutsche Übersetzung an. Dieses Vorgehen ermöglichte es, dass die Täter ausführlich über ihre Hintergründe und Vorgehensweisen sprechen konnten. Dass hierdurch oftmals auch überhaupt erst die Bereitschaft geschaffen wurde, an der Studie teilzunehmen, zeigt folgende Aussage eines albanischen Täters, der auf die Frage nach seiner Teilnahmemotivation am Ende des Interviews antwortet:

„Wenn es jemand anderes gewesen wäre (1) und wenn er kein Albanisch gesprochen hätte, ... weißt du, wie lange das Interview gedauert hätte? ... Zwei Sekunden, ich hätte ihm .... so Tschüss gesagt ... (I lacht) Aber du bist Albaner, deswegen habe ich dir die erzählt und erklärt wie man stiehlt“ (AT02).

Die Auswertung des Materials orientierte sich am Vorgehen der Grounded Theory Methodologie, für die insbesondere das Prinzip minimaler und maximaler Kontrastierungen sowie der systematische Vergleich kennzeichnend sind.<sup>14</sup> Die Analysen zielten auf eine Rekonstruktion der Sinnstruktur der

13 Zu den methodologischen Überlegungen in diesem Zusammenhang vgl. *Wollinger/Jukschat* (2017), S. 22 ff. sowie *Jukschat/Wollinger* (2017).

14 Vgl. *Przyborski/Wohlrab-Sahr* (2014), S. 190 ff.; *Strauss* (1998); *Strauss/Corbin* (1996).

empirischen Realität und damit auf ein verstehendes Erklären über die Rekonstruktion vorliegender Strukturen und relevanter Mechanismen. Das erhobene Material wurde in einem ersten Schritt auf Einzelfallebene analysiert. Im Zuge der Arbeit am Material und im Zusammenspiel mit theoretischen Überlegungen kristallisierten sich die folgenden vier Dimensionen als hilfreich für die Theoretisierung heraus:

- a. Selbstverständnis bzw. dominierendes biografisches Narrativ,
- b. Art der Einbindung in deviante Milieus,
- c. Neutralisierungsstrategie und
- d. Retrospektive Bewertung angesichts der Inhaftierung.

Unter Zuhilfenahme dieser Dimensionen wurden die verschiedenen Fälle zu drei (Ideal-)Typen verdichtet, die im nächsten Abschnitt vorgestellt werden. Wir haben uns hierbei an dem idealtypischen Verfahren von *Max Weber* orientiert.<sup>15</sup> Die entwickelten Typen sind entsprechend als verdichtete, theoretische Zuspitzung dessen zu verstehen, was wir in der Empirie gefunden haben. Wir grenzen uns dabei dezidiert von Tätervorstellungen ab, die unveränderliche, ja geradezu anthropologische Tätertypen<sup>16</sup> unterstellen, sondern versuchen vielmehr gerade die Sinnzusammenhänge zu verstehen, die das Phänomen der reisenden und zugereisten Täter aufzuschließen helfen können.

### 3. Typische Selbstverständnisse der Täter

Wohnungseinbruchdiebstähle zu begehen, stellt einen klaren Bruch mit gesellschaftlichen Normen und Regeln dar, der gesellschaftlich – in Deutschland aber auch in den Herkunftsländern der Befragten – sanktioniert wird. Den Interviewpartnern ist dies durchaus bewusst und ihre gegenwärtige Inhaftierung lässt sie dies auch sehr konkret leiblich erfahren. Das empirische Material zeigt sehr eindrücklich, wie unterschiedlich die interviewten Täter – abhängig von ihren sozialen und ökonomischen Lebenszusammenhängen und ihren biografischen Kontexten – ihre Taten selbst bewerten und welches Verständnis sie von sich selbst in diesem Zusammenhang haben. Im Rückgriff auf die oben bereits genannten vier Dimensionen lassen sich diese Beobachtungen zu drei

---

15 Zum Idealtypus als Mittel verstehenden Erklärens siehe *Przyborski/Wohlrab-Sahr* (2014), S. 328 ff.

16 Für eine kritische Sicht auf Tätertypologien siehe *Höffler* (2015).



typischen Selbstverständnissen verdichten, die im Folgenden näher ausgeführt werden (vgl. auch *Tabelle 1*):

- Einbruch „aus der Not heraus“,
- Einbruch als Weg zum „schnellen Geld“ und
- Einbruch als „Beruf“.

*Tabelle 1: Typentableau mit zentralen Dimensionen der Typenbildung*

	Typus 1	Typus 2	Typus 3
Selbstverständnis bzw. dominierendes biografisches Narrativ	Einbruch „aus der Not heraus“	Einbruch als einfacher Weg zu „schnellem Geld“	Einbruch als „Beruf“
Art der Einbindung in deviante Milieus	lose Zufallskontakte	Persönliche Beziehungen	Geschäftsbeziehungen
Neutralisierungsstrategie	Einbruch als „Kavaliersdelikt“	Opfer-Täter-Schuldumkehr	Einbruch als Profession mit Berufsethik
Retrospektive Bewertung angesichts der Inhaftierung	Haft als „Buße“	Negative Kosten-Nutzen-Bilanz	Haft als „Berufsrisiko“

### 3.1 Typus 1: Einbruch „aus der Not heraus“

Charakteristisch für die Biografien der Täter des ersten Typus sind schwierige ökonomische Lebensbedingungen und fehlende Lebenschancen in ihren Heimatländern. Nach Deutschland kommen sie in der Regel als Asylsuchende oder Arbeitsmigranten in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Hier angekommen, bleiben ihre Erwartungen jedoch unerfüllt und es werden nicht antizipierte Probleme offenbar, etwa bei der Suche einer legalen Arbeit, der Erlangung einer Arbeitserlaubnis oder ähnlichem. Die Befragten entwickeln das Gefühl, in einer ausweglosen Situation festzustecken und sehen kaum eine Chance, ihre Situation auf legale Weise zu verbessern. Häufig suchen sie in Deutschland Anschluss an Personen mit einem ähnlichen kulturellen und sprachlichen Hintergrund und geraten hierüber nicht selten in (klein-) kriminelle Milieus. Es handelt sich typischerweise um Zufallskontakte mit Personen, die sie in Cafés, Bars oder über weitere Bekanntschaftsbeziehungen kennenlernen und die schon Wohnungseinbruchdiebstähle ausüben. In diesem Kontext kommt der Wohnungseinbruchdiebstahl als Möglichkeit und letzter Ausweg in den Blick,

die eigene Notlage abzumildern. Dabei geht es diesem Typus nicht um Reichtum und einen ausgefallenen Lebensstil, sondern vor allem um Subsistenzsicherung, teilweise liegen aber auch Suchtproblematiken vor.

Ein albanischer Befragter bringt das für diesen Typus charakteristische Selbstverständnis treffend in der Formulierung „die Probleme (1) machen dich kriminell“ auf den Punkt. Wohnungseinbruchdiebstähle werden von den Befragten dieses Typus als ein niedrigschwelliges – um in den Worten eines kroatischen Interviewten zu sprechen – „Kavaliersdelikt“ neutralisiert, das gewaltfrei und aus ihrer Sicht ohne größere Schäden für die Opfer abläuft, wobei Ängste und Skrupel bei der Tatausübung nichtsdestotrotz eine große Rolle spielen. In der Retrospektive verurteilen sie ihre eigenen Taten und zeigen sich reumütig und geläutert. Die Haft wird als Buße verstanden.

### **3.2 Typus 2: Einbruch als Weg zum „schnellen Geld“**

Die Lebenssituation im Heimatland der im zweiten Typus zusammengefassten Fälle ist zwar durchweg auch als schwierig und prekär einzuschätzen, doch anders als beim ersten Typus wollen die Befragten dieses Typus ihre Heimat nicht dauerhaft verlassen. Sie sehen ihren Lebensmittelpunkt dort, können den Lebensstil, den sie sich wünschen, auf legale Weise allerdings nicht realisieren. Wohnungseinbruchdiebstähle in Deutschland und anderen Ländern – teilweise auch im Heimatland – stellen für sie eine vergleichsweise einfache Möglichkeit dar, ‚schnelles Geld‘ zu machen. Das Spektrum reicht dabei von Befragten, die einen subkulturellen Lebensstil aus Wohnungseinbruchdiebstähle finanzieren bis hin zu Personen, die im Grunde ein recht ‚bürgerliches‘ Leben führen – mit Familie, Haus und regulärer, allerdings schlecht bezahlter Erwerbsarbeit –, die sich durch Wohnungseinbruchdiebstähle jedoch einen gewissen Lebensstandard beziehungsweise Luxus ermöglichen wollen. Einige Befragte greifen hierfür nur hin und wieder auf die Option des Wohnungseinbruchdiebstahls zurück, bei anderen stellen sie nahezu die einzige Geldquelle dar. Was alle Befragte dieses Typus verbindet ist, dass sie, anders als die Befragten des ersten Typus, die Taten nicht aus einer Notlage heraus begehen, sondern hierin eine verlockende Möglichkeit sehen, leicht und schnell zu viel Geld zu kommen. Ein niederländischer Befragter versinnbildlicht dies, indem er seine Einbruchsaktivitäten mit dem „Einkaufen gehen“ vergleicht und dabei zugleich die Selbstverständlichkeit und Alltäglichkeit seiner Handlungen zum Ausdruck bringt. Mit Blick auf die Einbindung in kriminelle Strukturen fällt auf, dass bei den Befragten zu ihren Mittätern in der Regel engere und vor allem persönlichere Beziehungen bestehen, als dies im ersten Typus der Fall ist. Die Beziehungen sind hier dauerhafter angelegt und werden von den Befragten als kumpelhafte bis freundschaftliche erfahren.

Neutralisiert werden die begangenen Taten typischerweise durch eine Schuldumkehr von Täter und Opfer. Die Verantwortung für die eigenen Taten wird auf die Opfer verschoben, die durch ihre Fahrlässigkeit im Umgang mit dem eigenen Besitz Diebstähle geradezu provozieren würden. Waren für den ersten Typus ausgeprägte Skrupel und Ängste bei der Tatbegehung charakteristisch, zeigt sich bei den Befragten hier eine höhere Selbstverständlichkeit hinsichtlich der Tatausübung, die sich zum Teil mit zunehmender Erfahrung im Lauf der Zeit einstellt. Angesichts der erlebten Härte der Haft kommen die Befragten dieses Typus zu einer negativen Kosten-Nutzen-Bilanz, die weitgehend einer ökonomischen Logik folgt.

### **3.3 Typus 3: Einbruch als „Beruf“**

Die Befragten des dritten Typus unterscheiden sich von den anderen beiden Typen insbesondere dadurch, dass sie oft schon seit frühester Kindheit in kriminelle Kreise involviert sind und in dieses Milieu hineinsozialisiert wurden. Sie bewegen sich in einem devianten sozialen Umfeld, das weitgehend entkoppelt von der Mehrheitsgesellschaft ist. Gefragt nach einer Schulausbildung antwortet ein albanischer Täter passenderweise: „Schule ö? Die vom Einbrecher ... (lacht)“.

Ihre Wohnungseinbruchsaktivitäten verstehen die Befragten dieses Typus als ihren Beruf beziehungsweise als ihre Profession und sprechen entsprechend vom Einbrechen als „arbeiten“. Sie zeichnen sich durch eine starke Identifikation mit dem Beruf des Einbrechers aus und können hieraus auch einen Selbstwert ableiten. Hierzu gehört auch, dass Wohnungseinbruchdiebstähle als durchaus anspruchsvolle Handlungen thematisiert werden, die die Aneignung bestimmter Kompetenzen und Wissensbestände, mithin Qualifikation voraussetzen. Deviante Peers sind für diesen Typus sehr bedeutsam, wobei mit zunehmender Professionalisierung die Beziehungen zu Mittätern, Hehlern oder Tippgebern tendenziell einen kollegialen bis geschäftlichen Charakter annehmen. Mit dieser Professionalisierung korrespondiert, dass die Befragten dieses Typus eine Berufsethik entwickeln, die bestimmte Verhaltensregeln hinsichtlich der Ausübung von Wohnungseinbruchdiebstählen beinhaltet. Sie dient, genauso wie die Umdeutung des Einbrechens in „Arbeit“, der Neutralisierung. Von den beiden oben dargestellten Typen unterscheiden sich die Befragten darüber hinaus hinsichtlich der retrospektiven Bewertung der eigenen Taten: Sie zeigen sich weniger einsichtig und reumütig und konzeptualisieren ihre Haftstrafe tendenziell als Berufsrisiko, wenngleich einige Befragte angesichts wiederholter Inhaftierungen zu dem Schluss kommen, ein solches Risiko künftig nicht mehr auf sich nehmen zu wollen.

#### 4. Fazit

Täter aus dem Ausland, die in Deutschland Wohnungseinbruchdiebstähle verüben, erfuhren in den vergangenen Jahren unter dem Schlagwort „osteuropäische Einbrecherbanden“ in der Öffentlichkeit erhöhte Aufmerksamkeit. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu den näheren Hintergründen, den Motiven, dem Tatvorgehen und der Form dieser implizierten „Banden“ gab es bislang jedoch kaum<sup>17</sup> beziehungsweise nicht auf Deutschland bezogen. Die Studie des KFN hat sich dieser Forschungslücke durch eine Befragung von 30 inhaftierten und verurteilten Tätern angenommen.

Ein hier näher dargestellter Schwerpunkt lag dabei darauf, der Frage nachzugehen, wie die Befragten selbst die begangenen Taten in ihrem Leben einordnen beziehungsweise bewerten und durch welche biographischen Verläufe dies begleitet ist. Bezüglich dieser Selbstverständnisse zeigt sich, dass reisende und zugereiste Täter keine homogene Gruppe darstellen, sondern sich zum Teil stark voneinander abgrenzen lassen. Die herausgearbeiteten drei Typen können aber auch als unterschiedliche Stadien eines (Professionalisierungs-)Prozesses interpretiert werden. So deuten sich in den Biografien der Interviewten zum Teil Übergänge von einem Typus zu einem anderen an, die mit zunehmender Einbruchserfahrung einhergehen. Anhand einzelner Interviews lässt sich beispielsweise eine Transformation vom Typus 2, bei dem Einbrüche zunächst als einfacher Weg zu „schnellem Geld“ verstanden werden, hin zu Typus 3 nachzeichnen und damit zu einem Selbstverständnis als professionell agierender (Berufs-)Einbrecher. Die Übergänge und Grenzen der anhand der vier Dimensionen herausgearbeiteten Typisierung sind demnach fließend.

Dennoch ermöglichen solche empirisch fundierten idealtypischen Abstrahierungen im Weberschen Sinne, die Wirklichkeit analytisch trennscharf zu erfassen und bestehende Unterschiede und Sinnzusammenhänge herauszuarbeiten. Anhand der Typologie wird beispielsweise erkennbar, in welchem sinnlogischen Zusammenhang unterschiedliche Sozialisationsbedingungen und der biographische Verlauf mit der Tatbegehung und ihrer Deutung stehen. Dies kann einerseits eine Erkenntnisgrundlage für die Resozialisierungspraxis darstellen, die Angebote differenziert nach dem Selbstbezug der Täter zu ihrer Tat unterbreiten kann. Andererseits veranschaulicht die theoretische Zuspitzung mittels Typenbildung unterschiedliche Entstehungszusammenhänge bezogen auf ein Strafdelikt, was für eine weiterführende kriminologische Auseinandersetzung fruchtbar sein kann.

---

17 van Daele et al. (2012).

## Literatur

- Bennett, T./Wright, R. (1984): Burglars on burglary. Prevention and the offender. Aldershot: Avebury.
- Bundeskriminalamt (1995-2017): Polizeiliche Kriminalstatistik 1994-2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Dreißigacker, A./Wollinger, G.R. /König, A./Bliesener, T. (2017): Wohnungseinbruchdiebstahl als Verbrechen – Was nützen die Neuregelungen zum Wohnungseinbruch? Neue Kriminalpolitik, 29 (3), S. 321-333.
- Dreißigacker, A./Baier, D./Wollinger, G.R./Bartsch, T. (2015): Die Täter des Wohnungseinbruchs: Sind es die „Osteuropäer“, die „professionellen Banden“ oder die „Drogenabhängigen?“.. Kriminalistik, 69 (5), S. 307-311.
- Dreißigacker, A./Wollinger, G.R./Blauert, K./Schmitt, A./Bartsch, T./Baier, D. (2016): Wohnungseinbruch: Polizeiliche Ermittlungspraxis und justizielle Entscheidungen im Erkenntnisverfahren. Ergebnisse einer Aktenanalyse in fünf Großstädten. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Höffler, K. (2015): Tätertypen im Strafrecht und in der Kriminologie. Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, 127 (4), S. 1018-1058.
- Jukschat, N./Wollinger, G.R. (2017): Lost in translation? Challenges of cross-language qualitative research. Presentation at the 13th Conference of the European Sociological Association from 29. August bis 1. September 2017. Athen.
- Kawelowski, F. (2012): Von Söhnen, Liebhabern und anderen Einbrechern. Der Wohnungseinbruch und seine Verfolgung durch Polizei und Justiz. Mülheim an der Ruhr: winterwork.
- Kersting, S./Kiefert, J. (2013): Wohnungseinbruch: Eine hypothesenprüfende Strukturanalyse (Teil II), in: [https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/130515\\_WED\\_Teil\\_2.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/130515_WED_Teil_2.pdf) [letzter Aufruf: 09.02.2018].
- Kreuzer, A. (2017): Wohnungseinbruch. Dramatische Entwicklung? Sind Strafschärfungen die richtige Antwort? Neue Kriminalpolitik, 29 (2), S. 123-129.
- Küsters, I. (2009): Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Przyborski, A./Wohlrab-Sahr, M. (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4. Auflage. München: Oldenbourg.
- Schubert-Lustig, S. (2011): Wohnungseinbruch. Folgen für die Betroffenen. Polizei & Wissenschaft (3), S. 9-22.
- Schütze, F. (1983): Biografieforschung und narratives Interview. Neue Praxis., 13 (3), S. 283-293.
- Strauss, A.L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. 2. Auflage. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Strauss, A.L./Corbin, J. (1996): Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- van Daele, S./Vander Beken, T./Bruinsma, G.J.N. (2012): Does the mobility of foreign offenders fit the general pattern of mobility? European Journal of Criminology, 9 (3), S. 290-308.
- Wollinger, G.R. (2015): Wohnungseinbruch als traumatisches Ereignis. Ergebnisse einer Betroffenenbefragung zu Einflussfaktoren posttraumatischer Belastungssymptome. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 98 (4), S. 365-383.

*Wollinger, G.R./Dreißigacker, A./Blauert, K./Bartsch, T./Baier, D.* (2014): Wohnungseinbruch: Tat und Folgen. Ergebnisse einer Betroffenenbefragung in fünf Großstädten. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

*Wollinger, G.R./Jukschat, N.* (2017): Reisende und zugereiste Täter des Wohnungseinbruchs. Ergebnisse einer qualitativen Interviewstudie mit verurteilten Tätern. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

# **Strafzumessung und Rückfälligkeit nach Wohnungseinbrüchen**

*Ramona Griegel*

## **Gliederung**

1. Ausgangslage
2. Einführung in die eigene Untersuchung
3. Sanktionierung von Wohnungseinbrüchen
4. Deliktsspezifische Rückfälligkeit nach Wohnungseinbrüchen
5. Rückfälligkeit nach Wohnungseinbrüchen in Abhängigkeit der Sanktionierung
6. Fazit

## **1. Ausgangslage**

Die rechtspolitische Diskussion um den Wohnungseinbruchdiebstahl kommt seit vielen Jahren nicht zur Ruhe. Bereits im Jahr 1998 wurde der Einbruch in eine Wohnung aus den Regelbeispielen des § 243 Abs. 1 Nr. 1 StGB a. F. herausgenommen und aufgrund des massiven Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte der Opfer<sup>1</sup> in § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB gesetzlich normiert.<sup>2</sup> Damit wurde das Mindestmaß der Freiheitsstrafe für Wohnungseinbrüche von drei auf sechs Monate erhöht.<sup>3</sup> Das Geringfügigkeitsprivileg des § 243 Abs. 2 StGB fand auf den Einbruchdiebstahl in eine Wohnung fortan keine Anwendung mehr.<sup>4</sup> Aufgrund der Einführung des § 244 Abs. 3 StGB im Jahr 2011 bestand in minder schweren Fällen die Möglichkeit,<sup>5</sup> den Strafraum des § 244 Abs. 1 StGB zu reduzieren, wodurch statt einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, eine Strafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren verhängt werden konnte. Dies eröffnete bei zusätzlichem Vorliegen der Voraussetzungen des § 47 StGB auch die Möglichkeit, eine Geldstrafe zu verhängen. Der Anstieg der Fallzahlen und die

---

1 BT-Drs. 13/8587, S. 43.

2 BT-Drs. 13/8587, S. 43.

3 BT-Drs. 13/8587, S. 43.

4 BR-Drs. 30/15, S. 3.

5 44. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vom 01.11.2011 (BGBl. I 2130).

Möglichkeit der Anwendung eines minder schweren Falles führten dazu, dass in den vergangenen Jahren vermehrt die Forderung nach einer Verschärfung des Strafrahmens aufkam.<sup>6</sup> Bereits im Januar 2015 wurde ein erster Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht, der unter anderem die Abschaffung einer möglichen Strafrahmenmilderung nach einem Wohnungseinbruchdiebstahl vorsah.<sup>7</sup> Der Bundesrat folgte jedoch der Empfehlung des Rechtsausschusses, den Gesetzesentwurf nicht im Bundestag einzubringen.<sup>8</sup> Die rechtspolitische Diskussion diesbezüglich hielt dennoch weiter an. So kündigte Heiko Maas im Rahmen der Bundeshaushaltsberatungen für das Jahr 2017 an, die Reform des Wohnungseinbruchdiebstahls als einen Schwerpunkt der rechtspolitischen Themen 2017 zu behandeln.<sup>9</sup> Dieser Ankündigung folgte im Mai 2017 der Gesetzesentwurf zur Änderung des Wohnungseinbruchdiebstahls.<sup>10</sup> Die neue Fassung des § 244 StGB wurde dem Entwurf überwiegend entsprechend am 17. Juli 2017 verkündet.<sup>11</sup> Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung ist fortan als Verbrechen in § 244 Abs. 4 StGB mit einem Strafraumen von einem Jahr bis zu zehn Jahren geregelt. Die Strafrahmenmilderung des § 244 Abs. 3 StGB findet nach der jetzigen Gesetzeslage keine Anwendung mehr.

Dieser Reform liegt insbesondere die empirische Entwicklung des Wohnungseinbruchs innerhalb der letzten Jahre zugrunde. In der *Abbildung 1* wird der Verlauf der Wohnungseinbruchdiebstähle und der Straftaten insgesamt nach Erhebungen der Polizeilichen Kriminalstatistik von 1993 bis 2016 vergleichend gegenübergestellt.<sup>12</sup> Dafür wird die Anzahl der registrierten Wohnungseinbruchdiebstähle und der Straftaten insgesamt aus dem Jahr 1993 als Bezugswert herangezogen und die darauffolgenden Jahre prozentual in Abhängigkeit zu diesem Wert dargestellt.

Es wird deutlich, dass die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle von 1993 bis 2006 nahezu stetig gesunken war, in den vergangenen Jahren jedoch stark anstieg,<sup>13</sup> während sich die Anzahl der Straftaten insgesamt auf einem nahezu gleichbleibenden Niveau bewegten. Die Medien greifen diese Entwicklungen auf und lassen auf Basis plakativer Einzelfälle in der Bevölkerung

---

6 Z.B.: CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag (2016); SPD Bundestagsfraktion (2016).

7 BR-Drs. 30/15.

8 BR-Drs. 30/15 (Beschluss).

9 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2017).

10 BT-Drs. 18/12359.

11 55. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 21.07.2017 (BGBl. I 2442).

12 Bundeskriminalamt (2017), Tabelle 01.

13 Im Jahr 2016 konnte im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Fallzahlen um 9,5 % verzeichnet werden, Bundeskriminalamt (2017), Tabelle 01.



das Bild des „Serieneinbrechers“ entstehen.<sup>14</sup> Es besteht verstärkt die Angst in der Gesellschaft, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden.<sup>15</sup>

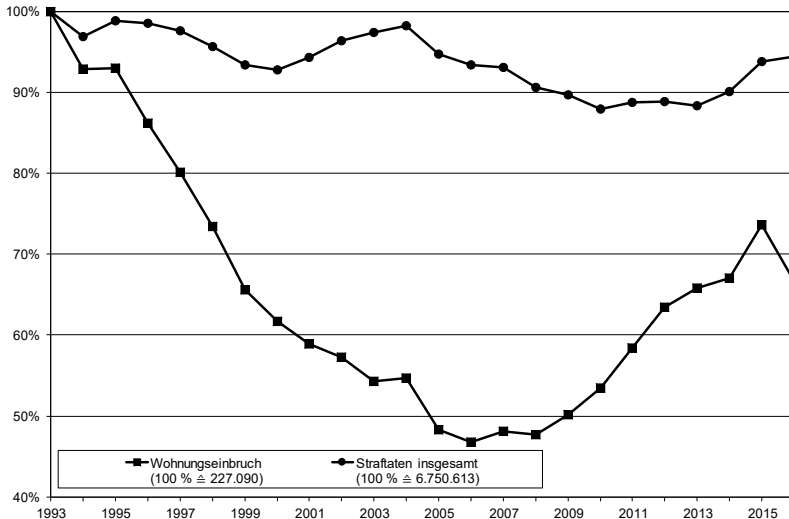


Abbildung 1: Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls im Vergleich mit den Straftaten insgesamt nach PKS<sup>16</sup>

## 2. Einführung in die eigene Untersuchung

Insbesondere vor dem Hintergrund der ausgeführten empirischen und rechtsdogmatischen Entwicklung des Wohnungseinbruchdiebstahls stellt sich die Frage, inwiefern es der Reformierung des entsprechenden Straftatbestandes tatsächlich bedurfte.<sup>17</sup> Der Beitrag möchte sich unter anderem der Beantwortung dieser Frage über die Untersuchung der Sanktionierungspraxis sowie der Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstählen nähern. Dabei soll neben der Bewertung der genannten Reform auch dargestellt werden, inwiefern das durch die Medien gezeichnete Bild des „Serieneinbrechers“ anhand der verwendeten Datengrundlage empirisch gestützt werden kann.

<sup>14</sup> Sundermeyer (2017); *Süddeutsche Zeitung* (2018).

<sup>15</sup> Dreißigacker (2016), S. 15 ff.

<sup>16</sup> Bundeskriminalamt (2017), Tabelle 01.

<sup>17</sup> Kritisch ebenso: *Deutscher Anwaltverein* (2017); Mitsch (2017), S. 180 ff.

Die Untersuchungsergebnisse basieren auf Daten des Bundeszentral- und Erziehungsregisters, die im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz für die Untersuchung der Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen erhoben wurden.<sup>18</sup> In drei Erhebungswellen mit jeweils dreijährigen Perioden fand die Sammlung der Daten statt. Für diese bundesweite Vollerhebung sind zum einen die Eintragungen der Täter von Interesse, die im jeweiligen Bezugsjahr (2004, 2007 und 2010) zu einer Bewährungsstrafe, einer Geldstrafe, einer ambulanten Erziehungsmaßregel oder einer anderen jugendstrafrechtlichen Reaktion verurteilt wurden. Daneben werden die Täter erfasst, die im jeweiligen Bezugsjahr nach einer freiheitsentziehenden Strafe oder Maßregel aus der Haft entlassen worden sind. Dieses Untersuchungsdesign ermöglicht es, nur die Täter zu erfassen, die sich in Freiheit befinden und damit außerhalb der Haftbedingungen in der Lage sind, eine erneute Straftat zu begehen. Anschließend werden die erfassten Täter über einen jeweils dreijährigen Rückfallzeitraum auf neue Eintragungen in das Bundeszentral- oder Erziehungsregister hin überprüft. Über den jeweiligen Beobachtungszeitraum hinaus besteht die Möglichkeit, die einzelnen Erhebungswellen miteinander zu verknüpfen und dadurch einen sechsbeziehungsweise neunjährigen Beobachtungszeitraum zu erzeugen.<sup>19</sup> Die im Anschluss dargestellten Untersuchungsergebnisse basieren jedoch ausgehend von dem Bezugsjahr 2010 auf dem dreijährigen Rückfallzeitraum. Der Datensatz beinhaltet die Informationen, die im Bundeszentralregister erfasst werden und ist somit auf die soziodemographischen Daten der Täter begrenzt. Dadurch bedingt können beispielsweise keine Aussagen zu näheren Hintergründen der Tat oder den sozialen Verhältnissen des Täters getroffen werden. Ebenso relevant für die Interpretation ist, dass nur Einstellungen nach §§ 45, 47 JGG erfasst werden und keine Angaben über die erwachsenenstrafrechtlichen Einstellungen nach §§ 153 ff. StPO enthalten sind, die freilich bei einem Wohnungseinbruchdiebstahl keine Rolle spielen dürften.<sup>20</sup>

Auf Basis der für das Bezugsjahr 2010 erhobenen Daten werden im Folgenden erste Ergebnisse zur Sanktionierung sowie zur Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstählen vorgestellt und die eingangs aufgeworfenen Problemstellungen vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse diskutiert.

---

18 Jehle et al. (2016).

19 Jehle et al. (2016), S. 24 ff.

20 Jehle et al. (2016), S. 31 ff.

### 3. Sanktionierung von Wohnungseinbrüchen

Im Vordergrund der aktuellen Reform des Wohnungseinbruchdiebstahls stand insbesondere die Verschärfung des Strafraumens. Um mit Hilfe der Daten der Legalbewährungsuntersuchung eine Aussage zu dieser Gesetzesänderung treffen zu können, soll in einem ersten Schritt abgebildet werden, wie sich die Sanktionierungspraxis im vorliegenden Datensatz darstellt. Dafür werden Sanktion und Dauer der Freiheitsstrafe bei Wohnungseinbruchdiebstählen gemäß § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F. untersucht, beschränkt auf erwachsenenstrafrechtliche Reaktionen (siehe *Abbildung 2*).

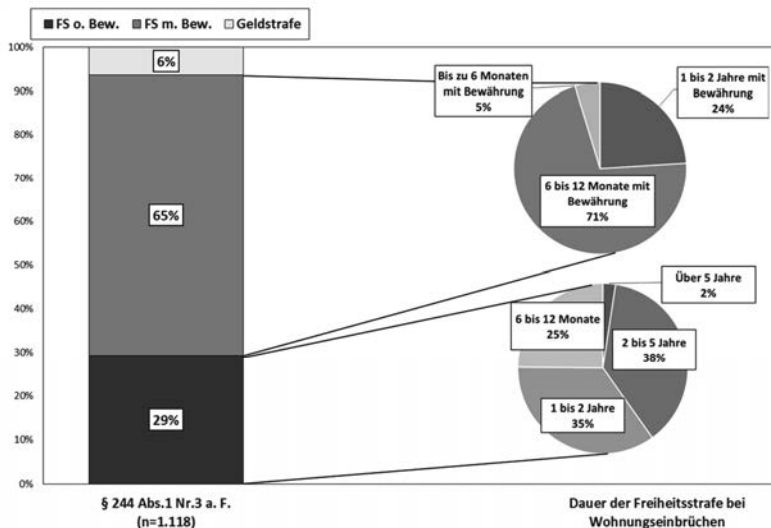


Abbildung 2: Art der erwachsenenstrafrechtlichen Reaktion und Dauer der Freiheitsstrafe bei Wohnungseinbrüchen gem. § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F.

Die Säule links in der *Abbildung 2* zeigt die Verteilung der einzelnen erwachsenenstrafrechtlichen Sanktionen nach einem Wohnungseinbruchdiebstahl. Es ist zu erkennen, dass mit 65 % die am häufigsten verhängte Sanktion die zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe ist. Nur deutlich unter einem Drittel der Wohnungseinbrecher wird zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt. Auf die Geldstrafe entfallen lediglich 6 % der verhängten Sanktionen.<sup>21</sup> Die rechte

21 Bei den mit Geldstrafe sanktionierten Taten ist die Strafmilderung gem. § 49 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 47 Abs. 2 StGB wegen einer Teilnahme oder eines Versuchs erfolgt.

Seite der *Abbildung 2* zeigt jeweils für die Freiheitsstrafe mit und ohne Bewährung ein Kreisdiagramm, das die Verteilung der Dauer der jeweiligen Freiheitsstrafe wiedergibt. Bei einer Freiheitsstrafe mit Bewährung lag in der Mehrheit der Fälle die Dauer zwischen sechs und zwölf Monaten. Freiheitsstrafen unter sechs Monaten zur Bewährung wurden nur in 5 % der Fälle verhängt. Eine Freiheitsstrafe zwischen einem und zwei Jahren zur Bewährung wurde gegen etwas unter einem Viertel der Täter verhängt. Wurde der Täter nach einem Wohnungseinbruchdiebstahl in der Bezugsentscheidung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, lag diese in 38 % der Fälle zwischen zwei und fünf Jahren. Eine ein- bis zweijährige Freiheitsstrafe wurde gegen 35 % verhängt und ein Viertel der Täter erhielt eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung zwischen sechs und zwölf Monaten. Lediglich gegen 2 % der Wohnungseinbrecher erging in der Entscheidung eine unbedingte Haftstrafe von über fünf Jahren. Der bereits vorhandene Strafraum, der die Verhängung einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren ermöglicht, wird damit nur sehr selten annähernd ausgeschöpft.

Eine Erhöhung des Strafraums erfolgte im Zuge der Reform nicht. Dies wäre vor dem Hintergrund der hier dargestellten Sanktionierungspraxis auch nicht angezeigt gewesen. Die Anhebung des Mindeststrafmaßes von einem halben Jahr auf ein Jahr Freiheitsstrafe wird jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Sanktionierung von Wohnungseinbrüchen haben. Insbesondere Freiheitsstrafen mit einer Länge von sechs bis zwölf Monaten mit Bewährung, die über 70 % der Bewährungsstrafen ausmachten, sind nicht mehr möglich, sofern keine besonderen gesetzlichen Milderungsgründe vorliegen. Eine mögliche Auswirkung könnte eine Änderung des Verhältnisses zwischen bedingter und unbedingter Freiheitsstrafe sein. Die Folge wäre unweigerlich eine härtere Sanktionierung des Wohnungseinbruchdiebstahls. Fraglich erscheint jedoch, inwiefern das Ziel, die Fallzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle zu reduzieren, damit erreicht werden kann. Eine Bearbeitung dieser Frage wäre aus unterschiedlichen Perspektiven möglich. Es könnte beispielsweise die abschreckende Wirkung des abstrakt angedrohten Strafraums untersucht werden. Mit den zugrundeliegenden Daten lassen sich allerdings nur spezialpräventive Effekte in Form von Rückfälligkeit nach einem bereits begangenen Wohnungseinbruchdiebstahl analysieren.

#### **4. Deliktsspezifische Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstählen**

Als Rückfall wird dabei die erneute Eintragung in das Bundeszentral- oder Erziehungsregister innerhalb des dreijährigen Beobachtungszeitraums verstanden.

In der *Abbildung 3* soll zunächst die deliktsspezifische Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstählen im Überblick dargestellt werden.

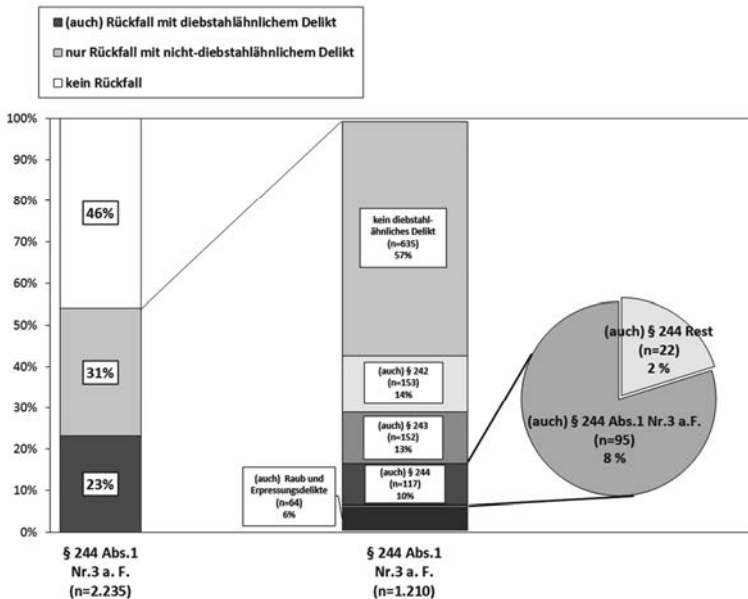


Abbildung 3: Deliktsspezifische Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstahl<sup>22</sup>

Die *Abbildung 3* bezieht sich auf alle Täter, die im Bezugsjahr 2010 mit einem Wohnungseinbruchdiebstahl Eingang in den Datensatz gefunden haben. Die linke Säule bildet ab, wie viele Täter rückfällig geworden sind und welche Deliktsgruppe der Folgeentscheidung zugrunde lag. Mit 54 % sind über die Hälfte der Wohnungseinbrecher im dreijährigen Beobachtungszeitraum rückfällig geworden. Die Legalbewährungsuntersuchung ergab bei der Analyse aller Bezugsentscheidungen im Bezugsjahr 2010, dass mit 35 % etwas mehr als ein Drittel der Täter wieder registriert werden.<sup>23</sup> Damit liegt der Wert für die Wohnungseinbrecher deutlich über der durchschnittlichen Rückfallquote für das Bezugsjahr 2010. Bei Betrachtung der Art der Rückfalldelikte (rechte Säule) fällt auf, dass mit 57 % bei deutlich mehr als der Hälfte aller Rückfälle ein nicht-diebstahlähnliches Delikt vorliegt. Die Kategorie der nicht-diebstahlähnlichen Delikte beinhaltet alle anderen Straftaten mit Ausnahme der

22 Werte unter 2,0 % werden in der *Abbildung 3* nicht dargestellt.

23 Jehle et al. (2016), S. 40.

Raub- und Erpressungsdelikte sowie der §§ 242 und 244a StGB. Bei den Rückfällen mit einem diebstahlähnlichen Delikt ist zu sehen, dass in knapp 14 % der Rückfälle ein einfacher Diebstahl gemäß § 242 StGB begangen wurde. Schwere Diebstahlsformen und Raub- und Erpressungsdelikte lagen nur circa 36 % aller Rückfälle zugrunde. Mit einem Wohnungseinbruchdiebstahl wurden sogar nur 8 % der rückfälligen Wohnungseinbrecher erneut auffällig. Dies betrifft 95 untersuchte Täter. Weiter ermöglicht der zugrundeliegende Datensatz, auch die Voreintragungen der betroffenen Täter miteinzubeziehen und auch in Bezug zur Rückfälligkeit zu setzen (vgl. *Abbildung 4*).

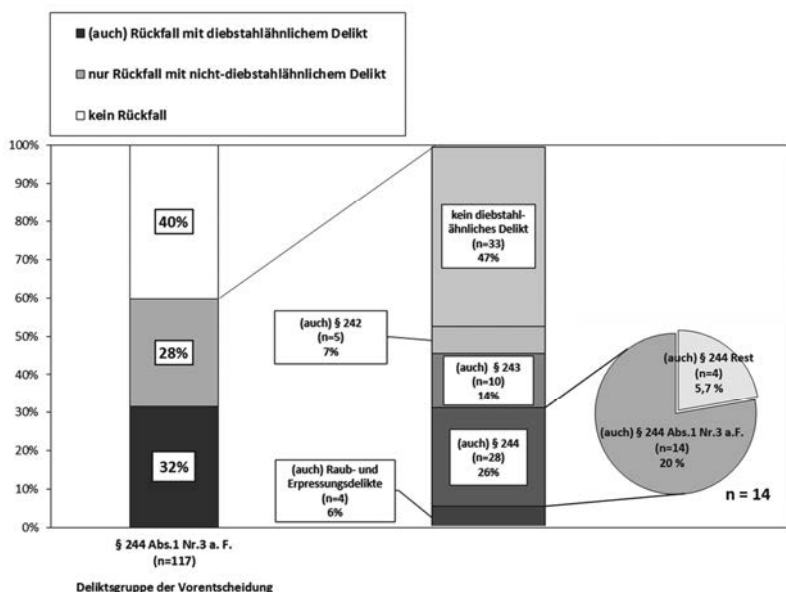


Abbildung 4: Rückfälligkeit nach Wohnungseinbruchdiebstahl gemäß § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F. in Abhängigkeit von der Vorentscheidung

In *Abbildung 4* werden die Täter dargestellt, die sowohl in der Vorentscheidung als auch in der Bezugsentscheidung als schwerstes Delikt mit einem Wohnungseinbruchdiebstahl in Erscheinung getreten sind. Es handelt sich hierbei um eine sehr kleine Gruppe von 117 Personen. Die linke Säule bildet ab, wie viele dieser Täter überhaupt mit diebstahlähnlichen oder anderen Delikten rückfällig werden. In der rechten Säule ist im Detail zu sehen, welche Delikte einem etwaigen Rückfall zugrunde lagen. Die Rückfallquote dieser Tätergruppe erhöht sich im Vergleich zur *Abbildung 3* auf 60 %. Bei etwas weniger als der Hälfte der Rückfälle

lag ein nicht-diebstahlähnliches Delikt vor. Der Anteil an Folgeentscheidungen gemäß § 242 StGB ist geringer als bei *Abbildung 3*. In *Abbildung 4* ist mit 20 % der Anteil der rückfälligen Täter, die in der Folgeentscheidung erneut einen Wohnungseinbruchdiebstahl begehen mehr als doppelt so hoch wie in *Abbildung 3*. Damit ist das Risiko, mit einem Wohnungseinbruchdiebstahl rückfällig zu werden, wesentlich größer, wenn neben dem Wohnungseinbruchdiebstahl in der Bezugsentscheidung bereits ein Wohnungseinbruchdiebstahl in der Voreintragung registriert wurde. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich um eine sehr kleine Gruppe von 14 Personen handelt.

## **5. Rückfälligkeit nach Wohnungseinbrüchen in Abhängigkeit der Sanktionierung**

Im nächsten Schritt soll untersucht werden, wie sich die Rückfälligkeit in Abhängigkeit von der Länge der Freiheitsstrafe darstellt und ob daraus ersichtlich ist, dass Wohnungseinbrecher, die nur eine kurze Freiheitsstrafe erhalten, ein höheres Rückfallrisiko aufweisen. Hierbei gilt es jedoch zu beachten, dass unmittelbare Aussagen zu kausalen Zusammenhängen zwischen der jeweiligen Sanktion und der Rückfälligkeit aufgrund fehlender Hintergründe wie beispielsweise der Schwere der Tat nicht möglich sind.<sup>24</sup> Dennoch sind die gewonnenen Ergebnisse erste Indizien für die Beurteilung der Sanktionseffizienz.<sup>25</sup>

Bevor nach der Länge der Sanktionierung differenziert wird, soll in *Abbildung 5* der Rückfall nach den erwachsenenstrafrechtlichen Sanktionen im Überblick dargestellt werden. In der linken Säule ist zu erkennen, dass 54 % der zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilten Wohnungseinbrecher erneut straffällig werden. Ungefähr 14 % dieser Gruppe begehen erneut ein Einbruchsdelikt (§ 243 Abs. 1 Nr. 1 StGB oder § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F.). Die Rückfallquote der Wohnungseinbrecher, gegen die eine Bewährungsstrafe verhängt wurde (mittlere Säule), liegt bei 46 % und ist damit niedriger als nach einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Der Anteil an Rückfällen mit einem Einbruchsdelikt ist mit 7 % im Vergleich zu den Freiheitsstrafen ohne Bewährung nur halb so groß. Die rechte Säule bildet die Rückfälligkeit von Wohnungseinbrechern nach Geldstrafen ab. Die Rückfallquote nach einer Geldstrafe liegt bei 33 %. Darüber hinaus ist der Anteil an Rückfällen mit einem Einbruchsdelikt sehr gering (unter 2 %).

---

<sup>24</sup> Heinz (2007), S. 7.

<sup>25</sup> So auch Reiff (2015), S. 125, 345; Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (2001), S. 445.

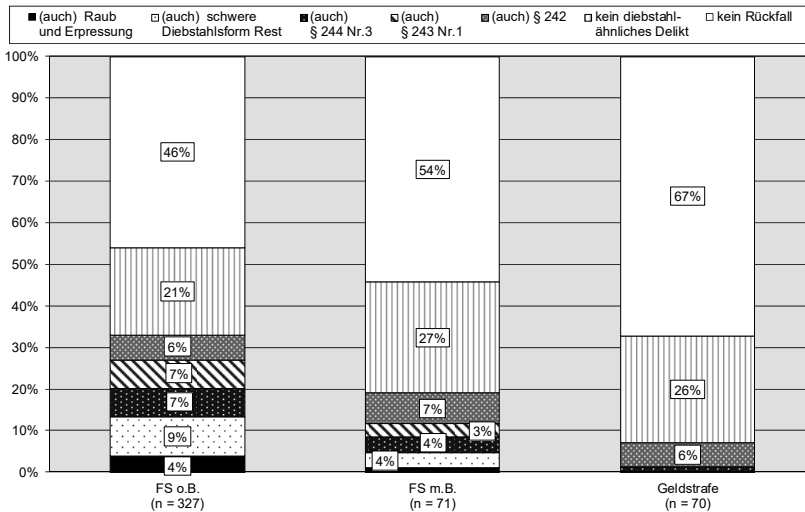


Abbildung 5: Art des Rückfalldelikts nach erwachsenenstrafrechtlichen Sanktionen wegen Wohnungseinbruchdiebstahl (§ 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F.) in der Bezugsentscheidung<sup>26</sup>

Es ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Rückfallquote und der Art der Rückfalldelikte deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sanktionsformen beobachten lassen. Freilich ist dabei jedoch zu beachten, dass den einzelnen Sanktionsformen unterschiedliche Legalprognosen zugrunde liegen. Im Folgenden soll die Rückfälligkeit in Abhängigkeit von der Dauer der verhängten Freiheitsstrafe dargestellt werden. Dafür wird in *Abbildung 6* ausschließlich nach der Dauer und nicht nach der Art der Freiheitsstrafe differenziert.

Die beiden linken Säulen, Dauer der Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten und sechs bis zwölf Monate, ähneln sich sowohl hinsichtlich der Rückfallquote als auch der Deliktverteilung. Etwas weniger als die Hälfte der jeweiligen Täter wird rückfällig. Unterschiede hinsichtlich des Anteils an Rückfällen mit Wohnungseinbruchdiebstählen sind ebenso nicht ersichtlich. Lediglich der Anteil an Einbruchdiebstählen nach § 243 Abs. 1 Nr. 1 StGB ist nach einer Dauer zwischen sechs und zwölf Monaten etwas höher. Die Rückfälligkeit nach Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren sowie zwischen zwei und fünf Jahren ähnelt sich lediglich hinsichtlich der Rückfallquote mit 52 % beziehungsweise 53 %. Unterschiede lassen sich hinsichtlich der Anteile an

<sup>26</sup> Werte unter 2,0 % werden in der *Abbildung 5* nicht dargestellt.



Rückfällen mit Einbruchdelikten feststellen. Insbesondere der Einbruchdiebstahl aus § 243 StGB folgt fünf Mal so häufig auf eine Freiheitsstrafe mit einer Dauer zwischen zwei und fünf Jahren. Ein gänzlich anderes Bild ist nach Freiheitsstrafen von über fünf Jahren zu beobachten. Ein Rückfall folgt nur in circa 25 % der Fälle und ist ausschließlich dem Deliktsbereich der schweren Diebstahlsformen zuzuordnen, wobei es sich hierbei um eine sehr kleine Gruppe von acht Personen handelt.

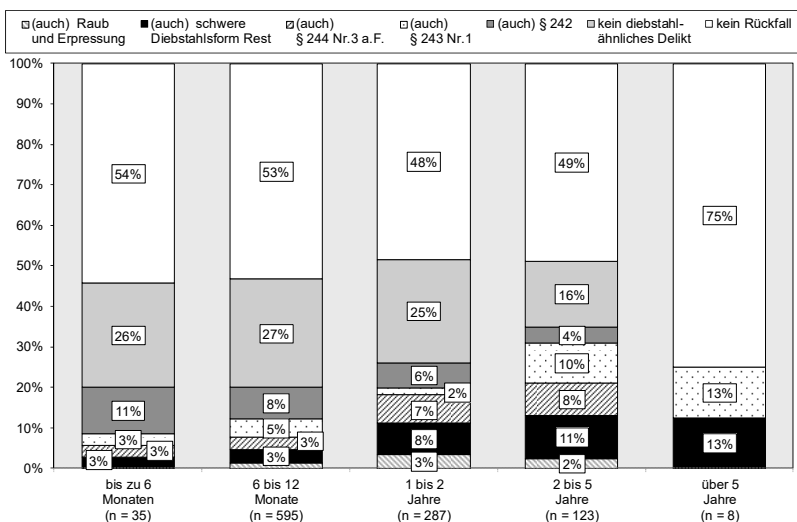


Abbildung 6: Art des Rückfalldelikts nach Dauer der Freiheitsstrafe in der Bezugsentscheidung nach Wohnungseinbruchdiebstahl (§ 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB a. F.)

## 6. Fazit

Werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der aktuellen Reform des Wohnungseinbruchdiebstahls betrachtet, ist festzuhalten, dass sich durch das erhöhte Mindeststrafmaß auf ein Jahr die Sanktionierungspraxis bei Wohnungseinbruchdiebstählen in dem Sinne wesentlich ändern wird, dass zukünftig deutlich häufiger Freiheitsstrafen ab einer Dauer von einem Jahr verhängt werden und die Sanktionierung damit „härter“ wird. Ob darüber hinaus die Strafschärfung zur vermehrten Abschreckung, oder gar zur Erhöhung der

Aufklärungsquote (von nur 16,9 % im Jahr 2016) beiträgt, ist mehr als fraglich.<sup>27</sup> Aus spezialpräventiver Sicht lässt sich dagegen untersuchen, inwiefern mit dem zugrunde liegenden Datensatz eine positive Auswirkung der Länge der Freiheitsstrafe auf die Rückfälligkeit nachzuweisen ist. Die Untersuchung ergab bei Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren eine höhere Rückfälligkeit als nach Freiheitsstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten. Mit diesen Ergebnissen ist damit nicht zu belegen, dass sich härtere Strafen positiv auf das Legalbewährungsverhalten von Wohnungseinbrechern auswirken. Weiterhin ist festzuhalten, dass Wohnungseinbrecher mit einer Rückfallquote von circa 54 % deutlich überdurchschnittlich häufig rückfällig werden. Trotz dieses sehr hohen Rückfallrisikos sind Serieneinbrecher sehr selten. Nur knapp 8 % der Rückfälle liegt ein Wohnungseinbruchdiebstahl als schwerstes Delikt zugrunde. Der wesentliche Anteil der Rückfälltäter tritt mit anderen Delikten erneut in Erscheinung. Noch deutlich kleiner ist die Gruppe (14 Personen) der Wohnungseinbrecher, die sowohl in der Voreintragung als auch in der Folgeentscheidung aufgrund eines Wohnungseinbruchs verurteilt wurden. Dies ist nur bei 0,2 % aller Wohnungseinbrecher aus dem Bezugsjahr zu beobachten. Damit trifft das von den Medien produzierte Bild des Serieneinbrechers nur in absoluten Ausnahmefällen bei Verurteilten zu; inwieweit entsprechende Tätergruppen im Dunkelfeld verbleiben, muss offenbleiben.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Untersuchungen liefern damit erste Grundlagen für Strafzumessung und Rückfälligkeit beim Wohnungseinbruchdiebstahl, bieten jedoch auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für anschließende Untersuchungen, um den Wohnungseinbruchdiebstahl in Abhängigkeit von weiteren Variablen noch detaillierter zu analysieren und komplexe Zusammenhänge herauszuarbeiten.

## Literatur

- Bundeskriminalamt* (2017): Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2016 Band 1 – Fälle - Aufklärung – Schaden. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz* (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern* (2017): Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz* (2016): Abschließende Beratungen des Bundeshaushalts 2017, in: [http://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2016/11222016\\_BT\\_Haushalt.html](http://www.bmjv.de/SharedDocs/Artikel/DE/2016/11222016_BT_Haushalt.html) [letzter Aufruf: 08.01.2018].

---

<sup>27</sup> *Bundesministerium des Innern* (2017), S.94.

- CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag* (2015): Härtere Strafen für Einbrecher, in: <https://www.cdcsu.de/themen/innen-recht-sport-und-ehrenamt/haerdere-strafen-fuer-einbrecher> [letzter Aufruf: 11.01.2018].
- Deutscher Anwaltverein* (2017): Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins durch den Ausschuss Strafrecht zum Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Wohnungseinbruchdiebstahl. Berlin: Eigenverlag.
- Dreißigacker, A.* (2016): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität – Kernbefunde der Dunkelfeldstudie 2015 des LKA Schleswig-Holstein. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN).
- Heinz, W.* (2007): Rückfall- und Wirkungsforschung – Ergebnisse aus Deutschland, in: [http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Heinz\\_Rueckfall-und\\_Wirkungsforschung\\_he308.pdf](http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Heinz_Rueckfall-und_Wirkungsforschung_he308.pdf) [letzter Aufruf: 11.01.2018].
- Jehle, J.-M./Albrecht, H.-J./Hohmann-Fricke, S./Tetal, C.* (2016): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen – Eine bundesweite Rückfalluntersuchung 2010 bis 2013 und 2004 bis 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Mitsch, W.* (2017): Besorgter Brief an einen künftigen Wohnungseinbrecher. Kriminalpolitische Zeitung, S. 180-183.
- Sundermeyer, O.* (25.04.2017): So oft wird in Ihrer Nachbarschaft eingebrochen – Frankreich, Belgien, Deutschland: Professionelle Diebesbanden ziehen quer durch Europa. Die Polizei hierzulande steht ihnen weitgehend machtlos gegenüber. Wie ist die Lage in Ihrer Region? Diese Karte zeigt es, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/einbrueche-polizei-verzweifelt-an-auslaendischen-banden-statistik-a-1144096.html> [letzter Aufruf: 09.01.2018].
- Reiff, A.* (2015): Straßenverkehrsdelinquenz in Deutschland - Eine empirische Untersuchung zu Deliktformen, Sanktionierung und Rückfälligkeit. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- SPD Bundestagsfraktion* (2016): Wohnungseinbrüche härter bestrafen, in: <https://www.spdfraktion.de/presse/interviews/wohnungseinbrueche-haerter-bestrafen> [letzter Aufruf: 11.01.2018].
- Süddeutsche Zeitung* (2017): Mutmaßlicher Serieneinbrecher in Regensburg gefasst, in: <http://www.sueddeutsche.de/news/panorama/kriminalitaet---regensburg-mutmasslicher-serieneinbrecher-in-regensburg-gefasst-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-171215-99-299043> [letzter Aufruf: 09.01.2018].

# Die Regensburger Aufarbeitungsstudie: Ein Überblick zu Studiendesign und eingesetzten Methoden

*Matthias Rau und Martin Rettenberger*

## Gliederung

- |   |  |
|---|--|
| 1. Aufarbeitungsprozess und -konzept                  | 4. Erhebungsinstrument                           |
| 2. Zahlen zu Betroffenen und Beschuldigten            | 5. Erste Eindrücke während der Feldphase         |
| 3. Studiendesign der Regensburger Aufarbeitungsstudie | 5.1 Feldzugang                                   |
| 3.1 Ziele und Ansatz                                  | 5.2 Interpersonelle Heterogenität der Erinnerung |
| 3.2 Aufbau, Interviewpartner und Feldzugang           | 5.3 Die Vorschule als totale Institution         |

## 1. Aufarbeitungsprozess und -konzept

Im Zuge der im Jahr 2010 öffentlich diskutierten Fälle von sexuellem Missbrauch in Einrichtungen der römisch-katholischen Kirche traten auch ehemalige Schüler von Einrichtungen der Regensburger Domspatzen mit ihren Misshandlungs- beziehungsweise Missbrauchserfahrungen vermehrt an die mediale Öffentlichkeit heran und berichteten.<sup>1</sup> Das Bistum Regensburg begann daraufhin, an das Bistum herangetragene Berichte zu untersuchen. Aufgrund zunehmender Kritik am Aufarbeitungsprozess beauftragte das Bistum im Frühjahr 2015 den Rechtsanwalt *Ulrich Weber* mit der weiteren Aufklärung, der seinen Abschlussbericht im Sommer 2017 vorlegte.<sup>2</sup> Parallel begleitete ein Aufarbeitungsgremium den Aufarbeitungsprozess, bestehend aus einem Moderator, drei ehemaligen Schülern, dem Bischof, dem Domkapellmeister und dem Internatsleiter. Das vom Aufarbeitungsgremium erarbeitete Konzept umfasst vier Säulen (vgl. *Tabelle 1*).

---

1 Träger des Chors der Regensburger Domspatzen, des Gymnasiums und der Grundschule mit Internat ist heute eine Stiftung des öffentlichen Rechts (Stiftung Regensburger Domspatzen).

2 *Weber/Baumeister* (2017).

Tabelle 1: 4-Säulen-Konzept zur Aufarbeitung

<i>Unabhängige Anlaufstelle mit therapeutischer Hilfeleistung</i>	<i>Soziologische Studie</i>	<i>Historische Studie</i>	<i>Anerkennungs- gremium</i>
Münchner Informationszent- rum für Männer e.V. (MIM)	Kriminologische Zentralstelle (KrimZ)	Lehrstuhl für Bayeri- sche Landesgeschichte (Uni Regensburg)	Prof.'in Seidenstücker, Prof. Hein, RA Weber

Die *erste* Säule ist eine unabhängige Anlaufstelle mit therapeutischer Hilfeleistung, zu der ehemalige Schüler Kontakt aufnehmen können, wenn sie über ihre Erfahrungen sprechen und/oder weiterführende Beratung und Therapieangebote in Anspruch nehmen möchten. Diese Aufgabe hat das Münchner Informationszentrum für Männer e.V. (MIM) übernommen. Zwei wissenschaftliche Studien schließen an den Wissensstand des Berichts von Rechtsanwalt Weber und dessen Mitarbeiter Johannes Baumeister an: zum einen die hier vorgestellte Regensburger Aufarbeitungsstudie der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ), zum anderen eine historische Studie, die der Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte der Universität Regensburg von Professor Löffler und dessen Mitarbeiter Bernhard Frings verantworten.

Seit dem Jahr 2017 bearbeitet als *vierte* Säule des Konzepts ein Anerkennungsgremium sämtliche Anträge auf finanzielle Anerkennung erlittenen Leids. Dieses dreiköpfige Gremium schlägt auf Basis der berichteten Angaben und weiterer Rechercheergebnisse die Höhe der Anerkennungszahlung für jeden Einzelfall vor. Bis Mitte des Jahres 2016 waren Anerkennungsverfahren von Beschäftigten des Bistums bearbeitet worden. Auch bereits anerkannte Betroffene können einen erneuten Antrag stellen, die bisherigen Anerkennungszahlungen werden dabei berücksichtigt. Auf allgemeiner Ebene der Aufarbeitung werden zudem Ideen für eine adäquate Erinnerungskultur diskutiert.

## 2. Zahlen zu Betroffenen und Beschuldigten

Die nachfolgenden Zahlen zu Betroffenen und Beschuldigten sind dem Bericht von *Weber und Baumeister* entnommen. Zum besseren Verständnis ist noch auf die bis 2013 vorhandene örtliche Trennung der Vorschule mit Internat und des Musikgymnasiums in Regensburg, das von Internats- und in den meisten Jahrzehnten auch Tagesschülern besucht wurde, hinzuweisen. Von

1946 bis 1981 befand sich die Vorschule in Etterzhausen, anschließend im Nachbarort Pielenhofen, bevor sie 2013 nach Regensburg umzog.<sup>3</sup>

Der Bericht nennt 547 ehemalige Schüler, die im Zuge der Aufklärung bekannt geworden sind und mit hoher Plausibilität<sup>4</sup> körperliche und/oder sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit ihrem Besuch einer Einrichtung der Domspatzen erlebt haben. 500 ehemalige Schüler waren mit hoher Plausibilität von körperlicher Gewalt, 67 mit hoher Plausibilität von sexueller Gewalt und 20 von beiden Gewaltarten betroffen.<sup>5</sup> Die Meldungen der ehemaligen Schüler erfolgten, indem diese nach einem entsprechenden Aufruf entweder selbst Kontakt zu *Weber* suchten oder durch Vermittlung der Ansprechpartner des Bistums. Hinzu kamen Zeugnennennungen und Funde in Akten oder Gerichtsurteilen.

Die Anzahl der Beschuldigten, für die gemäß der *Weber* zur Verfügung stehenden Informationslage eine hohe Plausibilität der Tatvorwürfe anzunehmen ist, liegt laut Bericht bei 49 Personen, von denen 45 körperliche Gewalt, neun sexuelle Gewalt und fünf beide Varianten vorgeworfen werden.<sup>6</sup>

Vorfälle von körperlicher Gewalt sind laut Bericht bis ins Jahr 2000 dokumentiert, wobei die zeitlichen Schwerpunkte der vorgeworfenen körperlichen Gewalt in der Vorschule bis 1992 heranreichen, im Gymnasium bis 1975.<sup>7</sup> Vorwürfe sexueller Gewalt sind im Bericht für die Vorschule bis 1992 dokumentiert, der letzte hochplausible Fall mit sexueller Gewalt im Bericht für das Gymnasium 1972.

### 3. Studiendesign der Regensburger Aufarbeitungsstudie

#### 3.1 Ziele und Ansatz

Ziele der Regensburger Aufarbeitungsstudie sind die Dokumentation und Analyse der Misshandlungs- und Missbrauchsfälle und der Aufarbeitung bei den Regensburger Domspatzen aus sozialwissenschaftlicher Sicht und der Gewinn von Erfahrungswerten für die Prävention. Dazu werden unter anderem

---

3 Bis zum Schuljahr 2005/06 bot die Vorschule lediglich die Jahrgänge 3 und 4 an.

4 Im Rahmen der Untersuchung von *Weber* führten seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und er Plausibilitätsprüfungen sowohl zu den Berichten der Betroffenen als auch zu Beschuldigten bzw. den Tatvorwürfen durch. Bestandteil einer Prüfung waren ein Abgleich mit statistischen (Schul-)Daten, Analysen der Gespräche mit den Betroffenen basierend auf Realkennzeichen-, Konstanz- und Motivanalysen, ein Abgleich mit Aussagen weiterer Betroffener und ein Abgleich mit allen weiteren zum Sachverhalt verfügbaren Daten, *Weber/Baumeister* (2017), S. 258 ff.

5 *Weber/Baumeister* (2017), S. 1.

6 *Weber/Baumeister* (2017), S. 23 f.

7 *Weber/Baumeister* (2017).

die Ereignisse, Ursachen und Folgen in den Blick genommen. Der Untersuchungszeitraum beginnt 1945 und erstreckt sich bis in die 1990er Jahre.

Für die Bearbeitung hat das Forschungsteam einen qualitativen Forschungsansatz gewählt. Dokumentiert und untersucht werden die Biografien, Erfahrungen und Wahrnehmungen ehemaliger Schüler. Ihre Erfahrungen und Erlebnisperspektiven bilden den Mittelpunkt der Studie. Weitere Informationen werden aus der Literatur und anderen Dokumenten gewonnen. Ein ehemaliger Schüler aus den 1970er Jahren schildert im Bericht von *Weber und Baumeister* passend dazu:

„Was also ist die Wahrheit? Ich glaube, dass es so viele Wahrheiten wie Domspatzen gibt und dass es vermessen wäre zu glauben, dass sich der erlebte Schrecken in der Anzahl von Schlägen und durchschnittlichen Penetrationen pro Schuljahr messen lässt. Das Böse zeichnet sich durch Qualität und Effizienz aus, nicht durch seine Quantität: Gewalt und Missbrauch waren über Jahrzehnte präsent, in der Erziehung der Domspatzen fest integriert, aber nicht jeder Schüler wurde Opfer eines sexuellen Übergriffes oder mit der Rute bearbeitet. Das war auch nicht nötig, um ein Regime des Schreckens zu errichten: Die Angst in den Herzen von Kindern manifestiert sich auch, wenn man Zeuge der Gewalttätigkeiten und Demütigungen anderer wird“.<sup>8</sup>

### 3.2 Aufbau, Interviewpartner und Feldzugang

Die Regensburger Aufarbeitungsstudie gliedert sich in zwei aufeinander aufbauende Teile. Der erste, weitgehend fertiggestellte, Teil umfasst(e) die Recherche und die Auswertung relevanter Fachliteratur sowie von Dokumenten zu den Domspatzen und darauf aufbauend das Ausarbeiten des Erhebungsinstruments (siehe *Abschnitt 4*). Zum zweiten Teil der Studie gehören die Feldphase mit den Interviews, die Analysen der Interviews und anderer Quellen, die Auswertung sowie das Erstellen eines Berichts. Dieser wird voraussichtlich Anfang 2019 als Onlinepublikation bereitgestellt werden.

Interviewpartner sind vor allem ehemalige Schüler. Zu ihnen konnte der Kontakt über *Weber* vermittelt werden. Darüber hinaus meldeten sich Schüler direkt bei der *KrimZ* oder es gelang auf Vermittlung anderer Akteure, Teilnehmer für die Studie zu gewinnen. Neben den Gesprächen mit den ehemaligen Schülern sind weitere Gespräche mit Personen geplant, die Informationen zur Klärung der Forschungsfragen beitragen können, etwa Angehörige ehemaliger Schüler, aktuelle und/oder ehemalige Mitarbeiter etc. *Tabelle 2* zeigt die angestrebte Auswahl der Interviewpartner. Geplant ist, jeweils betroffene ehemalige Schüler aus allen Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums zu interviewen und bei der Auswahl sicherzustellen, dass auch Erfahrungsberichte zu den beiden Schultypen und beiden Schulstandorten der Vorschule dokumentiert werden können. Auch sollen nach Möglichkeit sowohl ehemalige Schüler mit Erfahrungen von

---

<sup>8</sup> *Weber/Baumeister* (2017), S. 21.

körperlicher Gewalt (in *Tabelle 2*: Misshandlung) und solche mit Erfahrungen von sexueller Gewalt (in *Tabelle 2*: Missbrauch) zu Wort kommen können.

*Tabelle 2: Auswahl und Verteilung der Interviewpartner*

	Jahre	45 – 59	60 – 69	70 – 79	80 – 89	90 – 99
Vorschule <i>Etterzhausen</i> BetroffeneBe- troffene	Misshandlung					
	Missbrauch					
Andere Personen						
Vorschule <i>Pielenhofen</i> Betroffene	Misshandlung					
	Missbrauch					
Andere Personen						
Musikgymnasium <i>Regensburg</i> Betroffene	Misshandlung					
	Missbrauch					
Andere Personen						

#### 4. Erhebungsinstrument

Die Gespräche mit den Interviewpartnern orientieren sich an einem Interviewleitfaden. Die sogenannten Leitfadeninterviews folgen einer Befragungstechnik der qualitativen empirischen Sozialforschung, bei der vorher festgelegte Themen angesprochen werden, die der Interviewpartner jedoch sehr offen beantworten kann: „Ziel ist die Herstellung eines thematischen Gesprächs, in dem die für das Forschungsvorhaben relevanten Themen so zur Sprache kommen, dass die Informanten ihre [...] Erfahrungen und Sichtweisen möglichst ausführlich und orientiert an ihren eigenen Relevanzstrukturen äußern können“.<sup>9</sup> Die jeweiligen Themen des Interviews müssen dabei nicht in der vorgedachten Reihenfolge besprochen werden. Im Vergleich zu anderen Befragungsvarianten bietet dieses Vorgehen mehr Freiraum für die Perspektive und Wahrnehmung des Interviewpartners. Auf diese Weise ist es auf der einen Seite möglich, die Inhalte des Gesprächs mit den Inhalten der anderen

<sup>9</sup> Kromrey et al. (2016), S. 385.



Interviews zu vergleichen beziehungsweise sie vergleichend zu analysieren, auf der anderen Seite aber auch neue Aspekte zu entdecken und die Individualität der jeweiligen Erfahrungen abzubilden.

Das Erstellen des Leitfadens folgte dem Prinzip: so offen wie möglich, so strukturierend wie nötig. Die Themen und Fragen des Leitfadens leitete das Forschungsteam aus den Forschungsfragen, Dokumenten der Domspatzen beziehungsweise bereitgestellten Dokumenten von Rechtsanwalt Weber und der Fachliteratur<sup>10</sup> her. Das Leitfadeninterview mit den ehemaligen Schülern hat drei Schwerpunkte: die Schulbiografie, die Erfahrungen rund um Misshandlung und/oder Missbrauch sowie das Leben nach der Domspatzen-Schulzeit. Gegenstand des Interviews sind damit auch die (psychische) Überlebensstrategie während der Schulzeit, Kurzzeitfolgen, Fragen nach der persönlichen Be- und Aufarbeitung der Erfahrungen, Langzeitfolgen, der gegenwärtige Aufarbeitungsprozess und die Rolle des Bistums. Weitere Themen sind die Funktion und Stabilität der Institution, Regeln, Mechanismen der Abschottung, die Informationspolitik und Briefzensur.

## **5. Erste Eindrücke während der Feldphase**

### **5.1 Feldzugang**

Die meisten der bisher absolvierten 13 Face-to-Face Interviews sind über die Rechtsanwaltskanzlei Weber vermittelt worden. Alle angefragten ehemaligen Schüler, die ihre grundsätzliche Bereitschaft für eine Mitwirkung an der Studie erklärten, haben sich beteiligt. Es gelang in einer offenen und respektvollen Gesprächsatmosphäre über die Erfahrungen zu sprechen und, soweit es die Erinnerung zuließ, Auskunft zu erhalten. Kein Interview musste abgebrochen werden.

### **5.2 Interpersonelle Heterogenität der Erinnerung**

Ein wiederkehrendes Thema, das sich sowohl in Gesprächen als auch im Diskurs des Aufarbeitungsprozesses bis hin zum Ringen um die Deutungshoheit über die Vergangenheit herauskristallisiert, ist die interpersonelle Heterogenität der Erinnerung. Gemeint sind unterschiedliche Erinnerungen und Deutungen von Erinnerungen verschiedener Personen, die zum Beispiel in Fragen darüber, was war, wie ‚wahr‘ es ist und wie dieses Geschehen zu bewerten ist, aufeinanderprallen. Die

---

10 Z.B. *Mayrhofer et al.* (2017); *Keupp et al.* (2017); *Siebert et al.* (2016); *Frings/Kaminsky* (2012).

eigene Zeit in einer Einrichtung der Domspatzen, sei es als Schüler oder als Funktionsträger, wird zum Teil sehr unterschiedlich erinnert und bewertet.

Diese interpersonelle Heterogenität der Erinnerung sprachen die ehemaligen Schüler häufig von selbst in den Interviews an. Zum einen verfolgten sie den Diskurs und benannten aus ihrer Wahrnehmung widersprüchliche oder auch falsche Aussagen, zum anderen besprachen sie die Ursachen des Phänomens oder fragten danach. Für mehrere Interviewpartner waren Diskursbeiträge von ehemaligen Funktionsträgern oder Mitschülern, etwa versandte Aufrufe, E-Mails oder Aussagen in den Medien, auch Anlass, sich selbst und ihre Perspektive (zum Teil als Gegengewicht) in den Aufarbeitungsprozess einzubringen. Vergleicht man die bisherigen Interviews, so stimmen diese in den für die Forschungsfragen relevanten Bereichen und Erfahrungen weitgehend überein.

Die Ursachen interpersoneller Heterogenität der Erinnerung von Ereignissen bei den Domspatzen sind vielfältig und liegen in einem unterschiedlichen Erleben begründet, das durch die Tatsachen bedingt ist, dass es zum Beispiel unterschiedliche Schullaufbahnen (Vorschule und Musikgymnasium) und/oder Zugehörigkeiten zur Einrichtung gab (Internatsschüler oder Externer), nicht jeder Schüler betroffen war und sexuelle Gewalt häufig im Verborgenen stattfand.<sup>11</sup> Hinzu kommen (kognitions-)psychologische Effekte beim Entstehen von Erinnerungen, die zu einem unterschiedlichen Wahrnehmen von unmittelbar Erlebtem beitragen. Zudem wirken in der Rückschau (sozial- und entwicklungs-)psychologische Effekte, die das Abrufen von Erinnerungen beeinflussen und sich so auf Art und Umfang des Erinnerten auswirken. Auch in anderen Aufarbeitungsberichten sind vergleichbare Fragen bereits eingehend behandelt, so etwa bei *Keupp*.<sup>12</sup> Das Thema der interpersonellen Heterogenität der Erinnerung wird im Bericht der Regensburger Aufarbeitungsstudie noch einmal ausführlich aufgegriffen.

### 5.3 Die Vorschule als totale Institution<sup>13</sup>

Weitgehende Übereinstimmungen ergeben sich aus den bisher geführten Interviews, den gesichteten Dokumenten und dem Bericht von *Weber und Baumeister*<sup>14</sup> hinsichtlich der Organisation, Kontrolle und der Abläufe in der Vorschule der Domspatzen seit 1945 und vor allem der Zeit der Leitung 1957 bis 1992 unter Direktor M. Die Auswirkungen solcher Einrichtungen auf das Zusammenleben von Menschen beschreibt zum Beispiel der Soziologe *Erving*

---

11 Vgl. *Weber/Baumeister* (2017), S. 14 ff.

12 *Keupp et al.* (2016), S. 273 ff.

13 Für Zuarbeiten zu diesem Abschnitt danken wir unserer Mitarbeiterin Lisanne Breiling.

14 *Weber/Baumeister* (2017).

*Goffman* und bezeichnet etwa Internate als totale Institution: „Eine totale Institution lässt sich als Wohn- und Arbeitsstätte einer Vielzahl ähnlich gestellter Individuen definieren, die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes, formal reglementiertes Leben führen“.<sup>15</sup>

Demgegenüber ist das Zusammenleben in modernen ausdifferenzierten Gesellschaften durch die Trennung der verschiedenen Lebensbereiche gekennzeichnet. Das Leben im Leistungs- und Freizeitbereich findet an unterschiedlichen Orten statt, an denen der Mensch auf verschiedene Kontakte trifft – schicksalhafte wie die Herkunftsfamilie, obligatorische wie Lehrer oder Ausbilder, und selbstgewählte wie Bekannte und Freunde. Personelle, örtliche und sachliche Bezüge, die dem Menschen wichtig sind, lassen sich, je nach Bedürfnis des Menschen und mit zunehmendem Alter, in größerem Umfang sowie eigenverantwortlich gestalten. All diese Trennungen werden, so *Goffman*, von einer totalen Institution aufgehoben und einem umfassenden rationalen Plan beziehungsweise Ziel untergeordnet.<sup>16</sup>

Stellt man die Ergebnisse der sozialen Wirklichkeit der Vorschule den Ausführungen *Goffmans* zu einer totalen Institution gegenüber, lässt sich die Vorschule als nahezu idealtypische Ausprägung einer solchen totalen Institution beschreiben. Zur Veranschaulichung vergleicht die folgende *Tabelle 3* die vier zentralen Merkmale einer totalen Institution mit der insoweit rekonstruierbaren sozialen Wirklichkeit in der Vorschule:

*Tabelle 3: Gegenüberstellung von Merkmalen einer totalen Institution (nach Goffman)<sup>17</sup> und Merkmalen der sozialen Wirklichkeit in der Vorschule*

4 Merkmale totaler Institutionen	Rekonstruierbare soziale Wirklichkeit in der Vorschule
1. „Alle Angelegenheiten des Lebens finden an ein und derselben Stelle, unter ein und derselben Autorität statt.“	Fast ausnahmslos alle Aktivitäten der Schüler fanden in Gebäuden der Vorschule mit Internat oder auf dessen eingezäuntem Außengelände statt, welches ausdrücklich nicht verlassen werden durfte. „Die freie Zeit an Werktagen verbrachten die Schüler – sofern das Wetter mitspielte – im Freien. Sowohl in Etterzhausen als auch in Pielenhofen gab es ein eingezäuntes Gelände, das dafür vorgesehen war. Die vielen Regeln und die mangelnde Freiheit führten zu einer gewissen Monotonie der Freizeitgestaltung und bei vielen Opfern zu Gefängnis-Assoziationen. ,Wir hatten kaum Freizeitmöglichkeiten und waren eingesperrt. Besuche im Ort waren nicht erlaubt. Es gab nur einen Außenspielplatz mit ein paar Ballspielmöglichkeiten“. <sup>18</sup>

<sup>15</sup> *Goffman* (1973), S. 11.

<sup>16</sup> *Goffman* (1973), S. 17.

<sup>17</sup> *Goffman* (1973).

<sup>18</sup> Aussage eines Schülers der Vorschule aus den 1980er Jahren, zitiert nach *Weber/Baumeister* (2017), S. 64.

*Forts. Tabelle 3: Gegenüberstellung von Merkmalen einer totalen Institution (nach Goffman und Merkmalen der sozialen Wirklichkeit in der Vorschule*

<p>2. „Die Mitglieder der Institution führen alle Phasen ihrer täglichen Arbeit in unmittelbarer Gesellschaft einer großen Gruppe von Schicksalsgenossen aus, wobei allen die gleiche Behandlung zuteilwird und alle die gleiche Tätigkeit gemeinsam verrichten müssen.“</p>	<p>Die Schüler bilden ebendiese Gemeinschaft gleichrangiger Schicksalsgenossen. „Die Tagesstrukturen waren geprägt von dem Zwang, sich immer wieder in Zweierreihe aufstellen zu müssen im SILENTIUM: morgens die Hygienekontrolle (Eierreihe), vor der Morgenmesse, zum Frühstück, zum Mittagessen, zum Tee, zum Abendessen, zum Abendgebet und eben wieder die Hygienekontrolle am Abend. Wehe dem, der das SILENTIUM brach, dies gab M. oder H. das Recht, uns körperlich zu züchtigen. An diese Situationen und Gefühle kann ich mich heute noch absolut [...] erinnern: Ich sehe vor mir die Gruppe von Kindern im Alter zwischen 8 und 10 Jahren in Zweierreihe stehend, diesen Wärtern ausgeliefert. Wer nicht funktionierte, musste die Konsequenzen spüren“.<sup>19</sup></p>
<p>3. „Alle Phasen des Arbeitstages sind exakt geplant, eine geht zu einem vorher bestimmten Zeitpunkt in die nächste über, und die ganze Folge der Tätigkeiten wird von oben durch ein System expliziter formaler Regeln und durch einen Stab von Funktionären vorgeschrieben.“</p>	<p>Der Tagesablauf der Vorschule war zeitlich genau getaktet und vorgegeben – Zeiten zum Schlafen, Waschen, Essen, Lernen, des Übens im Chor und von Instrumenten, des Gottesdienstes und die wenige Freizeit. Es existierte zudem ein „umfangreicher Katalog von Geboten und Verboten sowie entsprechenden Kontrollmechanismen. Jeder Regelbruch wurde hart sanktioniert“.<sup>20</sup></p> <p>„Ausgangspunkt für Strafen ist stets ein Verstoß gegen den Regelkatalog der Vorschule, welcher nicht kodifiziert ist, sondern auf einer Art ‚Gewohnheitsrecht‘ auf Basis der pädagogischen Ansichten des Erziehungspersonals fußt. Dieser ist sehr eng gefasst und lässt dem Individuum kaum Freiheiten“.<sup>21</sup></p>
<p>4. „Die verschiedenen erzwungenen Tätigkeiten werden in einem einzigen rationalen Plan vereinigt, der angeblich dazu dient, die offiziellen Ziele der Institution zu erreichen.“</p>	<p>„Das gesamte Erziehungssystem war auf den Erfolg des Chors ausgelegt. Das Erreichen bestmöglicher chorischer Leistungen basierte dabei auf einer entsprechenden Eliteauswahl und -förderung, dem Vorrang des Chors vor Schule und allgemeiner Erziehung sowie einer geringen Bedeutung des Individuums. Weitere institutionelle Ziele waren die schulische und religiöse Ausbildung der Schüler sowie die Sicherstellung der Finanzierung“.<sup>22</sup></p>

Goffman vermag es in seinen weiteren Ausführungen, die Auswirkungen auf die der totalen Institution unterworfenen Menschen herauszuarbeiten. Diese Aspekte des Erlebens von Betroffenen und ein Abgleich mit den Beschreibungen Goffmans werden im Bericht zur Regensburger Aufarbeitungsstudie aufgegriffen, ebenso wie Aspekte, die das Personal und die Informationspolitik beziehungsweise Kommunikation in totalen Institutionen betreffen. Neben diesem Ansatz werden weitere soziologische und (sozial-)psychologische Ansätze herangezogen, auf deren Grundlage im sozialwissenschaftlichen Sinne verstehbar werden soll, wie Bedingungen entstanden und auch geschaffen worden sind, die Misshandlung und/oder Missbrauch in Einrichtungen der

19 Aussage eines Schülers der Vorschule aus den 1980er Jahren, zitiert nach Weber/Baumeister (2017), S. 38.

20 Weber/Baumeister (2017), S. 97.

21 Weber/Baumeister (2017), S. 32.

22 Weber/Baumeister (2017), S. 277.

Domspatzen begünstigten, ohne mit diesem Verstehen Einzelne aus der Verantwortung des eigenen schuldhaften Handelns zu entlassen oder zu entlasten.

## Literatur

- Frings, B./Kaminsky, U.* (2012): Gehorsam – Ordnung – Religion: Konfessionelle Heimerziehung 1945 – 1975. Münster: Aschendorff.
- Goffman, E.* (1973): Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Keupp, H./Straus, F./Mosser, P./Gemür, W./Hackenschmied, G.* (2016): Schweigen – Aufdeckung – Aufarbeitung. Sexualisierte, psychische und physische Gewalt im Benediktinerstift Kremsmünster. Wiesbaden: Springer VS.
- Kromrey, H./Roose, J./Strübing, J.* (2016): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung mit Annotationen aus qualitativ-interpretativer Perspektive. 13. Auflage. Konstanz: UVK Verlag.
- Mayrhofer, H./Wolfgruber, G./Geiger, K./Hammerschick, W./Reidinger, V.* (2017): Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in der Wiener Psychiatrie von 1945 bis 1989. Stationäre Unterbringung am Steinhof und Rosenhügel. Wien: LIT Verlag.
- Siebert, A./Arnold, L./Kramer, M.* (2016): Heimkinderzeit. Eine Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der katholischen Behindertenhilfe in Westdeutschland (1949 – 1975). Freiburg: Lambertus.
- Weber, U./Baumeister, J.* (2017): Vorfälle von Gewaltausübung an Schutzbefohlenen bei den Regensburger Domspatzen Regensburg, in: [http://uw-recht.org/fileadmin/user\\_upload/abschlussbericht\\_Domspatzen.pdf](http://uw-recht.org/fileadmin/user_upload/abschlussbericht_Domspatzen.pdf) [letzter Aufruf: 23.01.2018].

# Metaanalyse zur Prävention des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger in der katholischen Kirche und in anderen Institutionen

*Dieter Dölling, Barbara Horten, Dieter Hermann, Andreas Kruse, Eric Schmitt, Britta Bannenberg, Hans Joachim Salize und Harald Dreßing*

## Gliederung

- |                               |   |
|-------------------------------|---|
| 1. Einleitung                 | 3.2 Prävention in der katholischen Kirche |
| 2. Methodische Vorgehensweise | 3.3 Deskriptive Analyse                   |
| 3. Befunde                    | 3.4 Effekte                               |
| 3.1 Ergebnisse des Suchlaufs  | 4. Fazit                                  |

## 1. Einleitung

Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im familiären wie im institutionellen Kontext ist ein weltweit verbreitetes Problem. Unter anderem wurden in Deutschland durch die Offenlegung von Missbrauchstaten am Canisius-Kolleg und in anderen Einrichtungen im Jahr 2010 zahlreiche Missbrauchsfälle im Verantwortungsbereich der katholischen Kirche bekannt.<sup>1</sup> Zunehmend etablieren sich Präventionsprogramme, die der Vorbeugung des sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen dienen. Deren Wirkungen können durch Evaluationsstudien geprüft werden.

Die Autoren dieses Beitrags bilden ein Forschungskonsortium, das im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz den sexuellen Missbrauch an Minderjährigen in der deutschen katholischen Kirche untersucht. Das Ziel des Projekts ist es, das Ausmaß des sexuellen Missbrauchs und den Umgang damit zu erfassen. Hierzu werden unterschiedliche Informationsquellen genutzt. Durch empirisch belastbare Befunde soll ein Beitrag zur Prävention von sexuellen Missbrauchstaten geleistet werden.<sup>2</sup> Die vorliegend dargestellte Metaanalyse ist ein

---

<sup>1</sup> Fegert/Rassenhofer (2015), S. 4 f.

<sup>2</sup> Dreßing et al. (2015).

Teil dieses Projekts und befasst sich mit der Wirkung von Präventionsprogrammen in Institutionen auf den Wissensstand von Kindern und Jugendlichen über sexuellen Missbrauch. Außerdem wird der Frage nachgegangen, ob sich die Teilnahme an einer präventiven Maßnahme auf die Angst und Furcht der Kinder und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch auswirkt.

## 2. Methodische Vorgehensweise

Ziel der Metaanalyse ist es zunächst, Evaluationsstudien über Präventionsprojekte zu sexuellem Missbrauch in Institutionen zu ermitteln. Erfasst werden sollen ausschließlich Evaluationen in deutscher und englischer Sprache. Weiter richtet sich das Untersuchungsinteresse auf die Frage nach der Wirksamkeit der Präventionsprogramme. Gegenstand der Analyse sind sowohl Präventionsprogramme der katholischen Kirche als auch solche in anderen Institutionen (z.B. Programme in staatlichen Schulen). Die methodische Vorgehensweise orientiert sich an dem Vorgehen von *Borenstein et al.*<sup>3</sup> und *Card*.<sup>4</sup> Das Auffinden der relevanten Präventionsevaluationen erfolgte primär über die Suche in einschlägigen Datenbanken. Mithilfe von 23 Suchbegriffen in deutscher und englischer Sprache wurden zehn nationale und internationale kriminologische, soziologische, psychologische und medizinische Datenbanken durchsucht.<sup>5</sup> Außerdem wurden Evaluationen durch das Schneeballverfahren identifiziert und Tagungsprogramme und -berichte mit dem Schwerpunkt sexueller Missbrauch gesichtet und entsprechende Evaluationen bei den Autoren angefragt. Die Evaluationsstudien sollten folgende Einschlusskriterien erfüllen:

- Das Programm richtet sich ausschließlich auf die Prävention von sexuellem Missbrauch an Minderjährigen. Die Adressaten des Programms sind ausschließlich Kinder und Jugendliche.
- Es handelt sich um eine Studie mit einem Prä-Post-Vergleich und einer Kontrollgruppe.
- Die Studie misst die Wissensvermittlung durch die Teilnahme am Präventionsprogramm, das Beibehalten des Wissens und/oder die Wirkung der

---

<sup>3</sup> *Borenstein et al.* (2009).

<sup>4</sup> *Card* (2012).

<sup>5</sup> KrimDok, KrimLit, SOWIPORT, International Bibliography of the Social Sciences (IBSS), Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, WISO Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, PubMed, PubPsych und PsychINFO.

Teilnahme auf die Angst und Furcht der Kinder und Jugendlichen vor sexuellen Übergriffen.

- Aufgrund der Dokumentation der Studienergebnisse ist die Berechnung von Effektstärken möglich.

Die Auswertung der ermittelten Evaluationsstudien erfolgte anhand eines quantitativen Erhebungsbogens zu Methoden und Befunden. Der Erhebungsbogen enthält Angaben zur Publikation und zu den Autoren, zur methodischen Vorgehensweise der Evaluation, zu den Rahmenbedingungen des Programms und zu den Merkmalen der Studienteilnehmer. Außerdem werden die Art der Präventionsmaßnahme sowie die für die Metaanalyse relevanten Outcomes (Wissensvermittlung, Beibehalten des Wissens und Wirkung der Teilnahme am Präventionsprogramm auf Angst und Furcht) erfasst. Die Bewertung der Studienqualität, gemessen am *Risk of Bias*, erfolgte durch das Cochrane Assessment Tool.<sup>6</sup> Da es sich bei der Messung der Outcomes um stetige Variablen handelt, werden die Gesamtergebnisse als standardisierte Mittelwertdifferenzen bei einem Konfidenzintervall von 95 % angegeben. Die standardisierten Mittelwertdifferenzen der Studien wurden gewichtet und bestimmen den Gesamteffekt. Die Homogenität der Studien wurde mit dem Kennwert  $I^2$  ermittelt.<sup>7</sup> Die Berechnung der Gesamteffekte erfolgte mittels des Programms Review Manager 5.3.

### 3. Befunde

#### 3.1 Ergebnisse des Suchlaufs

Bis Ende August 2017 wurden insgesamt 6.210 Beiträge zur Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen identifiziert, von denen 18 die katholische Kirche betrafen. Nach dem Ausschluss von thematisch nicht einschlägigen Arbeiten, Duplikaten und rein theoretischen Beiträgen konnten 39 Evaluationen in die deskriptive Analyse einbezogen werden. Die Programme sollten Kindern und Jugendlichen helfen, sich vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Aufgrund von unzureichenden Darstellungen der Studienergebnisse wurden im Anschluss an die deskriptive Analyse lediglich 25 der 39 Evaluationen in die quantitative Metaanalyse aufgenommen.

---

<sup>6</sup> Higgins/Green (2011), S. 195 ff.

<sup>7</sup> Borenstein et al. (2009), S. 105 ff.



### 3.2 Prävention in der katholischen Kirche

Von den 18 Evaluationsstudien über ein Präventionsprogramm der katholischen Kirche betreffen 13 Untersuchungen die Evaluation von Präventions-schulungen für Mitarbeiter der Kirche, das heißt Kleriker, Erzieher, Lehrer, pastorale Mitarbeiter, sonstige Beschäftigte in Einrichtungen der katholischen Kirche und Ehrenamtliche. Eine Bestandsaufnahme zur Implementierung von Präventionskonzepten enthalten drei Studien. Ein weiterer Beitrag stellt eine wissenschaftliche Begleitung bei einer Konzepterstellung für die Präventionsarbeit in einer Diözese dar. Lediglich eine Studie befasst sich mit der Evaluation eines schulbasierten Präventionsprogramms, wobei die Studie nicht den Einschlusskriterien für die Metaanalyse entspricht, weil sie lediglich auf einer einmaligen Befragung der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen basiert und keine Kontrollgruppe enthält.

Die evaluierten Programme der katholischen Kirche richten sich somit mehrheitlich auf die Weiterbildung und Sensibilisierung des Fachpersonals. Sie dienen insbesondere der Förderung des Erkennens von Gefahrensituationen und Grenzverletzungen. Die Konzepte der Präventionsarbeit sind äußerst heterogen und durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen gekennzeichnet.<sup>8</sup> Erfolgt eine Bewertung der Präventionsschulung durch die Teilnehmenden, bewerten diese die Schulung mehrheitlich positiv. Insbesondere werden die Referenten und die Art der Vermittlung der Thematik als positiv empfunden. Die kritische Auseinandersetzung mit der Problematik des sexuellen Missbrauchs wird als positiv wahrgenommen und der Aufbau der Präventionsmaßnahme als gut bewertet.

Da das einzige an Kinder und Jugendliche gerichtete Präventionsprogramm der katholischen Kirche ohne einen Prä-Post-Vergleich und ohne Kontrollgruppe evaluiert wurde, fand es in den folgenden Analysen keine Berücksichtigung.

### 3.3 Deskriptive Analyse

Eine Auflistung der 39 Studien, die in die deskriptive Analyse einbezogen wurden, kann bei den Autoren des vorliegenden Beitrags angefragt werden.

#### *Land und Jahr der Veröffentlichung*

Die Evaluationsstudien erschienen zwischen 1986 und 2017, wobei die Anzahl der Evaluationen seit dem Jahr 2012 steigt. Mehrheitlich wurden in den USA implementierte Präventionsprogramme evaluiert, am zweithäufigsten waren Evaluationen von in Deutschland durchgeführten Programmen.

---

<sup>8</sup> Drefßing et al. (2017).

Außerdem wurden vier Evaluationen kanadischer Präventionsprogramme in die Analyse aufgenommen. Weitere Evaluationen betrafen Programme in China, Nigeria, Malaysia, Korea, in der Türkei und in den Niederlanden.

### *Methodische Merkmale der Studien*

Überwiegend wurden bei der Bildung der Interventions- und Vergleichsgruppe kontrollierte Zuweisungsstrategien gewählt. Dabei erfolgte die kontrollierte Zuteilung in 11 Studien randomisiert, in 13 Studien cluster-randomisiert (vor allem Schulklassen) und in drei Studien quasi-randomisiert. In 12 der 39 Studien wurde bei der Zuteilung keine kontrollierte Zuweisungsstrategie angewendet.

In der Mehrheit der Studien wurde die Kontrollgruppe als Wartegruppe gebildet ( $n = 27$ ), das heißt die Teilnehmer der Gruppe nahmen zu einem späteren Zeitpunkt an dem Präventionsprogramm teil. In 12 Studien wurde die Kontrollgruppe als Gruppe mit alternativer Intervention definiert. Die alternativen Interventionen variierten stark (Brand- und/oder Wasserschutzübung, Selbstverteidigungsprogramm, Achtsamkeitsübung).

Die Wirkung des Präventionsprogramms wurde mit den Variablen *Wissensvermittlung* (Outcome 1) und *Beibehalten des Wissens* im Follow-up (Outcome 2) erfasst. Zunächst wurde der Wissensstand vor Durchführung des Programms in einer Prä-Befragung erhoben. Outcome 1 bezieht sich auf die Studienergebnisse der Post-Befragung, die unmittelbar nach der Teilnahme am Programm stattfand. Die Ergebnisse der Wirkungsmessung des Outcomes 2 resultieren aus einer dritten Befragung (Follow-up). Das Wissen über sexuellen Missbrauch wurde in den Programmen unter anderem durch die Benennung von „guten“ und „schlechten“ Berührungen vermittelt. Weitere Lernziele der Programme waren die Förderung des Körperbewusstseins und der Fähigkeit zum „Nein-Sagen“, die Steigerung der Empathie für die Mitschüler und die Vermittlung von Verhaltensweisen im Notfall. Diese Lernziele waren nicht Gegenstand der vorliegenden Evaluation. 15 Studien verwendeten ein eigens erstelltes Erhebungsinstrument. Zehn Untersuchungen zogen das Erhebungsinstrument *Personal Safety Questionnaire* (PSQ)<sup>9</sup> heran, sieben Studien griffen auf den *Children's Knowledge of Abuse Questionnaire* (CKAQ)<sup>10</sup> zurück. In zwei Untersuchungen wurde der *Sexual Abuse Questionnaire* (SAQ)<sup>11</sup> angewendet, eine Studie zog den *Children's Sexual Knowledge Questionnaire* (CSKQ)<sup>12</sup> heran.

---

9 Saslawsky/Wurtele (1986), S. 239.

10 Tutty (1995), S. 112 ff.

11 Lock et al. (2005).

12 Chen et al. (2012), S. 644.

Bei 14 Studien erfolgte nach der Erhebung der Erfolgsmaße in der Post-Befragung eine erneute Erhebung im Follow-up, wobei nur bei neun dieser Studien sowohl die Interventions- als auch die Kontrollgruppe in die Follow-up-Befragung eingeschlossen wurden. Da zur Messung der Erfolgsmaße bezüglich des Outcomes 2 der Gruppenvergleich zwischen Interventions- und Kontrollgruppe von Bedeutung ist, können für die vorliegende Analyse für Outcome 2 nur die neun Studien berücksichtigt werden, die einen Follow-up in beiden Gruppen durchführten.

Vier Studien befassten sich außerdem mit der Frage, wie sich die Teilnahme am Präventionsprogramm auf die Angst und Furcht der Kinder und Jugendlichen vor sexuellen Übergriffen auswirkt (Outcome 3). Jede Studie verwendete dabei ein anderes Erhebungsinstrument (*Angstfragebogen für Schüler* (AFS),<sup>13</sup> *Fear Assessment Thermometer Scale*,<sup>14</sup> *State-Trait Anxiety Inventory for Children* (STAI-CH),<sup>15</sup> *The Screen for Child Anxiety Related Emotional Disorders* (SCARED-D)).<sup>16</sup>

Insgesamt stützt sich die vorliegende Metanalyse auf eine Probandenzahl von 7.133 Personen, wovon 4.074 Teilnehmer den Interventionsgruppen und 3.059 Personen den Kontrollgruppen angehören. Die Anzahl der männlichen Teilnehmer übersteigt leicht die Anzahl der weiblichen Teilnehmer (+ 1,0 Prozentpunkt).

### 3.4 Effekte

Aufgrund von unvollständigen Darstellungen der Ergebnisse in einer Reihe von Evaluationsstudien konnten, wie ausgeführt, lediglich 25 der 39 gefundenen Evaluationen in die quantitative Metanalyse eingeschlossen werden. Die Ergebnisse der 25 einbezogenen Studien weisen nach den  $I^2$ -Werten in Bezug auf die Wissensvermittlung (Outcome 1), das Beibehalten des Wissens im Follow-up (Outcome 2) und die Wirkung der Teilnahme am Präventionsprogramm auf Angst und Furcht (Outcome 3) eine hohe Heterogenität auf. Deswegen wurde für die weitere studienübergreifende Auswertung das Modell der zufallsbedingten Effekte („Random-Effects Model“) gewählt. Das Modell basiert auf der theoretischen Annahme, dass sich in jeder Studie eine andere Populationseffektgröße ausdrückt, weil sich die Studien zum Beispiel hinsichtlich der Merkmale der Studienteilnehmer oder der Untersuchungsbedingungen unterscheiden.

---

13 Wiczerkowski et al. (2016).

14 Wurtele/Miller-Perrin (1986), S. 485 ff.

15 Spielberger et al. (1970).

16 Weitkamp et al. (2011).

Studienspezifische Varianzquellen gehen als Zufallsfehler in das Modell ein.<sup>17</sup> In der vorliegenden Analyse wurden die Studien nach den Fallzahlen und der Größe der Konfidenzintervalle gewichtet.

### *Wissensvermittlung*

Das Wissen über sexuellen Missbrauch unmittelbar nach der Teilnahme am Präventionsprogramm wurde in 25 Studien mit Hilfe von Fragebögen erfasst. Die Analyse des Outcomes 1 stützt sich auf Daten von insgesamt 6.247 Studienteilnehmern, von denen 3.581 den Interventionsgruppen und 2.666 den Kontrollgruppen angehörten. Das hohe  $\text{Chi}^2$  (173.16,  $df = 23$ ) bei gleichzeitig hohem Signifikanzniveau ( $p < 0.00001$ ) verdeutlicht die stochastische Unabhängigkeit der beiden Gruppen. Es ergab sich in der Analyse ein moderater Gesamteffekt von 0.61 (95 % KI = [0.45, 0.77], siehe *Tabelle 1*). Das Ergebnis bedeutet, dass die Interventionsgruppe nach der Teilnahme am Präventionsprogramm statistisch signifikant über mehr Wissen über sexuellen Missbrauch verfügt als die Kontrollgruppe. Es besteht allerdings eine hohe Heterogenität zwischen den Studienbefunden ( $I^2 = 87\%$ ,  $\text{Tau}^2 = .12$ ).

Bei gleichzeitiger Verringerung der Heterogenität ( $I^2 = 79\%$ ;  $\text{Tau}^2 = .10$ ) erhöht sich der Gesamteffekt, wenn diejenigen Studien von der Analyse ausgeschlossen werden, die unter Anwendung des Cochrane Assessment Tool mit einem hohen *Risk of Bias* (Performance Bias) eingestuft wurden (0.65 (95 % KI = [0.43, 0.87])).

Eine weitere Subgruppenanalyse zeigte, dass die Wirkung der Wissensvermittlung nicht im Zusammenhang mit dem Alter der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen steht. Die standardisierte Mittelwertdifferenz für jüngere Probanden von Kindergarten bis Grundschule beträgt 0.61 (95 % KI = [0.43, 0.80], für Teilnehmer der weiterführenden Schulen ergibt sich ebenfalls ein Gesamteffekt von 0.61 (95 % KI = [0.19, 1.02])). Es bestehen keine Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen ( $\text{Chi}^2 = 0.00$ ,  $df = 1$ ;  $p = .98$ ).

---

17 Döring/Bortz (2016), S. 896.

Tabelle 1: Wirkung des Präventionsprogramms auf die Wissensvermittlung

Studie	Interventionsgruppe			Kontrollgruppe			Gewichtung	Std. Mittelwertdifferenz IV, Random, 95% KI
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>		
Blumberg et al. 1991	18.25	3.67	322	18.15	3.26	164	5.1%	0.03 [-0.16, 0.22]
Chen, Fortson & Tseng 2012	4.35	1.071	23	3.52	1.238	23	3.1%	0.70 [0.11, 1.30]
Conte et al. 1985	21.4	3.95	10	14.4	5.2	10	1,7%	1.45 [0.44, 2.46]
Crowley 1989	12.366	1.17	82	11.609	1.889	87	4,6%	0.48 [0.17, 0.78]
Dake, Price & Murnan 2003	12.3	2	166	10.2	2.4	175	5.0%	0.95 [0.72, 1.17]
de Lijster et al. 2016	9.87	2.52	431	9.31	2.67	384	5.3%	0.22 [0.08, 0.35]
Dt. Gesetzliche Unfallversicherung 2016	2.71	1.86	93	2.14	1.14	65	4.5%	0.35 [0.03, 0.67]
Hazzard et al. 1991	20.6	3.67	286	15.4	5.18	113	4.9%	1.25 [1.02, 1.48]
Hébert et al. 2001	8.54	2.02	59	7.68	2.15	74	4.4%	0.41 [0.06, 0.75]
Kim u. Kang 2017	13.46	1.5	39	12.82	2.05	50	4.0%	0.35 [-0.08, 0.77]
Kolko et al. 1987	3.1	1.3	298	3.1	1.3	41	4.5 %	0.00 [-0.33, 0.33]
Kolko, Moser & Hughes 1989	12.4	2.4	213	11.5	2.5	35	4.3%	0.37 [0.01, 0.73]
Lee u. Tang 1998	8.97	1.82	38	7.97	1.77	34	3.7%	0.55 [0.08, 1.02]
Ogunfowokan u. Fajemilehin 2012	28.59	6.12	91	24.03	5.86	109	4.7%	0.76 [0.47, 1.05]
Oldfield, Hays & Megel 1996	26.69	4.95	658	24.08	5.3	611	5.4%	0.51 [0.40, 0.62]
Saslawsky & Wurtele 1986	11.24	2.38	33	9.79	2.38	34	3.6%	0.60 [0.11, 1.09]
Taal & Edelaar 1997	29.77	2.11	161	27.1	2.56	131	4.9%	1.15 [0.90, 1.40]
Telljohann, Everett & Price 1997	13.5	2.3	236	12.4	2.3	195	5.1%	0.48 [0.29, 0.67]
Tutty 1992	78.2	16.8	98	72.1	18.7	97	4.7%	0.34 [0.06, 0.62]

Forts. Tabelle 1: Wirkung des Präventionsprogramms auf die Wissensvermittlung

Studie	Interventionsgruppe			Kontrollgruppe			Gewichtung	Std. Mittelwertdifferenz IV, Random, 95% KI
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>		
Tutty 1997	8.5	0.9	117	8.1	1.1	114	4.8%	0.40 [0.14, 0.66]
Wurtele 1990	9.92	1.62	12	8.5	1.68	12	2.2%	0.83 [-0.01, 1.67]
Wurtele et al. 1986	11.42	2.09	19	9.72	2.76	18	2.8%	0.68 [0.02, 1.35]
Zhang et al. 2014	3.5	0.72	78	2.31	1.04	72	4.3%	1.33 [0.98, 1.69]
Çençen-Eroğul & Hasirci 2013	8.66	1.28	18	6.16	1.42	18	2.4%	1.81 [1.02, 2.60]
N (95% KI)			3.581			2.666	100.0%	0.61 [0.45, 0.77]

Anm.: Heterogenität:  $\text{Tau}^2 = 0.12$ ;  $\text{Chi}^2 = 173.16$ ,  $\text{df} = 23$  ( $P < 0.00001$ );  $I^2 = 87\%$

### Beibehalten des Wissens

Die Frage nach der längerfristigen Wirksamkeit des Präventionsprogramms wurde in neun Follow-up Studien anhand des Wissensstandes gemessen. Während die Post-Befragung den Stand des Wissens unmittelbar nach der Teilnahme am Programm (Outcome 1) misst, so die in *Tabelle 1* aufgelisteten Studien, wird im Follow-up der Wissensstand nach einer gewissen Zeit im Anschluss an die Post-Befragung abgefragt. Der Zeitraum zwischen der Befragung unmittelbar nach der Teilnahme am Präventionsprogramm und dem Follow-up variierte innerhalb der Studien von sechs Wochen bis zu sechs Monaten nach der Post-Befragung.

Die Analyse basiert auf Daten von 3.138 Personen, wovon 1.943 am Programm teilnahmen und 1.195 der Kontrollgruppe angehörten. Es besteht ein moderater Gesamteffekt von 0.58 (95 % KI = [0.09, 1.06], siehe *Tabelle 2*), während für die Wissensvermittlung unmittelbar nach der Teilnahme am Programm, wie in *Tabelle 1* gezeigt, ein Gesamteffekt von 0.61 (95 % KI = [0.45, 0.77]) vorliegt.

Tabelle 2: Beibehalten des Wissens im Follow-up

Studie	Interventionsgruppe			Kontrollgruppe			Gewichtung	Std. Mittelwertdifferenz IV, Random, 95% KI
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>		
Bowi & Kruse 2007	18.59	5.42	493	10.77	4.07	393	11.8%	1.61 [1.45, 1.76]
de Lijster et al. 2016	9.3	2.99	431	9.02	3.04	384	11.8%	0.09 [-0.04, 0.23]
Hazzard et al. 1991	20.5	4.19	286	16.7	5.17	113	11.6%	0.85 [0.62, 1.07]
Kolko et al. 1987	3.2	1.3	298	3.2	1.2	41	11.3%	0.00 [-0.33, 0.33]
Kolko, Moser & Hughes 1989	12	2.3	213	11.1	2.1	35	11.2%	0.39 [0.04, 0.75]
Lee & Tang 1998	9.03	1.98	38	7.71	1.8	34	10.7%	0.69 [0.21, 1.17]
Ogunfowokan & Fajemilehin 2012	28.89	5.57	74	24.43	5.82	86	11.3%	0.78 [0.46, 1.10]
Tutty 1992	79.2	16.9	98	79.8	15.9	97	11.5%	-0.04 [-0.32, 0.24]
Wurtele 1990	9.33	1.92	12	7.5	1.98	12	8.7%	0.91 [0.06, 1.75]
N (95% KI)			1943			1195	100%	0.58 [0.09, 1.06]

Anm.: Heterogenität:  $\text{Tau}^2 = 0.51$ ;  $\text{Chi}^2 = 258.15$ ,  $\text{df} = 8$  ( $P < 0.00001$ );  $I^2 = 97\%$

### Angst und Furcht

Vier Studien befassen sich mit der Beziehung zwischen der Teilnahme an einem schulbasierten Präventionsprogramm und einer möglichen Angst und Furcht vor einem sexuellen Übergriff. Aufgrund fehlender Angaben zur Stichprobengröße in einer Untersuchung konnten hiervon lediglich drei Untersuchungen in die Metaanalyse einbezogen werden. Dem nachfolgenden Gesamteffekt liegen Daten von 998 Befragten zugrunde (Interventionsgruppe 527, Kontrollgruppe 471 Personen). Die standardisierte Mittelwertdifferenz zeigt eine größere Angst und Furcht bei den Kindern und Jugendlichen der Kontrollgruppe. Der Gesamteffekt beträgt -0.23 (95 % KI = [-0.37, -0.08], siehe *Tabelle 3*), bei einer geringen Heterogenität innerhalb der Studienbefunde ( $I^2 = 14\%$ ,  $\text{Tau}^2 = 0.00$ ).

Tabelle 3: Auswirkung auf Angst und Furcht

Studie	Interventionsgruppe			Kontrollgruppe			Gewichtung	Std. Mittelwertdifferenz IV, Random, 95% KI
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>n</i>		
Lee u. Tang 1998	4.71	1.99	38	4.74	2.22	34	9.3%	-0.01 [-0.48, 0.45]
Oldfield, Hays & Megel 1996	13.9	2.15	342	14.5	1.74	323	61.1%	-0.13 [-0.38, 0.11]
Taal & Edelaar 1997	2.2	2.08	147	2.5	2.4	114	29.6%	-0.31 [-0.46, -0.15]
N (95% KI)			527			471	100.0%	-0.23 [-0.37, -0.08]

Anm.: Heterogenität:  $\text{Tau}^2 = 0.00$ ;  $\text{Chi}^2 = 2.33$ ,  $\text{df} = 2$  ( $P = 0.31$ );  $I^2 = 14\%$

## 4. Fazit

Die metaanalytischen Ergebnisse zeigen Effekte der durchgeführten Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen. Insbesondere ergaben sich Wirkungen in der Wissensvermittlung, wobei der Wissensstand im Zeitverlauf leicht rückläufig war. Die hohe Heterogenität in den Studienbefunden weist insbesondere auf Unterschiede in den Studiendesigns und in den Studienbedingungen hin.

Für die Präventionsprogramme im Verantwortungsbereich der katholischen Kirche fehlen bisher Evaluationen mit Kontrollgruppen. Entsprechende Evaluationen sollten durchgeführt werden. Es sollte auch ermittelt werden, inwieweit die an die Kinder und Jugendlichen gerichteten Programme von deren Eltern akzeptiert werden. Außerdem sollten auch Präventionsprogramme untersucht werden, die sich unmittelbar an die Eltern richten.

## Literatur

- Borenstein, M./Hedges, L.V./Higgins, J.P.T./Rothstein, H.R. (2009): Introduction to Meta-Analysis. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.
- Card, N.A. (2012): Applied Meta-Analysis for Social Science Research. New York u.a.: The Guilford Press.
- Chen, Y.-C./Fortson, B.L./Tseng, K.-W. (2012): Pilot Evaluation of a Sexual Abuse Prevention Program for Taiwanese Children. Journal of Child Sexual Abuse, 21 (6), S. 621-645.



- Döring, N./Bortz, J. (2016): Metaanalyse. In: Döring, N./Bortz, J. (Hg.): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5. Auflage. Berlin u.a.: Springer, S. 895-943.
- Dreßing, H./Bannenberg, B./Dölling, D./Hermann, D./Kruse, A./Schmitt, E./Voss, E./Hoell, A./Salize, H.J. (2015): Sexueller Missbrauch Minderjähriger durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz. Konzeption eines Forschungsprojekts. *Nervenheilkunde*, 34 (7), S. 1-5.
- Dreßing, H./Dölling, D./Dieter, H./Horten, B./Collong, A./Kruse, A./Schmitt, E./Hinner, J./Bannenberg, B./Hoell, A./Voss, E./Salize, H.J. (2017): Wie aktiv ist die katholische Kirche bei der Prävention des sexuellen Missbrauchs? Erste Ergebnisse der MHG-Studie. *Psychiatrische Praxis*, 45 (2), S. 103-105.
- Fegert, J.M./Rassenhofer, M. (2015): Gesellschafts- und bildungspolitische Notwendigkeit eines umfassenden Kursangebotes zur Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch. In: Fegert, J.M./Hoffmann, U./König, E./Niehues, J./Liebhardt, H. (Hg.): Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Ein Handbuch zur Prävention und Intervention für Fachkräfte im medizinischen, psychotherapeutischen und pädagogischen Bereich. Berlin u.a.: Springer, S. 3-7.
- Higgins, J./Altman, D.G. (2011): Assessing risk of bias in included studies. In: Higgins, J./Green, S. (Hg.): *Cochrane Handbook of Systematic Reviews of Interventions*. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons, S. 187-241.
- Lock, T./Levis, D.J./Rourke, P.A. (2005): The sexual abuse questionnaire: a preliminary examination of a time and cost efficient method in evaluating the presence of childhood sexual abuse in adult patients. *Journal of Child Sexual Abuse*, 14 (1), S. 1-26.
- Saslowsky, D.A./Wurtele, S.K. (1986): Educating children about sexual abuse: Implications for pediatric intervention and possible prevention. *Journal of Pediatric Psychology*, 11 (2), S. 235-245.
- Spielberger, C./Edwards, C.D./Monturi, J./Lushene, R. (1970): State-Trait anxiety inventory for children (STAI-CH). Redwood City, CA: Mind Garden.
- Tutty, L.M. (1995): The revised children's knowledge of abuse questionnaire: Development of a measure of children's understanding of sexual abuse prevention concepts. *Social Work Research*, 19 (2), S. 112-120.
- Weitkamp, K./Romer, G./Rosenthal, S./Wiegand-Greife, S./Daniels, J. (2011): Der deutsche Screen for Child Anxiety Related Emotional Disorders (SCARED): Eltern- und Selbsturteil in einer klinischen Stichprobe 11- bis 18-Jähriger. *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 60 (10), S. 819-834.
- Wieczerkowski, W./Nickel, H./Janowski, A./Fittkau, B./Wulf, R./Petermann, F. (2016): *Angstfragebogen für Schüler*. Göttingen: Hogrefe.
- Wurtele, S.K./Miller-Perrin, C.L. (1986): An evaluation of side effects associated with participation in a child sexual abuse prevention program. *Journal of School Health*, 57 (6), S. 228-231.

# Verurteilte Sexualstraftäterinnen – Eine empirische Analyse sexueller Missbrauchsdelikte<sup>1</sup>

*Ulrike Hunger*

## **Gliederung**

- |                              |  |
|------------------------------|--|
| 1. Einleitung                | 3. Empirische Bestandsaufnahme         |
| 2. Theoretischer Hintergrund | 3.1 Forschungsziel/-fragen und Methode |
| 2.1 Begriffsbestimmungen     | 3.2 Ergebnisse                         |
| 2.2 Häufigkeit               | 4. Zusammenfassung                     |

## **1. Einleitung**

Sexuelle Missbrauchstäterinnen sind in unserer Gesellschaft ein kaum wahrgenommenes und sehr seltenes Phänomen. Die meisten verbinden die Worte „Frau“ und „sexueller Missbrauch“ mit der Frau als Opfer. Dass sie jedoch auch Täterin sein kann, ist für viele nur schwer vorstellbar.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den verurteilten sexuellen Missbrauchstäterinnen, ihren Opfern, ihren Taten und ihrer justiziellen Verarbeitung. Dabei wird zunächst der theoretische Hintergrund beleuchtet, indem die zentralen Begriffe erklärt werden und die Häufigkeit ihres Vorkommens dargestellt wird. Dem schließt sich das Kernstück des Beitrages mit einer empirischen Bestandsaufnahme an. Dabei werden das Forschungsziel, die Forschungsfragen und die verwendete Methode beschrieben sowie gewonnene Ergebnisse präsentiert.

## **2. Theoretischer Hintergrund**

### **2.1 Begriffsbestimmungen**

Zunächst ist zu klären, was unter den im Titel genannten Begriffen der Verurteilten, der Sexualstraftäterinnen und der sexuellen Missbrauchsdelikte zu verstehen ist.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag ist ein Ausschnitt aus dem Dissertationsprojekt „*Verurteilte Sexualstraftäterinnen – eine empirische Analyse sexueller Missbrauchs- und Gewaltdelikte*“ der Verfasserin.

Verurteilte sind Personen, die zum Tatzeitpunkt strafmündig und damit 14 Jahre oder älter waren und „*gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafhaft oder Geldstrafe (auch durch einen rechtskräftigen Strafbefehl) verhängt worden ist, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßnahmen geahndet wurde*“.<sup>2</sup>

Der Begriff der Sexualstraftäterinnen umfasst weibliche Täter, die sich nach dem 13. Abschnitt des StGB strafbar gemacht haben, das heißt „*Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung*“ nach den §§ 174–184j StGB<sup>3</sup> verwirklicht haben. Diese Straftaten konnte man aus kriminologischer Sicht – bis zur Reform des Sexualstrafrechts durch das 50. StrÄndG vom 04. November 2016<sup>4</sup> – problemlos in vier Deliktgruppen einteilen: die sexuellen Gewaltdelikte, die sexuellen Belästigungsdelikte, das Ausnutzen sexueller Neigungen und die sexuellen Missbrauchsdelikte.<sup>5</sup> Zu den sexuellen Gewaltdelikten<sup>6</sup> zählen die sexuelle Nötigung und Vergewaltigung (§ 177 StGB a.F.) sowie die sexuelle Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge (§ 178 StGB a.F.).<sup>7</sup> Die sexuellen Belästigungsdelikte erfassen exhibitionistische Handlungen (§ 183 StGB) sowie die Erregung öffentlichen Ärgernisses (§ 183a StGB).<sup>8</sup> In die Gruppe des Ausnutzens sexueller Neigungen sind die Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger (§ 180 StGB),<sup>9</sup> die Ausbeutung von Prostituierten (§ 180a StGB), die Zuhälterei (§ 181a StGB), die Pornographietatbestände (§§ 184 ff. StGB) und die Prostitutionsdelikte (§ 184e StGB: Ausübung der verbotenen Prostitution und § 184f StGB: Jugendgefährdende Prostitution)<sup>10</sup> einzuordnen.<sup>11</sup>

Letztlich gibt es die Gruppe der sexuellen Missbrauchsdelikte, die diesem Beitrag zugrunde liegen. Sie werden durch das Ausnutzen von Macht-, Abhängigkeits- oder Autoritätsverhältnissen geprägt.<sup>12</sup> Die bekanntesten Straf-

2 Statistisches Bundesamt (2017), S. 15.

3 In Kraft seit dem 10.11.2016.

4 Fünfzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung vom 04.11.2016 (BGBl. I 2460). Damit änderte sich die Rechtslage ab dem 10.11.2016. Diese ist jedoch für den Beitrag und die empirische Bestandsaufnahme irrelevant, da die Untersuchung die neue Rechtslage nicht betrifft.

5 Egg (2000), S. 11; (2003), S. 39 f.; (2008), S. 39 f.

6 In der Fassung vom 13.11.1998, in Kraft vom 01.01.1999 bis 09.11.2016.

7 Egg (2000), S. 11; (2003), S. 39; (2008), S. 39.

8 Egg (2000), S. 11; (2003), S. 40; (2008), S. 40.

9 Bundesministerium des Innern (2017), S. 100; Bundeskriminalamt (2017), S. 2.

10 Jeweils in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie vom 31.10.2008 (BGBl. I 2149).

11 Egg (2003), S. 40; Bundesministerium des Innern (2017), S. 100.

12 von Danwitz (2004), Rn. 187; Renzikowski in MüKo-StGB (2017), Vorb. zu §§ 174 ff. Rn. 19, 25; Eisele in Schönke/Schröder (2014), Vorb. zu §§ 174 ff. Rn. 1b.

tatbestände sind der sexuelle Kindesmissbrauch sowie der schwere sexuelle Kindesmissbrauch (§§ 176, 176a, 176b StGB). Sexueller Missbrauch umfasst jedoch noch eine Vielzahl anderer Straftatbestände, wie den sexuellen Missbrauch Schutzbefohlener (§ 174 StGB), Gefangener, behördlich Verwahrter oder Kranker und Hilfsbedürftiger in Einrichtungen (§ 174a StGB), Widerstandsunfähiger (§ 179 StGB in der Fassung vom 27.12.2003), Jugendlicher (§ 182 StGB) sowie den sexuellen Missbrauch unter Ausnutzung einer Amtsstellung (§ 174b StGB) oder unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses (§ 174c StGB).<sup>13</sup>

## 2.2 Häufigkeit

Die Häufigkeit der Verurteilung weiblicher Täter wegen sexuellen Missbrauchs lässt sich der Strafverfolgungsstatistik entnehmen.<sup>14</sup>

Betrachtet man die Jahre 2007 bis 2015, zeigt sich folgendes Bild (*Abbildung 1*): Danach lag die höchste Anzahl der wegen sexuellen Missbrauchs registrierten verurteilten Täterinnen in diesem Zeitraum bei jeweils 47 Personen in den Jahren 2007 und 2008. Die niedrigste Anzahl belief sich auf 22 Frauen im Jahr 2011. Insgesamt erfasste die Strafverfolgungsstatistik innerhalb von neun Jahren 334 wegen sexuellen Missbrauchs verurteilte Täterinnen.<sup>15</sup>

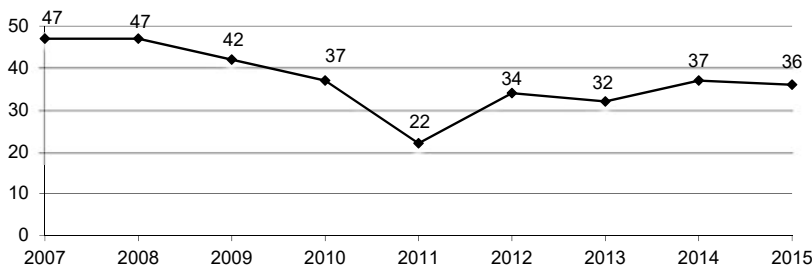


Abbildung 1: Verurteilte sexuelle Missbrauchstäterinnen in Deutschland nach der Strafverfolgungsstatistik (n = 334), 2007-2015

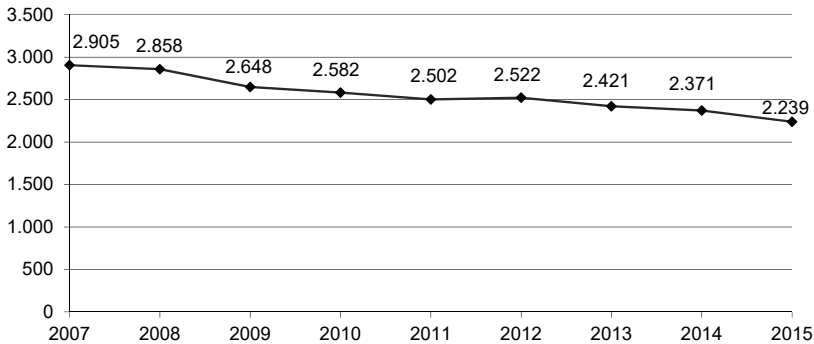
Bei den männlichen wegen sexuellen Missbrauchs verurteilten Tätern hingegen belief sich die höchste Anzahl der registrierten Verurteilten in der Strafver-

<sup>13</sup> Egg (2000), S. 11; (2003), S. 40; (2008), S. 39 f.; Steiger (2016), S. 35.

<sup>14</sup> Zu den Schwächen der Strafverfolgungsstatistik, siehe Göppinger (2008), § 23 Rn. 43, 48; Schwind (2016), § 2 Rn. 11 f.; Statistisches Bundesamt (2017), S. 13.

<sup>15</sup> Jeweils eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt (2009-2017), Tab. 2.1.

folgungsstatistik auf 2.905 im Jahr 2007, die niedrigste auf 2.239 im Jahr 2015 und somit insgesamt auf 23.048 Personen in neun Jahren (vgl. *Abbildung 2*).<sup>16</sup>



*Abbildung 2: Verurteilte sexuelle Missbrauchstäter in Deutschland nach der Strafverfolgungsstatistik (n = 23.048), 2007-2015*

Berechnet man wiederum die Verteilung zwischen den weiblichen und männlichen Registrierten, machen weibliche Verurteilte nur 0,9 % bis 1,6 % der wegen sexuellen Missbrauchs in der Strafverfolgungsstatistik im Zeitraum von 2007 bis 2015 registrierten Täter aus.<sup>17</sup>

Im Ergebnis handelt es sich damit bei verurteilten sexuellen Missbrauchstäterinnen um ein sehr seltenes Phänomen.

### 3. Empirische Bestandsaufnahme

Zu dieser seltenen Erscheinung erfolgte eine Untersuchung am Institut für Kriminologie in Tübingen im Rahmen eines Dissertationsprojektes.

#### 3.1 Forschungsziel/-fragen und Methode

Forschungsziel war eine empirische Bestandsaufnahme wegen sexueller Missbrauchsdelikte verurteilter Täterinnen: Es sollten die Fragen beantwortet

<sup>16</sup> Jeweils eigene Berechnungen nach *Statistisches Bundesamt* (2009-2017), Tab. 2.1.

<sup>17</sup> Jeweils eigene Berechnungen nach *Statistisches Bundesamt* (2009-2017), Tab. 2.1; beispielsweise: 2007: 1,6 % zu 98,4 %; 2010: 1,4 % zu 98,6 %; 2011: 0,9 % zu 99,1 %; 2015: 1,6 % zu 98,4 %.

werden, wodurch sich Täterinnen, Opfer, Taten und die justizielle Verarbeitung auszeichnen und ob es frauentypische Merkmale gibt.

Als Methode wurde die Strafaktenanalyse gewählt. In die Auswertung flossen 82 weibliche Täter ein, die die Gerichte wegen eines sexuellen Missbrauchsdeliktes in Bayern oder Baden-Württemberg im Zeitraum von 2003 bis 2012 rechtskräftig verurteilt hatten. Ihnen gegenübergestellt wurde eine männliche Vergleichsgruppe von 82 wegen sexuellen Missbrauchs Verurteilte aus den genannten Bundesländern und demselben Zeitraum.

### 3.2 Ergebnisse

Aus dieser Untersuchung werden ausgewählte Ergebnisse zu den Mitwirkenden, dem Opfergeschlecht, den Tattypen, den Motiven und der behördliche Kenntniserlangung vorgestellt.

#### 3.2.1 Mitwirkende

Bei 81 Täterinnen und 82 Tätern konnten Angaben zu Mitwirkenden bei der Tat in den Akten festgestellt werden.

In der weiblichen Gruppe vollzog circa ein Drittel (35,8 %) der Frauen den sexuellen Missbrauch allein. Bei zwei Dritteln der Verurteilten (66,7 %) waren weitere Personen an den Übergriffen beteiligt. Sofern die Täterinnen gemeinsam mit einem Dritten in die Tat involviert waren, handelten fast alle Frauen (94,4 %) mit einem männlichen Täter und der überwiegende Teil von ihnen mit ihrem Beziehungspartner (59,3 %). Die männliche Vergleichsgruppe beging die Tat fast ausschließlich (97,6 %) allein.<sup>18</sup>

Damit weichen beide Gruppen im Ergebnis stark voneinander ab. Frauentypisch ist daher, dass bei einem überwiegenden Anteil der Taten eine dritte Person mitwirkt. Dem Mitwirkenden kommt eine erhebliche Bedeutung zu, da sich sein Vorkommen auf verschiedene Merkmale niederschlägt. So zum Beispiel auf das Opfergeschlecht, die Tathandlung und die Motive, die im Folgenden näher beleuchtet werden.

#### 3.2.2 Opfergeschlecht

Das Opfergeschlecht ließ sich in der weiblichen Gruppe bei 111 Opfern und in der männlichen bei 141 Opfern den Unterlagen entnehmen. Die Geschädigten der

---

<sup>18</sup> Bezugspunkt: Täter/-innen.

Täterinnen waren in 55,9 % weiblich und in 44,1 % männlich. Außerdem erfolgte bei 81,4 % der weiblichen Betroffenen der Missbrauch gemeinsam mit einem Dritten. Die Männer hingegen wählten größtenteils weibliche Opfer (84,4 %).<sup>19</sup> Damit bestand auch bei diesem Merkmal ein Unterschied zwischen den Gruppen.

### 3.2.3 Tattypen

Die sexuellen Missbrauchstaten lassen sich in zwei Tattypen einteilen: solche, die durch die Täterin ausschließlich ohne Körperkontakt mit dem Opfer erfolgten, und solche, die sie (auch) mit Körperkontakt am Geschädigten ausführte.<sup>20</sup>

In die Analyse wurden 147 Taten der weiblichen und 214 Taten der männlichen Gruppe einbezogen. Bei den Täterinnen fand ein hoher Anteil von 46,3 % der Übergriffe ohne Körperkontakt der Frau statt. Die männliche Vergleichsgruppe vollzog den Großteil der Taten (74,8 %) mit Körperkontakt.<sup>21</sup>

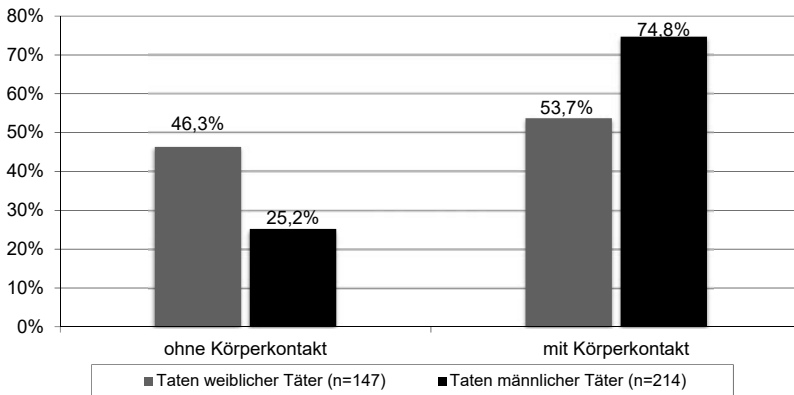


Abbildung 3: Tattypen

#### 3.2.3.1 Taten ohne Körperkontakt der Täterin

In der Gruppe der weiblichen Verurteilten war die am meisten vorkommende Tathandlung bei den Taten ohne Körperkontakt das Nichtstun. Es lag vor, wenn die Täterin weder in die Tat involviert noch unmittelbar am sexuellen

<sup>19</sup> Bezugspunkt: Opfer.

<sup>20</sup> Unerheblich bei der Einteilung war daher, ob beteiligte Dritte Körperkontakt zum Opfer hatten.

<sup>21</sup> Bezugspunkt: Taten.

Übergriff beteiligt war. Trotzdem kann das ‚Nichthandeln‘ als sexueller Missbrauch durch Unterlassen oder als Beihilfe zum sexuellen Missbrauch strafbar sein. Dazu enthielten die Akten folgendes Beispiel: In einem Fall kam es zum sexuellen Missbrauch des Vaters an seinen Töchtern, indem er mehrmals mit ihnen den Geschlechtsverkehr vollzog. Diese Taten gestand er der Mutter der Geschädigten, sodass diese Kenntnis von den Vorfällen hatte. Zudem wusste sie ab diesem Zeitpunkt, dass ihr Ehemann die sexuellen Kontakte weiterhin aufrechterhielt. Sie unternahm jedoch *„nichts, um die Übergriffe ihres Mannes [...] zu verhindern“*.<sup>22</sup> Dabei handelt es sich um ein frauentypisches Verhalten, da dieses bei den männlichen Verurteilten nicht auftrat.

Die zweithäufigste Handlung bei den Taten ohne Körperkontakt war das Bestimmen oder Auffordern des Opfers oder Dritter zu sexuellen Handlungen. In einem Verfahren redete zum Beispiel die Täterin *„mehrere Tage [auf das Opfer] ein, Geschlechtsverkehr mit dem Angeklagten [...] auszuüben, da dieser auch an ihr Interesse habe“*.<sup>23</sup> Später forderte sie *„die Geschädigte auf, sich in die Mitte des Bettes zu legen und die Hose und Unterhose auszuziehen [...] und verließ dann das Schlafzimmer“*.<sup>24</sup> Auch hierbei handelt es sich um eine charakteristisch weibliche Tathandlung. Die dritthäufigste Handlung war der Geschlechtsverkehr vor dem Opfer, der auch als frauentypisch einzustufen ist.

Charakteristisch für die Taten ohne Körperkontakt der *Frauen* ist außerdem, dass bei 86,8 % der Übergriffe eine weitere Person mitwirkte. Ferner betrafen 92,2 % der Taten weibliche Opfer. Hintergrund dürfte sein, dass oftmals der Mittäter das Opfer auswählte, dieser fast ausschließlich männlich war und sich daher für eine weibliche Geschädigte entschied. In der *männlichen* Gruppe hingegen bestand die Haupthandlung in der Manipulation der eigenen Geschlechtsteile. Zudem begingen sie fast alle Übergriffe (98,1 %) allein. Der weit überwiegende Teil der Taten (80 %) betraf weibliche Opfer.

Damit kennzeichnen sich die Taten ohne Körperkontakt durch frauentypisches, vorwerfbares Verhalten in Form des Nichtstuns, des Aufforderns und Bestimmens zu sexuellen Handlungen sowie des Geschlechtsverkehrs vor dem Opfer.

### 3.2.3.2 Taten (auch) mit Körperkontakt der Täterin

Mit Körperkontakt führten die Täterinnen 53,7 % der Taten durch. Die Haupthandlungen bildeten das Anfassen oder Streicheln des Opfers, der Geschlechtsverkehr mit ihm und das Küssen. Circa die Hälfte der Übergriffe begingen die

---

<sup>22</sup> Auszug aus dem Urteil.

<sup>23</sup> Auszug aus dem Urteil.

<sup>24</sup> Auszug aus dem Urteil.



Täterinnen allein (54,4 %). Zudem betrafen die Taten überwiegend männliche Geschädigte (62,0 %).<sup>25</sup>

In der männlichen Vergleichsgruppe entsprachen die Haupthandlungen denen der Täterinnen. Sie vollzogen jedoch fast alle Übergriffe (96,9 %) allein und die Mehrheit von ihnen (89,4 %) an weiblichen Opfern.<sup>26</sup>

### **3.2.4 Motive**

Angaben zur Motivation für die Taten fanden sich bei 58 der weiblichen und 67 der männlichen Verurteilten in den Akten. Sie ließen sich den polizeilichen und richterlichen Vernehmungen, Gutachten, Urteilen sowie Verhandlungsprotokollen entnehmen. Die Motive können in drei Bereiche unterteilt werden: die eigenbezogenen, die mittäterbezogenen und die opferbezogenen.

#### **3.2.4.1 Eigenbezogene Motive**

In der weiblichen Gruppe war bei den eigenbezogenen Motiven eine Partnerschaft zwischen der Täterin und dem Opfer der Hauptgrund für die Übergriffe. Dabei traten Beziehungen in verschiedenen Konstellationen auf: solche zwischen Kindern und Jugendlichen, Kindern und Heranwachsenden, Kindern und Erwachsenen, aber auch solche zwischen beiderseitig Erwachsenen.<sup>27</sup> Weitere Beweggründe waren die Suche der Täterin nach Nähe und Wärme, die Instrumentalisierung des Opfers<sup>28</sup> und die eigene sexuelle Befriedigung beziehungsweise Stimulation<sup>29</sup>.

Auch in der männlichen Vergleichsgruppe traten die Beweggründe der Partnerschaft, des Bedürfnisses nach Wärme und Nähe sowie die Instrumentalisierung auf. Sie spielten jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Das Hauptmotiv bildete hier die eigene sexuelle Befriedigung.

Damit unterschieden sich beide Gruppen in ihren Hauptmotiven. Demnach ist typisch für Täterinnen, dass sie die Taten im Rahmen von Partnerschaften begehen.

---

25 Bezugspunkt: Taten mit Körperkontakt.

26 Bezugspunkt: Taten mit Körperkontakt.

27 Auch sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen sind strafbar, wenn sie z.B. an Gefangenen, behördlich Verwahrten oder Kranken und Hilfsbedürftigen in Einrichtungen (§ 174a StGB) oder unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses (§ 174c StGB) begangen werden.

28 Dies betraf sexuelle Handlungen, die die Täterin aus dem Bedürfnis nach Spaß, Geld oder Macht vornahm.

29 Dieser Bereich erfasste nur solche Taten, bei denen keine Partnerschaft zwischen Täterin und Opfer vorlag, innerhalb derer es zu sexuellen Handlungen hätte kommen können.

### 3.2.4.2 Mittäterbezogene Motive

Bei den mittäterbezogenen Motiven bildete in der weiblichen Gruppe das vorherrschende Motiv die sexuelle Befriedigung des Mitwirkenden. Zudem traten bei den Frauen verschiedene Ängste auf, die wiederum zur Tat führten: So zum Beispiel die Angst vom Partner verlassen zu werden oder die Angst vor körperlichen Misshandlungen durch ihn. Weiterhin handelten Täterinnen beim sexuellen Missbrauch oder duldeten diesen aus Liebe, Hilflosigkeit, Überforderung oder Abhängigkeit.

In der männlichen Vergleichsgruppe lagen keine mittäterbezogenen Beweggründe vor, da die männlichen Täter, wie oben dargestellt, fast ausschließlich die Übergriffe allein ausübten. Deshalb handelt es sich bei diesem Motivbereich um ein typisches Merkmal von sexuellen Missbrauchstäterinnen.

### 3.2.4.3 Opferbezogene Motive

Opferbezogene Beweggründe waren ausschließlich in der weiblichen Gruppe vorhanden und sind damit charakteristisch für die Täterinnen. Sie umfassten zum Beispiel Übergriffe, die der sexuellen Aufklärung des Opfers dienen sollten.

Im Ergebnis zeigt sich damit, dass sich weibliche und männliche wegen sexuellen Missbrauchs verurteilte Täter in ihren Motiven unterschieden.

## 3.2.5 Behördliche Kenntniserlangung

Informationen zur Kenntniserlangung der Behörden von den sexuellen Missbrauchstaten wiesen die Strafverfahrensakten bei 78 Täterinnen und 77 Tätern auf (*Abbildung 4*).

In der weiblichen Gruppe zeigte sich, dass 38,4 % der Frauen in das Blickfeld der Behörden durch von Amts wegen eingeleitete Strafverfahren gelangten. Dabei ließen sich hauptsächlich zwei Konstellationen unterscheiden.

Die erste Variante betraf Täterinnen, die bei Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Missbrauchs gegen den Mitwirkenden in das Blickfeld der Strafverfolgungsbehörden kamen. Dabei erfolgte oftmals eine Strafanzeige gegen den an der Tat beteiligten männlichen Täter. Bei den anschließenden Vernehmungen des Opfers, des Täters und der Täterin als Zeugin stellte sich nebenbei heraus, dass auch die Frau als Täterin am sexuellen Missbrauchsübergriff beteiligt war. Dazu folgendes exemplarisches Beispiel aus den Akten: Das Opfer, die Tochter der Täterin, erstattete gegen ihren Stiefvater Strafanzeige wegen sexueller Übergriffe. Bei ihrer Vernehmung gab sie gegenüber den Polizeibeamten zum Tatgeschehen an, dass die Mutter sie einmal erwischt habe.

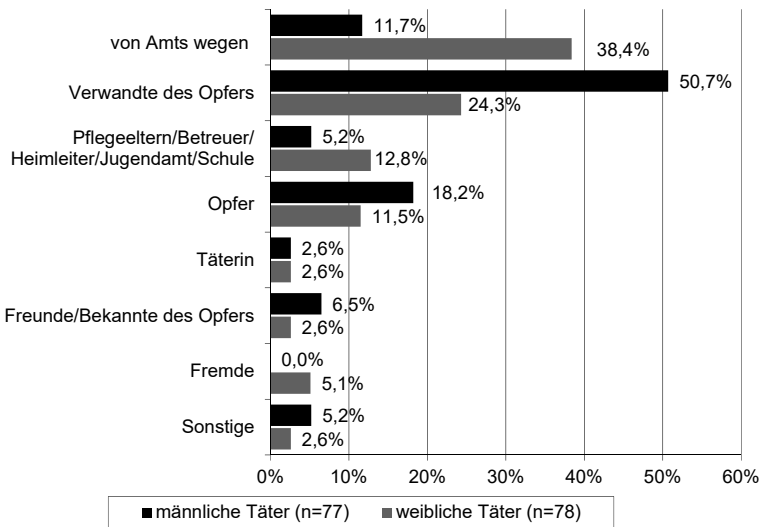


Abbildung 4: Behördliche Kenntniserlangung

Die zweite Variante betraf Strafverfahren, die in keinem Zusammenhang mit sexuellen Missbrauchstaten standen: So ermittelte die Polizei zum Beispiel wegen Diebstahls oder Körperverletzung. Im Rahmen der Vernehmungen kamen die Opfer oder Dritte nebenbei auf die Täterin und die sexuelle Missbrauchstat zu sprechen. Dabei handelten sie aber nicht in der Absicht, ein Sexualdelikt anzuzeigen.

Außerdem zeigten Verwandte des Opfers – insbesondere ein Elternteil –, Pflegeeltern, Betreuer aber auch das Opfer selbst die Täterin an. Auch Fremde traten als Anzeigerstatter in Erscheinung: So zum Beispiel Fotolabore, die Bilder mit sexuellem Inhalt an Kindern der Polizei meldeten.

In der männlichen Vergleichsgruppe hingegen erfolgte nur bei circa 12 % der Täter eine Einleitung des Ermittlungsverfahrens von Amts wegen. Circa die Hälfte (50,7 %) von ihnen meldeten Verwandte des Opfers der Polizei. Damit unterschieden sich beide Gruppen in der behördlichen Kenntniserlangung.

## 4. Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag befasste sich mit sexuellem Missbrauch verurteilter Täterinnen. Nach der Strafverfolgungsstatistik handelt es sich dabei um ein sehr

seltenes Phänomen. Hierzu erfolgte als Forschungsprojekt eine Analyse von Strafverfahrensakten. Dabei stellte sich heraus, dass bei einem Großteil der Täterinnen (66,7 %) weitere Personen am sexuellen Übergriff beteiligt waren. Bei den Opfern handelte es sich gleichermaßen um männliche (44,1 %) und weibliche (55,9 %) Geschädigte. Weiterhin vollzogen die Täterinnen einen hohen Anteil der Taten (46,3 %) ohne Körperkontakt. Als Hauptmotiv traten Partnerschaften zwischen der Verurteilten und den Geschädigten sowie die sexuelle Befriedigung des am sexuellen Missbrauch Mitwirkenden auf. Letztlich wurde das Ermittlungsverfahren bei den Täterinnen am häufigsten von Amts wegen (38,4 %) und durch Verwandte des Opfers (24,3 %) eingeleitet. Im Ergebnis unterschieden sich die männliche und weibliche Gruppe in den oben genannten Bereichen, sodass der sexuelle Missbrauch durch Täterinnen frauentypische Merkmale aufwies.

## Literatur

- Bundeskriminalamt* (2017): Polizeiliche Kriminalstatistik: Straftatenkatalog 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern* (2017): Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016. Berlin: Eigenverlag.
- Egg, R.* (2000): Zur Kriminologie der Sexualstraftäter. In: Egg, R. (Hg.): Was tun mit Sexualstraftätern? Rationalität und Irrationalität der Reaktionen in Politik, Justiz und Gesellschaft. Köln: Wienand, S. 7-30.
- Egg, R.* (2003): Kriminalität mit sexuellem Hintergrund. Einen Königsweg zur Verhinderung gibt es nicht. *Der Bürger im Staat*, 53 (1), S. 39-44.
- Egg, R.* (2008): Sexualdelinquenz. In: Volbert, R./Steller, M. (Hg.): Handbuch der Rechtspsychologie. Göttingen u.a.: Hogrefe, S. 38-47.
- Göppinger, H.* (2008): Kriminologie. 6. Auflage. München: C.H. Beck.
- MüKo-StGB* (2017): Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, herausgegeben von W. Joecks und K. Miebach. Band 3 - §§ 80-184j. 3. Auflage. München: C.H. Beck.
- Schönke/Schröder* (2014): Strafgesetzbuch, herausgegeben von A. Eser, W. Perron, D. Sternberg-Lieben, J. Eisele, N. Bosch, B. Hecker, J. Kinzig, F. Schuster, B. Weißer. 29. Auflage. München: C.H. Beck.
- Schwind, H.-D.* (2016): Kriminologie und Kriminalpolitik. 23. Auflage. Heidelberg: Kriminalistik.
- Statistisches Bundesamt* (2009-2017): Fachserie 10, Reihe 3: Rechtspflege, Strafverfolgung 2007-2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Statistisches Bundesamt* (2017): Fachserie 10, Reihe 3: Rechtspflege, Strafverfolgung 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Steiger, L.* (2016): Gleiches Recht für alle – auch für Sexualstraftäter? Sonderregelungen für Sexualstraftäter im Strafrecht und ihre kriminologische Berechtigung. Berlin: Duncker & Humblot.
- von Danwitz, K.-S.* (2004): Examens-Repetitorium Kriminologie. Heidelberg: C.F. Müller.

# Sozialer Wandel und Früh-/Zwangsehen Präventions- und Interventionsmaßnahmen im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationspolitik\*

*Isabelle Brantl, Margit Stein und Yvette Völschow*

## Gliederung

1. Hintergrund: Daten und Definitionen
2. Diskursstrategien im Umgang mit Früh- und Zwangsehen
3. Das EU Fem Roadmap Projekt und Implikationen der Forschungsergebnisse

## 1. Hintergrund: Daten und Definitionen

Früh- und Zwangsehen sind global auftretende Erscheinungen, die von einer Vielzahl von thematisch verwandten, aber abzugrenzenden Phänomenen, wie etwa „Heiratsschwindel“, arrangierten Ehen oder Eheschließungen zum Erhalt der Staatsbürgerschaft, unterschieden werden müssen. Eine Gemeinsamkeit ist jedoch bei all diesen Formen, dass die freie und volle Einwilligung der Betroffenen nicht einfach vorausgesetzt werden kann.<sup>1</sup> Dies steht auch im Kern der UN-Definition von Zwangsehen, die besagt, dass eine Zwangsheirat vorliegt, wenn das freie und volle Einverständnis von mindestens einer der beiden involvierten Personen fehlt.<sup>2</sup> Zusätzlich sind Frühehen als Heirat definiert, bei der mindestens ein Partner<sup>3</sup> unter 18 Jahre alt ist oder mindestens eine beteiligte Person über 18 Jahre alt ist, die aber nicht die psychische oder emotionale Reife hat, um die Konsequenzen einer Heirat abschätzen zu

---

\* Disclaimer: This publication has been produced with the financial support of the Justice Programme of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of *Isabelle Brantl*, *Yvette Völschow* and *Margit Stein* and can in no way be taken to reflect the views of the European Commission.

1 *Rude-Antoine* (2005), S. 7.

2 *United Nations* (2014), S. 4.

3 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

können.<sup>4</sup> Da diese Umstände ein volles und freies Einverständnis unmöglich machen würden, können Frühehen ebenfalls unter die Definition der Zwangsehe subsumiert werden. Trotz der Vielzahl an unterschiedlichen nationalen und internationalen Abkommen zum Thema der Früh- und Zwangsehen ist eine Einigung auf diese Definition und insbesondere auf die Ausschließung einer Verheiratung Minderjähriger ablesbar.<sup>5</sup> Zwar war in Deutschland bis zum Juli 2017 eine Eheschließung nach einer Entscheidung des Familiengerichts im Einzelfall bereits ab dem 16. Geburtstag möglich, jedoch war die Heirat nicht mit einer frühzeitigen Mündigkeit gleichzusetzen, sodass die Pflichten der Erziehungsberechtigten (in eingeschränktem Maße) bestehen blieben. Das seitdem geltende Recht hingegen setzt das Mindestalter für Eheschließungen ohne Ausnahmen auf den 18. Geburtstag fest.<sup>6</sup> Zudem verstoßen Zwangsehen gegen Artikel 16 der Menschenrechtskonvention von 1948, die allen Menschen ein Recht auf freie Ehepartnerwahl zugesteht.<sup>7</sup>

Eine Angabe des genauen Ausmaßes von Früh- und Zwangsehen ist nicht möglich, da die Besonderheiten dieses Verstoßes gegen die Menschenrechte – wie etwa die Verankerung der Täter im sozialen Nahraum – die Bereitschaft der Betroffenen zu einer Anzeige oder auch die Bereitschaft, aktiv Unterstützungsangebote aufzusuchen, mindert.<sup>8</sup> Daher kann man sowohl für Europa als auch für Nordamerika und Australien ausschließlich auf Schätzwerte zurückgreifen,<sup>9</sup> wie zum Beispiel die ungefähre Angabe des United Nations Population Fund (UNFPA) von jährlich 14,2 Millionen minderjährigen Betroffenen in diesem Jahrzehnt mit steigender Tendenz für die kommenden Jahre.<sup>10</sup> Das Problem der nicht verlässlichen Hellfelddaten wird in Deutschland durch eine exklusive rechtliche Erfassung von Früh- und Zwangsehen im Strafgesetzbuch durch den im Jahr 2011 eingefügten § 237 StGB „Zwangsheirat“<sup>11</sup> moderiert; zuvor waren Zwangsverheiratungen bereits seit dem Jahr

---

4 *United Nations* (2014), S. 3.

5 *United Nations*, General Assembly Resolution 1763 A (1962); *African Commission on Human and Peoples' Rights*, African Charter on the Rights and Welfare of the Child (1990); *United Nations*, Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, Art. 2 (2011).

6 § 1303 BGB i.d.F. des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen vom 17.07.2017 (BGBl. I 2429).

7 *Vereinte Nationen* (1948).

8 *Women Living under Muslim Laws* (2013), S. 10.

9 *Anitha/Gill* (2015), S. 1124.

10 *United Nations Population Fund* (2012), S. 6.

11 Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften vom 23.06.2011 (BGBl. I 1266).

2005 als Teil von § 240 StGB<sup>12</sup> strafbar. Bestrebungen, zivilrechtliche Maßnahmen – wie etwa die im Vereinten Königreich bestehenden „Forced Marriage Protection Orders (FMPO)“ – einzuführen, gibt es hingegen nicht.

Die Einführung des § 237 StGB ist jedoch nicht unumstritten.<sup>13</sup> So gibt es zum einen inhaltliche Kritik, wie etwa die potentiell schädlichen Folgen der Abschiebung Betroffener bei einer Ehedauer von weniger als drei Jahren, die eine weitere Viktimisierung der weiblichen Betroffenen zur Folge haben kann, wenn Trennungen als stigmatisierend wahrgenommen werden.<sup>14</sup> Zum anderen zeigt sich auch bei einem Vergleich der Ergebnisse einer gesamtdeutschen Erhebung des Graufelds im Jahr 2008 mit der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes (PKS) für die Jahre 2012 bis 2016, die alle angezeigten Fälle von Zwangsheirat seit der Einführung des § 237 StGB erfassen, ein eklatanter Unterschied. In den fünf Jahren seit der Einführung des Tatbestandes belief sich die Gesamtanzahl der Anzeigen auf 293 (vgl. *Tabelle 1*),<sup>15</sup> während die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierte Studie in einer Erhebung von 830 Einrichtungen im Jahr 2008 alleine 3.343 Betroffene verzeichnete.<sup>16</sup> Es ist somit von einer hohen Anzahl nicht angezeigter Fälle auszugehen, die durch eine rein strafrechtliche Ausgestaltung nicht abgebildet werden.

*Tabelle 1: In der PKS erfasste Fallzahlen für § 237 StGB – Zwangsheirat<sup>17</sup>*

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	gesamt
Fallanzahl nach PKS	56	62	58	50	67	293

Der Mangel an strafrechtlichen Anzeigen von Zwangsheiraten kann unter anderem durch die Ambivalenz der Betroffenen erklärt werden, die durch Loyalitätskonflikte gegenüber den Tätern – die aus der Herkunftsfamilie stammen – zusätzlich belastet sind. In der Gesetzgebung und in Abkommen auf nationaler wie internationaler Ebene wird zudem die Erklärung von Früh- und Zwangsehen als ‚subkulturelle Praxis‘ präferiert, obwohl das der Lebensrealität der Betroffenen nur in eingeschränktem Maße gerecht wird. Stattdessen werden durch eine Deutung von Zwangsehen als subkulturelle Praxis von Minderheiten in einer Gesellschaft hegemoniale Machtkonstruktionen wiederholt, die in einem größeren

12 § 240 Abs. 4 Nr. 1, 2. Var. StGB, eingefügt durch das 37. Strafrechtsänderungsgesetz – §§ 180b, 181 StGB vom 11.02.2005 (BGBl. I 239).

13 *Bülte/Becker* (2012), S. 64.

14 *Yerlikaya/Cakir-Ceylan* (2011), S. 212.

15 *Bundesministerium des Innern* (2013-2017).

16 *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2011), S. 22.

17 *Bundesministerium des Innern* (2013-2017)

Kontext von Macht und Politik stattfinden.<sup>18</sup> Somit können Früh- und Zwangsehen in politischen und juristischen Diskursen vordergründig als Marker der sogenannten ‚otherness‘, also der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die von der eigenen Identität abgesetzt wird, dienen,<sup>19</sup> mithilfe derer der Kontrast zwischen westlichen (liberalen) und östlichen (bedrohlichen) Kulturen verdeutlicht wird.<sup>20</sup>

## 2. Diskursstrategien im Umgang mit Früh- und Zwangsehen

Diese Konstruktion zeigt sich besonders deutlich in medialen Diskursen, die Zwangsehen mit dem Islam assoziieren<sup>21</sup> und damit Muslime als religiöse (und kulturelle) Andere konstruieren. In politischen und juristischen Diskursen, wie etwa denen der im Jahr 2005 im Vereinigten Königreich eingerichteten *Forced Marriage Unit* oder im Tragen nationaler und internationaler Gesetzgebung ist diese Verknüpfung von Früh- und Zwangsehen mit Minderheiten der Gesellschaft, wie etwa Migranten und Flüchtlingen, weniger deutlich, aber dennoch existent. So ist die britische *Forced Marriage Unit* nicht nur im Home Office, sondern darüber hinaus auch im Foreign & Commonwealth Office angesiedelt, wodurch eine Verbindung von Zwangsehen mit außenpolitischen Belangen und damit wörtlich ‚anderen‘ Nationen hergestellt wird. In Deutschland zum Beispiel nimmt die Begründung für die Neuschaffung des § 237 StGB explizit Bezug auf migrations- und aufenthaltsrechtliche Belange,<sup>22</sup> sodass hier auch von einer Verteidigung nationalstaatlicher Interessen, wie der Kontrolle der Migration, noch vor dem Schutz individueller Menschenrechte als Motivation ausgegangen werden könnte. Mit dem Argument des Schutzes der Betroffenen von Früh- und Zwangsehen können somit härtere Migrationsrechtsregelungen, etwa im Bereich des Ehegattennachzugs, durchgesetzt werden.<sup>23</sup> Dies wurde beispielsweise im Falle von Dänemark, das bereits 1998 die Voraussetzungen für den Nachzug der Ehepartner erschwerte und diese Gesetzgebung in den Jahren 2000, 2002 und 2004 jeweils verschärfte: unter anderem wurde ein Mindestalter von 24 Jahren für die betreffenden Ehepartner und eine Umkehrung der Beweispflicht der Freiwilligkeit der Eheschließung eingeführt, konstatiert.<sup>24</sup>

---

18 Phillips (2012), S. 25.

19 Anitha/Gill (2015), S. 1133.

20 Phillips (2012), S. 22.

21 Dauvergne/Millbank (2010), S. 66.

22 Valerius (2011), S. 430.

23 Phillips/Dustin (2004), S. 533.

24 Dauvergne/Millbank (2010), S. 62.



Trotz dieser diskursübergreifenden Verknüpfung von subkulturellen Praktiken insbesondere aus Migrations- und Flüchtlingsgemeinschaften und Früh- beziehungsweise Zwangsehen lassen sich diese Verbindungen empirisch nicht belegen. Stattdessen finden sich in einer nordamerikanischen Studie 56 verschiedene Herkunftsländer und diverse religiöse Hintergründe wie zum Beispiel Mormonen, Zeugen Jehovas und andere christliche Gruppierungen in der Gruppe der Betroffenen.<sup>25</sup> Die aktuellsten Zahlen der Forced Marriage Unit aus dem Jahr 2016 belegen bei einer Gesamtfallzahl von 1.428 ebenfalls 69 Herkunftsländer,<sup>26</sup> sodass eine Eingrenzung des Phänomens auf eine bestimmte kulturelle, religiöse oder nationale Gemeinschaft unmöglich ist. Zudem verurteilen offizielle Sprecher der religiösen und subkulturellen Gruppierungen, wie etwa südasiatische Gemeinschaften im Vereinigten Königreich, Früh- und Zwangsehen und verneinen einen Zusammenhang mit religiösen oder kulturellen Praktiken.<sup>27</sup>

Stattdessen empfiehlt sich in Anbetracht der erhobenen Fallzahlen eine Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Gewaltaspekten im Bereich der Früh- und Zwangsehen. Obwohl es sowohl männliche als auch weibliche Betroffene von Früh- und Zwangsehen gibt, zeigt sich ein deutlicher Überhang an Mädchen und Frauen in den Grau- und Hellfelddaten. So ergab die aktuellste Erhebung der Forced Marriage Unit einen Frauenanteil von 80 % unter den Betroffenen, die sich an Beratungsstellen gewandt haben;<sup>28</sup> die im Jahr 2008 in Deutschland durchgeführte Befragung fand sogar 94 % weibliche Betroffene.<sup>29</sup> Diese Zahlen können von der fehlenden Identifikation männlicher Betroffener mit der Identität eines Opfers von Zwangsehen beeinflusst sein, die dazu führt, dass männliche Betroffene Fälle von Zwangsehen häufig im Sinne einer arrangierten Eheschließung uminterpretieren.<sup>30</sup> Zudem ergibt sich aber auch ein höherer Druck auf Töchter, da ihr (Sexual-)Verhalten als entscheidend für Konzepte der Familien- ehre empfunden wird und somit unter stärkerer Kontrolle steht.<sup>31</sup> Dies gilt in besonderem Maße für emanzipiert auftretende Mädchen und junge Frauen, deren Duktus als Herausforderung der stark hierarchisch aufgebauten Familienstruktur empfunden wird und besonders bei den Vätern und Brüdern zu einer Sinnkrise der eigenen Männlichkeitskonstruktion führen kann, der durch eine Erhöhung der Kontrolle durch eine erzwungene Heirat gegengesteuert wird.<sup>32</sup>

25 Alanen (2015), S. 228 f.

26 Home Office/Foreign and Commonwealth Office (2017), S. 3.

27 Phillips/Dustin (2004), S. 533.

28 Home Office/Foreign and Commonwealth Office (2017), S. 7.

29 Sabbe et al. (2014), S. 174.

30 Gangoli et al. (2006), S. 17.

31 Gangoli et al. (2009), S. 424.

32 Cinibulak (2011), S. 35.

Das simultan in fünf EU-Partnerländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Portugal und Wales) durchgeführte EU-geförderte Forschungsprojekt „EU Fem Roadmap“,<sup>33</sup> das auf einer Dokumentenanalyse bestehender Leitfäden und Richtlinien auf internationaler wie nationaler Ebene<sup>34</sup> sowie einer Erhebung von Experten- und Betroffeneninterviews basierte, hat in dieser empirischen Forschung ebenfalls den erhöhten Erklärungswert von patriarchalen Strukturen gegenüber subkulturellen Praktiken für das Auftreten von Früh- und Zwangsehen bestätigt.

Auch im Umgang mit migrations- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen ist es folglich empfehlenswert, geschlechterspezifische Perspektiven stärker zu priorisieren und bestehende Maßnahmen und Gesetzgebungen aus diesem Blickwinkel zu evaluieren. Das gesteigerte (Forschungs-)Interesse, das Früh- und Zwangsehen insbesondere seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ in Deutschland genießen, ist zwar mit Blick auf den Mangel an empirischen Erhebungen der gesamtdeutschen Lage begrüßenswert. In offiziellen Diskursen ist es jedoch wichtig, Früh- und Zwangsehen nicht für nationalstaatliche Interessen zu instrumentalisieren und als negativen Effekt des sozialen Wandels darzustellen. Stattdessen sollten Früh- und Zwangsehen als Menschenrechtsvergehen mit ernsthaften Konsequenzen für die Betroffenen verstanden werden und das Präventions- und Interventionsangebot entsprechend ausgebaut werden.

### 3. Das EU Fem Roadmap-Projekt und Implikationen der Forschungsergebnisse

Im Rahmen des Forschungsprojekts „EU Fem Roadmap“ wurden in insgesamt 25 Experten- und 21 Betroffeneninterviews Hintergrunddaten zur Arbeit von internationalen professionellen Akteuren und den persönlichen Erfahrungen Betroffener mit den vorhandenen Unterstützungsstrukturen erhoben und diese nach vereinheitlichten Regeln anonymisiert und interpretiert.<sup>35</sup> Das Ziel des Projekts war es, durch einen Leitfaden für verschiedene potentielle Erst-anlaufstellen die Unterstützung der Betroffenen effektiver zu gestalten.

Die Prominenz des Themas der (sub-)kulturellen Praktiken als Quelle für Früh- und Zwangsehen zeigte sich auch in den Betroffenen- und Experteninterviews. Obwohl beide befragten Gruppen die Existenz dieses Diskurses anerkannten,

---

33 *EU Fem Roadmap* (2017).

34 *Netzwerk gegen Gewalt Hessen* (2017); *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2009); *Hannoversches InterventionsProgramm* (2008).

35 Weiterführend hierzu Brantl et al. (2018).

wurden Korrekturen in den Vordergrund gestellt. So berichtet ein britischer Experte vom Wandel der verwendeten Entschuldigungen vonseiten der Täter:

„the lines or tools, which families are using on the victims have changed. Five, six years ago they would have used culture, whereas now families are exploiting religion. Maybe five, ten years ago it would have been *“what will people say”*, now it is *“you have to listen to me because that is what our religion says”*. Now they have moved it to something like, *“you might be putting your soul at risk if you don’t listen to me”*. Now the language that is being used is the change that we are seeing“ (EUK2, Z. 98-104<sup>36</sup>).

Hier zeigt sich, dass die in Gesetzgebungen priorisierte Erklärung von Früh- und Zwangsehen als Praxis einer bestimmten Religion oder Subkultur zwar durch die Familien der Betroffenen als Erklärung ihrer Täterschaft bemüht werden, allerdings durch das Vorkommen in diversen Religionen und Kulturkreisen nicht auf eine Gruppe verengt werden kann.<sup>37</sup> Dieses Ergebnis wird auch dadurch bekräftigt, dass die Erklärungen der Familien sozialem Wandel unterliegen, sodass sich hier Änderungen nachweisen lassen. Die Betroffenen selbst fühlen sich durch diese Rekursion zwar häufig zusätzlich ambivalent, da sie in verstärkte Loyalitätskonflikte gegenüber ihrer Familie und Kultur beziehungsweise Religion geraten können, emanzipieren sich aber im Rahmen ihrer Befreiung aus der Zwangsehe auch zumeist von diesen Erklärungsmustern, wie eine britische Betroffene erläutert:

„It’s nothing to do with religion. In fact, it’s totally against Islam (...) but it’s a social pressure“ (BUK2, Z. 74-77).

Stattdessen werden insbesondere von den Experten aus akkumulierter Perspektive patriarchale und gewalttätige Familienstrukturen als universales Merkmal von Fällen von Zwangsehen identifiziert, die die Machtasymmetrie zwischen den Geschlechtern zementieren sollen. So beschreibt ein österreichischer Experte:

„(D)as ist die gesamte patriarchale Struktur natürlich, es ist die Unterdrückung der Frauen durch dieses Männliche, dass die Frauen sich unterwerfen müssen, und die Männer, egal wer sie sind, immer über einen Teil der Gesellschaft herrschen dürfen, das ist ja ein Privileg, das die Männer nicht gerne hergeben. Aber das ist ja der ewige Kampf und der geht weiter, es geht um Macht“ (EAT2, S. 5).

Der beschriebene Machtkampf zeichnet sich vielfach durch ein hohes Maß an Gewalt aus, da die stark ausgeprägte Hierarchie in der Familie anfällig dafür ist, abweichendes Verhalten als bedrohlich wahrzunehmen und dement-

36 Dieses sowie alle weiteren Zitate stammen aus dem Rohmaterial des EU Fem Roadmap Projekts und sind folglich anonymisiert und durch das Kürzel dem Land und der Transkriptstelle zuzuordnen. Hervorhebung im Original.

37 Alanen (2015), S. 228.

sprechend harsch zu bestrafen. Ein französischer Experte beschreibt die Situation der Betroffenen als Teil eines größeren Prozesses, da es für ihn

„sehr klar (ist), dass alle Mädchen, die in Gefahr sind zwangsverheiratet zu werden, aus misshandelnden Familien stammen. Das Vorkommen einer Zwangsheirat ist nie ein isoliertes Geschehnis in einer Familie, es ist Teil eines familiären Prozesses des mangelnden Respekts und der Gewalt“ (EFR8, Z.283-285, übersetzt aus dem Original).

Somit markiert der Verstoß gegen die Menschenrechte durch die Zwangsheirat für die Betroffenen nur eine von vielen Viktimisierungserfahrungen in der Herkunftsfamilie, die häufig mit einer weiteren Einschränkung von Menschenrechten während der gesamten Dauer der Ehe,<sup>38</sup> etwa bezüglich der körperlichen Unversehrtheit oder der Selbstbestimmung über die sexuelle Reproduktion in Form von körperlichem Missbrauch oder innererlicher Vergewaltigung insbesondere von weiblichen Betroffenen einhergeht.<sup>39</sup> Die Identifizierung dieser Rechtsbrüche durch die Betroffenen selbst hängt von ihrem Normen- und Rechtsverständnis ab, da bei einigen Mädchen und jungen Frauen eine verschobene Wahrnehmung von Normalität entsteht. So berichtet eine Betroffene, dass manche Mädchen

„denken okay, das ist normal, unsere Familie macht das halt so. Ich lieb den Mann zwar nicht, aber (...) das ist schwierig, das ihnen zu sagen. Also ich wusste es ja zum Beispiel ähm mit vierzehn, dass ich mir Hilfe holen kann, aber ich hab halt das andere Leben nicht gekannt“ (BDE5, Z. 407-411).

Professionelle Akteure stellt das – insbesondere im Migrations- und Fluchtkontext – vor zwei Herausforderungen: Zum einen müssen Betroffene möglichst früh über ihre Rechte und Unterstützungsangebote informiert werden, zum anderen wird von den professionellen Akteuren Expertise außerhalb ihrer eigentlichen Berufsfelder gefordert. Der erste Aspekt ist essentiell, damit die Betroffenen sich Unterstützung suchen, da ein Mangel an Information hier das Gefühl der Ohnmacht verstärken kann. So erklärt eine britische Betroffene, dass

„a lot of women don't know what is available. Women need to know that there are services out there that will help you and can help you. I know my sister goes to school with some young people and they don't have a clue“ (BUK4, Z.240-242).

Zudem können durch eine Zwangsverheiratung von Frauen in Fluchtkontexten zusätzliche Herausforderungen bezüglich ihres Aufenthaltsrechts entstehen, die professionellen Akteuren juristisches Fachwissen abverlangt. In diesem Zusammenhang verweist ein deutscher Experte darauf, dass insbesondere die Gesetzgeber dazu aufgerufen sind,

38 *Yerlikaya/Cakir-Ceylan* (2011), S. 205.

39 *Sabbe et al.* (2014), S. 174 f.

„aufenthaltsrechtliche Lücken schließen, das ist natürlich auch im Zusammenhang, weil wir haben's natürlich auch viel mit Menschen mit Migrationshintergrund zu tun oder jetzt, die erst neu zu uns kommen, Zwangsheirat ganz klar als geschlechtsspezifischer Verfolgungsgrund sehen“ (EDE1, Z. 572-575).

Statt einer Fokussierung auf eine religiöse oder subkulturelle Minderheit sollten Gesetzgebungen und mediale Diskurse vermehrt darauf achten, die Menschenrechte aller potentiell Betroffener zu schützen, indem bestehende Maßnahmen und ihre Wirksamkeit evaluiert und diese gegebenenfalls angepasst werden. Erst dann können die Vorgaben der sogenannten Istanbul Konvention, die in Artikel 37 die Illegalisierung von Früh- und Zwangsehen in allen ratifizierenden Ländern vorschreibt,<sup>40</sup> wirklich umgesetzt und die Viktimisierung der Betroffenen effektiv aufgehalten werden.

## Literatur

- Alanen, J.* (2015): Custom or Crime? (Part I of IV) Catalysts and Consequences of Forced Marriages. *American Journal of Family Law*, 29 (4), S. 227-248.
- Anitha, S./Gill, A.* (2015): A Moral Panic? The Problematisation of Forced Marriage in British Newspapers. *Violence against Women*, 21 (9), S. 1123-1144.
- Bundesministerium des Inneren* (2013-2017): Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2012-2016. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2009): Zwangsverheiratung bekämpfen – Betroffene wirksam schützen. Eine Handreichung für die Kinder- und Jugendhilfe. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2011): Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen. Berlin: Eigenverlag.
- Bülte, J./Becker, R.* (2012): Der Begriff der Ehe in § 237 StGB. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, 7 (3), S. 61-67.
- Branlt, I./Stein, M./Völschow, Y.* (2018): Früh- und Zwangsehen in Europa aus gender- und migrationspolitischer Sicht: Ein Überblick über aktuelle Problemlagen in Deutschland. In: Onnen, C./Rode-Breymann, S. (Hg.): *Zum Selbstverständnis der Gender Studies: Technik – Raum – Bildung*. L'AGENda. Band 2. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, S. 233-249.
- Chanler, K.* (2012): Recognition of and Intervention in Forced Marriage as a Form of Violence and Abuse. *Trauma, Violence & Abuse*, 13 (3), S. 176-183.
- Cinibulak, L.* (2011): Partner choice, arranged and forced marriages. Perspective of young people and their parents in the Dutch multicultural society. In: Tankink, M./Vysma, M. (Hg.): *Roads & Boundaries. Travels in search of (re)connection*. Diemen: AMB, S. 34-41.
- Council of Europe* (2011): Council of Europe Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence. Council of Europe Treaty Series, No. 210: Istanbul. Strasbourg: Eigenverlag.

---

40 Vgl. *Council of Europe* (2011).

- D'Aoust, A.-M.* (2013): In the Name of Love: Marriage Migration, Governmentality, and Technologies of Love. *International Political Sociology*, 7 (3), S. 258-274.
- Dauvergne, C./Millbank, J.* (2010): Forced Marriage as a Harm in Domestic and International Law. *The Modern Law Review*, 73 (1), S. 57-88.
- EU Fem Roadmap* (2017): EU-Leitfaden mit Vermittlungswegen für professionelle Erstausstellung in Fällen von Zwangs- bzw. Frühheirat, in: <http://femroadmap.eu/outputs.html> [letzter Aufruf: 09.01.2018].
- Foreign and Commonwealth Office/Home Office* (2013): Guidance Forced Marriage, in: <https://www.gov.uk/guidance/forced-marriage#legislation-on-forced-marriage> [letzter Aufruf: 09.01.2018]
- Gangoli, G./Razak, A./McCarry, M.* (2006): Forced Marriage and Domestic Violence among South Asian Communities in North East England. Bristol u.a.: School for Policy Studies, University of Bristol & Northern Rock Foundation.
- Gangoli, G./McCarry, M./Razak, A.* (2009): Child Marriage or Forced Marriage? South Asian Communities in North East England. *Children & Society*, 23 (6), S. 418-429.
- Hannoversches InterventionsProgramm* (2008): Auswertung der Erhebung zum Thema Zwangsheirat 2008. AG – Zwangsheirat. Hannover: Runder Tisch des Hannoverschen InterventionsProgrammes gegen MännerGewalt in der Familie (HAIP).
- Home Office/Foreign and Commonwealth Office* (2017): Forced Marriage Unit Statistics 2016. London: Eigenverlag.
- Netzwerk gegen Gewalt Hessen* (2017): Gewalt im Namen der Ehre. Leitfaden zum Schutz von Menschen, die von sogenannten Ehrverbrechen betroffen sind. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Phillips, A./Dustin, M.* (2004): UK Initiatives on Forced Marriage: Regulation, Dialogue and Exit. *Political Studies*, 52, S. 531-551.
- Phillips, R.* (2012): Interventions against forced marriage: contesting hegemonic narratives and minority practices in Europe. *Gender, Place & Culture*, 19 (1), S. 21-41.
- Rude-Antoine, E.* (2005): Forced marriages in Council of Europe member states. A comparative study of legislation and political interviews. Strasbourg: Directorate General of Human Rights.
- Sabbe, A./Temmerman, M./Brems, E./Leye, E.* (2014): Forced marriage: an analysis of legislation and political measures in Europe. *Crime, Law, Social Change*, 62 (2), S. 171-189.
- United Nations* (2014): A/HRC/26/22: Preventing and eliminating child, early and forced marriage. Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. Human Rights Council 26<sup>th</sup> session, Agenda Item 2 and 3. New York: Eigenverlag.
- United Nations Population Fund* (2012): Marrying too young. End child marriage. New York.
- Valerius, B.* (2011): Gedanken zum Straftatbestand der Zwangsheirat (§ 237 StGB). *Juristische Rundschau*, 2011 (10), S. 430-434.
- Vereinte Nationen* (1948): Resolution der Generalversammlung. 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. New York: Eigenverlag.
- Women Living under Muslim Laws* (2013): Child, Early and Forced Marriage: A Multi-Country Study. London: Eigenverlag.
- Yerlikaya, H./Cakir-Ceylan, E.* (2011): Zwangs- und Scheinehen im Fokus staatlicher Kontrolle. Eine Betrachtung des jüngsten Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Zwangsheirat und Verhinderung von Scheinehen im Lichte des Opferschutzes. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, 6 (4), S. 205-213.

# Die Täterinnen und Täter des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in Deutschland und Österreich

*Dirk Baier, Edith Huber und Bettina Zietlow*

## Gliederung

- |                          |                    |
|--------------------------|--------------------|
| 1. Einleitung            | 3. Ergebnisse      |
| 2. Methodisches Vorgehen | 4. Zusammenfassung |

## 1. Einleitung

Die Vereinten Nationen haben im Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels (auch ‚Palermo-Protokoll‘) den Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung wie folgt definiert: Menschenhandel bezeichnet die „Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat, zum Zweck der Ausbeutung. Ausbeutung umfasst mindestens die Ausnutzung der Prostitution anderer oder andere Formen sexueller Ausbeutung [...]“.<sup>1</sup> Dieses Protokoll wurde von Österreich im Jahr 2005, von Deutschland im Jahr 2006 ratifiziert; entsprechend haben beide Länder gesetzliche Regelungen erlassen, die diesen Straftatbestand definieren. Die gesetzlichen Regelungen ähneln sich dabei weitestgehend, mit einer Ausnahme: In Deutschland wird unter 21-Jährigen ein besonderes Schutzbedürfnis zugeschrieben, weshalb in Deutschland die Ausbeutung von Personen dieses Alters unter Strafe gestellt ist, auch wenn Tatmittel und Tatmotivation nicht vorliegen.

---

1 Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000.

Im Einzelnen weist in Deutschland der Tatbestand entsprechend § 232 StGB unter anderem folgende Merkmale auf:<sup>2</sup>

- Ausnutzung der persönlichen oder wirtschaftlichen Zwangslage oder Hilflosigkeit, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist,
- Anwerbung, Beförderung usw. einer Person unter 21 Jahren,
- Ausbeutung bei der Ausübung der Prostitution oder bei der Vornahme/Duldung sexueller Handlungen,
- Nutzung von Gewalt, Drohung mit einem empfindlichen Übel oder List.

In Österreich wird in § 104a öStGB der Tatbestand wie folgt geregelt:<sup>3</sup>

- Anwerben, Beherbergen oder sonstiges Aufnehmen, Befördern, Anbieten oder Weitergeben einer Person mit dem Vorsatz, diese auszubeuten (hierzu zählt explizit die sexuelle Ausbeutung),
- Nutzung von Gewalt, gefährlicher Drohung, Täuschung über Tatsachen, die Ausnutzung einer Autoritätsstellung, einer Zwangslage, einer Geisteskrankheit oder eines Zustands, der die Person wehrlos macht.

Einen ersten Einblick in die Häufigkeit des Vorkommens dieses Delikts erlauben die Polizeilichen Kriminalstatistiken. In Deutschland wurden demnach in den Jahren 2009 bis 2014 insgesamt 3.581 Fälle des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung registriert, 3.047 Fälle wurden aufgeklärt, was einer Aufklärungsquote von 85,1 % entspricht. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 81,4 Millionen Einwohnern in Deutschland liegt die Häufigkeitsziffer bei 4,4 (das heißt pro 100.000 Einwohner 4,4 Fälle in diesem Sechs-Jahreszeitraum). In Österreich wurden im selben Zeitraum insgesamt 134 Fälle registriert, von denen 114 aufgeklärt wurden. Die Aufklärungsquote liegt dabei vergleichbar hoch wie in Deutschland (85,1 %); die Häufigkeitszahl liegt bei einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 8,4 Millionen allerdings deutlich niedriger, nämlich bei 1,6 Fällen pro 100.000 Einwohnern in diesem Sechs-Jahreszeitraum.

Die Polizeilichen Kriminalstatistiken erlauben darüber hinaus verschiedene Auswertungen zu den Tätern<sup>4</sup> des Menschenhandels. Diese sind allerdings

---

<sup>2</sup> Vgl. u.a. *Pfuhl* (2012); *Zietlow/Baier* (2018).

<sup>3</sup> Vgl. *Huber et al.* (2017).

<sup>4</sup> Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.



begrenzt. In Deutschland lässt sich den Statistiken beispielsweise nur das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit entnehmen.<sup>5</sup> Dabei zeigt sich, dass circa vier von fünf Tätern männlich sind und jeder dritte bis vierte Täter eine deutsche Herkunft hat. Um weitere Informationen zu den Tätern zu erhalten, ist eine eigene kriminologische Datenerhebung erforderlich. Hierfür bietet sich die Aktenanalyse an, insofern im Rahmen eines Ermittlungs- und Strafverfahrens verschiedene zusätzliche Informationen zu den Täterinnen und Tätern erhoben werden. Im Rahmen eines umfassenden länderübergreifenden Forschungsprojekts<sup>6</sup> wurden daher sowohl in Deutschland als auch in Österreich Aktenanalysen zum Delikt des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung durchgeführt.

Dass ein Vergleich verschiedener Länder in diesem Deliktsbereich durchaus eine Relevanz hat, belegen bereits die unterschiedlichen Häufigkeitszahlen. Insofern der Menschenhandel primär ein Kontrolldelikt darstellt, das heißt durch Aktivitäten der Polizei aufgedeckt wird, deuten die unterschiedlichen Häufigkeitszahlen bereits auf unterschiedliche Polizeistrategien hin, die mittels einer Aktenanalyse sichtbar gemacht werden können. Darüber hinaus lässt sich auch auf Basis der geografischen Lage vermuten, dass es beispielsweise Unterschiede in der Herkunft der Täter in beiden Ländern gibt. So könnten Personen aus Osteuropa in Österreich stärker in den Menschenhandel involviert sein als in Deutschland. Nachfolgend sollen die Ergebnisse von Aktenanalysen in beiden Ländern vorgestellt werden, die sich den Tätern des Menschenhandels widmeten. Mittels der Aktenanalysen sollte sich den folgenden Forschungsfragen gewidmet werden:

1. Wie lassen sich die Tatverdächtigen von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung soziodemografisch beschreiben?
2. Welche kriminelle Vergangenheit zeigt sich zu den Tatverdächtigen des Menschenhandels?
3. Was zeigt sich zur weiteren Strafverfolgung der Tatverdächtigen? Wie häufig kommt es zu Verurteilungen wegen des Delikts des Menschenhandels oder wegen eines anderen Delikts?
4. Wie gehen Tatverdächtige in Bezug auf die Anwerbung von Opfern vor, wie in Bezug auf die Ausbeutung der Opfer?

---

<sup>5</sup> Vgl. Zietlow/Baier (2016); (2018).

<sup>6</sup> Hierbei handelt es sich um den Forschungsverbund „Prävention und Intervention bei Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung“ (vgl. [www.primsa.eu](http://www.primsa.eu)).

## 2. Methodisches Vorgehen

Das konkrete Vorgehen bei der Aktenanalyse unterschied sich zwischen Deutschland und Österreich. In Deutschland wurde eine deutschlandweit repräsentative Auswahl von polizeilich registrierten Fällen des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung anvisiert, wobei sich auf die Jahre 2009 bis 2013 beschränkt wurde.<sup>7</sup> Hierfür wurden aus einer vom Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellten Liste aller Fälle 750 per Zufall ausgewählt. Die aktenführenden Behörden (in der Regel Staatsanwaltschaften) wurden im Anschluss gebeten, die Akten der ausgewählten Fälle an das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) zu schicken, wo die Auswertung der Akten erfolgen sollte. Von den 750 Fällen konnten letztlich 513 Fälle ausgewertet werden. Dies entspricht einem Anteil von 68,4 %. Dass insgesamt 237 Fälle nicht ausgewertet werden konnten, hat verschiedene Gründe. Am häufigsten kam es vor, dass Fälle noch nicht analysiert werden konnten, weil die Verfahren noch in Bearbeitung waren. Dies traf insbesondere auf Fälle aus den kürzer zurückliegenden Jahren zu. Andere Gründe waren, dass Akten teilweise nicht mehr aufgefunden werden konnten, Aktenzeichen falsch waren oder Staatsanwaltschaften nicht in der Lage waren, Akten herauszusuchen und an das KFN zu versenden.

Der Großteil der 513 analysierten Fälle wurde im Laufe der Ermittlungen eingestellt (342 Fälle). Bei einigen Fällen gab es entweder keine Tatverdächtigen oder das Verfahren war noch nicht abgeschlossen (45 Fälle). Bei insgesamt 126 Fällen wurde Anklage erhoben und es kam zu einem Gerichtsverfahren. Diese Fälle werden im Folgenden zum Vergleich mit Österreich herangezogen. In Österreich wich das Vorgehen von dem in Deutschland in dreifacher Hinsicht ab.<sup>8</sup> Erstens wurden nur Fälle analysiert, die in Wien angezeigt und aufgeklärt wurden. Hinzuweisen ist an dieser Stelle aber darauf, dass in Wien circa die Hälfte aller Fälle Österreichs registriert werden und damit eine Bestandsaufnahme in Wien ein gutes Abbild der Lage in Österreich ist. Zweitens wurden Fälle der Jahre 2009 bis 2014 einbezogen. Drittens wurden von Beginn an nur Fälle einbezogen, bei denen es eine Anklageerhebung gegeben hat; Fälle mit Einstellungen wurden nicht berücksichtigt. Insgesamt wurden 58 Fälle, die diesen Kriterien entsprachen, in die Aktenanalyse einbezogen und können den 126 Fällen aus Deutschland gegenübergestellt werden.

Die Akten der ausgewählten Fälle waren teilweise sehr umfangreich und enthielten mehrere Aktenbände. Um die für die Aktenanalyse zentralen Informationen zu identifizieren, wurden Kodierbögen konstruiert. Diese wurden in

---

<sup>7</sup> Vgl. Zietlow/Baier (2018).

<sup>8</sup> Vgl. Huber (2017).

Bezug auf den gesamten Fall, das beziehungsweise die Opfer, die beziehungsweise den Tatverdächtigen sowie die Zeugen erarbeitet und ausgefüllt. Die Aktenanalyse ist eine in der kriminologischen Forschung häufiger zum Einsatz kommende Methode.<sup>9</sup> Auch im Bereich des Menschenhandels kam sie bereits zum Einsatz.<sup>10</sup> Mit der Durchführung von Aktenanalysen sind zugleich verschiedene Probleme verbunden, die ihre Aussagekraft einschränken. Ermittlungsverfahrensakten werden für einen spezifischen Zweck angelegt.<sup>11</sup> Es werden darin Informationen gesammelt, anhand derer Entscheidungen getroffen werden sollen. Dies bringt es mit sich, dass nur Informationen festgehalten werden, die aus Sicht der aktenführenden Personen eine entsprechende Relevanz haben. Es werden also nicht alle, sondern nur ausgewählte Informationen berücksichtigt. Wenn in einer Akte zu einer interessierenden Thematik keine Informationen enthalten sind, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass ein Merkmal nicht vorgelegen hat. Aussagen zur Häufigkeit des Vorliegens bestimmter Merkmale auf Basis von Aktenanalysen sind daher immer mit Unsicherheiten behaftet. Da dies aber für beide Länder gleichermaßen gilt, sollte dieser Nachteil aber keinen Einfluss auf die Ergebnisse des Vergleichs haben.

### 3. Ergebnisse

*Tabelle 1* berichtet die Anzahl an Tatverdächtigen und Opfern sowie die Personen, die Anzeige erstattet haben. In den 126 Fällen aus Deutschland gab es insgesamt 236 Tatverdächtige, was einer durchschnittlichen Anzahl an Tatverdächtigen pro Fall von 1,9 entspricht; in Österreich fällt dieser Wert mit 1,2 deutlich niedriger aus. Dies kann darauf hindeuten, dass die Menschenhandelsbeziehungen in Österreich tatsächlich kleiner ausfallen und häufiger eine Konstellation ‚ein Tatverdächtiger, ein Opfer‘ umfassen. Denkbar ist aber ebenfalls, dass sich die Ermittlungstätigkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft primär auf einen Tatverdächtigen richteten und Verfahren zu weiteren involvierten Personen, zu denen aber kein ausreichender Tatverdacht vorlag, frühzeitig eingestellt wurden. Der Blick auf die Opferzahlen bestätigt, dass in Österreich pro Fall weniger Personen involviert waren: In Deutschland waren es im Durchschnitt 2,4 Opfer, in Österreich 0,9 Opfer. Dass der Wert in Österreich unter eins liegt, erklärt sich damit, dass auch jene Akten berücksichtigt wurden, bei denen ermittlungstechnische Verfahren eingeleitet

---

<sup>9</sup> Dölling (1984); Hermann (1988); Leuschner/Hüneke (2016).

<sup>10</sup> Z.B. Herz (2005).

<sup>11</sup> Vgl. Leuschner/Hüneke (2016).

wurden, für die es einen richterlichen Beschluss geben muss (zum Beispiel die Überwachung von Nachrichten, Verkehrsdatenauskünfte; § 135 öStGB).<sup>12</sup>

*Tabelle 1: Beschreibung der Fälle*

	Deutschland	Österreich
Anzahl Fälle	126	58
Anzahl Tatverdächtige	236	67
Anzahl Tatverdächtige pro Fall	1.9	1.2
Anzahl Opfer	302	50
Anzahl Opfer pro Fall	2.4	0.9
Anzeige durch Polizei in %	32.5	20.4
Anzeige durch Opfer selbst in %	50.8	10.2

Deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern gibt es mit Blick auf die Anzeige erstattenden Personen. Dass die Polizei hierbei relevant ist, überrascht nicht: In Deutschland wurde jeder dritte Fall, in Österreich jeder fünfte Fall durch die Polizei aufgedeckt. In Deutschland zeigt sich zugleich, dass die Opfer deutlich häufiger Anzeige erstatten (50,8 % vs. 10,2 %). Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass es unter anderem durch die Arbeit von Hilfsorganisationen in Deutschland stärker gelungen ist, betroffene Frauen zu erreichen und zu einer Anzeigeerstattung zu motivieren.<sup>13</sup>

Mit Blick auf die Rolle der Polizei bei der Aufdeckung von Fällen des Menschenhandels in Österreich ist Folgendes zu beachten: Die Polizei führt wien- aber ebenso österreichweit sogenannte Schwerpunktaktionen durch. Während des Untersuchungszeitraums wurde der Schwerpunkt beispielsweise auf einen bulgarischen Täterring gelegt, der zu dieser Zeit im Bereich des Straßenstrichs sehr aktiv war. Dementsprechend werden dann Fälle durch die Polizei registriert; andere Fallkonstellationen werden durch solche Schwerpunktsetzungen aber auch vernachlässigt.

<sup>12</sup> Hierbei handelt es sich um vier Fälle.

<sup>13</sup> Für Österreich ist bezüglich der Anteile in *Tabelle 1* zu beachten, dass beim Großteil der Fälle nicht aus den Akten ermittelt werden konnte, wer genau die Anzeige erstattet hat. Bei den an 100 % fehlenden Fällen handelt es sich daher mehrheitlich um Fälle mit fehlenden Angaben. Bei den an 100 % fehlenden Fällen in Deutschland erfolgte die Anzeige unter anderem durch eine mit dem Opfer verwandte Person, Freunde oder Bekannte, andere Prostituierte oder Freier.

Angaben zur Sozio-Demografie der Tatverdächtigen sind der *Tabelle 2* zu entnehmen. Erkennbar ist, dass in beiden Ländern drei von vier Tatverdächtigen Männer sind. Weibliche Tatverdächtige sind damit in der Minderheit, stellen aber keine absolute Ausnahme dar. Vergleichbar ist in beiden Ländern auch das Durchschnittsalter der Tatverdächtigen (31,7 bzw. 32,3 Jahre).

*Tabelle 2: Sozio-demografische Zusammensetzung der Tatverdächtigen*

	Deutschland	Österreich
Geschlecht: Anteil männlich	74.2	74.1
Herkunft: Anteil Bulgarien	18.2	56.9
Herkunft: Anteil Rumänien	14.0	20.7
Herkunft: Anteil Nigeria	1.7	17.2
Herkunft: Anteil Deutschland/Österreich	28.8	1.7
Alter: Mittelwert	31.7	32.3
Anteil Angehörige Minderheit	15.7	26.5
Anteil verheiratet/in Partnerschaft	37.7	23.6
Anteil in Vergangenheit in Prostitution tätig	16.9	10.4

Bei der Herkunft der Tatverdächtigen ergeben sich demgegenüber deutliche Abweichungen: In Österreich hatte mehr als jeder zweite Tatverdächtige eine bulgarische Herkunft (56,9 %); in Deutschland gilt dies für etwa jeden sechsten Tatverdächtigen (18,2 %). Zusätzlich liegt der Anteil nigerianisch stämmiger Tatverdächtiger in Österreich deutlich höher (1,7 % zu 17,2 %). Einheimische Tatverdächtige (deutsche Tatverdächtige in Deutschland, österreichische Tatverdächtige in Österreich) werden in Deutschland hingegen weit häufiger registriert als in Österreich (28,2 % zu 1,7 %).

Der Unterschied in Bezug auf die bulgarischen Tatverdächtigen ist, wie bereits angesprochen, der Schwerpunktsetzung der österreichischen Polizei geschuldet. Dass zugleich auch weniger österreichische Tatverdächtige registriert wurden, ist einerseits damit zu begründen, dass der Prostitutionsbereich im Zuge der EU-Osterweiterung weitestgehend von osteuropäischen Personen übernommen und das österreichische ‚Gewerbe‘ aufgrund der günstigeren Preise vom Markt zurückgedrängt wurde. Andererseits kann aber auch die Vermutung geäußert werden, dass polizeiliche Schwerpunktsetzungen zwar der Aufdeckung von Fällen in einem bestimmten Bereich dienen (hier: der von

bulgarischen Personen dominierten Straßenprostitution), andere Bereich aber außer Acht lassen, beispielsweise den Bereich der Wohnungsprostitution, in dem möglicherweise verstärkt auch Menschenhandelsfälle identifiziert werden könnten, die von Einheimischen verantwortet werden.<sup>14</sup>

*Tabelle 2* enthält noch drei weitere Angaben zu den Tatverdächtigen. Dass diese einer ethnischen Minderheit angehören (zum Beispiel Sinti/Roma), ist in Österreich etwas häufiger der Fall als in Deutschland. In Deutschland gilt dagegen, dass die Tatverdächtigen häufiger verheiratet sind oder in einer festen Partnerschaft leben. Ein kleiner Anteil der Tatverdächtigen in beiden Ländern war in der Vergangenheit als Prostituierte tätig. Dieser Anteil würde allerdings deutlich höher ausfallen, wenn nur die weiblichen Tatverdächtigen betrachtet würden, die zu über der Hälfte eine solche Vergangenheit aufweisen.

In *Tabelle 3* werden verschiedene Ergebnisse zur kriminellen Vergangenheit der Tatverdächtigen berichtet. Für Deutschland gilt, dass immerhin jeder zweite Tatverdächtige bereits mindestens einmal vorbestraft gewesen ist (48,3 %). In Österreich fällt der Anteil mit 6,9 % deutlich niedriger aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Tatverdächtigen in Österreich weitestgehend nicht aus Österreich stammten und daher keine Informationen zu einer Vorstrafe vorlagen. In fast zwei Drittel aller Fälle (60,3 %) fand sich kein Vermerk über die kriminelle Vergangenheit der Tatverdächtigen in den Akten.

*Tabelle 3: Kriminelle Vergangenheit der Tatverdächtigen*

	Deutschland	Österreich
Anteil vorbestraft	48.3	6.9
davon: wegen Menschenhandels	10.5	0.0
davon: wegen Gewalt-/ Sexualdelikten	44.7	25.0
davon: bereits Freiheitsstrafe	53.5	50.0
Anteil: während Ermittlungen lief weiteres Verfahren	32.6	1.7

Wenn eine Vorbestrafung vorliegt, dann ist es in beiden Ländern die Ausnahme, dass dies wegen des Delikts des Menschenhandels der Fall war. In Deutschland weist nur jeder zehnte vorbestrafte Tatverdächtige eine Vorstrafe wegen Menschenhandels auf; in Österreich betrifft dies keinen Tatverdächtigen. Häufiger

14 Eine mögliche Erklärung für den in Österreich höheren Anteil nigerianischer Tatverdächtiger dürfte sein, dass das größte österreichische Asylantenheim in Traiskirchen, in dem unter anderem Asylbewerber aus Nigeria untergebracht sind, nur 20 km von Wien entfernt ist. In anderen Gebieten Österreichs dürfte der Anteil nigerianischer Tatverdächtiger daher niedriger ausfallen.

wurde die Vorstrafe wegen Gewalt- und Sexualdelikten verhängt. Von den Tatverdächtigen in Deutschland, die eine Vorstrafe aufweisen, hat die Hälfte bereits eine Freiheitsstrafe verbüßt. Dies bedeutet, dass etwa jeder vierte Tatverdächtige des Menschenhandels schon einmal im Strafvollzug gewesen ist.

Hinsichtlich des Anteils an Tatverdächtigen, gegen die während des Verfahrens mindestens ein weiteres Verfahren lief, ergibt sich für Österreich ein deutlich niedrigerer Anteil als für Deutschland (32,6 % zu 1,7 %).

Tabelle 4: Angaben zum Ermittlungsverfahren und zur Verurteilung (in %)

	Deutschland	Österreich
Ermittlungsmaßnahmen		
Durchsuchung	59.3	41.4
Beschlagnahme/Sicherstellung	56.8	5.2
Überwachung der Telekommunikation	24.2	65.5
Erkennungsdienstliche Behandlung	17.4	25.9
Polizeiliche Beobachtung/Observation	19.9	15.5
Technische Mittel (z.B. akustische Wohnraumüberwachung)	9.3	1.7
Verdeckter Ermittler	5.5	3.4
Informationen aus Ausland eingeholt	34.7	32.0
Untersuchungshaft	50.4	55.2
Geständnis	30.9	13.6
Einstellung/Freispruch	36.8	9.1
Verurteilung/Strafbefehl	55.1	77.3
durchschnittliche Strafe	2.5 Jahre	2.8 Jahre

Hinsichtlich der Ermittlungsmaßnahmen ergeben sich im Vergleich beider Länder ebenfalls Unterschiede (siehe *Tabelle 4*): In Deutschland erfolgt während der Ermittlungsmaßnahmen gegen die Tatverdächtigen deutlich häufiger die Beschlagnahme/Sicherstellung (zum Beispiel Schriftstücke, Mobiltelefone), in Österreich wird dagegen häufiger auf die Überwachung der Telekommunikation gesetzt. Durchsuchungen (insbesondere der Wohnung des Tatverdächtigen) kommen in beiden Ländern recht häufig vor. Erkennungsdienstliche Behandlungen sowie

polizeiliche Beobachtungen stellen ebenfalls in beiden Ländern keine Ausnahme dar. Verdeckte Ermittler kommen in beiden Ländern sehr selten zum Einsatz.

Insofern ein recht großer Anteil der Tatverdächtigen aus dem Ausland stammt, ist eine Kontaktaufnahme zu ausländischen Strafverfolgungsbehörden sicherlich sinnvoll. In beiden Ländern erfolgt dies bei etwa jedem dritten Tatverdächtigen. Obwohl sich dieser Anteil auf den ersten Blick nicht zwischen den Ländern unterscheidet, verbirgt sich dahinter dennoch eine Differenz: Da in Österreich mehr Tatverdächtige als in Deutschland eine ausländische Herkunft haben, kann gefolgert werden, dass in Österreich letztlich seltener Informationen aus dem Ausland eingeholt werden, die Vernetzung mit Behörden im Ausland also noch weniger entwickelt zu sein scheint als in Deutschland.

In beiden Ländern war etwa die Hälfte der Tatverdächtigen in Untersuchungshaft; dass der Anteil in Österreich etwas höher liegt, dürfte mit dem höheren Anteil ausländischer Tatverdächtiger in Zusammenhang stehen. Geständnisse wurden in Deutschland etwas häufiger abgelegt als in Österreich (30,9 % zu 13,6 %).

Wird der Verfahrensausgang betrachtet, so fällt auf, dass in Deutschland immerhin ein Drittel der Verfahren mit einem Freispruch endeten, in Österreich nur jedes zehnte Verfahren. Hier bestätigt sich die geäußerte Vermutung, dass Verfahren zu weiteren in den Fall involvierten Personen möglicherweise eher als in Deutschland eingestellt werden, wenn kein ausreichender Tatverdacht vorliegt, und damit eine Konzentration der Ermittlungen auf Personen erfolgt, denen das Delikt dann auch nachgewiesen werden kann. In Deutschland endeten letztlich 55,1 % der Verfahren mit einer Verurteilung oder einem Strafbefehl, in Österreich waren es 77,3 %.

Wenn es zu einer Verurteilung kommt, dann liegt das Strafmaß in beiden Ländern in etwa gleich hoch: Die verurteilten Täter erhielten in Deutschland eine durchschnittliche Strafe von 2,5 Jahren, in Österreich von 2,8 Jahren.

In *Tabelle 5* sind abschließend verschiedene Auswertungen zu den Opfern des Menschenhandels dargestellt, die zum Teil Folgerungen über das Vorgehen der Täter zulassen. In Deutschland beziehen sich die Auswertungen auf 302 Opfer, in Österreich auf 50 Opfer.

In beiden Ländern zeigt sich, dass ein Fünftel der Opfer früher bereits einmal der Prostitution nachgegangen waren. An dieser Stelle ist zusätzlich zu erwähnen, dass etwa neun von zehn Opfern weiblich sind. Wird der Ort, der dem Menschenhandels-Fall zugrundeliegenden Prostitutionsausübung betrachtet, ist festzustellen, dass in Österreich eine Konzentration auf dem Straßenstrich liegt. Dies bedeutet nicht, dass in Österreich Menschenhandel hauptsächlich im Bereich des Straßenstrichs stattfindet; dieser Bereich wurde im Rahmen der polizeilichen Aktivitäten aber fokussiert, mit der Folge, dass hier Fälle des Menschenhandels aufgedeckt werden.



Tabelle 5: Angaben zur Anwerbung und Ausbeutung der Opfer (in %)

	Deutschland	Österreich
Anteil Opfer früher als Prostituierte tätig	20	18
Räumlichkeiten Prostitutionsausübung		
Bordell/ Bordellwohnung	57	16
eigene/ fremde Wohnung	26	6
Straßenstrich/ Straßenprostitution	8	64
Anwerbung/Transfer		
gezielter Beziehungsaufbau (u.a. Loverboy)	20	18
Lage im Land der Ausbeutung		
Freier konnten nicht abgelehnt werden	34	13
keine freie Wahl der Praktiken	27	40
Arbeit auch unter gesundheitlichen Beschwerden	20	6
Wegnahme Pass	22	34
Gewalterlebnisse (inkl. Drohung)	47	66

In Bezug auf die Anwerbung von im Wesentlichen jungen Frauen steht immer wieder eine Praxis im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit: die sogenannte *Loverboy-Methode*.<sup>15</sup> Diese Methode, die einen Beziehungsaufbau mit dem Ziel der späteren Ausbeutung umfasst, kann bei etwa jedem fünften Opfer festgestellt werden. Andere Anwerbungsformen können zwischen den beiden Ländern nicht exakt verglichen werden, weil sie zum Teil unterschiedlich erfasst wurden. Für Deutschland lässt sich aber sagen, dass etwa genauso häufig eine offen auf die Prostitution ausgelegte Anwerbung erfolgte. Etwas seltener wurden die späteren Opfer hinsichtlich der Art der Arbeitstätigkeit getäuscht. Gewalt und Drohungen, Ausnutzen einer Zwangslage oder Entführungen und Verkauf spielen ebenfalls, wenngleich eine geringere Rolle.<sup>16</sup>

Wird der Zeitraum der Ausbeutung betrachtet, so zeigt sich, dass die Opfer sowohl in Deutschland als auch in Österreich recht häufig negativen Bedingungen ausgesetzt waren. So zeigt sich in fast der Hälfte der Opfer in Deutschland, dass sie Gewalt erleben mussten; in Österreich liegt der Anteil bei zwei

<sup>15</sup> Vgl. u.a. Bubenitschek et al. (2011).

<sup>16</sup> Vgl. Zietlow/Baier (2018).

Drittel. Die Wegnahme des Passes ist in Österreich häufiger der Fall, was aber Ergebnis des höheren Anteils ausländischer Opfer ist. In Österreich fanden sich in den Akten zudem häufiger Hinweise darauf, dass von den Opfern die Sexualpraktiken nicht frei gewählt werden konnten; in Deutschland konnten Freier häufiger nicht abgelehnt werden und hier ließ sich feststellen, dass die Frauen häufiger unter gesundheitlichen Beschwerden arbeiten mussten. Insgesamt bestätigen diese Auswertungen in Bezug auf die Opfer, dass sie häufig unter Bedingungen arbeiten mussten, die eine Ausbeutung nahelegen.

#### **4. Zusammenfassung**

In Österreich und Deutschland stellen sich Opfer und Täter des Menschenhandels insbesondere mit Blick auf ihre ethnische Herkunft unterschiedlich dar. Dies ist sicher einerseits mit geografischen Bedingungen zu begründen (größere Nähe Österreichs zu Bulgarien und Rumänien). Andererseits deutet sich an, dass unterschiedliche polizeiliche Ermittlungsstrategien in Österreich und Deutschland hierfür ursächlich sein könnten. Der Schwerpunktmittlung gezielt gegen einen größeren Täterring in Österreich stehen diversifizierte Ermittlungsansätze in Deutschland gegenüber. Deutlich wird dies auch daran, dass sich in Deutschland mehr deutsche Täter und mehr Täter finden, die nicht organisiert vorgehen. Zu diskutieren wären die jeweiligen Vor- und Nachteile der verschiedenen polizeilichen Vorgehensweisen und die Rolle der Ermittlungsbehörden bei der ‚Konstruktion‘ des Menschenhandels. Offensichtlich ist, dass die Schwerpunktsetzung in Österreich zur Identifizierung von Menschenhandelsfällen im Bereich der Straßenprostitution geführt hat, während andere Prostitutionsbereiche wenig Berücksichtigung und damit wenig Aufhellung erfahren. In Deutschland führt der Prozess der Strafverfolgung häufiger als in Österreich zu einer Einstellung beziehungsweise zu einem Freispruch. Dies verweist wiederum darauf, dass die Ermittlungsansätze in Deutschland seltener ausreichend belastendes Material zu Tage fördern oder in einzelnen Fällen sogar zu Falschanschuldigungen führen. Dies ist sicherlich ebenso kritisch zu sehen wie das teilweise Ausblenden von Opfer- und Tätergruppen, das die Schwerpunktsetzungen in Österreich zur Folge haben. Zugleich sollten weder die Ansätze in Deutschland noch in Österreich einer generellen Kritik ausgesetzt werden, da diese es auch erst ermöglichen, dass Fälle von Menschenhandel überhaupt aufgedeckt werden.

## Literatur

- Bubenitschek, G./Kannemann, B./Wegel, M.* (2011): Die „Loveboys“-Methode. Ein neues Phänomen in der Jugendprostitution? *Kriminalistik*, 65, S. 537-542.
- Dölling, D.* (1984): Probleme der Aktenanalyse in der Kriminologie. In: Kury, H. (Hg.): *Methodologische Probleme in der kriminologischen Forschungspraxis*. Wiesbaden: Heymanns, S. 265-286.
- Hermann, D.* (1988): Die Aktenanalyse als kriminologische Forschungsmethode. In: Kaiser, G./Kury, H./Albrecht, H.J. (Hg.): *Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Projektberichte aus der Bundesrepublik Deutschland. Band 35/2*. Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, S. 863-877.
- Herz, A.* (2005): *Menschenhandel. Eine empirische Untersuchung zur Strafverfolgungspraxis*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Huber, E.* (2017): *Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung in Österreich. Ergebnisse einer Aktenanalyse vom Wiener Straflandesgericht der verurteilten Fälle der Jahre 2009 bis 2014*. Krems: Donau-Universität Krems.
- Huber, E./Gahleitner, S./Gerlich, K./Hinterwallner, H./Hötzendorfer, W.* (2017): Der Weg in ein besseres Leben? - Menschenhandel in Österreich – ein bilaterales Forschungsprojekt. *SIAK-Journal*, 14 (2), S. 39-48.
- Leuschner, F./Hüneke, A.* (2016): Möglichkeiten und Grenzen der Aktenanalyse als zentrale Methode der empirisch-kriminologischen Forschung. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 99 (6), S. 464-480.
- Pfuhl, C.* (2012): *Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung §§ 232, 233a StGB. Unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Grundlagen*. Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag.
- Zietlow, B./Baier, D.* (2016): Die Täterinnen und Täter des Menschenhandels in Deutschland. Teil I: Forschungsstand und Forschungsfragen eines Projekts. *SIAK-Journal*, 13 (4), S. 12-18.
- Zietlow, B./Baier, D.* (2018): *Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung in Deutschland. Ergebnisse einer Aktenanalyse zu polizeilich registrierten Fällen der Jahre 2009 bis 2013*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

# **Strafrechtliche Aufarbeitung von Tötungsdelikten an Kindern**

*Monika Haug, Theresia Höynck und Ulrike Zähringer*

## **Gliederung**

1. Einleitung
2. Zur Entwicklung der Fallzahlen
3. Zur Sanktionierung von Tötungsdelikten an Kindern
  - 3.1 Rechtlicher Hintergrund
  - 3.2 Stand der Forschung
4. Befunde aus KFN-Forschungsprojekten zu Tötungsdelikten an Kindern
  - 4.1 Methoden und Datengrundlage
  - 4.2 Ergebnisse in Bezug auf Fragestellungen dieses Beitrages
5. Zusammenfassung und Diskussion

## **1. Einleitung**

Tötungsdelikte an Kindern berühren die Gesellschaft wie kaum ein anderes Kriminalitätsphänomen. Die mediale und auf gravierende Einzelfälle gerichtete Aufmerksamkeit erweckt den Eindruck zunehmender Häufigkeit und teilweise den eines Versagens staatlicher Institutionen. Neben der Forderung nach besserer Prävention und mehr Kontrolle werden auch Forderungen nach einem härteren Strafrecht laut.<sup>1</sup> Auch vor dem Hintergrund solcher Debatten wurden in den vergangenen Jahren erhebliche gesetzgeberische Änderungen unternommen, um Gefahren für Kinder frühzeitig abzuwenden und damit gravierende Fallverläufe zu verhindern. Die gesetzlichen Änderungen sahen dabei vor allem konkretere Kontrollaufgaben für die Jugendämter vor, wie frühzeitige Risikoeinschätzungen<sup>2</sup> und bessere Vernetzung zwischen den am Kinderschutz beteiligten Akteuren.<sup>3</sup> Für die Arbeit mit betroffenen Familien standen insbesondere Unterstützungsmaßnahmen im Fokus („Hilfe statt Strafe“).<sup>4</sup> Auf Prävention durch Aufklärung zielen auch öffentliche Kampagnen, wie beispielsweise die von der A.P.I. Kinder- und Jugendstiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums

---

1 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166627318/Jeder-kennt-einen-Taeter.html>.

2 BT-Drs. 15/3676, S. 30.

3 BT-Drs. 16/6308, S. 238; 17/6256, S. 19 ff.

4 Vgl. nur BT-Drs. 14/1247, S. 6; 17/6256, S. 17 ff.

Hamburg-Eppendorf durchgeführten Kampagne „Schütteln tötet“.<sup>5</sup> Zu beachten ist bei allen Präventions- und Interventionsüberlegungen die Verschiedenheit von Tötungsdelikten an Kindern. Während zum Beispiel ein Kleinkind durch heftiges Schütteln tödlich verletzt werden kann, führt dies bei Schulkindern in aller Regel nicht zu tödlichen Verletzungen. Dagegen werden ältere Kinder häufiger Opfer von Tötungen im Zuge von Sexualdelikten. Tötungsdelikte an Kindern sind ein sehr heterogenes Phänomen bezogen auf die Altersgruppen, die Beziehungen zwischen Opfer und Täter<sup>6</sup> sowie die konkreten Entstehungsbedingungen.

Auch die strafrechtliche Sanktionierung von Tätern von Tötungsdelikten an Kindern ist in den öffentlich wahrgenommenen Fällen nicht selten Thema.<sup>7</sup> Auffallend ist die große Bandbreite der Strafhöhen, die auf den ersten Blick überrascht; aus der Forschung sind allerdings Sanktionsdisparitäten bei der justiziellen Aufarbeitung von Tötungsdelikten an Kindern bekannt.<sup>8</sup> Unklar ist, ob die Diskussion um Tötungsdelikte an Kindern und die genannten Präventionsaktivitäten Effekte zeigen. Solche Effekte könnten auf ganz verschiedenen Ebenen liegen. Viel diskutiert worden sind sie bezogen auf den Ausbau der Kontrollfunktion der Jugendhilfe,<sup>9</sup> die naheliegende Frage nach dem Erfolg, im Sinne der durch die Neuregelungen ausdrücklich intendierten Verhinderung von Taten,<sup>10</sup> wird allerdings nicht explizit gestellt.<sup>11</sup>

Im vorliegenden Beitrag soll zum einen der Frage nachgegangen werden, ob sich die Fallzahlen für Tötungsdelikte an Kindern im zeitlichen Verlauf verändert haben. Neben der Entwicklung der Fallzahlen insgesamt interessieren die Veränderungen der Fallzahlen für verschiedene Fallgruppen. Aufgegriffen wird zum anderen die Frage, ob es Änderungen bei der gerichtlichen Sanktionierung der Fälle gab. Die stark auf die Rolle der Jugendhilfe fokussierte Diskussion der letzten Jahre lässt hierzu gegenläufige Hypothesen zu: Die Debatte könnte sich einerseits sanktionsverschärfend auswirken, weil zum Beispiel vorhandene Hilfsangebote nicht angenommen wurden. Sie könnte aber auch andererseits sanktionsmildernde Effekte haben, weil der Blick auf die hoch belasteten Lebenslagen vieler Täter gelenkt wurde.

---

5 Siehe <https://www.schuettelntoetet.de>.

6 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

7 Z.B. MDR vom 21.02.2018: „Bewährungsstrafe für Mutter nach Tod ihres Säuglings“; ntv.de vom 31.05.2016: „Eigenes Kind zu Tode gequält. Vater erhält Höchststrafe für Baby-Mord“.

8 Höynck/Görgen (2006) mit Verweisen auf internationale Befunde.

9 Siehe z.B. Lutz (2010); Dahme/Wohlfahrt (2017); Hensen/Schöne (2010).

10 BT-Drs. 17/6256, S. 15.

11 Bundesregierung (2015).

Die genannten Fragen sollen anhand von Daten zweier Forschungsprojekte zu Tötungsdelikten an Kindern untersucht werden, die am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführt wurden.<sup>12</sup>

## 2. Zur Entwicklung der Fallzahlen

Daten bezogen auf die Häufigkeit von Tötungsdelikten an Kindern können für Deutschland den amtlichen Statistiken entnommen werden, die allerdings wenig differenziert sind. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist entsprechende Opferzahlen aus, die Strafverfolgungsstatistik enthält Daten zu Verurteilungen wegen Tötungsdelikten zum Nachteil von Kindern.

*Abbildung 1* stellt absolute Zahlen zu Opfern von Tötungsdelikten an Kindern aus der PKS und absolute Zahlen aus der Strafverfolgungsstatistik zu Verurteilten wegen eines Tötungsdelikts zum Nachteil eines Kindes gegenüber. Die Vergleichbarkeit der Daten ist durch Unterschiede in der statistischen Erfassung<sup>13</sup> sowie dadurch eingeschränkt, dass die Eintragung in die PKS und die Verurteilung nicht zwangsläufig in dasselbe Erhebungsjahr fallen. Dennoch lassen sich aus der Gegenüberstellung der Daten wesentliche Entwicklungen ablesen. *Abbildung 1* zeigt, dass die Anzahl an Opfern von Tötungsdelikten an Kindern in der PKS bei Betrachtung des Zeitraums von 1995 bis 2015 insgesamt rückläufig ist. Ein rückläufiger Trend zeigt sich auch in der Entwicklung der Opferziffern, also bei Betrachtung der Fallzahlen bezogen auf 100.000 Kinder der jeweiligen Altersgruppe.<sup>14</sup> Die absoluten Zahlen zu Verurteilungen zeigen keinen eindeutigen Trend, vielmehr bewegen sie sich volatil zwischen etwa 20 und 40 Verurteilungen pro Jahr.

---

12 Beide Forschungsprojekte wurden mit Mitteln der Fritz Thyssen Stiftung gefördert.

13 Die Strafverfolgungsstatistik erfasst von 1995 an auch sexuellen Missbrauch von Kindern mit Todesfolge und Vergewaltigung (später sexuelle Nötigung/Vergewaltigung) mit Todesfolge. Hierbei handelt es sich um eine Abweichung zur Erfassung in der PKS, wovon jedoch nur geringe Abweichungen in den Fallzahlen zu erwarten sind. Die abgebildeten PKS-Daten beziehen sich auf bekannt gewordene Opfer, die Zahlen aus der Strafverfolgungsstatistik auf Verurteilte. Zudem ist die Vergleichbarkeit dadurch beeinträchtigt, dass bei der Verurteiltenstatistik nicht zwischen Versuch und Vollendung unterschieden wird, in der PKS hingegen schon.

14 Vgl. Haug/Zähringer (2017), S. 18 f.

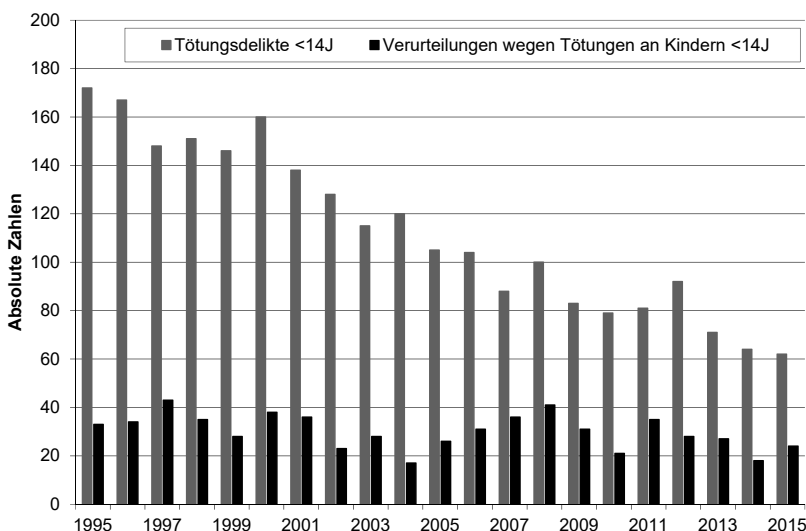


Abbildung 1: Vollendete, vorsätzliche Tötungsdelikte zum Nachteil von Kindern, 1995 bis 2015; Opfer und Verurteilte (bis 2006 jeweils nur Westdeutschland mit Gesamtberlin, danach Gesamtdeutschland)<sup>15</sup>

### 3. Zur Sanktionierung von Tötungsdelikten an Kindern

#### 3.1 Rechtlicher Hintergrund

Grundsätzlich wird die Tötung eines anderen Menschen im deutschen Strafrecht als Totschlag gewertet, § 212 StGB. Als Folge wird eine zeitige Freiheitsstrafe von nicht unter fünf Jahren verhängt, in minder schweren Fällen nach § 213 StGB allerdings beträgt der Strafrahmen zwischen einem Jahr und 10 Jahren. Bei Vorliegen von mindestens einem qualifizierenden Merkmal des § 211 Abs. 2 StGB handelt sich um einen Mord, mit der Folge einer lebenslangen

<sup>15</sup> Bundeskriminalamt (1996-2016); Statistisches Bundesamt (1997-2017), Tab. 9. Verurteilte gemäß §§ 178, 177 Abs. 3 StGB a.F. wurden für die Jahre 2002 bis 2004 nicht separat ausgewiesen. Die Daten beziehen sich für den Zeitraum 1997 bis 2006 nur auf Westdeutschland und Gesamtberlin, da eine einheitliche Erfassung der Verurteilten in den neuen Bundesländern für die Verurteilten noch nicht erfolgte. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden daher für diese Jahre auch nur die Opfer nur für Westdeutschland und Gesamtberlin angegeben. Ab dem Jahr 2007 beziehen sich die Daten jeweils auf Gesamtdeutschland.

Freiheitsstrafe.<sup>16</sup> Bei der hier beschriebenen Deliktgruppe kommen auch Körperverletzungen mit Todesfolge in Betracht, bei denen eine zeitige Freiheitsstrafe von nicht unter drei Jahren ausgesprochen wird (§ 227 Abs. 1 StGB). In einem minder schweren Fall liegt der Strafraum zwischen einem bis zu zehn Jahren (§ 227 Abs. 2 StGB). Neben den allgemeinen Erwägungen zur Strafzumessung (§§ 46 ff. StGB) sind die in Frage kommenden besonderen gesetzlichen Milderungsgründe dem § 49 StGB (gegebenenfalls in Verbindung mit § 21 StGB) zu entnehmen. Abhängig von den jeweiligen Umständen sind damit auch bei Tötungsdelikten an Kindern Bewährungsstrafen möglich.

### 3.2 Stand der Forschung

Die Sanktionspraxis bei Tötungsdelikten ist in den letzten Jahren vor allem im Kontext der rechtspolitischen Diskussionen um die Reform der entsprechenden Strafrechtsnormen Gegenstand wissenschaftlichen Interesses gewesen.<sup>17</sup>

Einer Untersuchung von Kinzig<sup>18</sup> zufolge, die auf Befunden aus amtlichen Daten und weiteren Untersuchungen basiert, zeichnet sich bei wegen Mordes, Mordversuchs und Totschlags verurteilten Personen seit dem Jahr 2007 deutschlandweit ein deutlicher Rückgang ab: *„Wurden wegen dieser drei Delikte 2007 noch 697 Personen verurteilt, waren es 2013 nur noch insgesamt 506, was einen Rückgang von fast 30 % (27,4 %, bei Mord sogar um 32,4 %) bedeutet“*. Zugleich ist im zeitlichen Verlauf bei wegen vollendeten Mordes verurteilten Personen der Anteil an lebenslangen Freiheitsstrafen gestiegen: *„Wurden noch Anfang der 1990er Jahre nur rund 50 % der wegen vollendeten Mordes Verurteilten mit der Höchststrafe belegt, so hat sich die Quote in den letzten Jahren zwischen rund 70 % und 80 % eingependelt“*. Kinzig spricht insofern von einer ‚härteren Gangart‘ der Justiz.<sup>19</sup>

Auch Heinz<sup>20</sup> stellt bei einer Analyse der Daten der Rechtspflegestatistiken diese Tendenz fest. In über 90 % der Verurteilungen wegen vorsätzlicher Tötungsdelikte im Jahr 2012 wurden Freiheitsstrafen ohne Bewährung ausgesprochen. Bei diesem Wert ist seit Anfang der 1990er Jahre ein Anstieg zu beobachten. Insgesamt hat sich in diesem Zeitraum auch das Strafniveau

---

16 Dargestellt sind hier die Regelungen des Erwachsenenstrafrechts. Im Jugendstrafrecht gelten andere Strafraum, hier liegt die Höchststrafe bei Jugendlichen bei 10 Jahren (§ 18 Abs. 1 S. 2 JGG), bei Heranwachsenden, die nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, können gem. § 105 Abs. 3 S. 2 JGG maximal 15 Jahre verhängt werden.

17 Siehe hierzu m.w.N. Höynck et al. (2014).

18 Kinzig (2015).

19 Kinzig (2015), S. 201.

20 Heinz (2014).



erhöht: Zugenommen haben vor allem die Anteile der lebenslangen Freiheitsstrafen und der Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren; für Freiheitsstrafen unter drei Jahren war eine rückläufige Tendenz zu beobachten.<sup>21</sup> Im Jahr 2012 wurden insgesamt 72,7 % der wegen vollendeten Mordes verurteilten Personen auch zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.<sup>22</sup>

Darüber hinaus sind auch geschlechterspezifische Unterschiede nachweisbar: Köhler<sup>23</sup> ermittelte für Sanktionen wegen Tötungsdelikten, dass Frauen im Schnitt in 80 % der Fälle Freiheitsstrafen ohne Bewährung erhielten, Männer hingegen in 94 %. Einschränkend ist allerdings zu sagen, dass sich diese Daten auf unterschiedliche Gruppengrößen bezogen (46 Frauen, 560 Männer),<sup>24</sup> was zu Verzerrungen führen könnte. Köhler wertete für ihre Arbeit Eintragungen im Bundeszentral- und Erziehungsregister zu Personen aus, die im Jahr 2004 mit einer relevanten Bezugsentscheidung im Register erfasst waren.

Zur gerichtlichen Sanktionierung ist aus empirischen Arbeiten speziell zu Tötungsdelikten an Kindern bislang nur wenig bekannt; die vorhandenen Untersuchungen sind entweder regional eng gefasst oder fokussieren auf ganz bestimmte Phänomene. Raic (1997) untersuchte insgesamt 757 Todesfälle von Kindern und Jugendlichen, die am Bonner Institut für Rechtsmedizin zwischen 1970 und 1993 verzeichnet wurden, davon waren 103 Fälle auf Tötungen zurückzuführen. Bei den untersuchten Fällen wurde für 48,5 % der Beschuldigten eine Strafe ausgesprochen. Zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden 42,4 % der Angeklagten, Bewährungsstrafen erhielten 21,2 %. Bei 15,2 % der Angeklagten wurde eine verminderte Schuldfähigkeit festgestellt.<sup>25</sup> Dieser Wert lag damit etwa im Mittel der von Vock und Trauth festgestellten Werte.<sup>26</sup> Speziell für die Fallgruppe der Neonazide untersuchten Püschel et al.<sup>27</sup> 12 Hamburger Fälle der Jahre 1977 bis 1986, wobei das Strafmaß in vier Fällen zwischen neun Monaten und zwei Jahren lag. Insgesamt wurde in 10 Fällen Anklage erhoben und das Verfahren sechsmal eingestellt. Trube-Becker<sup>28</sup> untersuchte für den Zeitraum 1947 bis 1974 insgesamt 82 Neonazide, bei denen es neun Freisprüche und 24 Verurteilungen nach dem damals geltenden § 217 StGB gab, wobei das Strafmaß zwischen vier Wochen und fünf Jahren lag. Die restlichen Verfahren wurden eingestellt.

---

<sup>21</sup> Heinz (2014), S. 204.

<sup>22</sup> Heinz (2014), S. 103.

<sup>23</sup> Köhler (2012).

<sup>24</sup> Köhler (2012), S. 173 f.

<sup>25</sup> Raic (1997), S. 95.

<sup>26</sup> Bundesrepublik: 29 %, Vock/Trauth (1999a), S. 78; DDR: 8 %, Vock/Trauth (1999b), S. 80.

<sup>27</sup> Püschel et al. (1988).

<sup>28</sup> Trube-Becker (1975).

Zusammenfassend kann für Tötungsdelikte insgesamt festgehalten werden, dass Untersuchungen einen Trend zu härteren Strafen bei rückläufigen Fallzahlen beschreiben. Im zeitlichen Vergleich wurden bei Tötungsdelikten zunehmend lebenslange Freiheitsstrafen verhängt. Insgesamt beträgt der Anteil der Freiheitsstrafen ohne Bewährung über 80 %. Auch konnte eine Erhöhung des Strafniveaus bei zeitigen Freiheitsstrafen beschrieben werden. Gleichzeitig ging der Anteil vermindert schulfähiger Verurteilter, deren Strafe nach §§ 21, 49 StGB gemildert werden kann, zurück. Eine verlässliche Einschätzung zur Situation bezüglich Tötungsdelikten an Kindern ist hingegen nicht möglich. Die vorhandenen Studien zeigen interessante Einblicke, beinhalten jedoch keine verallgemeinerbaren Aussagen dazu, wie sich die Sanktionspraxis genau darstellt und im Verlauf der Zeit entwickelt hat. Die vorhandenen Einblicke lassen aber eine mildere Sanktionspraxis bei Tötungsdelikten an Kindern im Vergleich zu sonstigen Tötungsdelikten vermuten.

## 4. Befunde aus KFN-Forschungsprojekten zu Tötungsdelikten an Kindern

### 4.1 Methoden und Datengrundlage

Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen wurden zwischen 2007 und 2017 zwei Forschungsprojekte zu Tötungsdelikten an Kindern durchgeführt: Das erste (2007 bis 2010) untersuchte Tötungsdelikte an unter sechsjährigen Kindern,<sup>29</sup> das zweite (2014 bis 2017) erforschte die Tötungskriminalität zum Nachteil von sechs- bis 13-jährigen Kindern.<sup>30</sup> Beide Projekte untersuchten verschiedene Fragestellungen zum Phänomen, insbesondere sollten typische Entstehungszusammenhänge und Tatverläufe sowie typische Täter- und Opfermerkmale beschrieben werden. Daneben wurden Fragestellungen zur strafrechtlichen Aufarbeitung, insbesondere zur Tatentdeckung, zur Tataufklärung und zur justiziellen Erledigungspraxis untersucht. Methodisch basierten die beiden Untersuchungen auf einer Analyse von Strafverfahrensakten, die eine gute Grundlage bieten, um die strafrechtliche Aufarbeitung der Fälle zu analysieren.<sup>31</sup> Da es sich um Tötungsdelikte handelt, beinhalten die Akten in

---

29 Höynck et al. (2015). An dieses Hauptprojekt angeschlossen waren zwei separate Projektmodule, aus denen Dissertationen entstanden: Zu Interviews mit verurteilten Tätern: Kroetsch (2017), zu Interviews mit Fachkräften der Jugendhilfe Zähringer (2015).

30 Haug/Zähringer (2017).

31 Steffen (1977), S. 92; Blankenburg (1975), S. 194; Dölling (1984), S. 275; Leuschner/Hüneke (2016).

der Regel recht umfangreiche Informationen zur Tat und zu ihrer Entstehung.<sup>32</sup> Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Daten herzustellen, wurden für die Untersuchungen ähnliche Erhebungsinstrumente verwendet.

Geplant war jeweils eine bundesweite Vollerhebung für die Untersuchungszeiträume 1997 bis 2006 (Tötungsdelikte an unter sechsjährigen Kindern) beziehungsweise 1997 bis 2012 (Tötungsdelikte an sechs- bis unter 13-jährigen Kindern): Einbezogen wurden jeweils alle vorsätzlichen, vollendeten Tötungsdelikte einschließlich erfolgsqualifizierter Delikte.<sup>33</sup> Für die Analysen konnten jedoch nur zu einem Teil der in der PKS ausgewiesenen Fälle die Akten identifiziert und analysiert werden. Die Identifizierung einschlägiger Aktenzeichen ging dabei im Wesentlichen auf Suchabfragen in den polizeilichen Computersystemen bei den Landeskriminalämtern zurück, darüber hinaus wurden Aktenzeichen aber auch über Rechtsmedizinische Institute sowie über eine Medienrecherche ermittelt. Die Gründe für die Diskrepanz zwischen den PKS-Daten und den tatsächlich auffindbaren Akten konnten nur teilweise aufgeklärt werden.<sup>34</sup> Anhaltspunkte für eine systematische Verzerrung wurden aber nicht sichtbar, insofern kann von einer Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ausgegangen werden.

Bei der Untersuchung der Tötungsdelikte an unter sechsjährigen Kindern konnten 59 % der in der PKS für den Untersuchungszeitraum ausgewiesenen Opfer in die Analyse einbezogen werden,<sup>35</sup> bei der Untersuchung der Tötungsdelikte an sechs bis 13-jährigen Kindern waren es 38 %.<sup>36</sup> In der Studie zu Tötungsdelikten an unter sechsjährigen Kindern konnten letztlich Daten zu 535 Opfern und 354 Tätern<sup>37</sup> untersucht werden, in der Studie zu Tötungsdelikten an 6- bis 13-jährigen Kindern liegen Daten zu 192 Opfern und 169 Tätern vor. Aus der Zusammenfügung der Daten beider Projekte lassen sich Merkmale im zeitlichen Verlauf beschreiben. Der methodische Zugriff über Akten erwies sich grundsätzlich als gut, beschreibt allerdings nur das Hellfeld.

---

32 Siehe dazu ausführlicher *Haug/Zähringer* (2017), S. 31 f.

33 §§ 211, 212, 227, 306c, 176b, 178 StGB & §§ 176 Abs. 4, 178 Abs. 3, 217, 307 Nr. 1 a.F. StGB.

34 Vgl. dazu *Haug/Zähringer* (2017), S. 33 f.; *Höynck et al.* (2015), S. 44 f.

35 *Höynck et al.* (2015), S. 44 f.

36 *Haug/Zähringer* (2017), S. 35.

37 Täter im Projektsinne war, wer für die zum Tode führende Handlung strafrechtlich verurteilt wurde oder nur deshalb nicht verurteilt wurde, weil er/sie zum Tatzeitpunkt schuldunfähig war oder sich im Zuge der Tat selbst suizidiert hatte.

## 4.2 Ergebnisse in Bezug auf Fragestellungen dieses Beitrages

### 4.2.1 Entwicklung der Fallzahlen nach Fallgruppen

Bei Tötungsdelikten an Kindern handelt es sich um Phänomene, die sich hinsichtlich ihrer Tatentstehung und Tatausführung stark unterscheiden. In den KFN-Forschungsprojekten wurden daher, orientiert an aus der Literatur bekannten Typen,<sup>38</sup> Fallgruppen gebildet und alle weiteren Auswertungen fallgruppendifferenziert vorgenommen.<sup>39</sup> Unterschieden wurden, wie die folgende Übersicht zeigt, acht Fallgruppen, die in den verschiedenen Altersgruppen mit unterschiedlicher Häufigkeit aufgefunden wurden:

- *Neonatizid*: Dieser Fallgruppe wurden Fälle zugeordnet, bei denen die Mutter ihr Kind während oder unmittelbar nach der Geburt getötet hat.
- *Misshandlung*: In diese Fallgruppe wurden sehr heterogene Formen tödlich endender Gewalt eingeordnet, bei denen eine klare Tötungsabsicht nicht erkennbar war. Hierunter fielen beispielsweise Tötungen durch stumpfe Gewalt oder reines Schütteln.
- *Vernachlässigung*: Vernachlässigungen umfassen Fälle, bei denen Kinder zu Tode kamen, weil sie nicht ausreichend mit Nahrung und/oder Flüssigkeit versorgt wurden, oder bei denen eine ausreichende medizinische Versorgung nicht gewährleistet wurde.
- *Erweiterter Suizid*: Diese Fallgruppe beschreibt Fälle, bei denen die Tötung des Kindes vor einem vollendeten bzw. versuchten Suizid des Täters erfolgte.
- *Sexualdelikt*: In dieser Fallgruppe wurden Fälle gefasst, bei denen die Tötung des Kindes erfolgte, um sexuelle Handlungen an ihn zu ermöglichen bzw. um vorangegangene sexuelle Handlungen am Opfer zu verdecken.
- *Zielgerichtete Tötung*: Diese Fallgruppe beschreibt Fälle, bei denen das Opfer zielgerichtet, in klarer Tötungsabsicht getötet wurde, ohne dass eine der anderen Kategorien (zum Beispiel erweiterter Suizid oder Sexualdelikt) vorlag.
- *Psychische Erkrankung*: Unter diese Fallgruppe wurden Fälle gefasst, in denen die Tötung allein durch eine psychische Erkrankung hervorgerufen wurde und keine wesentlichen Elemente aus anderen Kategorien vorlagen (zum Beispiel suizidale oder sexuelle Komponente).

38 Für einen Überblick über wichtige Klassifikationssysteme vgl. Bourget *et al.* (2007); Porter/Gavin (2010). Weitere Beispiele unter Höynck *et al.* (2015), S. 36 ff.

39 Siehe zu dieser Vorgehensweise ausführlich Höynck *et al.* (2015), S. 92 ff.

Daneben gab es noch weitere Fälle, die keiner Kategorie klar zugeordnet werden konnten. Dies waren Fälle, die unter die Kategorie *natürlicher Tod/Unfall/unklar* gefasst wurden. Hierbei handelt es sich einerseits um Fälle, bei denen zunächst wegen des Verdachts eines vorsätzlichen Tötungsdelikts ermittelt wurde, sich der Sachverhalt aber schließlich als Unfall oder natürlicher Tod herausstellte. Andererseits fielen hierunter Fälle, in denen das Tatgeschehen nicht hinreichend aufgeklärt werden konnte, sodass eine Einordnung in die Fallgruppen nicht möglich war. Daneben gab es Fälle, die unter die Kategorie *Sonstiges* gefasst wurden. Hierbei handelt es sich um Fälle, bei denen es zwar Angaben zum Tatgeschehen gibt, die aber nicht unter eine der oben benannten Fallgruppen eingeordnet werden konnten. Sie wiesen keine charakteristischen Gemeinsamkeiten auf und wurden deshalb unter der Kategorie ‚Sonstiges‘ zusammengefasst.

*Tabelle 1: Verteilung nach Fallgruppen in Prozent und absoluten Zahlen für die Untersuchungsgruppe der unter 6-jährigen Kinder (n = 535) und die Untersuchungsgruppe der 6- bis 13-jährigen Kinder (n = 192)*

Fallgruppe	< 6 J. in % (n = 535)	< 6 J. absolut (n = 535)	6-13 J. in % (n = 192)	6-13 J. absolut (n = 192)
Neonatzid	37,2	199	0	0
Misshandlungstötung	25,6	137	4,2	8
Vernachlässigung	3,7	20	3,1	6
Erweiterter Suizid	12,7	68	51,6	99
Sexualdelikt	0	0	20,8	40
Akute psychische Erkrankung	6,2	33	2,1	4
Zielgerichtete Tötung	6,2	33	14,1	27
Natürlicher Tod/Unfall/ Unklar; Sonstige	8,4	45	4,1	8

*Tabelle 1* zeigt die Größe der einzelnen Fallgruppen in den beiden Opferaltersgruppen. In der Gruppe der unter 6-jährigen Kinder dominierten insbesondere Neonatizide und Misshandlungstötungen. In der Gruppe der 6- bis 13-jährigen Kinder wurden über die Hälfte der Kinder im Rahmen eines (versuchten) erweiterten Suizids getötet. Misshandlungstötungen, die typischerweise an eine erhöhte Vulnerabilität besonders junger Opfer anknüpfen, tauchen in der Gruppe der älteren Kinder kaum mehr auf.

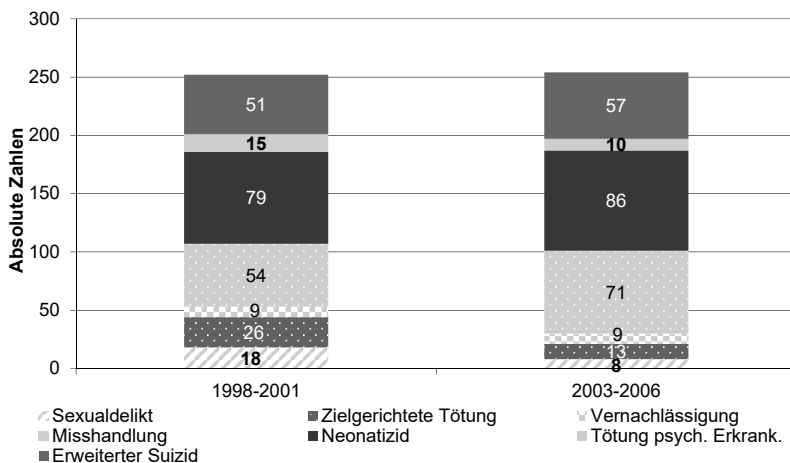


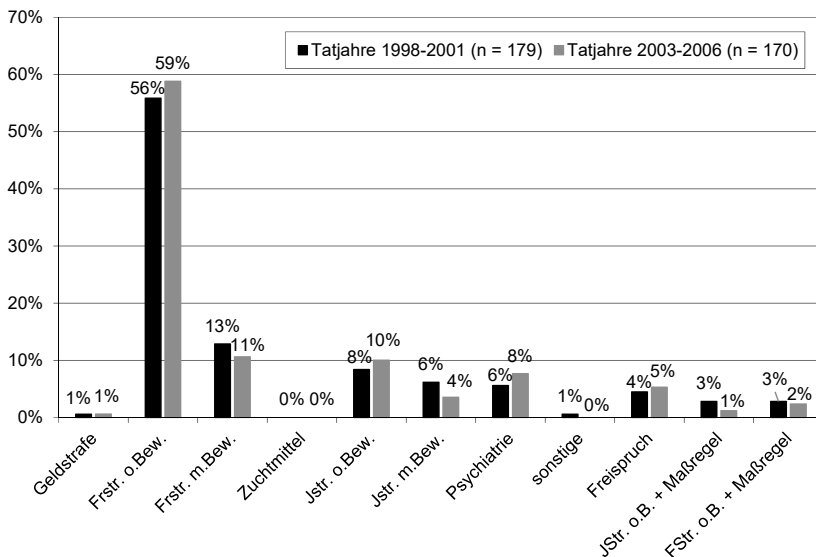
Abbildung 2: Anzahl Opfer nach Fallgruppen für Zeitraum 1 ( $n = 252$  Opfer) und Zeitraum 2 ( $n = 254$  Opfer), ohne die Kategorien natürlicher Tod/Unfall/Unklar, Sonstige

Für den vorliegenden Beitrag wurde untersucht, ob und wie sich die Fallzahlen in den unterschiedlichen Fallgruppen der Tötungsdelikte an unter 14-jährigen Kindern und damit deren relative Anteile unter allen Fallgruppen im zeitlichen Verlauf verändert haben. Dafür wurden aus dem Überlappszeitraum der beiden Studien (1997 bis 2006) zwei gleich lange Vergleichszeiträume gebildet, 1998<sup>40</sup> bis 2001 (Zeitraum 1) und 2003 bis 2006 (Zeitraum 2): *Abbildung 2* zeigt, dass sich für die beiden Vergleichszeiträume in etwa gleich große Gruppen ergeben: Für den Zeitraum 1 liegen Daten zu 252 Opfern vor, für den Zeitraum 2 zu 254 Opfern. Innerhalb der gebildeten Vergleichsgruppen variieren dabei die Anteile der unterschiedlichen Fallgruppen. Auffallend ist, dass Sexualdelikte und zielgerichtete Tötungen im Vergleich der beiden Untersuchungszeiträume zurückgegangen sind. Tötungen durch Misshandlungen haben im Vergleich der beiden Zeiträume hingegen zugenommen. Die übrigen Fallgruppen blieben eher unverändert.

40 Das Jahr 1997 wurde nicht mit einbezogen, da aus diesem Jahr nur etwa halb so viele Fälle für die Analyse gewonnen werden konnten wie in den Folgejahren. Da hierbei ein systematischer Ausfall nicht ausschließbar ist, wurde auf die Abbildung dieses Jahrgangs verzichtet.

## 4.2.2 Entwicklung der Sanktionierung

Zu diesen 506 Opfern wurden insgesamt 332 Täter zu einer Strafe und/oder Maßregel verurteilt. Im Zeitraum 1 wurden dabei 171 Täter zu einer Strafe verurteilt, was einer Quote<sup>41</sup> von 68 % entspricht, im Zeitraum 2 wurden 161 Täter zu einer Strafe verurteilt, dies entspricht einer Quote von 63 %. Für je 17 Täter erging in den beiden Vergleichszeiträumen ein Freispruch (vgl. *Abbildung 3*).



*Abbildung 3: Art der Sanktion im Vergleich zwischen Untersuchungszeitraum 1 (n = 179 Täter) und Untersuchungszeitraum 2 (n = 170 Täter).*

*Abbildung 3* zeigt, dass in beiden Vergleichszeiträumen mehr als zwei Drittel der Täter zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Für die weiteren Täter wurden Jugendstrafen ohne und mit Bewährung verhängt. Teilweise wurde die Unterbringung in der Psychiatrie angeordnet. Vereinzelt wurden Freiheitsstrafen oder Jugendstrafen mit einer Maßregel kombiniert. In zwei Fällen wurden Geldstrafen ausgesprochen.

<sup>41</sup> Hierbei handelt es sich nicht um eine Verurteilungsquote im engeren Sinne. Vorliegend wurden Opferzahlen, bei denen mehrere Opfer unter Umständen einem Täter zuzurechnen sind, mit den Täterzahlen verglichen, bei denen unter Umständen auch mehrere Täter für die Tötung eines Opfers verantwortlich sein können.

Für den quantitativ dominierenden Rechtsfolgenausspruch, die Freiheitsstrafen, wurden vertiefende Analysen durchgeführt. *Tabelle 2* zeigt, dass der Anteil an Bewährungsstrafen an allen Freiheitsstrafen im Vergleich der beiden Zeiträume um drei Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist durch zufällige Schwankungen erklärbar. Die Dauer der zeitigen Freiheitsstrafen in Monaten ist für beide Vergleichszeiträume nahezu identisch geblieben. Der Anteil an lebenslangen Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen ist im Vergleich beider Vergleichszeiträume um neun Prozentpunkte zurückgegangen. Dies könnte durch Zufall erklärbar sein. Für den Anteil an rechtskräftigen Feststellungen zur verminderten Schuldfähigkeit ist im Vergleich der beiden gegenübergestellten Zeiträume ein signifikanter Rückgang um 12,5 Prozentpunkte zu verzeichnen.

*Tabelle 2: Anteil der Bewährungsstrafen an Freiheitsstrafen, Dauer der zeitigen Freiheitsstrafe, Anteil lebenslanger Freiheitsstrafen an Freiheitsstrafen, Anteil Feststellungen von § 21 StGB bei Freiheitsstrafen, jeweils im Vergleich zwischen Untersuchungszeitraum 1 und Untersuchungszeitraum 2*

	<i>n</i>	Zeitraum 1: 1998-2001	Zeitraum 2: 2003-2006	p <sup>42</sup>
Anteil Bewährungsstrafen an Freiheitsstrafen	ZR 1: 123 ZR 2: 116	18,7 %	15,5 %	p=.61
Dauer der zeitigen Freiheitsstrafe in Monaten	ZR 1: 94 ZR 2: 95	66,8 Mon.	67,1 Mon.	
Anteil lebenslange Freiheitsstrafen an Freiheitsstrafen	ZR 1: 123 ZR 2: 116	30,9 %	22,1 %	p=.34
Verminderte Schuldfähigkeit nach § 21 StGB festgestellt	ZR 1: 123 ZR 2: 116	37,7 %	25,2 %	p=.05

Diese Befunde können auf Basis der Fallgruppen noch differenzierter betrachtet werden. So zeigt *Tabelle 3*, dass nicht etwa pauschal milder bestraft wurde. Es zeigt sich vielmehr, dass Verurteilungen wegen zielgerichteter Tötungen und Sexualdelikten – also Fallgruppen, die typischerweise lebenslange Freiheitsstrafen zur Folge haben – beim Vergleich der beiden Vergleichszeiträume rückläufig waren ( $p = .03$ ; Exakter Fisher-Test): Damit kann der Rückgang des Anteils lebenslanger Freiheitsstrafen an Freiheitsstrafen insgesamt mit dem Rückgang der Verurteilungen wegen zielgerichteter Tötungen und Sexualdelikten erklärt werden.

---

42 Exakter Fisher-Test auf Unabhängigkeit von Zeitraum und Merkmalsverteilung.



Tabelle 3: Freiheitsstrafen insgesamt, lebenslange Freiheitsstrafen nach Vergleichszeiträumen und Fallgruppen zielgerichtete Tötung, Sexualdelikt und restliche Fallgruppen

	Zeitraum 1: 1998-2001		Zeitraum 2: 2003-2006	
	Freiheitsstrafe insgesamt	Lebenslang	Freiheitsstrafe insgesamt	Lebenslang
Zielgerichtete Tötung	20	14	10	8
Sexualdelikt	10	9	3	3
Restliche Fallgruppen	93	10	103	10
Gesamt	123	33	116	21

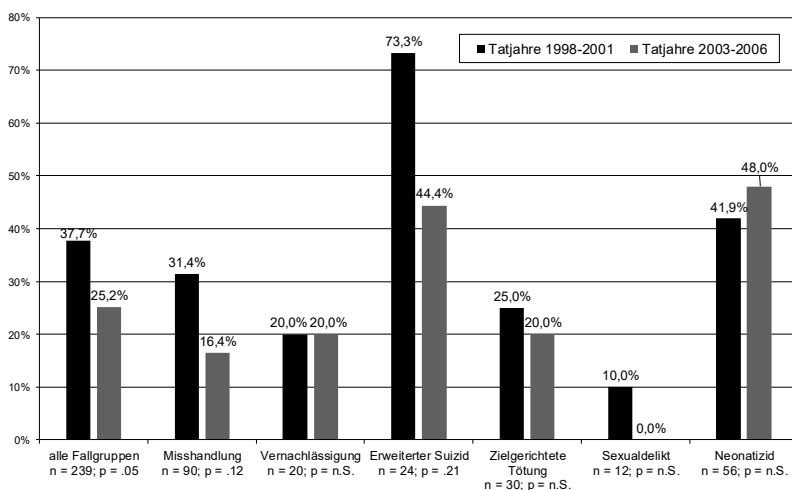


Abbildung 4: Anteil an Tätern, bei denen eine verminderte Schuldfähigkeit nach § 21 StGB festgestellt wurde an allen Tätern, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden für die Vergleichszeiträume 1998-2001 und 2003-2006 nach Fallgruppen;<sup>43</sup> Berechnung p-Werte: Fishers exakter Vierfelder-Test

Der Rückgang des Anteils an rechtskräftigen Feststellungen zur verminderten Schuldfähigkeit wurde ebenfalls nach Fallgruppen untersucht. Hierbei zeigte

<sup>43</sup> § 21 StGB eröffnet eine fakultativen Milderung nach § 49 StGB. Wie häufig es tatsächlich hierzu kam, konnte anhand der vorhandenen Daten nicht ermittelt werden.

sich, dass der Rückgang nicht auf bestimmte Fallgruppen zurückgeführt werden kann. Es zeigten sich Rückgänge in den Fallgruppen Misshandlung und erweiterter Suizid, bei den anderen Fallgruppen waren die Veränderungen nicht vom Zufall zu unterscheiden (vgl. *Abbildung 4*).

## 5. Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Beitrag wurde die Entwicklung der Fallzahlen und der Fallgruppen bei Tötungsdelikten an Kindern im Alter unter 14 Jahren beschrieben. Hintergrund ist, dass gesetzgeberische Änderungen auf eine Vermeidung gravierender Fallverläufe bei Kindern abzielten. Zugleich knüpfen Präventionsbemühungen an bestimmte Gefährdungssituationen an, die sich für verschiedene Formen von Tötungsdelikten an Kindern unterscheiden. Es konnte gezeigt werden, dass die Fallzahlen bei Tötungsdelikten an Kindern insgesamt rückläufig sind. Mit den Daten aus den KFN-Forschungsprojekten zu Tötungsdelikten an Kindern konnte dieser in den amtlichen Daten beobachtbare Rückgang auf einer breiten Datengrundlage noch differenzierter betrachtet werden: Es zeigte sich, dass im zeitlichen Vergleich zielgerichtete Tötungen und Sexualdelikte zurückgegangen sind, während Misshandlungstötungen eher zunahmen. Letzteres ist insbesondere vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und rechtspolitischer Bemühungen im Kinderschutz überraschend. Hier wäre eine Untersuchung der Entwicklungen nach dem Jahr 2006 auch für die jüngeren Opfer sehr wünschenswert. Daneben sollte auch die Wirksamkeit jüngerer rechtspolitischer Entwicklungen, wie beispielsweise die mit dem Bundeskinderschutzgesetz vom 1. Januar 2012 angestrebten Verbesserungen des Kinderschutzes, aber auch die Wirksamkeit von Präventionsbemühungen evaluiert werden, um zu prüfen, ob sich diese auch auf die Extremfälle auswirken.

Zudem wurden Aspekte der strafrechtlichen Aufarbeitung dieser Fälle untersucht. Während die Fallzahlen bei den Taten generell zurückgingen, blieben die der Verurteilungen über den Untersuchungszeitraum mit leichten Schwankungen auf einem ähnlichen Niveau. Eine Erklärung hierfür könnte eine veränderte gesellschaftliche Unrechtsauffassung sein. Ebenso denkbar wäre, dass die polizeiliche Einschätzung der Fälle, auf denen die PKS beruht, korrekter wird, mithin weniger falsch positive Fälle registriert werden. Möglich wäre ebenso, dass der Anteil an Fällen, in denen mehrere Täter für den Tod eines Kindes zur Verantwortung gezogen wurden, zugenommen hat. Da sich die Fallgruppen jedoch untereinander hinsichtlich der Tathintergründe zum Teil deutlich voneinander unterscheiden, sind Erklärungen, die sich auf alle Kategorien beziehen, äußerst schwierig.

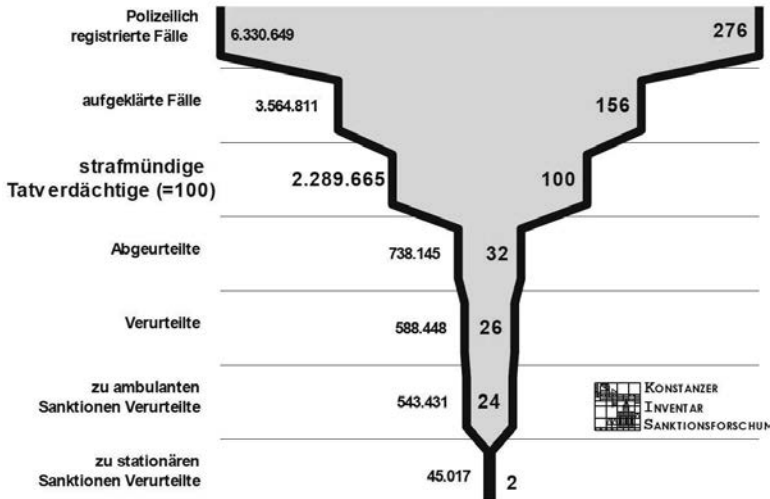


Abbildung 5: Polizeilich registrierte Straftaten und ermittelte Tatverdächtige im Prozess strafrechtlicher Sozialkontrolle (Trichtermodell): Verbrechen und Vergehen insgesamt, ohne Straftaten im Straßenverkehr. Absolute Zahlen und Relation zu der Anzahl der in selben Jahr registrierten strafmündigen Tatverdächtigen, Deutschland 2015

Die Verurteilungsquoten werden, nicht nur in Bezug auf Tötungsdelikte an Kindern, gelegentlich als problematisch diskutiert. Zu bedenken ist allerdings, dass die trichterförmige Entwicklung von Tatverdacht zu Verurteilung keine Besonderheit der vorliegenden Untersuchungsgruppe, sondern rechtsstaatliche Normalität ist (vgl. *Abbildung 5*)<sup>44</sup>: Nicht jeder in der PKS registrierte Tatverdacht erhärtet sich, nicht jede Tat wird aufgeklärt, und es kann auch zu Opportunitätseinstellungen kommen. Hinsichtlich der Verurteilungsquote ist für die hier betrachtete Gruppe insbesondere zu beachten, dass bei der nicht kleinen Fallgruppe der erweiterten Suizide die Täter verstorben sind, also eine Verurteilung gar nicht möglich war. Somit kann sich erklären, dass die „Verurteilungsquote“ in den amtlichen Daten (vgl. *Abbildung 1*) insgesamt geringer ist als in dem hier untersuchten Sample (vgl. 4.2.2).

Bezüglich der Sanktionierung der Fälle konnte gezeigt werden, dass Tötungsdelikte an Kindern mit verschiedenen Sanktionen belegt werden (vgl. *Abbildung 3*): Freiheitsstrafen ohne Bewährung wurden bei Tötungsdelikten an Kindern seltener ausgesprochen als bei Verurteilungen wegen Tötungsdelikten insgesamt.<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Heinz (2015).

<sup>45</sup> Vgl. dazu die beschriebenen Befunde von Kinzig (2015), Köhler (2012) und Heinz (2014).

Anhand der untersuchten Daten zu Tötungsdelikten an Kindern konnte gezeigt werden, dass anteilig<sup>46</sup> weniger lebenslange Freiheitsstrafen ausgesprochen wurden, was mit dem Rückgang der zielgerichteten Tötungen und der Sexualdelikte erklärbar ist. Zugleich zeigte sich ein signifikanter Rückgang bei der Anzahl der Feststellung der verminderten Schuldfähigkeit nach § 21 StGB. Dieser konnte nicht auf eine bestimmte Fallgruppe zurückgeführt werden. Im Gegensatz zur Entwicklung der Sanktionspraxis bei Tötungsdelikten insgesamt zeigt sich bei Tötungsdelikten an Kindern damit keine eindeutige Tendenz zu härteren Strafen. Werden die Veränderungen des Anteils lebenslanger Freiheitsstrafen an allen Freiheitsstrafen ohne Verurteilungen wegen Sexualdelikten und zielgerichteten Tötungen betrachtet, zeigt sich kein eindeutiger Trend. Wie bei Tötungsdelikten insgesamt<sup>47</sup> konnte auch bei Tötungsdelikten an Kindern ein Rückgang vermindert schuldfähiger Verurteilter beobachtet werden. Die für beide Vergleichszeiträume nahezu gleichbleibende Durchschnittsdauer der zeitigen Freiheitsstrafe<sup>48</sup> könnte ein Indiz für eine ‚härtere Gangart‘ sein. Anders als bei Tötungsdelikten insgesamt konnte in der vorliegenden Untersuchungsgruppe jedoch kein Anstieg der Dauer der zeitigen Freiheitsstrafe beobachtet werden.

Der bezüglich aller Tötungsdelikte beschriebene Trend zu härteren Strafen kann damit für die Gruppe der Tötungsdelikte an Kindern nicht bestätigt werden. Dies mag der Besonderheit von Tötungsdelikten an Kindern geschuldet sein, handelt es sich doch oft um Delikte, die ein besonderes Unrecht – die Tötung eines Kindes – mit besonders schwierigen Lebensumständen der Täter beziehungsweise sehr persönlich verstrickten Tatsituationen vereint.

## Literatur

- Bundeskriminalamt* (1996-2016): Polizeiliche Kriminalstatistik 1995-2015, Tabelle 91. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundesregierung* (2015): Bericht der Bundesregierung – Evaluation des Bundeskinderschutzes vom 16.12.2015. Berlin: Eigenverlag.
- Blankenburg, E.* (1975): Die Aktenanalyse. In: Blankenburg, E. (Hg.): Empirische Rechtssoziologie. München: Piper, S. 193-198.
- Bourget, D./Grace, J./Whitehurst, L.* (2007): A Review of Maternal and Paternal Filicide. The Journal of the American Academy of Psychiatry and the Law, 35 (1), S. 74-82.
- Dahme, H.J./Wohlfahrt, N.* (2017): Hilfe und Kontrolle in der Jugendhilfe. In: Böllert, K. (Hg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden: Springer VS, S. 219-241.

---

46 Bezogen auf alle Freiheitsstrafen.

47 Vgl. *Heinz* (2014), S. 204.

48 Siehe *Tabelle 2*.

- Dölling, D. (1984): Probleme der Aktenanalyse in der Kriminologie. In: Kury, H. (Hg.): Methodologische Probleme in der kriminologischen Forschungspraxis. Köln u.a.: Heymanns, S. 265-286.
- Haug, M./Zähringer, U. (2017): Tötungsdelikte an 6- bis 13-jährigen Kindern in Deutschland. Eine kriminologische Untersuchung anhand von Strafverfahrensakten (1997 bis 2012). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.
- Höynck, T./Behnsen, M./Haug, M. (2014): Der Alternativ-Entwurf Leben (AE-Leben). Überlegungen zur Frage der Folgen des Entwurfs für Nahraumtötungen am Beispiel von Tötungsdelikten an Kindern. Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 9 (3), S. 102-122.
- Höynck, T./Behnsen, T./Zähringer, U. (2015): Tötungsdelikte an Kindern unter 6 Jahren in Deutschland. Eine kriminologische Untersuchung anhand von Strafverfahrensakten (1997-2006). Wiesbaden: Springer VS.
- Höynck, T./Görgen, T. (2006): Tötungsdelikte an Kindern. Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Kriminalsoziologie und Rechtssoziologie 2006 (2), S. 9-42.
- Heinz, W. (2014): Das strafrechtliche Sanktionensystem und die Sanktionierungspraxis in Deutschland 1882-2012. Berichtsjahr 2012, Version 1/2014, in: <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kis/Sanktionierungspraxis-in-Deutschland-Stand-2012.pdf> [letzter Aufruf: 27.01.2018].
- Heinz, W. (2015): Kriminalität und Kriminalitätskontrolle in Deutschland – Berichtsstand 2015 im Überblick, Version 1/2017, in: [http://www.unki-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet\\_und\\_Kriminalitaetskontrolle\\_in\\_Deutschland\\_Stand\\_2015.pdf](http://www.unki-konstanz.de/rtf/kis/Kriminalitaet_und_Kriminalitaetskontrolle_in_Deutschland_Stand_2015.pdf) [letzter Aufruf: 27.01.2018].
- Hensen G./Schone, R. (2010): Kinderschutz und Frühe Hilfen für Familien als Planungsthema. In: Maykus S./Schone, R. (Hg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kinzig, J. (2015): Neue empirische Befunde zur Sanktionierung der Tötungsdelikte. Unter besonderer Berücksichtigung der Anordnung und Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe. Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 9 (4), S. 198-210.
- Köhler, T. (2012): Straffällige Frauen. Eine Untersuchung der Strafzumessung und Rückfälligkeit. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Kroetsch, M. (2017): Die Tötung eines leiblichen Kindes. Biographische Selbstdeutungen und Verlusterfahrungen. Baden-Baden: Nomos.
- Leuschner, F./Hüneke, A. (2016): Möglichkeiten und Grenzen der Aktenanalyse als zentrale Methode der empirisch-kriminologischen Forschung. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99 (6), S. 464-480.
- Lutz, T. (2010): Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs: Jugendhilfe und ihre Akteure in postwelfarestaatlichen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Porter, T./Gavin, H. (2010): Infanticide and Neonaticide: A Review of 40 Years of Research Literature on Incidence and Causes. Trauma, Violence, & Abuse, 11 (3), S. 99-112.
- Püschel, K./Hasselblatt, G./Labes, H. (1988): Kindesmörderinnen: Meist geistig unreif. Kriminalistik, 10, S. 525-528.
- Raic, D. (1997): Die Tötung von Kindern durch die eigenen Eltern. Soziobiographische, motivationale und strafrechtliche Aspekte. Herzogenrath: Shaker Verlag.
- Statistisches Bundesamt (1997-2017): Fachserie 10, Reihe 3: Rechtspflege, Strafverfolgung 1995-2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Steffen, W. (1977): Grenzen und Möglichkeiten der Verwendung von Straftaten als Grundlage kriminologischer Forschung. In: Müller, P.J. (Hg.): Die Analyse prozessproduzierter Daten. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 89-108.

*Trube-Becker, E.* (1975): Zur Kindstötung nach § 217 StGB. *Ärztin*, 10, S. 3-14.

*Vock, R./Trauth, W.* (1999a): Tödliche Kindesmißhandlung (durch physische Gewalteinwirkung) in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 01.01.1985 bis 02.10.1990. Ergebnisse einer multizentrischen Studie. *Archiv für Kriminologie*, 204 (3/4), S. 73-85.

*Vock, R./Trauth, W.* (1999b): Tödliche Kindesvernachlässigung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 01.01.1985 bis 02.10.1990. Ergebnisse einer multizentrischen Studie. *Archiv für Kriminologie*, 204 (3/4), S. 12-22.

*Zähringer, U.* (2015): Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen der Jugendhilfe im Kontext innerfamiliärer Tötungsdelikte an Kindern. Baden-Baden: Nomos.

# **(Staatlich ausgelöste) Tötungsverbrechen an Journalisten als Gegenstand kriminologischer Forschung**

*Karin Neßeler*

## **Gliederung**

1. Einleitung
2. Datenquellen
3. Journalistentötungen – wo und wie oft sie vorkommen
4. Fazit

## **1. Einleitung**

Der Beitrag behandelt eine sehr spezifische Konstellation von Tötungsdelikten, nämlich solche zum Nachteil von Journalisten. Allein in den Jahren 2015 und 2016 wurden weltweit 120 Journalisten im Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung getötet – die meisten von ihnen berichteten über politische Themen.<sup>1</sup> In der Öffentlichkeit wird die Verantwortung für solche Verbrechen demgemäß meist bei den politischen Führungsebenen gesucht, die auf diesem Weg regierungskritische Journalisten zum Schweigen brächten.<sup>2</sup> Dass Journalisten wegen ihrer Tätigkeit tatsächlich Opfer von Verfolgung und Unterdrückung durch den Staat werden, zeigt auch die jüngste Verhaftungswelle in der Türkei, wo seit dem Putschversuch im Juli 2016 rund 200 regierungskritische Journalisten unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan verhaftet wurden.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund liegt die Annahme nahe, dass es sich bei der schärfsten Form der Unterdrückung von Journalisten – ihrer gezielten Tötung – um eine besondere Ausprägung von Staatskriminalität handelt.

Unter Staatskriminalität wird hier kriminologisch bedeutsames Verhalten staatlicher Funktionsträger verstanden, das zur Förderung politischer Ziele begangen,

---

1 *Committee to Protect Journalists* (2017); vgl. auch *Gohdes/Carey* (2017), S. 157.

2 Siehe hierzu jüngst den Fall der auf Malta getöteten regierungskritischen Bloggerin Daphne Caruana Galizia, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/daphne-caruana-galizia-malta-panama-papers>.

3 Vgl. *Reporter ohne Grenzen* (2016), S. 5.

veranlasst oder geduldet wird.<sup>4</sup> Aus mannigfaltigen Gründen stellt dies ein eher junges kriminologisches Thema dar.<sup>5</sup> Eine gewichtige Rolle spielt dabei sicherlich, dass Kriminalität in der Kriminologie lange Zeit mit sogenannter Straßendelinquenz assoziiert wurde<sup>6</sup> und nicht mit Verbrechen politisch Mächtiger, obwohl diese längst das Interesse der Geschichts- und Politikwissenschaft sowie der Medienöffentlichkeit geweckt hatten.<sup>7</sup> Gekennzeichnet sind Delikte im Kreis der Staatskriminalität durch ein meist gänzlichliches Ausbleiben von Strafverfolgung und Sanktionierung, welche durch die politische Machtposition der Täter (oder ihrer Unterstützer) bedingt ist. Diese Stellung bringt oftmals einen politischen Einfluss mit sich, der es erlaubt, kriminologisch relevantes Verhalten staatlicher Funktionsträger durch die Implementierung gesetzlicher Bestimmungen straffrei zu stellen oder sogar zu legalisieren.<sup>8</sup> In anderen Fällen bleibt eine Strafverfolgung politisch Mächtiger aufgrund ihrer ‚faktischen Unantastbarkeit‘ aus.<sup>9</sup> Aus diesen Umständen ergibt sich ein weiteres Kennzeichen von Staatskriminalität, das zur Lückenhaftigkeit der Forschung in diesem Bereich ebenfalls beigetragen hat: Ein amtliches Hellfeld existiert – strukturell bedingt – (fast) nicht.<sup>10</sup> Dieses methodische Problem, das Fehlen einer für die kriminologische Forschung fruchtbaren Datenquelle, besteht allerdings nicht überall.

Im Hinblick auf den spezifischen Teilbereich der Tötungen von Journalisten kann von einer ‚Ausnahme-Datensituation‘ gesprochen werden. Dem nicht-existierenden amtlichen Hellfeld steht nämlich eine beachtliche nichtamtliche Datensammlung als ein ‚erhelltes Dunkelfeld‘ gegenüber. Erzeugt wird dieses durch verschiedene zivile Organisationen, die weltweit Daten zu Journalistentötungen zusammentragen und zu einer instruktiven Datensammlung verbinden. Im Rahmen dieses Beitrages wird diese für die kriminologische Forschung bisher unberücksichtigte Informationsquelle (und mit ihr auch das bislang ebenfalls unbearbeitete Phänomen der gezielten Tötung von Journalisten) erschlossen und für erste Auswertungen genutzt.

## 2. Datenquellen

Daten zu getöteten Journalisten werden von verschiedenen Organisationen generiert; genannt seien hier der *Reporter ohne Grenzen e.V.*, das *Committee to Protect*

4 Vgl. Eisenberg/Kölbel (2017), § 46 Rn. 1; Konle (2010), S. 39.

5 Zu möglichen Gründen für den deutschsprachigen Raum siehe Neubacher (2015), S. 485.

6 Vgl. Schneider (1998), S. 589; Prittwitz (2008), S. 185.

7 Vgl. Prittwitz (2008), S. 185.

8 Vgl. Eisenberg/Kölbel (2017), § 46 Rn. 3.

9 Vgl. Neubacher (2015), S. 488.

10 Vgl. Neubacher (2015), S. 488.



*Journalists* (CPJ) und das *International News Safety Institute*. Der Beitrag beruht im Folgenden allein auf den vom CPJ gesammelten und aufbereiteten Daten. Ein Grund hierfür ist, dass das CPJ die Daten nicht etwa aufgrund der Analyse von Nachrichten erhebt, sondern die Umstände jedes einzelnen Falles von einem Mitarbeiter recherchieren und überprüfen lässt. Außerdem hat das CPJ seine methodische Vorgehensweise vergleichsweise ausführlich und die Operationalisierung der verwendeten Konzepte transparent publiziert. Zudem bietet allein das CPJ eine breite Datenbasis auch im Hinblick auf die für das Tötungsverbrechen mutmaßlich verantwortliche Person oder Gruppe sowie darauf, ob der Fall sanktioniert wurde. Gerade dies eröffnet weitere Auswertungsmöglichkeiten.

Das CPJ ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation, die sich für Pressefreiheit einsetzt, insbesondere das Recht von Journalisten weltweit unter sicheren Bedingungen zu arbeiten.<sup>11</sup> Hierzu beschäftigt das CPJ Mitarbeiter in Afrika, Amerika, Asien, Europa und dem mittleren Osten, um Angriffe auf die Presse zu dokumentieren.<sup>12</sup> Bereits seit dem Jahr 1992 verfügt das CPJ daher über eine Datensammlung zu weltweit getöteten Journalisten. In diese Statistik wird ein Fall dann aufgenommen, wenn es sich bei der getöteten Person um einen Journalisten handelt und wenn der Fall als „motive confirmed“ klassifiziert wird.

Unter den Begriff des Journalisten fasst das CPJ Personen, die Berichte über öffentliche Angelegenheiten erstatten und zwar unabhängig vom benutzten Medium (Druckpresse, Fotografie, Radio, Fernsehen und Internet). Erfasst werden angestellte und freiberufliche Journalisten, auch Stringer, Blogger und Bürgerjournalisten.<sup>13</sup> Um einen Fall als „motive confirmed“ einordnen zu können, wird jeder Fall daraufhin untersucht, ob der Tod im Zusammenhang mit der Berufsausübung des Journalisten steht. Hierbei unterscheidet das CPJ – wo möglich – zwischen drei Todesursachen:

- „crossfire/combat-related“: Die Tötung des Journalisten erfolgte in einer Kampfzone oder in militärischem Kontext.
- „dangerous assignment“: Zur Tötung des Journalisten kam es im Kontext einer gefährlichen Arbeitssituation (Demonstrationen, Unruhen, Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen usw.).
- „murdered“: Der Journalist wurde gezielt und im direkten Zusammenhang mit seiner journalistischen Tätigkeit getötet, sei es geplant oder spontan.<sup>14</sup>

---

11 <https://cpj.org/about/>.

12 <https://cpj.org/about/>.

13 <https://cpj.org/killed/terminology.php>.

14 <https://cpj.org/killed/terminology.php>.

Fälle, in denen Journalisten bei einem Unglück (Autounfall, Flugzeugabsturz usw.) ums Leben kommen, werden in die Statistik also nicht aufgenommen.<sup>15</sup> Sind Kontext oder Motiv dagegen unklar, wird der Fall als „motive unconfirmed“ klassifiziert; die Recherchen werden jedoch fortgeführt mit der Folge, dass unter Umständen eine Umklassifizierung stattfindet. Aus kriminologischer Warte sind allerdings auch die als „motive confirmed“ bestätigten Fälle unterschiedlich relevant. Zwar kann in all diesen Konstellationen davon ausgegangen werden, dass der Tod des Journalisten durch seine journalistische Tätigkeit bedingt ist, doch liegt nur in den der Todesursache „murdered“ zugeordneten Fällen eine gezielte Tötung des Journalisten wegen seiner journalistischen Tätigkeit vor. Aus diesem Grunde erfolgt hier eine nach Todesursachen differenzierte Datendarstellung und eine Konzentration auf die „murdered-Fälle“.

Natürlich stellt sich dabei die Frage nach der Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten des CPJ. Es handelt sich weder um eine staatliche noch um eine wissenschaftliche Datenerhebung, sondern um eine solche auf journalistischer Grundlage. Wie bei amtlichen Kriminalstatistiken gilt auch hier, dass der Aufnahme eines Falles in die Statistik des CPJ ein Deutungsprozess vorausgeht, nach dem ein Sachverhalt als Tötung eines Journalisten aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit eingeordnet wird. Die Daten sind somit Ausdruck der Wahrnehmungs- und Bewertungspraxis des CPJ – so wie kriminalstatistische Angaben eine Folge der Wahrnehmung und Deutung der Strafverfolgungsinstitutionen sind.<sup>16</sup> Wie bei offiziellen Kriminalstatistiken folgt auch hier die Erhebung einer institutionellen Logik in dem Sinne, dass die Informationsgewinnung, -bewertung und -einordnung nicht losgelöst von den jeweiligen Interessenlagen der Institution beziehungsweise Organisation gesehen werden können. Die Intention, mit der die Datensammlung angelegt wird, ist allerdings jeweils eine völlig andere. Die Datensammlung des CPJ wird nur zum Zweck der Dokumentation von Journalistentötungen erstellt, die Daten amtlicher Kriminalstatistiken hingegen fallen bei der Fallbearbeitung an. Auch die Selektionsprobleme, mit denen sich die Statistik des CPJ konfrontiert sieht, sind vollkommen andere als bei offiziellen Kriminalstatistiken. Zwar kann aufgrund der engen beruflichen Vernetzung von Journalisten davon ausgegangen werden, dass nur wenige Fälle getöteter Journalisten nicht zur Kenntnis des CPJ gelangen. Zu berücksichtigen ist aber, dass eine Kategorisierung, beispielsweise als „motive confirmed“, oder eine Zuschreibung zu einer Täterkategorie bereits dann erfolgt, wenn dies hinreichend sicher ist beziehungsweise eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür besteht. Trotz dieser Einschränkungen ist von der Verwertbarkeit

---

15 <https://cpj.org/killed/terminology.php>.

16 Die dortigen Probleme (hierzu *Eisenberg/Kölbel* [2017], § 16 Rn. 36 f.) gelten folglich analog auch hier.

der Datenquelle des CPJ auszugehen, die insbesondere aufgrund der in diesem Bereich bestehenden Alternativlosigkeit an Bedeutung für die kriminologische Forschung gewinnt. Hinzuweisen ist hierbei im Übrigen auch darauf, dass bei anderen Fragestellungen ganz ähnliche Datenquellen schon seit längerer Zeit kriminologisch genutzt werden. Das betrifft etwa Datensammlungen zur Terrorismusforschung (beispielsweise die „Global Terrorism Database“)<sup>17</sup> oder zur Untersuchung sogenannter ‚Hate Crimes‘.<sup>18</sup>

### 3. Journalistentötungen – wo und wie oft sie vorkommen

In dem Zeitraum von 1992 bis 2016 wurden weltweit 1.228 Journalisten aufgrund ihrer Tätigkeit getötet. In 800 Fällen (65 %) wurde die Todesursache „murdered“, in 272 Fällen (22 %) die Todesursache „crossfire/combat-related“ und in 152 Fällen (12 %) die Todesursache „dangerous assignment“ festgestellt.<sup>19</sup> Vier Fällen konnte keine Todesursache zugeordnet werden.

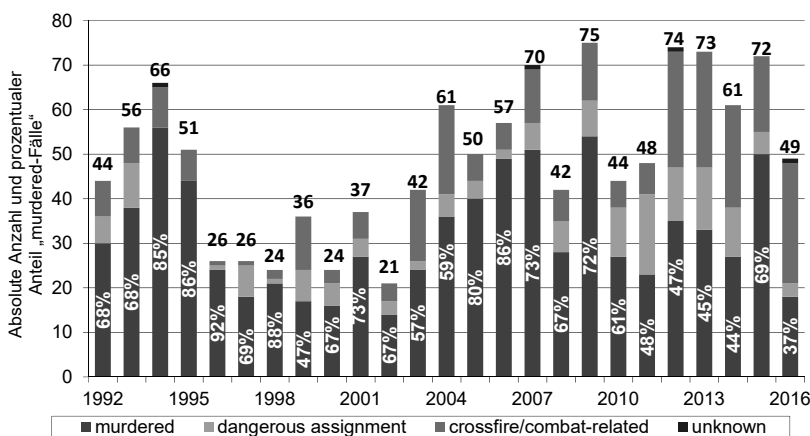


Abbildung 1: Absolute Anzahl an Journalistentötungen in den Jahren 1992 bis 2016 nach Todesursache<sup>20</sup>

Die höchste Anzahl an Journalistentötungen seit 1992 wurde im Jahr 2009 mit 75 Fällen registriert. Nimmt man dagegen nur die Fälle mit der Todesursache

17 National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (2017).

18 Z.B. die jährlichen Berichte des Office for Democratic Institutions and Human Rights (2016).

19 Committee to Protect Journalists (2017).

20 Committee to Protect Journalists (2017) und eigene Berechnung.

„murdered“ in den Blick, ist das Jahr 1994 mit 56 Fällen das belastetste. Das Jahr 2002 weist mit insgesamt 21 Journalistentötungen die niedrigste Belastung auf. Dies gilt auch für die Todesursache „murdered“ mit 14 Fällen (vgl. *Abbildung 1*).

Mit Blick auf die räumliche Verteilung bezogen auf den gesamten Zeitraum 1992 bis 2016 ist der Irak mit insgesamt 178 Fällen (15 %) am stärksten betroffen – gefolgt von Syrien mit 107 (9 %) und den Philippinen mit 77 Fällen (6 %) (vgl. *Abbildung 2*).

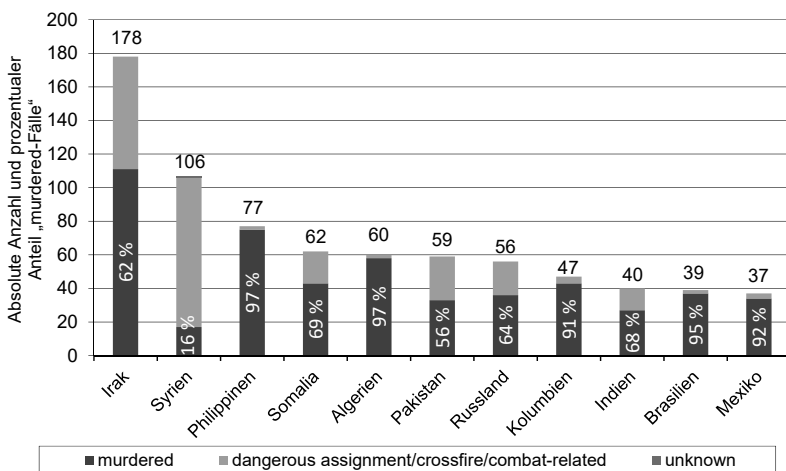


Abbildung 2: Absolute Anzahl an Journalistentötungen in den belastetsten Ländern (1992 bis 2016) und Anteil der jeweiligen Todesursache<sup>21</sup>

Schwieriger zu beantworten ist dagegen die Frage nach den Verhältnissen in den jeweiligen Ländern. Eine Möglichkeit der Annäherung bietet die „Political Terror Scale“ (PTS). Die mehrstufige Skala (vgl. *Tabelle 1*) wird seit den frühen 1980er Jahren jährlich aus den von *Amnesty International* und dem U.S. State Department veröffentlichten Jahresberichten zur Menschenrechtspraxis erstellt (gelegentlich auch aus den Berichten der *Human Rights Watch*).<sup>22</sup> Auf dieser Grundlage bestimmen die Kodierer der „Political Terror Scale“ die jeweilige Stufe der bewerteten Länder (wobei im Zweifelsfall immer die niedrigere Stufe zur Anwendung kommt)<sup>23</sup>. Der Begriff ‚Terror‘ im Sinne der Skala bezieht sich dabei im Übrigen allein auf Verletzungen der

21 *Committee to Protect Journalists* (2017) und eigene Berechnung.

22 <http://www.politicalterror scale.org/Data/Documentation.html>.

23 Vgl. *Wood/Gibney* (2010), S. 374.

körperlichen Unversehrtheit und persönlichen Integrität durch den Staat („state terror“).<sup>24</sup> Umfasst werden außerrechtliche Tötungen, Folter und ähnliche körperliche Misshandlungen, das Verschwindenlassen von Personen und politische Gefangenschaft.<sup>25</sup> Die „Political Terror Scale“ erfasst demnach allein staatlich verübte Menschenrechtsverbrechen, wobei die Autoren selbst darauf hinweisen, dass insbesondere im Rahmen von Bürgerkriegssituationen staatliche und nicht-staatliche Gewalt oftmals Hand in Hand gehen.<sup>26</sup>

Tabelle 1: Die Stufen der „Political Terror Scale“<sup>27</sup>

Stufe	Interpretation
1	Länder mit gesicherter Rechtsstaatlichkeit. Politische Morde sind äußerst selten.
2	Länder mit begrenzter Anzahl an Inhaftierungen wegen gewaltfreier politischer Aktivität. Politische Morde sind selten.
3	Länder, in denen extensiv politische Inhaftierungen und Morde üblich sind.
4	Länder mit einer größeren Anzahl an politischen Morden, Inhaftierungen und Fällen des Verschwindenlassens von Personen als bei Stufe 3.
5	Länder, in denen der Terror die gesamte Bevölkerung betrifft.

Führt man nun die Daten der „Political Terror Scale“ und des CPJ beziehungsweise anderer Medienorganisationen zusammen, zeichnen sich Zusammenhänge zwischen politischen Kontexten und Journalistenmorden ab. Insbesondere kann gezeigt werden, inwieweit die Tötung von Journalisten ein Ausdruck oder Anzeichen von „state terror“ ist. Bei einer derartigen Auswertung stellten *Gohdes* und *Carey* (vgl. *Abbildung 3*) indes fest, dass Journalistentötungen keineswegs nur in den repressivsten Ländern verübt werden (und teilweise eher als Vorbote einer zunehmenden Repression interpretiert werden müssen).<sup>28</sup>

*Abbildung 3* zeigt die Anzahl getöteter Journalisten in den Jahren 2002 bis 2013 unter verschiedenen Menschenrechtsverhältnissen und gibt an, ob in dem Jahr der Tötung ein bewaffneter Konflikt in dem jeweiligen Land herrschte. Danach weisen die den Stufen 4 und 5 der „Political Terror Scale“ zugeordneten Länder zwar eine vergleichsweise hohe Anzahl an Journalistentötungen auf, doch ist die Mehrzahl der Fälle dem Kontext eines bewaffneten Konflikts zuzuschreiben.

<sup>24</sup> Vgl. *Wood/Gibney* (2010), S. 369.

<sup>25</sup> Vgl. *Wood/Gibney* (2010), S. 369.

<sup>26</sup> *Gibney et al.* (2016).

<sup>27</sup> *Wood/Gibney* (2010), S. 373.

<sup>28</sup> Vgl. *Gohdes/Carey* (2017), S. 157 ff.

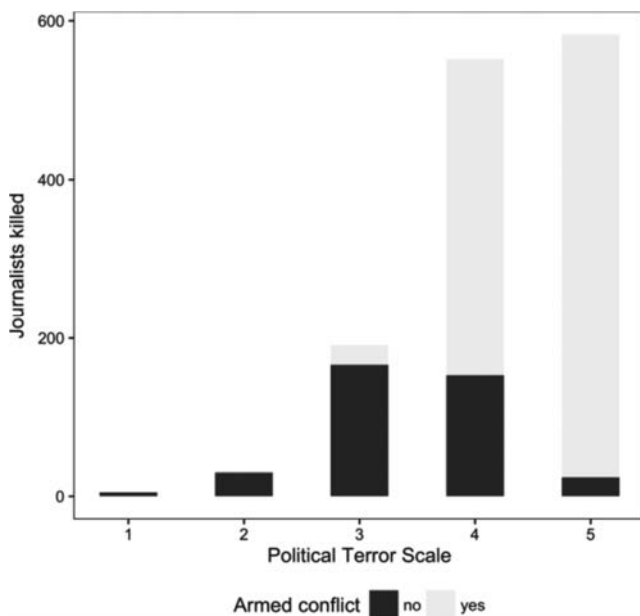


Abbildung 3: Absolute Anzahl an Journalistentötungen in den Jahren 2002 bis 2013 nach den Stufen der „Political Terror Scale“ und Jahr eines bewaffneten Konflikts<sup>29</sup>

Diese Fälle scheinen im Hinblick auf die Umstände der Tötungen weniger Fragen aufzuwerfen, als diejenigen, die unabhängig von militärischen Auseinandersetzungen geschehen. Außerhalb bewaffneter Konflikte werden Journalisten nicht in den repressivsten Ländern, sondern vor allem in solchen der dritten und vierten Stufe der „Political Terror Scale“ viktimisiert. Hinsichtlich dieser Fälle interessiert im Besonderen die Frage nach der Verantwortlichkeit. Um sich der Beantwortung dieser Frage zu nähern, lohnt wiederum ein Blick in die Datensammlung des CPJ. Dieses macht in den Fällen, in denen eine Zuordnung mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich ist, nämlich auch Angaben zu mutmaßlichen Tätern. Hierbei wird zwischen mehreren Kategorien unterschieden,<sup>30</sup> die sich zu drei Gruppen zusammenfassen lassen:

- staatliche *Akteure* (Regierungsbeamte einschließlich der Polizei; Mitglieder des Militärs; mit der Regierung verbündete, paramilitärische bewaffnete Kräfte),

<sup>29</sup> Übernommen von Gohdes/Carey (2017), S. 158.

<sup>30</sup> <https://cpj.org/killed/terminology.php>.

- *nicht-staatliche politische Gruppierungen* (Anti-Regierungsparteien beziehungsweise Regierungsgegner einschließlich Rebellen und Terroristen) und
- *nicht-politische Akteure* (Einzeltäter oder Mitglieder krimineller Gruppen; zufällig zusammenwirkende Menschenmassen; lokal ansässige Personen, die durch Berichterstattung zu Gewalt angeregt werden).

Mit Blick auf alle in den Jahren 1992 bis 2016 vom CPJ bestätigten Tötungsverbrechen mit der Todesursache „murdered“ ergibt sich eine Verteilung, wonach 31 % der als „murdered“ bestätigten Journalistentötungen auf staatliche, rund 50 % auf nicht-staatliche Akteure zurückgehen. In 19 % der Fälle werden keine Angaben zu den Tätern gemacht.<sup>31</sup> Dass die Verteilung der Verantwortlichkeit für Journalistentötungen von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfällt, zeigt ein Blick auf die elf besonders belasteten Länder.

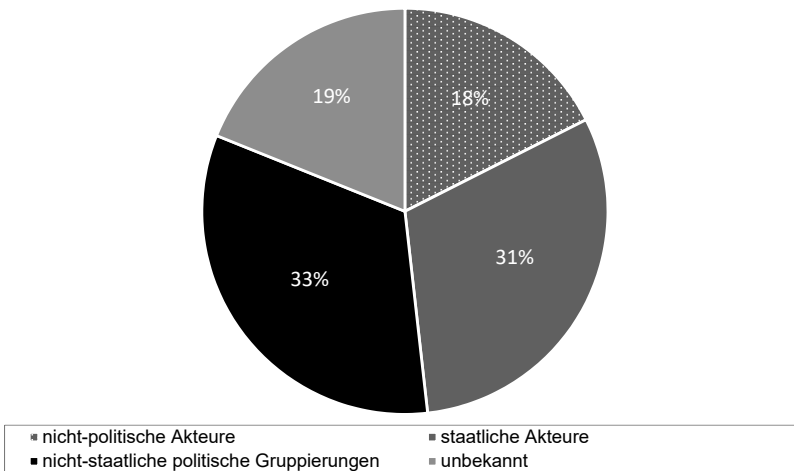


Abbildung 4: Verteilung der Verantwortlichkeit für alle als „murdered“ bestätigten Fälle (1992 bis 2016)<sup>32</sup>

31 Die Tatsache, dass die Summe der Anteile 100 % leicht überschreitet, ist darauf zurückzuführen, dass ein Fall verschiedenen Akteuren zugeschrieben wurde.

32 *Committee to Protect Journalists* (2017) und eigene Berechnung.

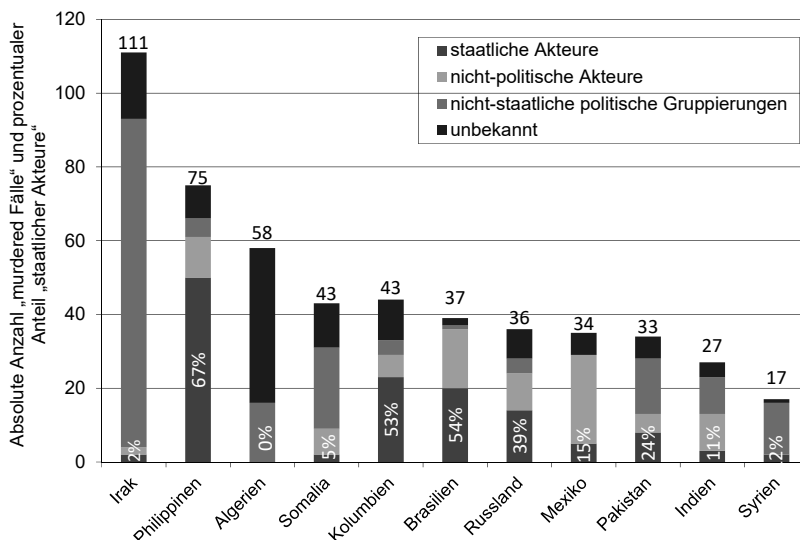


Abbildung 5: Verteilung der Verantwortlichkeit für alle als „murdered“ bestätigten Fälle in den elf belastetsten Ländern und Anteil staatlicher Akteure (1992 bis 2016)<sup>33</sup>

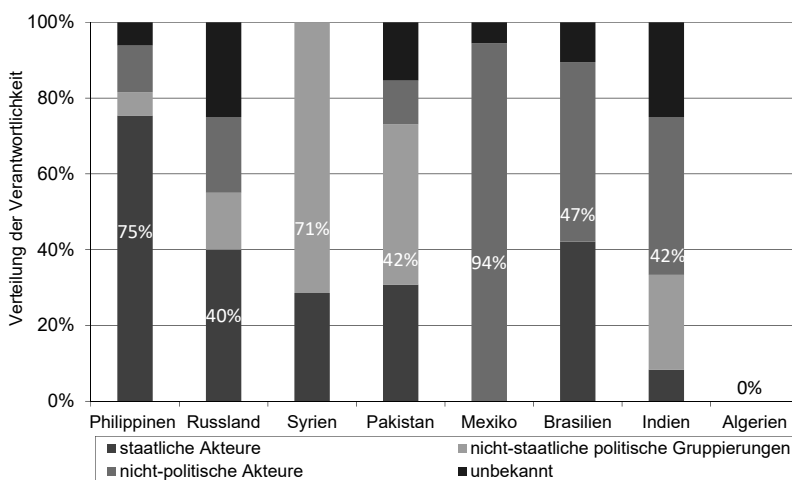
Während die Fälle, die dem Staat zuzuordnen sind, auf den Philippinen, in Kolumbien und Brasilien mehr als 50 % aller als „murdered“ bestätigten Fälle ausmachen, gehen in Algerien, dem Irak und Somalia nur 5 % oder weniger der Fälle auf staatliche Akteure zurück. Im Irak und in Syrien sind jeweils in 82 % der Fälle nicht-staatliche Akteure verantwortlich (vgl. *Abbildung 5*). Mit Blick auf die weitergehende Frage, wer hinter denjenigen Tötungen steht, die außerhalb von bewaffneten Konflikten geschehen, interessieren allerdings vor allem die Täterverteilungen in jenen Ländern, die der dritten und vierten Stufe der „Political Terror Scale“ zugeordnet werden. Von den in *Abbildung 5* genannten Staaten betrifft dies im Zeitraum 2002 bis 2013 die Philippinen sowie Pakistan, Russland, Brasilien, Indien, Syrien, Mexiko und Algerien (vgl. *Tabelle 2*).

<sup>33</sup> Committee to Protect Journalists (2017) und eigene Berechnung.



Tabelle 2: Median der PTS-Stufen für die belastetsten Länder (2002 bis 2013)<sup>34</sup>

Land	Median der Jahre 2002 bis 2013
Irak	5
Somalia	4,5
Kolumbien	4,5
Philippinen	4
Pakistan	4
Russland	4
Brasilien	4
Indien	4
Syrien	3,75
Mexiko	3,5
Algerien	3,25

Abbildung 6: Verteilung der Verantwortlichkeit für alle als „murdered“ bestätigten Fälle in sieben der den Stufen 3 und 4 der PTS zugeordneten Ländern (2002 bis 2013)<sup>35</sup>

In den in *Abbildung 6* genannten Ländern ergibt sich hinsichtlich der Verantwortlichkeit folgendes Bild: Auf den Philippinen und in Russland geht jeweils

<sup>34</sup> Gibney et al. (2016) und eigene Berechnung.

<sup>35</sup> Committee to Protect Journalists (2017) und eigene Berechnung.

der größte Teil der Fälle auf den Staat zurück (75 % und 40 %), in Syrien und Pakistan auf nicht-staatliche politische Gruppierungen (71 % und 42 %) und in Mexiko, Brasilien und Indien auf nicht-politische Akteure (94 %, 47 % und 42 %). In Algerien wurde in den betrachteten Jahren kein Fall verzeichnet. Zu berücksichtigen ist, dass in einigen dieser Länder zumindest zeitweilig kriegsartige Auseinandersetzungen stattfanden. Da es hier aber allein um die als „murdered“ bestätigten Fälle geht, werden die militärisch bedingten Tötungen (die ja der Kategorie „crossfire/combat-related“ zuzuordnen sind) nicht miteingerechnet.

#### 4. Fazit

Der Beitrag zeigt, dass die Datensammlung des CPJ eine instruktive Datenquelle für die kriminologische Forschung eröffnet und verschiedenste Auswertungsmöglichkeiten bietet. Eine erste Auswertung des Datenmaterials weist darauf hin, dass sich die in der Öffentlichkeit verbreitete Vorstellung, wonach es sich bei der gezielten Tötung von Journalisten um ein Phänomen der Staatskriminalität handle, nicht vollständig bestätigen lässt. Für die besagte Annahme spricht, dass einige – und je nach Land sogar erhebliche – Teile der registrierten Journalistentötungen auf staatliche Funktionsträger zurückgehen. Möglicherweise ist die tatsächliche Anzahl sogar noch höher, da zum einen davon auszugehen ist, dass staatliche Akteure mit allen Mitteln versuchen werden, die Tötung opponierender Journalisten und ihre Verantwortlichkeit hierfür nicht öffentlich bekannt werden zu lassen, und zum anderen vor allem nicht-staatliche politische Gruppierungen solche Taten gerne für sich reklamieren, obwohl die Verantwortung in Wirklichkeit nicht bei ihnen liegt. Der – je nach Land teilweise auch recht große – Teil der Fälle an Journalistentötungen, der auf nicht-staatliche politische Gruppierungen und nicht-politische Akteure zurückgeht, kann jedoch nicht oder jedenfalls nicht ohne weiteres als Staatskriminalität interpretiert werden.

Die Verteilung der Verantwortlichkeit für Journalistentötungen in den verschiedenen Ländern legt vielmehr nahe, die vorherrschenden Bedingungen und die politische Situation in den jeweiligen Ländern für das Verständnis von Journalistentötungen – bereits bei deren Einordnung in verschiedene kriminologische Konzepte – nicht unberücksichtigt zu lassen. So scheint beispielsweise der hohe Anteil an Journalistentötungen durch staatliche Akteure auf den Philippinen tatsächlich damit zusammenzuhängen, dass während der Präsidentschaft von Gloria Macapagal-Arroyo (2001 bis 2010) Willkür und Staatsterror herrschten.<sup>36</sup> In

---

36 <http://www.zeit.de/2007/20/Philippinen>.

Mexiko, wo 94,4 % des Fallaufkommens an Journalistentötungen auf nicht-politische Akteure zurückgehen, dürfte ein Großteil der Viktimisierungen dagegen den sogenannten Drogenkartellen zuzurechnen sein, die sich seit 2006 im ‚Drogenkrieg‘ mit staatlichen Institutionen befinden und dabei auch gewaltsam gegen mediale Berichterstattung vorgehen. In Syrien handelt es sich wiederum bei den nicht-staatlichen politischen Gruppierungen, die dort für viele Journalistentötungen verantwortlich sind, wohl um den ‚Islamischen Staat‘ und diverse Rebellenmilizen, die die fraglichen Handlungen im Rahmen des seit 2011 herrschenden Bürgerkriegs verübt haben werden. Die hier ausgewerteten Datensammlungen bieten also empirisches Material, das im Zusammenhang mit ganz unterschiedlichen kriminologischen Konzepten analytisch nutzbar gemacht werden muss. So geben die hier vorgestellten Daten beispielsweise Anlass, neben den Ansätzen der Staatskriminalität (Philippinen) auch die der organisierten Drogenkriminalität (Mexiko) und des (islamistischen) Terrorismus (Syrien) daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit sie für das Phänomen der gezielten Tötung von Journalisten fruchtbar sind.

## Literatur

- Committee to Protect Journalists* (2017): Database, in: <https://cpj.org/data/killed/> [letzter Aufruf: 29.01.2018].
- Eisenberg, U./Köbel, R.* (2017): Kriminologie. 7. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gibney, M./Cornett, L./Wood, R./Haschke, P./Arnon, D.* (2016): The Political Terror Scale 1976-2015, in: <http://www.politicalterrorscale.org> [letzter Aufruf: 29.01.2018].
- Gohdes, A./Carey, S.* (2017): Canaries in a Coal-Mine?: What the Killings of Journalists Tell Us about Future Repression. *Journal of Peace Research*, 54 (2), S. 157-174.
- Konle, C.* (2009): Makrokriminalität im Rahmen der jugoslawischen Sezessionskriege. München: Herbert Utz Verlag.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* (2017): Global Terrorism Database, in: <https://www.start.umd.edu/gtd> [letzter Aufruf: 29.01.2018].
- Neubacher, F.* (2015): Kriminologie und Völkerstrafrecht. Diskussionsstand, Forschungsperspektiven, Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik*, 10 (10), S. 485-492.
- Office for Democratic Institutions and Human Rights* (2016): Hate Crime Data, in: <http://hate-crime.osce.org/> [letzter Aufruf: 29.01.2018].
- Prittwitz, C.* (2008): »Regierungskriminalität« und »Kriminalität der Mächtigen«. In: Prittwitz, C. (Hg.): *Kriminalität der Mächtigen*. Baden-Baden: Nomos, S. 185-199.
- Reporter ohne Grenzen e.V.* (2016): Turkey: State of Emergency, State of Arbitrary, in: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/tuerkei/> [letzter Aufruf: 29.01.2018].
- Schneider, H.J.* (1998): Politische Kriminalität. In: Sieverts, R./Schneider, H.J. (Hg.): *Handwörterbuch der Kriminologie*. Band 5. 2. Auflage. Berlin: de Gruyter, S. 589-624.
- Wood R./Gibney M.* (2010): The Political Terror Scale (PTS): A re-introduction and a comparison to CIRI. *Human Rights Quarterly*, 32 (2), S. 367-400.

# **Psychische Gewalt in der Partnerschaft – Diskussion von Rechtslage und Praxis in Österreich\***

*Martina Wiesenberger*

## **Gliederung**

1. Einleitung
2. Psychische Gewalt – Definitionen und Studien
3. Stalking und Gefährliche Drohung – Aktenanalyse
4. Unterschiede in der Erledigungsart der Fälle nach Täter-Opfer-Beziehung?
5. Unterschiede in der Erledigungsart nach Geschlecht von Tatverdächtigem und Opfer?
6. Zusammenfassung

## **1. Einleitung**

Die an der Universität Wien verfasste kriminologische Dissertation „Psychische Gewalt in der Partnerschaft – Diskussion von Rechtslage und Praxis“ widmet sich einem Thema, das jüngst immer mehr in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt ist.<sup>1</sup> Die Arbeit betrachtet psychische Gewalt sowohl von einem kriminologischen als auch von einem rechtlichen Standpunkt aus und umfasst einen theoretischen Teil über das Konzept psychischer Gewalt sowie einen empirischen Teil in Form einer Aktenanalyse. Bevor im Folgenden auf diese Aktenanalyse und deren Ergebnisse eingegangen wird, soll vorweg der Forschungsgegenstand näher beleuchtet werden.

## **2. Psychische Gewalt – Definitionen und Studien**

Definitionen für den Begriff der psychischen Gewalt findet man vor allem in der Psychologie und in den Sozialwissenschaften – es gibt zwar keine einheit-

---

\* Der vorliegende Beitrag entstammt (mit geringfügigen Änderungen) der Dissertation der Autorin, welche im Fach Kriminologie an der Universität Wien verfasst wurde.

<sup>1</sup> Vgl. z.B. *European Union Agency for Fundamental Rights* (2014), S. 11 f.

liche Definition, aber über den Kern des Begriffes besteht Einigkeit. *Bauer* liefert beispielsweise im Buch „Schmerzgrenze – vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt“ eine Begriffsbestimmung: Er definiert Gewalt als eine Handlung, welche darauf angelegt ist, eine andere Person zu schädigen oder zu verletzen, vorausgesetzt, die Handlung wird von der geschädigten Person abgelehnt oder diese versucht ihr auszuweichen.<sup>2</sup> Gewalt kann somit sowohl physisch als auch verbal ausgeübt werden, wichtig ist nur, dass Schädigungs- und Verletzungsabsicht besteht.

Das internationale Handbuch der Gewaltforschung spricht davon, dass sich psychische Gewalt auf Worte, Gebärden, Bilder, Symbole oder den Entzug von Lebensnotwendigkeiten stützt, um Menschen durch Einschüchterung und Angst oder durch spezifische „Belohnungen“ gefügig zu machen.<sup>3</sup> In anderen Quellen werden auch bestimmte Formen psychischer Gewalt aufgezählt, so etwa im Gewaltbericht des österreichischen Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen aus dem Jahr 2001, wo Isolation einer Person, Drohungen, Nötigungen, Angstmachen, Beschimpfungen, Abwertungen und Diffamierungen ebenso wie Belästigung und Terror unter den Begriff der psychischen Gewalt subsumiert werden.<sup>4</sup>

Es ist wichtig zu betonen, dass psychische Gewalt nicht schon dort anfängt, wo einmal jemand angeschrien wird, sondern erst dann, wenn sie systematisch eingesetzt wird, um einem Menschen dauerhaft zu schaden oder ihn zu kontrollieren. Dann kann psychische Gewalt starke Auswirkungen auf die Betroffenen haben, welche sich etwa in Traumata zeigen können, die auf die Gewalterfahrungen folgen.<sup>5</sup>

Psychische Gewalt ist ein für Außenstehende schwer fassbares Phänomen. Wo körperliche Gewalt passiert, gibt es meist Beweise in Form von Verletzungen und blauen Flecken, psychische Gewalt kann man hingegen nicht so leicht sichtbar machen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie nicht genauso Gewalt darstellt wie körperliche Angriffe. Psychische Gewalt kann erheblichen Schaden zufügen.

In der Prävalenzstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ aus dem Jahr 2004 wurde erhoben, inwiefern Frauen von verschiedenen Formen von Gewalt betroffen waren und welche Folgen dies für sie hatte. 42 % der befragten Frauen gaben an, dass sie von psychischer Gewalt betroffen waren, welche von Einschüchterungen über Verleumdungen, Demütigungen und Drohungen bis hin zu Psychoterror reichte.<sup>6</sup>

---

2 *Bauer* (2011), S. 46.

3 *Imbusch* (2002), S. 38.

4 *Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen* (2002), S. 388 f.

5 *Hirigoyen* (2013), S. 21.

6 *Müller et al.* (2004), S. 104 f.

Alle durch die Studie erfassten Formen von Gewalt lösten psychische Folgeprobleme aus, so etwa unter anderem Schlafstörungen, Depressionen, erhöhte Ängste und vermindertes Selbstwertgefühl bis hin zu Essstörungen, Selbstverletzungen und Selbstmordgedanken. Hier war besonders auffällig, dass psychische Gewalt und sexuelle Gewalt in besonders hohem Maße mit psychischen Folgeproblemen verbunden waren.<sup>7</sup> Psychische Gewalt ist also nicht immer sofort sichtbar, deshalb sind ihre Auswirkungen aber nicht weniger gravierend.

### 3. Stalking und Gefährliche Drohung – Aktenanalyse

Im österreichischen Strafrecht gibt es einige Paragraphen, welche psychische Gewalt inkorporieren, allerdings gibt es zwei, welche ausschließlich psychische Gewalt enthalten – diese richten sich gegen Stalking (§ 107a öStGB) und Gefährliche Drohung (§ 107 öStGB). Diese zwei Paragraphen stehen im Mittelpunkt des empirischen Teils der Dissertation über psychische Gewalt in der Partnerschaft.

Es wurde eine Aktenanalyse durchgeführt, welche zwei Fragestellungen beantworten sollte: Erstens sollte ermittelt werden, ob Fälle von Stalking und Gefährlicher Drohung anders verfolgt und sanktioniert werden, wenn sie in einer Partnerschaft passieren, im Gegensatz zu Fällen, die sich zwischen „Nicht-Partnern“ ereignen. Die zweite Fragestellung war, ob es Fälle gibt, in denen Handlungen psychischer Gewalt von erheblichem Störwert nicht geahndet werden konnten, weil sie unter keinen derzeit geltenden Straftatbestand fallen – auf diese Fragestellung soll im vorliegenden Beitrag aus Gründen des Umfangs nicht näher eingegangen werden.

Bezüglich der ersten Forschungsfrage wurde von der Hypothese ausgegangen, dass psychische Gewalt in Partnerschaften immer noch stärker als etwas gesehen wird, das sozusagen „Sache der Beteiligten“ ist. *Buskotte* beschreibt neun Vorurteile und Mythen über Partnergewalt, von „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“ über „Sie hat sich den Mann doch selbst ausgesucht“ bis hin zu „Das ist doch Privatsache – da mischt man sich am besten nicht ein“.<sup>8</sup> Alle diese Mythen legen die Vermutung nahe, dass oft eher die Meinung vorherrscht, dass Partner oder Ex-Partner ihre „Probleme“ untereinander regeln sollten. Wenn man nun davon ausgeht, dass die Gesellschaft zum Teil diese Meinung vertritt, wäre es durchaus möglich, dass auch die Justiz hiervon beeinflusst sein könnte, wenn auch vielleicht nur unbewusst.

---

<sup>7</sup> Müller et al. (2004), S. 140 f.

<sup>8</sup> Buskotte (2007), S. 20 ff.

Anzumerken ist auch, dass *Buskotte* sich auf körperliche Gewalt bezieht, welche ja dennoch ungleich mehr im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht als psychische Gewalt. Psychische Gewalt wird noch immer sehr oft nicht wahrgenommen oder ihre Folgen werden heruntergespielt. Alle Mythen und Vorurteile über körperliche Gewalt in der Partnerschaft dürften also in sogar noch höherem Maße auf psychische Gewalt zutreffen.

Auch Studien aus dem englischsprachigen Raum vermitteln den Eindruck, dass psychische Gewalt in der Partnerschaft als weniger ernst wahrgenommen wird – so stellte etwa die National Violence Against Women Survey aus den USA fest, dass es nur in 25,4 % jener Stalking-Fälle, in denen der Tatverdächtige ein (Ex-)Partner des Opfers war, zu einer strafrechtlichen Verfolgung kam. Die Studienteilnehmer berichteten zudem, dass weniger als die Hälfte der Tatverdächtigen, welche strafrechtlich angezeigt wurden, letztlich verurteilt wurden.<sup>9</sup>

Ausgehend von dieser Hypothese war das Ziel, durch die Aktenanalyse herauszuarbeiten, ob Fälle zwischen Partnern und Ex-Partnern in der Praxis wirklich öfter eingestellt werden als vergleichbare Fälle, die sich zwischen Fremden ereignen.

Für die Aktenanalyse wurde zunächst bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien eine Liste mit allen Fällen angefordert, die im Jahr 2014 bei der Staatsanwaltschaft Wien angezeigt und unter § 107 und/oder § 107a öStGB subsumiert wurden. Die übermittelte Liste enthielt 5.454 Fälle von Stalking und/oder Gefährlicher Drohung, jeweils mit dem Hinweis, ob eine FAM-Kennung vorliegt (welche bedeutet, dass die Fälle sich im Familienkreis ereignet haben). Da die Aktenanalyse Unterschiede zwischen partnerschaftsbezogenen und nicht-partnerschaftsbezogenen Fällen herausarbeiten will, wurde im Vorfeld geplant, dass pro Delikt jeweils die Hälfte der Akten eine FAM-Kennung aufweisen soll.

Es wurden aus der Liste insgesamt 400 Fälle für die tiefergreifende, nicht-personenbezogene Aktenanalyse ausgewählt. Die Auswahl erfolgte durch Zuordnung von Zufallszahlen. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass sich die Fälle in etwa gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen. Dies wurde deshalb für wichtig erachtet, weil man nicht mit Sicherheit davon ausgehen kann, dass die Häufigkeit von Stalking-Fällen und Fällen Gefährlicher Drohung das ganze Jahr über gleich ist. Rund um die Feiertage Ende des Jahres, wenn oft die ganze Familie zusammenkommt, könnte dies etwa auch zu einer Erhöhung der Prävalenz Gefährlicher Drohungen im Familienkreis führen.

Bei der Auswahl nach Zufallszahlen wurden zunächst die Fälle von Stalking und Gefährlicher Drohung getrennt, danach wurden diese noch nach FAM-Kennung unterteilt. Als letzter Schritt wurde jedem Fall eine Zufallszahl zuge-

---

9 *Tjaden/Thoennes* (2000), S. 52.

ordnet, die Fälle nach Nummern geordnet und aus jeder der vier Gruppen die ersten 100 Fälle herausgegriffen. Durch dieses Auswahlverfahren kann man grob davon ausgehen, dass 100 Akten Stalking-Fälle zwischen Partnern und Ex-Partnern beinhalten, weitere 100 Akten Stalking-Fälle zwischen einander „fremden“ Personen, wobei hier auch Bekannte sowie Zufallsbekanntschaften dazugerechnet werden. Dieselbe Aufschlüsselung gilt auch für die Fälle von Gefährlicher Drohung, sodass im Ergebnis zu Beginn der Aktenanalyse 400 Akten zur Auswertung vorlagen. Bezüglich jener Fälle, in welchen es zu einem Gerichtsverfahren kam, wurden die Gerichtsakten beim Landesgericht angefordert, um den Ausgang des Verfahrens verzeichnen zu können.

Zu den Einschränkungen/Fehlerquellen der Aktenanalyse ist zu bemerken, dass sie selbstverständlich nur das Hellfeld wiedergeben kann, da sie nur Fälle erfasst, für welche Tagebücher bei der Staatsanwaltschaft angelegt wurden. Auch arbeitet die Aktenerhebung mit den Informationen, welche seitens der Opfer, der Tatverdächtigen<sup>10</sup> und der bearbeitenden Personen in den Akten geschildert wurden. Fakten, die aus irgendwelchen Gründen nicht mitgeteilt wurden, kann diese Analyse deshalb natürlich nicht miteinbeziehen.

#### **4. Unterschiede in der Erledigungsart der Fälle nach Täter-Opfer-Beziehung?**

Die *Abbildungen 1* bis *4* stellen die Erledigungsarten der Fälle dar – getrennt nach den verwirklichten Paragraphen sowie danach, ob sich die Fälle in Partnerschaften oder „Nicht-Partnerschaften“ ereigneten.

---

10 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.



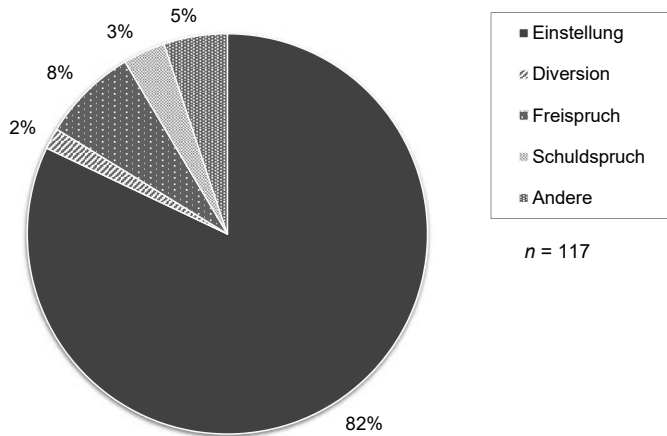


Abbildung 1: Fälle Gefährlicher Drohung nach Erledigungsart – Partnerschaft

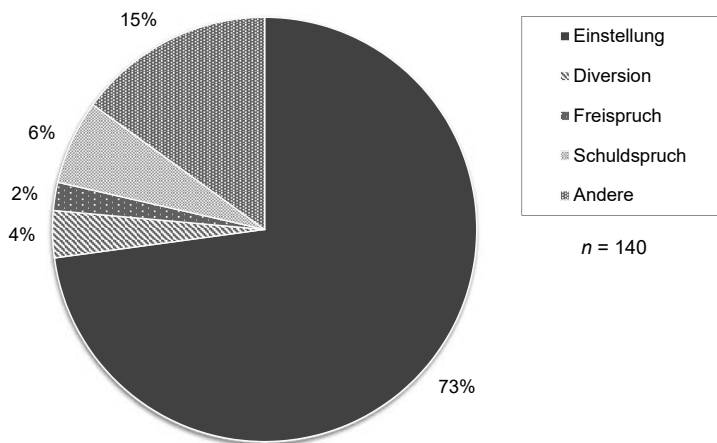


Abbildung 2: Fälle Gefährlicher Drohung nach Erledigungsart – Nicht-Partnerschaft

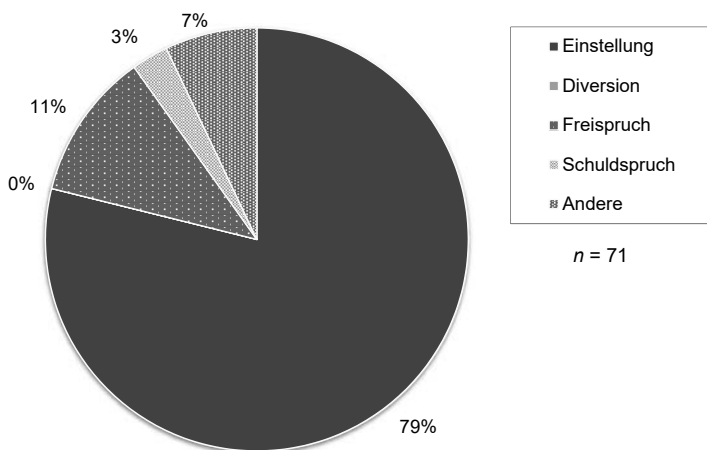


Abbildung 3: Fälle von Stalking nach Erledigungsart – Partnerschaft

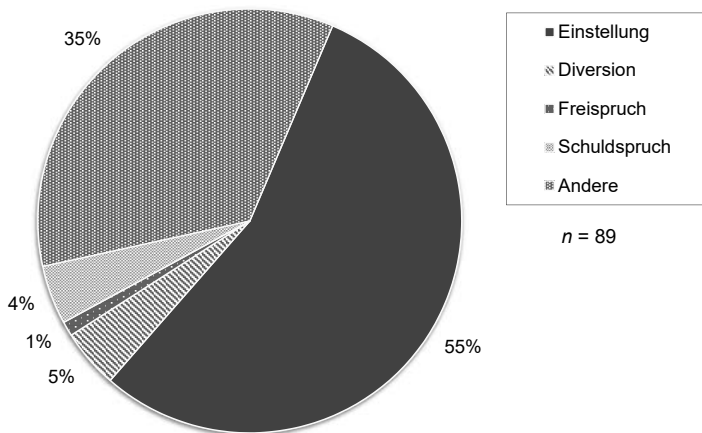


Abbildung 4: Fälle von Stalking nach Erledigungsart – „Nicht-Partnerschaft“

Im nächsten Schritt sollte ein Chi-Quadrat-Test Aufschluss darüber geben, ob die Unterschiede bezüglich der Erledigungsarten bei Partnerschafts- und Nicht-Partnerschafts-Fällen signifikant sind. Es wurden bei den folgenden Berechnungen jene Fälle, welche nach § 190 Z. 1 öStPO eingestellt wurden, nicht berücksichtigt – die Überlegung dahinter ist, dass § 190 Z. 1 öStPO dann eingreift, wenn die Tat nicht mit gerichtlicher Strafe bedroht ist oder die

Verfolgung aus rechtlichen Gründen unzulässig wäre. Somit sagt die Einstellung gemäß § 190 Z. 1 öStPO nichts darüber aus, wie „ernst“ ein Fall genommen wurde, sondern nur, dass a priori keine Straftat vorlag oder ein rechtlicher Grund die Verfolgung unmöglich machte.

Während also vor einer Einstellung gemäß § 190 Z. 2 öStPO noch hätte versucht werden können, die Sachlage weiter zu klären oder mögliche Zeugen zu befragen (sehr oft steht in diesen Fällen Aussage gegen Aussage), bietet ein Fall ohne Straftat quasi keine andere Wahl als eine Einstellung. Dasselbe gilt für Fälle, welche a limine zurückgelegt wurden, weshalb auch diese von den Berechnungen ausgeschlossen wurden. Auch Verfahren, welche zum Zeitpunkt der Aktenerhebung noch nicht abgeschlossen waren, wurden ausgeklammert. Fälle, in welchen sowohl § 190 Z. 1 als auch Z. 2 öStPO als Einstellungsgrund zitiert wurden, wurden aber sehr wohl zu den Einstellungen gerechnet, weil man hier durch die Berufung auf Z. 2 davon ausgehen kann, dass es sich nicht um einen Fall handeln kann, in dem eindeutig keine Straftat vorlag.

Somit stehen auf einer Seite alle Fälle, welche unter Berufung auf § 190 Z. 2 öStPO eingestellt wurden sowie jene, welche aufgrund von Geringfügigkeit eingestellt wurden (denn gerade diese würden ja der Hypothese entsprechen, dass Drohungen und Stalking in Partnerschaften als „weniger schlimm“ betrachtet werden). Auch Zurückziehungen nach Gerichtsanhängigkeit wurden hier eingerechnet, nicht aber Zurückweisungen. Alle übrigen Erledigungsweisen gehören zur zweiten Gruppe. Es mag möglicherweise befremden, dass auch Abbrüche des Verfahrens als Verfolgungen gezählt wurden, aber zur Begründung wird darauf verwiesen, dass Abbrüche keine „Entscheidung“ von Staatsanwaltschaft oder Gericht darstellen, sondern durch den Tod oder das Verschwinden eines Tatverdächtigen quasi unumgänglich sind. Daher wurden Abbrüche zu den Verfolgungen gezählt, nicht zuletzt, weil sehr oft in diesen Fällen dem Abbruch Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung vorangegangen waren und alles versucht wurde, um des Tatverdächtigen habhaft zu werden.

Der Chi-Quadrat-Test zeigt eindeutig, dass es keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Einstellungszahlen der Gruppen der Partner und „Nicht-Partner“ gibt: Während sich für die Fälle von Gefährlicher Drohung wenigstens noch eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 12 % ergibt ( $\chi^2 = 2,483$ ), so liegt diese bei den Stalking-Fällen bei extremen 91 % ( $\chi^2 = 0,011$ ). Im Ergebnis kann ein Einfluss der Beziehung zwischen Tatverdächtigem und Opfer auf die Erledigung so gut wie ausgeschlossen werden.

## 5. Unterschiede in der Erledigungsart nach Geschlecht von Tatverdächtigem und Opfer?

Im nächsten Schritt wurde der mögliche Einfluss weiterer Variablen getestet. Da in der Literatur oft angeführt wird, dass Männer von der Gesellschaft seltener als Opfer anerkannt würden als Frauen,<sup>11</sup> wurde es für interessant erachtet, ob eventuell das Geschlecht von Tatverdächtigem und/oder Opfer einen Einfluss darauf ausüben könnte, ob ein Fall mit Einstellung oder Verfolgung des Tatverdächtigen endete.

Hierfür wurde wiederum die bereits geschilderte Zweiteilung nach Einstellung und Verfolgung genutzt, allerdings mit Modifikationen: Zurückweisungen a limine, Einstellungen nach § 190 Z. 1 und Z. 2 öStPO sowie Zurückziehungen von Strafanträgen wurden als Einstellungen gewertet, alle anderen Ausgänge als Verfolgungen. Einstellungen nach § 190 Z. 1 öStPO sowie a limine-Zurückweisungen wurden in diesem Verfahren mit eingerechnet, da sich bereits in einer „Kontroll-Rechnung“ bei den vorangegangenen Chi-Quadrat-Verfahren kein Unterschied nach Einrechnung dieser Daten gezeigt hatte und für das multivariate Verfahren eine größere Stichprobe von Vorteil ist.

Zur Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen des Geschlechts von Opfer und/oder Tatverdächtigem auf die Erledigungsart wurde in SPSS eine loglineare Analyse durchgeführt, dies jeweils getrennt für die Fälle von Stalking sowie Gefährlicher Drohung. Eine Aufteilung in Partnerschaft und „Nicht-Partnerschaft“ wurde hier angesichts der Ergebnisse der vorangegangenen Chi-Quadrat-Tests, welche keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen bezüglich Erledigung auswiesen, nicht als sinnvoll erachtet.

Als Variablen wurden das Geschlecht des Tatverdächtigen (männlich oder weiblich), das Geschlecht des Opfers (männlich oder weiblich) sowie die Erledigungsart (Einstellung oder Verfolgung) definiert. Fälle mit mehreren Opfern (egal ob desselben oder unterschiedlichen Geschlechts) wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da hier ein Einfluss der Opferanzahl auf die Erledigungsart als intervenierende Variable nicht ausgeschlossen werden kann.

Die loglineare Analyse ergab bei Gefährlicher Drohung, dass die Interaktion von *Geschlecht des Tatverdächtigen*  $\times$  *Geschlecht des Opfers*  $\times$  *Erledigungsart* signifikant ist ( $\chi^2(1) = 5,72$  und  $p = 0,017$ ). Um dies näher zu beleuchten, wurden in der Folge Chi-Quadrat-Tests durchgeführt. Das Geschlecht des Tatverdächtigen allein hat diesen zufolge keine signifikante Auswirkung auf die Erledigungsart ( $\chi^2(1) = 0,50$  und  $p = 0,48$ ), ebenso wenig das Geschlecht des Opfers ( $\chi^2(1) = 2,75$  und  $p = 0,1$ ). Somit erweist sich interessanterweise nur

---

11 Vgl. z.B. Lenz (2004), S. 273 ff.

die Kombination aus *Geschlecht des Tatverdächtigen* x *Geschlecht des Opfers* x *Erledigungsart* als signifikant. Das Ergebnis der loglinearen Analyse für die Fälle des § 107 ist in den *Abbildungen 5 und 6* dargestellt.

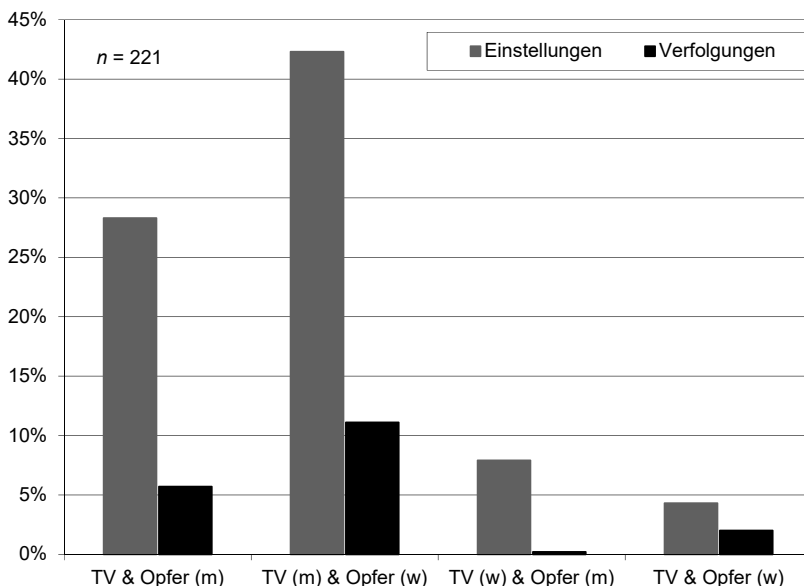


Abbildung 5: Gefährliche Drohung – Erledigungsart nach Geschlecht von Tatverdächtigem und Opfer

Abbildung 5 zeigt für die Kombination Tatverdächtiger männlich/Opfer männlich eine Einstellungs-/Verfolgungsquote von 83 % zu 17 %; für Tatverdächtiger männlich/Opfer weiblich liegt sie bei 79 % zu 21 %. Die Kombination Tatverdächtiger weiblich/Opfer männlich zeigt ein Einstellungs-/Verfolgungsverhältnis von 98 % zu 2 %; die Kombination Tatverdächtiger weiblich/Opfer weiblich liegt bei 68 % zu 32 %.

Während also die Fälle Tatverdächtiger männlich/Opfer männlich sowie Tatverdächtiger männlich/Opfer weiblich noch relativ gleichbehandelt werden, fällt besonders die extrem hohe Einstellungsquote bei Fällen mit weiblichen Tatverdächtigen und männlichen Opfern auf. Auch bei weiblichen Tatverdächtigen und weiblichen Opfern liegt die Einstellungsquote deutlich unter denjenigen der Kombinationen Tatverdächtiger männlich/Opfer männlich sowie Tatverdächtiger männlich/Opfer weiblich.

Besonders bemerkenswert ist aber das Ergebnis bei weiblichen Tatverdächtigen und männlichen Opfern, welches mit empirischen Ergebnissen anderer Forscher übereinstimmt. Diese kamen zu dem Schluss, dass durch Frauen viktimisierte Männer oft nicht als Opfer ernst genommen werden.<sup>12</sup> Allerdings muss man hier Vorsicht walten lassen, da in die Analyse nur 17 Fälle mit weiblichen Tatverdächtigen und männlichen Opfern einfließen konnten; auch die absolute Anzahl der Fälle weiblicher Tatverdächtiger/weibliches Opfer ist mit 13 sehr niedrig. Dies muss mitbedacht werden, wenn man die vorliegenden Ergebnisse analysiert.

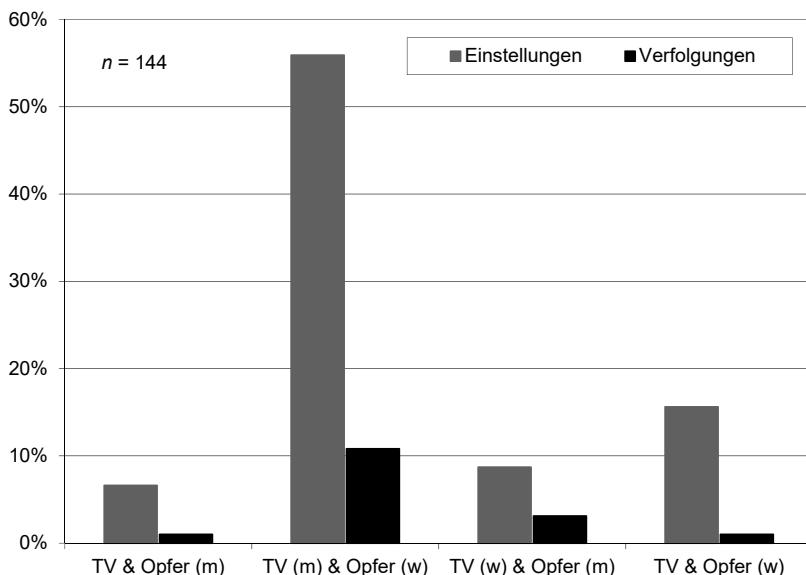


Abbildung 6: Stalking – Erledigungsart nach Geschlecht von Tatverdächtigem und Opfer

Im nächsten Schritt wurde auch für die Fälle von Stalking eine loglineare Analyse durchgeführt. Diese ergab für die Fälle des § 107a öStGB keine Signifikanz der Interaktion von Geschlecht des Tatverdächtigen x Geschlecht des Opfers x Erledigungsart ( $\chi^2(1) = 3,05$  und  $p = 0,08$ ). *Abbildung 6* stellt das Ergebnis der loglinearen Analyse für § 107a öStGB dar.

Besonders bemerkenswert ist, dass für § 107 öStGB ein signifikanter Zusammenhang zwischen Geschlecht des Tatverdächtigen x Geschlecht des Opfers x Erledigungsart besteht, für § 107a öStGB allerdings nicht. Eine mögliche

<sup>12</sup> Cass/Mallicoat (2014), S. 261.

Ursache könnte sein, dass es mittlerweile in Bezug auf männliche Stalking-Opfer reichhaltige Literatur gibt, während männliche Opfer von Drohungen kaum Erwähnung finden. Man könnte hier hypothetisieren, dass durch die bisherige Literatur und Forschung zu männlichen Opfern von Stalking bereits ein Bewusstsein geschaffen wurde, während alte Gender-Stereotypen (wie etwa „Ein Mann lässt sich doch nicht von einer Frau zum Opfer machen!“)<sup>13</sup> in Fällen von Drohungen durch Frauen gegen Männer immer noch durchbrechen.

In jedem Fall wäre weitere Forschung mit größeren Stichproben hier sehr interessant, um zu zeigen, ob sich dieselben Effekte auch dann ergeben. Von Vorteil wäre es, die Stichprobe etwa nach Geschlecht von Tatverdächtigem und Opfer sowie deren Kombination zu ziehen, um hier mehr Fälle seltenerer Konstellationen zu erhalten.

## 6. Zusammenfassung

Die Hypothese, welche einen Unterschied in der Erledigungsart von Fällen vermutet, je nachdem, ob Tatverdächtiger und Opfer in einer Partnerschaft sind beziehungsweise waren oder nicht, hat sich für das untersuchte Aktenmaterial nicht bewahrheitet. Mittels Chi-Quadrat-Test konnte weder für die Fälle von Stalking noch für jene von Gefährlicher Drohung ein signifikanter Zusammenhang zwischen Täter-Opfer Beziehung (Partnerschaft oder „Nicht-Partnerschaft“) und Erledigungsart (Einstellung oder Verfolgung) gefunden werden.

Dies sagt allerdings nichts darüber aus, ob partnerschaftliche Fälle möglicherweise aus Angst davor, für das eigene Opfer-Sein verantwortlich gemacht zu werden, häufiger nicht angezeigt werden. *Tjaden und Thoennes* (2000) haben etwa Gründe erhoben, warum Stalking-Opfer nicht die Polizei involvieren; die größte Rolle spielen hier der Glaube, die Polizei könne nichts tun oder werde dem Opfer nicht glauben sowie Scham und der Wunsch, den Vorfall „privat“ zu halten.<sup>14</sup> Diese Überlegungen betreffen natürlich nicht die Forschungsfrage der vorgestellten Aktenanalyse, aber eine Annäherung an das Ausmaß des zitierten Dunkelfeldes kann einen interessanten Gegenstand für weitere Forschung darstellen.

Wenngleich die Erledigungsart also unabhängig von der Täter-Opfer-Beziehung zu sein scheint, muss darauf hingewiesen werden, dass die Einstellungsquoten für die erhobenen Fälle sehr hoch sind (80 % bei § 107 öStGB, 80 % bei § 107a öStGB). Es wurde außerdem für alle eingestellten Fälle erhoben, ob es vor der Einstellung eine erneute Einvernahme von Opfer und/oder Tatverdächtigem gab.

---

<sup>13</sup> Meuser (2010), S. 99 ff.; Müller (2008), S. 24.

<sup>14</sup> Vgl. *Tjaden/Thoennes* (2000), S. 50.

Diese früher gängige Praxis scheint nunmehr nicht mehr zu existieren, da eine solche Einvernahme in keinem einzigen Fall durchgeführt wurde.

Als besonders hoch erwies sich die Einstellungsquote in Fällen von Gefährlichen Drohungen durch Frauen gegen Männer, was die Vermutung aufkommen lässt, dass hier immer noch Genderstereotypen in die Erledigung hineinspielen. Dies scheint insbesondere deshalb plausibel, weil ähnliche Effekte bei Stalking-Fällen nicht zu beobachten sind und in Bezug auf Stalking bereits durch reichhaltige Literatur und Jahre von Forschung der Versuch unternommen wurde, Gender-Stereotypen aufzubrechen und Männern die Anerkennung als Opfer nicht länger zu versagen. Hier soll aber erneut auch darauf hingewiesen werden, dass die dargestellten Ergebnisse nur einen ersten Anhaltspunkt liefern können, da gerade ungewöhnliche Tatverdächtigen-Opfer-Kombinationen wie *weiblicher Tatverdächtiger/männliches Opfer* im Aktenmaterial verhältnismäßig selten vorkamen.

## Literatur

- Bauer, J. (2011): Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München: Karl Blessing Verlag.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (2002): Gewaltbericht 2001. Wien: Eigenverlag.
- Buskotte, A. (2007): Gewalt in der Partnerschaft. Ursachen – Auswege – Hilfen. Düsseldorf: Patmos.
- Cass, A.I./Mallicoat, S.L. (2014): College Student Perceptions of Victim Action: Will Targets of Stalking Report to Police? *American Journal of Criminal Justice*, 40, S. 250-269.
- European Union Agency for Fundamental Rights (2014): Violence against women: an EU-wide survey. Results at a glance. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Hirigoyen, M.F. (2013): Von psychischer Unterdrückung zu erkennbarer Gewalt. In: Wiener Frauenhäuser (Hg.): 35 Jahre Verein Wiener Frauenhäuser: Tagungsbericht anlässlich der Fachtagung „Ohne mich bist du nichts“ – Psychische Gewalt in der Familie. Wien: Verein Wiener Frauenhäuser, S. 19-27.
- Imbusch, P. (2002): Der Gewaltbegriff. In: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 26-57.
- Korkodeilou, J. (2016): Stalking victims, victims of sexual violence and criminal justice responses: Is there a difference or just 'business as usual'? *British Journal of Criminology*, 56, S. 256-273.
- Lenz, H.-J. (2004): Männliche Opfer – über eine vorsätzliche Wahrnehmungslücke in der viktimologisch-kriminologischen Forschung. In: Bettermann, J./Feenders, M. (Hg.): Stalking. Möglichkeiten und Grenzen der Intervention. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 273-296.
- Meuser, M. (2010): Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



- Müller, I.* (2008): Männer als Opfer von Stalking. Eine kritische Betrachtung quantitativer Stalking-Studien unter dem Blickwinkel hegemonialer Männlichkeit. Berlin: Duncker & Humblot.
- Müller, U./Schöttle, M./Glammeier, S./Oppenheimer, C./Schulz, B./Münster, A.* (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Rostock: Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Tjaden, P./Thoennes, N.* (2000): Extent, Nature and Consequences of Intimate Partner Violence. Findings from the National Violence Against Women Survey (commissioned by the U.S. Department of Justice). Washington, DC: National Institute of Justice & Centers for Disease Control and Prevention.

# Rockerkriminalität – Ein Forschungsprojekt

*Ina Klopp, Philipp Müller und Bettina Zietlow*

## Gliederung

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| 1. Einleitung            | 5. Rocker und Organisierte Kriminalität |
| 2. Forschungsstand       | 6. Kriminelle oder Subkultur?           |
| 3. Forschungsziele       | 7. Schlussbemerkung                     |
| 4. Methodisches Vorgehen |   |

## 1. Einleitung

*Subkultur Rocker. Lifestyle oder alles Kriminelle?*

Der Fokus der medialen Wahrnehmung richtet sich auf die verschiedenen Motorradclubs und ihre Mitglieder ausschließlich dann, wenn im Kontext krimineller Handlungen über sie berichtet wird.<sup>1</sup> Der Frage, ob mit der Mitgliedschaft in einem Motorradclub auch eine kriminelle Karriere verbunden ist, widmet sich ein Forschungsprojekt des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Untersucht werden unter der Überschrift „Rockerkriminalität“ jene Kriminalitätsphänomene, die mit Rockergruppierungen in Verbindung gebracht werden.

Das Bundeskriminalamt bezeichnet Gruppierungen, die in diesem Rahmen als polizeilich relevant erachtet werden, als *Outlaw Motorcycle Gangs*. In Deutschland zählen hierzu in erster Linie der Hells Angels Motorcycle Club, der Bandidos Motorcycle Club, der Outlaws Motorcycle Club und der Greinium Motorcycle Club sowie ihre Unterstützergruppierungen (Supporterclubs).<sup>2</sup> Erfasst werden die Verfahren gegen Mitglieder dieser Vereine im jährlich vorgelegten Bundeslagebild „Organisierte Kriminalität“.

---

1 Vgl. z.B. <https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/krieg-der-kutten-wie-sich-die-rocker-szene-veraendert-22971027.html>; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/koeln-mitglieder-und-unterstuetzer-der-hells-angels-zu-haftstrafen-verurteilt-a-179547.html>.

2 Bundeskriminalamt (2018), S. 20.

*Tabelle 1: Rockergruppierungen im Bundeslagebild „Organisierte Kriminalität“, 2012-2016*

Jahr	abgeschlossene Ermittlungsverfahren	Verfahren gegen Angehörige des	Delikte
2012	26	Hells Angels MC (10); Bandidos MC (7); Gremium MC (4); Mongols MC (1)	Rauschgifthandel/-schmuggel; Gewalttaten
2013	32	Hells Angels MC (14); Bandidos MC (5); Gremium MC (4); Mongols MC (4)	Rauschgifthandel/-schmuggel; Gewalttaten
2014	48	Hells Angels MC (22); Bandidos MC (10); Gremium MC (4); Mongols MC (3)	Rauschgifthandel/-schmuggel; Gewalttaten
2015	42	Hells Angels MC (25); Bandidos MC (10); Gremium MC (5); Weitere MC's (13)	Rauschgifthandel/-schmuggel; Gewalttaten
2016	35	Hells Angels MC (28); Bandidos MC (5); Gremium MC (5); Weitere MC's (8)	Rauschgifthandel/-schmuggel; Gewalttaten

Im Jahr 2016 richteten sich 35 Verfahren wegen Organisierter Kriminalität (OK-Verfahren) gegen Mitglieder von Rockergruppierungen,<sup>3</sup> im Jahr 2015 waren es 42 (2014: 48; 2013: 32; 2012: 26).<sup>4</sup> Auch wenn im zuletzt erfassten Jahr 2016 die Verfahrenszahl im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 % gesunken ist, kann insgesamt gesagt werden, dass die Ermittlungsverfahren gegen die organisierte „Rockerkriminalität“ seit dem Jahr 2012 um 34,6 % zugenommen haben. Darüber hinaus wurden im Jahr 2016 39 Verfahren gegen Gruppierungen der Organisierten Kriminalität mit Verbindungen zu Angehörigen von Rockergruppierungen geführt (2015: 29). Der Schwerpunkt der Delikte lag bei Rauschgifthandel, Rauschgiftschmuggel und Gewaltdelikten.<sup>5</sup> Im Jahr 2016 bildeten „Rockerverfahren“ 6,2 %<sup>6</sup> aller OK-Verfahren (2015: 7 %, 2014: 8,4 %<sup>8</sup>). In den vergangenen Jahren machen zudem rockerähnliche Gruppierungen, wie etwa die United Tribuns und die Black Jackets von sich reden. Das

<sup>3</sup> Bundeskriminalamt (2016), S. 20.

<sup>4</sup> Bundeskriminalamt (2015), S. 21; (2014), S. 17; (2013), S. 18; (2012), S. 15.

<sup>5</sup> Vgl. Bundeskriminalamt (2016), S. 20; (2015), S. 12; (2014), S. 18.

<sup>6</sup> Bundeskriminalamt (2016), S. 20.

<sup>7</sup> Bundeskriminalamt (2015), S. 12.

<sup>8</sup> Bundeskriminalamt (2014), S. 18.

sind Gruppierungen, die im Vergleich zu Outlaw Motorcycle Gangs ähnlich hierarchisch strukturiert sind und ihre Zusammengehörigkeit durch Kleidung oder Symbole nach außen dokumentieren. Verbindendes Element scheint hier jedoch weniger das Motorrad zu sein, sondern vielmehr andere (kriminelle) Aktivitäten.<sup>9</sup> Gruppierungen wie die Osmanen Germania verzichten etwa vollständig auf Motorräder und bezeichnen sich als Boxclub.<sup>10</sup>

Als „Rockerkriminalität“ klassifizierte kriminelle Handlungen fanden in den letzten Jahren viel Beachtung in der Öffentlichkeit, insbesondere im Hinblick auf rivalisierende Machtkämpfe zwischen verschiedenen Gruppen.<sup>11</sup> Eine einheitliche Definition von Rockerkriminalität gibt es jedoch bisher nicht. Es scheint ein Oberbegriff für mehrere Deliktsformen zu sein.<sup>12</sup>

Das Bundeskriminalamt definiert eine „Rockergruppe“ als „ein[en] Zusammenschluss mehrerer Personen mit strengem hierarchischem Aufbau, enger persönlicher Bindung der Gruppenmitglieder untereinander, geringer Bereitschaft, mit der Polizei zu kooperieren und selbst geschaffenen strengen Regeln und Satzungen. Die Zusammengehörigkeit der Gruppenmitglieder wird durch das Tragen gleicher Kleidung oder Abzeichen nach außen dokumentiert“.<sup>13</sup>

Als „Rockerkriminalität“ definiert es „alle Straftaten von einzelnen oder mehreren Mitgliedern einer Rockergruppe, die hinsichtlich der Motivation für das Verhalten im direkten Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe und der Solidarität zu sehen sind. Rockerkriminalität wird über die Motivation für die begangenen Straftaten, die in direktem Zusammenhang mit dem Motorradclub steht, definiert. Für die Zuordnung reicht die durch kriminalistische Erfahrung untermauerte Betrachtung des Tatgeschehens“.<sup>14</sup>

Reagiert wird auf Rockerkriminalität mittels straf- und ordnungsrechtlicher Maßnahmen, aber auch durch ein Verbot einzelner Vereine.

---

9 Bundeskriminalamt (2016), S. 20.

10 [https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt\\_artikel,-wie-gefahrlich-sind-die-osmanen-germania-wirklich-\\_arid,1680044.html](https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-wie-gefahrlich-sind-die-osmanen-germania-wirklich-_arid,1680044.html).

11 Vgl. <https://www.welt.de/vermishtes/article156768162/Der-Krieg-der-Rockergangs-geraet-ausser-Kontrolle.html>; <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/schuesse-am-stoltze-platz-prozess-beginnt-im-mai-14976820.html>; <http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Schiesserei-in-Leipzig-Weitere-Rocker-im-Fokus>.

12 Bley (2014), S. 18.

13 Bundeskriminalamt (2018).

14 Bundeskriminalamt (2018).

## 2. Forschungsstand

Bislang gibt es zum Thema ‚Rockerkriminalität‘ nur wenige empirische Untersuchungen in Deutschland.<sup>15</sup> *Cremer* wertet in seiner Untersuchung aus dem Jahr 1992 die Jahrgänge 1981 bis 1987 der Zeitschrift „Biker News“ im Hinblick auf die Subkultur der Rocker aus.<sup>16</sup> *Opitz* führte in seiner Untersuchung aus dem Jahr 1990 Interviews mit Rockern.<sup>17</sup> *Steuten*<sup>18</sup> und *Endreß*<sup>19</sup> machten jeweils Untersuchungen zu Freizeitrockern. Zudem gibt es mehrere Erfahrungsberichte und Biografien von Mitgliedern oder sogenannten Aussteigern.<sup>20</sup> Die SPIEGEL-Redakteure *Diehl*, *Heise* und *Meyer-Heuer* beschreiben und analysieren in ihrem Buch „Rockerkrieg“ wichtige Teilaspekte des Phänomens ‚Rockerkriminalität‘. Sie haben dabei die Möglichkeiten der journalistischen Recherche zwar ausgeschöpft, es fehlte ihnen jedoch der Zugang zu Strafverfahrensakten und ebenso die Möglichkeit, eine ausführliche Erörterung mit Experten durchzuführen.<sup>21</sup> Demnach bleibt ihre Darstellung in ihrem wissenschaftlichen Aussagewert begrenzt. *Schmid* hat im Jahr 2010 einige Interviews geführt.<sup>22</sup> Eine erste empirische Untersuchung liegt seit dem Jahr 2014 von *Bley* vor.<sup>23</sup> Diese Studie wird durch eine zweite empirische Untersuchung aus dem Jahr 2015 erweitert.<sup>24</sup> Weitere Datenquellen zum Thema ‚Rockerkriminalität‘ sind die Lagebilder zur organisierten Kriminalität des Bundeskriminalamtes und der einzelnen Landeskriminalämter. Diesen liegen abgeschlossene polizeiliche Ermittlungsverfahren zugrunde.

Auch hinsichtlich der Vereinsverbote gibt es bislang wenig Forschung. *Gerlach* hat zum einen ganz allgemein die Vereinsverbotspraxis betrachtet<sup>25</sup> und zum anderen die Vereinsverbote in Deutschland im Hinblick auf politischen Extremismus untersucht.<sup>26</sup> Eine systematische Auswertung der Verbotsverfahren bezüglich Rockergruppierungen fehlt jedoch.

---

15 *Albrecht* (2010), S. 2; *Dienstbühl/Nickel* (2012), S. 476; *Dienstbühl* (2015), S. 9; *Bader* (2011), S. 227.

16 *Cremer* (1992).

17 *Opitz* (1990).

18 *Steuten* (2000).

19 *Endreß* (2002).

20 Beispielsweise *Detroit/Biewald* (2010).

21 *Diehl et al.* (2013).

22 *Schmid* (2012), S. 213 (Fn. 2); (2010), S. 5.

23 *Bley* (2014).

24 *Bley* (2015).

25 *Gerlach* (2012).

26 *Gerlach* (2013).

### **3. Forschungsziele**

Seit dem 1. Januar 2017 untersucht das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen im Rahmen eines Forschungsprojektes das Phänomen „Rockerkriminalität“. Finanziert wird das Projekt durch die Europäische Union aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit und durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen. Ziel des Projektes ist eine differenzierte Erfassung und Darstellung des Phänomens ‚Rockerkriminalität‘. Untersuchungsgegenstände sind dabei insbesondere die unterschiedlichen Rockerclubs, aber auch die polizeilichen und juristischen Maßnahmen, aktuelle Entwicklungen in der Szene sowie die Praxis der Vereinsverbote. Mit den erarbeiteten Forschungsergebnissen können Handlungsempfehlungen für Polizei, Justiz und Prävention gegeben werden. Das Forschungsprojekt bietet jedoch auch die Chance eines differenzierten Blicks auf und in eine sich wandelnde Szene.

### **4. Methodisches Vorgehen**

Im Rahmen des Forschungsprojektes werden qualitative, leitfadengestützte Interviews mit nationalen und internationalen Experten<sup>27</sup> aus dem Bereich Rockerkriminalität geführt. Als Experten gelten im Rahmen des Projektes Ermittler der Polizei und Vertreter der Justiz. Sowohl im Bundeskriminalamt als auch in den Landeskriminalämtern, örtlichen Polizeibehörden und den einzelnen Staatsanwaltschaften sind eine Vielzahl von Beamten dafür zuständig, gegen Mitglieder von Rockerclubs Ermittlungsverfahren durchzuführen. Das auf diese Weise zustande kommende polizeiliche und justizielle Expertenwissen soll genutzt werden, um lokale Besonderheiten und spezielle Aspekte der Ermittlungsarbeit und der juristischen Aufarbeitung aufzuzeigen. Des Weiteren gelten Vertreter aus Anwaltschaft, Journalismus und europäischen Ermittlungsbehörden, Vertreter der Ministerien sowie wissenschaftliche Autoren als Experten. Weiterhin werden Interviews mit aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern von Rockerclubs geführt, um das Phänomen ‚Rockerkriminalität‘ auch aus dieser Perspektive zu betrachten.

Ergänzt wird die Befragung durch eine Aktenanalyse von Strafverfahren, die gegen Angehörige von Rockergruppierungen im Zeitraum von 2011 bis 2015 in der Bundesrepublik abgeschlossen wurden. Analysiert werden alle Fälle aus dem Bundeslagebild für die Jahre 2011 bis 2015 und zusätzlich eine

---

27 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

Stichprobe jener Fälle, die in den einzelnen Bundesländern gegen Mitglieder von Rockergruppierungen geführt wurden. Des Weiteren werden die Akten von allen Verbotsverfügungen und ihnen nachfolgenden Verwaltungsgerichtsentscheidungen aus den Jahren 2010 bis 2015 analysiert.

## 5. Rocker und Organisierte Kriminalität<sup>28</sup>

In den Interviews wurde diskutiert, inwieweit es sich bei dem Phänomen der ‚Rockerkriminalität‘ um eine Form der organisierten Kriminalität handelt. In den Bundeslagebildern wird diese unter organisierter Kriminalität verortet. Die gemeinsame Arbeitsgruppe Justiz/Polizei hat im Mai 1990 für den Begriff organisierte Kriminalität folgende ‚Arbeitsdefinition‘ entwickelt:

„*Organisierte Kriminalität* ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte, planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- a. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- b. unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c. unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken“.<sup>29</sup>

Bei der organisierten Kriminalität handelt es sich somit um einen Oberbegriff für mehrere Deliktsformen. „Die“ organisierte Kriminalität gibt es im deutschen Strafrecht allerdings nicht.<sup>30</sup>

Ergebnis der bereits geführten Interviews ist, dass die Einordnung von ‚Rockerkriminalität‘ unter organisierte Kriminalität schwierig ist und der Umgang mit der oben genannten Definition unterschiedlich beurteilt wird. Ein leitender Oberstaatsanwalt vertritt die Ansicht, dass sich „*Rockergruppierungen [...] wunderbar einordnen [lassen] in die Definition der organisierten Kriminalität*“ und, dass „*die Definition [...] bei der Frage der Zuständigkeiten [helfe]*“. Die Definition wird demnach als Schablone auf einen Sachverhalt angelegt, um das Vorliegen von organisierter Kriminalität zu bestätigen. Insbesondere seitens der Polizei wird jedoch geäußert, dass es auf der Arbeitsebene zunächst schwierig

28 Der Beitrag beschränkt sich nur auf einen Schwerpunkt aus den geführten Interviews.

29 Bundeskriminalamt (2018).

30 Dienstbühl/Nickel (2012), S. 475.

sei, eine abschließende Einordnung vorzunehmen, da, „[...] wenn man sich daran [an die Definition] hält, [...] vieles nicht unter organisierte Kriminalität [falle ...]“. Aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden ist es grundsätzlich wünschenswert, dass Kriminalität von Mitgliedern der Outlaw Motorcycle Gangs unter den Begriff der organisierten Kriminalität falle. Gründe dafür sind unter anderem, dass „die Zuordnung [zur organisierten Kriminalität] [...] Strukturermittlungen [ermögliche]“ (Polizistin Fachkommissariat) und dass diese Zuordnung „wichtig für den Vollzug“ sei (leitender Oberstaatsanwalt). Ein Rechtsanwalt, der regelmäßig Mitglieder von Motorradclubs vertritt, kritisiert: „Der organisierte Kriminalitätsbegriff ist ein Begriff, um gesellschaftliche Gruppen unter eine Begrifflichkeit zu fassen und sie mit Maßnahmen zu überziehen“.

Die Clubmitglieder selbst beklagen,<sup>31</sup> dass die gesamte Szene undifferenziert durch Polizei, Justiz und Medien durch eine Vielzahl von Maßnahmen kriminalisiert werde (in Form von Vereinsverboten, Kuttenerboten, Waffenverboten, Personen- und Fahrzeugkontrollen, polizeilichen Standardmaßnahmen).<sup>32</sup> In einem Bericht einer Bund-Länder-Projektgruppe wird den Rockergruppierungen ein hohes Kriminalitätspotenzial bescheinigt und daher eine *Null-Toleranz-Strategie* gefordert.<sup>33</sup> Mitglieder von Rockerclubs sollen mit allen Mitteln von der Teilnahme an gewalttätigen Auseinandersetzungen abgehalten und Gewaltdelikte verhindert werden.<sup>34</sup>

## 6. Kriminelle oder Subkultur?

Rockergruppierungen sind dem Bereich der Subkulturen zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um Zusammenschlüsse von Personen, die gegenüber der gesellschaftlich anerkannten Kultur unterschiedliche Werte und Normen aufweisen und die gesellschaftlichen Normen, Gebote und Verbote anhand ihrer eigenen hinterfragen. Dies kann sowohl zu einer Anerkennung als auch zu einer Ablehnung der gesellschaftlichen Normen führen.<sup>35</sup> Bei Subkulturen handelt es sich nicht von vornherein um kriminelle Erscheinungsformen, denn die Begehung von Straftaten stellt innerhalb der Subkultur kein zielgerichtetes Verhalten dar. Sie ist eher eine Reaktion auf Anpassungs- und Statuspro-

31 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/provokante-aktion-polizei-verhindert-gruppenfoto-von-rockern-am-brandenburger-tor/6706188.html>; <http://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/GSG-9-seilt-sich-ueber-Hanebuths-Villa-ab-die-Bilder>.

32 Albrecht/Braun (2015), S. 68; Bader (2011), S. 227; Keller (2015), S. 11.

33 Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2010).

34 Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2010), S. 49.

35 Albrecht (2012b), S. 121; Schmid (2010), S. 5.



bleme.<sup>36</sup> Bei der Gründung von Rockerclubs sind Hauptzweck und Hauptmotiv zunächst nicht krimineller Art, sondern liegen vielmehr im emotionalen und sozialen Bereich. Bedingungsloser Zusammenhalt, Loyalität und gemeinsame Interessen stehen im Vordergrund.<sup>37</sup> Ein Zusammenschluss erfolgt zur Erlangung von subkulturellem Status und Ansehen. Im Vordergrund ihres Handelns steht die Befriedigung des Bedürfnisses nach ‚sozialem Kapital‘. Die Sicherung und Gewährleistung der eigenen Ehre und der Ehre des Clubs spielt eine entscheidende Rolle.<sup>38</sup> Sie bezeichnen sich selbst als „Onepercenter“. Aus dieser Selbstbezeichnung schließt insbesondere die Polizei, dass Angehörige von Rockergruppierungen kriminell sind.<sup>39</sup> Eine solche Selbstbezeichnung ist jedoch zunächst kein Indiz für kriminelle Handlungen.<sup>40</sup> Die Bezeichnung „Onepercenter“ weist vielmehr auf die Ablehnung der American Motorcycle Association hin und soll den Zusammenhalt innerhalb der Szene verdeutlichen.<sup>41</sup>

Fraglich ist, ob sich hinter einzelnen Begriffen und Abzeichen jenseits offensichtlicher Symbolik eine tiefere Bedeutung verbirgt (zum Beispiel die Auszeichnung für tatsächliche Gewalttaten). So muss die Zugehörigkeit zu einer Outlaw Motorcycle Gang nicht zwingend kriminelle Aktivitäten fördern. Auch das Gegenteil kann der Fall sein, das heißt die Mitgliedschaft in einem Rockerverein kann auch eine integrativ wirkende Umgebung schaffen, die kriminelle Handlungen Einzelner verhindert. Sie kann mithin die Persönlichkeit der Mitglieder stabilisieren und Sicherheit gewährleisten.<sup>42</sup> Es kann angenommen werden, dass sich Rockerclubs wohl nicht zu kriminellen Zwecken gründen, ihnen aber eine erhebliche latente kriminelle Energie innewohnt, die oft nur eines geringen Anlasses bedarf, um ausgelöst zu werden. Sie besitzen eine latente kriminelle Energie insbesondere durch ihr auffälliges äußeres Erscheinungsbild, ihre einheitliche Kleidung, ihr gemeinsames Auftreten, ihre besondere Vorliebe für das Motorrad und das Motorradfahren und geschäftliche Aktivitäten im Rotlicht- und Türstehermilieu.<sup>43</sup> Simon beschreibt in diesem Zusammenhang in seiner Untersuchung über Rocker in der Bundesrepublik, dass die Zuschreibung devianten Verhaltens unabhängig vom tatsächlichen Auftreten abweichender Handlungen vor allem auch von der Zugehörigkeit zu einem Modestil, also dem äußeren

36 Albrecht (2012a), S. 253; Dollinger/Raithel (2006), S. 88; Lamnek (2017), S. 147.

37 Ahlers (1975), S. 18; Albrecht (2010); Bley (2016), S. 27; Dienstbühl/Nickel (2012), S. 478.

38 Steuten (2002), S. 254; Albrecht (2012b), S. 119; Zimmerli (1999), S. 337.

39 Schwind (2016), § 28 Rn. 22a.

40 Albrecht (2012b), S. 117; Opitz (1990), S. 9; Endreß (2002), S. 242.

41 Albrecht (2012b), S. 118; Ahlsdorf (2009), S. 77 ff.

42 Simon (1996), S. 112 f.; Albrecht (2012a), S. 253; Albrecht/Braun (2015), S. 76.

43 Ahlers (1975), S. 18; Albrecht (2012b), S. 120; Steuten (2002), S. 32; Opitz (1990), S. 17.

Erscheinungsbild, abhängig gemacht wird.<sup>44</sup> Nicht auszuschließen bleibt bisher jedoch, dass dieses Erscheinungsbild und die damit verbundenen Möglichkeiten auch jene anzieht, die sich weniger einem besonderen Lebensstil verbunden fühlen, als vielmehr einer kriminellen Karriere.<sup>45</sup>

## 7. Schlussbemerkung

Die differenzierte Erfassung und Darstellung von ‚Rockerkriminalität‘ ist das Anliegen der vorgestellten Untersuchung. Wie vielschichtig sich dieser Untersuchungsgegenstand darstellt, zeigt bereits die Auswertung erster Experteninterviews. Zum einen wird auf das hohe Kriminalitäts- und Gewaltpotenzial der Outlaw Motorcycle Gangs und ihrer Mitglieder hingewiesen. Zum anderen wird kritisiert, dass das Bild einer kriminellen Subkultur entsteht und gefördert wird durch eine einseitige Medienberichterstattung, die sich der Subkultur ‚Rocker‘ nur dann widmet, wenn seitens der Mitglieder eines Motorradclubs Straftaten von erheblichem Gewicht begangen werden oder ähnliche spektakuläre Ereignisse vorfallen.<sup>46</sup> Ein Journalist sagte dazu in einem Interview *„Rocker sind die Spitze des Eisberges, die man mit strafrechtlichen Normen in Deutschland noch bekämpfen kann. Alles andere, was eigentlich viel größer ist, zum Beispiel die Mafia, da kommt man nicht ran. Die Rocker sind halt sichtbar“*.

Inwieweit es sich bei den kriminellen Mitgliedern um einzelne Personen handelt, die sich in Outlaw Motorcycle Gangs ebenso finden können, wie in anderen Vereinen oder aber um Vereine, die über ihr Wirken und ihre Mitglieder der Organisierten Kriminalität zuzuordnen sind, soll in diesem Projekt untersucht werden.

## Literatur

- Ahlers, D. (1975): Die Kriminalität der Rocker aus psychologischer Sicht. Kriminalistik, 29, S. 17-19.
- Ahlsdorf, M. (2009): Alles über Rocker – Die Gesetze, die Geschichte, die Maschinen. 3. Auflage. Mannheim: Huber Verlag.
- Albrecht, F. (2010): Rockerkriminalität: Zu einfache Lösungen für ein komplexes Phänomen, in: [http://www.lto.de/persistent/a\\_id/1605/](http://www.lto.de/persistent/a_id/1605/) [letzter Aufruf: 17.01.2018].

---

44 Simon (1989), S. 57.

45 Vgl. den ‚Rockerprozess‘ in Berlin, <https://www.bz-berlin.de/tatort/menschen-vor-gericht/wird-es-jetzt-eng-fuer-hells-angels-boss-kadir-pamir>.

46 Albrecht (2012b), S. 117 Fn. 16, S. 122; Ahlsdorf (2009), S. 154 ff.

- Albrecht, F.* (2012a): „Ihr verachtet unser Leben, wir verachten eure Gesetze!“ Eine Erwiderung auf Knappe/Knapp, Taktisches und rechtliches Vorgehen gegen Rocker zur Verhinderung einer Veranstaltung. *Die Polizei*, 2012, S. 252-255.
- Albrecht, F.* (2012b): Verbot der Hells Angels-Charters in Deutschland – Eine kriminologische und vereinsrechtliche Analyse. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 95 (2), S. 115-133.
- Albrecht, F./Braun, F.* (2015): Rockerkriminalität und Generalverdacht. In: Albrecht, F. (Hg.): *Polizeiarbeit ohne Generalverdacht. 4. Grüner Polizeikongress – Die Dokumentation*. Berlin: Eigenverlag, S. 68-85.
- Bader, J.* (2011): Outlaw Motorcycle Clubs – Überlegungen zum Thema Hells Angels, Bandidos und Konsorten und zugleich eine kleine Milieukunde. *Kriminalistik*, 65 (4), S. 227-234.
- Bley, R.* (2014): Rockerkriminalität – Erste empirische Befunde. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Bley, R.* (2015): Berufsrocker – Empirische Befunde zu kriminellen Rockern. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Bley, R.* (2016): Rockerkriminalität – Strukturen und Entwicklungen im kriminellen Rockermilieu. *Der Kriminalist*, 2016 (10), S. 26-30.
- Bundeskriminalamt* (2012): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2012. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt* (2013): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2013. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt* (2014): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2014. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt* (2015): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2015. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt* (2016): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2016. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Bundeskriminalamt* (2018): Rockerkriminalität, in: [https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/Rockerkriminalitaet/rockerkriminalitaet\\_node.html](https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/Rockerkriminalitaet/rockerkriminalitaet_node.html) [letzter Aufruf: 24.01.2018].
- Cremer, G.* (1992): *Die Subkultur der Rocker – Erscheinungsform und Selbstdarstellung*. München: Centaurus Verlag.
- Detros, U./Biewald, N.* (2010): *Höllenritt: Ein deutscher Hells Angel packt aus*. Berlin: Econ Verlag.
- Diehl, J./Heise, T./Meyer-Heuer, C.* (2013): *Rockerkrieg – Warum Hells Angels und Bandidos immer gefährlicher werden*. 4. Auflage. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Dienstbühl, D.* (2015): Attraktivität von Outlaw Motorcycle Clubs auf extremistische Gruppen. *Deutsches Polizeiblatt*, 2015 (5), S. 8-11.
- Dienstbühl, D./Nickel, S.* (2012): Outlaw Motorcycle Clubs – organisierte Kriminalität und mafïöse Strukturen? *Kriminalistik*, 66 (8/9), S. 475-481.
- Dollinger, B./Raiethel, J.* (2006): *Einführung in die Theorien abweichenden Verhaltens*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Endreß, A.* (2002): Lebensstilintendierte Devianz – Organisierte Kriminalität am Beispiel von Motorradclubs. *Angewandte Sozialforschung*, 22 (3/4), S. 233-250.

- Gerlach, J. (2012): Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie – Verbieten oder Nicht-Verbieten? Baden-Baden: Nomos.
- Gerlach, J. (2013): Der Umgang mit politischem Extremismus auf dem Prüfstand – Vereinsverbote in Deutschland seit 1990. In: Hirscher, G./Jesse, E. (Hg.): Extremismus in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 527-548.
- Keller, C. (2015): Polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Rockerkriminalität. Deutsches Polizeiblatt, 2015, S. 11-13.
- Lamnek, S. (2017): Theorien abweichenden Verhaltens I – „Klassische“ Ansätze. 10. Auflage. Paderborn: utb-Verlag.
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2010): Bericht der Bund-Länder Projektgruppe des UA FEK „Bekämpfungsstrategie Rockerkriminalität – Rahmenkonzeption“ [BLPG BR-RK], in: <https://cryptome.org/2012/09/biker-crime.pdf> [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Opitz, M.G. (1990): Rocker im Spannungsfeld zwischen Clubinteressen und Gesellschaftsnormen. Konstanz: Hartung Gorre-Verlag.
- Schmid, C. (2010): Der Motorcycle-Club – Vom Organisieren einer devianten Subkultur aus interpretativ-soziologischer Organisationsstrukturperspektive, in: [http://www.organisations-soziologie.de/ag/wp-content/uploads/2010/10/2009-Dezember\\_Expose\\_Schmid.pdf](http://www.organisations-soziologie.de/ag/wp-content/uploads/2010/10/2009-Dezember_Expose_Schmid.pdf) [letzter Aufruf: 25.01.2018].
- Schmid, C. (2012): Rockerclubs – Eine posttraditionale Vergemeinschaftungsform in der Organisationsgesellschaft. In: Eisewicht, P./Grenz, T./Pfadenhauer, M. (Hg.): Techniken der Zugehörigkeit – Karlsruher Studien Technik und Kultur. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing, S. 213-237.
- Schwind, H. (2016): Kriminologie – Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen. 23. Auflage. Heidelberg: Verlagsgruppe Huthig-Jehle-Rehm.
- Simon, T. (1996): Raufhändel und Randalen – Eine Sozialgeschichte aggressiver Jugendkulturen und pädagogischer Bemühungen von 1880 bis 1995. Weinheim: Fachhochschule Wiesbaden.
- Steuten, U. (2000): Rituale bei Rockern und Bikern. Soziale Welt, 51 (1), S. 25-44.
- Steuten, U. (2002): Organisierte Devianz bei Rockern und Bikern. Kommentar zum Beitrag von Alexander Endreß. Angewandte Sozialforschung, 22 (3/4), S. 250-256.
- Zimmerli, S. (1999): Die Territorialität der Outlaw Motorcycle Clubs – Eine empirische Studie schweizerischer Motorradgruppen. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 82 (5), S. 320-339.

# Replikation und Differenzierung: Elementare Forschungsprinzipien und ihre Relevanz für die Kriminologie

*Friedrich Lösel und Doris Bender*

## Gliederung

1. Einleitung
2. Replikation als allgemeines Wissenschaftsthema
3. Replikation in der kriminologischen Interventionsforschung
4. Replikation und Differenzierung
5. Schlussfolgerung und Perspektiven

## 1. Einleitung

Die Kriminologie ist personell eine ‚kleine‘ Wissenschaft, die in Deutschland zudem Strukturprobleme hat (Albrecht et. al. 2012). Für die Gesellschaft ist die Kriminologie aber höchst bedeutsam, da sie empirische Grundlagen für wichtige politische Fragen liefern kann. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das Thema ‚Migration und Kriminalität‘. Seit längerem hat es in Deutschland – wie in anderen Ländern – einen Rückgang der Kriminalität gegeben (sog. genannter ‚crime drop‘; dazu Lösel 2016). Während eigentlich weiterhin ein Rückgang zu erwarten gewesen wäre, hat es im Zusammenhang mit der jüngsten ‚Migrationswelle‘ nun einen Zuwachs bei etlichen Deliktarten gegeben. Dies war zu erwarten, da viele junge Männer kamen, die unter anderem geringe Bildung, eine andere kulturelle Sozialisation (zum Beispiel Geschlechterrollen) und Gewalterfahrungen hatten. Gleichwohl kommentierten manche Kriminologen die Problemlage in den Medien widersprüchlich, ohne ausreichende Daten und teilweise bagatellisierend.

In solche Diskussionen fließen neben einer selektiven Datenauswahl auch politische Orientierungen und Weltanschauungen ein. In einer empirischen Wissenschaft ist aber zu fragen, wie die Kriminologie der Bevölkerung eine einigermaßen objektive ‚Wahrheit‘ vermitteln kann. Natürlich gilt diese Frage nur für aktuelle Zeitfenster, denn die Wissenschaftsgeschichte zeigt vielfältige Irrtümer und Einflüsse des Zeitgeists. Aber auch wenn man sich auf die Jetztzeit

beschränkt, wird in einzelnen Studien nicht selten eine klare ‚Evidenz‘ behauptet. Ein Grundsatz empirischer Wissenschaften lautet aber: „Evidence comes by replication“. In der letzten Zeit hat er viel Aufmerksamkeit erhalten, denn in verschiedenen Disziplinen hat man die Reproduzierbarkeit einzelner Studienergebnisse ernsthaft in Frage gestellt. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit dieser Thematik, ihrer Relevanz für die Kriminologie und der Notwendigkeit der Differenzierung. Zu einer ausführlicheren Erörterung siehe *Lösel (2017a)*.

## 2. Replikation als allgemeines Wissenschaftsthema

Die Frage der Replizierbarkeit war kürzlich ein Thema in hochrangigen Zeitschriften wie *Nature* und *Science*. Zum Beispiel befasste sich ein großes Projekt mit der Reproduzierbarkeit von Forschungsergebnissen in der Psychologie (*Open Science Collaboration 2015*). Zahlreiche Wissenschaftler nahmen exakte Replikationen von einhundert Studien vor, die in 2008 in psychologischen Zeitschriften publiziert wurden. Die Befunde waren ernüchternd. Weniger als die Hälfte der Ergebnisse der Originalstudien konnten quantitativ repliziert werden und etwa ein Viertel wies sogar in die umgekehrte Richtung. Die durchschnittliche Effektstärke sank von  $r = 0.40$  in den Originalen auf 0.20 in den Replikationen.

Eine gewisse Variation von Ergebnissen ist wegen unterschiedlicher Stichproben, Instrumente und Untersuchungskontexte ‚normal‘. Hinzu kommen soziale Veränderungen. Zum Beispiel können sich durch eine massiv anwachsende Migration die Bedingungen in Gemeinden, an Schulen, in der Jugendhilfe oder im Strafvollzug erheblich wandeln. Die Frage der Reproduzierbarkeit betrifft aber nicht nur die Sozialwissenschaften, sondern auch die Medizin (vgl. *Ioannidis 2005*) und Naturwissenschaften. In einer Umfrage von *Baker (2016)* an über 1500 Forschern aus der Biologie, Chemie, Medizin, Physik, Technik etc. antworteten mehr als 70 %, dass sie ein Experiment eines anderen Forschers nicht replizieren konnten. Über 50 % gaben dies für ein eigenes Experiment an. 52 % stimmten der Feststellung zu, dass es eine signifikante Krise der Replizierbarkeit gebe, und 38 % meinten, es gebe eine leichte Krise.

Auch wenn man auf das oft inflationär verwendete Wort ‚Krise‘ verzichtet, ist die Reproduzierbarkeit von Forschungsergebnissen offenbar ein brisantes Thema. Es betrifft selbstverständlich auch die Kriminologie. So hat zum Beispiel *Farrington (2000)* mehr Replikationen gefordert und in Evidenzstandards wird die Wiederholbarkeit von Befunden betont (*Gottfredson et al. 2015; Valentine et al. 2011*).

Anlass für die oben genannte Studie zur Replikation in der Psychologie war der Eindruck, dass empirische Datenanalysen und Berichte oft selektiv verzerrt und die Geltungsbedingungen von Hypothesen zu wenig spezifiziert sind. Diese und andere Faktoren gefährden die interne und externe Validität (Lösel 2007). Als ein Beispiel sei das ‚Signifikanzen-Fischen‘ genannt, wenn bei zahlreichen Wirkungsmaßen nur jene ausgewertet und/oder selektiv berichtet werden, bei denen die Befunde den Hypothesen und Zielen der Autoren entsprechen. Deshalb kommen unabhängige Evaluationen oft zu weniger positiven Ergebnissen als Selbstevaluationen (Petrosino/Soydan 2005). Auch finanzielle Interessen können dabei eine Rolle spielen. Daneben gibt es wissenschaftspsychologische Einflüsse. Zum Beispiel wollen Forscher kreativ sein und nicht nur andere nachahmen. Viele Herausgeber und Gutachter von Fachzeitschriften fordern neuartige Veröffentlichungen, während andere durchaus Replikationen akzeptieren (vgl. Baker 2016). Institutionen der Forschungsförderung sind an Neuem interessiert oder bevorzugen groß angelegte Kooperationsprojekte, die sich schlecht für Wiederholungen eignen. In komplexen Längsschnitt- und Interventionsstudien sind Replikationen nicht nur zeitaufwendig und kostspielig, sondern durch sich verändernde Populations- und Kontextbedingungen nicht exakt möglich.

### 3. Replikation in der kriminologischen Interventionsforschung

In der entwicklungsbezogenen Prävention haben Meta-Analysen gezeigt, dass im Durchschnitt ein erwünschter (positiver) Effekt vorliegt. Sowohl bei Programmen für Kinder und Jugendliche als auch für Familien und Schulen gab es in den Präventions- beziehungsweise Treatment-Gruppen weniger Aggression, Delinquenz oder andere Verhaltensprobleme als in den Kontrollgruppen (vgl. Farrington et al. 2017; Lösel 2012a; Lösel/Bender 2012). Ähnliches fand man im deutschen Sprachraum (Beelmann et al. 2014; Weiss et al. 2015). Die Effekte sind im Durchschnitt eher mäßig ausgeprägt, aber statistisch hoch signifikant. Entwicklungsbezogene Präventionsprogramme reduzieren nicht nur das Risiko für potentielle Opfer, sondern sie können sich auch finanziell für die Gesellschaft auszahlen (Welsh/Farrington 2015).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Programmen der Straftäterbehandlung. Auch hierzu gibt es zahlreiche Primärstudien und etliche Meta-Analysen (vgl. Lipsey/Cullen 2007; Lösel 2012b; Wilson 2016). Die Ergebnisse fallen im Durchschnitt positiv aus und liegen mit mittleren Effektstärken von circa  $d = 0.20$  oder  $OR = 1.40$  ungefähr in der Größenordnung wie bei der entwicklungsbezogenen Prävention.

Neben diesen insgesamt positiven Ergebnissen gibt es in fast allen Meta-Analysen große Unterschiede zwischen den Effekten der Primärstudien. Dies ist im Sinne des „What works“ zu erwarten, denn man will ja gerade die erfolgreichsten Programme gegenüber den weniger wirksamen, unwirksamen oder gar schädlichen abgrenzen. Die Unterschiede in den Ergebnissen sind aber keineswegs nur auf die Art beziehungsweise den Inhalt der Interventionen zurückzuführen. Selbst bei identischen oder sehr ähnlichen Programmen zeigen Evaluationen recht unterschiedliche Resultate. Dazu einige Beispiele:

Eine Evaluation des Sex Offender Treatment Programme (SOTP) in England und Wales hatte in einer Studie von *Friendship et al.* (2000) mit nach dem Risikograd parallelisierten Gruppen tendenziell positive Ergebnisse gezeigt. Dementsprechend wurde das auf Gruppenbehandlung basierende Kern-SOTP in Gefängnissen weit verbreitet. Vor kurzem führte das britische Justizministerium erneut eine Evaluation an großen Kohorten durch (*Mews et al.* 2017). Die Vergleichbarkeit von Treatment-Gruppen und Kontrollgruppen kontrollierte man mittels Propensity Score Matching (PSM), das zahlreiche Tätermerkmale einbezieht. Die Ergebnisse waren enttäuschend, denn es wurden in den Treatment-Gruppen signifikant mehr Personen mit Sexualdelikten rückfällig als in den Kontrollgruppen (10 % vs. 8 %). Natürlich ist einzuwenden, dass beide Studien kein echt experimentelles Design (Randomized Controlled Trial; RCT) hatten, doch sind RCTs bei der Sexualtäterbehandlung aus ethischen, rechtlichen und anderen Gründen schwierig und selten (*Lösel/Schmucker* 2017). Der Erstautor des vorliegenden Aufsatzes gehörte einem Panel des britischen Justizministeriums an, das sich vor der Publikation mit der Evaluation befasste. Man fand, dass es zwar einige Mängel gab, aber die Studie *relativ* valide war. Nach Bekanntwerden der Ergebnisse warfen die Massenmedien der Regierung vor, Steuergelder zu verschwenden und das Rückfallrisiko von Sexualtätern sogar zu erhöhen.

Ein anderes Beispiel inkonsistenter Ergebnisse betrifft die Multisystemic Therapy (MST), ein weit verbreitetes, familienbezogenes Interventionsprogramm für Kinder und Jugendliche (*Henggeler et al.* 2009). Eine Evaluation in England mit einem RCT-Design hatte in der Treatment-Gruppe positive Effekte im Vergleich zur Regelversorgung durch Youth Offending Teams gezeigt (*Butler et al.* 2011). Eine spätere multizentrische RCT-Studie hatte eine größere Fallzahl und war stärker präventiv ausgerichtet (*Fonaghy et al.* 2018). Es ergaben sich keine besseren Effekte gegenüber der Regelversorgung durch die sozialen Dienste. Die Erfolgskriterien in den beiden Studien waren unterschiedlich, doch ist auch dies ein Aspekt der Replizierbarkeit von Effekten (*Lösel* 2018). Es gibt zur MST international etliche Studien mit überwiegend positiven Ergebnissen (*Curtis et al.* 2004; *van der Stouwe et al.* 2014). Deutliche Effekte berichteten Studien, die von den Programmentwicklern selbst durchgeführt wurden, wobei



aber methodische Einwände bestehen (Littell 2006). In unabhängigen Evaluationen fand man zum Beispiel in Kanada (Leschied/Cunningham 2002) und Schweden (Sundell et al. 2008) keine signifikanten MST-Effekte. Im Gegensatz dazu ergaben sich in Norwegen (Ogden/Amlund Hagen 2006) und in den Niederlanden (Asscher et al. 2014) signifikant positive Effekte. Ob dabei kulturelle Rahmenbedingungen, die Praxis der üblichen Familien- und Jugendhilfe, die untersuchten Zielgruppen, die Methodik der Evaluation, die Wirkungskriterien oder andere Aspekte eine Rolle spielten, kann nicht definitiv gesagt werden.

Auch in der Straftäterbehandlung werden zu identischen oder sehr ähnlichen Programmen erheblich variierende Ergebnisse berichtet. Dies gilt zum Beispiel für das international eingesetzte Programm „Reasoning and Rehabilitation“, das im Durchschnitt positive Effekte aufwies (Tong/Farrington 2007). In der Sexualtäterbehandlung fand man bei inhaltlich recht ähnlichen kognitiv-verhaltenstherapeutischen Programmen ebenfalls eine erhebliche Variation der Ergebnisse, wobei wegen der oft geringen Stichprobengröße und niedrigen Rückfallraten nur selten statistische Signifikanz erreicht wurde (Schmucker/Lösel 2015). Zur Therapie von Sexualtätern in der deutschen Sozialtherapie kann bislang auch nicht gesagt werden, ob sie die Rückfallrate senkt (Endres 2014; Wössner/Schwedler 2014).

Neben der Frage der Replikation in verschiedenen Studien ist auch die Stabilität beziehungsweise Wiederholbarkeit von Ergebnissen *innerhalb* von Studien zu beachten. Wenn zum Beispiel Programme der frühen entwicklungsbezogenen Prävention tatsächlich Jugenddelinquenz vermeiden sollen, müssten sie lange Nacherhebungszeiträume haben. Weltweit haben aber nur eine gute Handvoll von Evaluationen ein Follow-up von zehn oder mehr Jahren (Farrington/Welsh 2013). Zu den meisten Programmen in der Praxis gibt es ohnedies keine kontrollierte Evaluation (Lösel et al. 2006; Mihalic/Elliott 2015) oder nur Follow-up-Perioden von circa einem Jahr (Lösel/Beelmann 2003; Mihalic/Elliott 2015). Gut kontrollierte kurzfristige Evaluationen sind gleichwohl wichtig, da sie zumindest initiale Wirkungen anzeigen. Bei Langzeit-Studien muss mit manchen Inkonsistenzen über die Zeit, bei Teilgruppen, in den Erfolgsmaßen, bei verschiedenen Informanten usw. gerechnet werden (vgl. Lösel 2018; Lösel et al. 2013).

Die genannten Punkte sind nicht spezifisch für Präventionsprogramme in der Kriminologie, sondern zum Beispiel in der Psychiatrie ähnlich (Weisz et al. 2006). Es genügt deshalb nicht, mehr Replikationen durchzuführen, sondern man muss zugleich berücksichtigen, dass bei komplexen Interventionen exakte Wiederholungen von Studien kaum möglich sind. So verändert zum Beispiel die Migration die Zielpopulationen von Programmen. Andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Programmanpassungen, Personalressourcen und die Implementierungsqualität haben ebenfalls einen Einfluss, so dass es sich nicht um

exakt replizierbare Technologien handelt. Die Frage der Replikation hängt deshalb eng mit der Notwendigkeit der Differenzierung zusammen (Lösel 2018).

#### 4. Replikation und Differenzierung

Ein und dasselbe Programm wirkt manchmal unter bestimmten Bedingungen und ein andermal – unter anderen Bedingungen – ist es nicht effektiv. Dass die Frage des „What works“ somit differenzierter ist, schmälert nicht den Wert systematischer Programmvergleiche wie im *Maryland Report* (Sherman et al. 2002). Das gleiche gilt für Register wie die *Blueprints of Healthy Youth Development* (Mihalic/Elliott 2015) oder in Deutschland die *Grüne Liste Prävention* (Groeger-Roth 2015). Dies sind wertvolle Orientierungshilfen für die Politik, Praxis und Wissenschaft, aber die Register haben unterschiedliche Kriterien (Fagan/Buchanan 2016). Die Frage der Evidenz kann auch nicht auf Programminhalte beschränkt werden, sondern es müssen die weiteren Bedingungen der Wirksamkeit expliziert werden. Zahlreiche Faktoren sind für den Erfolg kriminologischer Präventions- und Behandlungsprogramme bedeutsam. Die Modelle von Lösel (2012a; 2012b) thematisieren vier Bereiche potentieller Moderatoren des Effekts:

1. *Merkmale des Programms*: Programminhalte, multiple Adressaten, Qualität der Implementierung, Grad der Individualisierung, Intensität/Dosierung;
2. *Merkmale des Kontexts*: Qualität des Personals, Beziehungsqualität, Institutionsklima, ‚natürliche‘ Schutzfaktoren außerhalb des Programms (zum Beispiel in der Familie), lokaler und gesellschaftlicher Kontext;
3. *Merkmale der Zielgruppen*: Grad des Risikos für Delinquenz/Rückfall, Persönlichkeitsmerkmale, Teilnehmermotivation, Alter, Geschlecht, ethnische Merkmale;
4. *Merkmale der Evaluationsmethodik*: Gesamtqualität des Designs, Größe der Studie beziehungsweise Stichprobe, Modellprojekt versus Alltagspraxis, Selbst-evaluation versus Fremdevaluation, Art der Wirkungsmaße, Länge des Follow-up-Zeitraums.

Natürlich können nicht alle potentiellen Moderatoren simultan berücksichtigt werden. Vergleichsweise positive Effekte zeigten sich zum Beispiel bei selektiven versus universellen Programmen, kognitiv-verhaltenstherapeutischen Konzepten, multimodalen Ansätzen an verschiedenen Risiko- und Schutzfaktoren,

partiell individualisierten und nicht völlig standardisierten Programmen, mittlerem bis höherem Risikograd der Teilnehmer, dem Risiko entsprechenden intensiveren Interventionen, guter Qualität der Implementierung, kürzeren Follow-up-Zeiträumen und Selbstevaluationen in Modellprojekten (Lösel 2018). Derartige differenzierte Merkmale sollten in weiteren Primärstudien und konfirmatorischen Meta-Analysen repliziert werden. Durch solche Prinzipien *relativ* erfolgreicher Programme können Politik und Praxis besser abschätzen, welche geplanten Maßnahmen erfolgversprechend sind und welche nicht.

Auf solchen Prinzipien basieren die Kriterien für die Akkreditierung von Behandlungsprogrammen (Maguire *et al.* 2010) oder das (erweiterte) Risk-Need-Responsivity (RNR)-Modell (Andrews *et al.* 2011). Ähnliches gibt es für die entwicklungsbezogene Prävention (Gottfredson *et al.* 2015). Wie das oben genannte Beispiel der Evaluation von Mews *et al.* (2017) zum englischen SOTP zeigt, sind solche Kriterien aber keine Garantie für Wirksamkeit. Nötig sind gezielte prinzipienorientierte Replikationen, um die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs zu erhöhen. Dazu gehört auch, die Implementierungsforschung einzubeziehen (Cooper *et al.* 2015; Meyers *et al.* 2012; Ogden/Fixsen 2014).

## 5. Schlussfolgerung und Perspektiven

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, dass bei der entwicklungsbezogenen Kriminalprävention und Straftäterbehandlung mehr und zugleich differenzierte Replikationen erforderlich sind. Die beiden Interventionsfelder wurden hier als Beispiele ausgewählt, bei anderen Themen dürften die Replikation und Differenzierung aber ähnlich bedeutsam sein. So fallen auch die Effekte bei situationsbezogener Prävention im Durchschnitt positiv aus, doch variieren sie erheblich (Bowers/Johnson 2016; Telep/Weisburd 2016). In der Forschung zu Kriminalitätsursachen ist die Lage ähnlich. Ein Beispiel hierfür ist die ‚generelle‘ Theorie der Selbstkontrolle von Gottfredson und Hirschi (1990). Meta-Analysen zeigen signifikante mittlere Effekte, die aber sehr heterogen sind und bei Längsschnittstudien klein ausfallen (Pratt/Cullen 2000). Wie bei den oben genannten Interventionen hängen sie von inhaltlichen, individuellen und methodischen Moderatoren ab (Lösel 2017; Walters 2016).

Die hier skizzierten Probleme der Replikation und Differenzierung sind in der Kriminologie nicht größer als in anderen Sozialwissenschaften. Ähnlich wie in der Umfrage von Baker (2016) bei Naturwissenschaftlern sind sich erfahrene Kriminologen wahrscheinlich der partiellen Inkonsistenzen in ihren und anderen Ergebnissen bewusst. Entsprechend dem Exhaustionsprinzip (Holzkamp 1968) haben sie – wie auch wir in manchen Studien – ad-hoc

plausible ‚Erklärungen‘ durch spezifische Randbedingungen gefunden. Diese Annahmen sollten jedoch gezielt in differenzierten Replikationen geprüft werden. Eine solche Strategie würde die oftmals allzu generell formulierten Theorien und Aussagen zur Wirksamkeit von Interventionen so spezifizieren, dass Politik und Praxis auf eine solidere Evidenzbasis bauen können.

## Literatur

- Albrecht, H.-J./Quensel, S./Sessar, K. (2012): Freiburger Memorandum zur Lage der Kriminologie in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 95, S. 385-391.
- Andrews/D.A./Bonta, J./Wormith, S. (2011): The Risk-Need-Responsivity (RNR) model: Does adding the Good Lives Model contribute to effective crime prevention? *Criminal Justice and Behavior*, 38, S. 735-755.
- Asscher, J.J./Dekovic, M./Manders, W./van der Laan, P.H./Prins, P.J.M./van Arum, S./Dutch MST Cost-Effectiveness Study Group (2014): Sustainability of the effects of multisystemic therapy for juvenile delinquents in The Netherlands: effects on delinquency and recidivism. *Journal of Experimental Criminology*, 10, S. 227-243.
- Baker, M. (2016): Is there a reproducibility crisis? *Nature*, 533, S. 452-454.
- Beelmann, A./Pfof, M./Schmitt, C. (2014): Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen. Eine Meta-Analyse der deutschsprachigen Wirksamkeitsforschung. *Zeitschrift für Gesundheitspsychologie*, 22, S. 1-14.
- Bonta, J./Andrews, D.A. (2017): *The psychology of criminal conduct*. 5<sup>th</sup> Edition. Cincinnati: Anderson.
- Bowers, K.J./Johnson, S.D. (2016): Situational prevention. In: Weisburd, D./Farrington, D.P./Gill, C. (Hg.): *What works in crime prevention and rehabilitation: Lessons from systematic reviews*. New York: Springer, S. 111-135.
- Butler, S./Baruch, G./Hickey, N./Fonagy, P. (2011): A randomized controlled trial of multisystemic therapy and a statutory therapeutic intervention for young offenders. *Journal of the American Academy of Child and Adolescent Psychiatry*, 50, S. 1220-1235.
- Cooper, B.R./Bumbarger, B.K./Moore, J.E. (2015): Sustaining evidence-based prevention programs: Correlates in a large-scale dissemination initiative. *Prevention Science*, 16, S. 145-157.
- Curtis, N.M./Ronan, K.R./Borduin, C.M. (2004): Multisystematic treatment: A meta-analysis of outcome studies. *Journal of Family Psychology*, 18, S. 411-419.
- Endres, J. (2014): Do we have evidence for effects of sex offender treatment in custodial settings? Presentation at the IATSO Conference, September 2014, Porto, Portugal.
- Fagan, A.A./Buchanan, M. (2016): What works in crime prevention? Comparison and critical review of three crime prevention registries. *Criminology & Public Policy*, 15, S. 617-649.
- Farrington, D.P. (2000): Explaining and preventing crime: The globalization of knowledge. *Criminology*, 38, S. 1-24.
- Farrington, D.P./Gaffney, H./Lösel, F./Ttofi, M. (2017): Systematic reviews of the effectiveness of developmental prevention programs in reducing delinquency, aggression, and bullying. *Aggression and Violent Behavior*, doi: 10.1016/j.avb.2016.11.003.

- Farrington, D.P./Welsh, B.C. (2013): Randomized experiments in criminology: What has been learned from long-term follow-ups? In: Welsh, B.C./Braga, A.A./Bruinsma, G.J.N. (Hg.): *Experimental criminology: Prospects for advancing science and public policy*. New York: Cambridge University Press, S. 111-140.
- Fonaghy, P./Butler, S./Cottrell, D., Scott, S./Pilling, S./Eisler, I./Fuggle, P./Kraam, A./Byford, S./Wason, J./Ellison, R./Simes, E./Ganguli, P./Allison, E./Goodyer/I.M. (2018): Multisystemic therapy versus management as usual in the treatment of adolescent antisocial behaviour (START): A pragmatic, randomised controlled, superiority trial. *Lancet Psychiatry*, 5 (2), S. 119-133.
- Friendship, C./Mann, R.E./Beech, A.R. (2003): *Evaluation of the prison-based Sex Offender Treatment Programme (SOTP)*. London: Home Office Research and Statistics Directorate.
- Gottfredson, D.C./Cook, T.D./Gardner, F.E.M./Gorman-Smith, D./Howe, G.W./Sandler, I.N./Zafft, K.M. (2015): Standards of evidence for efficacy, effectiveness, and scale-up: Next generation. *Prevention Science*, 16, S. 893-926.
- Gottfredson, M.R./Hirschi, T. (1990): *A general theory of crime*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Groeger-Roth, F. (2015): Die „Grüne Liste Prävention“ – ein Beitrag zur nachhaltigen Kriminalprävention. In: Schubarth, W. (Hg.): *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus*. Potsdam: Universitätsverlag, S. 127-143.
- Henggeler, S.W./Schoenwald, S.K./Borduin, C.M./Rowland, M.D./Cunningham, P.B. (2009): *Multisystemic treatment of antisocial behavior in children and adolescents*. 2<sup>nd</sup> edition. New York: Guilford Press.
- Holzkamp, K. (1968): *Wissenschaft als Handlung*. Berlin: de Gruyter.
- Ioannidis, J.P. (2005): Contradicted and initially stronger effects in highly cited clinical research. *Journal of the American Medical Association*, 294, S. 218-228.
- Koehler, J.A./Lösel, F./Humphreys, D.K./Akoensi, T.D. (2013): A systematic review and meta-analysis on the effects of young offender treatment programs in Europe. *Journal of Experimental Criminology*, 9, S. 19-43.
- Leschied, A./Cunningham, A. (2002): *Seeking effective interventions for serious young offenders: Interim results of a four-year randomized study of multisystemic therapy in Ontario, Canada*. London, ON: Centre for Children & Families in the Justice System.
- Lipsey, M.W./Cullen, F.T. (2007): The effectiveness of correctional rehabilitation: A review of systematic reviews. *Annual Review of Law and Social Science*, 3, S. 297-320.
- Littell, J.H. (2006): The case for Multisystemic Therapy: Evidence or orthodoxy? *Children and Youth Services Review*, 28, S. 458-472.
- Lösel, F. (2007): Doing evaluation in criminology: Balancing scientific and practical demands. In: King, R.D./E. Wincup (Hg.): *Doing research on crime and justice*. 2<sup>nd</sup> Edition. Oxford, UK: Oxford University Press, S. 141-170.
- Lösel, F. (2012a): Entwicklungsbezogene Prävention von Gewalt und Kriminalität: Ansätze und Wirkungen. *Forensische Psychiatrie, Psychologie & Kriminologie*, 6, S. 71-84.
- Lösel, F. (2012b): Offender treatment and rehabilitation: What works? In: Maguire, M./Morgan, R./Reiner, R. (Hg.): *The Oxford Handbook of Criminology*. 5<sup>th</sup> Edition. Oxford: Oxford University Press, S. 986-1016.

- Lösel, F. (2016): Der internationale Rückgang der Kriminalität vor der Migrationskrise: Erklärungen und eigene Langzeitergebnisse zur Jugenddelinquenz. In: Safferling, C./Kett-Straub, G./Jäger, C./Kudlich, H. (Hg.): Festschrift für Franz Streng zum 70. Geburtstag. Heidelberg: C.F. Müller, S. 539-564.
- Lösel, F. (2017): Self-control as a theory of crime: A brief stocktaking after 27/42 years. In: Bijlefeld, C./van der Laan, P. (Hg.): *Liber amicorum* for Gerben Bruinsma. The Hague, NL: Boom, S. 232-238.
- Lösel, F. (2018): Evidence comes by replication, but needs differentiation: The reproducibility issue in science and its relevance for criminology. *Journal of Experimental Criminology*, 14 (3), S. 257-278.
- Lösel, F./Beelmann, A. (2003): Effects of child skills training in preventing antisocial behavior: A systematic review of randomized evaluations. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 587, S. 84-109.
- Lösel, F./Bender, D. (2012): Child social skills training in the prevention of antisocial development and crime. In: Farrington, D.P./Welsh, B.C. (Hg.): *Handbook of crime prevention*. Oxford: Oxford University Press, S. 102-129.
- Lösel, F./Schmucker, M./Plankensteiner, B./Weiss, M. (2006): *Bestandsaufnahme und Evaluation der Elternbildung*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Lösel, F./Stemmler, M./Bender, D. (2013): Long-term evaluation of a bimodal universal prevention program: Effects from kindergarten to adolescence. *Journal of Experimental Criminology*, 9, S. 429-449.
- Maguire, M./Grubin, D./Lösel, F./Raynor, P. (2010): 'What works' and the Correctional Services Accreditation Panel: Taking stock from an inside perspective. *Criminology & Criminal Justice*, 10, S. 37-58.
- Mews, A./Di Bella, L./Purver, M. (2017): *Impact evaluation of the prison-based Core Sex Offender Treatment Programme*. London: Ministry of Justice.
- Meyers, D.C./Durlak, J.A./Wandersman, A. (2012): The quality implementation framework: A synthesis of critical steps in the implementation process. *American Journal of Community Psychology*, 50, S. 462-480.
- Mihalic, S.H./Elliott, D.S. (2015): Evidence-based programs registry: Blueprints for healthy youth development. *Evaluation and Program Planning*, 48, S. 124-131.
- Ogden T./Amlund Hagen, K. (2006): Multisystemic therapy of serious behaviour problems in youth: Sustainability of therapy effectiveness two years after intake. *Journal of Child and Adolescent Mental Health*, 11, S. 142-149.
- Ogden, T./Fixsen, D. (2014): Implementation Science: A brief overview and a look ahead. *Zeitschrift für Psychologie*, 222, S. 4-11.
- Open Science Collaboration (2015): Estimating the reproducibility of psychological science. *Science*, 349, Issue 6251, aac4716.
- Petrosino, A./Soydan, H. (2005): The impact of program developers as evaluators on criminal recidivism: Results from meta-analyses of experimental and quasi-experimental research. *Journal of Experimental Criminology*, 1, S. 435-450.
- Pratt, T.C./Cullen, F.T. (2000): The empirical evidence of Gottfredson and Hirschi's theory of crime: A meta-analysis. *Criminology*, 38, S. 931-964.

- Schmucker, M./Lösel, F.* (2015): The effects of sexual offender treatment on recidivism: An international meta-analysis of sound quality evaluations. *Journal of Experimental Criminology*, 11, S. 597-630.
- Sherman, L./Farrington, D.P./Welsh, B./MacKenzie, D.* (2002): Evidence-based crime prevention. New York: Routledge.
- Sundell, K./Hansson, K./Löfholm, C.A./Olsson, T./Gustle, L.H./Kadesjö, C.* (2008): Multisystemic therapy and traditional services for antisocial adolescents in Sweden: Results from a randomized controlled trial after six months. *Journal of Family Psychology*, 22, S. 550-560.
- Telep, C.W./Weisburd, D.* (2016): Policing. In: Weisburd, D./Farrington, D.P./Gill, C. (Hg.): What works in crime prevention and rehabilitation: Lessons from systematic reviews. New York: Springer, S. 137-168.
- Tong, L.S.J./Farrington, D.P.* (2006): How effective is the Reasoning and Rehabilitation Programme in reducing offending? A meta-analysis of evaluations in four countries. *Psychology, Crime & Law*, 12, S. 3-24.
- Valentine, J.C./Biglan, A./Boruch, R.F./González Castro, F./Collins, L.M./Flay, B.R., Kellam, S./Moscicki, E.K./Schinke, S.P.* (2011): Replication in prevention science. *Prevention Science*, 12, S. 103-117.
- Van der Stouwe, T./Asscher, J.J./Stams, G.J./Dekovic, M./van der Laan, P.H.* (2014): The effectiveness of Multisystemic Therapy (MST): A meta-analysis. *Clinical Psychology Review*, 43, S. 468-481.
- Walters, G.D.* (2016): Are behavioral measures of self-control and the Grasmick self-control scale measuring the same construct? A meta-analysis. *American Journal of Criminal Justice*, 41, S. 151-167.
- Weisburd D./Telep, C./Hinkle, J./Eck, J.* (2008): The effects of problem-oriented policing on crime and disorder. *Campbell Systematic Reviews*, 2008 (14), S. 1-88.
- Weiss, M./Schmucker, M./Lösel, F.* (2015): Meta-Analyse zur Wirkung familienbezogener Präventionsmaßnahmen in Deutschland. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 44, S. 27-44.
- Weisz, J.R./McCarty, C.A./Valeri, S.M.* (2006): Effects of psychotherapy for depression in children and adolescents: A meta-analysis. *Psychological Bulletin*, 132, S. 132-149.
- Welsh, B.C./Farrington, D.P.* (2009): Public area CCTV and crime prevention: An updated systematic review and meta-analysis. *Justice Quarterly*, 26, S. 716-745.
- Welsh, B.C./Farrington, D.P.* (2015): Monetary value of early developmental crime prevention and its policy significance. *Criminology & Public Policy*, 14, S. 673-680.
- Wilson, D.P.* (2016): Correctional programs. In: Weisburd, D./Farrington, D.P./Gill, C. (Hg.): What works in crime prevention and rehabilitation: Lessons from systematic reviews. New York: Springer, S. 193-217.
- Wössner, G./Schwedler, A.* (2014): Correctional treatment of sexual and violent offenders: Therapeutic change, prison climate, and recidivism. *Criminal Justice and Behavior*, 41, S. 862-879.

# Lassen sich Diskriminierungen im Fußball quantifizieren? – Ein Beitrag über Anspruch und Wirklichkeit

*Thaya Vester und Stephan Osnabrügge*

## Gliederung

- |  |  |
|--|--|
| 1. Einleitung  | 3. Erfordernis einer Quantifizierung von Diskriminierungen |
| 2. Antidiskriminierungsarbeit im Fußball                       | 4. Bisherige Probleme bei der Erfassbarkeit                |
| 2.1 Auf internationaler Ebene (FIFA und UEFA)                  | 5. Schaffung eines neuen Instruments                       |
| 2.2 Auf Ebene des DFB bzw. seiner Regional- und Landesverbände | 6. Bewertung und Ausblick                                  |

## 1. Einleitung

Obwohl niemand in Abrede stellen dürfte, dass Diskriminierung ein häufig auftretendes Thema im (Amateur-)Fußball ist, hält sich das Wissen um Art und Ausmaß des Problemfelds sehr in Grenzen. Dies wiederum erschwert die Aufarbeitung und Präventionsarbeit.

Worin begründet sich dieses Manko? Die Auseinandersetzung mit (Anti-) Diskriminierung ist sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch im Fußballsport eher jüngerer Natur. Das Kernthema selbst ist schwierig zu greifen, womit auch der Sockel fehlt, das Phänomen quantitativ adäquat erfassen zu können. *Peucker* und *Lechner* halten es gar für ein Ding der Unmöglichkeit, „ein verlässliches Bild vom exakten quantitativen Ausmaß von Diskriminierung zu zeichnen – dafür sind diese sozialen Phänomene zu vielschichtig und zu sehr im ständigen Wandel begriffen“.<sup>1</sup> Auch wenn dieser negativen Feststellung weitestgehend zugestimmt werden muss, sollte dennoch zwingend der Versuch gewagt werden, diesem Mangel im Bereich des Fußballs zu begegnen. Für einen solch eng umfassten gesellschaftlichen Teilbereich ist die Unternehmung, ein eigenes Lagebild zu erstellen, um ein Vielfaches einfacher und realistischer als auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Sie ist zudem zwingend notwendig, um den satzungs-

---

<sup>1</sup> *Peucker/Lechner* (2010), S. 9.



gemäß den Aufträgen der Fußball-Verbände (vgl. zum Beispiel § 4 der Satzung des DFB) nachkommen zu können, Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv entgegen zu wirken. Im Deutschen Fußball-Bund (DFB) sind knapp 7 Millionen Menschen organisiert, die in den etwa 25.000 Vereinen unter dem Dach des DFB spielen oder sich ehrenamtlich engagieren. Diskriminierung und Ausgrenzung als gesellschaftliches Phänomen sind also zwingend auch Diskriminierung und Ausgrenzung im organisierten Fußball und seinem Umfeld.

Der Beitrag möchte einen Überblick über den Status quo der Antidiskriminierungsarbeit liefern, um sodann die derzeitigen Möglichkeiten zur Sichtbarmachung von Diskriminierungsvorfällen aufzuzeigen. Dabei wird zum einen ein neues Instrument, das vom DFB zur Saison 2014/2015 installiert wurde, vorgestellt sowie erste Ergebnisse dessen präsentiert und kritisch beleuchtet.

## **2. Antidiskriminierungsarbeit im Fußball**

Inzwischen ist das Unrechtsbewusstsein im Zusammenhang mit Diskriminierungen in der Zivilgesellschaft so weit ausgeprägt, dass sich dieses auch rechtlich niederschlägt. Im vergangenen Jahrzehnt gab es mehrere Neuerungen im Privatrecht.<sup>2</sup> Eine weitestgehend parallele Entwicklung findet sich auch im Bereich des Fußballs. Den verschiedenen (Dach-)Organisationen entsprechend erfolgt diese Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen, die nachstehend vorgestellt werden.

### **2.1 Auf internationaler Ebene (FIFA und UEFA)**

Das Exekutivkomitee des Weltfußball-Verbandes FIFA positionierte sich erstmals im März 2000 aktiv in einer „*Erklärung gegen Rassismus*“. Auf Basis der Erkenntnisse einer eigens durchgeführten Konferenz wurde anlässlich des außerordentlichen FIFA-Kongresses am 7. Juli 2001 in Buenos Aires durch die Delegierten eine Resolution gegen Rassismus verabschiedet.<sup>3</sup>

Ausgangspunkt war dabei die Zunahme von Vorfällen mit rassistischem Hintergrund in Fußballstadien und bei anderen fußballbezogenen Aktivitäten, die der Kongress „mit großer Betroffenheit“ zur Kenntnis nahm.<sup>4</sup> Der Resolution folgte sodann die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Statuten (Art. 3 der Statuten), das FIFA-Disziplinarreglement (Art. 58) und den Ethikkodex (Art. 1).

---

<sup>2</sup> Von größter Bedeutung ist diesbezüglich das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das am 18.08.2006 in Kraft getreten ist.

<sup>3</sup> *Fédération Internationale de Football Association* (2001).

<sup>4</sup> *Fédération Internationale de Football Association* (2001).

Anlässlich des FIFA-Kongresses im Mai 2013 verabschiedete die FIFA schließlich ihre „*Resolution gegen Rassismus und Diskriminierung*“, mit der die „zero tolerance“-Politik der FIFA begründet wurde.<sup>5</sup> Seitdem wird unter anderem bei allen Wettbewerben ein konkreter Aktionsplan gegen Diskriminierungen eingefordert.

Der europäische Fußball-Dachverband UEFA engagiert sich gegen Diskriminierung vor allem durch die Mitgliedschaft im Netzwerk FARE, einem Netzwerk aus Fangruppen, Amateur- und Breitensportvereinen als auch aus NGOs und Menschenrechtsorganisationen.<sup>6</sup> Im Rahmen dieses Netzwerks initiiert die UEFA unterschiedlichste Maßnahmen und Veranstaltungen, so beispielsweise das Seminar „*Breaking the Glass Ceiling*“ im Dezember 2014. Der Wille zur Diskriminierungsfreiheit ist in Art. 2 der UEFA-Statuten niedergelegt, konkrete Strafandrohungen enthält Art. 14 der UEFA Rechtspflegeordnung.

## 2.2 Auf Ebene des DFB bzw. seiner Regional- und Landesverbände

Der DFB, der als eingetragener Verein organisiert ist, hat bereits in seinen Verbandszwecken (§ 4 der Satzung) den Willen zur Diskriminierungsfreiheit verankert und bekennt sich aktiv zu seiner umfassenden gesellschaftlichen Verantwortung. In der Vergangenheit wurden die entsprechenden Satzungsaufträge mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen bearbeitet, wobei unmittelbar dem Oberbegriff Diskriminierung zuzuordnende Themen wie Homophobie und Rechtsextremismus verstärkt seit 2007 im Blick stehen.

Der DFB baut seine Maßnahmen aus einer Kombination von Fördern und Sanktionieren auf. Besonders faires oder integrierendes Verhalten wird dabei herausgestellt und geehrt, zum Beispiel im Rahmen des Mercedes-Benz/DFB-Integrationspreises sowie bei der jährlichen Verleihung des Julius Hirsch Preises. Ausgezeichnet werden dabei Personen, Initiativen und Vereine, die sich als Aktive auf dem Fußballplatz, als Fans im Stadion, im Verein und in der Gesellschaft beispielhaft und unübersehbar für die Unverletzbarkeit der Würde des Menschen und gegen Antisemitismus und Rassismus, für Verständigung und gegen Ausgrenzung von Menschen einsetzen.

Die positiven, förderlichen Maßnahmen des DFB werden begleitet von besonderen Sanktionsnormen für Fälle diskriminierenden Verhaltens mit hohen Strafen, beispielsweise Geldstrafen von 12.000 € bis zu 100.000 €, Punktabzug bis hin zum Zwangsabstieg oder Spiele unter Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 9 RuVO/

---

<sup>5</sup> *Fédération Internationale de Football Association* (2013).

<sup>6</sup> Vgl. *Thaler* (2015).

DFB). Dieser bundesrechtlichen Norm folgen alle Landes- und Regionalverbände mit eigenen Spezialtatbeständen in den jeweiligen Rechtsordnungen.

### 3. Erfordernis einer Quantifizierung von Diskriminierungen

In Ergänzung dieser Maßnahmen verankerte der DFB auf Basis eines Beschlusses des DFB-Bundestags 2013 im *Masterplan Amateurfußball* das Ziel der „Entwicklung angemessener Präventions- und Reaktionsmaßnahmen für Vereine“ hinsichtlich von Gewaltvorfällen im Amateurfußball.<sup>7</sup> Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es selbstredend erforderlich, das Themenfeld genau zu kennen; worin besteht das Problem und – vor allem – wie groß ist es?

Erreicht werden soll daher eine „Transparenz über Umfang und [...] Klassifizierung von Gewaltvorfällen im Amateurfußball“, weswegen eine „flächendeckende Datenerfassung zur Erhebung von Gewaltvorfällen“ angestrebt wird.<sup>8</sup> In den Sitzungen der damals zuständigen DFB-Arbeitsgruppe *Gewalt(-prävention) im Amateurfußball* (heute: *Fair Play & Gewaltprävention*) entschieden sich die Verantwortlichen recht rasch dafür, neben der Erfassung von „klassischer“ Gewalt auch den Sachverhalt der Diskriminierung zu berücksichtigen, nicht zuletzt, da solche (zumeist verbalen) Entgleisungen häufig Auslöser für Gewalttaten darstellen.

Doch Diskriminierungen im Fußball sind oftmals nur schwer zu fassen. Wenn auch plakativ ausgedrückt, beinhaltet *Degeles* Formulierung „Fußball verbindet – durch Ausgrenzung“<sup>9</sup> viel Wahres. Die antipodische Aufteilung in ein „Wir“ und „Ihr“ ist insbesondere im Fußballsport beziehungsweise den dazugehörigen Fankulturen fest verankert. Zwar gibt es sehr offenkundige, zum Beispiel rassistische Entgleisungen, aber auch andere „Zwischentöne“, bei denen sich die Grenzziehung zwischen Ausdruck von Fankultur und Diskriminierung deutlich schwieriger gestaltet.<sup>10</sup> So gehört die Zuschreibung negativer Eigenschaften zur Abwertung des Gegners für viele – mindestens zur Stärkung des eigenen Gruppenverständnisses – mit zum Fan-Dasein. Je nach Ausprägung kann man von Abgrenzung sprechen, die noch tolerabel ist; es steht jedoch außer Frage, dass das Maß zur nicht akzeptablen Ausgrenzung spätestens dann überschritten ist, wenn tatsächlich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu Tage tritt.

---

7 Deutscher Fußball-Bund e.V. (2013), S. 10.

8 Deutscher Fußball-Bund e.V. (2013), S. 10.

9 Degele (2013).

10 Dembowski/Gabler (2015), S. 14 ff.

Selbst im Hinblick auf solch offensichtliche Grenzüberschreitungen konnte in der Vergangenheit keine genaue Aussage darüber getroffen werden, in welchem Ausmaß sie im Fußball tatsächlich auftreten.

Auch auf wissenschaftlicher Ebene bestehen diesbezüglich große Lücken. Die vorhandenen Forschungsarbeiten zum Themenkomplex *Diskriminierung und Fußball* beschäftigen sich in der Regel mit dem Profifußball beziehungsweise Fankulturen,<sup>11</sup> aber nur selten mit den Vorkommnissen im Amateurfußball. Das rare Material beschränkt sich daher eher auf qualitative Aussagen, die die Problematik aufgreifen und beispielartig beschreiben,<sup>12</sup> oder aber umfasst „nur“ Teilbereiche von Diskriminierungen (etwa Antiziganismus<sup>13</sup> oder Antisemitismus<sup>14</sup>). Erst seit kurzem findet auch im sportwissenschaftlichen Bereich eine vermehrte Aufarbeitung von Diskriminierungsproblematiken statt.<sup>15</sup>

#### 4. Bisherige Probleme bei der Erfassbarkeit

Dass es an belastbaren Zahlen zur Häufigkeit von Diskriminierungen mangelt, hat also mehrere Ursachen. Freilich nahmen die Fußballverbände spätestens seit 2002 klare Positionen zu diesen Themen ein, versäumten es aber, ein präzises Lagebild zu erstellen und somit einen nachvollziehbaren methodischen Ansatz zu suchen. Inzwischen wurden und werden einzelne Teilbereiche von Diskriminierung sorgfältig aufgearbeitet, zum Beispiel bei Rassismus und Homophobie, seit kurzer Zeit verstärkt im Bereich des Sexismus. Dennoch blieb die Frage, wie man die Häufigkeit solcher Vorkommnisse statistisch sinnvoll erfassen kann, lange Zeit unbeantwortet.

In der Theorie müsste es durch die eigens geschaffenen Tatbestände ein Leichtes sein, ein Lagebild aufgrund von abgeurteilten Diskriminierungen zu erstellen. Die Praxis jedoch sieht anders aus: Zum einen erschwert der föderale Aufbau eine umfassende Übersicht über alle Diskriminierungen, da die einzelnen Landes- beziehungsweise Regionalverbände mit verschiedenen Einzelnormen mit unterschiedlichen Adressaten (Trainer, Spieler, Vereine etc.) aufwarten. Aber selbst, wenn man die Hürde der divergierenden Tatbestände überwände, stellt sich das nächste Problem.

Würde man sich auf diese Aburteilungen stützen, würde dies – ganz abgesehen von der (immer bestehenden) Dunkelfeldproblematik – ein komplett falsches Bild

---

11 Z.B. Gabler (2013); Degele (2013).

12 Z.B. Endemann (2015); Pilz (2014).

13 Tölva (2015).

14 Schubert (2015).

15 Nolte (2016).

liefern; erste Analysen der Autorin ergaben, dass eine alleinige Konzentration auf diese Daten eine exorbitante Unterschätzung des Problembereichs zur Folge hätte. So wurden beispielsweise in einer kompletten Hinrunde eines Landesverbandes nur 13 Verfahren festgestellt, die explizit die dort geltenden Diskriminierungsparagraphen zum Gegenstand hatten (sechs Fälle durch Trainer und sieben Fälle durch Spieler). Hinzu kommt, dass von diesen Verfahren dann zwei eingestellt wurden und ein weiteres in einem Freispruch endete. Demgegenüber steht die Zahl von rund 40.000 absolvierten Spielen. Angesichts der sonstigen gesellschaftlichen Verbreitung von Ausgrenzung liegt doch sehr nahe, dass dies nicht im Geringsten der tatsächlichen Belastung entsprechen kann.

Es ist also keinesfalls ausreichend, sich für ein Lagebild ausschließlich auf die jeweiligen Verfahren, die auf ebendiesen Paragraphen beruhen, zu stützen. In einer Stichprobe wurden dementsprechend unzählige Sachverhalte gefunden, die eindeutig den Tatbestand der Diskriminierung erfüllen, die jedoch unter die Tatbestände „Beleidigung“ und „Unsportliches Verhalten“ subsumiert wurden. Selbst wenn die Diskriminierungen in den Kenntnisbereich der Sportgerichte fielen, erfolgte also nicht stets eine entsprechende Verurteilung, sodass die Sachverhalte dann aus dem Datenmaterial auch nicht schematisch zu extrahieren waren.

Dies ist zum Teil der Komplexität des Themas geschuldet, die es nicht gestattet, einfach bestimmte Äußerungen und Handlungen als Diskriminierung zu definieren, da der Diskriminierungsgehalt maßgeblich von den Eigenschaften der beteiligten Personen abhängig ist. Eine eindeutige Unterscheidung zwischen einer Beleidigung und einer Diskriminierung kann daher auch für einen (Laien-)Sportrichter eine große Herausforderung darstellen.

Daneben lässt sich vermuten, dass es sportgerichtlich durchaus auch bewusste Verschiebungen aus Diskriminierungstatbeständen in weniger hart sanktionierte Tatbestände geben könnte. Durch hohe Strafen möchten die sportpolitischen Verantwortungsträger zum Ausdruck bringen, welch großer Unrechtsgehalt Diskriminierung zugewiesen wird. Zudem sollen sie Abschreckungswirkung zeigen. Die an der Fußballbasis agierenden Sportrichter allerdings sehen die im Zweifel existenzvernichtende Wirkung der Strafrahen auf Amateurvereine, vermeiden daher eine Verurteilung wegen Diskriminierung und weichen auf den Tatbestand der Beleidigung aus. Trotz bestehender Verbandsordnungen gibt es daher nur sehr wenige Fälle, die auch tatsächlich im Rahmen der jeweiligen Spezialnormen abgeurteilt werden. Die Fußballverbände reagieren darauf teilweise, indem sie die Strafhöhe an die besondere Situation von Amateurvereinen anpassen (zum Beispiel § 12 RuVO Westdeutscher Fußballverband mit Geltung ab dem 1. Juli 2017).

Vorerst scheidet deshalb der Weg der Messbarkeit über Sportgerichtsurteile aus. Möchte man also zum Zwecke einer statistischen Erfassbarkeit an diese

Sachverhalte gelangen, ohne jedes Sportgerichtsurteil lesen zu müssen (was faktisch ausgeschlossen ist), ist ein alternatives Vorgehen erforderlich. Dies erkannten auch die Verantwortlichen des DFB und wählten eine andere methodische Herangehensweise.

## 5. Schaffung eines neuen Instruments

Bereits in den 2000er Jahren unternahm der DFB den Versuch eines „Informations- und Meldesystems für Ereignisse sicherheitsrelevanter Bedeutung im gesamten deutschen Fußball“, das sich aber aus vielerlei Gründen nicht etablieren konnte.<sup>16</sup>

Im Nachgang des DFB-Bundestags im Jahr 2013 wurde nach einer neuen Lösung gesucht und sodann ein Instrument ersonnen: die „Gesamtstörungslage“ wird nun nicht mehr separat, sondern in einem bereits bestehenden System, dem *DFBnet Spielbericht*, erfasst.<sup>17</sup> Das Tool des elektronischen Spielberichts, umgangssprachlich auch als Online-Spielbericht bezeichnet, kommt inzwischen beim Großteil aller Spiele zum Einsatz (Saison 2016/2017: in 86 % aller Spiele). Seine flächendeckende Nutzung ist zudem als verbindliches Ziel im *DFB-Masterplan Amateurfußball* festgeschrieben. Im elektronischen Spielbericht wurde ein zusätzlicher Tab mit mehreren Fragen eingefügt. Bevor alle weiteren Angaben, also etwa das Spielergebnis etc., eingegeben werden können, wird nun abgefragt, ob es beim Spiel zu Gewalt und/oder Diskriminierung gekommen ist.

Als Folge liegen über ausnahmslos alle Spiele, in denen der Online-Spielbericht zum Einsatz kommt, Informationen vor, da diese Angabe obligatorisch ist. Sobald die Unparteiischen anklicken, dass es einen Vorfall gab, müssen sie in einem Datenblatt spezifizieren, welche Personengruppen auf Täter- und Opferseite beteiligt waren und ob dieser Vorfall einen Spielabbruch zur Folge hatte.<sup>18</sup> Zur Unterstützung ihrer Einschätzung stehen den Schiedsrichtern Merkblätter zur Verfügung, wobei von großer Bedeutung ist, dass sie nicht überprüfen sollen, ob sportrechtliche Tatbestände erfüllt wurden, da dies originäre Aufgabe der Sportgerichte ist. Das Ziel ist vielmehr die Abfrage eines „lebensnahen“ Sachverhalts.

Das Ergebnis veröffentlicht der DFB inzwischen jeden Spätsommer als Lagebild der jeweils vergangenen Saison. Für die Saison 2015/2016 und 2016/2017 liegen diese Daten vor:

---

<sup>16</sup> Vester (2014), S. 572.

<sup>17</sup> Zajonc et al. (2014), S. 95.

<sup>18</sup> Vester/Osnabrügge (2017), S. 14.

Tabelle 1: Erfasste Daten des Tabs „Vorkommnisse“

	Saison 2016/2017	Saison 2015/2016
Spiele	1.570.730 (100 %)	1.588.434 (100 %)
Online-Spielbericht	1.353.379 (86 %)	1.342.019 (84,5 %)
davon mit Störung	6.696 (0,49 %)	6.517 (0,49 %)
davon mit Gewalthandlung	4.212 (0,31 %)	3.826 (0,29 %)
davon mit Diskriminierung	2.858 (0,21 %)	3.078 (0,23 %)
Spielabbrüche	672 (0,05 %)	717 (0,05 %)

Wie die *Tabelle 1* zeigt, scheinen Störfälle in Form von Gewalthandlungen oder Diskriminierungen ein – in Relation zur Gesamtzahl aller Spiele – seltenes Ereignis zu sein. Die doch recht deutliche Konstanz der Daten kann zudem als erstes Indiz dafür gewertet werden, dass das Tool grundsätzlich geeignet ist, die gewünschten Sachverhalte zu erfassen.

## 6. Bewertung und Ausblick

Die Einführung des Tools kann als großer Erfolg gewertet werden, da nun erstmals Daten für das gesamte Bundesgebiet vorliegen, die nach einheitlich definierten Kriterien erhoben wurden. Dennoch hat das System Schwachstellen, die im Folgenden erläutert werden.

Nach der Pilotsaison 2014/2015 zeigte sich bei einer internen Überprüfung einer Stichprobe von im Tab gemeldeten Sachverhalten mit den nachfolgenden Sportgerichtsurteilen, dass bezüglich der korrekten Beantwortung der Fragen durchaus Schwierigkeiten bestanden. Dabei gab es erwartungsgemäß nur wenige Probleme bei der Einordnung einer Gewalthandlung (zum Beispiel in Abgrenzung zu rohem Spiel), bei den Diskriminierungen hingegen zeigten sich Besonderheiten. Es wurde ein sogenanntes *Overreporting* festgestellt, was bedeutet, dass die Grenze, ab wann sich eine Beleidigung als eine Diskriminierung qualifiziert, häufig zu niedrig angesetzt wurde.<sup>19</sup> Dies war vor allem dann festzustellen, wenn der verbale Angriff der eigenen Person galt; Aussprüche wie „Schiri, du blinde Arschgeige!“ haben zwar einen (stark) beleidigenden, nicht aber diskriminierenden Charakter.

<sup>19</sup> Vgl. *Schiedsrichter-Zeitung* 5/2015, das Feld „Vorkommnisse“ wird präzisiert, S. 30 f.

So wurde deutlich, dass den Schiedsrichtern verbesserte Anleitungen auf den Weg gegeben werden müssen, weswegen sowohl der Tab als auch das zugehörige Merkblatt überarbeitet wurden. Zudem wurde ein umfangreiches E-Learning-Tool aufgelegt, welches seit der Saison 2016/2017 Anwendung in der Schiedsrichterausbildung findet.

Um zu überprüfen, inwieweit diese Maßnahmen Früchte tragen, führte der DFB sein wissenschaftliches Monitoring der Meldungen fort, an dem auch die Autorin beteiligt ist. Wenngleich die Meldequalität der Daten von Saison zu Saison merklich stieg, blieb zuletzt ein nicht unwesentlicher Anteil von Fällen, die als *Overreporting* einzustufen sind.

Daneben gibt es ein weiteres großes Manko: durch den *Tab Vorkommnisse* können nur Diskriminierungen erfasst werden, die den „Filter Schiedsrichter“ erfolgreich passiert haben. Wenn der Schiedsrichter einen Vorfall schlichtweg nicht wahrnimmt oder er ihm nicht unmittelbar berichtet wird, kann dieser ebenso wenig registriert werden wie diejenigen Sachverhalte, die der Schiedsrichter bewusst ignoriert; ganz zu schweigen von der Möglichkeit, dass der Schiedsrichter selbst als Diskriminator auftritt.

Da bestimmte Fallkonstellationen somit nicht erfasst werden können, obwohl diese durchaus ins Hellfeld gelangen, bietet es sich an, eine Gegenprobe von abgeurteilten Diskriminierungen vorzunehmen. Die Autorin überprüfte daher, ob die Vorkommnisse der 13 „offiziellen“ Diskriminierungsverfahren des untersuchten Landesverbandes (Hinrunde der Saison 2015/2016) im Tab des Online-Spielberichts vermerkt worden waren. Nur bei drei Fällen wurden die Angaben wie erfordert getätigt. In den zehn anderen Verfahren, in denen nach dem einschlägigen Diskriminierungsparagraphen abgeurteilt wurde, fand sich hingegen kein entsprechender Eintrag im Tab. Bei vier dieser zehn Fälle lag die Ursache hierfür darin begründet, dass Meldungen von Vereinen beziehungsweise Dritten den Ausschlag zu Ermittlungen des Sportgerichts gaben, da der Schiedsrichter den Vorfall nicht zur Kenntnis nehmen konnte (zum Beispiel bei Vorfällen in der Kabine). In den restlichen sechs Fällen registrierte der Unparteiische den Vorfall jedoch und verfasste auch einen Sonderbericht, machte aber aus unersichtlichen Gründen keine Angaben im Vorkommnisse-Tab.

Gewiss ist die Datengrundlage für abschließende Aussagen noch nicht groß genug. Dennoch dürfte deutlich werden, dass hier ein nicht zu unterschätzender Problembereich existiert.

Was bedeutet dies im Ergebnis? Inwieweit nähern sich die erfassten Zahlen nun also dem tatsächlichen Aufkommen an? Einerseits gibt es innerhalb des Tools ein durchaus beachtliches *Overreporting* von Diskriminierungsmeldungen, was zu einer Überschätzung des Phänomens führen würde. Andererseits werden bestimmte



Fallkonstellationen bei dieser Herangehensweise gar nicht erst erfasst, wodurch wiederum von einem potentiellen *Underreporting* auszugehen ist.

Der Einbezug von Sportgerichtsurteilen als zusätzliche Datenquelle für ein umfassendes Lagebild ist demnach unabdingbar, da sich die alleinige Stützung auf die (Online-)Spielberichte störanfälliger als erwartet gestaltet. Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung des Spielbetriebs und der Sportgerichtsbarkeit wird eine Datenerhebung – und damit neue Möglichkeiten für ein umfassenderes Lagebild – in Zukunft wesentlich erleichtern. Auch plant der DFB derzeit eine Empfehlung für seine Landes- und Regionalverbände zur Schaffung einer zentralen Anlaufstelle bei Gewalt, Diskriminierung und Extremismus. Dies wäre unter Umständen ein zusätzlicher Datenzugang, der sowohl für den Verband als auch die Wissenschaft neue Erkenntnisse liefern könnte.

Noch völlig ausgeklammert ist durch dieses Vorgehen jedoch das Dunkelfeld, dessen Erfassung ebenfalls interessante Einsichten zu Tage fördern dürfte.

## Literatur

- Degele, N. (2013): Fußball verbindet – durch Ausgrenzung. Wiesbaden: Springer VS.
- Dembowski, G./Gabler, J. (2015): Wir sind besser als die anderen. Stichworte zur Abgrenzung und Ausgrenzung im Fußball. In: Endemann, M./Claus, R./Dembowski, G./Gabler, J. (Hg.): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußballkulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, S. 14-26.
- Deutscher Fußball-Bund e.V. (2013): Zukunftsstrategie Amateurfußball: Masterplan 2013-2016. Ziele – Handlungsfelder – Umsetzung. Frankfurt a.M.: Eigenverlag.
- Endemann, M. (2015): Ganz unten. Neonazistische Einflüsse im Amateur- und Freizeitbereich. In: Endemann, M./Claus, R./Dembowski, G./Gabler, J. (Hg.): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußballkulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, S. 223-241.
- Fédération Internationale de Football Association (2001): Resolution des außerordentlichen FIFA-Kongresses, Buenos Aires, 7. Juli 2001, in: <http://de.fifa.com/sustainability/news/y=2007/m=5/news=au%C3%9Ferordentlicher-fifa-kongress-buenos-aires-resolution-518220.html> [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Fédération Internationale de Football Association (2013): Resolution gegen Rassismus und Diskriminierung. 63. FIFA-Kongress, Buenos Aires, 30. und 31. Mai 2013, in: [https://resources.fifa.com/mm/document/afsocial/anti-racism/02/08/56/92/fifa-paper-against-racism-de-def\\_german.pdf](https://resources.fifa.com/mm/document/afsocial/anti-racism/02/08/56/92/fifa-paper-against-racism-de-def_german.pdf) [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Gabler, J. (2013): Die Ultras. Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland. 5., erweiterte Auflage. Köln: PappyRosa Verlag.
- Nolte, M. (2016): Diskriminierungsverbote im Fußball – Ein Handbuch für die Praxis. Köln: Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Sportrecht.

- Peucker, M./Lechner, C.* (2010): Machbarkeitsstudie: „Standardisierte Datenerhebung zum Nachweis von Diskriminierung!? – Bestandsaufnahme und Ausblick“, in: [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise\\_Machbarkeitsstudie\\_Statistische\\_Datenerhebung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Machbarkeitsstudie_Statistische_Datenerhebung.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [letzter Aufruf: 05.01.2018].
- Pilz, G.A.* (2014): Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus im Sport: Konsequenzen für präventives Handeln. *Forum Kriminalprävention*, 2014 (1), S. 10-13.
- Schubert, F.* (2015): Antisemitismus in Fußball-Fankulturen. In: Endemann, M./Claus, R./Dembowski, G./Gabler, J. (Hg.): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußballkulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, S. 90-101.
- Thaler, H.* (2015): The Beautiful Game. Antidiskriminierungsarbeit im europäischen Fußball. In: Endemann, M./Claus, R./Dembowski, G./Gabler, J. (Hg.): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußballkulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, S. 316-326.
- Tölva, J.* (2015): „Zick, Zack, Zigeunerpack“. Antiziganismus in Fußball und Gesellschaft. In: Endemann, M./Claus, R./Dembowski, G./Gabler, J. (Hg.): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußballkulturen. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, S. 102-111.
- Vester, T.* (2014): Immer häufiger, immer brutaler? Ein Überblick zur Entwicklung des Gewaltaufkommens im Amateurfußball. *Kriminalistik*, 2014 (10), S. 572-576.
- Vester, T./Osnabrügge, S.* (2017): Diskriminierungsfreiheit im Fußballsport – Zur (Er-)Fassbarkeit von Diskriminierungen im deutschen Amateurfußball. *Forum Kriminalprävention*, 2017 (1), S. 13-15.
- Zajonc, O./Kirchhammer, D./Pilz, G.A.* (2014): Gewalt(-prävention) im deutschen Amateurfußball. Wissenschaftliche Begleitung eines Projekts des Deutschen Fußball-Bundes. In: Kuhlmann, D. (Hg.): Sport, Soziale Arbeit und Fankulturen – Positionen und Projekte. Hildesheim: Arete Verlag, S. 95-105.

# Dimensionen Sozialer Anerkennung in der Gutachtersituation – oder: Wie Philosophie praktisch wird

*Michael Roth*

Im Folgenden wird ein Aspekt der Gutachtersituation in Explorationsgesprächen mit Probanden kriminologischer Einzelfallprognosen in den Zusammenhängen aktueller sozialphilosophischer Debatten, einer anspruchsvollen Unterscheidung *Gustav Radbruchs* und einer pragmatischen Philosophie im Sinne *Hilary Putnams* betrachtet. Verschiedene Begriffe der Anerkennung werden episodisch am Vorgehen des Gutachters im Gespräch mit dem Probanden erläutert. Typen der Anerkennung werden Phasen des Gesprächs beispielhaft zugeordnet. Diese sprachpragmatische Betrachtung wird in die ‚philosophische Landschaft‘ und in Erfahrungen mit der qualitativen ‚Methode idealtypisch-vergleichender Einzelfallanalyse‘ eingeordnet.

Unter der Überschrift *Anerkennung* geht es in der philosophischen Diskussion der letzten etwa 25 Jahre um Anerkennung von Personen mit bestimmten normativen Ansprüchen:

- Der Andere ist eine Person, die berechtigt ist, an mich Forderungen zu stellen.
- Ich kann nicht einfach über ihn hinweg gehen. Das erfordert meine Rücksichtnahme auf ihn.
- Es geht also um mehr als nur rechtliche Regelungen.

Der philosophische Diskurs im Anschluss an *Axel Honneth*<sup>1</sup> unterscheidet rechtlich geregelten *Respekt*, soziale Wertschätzung und individuelle Liebe als drei Dimensionen der Anerkennung. Aus dieser Perspektive fehlt den Gesellschaftsmitgliedern ohne Liebe und auch ohne Wertschätzung die Möglichkeit, sich einbezogen zu fühlen. *Liebe* als Gefühl des Angenommen-Seins erscheint dabei als Bedingung (kindlichen) Selbsterlebens: Ich als Gegenüber eines je individuellen bedeutsamen Anderen. Auch Wertschätzung geht über

---

<sup>1</sup> *Honneth* (1992).

die Anerkennung des anderen als eines autonomen Subjekts hinaus. Soziale *Wertschätzung* wird (von mir) an bestimmten Eigenschaften oder Leistungen des Anderen festgemacht. Bei der Wertschätzung geht es also um die Anerkennung nicht von Gleichem, sondern von etwas Besonderem an der *einzelnen anderen Person*. Demgegenüber ist die Anerkennung der Autonomie des Anderen *als Person als solcher* unbedingt. Solche Anerkennung ist weder an besondere Merkmale der Person noch an Zuneigung oder gar Liebe geknüpft. Für unser Selbstverständnis als Personen, für unser Leben in der Gemeinschaft, für die soziale Integration haben andere Dimensionen der Anerkennung mindestens eine ebenso große Bedeutung wie die rein rechtliche.

In der hier betrachteten Gutachtersituation ist ein Fachwissenschaftler (der Kriminologie, Psychiatrie oder Psychologie)<sup>2</sup> mit der Legalprognose für einen inhaftierten Straftäter beauftragt. Die Auftraggeber, Justizvollzugsanstalt oder Gericht (Strafvollstreckungskammer eines Landgerichts) bereiten damit Entscheidungen vor

- über Lockerungen des Strafvollzuges (durch die Maßnahmen begleiteter oder unbegleiteter Ausgang (ein- oder mehrtägig) oder die Zulassung für den offenen Vollzug oder den Freigang, das heißt Unterbringung in einer Justizvollzugsanstalt, bei bestehendem Beschäftigungsverhältnis außerhalb),
- oder über die Aussetzung einer Reststrafe auf Bewährung (etwa nach Vollstreckung von zwei Dritteln einer zeitigen Strafe).

Der Gutachter hat bereits Straf- und Vollstreckungsakten studiert und begibt sich nun in die Justizvollzugsanstalt, um ein Explorationsgespräch mit dem Probanden zu führen.

Verschiedene Begriffe der Anerkennung können episodisch an dem Vorgehen des Gutachters bei der *Gesprächsaufnahme mit dem Probanden* erläutert werden. Die folgenden Phasen der Gesprächseröffnung sind nummeriert und ihnen ist im Folgenden ein Typ der Anerkennung zugeordnet:

1. Der Gutachter betritt den Besuchsbereich der Justizvollzugsanstalt und dort das ihm zugewiesene Besuchszimmer. Er setzt sich an einen der Tische und erwartet den Probanden. Die Tür zum Haftbereich öffnet sich und ein junger Mann tritt ein. Der Gutachter erhebt sich, schüttelt dem jungen Mann, der die einschlägige Gefangeneneinkleidung trägt, die Hand,

---

2 Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

nennt dessen Namen und stellt sich selber mit Titel vor. Dann setzen sich beide gegenüber an einen der Tische.

2. Der Gutachter beginnt das Gespräch mit einer Belehrung. Er fragt den Probanden, ob dieser den Zweck der heutigen Unterhaltung kenne. (Mögliche Antwort: „Es geht um ein Gutachten für meine Lockerung / vorzeitige Entlassung!“). Und erklärt ihm weiter, dass alles was er, der Proband, dem Gutachter erzählt, im Gutachten-Text vorkommen kann. (Mögliche Antwort: „Ein Gutachter muss alles sagen, was wer er rauskriegt!“ / Gegebenenfalls bei ‚erfahrenen‘ Gesprächspartnern: „Sie haben kein Zeugnisverweigerungsrecht!“). Der Gutachter fragt, die Belehrung abschließend, ob der Gesprächspartner unter den genannten Bedingungen aus freien Stücken am Gespräch teilnimmt. (Worauf der Proband möglicherweise antwortet: „Ich will die Lockerung / Entlassung doch auch!“)
3. Danach beginnt das Gespräch, indem der Gutachter zu Daten und Ereignissen im Leben des Probanden fragt oder nachfragt, soweit er schon Erkenntnisse aus dem Studium der Akten der Justizvollzugsanstalt, des Bundeszentralregisters, des erkennenden Gerichtes, der Ermittlungsbehörden und anderen Quellen gewonnen hat. Er orientiert sich dabei an verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens einer Person (Kindheit und Erziehung, Aufenthaltsbereich, Leistungsbereich, Freizeitbereich, Kontaktbereich, Lebensorientierung), an eventuellen Handicaps, Suchtverhalten und Verhalten in der Haft.
4. Nehmen wir an, der Proband berichtet einerseits von einer Episode, in der er sich in besonderer Weise sozial korrekt verhalten hat – etwa indem er in Elternhaus, Schule oder Sportverein sozial angemessenes Verhalten zeigt – und von der einen oder anderen Episode, in der er sich moralisch problematisch (zum Beispiel Ausgrenzung von bestimmten Mitschülern auf dem Schulhof) oder gar nachweislich strafrechtlich falsch (Erwerb von Rauschgift) verhalten hat, so wird der Gutachter möglicherweise in erstem Falle – non-verbal oder verbal – seine Wertschätzung des Tuns zum Ausdruck bringen, während er das in Fällen der letzteren Art nicht tun wird.

Der Abschnitt (1) bezieht sich auf die Anerkennung einer *Person als Person*.

Der Abschnitt (2) bezieht sich auf die rechtliche Anerkennung in diesem *spezifischen, rechtlich geregelten sozialen Zusammenhang*.

Die Abschnitte (3) und (4) beziehen sich wiederum auf die Anerkennung einer *Person als Person*.

Bei der Anerkennung einer Person als Person geht es um das *Ermöglichen einer sozialen Chance auf Selbstachtung*. Anerkennung ist in diesem Sinne *reziprok*, wechselseitig, aber *nicht symmetrisch*. Es geht in einem kommunikativen Sinne um ein Sich-verfügbar-machen für den Gesprächspartner – nicht notwendig in einem ethisch-basalen, moralisch radikalen, notwendig asymmetrischen Sinne *Emmanuel Levinas*.<sup>3</sup>

Der Begutachtende übernimmt *nicht* in Levinas Sinne Verantwortung für die Person des Gegenübers als Person im Ganzen, aber für das ‚Facilitating‘ (wie es treffend im Englischen heißt für das Anregen, Ermutigen, Befähigen) des Gegenübers, das Vorgehen und die Inhalte des Begutachtens nachzuvollziehen. Die Verantwortung des Gutachters gilt auch für die systemischen Folgerungen, die von, im institutionellen Sinne, anschließenden Sozialsystemen (Justiz, Sozialverwaltungen, Hilfeträger etc.) legitimerweise aus dem Gutachten gezogen werden können. Die Verantwortung bezieht sich also auf die Methoden des Begutachtens (siehe unten zu MIVEA). Eine weitere Form der sozialen Anerkennung ist die Wertschätzung einer Person in Form der Liebe, oder zumindest in der ausgeprägten Form der *Sympathie*: Diese Form wird in der Regel *nicht* in den hier infrage stehenden Gesprächssituationen instanziiert. Sollte der Gutachter bemerken, dass solche Form der Anerkennung seinerseits Platz greift, ist es an der Zeit, nicht nur über die eigene Befangenheit nachzudenken, sondern diese auch nachhaltig festzustellen. Die Rückgabe des Gutachtenauftrages wäre angezeigt. Gleiches gälte für die ausgeprägte *Antipathie*, eine Geringschätzung oder Abneigung gegen die Person, auch wenn es sich nicht um voll ausgeprägten Hass oder Verachtung handelt.

Es geht also um sehr viel ‚mehr‘, als nur eine ‚Blasiertheit‘ im Sinne *Georg Simmels* zu vermeiden. Es geht um mehr, als nur der Abstumpfung gegen individuelle Unterschiede zu entgehen. Mit *Gustav Radbruch* formuliert geht es darum, durchgehend *Respekt für die Person, nicht Respekt für ihre (kriminellen) Taten* zu zeigen. Wer die Exploration über Aktenstudium und Befragung Dritter notwendigerweise hinausgehen sieht, wer ein Gespräch mit dem Straftäter für notwendig erachtet, betont damit nicht nur das narrative Element in der Erhebung, sondern auch die *Bedeutung der Selbstverständigung* des Handelnden für die ‚Erklärung‘<sup>4</sup>

---

3 Putnam (2008), S. 68 ff. Für Levinas erscheint ein Mehr an Verantwortungsübernahme für die Person des Gegenübers als notwendige Bedingung zur Qualifikation eines Sprecherverhaltens als moralisch hinreichend. Ihm geht es also notwendigerweise um Asymmetrie im Verhältnis der Personen zueinander. Er sieht keine dialogische Beziehung zwischen Ich und Du als konstitutiv an, sondern eine sich ausweitende Asymmetrie zum Anderen im Werk.

4 Erklärung meint hier nicht kausale Erklärung, sondern meint das Plausibelmachen von Zusammenhängen im Licht der kriminologischen qualitativen Forschung – etwa von individuellem Lebenszuschnitt und kriminellen Gelegenheiten.

seines sozialen Handelns<sup>5</sup> – also auch für die Erklärung von wie immer moralisch fragwürdigen Straftaten. Insoweit hierfür *diskursive Verständigung* mit dem Täter erforderlich ist, ist *Reziprozität im oben genannten Sinne von Respekt* unabdingbar. Die Auseinandersetzung der Person mit ihrer Biographie, ihrem Verhalten ist wohl unstrittig notwendig, und zwar so, dass die Selbstwahrnehmung als eine Person, die aus Gründen handelt, nicht einem ihr äußeren Zwang folgt.

*Differenzen in der Rolle* bleiben bestehen beziehungsweise werden *ständig vorausgesetzt und reproduziert*, etwa indem das materiale Fragen immer auf der Seite des 'Gesprächsführers Gutachter' liegt. Das Zulassen von Verständnisfragen des Probanden (zu Fragen des Gutachters) ist wiederum Sache des Respekts, nicht nur eine des angestrebten Tatsachengehalts des Gutachtens. Beispiel:<sup>6</sup>

Gutachter: Was bedeutet für Sie ‚gute Arbeit‘?

Proband: Was meinen Sie damit? Arbeit muss man machen!

Gutachter: Ich meine: ‚Welche Arbeit machen Sie gerne?‘

Proband: Wenn ich was will, dann mach‘ ich‘s! Is‘ das bei Ihnen anders?

Gutachter: Ich frag‘ mich immer noch, was macht der Herr ... [Eigenname des P] am liebsten?

Proband: Rumpfahen, z. B. bei der Spedition Trucking Unlimited damals [...]

Das Beispiel ‚funktioniert‘ auch gut mit ‚Frau‘, ‚Freizeit‘ und ähnlichem mehr statt ‚Arbeit‘. Auch hier geht es um die Chance zur vielleicht biographisch erstmalig *inszenierten Selbstverständigung* des Probanden, *ohne* dass *Symmetrie* zwischen gleichmäßig auskunftsfreudigen Gesprächspartnern hergestellt wird beziehungsweise werden müsste. Im Gegenteil: *glaubwürdiges Interesse an der Person* des Gegenübers – und der (in der Tradition der *Ordinary Language Philosophy* von Austin, Searle und Grice) *reflektierte Gebrauch von Sprechhandlungen und deren Implikaturen* – reicht völlig aus.<sup>7</sup>

5 ‚Sozial‘ meint hier nicht umgangssprachlich ‚nett oder gut‘ sondern ‚Handeln einer Person gegenüber anderen Personen‘.

6 Nach längerem, gegebenenfalls auch mehrmaligem Gespräch zur Biographie etc.

7 Sprachphilosophische (Selbst-)Aufklärung in der genannten Tradition setzt beim wirklichen Sprachgebrauch an – und unterstellt nicht vermeintlich begrifflich standardisierte Bedeutungen von Termini – ohne sich dialogisch darüber zu verständigen. Sich über den (gemeinsamen und eigenen) Sprachgebrauch aufzuklären hilft, im vielzitierten *Wittgensteinschen Sinne, der Fliege den Weg aus dem Fliegenglas zu zeigen* oder *die Verhexung durch die Sprache zu beenden*. Aus der Perspektive Davidsons (2008), S. 199: „ist das Verstehen, was der Bedeutung Leben verleiht, und nicht umgekehrt.“ Er betont – eher pragmatisch als semantisch argumentierend – damit in *The Social Aspect of Language* im Anschluss an A Nice Derangement of Epitaphs, beide Deutsch in Davidson (2008), die Funktion des Prozesses des (Äußerungs-)Verstehens im Gegensatz zur Funktion (sozial) differenzierter, gegebenenfalls standardisierter (Ausdrucks-)Bedeutungen. Die pragmatische Relationierung

Glaubwürdige Anerkennung aus dieser sprachphilosophischen Perspektive entsteht nur durch primäre Kommunikation eines *Just do it*. Wer wie *Rudyard Kiplings* Schlange *Ka* Metakommunikation zur Vermittlung seiner Haltung braucht – *Vertraue mir!* – muss das Ziel schon aus ‚sprachpragmatischen‘ Gründen verfehlen. Unterscheidungen wie die *Radbruchs* oder der sozialphilosophischen Debatten über ‚Konzepte‘ der Anerkennung mögen prima vista sehr anspruchsvoll oder abstrakt-theoretisch erscheinen – für den gemeinen Menschverstand / *Common Sense eben als: philosophisch*. Der von Wittgenstein in allen Phasen seiner philosophischen Erörterungen verfolgte „*pursuit of clarity*“<sup>8</sup> war ein Prozess, eine Praxis „*to bring philosophical reflection to areas in which we often fail to see anything philosophical at all*“.<sup>9</sup> Die obige sprachpragmatische Beschreibung der Gutachtersituation zeigt, dass „*philosophy ... [can] indeed [be] a way of life – but only when it leaves the page and becomes ‚experiential‘. And that is what they [the 20th-century Jewish philosophers portrayed] wanted it to do*“.<sup>10</sup> Einem Philosoph – genauso wie einen (religiös) Glaubenden – geht es nicht ums ‚etwas für wahr halten‘ – nicht um *factual belief*, sondern um einen Prozess – in Rosenzweigs Worten „*taking every step upon it ourselves*“.<sup>11</sup>

In dieser Tradition beginnt des Autors akademischer Lebensweg mit einem Studium der Philosophie – auch (und besonders prägend) bei *Hilary Putnam* – und setzte sich fort im Studium der Sozialwissenschaften – insbesondere auch mit sozialpsychologischen und sprachpragmatischen Fragestellungen,<sup>12</sup> um anschließend *unternehmerisch in Projekten der Personal- und partizipativen Organisationsentwicklung* gleichsam *lebensweltlich geprüft und erfahrungsgesättigt* – eben: *experiential, for real* im obigen Sinne – zu werden.

Weniger ‚akademisch‘, wiewohl universitär, ist dann – nach 20 Berufsjahren – die Weiterbildung in der Kriminologie fokussiert auf die, methodisch durch die *soziologische Phänomenologie* inspirierte *Methode idealtypisch-vergleichender Einzelfallanalyse MIVEA*.<sup>13</sup> Im Sinne der oben skizzierten Verantwortung für Nachvollziehbarkeit und Anschlussfähigkeit ermöglicht MIVEA einen nachhaltigen Bezug auf die ganze Person, die vollständige Bearbeitung aller Bereiche des Erlebens und Handelns (Kindheit [Erziehung], Aufenthalt [Wohnen und ‚Umfeld / Sozialraum‘], Leistung [Bildung, Arbeit],

---

von zwei Sprechern / Hörern und ‚der Welt‘ (die Triangulation), der Prozess reziproken Verstehens von Personen, ist für *Davidson* semantisch irreduzibel.

8 Putnam (2008), S. 11.

9 Putnam (2008), S. 11.

10 Putnam (2008), S. 108 [Ergänzungen in Klammern durch Verf.].

11 zitiert nach Putnam (2008), S. 15.

12 Vgl. Roth (1986).

13 Bock (2013).



Soziales [Bezugspersonen] und Freizeit), und die Berücksichtigung der gesamten biographischen Entwicklung in Längs- und Querschnittsbetrachtungen, um *nicht* unreflektiert vermeintliche Tendenzen der Entwicklung der Person fortzuschreiben. Es geht dabei im Einzelfall auch um die kriminologische Begründung der Offenheit persönlicher Entwicklung wie um die Anschließbarkeit von Bezugswissenschaften wie Jura, Psychologie, Medizin usw. an die sogenannte ‚Einzelfallkriminologie‘: das Entstehen eines *individuellen* ‚*Crimen*‘, nicht die leidige Thematisierung ‚*des Bösen*‘. Die anschließende unternehmerisch selbständige Umsetzung in *gutachterlicher und behandlerischer Arbeit* dauert an: Es geht dann in jedem Einzelfall um die Rekonstruktion des individuellen Lebenszuschnitts einer Person (des Täters in seinen Lebensbezügen) und Erarbeitung von je individuellen Folgerungen und Maßnahmen.<sup>14</sup>

---

14 In anderem, glücklicherweise nicht so häufigen Zusammenhang eröffnete eine differenzierte Herangehensweise an Einzelfälle im Sinne der *MIVEA* die Erzeugung von ‚dichten Beschreibungen‘, aber auch eine höchst komplexe Anerkennungsproblematik. Man stelle sich die Entlassungssituationen für einen lockerungsberechtigten Probanden vor, der vor Jahren verurteilt ist wegen eines ‚Ehrenmordes‘ (wie ihn der polizeiliche Sprachgebrauch standardgemäß definiert: Tötungsdelikt im Zusammenhang der Beurteilung des Sexualverhaltens einer Person im Sinne der Herkunftskultur des Täters). Folgefragen im Justizsystem – wie auch immer ‚rechtsstaatlich formal‘ entscheidungs-relevant: *Mit welchen Reaktionen durch die Opferfamilien ist beim Bekanntwerden von Lockerung oder Entlassung des Täters zu rechnen? Mit welchem Medienecho wäre zu rechnen, wenn – im Falle dramatischer Reaktionen – diese Frage nicht zumindest eine Rolle bei der Entscheidungsfindung oder zumindest bei der Ausgestaltung der Entscheidungsfolgen spielte?* Möglich ist zum Beispiel in solchen Fällen das Arrangieren von mediationsähnlichen Terminen zwischen den Parteien beziehungsweise Familien – etwa unter Federführung der Strafvollstreckungskammer, die günstigenfalls an traditionale ‚tribale‘ Verfahren anknüpfen. Die Untersuchungsfrage für den Autor lautet nun im Beispielfalle: *Wie sind die Chancen auf Unversehrtheit des Täters im Falle ‚rechtsstaatlich selbstverständlich anliegender‘ Entlassung in eine urbane bundesdeutsche Umgebung, in der auch nach wie vor Angehörige der Opferfamilie leben?* Im Weiteren: *Welche Rolle spielen ‚tribale‘ Rechtsvorstellungen? Wer und in welcher Rolle ist zum Gespräch mit dem Gutachter bereit? Wie formuliert die Person ihre Auffassung zu Tatsachen, Rechtstatsachen, Wertorientierung? Welche Aussagen zu zukünftigem Verhalten ihrer Familienmitglieder / ‚ihres tribes‘ macht die Person? Welche Bedeutung und (Rechts-)Folge kann den Ausführungen zugemessen werden?* Eine nicht untypische Gegenfrage eines Opfers: *Warum weist ein starker Staat wie Ihrer einen Täter wie ihn nicht einfach aus?* Die Vorgehensweise schließt dann sinnvollerweise das Aufsuchen der Familie des Opfers wie des Täters ein. Eine durch die *MIVEA* geschulte ‚soziale Wahrnehmung‘ – und vielleicht auch eine ‚multikulturell‘ geprägte Biographie – erlaubt dem Autor im hier geschilderten Sinne ein differenzierendes und reflektierendes Vorgehen und Sichern von Ergebnissen in einem breiten konzeptuellen Spektrum – auch und gerade angesichts der ‚systemischen‘ sozialen, kulturellen und rechtlichen (Über-)Komplexität. Der Begriff der ‚Identität von Personen‘ – Identitätsfixierungen in diesem Sinne – helfen beim Verstehen komplexer Gesellschaften auch hier wenig. Vielmehr sind die ‚Prozesse der Identitätsbildungen‘ (hier eben nicht nur in Bezug auf die Entwicklungen strafrechtlich bereits

## Literatur

*Bock, M.* (2013): Kriminologie. München: Vahlen.

*Davidson, D.* (2008): Wahrheit, Sprache und Geschichte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

*Honneth, A.* (1992): Kampf um Anerkennung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

*Putnam, H.* (2008): Jewish Philosophy as a Guide to Life: Rosenzweig, Buber, Levinas, Wittgenstein. Bloomington: Indiana University Press.

*Roth, M.* (1986): Bedeutungsverstehen und Sozialwissenschaft: Zu einem sozialen Rahmen der Einstellungszuschreibung. Frankfurt a.M. u.a.: Lang.

*Roth, M.* (im Erscheinen): Distanz und Nähe Justizvollzugsbediensteter zu Gefangenen: Beobachtungen, Grundlagen und Folgerungen.

---

auffälliger Täter) nachzuvollziehen, um soziale Komplexität in (Einwanderungs-)Gesellschaften (nicht nur in der hier ansatzweise skizzierten Extremsituation) zu verstehen.

### **III. Laudationes**



# A tribute to Martin Killias on the occasion of his receipt of the Beccaria Medal in gold of the Kriminologische Gesellschaft<sup>1</sup>

*Marcelo F. Aebi*

Guten Morgen, meine Damen und Herren. Leider mich, mein Deutsch ist nicht gut, so I will make this speech in English. I am sorry about that.

When I was preparing this *laudation*, I had no doubts about the content of it, but I had to make several decisions regarding its form. The first thing I had to decide was whether to wear a tie or not ... You know that the sales of ties are dropping, and you may have noticed that contemporary criminologists are seldom using them. But then I thought that in the audience there would be a lot of German professors who usually wear ties ... Thus, I decided to wear a tie. Now I look at you ... and I think I was right.

I also know that in Germany a lot of law professors are used to read their speeches ... So, I decided not to read it ... Perhaps I was wrong. We will see. But I reassure you: As you can see, I have in my hands a plan of the speech. This means that I know where I am going. But I thought it would be a little bit boring to read, especially when one has to talk about Martin Killias, whom I have seldom seen with a written speech when he is making a presentation.

Hence, it is my great honour and pleasure to be here today to talk about my professor, my mentor, my friend: Martin Killias. I would like to thank the *Kriminologische Gesellschaft* for giving me this opportunity, and I will use the time that was assigned to me to talk about Martin the criminologist, Martin the researcher, Martin the theorist, Martin the founder, and Martin the friend.

Let's start with a fundamental question: How did Martin Killias come to criminology? I know I am in a land of philosophers, which means that if we start discussing about the original cause of why he ended up being a

---

<sup>1</sup> This is a slightly revised transcription of the laudation given on 30<sup>th</sup> September 2017 in Münster, Germany. Although there are obvious differences between a written and an oral discourse, I have taken the risk of keeping some of the gags included in the oral speech in order to respect the *animus jocandi* in which some parts of it were presented. I have also added references to the works mentioned during the speech.

criminologist, it could take a long time. Therefore, I will follow the advice that Martin gave me personally on my first day of classes as a student of the postgraduate degree in criminology at the University of Lausanne in 1994: “Be pragmatic”. Yes, he knew I was born and raised in the South ... The good thing is that a few days ago, at the Conference of the European Society of Criminology in Cardiff, we recorded an interview with Martin for the *European Criminology Oral History Project* of the ESC.<sup>2</sup> Therefore, I was able to fix some details that were still not clear to me. Apparently, it all started with a telephone call that he received from Marshal B. Clinard, who had decided to conduct a victimisation survey in Switzerland in the early 1980s for his forthcoming book *Cities with little crime: The case of Switzerland*. And thus Martin, whose first love was history – but who, precisely for pragmatic reasons, had studied law and later sociology – ended up conducting the first victimisation survey in Switzerland and becoming a criminologist.

To improve his knowledge of criminology, Martin applied for and received a grant from the Swiss National Science Foundation, that allowed him to conduct his post-doctoral studies in the United States. A few days ago you have probably received the Newsletter of the American Society of Criminology celebrating the 50<sup>th</sup> anniversary of the report of the President’s Commission on Law Enforcement and Administration of Justice – The Challenge of Crime in a Free Society, and you know that one of the consequences of that report was the creation of several Schools of Criminology in the U.S. One of the most noted was the one in Albany, New York, and this school was chosen by Martin. There he met Leslie Wilkins who became his second criminology mentor and, with Leslie, Martin met the situational approach. You know him well, and thus you know that the situational approach – including routine activities and lifestyle theories as well as situational crime prevention – has inspired most of Martin’s empirical research and his general view of criminology, and that he has also contributed to the theoretical development of that approach. And here I would like to stress another major quality of Martin Killias: his loyalty. Throughout the years, he has always vindicated the role of Leslie Wilkins as the father of that approach through his work at the Home Office research unit.

Thus, somehow like Alexis de Tocqueville more than 100 years before him, Martin Killias crossed the Ocean, learned about the new developments in criminology, and crossed back to Europe in order to adapt them to the old continent, to give them a touch of his Helvetic style, and to apply them. But, in order to come back, he first needed to find a position in Europe, and he found it at the University of Lausanne. The story of how he managed, in the

---

2 See <https://www.youtube.com/watch?v=FtMaDgWlCgA>.

early 1980s, to send a letter and his curriculum vitae from Albany, where on Saturday morning he received a postal pack from Switzerland that included a newspaper announcing that a position had opened in Lausanne, to Lausanne on Monday, when the deadline for submitting candidatures expired, at a time when there were no faxes, e-mails or, Internet, is a very funny one. You can hear it on the interview that I mentioned before, and it includes Martin walking on the tarmac of the airport and asking the flight crew of Swissair to post the letter as express mail when they landed in Zürich.

Thus, Martin became professor of criminology at the University of Lausanne, where he stayed for 25 years, until 2006. I have written elsewhere, together with Pierre Margot, about his legacy to our University (see *Aebi/Margo* 2013) and thus I will only mention a few major aspects of those years. One of them is undoubtedly the creation of a postgraduate degree in criminology, that later became a master, as well as a Ph.D. programme in criminology. Most of the contemporary Swiss criminologists as well as many criminologists from other countries followed his lessons there, and we learned almost everything we know about criminology from him. After that, he went back to one of his origins, the German speaking part of Switzerland. His other origin, as you know, is the canton of Grisons, or Graubünden, where they speak Romansh, one of the many languages that Martin speaks fluently. In Eastern Switzerland, he became professor at the University of Zürich and, when the time for retirement arrived, he made an unexpected movement, a sort of pivot of the hips worthy of Lionel Messi, and became a permanent visiting professor at the University of St. Gallen, where he is currently “teaching his heart out” in the classrooms. We do not have a lot of universities in Switzerland and I do not know of many professors having taught permanently in three of these universities, but Martin was also special about that. Perhaps, he is really “the special one”.

Now I would like to mention three huge international projects in the field of criminology that originated, at least partially, due to Martin’s influence. The three of them have played a major role in the renaissance of European criminology. I am referring to the *International Crime Victim Survey* (ICVS), the *International Self-Reported Delinquency Study* (ISRd), and the *European Society of Criminology* (ESC).

In 1988, Martin started a collaboration with Jan van Dijk and Pat Mayhew and, as early as 1989, they launched the first international crime victim survey. In that context, Martin played a major role not only through his collaboration in the drafting and the translation of the questionnaire into different European languages, but also through his analysis of the benefits of applying the Computer Assisted Telephone Interview (CATI) technique to conduct it (*Killias* 1990). The five waves of that survey have been a constant source of data and

inspiration for criminologists and policy makers. That project is currently stopped, but we are working to relaunch it. It should have been transformed, at least in Europe, in a European security survey, sponsored by the European Commission through Eurostat. But, even though there was an investment of the EU to prepare the questionnaire and test a pilot version of it, the project was suddenly stopped in the European Parliament. Perhaps the Brexit will change that, who knows? In any case, we are currently trying to follow the path opened by Martin, Jan, and Pat, and relaunch the ICVS. It is undoubtedly one of the projects that helped building a European community of criminologists open to the world because the survey was conducted on all the continents.

The second big project is related to Martin's collaboration with Josine Junger-Tas which led to the launching of the International self-reported delinquency study in 1992. Three waves have been conducted until now, and the fourth one is being prepared. This is also a major project that we could call "made in Europe", but is applied all over the world. Martin also played a major role in it, not only by collaborating in the elaboration and testing of the original questionnaire, but also by securing funds to conduct the ISRD in several European countries.

Of course, these projects need to be adapted to the current state of our societies. Martin has now announced his retirement, and is leaving at a moment when the world has changed, when we have moved from having to bring a letter to the airport – at a time when you could walk on the runway up to the stairs that led to the aircraft even if you were not a passenger of that flight, imagine that –, and finding someone to deliver it, to a world using a cell phone to announce immediately that we are arriving late because our train is delayed, as I did yesterday when I called Klaus Boers to tell him that. And I feel obliged to mention that, because I was coming from Milano, Italy, the land of Beccaria whose gold medal is awarded today to Martin. Of course, I do not believe in signs ...

The fact of the matter is that we live in a completely different world than the one of the 1980s, and the big challenge for the current generation of criminologists is to adapt all our knowledge to this new situation. Our theories are still based on an offline society. For example, our best predictor of juvenile delinquency is being engaged in unsupervised and unstructured activities and we measure that through the time spent by adolescents out of their homes; but currently they can be at home and engaged in plenty unsupervised and unstructured activities. Hence, Martin, you are leaving us with this task, with this need to adapt criminology to the present society, which implies adapting also our theories. I hope we will be able to do that as good as you did it until now.

And this leads me to a lesser known facet of Martin's work: His contribution to criminological theory and, in particular, to his *theory of breaches*. Jorge Luis Borges liked to say that, when you are dealing with a great writer, you can often



find in his first major work all the main subjects that he will develop later. And if you read carefully the first edition of the *Précis de criminology* (*The Handbook of Criminology*) from 1991, you can find the origins of the theory of breaches. He makes a comparison about the arms race between Russia – the Soviet Union at that time – and the United States and about how each innovation from one of them was responded to with a counter-innovation from the other. And he continued to work on that idea, to develop it, to find empirical support for it, until he published it fifteen years later, in 2006 (Killias 2006).

Martin can be persistent – when he wants to ... And as I had not only the honour of studying with him but also of working with him, first as a research assistant and then as colleague, I think that it is worthwhile to say something today about his way of working, and quote some of his classic sentences. For example, when he had a new idea for a project, he would invite the members of the research team to drink a coffee or have supper together, and there he would start presenting the project. Later I realised that it was a way for him to put order in his ideas, to start putting the bricks in the right position to hold the bridge. Thus, in 1999, while we were filling the registration forms for the meeting of the American Society of Criminology in Toronto, he started saying something like: “All these European criminologists crossing the ocean to meet there ... it is a little bit stupid. We should do something about it. Perhaps a society”. And as he likes to work by consensus – and that is another of his lessons – a few months later, there we were in Toronto, having dinner with Michael Gottfredson, Josine Junger-Tas, Marianne Junger, and he was presenting the idea of creating a European society of criminologists; and immediately after that he was organizing an informal meeting with other criminologists that were attending the conference. Some of them are perhaps in this room today. And that was the origin of the *European Society of Criminology*, who had Martin as his first president: 350 criminologists in the first meeting in Lausanne in 2001, and 1400 in Porto in 2014. A *European Journal of Criminology* that is helping the promotion of a European vision of criminology and that contributed to create a new and strong identity. One of the many reasons that justify largely why Martin is receiving the Beccaria medal in gold of the *Kriminologische Gesellschaft* today.

I still remember him saying to us: “So what?” when we would come to him with a nice and sophisticated statistical analysis, but no clear explanation of what the findings meant ... Or if the results were spectacularly innovative: “Is that plausible?”, and probably: “If the results are too good to be true, go and check the methodology”.

He also taught us to work on projects that had a practical impact. There, I think, is also an interesting link with the public life that Martin led in

Switzerland, where he later became a politician. At least two of the big research projects that he led had an influence on the criminal policy of the country. One was the evaluation of the heroin prescription programs, which changed completely the drug policy and the criminal policy of Switzerland. An innovative drug policy that was approved by the population of the country in a referendum, something that seldom happens out of our country. I came to criminology just at that moment and I was lucky enough to make my Ph.D. under his direction on that subject. And I was lucky enough to participate also in the evaluation of alternatives to imprisonment, especially community service, a project conducted by Martin, which led to the adoption of these alternatives in the Swiss criminal justice system.

Martin is very demanding, and thus it was not always easy to work with him, but it was largely worthwhile. And one thing that all of us who work with Martin will always remember is his generosity towards his research team. Martin was among the first professors to give credit to his research assistants in a period when – and please take a look at the publications of the 1970s, the 1980s and even the early 1990s if you do not believe me – you would usually see only the professor as the author of the study. He was among the first to recognise our contribution and put us as co-authors, and sometimes this had negative repercussions on him because some colleagues doubted his contribution to the project: “You did nothing, your assistants did the work, and now you put them as authors because you do not dare to sign alone”. We all know it was not true because everything we published together at that time has the “Martin’s touch”. And we also know that Martin’s direct way of saying things earned him a lot of friends, but also some minor, or better said, *suitable* enemies. And they were always waiting for him at the crossroads ... But the first thing he would do was to send them a copy of our new findings, especially if they contradicted their opinions. Like Popper, he believes that criticism is the main engine of science.

And to conclude this presentation in the fifteen minutes that were allowed to me, I would like to say some words about Martin Killias as a friend. You all know that Martin is a polyglot and thus we often had discussions with him in different languages. From that perspective, there is an interesting difference between English and French or German regarding the use of the pronouns. For us, in Lausanne, Martin was “*Monsieur Killias*” and we would address him using the “*Vous*” (“*Sie*” in German). But suddenly, when we travelled together and were working in an English-speaking environment, the “*Du*” und “*Sie*” would melt into “*You*”, and *Monsieur Killias* became Martin to everyone. So, how should we address him? Mister Killias, Professor Killias, Martin? I remember a discussion on that topic with Martin and Jörg-Martin Jehle in Strasbourg at the Hotel du Cerf d’Or, probably in 1997, an evening while we were

having a Schnapps after dinner. Martin quoted Max Frisch, who suggested using “Sie, Max”. That was extremely helpful for me ... especially many years later, when I became a professor, and particularly when I was working in a Spanish or Swiss context, but it did not solve the issue of the English-speaking context. So somehow we passed to “Martin” in public and in English, to “Monsieur Killias” in private and in French. The change would take place somewhere near the border or when we would take the train or the plane ... Because calling him “Martin” and using the “Du” in German or the “Tu” in French implies that you are a friend of him and requires a ritual.

Thus, once your Ph.D. was finished and you had found a position, Martin would usually wait until the end of a dinner and then propose a toast to you, saying something like “now, we can use the ‘du’” (“*on peut se tutoyer maintenant*”), and immediately after he would say: “*Je m’appelle Martin*”. My name is Martin. I can tell you that it sounds almost like the 007 movies: “My name is Bond. *James Bond*”.

We had that toast somewhere in England, in 2000, when I was ready to leave for Sevilla and the United States. And it has been an honour for me to be his friend during all those years. It seems almost incredible to remember that day in 1994, when I attended his first class, and to be here today, almost a quarter of a century later, having the honour of giving his laudation. There is a sense of nostalgia, of course. Martin now says that he is retiring, that he has really made the decision, and he is starting a sort of farewell tour. But there is some hope. Phil Collins made his “First Farewell Tour” many years ago, and the Rolling Stones announced many times that they were retiring, and they are still there. Martin is also a “classic”, so who knows, perhaps he will make a comeback. It is true that he has started a new career. He is somehow going back to his first love: History. You may know that he became the director of Swiss Patrimony, which is an institution that preserves the historical buildings and landmarks in Switzerland. Thus, he is going to dedicate almost all his time to that. It will be funny not to see his name in the press from time to time, giving his opinions about criminological topics, but always, as he taught us to do, speaking only on issues he had done research on.

We will have to learn to live without your presence in the criminological world and we are sure going to miss you, dear Martin. Hence, I would like to thank you. And as I was here to make the laudation not in my name, but in the name of the *Kriminologische Gesellschaft*, I can say that we all thank you and that we are recognizing your enormous contribution to criminology through this Beccaria medal in gold, wishing you all the best for the future

And now it is time for you to talk. So, ladies and gentlemen, I give you: Martin Killias.

## Literatur

- Aebi, M.F./Margot, P.* (2013): Le legs de Martin Killias à la criminologie durant ses années à l'Université de Lausanne. In: Kuhn, A./Schwarzenegger C./Margot P./Donatsch A./Aebi M.F./Jositsch D. (Hg.): *Kriminologie, Kriminalpolitik und Strafrecht aus internationaler Perspektive: Festschrift für Martin Killias zum 65. Geburtstag*. Bern: Stämpfli, S. 3-6.
- Killias, M.* (1990): New methodological perspectives for victimization surveys: The potentials of computer-assisted telephone surveys and some related innovations. *International Review of Victimology*, 1 (2), S. 153-167.
- Killias, M.* (2006): The opening and closing of breaches: A theory on crime waves, law creation and crime prevention. *European Journal of Criminology*, 3 (1), S. 11-31.

# **Verleihung der Beccaria-Medaille an Professor em. Dr. Karl Schumann, Bremen**

*Susanne Karstedt*

Lieber Karl, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist eine große Freude und Ehre für mich, dass ich die Laudatio für Karl Schumann hier und heute halten und zu Ihnen, der Kriminologischen Gesellschaft, sprechen darf. Ich danke ganz besonders Klaus Boers für diese Einladung.

Wie viele andere hier, Freunde und Weggefährten, kenne ich Karl Schumann seit langem. Wir alle freuen uns über diese Ehrung für einen Kriminologen, der nicht nur viel in Bewegung gebracht hat, sondern sich auch selbst viel bewegt, und damit in unserer Disziplin eine Menge bewirkt hat. Insofern ist also das diesjährige Motto der Tagung „Kriminologische Welt in Bewegung“ auch das Thema meiner Laudatio: Mit Karl Schumann ehren wir einen Kriminologen, der sich bewegt und damit viel bewirkt hat.

Im Prinzip ist die ‚Kriminologische Welt‘ seit nun beinahe einem halben Jahrhundert in Bewegung, in Deutschland wie anderswo, und man darf hier mit Fug und Recht die Einführung des labelling approach oder des interaktionistischen Ansatzes als Ausgangspunkt nehmen. Das ist der Kriminologie allerorten gut bekommen, auch in Deutschland, und sie bewegt sich immer noch – und immer weiter. Karl Schumann ist beinahe von Anfang an dabei gewesen und hat unsere bewegliche Disziplin kritisch begleitet. Insofern spiegelt sein Werk diese Geschichte: die Auseinandersetzung mit der strafrechtlich orientierten Kriminologie, die hitzigen Debatten und dann auch Schismen unter deutschen wie europäischen Kriminologinnen und Kriminologen, die zunehmende sozialwissenschaftliche und interdisziplinäre Ausrichtung, und schließlich die Themen in der Drogen- und Jugendpolitik, die damals wie heute Anlass zu disziplinären und kriminalpolitischen Debatten geben. Was Karl Schumann besonders auszeichnet, ist seine (straf-)rechts-soziologische Orientierung, die in der derzeitigen kriminologischen Forschung weltweit ein zu Unrecht etwas marginalisiertes Dasein fristet.

„Und sie bewegt sich doch“... So der angebliche Ausruf Galileo Galileis, von dem niemand so genau weiß, ob er es gesagt hat, oder nur gemeint hat oder keins von beidem. Wir können jedoch mit Sicherheit sagen, dass dieser Satz den Beginn der modernen empirischen Wissenschaft markiert und damit einer Weltsicht, die

sich aus der Befangenheit des Normativen löst und sich nicht nur als Hilfswissenschaft der Religion verstanden wissen will. Wer möchte, kann hier Parallelen zu der Rolle der Kriminologie ausmachen, die vor nicht einmal allzu langer Zeit gerne als Hilfswissenschaft für die Strafrechtswissenschaft angesehen wurde. Es ist eine Wissenschafts- und Weltsicht, die sich auf Beobachtung, Messung und Experiment gründet, in den Natur- wie in den Human- und Sozialwissenschaften. Es ist die Welt der empirischen Evidenz und es ist der Bereich, in dem sich Karl Schumann zeitlebens bewegt hat: von der Bildungs- zur Lebenslaufforschung, von der qualitativen Methodik zum Experiment und schließlich zur Kriminalstatistik mit dem Periodischen Sicherheitsbericht, von dem es nun leider nur zwei Ausgaben gibt. Es ist eine Weltsicht, die Dynamik geradezu einfordert, die von der ständigen und kritischen Überprüfung des Gegebenen lebt und die die Entdeckung neuer Daten und neuer Methoden kontinuierlich vorantreibt.

Bewegung heißt auch immer, Grenzen zu überschreiten. Von Grenzüberschreitungen leben wir in einer Kriminologie, für die Interdisziplinarität lebenswichtig ist. Für Karl Schumann waren Grenzen – der Disziplin, der Methode, der Themen – nie ein Hindernis und sein Werk ist gekennzeichnet von einer Serie und Vielfalt von Grenzüberschreitungen. Das beginnt bei den Disziplinen: Ursprünglich Soziologe, kommt er schon früh mit Themen des abweichenden Verhaltens in Berührung. Dann übernimmt er die Professur und Aufgabe an der Universität Bremen, Jurastudierenden in der dortigen Reformausbildung eine Art erfahrungswissenschaftlicher Infusion zu geben. Das bedeutete, Studierende zu motivieren, sich jenseits des Normativen mit der Realität des (Straf-)Rechts zu befassen, in dem dessen Normen zum Tragen kommen und mit den teilweise katastrophalen Folgen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren Familien oder ganze Stadtteile wie in den USA. In den Worten des Kabarettisten Hanns Dieter Hüsch: „Vor dem Gesetz sind alle gleich, doch hinterher, da haben sie ein blaues Auge“.

Es ging also darum, in der strafrechtlichen Lehre kriminologisches Wissen aufzubereiten. Dass das einer Strangulierung der Kriminologie gleichkam, hat er als eine ‚deformation professionelle‘ gesehen und in einem Vortrag im Jahr 2003 vor dieser Gesellschaft beschrieben. Damit meinte er vor allem die Vernachlässigung der vielen Verhaltensweisen, die soziologisch unter ‚Devianz‘ zusammengefasst werden, oder die gleitenden Übergänge zwischen solchen Verhaltensmustern unabhängig von ihrer Kriminalisierung. Seine Forschung zu Lebenslauf und Statuspassagen war damit nicht nur eine Rückkehr in die Soziologie, sondern brachte auch eine neue Perspektive für die Kriminologie, von der aus die Bedeutung von Kriminalität im individuellen Lebenslauf wie auch als Problem der Gesellschaft überdimensioniert erschien: Für die meisten Menschen spielt Devianz oder gar strafrechtliche Verfolgung eine geringe oder nur zeitweise Rolle in ihrem Leben und Umfeld. Das war

richtungsweisend vor allem für Probleme der Jugendkriminalität und für die damit befassten Institutionen – ein Thema, das Karl Schumann zeitlebens begleitet hat, und das in seinem Werk in vielfältigen Facetten auftaucht.

Grenzüberschreitungen betrafen bei dem engagierten Methodiker Schumann auch immer die Methoden selbst. Das ‚anything goes‘ von Paul Feyerabend hat ihn – sei es bewusst oder unbewusst – geprägt. Zwar hatte er in Bielefeld die Professur für qualitative Methoden inne, jedoch hat er das keineswegs dogmatisch gesehen. Vor allem war er nicht der Auffassung, dass nur eine Methodik, nämlich die qualitative, der kritischen Forschung in der Kriminologie angemessen sei. Insbesondere zur Generalprävention hat er wegweisende (quantitative) Panel- und Surveyforschung für Jugendliche und junge Erwachsene entwickelt, von der auch ich profitiert habe. In der Lebenslaufforschung hat er qualitative Methoden zum Einsatz gebracht, wie sie erst einige Jahrzehnte später in der Kriminologie in den USA und in England aufgegriffen wurden, und die heute ein anerkanntes Instrument neben quantitativen Ansätzen darstellen. Schließlich hat er sehr früh die Bedeutung experimenteller Forschung für die Kriminologie erkannt, vor allem in der Präventions- und Evaluationsforschung, eine ‚no-go area‘ auch heute noch für manche kritischen Kriminologinnen und Kriminologen.

Mit dem Wechsel der Perspektiven und Methoden ergibt sich auch ein Wechsel der Themen. In der Tat, Themen außerhalb der Kriminologie sind außerordentlich gewinnbringend und fruchtbar für diese selbst, wie Karl Schumann überzeugend demonstriert hat. Gleichwohl kristallisiert sich bei ihm der Focus auf Kriminologisches immer wieder heraus: So, wenn er mit seinem US-Kollegen Delbert Elliott erforscht, welche Rolle Berufsausbildung und Bildungsangebote für Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen in den beiden Justizsystemen und Gesellschaften spielen.

Kriminologie lebt vom Blick über die Grenzen von Disziplinen, Paradigmen und auch Institutionen. Karl Schumann gehört daher auch zu denjenigen, die den Ersten Periodischen Sicherheitsbericht mit auf den gefährvollen und mühseligen Weg gebracht haben und dies keineswegs unter dem Beifall aller Kolleginnen und Kollegen. Er hat keine Berührungängste mit den Institutionen der Justiz einschließlich der Polizei und scheut nicht vor der von vielen zu Unrecht so genannten administrativen Kriminologie zurück (als ‚administrative criminology‘ eine Wortschöpfung (oder Schimpfwort) des englischen Kriminologen Jock Young). Er hat niemals im ‚Bunker des Elfenbeinturms‘ gegessen – dies ist im Übrigen eine Formulierung von ihm selbst.

Bewegungen in der Wissenschaft gleichen sozialen Bewegungen. Wie diese brauchen auch sie ein organisatorisches und institutionelles Gerüst um zu überleben und sich zu entfalten. Karl Schumann hat an diesem Gerüst vor allem für die kritische und sozialwissenschaftliche Kriminologie mitgearbeitet und ihr so zu

der Präsenz verholten, die sie heute in Deutschland und auf europäischer Ebene hat. Zusammen mit dem englischen Kriminologen Stanley Cohen und Mario Simondi gründete er die European Group for the Study of Deviance and Social Control, die bis heute die kritischen Kriminologinnen und Kriminologen Europas zusammenbringt. Seine Initiative war entscheidend für die Gründung der Gesellschaft für interdisziplinäre und wissenschaftliche Kriminologie (GIWK), die er als Vorsitzender zu Beginn und später noch einmal geführt hat. Das Kriminologische Journal hat er seit 1974 als Herausgeber und im Beirat begleitet (während ich als Studentin für Lieselotte Pongratz die ersten Nummern auf Matritzen abgezogen habe). All dies waren entscheidende Initiativen und Institutionalisierungen für die Kriminologie in Deutschland und in Europa, die das Gefüge der Kriminologie als Disziplin, wie es heute steht, gefördert und verändert haben.

Wer so in Bewegung ist, kann auch von einer Bewegung eingeholt und überholt werden. Im Fall von Karl Schumann hat das zu nicht unerheblichen Missverständnissen geführt. Als einer der ersten befasste er sich mit dem ‚plea bargaining‘, dem damals in den USA zunehmend angewandten und heute vor Gericht und bei Staatsanwaltschaften extrem weit verbreiteten Aushandeln von Strafvorwurf und damit dem Strafmaß für Beschuldigte. Er brachte diese Studie von einem Forschungsaufenthalt in Berkeley mit und veröffentlichte sie als Buch unter dem Titel „Der Handel mit Gerechtigkeit“. Damals hielt er es für weitgehend ausgeschlossen, dass ein solches Verfahren auch in Deutschland Einzug halten könnte. Er wurde aber bald eines Besseren belehrt: Insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität ist es heute auch hier gang und gäbe, ebenso bei der Strafverfolgung von organisierter Kriminalität. Sein Buch „Der Handel mit Gerechtigkeit“ war in allererster Linie eine empirische Studie zu einem tatsächlichen Geschehen in einem mehr oder weniger fernen Land und fremdem Rechtssystem. Beim Bundesverfassungsgericht, das sich nun mit dieser Praxis befassen musste, mutierte seine Analyse zu einem ‚Handel mit *der* Gerechtigkeit‘, den das Gericht mit normativer Abscheu zurückwies. Dabei verurteilte das Gericht die Praxis als solche keineswegs, sondern nur dann, wenn es zum *Handel* kam. Die obersten Richterinnen und Richter haben sich bis heute nicht bereitgefunden zu klären, wo die Grenze zwischen erlaubtem und verbotenem Handel verlaufen könnte – in der Tat eine diffizile Angelegenheit. Hier treffen empirische und normative Weltsicht aufeinander; Schumanns empirisch-kritische Analyse der Praxis des ‚plea bargaining‘ wird einerseits zu einer halbherzigen Legitimation eben dieser Praxis verdreht und gleichzeitig wird diese vernebelt. Ein Trost für Karl Schumann: Welcher Kriminologe, welche Kriminologin hat es schon zum – wenn auch falschen – Zitat beim Bundesverfassungsgericht gebracht? Glückwunsch, Karl.

Derzeit erlangt diese Praxis weltweit Bedeutung, nicht zuletzt durch den Export des US-amerikanischen Rechtssystems in die neu etablierten Demokratien, wie



der *Economist* kürzlich in einer Analyse feststellte. Das gilt ebenso für das Gebiet der internationalen Strafverfolgung und Justiz und der ‚Transitional Justice‘ in Konfliktländern, das für die Kriminologie noch beinahe *terra incognita* ist. Hier geht es um den Handel mit Gerechtigkeit und Frieden beziehungsweise das Aushandeln zwischen beiden Polen und ganz neue Probleme der Gerechtigkeit für Individuen, ethnische Gruppen und ganze Gesellschaften. Das sind zum Teil besorgniserregende Entwicklungen und zugleich spannende Fragen, die Karl Schumanns Analyse von 1977 eine neue Aktualität und Dimension verleihen: weder überholt noch eingeholt.

Was also kann die Kriminologie in Bewegung halten, aus der Sicht eines ihrer wichtigsten Repräsentanten und Begleiter der letzten Jahrzehnte? Ich habe ihn gefragt, welche Botschaft er denn für die Kriminologie und ihre Zukunft in Deutschland habe, also für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der – wie ich ihn nennen möchte – überzeugte Skeptiker verweigerte zunächst die Antwort, wie es sich ja auch für einen solchen gehört, aber dann schickte er mir doch eine. Es ist im Prinzip dieselbe Botschaft, die er 2003 anlässlich der Konferenz dieser Gesellschaft mit dem Thema „Angewandte Kriminologie zwischen Freiheit und Sicherheit“ vorgetragen hat. Karl Schumann möchte es als Wunsch formuliert wissen: Befreit die Kriminologie aus der Umklammerung durch das Strafrecht! Das heißt für ihn: Schafft eine rein sozialwissenschaftliche Kriminologie, die ein genuines und starkes Interesse für Strafrechtsprobleme hat, aber nicht von ihnen dominiert wird. Das trifft sehr genau spannende Entwicklungen in der europäischen Kriminologie. Hier zeigt sich, dass gerade das genuine Interesse für Rechtsprobleme der europäischen Kriminologie eine eigenständige Kontur gegenüber der US-amerikanischen verleiht, nicht zuletzt deshalb, weil es sie für Menschenrechtsfragen in der Disziplin öffnet. Das Programm dieser Tagung ist eine hervorragende Demonstration dafür, was und wieviel sich seit Karl Schumanns Appell 2003 bewegt hat, und wieviel Rückenwind es für eine sozialwissenschaftliche und eigenständige Kriminologie tatsächlich gibt.

Lieber Karl, wir alle gratulieren von ganzem Herzen und wünschen Dir und uns, dass Du uns und unsere Disziplin weiterhin bewegst.

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Aebi, Marcelo*, Prof. Dr., Professeur de Criminologie, École des Sciences criminelles, Université de Lausanne, Quartier UNIL-Sorge, Bâtiment Batochime, 1015 Lausanne, Suisse
- Baier, Dirk*, Prof. Dr., Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Pfingstweidstraße 96, 8037 Zürich, Schweiz
- Bannenberg, Britta*, Prof. Dr., Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, Universität Gießen, Licher Straße 64, 35394 Gießen
- Behr, Dorothee*, Dr., GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Quadrat B2,1, 68159 Mannheim
- Bender, Doris*, Dr., Lehrstuhl für Psychologische Diagnostik, Methodenlehre & Rechtspsychologie, Universität Erlangen-Nürnberg, Nögelsbachstraße 49c, 91052 Erlangen
- Bergmann, Marie Christine*, M.Sc. Soz., Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
- Bieschke, Volker*, RegDir, Kriminologischer Forschungsdienst im Strafvollzug, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12-13, 18273 Güstrow
- Birklbauer, Alois*, Prof. Dr., Professur für Strafrecht und Kriminologie, Universität Linz, Altenberger Straße 69, 4040 Linz, Österreich
- Bode, Lorenz*, Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben, 37073 Göttingen
- Boers, Klaus*, Prof. Dr., Professur für Kriminologie, Universität Münster, Bispinghof 24/25, 48143 Münster
- Brantl, Isabelle*, Fachbereich Soziale Arbeit & Gesundheit, Frankfurt University of Applied Sciences, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt
- Braun, Michael*, Prof. Dr., GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Quadrat B2,1, 68159 Mannheim
- Brettfeld, Katrin*, Dr., Lehrstuhl für Kriminologie, Universität Hamburg, Rothenbaumchaussee 33, 20148 Hamburg
- Bussmann, Kai-D.*, Prof. Dr., Professur für Strafrecht und Kriminologie, Universität Halle-Wittenberg, Universitätsplatz 6, 06108 Halle/Saale
- Dessecker, Axel*, Prof. Dr., Kriminologische Zentralstelle (KrimZ), Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
- Diehl, Claudia*, Prof. Dr., Professur für Mikrosoziologie, Universität Konstanz, Fach 32, 78457 Konstanz
- Dölling, Dieter*, Prof. Dr., Institut für Kriminologie, Universität Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, 69117 Heidelberg
- Dreßing, Harald*, Prof. Dr., Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim, J 5, 68159 Mannheim
- Ellrich, Karoline*, Prof. Dr., Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Sturmbühlstraße 250, 78054 Villingen-Schwenningen
- Endres, Johann*, Dr., Kriminologischer Dienst des bayerischen Justizvollzugs, Schuhstraße 41, 91052 Erlangen

- Erdmann, Anke*, M.A., Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld
- Farren, Diego*, M.A., Lehrstuhl für Kriminologie, Universität Hamburg, Rothenbaumchaussee 33, 20148 Hamburg
- Fick, Patrick*, Dr., Professur für Mikrosoziologie, Universität Konstanz, Fach 32, 78457 Konstanz
- Fischer, Thomas A.*, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstraße 2, 81541 München
- Gatzmaga, Felix*, Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen
- Görgen, Thomas*, Prof. Dr., Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention, Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster
- Griegel, Ramona*, Dipl.-Jur., Doktorandin, Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen
- Grüner, Sven*, Dr. agr., Economy & Crime Research Center, Universität Halle-Wittenberg, Universitätsplatz 2, 06108 Halle/Saale
- Haug, Monika*, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
- Haverkamp, Rita*, Prof. Dr., Stiftungsprofessur Kriminalprävention und Risikomanagement, Universität Tübingen, Geschwister-Scholl-Platz, 72074 Tübingen
- Hecker, Meike*, M.A., Stiftungsprofessur Kriminalprävention und Risikomanagement, Universität Tübingen, Geschwister-Scholl-Platz, 72074 Tübingen
- Hermann, Dieter*, Prof. Dr., Institut für Kriminologie, Universität Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, 69117 Heidelberg
- Herold, Nico*, Dr. iur., Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Universität München, Veterinärstraße 1, 80539 München
- Höffler, Katrin*, Prof. Dr., Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen
- Hohendorf, Ines*, M.A., Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement, Universität Tübingen, Geschwister-Scholl-Platz, 72074 Tübingen
- Hohmann-Fricke, Sabine*, Dr., Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen
- Horten, Barbara*, M.A., Institut für Kriminologie, Universität Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, 69117 Heidelberg
- Höynck, Theresia*, Prof. Dr., Fachgebiet Recht der Kindheit und der Jugend, Universität Kassel, Arnold-Bode-Straße 10, 34127 Kassel
- Huber, Edith*, Dr., Donau-Universität Krems, Dr. Karl-Dorrekstraße 30, 3500 Krems, Österreich
- Hunger, Ulrike*, Ass. iur., Institut für Kriminologie, Universität Tübingen, Sand 7, 72076 Tübingen
- Jehle, Jörg-Martin*, Prof. Dr., Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen
- Jensen, Andreas*, FFGI am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe-Universität Frankfurt, Max-Horkheimer-Straße 2, 60629 Frankfurt a.M.
- Jugl, Irina*, M.Sc. Psych., Lehrstuhl für Psychologische Diagnostik, Methodenlehre & Rechtspsychologie, Universität Erlangen-Nürnberg, Nägelsbachstraße 49c, 91052 Erlangen

- Jukschat, Nadine*, Dr., Abteilung Jugend- und Jugendhilfe, Deutsches Jugendinstitut e.V., Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle
- Kaiser, Florian*, M.A., Professur für Kriminologie, Universität Münster, Bispinghof 24/25, 48143 Münster
- Karstedt, Susanne*, Prof. Dr., School of Criminology and Criminal Justice, Griffith University, 176 Messines Ridge Road, Mt Gravatt QLD 4122, Australia
- Kaspar, Johannes*, Prof. Dr., Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Kriminologie und Sanktionenrecht, Universität Augsburg, Universitätsstraße 24, 86153 Augsburg
- King, Sonja*, M.Sc. Psych., Lehrstuhl für Psychologische Diagnostik, Methodenlehre & Rechtspsychologie, Universität Erlangen-Nürnberg, Nägelsbachstraße 49c, 91052 Erlangen
- Klopp, Ina*, Dipl.-Juristin, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
- Koenig, Matthias*, Prof. Dr., Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen
- Kölbel, Ralf*, Prof. Dr., Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Juristische Fakultät, Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München
- Kraus, Benjamin*, Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention, Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster
- Kruse, Andreas*, Prof. Dr. Dr. h.c., Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg, Bergheimer Straße 20, 69115 Heidelberg
- Küpper, Beate*, Prof. Dr., Professur für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein, Richard-Wagner-Straße 101, 41065 Mönchengladbach
- Leitner, Barbara*, Mag., Statistik Austria, Direktion Bevölkerung, Guglgasse 13, 1110 Wien, Österreich
- Leuschner, Fredericke*, Kriminologische Zentralstelle (KrimZ), Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
- Lösel, Friedrich*, Prof. Dr. Dr. h.c., Institute of Criminology, University of Cambridge, Sidgwick Avenue, Cambridge CB3 9DT, United Kingdom; Institut für Psychologie, Universität Erlangen-Nürnberg, Bismarckstraße 1, 91054 Erlangen
- Meitinger, Katharina*, Dr., GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Quadrat B2.1, 68159 Mannheim
- Morgenstern, Christine*, PD Dr. jur. habil., Trinity College Dublin, The PRILA project; Universität Greifswald, Domstraße 20, 17487 Greifswald
- Müller, Philipp*, M.A., Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
- Neßler, Karin*, Dr., Institut für die gesamten Strafrechtswissenschaften, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik, Universität München, Veterinärstraße 1, 80539 München
- Osnabrügge, Stephan*, Dr., Deutscher Fußball-Bund e.V., Otto-Fleck-Schneise 6, 60528 Frankfurt
- Palmowski, Nina*, Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen
- Pospisil, Bettina*, M.A., Donau-Universität Krems, Dr. Karl-Dorrekstraße 30, 3500 Krems, Österreich

- Rau, Matthias*, Dr. phil., Dipl.-Soziologe, Kriminologische Zentralstelle (KrimZ), Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
- Rettenberger, Martin*, M.A., PD, Dipl.-Psych., Dr. biol. hum., Direktor der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ), Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
- Roth, Michael*, Dr., Personal- und Organisationsentwickler, Kriminologischer Sachverständiger, Rosengartenstraße 34c, 64665 Alsbach
- Salize, Hans Joachim*, Prof. Dr., Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim, J 5, 68159 Mannheim
- Schaerff, Marcus*, Dr., Professur für Kriminologie, Universität Münster, Bispinghof 24/25, 48143 Münster
- Schmidt, Julia*, Doktorandin, Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Kriminologie und Sanktionenrecht, Universität Augsburg, Universitätsstraße 24, 86153 Augsburg
- Schmitt, Eric*, Prof. Dr., Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg, Bergheimer Straße 20, 69115 Heidelberg
- Schmoll, Annemarie*, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstraße 2, 81541 München
- Schröter, Susanne*, Prof. Dr., FFGI am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“, Goethe-Universität Frankfurt, Max-Horkheimer-Straße 2, 60629 Frankfurt a.M.
- Schulz, Sonja*, Dr., GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Unter Sachsenhausen 6-8, 50667 Köln
- Seböck, Walter*, Ass.-Prof. Dr., Donau-Universität Krems, Dr. Karl-Dorrekstraße 30, 3500 Krems, Österreich
- Seel, Marc-Alexander*, Kriminologe (M.A.), Dipl.-Soz.Arb. (FH), Ministerium der Justiz des Saarlandes – Kompetenzzentrum der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opferhilfe, Saarbrücker Straße 2, 66538 Neunkirchen/Saar
- Seidl, Carina*, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstraße 2, 81541 München
- Selzer, Nicole*, Ass. iur., Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Universität Halle-Wittenberg, Universitätsplatz 6, 06108 Halle/Saale
- Stein, Margit*, Prof. Dr., Fakultät für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften, Universität Vechta, Driverstraße 21, 49377 Vechta
- Stelly, Wolfgang*, Dr., Institut für Kriminologie, Universität Tübingen, Sand 7, 72076 Tübingen
- Struck, Jens*, Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention, Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster
- Tetal, Carina*, Dr., Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg
- Thomas, Jürgen*, Dr., Institut für Kriminologie, Universität Tübingen, Sand 7, 72076 Tübingen
- Vester, Thaya*, M.A., Institut für Kriminologie, Universität Tübingen, Sand 7, 72076 Tübingen
- Völschow, Yvette*, Prof. Dr., Fakultät für Bildungs- und Gesellschaftswissenschaften, Universität Vechta, Driverstraße 21, 49377 Vechta
- von Denkowski, Charles A.*, Mitglied des Beirates der Stiftung Saram - Für Menschen in Nordkorea, Ilmenauer Straße 9, 14193 Berlin
- Wegel, Melanie*, M.A., Dr., Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Pfingstweidstraße 96, 8037 Zürich, Schweiz

*Wetzels, Peter*, Prof. Dr., Lehrstuhl für Kriminologie, Universität Hamburg, Rothenbaumchaussee 33, 20148 Hamburg

*Wiesenberger, Martina*, Dr., Institut für Strafrecht und Kriminologie, Universität Wien, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, Österreich

*Wölk, Kevin*, B.Sc. Psych., Professur für Kriminologie, Universität Münster, Bispinghof 24/25, 48143 Münster

*Wollinger, Gina Rosa*, Prof. Dr., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Erna-Scheffler-Straße 4, 51103 Köln

*Wolter, Daniel*, Geschäftsführer, DBH e.V. – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Aachener Straße 1064, 50858 Köln

*Zähringer, Ulrike*, Prof. Dr., Professur für Kriminologie und Strafrecht, Akademie der Polizei Hamburg, Braamkamp 3b, 22297 Hamburg

*Zick, Andreas*, Prof. Dr., Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld, 33615 Bielefeld

*Zietlow, Bettina*, Dipl.-Psych., Master of Public Health, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover

## **Neue Kriminologische Schriftenreihe** *der Kriminologischen Gesellschaft e.V. (KrimG)*

Die Kriminologische Gesellschaft (KrimG, vormals NKG), wissenschaftliche Vereinigung deutscher, österreichischer und schweizerischer Kriminologen, hat sich 1990 konstituiert und als ihr Publikationsorgan die Neue Kriminologische Schriftenreihe begründet. In ihr erscheinen die Bände über die regelmäßigen Fachtagungen der KrimG; sie steht ebenso offen für Bände zu aktuellen oder grundsätzlichen kriminologischen Themen oder für Monographien, deren Themenstellung dem Programm der KrimG entspricht. Nach § 2 ihrer Satzung fördert die KrimG „die erfahrungswissenschaftliche Erforschung der Kriminalität, des Straftäters und des Verbrechensofopfers sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen“. Für Publikationen auf diesem Gebiet will die vorliegende Schriftenreihe ein Forum bilden.

Gesellschaft und Schriftenreihe sind zwar „neu“, knüpfen jedoch an längere, bis in die 20er Jahre zurückreichende Traditionen an. Die Kriminologische Gesellschaft ist hervorgegangen aus dem Zusammenschluss der Gesellschaft für die gesamte Kriminologie und der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft. Als Kriminalbiologische Gesellschaft unter maßgeblicher Führung von Österreichern und Deutschen gegründet, entfaltete die Gesellschaft für die gesamte Kriminologie bereits von 1927 bis 1937 und dann, nach einer Unterbrechung, ab 1951 Aktivitäten in Deutschland, Österreich, später auch in der Schweiz. Im Zentrum des Interesses stand zunächst die Täterpersönlichkeit; und der Akzent lag auf psychiatrisch-psychologischen Fragestellungen. Mit der Gründung der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft im Jahre 1959 wurde eine Akzentverschiebung und die Einbeziehung auch soziologischer Sichtweisen beabsichtigt; vor allem kamen kriminalistische Aspekte stärker zum Tragen. Es zeigte sich indessen im Laufe der Jahre, dass die Programmatik beider Gesellschaften keineswegs entgegengesetzt war, vielmehr einander in ihrer Ausrichtung weitgehend ähnelte, was sich auch durch die Umbenennung der (ehemals) Kriminalbiologischen Gesellschaft in Gesellschaft für die gesamte Kriminologie und durch eine Reihe von Doppelmitgliedschaften dokumentierte. Nach langjährigen Bemühungen um einen Zusammenschluß hat sich die gemeinsame Gesellschaft auf einer Fachtagung in Frankfurt im Jahre 1990 konstituiert.

Im Kriminalistik Verlag, Heidelberg, erschienene Bände:

**Band 101:**

**Politisch-gesellschaftlicher Umbruch, Kriminalität, Strafrechtspflege**

Hrsg. von Günther Kaiser und Jörg-Martin Jehle

1993, 129 S.

ISBN 3-7832-1892-6

**Band 102/I:**

**Kriminologische Opferforschung I**

Grundlagen, Opfer und Strafrechtspflege, Opfer von Machtmißbrauch.

Neue Perspektiven und Erkenntnisse.

Hrsg. von Günther Kaiser und Jörg-Martin Jehle

1994, 213 S.

ISBN 3-7832-0794-0

**Band 102/II:**

**Kriminologische Opferforschung II**

Verbrechensfurcht und Opferwerdung.

Individualopfer und Verarbeitung von Opfererfahrungen.

Neue Perspektiven und Erkenntnisse.

Hrsg. von Günther Kaiser und Jörg-Martin Jehle

1995, 246 S.

ISBN 3-7832-0894-7

**Band 103:**

**Organisierte Kriminalität**

Lagebilder und Erscheinungsformen.

Bekämpfung und rechtliche Bewältigung.

Hrsg. von Christoph Mayerhofer und Jörg-Martin Jehle

1996, 306 S.

ISBN 3-7832-0596-4

**Band 104:**

**Kriminalität, Prävention und Kontrolle**

Neue Wege der Kriminalpolitik und Kriminalprävention.

Sozialer Umbruch, Lebenslagen und Kriminalität.

Täterpersönlichkeit und Prognose, sexuelle Abweichungen.

Besondere Erscheinungsformen und ihre Kontrolle.

Kriminalpolitik in einem neuen Bundesland.

Hrsg. von Dieter Rössner und Jörg-Martin Jehle

1999, 406 S.

ISBN 3-7832-0299-X

Bestellanschrift:

NKG-Geschäftsstelle, Institut für Kriminologie, Auf dem Sand 6/7, D-72076 Tübingen



Im Forum Verlag Godesberg GmbH, Mönchengladbach erschienene Bände:

**Band 105:**

**Beccaria als Wegbereiter der Kriminologie**

Verleihung der Beccaria-Medaille durch die Neue Kriminologische Gesellschaft.

Zugleich Dokumentation zur Verleihung der Beccaria-Medaillen 1997 und 1999 an

Marvin E. Wolfgang, Esther Giménez-Salinas i Colomer, Elisabeth Müller-Luckmann,

Aglaia Tsitsoura und Wolfgang Rau

Hrsg. von Dieter Rössner und Jörg-Martin Jehle

2000, X, 82 S.

ISBN 3-930982-57-9

**Band 106:**

**Täterbehandlung und neue Sanktionsformen**

**Kriminalpolitische Konzepte in Europa.**

Hrsg. von Jörg-Martin Jehle

2000, XVIII, 496 S.

ISBN 3-930982-58-7

**Band 107:**

**Raum und Kriminalität**

Sicherheit der Stadt, Migrationsprobleme.

Hrsg. von Jörg-Martin Jehle

2001, XVIII, 353 S.

ISBN 3-930982-59-5

**Band 108:**

**Kriminologie zwischen Grundlagenwissenschaften und Praxis**

Ideengeschichte der Kriminologie im 20. Jahrhundert

Verhaltenswissenschaftliche Grundlagen der Kriminologie

Soziale und kulturelle Grundlagen der Kriminologie

Auswirkungen der empirischen Kriminalwissenschaften auf Polizei und Justiz

Zentrale Themen der angewandten Kriminologie

Hrsg. von Volker Dittmann und Jörg-Martin Jehle

2003, X, 426 S.

ISBN 3-930982-87-0

**Band 109:**

**Angewandte Kriminologie zwischen Freiheit und Sicherheit**

Neue Wege der Haftvermeidung, Kriminalprävention,

Persönlichkeitsstörungen, Restorative Justice, Wissenschaftstransfer

Hrsg. von Heinz Schöch und Jörg-Martin Jehle

2004, 638 S.

ISBN 3-936999-06-6

**Band 110:**

**Kriminologie und wissensbasierte Kriminalpolitik**

Entwicklungs- und Evaluationsforschung

Hrsg. von Friedrich Lösel, Doris Bender und Jörg-Martin Jehle

2007, 688 S.

ISBN 978-3-936999-33-4

**Band 111:**

**Drogen – Sucht – Kriminalität**

Bekämpfung der suchtassoziierten Kriminalität

Diagnose und Begutachtung von Abhängigen

Substitution und Intervention

Therapie im strafrechtlichen Rahmen

Aktuelle kriminologische Themen

Hrsg. von Reinhard Haller und Jörg-Martin Jehle

2009, 380 S.

ISBN 978-3-936999-63-1

**Band 112:**

**Wirtschaftskriminalität**

Wirtschaftskriminalität und Strafrechtspraxis

Wirtschaftskriminalität aus Sicht der Unternehmen

Wirtschaftskriminologie und Wirtschaftsstraftäter

Spezielle Bereiche

Hrsg. von Britta Bannenberg und Jörg-Martin Jehle

2010, 292 S.

ISBN 978-3-936999-80-8 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-936999-81-5 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

**Band 113:**

**Gewaltdelinquenz**

**Lange Freiheitsentziehung**

**Delinquenzverläufe**

Hrsg. von Britta Bannenberg und Jörg-Martin Jehle

2011, 520 S.

ISBN 978-3-936999-93-8 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-936999-94-5 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

#### **Band 114:**

##### **Täter – Taten – Opfer**

Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle

Hrsg. von Dieter Dölling und Jörg-Martin Jehle

2013, 857 S.

ISBN 978-3-942865-10-4 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-942865-11-1 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

#### **Band 115:**

##### **Risiken der Sicherheitsgesellschaft**

Sicherheit, Risiko & Kriminalpolitik

Hrsg. von Marcel Alexander Niggli und Lukas Marty

2014, 540 S.

ISBN 978-3-942865-32-6 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-942865-33-3 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

#### **Band 116:**

##### **Krise – Kriminalität – Kriminologie**

Hrsg. von Frank Neubacher und Nicole Bögelein

2016, 644 S.

ISBN 978-3-942865-65-4 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-942865-66-1 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

#### **Band 117:**

##### **Kriminologische Welt in Bewegung**

Hrsg. von Klaus Boers und Marcus Schaerff

2018, 812 S.

ISBN 978-3-942865-93-7 (Printausgabe)

Die Online-Ausgabe steht zum kostenlosen Download zur Verfügung auf:

<http://www.krimg.de/drupal/>

ISBN 978-3-942865-94-4 (Online-Ausgabe/PDF-Dokument)

Erhältlich im Buchhandel und direkt beim Verlag:

Forum Verlag Godesberg GmbH, Dammer Straße 136-138, D 41066 Mönchengladbach

Fon: +49(0)2161 206669, Fax: +49(0)2161 2778771

E-Mail: [contact@forumvg.de](mailto:contact@forumvg.de)





